ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.)

Research Report

Den Aufschwung sichern - Arbeitsplätze schaffen. Jahresgutachten 1994/95

Jahresgutachten, No. 1994/95

Provided in Cooperation with:
German Council of Economic Experts

Suggested Citation: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.) (1994) : Den Aufschwung sichern - Arbeitsplätze schaffen. Jahresgutachten 1994/95, Jahresgutachten, No. 1994/95, Bundestag, Bonn

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/75250

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/26

21. 11. 94

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1994/95 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein 31. Jahresgutachten vor [2]).

2. Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1994 war erfreulicher als nach der vor Jahresfrist vorherrschenden Einschätzung der Lage erwartet werden konnte. Schon in der ersten Jahreshälfte hat die westdeutsche Wirtschaft aus dem Konjunkturtief herausgefunden. Der wirtschaftliche Aufbau im Osten des Landes wurde durch die Rezession nur wenig in Mitleidenschaft gezogen und ist im abgelaufenen Jahr wieder ein gutes Stück vorangekommen. Der in Westdeutschland zunächst vom Export getragene Aufschwung kann nur dann an Kraft und Dauerhaftigkeit gewinnen, wenn sich die in der zweiten Jahreshälfte in Gang gekommene Investitionstätigkeit weiter verstärkt und zur maßgeblichen Auftriebskraft wird. Die Investitionsdynamik im Osten zu erhalten, sie im Westen zurückzugewinnen, dies muß gelingen, wenn das ganze Land den wirtschaftlichen Strukturwandel bewältigen und einen Pfad stetigen und angemessenen Wachstums erreichen soll. Hierfür die

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie der §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/67 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 21. November 1994 — 021 (421) — 600 06 — Gu 23/94.

Voraussetzungen zu schaffen bleibt auch nach Überwindung der Rezession vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Verdüstert wird das Bild durch die Arbeitslosigkeit. Sie liegt in den neuen Bundesländern als Folge des Zusammenbruchs alter Strukturen immer noch auf erschreckend hohem Niveau und bildet sich mit dem Neuaufbau nur zögerlich zurück. In Westdeutschland ist nach der Rezession die Anzahl der Arbeitslosen so groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr, und die aufgehellte Konjunkturlage verspricht zunächst kaum Erleichterung. Deutschland braucht mehr Arbeitsplätze, und zwar solche, auf denen die Arbeitseinkommen durch Leistungen für den Markt erwirtschaftet werden können. Dies ist nur zu erreichen, wenn der Aufschwung über die konjunkturelle Erholung hinaus in einen dauerhaften Wachstumsprozeß für beide Teile des Landes einmündet.

Das Jahresgutachten 1994/95 des Sachverständigenrates trägt deswegen den Titel

DEN AUFSCHWUNG SICHERN —
ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Arbeitsplätze zu schaffen, die sich im weltweiten Wettbewerb behaupten können, dazu bedarf es einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Dafür hat der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1993/94 nachdrücklich geworben. Dies hat viel Zustimmung und kaum Widerspruch gefunden. Aber nur manches von dem, was der Rat für geboten hielt, ist in die Wege geleitet worden. Die Finanzpolitik ist auf einen Konsolidierungskurs eingeschwenkt, der zumindest die Verunsicherung durch ständig wachsende Defizite beseitigt hat. Allerdings wurde die Konsolidierung in erster Linie über die Einnahmenseite erreicht; vom nächsten Jahr an werden die Einkommen durch höhere Steuern, vor allem durch den Solidaritätszuschlag, belastet. Es fehlt bislang eine klare Perspektive für die Rückführung der Staatsquote auf mittlere Sicht, die zugleich Voraussetzung für eine Senkung der Abgabenlast wäre. Der Geldpolitik ist es gelungen, die Preissteigerungsrate wieder zu verringern, aber gleichzeitig hat sie in Kauf genommen, daß die Geldmenge übermäßig expandierte. Die Lohnpolitik hat der schwierigen Situation der Unternehmen und der Beschäftigungslage besser Rechnung getragen als in früheren Jahren; nun gilt es, diesen Kurs konsequent fortzusetzen, damit sich die erhofften Erfolge bei Wachstum und Beschäftigung einstellen können. Bei der Öffnung von Märkten, bei der Privatisierung und der Deregulierung ist vieles angekündigt, einiges auch verwirklicht worden, manches im Dickicht der Partikularinteressen steckengeblieben. Es liegt in der Verantwortung der politischen Führung, hier mit Nachdruck auf weitere Fortschritte hinzuarbeiten.

In den neuen Bundesländern wird in diesem Jahr mit der Beendigung des operativen Geschäfts der Treuhandanstalt eine wichtige Etappe im Prozeß der wirtschaftlichen Erneuerung abgeschlossen.

Die Privatisierung der Unternehmen ist damit bis auf wenige Ausnahmen erfolgreich zu Ende geführt worden. Die wirtschaftliche Entwicklung wird heute in Ostdeutschland von Unternehmen getragen, die sich im Wettbewerb behaupten müssen und dabei beharrlich an Boden gewinnen. Es sind gute Voraussetzungen dafür gegeben, daß mehr Unternehmen und mehr Arbeitsplätze entstehen, die immer weniger auf Subventionen angewiesen sind. Die Wirtschaftspolitik muß einerseits der Investitionsdynamik auch weiterhin den Boden bereiten, vor allem durch Beseitigung immer noch vorhandener Defizite in der Infrastruktur; sie muß andererseits verhindern, daß die Unternehmen sich auf dauernde Subventionierung ihrer Investitionen einstellen. Dies ist ein schwieriger Kurs, aber anders ist nicht zu erreichen, daß Arbeitsplätze entstehen, die auf die Dauer auch ohne Subventionen Bestand haben.

Gute Bedingungen für Investitionen zu schaffen, die zu neuen Arbeitsplätzen führen, dies ist die eine Seite des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Die andere betrifft unmittelbar den Arbeitsmarkt: Dabei geht es darum, Diskrepanzen zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage hinsichtlich Beruf, Qualifikation und regionaler Verteilung abzubauen, schon in der Ausbildung mehr auf Flexibilität zu setzen, institutionelle Hemmnisse für die Einstellung von Arbeitskräften zu beseitigen, der Langzeitarbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Dequalifizierung und sozialen Ausgrenzung gezielt entgegenzuwirken. Dies geschieht im Einklang mit dem Wachstumsziel: Es geht darum, arbeitswillige Menschen auf wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu bringen und damit die Vergeudung menschlicher Arbeitskraft, der wertvollsten Ressource, über die unser Land verfügt, zu verhindern.

3. Am 11. März 1994 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, noch in der laufenden Legislaturperiode das Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz) zu verabschieden. Der Sachverständigenrat hatte sich bereits im Jahresgutachten 1991/92 für eine Pflegeversicherung ausgesprochen, die die erforderliche Absicherung gewährleistet, dabei aber auf Eigenvorsorge setzt und einer absehbaren Überforderung des Systems vorbeugt. Der dem Deutschen Bundestag vorliegende Gesetzentwurf entsprach nicht diesen Prinzipien. Der Rat nahm dies zum Anlaß, gemäß § 6 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am 18. März 1994 in einem Sondergutachten mit dem Titel „Zur aktuellen Diskussion um die Pflegeversicherung" vor den zu erwartenden Fehlentwicklungen zu warnen [3]).

4. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Rüdiger Pohl, Halle/Saale, am 28. Februar 1994 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Pohl hat dem Sachverständigenrat

[3]) Das Sondergutachten vom 18. März 1994 ist im Anhang IV dieses Gutachtens abgedruckt.

seit dem 10. Juli 1986 angehört. Der Bundespräsident berief als seinen Nachfolger Professor Dr. Wolfgang Franz, Konstanz, für die Amtsperiode bis zum 28. Februar 1999 in den Sachverständigenrat.

5. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister der Finanzen, mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Vertretern des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung sowie mit dem Präsidenten und Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Mit dem Präsidenten und leitenden Mitarbeitern der Bundesanstalt für Arbeit führte der Sachverständigenrat Gespräche über konzeptionelle und aktuelle Fragen des Arbeitsmarktes in Deutschland.

Zur Vorbereitung des Jahresgutachtens hat der Sachverständigenrat den Vorsitzenden und Mitarbeiter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Vertreter der Deutschen Angestelltengewerkschaft, die Präsidenten sowie Mitarbeiter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Mitarbeitern der Kommission der Europäischen Union diskutierte der Sachverständigenrat die wirtschaftliche Lage und die Aussichten für 1995 in den Ländern der Gemeinschaft sowie Themen in Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union und mit der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion gemäß dem Maastricht-Vertrag.

Mit Vertretern der sechs großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hat der Sachverständigenrat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Anregungen vermittelt haben.

6. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie mit Mitgliedern des Vorstandes und des Präsidiums ein Gespräch über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu führen.

7. Professor Dr. Stefan Tangermann, Göttingen, hat in einer Expertise zu Fragen der Agrarpolitik in der Europäischen Union und zum Agrarabkommen im Rahmen der Uruguay-Runde Stellung genommen.

Professor Dr. Joachim Mitschke, Frankfurt/Main, stand dem Sachverständigenrat zu einem ausführlichen Gespräch über die Reform des Steuer- und Transfersystems mit dem Ziel einer Integration beider Systeme zur Verfügung.

Mit Dr. Bernhard Molitor, Ministerialdirektor a. D., Remagen, diskutierte der Sachverständigenrat Möglichkeiten der Deregulierung und Entbürokratisierung in den Ländern der Europäischen Union.

8. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns auch in diesem Jahr die Ergebnisse der Herbstumfrage bei seinen Kammern in Westdeutschland und Ostdeutschland zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen, insbesondere auch der in den neuen Bundesländern, erheblich erleichtert.

9. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihm gilt ein ganz besonderer Dank. Für Beratung und Hilfe bei ökonometrischen Schätzungen danken wir Diplom-Mathematiker Peter Winker, Konstanz.

10. Die Bundesanstalt für Arbeit mit ihrem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die Deutsche Bundesbank, die Treuhandanstalt und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben den Sachverständigenrat wie schon in den Vorjahren bei seinen Arbeiten in vielfältiger Weise unterstützt und empirisches Material zur Verfügung gestellt.

Wertvolle Hilfe erhielt der Sachverständigenrat für seine Analysen der internationalen Wirtschaftslage durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Kommission der Europäischen Union.

Der Sachverständigenrat hat auch in diesem Jahr die weiteren Fortschritte in den neuen Bundesländern auf dem noch beschwerlichen Transformationsprozeß beobachtet. Für eine erste ausführliche Analyse der regionalen Entwicklung haben ihm die Statistischen Landesämter in den neuen Bundesländern umfangreiches Material zur Verfügung gestellt.

Frau Diplom-Volkswirtin Liane Ritter und Dr. Carsten Stahmer vom Statistischen Bundesamt haben den Sachverständigenrat über den Stand der Arbeiten zur Ermittlung des Kapitalstocks in den neuen Bundesländern unterrichtet.

11. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Nicht selbstverständlich ist, daß Jahr für Jahr viele Mitarbeiter des Amtes sich in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates einsetzen. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Ihr Leiter, Herr Leitender Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und sein Stellvertreter, Herr Regierungsdirektor Wolfgang Glöckler, sowie die ständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Kerstin Scheuerer, Herr Klaus-Peter Klein, Herr Uwe Krüger, Herr Peter Leonhardt und Herr Hans-Jürgen Schwab haben den Rat mit Tatkraft und Anregungen hervorragend unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Sachverständigenrat ein ganz besonderes Anliegen.

12. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem Stab des Rates gehörten während der Arbeiten an diesem Gutachten an:

Diplom-Volkswirt Gerd Helmut Diestler, Dr. Michael Hüther, Diplom-Volkswirtin Gabriele Kabelac, Diplom-Volkswirtin Iris Merten, Diplom-Volkswirt Martin Müller, Dr. Matthias Premer und Dr. Joachim Ragnitz.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Michael Heise, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen allein zu Lasten der Unterzeichner.

Wiesbaden, 15. November 1994

Juergen B. Donges **Wolfgang Franz** **Herbert Hax** **Rolf Peffekoven** **Horst Siebert**

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung 1

Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage 23

I. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1994: Ein Überblick 23

II. Der weltwirtschaftliche Rahmen: Auftriebskräfte setzen sich durch . 27

Erholung der Konjunktur in Westeuropa 34

Anhaltend kräftiger Aufschwung in Amerika 37

Asien: Leichte Belebung in Japan — anhaltende Dynamik in den Schwellenländern 38

Weiterhin unterschiedliche Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa 40

Exkurs: Uruguay-Runde des GATT beendet 53

III. Steigende Produktion und wieder höhere Investitionen in Deutschland 56

Investitionstätigkeit: Wieder anziehende Entwicklung im Westen — stabiler Aufwärtstrend im Osten 57

Nur leicht erhöhtes Wachstum der Produktionskapazitäten 62

IV. Westdeutschland: Deutliche Konjunkturerholung 64

Export: Hauptmotor der Konjunktur 65

Wohnungsbau treibt Baukonjunktur an 67

Privater Verbrauch im Zeichen mäßiger Einkommensentwicklung 69

Staatsverbrauch real stagnierend 71

Nur mäßiger Rückgang der Inflationsrate 71

V. Ostdeutschland: Aufwärtsentwicklung festigt sich 75

Produktionsanstieg gewinnt an Breite 76

Export im Umbruch 82

Rege Gründungstätigkeit, Privatisierung vor dem Abschluß 83

Weiterhin kräftige Einkommenssteigerungen bei geringem Preisanstieg 88

Erste Anhaltspunkte für ein regionales Differenzierungsmuster .. 88

VI. Trendwende am Arbeitsmarkt? 93

Beschäftigungsabbau zu Ende 93

Unterbeschäftigung rückläufig 99

Tarifpolitik mit Augenmaß 105

VII. Geldmengensteuerung weiterhin in Schwierigkeiten 114

Geldmengenziel erneut überschritten 114

Geldmarktzinsen gesunken 119

Hohe Volatilität an den Kapitalmärkten 119

Beruhigung an den Devisenmärkten 124

Währungsunion: Zweite Stufe 124

Exkurs: Zur Stabilität der Geldnachfrage 130

Seite

VIII. Öffentliche Finanzen: Konsolidierung kommt voran 132
Haushaltsfehlbeträge immer noch hoch 132
Gebietskörperschaften auf Konsolidierungskurs eingeschwenkt . 136
Wieder kräftigere Entwicklung der Steuereinnahmen 140
Entwicklung der Abgabenbelastung: Rückblick und Ausblick ... 142
Zur finanziellen Lage der Sozialversicherung 146
IX. Zur Diskussion gestellt: Strukturelles Defizit und konjunktureller Impuls 151

Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1995 159
I. Ausgangslage 159
II. Das weltwirtschaftliche Umfeld 161
III. Die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland 162

Drittes Kapitel: Grundlinien der Wirtschaftspolitik 176
I. Nach der Rezession: Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufschwung schaffen 176
II. Ziele der Wirtschaftspolitik: Wo stehen wir — wie geht es weiter? .. 177
Stetiges und angemessenes Wachstum in ganz Deutschland ist erreichbar 177
Hoher Beschäftigungsstand: Deutliche Annäherung an das Ziel dringend geboten 179
Stabiles Preisniveau: Orientierungsprobleme der Geldpolitik 181
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: Vertrauensbasis erhalten . 182
III. Rahmenbedingungen für den Wachstumsprozeß: Die besondere Verantwortung des Staates 182
IV. Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer: Den Weg zur Normalität finden 188

Viertes Kapitel: Zu den Politikbereichen im einzelnen 192
I. Finanzpolitik: Für mehr Wachstum und Beschäftigung 192
Senkung der Staatsquote, Rückführung der Abgabenbelastung .. 192
Noch einmal: Für eine Reform der Unternehmensbesteuerung .. 200
Anpassung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer 202
Finanzpolitisches Handlungsprogramm 203
Finanzbeziehungen zur Europäischen Union 205
Bedingungen für eine ausgewogene ökologische Steuerreform schaffen 209
II. Geldpolitik: Trotz Schwierigkeiten am Potentialpfad orientieren 214
Eine nicht einfache Ausgangslage 214
Die Geldmengenkonzeption auf dem Prüfstand 216
Zu den Alternativen 220
Zielbestimmung für 1995 223
Die europäische Dimension 224
III. Lohnpolitik: Vorrang für neue Arbeitsplätze 226
Ostdeutschland: Pause bei der Lohnangleichung 226
Westdeutschland: Den eingeschlagenen Kurs halten 226

Seite

IV. Außenwirtschaft: Vor großen Herausforderungen 228
Erhöhter Anpassungsbedarf an weltwirtschaftliche Veränderungen 228
Für ein offenes Europa 232
Die weltwirtschaftliche Ordnung voranbringen 241

Fünftes Kapitel: Arbeitslosigkeit — Ursachen und Lösungsansätze 247

I. Arbeitslosigkeit als Folge von Rezession und Wachstumsschwäche . 248

II. Funktionsstörungen auf Arbeitsmärkten 250

III. Höhe und Struktur der Löhne 258

IV. Was gegen Arbeitslosigkeit getan werden kann 264

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 272

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 274

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 275

IV. Sondergutachten vom 18. März 1994: „Zur aktuellen Diskussion um die Pflegeversicherung" 276

V. Methodische Erläuterungen 282

VI. Ausgewählte Indikatoren für Arbeitsamtsbezirke in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost 293

VII. Statistischer Anhang 306

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 309

A. Internationale Tabellen 313

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland 338

Sachregister 437

Verzeichnis der Schaubilder im Text

		Seite
1	Konjunkturelle Entwicklung in ausgewählten Ländern	30
2	Beschäftigungsentwicklung und Arbeitslosigkeit in ausgewählten Ländern	33
3	Zur Zinsentwicklung in ausgewählten Ländern	36
4	Geschäftsklima in Westdeutschland	58
5	Investitionsmotive westdeutscher Unternehmen	59
6	Ausrüstungsinvestitionen/Gewinn-Erlös-Relation	60
7	Marge der Gewinn- und Vermögenseinkommen im Verarbeitenden Gewerbe	61
8	Anlageinvestitionen je Einwohner: Ost/West-Vergleich	62
9	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	63
10	Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten	64
11	Zur Entwicklung der Bauinvestitionen	67
12	Baufertigstellungen von Wohnungen	68
13	Verfügbares Einkommen und Privater Verbrauch	70
14	Zur Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe	72
15	Zur Entwicklung der Verbraucherpreise	73
16	Zur Entwicklung staatlich administrierter Verbraucherpreise im früheren Bundesgebiet	75
17	Umsatz im Baugewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	79
18	Zur Entwicklung der Verbraucherpreise in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	89
19	Ausgewählte Indikatoren für Arbeitsamtsbezirke in den neuen Bundesländern	90
20	Zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit bei den Warenproduzenten und bei den Dienstleistungsproduzenten im früheren Bundesgebiet	96
21	Beschäftigung in ausgewählten Bereichen des Produzierenden Gewerbes	97
22	Zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Konjunkturverlauf	98
23	Zur Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit	101
24	Bewegungen am Arbeitsmarkt	101
25	Struktur der Zugänge in registrierte Arbeitslosigkeit und der Abgänge aus registrierter Arbeitslosigkeit	103
26	Löhne, Produktivität und Lohnstückkosten im früheren Bundesgebiet	112
27	Geldmengenziele der Deutschen Bundesbank und Entwicklung der Geldmenge M3	116
28	Bereinigte Zentralbankgeldmenge	118
29	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankmenge	120
30	Entwicklung ausgewählter Zinsen	121
31	Renditen langfristiger Staatsschuldpapiere	122
32	Außenwert der D-Mark gegenüber ausgewählten Währungen	125
33	Zur Entwicklung der öffentlichen Investitionen	134
34	Zur Entwicklung der Abgabenbelastung für ausgewählte Haushaltstypen	144
35	Finanzpolitische Quoten des Staates	193
36	Zur Entwicklung von Sozialleistungsquoten	196
37	Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern	247
38	Erwerbspersonen und Erwerbstätige	250

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland	24
2	Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	28
3	Entwicklung der japanischen Handelsbilanz und Leistungsbilanz	39
4	Wirtschaftsdaten für ausgewählte Länder Mittel- und Osteuropas	40
5	Zur Struktur der Einfuhr der Europäischen Gemeinschaft aus ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern	41
6	Außenhandel Deutschlands mit ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern	43
7	Deutsche Direktinvestitionen in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas	44
8	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	44
9	Geplanter Zollabbau in der Europäischen Union nach Abschluß der Uruguay-Runde	53
10	Investitionen in Deutschland	57
11	Ausfuhr aus Westdeutschland in ausgewählte Länder und Ländergruppen	66
12	Zur Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	77
13	Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe: Ost/West-Vergleich	78
14	Zur sektoralen Entwicklung des Sozialprodukts in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	81
15	Auslandsumsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	82
16	Stand der Privatisierung von Treuhandunternehmen	84
17	Gewerbeanzeigen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	86
18	Zur Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt im Verlauf der Jahre 1993 und 1994	94
19	Sektorale Struktur der Erwerbstätigkeit in Deutschland	95
20	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in Deutschland	100
21	Wichtige Elemente des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994	104
22	Ausgewählte beschäftigungsorientierte Abschlüsse der westdeutschen Tarifrunde 1993/94	107
23	Wichtige Tarifabschlüsse seit Herbst 1993	110
24	Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	114
25	Zur Stabilität der Wechselkurse in Europa	126
26	Geldpolitisch wichtige Ereignisse	127
27	Nominale und reale Konvergenz in der Europäischen Union	128
28	Geschätzte Geldnachfragefunktion (Bereinigte Zentralbankgeldmenge)	131
29	Finanzpolitische Eckdaten für das Jahr 1994	132
30	Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte	133
31	Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Finanzstatistik	135
32	Entwicklung der Haushalte der Gebietskörperschaften	137
33	Haushaltsergebnisse des Bundes	137
34	Ausgabenstruktur im Haushalt der Gebietskörperschaften	139
35	Aufkommen aus wichtigen Steuerarten	141
36	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	147
37	Ableitung des strukturellen Defizits und des konjunkturellen Impulses	156
38	Strukturelles Defizit und konjunktureller Impuls	156

		Seite
39	Die voraussichtliche Entwicklung in den Industrieländern	162
40	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland	166
41	Strukturelles Defizit und konjunktureller Impuls des öffentlichen Gesamthaushalts	169
42	Einnahmen und Ausgaben des Staates	170
43	Eckdaten für Westdeutschland und Ostdeutschland	174
44	Die voraussichtliche Entwicklung am Arbeitsmarkt	175
45	Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1994 bis 1998	204
46	Zum Haushalt der Europäischen Union im Jahres 1992	205
47	Geldmengenziele der Deutschen Bundesbank: Zielvorgaben und tatsächliche Entwicklung	215
48	Abgänge aus registrierter Arbeitslosigkeit in Arbeit sowie Bestand an Langzeitarbeitslosen	252
49	Mismatch-Indikatoren in regionaler Sicht	253
50	Kennziffern zur Entwicklung der Beschäftigung in ausgewählten Sektoren	255
51	Erwerbstätigkeit von unausgebildeten und ausgebildeten Arbeitskräften in ausgewählten Wirtschaftsbereichen	257
52	Ausbildung der Beschäftigten in ausgewählten Berufsbereichen	263

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	315
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	316
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	317
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	318
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	319
6*	Zinsen in wichtigen Industrieländern	320
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	321
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	322
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	323
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	324
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	326
12*	Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	327
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	328
14*	Außenwert der D-Mark	330
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	331
16*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	332
17*	Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen	334
18*	Weltausfuhr nach Warengruppen und Ländergruppen	335
19*	Internationale Energiepreise	336
20*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	337
21*	Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	339
22*	Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	340
23*	Sozialproduktsberechnung für Deutschland und die neuen Bundesländer	342
24*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	345
25*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	346
26*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	348
27*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	350
28*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Inlandsprodukts	352
29*	Verteilung des Volkseinkommens	353
30*	Verwendung des Volkseinkommens	354
31*	Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten	355
32*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	356
33*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	357
34*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	358
35*	Verwendung des Inlandsprodukts	360
36*	Bruttoinvestitionen	362
37*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	364
38*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	366
39*	Subventionen des Staates	370
40*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	371
41*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Inlandsprodukts	372
42*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	374
43*	Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	376
44*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	378
45*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	379

	Seite
46* Vermögensbildung und ihre Finanzierung	380
47* Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	382
48* Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge	384
49* Absatz und Erwerb von Wertpapieren	385
50* Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen	386
51* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	387
52* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	390
53* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	393
54* Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	394
55* Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	395
56* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	396
57* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	398
58* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	399
59* Der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern	400
60* Baugenehmigungen	402
61* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	403
62* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	405
63* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	406
64* Das Baugewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	407
65* Zahlungsbilanz	408
66* Kapitalverkehr mit dem Ausland	410
67* Außenhandel (Spezialhandel)	412
68* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	413
69* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	414
70* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	415
71* Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Warengruppen	416
72* Warenausfuhr nach Ländergruppen	417
73* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	418
74* Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern	419
75* Einzelhandelsumsatz	420
76* Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	421
77* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	422
78* Index der Ausfuhrpreise	423
79* Index der Einfuhrpreise	424
80* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	425
81* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1985 = 100)	426
82* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100)	427
83* Preisindex für die Lebenshaltung (nach Haushaltstypen und nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung)	428
84* Preisindex für die Lebenshaltung für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	429
85* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	430
86* Löhne und Gehälter	431
87* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	432
88* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	433
89* Energieverbrauch nach Bereichen	434
90* Entwicklung im Mineralölbereich	435
91* Ausgewählte Umweltindikatoren für das frühere Bundesgebiet	436

Zeichenerklärung — Statistische Materialquellen

-	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
X	=	Nachweis ist nicht sinnvoll beziehungsweise Fragestellung trifft nicht zu
( )	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf Deutschland; andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Kursiv gedruckte Textabschnitte enthalten Erläuterungen zur Statistik oder methodische Erläuterungen zu den Konzeptionen des Rates.

In **Textkästen gedruckte Textabschnitte** enthalten analytische oder theoretische Ausführungen unter anderem im Zusammenhang mit längerfristigen Vergleichen.

Abkürzungen

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
BSHG	=	Bundessozialhilfegesetz
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelszone, Genf
EU	=	Europäische Union, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Europäisches Wiederaufbauprogramm (Marshallplan)
Eurostat	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EUV	=	Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992; eingearbeitet in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Fassung vom 7. Februar 1992)
EWGV	=	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EWS	=	Europäisches Währungssystem
EZB	=	Europäische Zentralbank
GATS	=	Allgemeines Abkommen für den Handel mit Dienstleistungen
GATT	=	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genf
GUS	=	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IfW	=	Institut für Weltwirtschaft, Kiel
IWH	=	Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
PHARE	=	Hilfsprogramm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Mittel- und Osteuropa
RGW	=	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON)[1], Moskau
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
TACIS	=	Technische Hilfe für die GUS
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf
WTO	=	Welthandelsorganisation

[1]) Mit Wirkung vom 14. Dezember 1991 aufgelöst.

EINE KÜRZERE FASSUNG

Die wirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1994: Ein Überblick
(Ziffern 1 ff.)

1*. Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland hat sich nach dem enttäuschenden Verlauf des Jahres 1993 im Jahre 1994 in unerwartet starkem Maße belebt. Schon zu Jahresbeginn wurden die Auftriebskräfte wieder stärker. In Westdeutschland war das vor allem auf einen kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage zurückzuführen, zu dem erst im Jahresverlauf eine Expansion der Binnennachfrage hinzukam. In Ostdeutschland hat sich der Erneuerungsprozeß wieder beschleunigt, der im vergangenen Jahr durch rezessive Einflüsse aus Westdeutschland erschwert worden war. Alles in allem stieg die Produktion in Deutschland um etwa 3 vH über ihren Vorjahresstand hinaus an. Der drastische Beschäftigungsabbau, der während der Rezession die registrierte Arbeitslosigkeit auf 3,7 Millionen Personen hatte hochschnellen lassen, kam etwa um die Mitte des Jahres 1994 zum Stillstand. Obwohl im weiteren Verlauf des Jahres auch die Arbeitslosigkeit leicht zurückging, bietet der deutsche Arbeitsmarkt nach wie vor ein besorgniserregendes Bild: Die Summe aus offener und verdeckter Arbeitslosigkeit dürfte am Jahresende immer noch bei rund 5,3 Millionen Personen liegen, wovon 3 Millionen Personen auf Westdeutschland und 2,3 Millionen Personen auf Ostdeutschland entfallen.

2*. Die außenwirtschaftlichen Impulse, die den wirtschaftlichen Umschwung in Deutschland herbeiführten, gingen vor allem auf eine wieder günstigere Konjunkturentwicklung in der Gruppe der wichtigsten Industrieländer zurück. Die Aufwärtsentwicklung in diesen Ländern war stärker und gab der außenhandelsorientierten deutschen Wirtschaft kräftigere Impulse, als wir es noch vor einem Jahr erwartet hatten. Der Schub kam nicht, wie im vergangenen Jahr, allein von den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Auch in den kontinentaleuropäischen Ländern, Deutschlands Haupthandelspartnern, war wieder ein kräftiger konjunktureller Aufwind zu verspüren. Angestoßen wurde die Expansion in Kontinentaleuropa allerdings wiederum durch Nachfrageimpulse aus anderen Weltregionen — namentlich aus Nordamerika, Lateinamerika und Südostasien —, doch kam im Laufe des Jahres auch eine binnenwirtschaftliche Expansion hinzu. Die Unternehmen begannen, ihre Investitionen wieder auszuweiten, und der Private Verbrauch nahm zu, wenn auch nur langsam. Eine Rolle dürfte dabei die Geldpolitik europäischer Notenbanken gespielt haben, die die Geldmarktzinssätze im Jahre 1993 und zumeist auch noch in der ersten Hälfte des Jahres 1994 zurückführten, als die Kapitalmarktzinsen bereits wieder anstiegen. Der Rückgang des Zinsniveaus senkte die Finanzierungskosten der Unternehmen insbesondere für kürzerfristige Ausleihungen und ließ Sachanlagen gegenüber Finanzanlagen wieder attraktiver werden. Wichtiger für die Verbesserung der Ertragslage war allerdings, daß die Unternehmen wohl in allen Ländern Europas in den letzten Jahren versucht haben, der Rezession durch energischere Anstrengungen zur Kostensenkung und zur Produktinnovation zu trotzen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit hat sich aus diesem Grund, aber auch wegen moderater Lohnsteigerungen, wieder verbessert, was zusätzliche Investitionen und eine Ausdehnung des gesamtwirtschaftlichen Güterangebots rentabel werden ließ. Die wirtschaftliche Expansion wurde also nicht nur durch die Nachfrageentwicklung, sondern auch durch Veränderungen auf der Angebotsseite der Volkswirtschaften ausgelöst; sie konnte sich aufgrund der engen Verflechtung in Europa wechselseitig verstärken.

3*. Die weltweite konjunkturelle Aufwärtsentwicklung war insbesondere für die **westdeutsche Wirtschaft** von hervorgehobener Bedeutung. Mit der steigenden Auslandsnachfrage verbesserte sich das Konjunkturklima bereits im ersten Quartal deutlich; in der Industrie gingen wieder mehr Aufträge ein, und die Geschäftserwartungen der Unternehmen wurden optimistischer. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg ab dem zweiten Quartal des Jahres stärker als saisonüblich an und erhöhte sich im Durchschnitt des Jahres um etwa 2 vH. Das war wesentlich mehr, als wir es noch vor einem Jahr prognostiziert hatten. Damals herrschte nicht nur in Deutschland große Unsicherheit über die weiteren wirtschaftlichen Perspektiven, es gab keine Anzeichen für eine deutliche Belebung der Konjunktur in wichtigen europäischen Partnerländern, wohl aber Hinweise darauf, daß die Unternehmen hierzulande ihre Investitionen nochmals kürzen und ihre Personalbestände weiter abbauen würden. Vor diesem Hintergrund schien zunächst ein weiterer Rückgang und dann allenfalls eine moderate Aufwärtsentwicklung der Produktion im Verlaufe des Jahres 1994 wahrscheinlich. Daß es anders kam und die Wirtschaft früher und stärker als erwartet expandierte, lag nicht an falschen Annahmen in bezug auf kostenseitige Faktoren, wie Löhne, Zinsen und Rohstoffpreise, auch nicht daran, daß die Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik mehr an angebotspolitischen Maßnahmen durchzusetzen vermochten, als vorauszusehen war. Ausschlaggebend war, daß der Anstieg der Auslandsnachfrage nicht nur zu einer höheren Kapazitätsauslastung beitrug, sondern auch die Zuversicht der Unternehmen in die weitere Entwicklung festigte und ihre Investitionsplanungen und Beschäftigungsdispositionen positiv beeinflußte.

4*. Die Dynamik der Exportkonjunktur wird vor allem daran deutlich, daß sich das Volumen der Warenausfuhr im Verlauf des Jahres um rund 9½ vH erhöhte und damit noch etwas schneller anstieg als der Welthandel, der real um rund 8 vH zunahm. Deutschen Anbietern kam zugute, daß sich der Handel gerade innerhalb Europas verstärkte und die Investitionsgüternachfrage wieder anzog. Damit verbesserte sich die Lage auf Deutschlands Hauptabsatzmärkten, und zwar nicht nur in regionaler, sondern auch in produktspezifischer Hinsicht. Freilich haben sich die Unternehmen auch im Wettbewerb durchsetzen müssen; ohne die Anstrengungen der letzten Jahre, durch Personalabbau und durch organisatorische Maßnahmen Kosten zu senken und durch Produktinnovation wettbewerbsfähiger zu werden, hätten sie die sich bietenden Marktchancen wohl kaum nutzen können.

5*. Starke Impulse kamen im Jahre 1994 von der Bauwirtschaft. Der Wohnungsbau, auf den inzwischen deutlich mehr als die Hälfte der Bauproduktion entfällt, expandierte im Jahre 1994 mit rund 9 vH so stark wie lange nicht mehr. Nach wie vor ist der Wohnungsmarkt offenbar durch ein knappes Wohnraumangebot insbesondere in unteren und mittleren Preissegmenten gekennzeichnet. Die Mieten stiegen zwar etwas langsamer als im Vorjahr, aber noch immer weit schneller als der Preisindex der Lebenshaltung insgesamt. Auch eine im Endeffekt prozyklisch wirkende Wohnungsbaupolitik hat die Konjunktur in diesem Bereich angeheizt. Die anderen Sektoren der Bauwirtschaft verzeichneten allerdings eine zum Wohnungsbau gegenläufige Entwicklung. Sowohl die gewerblichen Bauinvestitionen, deren Rückgang sich im Jahresverlauf jedoch verlangsamte, als auch die öffentlichen Investitionen, die im Zeichen staatlicher Konsolidierungsbemühungen standen, lagen in realer Rechnung unter dem Stand des Vorjahres.

6*. Die wieder steigende Zuversicht über die wirtschaftlichen Perspektiven in Westdeutschland kam auch im Verhalten der Verbraucher zum Ausdruck. Die privaten Haushalte gaben einen wesentlich größeren Teil ihrer Einkommen als im Vorjahr für Konsumzwecke aus, und sie verhinderten auf diese Weise, daß die reale Verbrauchsnachfrage, wie es viele für das Jahr 1994 erwartet hatten, zurückging. Von der Entwicklung der Kaufkraft her, die im Zeichen eines weiteren Beschäftigungsrückgangs, niedriger Lohnsteigerungen, eines nach wie vor beträchtlichen Preisanstiegs und zunehmender Abgabenlasten stand, waren die Bedingungen für einen Konsumanstieg jedenfalls schlecht. Insoweit war es positiv, daß die reale Verbrauchsnachfrage überhaupt anstieg, auch wenn der Zuwachs mit nur 1 vH gering blieb.

7*. Die private Konsumnachfrage war freilich nicht die Kraft, die der Binnennachfrage zu neuem Schwung verhalf. Getragen wurde die Binnennachfrage vor allem von der Wohnungsbaunachfrage und zunehmend von den Investitionsausgaben der Unternehmen. Überwog zu Jahresbeginn bei den Investoren noch die Skepsis über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und wohl auch die Furcht, daß die Unterauslastung der Produktionskapazitäten länger anhalten könnte, so mehrten sich im Verlauf des Jahres die optimistischeren Stimmen. Die Ertragslage besserte sich, wenn auch nicht in einem für eine Konjunkturerholung ungewöhnlich starken Maße, und auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen dürften wieder positiver geworden sein. Jedenfalls nahmen die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, und zwar vornehmlich die für Ersatzbeschaffung und Rationalisierung, in der zweiten Hälfte des Jahres wieder deutlich zu.

Die Nachwirkungen der Rezession waren allerdings auch bei der Investitionsnachfrage noch zu erkennen. Erweiterungsinvestitionen spielen noch immer keine bedeutende Rolle, und die Investitionsquote, also der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der für Ausrüstungsinvestitionen aufgewendet wird, liegt mit 7,3 vH weit unter dem Niveau in der Hochkonjunktur (1992: 9,0 vH), aber auch deutlich unter dem Niveau eines konjunkturellen Normaljahres (1989: 8,6 vH). Die Folgewirkung dieses Investitionsrückgangs ist, daß das Wachstum der volkswirtschaftlichen Sachkapazitäten und damit verbunden des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials zurückgegangen ist, im Unternehmenssektor betrug letzteres nur noch etwa 1,6 vH.

Man mag dagegen einwenden, daß westdeutsche Unternehmen in den letzten Jahren in beträchtlichem Umfang in den neuen Bundesländern investiert haben und eine regionale Betrachtung der Kapazitätsentwicklung daher fragwürdig geworden ist. Gleichwohl gibt das nachlassende Wachstum des Produktionspotentials in Westdeutschland Anlaß zur Sorge, denn von seiner Entwicklung hängt es maßgeblich ab, welches wirtschaftliche Expansionstempo in Deutschland insgesamt längerfristig zu halten ist. Und dieses Tempo gilt es — so wie es zu Beginn der neunziger Jahre gelungen war — wieder zu steigern, damit die Unterbeschäftigung wirksam und dauerhaft vermindert werden kann.

8*. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt stellt ohnedies die größte Herausforderung für die Wirtschaftspolitik dar. Der Beschäftigungsstand wird mit rund 28,6 Millionen Erwerbstätigen am Jahresende wohl den Tiefpunkt in diesem Zyklus erreichen, das waren knapp 1 Million weniger als im Höhepunkt zu Anfang des Jahres 1992. Massive Beschäftigungsverluste hat die Industrie erlitten; im Produzierenden Gewerbe ist die Erwerbstätigkeit im Zuge der Rezession um über 1 Million zurückgegangen. Mit der Stabilisierung der Beschäftigung in der zweiten Jahreshälfte hat sich die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland geringfügig vermindert. Trotz dieses leichten Rückgangs wird es am Jahresende mit 2,5 Millionen Personen aber immer noch mehr registrierte Arbeitslose als vor einem Jahr geben. Insbesondere der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit muß Anlaß zu großer Besorgnis sein.

9*. Die wirtschaftliche Erneuerung in den **neuen Bundesländern,** die im vergangenen Jahr durch die Auswirkungen der Rezession in Westdeutschland erschwert worden war, hat im Jahre 1994 wieder größere Fortschritte gemacht:

— Die gesamte Produktionsleistung ist mit rund 9½ vH wieder deutlich stärker gestiegen als 1993, als die Zuwachsrate auf 5,8 vH zurückgegangen

war. Alle großen Wirtschaftsbereiche haben zu der Expansion beigetragen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Aufwärtsentwicklung gefestigt; die industrielle Wertschöpfung nimmt deutlich schneller zu als das Bruttoinlandsprodukt. Auch Industriezweige, deren Produkte in einem intensiven Wettbewerb auf den Weltmärkten stehen, haben ihre Produktion ausweiten können. Fortgesetzt hat sich mit nur leicht vermindertem Tempo die Expansion des Dienstleistungssektors. Eine Führungsrolle kommt zunehmend den Unternehmen der Wohnungswirtschaft zu; die Expansion im Handel sowie bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen hat sich nach dem dynamischen Wachstum der vorangegangenen Jahre abgeflacht.

— Die Investitionstätigkeit ist im Jahre 1994 vor allem im gewerblichen Bereich noch kräftiger geworden. Insgesamt lagen die realen Anlageinvestitionen um rund 16½ vH über dem Vorjahresstand, wobei die Bauinvestitionen wesentlich stärker als die Ausrüstungsinvestitionen zunahmen. Sowohl die westdeutschen wie auch die ostdeutschen Unternehmen haben ihre Investitionen ausgeweitet. Ostdeutsche Investoren klagen zwar nach wie vor über Finanzierungsschwierigkeiten als ein wesentliches Investitionshemmnis, eine zunehmende Anzahl von Unternehmen dürfte im Jahre 1994 aber die Gewinnschwelle erreicht haben. Die Investitionen der Gebietskörperschaften sowie der Deutschen Bundespost Telekom und der Deutschen Bahn AG sind nicht mehr in dem hohen Tempo der Vorjahre gestiegen, ihr Niveau liegt aber je Einwohner gerechnet wesentlich höher als in Westdeutschland.

— Die hohen Investitionen in die Erneuerung des privaten und des öffentlichen Sachkapitals haben wesentlich dazu beigetragen, daß das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde wie schon in den vorangegangenen beiden Jahren auch 1994 mit über 7 vH kräftig angestiegen ist. Während der Produktivitätsgewinn bislang allerdings mit beträchtlichen Entlassungen von Arbeitskräften einhergegangen war, ja im wesentlichen Reflex dieser Entwicklung war, kam er im Jahre 1994 ohne weiteren Beschäftigungsabbau zustande. Da zugleich das Tempo des Lohnanstiegs etwas abgenommen hat, sind die Lohnstückkosten im Jahre 1994 erstmals geringfügig gesunken.

— Spürbare Verbesserungen wurden auch im Hinblick auf die Einkommenslage der privaten Haushalte erzielt. Die verfügbaren Einkommen stiegen je Einwohner gerechnet weiterhin schneller als in den alten Bundesländern an und dürften im Jahre 1994 etwa 67 vH des westlichen Niveaus erreicht haben. Dies war nicht durch eine Zunahme der westlichen Transferleistungen an die Bevölkerung bedingt, resultierte vielmehr aus steigenden Arbeitseinkommen in den neuen Bundesländern selbst.

— Die Privatisierung von ehemaligen Staatsunternehmen konnte im Jahre 1994 praktisch zum Abschluß gebracht werden, die Treuhandanstalt wird ihr Kerngeschäft bis zum 1. Januar 1995 beendet haben. Von den 354 Unternehmen, die sich im Nettobestand der Treuhandanstalt befinden, sind 144 Unternehmen noch im Angebot; diejenigen, die nicht bis Ende des Jahres privatisiert werden können, sollen über eine Beteiligungsgesellschaft der Verantwortung des Bundesministeriums der Finanzen unterstellt werden.

10*. Auch wenn die wirtschaftliche Erneuerung in Ostdeutschland im Jahre 1994 einen weiteren guten Schritt vorangekommen ist, müssen nach wie vor beträchtliche realwirtschaftliche Ungleichgewichte und Anpassungserfordernisse konstatiert werden: Vor allem hat sich die Lücke zwischen dem Angebot aus heimischer Produktion und der gesamten Nachfrage in den neuen Bundesländern auch im Jahre 1994 weiter erhöht, noch immer ist das nominale Bruttoinlandsprodukt wesentlich kleiner als die gesamte Letzte inländische Verwendung von Waren und Diensten (rund 60 vH). Spiegelbild dessen ist ein Defizit von schätzungsweise 220 Mrd DM im Handel mit den westlichen Bundesländern und dem Ausland. Bislang gibt es nur wenige Hinweise darauf, daß die ostdeutschen Unternehmen auf überregionalen Märkten wesentlich wettbewerbsfähiger geworden sind. Die Exporte ins Ausland und die Lieferungen in die alten Bundesländer stiegen zwar im Jahre 1994 mit beträchtlichem Tempo an, sie blieben aber, verglichen etwa mit dem Umfang des Imports und der Bezüge aus Westdeutschland, auf äußerst niedrigem Niveau.

11*. Immense Ungleichgewichte bestehen des weiteren auf dem Arbeitsmarkt. So bemerkenswert es ist, daß der Beschäftigungsabbau in diesem Jahr offenbar zum Stillstand kam und die Summe aus offener und verdeckter Arbeitslosigkeit von rund 2,7 Millionen Personen im Jahre 1993 auf etwa 2,4 Millionen Personen im Jahre 1994 zurückging, so ernüchternd ist zugleich auch der Blick auf die gewaltige Zahl an Arbeitsuchenden, für die noch Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen. Vor allem ist schwer absehbar, in welchen Bereichen hinreichend viele Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Das Lohnniveau betrug gemessen an den Effektivverdiensten etwa 70 vH des westdeutschen. Daher ist wohl kaum mit einer starken Ausdehnung besonders arbeitsintensiver Bereiche zu rechnen. Rentable Arbeitsplätze müssen auch in den neuen Bundesländern eine hohe Produktivität erzielen; vor allem Branchen, die im überregionalen Wettbewerb stehen, werden ohne eine angemessene, moderne Kapitalausstattung kaum konkurrenzfähig sein. Bevor in diesen Bereichen Arbeitskräfte eingestellt werden können, muß zuerst investiert werden. Das Entstehen von Arbeitsplätzen ist daher ein langfristiger Prozeß.

Nicht nur im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, auch in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage kristallisieren sich Unterschiede zwischen den Regionen in Ostdeutschland heraus. Bei der Industriebesiedlung bildet sich wiederum ein Süd-Nord-Gefälle heraus, wie es schon in früherer Zeit existierte. Die Arbeitslosigkeit ist überall ein großes Problem, besonders drükkend ist sie aber in östlich gelegenen Regionen. In größeren Ballungsgebieten ist das Arbeitsplatzdefizit dagegen geringer, und in den zentral gelegenen

Orten mit guter Verkehrsanbindung kommt es rascher zu mehr Beschäftigung als in anderen Regionen.

12*. Umstritten war im Jahre 1994, welchen Beitrag die Wirtschaftspolitik zum konjunkturellen Umschwung, zum Anstieg der Inlandsnachfrage, geleistet hat. Kritik galt vielfach der **Geldpolitik**. Viele Beobachter warfen der Geldpolitik mit Verweis auf die bis März noch inverse Zinsstruktur die Fortsetzung eines restriktiven Kurses vor. Im Unterschied dazu hatte der Sachverständigenrat den Kurs der Bundesbank bereits im vergangenen Jahr als expansiv gewertet. Auch im Jahre 1994 war die Bundesbank um eine Lockerung bemüht, was an den weiteren Notenbankzinssenkungen deutlich wird, freilich mit der Folge einer weit über dem Potentialwachstum liegenden Geldmengenexpansion. Allerdings stand dem Rückgang der kurzfristigen Zinsen, der seit Anfang 1993 rund 3,5 Prozentpunkte beträgt, eine Erhöhung der Kapitalmarktzinsen gegenüber, die im Jahre 1994 wieder über das Niveau von Anfang 1993 (rund 7 %) anstiegen. Das ließ die Frage aufkommen, ob die Geldpolitik — unbeschadet ihrer zunächst stabilisierenden Wirkung auf die Investitions- und Verbrauchsausgaben — inzwischen wieder Inflationserwartungen geweckt haben könnte, die sich in Form einer erhöhten Inflationsprämie in den langfristigen Zinsen niederschlagen und die expansiven Effekte der Geldpolitik nach und nach zunichte machen. Die tatsächliche Preisniveauentwicklung scheint dieser These zunächst zu widersprechen: Der Anstieg der Verbraucherpreise ging in Westdeutschland auf rund 3 vH zurück, und in Ostdeutschland war die Rate der Geldentwertung kaum höher. Auch in den kommenden Monaten dürfte die Preisentwicklung moderat verlaufen, weil die Wohnungsmieten nicht mehr so schnell steigen, der Anstieg der Dienstleistungspreise (einschließlich der Gebühren) aufgrund des moderateren Lohnanstiegs zurückgeht und auch die konjunkturreagiblen Preise (im wesentlichen Verbrauchsgüter) vorerst nicht stark zunehmen werden. Diese Effekte müssen aber nicht dauerhaft sein; sie könnten sich in kurzer Zeit umkehren, wenn die Nachfrage anzieht und die Lohnstückkosten wieder steigen. Überdies verheißt die starke monetäre Expansion für die mittelfristige Entwicklung der Preise nichts Gutes.

13*. Besorgnis hatte in den vergangenen Jahren auch der scheinbar unaufhaltsame Anstieg der **staatlichen Finanzierungsdefizite** hervorgerufen. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts konnte auch im Jahre 1994 mit rund 137 Mrd DM nicht unter das hohe Niveau des Vorjahres gedrückt werden. Die Ausgaben stiegen mit 4½ vH kaum langsamer als die Einnahmen mit 5 vH. Trotzdem ist es richtig, daß die quantitative Konsolidierung, die durch das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm angelegt war, im Jahre 1994 einen Schritt weit vorangekommen ist. Ein beträchtlicher Teil des Haushaltsdefizits ist konjunkturbedingt: Legt man der Beurteilung das strukturelle Defizit zugrunde, für das wir in diesem Jahr eine neue konzeptionelle Grundlage erarbeitet haben, dann ergibt sich ein Rückgang von 68 Mrd DM auf rund 58 Mrd DM. Vor allem die Gebietskörperschaften in Westdeutschland, und hier insbesondere die Länder und Gemeinden, haben ihre Ausgabenzuwächse merklich reduzieren können.

Anlaß zur Zufriedenheit mit der finanzpolitischen Entwicklung besteht indessen nicht. Die Einsparungen auf der Ausgabenseite gingen, wie in früheren Konsolidierungsphasen, häufig zu Lasten der Anlageinvestitionen, deren Anteil an den Ausgaben in Westdeutschland inzwischen auf den tiefen Wert von rund 6 vH gesunken ist. Anfang der achtziger Jahre lag diese Quote noch bei knapp 11 vH. Zudem ist der Anteil der Zinszahlungen an den gesamten Ausgaben, was abzusehen gewesen war, weiter angestiegen. Korrekturbedürftig ist in mittlerer Sicht auch der Anstieg der Abgaben, die auf Erwerbseinkommen lasten. Die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge) nahm in Deutschland im Jahre 1994 weiter zu und erreichte 43½ vH. Zusätzlich verdiente Einkommen werden heute wieder so stark besteuert, wie das vor den Einkommensteuerreformen der achtziger Jahre der Fall war. Dies alles begründet dringenden Handlungsbedarf im Hinblick auf qualitative Konsolidierung des öffentlichen Haushalts.

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1995

(Ziffern 188 ff.)

Ausgangslage und Annahmen

14*. Die deutsche Wirtschaft schreitet, bei deutlich verbesserter Konstitution, wieder voran. Sie hat das Rezessionstal, in das sie ab der Jahresmitte 1992 hinabgerutscht war, unerwartet rasch hinter sich gelassen und die Produktionsverluste schon wieder weitgehend wettgemacht. Die Erfahrung lehrt, daß nach einer Rezession ein Aufschwung rasch an Kraft gewinnt, weil die zyklischen Auftriebskräfte ihn hochschaukeln: Steigende Exporte schaffen Raum für eine steigende Produktion, und das zieht — soweit die Rahmenbedingungen stimmen — die Investitionen und später auch die Beschäftigung mit nach oben. Höhere Beschäftigung wiederum bringt höhere Einkommen in der Summe und damit höheren Privaten Verbrauch. Insofern sollte man eigentlich erwarten können, daß sich die konjunkturelle Dynamik im nächsten Jahr deutlich verstärkt. Doch so selbstverständlich ist das nicht. Denn die Bereitschaft der Unternehmen, in neue Ausrüstungen und Bauten zu investieren, nimmt nur zögerlich zu. Das ist selbst dort zu beobachten, wo das gute Exportgeschäft wieder für eine hohe Auslastung der Kapazitäten sorgt, aber erst recht dort, wo die Kapazitätsauslastung niedrig ist,

weil der Private Verbrauch lahmt. Anscheinend sind vielen Investoren die mittelfristigen Perspektiven noch unsicher. Das deutet darauf hin, daß die Aufwärtsentwicklung im kommenden Jahr nur verhalten sein wird, jedenfalls verhaltener, als man es früher im Anschluß an eine Rezession gewohnt war.

15*. Zunächst legen wir die Annahmen dar, auf denen die Prognose fußt:

— Die Geldpolitik wird im nächsten Jahr fast überall die Zügel etwas anziehen, weitere Zinssenkungen wird es nicht mehr geben. In den Vereinigten Staaten werden die Leitzinsen weiter heraufgesetzt werden, in Japan, das derzeit die Nachhut im internationalen Konjunkturverbund bildet, wird kein Spielraum für weitere Zinssenkungen bestehen und auch in der Bundesrepublik nicht. Die Bundesbank wird an ihrer potentialorientierten Geldmengenpolitik festhalten. Die Zinsen am Kapitalmarkt, die sich in diesem Jahr kräftig erhöht haben, werden nicht oder nur wenig steigen. Die Anleger haben die Veränderung der Marktverhältnisse — die steigende Kapitalnachfrage und die wachsenden Inflationsängste — schon weitgehend eskomptiert; überdies wird von ihnen die Entschlossenheit der Notenbanken, die Inflation früh zu bekämpfen, honoriert. Bei dieser Konstellation ist der Bedarf an Wechselkursänderungen im ganzen gering. Den Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem US-Dollar setzen wir für den Durchschnitt des nächsten Jahres mit 1,60 DM an.

— Die Finanzpolitik bleibt in den meisten Ländern auf Konsolidierungskurs. Sie verstärkt ihre Anstrengungen, die strukturellen Defizite zurückzuführen, und sie bemüht sich mehr als bisher um eine qualitative Konsolidierung. Die Ausgabenexpansion soll spürbar eingedämmt, in einigen Ländern sollen aber auch die Abgaben weiter erhöht werden. Die EU-Länder werden bestrebt sein, sichtbare Konsolidierungsfortschritte zu machen, um den im Maastricht-Vertrag genannten Bedingungen für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion näherzukommen. In der Bundesrepublik werden die Gebietskörperschaften das strukturelle Defizit um 8 Mrd DM auf 49½ Mrd DM zurückführen. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts (einschließlich der Nebenhaushalte) in der Abgrenzung der Finanzstatistik sinkt um 13 Mrd DM auf 124 Mrd DM.

Das weltwirtschaftliche Umfeld

16*. Der Aufschwung in der Weltwirtschaft ist in diesem Jahr kräftiger gewesen als erwartet wurde; insbesondere in Westeuropa erholte sich die Konjunktur rasch. Die „Konjunkturschaukel", die sich Anfang der neunziger Jahre zwischen angelsächsischen Ländern auf der einen und den westeuropäischen Ländern sowie Japan auf der anderen Seite herausgebildet hatte, wurde von einer wieder gleichläufigeren Entwicklung abgelöst. Der Aufschwung besitzt mittlerweile ein breites Fundament. Die Chancen stehen somit gut, daß er sich im kommenden Jahr weiter entfalten kann. Wir erwarten bei den OECD-Ländern Zuwachsraten bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die im Durchschnitt bei knapp 3 vH und damit etwas höher als in diesem Jahr liegen.

17*. Der Welthandel hat sich in diesem Jahr überaus kraftvoll ausgeweitet; das hat in Westeuropa entscheidend zur Überwindung der konjunkturellen Schwäche beigetragen. Es sieht so aus, daß er im kommenden Jahr seine Dynamik beibehält. Schätzungen internationaler Organisationen gehen von einer Expansionsrate in der Größenordnung von rund 8 vH aus. Das heißt: Der Export wird in den meisten Ländern die Konjunktur weiter antreiben.

Für Stärke und Verlauf des Aufschwungs sind freilich die Investitionen entscheidend. Die hohe Expansionsrate beim Welthandel in diesem Jahr ist vorwiegend Ausdruck einer neuen Investitionsdynamik in der Welt. Von dieser Dynamik geht im nächsten Jahr nichts verloren. Zwar wird sich in den Vereinigten Staaten die Investitionstätigkeit etwas abflachen, doch dafür wird sie sich in den westeuropäischen Ländern und in Japan verstärken.

Der Private Verbrauch wird fast überall etwas stärker zunehmen als in diesem Jahr, aber nicht so stark wie das Bruttoinlandsprodukt; etwas anderes wäre bei der vorgezeichneten Entwicklung der Einkommen und der Beschäftigung nicht recht plausibel. Ein nochmaliges Absinken der Sparquote kann, wenn überhaupt, nur für wenige Länder erwartet werden.

18*. Die Preisentwicklung wird im kommenden Jahr noch moderat verlaufen. Die Verbraucherpreise werden in den Industrieländern im Durchschnitt um knapp 3 vH steigen, nicht stärker als in diesem Jahr. Dafür spricht, daß von den Löhnen kaum Kostendruck ausgeht und daß die Geldpolitik dafür sorgen dürfte, die Überwälzungsspielräume zu begrenzen. Auch der asynchrone Konjunkturverlauf sorgt vorerst noch dafür, daß der Wettbewerb auf den internationalen Märkten rege bleibt. Gleichwohl darf man die Besorgnisse der Kapitalanleger, die Inflation könne rasch wieder aufflackern, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Bei genauerem Hinsehen sind Entwicklungen erkennbar, vor allem die seit Jahresbeginn wieder deutlich steigenden Rohstoffpreise, die durchaus als Vorboten eines inflatorischen Prozesses interpretiert werden können.

Die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland

19*. In Deutschland wird sich die konjunkturelle Erholung, die Anfang dieses Jahres begann, im nächsten Jahr mit verhaltenem Schwung fortsetzen. Wir sehen im Augenblick keine Kräfte am Werk, die die Aufwärtsbewegung jäh abbremsen, aber auch keine, die sie beschleunigen könnten. Auffällig im Vergleich zu früheren Konjunkturzyklen ist das geringere Anfangstempo; bisher sind die Selbstverstärkungskräfte noch nicht sehr stark. Doch muß das auf längere Sicht kein Nachteil sein. Entscheidend ist, daß die Entwicklung stetig nach oben führt.

Ähnlich wie früher ist das zyklische Ablaufmuster. Der Export wird wie bisher Schrittmacher des Auf-

Tabelle A

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen

Schätzung für das 2. Halbjahr 1994

Absolute Werte

	Einheit	1993	1994	1995	1994		1995	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts								
In jeweiligen Preisen								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 832,18	1 912½	1 989½	923,36	989½	956	1 033½
Staatsverbrauch	Mrd DM	623,04	641	660	291,19	349½	300½	359½
Anlageinvestitionen	Mrd DM	701,83	749½	815	354,57	394½	385½	429½
Ausrüstungen	Mrd DM	263,63	268	294	123,33	145	135½	159
Bauten	Mrd DM	438,20	481	520½	231,24	250	250	270½
Vorratsveränderung	Mrd DM	–7,28	+13½	+23	+20,37	–7	+27	– 4
Außenbeitrag	Mrd DM	+9,33	+17½	+29	+10,61	+7	+15	+13½
Ausfuhr	Mrd DM	682,04	731½	781½	355,93	376	377½	404
Einfuhr	Mrd DM	672,71	714½	752½	345,32	369	362½	390½
Bruttoinlandsprodukt	Mrd DM	3 159,10	3 333½	3 516½	1 600,10	1 733½	1 684	1 832½
In Preisen von 1991								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 685,28	1 710½	1 737	828,12	882½	837½	899½
Staatsverbrauch	Mrd DM	572,31	575½	579½	277,39	298	280	299½
Anlageinvestitionen	Mrd DM	652,24	684	733	324,79	359½	348	385
Ausrüstungen	Mrd DM	257,10	259½	282	119,81	140	130½	152
Bauten	Mrd DM	395,15	424½	450½	204,98	219½	217½	233
Vorratsveränderung	Mrd DM	– 1,83	+18	+24	+23,82	– 5½	+28	–4
Außenbeitrag	Mrd DM	–24,40	–23	–13	– 9,62	–13½	– 5	–8
Ausfuhr	Mrd DM	671,87	716	756½	349,23	367	367	389½
Einfuhr	Mrd DM	696,27	739	769½	358,85	380	372	398
Bruttoinlandsprodukt	Mrd DM	2 883,60	2 965½	3 060	1 444,50	1 521	1 488	1 572
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 882,50	2 960	3 064	1 439,00	1 521	1 487½	1 576½
Preisentwicklung (Deflator)								
Privater Verbrauch	1991=100	108,7	112	114½	111,5	112	114	115
Bruttoinlandsprodukt	1991=100	109,6	112½	115	110,8	114	113	116½
Letzte inländische Verwendung	1991=100	108,3	111	113½	109,3	112½	112	115
Erwerbstätige und Produktivität								
Erwerbstätige (Inland)	1 000	35 267	34 945	34 960	34 808	35 082	34 765	35 155
Produktivität[1])	DM	81 765	84 860	87 530	41 499	43 355	42 800	44 720
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 777,84	1 817	1 887	848,91	968	879½	1 007½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	608,13	693	782	338,49	354½	388	394
Volkseinkommen	Mrd DM	2 385,97	2 510	2 669	1 187,40	1 322½	1 267½	1 401½
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mrd DM	1 441,93	1 466	1 516	683,38	782½	705	811½
Nettolohn- und -gehaltssumme	Mrd DM	968,31	974½	980	453,48	521	454	525½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[2])	Mrd DM	2 088,94	2 166	2 252½	1 041,87	1 124	1 077½	1 175

[1]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen.

Tabelle A

Gesamtrechnungen für Deutschland

und Vorausschau auf das Jahr 1995

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1993	1994	1995	1994		1995	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts							
In jeweiligen Preisen							
Privater Verbrauch	+ 4,4	+ 4½	+ 4	+ 4,7	+ 4	+ 3½	+ 4½
Staatsverbrauch	+ 1,7	+ 3	+ 3	+ 2,1	+ 3½	+ 3	+ 3
Anlageinvestitionen	− 1,6	+ 7	+ 9	+ 5,6	+ 8	+ 8½	+ 9
Ausrüstungen	−13,3	+ 1½	+ 9½	− 2,4	+ 5½	+ 9½	+ 9½
Bauten	+ 7,1	+10	+ 8	+10,5	+ 9	+ 8	+ 8½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	− 5,4	+ 7½	+ 7	+ 6,0	+ 8½	+ 6	+ 7½
Einfuhr	− 7,3	+ 6	+ 5½	+ 5,1	+ 7½	+ 5	+ 6
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,7	+ 5½	+ 5½	+ 5,3	+ 5½	+ 5½	+ 5½
In Preisen von 1991							
Privater Verbrauch	+ 0,5	+ 1½	+ 1½	+ 1,8	+ 1½	+ 1	+ 2
Staatsverbrauch	− 1,2	+ ½	+ ½	+ 0,2	+ 1	+ 1	+ ½
Anlageinvestitionen	− 4,5	+ 5	+ 7	+ 3,9	+ 6	+ 7	+ 7
Ausrüstungen	−13,8	+ 1	+ 8½	− 2,6	+ 4½	+ 9	+ 8½
Bauten	+ 2,8	+ 7½	+ 6	+ 8,1	+ 7	+ 6	+ 6
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	− 6,2	+ 6½	+ 5½	+ 5,3	+ 8	+ 5	+ 6
Einfuhr	− 6,1	+ 6	+ 4	+ 5,6	+ 6½	+ 3½	+ 4½
Bruttoinlandsprodukt	− 1,1	+ 3	+ 3	+ 2,8	+ 3	+ 3	+ 3½
Bruttosozialprodukt	− 1,7	+ 2½	+ 3½	+ 2,0	+ 3½	+ 3½	+ 3½
Preisentwicklung (Deflator)							
Privater Verbrauch	+ 3,9	+ 3	+ 2½	+ 2,9	+ 3	+ 2½	+ 2½
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,9	+ 2½	+ 2	+ 2,5	+ 2½	+ 2	+ 2½
Letzte inländische Verwendung	+ 3,4	+ 2½	+ 2½	+ 2,2	+ 2½	+ 2½	+ 2½
Entstehung des Inlandsprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	− 1,8	− 1	+ 0	− 1,3	− ½	− 0	+ 0
Produktivität[1]	+ 0,7	+ 4	+ 3	+ 4,1	+ 3½	+ 3	+ 3
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 2,3	+ 2	+ 4	+ 2,3	+ 2	+ 3½	+ 4
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	− 3,4	+14	+13	+ 7,7	+20½	+14½	+11
Volkseinkommen	+ 0,8	+ 5	+ 6½	+ 3,8	+ 6½	+ 7	+ 6
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 1,9	+ 1½	+ 3½	+ 1,7	+ 1½	+ 3	+ 3½
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 1,8	+ ½	+ ½	+ 0,4	+ 1	+ 0	+ 1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[2]	+ 3,7	+ 3½	+ 4	+ 3,4	+ 4	+ 3½	+ 4½

[2] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

schwungs sein, aber er wird im nächsten Jahr diese Rolle mit den Investitionen teilen. In dem Maße, wie die Investitionen nachziehen, gewinnt die Erholung an Breite und Stabilität. Damit wird auch die Beschäftigung wieder steigen, wenngleich zunächst nur schwach, so daß die Arbeitslosigkeit noch hoch bleibt.

Vom Privaten Verbrauch sind fürs erste nur geringe Impulse zu erwarten. Das überrascht nicht, denn es ist keinesfalls ungewöhnlich, daß dieser nach einer Rezession hinter der Entwicklung nachhinkt. Trotzdem vermochte sich jedesmal ein breiter Aufschwung zu entfalten; die Phase der konjunkturellen Erholung ist die Zeit der Investitionen, nicht die des Privaten Verbrauchs.

20*. Mit der konjunkturellen Erholung in den alten Bundesländern verbessern sich auch die Perspektiven für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Die ostdeutschen Unternehmen finden jetzt leichter Zugang zu den Märkten, der in der Rezession oftmals versperrt war. Insofern ist zu erwarten, daß die ostdeutsche Wirtschaft im nächsten Jahr abermals einen großen Schritt nach vorn macht. Das wird auch die Lasten verringern, die die westdeutsche Wirtschaft zur Zeit zu tragen hat.

21*. In unserer Prognose nehmen wir die deutsche Wirtschaft als Ganzes in den Blick. Die Unterschiede in der Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands arbeiten wir aber weiterhin heraus; soweit wir es vertreten können, weisen wir auch wichtige Eckgrößen nach.

22*. Seit Jahresbeginn hat die konjunkturelle Erholung in der Weltwirtschaft auch die deutsche Wirtschaft erfaßt. Die Warenausfuhr hat kraftvoll angezogen. Was der deutschen Wirtschaft auch weiterhin zugute kommt: Die konjunkturelle Erholung vollzieht sich fast überall nach dem gleichen Muster. Sie wird von den Investitionen und vom Lageraufbau getragen. Entsprechend haben sich bei den Herstellern von Grundstoffen und Produktionsgütern sowie von Investitionsgütern die Auftragsbücher wieder gefüllt. Diese Güter spielen eine überragende Rolle für den deutschen Export.

23*. Wir gehen davon aus, daß die gesamtdeutsche Ausfuhr (Waren und Dienste) im nächsten Jahr um etwa 5½ vH expandiert, etwas weniger als in diesem Jahr (Tabelle A, Seiten 6 f.). Die Rate für die westdeutsche Warenausfuhr veranschlagen wir auf etwa 7 vH.

Die Unternehmen in den neuen Bundesländern sind auf den westlichen Auslandsmärkten noch immer schwach vertreten, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Das wird sich erst auf längere Sicht ändern. Gleichwohl ist damit zu rechnen, daß sie die Gunst der Stunde nutzen können, um den Absatzradius auszuweiten und auf westlichen Auslandsmärkten Fuß zu fassen. Wir haben dem dadurch Rechnung getragen, daß wir für die Exportlieferungen aus Ostdeutschland eine deutlich höhere Zuwachsrate angesetzt haben als für die Lieferungen aus Westdeutschland.

24*. Für den weiteren Fortgang der Konjunktur sind die Investitionen aus zwei Gründen wichtig: Sie schaffen selbst Nachfrage und sorgen so für eine höhere Auslastung der Kapazitäten, und sie schaffen zusätzliche Kapazitäten und damit Arbeitsplätze. Ein Aufschwung, der seine Impulse nur von woanders her erhielte, vom Export oder vom Privaten Verbrauch, müßte früher oder später an Kapazitätsgrenzen stoßen. Durch hohe Investitionen wird die Basis für einen langen Aufschwung gelegt.

Bei der Abschätzung des Tempos, mit dem die Investitionen ansteigen könnten, gibt es erhebliche Unsicherheiten. Es scheint so, als sähen die Investoren noch Risiken auf mittlere Sicht. Sie möchten zunächst Klarheit über die künftige Belastung der Erträge durch Löhne, Steuern und Zinsen, und das kann bedeuten, daß sie anstehende Investitionsentscheidungen erst einmal vertagen, bis der Kurs der Lohnpolitik, der Finanzpolitik und der Geldpolitik kalkulierbarer geworden ist. Der Eindruck, daß viele Investoren zur Zeit noch recht vorsichtig planen, wird durch neuere Erhebungen wie die Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages für den Sachverständigenrat vom Herbst dieses Jahres bestätigt.

25*. Dreh- und Angelpunkt bei Investitionsentscheidungen sind Renditeüberlegungen. Investitionen in Sachkapital müssen sich lohnen, auch im Vergleich zu Anlagen an den Finanzmärkten. Viele Unternehmen machen im operativen Geschäft inzwischen wieder gute Gewinne. Das sollte ein hinreichender Anreiz sein, das verdiente Geld, statt es auf die Bank zu legen, in die Betriebe zu stecken, um veraltete Anlagen zu erneuern oder zu modernisieren, oder um die Kapazitäten zu erweitern. Die Verbesserung der Ertragslage ist das Ergebnis energischer Anstrengungen zur Kostensenkung. Die Unternehmen haben ihre Betriebe durchrationalisiert. Sie haben den Produktionsapparat modernisiert, die Fertigung „schlanker" gemacht, die Logistik reorganisiert sowie den Vertrieb und die Verwaltung gestrafft. Dabei konnten sie oftmals große Produktivitätssprünge realisieren. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die hohe Modernisierungs- und Rationalisierungswelle plötzlich abebbt. Manches Unternehmen hat erst in der Rezession entdeckt, über welches Neuerungspotential es verfügt. Wie die Umfragen etwa des DIHT belegen, bleiben Rationalisierung und Modernisierung im nächsten Jahr das mit Abstand wichtigste Investitionsmotiv.

Allmählich rückt aber auch die Zeit heran, die Erweiterung der Kapazitäten ins Auge zu fassen. Nach allem, was wir wissen, sind die Produktionsanlagen derzeit im Durchschnitt höher ausgelastet als in vergleichbaren Phasen früherer Konjunkturzyklen. Wenn die konjunkturelle Erholung fortschreitet, wie wir das in der Prognose annehmen, sind die Produktionsreserven erfahrungsgemäß rasch erschöpft. Alles in allem ist die Kapazitätserweiterung derzeit zwar kein dominantes Investitionsmotiv in den Planungen der Unternehmen, aber das Gewicht nimmt merklich zu.

26*. Für die Anlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Unternehmen der Wohnungswirtschaft) rechnen wir in den neuen Bundesländern mit einem Anstieg um rund 10 vH und in den alten Bundesländern mit einem Zuwachs von etwa 6½ vH. Es ent-

spricht dem üblichen zyklischen Muster, daß in der Frühphase des Aufschwungs vor allem die Ausrüstungsinvestitionen kräftig expandieren. Das hängt damit zusammen, daß dann die Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft geballt neue Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge sowie Geräte zur Informationsverarbeitung und -übertragung kaufen — fast drei Viertel der Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich sind Ausrüstungsgüter. Wir rechnen damit, daß die Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt des nächsten Jahres in den alten wie in den neuen Bundesländern um 8½ vH bis 9 vH höher sein werden als im Durchschnitt dieses Jahres.

27*. Anders als die Ausrüstungsinvestitionen werden die Bauinvestitionen im nächsten Jahr deutlich langsamer expandieren. Zwar verstärkt sich im gewerblichen Bereich die Bautätigkeit: im Westen vornehmlich, weil die Erweiterung der Kapazitäten in Angriff genommen wird, im Osten, insbesondere weil Schlichtbauten und andere Provisorien ersetzt werden. Aber das wird mehr als aufgewogen, weil die Produktion im Wohnungsbau nur noch vergleichsweise wenig zunimmt und im öffentlichen Bau weiter abnimmt, jedenfalls in den westlichen Bundesländern. Alles in allem rechnen wir damit, daß die Bauinvestitionen im kommenden Jahr in den alten Bundesländern nur noch um 2 vH steigen werden, nach 3½ vH in diesem Jahr. In den neuen Bundesländern ist die Situation anders. Dort kann weiterhin mit einer kräftigen Ausweitung der Bauproduktion gerechnet werden, nach unserer Rechnung um etwa ein Fünftel.

28*. Kräftigere Impulse empfängt derzeit die Konjunktur vom Lageraufbau, nachdem zuvor ein Lagerabbau den Absturz in die Rezession beschleunigt hatte. Insbesondere die Industrie scheint die Läger wieder aufzufüllen, die teilweise bis zum betriebstechnischen Minimum geleert worden waren. Ein Teil des Lageraufbaus vollzieht sich bei den im Fertigungsprozeß gebundenen Zwischenprodukten, deren Menge mit der Ausweitung der Produktion überproportional steigt. Im kommenden Jahr werden die lagerzyklischen Einflüsse auf den Produktionsstufen zwar schwächer, aber das dürfte sich dadurch ausgleichen, daß die Fertigwarenläger aufgestockt werden.

29*. Der Finanzpolitik wird es gelingen, das strukturelle Defizit abermals zu reduzieren, wenn auch in einem geringeren Umfang als in diesem Jahr. Das Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt (ohne ERP-Sondervermögen) geht sogar um 15 Mrd DM zurück, doch beruht dies zu einem beträchtlichen Teil auf dem Rückgang der konjunkturellen Belastungen.

Betrachtet man den gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung für das Jahr 1995, wie er sich in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen darstellt, dann spiegelt sich der Konsolidierungsfortschritt darin nicht wider (Tabelle B). Die Ausgaben steigen mit 21 vH so kräftig wie noch nie, das Defizit erreicht mit 354 Mrd DM einen absoluten Höchststand. In diesen Zahlen kommt die Übertragung der Schulden von der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von 260 Mrd DM an den Erblastentilgungsfonds zum Ausdruck. Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ist dafür eine Vermögensübertragung zu buchen. So irreführend dieses Vorgehen zunächst erscheinen mag, weil es die budgetpolitische Entwicklung im nächsten Jahr überdeckt, so berechtigt und konsequent ist es. Der Bund hat die Treuhandanstalt dem Unternehmenssektor zugeordnet, um den Staatshaushalt von den dort stattfindenden finanziellen Transaktionen zu entlasten. Dies war von Anfang an strittig, denn aus ökonomischer Perspektive waren die Defizite der Treuhandanstalt dem Staat zuzurechnen.

30*. Bereinigt man die Ergebnisse des Staatskontos für das Jahr 1995 um die Schuldenübernahme des Erblastentilgungsfonds, dann wird deutlich, daß der Fortgang der Konsolidierung im kommenden Jahr überwiegend durch die Einnahmenseite erreicht wird; eine Rückführung des Ausgabenzuwachses ist nicht in Sicht. Bei den Gebietskörperschaften werden sich die Ausgaben mit knapp 5 vH etwa in gleichem Umfang erhöhen wie in diesem Jahr. Dagegen lassen die Einführung des Solidaritätszuschlags, die Erhöhung des Steuersatzes bei der privaten Vermögensteuer bei gleichzeitiger Anpassung des allgemeinen persönlichen Freibetrags und die Anhebung der Versicherungsteuer im nächsten Jahr beträchtliche Mehreinnahmen erwarten.

31*. Der Private Verbrauch zählt normalerweise immer zu den Nachzüglern im konjunkturellen Aufschwung. Doch dieses Mal ist seine Verspätung größer als sonst, weil vor allem der Anstieg der Einkommen durch die höhere fiskalische Belastung gebremst wird. An dieser Grundkonstellation wird sich im nächsten Jahr nicht viel ändern können. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in der Summe steigen im früheren Bundesgebiet zwar voraussichtlich etwas stärker als in diesem Jahr, aber durch die Erhebung des Solidaritätszuschlags wird sich das auf den Lohn- und Gehaltskonten der Arbeitnehmer nicht niederschlagen. Die Nettolohn- und -gehaltssumme, die knapp die Hälfte des verfügbaren Einkommens ausmacht, wird sogar leicht schrumpfen.

Die Entwicklung beim Privaten Verbrauch hängt freilich nicht nur von der Zunahme der Kaufkraft ab, sondern auch von der Kaufbereitschaft, wie sich das in diesem Jahr in bemerkenswerter Weise gezeigt hat. Wenn mit fortschreitender konjunktureller Erholung die Zuversicht steigt, wird erfahrungsgemäß weniger Geld auf die hohe Kante gelegt, und es werden auch wieder mehr Schulden gemacht, insbesondere um größere Anschaffungen zu finanzieren. Doch bleibt diesmal ein sehr großer Unsicherheitsfaktor, nämlich die hohe Arbeitslosigkeit. Unsere Annahme ist daher, daß der Private Verbrauch in realer Rechnung um 1 vH bis 1½ vH expandieren wird, nicht viel anders als in diesem Jahr. Deutlich höhere Steigerungsraten, 3½ vH in realer Rechnung, veranschlagen wir für die neuen Bundesländer, da dort die Einkommen rascher zunehmen als im früheren Bundesgebiet.

32*. Die Lohnpolitik ist in diesem Jahr auf einen Kurs eingeschwenkt, der der Sicherung der Beschäftigung Vorrang einräumt. Es gehört zu den zentralen Annahmen der Prognose, daß sie diesen Kurs weiterhin hält. Denn angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist eine zurückhaltende Lohnpolitik auch in der Phase der konjunkturellen Erholung eine Notwendigkeit.

Tabelle B

Einnahmen und Ausgaben des Staates

Schätzung für das Jahr 1994 und Prognose für das Jahr 1995

Art der Einnahmen und Ausgaben	1993	1994	1995	1994	1995
	Mrd DM[1]			Veränderung gegen Vorjahr in vH	
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen					
Staat[2]					
Einnahmen, insgesamt	1 488,2	1 571½	1 665½	+ 5½	+ 6
darunter:					
Steuern	771,4	810½	880½	+ 5	+ 8½
Sozialbeiträge	596,3	633½	665½	+ 6½	+ 5
Ausgaben, insgesamt	1 593,4	1 671	2 019½	+ 5	+21
davon:					
Staatsverbrauch	623,0	641	660	+ 3	+ 3
Einkommensübertragungen	722,1	767½	804½	+ 6½	+ 5
Zinsen	104,6	122½	149½	+17	+22½
Vermögensübertragungen	57,0	52½	315	– 8	X
darunter:					
Schuldenübernahme Erblastentilgungsfonds	—	—	260	X	X
Investitionen	86,6	88	90	+ 1½	+ 2
Finanzierungsdefizit	105,1	99½	354	X	X
nachrichtlich:					
ohne Schuldenübernahme Erblasten-tilgungsfonds	105,1	99½	94	X	X
Nachrichtlich:					
Staatsquote[3]	50,4	50,1	57,4	X	X
Abgabenquote[3]	43,3	43,3	44,0	X	X
Defizitquote[3]	3,3	3,0	10,1	X	X
Gebietskörperschaften[4]					
Einnahmen	913,1	961	1 024	+ 5	+ 6½
Ausgaben	1 028,1	1 075	1 387	+ 4½	+29
Finanzierungsdefizit	114,9	114	362½	X	X
Nachrichtlich:					
Defizitquote[3]	3,6	3,4	10,3	X	X
In der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Öffentlicher Gesamthaushalt[5]					
Einnahmen	977,1	1 028	1 100	+ 5	+ 7
darunter:					
Steuern	749,1	785½	855	+ 5	+ 9
Ausgaben	1 114,5	1 165	1 224	+ 4½	+ 5
Finanzierungsdefizit	137,3	137	124	X	X
Nachrichtlich:					
Ausgabenquote[6]	35,3	34,9	34,8	X	X
Defizitquote[6]	4,3	4,1	3,5	X	X

[1] Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[3] Ausgaben/Steuern und Sozialbeiträge/Finanzierungsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.
[4] Bund, Länder und Gemeinden einschließlich EU-Anteile, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds, bis 1994 Kreditabwicklungsfonds und Fonds „Deutsche Einheit", ab 1994 Bundeseisenbahnvermögen und ab 1995 Erblastentilgungsfonds.
[5] Gebietskörperschaften einschließlich Nebenhaushalte und Sonderrechnungen.
[6] Ausgaben/Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

Tabelle C

Eckdaten für Westdeutschland und Ostdeutschland

Schätzung für 1994 und Prognose für 1995

	1992	1993	1994	1995	1993	1994	1995
	Früheres Bundesgebiet						
	Mrd DM In Preisen von 1991				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Bruttoinlandsprodukt	2 694,30	2 648,60	2 707½	2 778½	– 1,7	+ 2	+ 2½
Privater Verbrauch	1 480,42	1 483,01	1 500	1 519½	+ 0,2	+ 1	+ 1½
Staatsverbrauch	485,32	479,72	480½	484	– 1,2	+ 0	+ 1
Anlageinvestitionen	564,96	518,03	528	552½	– 8,3	+ 2	+ 4½
davon:							
Ausrüstungsinvestitionen	252,76	208,29	207	224½	–17,6	– ½	+ 8½
Bauinvestitionen	312,20	309,74	321	328	– 0,8	+ 3½	+ 2
Außenbeitrag	+164,07	+174,82	+ 190	+ 207½	X	X	X
davon:							
Ausfuhr	922,46	893,03	956½	1 012½	– 3,2	+ 7	+ 6
Einfuhr	758,39	718,21	766½	805	– 5,3	+ 6½	+ 5
	In jeweiligen Preisen						
Verfügbares Einkommen[1]	1 763,44	1 811,30	1 869½	1 937	+ 2,7	+ 3	+ 3½
Bruttolohn- und -gehaltssumme[2]	1 226,68	1 239,48	1 246½	1 282	+ 1,0	+ ½	+ 3
	1991 = 100						
Deflator des Privaten Verbrauchs	103,8	107,1	110	112½	+ 3,2	+ 2½	+ 2½
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost						
	Mrd DM In Preisen von 1991				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Bruttoinlandsprodukt	222,10	235,00	258	281½	+ 5,8	+ 9½	+ 9
Privater Verbrauch	196,93	202,27	210½	217½	+ 2,7	+ 4	+ 3½
Staatsverbrauch	93,72	92,59	95	95	– 1,2	+ 2½	+ 0
Anlageinvestitionen	117,67	134,21	156	180	+14,1	+16½	+15½
davon:							
Ausrüstungsinvestitionen	45,61	48,80	52½	57½	+ 7,0	+ 8	+ 9
Bauinvestitionen	72,06	85,41	103½	122½	+18,5	+21	+18½
Außenbeitrag	–189,92	–199,22	– 213	– 220½	X	X	X
davon:							
Ausfuhr	51,69	54,55	63½	74½	+ 5,5	+16½	+18
Einfuhr	241,61	253,77	276½	295½	+ 5,0	+ 9	+ 7
	In jeweiligen Preisen						
Verfügbares Einkommen[1]	250,70	277,64	296½	316	+10,7	+ 7	+ 6½
Bruttolohn- und -gehaltssumme[2]	188,36	202,45	219½	234	+ 7,5	+ 8½	+ 7
	1991 = 100						
Deflator des Privaten Verbrauchs	111,0	120,3	124½	128	+ 8,4	+ 3½	+ 3

[1]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[2]) Inländerkonzept.

33*. Obgleich im nächsten Jahr die Löhne voraussichtlich nicht kostentreibend wirken, darf man sich keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben: Die Zeit rückläufiger Preissteigerungsraten wird erst einmal zu Ende gehen. Denn bei wieder besserer Nachfrage eröffnen sich den Unternehmen Preiserhöhungsspielräume. Wir schätzen, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im nächsten Jahr in etwa so wie in diesem Jahr in den alten Bundesländern um 2½ vH und in den neuen Bundesländern um 3 vH steigen wird, und zwar im Jahresdurchschnitt. Die etwas höhere Rate für die ostdeutschen Länder resultiert im wesentlichen aus der geplanten Einführung des Vergleichsmietensystems zur Jahresmitte, die weitere Mieterhöhungen nach sich zieht. Ansonsten entwikkeln sich die Preise in beiden Teilen Deutschlands schon seit geraumer Zeit ziemlich parallel, und das wird auch im kommenden Jahr nicht anders sein.

34*. Alles in allem zeichnet unsere Prognose für 1995 ein helles Bild, auch wenn es nicht frei von Grautönen ist. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird weiter expandieren: In den alten Bundesländern zwar verhalten, aber stetig, in den neuen Bundesländern anhaltend kräftig. Die Zuwachsrate beim Bruttoinlandsprodukt wird etwa 3 vH betragen — etwa 2½ vH im Westen und gut 9 vH im Osten (Tabelle C, Seite 11).

Die gesamtwirtschaftliche Produktion bewegt sich damit auf einem Pfad, der nur wenig steiler als der Wachstumspfad für das Produktionspotential ist; hier veranschlagen wir die Zunahme für die alten Bundesländer auf 2 vH. Das paßt zu unserer Vorstellung von einer moderaten Aufwärtsentwicklung. Die Auslastung des Produktionspotentials wird im Ganzen nur wenig ansteigen.

35*. Besorgniserregend bleibt die Lage am Arbeitsmarkt. Auch wenn viele Unternehmen in der Rezession in ungewohntem Maße Personal abgebaut haben, bedeutet das nicht, daß sie bei einer Verbesserung der Auftragslage sofort umfangreiche Einstellungen vornehmen. Denn erst einmal möchten sie die Früchte ihrer Rationalisierungsanstrengungen in Form höherer Produktivitätsgewinne ernten. Falls die Personaldecke wieder zu kurz werden sollte, können sie mit ihren Mitarbeitern Überstunden oder Sonderschichten vereinbaren. In den vielen neuen Arbeitszeitmodellen, die ja auch eingeführt wurden, um überzählige Arbeitskräfte nicht entlassen zu müssen, stecken beträchtliche Flexibilisierungsreserven. Das alles spricht nicht für eine grundlegende Wende auf dem Arbeitsmarkt. Gewiß, der Beschäftigungsrückgang läuft aus; in den neuen Bundesländern ist er in diesem Jahr schon zum Stillstand gekommen. Aber für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg reicht das Tempo der Produktionssteigerung, das sich aus heutiger Sicht abzeichnet, einfach nicht aus (Tabelle D).

36*. Bei der Prognose haben wir angenommen, daß sich die Anzahl der Erwerbstätigen in den alten Bundesländern bis weit ins nächste Jahr hinein nur wenig verändert, später aber wieder etwas steigt. Ende 1995 werden nach unserer Rechnung knapp 70 000 Menschen mehr einen Arbeitsplatz haben als Ende 1994. Die Entwicklung in den jungen Bundesländern wird in der Grundtendenz ähnlich sein. Auch dort wird Ende 1995 ein leicht höherer Beschäftigungsstand erreicht; wir rechnen mit 50 000 zusätzlichen Erwerbstätigen.

37*. Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Arbeitslosigkeit wird im nächsten Jahr trotz fortschreitender wirtschaftlicher Erholung nur wenig sinken. Für die alten Bundesländer ergibt sich nach unserer Rechnung für den Durchschnitt des Jahres 1995 eine Anzahl von 2,5 Millionen und für die neuen Bundesländer von 1,1 Millionen registrierten Arbeitslosen. Gegenüber 1994 bedeutet das einen Rückgang von 30 000 Personen im Westen und 60 000 Personen im Osten. Auch hier zeichnet die Entwicklung im Verlauf des Jahres — Jahresende 1995 gegen Jahresende 1994 gerechnet — ein etwas positiveres Bild. Trotzdem bleibt das Niveau der Arbeitslosigkeit auf einem erschreckend hohen, nicht hinnehmbaren Niveau.

Tabelle D

Die voraussichtliche Entwicklung am Arbeitsmarkt[1])

Tausend

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Bundesländer[2])		
	1993	1994	1995	1993	1994	1995	1993	1994	1995
Erwerbspersonen (Inländer)	38 682	38 665	38 590	30 935	30 890	30 840	7 747	7 775	7 750
davon:									
registrierte Arbeitslose[3])	3 419	3 710	3 620	2 270	2 560	2 530	1 149	1 150	1 090
Pendlersaldo[4])	4	–10	–10	329	310	290	–325	–320	–300
Erwerbstätige (im Inland)	35 267	34 945	34 960	28 994	28 640	28 600	6 273	6 305	6 360
Nachrichtlich:									
Verdeckt Arbeitslose[5])	2 281	1 818	1 540	728	580	540	1 553	1 238	1 000

[1]) Jahresdurchschnitte; in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; 1994 eigene Schätzung; 1995 Prognose.
[2]) Einschließlich Berlin-Ost.
[3]) Quelle für 1993: BA.
[4]) Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für das frühere Bundesgebiet: Pendlersaldo mit den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost und dem Ausland. Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost: Pendlersaldo mit dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland.
[5]) Subventioniert Beschäftigte plus verdeckt arbeitslose Nichterwerbspersonen.

Grundlinien der Wirtschaftspolitik

Nach der Rezession: Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufschwung schaffen

(Ziffern 241 ff.)

38*. Schneller als erwartet hat die deutsche Wirtschaft die Rezession der Jahre 1992/93 überwunden. Die erfreuliche Verbesserung der Konjunkturlage darf nun allerdings nicht dazu verleiten, die strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft, die der Konjunktureinbruch offengelegt hat, als weniger gravierend oder gar schon überwunden zu betrachten. Es wäre ein fataler Irrtum, zöge man aus den neuerlichen Exporterfolgen deutscher Unternehmen den Schluß, die in den letzten Jahren laut gewordenen Befürchtungen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland seien unbegründet gewesen. Die Markterfolge zahlreicher Unternehmen, die ihre Marktpositionen gefestigt haben und heute, allerdings vielfach mit weniger Beschäftigten, am kräftigen Zuwachs des Welthandels partizipieren, sind nur ein Teilaspekt. Viel wichtiger ist, daß auch neue Beschäftigung in wettbewerbsfähigen Unternehmen ermöglicht und damit ein Ausgleich für in der Vergangenheit entfallene, aber auch für künftig vom Strukturwandel bedrohte Arbeitsplätze geschaffen wird. Deswegen muß der Standort Deutschland attraktiv sein für unternehmerische Investitionen, die eine effizientere Nutzung der hier vorhandenen Ressourcen erlauben und damit für mehr Beschäftigung sorgen. Für die Wirtschaftspolitik ist die Verbesserung der Standortbedingungen nach wie vor von vorrangiger Bedeutung.

39*. Die Wirtschaftspolitik muß heute die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die folgenden Aufgaben bewältigt werden können: Die deutsche Wirtschaft muß bei stabilem Geldwert zu einem stetigen und angemessenen, das heißt auch umweltverträglichen Wachstum finden, die Arbeitslosigkeit muß in beiden Teilen Deutschlands deutlich und dauerhaft reduziert werden, der Abstand in der Produktivität zwischen neuen und alten Bundesländern muß stetig abgebaut werden.

Diese Aufgaben stehen in engem Zusammenhang miteinander. Deutschland wächst zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammen — ungeachtet vieler verbleibender und erst auf lange Sicht zu beseitigender Unterschiede zwischen Ost und West. Die Aufgabe, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, muß in Zusammenhang mit dem Wachstumsprozeß gesehen werden. Wachstum ist Voraussetzung dafür, daß mehr Beschäftigung ermöglicht wird; doch wird sich über Wachstum allein ein befriedigender Beschäftigungsstand nicht erreichen lassen, solange es nicht gelingt, mit grundsätzlichen Problemen des Arbeitsmarktes wie den qualifikationsbedingten und regionalen Diskrepanzen zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage sowie mit den Verfestigungstendenzen der Dauerarbeitslosigkeit fertig zu werden, solange aber auch nicht auf längere Sicht eine konsequent beschäftigungsorientierte Lohnpolitik betrieben wird.

Ziele der Wirtschaftspolitik: Wo stehen wir — wie geht es weiter?

(Ziffern 245 ff.)

40*. Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum, dies sind die Ziele, an denen der Sachverständigenrat sein Urteil über die Wirtschaftspolitik der Vergangenheit und der Zukunft zu orientieren hat. An diesen Zielen gemessen haben die letzten Jahre, die im Zeichen einer weltweiten Rezession und unbewältigter Lasten aus der deutschen Vereinigung standen, eine krisenhafte Entwicklung gebracht. Dabei sind Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft bei der Anpassung an die Erfordernisse der Märkte aus der Position eines Hochlohnlandes heraus deutlich geworden; strukturelle Schwächen, die auch vorher schon bestanden, wurden in der Rezession offengelegt.

41*. Gravierend ist vor allem die lang anhaltende Verfehlung des Beschäftigungsziels. Im Jahre 1994 hat sich die Beschäftigung zwar stabilisiert, doch steht zu befürchten, daß selbst ein kräftiger Konjunkturaufschwung die Arbeitslosigkeit nicht wieder auf den Stand vor der Rezession — der auch schon viel zu hoch war — zurückbringen würde; die Tendenz einer über die Konjunkturzyklen hinweg ansteigenden Arbeitslosigkeit erscheint bislang ungebrochen. In den neuen Bundesländern gibt eine langsame Zunahme der Beschäftigung nur wenig Anlaß zu Zufriedenheit, solange die Arbeitslosigkeit immer noch auf nicht hinnehmbar hohem Niveau liegt.

42*. Das Wachstum des Produktionspotentials hat sich in Westdeutschland auch als Folge der Rezession verlangsamt. Zwar ist damit zu rechnen, daß mit der Konjunkturerholung auch die Investitionen wieder an Kraft gewinnen. Doch haben die durch den Konjunktureinbruch offenbar gewordenen Schwächen tiefe Zweifel an der Qualität des Investitionsstandorts Deutschland aufkommen lassen, die heute keineswegs überwunden sind. In den jungen Bundesländern ist der Aufbau einer neuen Produktionsbasis trotz der Rezession erfreulich vorangekommen. Doch gilt für ganz Deutschland, daß ein Pfad angemessenen Wachstums nur erreicht werden kann, wenn das Land seine Standortvorteile für Investoren voll zur Geltung bringt.

43*. Bei der Preisentwicklung ist für 1994 in den alten Bundesländern ein deutlicher Rückgang der

Teuerungsrate zu verzeichnen, der allerdings nach den Zielverfehlungen in den letzten Jahren dringend geboten war. In den neuen Bundesländern gleicht sich die Preissteigerung der in den alten an; in den Vorjahren waren die Preissteigerungsraten sehr hoch, bedingt vor allem durch Anpassungen bei den administrierten Preisen; dieser Prozeß ist weitgehend abgeschlossen. Der Rückgang der Preissteigerungsrate in den alten Bundesländern gibt in Anbetracht des hohen Ausgangsniveaus und der Tatsache, daß sich vor allem die Rezession dämpfend ausgewirkt hat, keinen Anlaß zur Zufriedenheit. Schon mit einem stärkeren Anziehen der Konjunktur könnte sich die Entwicklung wieder umkehren, zumal das seit 1992 aus dem Ruder gelaufene und noch immer nicht voll unter Kontrolle gebrachte Anwachsen der Geldmenge ungünstige monetäre Voraussetzungen für ein weiteres Eindämmen der Teuerung geschaffen hat.

44*. Die außenwirtschaftliche Lage ist dadurch charakterisiert, daß Deutschland seit der Vereinigung Defizite in der Leistungsbilanz und einen Überschuß in der Kapitalbilanz verzeichnet. Bisher konnte diese neue Situation ohne Schwierigkeiten bewältigt werden. Weder ist es zu einem Abwertungsdruck auf die deutsche Währung gekommen, noch hat sich ein Zinsgefälle gegenüber dem Ausland herausgebildet. Deutschland ist auch weiterhin auf das Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte angewiesen, weil die inländische Ersparnisbildung nicht ausreicht, über die privaten Investitionen hinaus die Neuverschuldung des Staates zu finanzieren. Die erfolgreichen ersten Ansätze zur Konsolidierung des Staatshaushalts haben die Voraussetzungen für ein stabiles außenwirtschaftliches Gleichgewicht unter den gegebenen Voraussetzungen verbessert.

Rahmenbedingungen für denWachstumsprozeß: Die besondere Verantwortung des Staates

(Ziffern 258ff.)

45*. Wirtschaftspolitik ist — das ergibt sich aus der in Deutschland geltenden Verfassungs- und Rechtsordnung — nicht allein die Sache staatlicher Entscheidungsträger; sie ist vielmehr im Zusammenwirken mit autonomen Institutionen, den Tarifvertragsparteien und der Bundesbank, zu gestalten. Zu den Aufgaben des Staates, die eine besondere wirtschaftspolitische Verantwortung begründen, gehört die Gestaltung der Rahmenbedingungen, durch die wirtschaftliche Aktivitäten gefördert oder gehemmt, auf jeden Fall in bestimmte Bahnen gelenkt werden.

46*. Die Finanzpolitik hat eine Schlüsselposition: Durch Grundsatzentscheidungen über den Staatsanteil am Sozialprodukt, über die Abgabenbelastung der Bürger und über die Struktur der staatlichen Ausgaben wird zugleich der für die wirtschaftliche Tätigkeit von Privaten verbleibende Spielraum bestimmt (Ziffern 58* ff.).

47*. Im Bereich der sozialen Sicherung steht die Politik vor der Aufgabe, die aus den beitragsfinanzierten Systemen resultierende Abgabenbelastung in Grenzen zu halten, zugleich aber zu gewährleisten, daß sie ihre Funktion der Absicherung gegen bestimmte Risiken und in bestimmten Lebenslagen effizient erfüllen.

- Der Sachverständigenrat hat über viele Jahre die Notwendigkeit einer langfristigen Neuorientierung in der Gesetzlichen Rentenversicherung betont. Er hat davor gewarnt, angesichts absehbarer demographischer Entwicklungen mit einem zu kurzen Zeithorizont zu planen, und dafür plädiert, mehr Raum für private Vorsorge zu lassen, durch Abbau versicherungsfremder Leistungen mehr Beitragsäquivalenz herzustellen, auf längere Sicht auch auf eine Ausdehnung der Lebensarbeitszeit zu setzen. Das Rentenreformgesetz 1992 hat dem teilweise Rechnung getragen, an der grundsätzlichen Problematik hat sich jedoch nichts geändert.
- Auf Fehlentwicklungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung hat der Sachverständigenrat zuletzt 1992 hingewiesen. Er hat auf Steuerungsmängel aufmerksam gemacht, mögliche Ansatzpunkte für eine Reform aufgezeigt und betont, daß eine Politik der administrativen Ausgabenbegrenzung der Problemlage nicht angemessen ist. Inzwischen zeigt sich, daß die im Gesundheitsstrukturgesetz 1993 vorgesehenen Maßnahmen zur Kostendämpfung bereits an die Grenzen ihrer Wirksamkeit stoßen. Die anscheinend auch von der Bundesregierung angestrebte grundlegende Reform ist heute dringlicher denn je.
- Mit der Einführung der Gesetzlichen Pflegeversicherung ist die Chance vertan worden, in diesem Bereich ganz neue Wege zu gehen und Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Wie in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird man bald auf administrative Aktionen zur Dämpfung der Ausgaben angewiesen sein, die großen politischen Einsatz erfordern und trotzdem nur begrenzten Erfolg haben. Wie in der Gesetzlichen Rentenversicherung werden Beitragserhöhungen allein aufgrund demographischer Entwicklungen notwendig werden.

48*. Reformbedarf besteht auch für die staatliche Wohnungspolitik. Auch hier wird eine abwägende Diskussion außerordentlich erschwert, weil mit dem im politischen Raum erhobenen Vorwurf des „Sozialabbaus" Lösungen, die auf Mobilisierung der Marktkräfte setzen, von vornherein diffamiert werden. Die Bundesregierung hat schon im Herbst 1992 eine „Expertenkommission Wohnungspolitik" eingesetzt, vermutlich doch mit dem Ziel, zu einer widerspruchsfreien, sozial tragfähigen und ökonomisch sinnvollen Konzeption für die Wohnungspolitik zu finden. Dazu bedarf es einer kritischen und unvoreingenommenen Auseinandersetzung mit dem jetzt vorliegenden Kommissionsbericht.

49*. Auf dem Weg zur Privatisierung und zum Abbau marktwidriger Regulierungen sind Fortschritte erzielt worden. Generell ist zu beobachten, daß die Bereitschaft, über die Privatisierung bislang dem öffentlichen Bereich vorbehaltener Aufgaben nachzudenken, deutlich gewachsen ist, vor allem auch im kommunalen Bereich. Die Vereinfachung von Pla-

nungs- und Genehmigungsverfahren wird heute als dringliche Aufgabe erkannt. Auf das noch immer bestehende beträchtliche Deregulierungspotential hat der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1993/94 hingewiesen (Ziffer 398). Wir werben nochmals nachdrücklich dafür, dieses Potential zu nutzen.

50*. Die deutsche Politik kann und muß maßgeblich dazu beitragen, daß die wirtschaftliche Integration Europas nicht ins Stocken kommt oder gar Rückschläge erleidet. Sie muß energisch dahin wirken, daß die Europäische Union sich ohne Vorbehalte dem Welthandel öffnet. Zugleich sollte sie allen Bestrebungen, in der Europäischen Union eine in das Marktgeschehen eingreifende und damit unweigerlich auch den freien Welthandel einschränkende Industriepolitik zu etablieren, mit Nachdruck entgegentreten.

Eine vordringliche Aufgabe ist heute die Reform der europäischen Agrarpolitik. Das System der Einkommenssicherung durch Preisstützung führt nicht nur zu ökonomischer Ineffizienz und schwerwiegender Benachteiligung von Drittländern, darunter vieler Entwicklungsländer. Es ist auch nicht mehr finanzierbar. Die Reformbeschlüsse vom Sommer 1992 haben nur erste und in vieler Hinsicht unbefriedigende Schritte zu einer grundsätzlichen Umgestaltung gebracht.

51*. Eine Politik, die sich auf Stärkung der Marktkräfte richtet und dadurch auf lange Sicht Bedingungen für stetiges und angemessenes Wachstum schafft, ist in der Öffentlichkeit nicht einfach zu vertreten und muß sich gegen vielfältige Widerstände durchsetzen können. Die gestaltenden Entscheidungen, um die es hier geht, bedürfen fast ausnahmslos der Mitwirkung der Legislative, zum großen Teil nicht nur des Bundestages, in dem bei schwachen Mehrheitsverhältnissen Partikularinteressen besonderes Gewicht gewinnen, sondern auch des Bundesrates, in dem sich bei der gegenwärtigen Konstellation leicht eine parteipolitische Konfrontation mit der Bundesregierung herausbilden kann. Für die deutsche Wirtschaft wäre es fatal, wenn dies auf einen wirtschaftspolitischen Kurs des Minimalkonsenses hinausliefe.

Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer: Den Weg zur Normalität finden

(Ziffern 276ff.)

52*. Häufig wird in der Öffentlichkeit Enttäuschung über die wirtschaftliche Entwicklung nach der Wiedervereinigung zum Ausdruck gebracht. Bei den nach der Wende in der DDR entstandenen euphorischen Erwartungen konnten Enttäuschungen allerdings nicht ausbleiben. Gemessen an dem, was damals bei realistischer Sicht der Dinge erwartet werden konnte, und unter Berücksichtigung zunächst noch nicht erkennbarer zusätzlicher Erschwernisse muß man jedoch mit dem bisher Erreichten durchaus nicht unzufrieden sein.

53*. Der Treuhandanstalt ist es gelungen, die Privatisierung im Laufe von vier Jahren mit wenigen Ausnahmen zum Abschluß zu bringen. Die Befürchtungen, daß sie als Holding für notleidende Unternehmen und Verteilungsagentur für Subventionen fortbestehen würde, haben sich als unbegründet erwiesen. Sicherlich sind unter dem Zeitdruck auch Fehler gemacht worden. Die Treuhandanstalt war zudem gezwungen, bei der Abwicklung der Hinterlassenschaft des Sozialismus der Bevölkerung in den neuen Bundesländern große Härten zuzumuten. All dies hat ihr Bild in der Öffentlichkeit getrübt. Um so wichtiger ist es, ihre große positive Leistung im Transformationsprozeß hervorzuheben.

54*. Nicht alle ursprünglich der Treuhandanstalt anvertrauten Unternehmen sind bislang privatisiert oder liquidiert worden. Die Anzahl der noch nicht privatisierten Unternehmen und der darin Beschäftigten ist verhältnismäßig gering; doch befinden sich darunter einige von beträchtlicher regionaler Bedeutung. Es muß davor gewarnt werden, daß unter dem Schutz des Staates schwache Unternehmen, die ohne Subventionen keinen Bestand hätten, auf Dauer künstlich erhalten werden.

55*. Zur Förderung der Unternehmen, die vor allem in den ersten Jahren nach der Vereinigung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, ist eine Fülle verschiedener Instrumente eingesetzt worden. Der Sachverständigenrat hat schon früh vor einem Ausufern der Förderung gewarnt, die grundsätzliche Angemessenheit der Investitionsförderung aber bejaht. Heute müssen sich die Überlegungen darauf richten, in welcher Weise die Förderprogramme allmählich wieder zurückgeführt werden können, ehe sie zur Dauereinrichtung werden, an die sich die Unternehmen gewöhnen und von der sie sich nicht mehr ohne erneute große Anpassungsschwierigkeiten lösen können.

56*. Der dramatische Einbruch der Beschäftigung in der ersten Phase des Transformationsprozesses hat es unumgänglich gemacht, die sozialen Folgen des Personalabbaus durch massiven Einsatz von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik abzufangen. Dabei war nicht zu vermeiden, daß vor allem über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen viele Aktivitäten in Gang kamen, die in Konkurrenz zu der Tätigkeit privater Unternehmen standen. Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, so notwendig sie in absehbarer Zukunft auch noch sein mögen, dürfen nicht als Dauereinrichtungen etabliert werden.

57*. Die ostdeutsche Wirtschaft steht heute vor dem Problem, aus einem in erster Linie von außen geförderten Aufbauprozeß den Weg in die Normalität zu finden. Normalität bedeutet, daß die Unternehmen sich ohne Subventionen am Markt behaupten und dabei die Löhne ihrer Arbeitnehmer erwirtschaften können, daß Arbeitswillige in ihrer großen Mehrzahl Beschäftigung finden, daß der Staat sich auf die ihm zukommenden Aufgaben konzentriert, auf das Bildungswesen, auf Ausbau und Pflege der Infrastruktur, daß er seine Tätigkeit durch Abgaben und, in vertretbarem Umfang, durch Kreditaufnahme zu Marktkonditionen finanziert. Von dieser Normalität sind die neuen Bundesländer noch weit entfernt, aber heute schon müssen die Weichen so gestellt werden, daß das Ziel schließlich erreicht werden kann.

Zu den Politikbereichen im einzelnen

Finanzpolitik: Für mehr Wachstum und Beschäftigung

(Ziffern 285 ff.)

58*. Seit der deutschen Vereinigung stand die Finanzpolitik unter starkem Konsolidierungsdruck. Heute ist anzuerkennen, daß die quantitative Konsolidierung der öffentlichen Haushalte — wenn auch erst spät — auf den Weg gebracht wurde. Nun gilt es, die Konsolidierungserfolge nicht zu verspielen, sondern bei anhaltendem wirtschaftlichem Aufschwung forciert den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Um das Vertrauen in die Finanzpolitik zu stärken und damit die Erwartung der Investoren und Konsumenten nachhaltig positiv zu beeinflussen, ist eine Rückführung der Staatsverschuldung, der daraus resultierenden Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte und der inzwischen erreichten hohen Abgabenquote geboten. Das setzt voraus, daß die Staatsquote entsprechend verringert wird, wofür im übrigen auch ordnungspolitische Gründe sprechen.

Als Zielwert für die Rückführung der Staatsquote in den folgenden Jahren könnte man den Wert des Jahres 1989 ansetzen, weil in diesem Jahr eine Normalauslastung des Produktionspotentials gegeben und der Konsolidierungsprozeß der achtziger Jahre zum Abschluß gebracht worden war. Würde bei den Staatsausgaben eine Steigerungsrate von 2 vH eingehalten, dann würde bei den in der Finanzplanung unterstellten jährlichen Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt die Zielgröße für die Staatsquote (knapp 46 vH) im Jahre 1998 erreicht.

Allerdings: Die Rückführung der Staatsquote müßte einhergehen mit strukturellen Änderungen der Staatsausgaben; zudem müßten Bund, Länder und Gemeinden zu der Politik der Ausgabenkürzungen beitragen. Was die Art der Ausgabenkürzungen angeht, so hat der Sachverständigenrat wiederholt für die Fortsetzung und Intensivierung der Privatisierung plädiert, konkrete Felder für den Subventionsabbau aufgezeigt, Techniken für den Abbau diskutiert und Vorstellungen über eine Reform der sozialen Sicherung dargelegt.

59*. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verlangt auch eine Vereinfachung des Steuersystems. Unser Steuersystem ist inzwischen so kompliziert, daß es den Anforderungen einer gerechten und effizienten Besteuerung nicht mehr entspricht. Ein Programm der Steuervereinfachung muß in erster Linie bei der Einkommensteuer ansetzen, zumal diese Steuer vom Aufkommen her die größte Einzelsteuer (fast 40 vH des Gesamtaufkommens) ist. Daß die Einkommensteuer heute eine so komplizierte Steuer geworden ist, hängt indes auch mit dem Vordringen nichtfiskalischer Zielsetzungen zusammen. In der Einkommensteuer werden heute alle möglichen wirtschaftspolitischen Ziele verfolgt: sozialpolitische, wohnungsbaupolitische, wachstumspolitische und beschäftigungspolitische Ziele.

60*. Soll bei der Einkommensteuer vereinfacht und dabei gleichzeitig wachstumspolitischen und beschäftigungspolitischen Anforderungen Genüge getan werden, dann sind vor allem folgende Maßnahmen geboten: Die nichtfiskalischen Zielsetzungen sollten außerhalb der Einkommensteuer verfolgt werden; die Einkommensteuer sollte eine breite Bemessungsgrundlage haben, sämtliche Einkommen müßten also erfaßt werden. Alle Einkommensarten sollten gleich behandelt, die in der Einkommensteuer gewährten (generellen) Freibeträge der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden. Dort, wo typische Fälle zu regeln sind, sollte man verstärkt mit Pauschalierungen arbeiten.

Wenngleich die Einkommensteuer ins Zentrum eines Programmes zur Steuervereinfachung gehört, gibt es noch andere Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht. So spricht vieles dafür, das Verfahren der Einheitsbewertung aufzugeben und die einheitswertabhängigen Steuern entweder ersatzlos zu streichen oder für sie neue Bemessungsgrundlagen einzuführen. Zur Streichung steht auch die Kraftfahrzeugsteuer an. Sie ist in ihrer Erhebung außerordentlich kostspielig und unter umweltpolitischen Gesichtspunkten wenig effizient, weil es keinen direkten Zusammenhang zwischen ihrer Bemessungsgrundlage und den Schadstoffen gibt, die durch den Straßenverkehr verursacht werden. Der Steuerausfall sollte durch entsprechende Erhöhung der Mineralölsteuer kompensiert werden.

61*. Schwierigkeiten für eine Steuervereinfachung ergeben sich vor allem dann, wenn die deutsche Gesetzgebungshoheit durch Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union eingeschränkt ist. Die bis zum 31. Dezember 1996 laufende Übergangsregelung für die Erhebung der Umsatzsteuer im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr sollte — wofür der Sachverständigenrat bereits früher plädiert hat — in keinem Fall über diesen Zeitpunkt hinaus verlängert oder gar zu einer Dauerlösung werden. Eine Lösung des Problems kann nur darin liegen, daß die Umsatzsteuer im innergemeinschaftlichen Handel nach dem Gemeinsamer-Markt-Prinzip, also am jeweiligen Produktionsort erhoben wird. Gleichzeitig müßte man jedoch den Vorsteuerabzug zwischen den Mitgliedsländern zulassen. Mit dieser Regelung wäre ein technisch einfaches und wettbewerbsneutrales Besteuerungssystem gefunden, das dazu führt, daß Transaktionen im innergemeinschaftlichen Handel — im Ergebnis — stets in Höhe der Steuer des Verbrauchslandes belastet wären. Freilich muß dabei ein Clearing-System eingeführt werden, das garantiert, daß das Umsatz-

steueraufkommen den Mitgliedstaaten entsprechend dem Verbrauch zufließt.

62*. Gemessen an den Vorstellungen des Sachverständigenrates zu einer Reform der Unternehmensbesteuerung sind die bisherigen Maßnahmen, vor allem die des Standortsicherungsgesetzes, unbefriedigend. Die Schritte einer weitergehenden Reform sollten am Anfang einer neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages verläßlich festgelegt und in einen verbindlichen Zeitplan gebracht werden. Wir können uns dabei folgende Schritte einer Unternehmenssteuerreform vorstellen:

— Die Gewerbekapitalsteuer und die betriebliche Vermögensteuer werden in den neuen Bundesländern bis zum 31. Dezember 1995 nicht erhoben. Diese Ausnahmeregelung könnte noch einmal um ein Jahr verlängert, und zum 1. Januar 1997 könnten dann beide Steuern im gesamten Bundesgebiet abgeschafft werden. Es handelt sich in beiden Fällen um einheitswertabhängige und ertragsunabhängige Steuern, die die Risikoanfälligkeit der Unternehmen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erhöhen und die Eigenkapitalbildung erschweren.

— Der Solidaritätszuschlag könnte in drei Schritten beginnend mit dem 1. Januar 1996 abgebaut werden. Zu denken wäre daran, den Satz zunächst auf 5 vH, sodann zum 1. Januar 1997 auf 2,5 vH zu ermäßigen und schließlich zum 31. Dezember 1997 den Solidaritätszuschlag auslaufen zu lassen.

Mittelfristig — wenn die Auswirkungen dieser Maßnahmen fiskalisch verkraftet sind — könnte der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer an den inzwischen gesenkten Thesaurierungssatz der Körperschaftsteuer herangeführt werden. Die Reform der Unternehmensbesteuerung müßte im übrigen mit einer Reform des Gemeindesteuersystems einhergehen.

63*. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. September 1992 ist der Gesetzgeber gehalten, den Grundfreibetrag in der Einkommensteuer an das sozialrechtlich definierte Existenzminimum anzupassen. Würde man diese Anhebung des Grundfreibetrags im derzeit geltenden Einkommensteuertarif berücksichtigen, so wäre mit Steuerausfällen von etwa 40 Mrd DM zu rechnen. Eine solche Belastung ist angesichts des Zustands der öffentlichen Haushalte nicht zu verkraften, so daß eine Gegenfinanzierung erforderlich wäre.

Wir gehen davon aus, daß durch eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage zusätzliche Steuereinnahmen in einem solchen Umfang erzielt werden können, daß die Steuerausfälle infolge der Anhebung des Grundfreibetrags dadurch weitgehend kompensiert werden.

Will man diesen Weg nicht gehen, dann bleibt nur eine Änderung des Steuertarifs. Dies kann entweder direkt durch Anhebung der Steuersätze oder indirekt durch ein Abschmelzen des Grundfreibetrags mit steigendem Einkommen geschehen. Wir halten beide Vorgehensweisen für bedenklich, weil dadurch die Ergebnisse der Einkommensteuerreform 1990 — vor allem: die Verringerung der Progression des Tarifs — wieder rückgängig gemacht würden. Zudem widerspricht ein solches Vorgehen unseren Vorstellungen von einer Reform der Unternehmensbesteuerung.

64*. Die Anpassung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer und die Reform der Unternehmensbesteuerung werden zusätzliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte mit sich bringen, die über Ausgabenkürzungen und durch den Abbau von Steuervergünstigungen finanziert werden sollen. Ein solches Programm muß in die Konsolidierungspolitik der nächsten Jahre eingepaßt werden. Im Vergleich zur vorliegenden Finanzplanung wären im öffentlichen Gesamthaushalt ab dem Jahr 1996 Ausgabenkürzungen von etwa 25 Mrd DM mit ansteigendem Volumen erforderlich. Gelingt das, so kann die quantitative Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushaltes bis 1998 erreicht werden.

65*. In der letzten Zeit mehren sich die Stimmen, die eine „ökologische Reform" des deutschen Steuersystems fordern. Kernstück einer solchen Reform könne eine kombinierte CO_2-/Energiesteuer sein, wie sie die Europäische Kommission ursprünglich empfohlen hatte und wie sie auch von der Bundesregierung vertreten wird.

Schadstoffabgaben und Umweltsteuern sind Elemente einer marktsteuernden Umweltpolitik; ihnen in der Umweltpolitik größere Bedeutung zu verschaffen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Mit der CO_2-/Energiesteuer hat sich die Politik allerdings ein äußerst schwieriges Anwendungsgebiet gewählt, bei dem folgende Vorarbeiten noch zu leisten wären: Eine CO_2-Steuer ist in ein konsistentes Konzept der Energiepolitik und der Umweltpolitik einzupassen; sie erfordert die Mitwirkung anderer Staaten, und sie ist von ihrer Technik und von ihren finanzpolitischen Auswirkungen her äußerst kompliziert. Trotzdem sollte das Ziel einer Umweltsteuer auf CO_2-Emissionen weiter verfolgt werden; aus umweltpolitischer Sicht muß eine solche Steuer allerdings stärker am Kohlendioxydausstoß als Bemessungsgrundlage anknüpfen und darf nicht zu einer reinen Energiesteuer werden.

Geldpolitik: Trotz Schwierigkeiten am Potentialpfad orientieren

(Ziffern 334 ff.)

66*. Die Deutsche Bundesbank kann als Erfolg buchen, daß sich im Jahre 1994 der Anstieg des Preisniveaus erstmals seit 1991 vermindert hat, wenngleich nicht so merklich, wie es angesichts der schwachen Konjunktur hätte möglich sein sollen. Bei ihrer Geldmengenpolitik haben sich Schwierigkeiten aufgetan. Die Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität war 1994 im dritten Jahr hintereinander ungeplant reichlicher als von der realwirtschaftlichen Entwicklung her angemessen gewesen wäre. Hierin liegen Risiken, daß auf mittlere Sicht der Preisauftrieb wieder stärker wird. Die Bundesbank muß daher Stabilitätserwartungen erzeugen und festigen, und dieses erfordert eine klare Grundkonzeption, die den Spiel-

raum der Geldpolitik für diskretionäre Maßnahmen klein hält. Eine solche Konzeption ist die potentialorientierte Geldmengensteuerung. Die Bundesbank sollte sie nicht, wie verschiedentlich vorgeschlagen oder gefordert wurde, aufgeben. Es gibt zwar einige Unsicherheiten bei der Geldnachfrage, aber es wäre aus unserer Sicht verfrüht, diese schon für so durchschlagend zu halten, daß für 1995 nicht wieder ein Geldmengenziel vorangekündigt werden könnte.

67*. Für das Jahr 1995 halten wir eine Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge von 6 vH für angemessen. Die Geldmenge M3 könnte mit einer ähnlichen Rate zunehmen. Da der aktuelle Geldmengenbestand zu hoch ist und daher ein Potential für zukünftige Inflation in sich bergen kann, muß das Geldmengenziel an demjenigen Wert anknüpfen, der den langfristigen Kassenhaltungsgewohnheiten des Publikums entspräche. Dieser Wert dürfte um knapp 2½ vH unter dem tatsächlichen Bestand an Zentralbankgeldmenge im November 1994 liegen.

68*. Damit bis Ende 1995 der Zielpfad erreicht wird, muß die Geldpolitik das Tempo der tatsächlichen Geldmengenexpansion, von den aktuellen Geldbeständen ausgehend, im Verlauf des nächsten Jahres deutlich abbremsen. Einen Spielraum für weitere Leitzinssenkungen im kommenden Jahr hat sie nicht, ja leichte Erhöhungen der Notenbankzinsen können nicht ausgeschlossen werden. Nachteile für die weitere konjunkturelle Entwicklung brauchen daraus aber nicht zu erwachsen. Die Aufschwungskräfte sind mittlerweile stark genug, um sich ohne weiteres geldpolitisches Stimulans entfalten zu können. Außerdem ist in den vergangenen Jahren reichlich Liquidität aufgebaut worden, die nunmehr von der Wirtschaft für eine Ausweitung der Produktion genutzt werden kann, ohne daß Anspannungen an den Geldmärkten und entsprechende Auftriebstendenzen bei den Geldmarktzinsen entstehen. Nicht zu unterschätzen ist im übrigen die Signalwirkung, die von einer konsequent potentialgerecht betriebenen Geldmengensteuerung ausgeht: für die Finanzpolitik, um auf dem Kurs der Haushaltskonsolidierung zu bleiben und nunmehr auch die Rückführung der Staatsausgabenquote einzuleiten, ebenso wie für die Tarifvertragsparteien, damit sie wiederum stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse vereinbaren und nicht der Illusion erliegen, überhöhte Lohnanhebungen würden schon monetär alimentiert. Eine notwendige Bedingung dafür, daß der Anstieg des Preisniveaus weiter nachläßt, würde so erfüllt. Dies wiederum würde dazu beitragen, daß Kapitalmarktzinsen auf moderatem Niveau bleiben und mehr Investitionen, die die Sachkapazitäten erweitern und für zusätzliche Arbeitsplätze sorgen, durchgeführt werden.

69*. Eine verläßliche stabilitätsorientierte Geldpolitik ist im Hinblick auf die Konvergenzkriterien für die geplante Europäische Währungsunion unabdingbar. Der Sachverständigenrat betont erneut, daß als Vorbedingung für den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion die im Maastricht-Vertrag aufgestellten Konvergenzkriterien strikt angewandt werden müssen und im politischen Prozeß nicht aufgeweicht werden dürfen. Das Ziel der Geldwertstabilität, im Maastrichter Vertrag als vorrangig postuliert, verträgt keine Dehnung. Der Versuchung, bei der Anwendung der Konvergenzkriterien Kompromisse einzugehen, wird am besten dadurch ein Riegel vorgeschoben, daß die Verantwortlichen sich nicht unter Zeitdruck setzen (lassen). Dem muß auch die Bundesregierung Rechnung tragen, ohne Wenn und Aber; sie sollte Vorstellungen über ein „pragmatisches" Vorgehen, wo immer sie artikuliert werden, eine unmißverständliche Absage erteilen.

Lohnpolitik: Vorrang für neue Arbeitsplätze

(Ziffern 359ff.)

70*. Die Lohnpolitik war im Jahre 1994 durch ein hohes Maß an Vernunft gekennzeichnet. Sowohl die moderaten Lohnerhöhungen als auch die durch die Tarifabschlüsse erreichte Flexibilität haben Arbeitsplätze gesichert. Nun gilt es, die Anfangserfolge auf dem Arbeitsmarkt nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen, und dazu beizutragen, daß neue Arbeitsplätze entstehen. Der Weg zur Normalität auf dem Arbeitsmarkt ist noch lang und schwierig.

71*. Für die Lohnpolitik in Ostdeutschland im Jahre 1995 stellt sich die Aufgabe, durch eine weitere zeitliche Streckung des Angleichungsprozesses, durch eine betriebsnähere Lohndifferenzierung und durch konsequentes Ausnutzen der in den Tarifverträgen vereinbarten Flexibilitätspotentiale beschäftigungsfeindliche Fehlentwicklungen der vorangegangenen Jahre zu korrigieren und die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung in der absehbaren Zukunft zu schaffen. Insgesamt sollten Tariflohnanhebungen in den jungen Bundesländern nicht über das hinausgehen, was in Westdeutschland vereinbart wird. Das ist angesichts der Tatsache, daß der Anstieg der Verbraucherpreise in Ostdeutschland merklich nachgelassen hat, zumutbar und notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen zu stärken.

72*. In Westdeutschland dürften sich die Effektivlöhne auf Stundenbasis im Jahre 1994 um rund 2½ vH erhöht haben. Die Arbeitnehmer hatten einen erheblichen Netto-Reallohnverlust zu tragen. Damit steht die Lohnpolitik im Jahre 1995 wiederum vor einer schweren Aufgabe. Sie muß den Arbeitnehmern verdeutlichen, daß sich einerseits ihre Einbußen beim Konsumentenlohn bereits in einer höheren Sicherheit bei den bestehenden Beschäftigungsverhältnissen niedergeschlagen haben, es andererseits aber noch Handlungsbedarf gibt, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Lohnpolitik muß auch den Beschäftigungswünschen der Arbeitslosen als den Außenseitern auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen. Daher wäre bei den Lohnabschlüssen ein Abschlag vom mittelfristigen Produktivitätsfortschritt vorzunehmen. Auch der zu erwartende Preisauftrieb für 1995 muß mit Abschlägen versehen werden, weil er zum Teil auf die Erhöhung indirekter Steuern und administrierter Preise zurückzuführen ist, die den Verteilungsspielraum einengen; und weil ein Beitrag zu einer weiteren Abschwächung der Preissteigerungsrate zu leisten ist, die in der Rezession zu hoch geblieben war. Alles zusammengenommen muß das nicht notwendigerweise mit erheblichen Reallohneinbußen einhergehen.

Angesichts der branchenmäßig recht unterschiedlichen Entwicklung spricht viel für eine stärkere Differenzierung der Löhne. Dazu sind vorhandene Flexibilisierungspotentiale in Form einer Anrechnung übertariflicher Entgeltbestandteile zunächst auszuschöpfen; sie könnten an Bedeutung gewinnen, wenn bewußt niedrige Tariflohnerhöhungen vereinbart werden.

Außenwirtschaft: Vor großen Herausforderungen
(Ziffern 371 ff.)

73*. Die Weltwirtschaft steht in den nächsten Jahren vor tiefgreifenden Veränderungen, und Deutschland ist davon in besonderer Weise betroffen. Mittel- und Osteuropa, bis zur Wende nicht nennenswert an der internationalen Arbeitsteilung beteiligt, aber reichhaltig mit leistungsfähigen Arbeitskräften ausgestattet, drängt bei fortschreitenden Reformen intensiver in die internationale Arbeitsteilung. Die Schwellenländer, ohnehin kostengünstig in der Produktion, werden wettbewerbsfähiger mit neuen Produkten; dies gilt vor allem für die dynamischen neuen Industrieländer in Ost- und Südostasien. Gleichzeitig mit dem Aufholprozeß bilden sich in diesen Regionen der Welt nachfragekräftige Märkte. Güter, Kapital und Informationen sind international mobiler geworden, und Veränderungen irgendwo anders wirken sich schneller und intensiver bei uns aus. Unser Land, das aus der internationalen Arbeitsteilung und einem freien Kapitalverkehr einen großen Teil seines Wohlstandes begründet, muß sich diesen neuen Bedingungen stellen.

Gefordert sind in erster Linie die Unternehmen; aber auch die Arbeitnehmer müssen sich an die strukturellen Verschiebungen anpassen. In einer Politik der Abschottung Zuflucht zu suchen und Wirtschaftszweige zu stützen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, würde auf lange Frist hohe Realeinkommen und eine gute Beschäftigungslage nicht sichern können. Es gilt, am freien Welthandel festzuhalten. Die Wirtschaftspolitik muß im internationalen Standortwettbewerb dafür sorgen, daß Unternehmen gute Angebotsbedingungen haben und daß Innovationshemmnisse abgebaut werden.

74*. Nach der Öffnung Mittel- und Osteuropas stellt sich in den nächsten Jahren die Aufgabe, die Reformländer an die Europäische Union heranzuführen. Die Europa-Abkommen sind dazu nur ein erster Schritt. Für die Zukunft ist für einen großzügigeren, irreversiblen Marktzugang zu sorgen. Dabei empfiehlt sich ein zeitlich und räumlich abgestuftes Vorgehen. Eine Vollmitgliedschaft ist derzeit nicht realisierbar, jedoch erscheint für einige Staaten wie die vier Visegrád-Staaten eine binnenmarktähnliche Integration (nach dem Muster des Europäischen Wirtschaftsraumes) angebracht, für andere Länder kommen bilaterale Freihandelsabkommen (analog zu den seinerzeit mit den einzelnen EFTA-Ländern abgeschlossenen Abkommen) und, etwa für die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, Präferenz- und Kooperationsabkommen in Betracht.

In der Europäischen Union wird es darum gehen, die Integration weiterzuführen. Ob dabei die Vertiefung in einer Reihe von Bereichen, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, für die Mitgliedsländer insgesamt oder aber zunächst nur für einen Kern von Ländern vorangetrieben werden soll, muß von der Sache her entschieden werden. Bei Bereichen, die konstitutiv für einen einheitlichen Markt sind, kann es keine zwei Geschwindigkeiten geben; in anderen Feldern, wie den sozialen Sicherungssystemen, ist eine Harmonisierung weder wünschenswert noch praktikabel. Schließlich sind bei wieder anderen Gebieten aus ökonomischen Gründen vielfach verschiedene Geschwindigkeiten unvermeidbar — so bei der Währungsunion, wo Konvergenzkriterien den Ausschlag dafür geben müssen, welche Länder an der vertieften Integration teilnehmen sollen. Wichtig ist, für offene und wettbewerbsorientierte Märkte zu sorgen, die Wettbewerbspolitik durch die Einrichtung eines Europäischen Kartellamtes zu stärken und die Vollendung des Binnenmarktes auf bisher stark regulierten Märkten wie in der Telekommunikation und der Stromwirtschaft weiterzuverfolgen. Außerdem kommt es darauf an, die höhere Intensität des Wettbewerbs im Innern, das Resultat der Integration, nicht durch eine Abschottung, vor allem durch nichttarifäre Hemmnisse, nach außen zu konterkarieren; die Handelspolitik ist liberaler zu gestalten.

75*. Die deutsche Wirtschaftspolitik wird in den nächsten Jahren darum bemüht sein müssen, die multilaterale Ordnung der internationalen Arbeitsteilung weiterzuentwickeln und zu stärken. Eine Reihe von Fragen, die wichtige Aspekte der internationalen Arbeitsteilung betreffen, bleibt nach dem Abschluß der Uruguay-Runde ungelöst, unter anderem die nach wie vor weiterbestehende Möglichkeit nichttarifärer Handelshemmnisse, die mangelnde Liberalisierung der bedeutenden Ausnahmebereiche Landwirtschaft sowie Textil und Bekleidung und die unvollständige Vereinbarung für den Dienstleistungsbereich. Vor allem gilt es, durch die multilaterale Handelsordnung die Gefahr einer regionalen Blockbildung in der Weltwirtschaft zu verringern und eine aggressive Handelspolitik zu vermeiden. Regionale Wirtschaftsräume könnten die Liberalisierung des Welthandels voranbringen, wenn sie sich verpflichten, die Ergebnisse der GATT-Runden schneller als vorgesehen zu verwirklichen, mehr zu liberalisieren als vereinbart wurde und erlaubte Ausnahmen weniger oft anzuwenden.

Die Angleichung von Sozialnormen vor allem zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen sollte nicht durch handelspolitische Maßnahmen wie die Gewährung von Zollpräferenzen betrieben werden. Handelsbeschränkungen gegen Staaten, deren Arbeitsbedingungen oder Sozialnormen unter den Standards der Industrieländer liegen, würden die Chancen der betroffenen Länder im internationalen Wettbewerb verringern und damit die Lage der Arbeitnehmer nicht verbessern. Die Arbeitnehmer in den Industrieländern — wo Kapital und Technologie reichlicher vorhanden sind — können nicht verlangen, daß überall die Sozialnormen angewandt werden, die sich hier erst in einem langen Prozeß herausgebildet haben.

Umweltbelange, bisher nicht Gegenstand des GATT-Vertrages, müssen stärker in die internationale Han-

delsordnung integriert werden. Dabei ist zwischen nationalen und globalen Umweltgütern zu unterscheiden. Grundsätzlich sollte Umweltpolitik bei nationalen Umweltgütern in dem Land betrieben werden, in dem sich die wirtschaftliche Tätigkeit auf die Umweltqualität auswirkt, in dem also die externen Effekte auftreten. Dabei bleibt es den einzelnen Ländern überlassen, die Knappheit ihrer Umweltgüter gemäß ihren Präferenzen durch umweltpolitische Instrumente zum Ausdruck zu bringen. Handelspolitik darf nicht dazu verwandt werden, anderen Ländern die eigenen Umweltvorstellungen aufzuzwingen. Es sollte eine klare Trennlinie zwischen Umweltbelangen und Handelsregeln gezogen werden: Zwischen importierten und heimischen Gütern darf aus umweltpolitischen Gründen nicht diskriminiert werden. Mit welchen Produktionsverfahren ein Gut in einem anderen Land hergestellt wird, ist für den Marktzugang unerheblich. Es sollten grundsätzlich die Regeln des Ursprungslandes akzeptiert werden. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel sollte gewahrt sein; umweltpolitische Ziele können durch spezifische umweltpolitische Maßnahmen besser erreicht werden. Eine Ausnahmeregelung bei Umweltfragen im Rahmen des GATT ist nicht empfehlenswert, vielmehr ist in Zukunft stärker auf die Regelkonvergenz von Handelsordnung und Umweltabkommen zu achten. Je mehr in den nationalen Umweltpolitiken anstelle ordnungsrechtlicher Maßnahmen preisliche Instrumente eingesetzt werden, desto kleiner ist das Konfliktfeld zwischen beiden Regelwerken. Globale Umweltgüter erfordern multilaterale Verträge, die weltweit kooperatives Verhalten der Nationen voraussetzen.

Arbeitslosigkeit — Ursachen und Lösungsansätze

(Ziffern 415ff.)

76*. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind vielfältiger Art. Unstrittig ist, daß die Entwicklung der Arbeitslosigkeit einerseits durch eine konjunkturelle Komponente bestimmt wird, andererseits aber auch auf strukturellen Ursachen in Form von Funktionsstörungen des Arbeitsmarktes beruht. Diesen Funktionsstörungen können mannigfaltige Fehlentwicklungen zugrunde liegen.

— Auffallend ist, daß trotz vorhandener freier Arbeitsplätze viele Arbeitsuchende keine Beschäftigung finden. Gründe dafür können darin zu sehen sein, daß Arbeitsuchende aufgrund der langen Dauer ihrer bisherigen Arbeitslosigkeit als schwer vermittelbar gelten. Es können aber auch berufliche, qualifikatorische und regionale Diskrepanzen zwischen den Profilen von Arbeitsuchenden und Arbeitsplatzangeboten bestehen.

— Funktionsstörungen auf dem Arbeitsmarkt können auch darin zum Ausdruck kommen, daß zu wenig neue Arbeitsplätze entstehen. Ursachen dafür können institutionelle Regelungen sein oder auch eine zu geringe Beschäftigungsdynamik bei den Unternehmen, besonders den kleinen und mittleren.

All diese möglichen Funktionsstörungen auf dem Arbeitsmarkt sind nicht unabhängig voneinander. Sie können durch überzogene Verteilungsansprüche begünstigt, in einigen Fällen sogar hervorgerufen sein. Dies betrifft nicht nur die Lohnhöhe, sondern auch die Lohnstrukturen als zentrale Koordinierungsgrößen auf dem Arbeitsmarkt.

Was gegen Arbeitslosigkeit getan werden kann

(Ziffern 452ff.)

77*. Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit empfiehlt sich eine Doppelstrategie: Die Wachstumskräfte müssen gestärkt werden und zugunsten von Problemgruppen müssen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen werden. Es geht nicht nur darum, bestehende Arbeitsplätze zu sichern, um die Zugänge in die Arbeitslosigkeit zu verringern, sondern vor allem auch darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen, um die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit zu erhöhen.

78*. Neue Arbeitsplätze müssen in erster Linie im privaten Sektor entstehen. Voraussetzungen für ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum und damit für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sind Sachinvestitionen, Humankapitalbildung und Innovationen. Investitionen werden nur dann vorgenommen, wenn einerseits Aussicht besteht, daß die damit erstellten neuen Kapazitäten auch ausgelastet und andererseits die damit geschaffenen Arbeitsplätze als rentabel angesehen werden. Insoweit müssen gute Nachfragebedingungen und gute Angebotsbedingungen vorliegen. Dabei werden um so mehr Arbeitsplätze entstehen, je weniger Arbeit durch Sachkapital substituiert wird. Zu Substitutionseffekten in Form von Rationalisierungsinvestitionen kann es kommen, wenn die Lohnkosten im Vergleich zu den Kapitalkosten zu hoch sind. Wenn sich auch die reallohnbedingte Arbeitslosigkeit in den achtziger Jahren stark zurückgebildet hat, so bleibt die Verpflichtung der Tarifvertragsparteien, Lohnabschlüsse herbeizuführen, die sowohl von der Höhe wie auch von der Struktur her die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen von der Kostenseite nicht gefährden, mehr noch, die dafür sorgen, daß Investitionen in neue Arbeitsplätze getätigt werden.

79*. Ein besonders wichtiger Aspekt bei der Lohnstruktur betrifft die Entlohnung geringer qualifizierter Arbeitskräfte. Unbestritten ist die Bedeutung eines hohen Qualifikationsniveaus der inländischen Arbeitskräfte im internationalen Standortwettbewerb. Die Ausbildungsstruktur inländischer Arbeitnehmer und die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen lassen

indessen den Schluß zu, daß ein beachtlicher Personenkreis nicht über eine Ausbildung verfügt, die eine Tätigkeit an besonders anspruchsvollen Arbeitsplätzen als realisierbar erscheinen läßt. Zweifellos müssen daher auch Arbeitsplätze im Bereich geringer qualifizierter Arbeit geschaffen werden.

Dem steht das hohe Lohnkostenniveau für geringer qualifizierte Arbeit in vielen Fällen entgegen. So verständlich der Wunsch der Gewerkschaften auch sein mag, die Bezieher unterer Einkommen an der allgemeinen Einkommensentwicklung überproportional zu beteiligen, letztlich kostet dies Arbeitsplätze in diesem Bereich. Aber selbst wenn die Tarifvertragsparteien diese Entwicklung wieder rückgängig machten, ergäbe sich das Problem, daß der Abstand zu Unterstützungszahlungen nicht groß genug ist und nicht enger werden sollte, um beispielsweise Sozialhilfeempfänger zur Akzeptanz dieser Arbeitsplätze zu bewegen.

Prinzipiell bieten sich zwei Auswege an. Einmal könnte die Sozialhilfe generell gekürzt werden, dafür wird man jedoch — ganz abgesehen von der Frage, ob das mit dem Sozialstaatsprinzip unserer Verfassung vereinbar ist — nicht plädieren können, weil dadurch auch diejenigen getroffen werden, die trotz Bemühens gar keinen Arbeitsplatz finden oder die wegen in ihrer Person liegender Umstände keine Arbeit aufnehmen können. Eine zweite Möglichkeit besteht darin, die Lohnkosten, die bei der Beschäftigung einfacher Arbeit entstehen, einerseits so weit zu senken, daß solche Arbeitsplätze rentabel werden, andererseits den in Frage kommenden Personen aber auch ein Nettoeinkommen zu gewährleisten, bei dem sie solche Arbeiten akzeptieren. Einfach ist dieser Weg freilich nicht (JG 93 Ziffern 314 ff.). Vor allem muß vor dem Instrument der Lohnsubventionen gewarnt werden, die schwer mit dem Prinzip der Tarifautonomie zu vereinbaren sind, den Betroffenen keine Anreize geben, Qualifikations- und Leistungsdefizite im Rahmen des Möglichen durch eigene Anstrengung auszugleichen, Mitnahmeeffekte verursachen und schließlich unabhängig von der individuellen Bedürftigkeit der Arbeitnehmer geleistet werden.

80*. So wichtig die Lohnpolitik als Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, es gilt auch: Mit Lohnzurückhaltung und stärker differenzierten Löhnen allein kann die bestehende Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Zur Attraktivität des Standortes Deutschland gehört neben der Innovationstätigkeit der Unternehmen auch die Erweiterung und Aktualisierung des Humankapitals. Der hohe Standard des Humankapitals der Erwerbsbevölkerung stellt einen der wichtigsten Standortvorteile der deutschen Volkswirtschaft dar. Ihn durch nachlassende Anstrengungen im Bereich der beruflichen Bildung zu gefährden, kann selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten keine ernstzunehmende Option sein.

81*. Ein beschäftigungsfreundliches Steuersystem genießt bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen hohe Priorität. Dies betrifft vor allem die Abgabenbelastung auf den Produktionsfaktor Arbeit. Es ist schwer nachvollziehbar, daß einerseits der Arbeitseinsatz mit immer höheren Abgaben verteuert wird, zum Beispiel zur Finanzierung der sozialen Sicherung, andererseits aber dann Klage über Beschäftigungsprobleme geführt wird. Der Faktor Arbeit kann beispielsweise durch die Verlagerung einiger Komponenten von Sozialleistungen in den Bereich der privaten Vorsorge, wie etwa die Sozialplanleistungen und die Pflegeversicherung, und eine höhere Besteuerung des Konsums teilweise entlastet werden.

82*. Die Wirtschaftspolitik sollte nicht von der Annahme ausgehen, daß die direkte Förderung von Unternehmensgründungen geboten sei, weil dadurch positive Beschäftigungswirkungen in erheblichem Umfang erzielt werden könnten. Sofern Barrieren für Existenzgründungen bestehen, liegen sie anderswo, so beispielsweise bei überzogenen Marktzugangsregulierungen und steuerlichen Bestimmungen. Dazu gehören die Überprüfung der Berechtigung von anspruchsvollen Befähigungsnachweisen und Genehmigungsverfahren ebenso wie Änderungen im Steuerrecht, da beispielsweise Abschreibungen in der Gründungsphase kaum nützen, wenn erfahrungsgemäß wenig Gewinne anfallen.

83*. Der Verfestigung der Arbeitslosigkeit muß entgegengewirkt, die Abstimmungsprobleme zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach Arbeitsplätzen müssen verringert, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Strukturwandel erleichtert und das Arbeitsrecht beschäftigungsfreundlicher gestaltet werden. Einiges ist bereits in Angriff genommen worden. Vieles von dem, was noch zu tun ist, liegt in der Hand der Tarifvertragsparteien. Sie können prüfen, inwieweit eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit beispielsweise durch Reorganisation der Arbeitsschichten zu verlängerten Maschinenlaufzeiten und damit zu einer Kostenentlastung bei den Unternehmen führen kann. Gegenstand weiterer Überlegungen könnte auch eine verstärkte Anwendung von Einsteigertarifen für besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes sein, wie etwa für Langzeitarbeitslose oder Jugendliche beim Übergang von der beruflichen Ausbildung in die Beschäftigung. In einigen Tarifverträgen ist diese Möglichkeit bereits vorgesehen.

84*. Auch dem Staat kommt bei der Beseitigung von Funktionsstörungen auf den Arbeitsmärkten eine wichtige Rolle zu. Das Arbeitsrecht ist durch Richterrecht wesentlich weiterentwickelt, aber auch unübersichtlich, wenn nicht sogar undurchschaubar geworden, auf jeden Fall aber in vielen Fällen für Unternehmen und Arbeitnehmer nicht mehr berechenbar geworden. Mehr Klarheit und Verläßlichkeit im Arbeitsrecht würde die Funktionstüchtigkeit von Arbeitsmärkten erhöhen. Eine Möglichkeit, freilich auch eine große Herausforderung, besteht darin, erneut den Versuch zu unternehmen, ein Arbeitsgesetzbuch in Angriff zu nehmen.

85*. In zunehmendem Maße wird in der Öffentlichkeit die Möglichkeit diskutiert, durch Erhöhung der Teilzeitarbeit zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Vor übertriebenen Erwartungen kann nur gewarnt werden. Es ist zwar nicht von der Hand zu weisen, daß durch einen höheren Umfang von Teilzeitarbeitsplätzen zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden kann. Es muß sich allerdings um

freiwillige Teilzeitbeschäftigung handeln, und sie muß sich für die Unternehmen rechnen. Mehr Teilzeitarbeit als Umverteilung eines angeblich gegebenen Arbeitsvolumens zu betreiben, wäre nicht sinnvoll.

86*. Bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit mit arbeitsmarktpolitschen Maßnahmen sollte das Kriterium der betrieblichen Nähe besonders beachtet werden. Wie Erfahrungen in einigen europäischen Ländern zeigen, sollte dafür Sorge getragen werden, daß diese Personen den Kontakt zur Arbeitswelt nicht verlieren, um somit ihre Vermittlungschancen zu erhöhen. Hilfreicher mögen hier im Vergleich zur Umschulung und Fortbildung in erster Linie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sein. An die damit einhergehende Subventionierung der Lohnkosten müssen allerdings strenge Maßstäbe gelegt werden. In Westdeutschland sollte diese Lohnkostensubventionierung schon wegen der knappen Mittel nur auf eng abgegrenzte Zielgruppen bei den Langzeitarbeitslosen angewandt werden, wobei das Tätigkeitsfeld klar umrissen, die Dauer der Subventionierung zeitlich befristet und das Abstandsgebot zu regulären Beschäftigungsverhältnissen gewahrt sein muß. Eine weitgehende Übernahme des § 249 h AFG in Westdeutschland ist nicht zu empfehlen. Für Ostdeutschland gelten angesichts der besonderen Situation weiter gefaßte Kriterien, was den Umfang einer subventionierten Beschäftigung im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angeht.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist auch die Arbeitsvermittlung durch Arbeitnehmerüberlassung beispielsweise in Anlehnung an das niederländische START-Modell ein gangbarer Weg. Solche privaten, als gemeinnützig anerkannten Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften stellen schwer vermittelbare Arbeitslose ein und überlassen sie Betrieben, die somit, ohne ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen, prüfen können, ob der Betreffende den betrieblichen Anforderungen entspricht.

87*. Eine erfolgreiche aktive Arbeitsmarktpolitik ist auf das Engagement der Arbeitslosen und die Mitwirkung der Betriebe angewiesen. Der Erfolg hängt entscheidend von der Flexibilität der Arbeitslosen ab, so schwer das im Einzelfall auch sein mag. Diese umfaßt nicht nur den Willen, sich an veränderte Qualifikationsanforderungen anzupassen und gegebenenfalls auch einen Wohnsitzwechsel in Kauf zu nehmen, sondern auch die Bereitschaft, Arbeitsplätze einzunehmen, die unterhalb der bisherigen beruflichen Position und Entlohnung liegen. Unternehmen sollten stärker als bisher den Langzeitarbeitslosen eine größere Chance zur Entfaltung ihrer Produktivität geben, selbst dann, wenn sich dies aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen nur teilweise rechnet. Letztlich können die Verfestigung der Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden sozialen Spannungen zu einer größeren gesamtwirtschaftlichen Kostenbelastung führen, wenn der soziale Konsens zerbricht.

ERSTES KAPITEL
Die wirtschaftliche Lage

I. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1994: Ein Überblick

1. Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland hat sich nach dem enttäuschenden Verlauf des Jahres 1993 im Jahre 1994 in unerwartet starkem Maße belebt (Tabelle 1). Schon zu Jahresbeginn wurden die Auftriebskräfte wieder stärker. In Westdeutschland war das vor allem auf einen kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage zurückzuführen, zu dem erst im Jahresverlauf eine Expansion der Binnennachfrage hinzukam. In Ostdeutschland hat sich der Erneuerungsprozeß wieder beschleunigt, der im vergangenen Jahr durch rezessive Einflüsse aus Westdeutschland erschwert worden war. Alles in allem stieg die Produktion in Deutschland um etwa 3 vH über ihren Vorjahresstand hinaus an. Der drastische Beschäftigungsabbau, der während der Rezession die registrierte Arbeitslosigkeit auf 3,7 Millionen Personen hatte hochschnellen lassen, kam etwa um die Mitte des Jahres 1994 zum Stillstand. Obwohl im weiteren Verlauf des Jahres auch die Arbeitslosigkeit leicht zurückging, bietet der deutsche Arbeitsmarkt nach wie vor ein besorgniserregendes Bild: Die Summe aus offener und verdeckter Arbeitslosigkeit dürfte am Jahresende immer noch bei rund 5,3 Millionen Personen liegen, wovon 3 Millionen Personen auf Westdeutschland und 2,3 Millionen Personen auf Ostdeutschland entfallen.

2. Die außenwirtschaftlichen Impulse, die den wirtschaftlichen Umschwung in Deutschland herbeiführten, gingen vor allem auf eine wieder günstigere Konjunkturentwicklung in der Gruppe der wichtigsten Industrieländer zurück. Die Aufwärtsentwicklung in diesen Ländern war stärker und gab der außenhandelsorientierten deutschen Wirtschaft kräftigere Impulse, als wir es noch vor einem Jahr erwartet hatten. Der Schub kam nicht, wie im vergangenen Jahr, allein von den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Auch in den kontinentaleuropäischen Ländern, Deutschlands Haupthandelspartnern, war wieder ein kräftiger konjunktureller Aufwind zu verspüren. Angestoßen wurde die Expansion in Kontinentaleuropa allerdings wiederum durch Nachfrageimpulse aus anderen Weltregionen — namentlich aus Nordamerika, Lateinamerika und Südostasien —, doch kam im Laufe des Jahres auch eine binnenwirtschaftliche Expansion hinzu. Die Unternehmen begannen, ihre Investitionen wieder auszuweiten, und der Private Verbrauch nahm zu, wenn auch nur langsam. Eine Rolle dürfte dabei die Geldpolitik europäischer Notenbanken gespielt haben, die die Geldmarktzinssätze im Jahre 1993 und zumeist auch noch in der ersten Hälfte des Jahres 1994 zurückführten, als die Kapitalmarktzinsen bereits wieder anstiegen. Der Rückgang des Zinsniveaus senkte die Finanzierungskosten der Unternehmen insbesondere für kürzerfristige Ausleihungen und ließ Sachanlagen gegenüber Finanzanlagen wieder attraktiver werden. Wichtiger für die Verbesserung der Ertragslage war allerdings, daß die Unternehmen wohl in allen Ländern Europas in den letzten Jahren versucht haben, der Rezession durch energischere Anstrengungen zur Kostensenkung und zur Produktinnovation zu trotzen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit hat sich aus diesem Grund, aber auch wegen moderater Lohnsteigerungen, wieder verbessert, was zusätzliche Investitionen und eine Ausdehnung des gesamtwirtschaftlichen Güterangebots rentabel werden ließ. Die wirtschaftliche Expansion wurde also nicht nur durch die Nachfrageentwicklung, sondern auch durch Veränderungen auf der Angebotsseite der Volkswirtschaften ausgelöst; sie konnte sich aufgrund der engen Verflechtung in Europa wechselseitig verstärken.

3. Die weltweite konjunkturelle Aufwärtsentwicklung war insbesondere für die **westdeutsche Wirtschaft** von hervorgehobener Bedeutung. Mit der steigenden Auslandsnachfrage verbesserte sich das Konjunkturklima bereits im ersten Quartal deutlich; in der Industrie gingen wieder mehr Aufträge ein, und die Geschäftserwartungen der Unternehmen wurden optimistischer. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg ab dem zweiten Quartal des Jahres stärker als saisonüblich an und erhöhte sich im Durchschnitt des Jahres um etwa 2 vH. Das war wesentlich mehr, als wir es noch vor einem Jahr prognostiziert hatten. Damals herrschte nicht nur in Deutschland große Unsicherheit über die weiteren wirtschaftlichen Perspektiven, es gab keine Anzeichen für eine deutliche Belebung der Konjunktur in wichtigen europäischen Partnerländern, wohl aber Hinweise darauf, daß die Unternehmen hierzulande ihre Investitionen nochmals kürzen und ihre Personalbestände weiter abbauen würden. Vor diesem Hintergrund schien zunächst ein weiterer Rückgang und dann allenfalls eine moderate Aufwärtsentwicklung der Produktion im Verlaufe des Jahres 1994 wahrscheinlich. Daß es anders kam und die Wirtschaft früher und stärker als erwartet expandierte, lag nicht an falschen Annahmen in bezug auf kostenseitige Faktoren, wie Löhne, Zinsen und Rohstoffpreise, auch nicht daran, daß die Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik mehr an angebotspolitischen Maßnahmen durchzusetzen vermochte, als vorauszusehen war. Ausschlaggebend war, daß der Anstieg der Auslandsnachfrage nicht nur zu einer höheren Kapazitätsauslastung beitrug, sondern auch die Zuversicht der Unternehmen in die weitere Entwicklung festigte und ihre Investitionsplanungen und Beschäftigungsdispositionen positiv beeinflußte.

Tabelle 1

Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

	Einheit	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994 [1]	1995 [2]
Bruttoinlandsprodukt	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	2,2	−1,1	3	3
Westdeutschland	vH [3]	2,0	2,3	1,5	3,7	3,6	5,7	5,0	1,8	−1,7	2	2½
Ostdeutschland	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	7,8	5,8	9½	9
Inlandsnachfrage [4]	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	3,0	−1,2	3	3
Westdeutschland	vH [3]	1,0	3,3	2,4	3,6	2,9	5,2	4,9	1,3	−2,2	2	2
Ostdeutschland	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	15,0	5,4	8½	6½
Ausrüstungsinvestitionen	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	−2,4	−13,8	1	8½
Westdeutschland	vH [3]	8,6	3,7	4,5	6,3	8,8	13,2	9,5	−4,2	−17,6	−½	8½
Ostdeutschland	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	9,0	7,0	8	9
Bauinvestitionen	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	9,9	2,8	7½	6
Westdeutschland	vH [3]	−5,9	3,1	0,0	3,1	4,4	4,9	2,7	4,3	−0,8	3½	2
Ostdeutschland	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	43,4	18,5	21	18½
Privater Verbrauch	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	3,0	0,5	1½	1½
Westdeutschland	vH [3]	1,7	3,5	3,4	2,7	2,8	5,4	5,7	2,2	0,2	1	1½
Ostdeutschland	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	9,6	2,7	4	3½
Staatsverbrauch	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	4,5	−1,2	½	½
Westdeutschland	vH [3]	2,1	2,5	1,5	2,1	−1,6	2,2	0,3	4,0	−1,2	0	1
Ostdeutschland	vH [3]	.	.	.	.	.	.	.	6,9	−1,2	2½	0
Außenbeitrag [5] [6]	Mrd DM	128,41	111,72	93,45	100,43	120,63	137,99	−3,67	−25,85	−24,40	−23	−13
Erwerbstätige (Inland)	Tausend [7]	.	.	.	.	.	.	.	−596	−648	−322	15
Westdeutschland	Tausend [7]	196	367	194	211	397	821	711	262	−458	−354	−40
Ostdeutschland	Tausend [7]	.	.	.	.	.	.	.	−858	−190	32	55
Arbeitslosenquote [8]	vH	.	.	.	.	.	.	7,3	8,4	9,7	10½	10½
Westdeutschland	vH	8,9	8,5	8,5	8,4	7,6	6,9	6,1	6,5	8,1	9	9
Ostdeutschland	vH	.	.	.	.	.	.	11,2	15,5	15,8	16	15
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit [9]	Tausend	.	.	.	.	.	.	4 963	5 396	5 700	5 528	5 160
Westdeutschland	Tausend	2 655	2 656	2 775	2 825	2 627	2 454	2 240	2 394	2 998	3 140	3 070
Ostdeutschland	Tausend	.	.	.	.	.	.	2 723	3 001	2 702	2 388	2 090
Deflator (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	vH [10]	.	.	.	.	.	.	.	4,6	3,9	3	2½
Westdeutschland	vH [10]	1,8	−0,6	0,5	1,3	2,9	2,7	3,7	3,8	3,2	2½	2½
Ostdeutschland	vH [10]	.	.	.	.	.	.	.	11,0	8,4	3½	3
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere [6] [11]	Prozent	6,9	6,0	5,8	6,0	7,1	8,9	8,7	8,1	6,4	6½	...
Realer Wechselkurs [6] [12]	vH [10]	−2,8	6,1	3,6	−2,8	−2,5	3,0	−2,4	3,7	3,8	½	...
Gewinn-Erlös-Relation	vH [13]	0,6	1,5	0,2	1,0	0,0	0,8	−0,2	−0,8	−1,5	1½	...

[1] Eigene Schätzung.
[2] Prognose.
[3] In Preisen von 1991; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4] Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung).
[5] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.
[6] Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.
[7] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend.
[8] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept plus Arbeitslose). Jahresdurchschnitt.
[9] Registrierte Arbeitslose plus subventioniert Beschäftigte plus verdeckt arbeitslose Nichterwerbspersonen. Jahresdurchschnitt.
[10] Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[11] Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt; Quelle: Deutsche Bundesbank.
[12] Außenwert der D-Mark auf Basis der Verbraucherpreise; Quelle: Deutsche Bundesbank.
[13] Früheres Bundesgebiet; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.

4. Die Dynamik der Exportkonjunktur wird vor allem daran deutlich, daß sich das Volumen der Warenausfuhr im Verlauf des Jahres um rund 9½ vH erhöhte und damit noch etwas schneller anstieg als der Welthandel, der real um rund 8 vH zunahm. Deutschen Anbietern kam zugute, daß sich der Handel gerade innerhalb Europas verstärkte und die Investitionsgüternachfrage wieder anzog. Damit verbesserte sich die Lage auf Deutschlands Hauptabsatzmärkten, und zwar nicht nur in regionaler, sondern auch in produktspezifischer Hinsicht. Freilich haben sich die Unternehmen auch im Wettbewerb durchsetzen müssen; ohne die Anstrengungen der letzten Jahre, durch Personalabbau und durch organisatorische Maßnahmen Kosten zu senken und durch Produktinnovation wettbewerbsfähiger zu werden, hätten sie die sich bietenden Marktchancen wohl kaum nutzen können.

5. Starke Impulse kamen im Jahre 1994 von der Bauwirtschaft. Der Wohnungsbau, auf den inzwischen deutlich mehr als die Hälfte der Bauproduktion entfällt, expandierte im Jahre 1994 mit rund 9 vH so stark wie lange nicht mehr. Nach wie vor ist der Wohnungsmarkt offenbar durch ein knappes Wohnraumangebot insbesondere in unteren und mittleren Preissegmenten gekennzeichnet. Die Mieten stiegen zwar etwas langsamer als im Vorjahr, aber noch immer weit schneller als der Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt. Auch eine im Endeffekt prozyklisch wirkende Wohnungsbaupolitik hat die Konjunktur in diesem Bereich angeheizt. Die anderen Sektoren der Bauwirtschaft verzeichneten allerdings eine zum Wohnungsbau gegenläufige Entwicklung. Sowohl die gewerblichen Bauinvestitionen, deren Rückgang sich im Jahresverlauf jedoch verlangsamte, als auch die öffentlichen Investitionen, die im Zeichen staatlicher Konsolidierungsbemühungen standen, lagen in realer Rechnung unter dem Stand des Vorjahres.

6. Die wieder steigende Zuversicht über die wirtschaftlichen Perspektiven in Westdeutschland kam auch im Verhalten der Verbraucher zum Ausdruck. Die privaten Haushalte gaben einen wesentlich größeren Teil ihrer Einkommen als im Vorjahr für Konsumzwecke aus, und sie verhinderten auf diese Weise, daß die reale Verbrauchsnachfrage, wie es viele für das Jahr 1994 erwartet hatten, zurückging. Von der Entwicklung der Kaufkraft her, die im Zeichen eines weiteren Beschäftigungsrückgangs, niedriger Lohnsteigerungen, eines nach wie vor beträchtlichen Preisanstiegs und zunehmender Abgabenlasten stand, waren die Bedingungen für einen Konsumanstieg jedenfalls schlecht. Insoweit war es positiv, daß die reale Verbrauchsnachfrage überhaupt anstieg, auch wenn der Zuwachs mit nur 1 vH gering blieb.

7. Die private Konsumnachfrage war freilich nicht die Kraft, die der Binnennachfrage zu neuem Schwung verhalf. Getragen wurde die Binnennachfrage vor allem von der Wohnungsbaunachfrage und zunehmend von den Investitionsausgaben der Unternehmen. Überwog zu Jahresbeginn bei den Investoren noch die Skepsis über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und wohl auch die Furcht, daß die Unterauslastung der Produktionskapazitäten länger anhalten könnte, so mehrten sich im Verlauf des Jahres die optimistischeren Stimmen. Die Ertragslage besserte sich, wenn auch nicht in einem für eine Konjunkturerholung ungewöhnlich starken Maße, und auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen dürften wieder positiver geworden sein. Jedenfalls nahmen die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, und zwar vornehmlich die für Ersatzbeschaffung und Rationalisierung, in der zweiten Hälfte des Jahres wieder deutlich zu.

Die Nachwirkungen der Rezession waren allerdings auch bei der Investitionsnachfrage noch zu erkennen. Erweiterungsinvestitionen spielen noch immer keine bedeutende Rolle, und die Investitionsquote, also der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der für Ausrüstungsinvestitionen aufgewendet wird, liegt mit 7,3 vH weit unter dem Niveau in der Hochkonjunktur (1992: 9,0 vH), aber auch deutlich unter dem Niveau eines konjunkturellen Normaljahres (1989: 8,6 vH). Die Folgewirkung dieses Investitionsrückgangs ist, daß das Wachstum der volkswirtschaftlichen Sachkapazitäten und damit verbunden des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials zurückgegangen ist, im Unternehmenssektor betrug letzteres nur noch etwa 1,6 vH.

Man mag dagegen einwenden, daß westdeutsche Unternehmen in den letzten Jahren in beträchtlichem Umfang in den neuen Bundesländern investiert haben und eine regionale Betrachtung der Kapazitätsentwicklung daher fragwürdig geworden ist. Gleichwohl gibt das nachlassende Wachstum des Produktionspotentials in Westdeutschland Anlaß zur Sorge, denn von seiner Entwicklung hängt es maßgeblich ab, welches wirtschaftliche Expansionstempo in Deutschland insgesamt längerfristig zu halten ist. Und dieses Tempo gilt es — so wie es zu Beginn der neunziger Jahre gelungen war — wieder zu steigern, damit die Unterbeschäftigung wirksam und dauerhaft vermindert werden kann.

8. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt stellt ohnedies die größte Herausforderung für die Wirtschaftspolitik dar. Der Beschäftigungsstand wird mit rund 28,6 Millionen Erwerbstätigen am Jahresende wohl den Tiefpunkt in diesem Zyklus erreichen, das waren knapp 1 Million weniger als im Höhepunkt zu Anfang des Jahres 1992. Massive Beschäftigungsverluste hat die Industrie erlitten; im Produzierenden Gewerbe ist die Erwerbstätigkeit im Zuge der Rezession um über 1 Million zurückgegangen. Mit der Stabilisierung der Beschäftigung in der zweiten Jahreshälfte hat sich die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland geringfügig vermindert. Trotz dieses leichten Rückgangs wird es am Jahresende mit 2,5 Millionen Personen aber immer noch mehr registrierte Arbeitslose als vor einem Jahr geben. Insbesondere der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit muß Anlaß zu großer Besorgnis sein.

9. Die wirtschaftliche Erneuerung in den **neuen Bundesländern**, die im vergangenen Jahr durch die Auswirkungen der Rezession in Westdeutschland erschwert worden war, hat im Jahre 1994 wieder größere Fortschritte gemacht:

— Die gesamte Produktionsleistung ist mit rund 9½ vH wieder deutlich stärker gestiegen als 1993,

als die Zuwachsrate auf 5,8 vH zurückgegangen war. Alle großen Wirtschaftsbereiche haben zu der Expansion beigetragen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Aufwärtsentwicklung gefestigt; die industrielle Wertschöpfung nimmt deutlich schneller zu als das Bruttoinlandsprodukt. Auch Industriezweige, deren Produkte in einem intensiven Wettbewerb auf den Weltmärkten stehen, haben ihre Produktion ausweiten können. Fortgesetzt hat sich mit nur leicht vermindertem Tempo die Expansion des Dienstleistungssektors. Eine Führungsrolle kommt zunehmend den Unternehmen der Wohnungswirtschaft zu; die Expansion im Handel sowie bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen hat sich nach dem dynamischen Wachstum der vorangegangenen Jahre abgeflacht.

— Die Investitionstätigkeit ist im Jahre 1994 vor allem im gewerblichen Bereich noch kräftiger geworden. Insgesamt lagen die realen Anlageinvestitionen um rund 16½ vH über dem Vorjahresstand, wobei die Bauinvestitionen wesentlich stärker als die Ausrüstungsinvestitionen zunahmen. Sowohl die westdeutschen wie auch die ostdeutschen Unternehmen haben ihre Investitionen ausgeweitet. Ostdeutsche Investoren klagen zwar nach wie vor über Finanzierungsschwierigkeiten als ein wesentliches Investitionshemmnis, eine zunehmende Anzahl von Unternehmen dürfte im Jahre 1994 aber die Gewinnschwelle erreicht haben. Die Investitionen der Gebietskörperschaften sowie der Deutschen Bundespost Telekom und der Deutschen Bahn AG sind nicht mehr in dem hohen Tempo der Vorjahre gestiegen, ihr Niveau liegt aber je Einwohner gerechnet wesentlich höher als in Westdeutschland.

— Die hohen Investitionen in die Erneuerung des privaten und des öffentlichen Sachkapitals haben wesentlich dazu beigetragen, daß das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde wie schon in den vorangegangenen beiden Jahren auch 1994 mit über 7 vH kräftig angestiegen ist. Während der Produktivitätsgewinn bislang allerdings mit beträchtlichen Entlassungen von Arbeitskräften einhergegangen war, ja im wesentlichen Reflex dieser Entwicklung war, kam er im Jahre 1994 ohne weiteren Beschäftigungsabbau zustande. Da zugleich das Tempo des Lohnanstiegs etwas abgenommen hat, sind die Lohnstückkosten im Jahre 1994 erstmals geringfügig gesunken.

— Spürbare Verbesserungen wurden auch im Hinblick auf die Einkommenslage der privaten Haushalte erzielt. Die verfügbaren Einkommen stiegen je Einwohner gerechnet weiterhin schneller als in den alten Bundesländern an und dürften im Jahre 1994 etwa 67 vH des westlichen Niveaus erreicht haben. Dies war nicht durch eine Zunahme der westlichen Transferleistungen an die Bevölkerung bedingt, resultierte vielmehr aus steigenden Arbeitseinkommen in den neuen Bundesländern selbst.

— Die Privatisierung von ehemaligen Staatsunternehmen konnte im Jahre 1994 praktisch zum Abschluß gebracht werden, die Treuhandanstalt wird ihr Kerngeschäft bis zum 1. Januar 1995 beendet haben. Von den 354 Unternehmen, die sich im Nettobestand der Treuhandanstalt befinden, sind 144 Unternehmen noch im Angebot; diejenigen, die nicht bis Ende des Jahres privatisiert werden können, sollen über eine Beteiligungsgesellschaft der Verantwortung des Bundesministeriums der Finanzen unterstellt werden.

10. Auch wenn die wirtschaftliche Erneuerung in Ostdeutschland im Jahre 1994 einen weiteren guten Schritt vorangekommen ist, müssen nach wie vor beträchtliche realwirtschaftliche Ungleichgewichte und Anpassungserfordernisse konstatiert werden: Vor allem hat sich die Lücke zwischen dem Angebot aus heimischer Produktion und der gesamten Nachfrage in den neuen Bundesländern auch im Jahre 1994 weiter erhöht, noch immer ist das nominale Bruttoinlandsprodukt wesentlich kleiner als die gesamte Letzte inländische Verwendung von Waren und Diensten (rund 60 vH). Spiegelbild dessen ist ein Defizit von schätzungsweise 220 Mrd DM im Handel mit den westlichen Bundesländern und dem Ausland. Bislang gibt es nur wenige Hinweise darauf, daß die ostdeutschen Unternehmen auf überregionalen Märkten wesentlich wettbewerbsfähiger geworden sind. Die Exporte ins Ausland und die Lieferungen in die alten Bundesländer stiegen zwar im Jahre 1994 mit beträchtlichem Tempo an, sie blieben aber, verglichen etwa mit dem Umfang des Imports und der Bezüge aus Westdeutschland, auf äußerst niedrigem Niveau.

11. Immense Ungleichgewichte bestehen des weiteren auf dem Arbeitsmarkt. So bemerkenswert es ist, daß der Beschäftigungsabbau in diesem Jahr offenbar zum Stillstand kam und die Summe aus offener und verdeckter Arbeitslosigkeit von rund 2,7 Millionen Personen im Jahre 1993 auf etwa 2,4 Millionen Personen im Jahre 1994 zurückging, so ernüchternd ist zugleich auch der Blick auf die gewaltige Zahl an Arbeitsuchenden, für die noch Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen. Vor allem ist schwer absehbar, in welchen Bereichen hinreichend viele Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Das Lohnniveau betrug gemessen an den Effektivverdiensten etwa 70 vH des westdeutschen. Daher ist wohl kaum mit einer starken Ausdehnung besonders arbeitsintensiver Bereiche zu rechnen. Rentable Arbeitsplätze müssen auch in den neuen Bundesländern eine hohe Produktivität erzielen; vor allem Branchen, die im überregionalen Wettbewerb stehen, werden ohne eine angemessene, moderne Kapitalausstattung kaum konkurrenzfähig sein. Bevor in diesen Bereichen Arbeitskräfte eingestellt werden können, muß zuerst investiert werden. Das Entstehen von Arbeitsplätzen ist daher ein langfristiger Prozeß.

Nicht nur im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, auch in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage kristallisieren sich Unterschiede zwischen den Regionen in Ostdeutschland heraus. Bei der Industriebesiedlung bildet sich wiederum ein Süd-Nord-Gefälle heraus, wie es schon in früherer Zeit existierte. Die Arbeitslosigkeit ist überall ein großes Problem, besonders drükkend ist sie aber in östlich gelegenen Regionen. In größeren Ballungsgebieten ist das Arbeitsplatzdefizit

dagegen geringer, und in den zentral gelegenen Orten mit guter Verkehrsanbindung kommt es rascher zu mehr Beschäftigung als in anderen Regionen.

12. Umstritten war im Jahre 1994, welchen Beitrag die Wirtschaftspolitik zum konjunkturellen Umschwung, zum Anstieg der Inlandsnachfrage, geleistet hat. Kritik galt vielfach der **Geldpolitik**. Viele Beobachter warfen der Geldpolitik mit Verweis auf die bis März noch inverse Zinsstruktur die Fortsetzung eines restriktiven Kurses vor. Im Unterschied dazu hatte der Sachverständigenrat den Kurs der Bundesbank bereits im vergangenen Jahr als expansiv gewertet. Auch im Jahre 1994 war die Bundesbank um eine Lockerung bemüht, was an den weiteren Notenbankzinssenkungen deutlich wird, freilich mit der Folge einer weit über dem Potentialwachstum liegenden Geldmengenexpansion. Allerdings stand dem Rückgang der kurzfristigen Zinsen, der seit Anfang 1993 rund 3,5 Prozentpunkte beträgt, eine Erhöhung der Kapitalmarktzinsen gegenüber, die im Jahre 1994 wieder über das Niveau von Anfang 1993 (rund 7 %) anstiegen. Das ließ die Frage aufkommen, ob die Geldpolitik — unbeschadet ihrer zunächst stabilisierenden Wirkung auf die Investitions- und Verbrauchsausgaben — inzwischen wieder Inflationserwartungen geweckt haben könnte, die sich in Form einer erhöhten Inflationsprämie in den langfristigen Zinsen niederschlagen und die expansiven Effekte der Geldpolitik nach und nach zunichte machen. Die tatsächliche Preisniveauentwicklung scheint dieser These zunächst zu widersprechen: Der Anstieg der Verbraucherpreise ging in Westdeutschland auf rund 3 vH zurück, und in Ostdeutschland war die Rate der Geldentwertung kaum höher. Auch in den kommenden Monaten dürfte die Preisentwicklung moderat verlaufen, weil die Wohnungsmieten nicht mehr so schnell steigen, der Anstieg der Dienstleistungspreise (einschließlich der Gebühren) aufgrund des moderateren Lohnanstiegs zurückgeht und auch die konjunkturreagiblen Preise (im wesentlichen Verbrauchsgüter) vorerst nicht stark zunehmen werden. Diese Effekte müssen aber nicht dauerhaft sein; sie könnten sich in kurzer Zeit umkehren, wenn die Nachfrage anzieht und die Lohnstückkosten wieder steigen. Überdies verheißt die starke monetäre Expansion für die mittelfristige Entwicklung der Preise nichts Gutes.

13. Besorgnis hatte in den vergangenen Jahren auch der scheinbar unaufhaltsame Anstieg der **staatlichen Finanzierungsdefizite** hervorgerufen. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts konnte auch im Jahre 1994 mit rund 137 Mrd DM nicht unter das hohe Niveau des Vorjahres gedrückt werden. Die Ausgaben stiegen mit 4½ vH kaum langsamer als die Einnahmen mit 5 vH. Trotzdem ist es richtig, daß die quantitative Konsolidierung, die durch das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm angelegt war, im Jahre 1994 einen Schritt weit vorangekommen ist. Ein beträchtlicher Teil des Haushaltsdefizits ist konjunkturbedingt: Legt man der Beurteilung das strukturelle Defizit zugrunde, für das wir in diesem Jahr eine neue konzeptionelle Grundlage erarbeitet haben, dann ergibt sich ein Rückgang von 67,5 Mrd DM auf rund 57½ Mrd DM. Vor allem die Gebietskörperschaften in Westdeutschland, und hier insbesondere die Länder und Gemeinden, haben ihre Ausgabenzuwächse merklich reduzieren können.

Anlaß zur Zufriedenheit mit der finanzpolitischen Entwicklung besteht indessen nicht. Die Einsparungen auf der Ausgabenseite gingen, wie in früheren Konsolidierungsphasen, häufig zu Lasten der Anlageinvestitionen, deren Anteil an den Ausgaben in Westdeutschland inzwischen auf den tiefen Wert von rund 6 vH gesunken ist. Anfang der achtziger Jahre lag diese Quote noch bei knapp 11 vH. Zudem ist der Anteil der Zinszahlungen an den gesamten Ausgaben, was abzusehen gewesen war, weiter angestiegen. Korrekturbedürftig ist in mittlerer Sicht auch der Anstieg der Abgaben, die auf Erwerbseinkommen lasten. Die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge) nahm in Deutschland im Jahre 1994 weiter zu und erreichte 43½ vH. Zusätzlich verdiente Einkommen werden heute wieder so stark besteuert, wie das vor den Einkommensteuerreformen der achtziger Jahre der Fall war. Dies alles begründet dringenden Handlungsbedarf im Hinblick auf qualitative Konsolidierung des öffentlichen Haushalts.

II. Der weltwirtschaftliche Rahmen: Auftriebskräfte setzen sich durch

14. Die Belebung der Weltkonjunktur gewann im Jahre 1994 deutlich an Breite. Damit verbesserte sich zusehends die wirtschaftliche Situation wichtiger Handelspartner Deutschlands (Tabelle 2). Der Welthandel expandierte mit real rund 8 vH stärker als im Vorjahr. Alles in allem lag das reale Bruttoinlandsprodukt in den Industrieländern in diesem Jahr um 2½ vH über dem Niveau des Vorjahres. Dahinter stand eine in einzelnen Ländern und Regionen unterschiedliche Entwicklung: Die Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan befanden sich in verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklus (Schaubild 1). Schon in den vergangenen Jahren war die Konjunktur weltweit weniger synchron verlaufen als in früheren Zyklen. In diesem Jahr wurden die konjunkturellen Gegensätze jedoch deutlich geringer. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, wo sich bereits 1992 beziehungsweise 1993 Aufschwungskräfte durchgesetzt hatten, war die Expansion weiterhin kräftig; es kam hier aber nicht zu Überhitzungen. In Westeuropa erholte sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres 1994, und zwar deutlicher als erwartet. Ein Grund dafür war die starke Nachfrage aus Ländern außerhalb Europas. In Japan deutet mittlerweile vieles darauf hin, daß der konjunkturelle Abschwung zum Stillstand gekommen ist und die Erholung begonnen hat. Von Bedeutung für die Konjunktur in den Industrieländern waren zudem Impulse aus Ostasien und Lateinamerika, Regionen mit kräftigem wirtschaftlichem Wachstum.

Das Konjunkturmuster zu Beginn der neunziger Jahre entstand durch vielfältige Faktoren, die die Entwicklung in einzelnen Ländern und Regionen sehr unterschiedlich beeinflußten.

— Ein Faktor war die Geldpolitik. In Westeuropa wurde sie im Unterschied zu den Vereinigten Staaten erst seit 1992 — in Anlehnung an die

Tabelle 2

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Land	Bruttoinlandsprodukt[1]				Inlandsnachfrage[1][2]				Privater Verbrauch[1]			
	1982–1992[a]	1992	1993	1994[18]	1982–1992[a]	1992	1993	1994[18]	1982–1992[a]	1992	1993	1994[18]
Westdeutschland	+2,7	+1,8	−1,7	+2	+2,4	+1,3	−2,2	+2	+2,7	+2,2	+0,2	+1
Frankreich	+2,2	+1,2	−1,0	+2	+2,3	+0,2	−1,8	+2	+2,4	+1,3	+0,7	+1½
Großbritannien	+2,3	−0,5	+2,0	+3½	+2,8	+0,5	+1,9	+3	+2,9	+0,0	+2,6	+2½
Italien	+2,1	+0,7	−0,7	+2	+2,4	+0,8	−5,0	+1	+2,6	+1,4	−2,1	+1
Belgien	+2,1	+1,4	−1,3	+2	+2,2	+2,4	−2,3	+1½	+2,1	+2,9	−1,5	+1½
Niederlande	+2,2	+1,4	+0,2	+2	+2,1	+1,4	−0,5	+1½	+2,0	+2,1	+0,8	+2
Spanien	+3,0	+0,8	−1,0	+1½	+3,7	+1,1	−3,6	+ ½	+2,9	+2,1	−2,3	+ ½
Schweiz	+1,7	−0,3	−0,9	+1½	+1,9	−3,3	−1,8	+3½	+1,5	−0,2	−0,8	+1½
Österreich	+2,4	+1,6	−0,3	+3	+2,5	+1,7	+0,6	+3½	+2,6	+1,8	+0,8	+2
Vereinigte Staaten	+2,4	+2,3	+3,1	+4	+2,5	+2,5	+3,9	+4½	+2,8	+2,8	+3,3	+3½
Japan	+3,9	+1,1	+0,1	+1	+3,9	+0,4	+0,3	+1½	+3,5	+1,7	+1,1	+2

Land	Erwerbstätige[3][4]				Bruttostundenverdienste[4][5]				Arbeitslosenquote[6]			
	1982–1992[a]	1992	1993	1994[18]	1982–1992[a]	1992	1993	1994[18]	1982–1992[a]	1992	1993	1994[18]
Westdeutschland	+0,7	+0,6	−1,5	−1	+4,3	+5,9	+5,2	+2½	6,0	4,6	5,8	6½
Frankreich	+0,3	−0,8	−1,2	− ½	+6,6	+3,8	+3,1	+2½	9,6	10,4	11,7	12½
Großbritannien	+0,5	−2,5	−1,0	+ ½	+6,4	+6,1	+3,4	+4½	9,9	9,9	10,3	9½
Italien	+0,4	−0,6	−4,8	−1½	+9,0	+5,1	+3,8	+3½	10,0	10,5	10,2	12
Belgien	+0,3	−0,4	−1,3	− ½	+4,0	+4,8	+2,1	+2	10,0	8,0	9,6	10
Niederlande	+1,4	+2,1	+0,2	+0	+2,9	+4,3	+3,2	+2½	9,5	6,7	8,3	9½
Spanien	+0,7	−1,9	−4,3	−1	+9,9	+7,7	+6,8	+4	18,2	18,1	22,4	24
Schweiz	+0,7	−2,2	−2,6	− ½	+4,6	+5,5	+2,5	+2	0,9	2,5	4,5	4½
Österreich	+0,9	+2,1	−0,6	+ ½	+5,0	+4,8	+5,3	+3	5,1	6,0	6,8	6½
Vereinigte Staaten	+1,4	+0,6	+1,5	+3	+3,3	+2,4	+2,6	+3	6,9	7,3	6,7	6
Japan	+1,3	+1,1	+0,2	+0	+3,2	+2,1	+2,1	+2	2,5	2,2	2,5	3

Land	Zinssätze in Prozent p.a.								Geldmenge[4][9]			
	kurzfristig[7]				langfristig[8]							
	1982–1992[a]	1992	1993	1994	1982–1992[a]	1992	1993	1994	1982–1992[a]	1992	1993	1994
Deutschland	6,68	9,52	7,30	5,39	7,44	7,98	6,28	6,44	+ 7,5	+ 7,6	+10,9	+ 9,8
Frankreich	10,21	10,35	8,59	5,88	11,18	8,96	7,04	7,24	+ 8,6	+ 5,3	− 1,5	− 3,5
Großbritannien	10,77	8,94	5,26	4,99	10,31	9,13	7,87	7,89	+12,8	+ 3,6	+ 5,1	+ 5,6
Italien	14,30	14,36	10,66	8,49	13,37	11,90	9,60	8,57	+10,0	+ 4,9	+ 7,1	+ 6,9
Belgien	9,52	9,37	8,22	5,85	9,82	8,66	7,22	7,49	+ 8,4	+10,9	+13,0	+11,3
Niederlande	6,98	9,35	6,85	5,14	7,78	8,10	6,69	7,00	+ 7,2	+ 6,3	+ 7,7	+ 4,3
Spanien	14,49	13,34	11,69	8,02	13,77	12,17	10,16	9,28	+13,5	+ 5,0	+ 9,1	+ 6,7
Schweiz	4,98	7,20	4,29	3,56	5,02	6,40	4,55	4,84	+ 6,0	+ 3,6	+ 6,3	+ 6,5
Österreich	8,15	9,46	7,03	5,13	7,96	8,27	6,64	6,48	+ 6,9	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,8
Vereinigte Staaten	7,96	3,68	3,17	4,22	9,51	7,52	6,46	7,20	+ 5,9	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,9
Japan	5,97	4,46	2,98	2,20	6,17	5,09	3,97	4,10	+ 7,5	− 0,2	+ 2,2	+ 1,8

[1] In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [2] Bruttoinlandsprodukt abzüglich Außenbeitrag. — [3] Zivile Erwerbstätige (außer Schweiz, Österreich, Japan). — [4] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [5] Industrie, Quelle: IWF; für Frankreich, Quelle: OECD. - Italien: Tarifliche Stundenlöhne. - Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste. — [6] Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. - Schweiz, Österreich: nicht standardisiert. — [7] Überwiegend für Dreimonatswechsel. Für 1994 Durchschnitt der Monate Januar bis September; für Italien: Januar bis Juli. — [8] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. Für 1994 Durchschnitt der Monate Januar bis September. — [9] M2 (Geldmenge M1 plus Quasigeld) für Italien, Belgien, Österreich, M3 für Deutschland (bis 1990 früheres Bundesgebiet), Frankreich, Niederlande, Schweiz, Vereinigte Staaten. M2 + CD (Certificates of Deposit) für Japan. Gesamte Zahlungsmittelbestände (ALP) für Spanien. M4 für Großbritannien. Für 1994: 1. Halbjahr 1994 gegenüber 1. Halbjahr 1993 in vH (Endstände); für Belgien Mai 1994 gegenüber Mai 1993 (Endstände). — [10] Japan: Einschließlich Nichtwohnbauten. —

Tabelle 2

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Ausrüstungsinvestitionen[1)10)]				Ausfuhr[1)11)]				Einfuhr[1)11)]				Land
1982–1992[a)]	1992	1993	1994[18)]	1982–1992[a)]	1992	1993	1994[18)]	1982–1992[a)]	1992	1993	1994[18)]	
+4,1	−4,2	−17,6	− ½	+5,5	+5,4	− 3,2	+ 7	+5,1	+4,4	− 5,3	+ 6½	Westdeutschland
+3,0	−4,6	− 7,3	+ 1	+4,0	+5,0	− 0,5	+ 6	+4,4	+1,1	− 3,7	+ 6½	Frankreich
+3,5	−2,7	+ 1,6	+ 5	+3,4	+3,1	+ 3,0	+ 8	+5,4	+6,2	+ 2,9	+ 6	Großbritannien
+3,2	−1,9	−15,6	+ 3	+4,1	+5,0	+10,0	+ 6½	+5,1	+4,6	− 7,3	+ 3½	Italien
+5,8	−5,8	−11,0	+ 1	+4,2	+1,6	− 3,4	+ 6½	+4,3	+2,7	− 4,4	+ 5	Belgien
+4,4	−0,6	− 3,8	+ 1	+4,5	+2,4	+ 0,6	+ 6	+4,5	+2,6	− 0,6	+ 5	Niederlande
+4,9	−2,5	−16,6	− 2½	+5,7	+6,7	+ 8,8	+17	+8,9	+6,6	− 3,2	+10	Spanien
+4,1	−9,6	− 3,7	+10½	+2,8	+3,4	+ 1,3	+ 3	+3,1	−3,8	− 1,0	+ 7	Schweiz
+2,9	−0,9	− 6,1	+ 8	+4,9	+2,8	− 1,7	+ 5	+5,1	+2,8	+ 0,2	+ 5	Österreich
+3,0	+6,0	+18,0	+16	+5,4	+6,7	+ 4,1	+ 8	+6,6	+8,7	+10,7	+12	Vereinigte Staaten
+7,4	−4,0	− 8,5	− 7	+4,9	+5,2	+ 1,0	+ 4	+4,6	−0,4	+ 3,1	+ 9	Japan

Industrieproduktion[12)]				Erzeuger-/ Großhandelspreise[13)]				Verbraucherpreise[14)]				Land
1982–1992[a)]	1992	1993	1994[18)]	1982–1992[a)]	1992	1993	1994[19)]	1982–1992[a)]	1992	1993	1994[18)]	
+2,1	−2,0	−7,7	+3	+1,6	+1,4	+0,0	+0,2	+2,4	+3,8	+3,2	+2½	Westdeutschland
+1,0	−1,1	−3,7	+4	+3,3	−1,6	−2,9	−0,8	+5,0	+2,4	+2,1	+1½	Frankreich
+1,8	−0,4	+2,4	+4	+5,0	+3,5	+3,7	+2,7	+5,5	+4,7	+3,5	+2½	Großbritannien
+1,2	−1,3	−2,2	+3	+5,8	+1,9	+3,8	+3,2	+8,6	+5,3	+4,8	+4	Italien
+1,9	+0,0	−5,3	+0	+1,6	+0,2	−1,0	+0,8	+3,8	+2,1	+2,8	+2½	Belgien
+1,8	+0,2	−1,1	+4	+1,0	+0,4	−1,0	−0,4	+2,1	+3,0	+2,1	+2	Niederlande
+1,4	−2,9	−4,7	+4	+5,4	+1,4	+2,4	+4,0	+8,3	+6,4	+5,1	+5	Spanien
+1,9	−0,8	+0,0	+5	+1,0	+0,1	+0,2	−0,7	+3,4	+4,2	+3,0	+1	Schweiz
+2,7	−1,1	−2,0	+5	+0,7	−0,2	−0,4	+0,5	+3,2	+3,8	+3,6	+3	Österreich
+2,0	+2,4	+4,2	+5	+1,6	+0,5	+1,5	+0,6	+4,3	+3,2	+2,5	+2½	Vereinigte Staaten
+3,2	−5,7	−4,2	+0	−0,5	−0,8	−1,7	−2,1	+1,7	+2,1	+1,0	+1	Japan

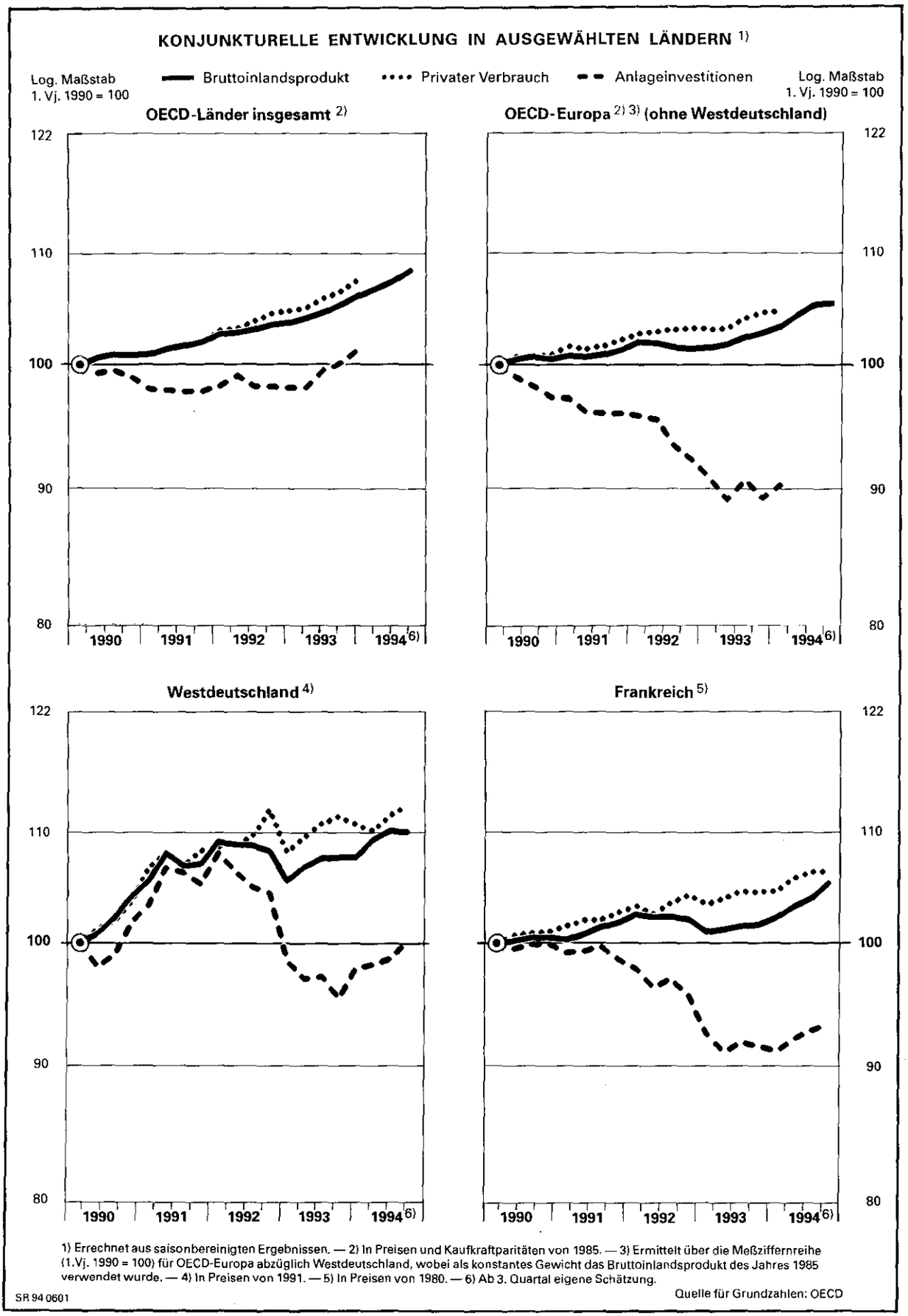
Leistungsbilanz[15)]				Staatsquote[16)]				Staatsdefizit[17)]				Land
1982–1992[a)]	1992	1993	1994[18)]	1982–1992[a)]	1992	1993	1994[18)]	1982–1992[a)]	1992	1993	1994[18)]	
+2,2	−1,1	−1,1	−1	47,7	49,3	50,1	50	− 2,0	−2,9	−3,3	−3	Deutschland
−0,6	+0,3	+0,8	+ ½	51,0	52,1	54,9	55	− 2,4	−3,9	−5,8	−5½	Frankreich
−1,1	−1,8	−1,7	− ½	41,9	43,2	43,6	43	− 2,2	−6,2	−7,7	−7	Großbritannien
−0,9	−2,3	+1,2	+2	51,1	54,0	56,7	56½	−10,9	−9,5	−9,6	−9½	Italien
+1,3	+3,1	+5,8	+6	60,0	57,6	58,6	57	− 8,4	−7,1	−6,7	−5½	Belgien
+2,9	+2,1	+3,3	+3½	57,2	56,1	56,9	56	− 4,6	−3,9	−3,3	−4	Niederlande
−1,2	−3,2	−1,1	−1	41,5	45,7	48,3	48	− 4,6	−4,5	−7,3	−6½	Spanien
+4,7	+6,2	+8,0	+6	39,9	44,4	44,8	44	− 0,5	−2,8	−4,4	−4	Schweiz
+0,1	−0,1	−0,4	− ½	51,1	51,2	53,6	52½	− 3,0	−2,0	−4,1	−4	Österreich
−2,0	−1,1	−1,6	−2	33,5	35,0	34,5	33½	− 3,0	−4,3	−3,4	−2	Vereinigte Staaten
+2,5	+3,2	+3,1	+3	33,5	32,8	34,6	36	+ 0,1	+1,8	−0,2	−2	Japan

[11)] Waren und Dienstleistungen. — [12)] Verarbeitendes Gewerbe. — [13)] Erzeugerpreise: Westdeutschland, Belgien, Frankreich (intermediate industrial goods), Großbritannien, Italien, Niederlande (total output), Spanien, Vereinigte Staaten, Japan (manufactured goods); Großhandelspreise: Österreich, Schweiz. — [14)] Deflator des Privaten Verbrauchs. — [15)] Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlands-/Bruttosozialprodukt. — [16)] Staatsausgaben abzüglich empfangene Vermögensübertragungen (für die Schweiz: laufende Ausgaben plus Investitionen, für die Vereinigten Staaten: laufende Ausgaben) im Verhältnis zum Bruttoinlands-/Bruttosozialprodukt. — [17)] Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: −) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Für die Schweiz: Rechnungsabschlüsse des Bundes, der Kantone und Gemeinden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. — [18)] Eigene Schätzung. — [19)] 1. Halbjahr 1994 gegenüber 1. Halbjahr 1993.

a) Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittlich jährliche Veränderung in vH (geometrisches Mittel, errechnet mit den Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr für die Jahre 1982 bis 1992); für Quoten: durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel).

Quellen: EU, IWF, OECD und nationale Veröffentlichungen

Schaubild 1



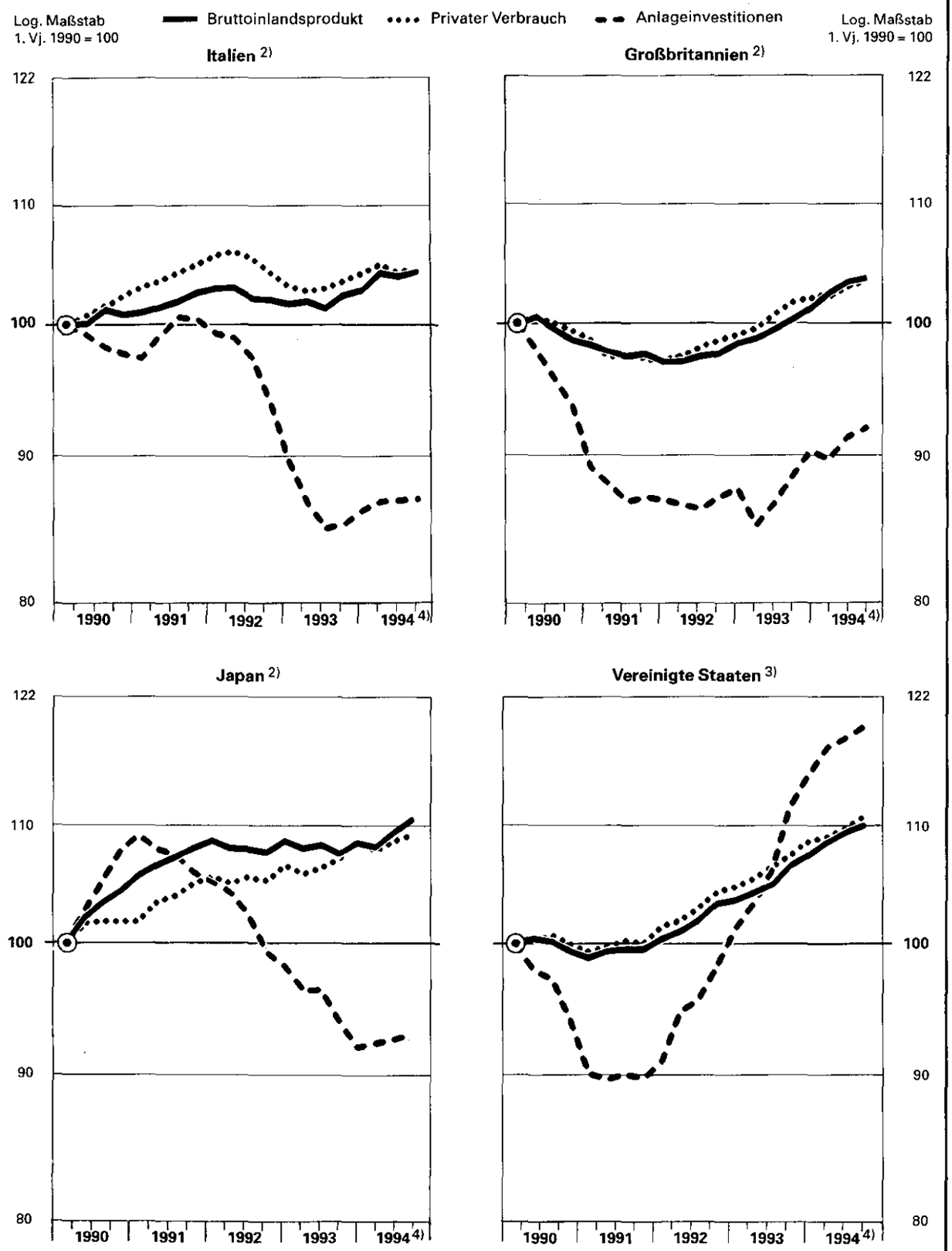
1) Errechnet aus saisonbereinigten Ergebnissen. — 2) In Preisen und Kaufkraftparitäten von 1985. — 3) Ermittelt über die Meßziffernreihe (1.Vj. 1990 = 100) für OECD-Europa abzüglich Westdeutschland, wobei als konstantes Gewicht das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1985 verwendet wurde. — 4) In Preisen von 1991. — 5) In Preisen von 1980. — 6) Ab 3. Quartal eigene Schätzung.

SR 94 0601

Quelle für Grundzahlen: OECD

Schaubild 1

KONJUNKTURELLE ENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN [1]



1) Errechnet aus saisonbereinigten Ergebnissen. — 2) In Preisen von 1985. — 3) In Preisen von 1987. — 4) Ab 3. Quartal eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: OECD

SR 94 0601

Zinssenkungen in Deutschland — zögernd gelockert; dahinter stand das Ziel der Länder, die erreichten Stabilisierungserfolge nicht wieder zu verspielen. Die konjunkturelle Belebung mag durch den vorsichtigen geldpolitischen Kurs zunächst nur wenig erleichtert worden sein. Jedoch zeigen die Beispiele Italiens und Großbritanniens, deren Notenbanken nach dem Ausscheiden aus dem Europäischen Währungssystem im Herbst 1992 die Leitzinsen in großen Schritten senkten, daß die Möglichkeiten der Geldpolitik zur konjunkturellen Stimulierung nicht überbewertet werden dürfen. So gelang es Italien wegen interner wirtschaftlicher Probleme nicht, sich vom europäischen Konjunkturverbund zu lösen. Großbritannien hingegen fand früher den Weg aus der Rezession — ein Grund hierfür können verbesserte Rahmenbedingungen durch die wirtschaftspolitischen Reformen in den Jahren zuvor gewesen sein —, allerdings hatte die Rezession hier auch früher als in anderen europäischen Staaten eingesetzt und war besonders stark gewesen. In den Vereinigten Staaten, in denen die Rezession bereits 1991 ihren Tiefpunkt erreicht hatte, ging die Geldpolitik frühzeitig zu einem expansiveren Kurs über, den sie jedoch 1994, im dritten Jahr des Aufschwungs, wieder verlassen hat. In Japan schließlich versuchte die Geldpolitik ebenfalls, durch rasche und kräftige Zinssenkungen dem wirtschaftlichen Abschwung entgegenzuwirken. Durch die Turbulenzen an den Immobilien- und Aktienmärkten und das daraus resultierende Bemühen der Unternehmen und privaten Haushalte um Konsolidierung blieben die Zinserleichterungen jedoch lange Zeit ohne erkennbare Wirkung auf die private Nachfrage.

— Unterschiede in der finanzpolitischen Strategie haben ebenfalls das internationale Konjunkturmuster geprägt. Spielräume für eine expansive Nachfragepolitik waren in den letzten Jahren kaum vorhanden. Angesichts der hohen Haushaltsdefizite und Schuldenstände war es überdies fraglich, ob von zusätzlicher Staatsnachfrage noch positive Wirkungen ausgehen können oder ob nicht vielmehr verstärkte Konsolidierungsanstrengungen dazu beitragen, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wieder zu stärken und auf diese Weise die wirtschaftliche Lage zu verbessern. In Westeuropa wurde schon während der Rezession überwiegend eine auf Konsolidierung zielende Politik eingeleitet. In den Vereinigten Staaten wurde die Konsolidierung weiterhin als erforderlich angesehen, doch wurde hier die Rückführung des staatlichen Finanzierungsdefizits erst begonnen, als die konjunkturelle Schwäche überwunden war; freilich waren in diesem Land die Defizitquoten der letzten Jahre auch deutlich kleiner als die der meisten europäischen Länder. Einzig in Japan bestand — bei Überschüssen im öffentlichen Budget — hinreichender Spielraum für eine aktive staatliche Konjunkturpolitik; hier wurden mehrere Konjunkturprogramme aufgelegt. Auch diese konnten jedoch nicht verhindern, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage — wegen der Anpassungsprobleme im privaten Sektor — deutlich hinter dem Wachstum des Produktionspotentials zurückblieb.

— Von Bedeutung war ferner die deutsche Vereinigung, deren Auswirkungen die Wirtschaftslage in Europa in besonderem Maße beeinflußten. Von Deutschland ging zu einer Zeit, als viele Volkswirtschaften in Westeuropa vor einer Abschwächungsphase standen, plötzlich ein starker Nachfrageimpuls aus. Dadurch gelang es anderen Ländern Westeuropas, den rezessiven Kräften zunächst noch Gegenwehr zu bieten, die Rezession begann mithin später, als es sonst der Fall gewesen wäre. Im Jahre 1993 hat dann allerdings der starke Einbruch in Westdeutschland die Entwicklung in Europa auch besonders belastet (JG 93 Ziffer 8), so daß die positiven Impulse aus anderen Regionen konterkariert wurden.

— Zum Teil kann der asymmetrische Konjunkturverlauf auch durch Unterschiede in der regionalen Exportstruktur erklärt werden. Die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten mit Fernost und — allein schon wegen der geographischen Nähe — mit Lateinamerika sind intensiv, und die Marktposition der amerikanischen Exporteure in diesen Regionen ist gut. Aus diesem Grunde kam den Vereinigten Staaten die dynamisch zunehmende Importnachfrage dieser Länder weitaus mehr zugute als den westeuropäischen Volkswirtschaften, die diese Märkte lange Zeit nicht hinreichend beachtet haben und hier in geringerem Umfang vertreten sind. Vielmehr verstärkten sich in Europa zunächst die dämpfenden Effekte infolge der überaus engen Handelsbeziehungen untereinander.

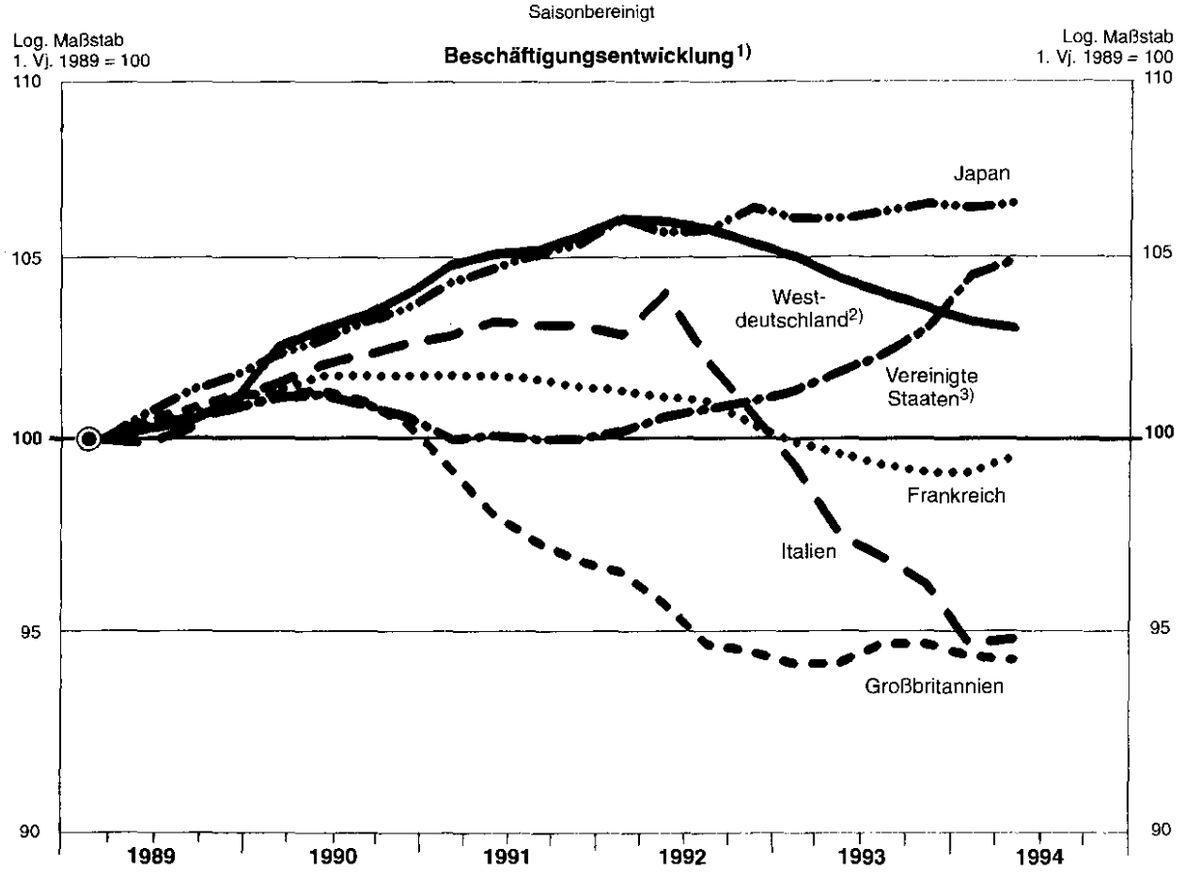
15. Anlaß zu großer Besorgnis gab weiterhin die hohe Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten (Schaubild 2). Dort waren im Jahre 1994 über 35 Millionen Menschen arbeitslos, das sind fast 8½ vH der Erwerbspersonen. Rückläufig sind die Arbeitslosenzahlen in den Vereinigten Staaten. Nachdem hier in der Anfangsphase des gegenwärtigen Aufschwungs die Beschäftigung nur wenig zugenommen hatte, erhöhte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften im Verlauf dieses Jahres deutlich. Zwischen Juni 1993 und Juni 1994 stieg die Anzahl der Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft um insgesamt fast 3 Millionen Personen oder 2,7 vH. Die Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten sank im Oktober als Folge der Beschäftigungszunahme auf 5,8 vH. In Japan lag die Arbeitslosenquote bei knapp 3 vH. Die Arbeitslosigkeit ist dort jedoch im Jahresverlauf gestiegen, denn viele japanische Unternehmen befinden sich derzeit in einem Reorganisationsprozeß, bei dem die Kosten gesenkt und unrentable Sachkapazitäten sowie Arbeitsplätze abgebaut werden sollen; dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.

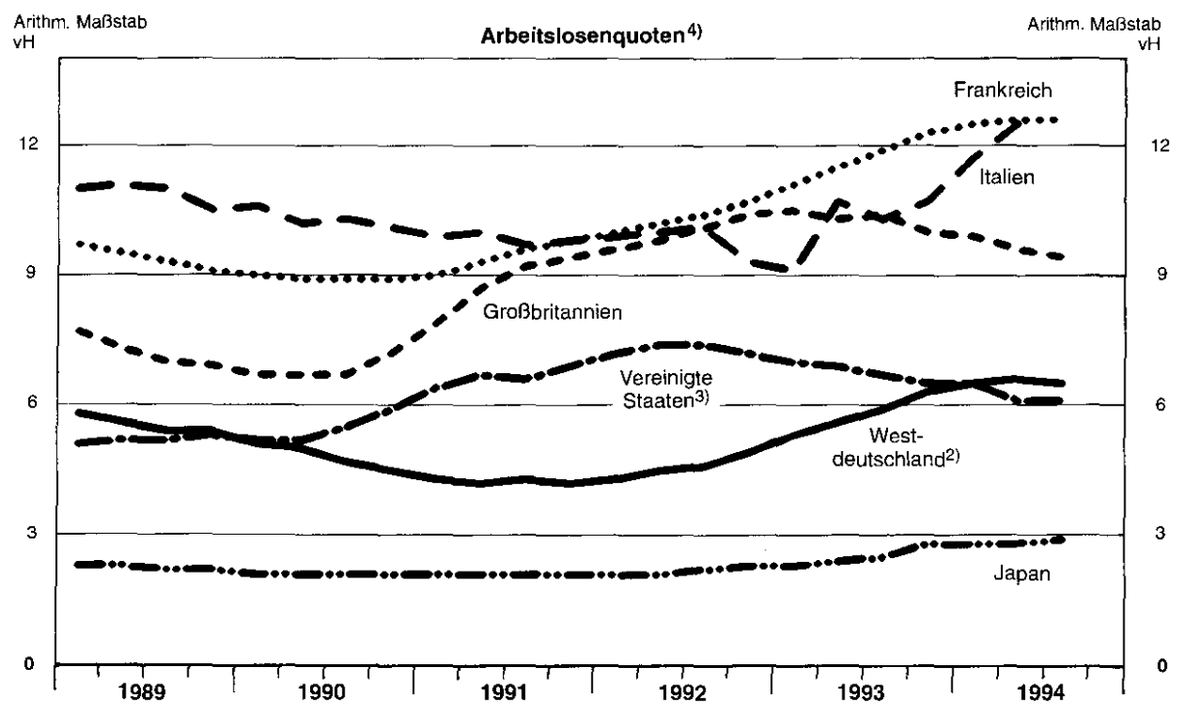
Bedrückend ist die Arbeitsmarktlage in Europa, insbesondere in der Europäischen Union, wo die Arbeitslosenquote mittlerweile knapp 12 vH beträgt. Frauen und Jugendliche sind in vielen Ländern überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen; dies gilt besonders für Spanien, Italien und Irland, die drei Länder mit den höchsten Arbeitslosenquoten. In der Mehrzahl der europäischen Staaten hat die Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des Jahres 1994 weiter

Schaubild 2

BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN

Saisonbereinigt





1) Erwerbstätige ohne Soldaten; für Japan: einschließlich Soldaten. – 2) Gebietsstand früheres Bundesgebiet. – 3) Angaben für 1994 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. – 4) Von der OECD aus nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten (gemessen an den gesamten Erwerbspersonen).

Quellen: OECD, nationale Veröffentlichungen

SR 94 0611

zugenommen, jedoch scheint sich der Anstieg seitdem abzuschwächen und in manchen Ländern die Entwicklung sogar umzukehren. In Großbritannien war bereits im Herbst 1993 eine Wende am Arbeitsmarkt eingetreten. Alles in allem ist jedoch selbst bei kräftiger Belebung der wirtschaftlichen Aktivität nicht damit zu rechnen, daß die Beschäftigung ausreichend zunimmt, um die Arbeitslosenquote in Westeuropa schon bald wieder auf das Niveau vor der Rezession sinken zu lassen.

Erholung der Konjunktur in Westeuropa

16. Die konjunkturelle Entwicklung in Westeuropa erreichte im zweiten Quartal 1993 die Talsohle und fand im ersten Halbjahr 1994 aus der Rezession heraus. Die wirtschaftliche Erholung gewann zunächst langsam an Fahrt, beschleunigte sich aber im Jahresverlauf. Die Erwartungen spiegelten schon sehr früh eine optimistische Einschätzung wider und wirkten damit verstärkend. Das Bruttoinlandsprodukt lag im Jahre 1994 insgesamt um 2½ vH über dem des Vorjahres. Die Volkswirtschaften Großbritanniens, Irlands, Dänemarks, Finnlands und Norwegens hoben sich positiv von der Entwicklung in anderen Ländern Westeuropas ab.

17. Die Exporte spielten für die konjunkturelle Wende und den Aufschwung in Westeuropa eine bedeutende Rolle. Früher und stärker als ursprünglich erwartet zeigte sich hier eine deutliche Belebung, die der zunächst schwachen und eher zögerlich anspringenden Konjunktur in Westeuropa wichtige Impulse gegeben hat. Bedeutend war vor allem die Nachfragedynamik in Ländern außerhalb Europas. Die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten und die Schwellenländer Ostasiens sowie nach China und auch Lateinamerika stieg teilweise beträchtlich. Deutschland kam in besonderem Maße die kräftige Nachfrage aus den mittel- und osteuropäischen Ländern zugute. Die günstigeren Exportaussichten aufgrund steigender Auslandsaufträge verbesserten das Konjunkturklima in Europa schon im ersten Quartal des Jahres. Auch Länder, deren Währungen nicht abgewertet hatten, sondern sich vergleichsweise stark zeigten, konnten steigende Auftragseingänge aus dem Ausland verzeichnen. Zeitlich etwas versetzt stieg die Nachfrage dann aus den westeuropäischen Ländern an, so daß sich der intraeuropäische Handel wieder belebte. Die Erwartungen einer allgemeinen Besserung der Konjunktur eilten der tatsächlichen Entwicklung eine zeitlang voraus. Hierdurch wurde der Anreiz zu Lagerinvestitionen größer, die den innereuropäischen Warenaustausch noch intensivierten. All dies stimulierte die Ausfuhrerwartungen, in denen die positive Entwicklung frühzeitig antizipiert wurde. Insgesamt gaben somit die Exporte in den meisten Ländern einen entscheidenden Anstoß für die Erholung. Der Handel innerhalb Westeuropas dehnte sich gegenüber dem Vorjahr stark aus, damit trug er wesentlich zu der insgesamt kräftigeren Expansion des Welthandels bei.

Es kann zwar als gesichert gelten, daß dem Export für den Beginn und den Verlauf des derzeitigen Aufschwungs ein besonderes Gewicht zukommt, dennoch müssen die Veränderungsraten der Ausfuhr und der Einfuhr der EU-Länder vorsichtig interpretiert werden, denn die Daten der EU-Intrahandelsstatistik sind seit der Umstellung des Meldesystems im Rahmen des Binnenmarktes Anfang 1993 nur vorläufig. Es wird erwartet, daß unter Berücksichtigung aller Nachmeldungen die Daten nach oben korrigiert werden. Für Deutschland haben Revisionen dies bereits belegt. Sowohl der in manchen Ländern dramatische Exportrückgang des Jahres 1993 als auch der erstaunliche Exportzuwachs des Jahres 1994 dürften daher etwas abgemildert werden.

18. Die Binnennachfrage belebte sich im Jahresverlauf leicht und trug zur Stabilisierung der Aufwärtsentwicklung bei. Der Private Verbrauch nahm gegenüber dem Vorjahr um gut 1 vH zu. Der geringe Anstieg der verfügbaren Einkommen wirkte hier dämpfend. Zudem waren die Verbraucher in den meisten Ländern kaum bereit, deutlich weniger zu sparen; die unsicheren Beschäftigungsaussichten mögen hier eine Rolle gespielt haben. Im Jahresverlauf besserte sich das Verbrauchervertrauen in den meisten Ländern der Europäischen Union, und in Dänemark, Irland und Norwegen stieg der Private Verbrauch in diesem Jahr bereits kräftiger. In Großbritannien war der Aufschwung im Jahresverlauf weniger stark als noch im letzten Jahr vom Privaten Verbrauch getragen, Steuererhöhungen zu Beginn des zweiten Quartals dürften hierbei eine Rolle gespielt haben.

Für die private Investitionstätigkeit haben sich die Bedingungen im Jahre 1994 verbessert. In Großbritannien, Irland, Dänemark, Norwegen, Finnland, Österreich und der Schweiz war die Investitionstätigkeit lebhaft. In anderen Ländern blieben die Investitionen in diesem Jahr jedoch noch zu gering, um der konjunkturellen Belebung deutliche Impulse zu geben. Aber durchweg scheint sich — bei weiter verbesserter Konjunktureinschätzung — die Investitionsbereitschaft im zweiten Halbjahr erhöht zu haben.

Das in den meisten Ländern der Europäischen Union zunächst zögerliche Investitionsverhalten vor allem bei Erweiterungsinvestitionen reflektierte die Nachwirkungen der jüngsten Rezession: Die Kapazitäts- und Produktivitätsreserven reichten aus, um zunehmende Nachfrage zu befriedigen; viele Unternehmen haben den konjunkturellen Einbruch zur Umstrukturierung genutzt und durch Reorganisation, restriktive Personalpolitik sowie strenges Kostenmanagement die Effizienz gesteigert und sind jetzt bei der Schaffung neuer Kapazitäten vorsichtig. Bis zum Herbst war der Grad der Kapazitätsauslastung in den meisten europäischen Ländern jedoch schon wieder deutlich angestiegen; in Dänemark lag er nur geringfügig unter dem Höchstwert vom Ende der achtziger Jahre. Die Investitionsbereitschaft nahm nicht zuletzt deswegen gegen Ende des Jahres zu. Vieles deutet darauf hin, daß die anfangs zurückhaltende Investitionstätigkeit in Europa nicht nur konjunkturbedingt war, sondern zu einem guten Teil auf unternehmerische Entscheidungen über zukünftige Strategien bei der Standortwahl und dem Engagement auf Zukunftsmärkten zurückzuführen ist.

19. Die westeuropäischen Notenbanken setzten den im Jahre 1992 begonnenen Kurs der Leitzinssenkungen fort und flankierten damit den Aufschwung von der monetären Seite her; sie senkten bis zur Mitte des

Jahres die Leitzinsen. Im August wurden allerdings in Schweden und in Italien, im September in Großbritannien die Notenbankzinsen angehoben. Die Zinssenkungen der Deutschen Bundesbank erleichterten es den Zentralbanken der am EWS teilnehmenden Währungen, die Zinsen zurückzunehmen, ohne die inländische Währung unter Abwertungsdruck zu setzen.

Die Leitzinssenkungen bewirkten bis zur Jahresmitte in allen Ländern ein Absinken der Geldmarktzinsen, wobei die Realzinsen wegen der rückläufigen Inflationsraten weniger stark nachgaben als die Nominalzinsen. Grundsätzlich dürften die sinkenden kurzfristigen Zinsen die konjunkturelle Erholung positiv beeinflußt haben. Die langfristigen Zinsen stiegen jedoch seit Beginn des Jahres 1994 an und hatten sich bis September um rund 2 Prozentpunkte erhöht (Schaubild 3). Mit dieser Entwicklung kam in Westeuropa die Befürchtung auf, daß die konjunkturelle Erholung frühzeitig gedämpft werden könnte. Davon war jedoch im Jahresverlauf nichts zu spüren.

Erklärt werden kann der derzeitige Zinsanstieg in Europa wohl nur durch das Zusammenspiel mehrerer Faktoren. Die stärkere Kapitalnachfrage im Zuge der konjunkturellen Erholung mag einer der Gründe sein, und der steigende Zins wäre insofern nichts anderes als ein höherer Preis für knapper gewordenes Kapital. In dieser Situation verschärft die hohe Inanspruchnahme der Kapitalmärkte durch die öffentlichen Haushalte den Zinsauftrieb noch zusätzlich. Zudem hat wohl der früher einsetzende Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten auf die Entwicklung an den europäischen Kapitalmärkten ausgestrahlt. Schließlich könnte der Anstieg der langfristigen Zinsen auch durch Inflationsängste weiter angetrieben worden sein. Diese bestimmten im Jahre 1994 in vielen Ländern die Diskussion um die Geldpolitik und deuten darauf hin, daß die anhaltende Zinssenkungsstrategie der europäischen Notenbanken der letzten zwei Jahre vielerorts als Verstoß gegen eine auf Geldwertsicherung gerichtete Politik eingeschätzt wird. Die Entwicklung am langen und am kurzen Ende des Marktes im Jahre 1994 verdeutlicht einmal mehr die Gratwanderung der Geldpolitik zwischen Konjunkturstimulierung und Geldwertstabilisierung: Positiven Impulsen durch niedrigere kurzfristige Zinsen standen mögliche dämpfende Effekte durch die nur in geringerem Maße dem Einfluß der Zentralbanken unterliegenden langfristigen Zinsen gegenüber.

Der Preisanstieg auf Verbraucherstufe in der Europäischen Union lag im Vergleich zum Vorjahr bei 3 vH, in den EFTA-Staaten mit knapp 2 vH deutlich darunter. Diese Raten sind zwar gegenüber denen früherer Phasen vergleichsweise niedrig, jedoch sind sie vom Ziel der Preisniveaustabilität noch entfernt. Innerhalb Westeuropas haben sich im Jahre 1994 die Inflationsraten sehr viel mehr angeglichen, als dies in früheren Zeiträumen der Fall war. Hieraus den Schluß zu ziehen, daß die Harmonisierung der Geldpolitik und der geldpolitischen Zielsetzungen weiter fortgeschritten sei, wäre indes voreilig, zumal der vergleichsweise geringe Preisanstieg durch die rezessionsbedingt schwache Nachfrage begünstigt wurde. Die Auswirkungen der Geldpolitik des Jahres 1994 auf die Preisentwicklung werden dagegen wegen zeitlicher Verzögerungen erst zu einem späteren Zeitpunkt deutlich werden.

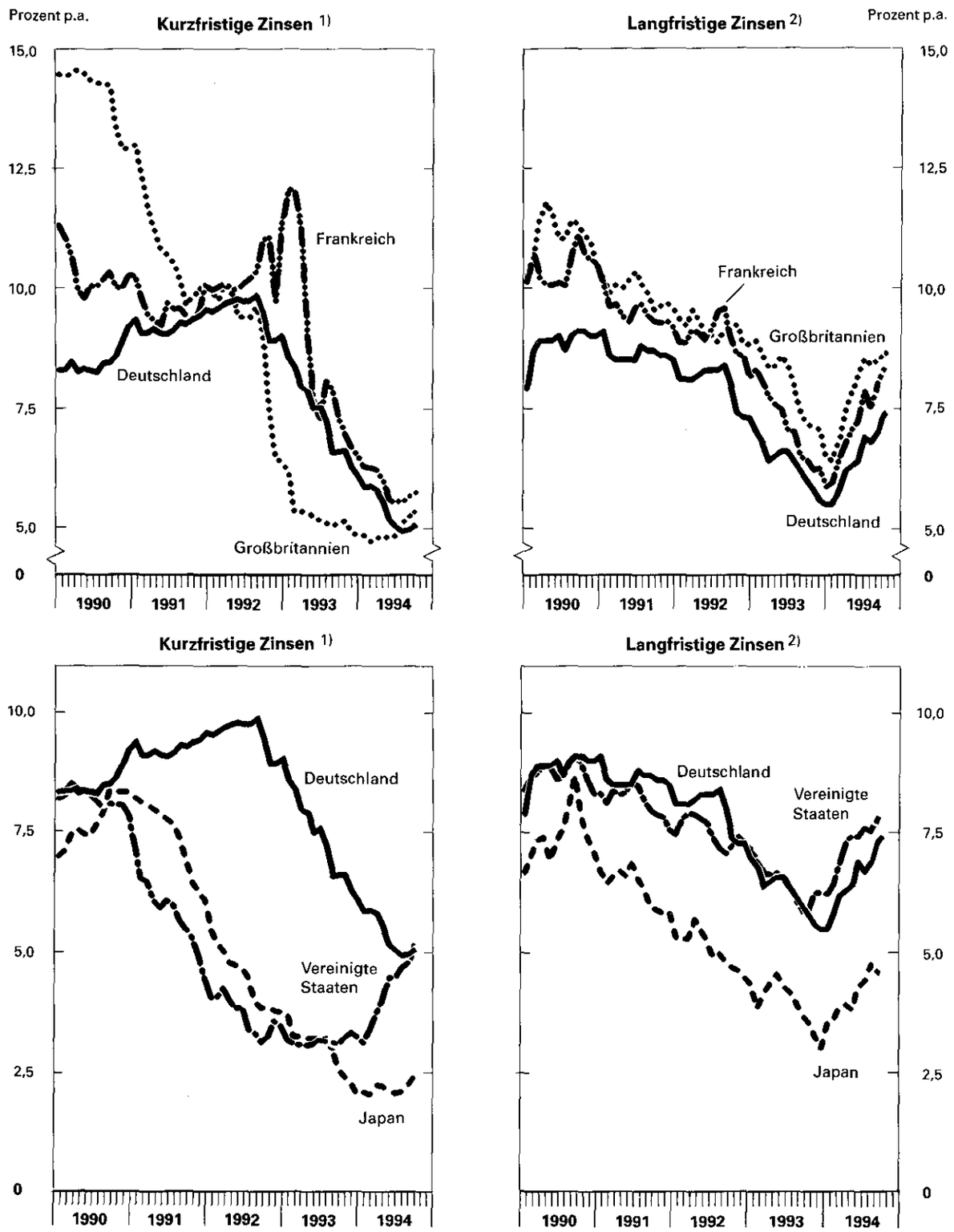
20. Mit der Erweiterung der Bandbreiten im Europäischen Währungssystem (EWS) im August letzten Jahres war die Sorge entstanden, die Teilnehmerstaaten könnten mit der größeren geldpolitischen Unabhängigkeit in nationale Egoismen zurückfallen und der Versuchung erliegen, ihre Währungen abzuwerten, um damit zumindest kurzfristig Wettbewerbsvorteile zu erlangen und so die schwache Konjunktur im eigenen Land anzuregen. Einen Abwertungswettlauf hat es aber nicht gegeben. Vielmehr waren die Wechselkursänderungen der Währungen von am EWS teilnehmenden Ländern gering (Ziffer 148). Italien und Großbritannien nahmen auch weiterhin nicht am EWS teil. Beide Länder mußten im Spätsommer dieses Jahres ihre Leitzinsen anheben, um Abwertungstendenzen entgegenzusteuern; dies mag zum einen an der nach dem Ausscheiden aus dem Wechselkurssystem deutlich expansiveren Geldpolitik gelegen haben, könnte aber zugleich ein Zeichen dafür sein, daß auf die Währungen von Ländern der Europäischen Union, die wie Pfund und Lira nicht am EWS teilnehmen, kaum eine stabilisierende Wirkung des Systems ausstrahlt.

21. Die hohen Schuldenstände und die beträchtlichen Finanzierungsdefizite in den öffentlichen Haushalten nahezu aller Länder Westeuropas scheinen in der jüngsten Rezession zu einem fiskalpolitischen Umdenken geführt zu haben. Dies zeigte sich darin, daß die Konsolidierung schon während der Rezession angegangen wurde. Die Möglichkeit, durch erhöhte staatliche Nachfrage dem Abschwung zu begegnen und der konjunkturellen Entwicklung Impulse zu geben, wurde anscheinend als sehr gering eingeschätzt. Vielmehr dürfte sich in vielen Ländern die starke Beanspruchung der Kapitalmärkte durch den Staat bremsend auf die wirtschaftliche Belebung ausgewirkt haben. Die hohe Staatsverschuldung kann die Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte verunsichert haben, zumal die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, daß in einer solchen Situation die Steuern zwecks Konsolidierung allzu schnell erhöht werden. Der Abbau der Staatsverschuldung über eine Rückführung der Staatsausgaben wurde daher — nicht nur mit Blick auf die Verschuldungskriterien des Vertrages von Maastricht — zu einer der dringendsten Aufgaben.

Obgleich vielfach erste Konsolidierungsschritte eingeleitet wurden, stieg, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, in vielen Ländern der Schuldenstand weiter an, in einigen auch das Finanzierungsdefizit. Aufgrund der zunächst nur leicht verbesserten Konjunktur standen Ausgabenkürzungen und Abgabenerhöhungen Mehrbelastungen durch weiter zunehmende Lohnersatzleistungen und Steuerausfälle gegenüber. Die für die Vertrauensbildung erhofften positiven Signale für die Wirtschaft blieben somit erst einmal aus. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß in der öffentlichen Diskussion die gesamten Finanzierungsdefizite weit stärker berücksichtigt werden als die strukturellen Defizite, die den Konsolidierungsbedarf angeben. Letztere konnten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nach Angaben der OECD in einigen

Schaubild 3

ZUR ZINSENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN



1) Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel; Monatsdurchschnitte.– 2) Rendite langfristiger Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens 4 Jahren. Monatsdurchschnitte in der Regel aus täglichen Notierungen.

Quellen: Deutsche Bundesbank, OECD

SR 94 0630

Ländern Westeuropas zurückgeführt werden. Allenthalben setzt sich in Westeuropa aber die Auffassung durch, daß energische Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geboten sind. Mit dem Zinsanstieg im Jahre 1994 ist diese Aufgabe noch dringender geworden, da so die Belastung durch steigende Zinszahlungen schnell zunimmt.

22. Auch nach der konjunkturellen Belebung des Jahres 1994 wird die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsbedingungen weiterhin anerkannt. Zwar gab es in diesem Jahr in einigen Ländern Maßnahmen, die kurzfristig angelegt waren und die Hoffnung widerspiegelten, daß es nur eines Anstoßes für die Konjunktur bedürfe, die, einmal in Gang gekommen, sich dann schon selbst tragen werde. Ein Beispiel hierfür ist die sogenannte Verschrottungsprämie, mit der die Regierungen Frankreichs und Spaniens den Neukauf von Personenkraftwagen bei gleichzeitiger Verschrottung von Altfahrzeugen honorierten. Infolge dieser Maßnahme stieg der Absatz von Personenkraftwagen in beiden Ländern tatsächlich kräftig an. Die meisten Staaten verzichteten aber, schon wegen des geringen Haushaltsspielraums, auf großangelegte diskretionäre Maßnahmen und suchten für die Wirtschaftspolitik eine langfristige Orientierung im Sinne einer Verbesserung der Rahmenbedingungen. Beispiele hierfür sind das britische Weißbuch zur Wettbewerbsförderung und die Maßnahmen der spanischen Regierung zur Flexibilisierung arbeitsrechtlicher Regelungen. Ein Zeichen für die Handlungsbereitschaft und den Willen zur Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik sind die Fortschritte, die bei dem freilich schon länger angelegten Rückzug des Staates aus der Unternehmertätigkeit erzielt werden konnten. Zwar verlaufen die Verhandlungen über die Privatisierung von Staatsunternehmen meist schleppend, aber es konnten in diesem Jahr etwa in Italien, Großbritannien, Frankreich und Dänemark doch einige Projekte vorangebracht werden.

Anhaltend kräftiger Aufschwung in Amerika

23. In den **Vereinigten Staaten** setzte sich die Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr noch einmal fort. Das reale Bruttoinlandsprodukt lag um fast 4 vH über dem Niveau des Vorjahres. Die kräftige Expansion wurde dabei insbesondere von der weiterhin hohen Investitionsbereitschaft vorangetrieben; die Unternehmen haben ihre Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr nochmals real um rund 16 vH ausgeweitet. Ein Grund hierfür waren die noch weitgehend optimistischen Konjunktureinschätzungen und die dadurch hohen Gewinnerwartungen. Auch die zunächst noch niedrigen Zinsen dürften die Unternehmen darin bestärkt haben, ihre Investitionsbudgets im nun schon dritten Aufschwungsjahr noch einmal kräftig zu erhöhen. Ein wichtiges Investitionsmotiv war wohl die Modernisierung des vorhandenen Kapitalstocks durch den Einsatz von mikroelektronisch gesteuerten Geräten. Die mit der regen Investitionstätigkeit verbundene Ausweitung des Produktionspotentials hat dazu beigetragen, daß die gestiegene Nachfrage bislang ohne eine weitere Verstärkung der Inflation befriedigt werden konnte; die Preissteigerungsrate auf Basis des Deflators des Bruttoinlandsprodukts lag mit 2 vH geringfügig unter der des Vorjahres. Um jedoch einem Anstieg der Inflation vorzubeugen, hob die amerikanische Notenbank ihren Leitzins im Jahresverlauf schrittweise an. Sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinsen stiegen im Jahre 1994 deutlich.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte haben in diesem Jahr um 3½ vH zugenommen und gaben dem Aufschwung damit auch weiterhin eine breite Basis. Nach einem Rückgang im ersten Quartal stieg die private Sparquote zur Jahresmitte leicht an. Mit rund 4 vH liegt sie jedoch im internationalen Vergleich auch weiterhin auf einem niedrigen Niveau, das die Fortdauer der Aufwärtsentwicklung letztendlich gefährden könnte; dahinter steht nämlich eine Zunahme der Verschuldung der privaten Haushalte, die bei wieder steigenden Zinsen erneut zu Problemen bei Zins- und Tilgungsleistungen führen könnte (JG 92 Ziffern 8ff.); zugleich bedeutet die niedrige Sparquote, daß für die anhaltend kräftige Nachfrage nur in unzureichendem Maße inländisches Kapital bereitgestellt wird und verstärkt auf Auslandskapital zurückgegriffen werden muß; sofern dadurch eine Tendenz zur Verteuerung der Kredite angelegt ist, könnte das die Investitionsdynamik dämpfen.

24. Als Folge der kräftigen Binnennachfrage hat sich auch die Einfuhr in die Vereinigten Staaten deutlich erhöht; im Jahresdurchschnitt dürfte der Import von Waren und Diensten real etwa 12 vH mehr als im Vorjahr betragen haben. Insbesondere Investitionsgüter und Kraftfahrzeuge wurden vermehrt aus dem Ausland bezogen. Die kräftigere Nachfrage kam dabei zwar auch den übrigen Industriestaaten zugute; besonders stark ausgeweitet wurde aber die Wareneinfuhr aus der Volksrepublik China und aus Mexiko. Stark angestiegen ist zudem die Nachfrage der Vereinigten Staaten nach Waren aus Mittel- und Osteuropa, allerdings von einem äußerst niedrigen Niveau aus. Auch Anbietern aus Westeuropa kam die Nachfrage zugute. Der Zuwachs der amerikanischen Ausfuhr blieb hingegen deutlich geringer als der Anstieg der Importe; der Export von Waren und Diensten stieg gegenüber dem Vorjahr real um rund 8 vH an. Hierin spiegelte sich zum einen die bessere preisliche Wettbewerbsposition amerikanischer Anbieter als Folge des gesunkenen Dollarkurses, zum anderen die allmählich sich verbessernde Konjunkturlage in den übrigen Industrieländern wider.

25. Zügig setzte sich auch die Erholung in der **kanadischen Wirtschaft** fort, wo das Bruttoinlandsprodukt um rund 4 vH über dem des Vorjahres lag. Zu dieser Verbesserung trug insbesondere die steigende Ausfuhr bei, die wesentliche Impulse von der starken Nachfrage aus den Vereinigten Staaten erhielt. Über 80 vH der kanadischen Ausfuhr gehen in die Vereinigten Staaten, und die kanadischen Exporteure konnten die kräftige Nachfrage besonders intensiv nutzen, weil die eigene Währung gegenüber dem US-Dollar abwertete und viele Unternehmen aus einem schon seit längerer Zeit andauernden Rationalisierungs- und Umstrukturierungsprozeß deutlich wettbewerbsfähiger hervorgegangen sind. Unterstützend wirkte

auch die zusehends dynamischere Inlandsnachfrage in Kanada, wobei hier insbesondere die gewerblichen Investitionen zugenommen haben. Auch der Private Verbrauch belebte sich und trug zur Stützung des Aufschwungs bei. Die Produktion nahm im Jahresverlauf deutlich zu, so daß im Herbst die Auslastung der Produktionskapazitäten in der Industrie bei über 80 vH lag. In einigen Bereichen, etwa in der Chemie, in der Holzverarbeitung, in der Öl- und Gasförderung und im Bergbau wurden Auslastungsgrade von über 90 vH erreicht. Seit Beginn des Jahres steigen zwar die Erzeugerpreise an, bislang blieb die Preissteigerung auf Verbraucherstufe mit knapp 1 vH gegenüber dem Vorjahr jedoch moderat, und im zweiten Quartal lag das Preisniveau um 0,2 vH unter dem Vorjahresstand. Sorge bereitete hingegen der Anstieg der kurzfristigen und der langfristigen Zinsen, weil hierdurch die Erholung schnell an Schwung verlieren könnte und die Entwicklung zudem durch einen schnelleren Anstieg der Zinsen als in den Vereinigten Staaten geprägt war. Hierin spiegeln sich, ebenso wie in der Schwäche des kanadischen Dollar, insbesondere zwei Probleme wider, die die kanadische Wirtschaft derzeit nachhaltig belasten. Das eine ist die hohe öffentliche Verschuldung — der Schuldenstand hat 95 vH und das Finanzierungsdefizit rund 6 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erreicht —, das andere liegt in der politischen Unsicherheit hinsichtlich des Fortbestehens der kanadischen Föderation; der jüngste Wahlausgang hat den separatistischen Kräften in der Provinz Quebec Auftrieb gegeben.

26. Weiterhin auf Wachstumskurs befinden sich zahlreiche Staaten **Lateinamerikas**. Das für diese Region zusammengefaßte Bruttoinlandsprodukt stieg real um rund 3½ vH gegenüber dem Vorjahr an. Damit ist das Wachstum immer noch beträchtlich, zeigte aber zugleich nach einer in manchen Ländern zur Überhitzung tendierenden Entwicklung in den Vorjahren jetzt eine etwas geringere Dynamik. Wichtig für die lateinamerikanischen Volkswirtschaften war der Außenhandel. Die Gründung beziehungsweise Vertiefung regionaler Freihandelszonen stimulierte den intraregionalen Handel. Aber auch der Warenaustausch mit anderen Weltregionen steigt seit Beginn der neunziger Jahre beträchtlich. Investitionsgüter, die zur Schaffung eines wettbewerbsfähigen Produktionspotentials benötigt werden, wurden überwiegend von Anbietern aus den Industrieländern oder den fernöstlichen Schwellenländern bezogen. Das hat dazu beigetragen, daß auch in diesem Jahr in Lateinamerika die Importe stärker stiegen als die Exporte.

Die deutsche Exportwirtschaft, die traditionell stark in dieser Region vertreten war, hat hier in den letzten Jahren Marktanteile eingebüßt, und dies obgleich gerade solche Güter intensiv nachgefragt wurden, die im deutschen Angebotssortiment ein großes Gewicht haben, wie Erzeugnisse des Maschinenbaus und des Fahrzeugbaus. Der Anteil deutscher Waren an den Gesamtimporten der lateinamerikanischen Länder ging zwischen 1990 und 1993 von 6,4 vH auf 5,3 vH zurück. Dem standen Marktanteilsgewinne insbesondere der Anbieter aus Ostasien gegenüber. Neben preislichen Wettbewerbsvorteilen mag hierzu insbesondere eine aktive Strategie der Markterschließung beigetragen haben. Die für deutsche Exporteure im Jahre 1993 wichtigsten Staaten Lateinamerikas — Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko — zählen zu den Ländern dieser Region, die in den letzten Jahren ihre Industrieproduktion beträchtlich ausbauen konnten und bei der Umsetzung von wirtschaftspolitischen Reformen recht weit vorangeschritten sind. Darüber hinaus zeigen die weitgehend konsequente Orientierung am marktwirtschaftlichen Kurs und die erzielten Erfolge bei einer Rückführung der Inflationsraten — Brasilien stellt hierbei eine Ausnahme dar — eine langfristige Perspektive für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung auf.

Der Zustrom von Direktinvestitionen nach Lateinamerika wurde in den letzten Jahren immer intensiver; im Jahre 1993 hatte sich der Anteil an den weltweiten Direktinvestitionen gegenüber dem Jahr 1989 nahezu verdreifacht. Unternehmen aus den Industrieländern engagieren sich verstärkt in Lateinamerika, zum einen um Kostenvorteile bei der Produktion zu nutzen, zum anderen wohl auch, um sich langfristig eine Stellung in der als dynamischer Wachstumsmarkt eingestuften Region zu sichern. Die deutschen Direktinvestitionen in diesen Ländern blieben indes hinter dem Engagement von Unternehmen aus anderen Staaten zurück und zeigen sogar eine sinkende Tendenz. Nicht einmal 1 vH der gesamten deutschen Direktinvestitionen floß 1993 nach Lateinamerika; 1989 lag der Anteil noch bei 2,6 vH. Der Grund hierfür dürfte vor allem darin liegen, daß für deutsche Unternehmen Standorte in Mittel- und Osteuropa größere Attraktivität aufweisen und deshalb die deutschen Direktinvestitionen verstärkt dorthin fließen.

Asien: Leichte Belebung in Japan — anhaltende Dynamik in den Schwellenländern

27. In **Japan** wurde der Tiefpunkt der Rezession erst im Verlauf dieses Jahres durchschritten. Im Jahresdurchschnitt lag das reale Bruttoinlandsprodukt nur um knapp 1 vH über dem Vorjahresniveau. Die Industrieproduktion nahm von Juli 1993 bis Juli 1994 um 0,6 vH zu. Indes blieb die wirtschaftliche Entwicklung das ganze Jahr über labil und mit Unsicherheit behaftet. Erst im Herbst deutete sich eine stärkere Belebung der Konjunktur an. Jedoch erhöhte sich der Private Verbrauch gegenüber dem Vorjahr kräftiger; anscheinend haben die konjunkturpolitischen Stimulierungsbemühungen der japanischen Regierung in diesem Jahr erstmals eine Wirkung gezeigt. Im Frühjahr wurde — nach ähnlichen Programmen in den Jahren 1992 und 1993 — ein weiteres Paket expansiver finanzpolitischer Maßnahmen beschlossen. Neben zusätzlichen öffentlichen Investitionsausgaben wurde erstmals die Einkommensteuer befristet gesenkt, um den Privaten Verbrauch anzukurbeln. Als Folge dieser Maßnahmen wies der öffentliche Haushalt zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder ein höheres Defizit aus, dieses betrug rund 2 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die japanische Notenbank mag durch den niedrigen Leitzins — bis Oktober lag er unverändert bei 1,75 % — die konjunkturelle Trendwende unterstützt haben. Aber auch in Japan steigen die langfristigen Zinsen bereits seit Beginn des Jahres wieder an.

Schwach blieb im Jahre 1994 die private Investitionsneigung. Nach dem Investitionsboom der zweiten Hälfte der achtziger Jahre haben die japanischen Unternehmen ihre Investitionsausgaben im dritten Jahr in Folge weiter reduziert; die Ausrüstungsinvestitionen nahmen — im Durchschnitt des Jahres — preisbereinigt um 7 vH ab. Etwas verbessert zeigte sich die Situation der Investitionen im privaten Wohnungsbau, mit einem Anstieg um 8½ vH gegenüber dem Vorjahr. Expansive Impulse durch den Außenhandel blieben in diesem Jahr aus. Die Ausfuhr nahm real nur wenig — um rund 4 vH — zu, was vor allem auf die Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen zurückzuführen ist; von September 1993 bis September 1994 erhöhte sich der gewogene Außenwert des Yen um 4,4 vH. Die Wechselkursentwicklung verstärkte zudem die Nachfrage japanischer Käufer nach ausländischen Waren und Diensten. In erster Linie kam dies den ostasiatischen Staaten — insbesondere China —, daneben aber auch Anbietern aus den Vereinigten Staaten zugute. Allerdings verringerte sich trotz dieser kräftigen Zunahme der Importnachfrage der Handelsbilanzüberschuß Japans nur wenig. In Dollar gerechnet, betrug dieser im vergangenen Jahr rund 141,4 Mrd US-Dollar, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt 3,3 vH. Ein großer Teil dieses Überschusses ergibt sich aus dem Güteraustausch mit den Vereinigten Staaten (Tabelle 3).

Tabelle 3

Entwicklung der japanischen Handelsbilanz und Leistungsbilanz

Jahr	Insgesamt		Gegenüber den Vereinigten Staaten
	Mrd US-Dollar	vH [1]	Mrd US-Dollar
	Saldo der Handelsbilanz [2]		
1985	56,0	*4,1*	46,7
1986	92,8	*4,6*	54,3
1987	96,4	*4,0*	61,3
1988	95,0	*3,2*	48,5
1989	76,9	*2,7*	43,1
1990	63,5	*2,1*	40,7
1991	103,0	*3,1*	41,0
1992	132,3	*3,6*	44,1
1993	141,4	*3,3*	49,8
	Saldo der Leistungsbilanz		
1985	49,2	*3,6*	x
1986	85,8	*4,3*	x
1987	87,0	*3,6*	x
1988	79,6	*2,7*	x
1989	57,2	*2,0*	x
1990	35,8	*1,2*	x
1991	72,9	*2,2*	x
1992	117,6	*3,2*	x
1993	131,4	*3,1*	x

[1] In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.
[2] Ausfuhr und Einfuhr: fob.

Quelle: OECD, nationale Veröffentlichungen

28. Die Konjunkturschwäche der letzten Jahre hat auch in Japan das Bewußtsein für Standortprobleme geschärft und die Notwendigkeit für wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft erhöht. Wichtig für deutsche Unternehmen ist die Erleichterung des Marktzutritts für ausländische Anbieter auf den Gütermärkten. Hierzu sollen insbesondere die bestehenden Standards und Normen an international übliche Definitionen angepaßt werden. Geplant ist auch, bei einigen Produktgruppen (Nahrungsmittel, pharmazeutische und medizinische Produkte, Kraftfahrzeuge) auf eigene Zulassungsprüfungen zu verzichten und statt dessen Zulassungsbescheide des Ursprungslandes anzuerkennen. Überdies wird eine stärkere Öffnung des Großhandelssystems angestrebt, um ausländischen Anbietern neue Absatzwege zu erschließen. Durch die vorgesehenen Liberalisierungsmaßnahmen im finanziellen Sektor soll es japanischen Unternehmen erleichtert werden, das für eine Expansion in neue Geschäftsfelder benötigte Kapital aufzunehmen. Bezweckt ist überdies eine Stärkung des Finanzplatzes Japan. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine Lockerung der bestehenden Zinsvorschriften und die Zulassung neuer Finanzierungsinstrumente geplant. Darüber hinaus sollen der japanische Versicherungsmarkt geöffnet und die bestehenden Anmelde- und Genehmigungsverfahren für grenzüberschreitende finanzielle Transaktionen erleichtert werden.

29. In den **ostasiatischen Schwellenländern** setzte sich die dynamische Expansion von Nachfrage und Produktion auch in diesem Jahr fort. Das zusammengefaßte Bruttoinlandsprodukt dieser Länder — hierzu zählen Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Thailand und Malaysia — stieg um etwa 7 vH. Auch in China expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion kräftig. Südostasien blieb damit auch in diesem Jahr die Region mit dem weltweit höchsten Wachstum. Vorangetrieben wurde die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern in erster Linie durch die Investitionstätigkeit; insbesondere ausländische Unternehmen nutzten verstärkt die günstigen Produktionsbedingungen in dieser Region. Oftmals steht aber auch noch ein anderes Motiv unmittelbar hinter dieser Unternehmensstrategie; so setzen beispielsweise japanische Unternehmen über 50 vH der in den asiatischen Nachbarländern produzierten Waren auch dort ab. Die Präsenz deutscher Hersteller in diesen Ländern ist demgegenüber noch immer gering. In letzter Zeit setzte sich in dieser Hinsicht freilich ein Bewußtseinswandel durch; viele Unternehmen halten es gerade wegen der zunehmenden Bedeutung der Region als Absatzmarkt für erforderlich, ihre Aktivitäten dort auszudehnen. Bei kräftig steigenden Importen haben die ostasiatischen Schwellenländer — wie schon im Jahr zuvor — der Konjunkturentwicklung in den Industriestaaten expansive Impulse gegeben. Insbesondere der Import Chinas stieg auch 1994 weiter an. Zu beachten ist jedoch, daß Anbieter aus den ostasiatischen Ländern zunehmend in Wettbewerb zu Produzenten aus den Industriestaaten treten. Der Weltmarktanteil der Schwellenländer dieser Region hat sich im Zuge einer geradezu stürmischen Expansion der Ausfuhr in den

letzten Jahren deutlich erhöht. Dies wird nicht ohne Folgen für den Strukturwandel in den europäischen Staaten bleiben.

Weiterhin unterschiedliche Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa

30. Die Entwicklung in den Reformländern Mittel- und Osteuropas verlief in diesem Jahr weiterhin sehr differenziert (Tabelle 4). Die **Visegrád-Staaten** — Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik und Ungarn — zeigten eine im Vergleich zu anderen Reformstaaten günstigere Entwicklung. Zu diesem Schluß kann man trotz der immer noch unsicheren Datenbasis kommen. Den kräftigsten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts verzeichnete Polen mit real 4 vH; in der Tschechischen Republik stieg das Bruttoinlandsprodukt um rund 2 vH und in Ungarn um etwa 1½ vH an. In der Slowakischen Republik gab es erste Stabilisierungserfolge, so daß das Bruttoinlandsprodukt nicht weiter zurückging. Die Produktion entwickelte sich sowohl nach Ländern als auch nach Sektoren uneinheitlich. Während im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor mehr produziert wurde, ging der Absatz von Agrarprodukten zurück.

Die Entwicklung der Importe der Europäischen Union aus Polen, der ehemaligen Tschechoslowakei und Ungarn zeigt, daß diese Länder bei der Produktion von Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen sowie bei verschiedenen Fertigwaren an Bedeutung gewonnen haben. Der Anteil der Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen ging dagegen zurück (Tabelle 5). Deutschland wies im Jahre 1993 gegenüber Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn einen Überschuß in der Handelsbilanz aus, gegenüber der Slo-

Tabelle 4

Wirtschaftsdaten für ausgewählte Länder Mittel- und Osteuropas

	Polen	Tschechoslowakei Tschechische/ Slowakische Republik [1]	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Rußland
Bruttoinlandsprodukt, real (vH) [2]						
1991	– 7,6	–16,0	–11,9	–12,9	–11,7	–12,9
1992	1,5	– 7,0	– 4,5	–13,5	– 7,7	–19,0
1993	4,0	–0,3/–4,1	– 2,3	1,0	– 4,0	–12,0
1994 [3]	4	2/0	1½	0	– 1	–15
Industrieproduktion, brutto (vH) [2]						
1991	–11,9	–21,2	–21,5	–19,6	–21,7	– 8,0
1992	4,2	–13,8	– 9,7	–21,8	–15,9	–18,0
1993	5,6	–9,0/–15,9	4,0	1,1	– 7,0	–16,2
1994 [3]	7	1/4	7	– 1	– 2	–12
Verbraucherpreise (vH) [2]						
1991	60,4	58,0	35,0	344,5	329,0	91,0
1992	45,3	11,0	23,0	210,4	79,5	2 508,8
1993	36,9	20,8/23,2	22,5	256,1	73,0	839,9
1994 [3]	30	10/15	20	180	80	300
Staatshaushalt, Saldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vH)						
1991	– 3,5	– 1,1	– 4,1	2,1	– 4,1	–20,0
1992	– 6,0 [a] [b]	– 1,5	– 6,7	– 5,5	– 5,7 [a]	–15,0
1993	– 2,8 [a] [b]	0,0/–6,8	– 5,5	– 2,0	–11,0 [a]	–10,5
1994 [3]	– 4	0/–5	– 7	– 3½	– 7	–10
Leistungsbilanzsaldo (Mrd US-Dollar)						
1991	– 1,4	0,4	0,3	– 1,2	– 0,9	4,1
1992	– 0,3	1,5	0,3	– 1,5	– 0,7	– 4,0
1993	– 2,3	0,6/–0,7	– 3,5	– 1,3	– 1,4	6,0
1994 [3]	0	½/–½	– 3	– 1	0	– 3½

[1] Angaben beziehen sich auf die mit Ablauf des 31. Dezember 1992 aufgelöste Tschechoslowakei, ab 1. Januar 1993 Tschechische Republik und Slowakische Republik.
[2] Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[3] Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler und nationaler Institutionen.
[a] Kassenstatistik; ohne aufgelaufene Zinszahlungen für Auslandsschulden.
[b] Staatshaushalt ohne kommunale Haushalte.

Quellen: IWF, OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 5

Zur Struktur der Einfuhr der Europäischen Gemeinschaft aus ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern

Anteil in vH[1])

Warengruppe	SITC-Nummer[2])	Polen			Tschechoslowakei			Ungarn		
		1989	1991	1992	1989	1991	1992	1989	1991	1992
Einfuhr, insgesamt	0 bis 9	100	100	100	100	100	100	100	100	100
nachrichtlich: in Mio US-Dollar		4 289,0	7 694,0	9 070,1	2 828,6	5 034,2	7 082,3	2 878,4	4 564,4	5 055,3
Nahrungsmittel, lebende Tiere, Getränke und Tabak	0 und 1	20,1	16,1	11,5	8,5	5,7	4,2	25,9	22,9	16,7
Rohstoffe	2	11,0	8,1	8,7	12,5	7,8	7,5	8,4	7,0	6,5
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel, tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	3 und 4	12,2	9,8	8,1	7,8	4,3	3,2	3,8	2,8	1,9
Chemische Erzeugnisse	5	6,7	9,0	7,1	11,6	11,3	8,8	10,0	9,6	9,9
Bearbeitete Waren	6	22,5	24,6	26,8	30,7	31,6	33,9	17,9	16,6	17,0
darunter:										
Leder, Lederwaren und zugerichtete Pelzfelle, Garne, Gewebe und andere Spinnstofferzeugnisse	61 und 65	1,8	2,3	2,5	6,4	5,9	5,7	3,6	3,3	3,0
Korb- und Holzwaren (ohne Möbel), Papier und Pappe, Papierhalbstoffwaren	63 und 64	2,2	3,5	4,0	3,4	3,7	4,0	1,5	1,6	1,7
Eisen und Stahl, NE-Metalle, andere Metallwaren	67 bis 69	16,0	15,2	16,6	14,5	14,3	15,8	9,8	8,4	9,1
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	7	11,9	10,9	13,3	13,9	20,8	21,1	12,6	16,9	19,9
darunter:										
Kraftmaschinen und -ausrüstungen, Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke, Metallbearbeitungsmaschinen, Maschinen, Apparate usw. für verschiedene Zwecke	71 bis 74	4,0	4,6	4,2	7,8	9,2	7,9	6,1	8,0	7,6
Büromaschinen, automatische Datenverarbeitungsmaschinen	75	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,4	0,1	0,2	0,6
Geräte für Nachrichtenübermittlung	76	0,7	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	1,1	0,9	0,8
Straßenfahrzeuge (einschließlich Luftkissenfahrzeuge) und andere Beförderungsmittel	78 und 79	4,5	2,7	5,6	4,5	8,5	8,6	1,0	2,1	3,2
Verschiedene Fertigwaren	8	14,9	20,9	23,5	13,3	17,1	19,8	20,0	23,1	27,0
darunter:										
Möbel und Teile	82	3,0	4,4	5,1	2,2	2,5	3,3	2,0	2,3	2,7
Bekleidung und Bekleidungszubehör, Schuhe	84 und 85	10,2	14,2	16,0	6,3	9,2	10,4	14,7	16,7	19,6
Waren und -verkehrsvorgänge[3])	9	0,9	0,8	0,9	1,7	1,4	1,5	1,4	1,0	1,1

[1]) Errechnet aus Angaben in US-Dollar.
[2]) Systematik des Internationalen Warenverzeichnisses (SITC Rev. 3).
[3]) Soweit anderweitig nicht erfaßt.

Quelle für Grundzahlen: OECD

wakischen Republik ein geringfügiges Defizit. Dabei war die Entwicklung für die Ausfuhr Westdeutschlands durch einen Zuwachs, die für die Ausfuhr Ostdeutschlands durch ein weiteres Absinken gekennzeichnet (Tabelle 6). Auch 1994 blieb Deutschland für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn der wichtigste Handelspartner; für die Slowakische Republik ist der Handel mit Deutschland ebenfalls von großer Bedeutung, jedoch ist der Warenaustausch mit der Tschechischen Republik um einiges intensiver. Neben den Absatzmöglichkeiten, die die neuen Märkte bieten, tritt mit der positiven Entwicklung in den Visegrád-Ländern zunehmend ihre Rolle als Konkurrenten im Standortwettbewerb um das international mobile Kapital in den Vordergrund. Ausländische Direktinvestitionen bleiben eine wichtige Quelle für den weiteren Aufbau der Wirtschaft der Reformländer. Bereits rund 10 vH der deutschen Direktinvestitionen gingen 1993 in diese Länder, wobei das Engagement in Ungarn, der Tschechischen Republik und Polen besonders hoch ist (Tabelle 7). Mit den deutlichen Fortschritten im Reformprozeß in den Visegrád-Ländern schwinden auch die Risiken, die bislang manchen potentiellen Investor ferngehalten haben mögen.

31. Im Gegensatz zu der Entwicklung in den Visegrád-Ländern setzte sich die Abwärtstendenz in **Rußland** auch im Jahre 1994 fort. Das gleiche gilt für die übrigen GUS-Staaten. Die politische und wirtschaftliche Unsicherheit in Rußland wirkte negativ auf die gesamte wirtschaftliche Aktivität; die Produktion schrumpfte um 12 vH. Die Inflationsrate verminderte sich zwar, blieb jedoch mit 300 vH dramatisch hoch. Wegen der politischen Instabilität ist in Frage gestellt, inwieweit Konzeptionen und Regelungen zur weiteren Systemtransformation umgesetzt werden können. Kurz- und mittelfristig bleibt daher die Entwicklung dort sehr ungewiß, wodurch es schwer ist, das für den Aufbau der Wirtschaft wichtige Kapital, etwa in Form von Direktinvestitionen, anzulocken. Westdeutschland konnte 1993 die Exporte in die ehemalige Sowjetunion steigern, die neuen Bundesländer mußten jedoch einen weiteren Rückgang ihrer Ausfuhr dorthin verzeichnen (Tabelle 6).

Eine wichtige Neuerung für die Exportbedingungen nach Rußland stellt die zum 1. Juli 1994 in Kraft getretene Hermes-Entgeltreform dar. Das Entgelt für die Absicherung von Auslandsgeschäften wird nach fünf Länderkategorien, entsprechend den übernommenen Länderrisiken gestaffelt, also stärker am Versicherungsprinzip orientiert. Damit verbilligt sich die Absicherung von Geschäften mit weniger risikoreichen Regionen, die Absicherung von Exporten in sehr risikoreiche Länder wird dagegen teurer. Die Entgeltreform soll zum einen dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ausfuhr nach Asien zu verbessern und zum anderen dem hohen Ausfallrisiko gerecht zu werden, das bei Warenlieferungen nach Rußland droht. Im Jahre 1993 war das durch notleidend gewordene Kredite entstandene Defizit sprunghaft auf 5,1 Mrd DM angestiegen, davon waren allein 4,5 Mrd DM durch Lieferungen nach Rußland bedingt, die jedoch auf lange Sicht im Rahmen von Umschuldungsabkommen bedient werden sollen. Im Jahre 1994 beträgt der im Rahmen des Hermes-Plafonds für Geschäfte mit Rußland vorgesehene Betrag 2,5 Mrd DM.

32. Die Ausgestaltung der Beziehungen der Europäischen Union zu den Reformländern kam in diesem Jahr durch die Unterzeichnung mehrerer Abkommen voran. Hierbei können grundsätzlich drei Modelle unterschieden werden, die den Ländern eine unterschiedlich starke Annäherung an die Europäische Union ermöglichen.

— Europa-Abkommen wurden mit Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarn, Rumänien und Bulgarien geschlossen. Sie treten an die Stelle der bis dahin gültigen Kooperationsabkommen für Handel und Wirtschaft und gehen in ihren Bestimmungen über diese hinaus. Die neuen Verträge entsprechen Assoziierungsabkommen und eröffnen den Vertragspartnern prinzipiell die Perspektive für einen späteren Beitritt zur Europäischen Union. Die Abkommen sehen für die einzelnen Länder teilweise unterschiedliche Regelungen vor; sie gelten für einen unbegrenzten Zeitraum mit einer Übergangsphase von zehn Jahren. Geregelt wird in den Übereinkommen der freie Zugang zum Europäischen Binnenmarkt für industrielle Güter, wobei allerdings für einige sensible Produkte, zum Beispiel im Textilbereich, Ausnahmen gelten. Zudem sehen sie eine partielle Marktöffnung im Agrarbereich vor. Darüber hinaus enthalten sie Regelungen für die Kooperation in der Industrie, festgesetzt werden auch die Bedingungen für die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen und Selbständigen sowie für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern. Außerdem werden die Verpflichtungen für die politische, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit und notwendige Rechtsänderungen geregelt. Für Polen und Ungarn gelten die Europa-Abkommen bereits seit Februar dieses Jahres, für die anderen Staaten sind Übergangsabkommen bindend, bis die Europa-Abkommen in Kraft treten.

— Mit den baltischen Staaten und Albanien wurden im Juli dieses Jahres sogenannte Freihandelsabkommen unterzeichnet, die am 1. Januar 1995 in Kraft treten sollen. Sie ersetzen die Handelsbestimmungen der bereits im Mai 1992 unterzeichneten Vereinbarungen für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die neuen Verträge ermöglichen für den Absatz von Industrieprodukten den freien Zugang zum Europäischen Binnenmarkt, allerdings sind Einschränkungen für sogenannte sensible Produkte beispielsweise bei Textilien vorgesehen, und auch im Agrarsektor gibt es Beschränkungen. Darüber hinaus sollen mit den baltischen Staaten Verhandlungen über Europa-Abkommen aufgenommen werden, die eine noch nähere Heranführung an die Europäische Union ermöglichen.

— Mit Rußland und anderen GUS-Staaten wurden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geschlossen, die länderspezifische Ausgestaltungen vorsehen. Ihr Geltungsbereich umfaßt die politische, handelspolitische, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit. Die Abkommen begründen keine Handelspräferenzen; die Vertragsparteien können jedoch 1998 gemeinsam prüfen, ob dann die Voraussetzungen für eine weitergehende Liberalisierung des Handels gegeben sind.

Zur Unterstützung der wirtschaftlichen Umgestaltung in den Reformländern hat die Europäische Union 1990

Tabelle 6

Außenhandel Deutschlands mit ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern

Land/Ländergruppe	1990		1991		1992		1993	
	West-	Ost-	West-	Ost-	West-	Ost-	West-	Ost-
	deutschland							
	Ausfuhr[1]) Mio DM							
Polen	4 690,7	2 944,4	7 478,6	996,8	7 708,8	524,2	9 300,9	400,7
Tschechoslowakei, Tschechische/ Slowakische Republik[2])	3 080,1	3 404,6	4 319,0	647,1	7 450,6	790,8	8 514,5	542,7
Ungarn	3 364,6	2 696,1	3 844,4	375,6	4 508,0	179,1	4 992,3	166,1
Rumänien	1 114,0	1 504,7	996,4	218,7	1 249,5	76,9	1 661,9	143,7
Bulgarien	788,4	1 412,1	663,3	130,1	806,3	66,5	833,8	71,3
Ehemalige Sowjetunion	10 360,9	17 760,7	8 634,9	9 049,0	8 360,2	5 542,3	11 036,3	4 926,6
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH							
Polen	*+ 4,9*	*– 5,5*	*+59,4*	*–66,1*	*+ 3,1*	*–47,4*	*+20,7*	*–23,6*
Tschechoslowakei, Tschechische/ Slowakische Republik[2])	*+12,6*	*–10,7*	*+40,2*	*–81,0*	*+72,5*	*+22,2*	*+14,3*	*–31,4*
Ungarn	*– 7,8*	*+ 3,8*	*+14,3*	*–86,1*	*+17,3*	*–52,3*	*+10,7*	*– 7,3*
Rumänien	*+90,8*	*+ 5,3*	*–10,6*	*–85,5*	*+25,4*	*–64,9*	*+33,0*	*+87,0*
Bulgarien	*–46,4*	*+ 3,7*	*–15,9*	*–90,8*	*+21,6*	*–48,9*	*+ 3,4*	*+ 7,1*
Ehemalige Sowjetunion	*–10,1*	*+ 7,1*	*–16,7*	*–49,1*	*– 3,2*	*–38,8*	*+32,0*	*–11,1*
	Anteil an der Gesamtausfuhr							
Polen	0,7	7,7	1,2	5,7	1,2	3,8	1,5	3,4
Tschechoslowakei, Tschechische/ Slowakische Republik[2])	0,5	8,9	0,7	3,7	1,1	5,7	1,4	4,5
Ungarn	0,5	7,1	0,6	2,2	0,7	1,3	0,8	1,4
Rumänien	0,2	4,0	0,2	1,3	0,2	0,6	0,3	1,2
Bulgarien	0,1	3,7	0,1	0,7	0,1	0,5	0,1	0,6
Ehemalige Sowjetunion	1,6	46,6	1,3	51,9	1,3	40,2	1,8	41,2
	Einfuhr[3]) Mio DM							
Polen	5 163,6	1 800,4	6 473,0	777,4	7 442,7	844,2	7 921,9	716,7
Tschechoslowakei, Tschechische/ Slowakische Republik[2])	2 703,5	1 719,8	4 383,8	714,9	6 627,0	653,5	7 251,6	675,2
Ungarn	3 254,1	1 233,4	4 019,6	257,4	4 452,7	170,7	4 390,1	136,2
Rumänien	1 116,4	406,7	1 132,2	80,6	1 225,9	28,4	1 354,9	15,0
Bulgarien	395,7	545,1	499,1	37,8	568,1	36,9	545,5	27,2
Ehemalige Sowjetunion	9 116,9	9 107,0	9 898,8	4 253,6	10 051,0	2 881,5	10 664,5	2 377,9
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH							
Polen	*+44,2*	*–38,8*	*+25,4*	*–56,8*	*+15,0*	*+ 8,6*	*+ 6,4*	*–15,1*
Tschechoslowakei, Tschechische/ Slowakische Republik[2])	*+ 8,4*	*–45,0*	*+62,2*	*–58,4*	*+51,2*	*– 8,6*	*+ 9,4*	*+ 3,3*
Ungarn	*+21,1*	*–47,6*	*+23,5*	*–79,1*	*+10,8*	*–33,7*	*– 1,4*	*–20,3*
Rumänien	*–27,5*	*–69,4*	*+ 1,4*	*–80,2*	*+ 8,3*	*–64,8*	*+10,5*	*–47,1*
Bulgarien	*+21,1*	*–56,3*	*+26,1*	*–93,1*	*+13,8*	*– 2,4*	*– 4,0*	*–26,4*
Ehemalige Sowjetunion	*+ 6,6*	*–39,5*	*+ 8,6*	*–53,3*	*+ 1,5*	*–32,3*	*+ 6,1*	*–17,5*
	Anteil an der Gesamteinfuhr							
Polen	0,9	7,9	1,0	7,2	1,2	8,8	1,4	8,2
Tschechoslowakei, Tschechische/ Slowakische Republik[2])	0,5	7,5	0,7	6,6	1,1	6,8	1,3	7,7
Ungarn	0,6	5,4	0,6	2,4	0,7	1,8	0,8	1,6
Rumänien	0,2	1,8	0,2	0,7	0,2	0,3	0,2	0,2
Bulgarien	0,1	2,4	0,1	0,3	0,1	0,4	0,1	0,3
Ehemalige Sowjetunion	1,7	39,9	1,6	39,2	1,6	30,0	1,9	27,3

[1]) Spezialhandel nach Bestimmungsländern.
[2]) Angaben beziehen sich auf die mit Ablauf des 31. Dezember 1992 aufgelöste Tschechoslowakei, ab 1. Januar 1993 auf die Tschechische Republik und Slowakische Republik.
[3]) Spezialhandel nach Ursprungsländern.

Tabelle 7

Deutsche Direktinvestitionen in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas[1])

Mio DM

Ländergruppe/Land	1989	1990	1991	1992	1993	1994 1. Hj.	1989 bis 1994 insgesamt	1989 bis 1994 Anteile in vH
Polen	3	6	63	164	326	168	730	*11,9*
Tschechoslowakei[2])	–1	2	800	561	—	—		
Tschechische Republik	—	—	—	—	664	347	2 485	*40,7*
Slowakische Republik	—	—	—	—	89	23		
Ungarn	71	203	409	833	709	397	2 622	*42,9*
Rumänien	0	–4	1	11	6	7	21	*0,3*
Bulgarien	4	11	16	4	5	7	47	*0,8*
Länder der ehemaligen Sowjetunion	32	33	–83	18	54	142	196	*3,2*
darunter: Rußland	—	—	—	9 [a])	31	83	X	X
Zusammen	109	250	1 209	1 593	1 854	1 094	6 109	*100*

[1]) Saldo von Neuanlagen und Liquidationen. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Angaben beziehen sich auf die mit Ablauf des 31. Dezember 1992 aufgelöste Tschechoslowakei, ab 1. Januar 1993 auf die Tschechische Republik und Slowakische Republik.
[a]) Ab Mai 1992.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

das PHARE-Programm und das TACIS-Programm eingerichtet. Das PHARE-Programm (Poland and Hungary Action for Restructuring of the Economy) gewährt nicht nur den Regierungen Polens und Ungarns, sondern auch denen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik sowie Rumäniens, Bulgariens, der baltischen Staaten, Albaniens und Sloweniens technische und finanzielle Hilfe. Zwischen 1990 und 1993 wurden rund 3,3 Mrd ECU im Rahmen dieses Programms bereitgestellt, für dieses Jahr war ein Budget von knapp 1 Mrd ECU veranschlagt. Das TACIS-Programm (Technical Assistance to the Community of Independent States) bietet analog zum PHARE-Programm den GUS-Staaten technische Unterstützung. Seit 1990 wurden rund 1,4 Mrd ECU bereitgestellt. Für 1994 war ein Jahresbudget von gut ½ Mrd ECU geplant. Neben diesen Programmen unterstützt die Europäische Union Investitionsvorhaben in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Slowenien und Albanien durch Darlehen der Europäischen Investitionsbank, die zu günstigen Konditionen vergeben werden.

Tabelle 8

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
1993	**Internationale Ereignisse**
15. Dezember	Nach dem erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde, die im September 1986 begonnen hatte, erklären sich 117 Länder formell bereit, die Übereinkommen ihren Regierungen zur Ratifizierung vorzulegen.
1994	
1. Januar	Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), das 365 Millionen Menschen zu einer freien Handelszone zusammenfaßt, und die Nordamerikanischen Abkommen über Zusammenarbeit in den Bereichen Arbeit und Umwelt treten in Kraft.
31. März	Das Koordinationskomitee für multilaterale Exportkontrollen (COCOM) wird aufgelöst. Seit 1949 diente es dazu, die Ausfuhr militärisch sensibler Güter in die kommunistischen Länder zu verhindern. An einer Nachfolgeinstitution wollen sich neben den 17 Mitgliedsländern des COCOM auch Österreich, Finnland, Irland, Neuseeland und Schweden beteiligen.
15. April	Die Außenhandelsminister von 125 Staaten unterzeichnen die Schlußakte der Uruguay-Runde, das Marrakesch-Abkommen, und beschließen die Gründung einer Welthandelsorganisation (WTO).

noch Tabelle 8

Datum	
noch 1993	noch Internationale Ereignisse
18. Mai	Mexiko wird als 25. Staat Mitglied der OECD.
8. Juni	Auf ihrer jährlichen Tagung befürworten die Minister der OECD-Mitgliedstaaten den Antrag Südkoreas auf eine Mitgliedschaft in der OECD von 1997 an.
9. Juli	Die sieben führenden Industrieländer (G 7) beschließen auf ihrer 20. Jahrestagung unter anderem einen 7-Punkte-Plan zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Grundlage für diesen Plan sind Vorschläge der OECD. Darüber hinaus bekräftigen sie den Willen, die Schlußakte der Uruguay-Runde des GATT zu ratifizieren und die Welthandelsorganisation zum 1. Januar 1995 zu gründen.
5. August	Die Präsidenten der vier Mercosur-Länder (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) unterzeichnen den Vertrag zur Schaffung einer Verbrauchergemeinschaft vom 1. Januar 1995 an.
1993	**Vereinigte Staaten**
23. November	Das Schatzamt stellt den Antrag, eine unabhängige föderale Kommission zur Bankenaufsicht zu gründen. Dieses Gremium soll die bislang auf vier nationale Institutionen verteilte Aufgabe der Bankenaufsicht in einer Institution zusammenführen.
1994	
3. Februar	Die Behörden der Vereinigten Staaten heben das Handelsembargo gegen Vietnam auf. Das Embargo war 1964 gegen Nordvietnam verhängt worden und 1975 auf das ganze Land ausgedehnt worden.
4. Februar	Die Notenbank beschließt, die Geldpolitik zu straffen und die einem Leitzins entsprechende Federal Funds Rate von 3 % auf 3,25 % anzuheben; dies ist die erste Zinserhöhung seit Februar 1989.
7. Februar	Der Präsident stellt das Haushaltsbudget für das Haushaltsjahr 1994/95 (beginnend am 1. Oktober) vor. Danach sollen die Gesamtausgaben um 2,3 vH steigen, das Defizit soll von 235 Mrd US-Dollar (3,5 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Haushalt 1994 auf 176 Mrd US-Dollar (2,4 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahre 1995 sinken. Bis 1999 soll das Defizit leicht ansteigen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aber weitgehend konstant bleiben.
22. März	Die Notenbank beschließt eine weitere Anhebung der Federal Funds Rate um einen viertel Prozentpunkt auf 3,5 %.
18. April	Die Notenbank hebt die Federal Funds Rate von 3,5 % auf 3,75 %.
4. Mai	Unter der Führung der US-Behörden intervenieren 17 Notenbanken gemeinsam zur Stützung des US-Dollar, um ein weiteres Absinken der amerikanischen Währung insbesondere gegenüber der D-Mark und dem Yen zu verhindern.
17. Mai	Die Notenbank hebt den Diskontsatz von 3 % auf 3,5 % und die Federal Funds Rate auf 4,25 % an, die wichtigsten Banken heben ihren Kreditzins auf 7,25 % an.
26. Mai	Der Präsident verlängert die Meistbegünstigung im Handel mit China ohne Berücksichtigung der Bedenken hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte in der Volksrepublik. Jedoch wird die Einfuhr von Waffen und Munition, die zuletzt etwas weniger als 1 vH der chinesischen Exporte in die Vereinigten Staaten ausmachte, unterbunden.
24. Juni	In einer gemeinsamen Aktion intervenieren 17 Zentralbanken erneut zur Stützung des US-Dollar.
16. August	Die Notenbank hebt den Diskontsatz von 3,5 % auf 4 % und die Federal Funds Rate auf 4,75 % an, wichtige Banken heben daraufhin ihren Kreditzins auf 7,75 % an.
1993	**Japan**
17. Dezember	Das Arbeitsministerium legt einen Plan zur Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen mit einem veranschlagten Umfang von 326 Mrd Yen vor. Insbesondere sind Maßnahmen vorgesehen, um die Beschäftigung von Personen im Alter ab 45 Jahren zu fördern. Unternehmen sollen aus einem neu einzurichtenden Fonds Zahlungen erhalten, wenn sie ältere Arbeitnehmer einstellen. Zudem sollen solche Unternehmen leichter und in einem höheren Umfang staatliche Unterstützung beantragen können. Das Programm soll schrittweise vom 1. Januar 1994 an umgesetzt werden.
1994	
18. Januar	Auf Betreiben der USA hat die japanische Regierung ein Programm verabschiedet, um große öffentliche Bauaufträge vom 1. April an auch ausländischen Bietern zugänglich zu machen. Der Plan sieht ein öffentliches Ausschreibungssystem für Bauprojekte der Regierung ab einer gewissen Größenordnung vor sowie mehr Transparenz bei den Vorschriften über öffentliche Ausschreibungen und Maßnahmen zur Vermeidung von Mißbrauch.

noch Tabelle 8

Datum	
noch 1994	noch Japan
8. Februar	Die Regierung kündigt ein weiteres Maßnahmenpaket zur Stimulierung der Wirtschaft an, das einen Umfang von 15 250 Mrd Yen haben soll. Dieses Volumen verteilt sich auf Steuererleichterungen (5 850 Mrd Yen), öffentliche Ausgaben (7 200 Mrd Yen), Investitionen und direkte Hilfe für kleine Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe.
15. Februar	Das Kabinett verabschiedet das Budget für das Haushaltsjahr 1994/95 (April bis März). Die Einnahmen werden aufgrund von Steuersenkungen um etwa 12 vH zurückgehen; es wird ein Defizit von 3,8 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erwartet. Das Kabinett stimmt auch einem Anstieg der öffentlichen Investitionen und Darlehensprogramme um 4,6 vH zu.
28. März	Das Kabinett beschließt Einzelheiten eines Programms zur Handelsliberalisierung und zur Verringerung des Überschusses in der Handelsbilanz: Neben der Stimulierung der Binnennachfrage sind der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse und die Öffnung des japanischen Marktes in einigen Bereichen, etwa für Telekommunikation und medizinische Ausrüstung, vorgesehen. Gleichzeitig teilt die Regierung mit, daß die freiwillige Selbstbeschränkung für Exporte der Automobilindustrie in die Vereinigten Staaten, die seit 1981 gegolten hatte, vom 31. März an außer Kraft gesetzt wird.
28. Juni	Die Regierung kündigt ein Deregulierungs-Programm zur Öffnung der Märkte und zur Liberalisierung der Wirtschaft in vielen Bereichen an.
22. September	Die Regierung legt ein Steuerreformpaket vor, das sowohl eine konjunkturpolitische als auch eine strukturelle Komponente enthält. Es sieht neben einer weiteren befristeten Senkung der Einkommensteuer auch eine Veränderung der Tarife vor sowie Maßnahmen, die die Anzahl der Sonderregelungen verringern sollen. Geplant ist nach dem vorgelegten Entwurf eine Anhebung der Mehrwertsteuer von 3 vH auf 5 vH vom Jahre 1997 an.
1993	**Europäische Union**
7. Dezember	Vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft legt die Kommission der Europäischen Gemeinschaften ein Weißbuch für Wachstum und Beschäftigung in Europa vor, das als Programm für die Schaffung von 15 Millionen Arbeitsplätzen bis zum Jahre 2000 und für den Ausbau der Infrastruktur dienen soll.
11. Dezember	Auf dem 50. EU-Gipfel wird das von Kommissionspräsident Delors vorgelegte Weißbuch positiv aufgenommen und ein Finanzierungsrahmen für den Zeitraum von 1994 bis 1999 beschlossen. Danach sollen jährlich 12 Mrd ECU aus bestehenden Fonds und 8 Mrd ECU aus neuen, von den Finanzministern zu genehmigenden Fonds zur Umsetzung des Planes bereitgestellt werden.
16. Dezember	Das Europäische Parlament stimmt dem Haushalt für 1994 und damit einer Ausgabensteigerung von 4,3 vH zu.
17. Dezember	Die Agrarminister der EU stimmen den Maßnahmen zur Einführung des mit den Vereinigten Staaten getroffenen Ölsaatenabkommens zu; danach wird der Anbau von Sonnenblumen, Rapspflanzen und Sojabohnen beschränkt.
21. Dezember	Schweden, Österreich, Finnland und Norwegen, die Anträge auf EU-Mitgliedschaft gestellt haben, erklären sich bereit, bei einem Beitritt zur Gemeinschaft die in der EU geltenden Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards zu übernehmen und sich in vollem Umfang an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu beteiligen.
1994	
1. Januar	Die Europäische Währungsunion tritt mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts in die zweite Phase ein. Der Europäische Wirtschaftsraum, der die EU und die EFTA-Staaten, mit Ausnahme der Schweiz und Liechtenstein, zu einer Freihandelszone mit 372 Millionen Menschen vereint, tritt in Kraft.
28. Februar	Die EU beschließt ein Hilfsprogramm für Portugal, in dem für einen Zeitraum von 6 Jahren insgesamt 16,6 Mrd ECU bereitgestellt und damit das wirtschaftliche Wachstum und die Schaffung von 100 000 Arbeitsplätzen gefördert werden sollen.
1. März	Schweden, Finnland und Österreich sowie am 16. März auch Norwegen stimmen dem Beitrittsabkommen zur EU zu.
29. März	Durch die Zustimmung aller Mitgliedstaaten zu einem Kompromiß in der Frage des zukünftigen Abstimmungsverfahrens werden die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Gemeinschaft um Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen geschaffen.
19. April	Die Europäische Kommission verabschiedet das EU-Budget für das Jahr 1995, das einen Ausgabenanstieg auf 76,3 Mrd ECU gegenüber 73,4 Mrd ECU in diesem Jahr vorsieht, davon sind 36,9 Mrd ECU für den Agrarsektor und 25,3 Mrd ECU für Strukturmaßnahmen vorgesehen. Die Außenminister verweisen die offiziellen Beitrittsanträge Polens und Ungarns nach dem üblichen Verfahren zur Prüfung an die Kommission.

noch Tabelle 8

Datum	
noch 1994	noch Europäische Union
4. Mai	Das Europäische Parlament ratifiziert die mit Schweden, Österreich, Finnland und Norwegen vereinbarten Beitrittsabkommen.
27. Mai	Die EU hebt die noch bestehenden Sanktionen gegenüber Südafrika auf, um die neu gewählte Regierung des Landes zu unterstützen.
12. Juni	Die Bürger Österreichs entscheiden sich für einen Beitritt ihres Landes zur EU.
22. Juni	Die EU-Mitgliedstaaten stimmen einem Gesetzentwurf zu, nach dem in multinationalen Unternehmen europäische Betriebsräte geschaffen werden sollen.
8. August	Die Europäische Kommission stimmt einer Bereitstellung von zunächst 12,9 Mrd DM zur Finanzierung eines 6-Punkte-Investitions- und Entwicklungsprogramms für die ostdeutschen Länder zu. Insgesamt soll das Programm zwischen 1994 und 1999 26,5 Mrd DM umfassen.
5. Oktober	Der Europäische Gerichtshof weist fünf deutsche Klagen gegen die Bananenmarktordnung zurück. Die Klagen waren eingereicht worden, weil Deutschland nicht den Zollsatz von 20 vH auf Bananenimporte aus Lateinamerika übernehmen wollte. Dieser Zollsatz und die Kontingentierung der Einfuhr lateinamerikanischer Bananen dient der Förderung des EU-internen Absatzes von Bananen aus der Gemeinschaft oder aus den AKP-Staaten. Für Deutschland galt bisher eine Sonderregelung, die auf das Jahr 1956 zurückgeht und nach der für Bananen lateinamerikanischer Herkunft eine Zollpräferenz galt.
10. Oktober	Der Rat der Europäischen Union fordert auf Vorschlag der Kommission zehn Mitgliedsländer auf, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen voranzubringen. Richtschnur für die Versendung der sogenannten „blauen Briefe" sind die Konvergenzkriterien für den öffentlichen Schuldenstand und das öffentliche Defizit, die im Vertrag von Maastricht formuliert wurden. Luxemburg und Deutschland erfüllen diese Kriterien, wobei Deutschland dennoch die Mahnung des Europäischen Rates akzeptierte. Irland erhielt keinen Brief, weil dort in den letzten Jahren große Anstrengungen zur Reduzierung der öffentlichen Verschuldung unternommen wurden.
16. Oktober	In einer Volksabstimmung entscheiden sich die Bürger Finnlands für eine Mitgliedschaft in der EU vom 1. Januar 1995 an.
13. November	Die Bürger Schwedens entscheiden sich für einen Beitritt zur Europäischen Union. In Norwegen wird die Entscheidung der Bevölkerung am 28. November fallen.
	Belgien
	Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz
18. November 1993	5,5	12
3. Dezember 1993	5,25	11,5
7. Januar 1994		11,25
31. Januar 1994		11
18. Februar 1994	5	10,5
15. April 1994	4,75	10
16. Mai 1994	4,5	9

1993	
17. November	Die Regierungskoalition beschließt ein 3-jähriges Wirtschafts- und Sparprogramm. Zu den geplanten Maßnahmen gehören ein weitgehendes Einfrieren der Löhne für 1995 und 1996 sowie die Bereinigung des Lohnindex-Systems um einige Güter. Darüber hinaus sind Kürzungen bei den Sozialausgaben und Steuererhöhungen sowie die Einführung einer Wohlfahrtssteuer vorgesehen. Für das nächste Jahr wird mit einer Einnahmensteigerung von 60 Mrd Franken gerechnet, die Einsparungen bei den Sozialausgaben sollen rund 75 Mrd Franken betragen. Zur Stützung der wirtschaftlichen Aktivität wurden gleichzeitig einige Steuern und Beiträge gesenkt.
16. Dezember	Die Regierung kündigt Änderungen ihres zuvor beschlossenen Sparplanes an. Sie will damit die Streiks beenden, die als Reaktion auf das geplante Sparpaket eingesetzt hatten. Mit Arbeitgebern und Gewerkschaftern sollen konkrete Verhandlungen über die Schaffung von Arbeitsplätzen geführt werden.

noch Tabelle 8

Datum	
noch 1993	noch Belgien
22. Dezember	Die Regierung verschiebt die Einführung einer Umweltsteuer auf Altbatterien auf den 1. Juli 1994 und die der Verpackungssteuer auf den 1. Januar 1995.
1994	
30. März	Nach Protesten von seiten der Industrie verschiebt das Parlament die Einführung einer Umweltsteuer auf Ende des Jahres.
25. Juli	Die Regierung beschließt in ihrem Budget für 1995 einen Ausgabenanstieg von maximal 20,4 Mrd Franken. Das Defizit soll bei 4,3 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen; dabei wurde unterstellt, daß sich die Steuereinnahmen weiterhin positiv entwickeln.
	Dänemark
	Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Diskontsatz	Wertpapier-pensionssatz
16. November 1993	6,75	7,5
29. November 1993	6,5	
1. Dezember 1993		7,25
7. Dezember 1993		7
22. Dezember 1993	6,25	6,75
6. Januar 1994	6	6,5
19. Januar 1994	5,75	6,25
18. Februar 1994	5,5	6
15. April 1994	5,25	5,9
2. Mai 1994		5,8
11. Mai 1994		5,7
13. Mai 1994	5	
19. Mai 1994		5,6
7. Juli 1994		5,5

1993	
17. Dezember	Das Parlament stimmt dem Haushalt für 1994 zu, in dem ein Defizit von 54 Mrd Kronen vorgesehen ist; es fällt damit etwas niedriger aus, als ursprünglich erwartet.
30. Dezember	Die Regierung dehnt das Job-Rotationsprogramm aus, das es Beschäftigten ermöglicht, sich für einige Zeit beurlauben zu lassen, dabei jedoch 80 vH bis 100 vH des auf das Gehalt berechneten Arbeitslosenentgeltes zu erhalten. Die auf diese Weise vorübergehend „freie" Stelle soll dann einem Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden. Das Programm richtet sich in erster Linie an Eltern mit Kindern unter neun Jahren und an Personen, die an längeren Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen möchten. Es wird erwartet, daß rund 1 vH der Erwerbstätigen diese Möglichkeit nutzen werden.
1994	
21. März	Die Regierung beschließt den Verkauf von 48,3 vH ihrer Anteile an der staatlichen Telekommunikationsgesellschaft. Über 80 vH der zum Verkauf angebotenen Anteile sollen in den Besitz ausländischer Bieter übergehen.
22. August	Entsprechend einer nicht bindenden EU-Richtlinie stimmt die Regierung der Einführung einer neuen Autobahngebühr für Lastwagen von über 12 Tonnen zu, die vom 1. Januar 1995 an erhoben werden soll.
24. August	Die Regierung stellt das Budget für 1995 vor, in dem ein Defizit von 4,6 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt veranschlagt ist. Gleichzeitig werden eine straffere Fiskalpolitik angekündigt und Ausgabeneinschränkungen in Höhe von 0,3 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beschlossen.

noch Tabelle 8

Datum	
	Frankreich Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Interventionssatz
6. Dezember 1993	6,2
24. Februar 1994	6,1
24. März 1994	6
31. März 1994	5,9
28. April 1994	5,7
5. Mai 1994	5,6
13. Mai 1994	5,5
19. Mai 1994	5,4
2. Juni 1994	5,3
16. Juni 1994	5,2
30. Juni 1994	5,1
28. Juli 1994	5

1993	
18. November	Mit dem Ziel, der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, beschließt das Parlament eine Änderung des Beschäftigungsgesetzes. Danach werden Unternehmen, die freiwillig die Zahl der Arbeitsstunden um 15 vH auf 33,3 Wochenarbeitsstunden reduzieren, von der Zahlung einer Reihe von Sozialabgaben befreit, müssen sich jedoch gleichzeitig verpflichten, die Einsparungen zur Schaffung neuer Stellen zu nutzen.
1994	
5. Januar	Mit der Ernennung der sechs Mitglieder des geldpolitischen Rates wird der letzte Schritt zur Unabhängigkeit der Bank von Frankreich vollzogen.
12. Januar	Die Regierung beginnt mit dem Verkauf der Kernenergie-Gesellschaft, die zuvor nicht zu den 21 offiziell zur Privatisierung anstehenden Unternehmen gehörte. Am selben Tag kündigt die Regierung ein Hilfspaket für die Zeitungsverlagsindustrie an, um die Wirkung der Rezession in dieser Branche abzumildern.
19. Januar	Die Privatisierung Frankreichs größter Industriegruppe, der Ölgesellschaft Elf Aquitaine, beginnt. Es wird erwartet, daß mit dem Verkauf von 75 vH des 51-prozentigen staatlichen Anteils rund 35 Mrd Franken erlöst werden.
30. Januar	Die Regierung schlägt Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Minderung des Anstieges der Arbeitslosenzahlen vor. Vorgesehen sind unter anderem die Lockerung der für fünf Jahre eingefrorenen Auszahlung von Beteiligungsgewinnen, sofern die Erträge zum Kauf von Autos oder im Wohnungsbereich verwendet werden und eine Prämie von 5 000 Franken beim Kauf von Neuwagen bei gleichzeitiger Verschrottung von Personenkraftwagen, die älter als zehn Jahre sind.
9. März	Die Regierung teilt Pläne zur Privatisierung der staatlichen Computer Gesellschaft Bull und zweier staatlicher Versicherungsunternehmen mit.
30. März	Nach heftigen Protesten von seiten der Gewerkschaften und von Studenten zieht die Regierung ihren Gesetzentwurf zur Senkung des Mindestlohnes für Jugendliche zurück. Statt dessen sollen durch staatliche Zuschüsse für Unternehmen Anreize geschaffen werden, junge Leute ohne Berufserfahrung einzustellen. Bei Beschäftigungsverhältnissen für mindestens 18 Monate, die vor dem 1. Oktober eingegangen werden, liegt der Zuschußsatz doppelt so hoch wie der für alle Kontrakte danach.
15. Juni	Die Regierung verlängert die Ausnahmeregelung von 18 auf 24 Monate, nach der Arbeitgeber von der Zahlung der Sozialbeiträge befreit sind, wenn sie Arbeitslose einstellen, die mindestens drei Jahre nicht mehr am Berufsleben teilgenommen haben.
29. Juni	Die Regierung hebt den gesetzlichen Mindestlohn um 2,1 vH, der geringstmöglichen Steigerungsrate, an.
27. Juli	Die Europäische Kommission stimmt, mit gewissen Auflagen, einem Plan der französischen Regierung zu, durch den diese die in Bedrängnis geratene nationale Fluglinie mit rund 20 Mrd Franken unterstützen will.
21. September	Die Regierung stimmt dem Entwurf des Haushaltsplans für 1995 zu, der eine Rückführung des Defizits vorsieht. Die Einnahmen sollen um 4,7 vH und die Ausgaben um 1,9 vH steigen. Dahinter stehen im einzelnen Maßnahmen wie höhere Steuern für Großunternehmen sowie die Anhebung der Abgaben auf Benzin, Strom, Gas und höhere Fernsehgebühren, aber auch die Privatisierung weiterer Staatsunternehmen und niedrigere Sozialabgaben bei der Beschäftigung ungelernter Arbeitskräfte.

noch Tabelle 8

Datum	
1993	**Großbritannien**
23. November	Die Bank von England senkt ihren Leitzins von 6 % auf 5,5 %.
30. November	Der erste Entwurf für den Gesamthaushalt sieht im Vergleich zum Vorjahr Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben sowie einen Anstieg der Einnahmen vor. Im Fiskaljahr 1994/95 soll sich das Defizit auf 5,5 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen. Langfristig soll das Defizit drastisch zurückgeführt werden. Um dies zu erreichen sieht der Entwurf eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltslage vor: Steuererhöhungen, Änderungen bei der Bemessung von Kranken- und Invalidengeld sowie bei der Arbeitslosenunterstützung; zugleich soll aber auch die Belastung durch Steuererhöhungen für untere Einkommensgruppen gemindert werden.
1994	
8. Februar	Die Notenbank senkt ihren Leitzins von 5,5 % auf 5,25 %; das ist das niedrigste Niveau seit 1972.
17. März	Das Schatzamt teilt mit, daß die Notenbank in Zukunft bei der Ausgabe von Regierungstiteln sowohl in der qualitativen Ausgestaltung der Papiere als auch bei der Wahl des Zeitpunkts der Ausgabe freier entscheiden kann.
14. April	Die Geldpolitik der Notenbank soll an Transparenz gewinnen. Das Schatzamt teilt mit, daß in Zukunft das Protokoll der Gespräche, die monatlich zwischen Schatzkanzler und Notenbankgouverneur stattfinden, veröffentlicht wird. Gegenstand dieser Gespräche sind für die Geldpolitik wichtige Entscheidungen wie etwa die Festlegung der Notenbankzinsen.
24. Mai	Die Regierung stellt ein Weißbuch mit dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit: Die Wirtschaft an die Spitze bringen" vor. Darin wird die Situation der britischen Wirtschaft analysiert und vor dem Hintergrund der Förderung der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit werden Ansätze zur weiteren Verbesserung der Wettbewerbsposition vorgestellt.
12. September	Die Notenbank hebt den Leitzins von 5,25 % auf 5,75 % an.
1993	**Italien**
22. Dezember	Das Parlament stimmt dem Haushalt für 1994 zu und bekräftigt das Ziel, das Defizit auf 8,7 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu reduzieren. Die Regierung hat jedoch einen zusätzlichen Finanzbedarf von 6,7 Bio Lire angemeldet, um eine Finanzierungslücke zu schließen, die durch steigende Kosten bei der Sozialversicherung und bei den Pensionszahlungen entstanden ist.
29. Dezember	Das Kabinett stimmt einem Steuer- und Abgabenpaket mit Wirkung vom 1. Januar 1994 zu, durch das zusätzliche 6,7 Bio Lire erhoben werden sollen. Vorgesehen ist u. a. die Erhöhung der Mehrwertsteuer (um einen Prozentpunkt auf 13 vH) sowie der Abgaben auf Mineralöl und Alkohol. Darüber hinaus beschließt das Parlament Maßnahmen, um die staatliche Holding IRI und die staatliche Rundfunkgesellschaft zu unterstützen.
1994	
10. Januar	Das Schatzamt teilt mit, daß es vom 31. Januar 1994 an 33 vH der Anteile an dem staatlichen Finanzdienstleister Instituto Mobiliare Italiano zur Privatisierung anbietet.
18. Februar	Die Zentralbank senkt den Diskontsatz von 8 % auf 7,5 %.
25. Februar	Die Regierung kündigt die Schaffung eines Fonds zur Rückzahlung von Staatsschulden an, der durch die Erlöse aus der Privatisierung staatlicher Unternehmen finanziert werden soll.
12. Mai	Die Zentralbank senkt den Diskontsatz von 7,5 % auf 7 %.
16. Mai	Die neu gewählte Regierung stellt ihr Wirtschaftsprogramm vor; dazu gehören: die Einführung einer strengeren Kontrolle der öffentlichen Finanzen, die Reduzierung des Defizits, die Begrenzung der Inflation, die Beschleunigung der Privatisierungsprogramme und die Förderung des Wettbewerbs; kleinen und mittleren Unternehmen sollen mehr Anreize für Investitionen gegeben werden; Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, sollen Steuererleichterungen gewährt werden; das Arbeitsrecht soll flexibler werden und mehr Zeitarbeit und Teilzeitarbeit ermöglichen und die Einkommensteuer soll für Personen mit einem Jahreseinkommen von weniger als 10 Mio Lire abgeschafft werden.
8. Juni	Das Kabinett beschließt verschiedene steuerliche Maßnahmen für die nächsten drei Jahre. Dadurch soll mehr Beschäftigung in den Unternehmen entstehen, es sollen Anreize zur Firmengründung gegeben werden und kleineren und mittleren Unternehmen soll der Gang an die Börse erleichtert werden.
28. Juni	Der Verkauf von 50 vH der staatlichen Versicherungsagentur Ina wird für nahezu 5 000 Mrd Lire abgewickelt.
5. August	Das Parlament ratifiziert ein Gesetz, mit dem Unternehmen Steuervergünstigungen erhalten, wenn sie Gewinne reinvestieren; zudem sollen Unternehmen staatliche Anreize geboten werden, Stellen etwa für Langzeitarbeitslose, Behinderte oder Arbeitsuchende ohne Berufserfahrung zu schaffen.
9. August	Als Teil der Privatisierungspläne kündigt die staatliche Holding IRI den Verkauf ihrer Mehrheitsanteile in den kommenden Monaten an. Es wird ein Erlös von 600 Mrd Lire erwartet.

noch Tabelle 8

Datum	
noch 1994	noch Italien
12. August	Die Zentralbank hebt den Diskontsatz von 7 % auf 7,5 % an.
28. September	Die Regierung verabschiedet das Haushaltsrahmengesetz für 1995, nach dem Mehreinnahmen in Höhe von 21 Bio Lire sowie eine Senkung der Ausgaben um 27 Bio Lire geplant sind. Durch Maßnahmen wie den Abbau von Steuerprivilegien und Einsparungen in der Gesundheits- und Rentenreform soll eine Reduzierung des Defizits erreicht werden.
	Niederlande
	Entwicklung von Notenbankzinsen (%)
	Gültig ab: 3. Dezember 1993 — Lombardsatz: 5,5 Gültig ab: 07. Januar 1994 — Lombardsatz: 5,25 Gültig ab: 18. Februar 1994 — Lombardsatz: 5 Gültig ab: 15. April 1994 — Lombardsatz: 4,75 Gültig ab: 13. Mai 1994 — Lombardsatz: 4,5
1993	
15. Dezember	Die Nationalbank beschließt die Abschaffung des Diskontsatzes mit Wirkung vom 1. Januar 1994 an. Der Lombardsatz ist in Zukunft der wichtigste Leitzins der niederländischen Notenbank.
1994	
16. Januar	Nachdem 1993 die Steuereinnahmen um 4 Mrd Gulden höher ausfielen als erwartet, wird der Eingangssatz für die Einkommensteuer vom 1. Juli an gesenkt.
16. Mai	Die Regierung veröffentlicht Details über den Verkauf von 30 vH der Anteile an der staatlichen Post- und Telekommunikations-Gesellschaft, der für Anfang Juli geplant ist und etwa 6 bis 8 Mrd Gulden einbringen soll.
1994	**Österreich**
18. Februar	Die Nationalbank senkt den Diskont- und den Lombardsatz um jeweils einen viertel Prozentpunkt auf 5% und 6 %.
15. April	Die Nationalbank senkt den Diskont- und den Lombardsatz um einen viertel Prozentpunkt auf 4,75 % und 5,75 %.
13. Mai	Die Notenbank senkt den Diskont- und den Lombardsatz um einen viertel Prozentpunkt auf 4,5 % und 5,5 %.
12. Juni	In einer Volksabstimmung beschließen die Wähler den Beitritt zur Europäischen Union vom 1. Januar 1995 an.
1994	**Schweden**
10. Januar	Die Regierung stellt ihr Budget für das Haushaltsjahr (Juli bis Juni) 1994/95 vor. Veranschlagt wurde unter Berücksichtigung einer geringen Einnahmensteigerung und einer Rückführung der gesamten Ausgaben ein Defizit von 172 Mrd Kronen, das 11,2 vH (1993/94: 14,7 vH) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entspricht. Zusätzlich zu den bereits im letzten Jahr im Rahmen eines 5-Jahres-Programms beschlossenen Maßnahmen wurden bei der Haushaltsplanung bereits Einsparungen von 17 Mrd Kronen berücksichtigt, die unter anderem durch eine höhere Eigenbeteiligung bei der Gesundheitsversorgung, durch Senkung von Sozial- und Arbeitslosenhilfen sowie höhere Steuern auf Öl, Tabak und Alkohol erreicht werden sollen.
21. Januar	Die Regierung beginnt mit der Privatisierung der staatlichen Forstwirtschaftsgruppe; 70 vH des Eigentums sollen der Öffentlichkeit und die übrigen 30 vH ausländischen und inländischen Institutionen angeboten werden.
24. Januar	Die Reichsbank senkt den Lombardsatz von 7,75 % auf 7,5 %.
21. Februar	Die Reichsbank senkt den Lombardsatz von 7,5 % auf 7,25 %.
6. Mai	Die Regierung beginnt mit der Privatisierung einer der weltweit größten Gesellschaften des pharmazeutischen Bereichs, die Veräußerung soll rund 10 Mrd Kronen einbringen.
9. Mai	Die Reichsbank senkt den Lombardsatz von 7,25 % auf 7 %.
26. Mai	Die Notenbank modifiziert ihr Zinsinstrumentarium zur Durchführung der Geldpolitik vom 1. Juni an. Zu den Veränderungen gehört die größere Bedeutung des Wertpapierpensionssatzes, der den bisherigen Leitzins, den Lombardsatz, ablösen wird. Er wird innerhalb eines Korridors liegen, den die Notenbank durch den Ausleihsatz als Obergrenze und den Einlagenzins als Untergrenze festlegt.

noch Tabelle 8

<table>
<tr><th>Datum</th><th></th></tr>
<tr><td>noch 1994</td><td>noch Schweden</td></tr>
<tr><td>3. Juni</td><td>Die Regierung erklärt sich bereit, innerhalb der nächsten drei Jahre 90 Mio Kronen bereitzustellen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Motorenindustrie durch ein gemeinsames Forschungsprogramm der schwedischen Motorenhersteller und der Komponenten-Anbieter zu stärken.</td></tr>
<tr><td>12. August</td><td>Die Notenbank hebt ihren Ausleihsatz von 7,5 % auf 8 % und den Wertpapierpensionssatz auf 7,2 %.</td></tr>
<tr><td>27. Oktober</td><td>Die Notenbank hebt den Wertpapierpensionssatz von 7,2 % auf 7,4 %, mit Wirkung vom 1. November 1994 an.</td></tr>
<tr><td>1993</td><td>Schweiz</td></tr>
<tr><td>28. November</td><td>Die Wähler stimmen in einem Volksentscheid der Einführung einer allgemeinen Mehrwertsteuer zu. Vom 1. Januar 1995 an werden Lieferungen, Dienstleistungen, Einfuhren und der Eigenverbrauch mit 6,5 vH Mehrwertsteuer belastet. Die bisher geltende Warenumsatzsteuer im Großhandel, die Dienstleistungen nicht besteuerte und unterschiedliche Sätze für Detail- und Engroslieferungen sowie Einfuhren vorsah, wird damit abgelöst.</td></tr>
<tr><td>15. Dezember</td><td>Das Parlament verabschiedet den Haushalt für 1994, der Einsparungen bei den Ausgaben von 644 Mio Franken vorsieht.</td></tr>
<tr><td>17. Dezember</td><td>Die Nationalbank senkt den Diskontsatz von 4,25 % auf 4 %.</td></tr>
<tr><td>1994</td><td></td></tr>
<tr><td>20. Februar</td><td>In einem Referendum stimmen die Wähler einer Reihe von verkehrspolitischen Maßnahmen zu. So wird die 1985 versuchsweise eingeführte Autobahnmaut beibehalten und um 10 Franken auf 40 Franken erhöht, die Lastkraftwagensteuer soll zunächst bis zum Jahr 2004 Bestand haben, und eine Initiative zum Schutz der Alpen soll in den nächsten 10 Jahren den Transit ausländischer Lastkraftwagen vermindern und den Gütertransport von der Straße auf die Schiene verlagern.</td></tr>
<tr><td>15. April</td><td>Die Nationalbank senkt den Diskontsatz von 4 % auf 3,5 %.</td></tr>
<tr><td></td><td>Spanien
Entwicklung von Notenbankzinsen (%)
<table><tr><th>Gültig ab</th><th>Interventionssatz</th></tr><tr><td>6. Dezember 1993</td><td>9</td></tr><tr><td>25. Januar 1994</td><td>8,75</td></tr><tr><td>23. Februar 1994</td><td>8,5</td></tr><tr><td>3. März 1994</td><td>8</td></tr><tr><td>22. April 1994</td><td>7,75</td></tr><tr><td>13. Mai 1994</td><td>7,5</td></tr><tr><td>3. August 1994</td><td>7,35</td></tr></table></td></tr>
<tr><td>1993</td><td></td></tr>
<tr><td>28. Dezember</td><td>Das Parlament verabschiedet das Budget für 1994, in dem ein Defizit für den Gesamtstaatshaushalt (einschließlich Sozialausgaben) von 5,7 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vorgesehen ist.</td></tr>
<tr><td>1994</td><td></td></tr>
<tr><td>19. Februar</td><td>Nach der Zustimmung der Regierung legt die Bank von Spanien einen Plan zur Sanierung und Restrukturierung des Banco Español de Credito im Wert von 605 Mrd Peseten vor.</td></tr>
<tr><td>12. April</td><td>Die Regierung beschließt eine Prämie, die beim Kauf von Neuwagen bei gleichzeitiger Verschrottung von mindestens zehn Jahre alten Autos gewährt wird. Die Autohersteller haben beschlossen, eine zusätzliche Prämie als Anreiz zu gewähren. Diese Maßnahme gilt ab sofort für die Dauer von sechs Monaten.</td></tr>
<tr><td>6. Mai</td><td>Die Regierung stimmt einem Maßnahmen-Paket zu, das einen Gesamtwert von 338 Mrd Peseten hat und etwa 150 000 kleine und mittlere Unternehmen innerhalb einer sechsjährigen Periode von 1994 bis 1999 unterstützen soll. Vorgesehen sind Finanzierungs- und Informationsprogramme sowie Fonds für Reorganisationsmaßnahmen.</td></tr>
<tr><td>12. Mai</td><td>Das Parlament stimmt der Arbeitsrechtsreform zu, die die Einstellung und Kündigung erleichtern soll.</td></tr>
<tr><td>19. Mai</td><td>Das Parlament stimmt dem Gesetz zu, das der Notenbank die Unabhängigkeit sichern wird.</td></tr>
<tr><td>23. September</td><td>Die Regierung verabschiedet ihr Budget für 1995, danach sollen die Einnahmen gegenüber dem laufenden Jahr um 7,1 vH und die Ausgaben um 3,6 vH steigen. Das Defizit wird danach 6,7 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Hintergrund der Veränderungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite sind unter anderem die Erhöhung der beiden Mehrwertsteuersätze um jeweils einen Prozentpunkt auf 4,7 vH und 16 vH, die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und eine Entlastung bei der Einkommensteuer insbesondere für Familien mit Kindern.</td></tr>
</table>

***Exkurs:* Uruguay-Runde des GATT beendet**

33. Nach mehr als siebenjähriger Verhandlungsdauer konnte im Dezember vergangenen Jahres die Uruguay-Runde im Rahmen des GATT abgeschlossen werden. Nach zähem Ringen verabschiedeten die Verhandlungspartner schließlich den Entwurf einer neuen Welthandelsordnung, die den ursprünglichen GATT-Vertrag ablösen wird und helfen soll, protektionistisches Verhalten in Zukunft zu verhindern. Die Schlußakte der Uruguay-Runde muß noch von zahlreichen nationalen Parlamenten ratifiziert werden; wobei das gesamte Vertragswerk möglichst schon am 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt werden soll.

Die handelspolitischen Ergebnisse der Uruguay-Runde lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen: Maßnahmen zur weiteren Liberalisierung des Marktzugangs, Schritte zur Einbindung bislang nicht dem GATT-Vertrag unterstellter Sektoren (Landwirtschaft, Textil- und Bekleidungsindustrie) in die multilaterale Welthandelsordnung sowie die Ausdehnung der GATT-Regeln auf den Dienstleistungshandel, auf handelsrelevante Investitionsmaßnahmen und auf den Schutz von geistigen Eigentumsrechten. Darüber hinaus soll eine Welthandelsorganisation gegründet werden.

34. Um den Marktzugang für ausländische Anbieter zu erleichtern, wurde von den Vertragsparteien eine weitere schrittweise Reduktion der Zölle auf Industriegüter innerhalb der nächsten vier Jahre vereinbart. Die Europäische Union wird die von ihr erhobenen Industriezölle — unter Berücksichtigung der Handelsstruktur — um durchschnittlich etwa 37 vH senken (Tabelle 9); im Falle der Vereinigten Staaten sind es 33 vH, und Japan wird seine Zollsätze im Durchschnitt sogar um 56 vH zurücknehmen. Der handelsgewichtete Durchschnittszoll bei den OECD-Staaten sinkt damit von 4,7 vH auf 2,9 vH. Bei einigen

Tabelle 9

Geplanter Zollabbau in der Europäischen Union nach Abschluß der Uruguay-Runde

vH

Erzeugnisgruppen[1]	Durchschnittszollsatz vor Zollabbau	Durchschnittszollsatz nach Zollabbau	Ungewichteter Zollabbau[2]	Handelsgewichteter Zollabbau[3]
Fischereierzeugnisse	14,4	12,4	13,9	15,8
Stahl, Stahlerzeugnisse	5,7	0	100	100
NE-Metalle	6,3	4,4	30,2	20,0
Chemische Erzeugnisse	7,8	5,3	32,1	28,6
Pharmazeutische Produkte	6,4	0	100	100
Papier und Pappe	8,7	0	100	100
Gummiwaren	5,0	2,9	42,0	32,6
Baumaschinen	4,8	0	100	100
Landwirtschaftliche Ausrüstungen	4,3	0	100	100
Sonstige landwirtschaftliche Ausrüstungen	5,4	4,4	18,5	12,8
Straßenfahrzeuge	9,5	8,0	15,8	5,0
Konsumelektronik	10,5	7,5	28,6	15,3
Industrielle Elektronik	6,7	2,8	58,2	65,7
Medizinische Geräte	5,3	0	100	100
Wissenschaftliche Instrumente	6,3	2,5	60,3	64,4
Keramik	7,3	4,9	32,9	23,3
Glas und Glaswaren	7,1	4,8	32,4	27,7
Holzerzeugnisse	5,9	2,2	62,7	44,0
Möbel	5,6	0	100	100
Leder, Lederwaren	5,2	4,0	23,1	28,0
Schuhe	11,7	10,2	12,8	12,3
Textilien	9,4	6,6	29,8	26,2
Bekleidung	12,9	11,4	11,6	12,0
Sonstige Industriewaren	5,3	2,8	47,2	43,7
Insgesamt	6,8	4,1	39,7	36,6

[1] Stand März 1994; in den Erzeugnisgruppen wurden insgesamt 7 130 Einzelpositionen zusammengefaßt. Die hier aufgeführten übergeordneten Begriffe wurden im Verlauf der Uruguay-Runde geprägt, wobei noch keine abschließende Zusammensetzung der Gruppen verfügbar ist.
[2] Durchschnittszollsatz nach Zollabbau in vH des Durchschnittszollsatzes vor Zollabbau.
[3] Errechnet über die Ausfälle bei den Zolleinnahmen.

Quelle: EU

Produktgruppen sollen die bestehenden Zölle gänzlich aufgehoben werden. Nur geringe Erfolge wurden jedoch beim Abbau der besonders hohen Zollsätze auf Textilien und Bekleidung sowie auf elektronische Haushaltsgeräte erzielt; die Zollsenkungen konzentrieren sich vielmehr auf Güter, die bereits heute im Niedrigzollbereich liegen. Hinzu kommt, daß die Industrieländer die bestehenden Zölle vor allem bei solchen Gütern in überproportionalem Maße senken werden, die als Vorprodukte in die heimische Produktion eingehen, Zölle auf importierte Endprodukte hingegen nur wenig zurücknehmen werden. Die nationalen Hersteller werden damit zweifach begünstigt, nämlich zum einen durch erhöhten Schutz vor ausländischer Konkurrenz, zum anderen durch günstigeren Bezug von Vorleistungen. Soweit dies der Fall ist, könnte der effektive Zollschutz, den einzelne Branchen genießen, nach Abschluß der Zollsenkungen unter Umständen sogar noch höher sein als vorher. Es ist bedenklich, daß die Streuung der nominalen Zollsätze künftig noch zunehmen wird und damit protektionsbedingte Allokationsverzerrungen verschärft werden.

Neben dem Zollabbau haben sich die Verhandlungspartner auf eine Reihe weiterer allgemeiner Vorschriften zur Erleichterung des Marktzugangs geeinigt. So sollen die noch bestehenden quantitativen Beschränkungen — insbesondere freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen — nach Möglichkeit innerhalb von vier Jahren abgeschafft werden. Jeder Vertragspartei wird allerdings die Beibehaltung genau einer solchen Maßnahme bis zum Ende des Jahres 1999 zugestanden; diese Ausnahmeregelung wurde auf Drängen der Europäischen Union in das Vertragswerk eingefügt, um auf diese Weise das zwischen der Europäischen Union und Japan abgeschlossene Exportbeschränkungsabkommen für Personenkraftwagen bis zum genannten Termin beibehalten zu können. Außerdem werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, technische Normen und Standards in einer Weise zu gestalten, die den Marktzutritt nicht unnötig beeinträchtigt; angeregt wird eine Übernahme international üblicher Standards und Normen. Ausnahmen von dieser Vereinbarung sollen jedoch zulässig sein, soweit dies zum Schutz der Konsumenten oder aus Gründen des Umweltschutzes für erforderlich erachtet wird. Weiterhin wurde vereinbart, die Transparenz der nationalen Außenhandelsvorschriften zu verbessern und diese teilweise (so bei den Ursprungsregeln) zu harmonisieren; vermieden werden sollen auch diskriminierende Praktiken bei Zollkontrollen und bei der Vergabe von Importlizenzen.

Da nicht nur unmittelbar handelsbeschränkende Maßnahmen, sondern auch Subventionen den grenzüberschreitenden Wettbewerb stören, wurde in den neuen GATT-Vertrag ein zusätzliches Abkommen über den Abbau handelsverzerrender Subventionen außerhalb der Landwirtschaft aufgenommen. Grundsätzlich untersagt sind demnach in Zukunft zum einen Exportsubventionen, zum anderen aber auch solche Beihilfen, die der Substitution von Importwaren durch Güter heimischer Produktion dienen; Ausnahmen gelten allerdings für die Entwicklungsländer und die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas. Weiter wurde festgelegt, daß produkt- oder industriespezifische Subventionen unzulässig sein sollen, wenn dadurch negative Effekte in anderen Unterzeichnerstaaten entstehen können. Eine solche Verletzung der Interessen anderer Mitgliedstaaten wird immer dann vermutet, wenn der Subventionswert 5 vH des Produktwertes überschreitet. Freilich gilt dies nicht für die Luftfahrtindustrie, für die ausdrücklich höhere Beihilfen zugelassen wurden; auch diese Ausnahme erklärt sich damit, daß nur so die Zustimmung der Europäischen Union zum GATT-Abschluß zu erreichen war. Alle Subventionen, von denen angenommen wird, daß sie weniger handelsverzerrend sind, — so beispielsweise Forschungsbeihilfen, die Regionalförderung oder Hilfen zur Anpassung an neue Umweltschutzbestimmungen — bleiben von diesen Beschränkungen ausgenommen, sind also nach den Regeln des GATT auch in Zukunft grundsätzlich zulässig. Wenn ein Land jedoch der Auffassung ist, daß die eigene Industrie durch Subventionen in einem Partnerland benachteiligt wird, kann es ein Überprüfungsverfahren beantragen.

35. Auch künftig sind unter bestimmten, nunmehr allerdings genauer präzisierten Bedingungen Ausnahmen von den GATT-Prinzipien zugelassen. So wird es im Falle gravierender außenhandelsbedingter Störungen in einem Industriezweig weiterhin möglich sein, für einen befristeten Zeitraum auch mengenmäßige Handelsbeschränkungen einzuführen; diese sollen nicht-diskriminierend eingesetzt und auf einen Zeitraum von vier Jahren begrenzt werden. Gehen diese Störungen allerdings nachweislich von nur wenigen Ländern aus, so sind unter bestimmten Bedingungen selektive — das heißt auf diese Länder beschränkte — Schutzmaßnahmen auch weiterhin möglich. Diese Regelung birgt die Gefahr in sich, daß der Entwicklungsprozeß in den Staaten Mittel- und Osteuropas und in den Entwicklungsländern fühlbar verlangsamt wird, weil es, wie die Erfahrung lehrt, zu Fehlspezialisierungen kommen kann.

Anti-Dumping-Zölle sind weiterhin erlaubt; allerdings wurden die Kriterien genauer gefaßt, anhand derer künftig über den Tatbestand des Dumping entschieden werden soll und wie eine durch Dumping verursachte Schädigung heimischer Produzenten festzustellen ist. Insbesondere wurde konkretisiert, wie der normale Wert eines Produkts zu bestimmen ist; damit sollen Interpretationsspielräume, wie sie der bisher geltende GATT-Vertrag zuließ, weitestmöglich ausgeschlossen werden. Zudem wurde die Verfahrensweise bei der Einleitung und Durchführung von Anti-Dumping-Maßnahmen genauer festgelegt, um eine willkürliche Anwendung zu erschweren.

36. Der Marktzugang im Agrarbereich soll künftig erleichtert werden. Vereinbart wurde zunächst die Umwandlung der bestehenden nicht-tarifären Handelshemmnisse in gleichwertige Zölle und deren schrittweiser Abbau um durchschnittlich 36 vH (Industrieländer) oder 24 vH (Entwicklungsländer) in den nächsten sechs Jahren; hiervon ausgenommen sind lediglich die ärmsten Entwicklungsländer. Der Berechnung der Zolläquivalente wird allerdings das äußerst niedrige Weltagrarpreisniveau der Jahre 1986 bis 1988 zugrundegelegt; die tatsächliche Zollsenkung wird daher schwächer ausfallen, als es das

Verhandlungsergebnis suggeriert. Zudem ist die Erhebung von Zusatzzöllen möglich, wenn die Importpreise für Agrarprodukte unter ein zuvor festgelegtes Niveau fallen oder die Einfuhr über ein bestimmtes Niveau hinaus ansteigen sollte. Protektionistisches Verhalten bleibt damit weiterhin möglich.

In das GATT-Abkommen übernommen wurde auch die im Blair-House-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union vereinbarte Kürzung der internen Agrarsubventionen. In den Industrieländern sollen die Subventionen an die Landwirtschaft um 20 vH, in den Entwicklungsländern um 13,3 vH zurückgeführt werden. Hiervon ausgenommen sind allerdings Zahlungen, die nicht unmittelbar handelsverzerrend wirken, so zum Beispiel Einkommensbeihilfen, die als Ausgleich dafür gewährt werden, daß produktionsbezogene Subventionen künftig fortfallen. Vielfach ist allerdings von diesem Grundsatz abgewichen worden, so daß der Anreiz zur Verminderung des Ressourceneinsatzes in der Landwirtschaft geschmälert wird. Darüber hinaus wurde zwischen den Vertragsparteien des GATT vereinbart, binnen der kommenden sechs Jahre die Exportsubventionen um 36 vH und die subventionierten Exportmengen um 21 vH zu kürzen; Sonderregelungen gelten wiederum für die Entwicklungsländer. Der tatsächliche Subventionsabbau wird indes geringer ausfallen, da auch für die Berechnung der Subventionskürzungen das vergleichsweise hohe Stützungsniveau der Jahre 1986 bis 1988 zugrundegelegt wird.

37. Neben der Landwirtschaft soll künftig auch der bislang durch bilaterale Quoten weitgehend reglementierte Textil- und Bekleidungshandel in das GATT integriert werden. Vorgesehen ist, innerhalb der nächsten zehn Jahre nach und nach sämtliche quantitativen Handelsbeschränkungen in diesem Sektor durch GATT-konforme Zölle zu ersetzen. Die Auswahl der in den einzelnen Liberalisierungsphasen jeweils freizugebenden Warengruppen bleibt allerdings den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen; lediglich bestimmte Mindestmengen (berechnet auf Grundlage der Importe des Jahres 1990) sind in den einzelnen Liberalisierungsstufen zu berücksichtigen. Etwa die Hälfte des Handels mit Textilien und Bekleidung wird daher erst zum Ende der Übergangsperiode den GATT-Regeln unterworfen werden. Zusätzlich wurde vereinbart, die während der Übergangsfrist weiterhin gültigen Einfuhrquoten schneller auszuweiten als im Welttextilabkommen ursprünglich vorgesehen. Allerdings kann hiervon abgesehen werden, wenn durch zunehmende Importkonkurrenz die heimische Industrie erheblich geschädigt würde. Dies könnte die vorgesehene Liberalisierung wieder verzögern.

38. Eine Erweiterung des multilateralen Handelssystems ist in der Ausdehnung der GATT-Regeln auf den bislang nicht allgemein verbindlich geregelten Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, GATS) zu sehen. In Zukunft soll auch für den Dienstleistungshandel grundsätzlich das Meistbegünstigungsprinzip gelten, auch wenn eine Reihe von Sonderregelungen — so für einige Bank- und Versicherungsdienste — zugelassen wird. Darüber hinaus können die einzelnen Mitgliedstaaten für eine Übergangszeit von zehn Jahren einseitig zusätzliche Ausnahmen vom Meistbegünstigungsprinzip festlegen. Daneben sind Schritte zur Marktöffnung sowie zur Gleichstellung inländischer und ausländischer Anbieter vorgesehen, wobei allerdings den einzelnen Staaten erhebliche Freiräume für die konkrete Umgestaltung eingeräumt werden; insbesondere soll die nachträgliche Rücknahme bereits vorgenommener Liberalisierungsschritte möglich bleiben. Schließlich verpflichten sich die Signatarstaaten, größere Transparenz hinsichtlich der für den Marktzutritt relevanten Bestimmungen zu schaffen und diese in einer für alle Vertragsparteien akzeptablen Weise zu definieren. Bedeutung gewinnt diese Verpflichtung insbesondere dadurch, daß der internationale Dienstleistungshandel derzeit eher durch unübersichtliche und wettbewerbshemmende nationale Regulierungen als durch Protektionsmaßnahmen an den Außengrenzen behindert wird.

In einigen Fragen des Dienstleistungshandels konnte bislang freilich noch keine abschließende Einigung erzielt werden. Hierzu zählt der unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten sehr wichtige Bereich der Basis-Telekommunikation — der Dissens bezieht sich dabei vornehmlich auf die Beteiligung ausländischer Anbieter an öffentlichen Ausschreibungen —, der Seeverkehr, bei dem es noch an Einvernehmen hinsichtlich der Hafenbenutzung und der Nutzung von Nebendienstleistungen fehlt, und der Bereich der Luftverkehrsdienstleistungen, bei dem unter anderem noch die Gewährung von Start- und Landerechten an ausländische Fluggesellschaften strittig ist. Marktzugangsbeschränkungen bleiben schließlich auch bei audiovisuellen Dienstleistungen — insbesondere Film und Fernsehen — sowie bei den Finanzdienstleistungen bestehen. Weitere Verhandlungen sind in all diesen Bereichen erforderlich. Das Dienstleistungsabkommen kann daher nur als ein erster Schritt in die richtige Richtung gelten.

39. Neu in das GATT-Abkommen aufgenommen wurde ein Regelwerk zum Schutz geistiger Eigentumsrechte. Auch in diesem Bereich soll künftig das Meistbegünstigungsprinzip gelten; Vorteile, die ein Mitgliedsland Unternehmen eines anderen Staates beispielsweise bei der Lizenzvergabe oder der Anerkennung von Urheberrechten gewährt, sind auf Unternehmen aus den anderen Mitgliedstaaten auszuweiten. Überdies verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, einheitliche Mindestregeln für Patente, Urheberrechte und Gebrauchsmuster, Ursprungsbezeichnungen, Betriebsgeheimnisse und ähnliches anzuwenden. Zum Teil ist hierfür lediglich der Beitritt zu bereits bestehenden multilateralen Abkommen (Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst; Welturheberrechtsabkommen) notwendig, zum Teil werden jedoch auch gänzlich neue und über die bestehenden Verträge hinausgehende Normen festgelegt, so beispielsweise im Patentrecht. Schließlich sollen die einzelnen Staaten rechtliche Vorkehrungen zur Durchsetzung der ausgehandelten Schutzregeln treffen; erlaubt sind dabei auch handelsbeschränkende Maßnahmen im Falle der Verletzung von Urheberrechten. Während die Industrieländer diese Vereinbarungen innerhalb

eines Jahres in nationales Recht umsetzen müssen, wird den ehemaligen Staatshandelsländern sowie den Entwicklungsländern eine Übergangsfrist von bis zu elf Jahren zugestanden.

Die Übereinkunft über handelsrelevante Investitionsmaßnahmen untersagt die bis heute in vielen Staaten übliche Praxis, Genehmigungen für Investitionsvorhaben oder die Gewährung von Beihilfen an den Bezug einheimischer Vorleistungen oder an einen bestimmten Mindestanteil inländischer Wertschöpfung („local-content"-Vorschriften) zu knüpfen. Auf diese Weise sollen handelsverzerrende Eingriffe in die Produktionsverfahren, aber auch die Behinderung von Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen vermieden werden. Allerdings sind die entsprechenden Bedingungen recht allgemein gehalten, so daß auch künftig ein Verhalten möglich ist, das nicht im Einklang mit den Zielen des GATT steht.

40. Eine wesentliche Neuerung ist die Gründung einer Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO). Sie wird an die Stelle des bisher nur als Provisorium bestehenden GATT-Sekretariats treten. Durch die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation erkennen die einzelnen Staaten die Gültigkeit sämtlicher bestehender Einzelabkommen wie auch die des GATT-Vertrages selbst an. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation als eigenständiger Organisation wird überdies ein institutioneller Rahmen für künftige Streitschlichtungen geschaffen. Es geht dabei vor allem um die Festlegung von Verfahrensregeln für den Fall von Vertragsverletzungen durch einzelne Mitgliedstaaten. Zwar wird grundsätzlich bilateralen Einigungsversuchen Vorrang gegeben; sollten diese jedoch in vorgegebener Frist erfolglos bleiben, so kann die Welthandelsorganisation nach gründlicher Untersuchung des Falles Empfehlungen zur Beilegung des Konflikts aussprechen. Allerdings kann sie keine Strafen verhängen; vorgesehen ist lediglich, daß das betroffene Land bei einem Fehlschlag des Streitschlichtungsverfahrens vor der Welthandelsorganisation vom schädigenden Staat Kompensationszahlungen für den erlittenen Schaden verlangen und zur Durchsetzung dieses Anspruchs auch Retorsionsmaßnahmen einleiten kann. Hierbei ist vor allem an die Rücknahme bereits eingeräumter Zollkonzessionen gedacht, die nach Möglichkeit im gleichen Sektor vorgenommen werden sollen, in dem die Vertragsverletzung stattfand. Einseitig verkündete Retorsionen sind also — anders als bisher — künftig nicht mehr zulässig. Auf diese Weise soll ein größeres Maß an Gleichberechtigung zwischen den einzelnen Welthandelspartnern gewährleistet und die Gefahr einer Eskalation von Handelsstreitigkeiten zwischen den einzelnen Vertragsparteien gemindert werden.

Nicht zu verkennen ist freilich, daß die Welthandelsorganisation ihre Empfehlungen zur Streitschlichtung kaum wirksam durchsetzen kann. Daß die für den Fall fortgesetzter Vertragsverstöße vorgesehene Lösung, bereits eingeräumte Konzessionen zurückzunehmen, hinreichend abschreckend wirkt, darf bezweifelt werden, vor allem dann, wenn sie von kleinen Staaten angewandt wird. Zudem dürfte auch das Drohpotential gering bleiben, wenn Retorsionen, wie vorgesehen, auf den geschädigten Sektor beschränkt bleiben.

41. Auf dem Weg zur Festigung der liberalen Welthandelsordnung stellt das neue Handelsabkommen einen wichtigen Schritt dar. Zu konstatieren ist aber auch, daß viele der Vereinbarungen Kompromißlösungen sind, vieles im Vertragstext interpretationsfähig, unverbindlich oder gar im Ermessen der Vertragsparteien bleibt und viele Streitpunkte nicht ausgeräumt werden konnten. In wichtigen Fällen bleiben Abweichungen von den grundlegenden GATT-Prinzipien der Nichtdiskriminierung und der Multilateralität bestehen oder möglich. Auf eine weitere Liberalisierung der Handelsbeziehungen wird daher auch künftig zu drängen sein (Ziffer 404 ff.).

III. Steigende Produktion und wieder höhere Investitionen in Deutschland

42. Deutlichstes Zeichen für die wieder verstärkte Wirtschaftsaktivität in Deutschland war es, daß das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt des Jahres 1994 um knapp 3 vH stieg, was vor allem auf die verbesserte Konjunktur in Westdeutschland, aber auch auf den weiterhin zügigen Aufbauprozeß in den neuen Bundesländern zurückzuführen war. Erleichterung über die im Vergleich zum Rezessionsjahr 1993 merklich bessere Entwicklung von Produktion und Nachfrage sollte allerdings nicht den Blick dafür verstellen, daß das Wachstum des Produktionspotentials, das ein Maß für die volkswirtschaftlichen Produktionskapazitäten darstellt und Veränderungen auf der Angebotsseite der Wirtschaft abbildet, in Westdeutschland wie schon im Vorjahr niedrig blieb. Insgesamt wuchs das Produktionspotential im Durchschnitt des Jahres 1994 in Westdeutschland um rund 2 vH, im Unternehmenssektor (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Wohnungsvermietung) ging sein Anstieg auf rund 1,6 vH zurück. Das Kapazitätswachstum ist damit zwar nicht auf so geringe Werte gefallen wie nach der Rezession der achtziger Jahre — 1983 hatte es gesamtwirtschaftlich lediglich 1,3 vH betragen —, aber seit dem konjunkturellen Höhepunkt im Jahre 1991 mit einer Zuwachsrate von 3,4 vH hat es doch erheblich an Dynamik eingebüßt. Auch im langfristigen Vergleich ist das Wachstum in Westdeutschland derzeit keineswegs stark. Dies ist aus mehreren Gründen bedenklich.

Von der Wachstumsrate des Produktionspotentials hängt es ab, welches Expansionstempo die Wirtschaft mittelfristig halten kann, ohne in eine konjunkturelle Überhitzung zu geraten. Das ist nicht zuletzt für die Entwicklung am Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Reduzieren die Unternehmen ihre Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten, wie das von 1992 auf 1993 in Westdeutschland in drastischer Weise der Fall war, dann vermindert sich das Wachstum des Sachkapitalbestandes und der volkswirtschaftlichen Produktionskapazitäten; letztlich kostet dies Arbeitsplätze. In der gegenwärtigen Situation würde eine Rückkehr der Unternehmen zur Normalauslastung ihrer Produktionskapazitäten, also eine vollständige Besetzung bereits vorhandener Arbeitsplätze, allein nicht zur

wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausreichen. Wir veranschlagen den so erreichbaren Beschäftigungsanstieg unter Berücksichtigung einer trendmäßigen Zunahme der Arbeitsproduktivität in Westdeutschland auf weniger als ½ Million Personen. Offenbar müssen aber sehr viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, was nicht allein, aber doch in erheblichem Maße vom Tempo des mittelfristigen Wachstumsprozesses abhängt. Aus diesem Grund ist die Entwicklung des Produktionspotentials von größerer Bedeutung als die jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts, die im Konjunkturzyklus beträchtlich schwanken kann.

Für die neuen Bundesländer sind allerdings noch immer keine gesicherten quantitativen Aussagen über das Wachstum der rentabel nutzbaren Produktionskapazitäten möglich. Zieht man das reale Bruttoinlandsprodukt als Hilfsgröße heran, so ergibt sich für Deutschland im Jahre 1994 insgesamt ein Wachstum des Produktionspotentials von knapp 3 vH.

Investitionstätigkeit: Wieder anziehende Entwicklung im Westen — stabiler Aufwärtstrend im Osten

43. Die Investitionstätigkeit hat sich im Verlauf des Jahres 1994 deutlich belebt. Im Jahresdurchschnitt lagen die realen Investitionen in Deutschland um 5 vH über ihrem Vorjahresniveau (Tabelle 10). In den neuen Bundesländern war der Investitionsanstieg stärker als in den alten Bundesländern, aber hier wie dort ist der Zuwachs vor allem einer starken Expansion der Bauinvestitionen, insbesondere der Wohnungsbauinvestitionen, zuzuschreiben (Ziffern 64f. und 83ff.).

44. Der Anstieg der gewerblichen Anlageinvestitionen im **früheren Bundesgebiet** übertraf deutlich die Annahmen unserer Prognose vom vergangenen Herbst. Die Skepsis über die weitere wirtschaftliche Entwicklung, die in der starken Zurückhaltung der Investoren im Jahre 1993 zum Ausdruck kam und sie

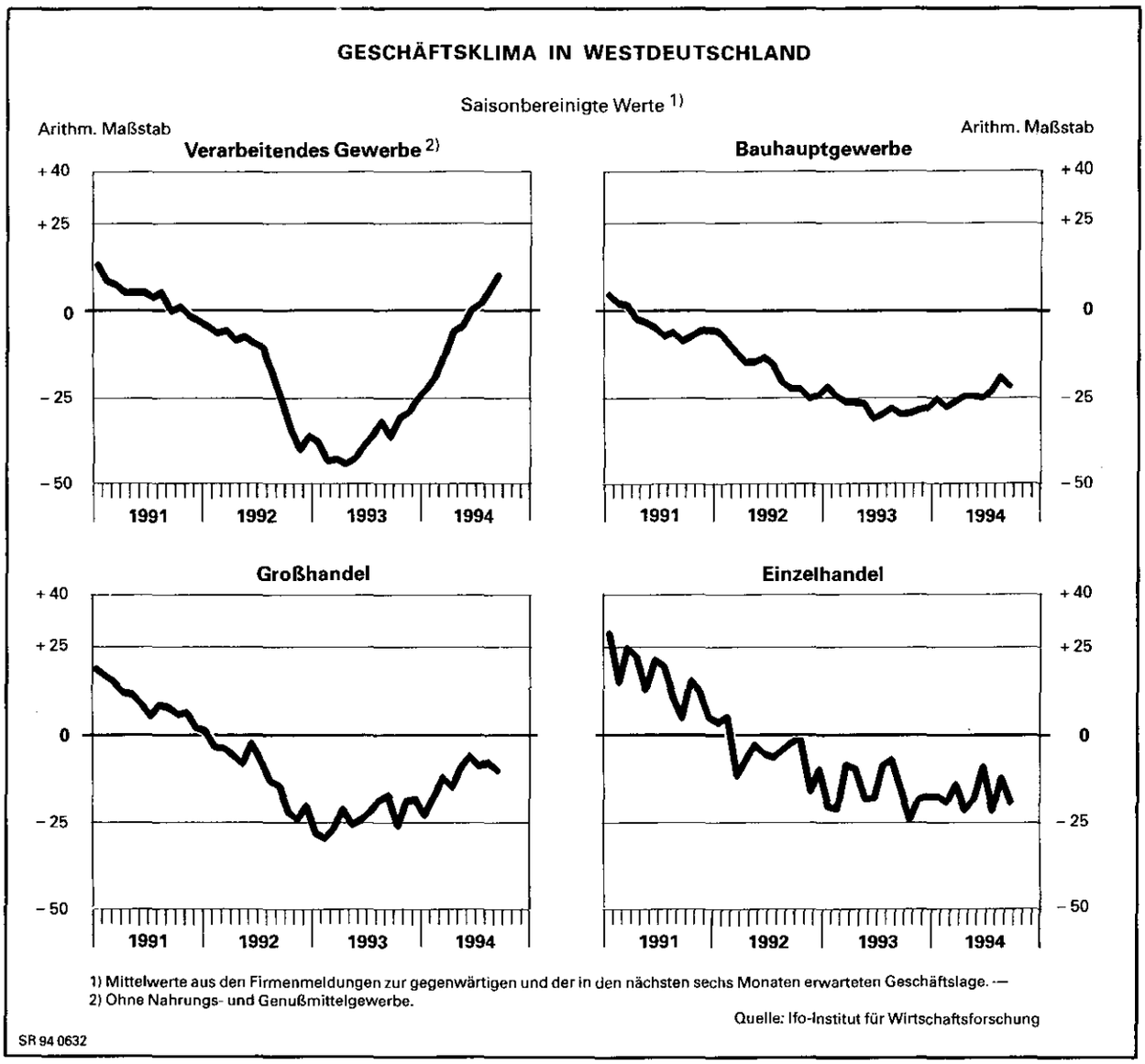
Tabelle 10

Investitionen in Deutschland
In Preisen von 1991[1])

Bereich	1991	1992	1993	1994[2])	1991	1992	1993	1994[2])
	Mrd DM				vH[3])			
Deutschland								
Anlageinvestitionen	655,3	682,6	652,2	684	X	4,2	− 4,5	5
Ausrüstungen	305,7	298,4	257,1	259½	X	− 2,4	−13,8	1
Bauten	349,6	384,3	395,2	424½	X	9,9	2,8	7½
Anlageinvestitionen	655,3	682,6	652,2	684	X	4,2	− 4,5	5
Unternehmen[4])	581,0	601,2	573,2	603½	X	3,5	− 4,7	5½
Staat	74,4	81,4	79,1	81	X	9,5	− 2,9	2½
Nettoinvestitionen[1])	310,1	313,4	267,7	311	X	1,1	−14,6	16
Westdeutschland								
Anlageinvestitionen	563,2	565,0	518,0	528	5,8	0,3	− 8,3	2
Ausrüstungen	263,9	252,8	208,3	207	9,5	− 4,2	−17,6	− ½
Bauten	299,3	312,2	309,7	321	2,7	4,3	− 0,8	3½
Anlageinvestitionen	563,2	565,0	518,0	528	5,8	0,3	− 8,3	2
Unternehmen[4])	503,3	503,9	460,1	471½	6,3	0,1	− 8,7	2½
Staat	59,9	61,1	58,0	56½	1,8	2,0	− 5,1	− 2½
Nettoinvestitionen[1])	250,8	224,6	161,1	186	16,0	−10,5	−28,3	15½
Ostdeutschland								
Anlageinvestitionen	92,1	117,7	134,2	156	X	27,8	14,1	16½
Ausrüstungen	41,8	45,6	48,8	52½	X	9,0	7,0	8
Bauten	50,3	72,1	85,4	103½	X	43,4	18,5	21
Anlageinvestitionen	92,1	117,7	134,2	156	X	27,8	14,1	16½
Unternehmen[4])	77,6	97,3	113,1	132	X	25,4	16,2	16½
Staat	14,5	20,3	21,1	24½	X	40,7	3,8	15½
Nettoinvestitionen[1])	59,3	88,8	106,6	125	X	49,8	20,0	17

[1]) Nettoinvestitionen in jeweiligen Preisen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Einschließlich Wohnungsbau.

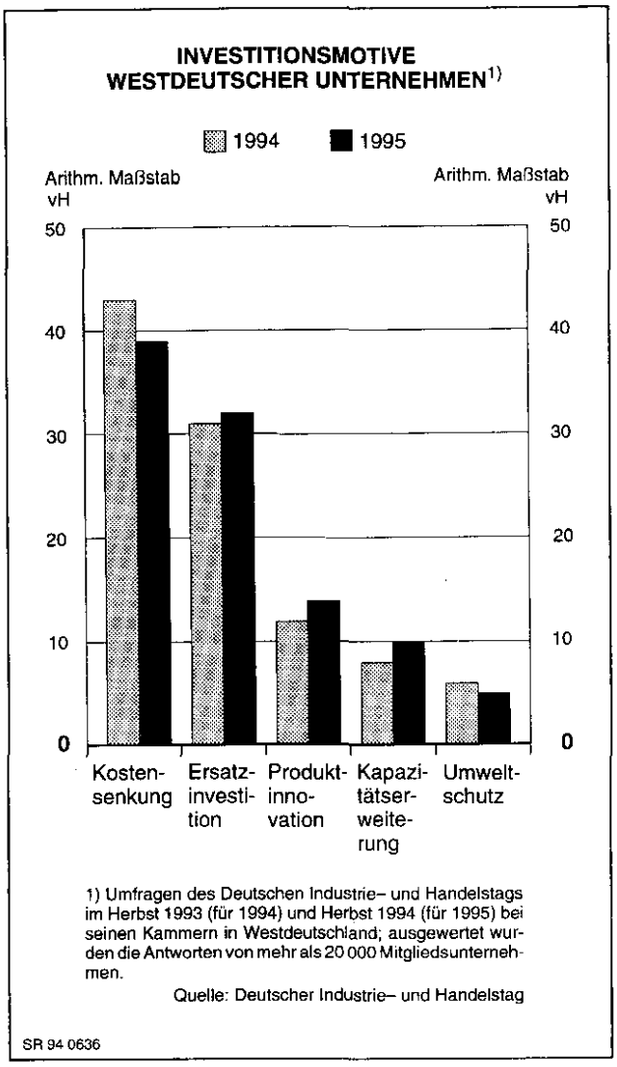
Schaubild 4



damals zu einer Kürzung der für 1994 geplanten Investitionen veranlaßte, ist im Laufe des Jahres 1994 rasch wieder optimistischeren Einschätzungen gewichen. Besonders deutlich wird das am Geschäftsklimaindex des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, der das Urteil der Unternehmen über die aktuelle und über die in den nächsten sechs Monaten erwartete Geschäftslage erfaßt. Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe hat sich dieser Indikator, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau im Jahre 1993, in markanter Weise erhöht. Während die Industrieunternehmen bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1993 weniger pessimistische Einschätzungen zum Ausdruck brachten, besserte sich die Geschäftsbeurteilung im Großhandel und im Bauhauptgewerbe erst im Verlauf des Jahres 1994; im Einzelhandel blieb sie negativ (Schaubild 4). Die Aufhellung des Geschäftsklimas im Verarbeitenden Gewerbe war vor allem auf wieder optimistischere Erwartungen über die Geschäftslage zurückzuführen, eine Zuversicht, der ein starker Anstieg der Auftragseingänge zunächst aus dem Ausland, ab Jahresbeginn aber auch aus dem Inland zugrunde lag.

45. Die Investitionstätigkeit zielte im Jahre 1994 in erster Linie darauf, die Produktionsabläufe zu rationalisieren und Kosten zu senken. Weitere bedeutende Investitionsmotive waren die Ersatzbeschaffung und die Produktinnovation, und erst danach folgte an vierter Stelle das Ziel der Kapazitätserweiterung (Schaubild 5). Auch in den Investitionsplänen für 1995 spielt die Kapazitätserweiterung noch keine dominierende, aber doch eine leicht zunehmende Rolle. Diese Rangfolge der Investitionsmotive spiegelt einerseits das Vorhandensein freier Produktionskapazitäten, andererseits den Zwang zur Kostensenkung und zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gerade in außenwirtschaftlich exponierten Bereichen. Nach den Ergebnissen der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages nimmt auch das Auslandsen-

Schaubild 5



gagement westdeutscher Unternehmen weiterhin zu.

Die Ausgaben der Unternehmen für Wirtschaftsbauten, die im allgemeinen mit der Entwicklung der Erweiterungsinvestitionen eng zusammenhängen, haben sich zwar im Laufe des Jahres leicht belebt. Ihr Durchschnittsstand lag im Jahre 1994 allerdings noch um fast 2½ vH niedriger als im Rezessionsjahr 1993, als die gewerblichen Bauinvestitionen schon einmal um 5,5 vH gekürzt worden waren.

46. Die Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmen, die auch in den Investitionsmotiven zum Ausdruck kommen, haben sich in deutlichen Produktivitätssteigerungen niedergeschlagen. Da zudem die Kostenentwicklung moderat blieb, verbesserte sich die gesamtwirtschaftliche Ertragssituation im Jahre 1994 erheblich (Schaubild 6). Die Gewinn-Erlös-Relation, eine Art gesamtwirtschaftliche Umsatzrendite, dürfte von etwa 6,7 vH im Jahre 1993 auf rund 8 vH ansteigen.

Hierin kommt vor allem zum Ausdruck, daß die Bruttolohn- und -gehaltssumme unter Hinzurechnung kalkulatorischer Unternehmerlöhne und unter Berücksichtigung steigender Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung merklich langsamer als die Erlöse angestiegen ist (Tabelle B1, Anhang V, Abschnitt B). Ein Beitrag zur Verbesserung der Ertragssituation kam auch von der Entwicklung der kalkulatorischen Zinskosten, deren Anstieg trotz wieder höherer Zinssätze am Kapitalmarkt hinter dem Erlöszuwachs zurückblieb. Das war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Kapitalmarktzinsen in den vorangegangenen Jahren beträchtlich gesunken waren. Da in unsere Berechnung auch Zinsen früherer Jahre mit abnehmenden Gewichten eingehen, um die unterschiedlichen Fristigkeiten der von den Unternehmen aufgenommenen Kredite zu berücksichtigen, wirkte sich dies auch im Jahre 1994 positiv aus. Stärker belastet wurde die Kostenrechnung der Unternehmen im wesentlichen nur durch die Vorleistungsimporte aus dem Ausland, die trotz stabiler Importpreise um reichlich 7 vH stiegen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die von der Statistik ausgewiesenen Vorleistungsbezüge aus dem Ausland im Jahre 1993 drastisch zurückgegangen waren, was wahrscheinlich auch auf die an anderer Stelle geschilderten Probleme mit der Intrahandelsstatistik in Europa zurückzuführen ist. Hinzu kommen die steuerlichen Entlastungen der Unternehmen durch das Standortsicherungsgesetz, die rund 4,5 Mrd DM ausmachen dürften, aber in der Gewinn-Erlös-Relation nicht erfaßt sind; da es weder möglich ist, den auf die Unternehmen entfallenden Anteil der veranlagten Einkommensteuer genau zu bestimmen, noch eine Aufteilung des Steueraufkommens nach Wirtschaftsbereichen vorzunehmen, kann die Steuerbelastung bei Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation nicht berücksichtigt werden. Im Jahre 1994 dürfte sich die Ertragssituation der Unternehmen jedenfalls auch aufgrund der Steuerentlastung deutlich verbessert haben.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt einmal mehr, daß die Gewinn-Erlös-Relation starken zyklischen Einflüssen unterliegt. Da der Kapitaleinsatz in den Unternehmen kurzfristig kaum variierbar ist und der Personalbestand im Konjunkturverlauf meist nur verzögert und nicht in gleichem Umfang wie die Produktion verändert wird, sinken die Kapitalkosten und die Arbeitskosten in der Rezession langsamer als die Produktion und steigen dafür im Aufschwung weniger stark an. Die im Jahre 1994 eingetretene Verbesserung der Gewinn-Erlös-Relation ist deswegen nicht ungewöhnlich; im Jahre 1983, dem ersten Aufschwungsjahr des letzten Zyklus, stiegen die Gewinne, allerdings von niedrigerem Niveau aus, noch etwas stärker an.

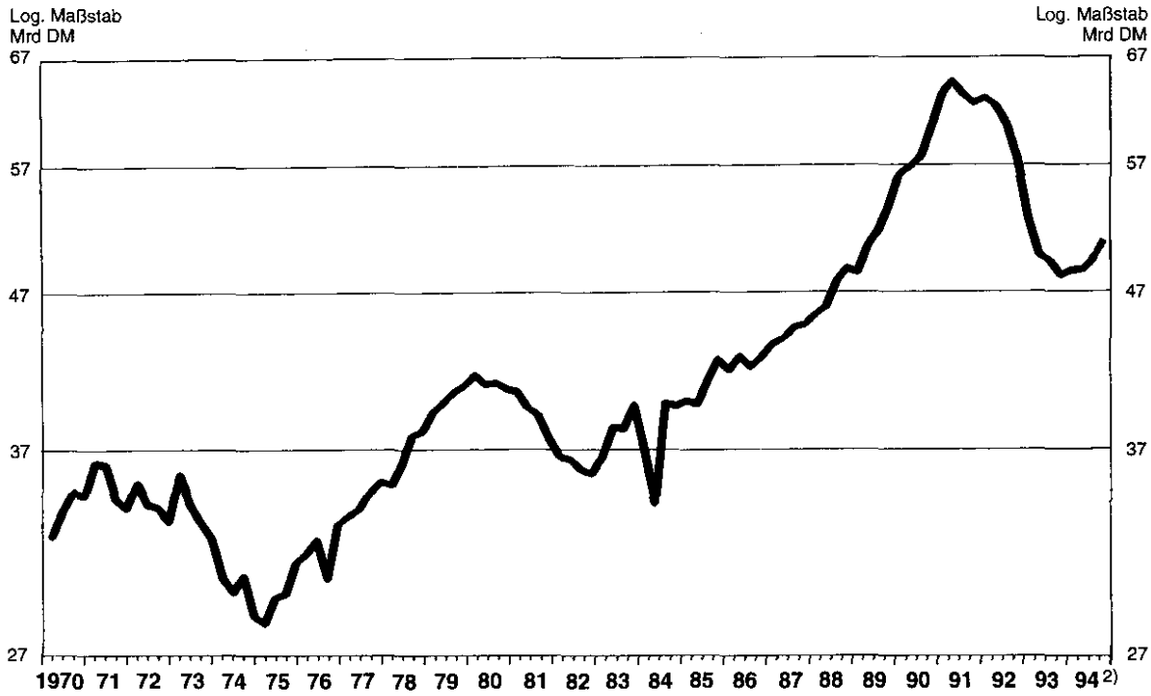
47. Mit dem Ertragszuwachs hat sich auch das Volumen an Eigenmitteln wieder erhöht, das den Unternehmen zur Investitionsfinanzierung zur Verfügung steht. Bereits im vergangenen Jahr war die Eigenmittelquote der Produktionsunternehmen in Westdeutschland, das heißt die Relation von Abschreibungen, einbehaltenen Gewinnen und staatlichen Vermögensübertragungen zu den gesamten Bruttoinvestitionen, nach Angaben der Bundesbank auf rund 90 vH gestiegen. Eine solche Entwicklung ist für Rezessionsphasen nicht untypisch, da die Investitionen dann im allgemeinen stark zurückgeführt werden. Im Jahre 1994 dürfte die Eigenmittelquote — vor allem aufgrund der Gewinnentwicklung — trotz zunehmender Investitionsausgaben weiter angestiegen sein. Von der Finanzierungsseite her gesehen ist das Fundament für eine weitere Belebung der Investitionstätigkeit daher gegeben.

Obwohl sich die Ertragssituation auch im Verarbeitenden Gewerbe verbessert hat, stellt sich hier die Lage noch recht ungünstig dar (Schaubild 7). Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die als Hilfsgröße für die Gewinnentwicklung herangezogen werden (zu den methodischen Proble-

Schaubild 6

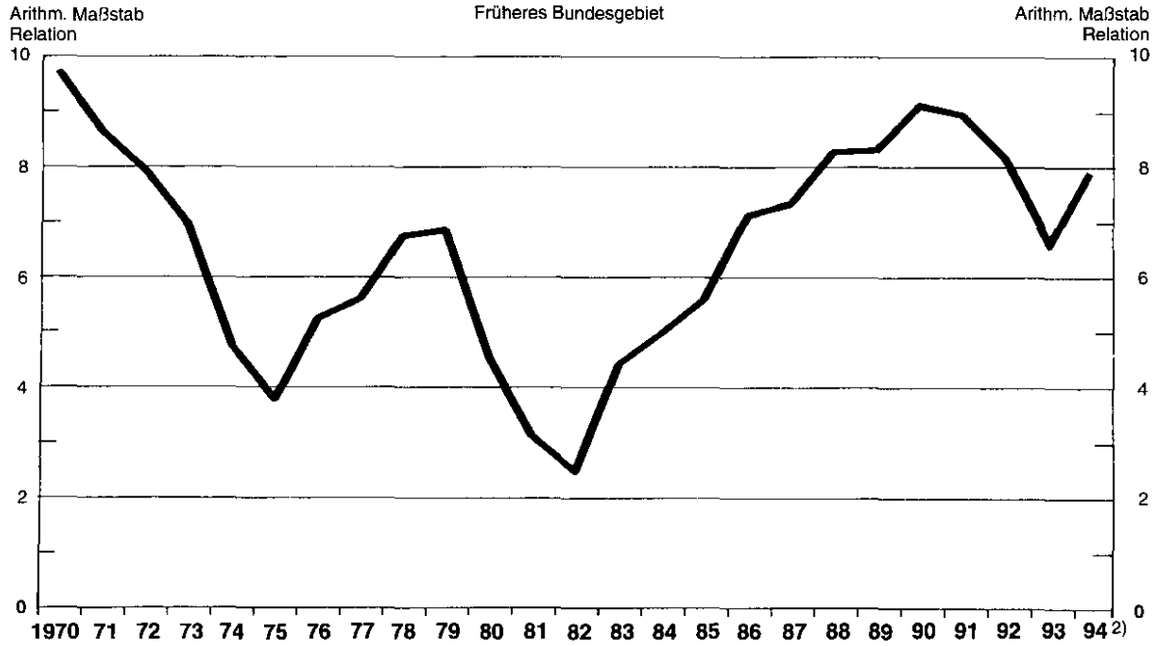
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN[1]

Früheres Bundesgebiet



GEWINN – ERLÖS – RELATION[3]

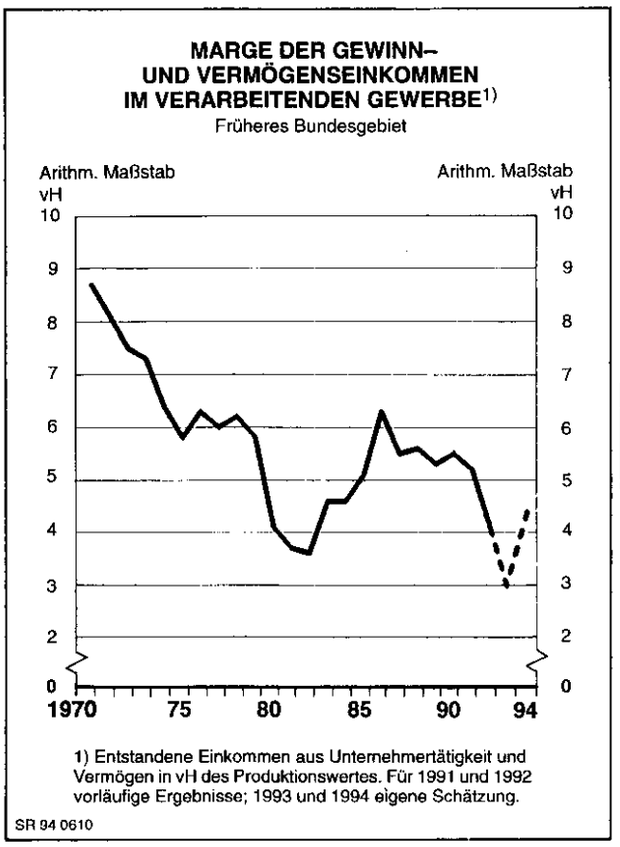
Früheres Bundesgebiet



1) Saisonbereinigt nach dem Census-Verfahren II, Version X–11. In Preisen von 1991; Gesamtwirtschaft ohne Staat. – 2) 3. und 4. Vierteljahr (Ausrüstungsinvestitionen) und Jahr 1994 (Gewinn – Erlös – Relation) eigene Schätzung. – 3) Produktionsunternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Wohnungsvermietung. Gewinne in vH der Erlöse; zur Methode siehe Anhang V, Abschnitt B.

SR 94 0612

Schaubild 7



men siehe JG 93 Ziffer 95), haben sich im Jahre 1994 in Relation zum Produktionswert zwar erhöht; sie liegen aber noch immer auf einem im langfristigen Vergleich niedrigen Niveau von 4,4 vH. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Industrieunternehmen in den letzten Jahren besonders hohe Kostensteigerungen zu verkraften hatten, die sie aufgrund des intensiven internationalen Wettbewerbs zudem nicht in die Preise überwälzen konnten.

48. In den **neuen Bundesländern** nahmen die Anlageinvestitionen nicht nur stärker als in den alten Bundesländern zu, mit real 16½ vH lag ihr Anstieg auch höher als im vergangenen Jahr. Vor allem die privaten Investitionen sind kräftig angestiegen, wobei den Dienstleistungsunternehmen, insbesondere dem Sektor Wohnungsvermietung, eine Führungsrolle zukam. Allein im Wohnungsbau wurden gut 10½ Mrd DM mehr als im Vorjahr investiert; dieser Bereich trägt damit rund die Hälfte zum gesamten Investitionsanstieg in Ostdeutschland bei. Zurückgegangen ist der Investitionszuwachs dagegen im Produzierenden Gewerbe. Die Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft und des Bergbaus stockten ihre Investitionen merklich auf, während im Verarbeitenden Gewerbe nur noch ein leichter Anstieg der Investitionen zu verzeichnen war.

49. Nach wie vor bestreiten westdeutsche Unternehmen einen erheblichen Teil der Anlageinvestitionen in den neuen Bundesländern. Unter Einrechnung von Bahn und Post sind es nach Schätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung über 60 vH. Der Anstieg ihrer Investitionen ist aber nicht mehr so stark wie in den vorangegangenen Jahren; im Jahre 1994 war er mit nominal rund 10 vH geringer als der der Anlageinvestitionen insgesamt. Im Verarbeitenden Gewerbe dürften in diesem Jahr vor allem selbständige ostdeutsche Betriebe für den Investitionszuwachs verantwortlich sein.

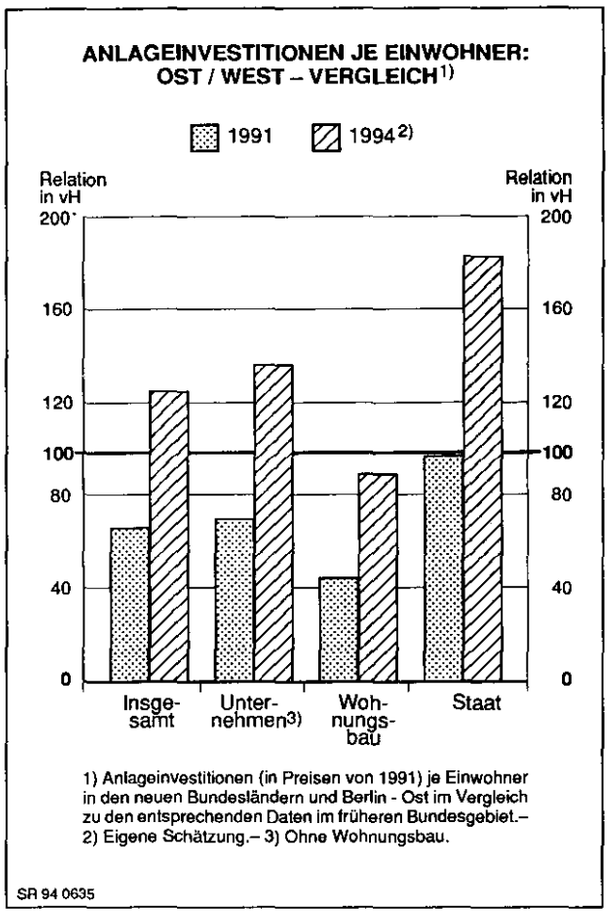
Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung weist allerdings darauf hin, daß die regionale Abgrenzung der Investitionen westdeutscher Unternehmen immer schwieriger wird, weil in zunehmendem Umfang Tochtergesellschaften in den neuen Bundesländern operieren und die Informationen nicht mehr gebündelt bei den Mutterunternehmen in Westdeutschland einzuholen sind. Darüber hinaus führen nicht alle Unternehmen einen exakten Nachweis ihrer Investitionen getrennt nach Wirtschaftsgebieten.

50. Soll die ostdeutsche Wirtschaft weiter aufholen, so muß der Kapitalstock hier schneller wachsen als in den alten Ländern. Dazu müßte in den neuen Bundesländern je Einwohner vergleichsweise mehr als im Westen investiert werden. Das war im Jahre 1994 in nahezu allen Investitionssparten der Fall. Die Unternehmensinvestitionen (ohne Wohnungsbau) und die staatlichen Investitionen, die beide schon im vergangenen Jahr je Kopf der Bevölkerung über den westdeutschen lagen, sind weiter angestiegen, und die Investitionen im Wohnungsbau, die bislang vor allem aufgrund der unsicheren Eigentumsverhältnisse und der Altschuldenproblematik stockten, nähern sich in raschem Tempo den westdeutschen Vergleichswerten an (Schaubild 8). Auch wenn bislang keine Daten zur Analyse des Wachstumspfades vorliegen, ist davon auszugehen, daß der Sachkapitalbestand in Ostdeutschland mit hohem Tempo wächst.

51. Blickt man auf die Jahre seit der deutschen Vereinigung zurück, so hat sich die Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern als robust erwiesen. Nicht einmal die starke Rezession in Westdeutschland hat zu einem Rückgang der Investitionen im Osten geführt, lediglich die Zuwächse gingen zurück. Zum Teil hat die Robustheit mit dem stetigen Anstieg der öffentlichen Investitionen zu tun, der nun, nachdem die ärgsten Engpässe in der Infrastruktur überwunden sind, allmählich geringer wird. Zum anderen erwiesen sich aber auch die Unternehmensinvestitionen als wenig konjunkturreagibel. Westdeutsche Unternehmen haben ihre Investitionen in den neuen Bundesländern weiter erhöht, während sie diese in den alten Bundesländern drastisch zurückgefahren haben. Offenbar dienten viele Investitionsprojekte in den neuen Bundesländern strategischen Zielen, die nicht durch eine Konjunkturschwäche obsolet werden, beispielsweise der Markterschließung, der Sicherung von Vertriebsnetzen und der Kostensenkung durch günstigere Produktionsbedingungen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß der Treuhandanstalt in beträchtlichem Umfang verbindliche Investitionszusagen gegeben worden waren und daß die massive finanzielle Förderung einen starken Anreiz bot, Investitionen auch in konjunkturell schwieriger Zeit durchzuziehen.

Die Investitionsförderung blieb auch im Jahre 1994 hoch. Allein für die Regionalförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regiona-

Schaubild 8



len Wirtschaftsstruktur" und des Europäischen Regionalfonds beträgt der Verfügungsrahmen wie im Jahre 1993 rund 14 Mrd DM. Für die ERP-Programme wurden 10 Mrd DM bereitgestellt. Darüber hinaus konnte auch im Jahre 1994 von Sonderabschreibungen und von der Investitionszulage Gebrauch gemacht werden. Investitionen, für die eine Investitionszulage gezahlt werden kann, müssen nach dem derzeitigen Rechtsstand bis zum 1. Januar 1996 beantragt und bis zum 1. Januar 1997 abgeschlossen sein. Der Fördersatz beträgt allerdings seit Mitte des Jahres 1994 nicht mehr 8 vH, sondern grundsätzlich 5 vH. Mittelständische Unternehmen erhalten Zulagen in Höhe von 10 vH der Investitionssumme (bis 5 Mio DM).

52. Die Frage, ob in Ostdeutschland inzwischen hinreichend gute Investitionsbedingungen geschaffen worden sind, damit sich die Investitionstätigkeit weiter festigen und verstärken kann, ist im ganzen positiv zu beantworten:

— Die Privatisierung von früheren Staatsunternehmen ist praktisch abgeschlossen. Die Treuhandanstalt führt derzeit nur noch 144 Unternehmen mit rund 42 500 Beschäftigten im Angebotsbestand, darunter auch einige größere Sanierungsfälle mit mehr als 1 000 Beschäftigten pro Unternehmen. Ein Teil davon wird zunächst unter die Obhut einer Beteiligungsgesellschaft des Bundes gelangen. Mit der Privatisierung hat sich nicht allein die Anzahl der sich eigenständig am Markt behauptenden Unternehmen weiter erhöht, es dürfte damit auch eine gewisse Stabilisierung der Märkte einhergehen, weil die Unsicherheit über die Konkurrenzverhältnisse, die durch die Privatisierungswelle und die hohe Subventionierung der letzten Jahre verursacht wurde, nun nachläßt.

— Die wirtschaftsnahe Infrastruktur hat sich aufgrund der hohen Investitionen der vergangenen Jahre erheblich verbessert, ihre Mängel werden nicht mehr zu den vorrangigen Investitionshemmnissen gezählt. Die Gebietskörperschaften sowie die Deutsche Bundespost Telekom und die Deutsche Bahn AG dürften ihr Investitionsvolumen im Jahre 1994 in etwa auf dem hohen Niveau des Vorjahres von rund 37 Mrd DM gehalten haben.

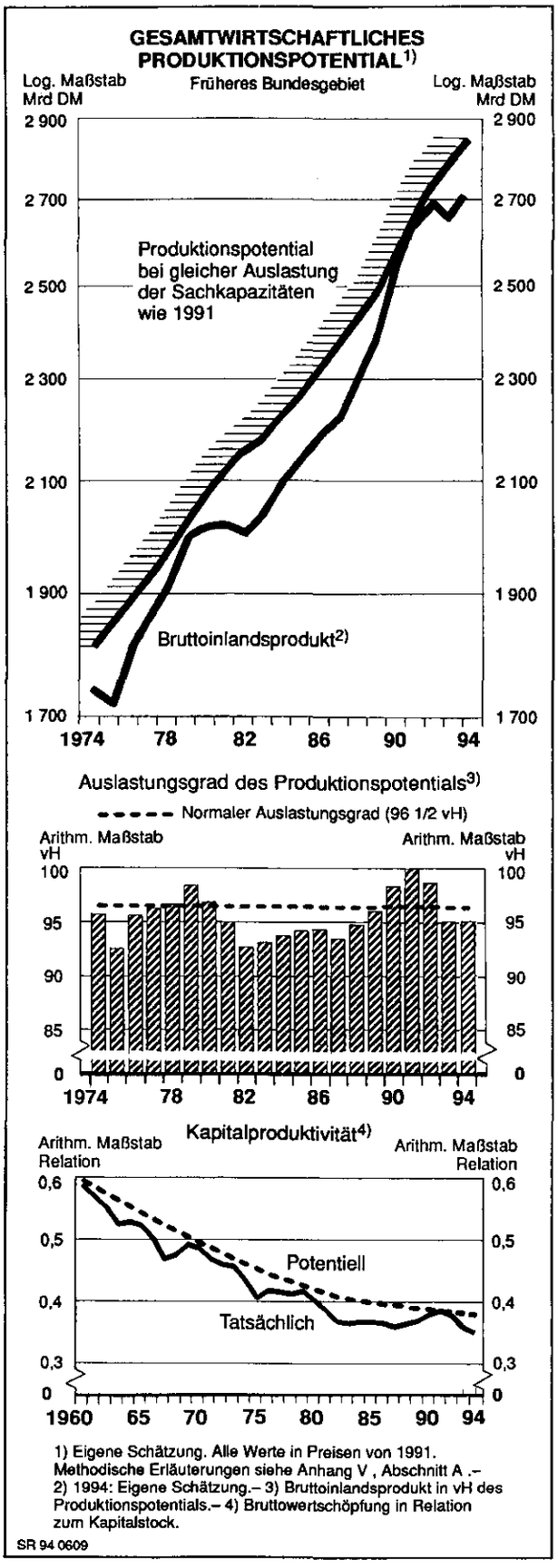
— Die Problematik ungeklärter Eigentumsverhältnisse hat zumindest für gewerbliche Investitionsvorhaben als Investitionshemmnis ebenfalls an Bedeutung verloren. Die noch immer hohe Anzahl von 1,7 Millionen ungeklärten Eigentumsansprüchen dürfte vor allem im Wohnungsbau einer noch stärkeren Expansion entgegenstehen (Ziffer 86).

53. Die Unternehmen in den neuen Bundesländern werden ihre Investitionen in den kommenden Jahren allmählich stärker aus eigener Kraft und über den Markt finanzieren müssen. Damit sie das können, muß sich ihre Ertragskraft weiter verbessern. Nach einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank haben die Unternehmen bereits im Jahre 1992 ihre Verluste beträchtlich senken können. Die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen haben eine deutlich steigende Tendenz. Mehr und mehr Unternehmen haben Anlaufverluste offenbar überstanden und mit einer Verbesserung der Auftragslage kostengünstigere Auslastungsgrade erreicht.

Nur leicht erhöhtes Wachstum der Produktionskapazitäten

54. Der bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1992 einsetzende und bis ins Jahr 1994 währende Rückgang der gewerblichen Investitionen in Westdeutschland hatte eine erhebliche Verlangsamung im Wachstum des Kapitalstocks auf rund 2 vH zur Folge. Zu Beginn der neunziger Jahre war der Sachkapitalbestand im Unternehmenssektor — auch dank der wirtschaftlichen Impulse durch die deutsche Vereinigung — noch mit über 3½ vH jährlich gestiegen. Parallel zur Entwicklung des Kapitalstocks ist auch der Zuwachs des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials in Westdeutschland zurückgegangen (Schaubild 9); im Jahre 1994 lag er ebenfalls bei rund 2 vH. Es ist zwar denkbar, daß die Ausweitung der Produktionskapazitäten damit etwas unterschätzt wird, weil der Trend der Kapitalproduktivität — vor allem aufgrund der Rationalisierungsbestrebungen in vielen Unternehmen — weniger stark als früher abnehmen könnte, doch ist das zum gegenwärtigen Zeitpunkt empirisch noch nicht nachweisbar. In den letzten drei Jahren ging, wie immer in Rezessionsphasen, die Kapitalpro-

Schaubild 9



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1991. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V , Abschnitt A .– 2) 1994: Eigene Schätzung.– 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.– 4) Bruttowertschöpfung in Relation zum Kapitalstock.

SR 94 0609

duktivität recht stark zurück. Ob sie im Zuge der bevorstehenden Konjunkturbelebung überdurchschnittlich ansteigen wird und damit das Potentialwachstum verstärkt, bleibt abzuwarten.

Obwohl die Produktionskapazitäten im Jahre 1994 nicht stark erweitert wurden und die Produktion deutlich stieg, nahm der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad in Westdeutschland nur geringfügig zu. Er liegt nach unseren Berechnungen mit einem Wert von 95,3 vH nicht sehr weit unterhalb des Wertes von 96½ vH, den wir als Normalauslastung ansehen. Es gibt damit nicht in so großem Umfang ungenutzte Produktionskapazitäten, wie das in früheren Rezessionsphasen der Fall war. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Produktionskapazitäten im Jahre 1991 stärker als jemals zuvor seit Anfang der sechziger Jahre ausgelastet waren, so daß selbst die starke Rezession des Jahres 1993 keine massive Unterauslastung bewirkt hat.

55. Produktion und Auslastungsgrad haben sich in den einzelnen Branchen allerdings sehr unterschiedlich entwickelt. Während im Verarbeitenden Gewerbe nach dem Einbruch des Jahres 1993 wieder mehr produziert wurde, war hier ein nur schwaches Kapazitätswachstum zu verzeichnen. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, die auf Unternehmensbefragungen beruhen und daher methodisch nicht mit unseren gesamtwirtschaftlichen Berechnungen kompatibel sind, dürften die industriellen Produktionskapazitäten im Jahre 1994 nur noch um 1 vH gestiegen sein. Demzufolge ist die Kapazitätsauslastung in der Industrie im September wieder auf einen Wert von 83,7 vH angestiegen. Ihren Tiefpunkt hatte die Kapazitätsauslastung nach diesen Berechnungen bereits im September 1993 erreicht, damals lag sie bei 78,0 vH.

Deutliche Produktionszuwächse haben vor allem die Unternehmen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes erzielen können, ebenso die des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, dessen Erzeugung im Jahre 1993 mit 11,5 vH auch im Vergleich mit früheren Konjunkturzyklen überaus stark zurückgegangen war. Der Anstieg im Jahre 1994 spiegelte die sich wiederbelebende Investitionskonjunktur; neben dem Straßenfahrzeugbau wurden vor allem der Maschinenbau und die Elektrotechnik hierdurch begünstigt. Auch im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe hat sich die Produktion im Laufe des Jahres erhöht; allerdings lag sie in den ersten neun Monaten aufgrund der insgesamt schwachen Konsumgüternachfrage noch unter dem entsprechenden Vorjahresstand.

56. Angesichts der noch immer unvollkommenen Datenlage hinsichtlich der Entwicklung des Kapitalstocks in den neuen Bundesländern ist es nicht möglich, ein Produktionspotential und einen Kapazitätsauslastungsgrad für dieses Wirtschaftsgebiet zu ermitteln. Für bestimmte wirtschaftspolitische Fragestellungen, für die ein gesamtdeutsches Produktionspotential benötigt wird, kann hilfsweise die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in den neuen Bundesländern als Näherungsgröße für die Entwicklung des Produktionspotentials verwendet werden. Das Für und Wider dieser Vorgehensweise wurde im letzten

Jahresgutachten besprochen (JG 93 Ziffer 97). Da das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland um gut 9½ vH gestiegen ist, errechnet sich unter dieser Hilfsannahme für Deutschland insgesamt ein Wachstum des Produktionspotentials von knapp 3 vH.

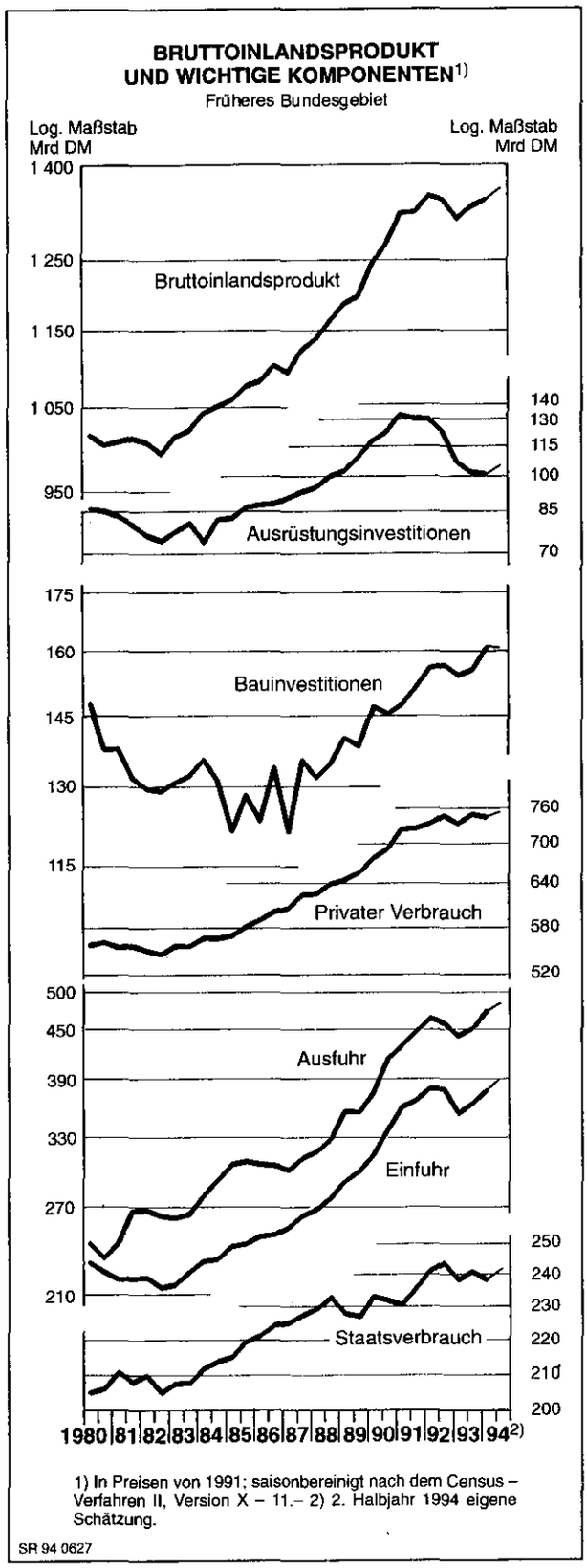
Die tatsächliche Produktionsentwicklung in Ostdeutschland gibt Hinweise darauf, daß zunehmend rentabel nutzbare Angebotskapazitäten entstehen. Im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes expandiert die Produktion in allen bedeutenden Wirtschaftszweigen, auch in solchen, die in starkem Maße internationalem Wettbewerb ausgesetzt sind. Die Aufwärtsentwicklung in der Industrie hat die Nachfrage nach produktionsnahen Dienstleistungen erhöht, nachdem in den vorangegangen Jahren vor allem die konsumorientierten Dienstleistungen stark zugenommen hatten. Erhebliche zusätzliche Produktionskapazitäten sind auch in der Bauwirtschaft entstanden. Dafür ist insbesondere die hohe Nachfrage nach Wohnbauten verantwortlich.

IV. Westdeutschland: Deutliche Konjunkturerholung

57. Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in Westdeutschland wurde von der Auslandsnachfrage angestoßen und weit in das laufende Jahr hinein getragen (Schaubild 10). Daneben waren die Investitionen im Wohnungsbau eine wichtige Stütze der Konjunktur. Verbesserte Investitionsbedingungen — steigende Erträge und zunehmende Nachfrage — belebten auch die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen, die in der zweiten Jahreshälfte erstmals seit mehr als zwei Jahren über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums gelegen haben dürften. Trotz dieser deutlichen Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen wird das ausgesprochen niedrige Volumen des Vorjahres nicht übertroffen werden.

Der Private Verbrauch lag auch in diesem Jahr nur wenig über dem Vorjahresniveau. Ausschlaggebend für die schwache Entwicklung des Privaten Verbrauchs waren die geringen Einkommenszuwächse. Im Jahre 1994 lag das nominale verfügbare Einkommen leicht über dem Vorjahresniveau, aufgrund der immer noch recht hohen Preissteigerungsrate hatten die privaten Haushalte jedoch real kaum Zuwächse. Zwar reagierten die Verbraucher auf die verschlechterte Einkommenssituation zunächst mit einer erneuten Reduktion ihrer Sparquote und trugen dadurch maßgeblich zur überraschend guten Entwicklung zu Jahresbeginn bei. Steigende Zinsen am Kapitalmarkt und die Erwartung steigender Steuer- und Abgabenbelastungen dürften die privaten Haushalte dazu veranlaßt haben, ihre Sparquote in der zweiten Jahreshälfte nicht weiter zurückzuführen. Somit gingen vom Privaten Verbrauch im Jahresverlauf keine deutlichen Impulse aus. Der Staatsverbrauch wirkte ebenfalls retardierend und verharrte auf seinem Vorjahresniveau. Unter dem Zwang zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat sich der Ausgabenanstieg bei den Gebietskörperschaften deutlich abgeflacht; die Zunahme des Staatsverbrauchs im zweiten Halbjahr — im ersten Halbjahr war er noch rückläufig — ist vor allem auf die erhöhten Ausgaben der Sozialversicherungen zurückzuführen.

Schaubild 10



Die Preisentwicklung im Jahre 1994 bietet kaum Anlaß zur Zufriedenheit. Zwar verlangsamte sich der

Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, gleichwohl fiel er mit einer Jahresrate von 3 vH noch recht hoch aus. Auf den der Verbrauchsebene vorgelagerten Wirtschaftsstufen setzte sich die günstige Entwicklung der beiden Vorjahre nicht weiter fort, so daß hier mittlerweile preissteigernde Tendenzen auch für die Lebenshaltung der privaten Haushalte angelegt sind.

Export: Hauptmotor der Konjunktur

58. Hauptantriebskraft der konjunkturellen Erholung im Jahre 1994 war die Warenausfuhr. Die leicht aufwärts gerichtete Entwicklung der Auslandsaufträge im Verarbeitenden Gewerbe vom Vorjahr beschleunigte sich in den ersten Monaten dieses Jahres, so daß die Belebung der Warenexporte, die mit der üblichen Verzögerung eingesetzt hatte, im Jahresverlauf anhielt. Ursache für den Anstieg der Auslandsnachfrage war die konjunkturelle Belebung, die nun neben den Vereinigten Staaten und Großbritannien auch weitere wichtige Handelspartner erfaßte und zu der expansive Impulse der Nachfrage aus den mittel- und osteuropäischen Ländern und aus Ostasien hinzutraten. Zugute kam dem westdeutschen Export, daß in konjunkturellen Aufschwungsphasen die Nachfrage nach Investitionsgütern, die im Produktsortiment der westdeutschen Anbieter einen hohen Anteil besitzen, regelmäßig stark ansteigt; das schlug sich in einem um mehr als 11 vH höheren Niveau der Ausfuhr von Investitionsgütern in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum nieder.

Aufgrund dieser günstigen Angebotsstruktur der westdeutschen Unternehmen lag die Steigerungsrate der westdeutschen Warenausfuhr über der Steigerungsrate des gesamten Weltexports. Die Erholung der westdeutschen Warenausfuhr darf jedoch nicht den Blick auf die Probleme hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf wichtigen Zukunftsmärkten verstellen, die wir im letzten Jahresgutachten ausführlich analysiert haben (JG 93 Ziffern 190ff.). Zudem sind die Zahlen des westdeutschen Warenhandels durch die Einführung der Intrahandelsstatistik zum 1. Januar 1993 mit größerer Unsicherheit behaftet; eine unmittelbare Vergleichbarkeit der Daten mit denen der Vorjahre ist infolge dieses methodischen Bruchs nicht uneingeschränkt möglich.

59. Für die westdeutschen Exportunternehmen war es von besonderer Bedeutung, daß die Nachfrage der Partnerländer der Europäischen Union, die etwa die Hälfte der deutschen Warenexporte aufnehmen, nach dem drastischen Rückgang des Vorjahres wieder zunahm (Tabelle 11). Gleichwohl wurde das Niveau der Ausfuhr in diese Länder von Anfang der neunziger Jahre noch nicht wieder erreicht. Die Aufwertung der D-Mark im Zusammenhang mit der Neuordnung des Europäischen Währungssystems Ende des Jahres 1992, die im Vorjahr den Export in die westeuropäischen Partnerländer noch beeinträchtigte, wirkte sich in diesem Jahr nicht mehr so deutlich aus. Vielmehr waren es nun vor allem konjunkturell bedingte Impulse, die die Entwicklung und die Länderstruktur der westdeutschen Warenausfuhr bestimmten. Die Ausfuhr nach Großbritannien, wo die konjunkturelle Erholung schon früher eingesetzt hatte, war im Vorjahr am wenigsten stark zurückgegangen und stieg in der ersten Hälfte dieses Jahres um 4,5 vH an. Die unterdurchschnittliche Belebung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Italien ließ es nicht zu, daß der starke Einbruch der westdeutschen Warenexporte in dieses Land vom Vorjahr im laufenden Jahr in nennenswertem Umfang wettgemacht werden konnte. Die Warenausfuhr nach Portugal, dem Land mit dem niedrigsten Zuwachs an gesamtwirtschaftlicher Aktivität innerhalb der Europäischen Union, ging auch in diesem Jahr erneut drastisch zurück.

60. Dynamischer als die Ausfuhr in die Partnerländer der Europäischen Union entwickelte sich der Export nach Nordamerika. Die hohe Steigerungsrate der Warenausfuhr in die Vereinigten Staaten vom Vorjahr wurde in den ersten sechs Monaten dieses Jahres deutlich übertroffen, und auch der Export nach Kanada nahm ähnlich kräftig zu. Die deutliche Abwertung beider nordamerikanischer Währungen seit Mitte dieses Jahres dürfte mittlerweile jedoch zu einer Abschwächung dieser dynamischen Entwicklung geführt haben. Der Importsog der mittel- und osteuropäischen Länder hielt in diesem Jahr nicht nur an, sondern verstärkte sich nochmals; vier Jahre mit zweistelligen Steigerungsraten des westdeutschen Exports haben dazu geführt, daß auf diese Ländergruppe mittlerweile ein Anteil von rund 6 vH (im Jahre 1993) an der Warenausfuhr entfällt; das ist mehr als die Summe aus den Anteilen der OPEC-Länder und Lateinamerikas. Die hohe Steigerungsrate der Warenausfuhr im Vorjahr in die ostasiatischen Schwellenländer konnte in der ersten Hälfte des Jahres 1994 übertroffen werden; der Warenexport nach China lag nur wenig unter dem Vorjahresniveau. Auch die kräftige Zunahme der Warenausfuhr in die lateinamerikanischen Länder, die Anfang der neunziger Jahre zu beobachten war, setzte sich fort.

61. Neben der guten oder zumindest gebesserten konjunkturellen Lage bei wichtigen Handelspartnern wirkte sich auf die Warenausfuhr auch die durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen in den Unternehmen und niedrigere Lohnstückkosten als im Vorjahr verbesserte Situation auf der Kostenseite positiv aus. Es war den Unternehmen aus diesem Grunde möglich, verlorengegangene Marktanteile auch durch Preiszugeständnisse zumindest teilweise zurückzugewinnen. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß die Kostenbelastung deutscher Unternehmen sowohl bei den Arbeitskosten als auch infolge der Steuer- und Abgabenbelastung im internationalen Vergleich nach wie vor hoch ist und somit weitgehende Preiszugeständnisse erschwert. Die konjunkturelle Erholung in wichtigen Partnerländern erlaubte es zwar, stellenweise auch Preiserhöhungen durchzusetzen; die Entwicklung der Ausfuhrpreise mit einer Rate von 0,8 vH in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zeigt jedoch, daß der internationale Wettbewerb die Preiserhöhungsspielräume weiterhin eng hielt.

62. Die Belebung im Warenhandel erstreckte sich jedoch nicht nur auf die Ausfuhr, auch die westdeut-

Tabelle 11

Ausfuhr aus Westdeutschland in ausgewählte Länder und Ländergruppen [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH

Länder und Ländergruppen	Anteil 1993 in vH [2])	1984 bis 1993 [3])	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993 [4])	1994 1. Hj. [4])
Insgesamt	100	2,6	10,0	- 2,0	0,2	7,6	12,9	0,3	0,9	1,4	- 6,2	6,4
Europäische Union	50,5	2,8	9,7	0,1	3,9	10,9	14,4	- 0,6	1,9	1,3	-13,9	0,3
davon:												
Belgien und Luxemburg	6,9	2,5	8,7	0,6	4,5	8,2	9,4	3,9	1,1	1,7	-13,5	- 0,9
Dänemark	1,8	1,2	17,8	3,4	- 8,6	1,0	7,3	- 1,4	2,3	4,3	-12,4	4,6
Frankreich	12,5	2,6	4,3	- 2,6	2,0	12,0	18,3	- 0,6	3,6	- 0,5	-10,9	- 1,4
Griechenland	1,0	2,8	10,3	- 4,4	- 5,0	11,6	16,5	- 1,4	0,0	17,8	-15,5	- 5,8
Großbritannien [5])	8,1	2,3	13,3	- 3,0	4,6	13,4	12,3	- 7,7	- 8,0	2,4	- 3,1	4,5
Irland	0,4	2,9	23,7	- 3,4	- 8,7	5,7	22,0	- 8,2	5,0	1,9	- 6,1	22,1
Italien	7,7	2,5	11,0	2,6	7,4	12,2	15,8	0,3	1,5	1,6	-23,7	3,1
Niederlande	7,8	1,4	9,8	- 1,7	1,4	6,7	10,6	- 0,2	1,9	- 0,5	-13,0	- 0,4
Portugal	1,0	12,1	20,3	10,6	26,6	23,6	21,2	7,5	25,8	- 5,6	-13,0	-16,4
Spanien	3,3	10,0	13,0	24,4	20,0	19,1	25,4	4,8	15,7	3,5	-25,2	- 2,7
Westliche Industrieländer [6])	29,4	2,0	14,3	1,2	- 1,4	3,7	9,1	1,3	- 5,0	- 2,9	- 1,1	11,9
darunter:												
Vereinigte Staaten	7,5	-0,1	18,6	- 0,6	- 9,6	- 8,4	2,1	0,5	-11,3	2,2	9,4	19,8
Kanada	0,6	-1,1	26,7	- 3,5	- 9,9	1,8	5,6	- 8,0	5,5	-15,7	- 6,2	19,2
Japan	2,5	9,5	14,0	10,4	21,1	24,3	16,4	14,1	- 5,5	-10,9	7,1	23,6
Österreich	6,0	4,7	12,6	2,6	1,0	12,2	10,7	4,5	6,3	0,7	- 6,8	5,1
Schweden	2,0	-0,5	13,5	0,1	7,4	5,1	10,2	- 9,3	-11,9	- 2,0	-13,4	16,5
Schweiz	5,4	2,9	11,5	7,5	3,5	7,2	10,8	0,8	- 2,6	- 5,5	- 5,2	7,0
Mittel- und osteuropäische Länder [7])	5,9	6,7	5,4	- 8,4	- 9,3	11,0	24,5	- 4,3	10,9	15,8	20,8	23,4
Ost- und südostasiatische Schwellenländer [8])	4,2	11,0	7,1	- 4,3	13,8	21,1	24,6	6,9	12,3	3,2	17,5	22,9
Volksrepublik China	1,5	13,5	116,1	- 3,2	-19,6	- 1,6	-6,2	-15,9	1,7	41,7	67,0	- 4,0
Mittel- und Südamerika [9])	2,3	2,7	- 6,0	- 4,8	0,5	-13,9	25,9	3,0	8,1	6,6	9,5	10,2
darunter:												
Mexiko	0,7	10,0	31,2	-19,4	-22,6	13,6	53,5	12,3	40,4	6,1	- 1,3	6,1
Argentinien, Brasilien und Chile	1,1	1,6	-19,7	6,4	1,9	-11,1	11,1	- 3,2	1,7	11,7	22,5	8,7
Weitere Entwicklungsländer [10])	3,0	0,0	9,0	-10,9	- 8,9	- 3,7	7,7	- 0,7	0,3	8,1	1,0	14,7
OPEC-Länder [11])	2,9	-4,8	-10,3	-29,3	-20,1	8,8	6,0	11,2	16,8	7,3	-21,0	- 0,6
Verschiedene [12])	0,3	0,5	8,2	-34,9	-20,9	- 1,9	22,6	3,1	1,9	-10,1	65,3	-14,1

[1]) Spezialhandel nach Bestimmungsländern.
[2]) Anteile an der Gesamtausfuhr.
[3]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[4]) Ergebnisse für 1993 und 1994 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet.
[5]) Einschließlich Nordirland.
[6]) In Europa ohne die Länder der Europäischen Union, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika, Vereinigte Staaten.
[7]) Ehemalige Staatshandelsländer (Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, ehemalige Tschechoslowakei, Ungarn).
[8]) Hongkong, Malaysia, Südkorea, Singapur, Taiwan, Thailand.
[9]) Mittel- und Südamerika ohne Venezuela.
[10]) Afrika (ohne Republik Südafrika), Asien (ohne Japan, südostasiatische Schwellenländer und Volksrepublik China), Ozeanien; ohne OPEC-Länder.
[11]) Algerien, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
[12]) Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

sche Wareneinfuhr zog nach dem Einbruch im Vorjahr ähnlich kräftig an wie die Ausfuhr. An der steigenden Importnachfrage partizipierten die westdeutschen Handelspartner in unterschiedlichem Maße. Während die Importe aus den Partnerländern der Europäischen Union im Durchschnitt nur leicht über dem niedrigen Vorjahresniveau lagen und die Einfuhr aus Japan stagnierte, konnten verschiedene westliche Industrieländer außerhalb der Europäischen Union, insbesondere die Vereinigten Staaten, aber auch die mittel- und osteuropäischen Staaten ebenso wie China, ihre Exporte nach Westdeutschland deutlich steigern.

63. Durch die dynamische Entwicklung im westdeutschen Warenhandel dürfte sich der — nur für Gesamtdeutschland ausgewiesene — Saldo der Handelsbilanz in diesem Jahr um rund 26 Mrd DM auf ungefähr 87 Mrd DM deutlich erhöht haben. Die Dienstleistungsbilanz wies jedoch erneut einen Passivsaldo auf, der mit rund 70 Mrd DM um mehr als drei Viertel höher liegen dürfte als im Vorjahr. Entscheidend war hierfür die Entwicklung bei den Nettokapitalerträgen aus dem Ausland, die schon im Jahre 1993 um fast 10 Mrd DM und in den ersten neun Monaten dieses Jahres um weitere 15 Mrd DM zurückgegangen sind. Ebenso hat sich die Reiseverkehrsbilanz weiter passiviert; zum einen waren die Einnahmen aus dem Reiseverkehr rückläufig, zum andern stiegen die Ausgaben weiter an, und zwar stärker als noch im Vorjahr. Das Defizit in der Übertragungsbilanz lag mit gut 52 Mrd DM ungefähr auf dem Vorjahresniveau. Somit dürfte das gesamtdeutsche Leistungsbilanzdefizit im Jahre 1994 bei rund 43 Mrd DM und damit wieder deutlich über dem Vorjahresstand von 33,2 Mrd DM gelegen haben.

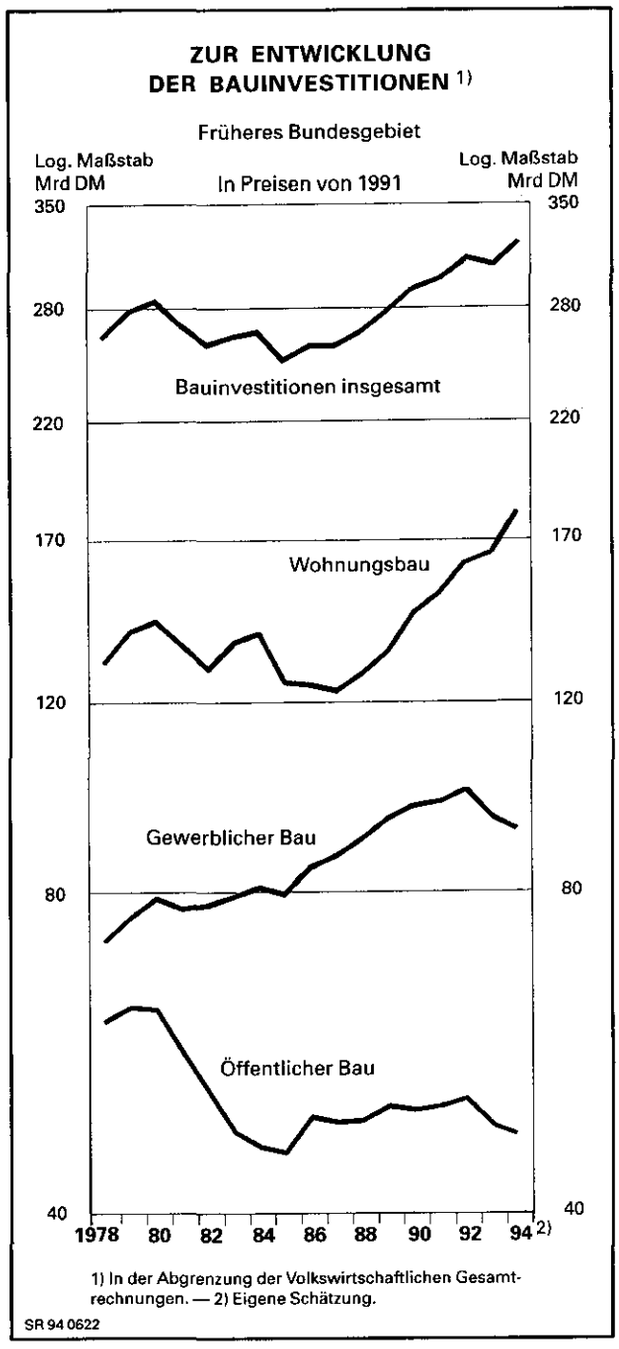
Wohnungsbau treibt Baukonjunktur an

64. Neben dem Warenexport waren die Bauinvestitionen eine wesentliche Stütze der konjunkturellen Aufwärtsbewegung des laufenden Jahres. Allerdings war die Entwicklung im Bauhauptgewerbe wie schon im Vorjahr gespalten. Während sich die Dynamik im Wohnungsbau zunächst nochmals verstärkte und sich erst in der zweiten Jahreshälfte abgeschwächt hat, gingen vom gewerblichen und vom öffentlichen Bau vorerst keine expansiven Impulse aus (Schaubild 11).

Da die Unternehmen von einer Erweiterung der Produktionskapazitäten im Jahre 1994 vielfach absahen, lagen die Investitionen in gewerbliche Bauten im Jahre 1994 um knapp 2½ vH unter dem Vorjahresstand; im Vorjahr hatte der Rückgang noch 5,5 vH betragen. Gleichwohl flachte im Jahresverlauf, als sich die Investitionskonjunktur zunehmend besserte, der Rückgang im gewerblichen Bau ab.

Die ausgabenseitigen Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand trafen erneut die Investitionen. Der Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen, der schon im Vorjahr begonnen hatte, setzte sich im laufenden Jahr fort, wenngleich in etwas schwächerem Maße. Nach dem Rückgang um 4,3 vH im vergangenen Jahr fielen die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahre 1994 um knapp 3 vH geringer aus als 1993.

Schaubild 11



65. Die kontraktiven Impulse aus dem gewerblichen und dem öffentlichen Bau wurden, anders als im Vorjahr, durch die überaus dynamische Entwicklung im Wohnungsbau überkompensiert. Im Jahresdurchschnitt übertrafen die Wohnungsbauinvestitionen das Vorjahresniveau um real 9 vH, nachdem sie im Jahre 1993 um 3,2 vH gestiegen waren. Dies ist die höchste Zuwachsrate seit mehr als zwanzig Jahren, nur im Jahre 1990 war sie mit 8,5 vH ähnlich hoch. Auch die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen wird mit rund 500 000 Einheiten in diesem Jahr für Westdeutschland einen neuen Höchststand seit 1974 erreichen. Damit scheint allerdings der vorläufige Höhepunkt einer nun schon im sechsten Jahr anhaltenden Expansion im Wohnungsbau erreicht zu sein; im Jahresverlauf rück-

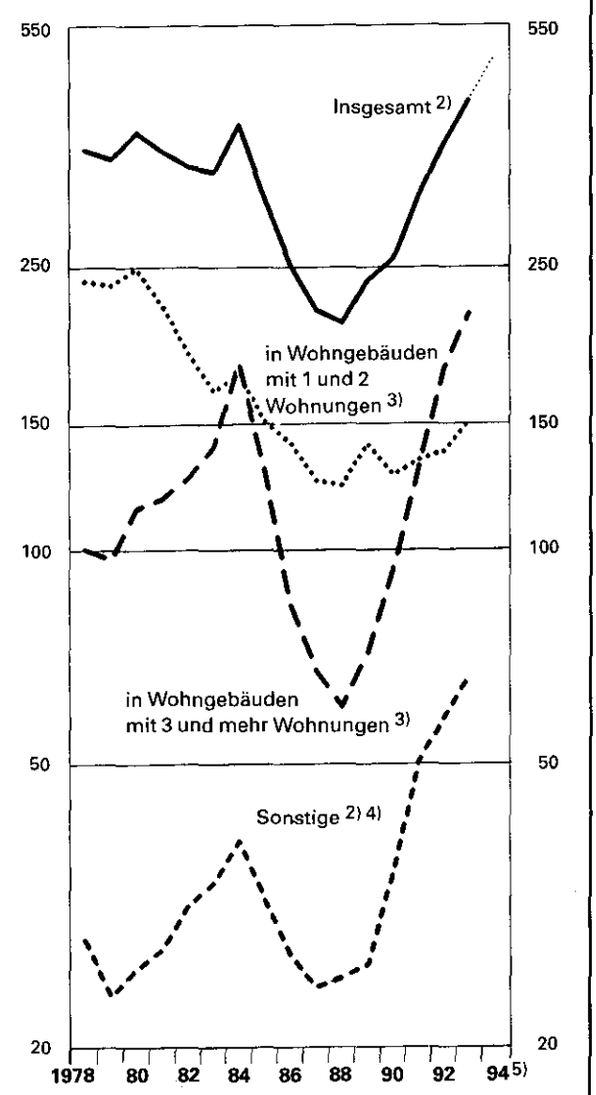
läufige Auftragseingänge im Wohnungsbau und die sich abschwächende Dynamik der Wohnungsbauinvestitionen legen diese Vermutung nahe. Die Ausweitung des Bestandes an Wohnbauten dürfte zu einer Verschlechterung der in den vergangenen Jahren offenbar hervorragenden Renditeerwartungen potentieller Investoren geführt haben.

Konjunkturelle Zyklen im Wohnungsbau weisen von den Zyklen der Gesamtwirtschaft abweichende Periodenlängen und größere Amplituden auf. Besonders ausgeprägt ist der Zyklus in den Jahren nach 1978. In diesem Zeitraum wurden die Wirkungen ökonomischer Faktoren wie die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und der Preisrelationen besonders verstärkt durch demographische Einflüsse und ein Wechselbad staatlicher Interventionspolitik. Mit der Anfang der siebziger Jahre einsetzenden Stagnation der Bevölkerung Westdeutschlands, die bis ins Jahr 1987 anhielt, verfestigte sich die Einstellung bei potentiellen Investoren, im Wohnungsbau seien in Zukunft nur geringe Renditen zu erzielen. Auch herrschten zu Beginn und Mitte der achtziger Jahre pessimistische Wertsteigerungserwartungen vor, die noch durch den im Jahre 1985 erstmalig zu beobachtenden Rückgang der Bodenpreise auf breiter Front gestützt wurden. Zudem ging von den nach dem zweiten Ölpreisschock für einige Jahre in realer Rechnung rückläufigen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ein dämpfender Einfluß auf die Nachfrage nach Wohnraum aus. Der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen in den Jahren 1985 bis 1987 wurde durch das zeitgleiche Auslaufen staatlicher Förderprogramme verschärft. So war die Gewährung von Zinszuschüssen aus dem Programm zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen an Fertigstellungsfristen gebunden, was zu Vorzieheffekten führte, und das Auslaufen der steuerlichen Vorteile und der Wegfall der Mehrwertsteueroption bei Bauherrenmodellen schlug bei den Investitionen in Mehrfamilienhäuser negativ zu Buche. Der Bund zog sich 1986 aus der Finanzierung des Sozialmietwohnungsbaus vollständig zurück, so daß auch aus diesem Grunde die Anzahl der bewilligten Sozialwohnungen von ungefähr 130 000 Einheiten Ende der siebziger Jahre auf weniger als 40 000 im Jahre 1988 sank.

Der 1988 einsetzende und bis heute anhaltende Aufschwung im Wohnungsbau läßt sich aus dem Umschlagen in der Entwicklung der genannten Faktoren im Laufe der achtziger Jahre erklären. Seit 1985 ist der Wanderungssaldo für das frühere Bundesgebiet wieder positiv, und die saldierten Wanderungsgewinne betragen für 1985 bis 1992 rund 4,4 Millionen Personen. Daneben ist die Anzahl der Privathaushalte auch infolge eigener Hausstandsgründungen der geburtenstarken Jahrgänge gestiegen. Zu dieser fundamentalen Änderung in der demographischen Entwicklung traten nach der Rezession Anfang der achtziger Jahre deutliche Steigerungen der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hinzu, die in den Jahren 1989 bis 1991 besonders hoch waren und bis zum Jahre 1992 anhielten. Mit dem Anziehen der Baulandpreise in den Jahren 1985 bis 1988, mitverursacht durch das zeitweise restriktive Ausweisen von Bauland seitens der Kommunen, und dem kräftigen und kontinuierlichen Ansteigen der Wohnungsmieten seit 1988 bis heute kehrten sich zudem die Wertsteigerungs- und Renditeerwartungen der Investoren um. Verstärkt wurde der Aufschwung im Wohnungsbau durch ein erneut prozyklisches Verhalten des Staates. Die Diskussion um das Entstehen einer Wohnungsnot hat 1988 und 1989 zahlreiche wohnungsbaupolitische Initiativen in Gang gesetzt, angefangen von einem speziellen Programm zur Erhöhung des Wohnraumangebots für Aussiedler über die Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten bis hin zur Erhöhung der Direktförderung und der Einführung der „vereinbarten Förderung" im Sozialmietwohnungsbau (JG 88 Ziffer 68, JG 89 Ziffern 376 f. und Tabelle 28). Der in den letzten Jahren zu verzeichnende dynamische Zuwachs fertiggestellter Wohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen ist wohl nicht zuletzt auf diese Maßnahmen zurückzuführen, ebenso wie der überaus starke Anstieg von fertiggestellten Wohnungen, die in der Kategorie Sonstige erfaßt werden und zu denen die Wohnungsfertigstellungen in bestehenden Gebäuden zählen (Schaubild 12). Im Sozialen Wohnungsbau hatte der Bund seit 1986 nur noch Eigentumsmaßnahmen unterstützt und überließ den Ländern die Förderung des Sozialmietwohnungsbaus. Mit dem Sonderprogramm für Aussiedler von 1989 wurde dieses Prinzip wieder aufgegeben, und seit 1990 stellt der Bund auch wieder Finanzhilfen für den Mietwohnungsbau bereit, die im Jahre 1994 rund 2½ Mrd DM betrugen. Die Anzahl der Bewilligungen im Sozialen Wohnungsbau lag infolgedessen seit 1990 wieder bei rund 90 000 Einheiten und erhöhte sich im Jahre 1993 auf mehr als 110 000 Einheiten.

Schaubild 12

BAUFERTIGSTELLUNGEN VON WOHNUNGEN [1]



1) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Jahresergebnisse rechnerisch aus Monatswerten ermittelt. — 2) In neu errichteten Gebäuden und durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 3) In neu errichteten Gebäuden. — 4) Wohnungen in Wohnheimen und Nichtwohngebäuden. — 5) Eigene Schätzung.

SR 94 0621

Auch im laufenden Jahr sind staatlich verursachte Faktoren auszumachen, die die Expansion im Woh-

nungsbau noch verstärkten, namentlich die Vorzieheffekte aufgrund des Auslaufens des Sonderprogramms zur Förderung des Wohnungsbaus in Ballungsgebieten zum Jahresende 1994 und des befristeten Schuldzinsenabzugs für Wohneigentum, das nach dem 30. September 1991 gebildet und vor dem 1. Januar 1995 fertiggestellt wird. Die im Jahresverlauf nachlassende Dynamik der Auftragseingänge im Wohnungsbau ist, unter Berücksichtigung der erheblichen zeitlichen Spanne zwischen Auftragserteilung und Baufertigstellung, sicherlich auch hierauf zurückzuführen, und das Auslaufen dieser staatlichen Fördermaßnahmen wird dann zu der zu erwartenden Abkühlung im Wohnungsbau beitragen. Eine diskretionäre und prozyklisch wirkende staatliche Wohnungsbaupolitik beschleunigte in diesem Jahr die Konjunkturentwicklung im Wohnungsbau, der angesichts weiterhin knappen Wohnraums insbesondere im unteren und mittleren Preissegment, anhaltend überdurchschnittlich hoher Mietsteigerungen und zunächst noch niedriger Hypothekenzinsen, real gerechnet, ohnehin schon ein günstiges Umfeld vorfand. So ist auch das Jahr 1994 ein Beispiel dafür, wie die Wohnungsbaupolitik die im Markt angelegten Tendenzen noch verstärken kann. Eine verstetigte Wohnungsbaupolitik dagegen würde Zyklen in der Wohnungsbaukonjunktur zwar nicht vermeiden, aber die Ausschläge doch zumindest nicht vergrößern.

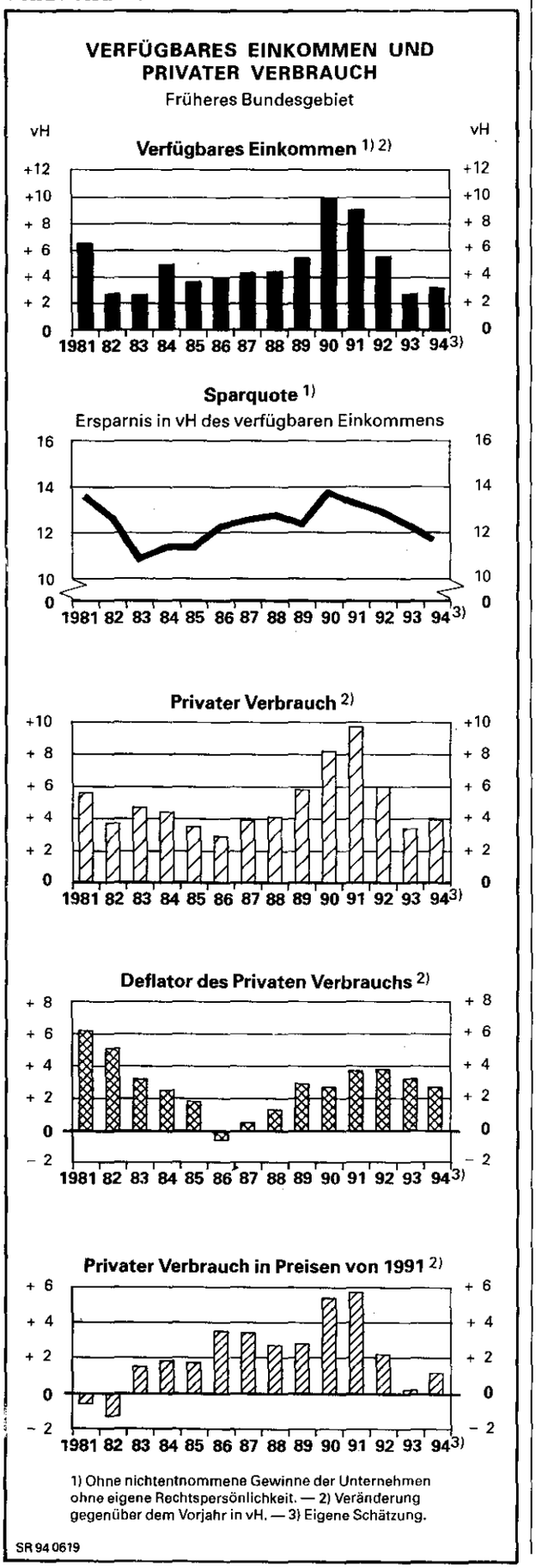
Mit dem seit dem 1. Oktober geltenden Wohnungsbauförderungsgesetz 1994 hat der Bund nun neue Akzente im Sozialen Wohnungsbau gesetzt. Der berechtigte Personenkreis wurde durch die kräftige Anhebung der Einkommensgrenzen ausgeweitet, zugleich wurde stärker auf das tatsächlich verfügbare Einkommen Bezug genommen und damit eine Angleichung an die Vorschriften zur Einkommensermittlung beim Wohngeld erleichtert. Von besonderer Bedeutung ist die Erweiterung des mit dem Wohnungsbauänderungsgesetz 1988 in das Zweite Wohnungsbaugesetz eingeführten „3. Förderweges", der „vereinbarten Förderung", um die „einkommensorientierte Förderung". Hierbei wird der Förderbetrag in eine Grundförderung zum Zwecke des Erwerbs von Belegungsrechten seitens der Kommunen und der Festlegung einer höchstzulässigen Miete und in eine Zusatzförderung aufgespalten, die sich am Einkommen des Mieters orientiert und der Sicherstellung der durch die Förderzusage festgelegten Mietzahlung dient. Damit ist vom Bund im Bereich des Sozialen Wohnungsbaus ein Schritt in die richtige Richtung getan worden, da die Stärkung des „3. Förderweges" die Abkehr von der reinen Objektförderung impliziert, wie sie im traditionellen Sozialen Wohnungsbau vorliegt und auf deren negative Auswirkungen der Sachverständigenrat schon früher ausführlich hingewiesen hat (JG 89 Ziffern 378ff.). Mit dem Instrument der „einkommensorientierten Förderung" wird versucht, eine höhere Zielgenauigkeit der Förderung zu erreichen und zudem die Subvention je Wohnung im Vergleich zum traditionellen Sozialmietwohnungsbau zu verringern. Der Bund stellt für die Grund- und Zusatzförderung jährlich 300 Mio DM zur Verfügung; jedoch steht es den Ländern frei, die Mittel, die sie nicht für die „einkommensorientierte Förderung" einsetzen, für andere Maßnahmen des Sozialen Wohnungsbaus zu verwenden. Inwieweit dieses neue Instrument Anwendung finden wird und inwieweit die sich daran geknüpften Erwartungen erfüllen, bleibt somit zunächst offen. Auch ist als Problem zu sehen, daß Belegungsrechte ausschließlich im Neubau geschaffen werden, also dort, wo sie am teuersten sind. Eine Ausweitung der „einkommensorientierten Förderung" auf den gesamten Wohnungsbestand ist aus diesem Grund dringend geboten, nicht zuletzt auch, um auf diesem Wege das ineffiziente Prinzip der Kostenmiete abzulösen. Zudem ist, auch angesichts der ungünstiger gewordenen Relation zwischen der Anzahl der Anspruchsberechtigten und dem Bestand an sozial gebundenen Mietwohnungen, eine enge Verzahnung zwischen Zusatzförderung und Wohngeld angeraten. Wenn es die öffentliche Hand als ihre Aufgabe ansieht, in den Wohnungsmarkt einzugreifen, so sind die mit dem Wohnungsbauförderungsgesetz 1994 vorgenommenen Akzentverschiebungen insgesamt positiv einzuschätzen. Von einer effizienten Förderung ist aber auch die derzeitige Ausgestaltung noch weit entfernt.

Privater Verbrauch im Zeichen mäßiger Einkommensentwicklung

66. Trotz verbesserter konjunktureller Aussichten hat die Verbrauchsnachfrage der Gesamtwirtschaft keine Impulse geben können; der Private Verbrauch lag im Jahre 1994 leicht über dem Vorjahresniveau. Hierfür war die ungünstige Entwicklung der Einkommen maßgeblich, die ein für einen einsetzenden Aufschwung typisches Muster aufwies. Infolge einer weiteren Reduktion der Sparquote in der ersten Jahreshälfte lag der Private Verbrauch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres zwar noch um 1,5 vH über dem vergleichbaren Vorjahresstand, saisonbereinigt ging er jedoch im Verlauf des ersten Halbjahres zurück. Dieser Rückgang setzte sich im zweiten Halbjahr nicht weiter fort, stabilisierend wirkten erste Besserungstendenzen der Beschäftigung und ein sich im Jahresverlauf aufhellendes Konsumklima.

67. Für die Einkommensentwicklung war der Beschäftigungsabbau prägend, der noch lange bis ins Jahr 1994 hinein anhielt. Die Tarifabschlüsse des Jahres 1994, die sich vielfach auf Beschäftigungssicherung richteten, waren häufig durch moderate Lohnerhöhungen und vorübergehende Arbeitszeitverkürzungen sowie zum Teil durch Regelungen zur Erhöhung der Arbeitszeitflexibilität gekennzeichnet. Im Ergebnis stieg die Bruttolohn- und -gehaltssumme nur leicht an. Die Nettolohn- und -gehaltssumme lag sogar um rund ½ vH unter dem Stand des Vorjahres, wozu auch die Erhöhung des Beitragssatzes der gesetzlichen Rentenversicherung um 1,7 Prozentpunkte zum 1. Januar 1994 beigetragen hat. Der Anstieg der Transfereinkommen hat sich gegenüber dem Vorjahr, als er noch bei 6,4 vH lag, auf gut 3 vH abrupt verlangsamt, und dies, obwohl sich die Anzahl der Transferempfänger infolge des Beschäftigungsabbaus beträchtlich erhöht hat. Hier schlugen sich die Einschränkungen bei den Lohnersatzleistungen sowie auch bei der Sozialhilfe nieder. Vor allem die mit der zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Schaubild 13



auslastungsbedingt steigende Produktivität und die niedrigen Tariflohnsteigerungen ließen die Lohnstückkosten sinken, was dazu beitrug, daß die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um knapp 12 vH zunahmen, nachdem sie im Rezessionsjahr 1993 noch stark zurückgegangen waren. Infolge des dem Konjunkturverlauf verzögert folgenden Aufkommens der ertragsabhängigen Steuern übertrafen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen das niedrige Niveau des Vorjahres um gut 14 vH.

Eine so stark divergierende Entwicklung zwischen den Masseneinkommen — als der Summe aus Nettolohn- und -gehaltssumme und Transfereinkommen — und den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist in Umschwungsphasen häufig zu beobachten. Allerdings ist das nominale verfügbare Einkommen aller privaten Haushalte im Jahre 1994 mit ungefähr 3 vH nur wenig angestiegen. Angesichts eines um 3 vH höheren Preisniveaus als vor Jahresfrist mußten die privaten Haushalte eine Stagnation des Realeinkommens hinnehmen. Da aber gerade die Masseneinkommen, im Gegensatz zu den Gewinneinkommen, in hohem Maße zu Konsumzwecken verwendet werden, überrascht es nicht, daß die Verbrauchsnachfrage hinter der allgemeinen konjunkturellen Besserung in der Regel zunächst einmal zurückbleibt.

68. Der Neigung der privaten Haushalte, den Verbrauch nicht einzuschränken und entsprechend weniger zu sparen, ist es zuzuschreiben, daß der Private Verbrauch nicht unter den Stand des Vorjahres fiel. Die Sparquote lag um gut einen halben Prozentpunkt unter dem Wert des Vorjahres (Schaubild 13).

Die Beobachtung einer rückläufigen Sparquote ist für die konjunkturelle Umschwungsphase nach einer Rezession typisch, im Jahre 1983 war das Muster ähnlich. Der Rückgang der Sparquote war damals jedoch noch ausgeprägter als im laufenden Jahr, so daß die Konsumnachfrage mit einem Anstieg um 1½ vH den konjunkturellen Aufschwung einleiten konnte. Obwohl sich der Rückgang des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in realer Rechnung in Höhe von 1 vH damals merklich von der heutigen Entwicklung unterschied, kam es zu einer gänzlich anderen Reaktion der Verbrauchsnachfrage. Dies zeigt, daß nach einer Rezession auch der Private Verbrauch einen Aufschwung herbeiführen oder zumindest auf ein breiteres Fundament stellen kann. Allerdings bedarf es dazu einer günstigen Konstellation derjenigen Faktoren, die die Konsumenten dazu bewegen, ihren Verbrauch von der Einkommensentwicklung abzukoppeln.

Entscheidend für die niedrige Sparquote im Jahre 1983 war wohl der Rückgang der Zinsen am Kapitalmarkt gewesen. Die von der Bundesbank berechnete Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von über sieben Jahren lag im vierten Quartal 1983 nur geringfügig über dem Niveau des vierten Quartals 1982 und im Jahresdurchschnitt des Jahres 1983 mit 8,2 % um 0,8 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt des Vorjahres. Im laufenden Jahr ist die Situation am Kapitalmarkt jedoch eine völlig andere. Gegenüber dem Durchschnitt des vierten Quartals 1993 ist die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von über sieben Jahren bis zum September um gut 1½ Prozentpunkte auf 7,7 % gestiegen und auch im Jahresdurchschnitt wird sie über dem Wert des Vorjahres liegen. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate, gemessen an der Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, ergibt sich so ein Anstieg der Realverzinsung um rund 2½ Prozentpunkte. Hinzu kommt, daß die Berücksichtigung der für das nächste Jahr vorgesehenen

weitergehenden Belastungen der privaten Haushalte (ein zeitlich unbefristeter Solidaritätszuschlag, die höhere Versicherungsteuer und die Abgaben für die Pflegeversicherung) eher ein vorsichtiges Konsumverhalten nahelegen und einer weiteren Reduktion der Sparquote entgegenstehen.

Staatsverbrauch real stagnierend

69. Zu den retardierenden Faktoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gehörte neben dem Privaten Verbrauch in diesem Jahr der Staatsverbrauch. Angesichts der Lage der öffentlichen Finanzen haben alle Gebietskörperschaften den im letzten Jahr begonnenen Konsolidierungskurs fortgesetzt und sogar noch verschärft. Neben den Investitionsausgaben waren davon vor allem die Ausgaben für Personal und für den laufenden Sachaufwand betroffen. Etwas anders als im Jahre 1993, als der öffentliche Verbrauch in realer Rechnung mit 1,2 vH rückläufig war, stagnierte er in diesem Jahr. Dafür war der Staatsverbrauch der Sozialversicherung maßgeblich, der im Vorjahr mit einem Rückgang von 3,2 vH das Gesamtergebnis dominierte und in diesem Jahr durch einen realen Zuwachs von über ½ vH die gegenläufige Entwicklung beim Staatsverbrauch der Gebietskörperschaften (real – 0,2 vH) kompensierte. Ursächlich war dafür die Expansion der sozialen Sachleistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung, die rund 82 vH des Staatsverbrauchs der Sozialversicherung ausmachen. Die Effekte der administrativen Kostendämpfung haben sich spürbar abgeschwächt, sie waren damit kaum nachhaltiger als aufgrund des Gesundheitsreformgesetzes 1989. In jeweiligen Preisen stieg der Staatsverbrauch der Sozialversicherung wieder mit 4 vH an, nachdem er im Jahre 1993 auf gleichem Niveau wie im Vorjahr verblieben war.

Der reale Rückgang des Staatsverbrauchs der Gebietskörperschaften wurde durch weitere Einsparungen bei den Verteidigungsausgaben erreicht, dabei war der Staatsverbrauch im militärischen Bereich mit fast 8½ vH real nur etwas weniger rückläufig als im Vorjahr. Stärker als vor Jahresfrist gelang es den Gebietskörperschaften in diesem Jahr, den Anstieg beim Personalaufwand und Sachaufwand zu dämpfen. Neben einer Reduzierung des Personalbestands um rund 1 vH half dabei der gemäßigte Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst. So blieben die Zuwachsraten bei den Personalausgaben wie den Sachausgaben real deutlich unter 1 vH.

Nur mäßiger Rückgang der Inflationsrate

70. Nach drei Jahren mit zunehmenden Preissteigerungsraten hat sich im Jahre 1994 der Auftrieb des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, wenn auch nur mäßig, verlangsamt; die schon zur Mitte des vergangenen Jahres einsetzende schwach rückläufige Entwicklung der monatlichen Preissteigerungsrate im Vorjahresvergleich setzte sich im laufenden Jahr fort, und der Index lag im Jahresdurchschnitt um 3 vH höher als im Jahre 1993, als die Teuerungsrate noch 4,2 vH betragen hatte. Angesichts der schwachen Konjunktur in den beiden Vorjahren hätte man einen deutlicheren Rückgang der Inflationsrate erwarten können. Zudem waren die Bedingungen dafür in diesem Jahr ausgesprochen günstig. Von der Kostenseite gab es infolge rückläufiger Lohnstückkosten keinen Druck auf die Preise, und auch die Einfuhrpreise von Rohstoffen und Halbwaren lagen in den ersten neun Monaten unter dem Stand des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Die schwache Entwicklung des Privaten Verbrauchs auch in diesem Jahr begrenzte von der Nachfrageseite her die Preiserhöhungsspielräume.

Neben der konjunkturellen Betrachtung muß aber die Entwicklung der Geldmenge mit ins Bild genommen werden, die durch eine seit langem starke Expansion gekennzeichnet ist und so Preiserhöhungsspielräume auch bei schwacher Nachfrage eröffnet hat.

Bei der Beurteilung der Preisentwicklung im laufenden Jahr darf schließlich nicht übersehen werden, daß auf anderen Wirtschaftsstufen, vor allem bei den Rohstoffpreisen, mittlerweile Preissteigerungstendenzen festzustellen sind, die für sich genommen eine Belastung für die zukünftige Preisentwicklung darstellen.

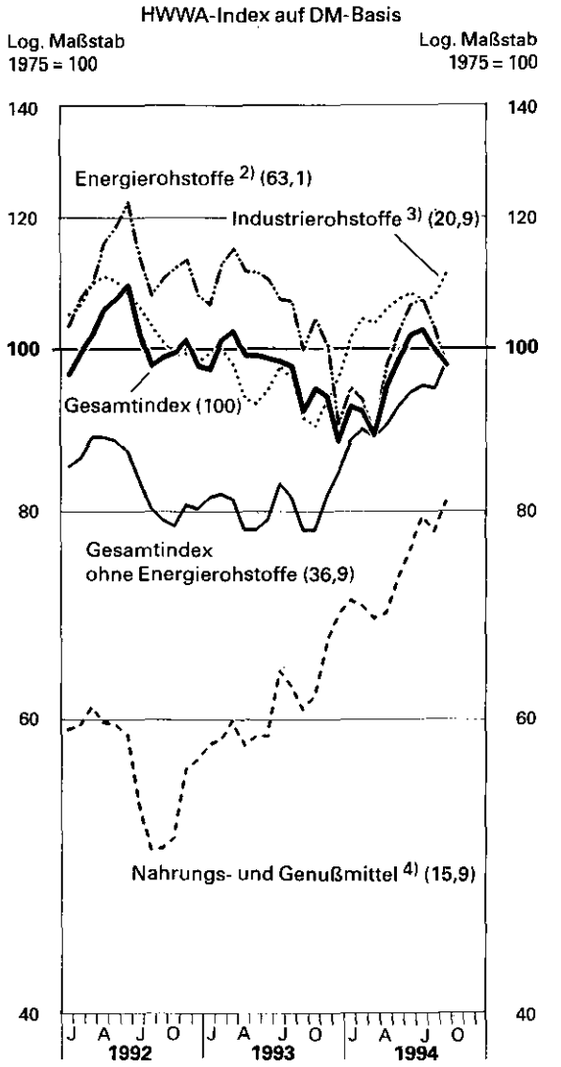
71. Der Gesamtindex der Weltmarktpreise für Rohstoffe auf D-Mark-Basis lag im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres noch 1,9 vH unterhalb des Standes im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dies ist vor allem auf die Entwicklung des Preisindex für Energierohstoffe zurückzuführen (Schaubild 14). Nach dem starken Preisanstieg für Rohöl in den Monaten April bis Juli, der insbesondere durch Unsicherheiten über das Weltangebot im Zusammenhang mit dem Streik in Nigeria bedingt war, hat sich die Lage am Rohölmarkt wieder entspannt, so daß die Notierungen nun wieder deutlich unter dem Vorjahresniveau liegen.

Der Gesamtindex der Weltmarktpreise ohne Energierohstoffe weist seit Ende letzten Jahres sehr deutlich nach oben. Der zyklische Tiefpunkt der Weltmarktpreise für nicht-energetische Rohstoffe wurde schon im Oktober des Vorjahres durchschritten, seitdem war ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten, so daß der Preisindex für diese Güter im September wieder auf einem Niveau lag, das dem der zweiten Jahreshälfte 1990 entspricht. In den ersten neun Monaten lag der Gesamtindex ohne Energierohstoffe um 15 vH über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Industrierohstoffe waren um gut 10 vH teurer als im Durchschnitt der Monate Januar bis September 1993. Ausschlaggebend für die anziehenden Preise war der höhere Rohstoffverbrauch infolge des fortgesetzten weltwirtschaftlichen Aufschwungs; hinzu kam die in Aufschwungsphasen häufig zu beobachtende Ausweitung der Lagerbestände aufgrund verbesserter Geschäftsaussichten.

Der Preisanstieg bei Nahrungs- und Genußmitteln, der schon im Vorjahr zu beobachten gewesen war, setzte sich in diesem Jahr beschleunigt fort, der Index der Weltmarktpreise lag im Neun-Monats-Vergleich rund 24 vH über dem Vorjahresstand. Hierfür waren die angespannte Situation an den internationalen Getreidemärkten infolge einer weltweit geringeren

Schaubild 14

ZUR ENTWICKLUNG DER WELTMARKTPREISE FÜR ROHSTOFFE [1]



1) Gesamtindex: 31 Rohstoffe aus den Warengruppen Energierohstoffe, Industrierohstoffe, Nahrungs- und Genußmittel. Die Zahlen in Klammern geben das jeweilige Gewicht im Gesamtindex im Basiszeitraum in vH an. — 2) Kohle, Rohöl. — 3) 15 Waren: Baumwolle, Schnittholz, Kautschuk, Zellstoff, NE-Metalle, Eisenerz, Stahlschrott u. a. — 4) 14 Waren: Reis, Weizen, Kaffee, Kakao, Tee, Tabak, Zucker u. a.

SR 94 0629

Getreideproduktion im Wirtschaftsjahr 1993/94, aber auch eine niedrigere Zuckerproduktion und die Ernteausfälle bei brasilianischem Kaffee in der ersten Hälfte dieses Jahres mitverantwortlich.

72. Diese Entwicklung auf den Weltmärkten schlug sich in den Einfuhrpreisen nieder, die nach Rückgängen um 3,3 vH und 2,0 vH in den Jahren 1992 und 1993 in diesem Jahr wieder über dem Vorjahresniveau lagen, wenn auch nur um 0,3 vH im Neun-Monats-Vergleich. Besonders deutlich war der Anstieg bei Gütern der Ernährungswirtschaft. Aber auch bei den importierten Rohstoffen und Halbwaren, bei denen sich die Preisrückgänge des Vorjahres so nicht weiter fortsetzten, war der Anstieg der Weltmarktpreise spürbar, ebenso wie die durch die konjunkturelle Erholung im Inland angeregte Nachfrage nach importierten Vorprodukten. Die Kostenentlastung, die den Unternehmen in den letzten beiden Jahren durch deutlich rückläufige Preise bei importierten Vorprodukten zugute kam, setzte sich somit in diesem Jahr nicht in gleichem Ausmaß fort.

Der schwache inländische Verbrauch ließ dagegen bei den Verbrauchsgütern (ohne Mineralölerzeugnisse) auch den ausländischen Anbietern keine Preiserhöhungsspielräume. Vielmehr ging die monatliche Teuerungsrate dieser Güter im Jahresverlauf zurück und war zeitweise negativ, so daß der Preisindex dieser Güter im dritten Quartal dieses Jahres auf dem gleichen Niveau wie im entsprechenden Vorjahresquartal lag.

Insgesamt fiel die Preissteigerungsrate importierter Güter im Jahresdurchschnitt 1994 moderat aus, wozu auch die Entwicklung der Währungen der wichtigsten Handelspartner beitrug. Sowohl gegenüber den Währungen der EU-Länder als auch gegenüber dem US-Dollar entwickelte sich der Außenwert der D-Mark in diesem Jahr positiv. Gleichwohl darf die noch günstige jahresdurchschnittliche Teuerungsrate nicht den Blick dafür verstellen, daß die bis in die zweite Hälfte des Vorjahres rückläufige Entwicklung der Einfuhrpreise sich mittlerweile umgekehrt hat.

73. Die sich belebende Konjunktur zeigte sich auch in der unterschiedlichen Entwicklung der verschiedenen Gruppen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für den Inlandsabsatz. Insbesondere die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes verteuerten sich, und dies mit kontinuierlich steigenden monatlichen Raten. Im Vorjahr waren für die Güter dieser Gruppe dagegen noch Preisrückgänge festzustellen gewesen, und zwar in Höhe von durchschnittlich 2,6 vH. Besonders ausgeprägt war der Preisanstieg bei den Mineralölerzeugnissen mit 5,8 vH im Neun-Monats-Vergleich, hier hat die Mineralölsteuererhöhung zum Jahresbeginn zu einem Niveausprung geführt. Die Erzeugerpreise des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes dagegen stagnierten, in den ersten Monaten dieses Jahres waren die monatlichen Teuerungsraten sogar teilweise rückläufig; das gleiche gilt für die Erzeugerpreise des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes. Hier machte sich die Schwäche der inländischen Verbrauchsnachfrage wohl deutlich bemerkbar. Insgesamt lag der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte für den Inlandsabsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres nur um 0,4 vH über dem Stand des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Der bei diesen Gütern bestehende Druck des internationalen Wettbewerbs sorgte dafür, daß hier noch keine deutliche Beschleunigung der Erzeugerpreise festzustellen war.

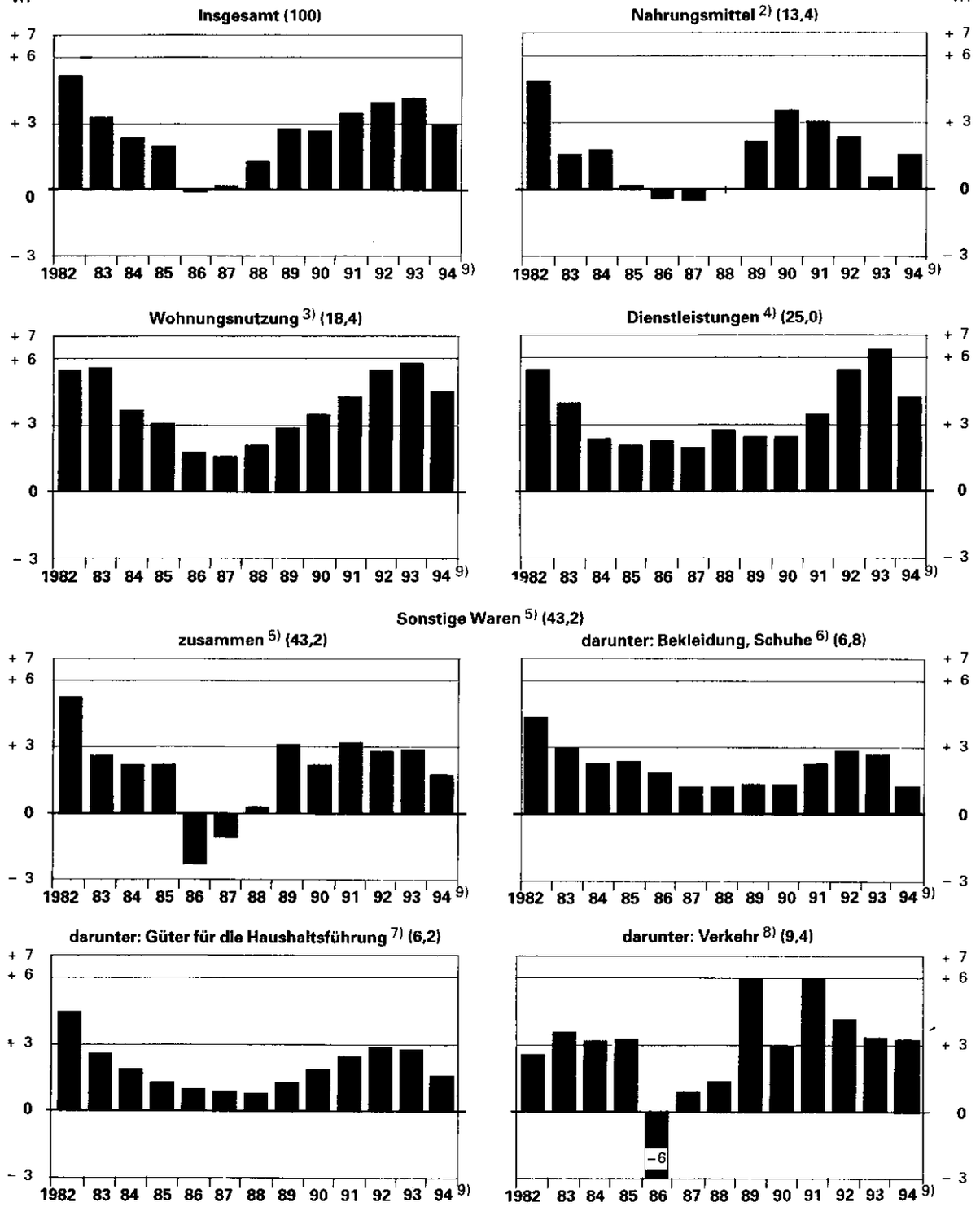
Der starke Rückgang der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im Jahre 1993 mit anfangs zweistelligen Raten — dies war eine Folge der deutlichen Absenkungen des Stützpreisniveaus verschiedener landwirtschaftlicher Produkte im Zuge der Reformbemühungen der Europäischen Union — hat

Schaubild 15

ZUR ENTWICKLUNG DER VERBRAUCHERPREISE [1]

Früheres Bundesgebiet

Arithm. Maßstab vH — Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH — Arithm. Maßstab vH



1) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, 1985 = 100; die Zahlen in Klammern geben den Anteil an den Verbrauchsausgaben aller privaten Haushalte im Basiszeitraum in vH an. — 2) Ohne Gaststättenleistungen. — 3) Einschließlich Garagennutzung. — 4) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen. — 5) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für Haushaltsführung, für die Gesundheits- und Körperpflege. — 6) Ohne Reparaturen. — 7) Im wesentlichen Möbel, Bodenbeläge, Heimtextilien, Haushaltswäsche, Heiz- und Kochgeräte, andere elektrische Haushaltsgeräte (einschließlich Leuchten). — 8) Kraftfahrzeuge und Fahrräder, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter für Kraftfahrzeuge und Fahrräder, Kraftstoffe. — 9) Eigene Schätzung.

SR 94 0620

sich mittlerweile abgeschwächt. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres lag der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte nur noch geringfügig unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums, bedingt durch die Preisrückgänge im ersten Quartal des laufenden Jahres. Vor allem infolge der deutlichen Verteuerung saisonabhängiger Nahrungsmittel waren in den letzten Monaten Preissteigerungen auch für die Gesamtgruppe gegenüber dem Indexstand des jeweiligen Vorjahresmonats festzustellen gewesen.

74. Die Erhöhung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte fiel mit 3 vH im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr dagegen recht deutlich aus. Kräftig gestiegen sind wiederum die Preisindizes für Wohnungs- und Garagennutzung sowie für Dienstleistungen und Reparaturen mit jeweils rund 4½ vH. Gleichwohl ist der Rückgang der Inflationsrate gegenüber der Rate des Jahres 1993 um gut einen Prozentpunkt vor allem darauf zurückzuführen, daß die Preissteigerungsraten für diese beiden Gütergruppen niedriger waren als im Vorjahr (Schaubild 15).

Der Rückgang der Teuerungsrate für Wohnungs- und Garagennutzung von 6,1 vH auf 4,7 vH im Durchschnitt der Monate Januar bis September wäre allerdings deutlicher ausgefallen, wenn die Wohnnebenkosten nicht durch teilweise erneut zweistellige Steigerungsraten bei den kommunalen Gebühren in die Höhe getrieben worden wären und damit die infolge der Ausweitung des Wohnungsbestandes etwas verlangsamten Mietpreissteigerungen konterkariert hätten. Stärker ausgeprägt war der Rückgang der Teuerungsrate der Dienstleistungen, die mit 4,6 vH um gut 2 Prozentpunkte niedriger ausfiel als im Durchschnitt der ersten neun Monate des Vorjahres. Entscheidenden Anteil daran besaßen die aufgrund der moderaten Tarifabschlüsse und der Rationalisierungsmaßnahmen rückläufigen Lohnstückkosten.

Dagegen stieg die monatliche Teuerungsrate des Preisindex für Nahrungsmittel (ohne Gaststättenleistungen) im Jahresverlauf deutlich an; mit 1,5 vH lag der Preisanstieg auch im Durchschnitt der ersten neun Monate über der Rate von 0,3 vH des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Hier schlugen sich die gestiegenen Weltmarktpreise ebenso nieder wie der kräftige Anstieg der Erzeugerpreise saisonabhängiger Nahrungsmittel. Zudem ist hier die Preiselastizität der Nachfrage wohl niedriger als bei vielen anderen Gütern, so daß höhere Einstandspreise des Handels eher an die Nachfrager weitergegeben werden können.

Die im laufenden Jahr erneut schwache Verbrauchsnachfrage spiegelte sich vor allem in der Preisentwicklung derjenigen Waren wider, die in der Hauptgruppe der Sonstigen Waren erfaßt werden und von denen angenommen werden kann, daß die Konsumenten sensibler auf Preisänderungen reagieren und aus diesem Grund geringere Preiserhöhungsspielräume für die Anbieter gegeben sind. So hat sich der Rückgang in den monatlichen Teuerungsraten für Bekleidung und Schuhe und für Güter der Haushaltsführung, der jeweils schon ungefähr zur Mitte des vergangenen Jahres eingesetzt hatte, in diesem Jahr weiter fortgesetzt, und im Neun-Monats-Vergleich lagen für diese beiden Teilgruppen die Preissteigerungsraten jeweils bei ungefähr 1,5 vH.

Die Mineralölsteuererhöhung zum 1. Januar dieses Jahres war ein gewichtiger Grund dafür, daß in der Teilgruppe Verkehr, die ebenfalls in der Gruppe der Sonstigen Waren erfaßt wird und in der die Kraftstoffe ein Gewicht von gut einem Fünftel besitzen, die Preissteigerungsrate bei einem Niveau von über 3 vH im Neun-Monats-Vergleich verharrte. Die anderen Komponenten dieses Index wiesen deutlich niedrigere Preissteigerungsraten auf als die Kraftstoffe, deren Preise in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 9,4 vH über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums lagen.

75. Differenziert man die einzelnen Güter nach dem Grad des staatlichen Einflusses auf die Preisbildung, so wird deutlich, daß auch im Jahre 1994 die Entwicklung bei den staatlich administrierten Preisen wie in den beiden Vorjahren zum Anstieg der Verbraucherpreise überdurchschnittlich beigetragen hat (Schaubild 16). Insgesamt lag der Index der staatlich administrierten Preise im weiteren Sinne in den ersten neun Monaten um 3,7 vH über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Der Anstieg des Preisindex in den Gruppen 1, 2 und 4 war im Jahresverlauf rückläufig. Die Preise der mit einer speziellen Verbrauchsteuer belegten Güter, die in der Gruppe 3 erfaßt werden, zogen jedoch an, wozu vor allem der Anstieg der Preise für Kraftstoffe, aber auch der Anstieg der Kaffeepreise beitrug. Die hohen Steigerungsraten der in der Gruppe 2 erfaßten teiladministrierten Verbraucherpreise sind insbesondere bedingt durch die Entwicklung der Versicherungsbeiträge, die im Neun-Monats-Vergleich um fast 9 vH über dem vergleichbaren Vorjahresstand lagen und bei denen sich auch die Erhöhung der Versicherungsteuer zum 1. Juli 1993 bemerkbar gemacht hat, und durch den Preisanstieg von gut 11 vH bei Verbrauchsgütern für die Gesundheitspflege, zu denen Medikamente und Rezeptgebühren zählen. Der Anstieg der Mieten (einschließlich Nebenkosten) im öffentlich geförderten Wohnungsbau fiel mit 4,3 vH im Neun-Monats-Vergleich dagegen niedriger aus als der durchschnittliche Preisanstieg dieser Gruppe. In der Gruppe 1 der direkt administrierten Preise stiegen insbesondere die Postgebühren und die Gebühren für verschiedene kommunale Dienstleistungen mit Änderungsraten von 12 vH und 11 vH in den Monaten Januar bis September dieses Jahres gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum; dagegen lagen die Fernsprechgebühren auf Vorjahresniveau, und die Verkehrstarife der Bundesbahn haben das Vorjahresniveau unterschritten.

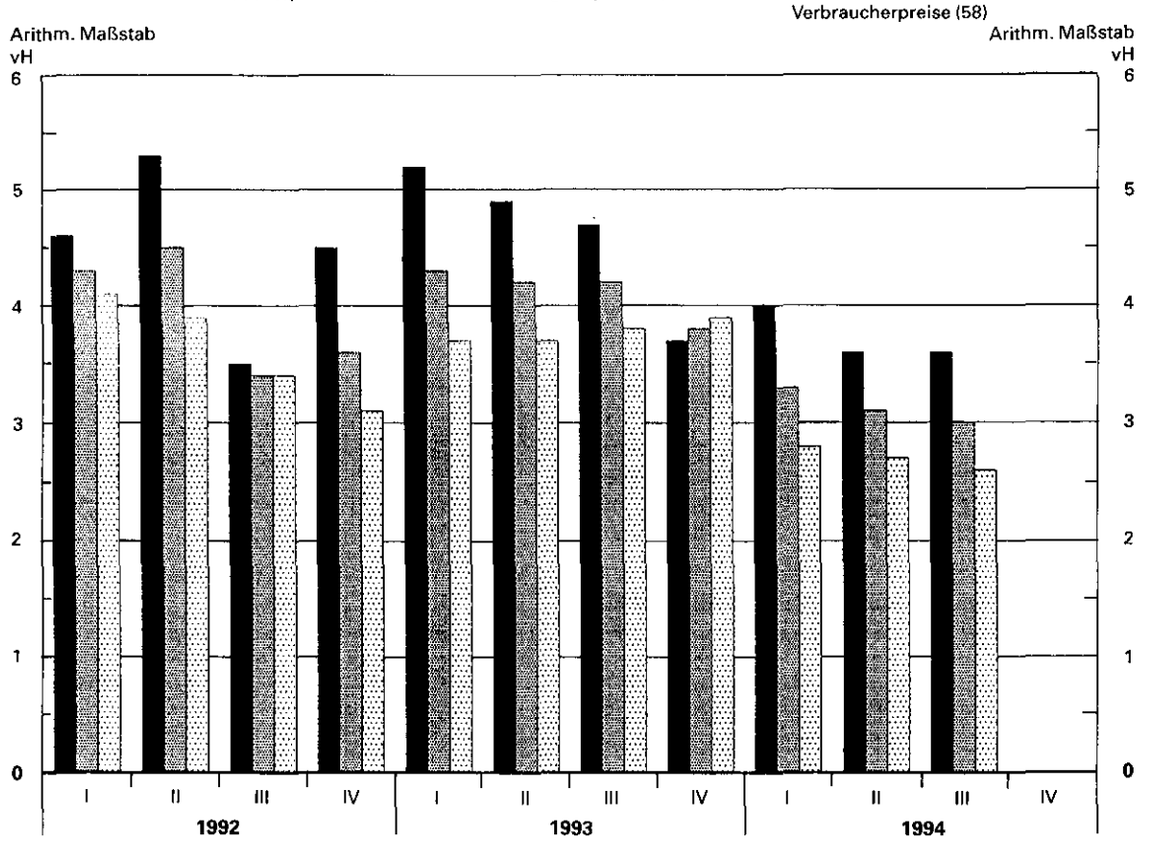
Insgesamt dürfte dem Anstieg der staatlich administrierten Verbraucherpreise im weiteren Sinne mithin rund ein halber Prozentpunkt des Anstiegs des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zuzurechnen sein.

76. Im Vergleich zu früheren Phasen eines konjunkturellen Umschwungs blieb die Inflationsrate auf Verbraucherebene in diesem Jahr auf einem relativ hohen Niveau. Der Rückgang der Inflationsrate war

Schaubild 16

ZUR ENTWICKLUNG STAATLICH ADMINISTRIERTER VERBRAUCHERPREISE 1) 2)
IM FRÜHEREN BUNDESGEBIET

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum



1) Berechnet auf der Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit der Basis 1985 = 100; der Index setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen:
Gruppe 1 = direkt administrierte Preise (u.a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren),
Gruppe 2 = teiladministrierte Preise (u.a. Versorgungstarife, Mieten),
Gruppe 3 = quasiadministrierte Preise (u.a. alkoholische Getränke, Tabakwaren, Gas, Heizöl, Kraftstoffe),
Gruppe 4 = indirekt administrierte Preise (u.a. Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchprodukte, Backwaren).
Weitere Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt D.
2) Die Zahlen in Klammern geben den Anteil an den Verbrauchsausgaben aller privaten Haushalte im Basiszeitraum in vH an.

SR 94 0623

nach der Rezession Anfang der achtziger Jahre und auch im Jahre 1976 deutlicher und schneller als in der diesjährigen Erholungsphase. Entwarnung vor Inflationsgefahren zu geben, ist somit nicht angebracht, zumal auch im laufenden Jahr die kräftige Expansion der Geldmenge angehalten hat.

V. Ostdeutschland: Aufwärtsentwicklung festigt sich

77. In den neuen Bundesländern ermöglichten der Aufbau neuer Produktionskapazitäten und die Anstrengungen der Unternehmen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit weiterhin kräftige Produktionssteigerungen. Das reale Bruttoinlandsprodukt lag im Jahre 1994 um 9½ vH über dem Vorjahresstand. Dies ging mit leicht steigender Beschäftigung einher; die Probleme auf dem Arbeitsmarkt bleiben allerdings gravierend.

Auch der überregionale Absatz nahm deutlich zu, besonders der in die alten Bundesländer. Nach wie vor besteht jedoch eine außerordentlich starke Diskrepanz zwischen Nachfrage und Produktion. Die Letzte inländische Verwendung war (nominal gerechnet) im Jahre 1994 immer noch um fast zwei Drittel größer als das Bruttoinlandsprodukt. Der gewaltige „Importüberschuß" unterstreicht, daß die ostdeutsche Wirtschaft trotz der großen Fortschritte beim Aufbau neuer Produktionskapazitäten immer noch in hohem Maße von Kapitalzuflüssen und Transfers abhängig ist. Der

private Unternehmenssektor gewann im Jahre 1994 weiter an Boden. Wiederum ist bei den Gewerbeanzeigen ein beachtlicher positiver Saldo zu verzeichnen. Die Privatisierung nähert sich zügig ihrem Abschluß. Ende September wurden noch 144 Unternehmen mit 43 000 Beschäftigten von der Treuhandanstalt zur Privatisierung angeboten.

Produktionsanstieg gewinnt an Breite

78. Im **Verarbeitenden Gewerbe** haben sich die Auftriebskräfte verstärkt. In den ersten acht Monaten des Jahres 1994 lag die Produktion um 21,5 vH über dem Vorjahresstand (Tabelle 12). Eine Aufwärtsentwicklung zeigt sich in nahezu allen bedeutenden Wirtschaftszweigen; auch die exportorientierten Bereiche wie die Chemische Industrie und der Maschinenbau können Produktionserfolge aufweisen. Im Maschinenbau schwankte die Erzeugung allerdings stark, und das Produktionsniveau war noch sehr gering. Während im gesamten Verarbeitenden Gewerbe im ersten Halbjahr 1994 bereits wieder vier Fünftel der durchschnittlichen monatlichen Produktion des zweiten Halbjahres 1990 erreicht wurden, lag die Produktion im Maschinenbau im gleichen Zeitraum erst bei knapp einem Drittel des damaligen Niveaus.

79. Die Produktionszuwächse sind Ausdruck dafür, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie allmählich verbessert; allerdings ging der Beschäftigungsabbau weiter. Die Nettoproduktion je Beschäftigten lag im ersten Halbjahr 1994 um etwa ein Drittel über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Der Abstand zu den alten Bundesländern ist freilich immer noch erheblich. Die ostdeutschen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe hatten im gleichen Zeitraum erst rund zwei Fünftel der westdeutschen Produktivität erreicht (Tabelle 13).

80. *Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird vom Statistischen Bundesamt in der Kostenstrukturerhebung für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr ermittelt. Die letzte Kostenstrukturerhebung bezieht sich auf das Jahr 1992. Um die Relation der Produktivität ostdeutscher Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zu der Produktivität westdeutscher Unternehmen im Jahre 1994 näherungsweise bestimmen zu können, haben wir die Bruttowertschöpfung mit Hilfe des Index der Nettoproduktion fortgeschrieben. Die berechneten Relationen sind mit großer Vorsicht zu interpretieren, da ihre Aussagefähigkeit aus mehreren Gründen eingeschränkt ist.*

- *Der Index der Nettoproduktion ermöglicht es, die Veränderungen der Bruttowertschöpfung zeitnäher zu erfassen. Da Daten über die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nur mit einiger zeitlicher Verzögerung verfügbar sind, versucht das Statistische Bundesamt, den Verlauf der Bruttowertschöpfung über Hilfsgrößen, die schneller erhoben werden, fortzuschreiben. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Bruttoproduktionswerte, Umsätze und Produktionsmengen. Vor allem in den jungen Bundesländern gab es Abweichungen zwischen der Veränderung des Index der Nettoproduktion und der Veränderung der Bruttowertschöpfung. Eine wesentliche Ursache dafür ist, daß sich die Vorleistungsquote in den jungen Bundesländern verringert hat. Dadurch stieg die Bruttowertschöpfung schneller als der Umsatz und der Bruttoproduktionswert (JG 92 Ziffer 100), und ihre Entwicklung wurde durch den Index der Nettoproduktion unterzeichnet.*
- *Für einen sinnvollen Ost/West-Vergleich der Arbeitsproduktivität wäre es angemessen, die Wertschöpfung nicht nur je Beschäftigten, sondern auch je geleistete Erwerbstätigenstunde zu bestimmen. Die Veränderung der Stundenproduktivität weicht von der Veränderung der Pro-Kopf-Produktivität ab, wenn sich die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden anders entwickelt als die Anzahl der Beschäftigten. Auch das Niveau der Produktivitätsrelation wird verzerrt, wenn die durchschnittliche Anzahl der jährlichen Arbeitsstunden von Vollzeitarbeitskräften, das Ausmaß der Kurzarbeit und der Anteil der Teilzeitarbeitskräfte in Ostdeutschland und in Westdeutschland voneinander abweichen.*
- *Produktivitäten geben keinen Eindruck von der Leistungskraft der Unternehmen, wenn bei einem starken Strukturwandel, wie er in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren zu beobachten war, die Produktivitäten einzelner Wirtschaftsbereiche zu einer gemeinsamen Durchschnittsproduktivität zusammengefaßt werden. Änderungen in der Produktivität werden auch durch eine Verschiebung der Gewichte verursacht, mit der die einzelnen Wirtschaftsbereiche in die Berechnung der Gesamtproduktivität eingehen. Es kann sogar der Fall eintreten, daß die Veränderungsrate der Gesamtproduktivität größer oder kleiner ist als die in jedem der einzelnen Wirtschaftsbereiche (JG 90 Ziffer 409).*
- *In den neuen Bundesländern gibt es ein erhebliches Leistungsgefälle zwischen den Unternehmen innerhalb der Branchen. Neugegründeten Unternehmen oder modernisierten mit hoher Produktivität stehen solche mit veralteten Produktionsanlagen gegenüber, die eine sehr geringe Produktivität aufweisen. Derartige Unterschiede werden bei der Betrachtung einer Durchschnittsproduktivität verdeckt, sie müßten aber bei einer differenzierten Beurteilung der Leistungskraft ostdeutscher Industrieunternehmen berücksichtigt werden (JG 90 Ziffer 409).*
- *Schließlich bildet die Arbeitsproduktivität nur einen Teilaspekt der Leistungskraft der ostdeutschen Unternehmen ab. In vielen Unternehmen weicht die Leistungskraft, die durch die gegenwärtige Arbeitsproduktivität gemessen wird, noch ab von der, welche die Unternehmen erreichen können, wenn sie die vorhandenen Marktchancen besser ausnutzen. Dazu müssen die Unternehmen marktfähige Produkte sowie neue Produktionsverfahren und Managementmethoden entwickeln; die Arbeitnehmer müssen sich notwendige Qualifikationen aneignen und sich auf die marktwirtschaftlichen Produktionsbedingungen einstellen (JG 90 Ziffer 410). Dieser Anpassungsprozeß ist von Betrieb zu Betrieb und von Branche zu Branche unterschiedlich weit vorangekommen. Die offengebliebenen Möglichkeiten, Marktpositionen auszubauen, lassen sich durch die derzeitige Pro-Kopf-Wertschöpfung nicht erfassen.*

Die Argumente, die gegen die Beschäftigtenproduktivität als Maßstab für die Leistungskraft ostdeutscher Unternehmen angeführt wurden, verlieren an Bedeutung, je geringer das Tempo des Strukturwandels in der ostdeutschen Industrie wird. So ist anzunehmen, daß sich die Veränderung der Vorleistungsquote allmählich verlangsamt. Die Abweichung zwischen der Entwicklung des Index der Nettoproduktion und der der Bruttowertschöpfung dürfte infolgedessen abnehmen. Auch die Anteile, welche die einzelnen Wirtschaftszweige an der Gesamtproduktion und an der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe haben, verschieben sich nicht mehr so stark wie noch in den Jahren 1990 und 1991, so daß Verschiebungen der Anteile die Entwicklung der Produktivität weniger beeinflussen. Die Streuung der Leistungskraft der Unternehmen innerhalb der Branchen dürfte ebenfalls geringer geworden sein, weil immer mehr alte, nicht wettbewerbsfähige Unternehmen ausscheiden. Schließlich wird der Abstand zwischen der durch die gegenwärtige Arbeitsproduktivität meßbaren Leistungskraft und der Leistungskraft, die von den Unternehmen in Zukunft erbracht werden kann, mit zunehmender Ausnutzung der Marktchancen geringer. Alles in allem scheint es uns daher vertretbar, die Beschäftigtenproduktivität ab dem Jahre 1992 als groben Maßstab für die Entwicklung der durchschnittlichen Leistungskraft der ostdeutschen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe heranzuziehen.

Tabelle 12

Zur Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Wirtschaftszweig	Gewicht	1993				1994				Nachrichtlich:	
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan bis Aug	Aug	1. Hj. 1994	
										Index[1])	Gewicht[2])
Produzierendes Gewerbe	100	2,4	13,3	13,4	11,8	16,8	16,2	15,2	14,1	94,8	100
Elektrizitäts- und Gasversorgung	12,42	5,1	11,7	0,4	9,4	5,1	6,5	5,6	3,5	108,3	14,2
Bergbau	9,56	−25,6	−12,9	−34,3	−14,7	−16,2	−14,1	−15,1	−11,1	35,1	3,5
Verarbeitendes Gewerbe	59,95	− 1,1	9,3	15,9	11,6	21,7	25,3	21,5	19,0	79,9	50,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11,51	− 7,0	8,5	20,6	14,1	26,3	29,4	27,1	28,0	101,9	12,4
darunter:											
Mineralölverarbeitung	1,27	− 0,6	0,5	6,6	− 2,2	7,9	10,1	6,3	1,0	141,0	1,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2,51	26,7	50,6	48,0	35,2	65,1	52,8	54,3	51,1	179,9	4,8
Eisenschaffende Industrie	0,79	10,3	−24,3	11,1	3,7	20,5	47,9	25,1	14,8	72,8	0,6
Gießerei	1,07	−26,2	−22,4	− 3,5	0,8	9,2	21,4	15,4	21,2	42,6	0,5
Chemische Industrie	4,04	−34,0	−14,0	7,2	3,6	17,8	10,8	13,8	18,0	64,9	2,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	32,90	1,0	10,6	15,9	10,1	19,6	27,5	20,0	13,0	62,1	21,6
darunter:											
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	2,93	12,2	7,5	24,8	18,2	29,0	29,4	20,3	2,1	176,6	5,5
Maschinenbau	15,24	−24,5	− 0,7	12,1	7,9	− 2,9	21,2	5,2	2,9	31,6	5,1
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	2,71	69,0	65,1	63,3	27,1	44,6	43,6	38,9	6,2	111,8	3,2
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	8,51	5,2	9,4	− 0,2	4,7	21,1	26,9	25,4	34,8	57,7	5,2
Feinmechanik, Optik, Uhren	1,09	38,8	−12,4	−30,9	−50,3	25,4	38,5	26,0	− 6,8	23,8	0,3
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1,05	− 1,1	9,2	10,9	7,4	13,2	− 0,1	6,3	11,3	134,8	1,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	7,22	1,2	10,3	18,4	18,7	25,8	24,6	23,9	23,4	93,9	7,2
darunter:											
Holzverarbeitung	1,53	5,7	24,6	32,5	26,9	17,5	11,0	13,1	10,6	104,2	1,7
Druckerei, Vervielfältigung	1,33	− 3,3	− 3,0	− 1,1	− 0,9	22,3	17,0	17,3	13,0	144,4	2,0
Textilgewerbe	1,69	−18,0	−11,6	8,6	11,8	22,9	27,4	21,4	18,2	37,4	0,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,32	− 0,5	7,1	8,1	7,5	17,9	14,8	16,2	17,4	110,2	9,7
davon:											
Ernährungsgewerbe	6,90	0,2	9,3	11,7	12,0	18,5	11,8	15,1	19,1	113,1	8,2
Tabakverarbeitung	1,42	− 4,4	− 5,2	− 6,7	−12,9	15,8	34,0	22,6	8,8	97,4	1,5
Bauhauptgewerbe	18,07	16,4	24,9	24,7	18,7	22,4	12,1	14,8	14,0	166,0	31,6
davon:											
Hochbauleistungen	8,79	15,0	18,2	22,0	24,2	28,1	20,5	22,7	23,5	167,8	15,6
Tiefbauleistungen	9,28	17,7	30,8	27,0	14,1	16,9	5,5	8,2	6,1	164,2	16,1

[1]) Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe, 2. Halbjahr 1990 = 100; fachliche Unternehmensteile, arbeitstäglich bereinigt.

[2]) Berechnet aus dem arbeitstäglich bereinigten Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe, multipliziert mit dem Gewicht im Basiszeitraum 2. Halbjahr 1990 = 100. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 13

Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe: Ost/West-Vergleich

Wirtschaftszweig	Produktivität in Ostdeutschland in Relation zu Westdeutschland[1]			Nachrichtlich: für Ostdeutschland[2]	
				Beschäftigte[3]	Nettoproduktion[4]
	1992	1993	1994 1. Hj.	1. Hj. 1994 in vH[5]	
Verarbeitendes Gewerbe	27,1	37,4	42,6	– 9,2	23,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	15,8	21,9	27,0	–16,1	28,0
darunter:					
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	49,4	70,0	86,1	12,5	57,4
Chemische Industrie	12,8	14,7	19,2	–28,1	14,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	26,7	37,7	42,2	– 9,9	23,7
darunter:					
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	53,0	62,9	79,1	– 4,1	29,3
Maschinenbau	19,1	29,3	33,3	–21,2	9,3
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	28,0	50,3	59,3	– 3,0	44,1
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	27,8	36,6	39,8	– 2,2	24,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	24,1	34,9	40,0	– 3,3	25,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	49,4	60,9	67,0	– 0,9	16,4

[1]) Produktivität: Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991 je Beschäftigten. Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost wurden die für das Jahr 1991 aus der Kostenstrukturstatistik ermittelten Wertschöpfungsdaten mit den Ergebnissen aus den Indizes der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe fortgeschrieben. Die Beschäftigtenzahlen wurden mit den Ergebnissen aus den Statistiken für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe für die neuen Länder beziehungsweise für das frühere Bundesgebiet fortgeschrieben.
[2]) Einschließlich Berlin-Ost.
[3]) In Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[4]) Arbeitstäglich bereinigter Index der Nettoproduktion, 2. Halbjahr 1990 = 100.
[5]) Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 1993.

81. Branchen, die in den vergangenen Jahren günstige Marktbedingungen vorfanden, konnten ihre Produktivität der der westdeutschen Konkurrenten relativ schnell annähern. Dazu gehören insbesondere die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie der Stahl- und Leichtmetallbau/Schienenfahrzeugbau. Dem Wirtschaftszweig Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie dem Stahl- und Leichtmetallbau kam der Bauboom zugute. Der Schienenfahrzeugbau konnte seine Kapazitäten ebenfalls zu einem großen Teil auslasten, allerdings nur, weil die Finanzierung der Lieferungen in die GUS-Staaten durch Hermes-Bürgschaften abgesichert wurde.

Industriezweige mit ungünstigeren Ausgangsbedingungen wie die Chemische Industrie und der Maschinenbau blieben dagegen mit ihrer Produktivität bisher weitaus deutlicher hinter den Konkurrenten aus den alten Bundesländern zurück. In diesen Wirtschaftsbereichen, die in scharfem internationalem Wettbewerb stehen, fiel es den Unternehmen schwer, erfolgversprechende Produktideen zu finden und umzusetzen. Eine Ausnahme stellt der Bereich Straßenfahrzeugbau/Reparatur von Kraftfahrzeugen dar. Trotz des starken Konkurrenzdrucks auf diesem Markt und der großen Wettbewerbsschwierigkeiten der bestehenden Unternehmen stieg aufgrund der Errichtung einiger großer, moderner Produktionsstätten durch westdeutsche Investoren die Produktivität sprunghaft an.

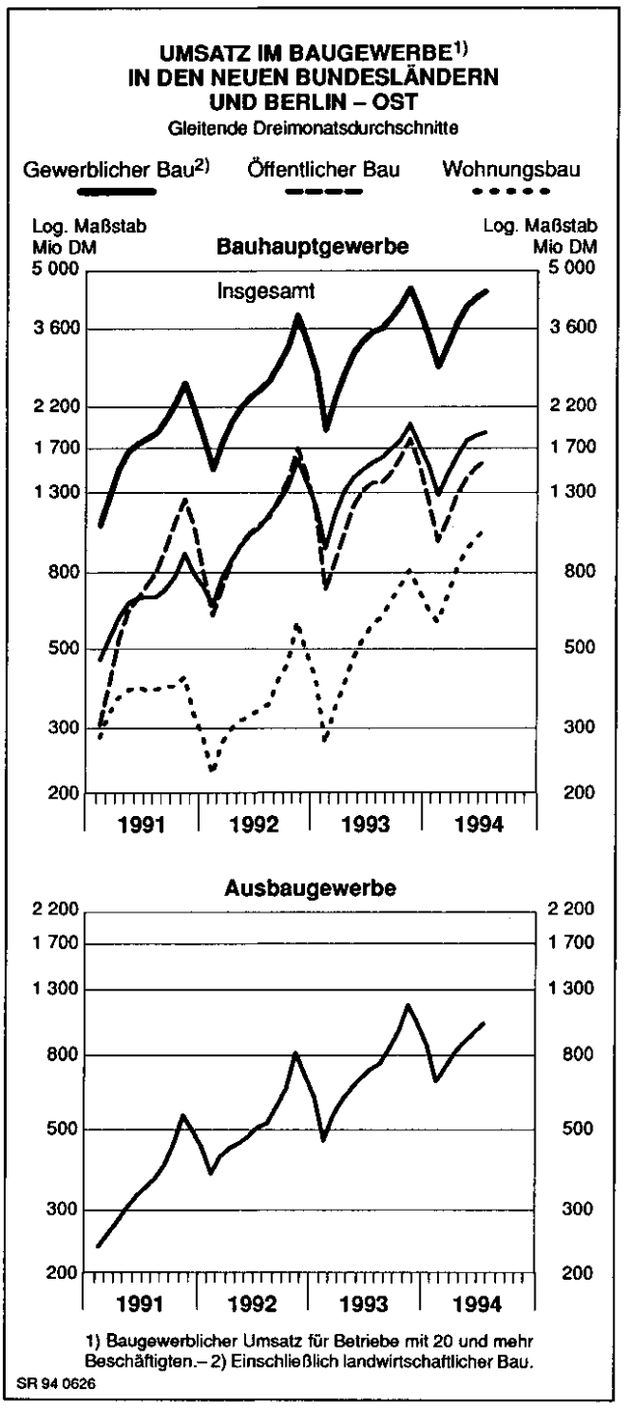
Der Branchenvergleich erfaßt die Differenzierung in der Produktivitätsentwicklung allerdings nur ungenügend. Auch innerhalb der Wirtschaftszweige zeigen sich erhebliche Unterschiede. In allen Branchen gibt es Unternehmen, die ihre Produktivität bisher nur unterdurchschnittlich steigern konnten, weil erfolgreiche Marktstrategien fehlten und die Modernisierung der Produktionsanlagen nur unzureichend vorangebracht werden konnte. Ebenso gibt es in allen Wirtschaftszweigen neugegründete Unternehmen mit modernen, hochproduktiven Produktionsanlagen oder alte Unternehmen, in denen die Erneuerung von Produktionsverfahren und von Produktsortimenten weit vorangeschritten ist und deren Produktivität bereits annähernd der ihrer westdeutschen Konkurrenten entspricht.

82. Die Absatzsteigerungen von Unternehmen, die in neue Produktionsanlagen investiert haben und Produktideen erfolgreich verwirklichen konnten, gingen einher mit steigenden Gewinnen. Eine Umfrage des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle zu Beginn des Jahres 1994 in der ostdeutschen Industrie ergab, daß die befragten Unternehmen in der Mehrzahl damit rechneten, in diesem Jahr Gewinne zu erwirtschaften. Zum Ende des Jahres 1993 hatten erst 30 vH der Unternehmen Gewinne ausgewiesen, 56 vH dagegen Verluste gemacht, und bei 14 vH war das Betriebsergebnis ausgeglichen. Für das Jahr 1994 hofften jedoch weitere 30 vH der befragten Unternehmen, die Gewinnschwelle zu überschreiten. Angesichts der hohen Produktivitätssteigerungen in der ostdeutschen Industrie dürfte diese Zuversicht begründet gewesen sein. Die Gewinnsituation war bei kleinen Unternehmen günstiger als bei großen. Während für die befragten Unternehmen insgesamt die Kosten um 14 vH über dem Umsatz lagen, erwirtschafteten die Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten im Durchschnitt bereits Gewinne.

Die verbesserte wirtschaftliche Lage der ostdeutschen Industrieunternehmen läßt sich auch an einer Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zu einzelnen Problembereichen erkennen. Danach haben die Schwierigkeiten deutlich abgenommen, die bisher die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen beeinträchtigen. Zwar geben immer noch 42 vH der Unternehmen an, Wettbewerbsprobleme aufgrund eines veralteten Kapitalstocks zu haben, der Anteil ist allerdings spürbar gesunken. Auch die Ausstattung der Infrastruktur wird weniger häufig als bedeutendes Entwicklungshemmnis genannt und deutlich weniger Unternehmen geben an, durch schwerfällige kommunale Verwaltungen behindert zu werden. Offenbar zeigen die Bemühungen Erfolge, die personelle Ausstattung in Engpaßbereichen der öffentlichen Verwaltung zu verbessern und die Vergabe von Baugenehmigungen sowie die Klärung von Eigentumsfragen zu beschleunigen. Aus der Umfrage geht jedoch auch hervor, daß sich der Wettbewerbsdruck für die ostdeutschen Unternehmen spürbar verschärft hat. Eine deutlich gestiegene Anzahl von Unternehmen aus fast allen Branchen sah die zunehmende Konkurrenz aus den mittel- und osteuropäischen Staaten als ernstzunehmende Herausforderung an. Hinzu kamen durch die Rezession in den alten Bundesländern und in Kontinentaleuropa bedingte Absatzschwierigkeiten. Mit der konjunkturellen Erholung in diesem Jahr hat sich dieses Problem entschärft.

83. Die **Bauwirtschaft** strahlt immer stärker auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland aus. Die Nettoproduktion im Bauhauptgewerbe lag in den ersten acht Monaten des Jahres 1994 um 14,8 vH über dem Vorjahresstand. Der Wohnungsbau übernimmt in diesem Bereich zunehmend die Rolle des Schrittmachers. In den ersten acht Monaten dieses Jahres hat sich der Umsatz im Bauhauptgewerbe gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nahezu verdoppelt (Schaubild 17). Der Vorjahresvergleich läßt aber auch im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau eine anhaltend hohe Dynamik erkennen. Der Umsatz im Ausbaugewerbe stieg ebenfalls kräftig, er lag im gleichen Zeitraum um rund zwei Fünftel über dem Stand des Vorjahres.

Schaubild 17



84. Die Modernisierung, Instandsetzung und Instandhaltung des Wohnungsbestandes sowie der Neubau wurden zusätzlich angeregt durch eine weitere Anhebung der Obergrenzen für Bestandsmieten, durch eine Entlastung von Zinsen für Altschulden sowie durch Fortschritte bei der Lösung von Eigentumsproblemen, welche die Kreditwürdigkeit genossenschaftlicher und kommunaler Wohnungsunternehmen verbesserten. Wie bereits in den vergangenen Jahren wurden darüber hinaus zinsgünstige Kre-

dite im Rahmen des Wohnraummodernisierungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau vergeben und Sonderabschreibungen für Investitionen eingeräumt.

85. Durch die Anhebung der Obergrenzen für die Bestandsmieten zum 1. Januar 1994 wurden die Finanzierungsbedingungen für Instandsetzung, Instandhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes verbessert. Die Vermieter können die Verwaltungskosten und die Bewirtschaftungskosten mittlerweile größtenteils durch die Grundmieten decken. Der zulässige Höchstbetrag für die Umlage der Kosten für Heizung und Warmwasser von 2,50 DM/qm dürfte jedoch nur für etwa ein Zehntel der Wohnungen kostendeckend sein. Mitte nächsten Jahres werden sich weitere Möglichkeiten zu Mieterhöhungen ergeben, wenn das Vergleichsmietensystem wie geplant in den neuen Bundesländern eingeführt wird. Investitionen in den Wohnungsbestand wurden außerdem durch das Wohnraummodernisierungsprogramm gefördert. Im vergangenen Jahr wurde das im Rahmen des Programms zu vergebende Kreditvolumen von 30 Mrd DM auf 60 Mrd DM aufgestockt. Außerdem wurden die Sonderabschreibungen in Höhe von bis zu 50 vH innerhalb der ersten fünf Jahre, die das Fördergebietsgesetz für Neubau- und Bestandsinvestitionen im Mietwohnungsbau der neuen Bundesländer einräumt, bis zum 31. Dezember 1996 verlängert.

Wesentliche Impulse für den Wohnungsbau dürften in den kommenden Jahren vom Altschuldenhilfe-Gesetz ausgehen. Die ostdeutschen kommunalen Wohnungsunternehmen, die Wohnungsgenossenschaften und die privaten Vermieter haben nach dem Gesetz die Möglichkeit, sich ab Juli 1995 von einem Teil der Altschulden und damit von den Zinszahlungen befreien zu lassen. Die bis zum „Abgabetermin" Ende 1993 vorgelegten Anträge lassen darauf schließen, daß die Entlastungsmöglichkeiten weitgehend ausgeschöpft wurden. Insgesamt werden die Altschulden, die sich bis Mitte des Jahres 1995 auf rund 60 Mrd DM belaufen werden, um 31 Mrd DM gekappt. Im Jahre 1994 wurden 4,7 Mrd DM an Zinshilfen gezahlt.

Die Altschulden müssen grundsätzlich nur bis zu einem Betrag von 150 DM/qm getragen werden; was über diesen Betrag hinausgeht, übernimmt der Bund. Bei den sogenannten Wendewohnungen werden nur Altschulden bis zu einer Höhe von 1 000 DM/qm Wohnfläche berücksichtigt. (Als Wendewohnungen werden solche Wohnungen bezeichnet, mit deren Bau vor dem 3. Oktober 1990 begonnen wurde, die jedoch erst später fertiggestellt wurden.) Außerdem können die Zinszahlungen für das Jahr 1994 und das erste Halbjahr 1995 auf Bund und Länder übertragen werden. Die Teilentschuldung und die Zinshilfe mußten bis zum 31. Dezember des Jahres 1993 beantragt werden. Für die kommunalen Wohnungsunternehmen und für die Wohnungsgenossenschaften ist der Antrag auf Teilentschuldung mit der Auflage verbunden, 15 vH ihres Wohnungsbestandes bis zum Jahre 2003 zu privatisieren. Wird die Auflage nicht erfüllt, so werden die Altschulden vollständig oder teilweise rückübertragen. Ein Teil des Verkaufserlöses muß an den Erblastentilgungsfonds abgetreten werden. Damit die Mobilisierung privaten Kapitals schnell vorankommt, nimmt dieser Teil im Zeitablauf zu. Er beginnt mit 20 vH und erreicht den Höchstwert von 90 vH ab dem Jahre 2001.

86. Die hemmende Wirkung ungeklärter Eigentumsfragen auf die Bauinvestitionen von Genossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen konnte weiter abgebaut werden. Der Gebäudebestand der meisten Wohnungsgenossenschaften befindet sich auf ehemals volkseigenem Grund und Boden und wurde nach der Vereinigung den ostdeutschen Kommunen übertragen. Das Eigentum an den Grundstücken ist nach dem Wohnungsgenossenschafts-Vermögensgesetz, das im Juni 1993 in Kraft getreten ist, auf die Genossenschaften übergegangen. Als Entschädigung erhalten die Kommunen einen Preis von 1 DM bis zu 3 DM pro Quadratmeter je nach Größe der Gemeinde. Damit über die Grundstücke frei verfügt werden kann und sie als Sicherheiten für Kredite eingesetzt werden können, müssen die Gemeinden oder die Genossenschaften bei den zuständigen Oberfinanzdirektionen eine Zuordnung beantragen. Dabei kommt es jedoch zu Verzögerungen, weil die genaue Abgrenzung der Grundstücke erst festgestellt werden muß und die Anzahl der zu regelnden Grundstücksverhältnisse sehr groß ist. Eine Umfrage des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft ergab, daß von den Anträgen auf Eigentumszuordnung bis zum 31. Dezember vergangenen Jahres erst 54 vH entschieden worden waren. Auch die Übertragung des Wohnungsvermögens von den Kommunen auf die kommunalen Wohnungsunternehmen, die in Kapitalgesellschaften umgewandelt worden sind, ist noch nicht abgeschlossen; sie macht allerdings sichtbare Fortschritte. Am 31. Dezember 1993 waren 67 vH der befragten Kapitalgesellschaften Eigentümer der von ihnen verwalteten Grundstücke und Gebäude. Ende des Jahres 1992 hatte diese Quote erst 58 vH betragen.

Die Klärung von Restitutionsansprüchen kommt ebenfalls rasch voran. Mittlerweile sind von rund 2,8 Mio Restitutionsansprüchen auf Vermögenswerte, die mit Eigentumsansprüchen belastet waren, für 1,1 Mio Fälle die Eigentumsfragen geklärt. Ende September des vergangenen Jahres waren erst 760 000 Ansprüche erledigt worden. Bei Wohngebäuden wurde bisher allerdings nur über einen geringen Teil der Fälle entschieden. Die Umfrage des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft ergab, daß erst für etwa ein Fünftel der betroffenen Wohnungen die Eigentumsfrage gelöst ist.

87. Die Bedingungen für die Entwicklung des **Dienstleistungssektors** haben sich durch die breitere Aufwärtsentwicklung in der Industrie verbessert. Die Wertschöpfung expandierte im ersten Halbjahr bei den Dienstleistungsunternehmen mit 7,3 vH deutlich kräftiger als im Vorjahr (Tabelle 14). Nachdem in den vergangenen Jahren, begünstigt durch die dynamische Einkommensentwicklung, vorwiegend die konsumorientierten Dienstleistungen expandierten, dürften in diesem Jahr auch die produktionsorientierten Dienstleistungen in Schwung gekommen sein. Dieser Bereich ist bisher in seiner Entwicklung nur langsam vorangekommen, denn die überregionale Konkurrenz, vor allem von Unternehmen aus den alten Bundesländern, ist groß. Umfragen lassen erkennen, daß ostdeutsche Industrieunternehmen bei der Produktentwicklung, dem Produktdesign, der Verfahrensentwicklung, der Marktforschung sowie dem Absatz und Vertrieb den überwiegenden Teil der von ihnen nachgefragten Dienste von Anbietern beziehen, die in den alten Bundesländern oder im Ausland ihren Sitz haben.

Tabelle 14

Zur sektoralen Entwicklung des Sozialprodukts in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

In Preisen von 1991

Zeitraum	Bruttowertschöpfung							Bruttoinlandsprodukt[5]	Einkommen aus der übrigen Welt[6]	Bruttosozialprodukt
	unbereinigt						bereinigt[4]			
	zusammen	davon								
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat, private Haushalte[3]				
	Mrd DM									
1991	208,27	7,03	76,27	29,85	45,89	49,23	195,50	206,00	8,00	214,00
1992	224,57	7,49	84,08	30,74	53,62	48,64	210,80	222,10	10,10	232,20
1993	237,61	7,77	91,85	34,23	56,06	47,70	223,21	235,00	8,50	243,50
1990 2. Halbjahr	106,36	7,37	42,86	17,87	14,03	24,23	108,97	107,40	1,75	109,15
1991 1. Halbjahr	97,88	0,06	37,31	14,24	21,29	24,98	91,47	96,50	2,70	99,20
2. Halbjahr	110,39	6,97	38,96	15,61	24,60	24,25	104,03	109,50	5,30	114,80
1992 1. Halbjahr	105,67	0,41	40,02	14,60	26,35	24,29	98,76	103,70	4,70	108,40
2. Halbjahr	118,90	7,08	44,06	16,14	27,27	24,35	112,04	118,40	5,40	123,80
1993 1. Halbjahr	111,98	0,95	43,20	16,39	27,51	23,93	104,82	110,30	4,20	114,50
2. Halbjahr	125,63	6,82	48,65	17,84	28,55	23,77	118,39	124,70	4,30	129,00
1994 1. Halbjahr	121,08	0,70	49,76	17,44	29,53	23,65	113,39	120,10	3,40	123,50
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in vH									
1992	*7,8*	X	*10,2*	*3,0*	*16,8*	*–1,2*	*7,8*	*7,8*	X	*8,5*
1993	*5,8*	X	*9,2*	*11,4*	*4,6*	*–1,9*	*5,9*	*5,8*	X	*4,9*
1991 2. Halbjahr	*3,8*	X	*–9,1*	*–12,6*	*75,3*	*0,1*	*–4,5*	*2,0*	X	*5,2*
1992 1. Halbjahr	*8,0*	X	*7,3*	*2,5*	*23,8*	*–2,8*	*8,0*	*7,5*	X	*9,3*
2. Halbjahr	*7,7*	X	*13,1*	*3,4*	*10,9*	*0,4*	*7,7*	*8,1*	X	*7,8*
1993 1. Halbjahr	*6,0*	X	*7,9*	*12,3*	*4,4*	*–1,5*	*6,1*	*6,4*	X	*5,6*
2. Halbjahr	*5,7*	X	*10,4*	*10,5*	*4,7*	*–2,4*	*5,7*	*5,3*	X	*4,2*
1994 1. Halbjahr	*8,1*	X	*15,2*	*6,4*	*7,3*	*–1,2*	*8,2*	*8,9*	X	*7,9*

[1] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[2] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4] Summe der Bruttowertschöpfung nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[5] Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich nichtabziehbare Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben.
[6] Aus der übrigen Welt empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

88. Die Wertschöpfung in der **Landwirtschaft** dürfte im Jahre 1994 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen sein. Unter anderem resultiert dies aus Reaktionen auf Preissenkungen durch die Agrarreform und aus Flächenstillegungen.

Reichliche Subventionen haben weiterhin die Umstrukturierung der Agrarbetriebe unterstützt und die Auswirkungen des Strukturwandels abgefedert. Die Subventionen des Bundes für die ostdeutsche Landwirtschaft wurden seit dem Jahre 1990 stetig abgebaut. Sie lagen damals mit 4,9 Mrd DM auf ihrem Höchststand und betrugen im Jahre 1994 noch 2 Mrd DM. Die Fördermittel des Bundes werden ergänzt durch Finanzmittel des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft. Sie sollen sich in den Jahren 1994 bis 1999 auf insgesamt 5,2 Mrd DM belaufen. Die Subventionen des Bundes und der Europäischen Union sind im wesentlichen bestimmt für Einkommenshilfen, Interventionskäufe, Ausfuhrerstattungen und für die Investitionsförderung.

Die ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden von den Altschulden — sie betrugen ursprünglich 7,6 Mrd DM — weitgehend entlastet oder von den Tilgungszahlungen vorübergehend befreit. Bis zum Jahresende 1993 wurden 1,4 Mrd DM von der Treuhandanstalt entschuldet und 2,8 Mrd DM von den Gläubigerbanken auf der Grundlage von Rangrücktrittsvereinbarungen gestundet. Im letzteren Fall brauchen die Tilgungszahlungen und die aufgelaufenen Zinsen nur dann geleistet zu werden, wenn die Unternehmen Gewinn erzielen, und dann nur in Höhe von 20 vH des Gewinns. Von den

restlichen Altschulden entfielen 2,1 Mrd DM auf Unternehmen, die sich in Vollstreckung oder Liquidation befanden, und 600 Mio DM waren bereits getilgt worden.

Export im Umbruch

89. Ebenso wie der Anstieg der Produktion und der Produktivität läßt die Entwicklung der Auslandsumsätze darauf schließen, daß es den ostdeutschen Unternehmen gelingt, ihre Wettbewerbsfähigkeit allmählich zu steigern. Die Auslandsumsätze nahmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 14,5 vH gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zu. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe lagen die Steigerungsraten deutlich höher.

Die Basis für den Export ist freilich noch gering, und die Entwicklung der Exportquote macht deutlich, daß große Fortschritte bei der Erschließung ausländischer Märkte noch nicht erzielt werden konnten. Im Verarbeitenden Gewerbe lag der Anteil der Auslandsumsätze an den Gesamtumsätzen im ersten Halbjahr 1994 mit 11,8 vH leicht unter dem Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraums (Tabelle 15). Im Verarbeitenden Gewerbe ging die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz einer Branche) in allen vier Hauptgruppen zurück; lediglich in einzelnen Wirtschaftszweigen wie der Eisenschaffenden Industrie und dem Bekleidungsgewerbe konnte sie gesteigert werden. Seit dem ersten Halbjahr 1991 hat der Anteil des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes an den Auslandsumsätzen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Exportanteil) deutlich zugenommen, während das Gewicht des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes merklich zurückging. Die größten Exportanteile haben mittlerweile der Maschinenbau und die Chemische Industrie. Der Stahl- und Leichtmetallbau/Schienenfahrzeugbau, dessen Exportanteil im ersten Halbjahr 1991 in Höhe

Tabelle 15

Auslandsumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

vH

Sypro[2])	Wirtschaftsbereiche	Exportquote[3])						Exportanteil[4])					
		1991	1992		1993		1994	1991	1992		1993		1994
		1. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	1. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	11,7	14,5	13,3	12,0	12,4	11,6	100	100	100	100	100	100
21	Bergbau	3,8	5,4	4,6	4,1	5,0	8,9	3,8	2,9	2,4	2,3	2,1	3,5
	Verarbeitendes Gewerbe	12,7	15,3	13,9	12,6	12,8	11,8	96,2	97,1	97,6	97,7	97,9	96,5
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	14,0	18,0	12,7	13,1	12,0	12,4	29,7	30,0	20,8	25,1	22,2	25,2
27	Eisenschaffende Industrie	28,0	23,7	28,3	23,2	24,7	25,4	9,6	5,0	5,7	5,0	5,1	5,3
40	Chemische Industrie	18,7	27,7	18,3	24,0	22,0	23,5	13,5	18,1	10,2	14,3	11,2	13,0
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	17,1	19,7	20,1	17,0	17,6	15,9	49,5	49,3	62,0	53,6	57,5	54,0
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	27,5	30,6	22,4	17,8	10,6	11,8	13,9	14,4	12,9	10,0	6,0	5,6
32	Maschinenbau	17,8	21,0	32,4	28,2	32,6	27,7	19,0	15,5	31,1	21,7	28,0	20,8
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	10,9	10,4	8,4	11,6	11,3	5,2	3,6	4,3	4,0	7,2	7,0	4,3
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	11,8	11,9	8,8	9,3	7,9	8,6	10,0	9,1	6,9	8,6	7,3	9,2
51	Feinkeramik	23,8	24,1	26,5	25,2	18,5	17,8	0,8	0,8	0,9	1,0	0,6	0,6
63	Textilgewerbe	13,5	21,5	12,3	14,4	12,0	14,3	2,3	2,7	1,3	1,8	1,4	2,0
64	Bekleidungsgewerbe	7,5	7,7	5,4	5,3	7,4	7,8	0,6	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	4,1	6,1	5,3	5,8	6,8	4,7	7,0	8,7	7,8	10,3	10,9	8,1
68	Ernährungsgewerbe	4,3	6,2	5,8	6,3	7,4	4,9	6,6	8,0	7,8	10,2	10,8	7,7

[1]) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Auslandsumsatz: Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.
[2]) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe.
[3]) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im jeweiligen Wirtschaftsbereich.
[4]) Anteil des Auslandsumsatzes des jeweiligen Wirtschaftsbereichs am gesamten Auslandsumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe.

des Anteils der Chemischen Industrie lag, hat hingegen erheblich an Bedeutung für den ostdeutschen Export verloren. Die Gewichte der einzelnen Wirtschaftszweige verschieben sich zum Teil noch beträchtlich. So hat sich der Exportanteil des Stahl- und Leichtmetallbau/Schienenfahrzeugbaus im ersten Halbjahr 1994 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum fast halbiert, und im Maschinenbau schwankte er von Halbjahr zu Halbjahr erheblich. Derartig starke Ausschläge können aufgrund des geringen Niveaus der Auslandsumsätze durch Großaufträge hervorgerufen worden sein.

90. Erhebliche Verschiebungen gab es auch in der Regionalstruktur der Ausfuhr. Die mittel- und osteuropäischen Länder verloren im Jahre 1994 als Absatzmarkt weiter an Bedeutung. Das gilt vor allem für die Ausfuhr in die ehemalige Sowjetunion. Insgesamt ging der Export in die mittel- und osteuropäischen Staaten in den ersten sechs Monaten gegenüber dem Vorjahr um 24,9 vH zurück. Die rückläufige Ausfuhr der neuen Bundesländer in diese Region steht im Gegensatz zu den Absatzerfolgen westdeutscher Unternehmen auf diesen Märkten (Ziffern 30f.). Der Grund für den anhaltend starken Rückgang dürfte darin liegen, daß es sich vielfach um Produkte handelte, die zu Zeiten der DDR im RGW-Raum abgesetzt wurden, die aber nach Öffnung der Märkte dort nur noch vorübergehend Abnehmer fanden, und das nur, weil sie über Hermes-Bürgschaften abgesichert waren. Die Hermes-Bürgschaften wurden in den vergangenen Jahren zurückgeführt; für dieses Jahr wurde für Exporte in die Gemeinschaft unabhängiger Staaten ein Plafonds von 3,5 Mrd DM gewährt. Der Export in die westlichen Industrieländer konnte hingegen deutlich gesteigert werden. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres übertraf er den Vorjahresstand um 51,2 vH. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß für die Ausfuhr in die Europäische Union in den ersten Monaten des Jahres 1993 ein starker Rückgang ausgewiesen wird. Das ist vermutlich auch auf Probleme der statistischen Erfassung der Handelsströme innerhalb der Europäischen Union zurückzuführen, die seit dem Wegfall der Grenzkontrollen zu Beginn des vergangenen Jahres bestehen (JG 93 Ziffer 58).

Die Außenhandelsstatistik weist für die Exporte der neuen Bundesländer deutlich geringere Zuwachsraten aus als die Statistik des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes (für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) für den Auslandsumsatz. Die Differenz ist im wesentlichen durch Unterschiede bezüglich der räumlichen Zuordnung des Auslandsabsatzes bedingt. Exporte werden von selbständigen Unternehmen erhoben. Gründet ein westdeutsches Unternehmen eine Zweigstelle in den neuen Bundesländern, die nicht rechtlich selbständig ist, so wird die Ausfuhr dem Firmensitz in den alten Bundesländern zugeordnet, obwohl sich die Produktionsstätte in den neuen Bundesländern befindet. Produkte, die in Ostdeutschland hergestellt werden und für den Export bestimmt sind, werden daher als westdeutsche Ausfuhr verbucht. Ähnliche Zuordnungsprobleme gibt es bei den Auslandsaufträgen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. Zwar werden diese von Betrieben erhoben, so daß die richtige räumliche Zuordnung möglich ist. Vielfach werden jedoch Auslandsaufträge von westdeutschen Unternehmen an ihre ostdeutschen Produktionsstätten weitergeleitet. Da für die ostdeutschen Zweigstellen nicht immer ersichtlich ist, daß der Auftrag aus dem Ausland eingegangenen ist, werden viele dieser Auslandsaufträge als Inlandsaufträge gemeldet. Die Auslandsumsätze werden ebenfalls nach Betrieben erfaßt. Anders als bei den Auftragseingängen versucht das Statistische Bundesamt, bei den Auslandsumsätzen nicht nur zu erfassen, welche Umsätze die Betriebe direkt mit ausländischen Abnehmern tätigen, sondern auch, welche Umsätze sie mit deutschen Exporteuren machen. Diese verbucht es ebenfalls als Auslandsumsätze. Die Auslandsumsätze geben also die Entwicklung des Absatzes von Produkten der Betriebe wieder, die für die Ausfuhr bestimmt sind. Sie dürften damit der aussagekräftigste Maßstab für die Entwicklung des Auslandsabsatzes ostdeutscher Waren sein.

91. Auch im Dienstleistungsbereich hatten die Unternehmen bisher Schwierigkeiten, Abnehmer im Ausland zu finden. Wie im Verarbeitenden Gewerbe beschränkten sich die Absatzerfolge vorwiegend auf lokale Märkte. Die Exportschwäche des Dienstleistungsbereichs hängt eng mit der geringen Präsenz ostdeutscher Industrieunternehmen auf ausländischen Märkten zusammen. Dienstleistungsexporte werden oft in Verbindung mit internationalen Geschäften heimischer Warenproduzenten erbracht. Liefern Warenhersteller an das Ausland, so werden zum Beispiel vielfach heimische Spediteure mit dem Transport der Waren für den ausländischen Kunden beauftragt. Auch Auslandsfilialen nutzen zu einem großen Teil die Geschäftsbeziehungen der Muttergesellschaften zu Dienstleistern im Inland. Nachgefragt werden unter anderem Leistungen von Banken, Handelsvermittlern, Unternehmensberatern, Softwareproduzenten, Werbeagenturen und Messeveranstaltern. Solange das Auslandsengagement ostdeutscher Unternehmen gering ist, kann daher auch nicht mit hohen Einnahmen aus dem Dienstleistungsexport in diesen produktionsorientierten Bereichen gerechnet werden.

Von größerer Bedeutung sind hingegen die Einnahmen aus dem Reiseverkehr. Im Jahre 1993 kam es in ostdeutschen Beherbergungsstätten zu 29,7 Mio Übernachtungen; 1,8 Mio entfielen davon auf ausländische Gäste. Die Anzahl der Übernachtungen dürfte in diesem Jahr noch höher ausfallen. Von Januar bis August dieses Jahres wurden 19,9 vH mehr Übernachtungen registriert als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die meistbesuchten Bundesländer waren Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Auf sie entfielen im vergangenen Jahr jeweils rund ein Viertel aller Übernachtungen in den jungen Bundesländern.

Die Lieferung von Waren und Dienstleistungen in das Ausland beleuchtet freilich nur einen Teilaspekt des überregionalen Absatzes ostdeutscher Unternehmen. Auch die steigenden Lieferungen in das alte Bundesgebiet können als Zeichen zunehmender Leistungskraft ostdeutscher Produzenten gewertet werden. Für den Absatz in den alten Bundesländern und im Ausland zusammen ergab sich im Jahre 1994 gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung von 16 vH. Freilich ist auch hier das Ausgangsniveau noch gering.

Rege Gründungstätigkeit, Privatisierung vor dem Abschluß

92. Der Aufbau des privaten Unternehmenssektors kommt zügig voran. Dies zeigt sich zum einen an der fortschreitenden Privatisierung ehemaliger Treuhandunternehmen, zum anderen an der gestiegenen Zahl neugegründeter Unternehmen.

Tabelle 16

Stand der Privatisierung von Treuhandunternehmen

Stand: 30. September 1994

Hauptbranchen[1]	Unternehmen[2] insgesamt (Bruttobestand)	Darunter[3]									
		vollständig privatisierte Unternehmen	mehrheitlich privatisierte Unternehmen	vollständig reprivatisierte Unternehmen	in Liquidation	Nettobestand[4]					
						Unternehmen		mit Beschäftigten			
						zusammen	darunter: Unternehmen im Angebot	zusammen	darunter: Unternehmen im Angebot	Struktur[5] zusammen	Struktur[5] darunter: Unternehmen im Angebot
Insgesamt	12 363	6 236	228	1 571	3 661	354	144	97 252	42 556	*100*	*100*
Land- und Forstwirtschaft	570	82	15	9	372	51	0	886	0	*0,9*	*0,0*
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	247	196	2	2	16	8	0	2 474	0	*2,5*	*0,0*
Bergbau	31	18	2	3	5	3	1	12 333	645	*12,7*	*1,5*
Chemische Industrie	261	131	4	37	79	10	2	14 288	1 018	*14,7*	*2,4*
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	180	76	0	40	63	1	1	219	219	*0,2*	*0,5*
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	486	305	1	73	96	8	2	665	35	*0,7*	*0,1*
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	254	132	3	34	71	14	12	7 601	7 533	*7,8*	*17,7*
Stahl- und Leichtmetallbau	207	93	2	49	36	26	20	10 332	9 572	*10,6*	*22,5*
Maschinenbau	1 114	614	7	128	316	47	34	13 509	9 512	*13,9*	*22,4*
Fahrzeugbau	371	231	1	43	90	4	2	728	557	*0,7*	*1,3*
Elektrotechnik, Elektronik	488	212	6	59	197	13	11	4 641	4 635	*4,8*	*10,9*
EBM-Waren, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spiel- und Schmuckwaren	328	120	1	78	125	2	0	25	0	*0,0*	*0,0*
Feinmechanik und Optik	86	35	0	21	29	1	0	102	0	*0,1*	*0,0*
Holzindustrie	498	188	1	136	167	5	3	601	355	*0,6*	*0,8*
Papier- und Druckgewerbe	249	132	0	42	74	1	0	0	0	*0,0*	*0,0*
Leder- und Schuhindustrie	165	36	0	26	102	1	1	66	66	*0,1*	*0,2*
Textil- und Bekleidungsindustrie	532	128	1	123	263	15	11	3 485	2 959	*3,6*	*7,0*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	869	451	12	128	264	4	1	2	0	*0,0*	*0,0*
Bauhauptgewerbe	1 020	675	19	191	113	6	4	1 829	1 416	*1,9*	*3,3*
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	211	120	0	68	19	0	0	0	0	*0,0*	*0,0*
Handel	1 377	731	48	90	468	34	24	2 685	2 149	*2,8*	*5,0*
Verkehrswesen, Nachrichtenübermittlung, Spedition, Lagerei	417	210	11	17	113	3	0	322	0	*0,3*	*0,0*
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute; Versicherungsgewerbe	18	9	2	0	1	1	0	484	0	*0,5*	*0,0*
Dienstleistungen	2 169	1 213	70	107	555	95	14	19 975	1 885	*20,5*	*4,4*
Nicht zuzuordnen	215	98	20	67	27	1	1	0	0	*0,0*	*0,0*

[1]) Nach der Abgrenzung der Treuhandanstalt.
[2]) Alle von der Treuhandanstalt seit 1. Juli 1990 übernommenen und neu entstandenen Unternehmen; nicht enthalten sind 1 418 Unternehmen (durch Fusion/Aufspaltung aufgelöst, Treuhandanstalt-Vermögensteile, Treuhandbeteiligung in Prüfung, Bergwerksrechte, sonstige Gesellschaften außerhalb des Bruttobestandes), die die Treuhandanstalt in ihr Gesamtportfolio von dann 13 781 Unternehmen einrechnet.
[3]) Nicht gesondert aufgeführt sind 447 Unternehmen, von denen 263 in Kommunaleigentum übertragen wurden, für 50 vorläufige Besitzeinweisungen vorgenommen wurden sowie 134 durch Liquidation aus dem Bestand der Treuhandanstalt ausgeschieden sind.
[4]) Unternehmen, die mehrheitlich im Treuhandbesitz sind und sich nicht in der Gesamtvollstreckung/Liquidation befinden.
[5]) Anteil der Beschäftigten in den noch zu privatisierenden Unternehmen in vH.

Quelle: Treuhandanstalt

Die Treuhandanstalt konnte ihren verbliebenen Unternehmensbestand im Jahre 1994 weiter deutlich abbauen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres verringerte sich der Bestand, für den noch Käufer gesucht wurden, um weitere 122 Unternehmen. Ende September dieses Jahres hatte sie noch 144 Unternehmen mit zusammen knapp 43 000 Beschäftigten im Angebot (Tabelle 16). Zu den Unternehmen, die sie zum Kauf anbot, gehört auch der Unternehmensbestand der fünf Managementgesellschaften; sie verwalteten 87 Unternehmen. Insgesamt hatte die Treuhandanstalt bis Ende September 6 236 Unternehmen vollständig und 228 Unternehmen mehrheitlich privatisiert. Darüber hinaus veräußerte sie 7 629 Betriebsteile.

Die Käufer der Unternehmen und der Betriebsteile haben Beschäftigungszusagen für 1,49 Millionen Arbeitnehmer und Investitionszusagen in Höhe von 206,5 Mrd DM gegeben. Die Verkaufserlöse betrugen 64,9 Mrd DM. Beschäftigungszusagen und Investitionszusagen wurden, soweit überprüft, in den meisten Fällen eingehalten. Von den Zusagen ist jeweils etwa die Hälfte vertraglich festgelegt; bei Vertragsverletzungen drohen Strafen. Der überwiegende Teil der vertraglich abgesicherten Investitionen muß in den nächsten fünf Jahren durchgeführt werden.

Von den verkauften Unternehmen und Betriebsteilen wurden nach Kenntnis der Treuhandanstalt 855 an ausländische Investoren veräußert. Damit waren Beschäftigungszusagen von etwa 150 000 Arbeitnehmern, Investitionszusagen in Höhe von 21,8 Mrd DM und Verkaufserlöse von über 6,2 Mrd DM verbunden. Am stärksten engagierten sich Investoren aus der Europäischen Union — hier besonders aus Frankreich und Großbritannien —, aus Österreich und der Schweiz, aus den Vereinigten Staaten und Kanada.

93. Die Treuhandanstalt verwaltete Mitte Oktober 1994 noch 21 Unternehmen mit jeweils mehr als 1 000 Beschäftigten.

- Acht Unternehmen im Angebotsbestand: die vier Gesellschaften der Unternehmensgruppe Deutsche Waggonbau AG, die Gröditzer Stahlwerke GmbH, die VEM Elektroantriebe GmbH, die VEM motors GmbH sowie die Mansfelder Kupfer und Messing GmbH. Für diese Unternehmen wurde noch nach geeigneten Investoren gesucht.
- Fünf Unternehmen, für welche die baldige Privatisierung in Aussicht stand: die Chemieunternehmen Leuna Werke GmbH, Buna GmbH, Sächsische Olefinwerke GmbH, der Maschinen- und Anlagenbauer Sket Schwermaschinenbau GmbH sowie die Eko Stahl GmbH. Für diese Unternehmen waren die Verhandlungen mit potentiellen Investoren bereits weit fortgeschritten, die Privatisierung war jedoch noch nicht sichergestellt.
- Fünf Auslauf- und Verwahrungsgesellschaften, die mit der Beseitigung von Altlasten betraut waren, so zum Beispiel die Gesellschaften zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben.
- Drei ABS Gesellschaften: die Gesellschaft für bergbauliche Rekultivierung, Umwelttechnik und Landschaftsgestaltungs GmbH, die Sanierungsgesellschaft Lauchhammer mbH und die Sanierungsgesellschaft Schwarze Pumpe mbH.

94. Die bei der Treuhandanstalt verbliebenen Unternehmen waren insgesamt noch weit von der Gewinnschwelle entfernt. Im zweiten Quartal dieses Jahres lagen die Verluste der Treuhandunternehmen im Durchschnitt bei 14 vH des Umsatzes, im Verarbeitenden Gewerbe erreichten sie 28 vH. In den zusammengefaßten industriellen Wirtschaftszweigen Chemische Industrie, Mineralölerzeugung, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie Lederwaren, Textilien, Bekleidung und in den Verkehrsunternehmen überschritten die Verluste jeweils 35 vH der Umsätze.

95. Die Treuhandanstalt soll zum Ende dieses Jahres aufgelöst werden. Es ist vorgesehen, daß verbleibende Aufgaben an mehrere Nachfolgeinstitutionen übertragen werden, die dem Bundesministerium der Finanzen unterstehen sollen. Rechtsnachfolger der Treuhandanstalt wird die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben. Sie soll insbesondere das Vertragsmanagement, die Reprivatisierung und die Abwicklung zu Ende führen. Die noch im Treuhandbesitz befindlichen Unternehmen übernimmt eine Beteiligungs-Management-Gesellschaft. Die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH wird das land- und forstwirtschaftliche Vermögen weiterhin betreuen. Die Liegenschaftsgesellschaft der Treuhandanstalt bleibt für die sonstigen Grundstücke zuständig. Die Bundesländer können über Sitze im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, über Sitze im Aufsichtsrat der Liegenschaftsgesellschaft der Treuhandanstalt und über mehrere Beiräte an den noch zu bewältigenden Aufgaben mitwirken. Die Schulden der Treuhandanstalt, für die bis Ende dieses Jahres ein Rahmen von 230 Mrd DM vorgegeben war, werden vom Erblastentilgungsfonds übernommen. Für die Jahre 1995 bis 2000 ist für die Finanzierung der verbliebenen Aufgaben eine weitere Kreditaufnahme von bis zu 7,5 Mrd DM jährlich vorgesehen.

96. Zum Aufbau des privaten Unternehmenssektors reicht es nicht aus, daß privatisiert und investiert wird; es müssen auch neue Unternehmen gegründet werden. Das Jahr 1994 brachte erneut einen Zuwachs beim Unternehmensbestand. Die Anzahl der Gewerbeanmeldungen lag in den ersten neun Monaten deutlich über der Anzahl der Gewerbeabmeldungen (Tabelle 17). Freilich steht nicht hinter jeder Gewerbeanzeige die Gründung eines neuen Unternehmens. Die Gewerbeanzeigen schließen die Anmeldungen und Abmeldungen von Zweigbetrieben bereits bestehender Unternehmen ein. Zur Anmeldung eines Gewerbes kommt es auch dann, wenn Unternehmen lediglich ihre Rechtsform ändern oder wenn Gewerbebetriebe veräußert werden; außerdem stellen viele kleine Betriebe ihre Tätigkeit ein, ohne sich bei den Gewerbeämtern abzumelden. Nach einer Schätzung des Instituts für Mittelstandsforschung, Bonn, für das Bundesland Sachsen entfielen auf 100 Gewerbeanmeldungen allenfalls 60 Neugründungen von rechtlich selbständigen Unternehmen und auf 100 Gewerbeabmeldungen höchstens 70 echte Abmeldungen von Unternehmen.

Tabelle 17

Gewerbeanzeigen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Jahr	Insgesamt	Darunter		
		Industrie	Handwerk	Handel und Gastgewerbe
	Anzahl			
	Gewerbeanmeldungen[1])			
1990	281 096	.	38 190	136 878
1991	292 997	.	27 207	138 009
1992	214 316	9 820	22 366	97 875
1993	190 032	8 663	20 630	85 767
1993 Januar bis September	144 099	6 525	15 856	64 974
1994 Januar bis September	129 702	6 904	15 055	56 192
	Gewerbeabmeldungen[2])			
1990	26 694	.	6 843	12 455
1991	99 767	.	12 109	48 091
1992	120 768	3 398	11 028	61 902
1993	119 557	2 938	11 351	60 757
1993 Januar bis September	88 659	2 166	8 295	45 261
1994 Januar bis September	89 384	2 539	9 237	44 569
	Saldo der Gewerbeanzeigen[3])			
1990	254 402	.	31 347	124 423
1991	193 230	.	15 098	89 918
1992	93 548	6 422	11 338	35 973
1993	70 475	5 725	9 279	25 010
1993 Januar bis September	55 440	4 359	7 561	19 713
1994 Januar bis September	40 318	4 365	5 818	11 623

[1]) Beginn oder Übernahme eines Gewerbes, Zuzug eines Gewerbebetriebes aus einem anderen Meldebezirk.
[2]) Einstellung eines Gewerbebetriebes, Übergabe an einen Nachfolger, Verlegung eines Gewerbebetriebes in einen anderen Meldebezirk.
[3]) Gewerbeanmeldungen abzüglich Gewerbeabmeldungen.

Wie rege das Gründungsgeschehen in Ostdeutschland ist, wird deutlich, wenn man den Umfang der dortigen Gewerbeanzeigen mit denen in Nordrhein-Westfalen vergleicht; dieses Bundesland ist, gemessen an der Einwohnerzahl, etwas größer als Ostdeutschland. Im Jahre 1993 wurden in Nordrhein-Westfalen rund 147 500 Gewerbe angemeldet und 119 000 Gewerbe abgemeldet. Damit wurden die höchsten Werte seit mehr als 20 Jahren erreicht. Die Anzahl der Gewerbeanmeldungen in den neuen Bundesländern lag im Jahre 1993 um etwa 30 vH über der in Nordrhein-Westfalen, und die Differenz zwischen den Anmeldungen und den Abmeldungen entsprach sogar annähernd dem zweieinhalbfachen des nordrhein-westfälischen Saldos. Freilich weist der Saldo in den neuen Bundesländern eine Abwärtstendenz auf. Das ist vor allem auf die rückläufigen Gewerbeanmeldungen zurückzuführen. Für den Aufbau einer Exportbasis ist es besonders wichtig, daß neue Industrieunternehmen entstehen. In der Industrie wurden jedoch verhältnismäßig wenige Unternehmen gegründet. Mit 8 663 Gewerbeanmeldungen wurden im Jahre 1993 in den jungen Bundesländern 8 vH mehr Industriebetriebe angemeldet als in Nordrhein-Westfalen.

97. Mit der Errichtung neuer Betriebsstätten steigt der Bedarf an Bauland. Damit Grundstücke, die für Gewerbeansiedlungen geeignet sind, nicht zum Engpaß werden, müssen genügend Gewerbeflächen ausgewiesen und mit der notwendigen Infrastruktur versehen werden. Auch für den Bau neuer Wohngebäude muß ausreichend Land vorhanden sein, nicht zuletzt weil der derzeitige Mangel an Wohnraum in den Städten die Gewinnung von ortsfremden Fachkräften erschwert.

Der Immobilienmarkt in den jungen Bundesländern hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Während in den ersten beiden Jahren nach der Vereinigung die Treuhandanstalt, die Liegenschaftsgesellschaft der Treuhandanstalt und der Bund praktisch die einzigen Anbieter von Liegenschaften waren, traten seitdem zunehmend private und kommunale Anbieter auf dem Immobilienmarkt auf. Hierzu haben die Klärung von Eigentumsverhältnissen und die Ausweisung neuen Baulands durch die Gemeinden wesentlich beigetragen. Diese Entwicklung spiegelt sich im Umfang des Grundstückshandels. Die Anzahl der Verkäufe von Bauland hat sich vom ersten Vierteljahr 1992 bis zum ersten Vierteljahr 1994 annähernd

verdreifacht. Das Volumen gehandelten Baulands hat sich gegenüber dem ersten Quartal des Jahres 1992 zwar nur leicht erhöht und ging gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zurück; es lag im ersten Vierteljahr dieses Jahres aber höher als in den alten Bundesländern. Während in den alten Bundesländern überwiegend baureifes Land gehandelt wurde, das zumeist für den Wohnungsbau verwendet wird, dominierte in den neuen Bundesländern das Rohbauland, Land dessen Nutzung noch nicht feststeht und das in der Regel noch erschlossen werden muß.

Die durchschnittlichen Verkaufserlöse je Quadratmeter Bauland sind in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Im ersten Quartal des Jahres 1994 lagen sie aber mit rund 36 DM je Quadratmeter beträchtlich unter dem Wert von 102 DM in den alten Bundesländern. Ein Preisgefälle zu den alten Bundesländern bestand für alle Arten von Bauland. Bei baureifem Land war es deutlich höher als bei Industrieland.

Trotz des insgesamt regen Handels mit Bauland stellte in vielen Städten ein Mangel an günstig gelegenen und unmittelbar nutzbaren Gewerbeflächen immer noch ein Hemmnis für die Ansiedlung von Unternehmen dar. Die Ursache lag vor allem darin, daß Bebauungspläne fehlten oder neu ausgewiesene Gewerbeflächen nicht erschlossen waren. Darüber hinaus wurde die Bestandspflege bereits vorhandener Gewerbegebiete oftmals vernachlässigt, so daß günstig gelegene Industriegelände an zentralen Orten mit zumindest quantitativ ausreichender Infrastrukturausstattung zu Industriebrachen verfielen. In den Innenstädten kam verschärfend hinzu, daß Flächen durch die dort immer noch hohe Anzahl ungeklärter Eigentumsverhältnisse nicht genutzt oder Industriebrachen nur mit hohem Aufwand erschlossen werden konnten. Der Engpaß lag also nicht in einem Mangel an geeigneten Flächen, sondern in fehlenden planerischen und rechtlichen Voraussetzungen für die Bebauung sowie in einer unzureichenden infrastrukturellen Anbindung. Würden die neu ausgewiesenen Gewerbeflächen, die Reserven im Altbestand und für Gewerbeansiedlungen geeignete militärische Konversionsflächen nutzbar gemacht, so wäre in den Städten ein großes Angebot an Gewerbeflächen vorhanden. Angesichts der Knappheit von gewerblich nutzbarem Bauland in den westdeutschen Ballungsgebieten könnte sich daraus ein Standortvorteil entwickeln.

Die Liegenschaftsgesellschaft der Treuhandanstalt kann wesentlich dazu beitragen, die Verfügbarkeit von Bauland in den ostdeutschen Stadtregionen für private Investoren zu verbessern. Sie besitzt einen großen Teil der Grundstücke, die für die Gewerbeansiedlung erschlossen werden können. Der Sachverständigenrat hat der Treuhandanstalt, dem Bund und den ostdeutschen Ländern und Gemeinden bereits im vergangenen Jahr angeraten, ihre Grundstücke mutiger unter den Verkehrswerten anzubieten (JG 93 Ziffer 406). Die Liegenschaftsgesellschaft hat dies bisher nicht getan; sie ist durch eine Richtlinie weiterhin dazu angehalten, ihre Grundstücke grundsätzlich zu den Verkehrswerten zu verkaufen.

Für die Versorgung mit Bauland für Wohngebäude gelten ähnliche Bedingungen. Wohnraum in attraktiven Lagen ist in den Städten knapp und deshalb teuer. Die zügige Umsetzung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen kann hier Abhilfe schaffen. Das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom vergangenen Jahr hat die Voraussetzungen dafür verbessert.

98. Die Modernisierung der Infrastruktur hat aber seit dem Jahre 1991 große Fortschritte gemacht. Im Verkehrsbereich stellte das Straßennetz einen besonderen Engpaß dar (JG 91 Ziffer 214). Vor allem mangelte es an gut ausgebauten Autobahnen und Fernverkehrsstraßen. Aber auch das kommunale Straßennetz war nur unzureichend ausgebaut und in einem schlechten Zustand; gleiches gilt für das Schienenverkehrsnetz, dessen Anlagen technisch völlig veraltet waren (JG 90 Ziffer 118). Mit der Umsetzung des vom Bundeskabinett im Juli 1992 beschlossenen Bundesverkehrswegeplans werden wesentliche Engpässe beseitigt. Von 539 Mrd DM, die der Bund bis zum Jahre 2012 in das deutsche Verkehrswegenetz investieren will, entfallen rund zwei Fünftel auf die jungen Bundesländer. Wesentliche Bestandteile sind das bereits im Mai 1990 vom Bundeskabinett beschlossene „Lückenschlußprogramm" und die im April 1991 verabschiedeten „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit". In beiden Programmen sollen die bestehenden überregionalen Straßen- und Schienenverbindungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern ausgebaut und neue Verbindungen zusätzlich erstellt werden.

Der Ausbau des Kapitalstocks im Bereich der Nachrichtenübermittlung schritt besonders schnell voran. Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge hat sich das reale Bruttoanlagevermögen in diesem Bereich von Anfang des Jahres 1991 bis zum Beginn des Jahres 1994 mehr als vervierfacht. Aufgrund der äußerst schlechten Anfangsausstattung sind im Vergleich zu den alten Bundesländern jedoch immer noch große Rückstände aufzuholen. Es fehlen weiterhin Leitungen und Verbindungen, und die Technologie des bestehenden Kommunikationsnetzes ist in vielen Bereichen noch erneuerungsbedürftig. Bedeutende Defizite gibt es weiterhin in der Telefonversorgung. Im Juni dieses Jahres erreichte in den neuen Bundesländern die Anzahl der Telefonhauptanschlüsse je Einwohner erst knapp 60 vH des westdeutschen Niveaus. Das Fehlen von Telefonanschlüssen betrifft vor allem die privaten Haushalte, die Anträge auf Anschlüsse von Unternehmen wurden weitgehend abgearbeitet.

Kennzeichnend für die Energieversorgung in der DDR war eine große Ineffizienz beim Energieeinsatz. Die Anlagen zur Energieerzeugung stellten darüber hinaus vielfach eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar (JG 90 Ziffern 567 ff.). Weite Teile der Erzeugungsanlagen wurden daher bereits stillgelegt oder müssen mit hohem Investitionsaufwand modernisiert werden. Auch die Leitungsnetze bei Strom, Gas und Fernwärme sind grundlegend erneuerungsbedürftig. Des weiteren ist eine Diversifizierung der Energieversorgung erforderlich, um die einseitige Abhängigkeit von der umweltbelastenden Braunkohle zu verringern. Es ist mit einer deutlichen Verschiebung des Energieträgereinsatzes zugunsten von Heizöl, Erdgas

und Steinkohle zu rechnen. Umfangreiche Investitionen sind bereits getätigt worden, darunter der Bau von Hochspannungsleitungen und Erdgasleitungen, welche die Einbindung der ostdeutschen Energieversorgung in das europäische Verbundsystem ermöglichen. Bis zum Beginn des Jahres 1994 wurde der reale Kapitalstock in der Energie- und Wasserversorgung gegenüber dem Jahre 1991 um etwa ein Fünftel ausgeweitet. Durch die Beilegung des Streits um Eigentums- und Versorgungsrechte zwischen den regionalen Energieversorgungs-Unternehmen und den ostdeutschen Kommunen und durch die Privatisierung des ostdeutschen Verbundunternehmens VEAG sind die Rahmenbedingungen für eine schnelle Erneuerung und Ausweitung des Kapitalstocks verbessert worden.

In der Wasserversorgung müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die Trinkwasserqualität zu verbessern. Die Ausnahmen von der Trinkwasserverordnung werden bis Ende nächsten Jahres auslaufen, und nach Untersuchungen des Bundesgesundheitsamts müssen die Versorgungsanlagen in mindestens 36 vH der Gemeinden mit zusammen 8,7 Millionen Einwohnern saniert werden, damit die Grenzwerte für Schadstoffe eingehalten werden können.

Noch umfangreichere Investitionen sind im Bereich der Abwasserentsorgung erforderlich, um den heutigen Gewässerschutzanforderungen gerecht zu werden. Bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der ostdeutschen Haushalte fehlt ein Anschluß an eine zentrale Kanalisation oder an Kläranlagen. Das gilt insbesondere für kleinere Gemeinden im ländlichen Raum. Die Reinigungsleistung der Anlagen liegt in der Regel erheblich unter der Leistung westdeutscher Anlagen.

Alles in allem haben die neuen Bundesländer immer noch einen Rückstand in der Infrastrukturausstattung gegenüber den alten Bundesländern. Der hierin begründete Standortnachteil bildet sich indes zurück.

99. Auch die vielfach noch unbefriedigende Umweltsituation in Ostdeutschland kann Unternehmen davon abhalten, sich dort anzusiedeln. Zwar hat die Umweltverschmutzung vor allem aufgrund der Stillegung alter Produktionsanlagen mit hohem Schadstoffausstoß spürbar abgenommen. Da der Schutz der Umwelt in der DDR weitgehend vernachlässigt wurde, sind jedoch noch umfangreiche Investitionen notwendig, um die Belastung durchgreifend zu verringern (JG 90 Ziffern 110ff. und 579ff.). Kontaminierte Böden und schadstoffbelastete Gewässer führen immer noch zu einer Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität. Die Luft wird vor allem durch hohe Schwefeldioxydimmissionen belastet. Im wesentlichen geht die Emission von den Haushalten aus. Da ein großer Teil der Wohnungen noch mit veralteten Heizungsanlagen ausgestattet ist und mit Festbrennstoffen beheizt wird, ist in der Heizperiode in den Städten bisher kein nennenswerter Rückgang der Schwefeldioxydemissionen zu verzeichnen. Mit der rasch zunehmenden Motorisierung erhöht sich darüber hinaus, insbesondere in den Ballungszentren, der Ausstoß von Stickoxyden.

Weiterhin kräftige Einkommenssteigerungen bei geringem Preisanstieg

100. Die Konsummöglichkeiten der Bürger in den neuen Bundesländern haben sich auch in diesem Jahr weiterhin erhöht. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die empfangenen laufenden Übertragungen der privaten Haushalte stiegen mit 8½ vH beziehungsweise 9 vH deutlich an. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich etwas schwächer, mit 7 vH aber erneut beträchtlich. Der Private Verbrauch nahm nominal um 7½ vH zu und real um 4 vH. Die Entwicklung der Umsätze im ostdeutschen Einzelhandel läßt darauf schließen, daß vor allem die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen kräftig zugenommen hat. Die Umsätze aus Verkäufen von Einrichtungsgegenständen lagen in den ersten acht Monaten des Jahres 1994 um 38,6 vH über dem Vorjahresstand, während der Umsatzanstieg im gesamten Einzelhandel 10,0 vH betrug.

101. Der Anstieg der Verbraucherpreise fiel im Jahre 1994 erheblich geringer aus als im vergangenen Jahr. Der Preisindex der Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte lag im dritten Quartal dieses Jahres um 3,3 vH über dem Stand des gleichen Vorjahreszeitraums (Schaubild 18). Die Preissteigerungsraten für die Wohnungsnutzung, die Dienstleistungen und die sonstigen Waren gingen deutlich zurück. Nachdem die Annäherung der staatlich administrierten Verbraucherpreise an das westdeutsche Niveau weitgehend vollzogen worden ist, unterscheidet sich die Veränderungsrate für die Verbraucherpreise nicht mehr wesentlich von derjenigen in den alten Bundesländern. Die Wohnungsmieten durften zu Beginn des Jahres noch einmal erhöht werden. Möglich waren Zuschläge auf die Grundmiete von bis zu 0,60 DM je Quadratmeter entsprechend dem Zustand der Wohnungen. Die dritte und letzte Stufe der Mietpreisreform ist für Mitte 1995 geplant. Die Mietsteigerungen tragen dazu bei, daß notwendige Investitionen in den alten Wohnungsbestand finanziert werden können. Sie sind damit eine Voraussetzung für die Verbesserung der Wohnqualität in den neuen Bundesländern.

Erste Anhaltspunkte für ein regionales Differenzierungsmuster

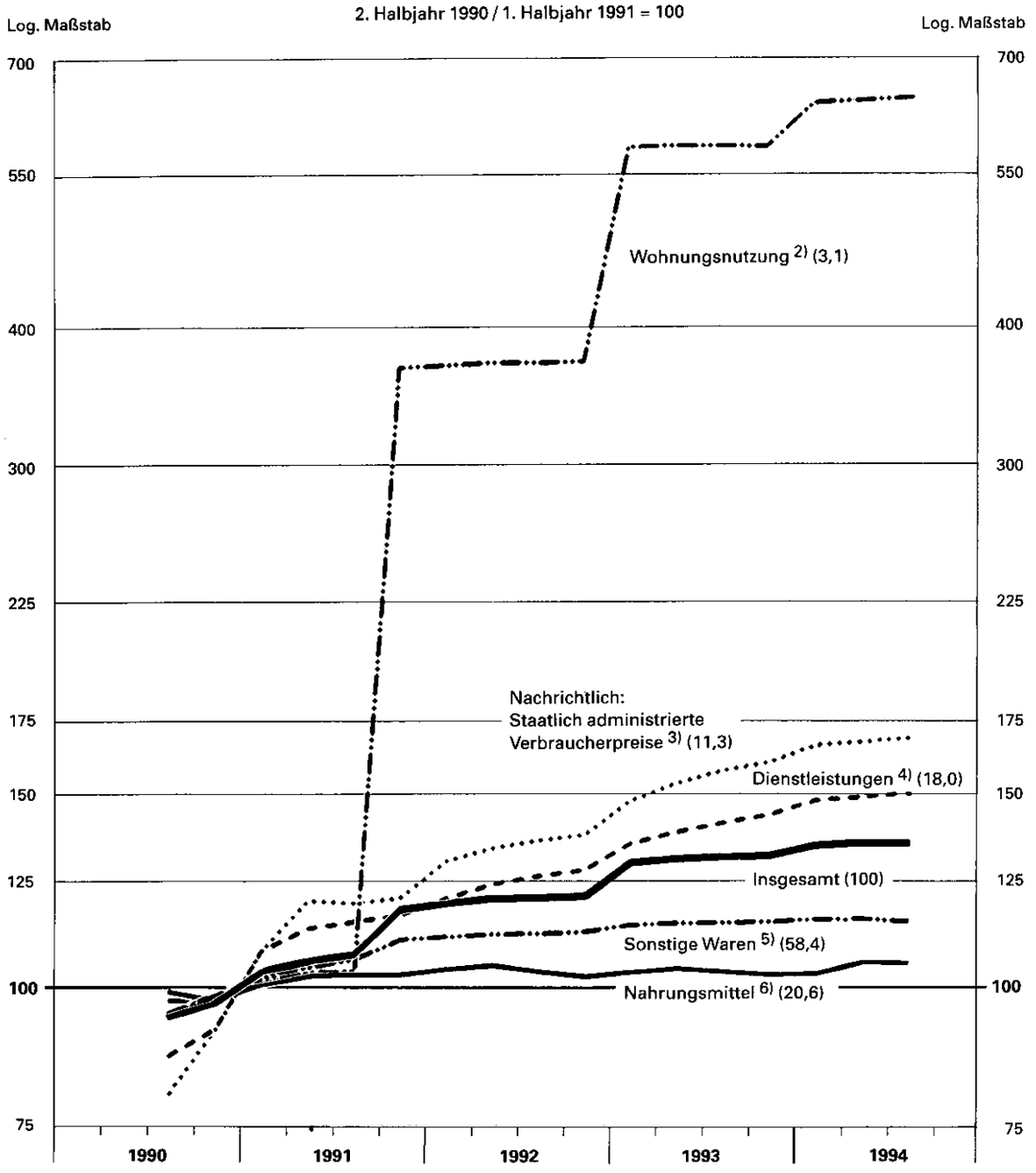
102. In Ostdeutschland gibt es in allen Regionen nach wie vor Schwierigkeiten beim Aufbau einer wettbewerbsfähigen Unternehmensbasis. Klar zu erkennende regionale Tendenzen in der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung haben sich noch nicht herausgebildet. Die verfügbaren Indikatoren vermitteln kein eindeutiges Bild. Erst in Ansätzen zeichnet sich ein Muster ab (Anhang VI, Tabellen 1 bis 9).

Die hier untersuchten Indikatoren sind: Umsatz, Beschäftigung, Investitionen sowie Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit, die durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" bezuschußten gewerblichen Investitionen sowie die Gewerbeanmeldungen und der Saldo der Gewerbeanzeigen. Auf die Investitionen, die durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" gefördert wurden, und auf die

Schaubild 18

ZUR ENTWICKLUNG DER VERBRAUCHERPREISE [1]
IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN UND BERLIN-OST

2. Halbjahr 1990 / 1. Halbjahr 1991 = 100



1) Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte. Die Angaben in Klammern geben den Anteil an den Verbrauchsausgaben aller Arbeitnehmerhaushalte im Basiszeitraum in vH an. — 2) Wohnungsmieten einschließlich Nebenkosten (ohne Energie) sowie Garagennutzung. Erhöhung der Grundmieten durch 3 Verordnungen: zum 1.10.1991 Erhöhung der Bruttowarmmieten von durchschnittlich 1,30 DM / qm auf etwa 5,50 DM / qm; zum 1.1.1993 weitere Erhöhung um etwa 2 DM / qm; zum 1.1.1994 weitere Erhöhung um etwa 0,60 DM / qm. — 3) Berechnet auf Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte mit der Basis 2. Halbjahr 1990 / 1. Halbjahr 1991 = 100; der Index setzt sich aus zwei Teilgruppen zusammen:
Gruppe 1 = direkt administrierte Preise (u.a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren);
Gruppe 2 = teiladministrierte Preise (u.a. Versorgungstarife, Mieten).—
4) Einschließlich Reparaturen. — 5) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege. — 6) Ohne Gastgewerbeleistungen.

SR 94 0617

Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe wurde zurückgegriffen, weil umfassende Daten über die Investitionsentwicklung nicht vorhanden waren. Daten über die Absatzentwicklung und die Einkommensentwicklung, die alle Branchen umfassen, waren ebenfalls nicht verfügbar. Die Analyse beschränkt sich daher auf den Umsatz und die Bruttolohn- und -gehaltssumme im Verarbeitenden Gewerbe. Aktuelle Angaben über Gründungen und Auflösungen von Unternehmen sind auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht vorhanden; ersatzweise wurden deshalb die Gewerbeanmeldungen und der Saldo der Gewerbeanzeigen betrachtet. Die Untersuchung konzentriert sich auf die regionale Industriestruktur sowie die räumliche Verteilung der Unterbeschäftigung und der Investitionen. Als Regionen wurden Arbeitsamtsbezirke gewählt.

Die verfügbaren Indikatoren erfassen die wirtschaftliche Lage und Entwicklung in den neuen Bundesländern nur unzureichend. Sie können aber erste Anhaltspunkte geben, welche Regionen in ihrer Wirtschaftskraft zurückbleiben und welche sich möglicherweise als wachstumsstark erweisen. Erst allmählich entsteht ein neues, an marktwirtschaftliche Verhältnisse angepaßtes Muster der regionalen Arbeitsteilung.

Die Indikatoren deuten auf ein Süd-Nord-Gefälle hin; eine Sonderstellung nimmt Berlin-Ost im Sog des westlichen Teils der Hauptstadt ein. Ein West-Ost-Gefälle, das ebenfalls zu erwarten gewesen wäre, ist bisher nicht zu erkennen. Allerdings blieben die durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" geförderten Investitionen und die Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den Grenzregionen zu Polen und zur Tschechischen Republik hinter dem ostdeutschen Durchschnitt zurück.

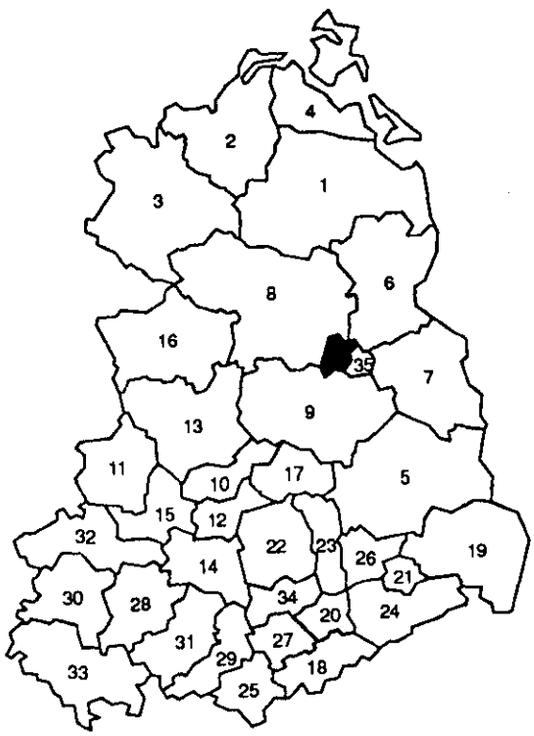
Das Süd-Nord-Gefälle tritt vor allem beim Umsatz und bei der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei den Gewerbeanmeldungen und beim Saldo der Gewerbeanzeigen in der Industrie deutlich hervor. Bei den anderen Kennziffern ergibt sich ein etwas günstigeres Bild für den Norden. Im Süden weisen gleich mehrere Arbeitsamtsbezirke bei den meisten Indikatoren überdurchschnittliche Werte auf. Das gilt besonders für die Ballungszentren Leipzig und Dresden, aber auch für Halle. Diese Gebiete sind als Standorte für Gewerbebetriebe attraktiv, weil sie aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte über ein großes Nachfragepotential verfügen und ein umfangreiches Angebot an Arbeitskräften haben. Positiv fällt auch die Mehrzahl der südwestlichen Arbeitsamtsbezirke auf. Ihnen kommt zugute, daß sie nahe bei den alten Bundesländern liegen und günstig an die Hauptverkehrsachsen in die westlichen und südlichen Wirtschaftszentren Westdeutschlands angebunden sind.

Berlin-Ost kann aus der Wirtschaftskraft des westlichen Teils der Stadt Nutzen ziehen. Zusammen mit dem Arbeitsamtsbezirk Potsdam ist dort die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit am geringsten, das Einkommensniveau im Verarbeitenden Gewerbe weit überdurchschnittlich.

103. Erst allmählich kommt in den Regionen der Aufbau der Industrie voran. Selbst dort, wo die höchsten Werte für die Anzahl der Beschäftigten und den Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je Einwohner vorlagen — in Merseburg —, wurden im ersten Halbjahr 1994 für den Umsatz je Einwohner lediglich rund drei Viertel des westdeutschen Niveaus erreicht; bei den Beschäftigten je Einwohner war der Abstand noch größer. Die Beschäftigung wurde im

Schaubild 19

ARBEITSAMTSBEZIRKE IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN



Mecklenburg – Vorpommern
1 Neubrandenburg
2 Rostock
3 Schwerin
4 Stralsund

Brandenburg
5 Cottbus
6 Eberswalde
7 Frankfurt / Oder
8 Neuruppin
9 Potsdam

Sachsen – Anhalt
10 Dessau
11 Halberstadt
12 Halle
13 Magdeburg
14 Merseburg
15 Sangerhausen
16 Stendal
17 Wittenberg

Sachsen
18 Annaberg
19 Bautzen
20 Chemnitz
21 Dresden
22 Leipzig
23 Oschatz
24 Pirna
25 Plauen
26 Riesa
27 Zwickau

Thüringen
28 Erfurt
29 Gera
30 Gotha
31 Jena
32 Nordhausen
33 Suhl
34 Altenburg

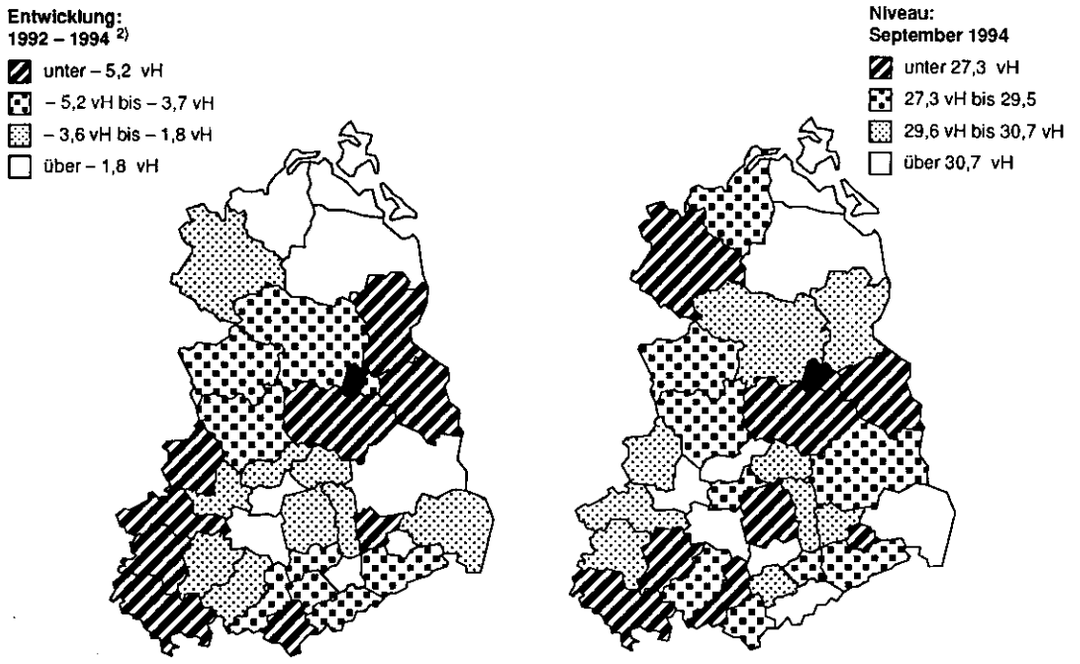
35 Berlin – Ost

SR 94 0638

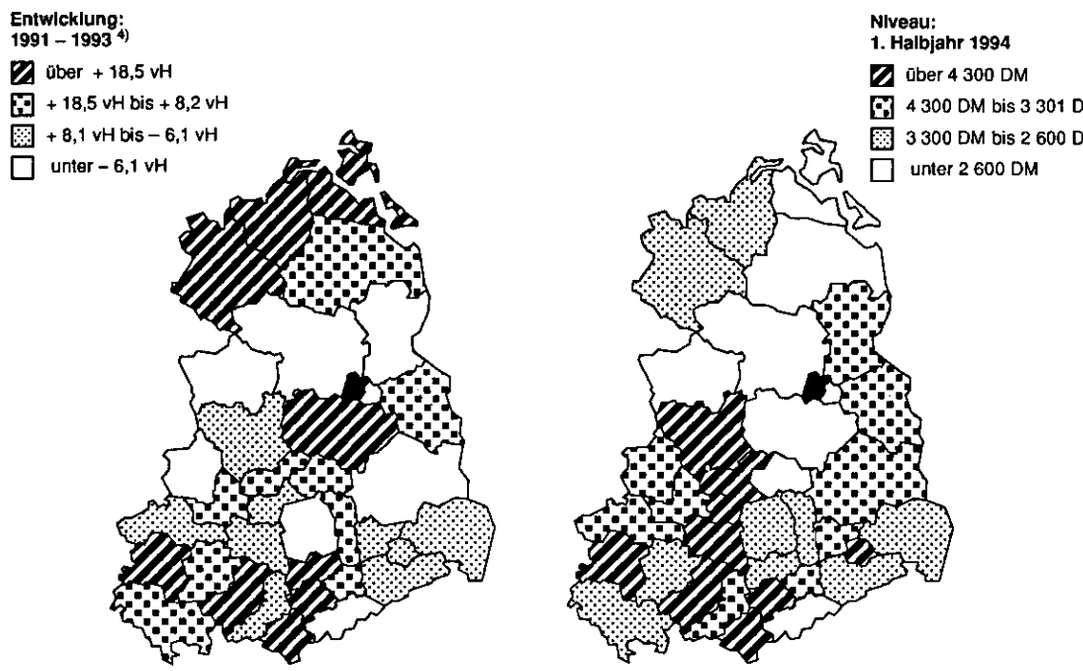
Schaubild 19

AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN FÜR ARBEITSAMTSBEZIRKE IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit [1]



Gesamtumsatz je Einwohner im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe [3]



1) Ausgedrückt als Quote: Personen in Unterbeschäftigung (Arbeitslose, Vollzeit-FuU, Vollzeitäquivalent-Kurzarbeitergeld, Bezieher von Altersübergangsgeld und Vorruhestandsgeld) und Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen zuzüglich der Teilnehmer in Vollzeit – FuU, der Bezieher von Altersübergangsgeld und Vorruhestandsgeld in vH; dabei wurde die Anzahl der abhängigen Erwerbspersonen über die Quote der registrierten Arbeitslosen ermittelt. (Quelle für Grundzahlen: BA).– 2) Jeweils Septemberstand.– 3) In Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten.– 4) Veränderung im Zeitraum 1991 bis 1993 in vH.

SR 94 0639

ersten Halbjahr 1994 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum noch fast überall abgebaut (Schaubild 19). Der Umsatz konnte hingegen in den meisten Arbeitsamtsbezirken im gleichen Zeitraum gesteigert werden und lag bereits im Jahre 1993 wieder meist über dem Niveau des Jahres 1991.

Die ostdeutsche Industrie ist schwerpunktmäßig im Süden angesiedelt, wie zu DDR-Zeiten und auch früher schon. Allerdings haben sich die Unterschiede im Niveau von Umsatz und Beschäftigung zwischen dem Norden und dem Süden mit dem Einbruch der industriellen Produktion stark verringert. Auch die Regionen mit den meisten Gewerbeanmeldungen und dem höchsten Saldo der Gewerbeanzeigen in der Industrie je Einwohner konzentrieren sich auf den Süden der neuen Bundesländer, vor allem auf Sachsen. Die alten Industriestandorte Sachsens bieten aufgrund ihres großen Reservoirs an industriellen Fachkräften und einer verhältnismäßig guten wirtschaftsnahen Infrastruktur günstige Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industriebetrieben.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten lag unter anderem in den Ballungszentren Berlin-Ost, Dresden, Leipzig und Halle weit über dem Durchschnitt. Das trifft auch für Cottbus zu; hier hat der Bergbau mit seinem relativ hohen Einkommensniveau große Bedeutung.

104. Die Arbeitslosigkeit streut in regionaler Hinsicht deutlich. Potsdam hatte im September dieses Jahres mit 11,0 vH die niedrigste Arbeitslosenquote; in Dessau war sie mit 20,1 vH am höchsten. Allerdings war die Streuung der regionalen Arbeitslosigkeit, gemessen an der durchschnittlichen Abweichung der Arbeitslosenquoten aller Arbeitsamtsbezirke vom ostdeutschen Mittelwert, noch gering im Vergleich zu der Streuung in den alten Bundesländern. Berücksichtigt man zusätzlich die verdeckte Arbeitslosigkeit (JG 93 Ziffer 116), so ergab sich eine Spannweite, die von 22,2 vH (Potsdam und Berlin-Ost) bis zu 35,2 vH (Sangerhausen) reicht.

Die Ballungszentren Berlin, Halle, Leipzig und Dresden wiesen eine relativ geringe offene und verdeckte Arbeitslosigkeit auf. Die großen Städte dürften besonders aus der starken Expansion des Handwerks, des Handels und des Dienstleistungsbereichs in den vergangenen Jahren Nutzen gezogen haben. Außerdem sind sie bevorzugte Standorte der öffentlichen Verwaltung. In Berlin-Ost und den angrenzenden Arbeitsamtsbezirken wirkt sich zusätzlich das Westberliner Arbeitsplatzangebot günstig auf die Arbeitsmarktsituation aus.

Die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit ist vom September 1992 bis zum September 1994 fast überall zurückgegangen. Lediglich in Cottbus stieg sie noch einmal geringfügig an. Besonders deutlich ging die Unterbeschäftigung zurück in Regionen, die an die alten Bundesländer oder an Berlin angrenzen. Dort werden die Arbeitsmärkte durch eine große Anzahl von Auspendlern entlastet.

105. Hinweise auf regionale Unterschiede beim Aufbau des Kapitalstocks kann die räumliche Verteilung der Investitionen geben, die mit Investitionszuschüssen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" im Zeitraum vom Oktober 1990 bis Ende 1993 gefördert wurden.

Die räumliche Verteilung dieser Investitionen kann von der unterschiedlichen Höhe der Fördersätze in den Regionen beeinflußt werden. Mit der Differenzierung der Höhe der Zuschüsse sollen die Entwicklungschancen von Regionen, die besonders gravierende Strukturprobleme haben, verbessert werden. Das regionale Muster der geförderten gewerblichen Investitionen deutet jedoch darauf hin, daß die räumliche Verteilung dieser Investitionen nicht unwesentlich davon abhängt, wie attraktiv die Regionen Ostdeutschlands als Produktionsstandorte sind. Die geförderten Investoren siedeln sich bevorzugt in Arbeitsamtsbezirken an, die günstige Anbindungen an Hauptverkehrsachsen zu den westdeutschen Wirtschaftszentren aufweisen. Sie bieten ein großes Nachfragepotential, und ein Großteil der westdeutschen Lieferungen kommt von daher. Auch Umfragen bei westdeutschen Unternehmen, die in den neuen Bundesländern investiert haben, lassen darauf schließen, daß für die Standortwahl andere Kriterien im Vordergrund standen als die Höhe der Investitionsförderung. Nur ein geringer Teil der befragten Unternehmen gab an, daß günstige Investitions- und Finanzierungsbedingungen das Hauptmotiv für eine Ansiedlung in den neuen Bundesländern waren. Das vorrangige Motiv für die Standortwahl war vielmehr die Marktnähe für Geschäfte in Ostdeutschland. Der Indikator geförderte Investitionen dürfte daher durchaus Aussagekraft im Hinblick auf regionale Entwicklungsmuster besitzen.

Die Investitionsförderung kommt nicht allen Branchen zugute. Unter anderem sind der Bergbau, die landwirtschaftlichen Betriebe, der Großteil der Energie- und Wasserversorgung, Teile des Handels, das Transport- und Lagergewerbe sowie die Bauwirtschaft von der Förderung ausgeschlossen. Dennoch vermittelt die Analyse der geförderten Investitionen wichtige Erkenntnisse. So ist eine Bedingung für die Förderung von Investitionen durch die Gemeinschaftsaufgabe, daß Betriebe, die mit den geförderten Investitionen errichtet, erweitert oder modernisiert werden, Güter herstellen, die von ihrer Art her in der Regel mindestens 30 km außerhalb der Gemeinde abgesetzt werden, in der sie produziert worden sind. Die räumliche Verteilung der geförderten Investitionen gibt somit auch Hinweise darauf, wo zumindest auf lokaler Ebene eine Exportbasis aufgebaut wurde.

Die regionale Struktur der geförderten Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft deutet auf eine Investitionsschwäche in den östlichen Arbeitsamtsbezirken hin. In den Grenzregionen zu Polen und zur Tschechischen Republik wurde nur wenig investiert. Lediglich in Eberswalde lagen die Investitionen je Einwohner — vermutlich wegen der Nähe zu Berlin — über dem ostdeutschen Durchschnitt; das gilt auch für Potsdam. In Berlin-Ost fielen die Pro-Kopf-Investitionen hingegen deutlich geringer aus als im ostdeutschen Mittel. Allgemein wird in Ballungsgebieten wesentlich stärker im Umland der großen Städte investiert als in den Zentren. Das dürfte unter anderem damit zusammenhängen, daß vor allem für Industrieunternehmen in den Stadtzentren attraktive Gewerbeflächen fehlen.

Ebenso wie Umsatz und Beschäftigung konzentrieren sich die Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe für den Zeitraum 1991 bis 1992 auf den traditionell stärker industrialisierten Süden. In den nördlichen Arbeitsamtsbezirken lagen die Investitionen pro Kopf unter dem Durchschnitt in den neuen Bundesländern. Das gilt auch für die meisten Regionen an den Grenzen zu den östlichen Nachbarländern. Das Muster der regionalen Verteilung der Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

ähnelt dem, das für die geförderten Investitionen zu beobachten ist. Ein Grund liegt darin, daß überwiegend Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe Investitionszuschüsse erhielten.

106. Die Aufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung wird im wesentlichen über die Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen. Das wichtigste Förderinstrument sind die Zuschüsse für gewerbliche Investitionen und für den Ausbau der Infrastruktur. Vom 3. Oktober 1990 bis Ende 1993 wurden durch diese Gemeinschaftsaufgabe für die neuen Bundesländer Investitionszuschüsse in Höhe von 26,6 Mrd DM bewilligt; 16,5 Mrd DM davon entfielen auf die Förderung gewerblicher Investitionen. Der durchschnittliche Fördersatz belief sich bei gewerblichen Investitionen auf 18,3 vH und bei Infrastrukturinvestitionen auf 66,1 vH. Für das Haushaltsjahr 1994 standen Mittel in Höhe von 7,1 Mrd DM bereit.

Nach dem Beschluß des Planungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe vom 1. Juli 1993 wurde die flächendeckende Förderung Ostdeutschlands, die ursprünglich bis Ende 1995 dauern sollte, um ein Jahr bis zum 31. Dezember 1996 verlängert. Die einzelnen Bundesländer können jedoch Förderschwerpunkte setzen. Die Möglichkeit wird in der Regel über eine Differenzierung der Fördersätze genutzt. Für die neuen Bundesländer gelten Ausnahmeregelungen, die eine umfangreichere Förderung als in den alten Bundesländern ermöglichen. Insbesondere gelten für die Investitionszuschüsse höhere Höchstfördersätze: In den neuen Bundesländern beträgt der Höchstsatz für Investitionen zur Errichtung eines Gewerbebetriebes 23 vH, in den alten Bundesländern liegt er bei 18 vH. Darüber hinaus gibt es in Ostdeutschland höhere Kumulationsmöglichkeiten mit anderen Fördermitteln als in Westdeutschland: In den neuen Bundesländern ist eine Ergänzung des Investitionszuschusses durch andere Investitionsbeihilfen ohne regionale Zielsetzung bis zu einer Obergrenze von 35 vH der Investitionssumme möglich (wobei die Investitionszulage nur bis zu acht Prozentpunkten angerechnet wird); in Westdeutschland beträgt die Höchstgrenze 28 vH.

Die Regionalförderung über die Gemeinschaftsaufgabe wird ergänzt durch Mittel aus dem Haushalt der Europäischen Union (Ziffer 319). Von 1991 bis 1993 wurden 3 Mrd ECU aus den Strukturfonds der Europäischen Union für die jungen Bundesländer bereitgestellt. Die Hälfte davon kam aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, im wesentlichen als Ergänzung zu den Fördermitteln der Gemeinschaftsaufgabe. Für den Zeitraum von 1994 bis 1999 wurde Ostdeutschland als Region mit beträchtlichem Entwicklungsrückstand (Ziel 1-Gebiet) eingestuft. Die Zahlungen fallen dadurch deutlich höher aus; für die Jahre 1994 bis 1999 erhalten die neuen Bundesländer aus den EU-Strukturfonds 13,64 Mrd ECU (in Preisen von 1994). Davon soll wiederum die Hälfte für die Regionalförderung verwendet werden.

Der Sachverständigenrat hat sich im vergangenen Jahr dafür ausgesprochen, daß die Förderung von Unternehmens- und Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern stärker differenziert werden sollte (JG 93 Ziffer 283). Die Analyse hat gezeigt, daß es bei einzelnen Indikatoren markante Unterschiede zwischen den Regionen gibt und daß sich Tendenzen einer regionalen Differenzierung der wirtschaftlichen Entwicklung allmählich herauskristallisieren. Dafür spricht auch, daß die Streuung, gemessen an der durchschnittlichen Abweichung aller Arbeitsamtsbezirke vom ostdeutschen Mittelwert, bei einigen Indikatoren wie den Gewerbeanmeldungen je Einwohner, dem Saldo der Gewerbeanzeigen je Einwohner und der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit im Jahre 1993 gegenüber 1992 zugenommen hat. Erste Ansatzpunkte, räumliche Förderschwerpunkte gezielt auszuwählen, um den Einsatz der Fördermittel stärker regional zu konzentrieren, sind somit gegeben.

VI. Trendwende am Arbeitsmarkt?

107. Im Jahre 1994 waren auf dem deutschen Arbeitsmarkt die Nachwirkungen der Rezession in Westdeutschland und die Folgen des Strukturbruchs im Osten schmerzlich zu spüren. Die Arbeitskräftenachfrage hat sich zwar im Jahresverlauf zunächst stabilisiert und ist ab dem Sommer wieder leicht angestiegen. Insgesamt war sie aber noch keineswegs so dynamisch, daß die Beschäftigungsverluste vom Jahresanfang bereits wettgemacht werden konnten. Am Jahresende dürften deshalb in Deutschland immer noch etwa 124 000 Personen weniger als ein Jahr zuvor erwerbstätig gewesen sein (Tabelle 18).

Beschäftigungsabbau zu Ende

108. Erstmals seit dem Jahre 1989 ist die Erwerbstätigkeit in den **neuen Bundesländern** wieder angestiegen. Bereits im ersten Halbjahr 1994 waren geringfügig mehr Personen erwerbstätig als im Vorjahreszeitraum, obwohl zum Jahreswechsel 1993/94 nochmals verstärkt Entlassungen ausgesprochen wurden. Darauf deutet jedenfalls hin, daß im Januar 1994 fast doppelt so viele unmittelbar zuvor im Inland erwerbstätige Personen neu als Arbeitslose registriert worden sind als noch im Dezember 1993. Im weiteren Jahresverlauf haben dann aber die Neueinstellungen in Ostdeutschland die Entlassungen deutlich überwogen. Jedenfalls lag die Anzahl derjenigen Arbeitskräfte, die sich im unmittelbaren Anschluß an vorangegangene Erwerbstätigkeit arbeitslos gemeldet haben, in den Folgemonaten erheblich unter dem Januarwert und auch unter dem jeweiligen Vorjahresniveau. Alles in allem waren damit im Jahresdurchschnitt bereits wieder 6,3 Millionen Personen in Ostdeutschland erwerbstätig, ½ vH mehr als noch im Vorjahr.

Schon im Jahre 1993 war der Beschäftigungsabbau in den jungen Bundesländern geringer als zuvor angenommen. Unter anderem haben unerwartet hohe Nachmeldungen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für die vergangenen Jahre dazu geführt, daß die Angaben über die Erwerbstätigkeit in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre 1991 bis 1993 erheblich revidiert werden mußten. Neben einem im Jahre 1993 um etwa 130 000 Erwerbstätige höheren als bislang vermuteten Niveau ließ dies vor allem

Tabelle 18

Zur Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt im Verlauf der Jahre 1993 und 1994[1])

Tausend

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Bundesländer[2])	
	1993	1994[3])	1993	1994[3])	1993	1994[3])
Erwerbspersonen (Inländer)	- 43	-145	- 30	- 80	- 13	- 65
davon:						
registrierte Arbeitslose	581	- 36	516	91	65	-127
Pendlersaldo[4])	13	- 15	- 2	- 28	15	13
Erwerbstätige (im Inland)	-611	-124	-548	-199	- 63	75
Nachrichtlich:						
Verdeckte Arbeitslose[5])	-386	-272	12	-110	-398	-162
darunter:						
Empfänger von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld	- 57	-235	- 17	- 11	- 40	-224
Teilnehmer in ABM[6])	-174	127	- 29	26	-145	101
Teilnehmer an Vollzeit-FuU-Maßnahmen[7])	-204	- 18	- 35	6	-169	- 24

[1]) Entwicklung vom 4. Quartal des Vorjahres zum 4. Quartal des jeweiligen Jahres.
[2]) Einschließlich Berlin-Ost.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Für das frühere Bundesgebiet: Veränderung des Pendlersaldos mit den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost und dem Ausland. Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost: Veränderung des Pendlersaldos mit dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland.
[5]) Arbeitslosenäquivalent der Kurzarbeiter, Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Leistungsempfänger nach § 105 AFG, Teilnehmer an FuU-Maßnahmen (Empfänger von Unterhaltsgeld/Eingliederungsgeld), Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen, Empfänger von Vorruhestandsgeld und Altersübergangsgeld.
[6]) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einschließlich der Teilnehmer nach § 249h AFG sowie § 242s AFG und nach dem Sonderprogramm des Bundes für die neuen Bundesländer (1993).
[7]) Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung; nach dem Wohnortprinzip. Empfänger von Unterhaltsgeld oder Eingliederungsgeld. Neue Bundesländer und Berlin-Ost eigene Schätzung.

im zweiten Halbjahr 1993 einen deutlich günstigeren Verlauf der Erwerbstätigkeit erkennen. Ende des Jahres 1993 sind in Ostdeutschland daher nur noch 63 000 Personen weniger erwerbstätig gewesen als ein Jahr zuvor (-1,0 vH). Dabei hatte auch in diesem Fall der größte Personalabbau bereits zum Jahreswechsel 1992/93 stattgefunden.

109. Im September dieses Jahres hat das Statistische Bundesamt Daten zur sektoralen Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Beschäftigung nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen für die jungen Bundesländer veröffentlicht. Diese Ergebnisse bestätigen die Vermutung, daß sich die sektoralen Strukturen am ostdeutschen Arbeitsmarkt denen in Westdeutschland bereits stark angenähert haben (Tabelle 19). Die größte Abweichung trat beim Staatssektor auf, der noch überdimensioniert ist. Der Vergleich zeigt aber auch, daß der Rückgang des Erwerbstätigenanteils im primären und im sekundären Sektor — in der DDR war dieser noch sehr hoch gewesen — nicht überzubewerten ist. Vor allem kann der mittlerweile auf 34½ vH abgesunkene Erwerbstätigenanteil des ostdeutschen Produzierenden Gewerbes nicht zum Beleg der vielfach vorgebrachten These einer Deindustrialisierung der jungen Bundesländer herangezogen werden. Denn dieser Anteil liegt trotz der Verzerrung durch die noch überdimensionierte öffentliche Beschäftigung nur geringfügig unter dem im letzten Abschwung deutlich zurückgegangenen Anteil Westdeutschlands.

Beim deutschen Ost-West-Vergleich fällt weiterhin der in den jungen Bundesländern etwas höhere Erwerbstätigenanteil des primären Sektors auf. Auch wenn sich in den Jahren seit der deutschen Vereinigung der Anteil der hier Erwerbstätigen mehr als halbiert hat, ist aufgrund von Geographie und Tradition der jungen Bundesländer auch zukünftig damit zu rechnen, daß die Landwirtschaft hier eine etwas größere Bedeutung behalten wird. Anders die Entwicklung bei den Dienstleistungsproduzenten: Seit dem Jahre 1990 hat ihre wirtschaftliche Bedeutung zwar deutlich zugenommen, aber trotz dieses Aufholprozesses blieb mit 36½ vH der Anteil der in den Bereichen Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung und vor allem in den Dienstleistungsunternehmen Erwerbstätigen im Vergleich zu Westdeutschland (40½ vH) noch weit zurück.

Trotz der immer noch laufenden Gründungswelle ist der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in den jungen Bundesländern ebenfalls noch recht gering. Besonders im Bereich Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei betätigen sich weiterhin nur wenige als Selbständige. Im Produzierenden Gewerbe und bei den Dienstleistungsproduzenten sind hingegen relativ mehr Personen selbständig als in den alten Bundesländern.

110. Die Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage in **Westdeutschland** zeigt seit Herbst 1993 ein Muster,

Tabelle 19

Sektorale Struktur der Erwerbstätigkeit in Deutschland[1])

Zeitraum	Erwerbstätige	Davon					Nachrichtlich:
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte[2])	Selbständige[3])
	Tausend	Anteile in vH					
		Neue Bundesländer und Berlin-Ost					
1991	7 321	6,2	40,8	17,0	12,7	23,3	5,1
1992	6 463	4,5	35,8	17,9	15,9	25,9	6,5
1993	6 273	3,9	34,9	18,0	17,6	25,6	7,2
1994 1. Hj.	6 247	3,5	34,7	17,8	18,7	25,3	7,6
		Früheres Bundesgebiet					
1991	29 190	3,3	39,2	19,0	19,2	19,3	10,5
1992	29 452	3,2	38,4	19,2	19,8	19,4	10,4
1993	28 994	3,0	37,2	19,3	20,6	19,8	10,6
1994 1. Hj.	28 561	2,9	36,2	19,3	21,4	20,2	10,7

[1]) Im Inland.
[2]) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.
[3]) Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

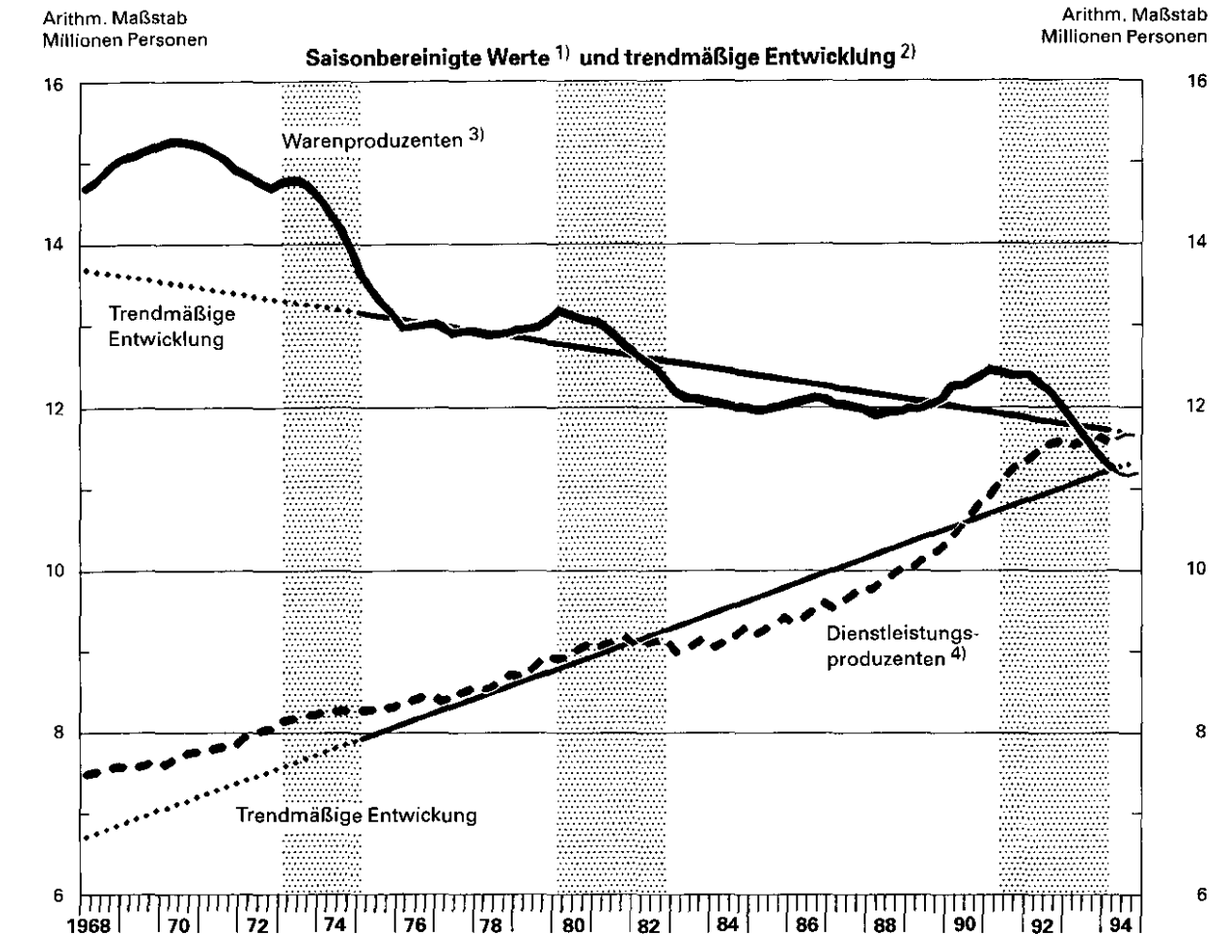
wie es für einen beginnenden Konjunkturaufschwung typisch ist. Zunächst hatten die westdeutschen Unternehmen damit begonnen, die Arbeitskraft ihrer Beschäftigten wieder besser auszulasten und die Kurzarbeit deutlich zurückzuführen. Der Rückgang der von den Erwerbstätigen im Durchschnitt geleisteten täglichen Arbeitszeit flachte sich seit Herbst 1993 erheblich ab, und dies, obwohl in einigen Bereichen beschäftigungsorientierte Arbeitszeitverkürzungen tarifvertraglich vereinbart worden sind. Gleichzeitig verlangsamte sich der Personalabbau im Winterhalbjahr 1993/94 etwas, und die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen stabilisierte sich. Nachdem die westdeutsche Wirtschaft zu Jahresbeginn das Rezessionstal verlassen hatte, verminderte sich auch der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit erheblich. Selbst die Stellenmeldungen aus dem Verarbeitenden Gewerbe zogen wieder an. Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß sich die Meldequote der offenen Stellen zuletzt erhöht hatte. Zu einer frühzeitigeren und verstärkten Bekanntgabe offener Stellen dürfte beigetragen haben, daß die Arbeitsverwaltung zu Jahresbeginn ihre Überprüfungen intensiviert hat, ob ausländischen Arbeitskräften (aus Ländern außerhalb der Europäischen Union) eine Arbeitserlaubnis erteilt werden kann oder ob deutsche oder diesen gleichgestellte Arbeitskräfte für die Stellenbesetzungen in Frage kommen. Von daher überzeichnet die Statistik der gemeldeten offenen Stellen in diesem Jahr die tatsächliche Entwicklung ein wenig.

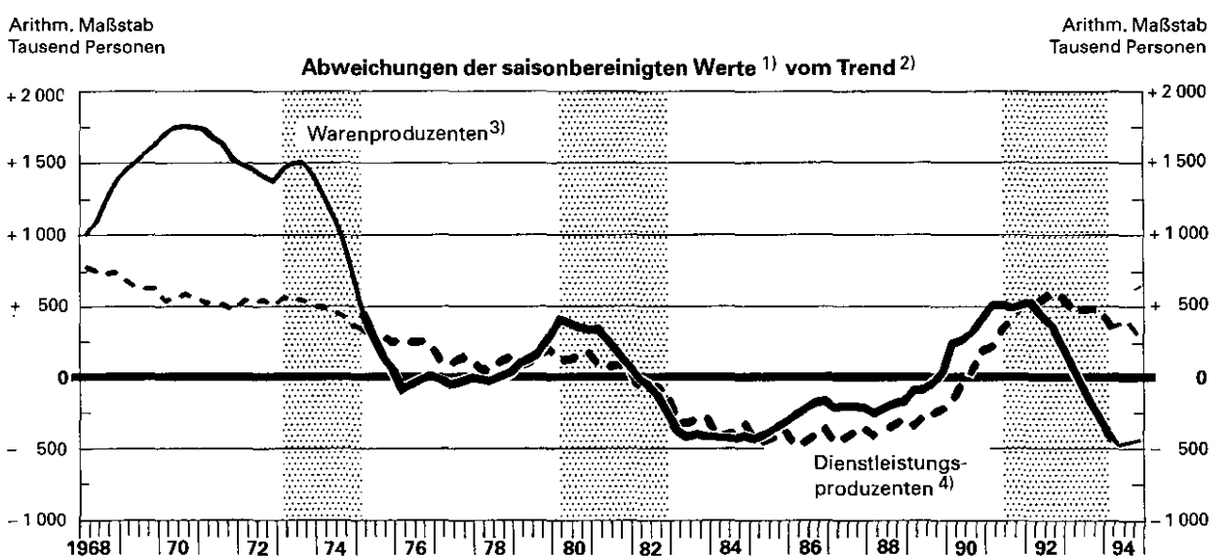
Nachdem die Unternehmen einschneidende Personalanpassungen vorgenommen hatten, kam der Beschäftigungsabbau in der zweiten Jahreshälfte nahezu zum Stillstand. Die Anzahl der Kurzarbeiter ist im Jahresverlauf weiter zurückgegangen und lag schließlich seit den Sommermonaten 1994 um etwa 70 vH unter ihrem Vorjahresniveau. Gleichwohl kam es auch im Herbst noch nicht zu einem nachhaltigen Beschäftigungsaufschwung, so daß die Beschäftigungsbilanz des laufenden Jahres deutlich negativ war. Am Jahresende dürften immer noch 199 000 weniger Personen erwerbstätig gewesen sein als ein Jahr zuvor.

111. Insgesamt gleicht die derzeitige westdeutsche Beschäftigungsentwicklung in ihrem sektoralen Bild weitgehend dem Muster vorangegangener Konjunkturzyklen. Wie in den früheren Zyklen konzentrierte sich der jüngste Beschäftigungseinbruch vor allem auf den warenproduzierenden Bereich. Dort sind in den letzten Jahren sogar mehr Arbeitsplätze verlorengegangen als während der vorangegangenen langandauernden Aufschwungsphase und dem Einigungsboom geschaffen worden waren. Am Jahresende 1994 lagen die Erwerbstätigenzahlen um 460 000 Personen unter dem Stand, der sich aus der trendmäßigen Entwicklung aus den letzten beiden Konjunkturzyklen errechnet (Schaubild 20). In der zweiten Jahreshälfte hat sich hier der Rückgang der Erwerbstätigkeit zwar erheblich abgeflacht, es ist derzeit aber noch nicht absehbar, ob die warenproduzierenden Unternehmen künftig, ähnlich wie nach der Rezession Anfang der achtziger Jahre, wenigstens wieder am bisherigen Beschäftigungstrend anknüpfen werden. Selbst dann würde hier die Beschäftigung mittelfristig um mehr als ½ vH jährlich reduziert. Die Analyse des Beschäftigungsmusters ausgewählter Wirtschaftszweige des Produzierenden Gewerbes legt eher die Vermutung nahe, daß ähnlich wie Mitte der siebziger Jahre der wirtschaftliche Strukturwandel in der

Schaubild 20

ZUR ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT BEI DEN WARENPRODUZENTEN UND BEI DEN DIENSTLEISTUNGSPRODUZENTEN IM FRÜHEREN BUNDESGEBIET





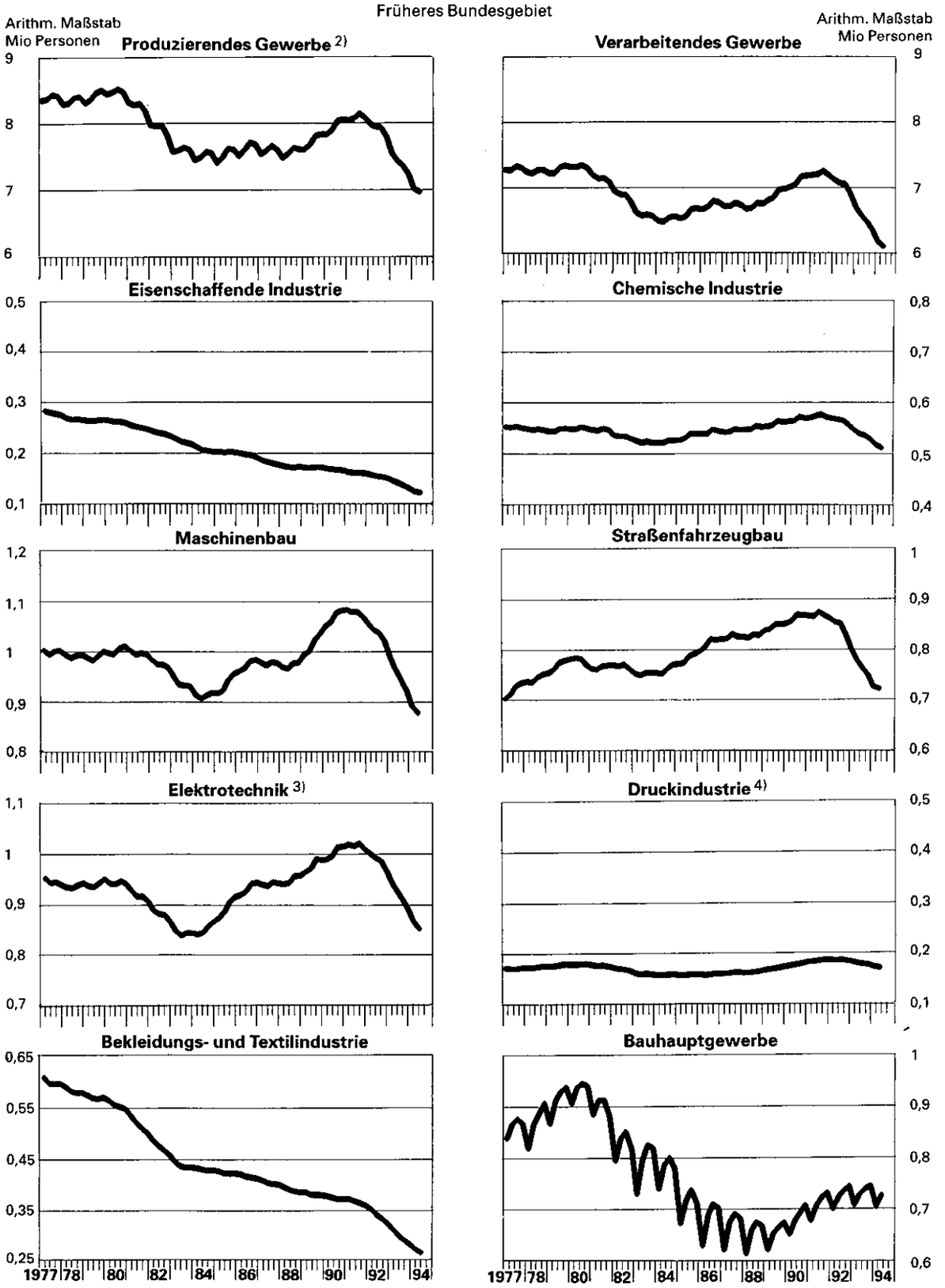
1) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. — 2) Linearer Trend der letzten beiden abgeschlossenen Konjunkturzyklen (1. Vierteljahr 1975 bis 1. Vierteljahr 1994). Konjunkturzyklen gemessen am Auslastungsgrad des Produktionspotentials, wobei die gepunkteten Bereiche den Zeitraum von einem Hochpunkt zu einem Tiefpunkt abbilden (zur Berechnung siehe JG 1993 Ziffer 54). — 3) Erwerbstätige des Produzierenden Gewerbes, der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (Inlandskonzept). — 4) Erwerbstätige der Dienstleistungsunternehmen, des Handels und Verkehrs (Inlandskonzept).

SR 94 0618

Schaubild 21

BESCHÄFTIGUNG IN AUSGEWÄHLTEN BEREICHEN DES PRODUZIERENDEN GEWERBES [1]

Früheres Bundesgebiet



1) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Fachliche Betriebsteile. — 2) Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Bauhauptgewerbe. — 3) Einschließlich Reparatur von Haushaltsgeräten . — 4) Einschließlich Vervielfältigung.

SR 94 0613

Rezession, die der erste Ölpreisschock ausgelöst hatte, beschleunigt worden ist und es bereits zu einem auch in den nächsten Jahren nicht mehr wettzumachenden Verlust an rentablen Arbeitsplätzen im warenproduzierenden Bereich gekommen ist.

In den Wirtschaftsbereichen, die bereits seit Jahren ihre Beschäftigung teilweise erheblich abgebaut haben — wie etwa im Bergbau, in der Eisenschaffenden Industrie und in der Textil- und Bekleidungsindustrie —, setzte sich dieser Abwärtstrend leicht beschleunigt fort (Schaubild 21). Deutliche Abweichungen vom Beschäftigungstrend des letzten Jahrzehnts wiesen dagegen all diejenigen Wirtschaftszweige auf, die während dieser Zeit ihren Personalstand so stark ausgeweitet hatten, daß sie Anfang der neunziger Jahre mehr Personen als vor Ausbruch der zweiten Ölpreiskrise Ende der siebziger Jahre beschäftigten. Im Maschinenbau, im Straßenfahrzeugbau und in der Chemischen Industrie wurde die Beschäftigung dann in den letzten beiden Jahren noch weit drastischer als zu Beginn der achtziger Jahre zurückgeführt, und die Anzahl der in diesen Wirtschaftsbereichen tätigen Arbeitnehmer und Selbständigen fiel sogar auf ein niedrigeres Niveau als beim damaligen Tiefpunkt zurück. Hier zeigt sich, wie stark sich die durch die letzte Rezession ausgelösten massiven Umstrukturierungsprozesse in breiten Teilen der westdeutschen Industrie ausgewirkt haben. Auch wenn sich mittlerweile eine merkliche Verlangsamung des Personalabbaus im Verarbeitenden Gewerbe ankündigt, so sollen die Anpassungsmaßnahmen in einigen Branchen noch bis weit ins nächste Jahr hineinreichen. Darüber hinaus kann nicht davon ausgegangen werden, daß insgesamt in diesen dem verstärkten internationalen Wettbewerb ausgesetzten Branchen zusätzliche Arbeitsplätze in nennenswertem Umfang entstehen werden.

112. Demgegenüber haben die Dienstleistungsproduzenten insgesamt ihre Mitarbeiterzahl in der zurückliegenden Rezession ähnlich wie Anfang der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre nicht verringert. Einem rückläufigen Personalstand im konjunkturabhängigeren Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung stand die kaum geschmälerte Beschäftigungsdynamik bei den sonstigen Dienstleistungsunternehmen gegenüber. Mit Abklingen der Rezession dürften im weiteren Jahresverlauf bei diesen nichtstaatlichen Dienstleistungen insgesamt wieder die Expansionskräfte die Oberhand gewonnen haben.

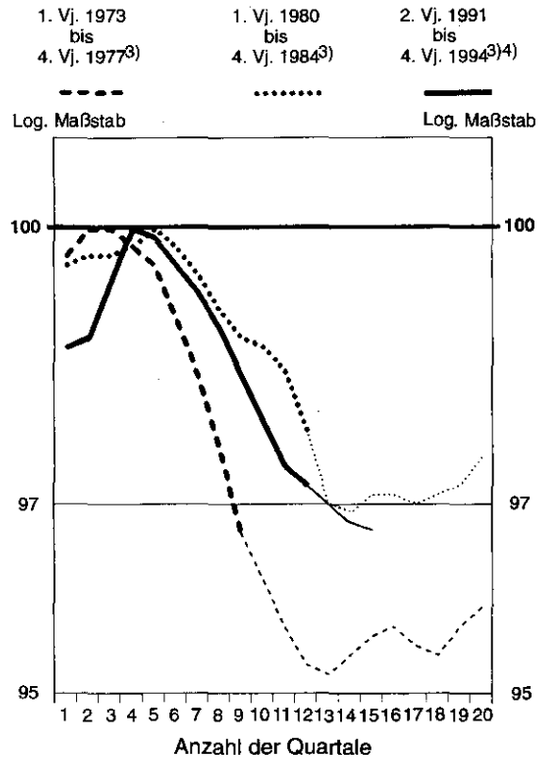
Allerdings ist die statistische Unterscheidung in Warenproduzenten und in Dienstleistungsproduzenten nicht immer genau zu treffen, da die Erwerbstätigen demjenigen Wirtschaftszweig zugeordnet werden, in dem der wirtschaftliche Schwerpunkt der sie beschäftigenden Unternehmen liegt. Damit können neben den üblichen Abgrenzungsschwierigkeiten zwei Effekte zu weiteren Verzerrungen bei den statistisch ausgewiesenen Erwerbstätigenanteilen führen. Zum einen zieht das sogenannte Outsourcing von Dienstleistungen, die zuvor durch die Produktionsunternehmen selbst erbracht worden sind — wie etwa die Gebäudereinigung, die Wach- und Schließtätigkeiten, die Bürodienstleistungen oder die wirtschaftlichen Beratungstätigkeiten —, eine Abnahme des Anteils der dem warenproduzierenden Bereich statistisch zugeordneten Arbeitskräfte und eine entsprechende Zunahme des Anteils des Dienstleistungsbereichs nach sich, ohne daß es tatsächlich zu einem Wechsel in den Tätigkeitsfeldern der einzelnen Erwerbstätigen oder einer Veränderung der Erwerbstätigenanzahl selbst gekommen sein muß. In die andere Richtung wird die Statistik zum anderen dadurch verzerrt, daß die schwerpunktmäßig dem warenproduzierenden Bereich zugeordneten Unternehmen vielfach dazu übergegangen sind, zunehmend auch Dienstleistungen zur eigenen Verwendung oder für den Markt zu erstellen. Die entsprechend eingesetzten Mitarbeiter werden aber ungeachtet ihres tatsächlichen Tätigkeitsfeldes statistisch weiterhin dem warenproduzierenden Bereich zugeordnet, solange sich hierdurch nicht eine Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunkts des Unternehmens ergibt.

113. Die Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre weist eine große Ähnlichkeit zur Entwicklung Anfang der achtziger Jahre auf. In beiden Zeiträumen war der Beschäftigungsabbau nach dem jeweiligen Höchststand nahezu gleich stark, wobei das Ausmaß aber deutlich hinter dem zurückblieb, das in der Zeit unmittelbar nach dem ersten Ölpreisschock Mitte der siebziger Jahre zu beobachten gewesen war. Allerdings scheint die Beschäftigung im Vergleich zu den achtziger Jahren in dieser Rezession etwas zügiger abgebaut worden zu sein, dafür deutet sich nun eine Stabilisierung des Beschäftigungsstands etwas früher als nach der letzten Rezession an. So flachte sich der Beschäftigungsabbau bereits Anfang des Jahres 1994 ab, schon bevor sich die konjunkturelle Erholung deutlicher abzeichnete (Schaubild 22). Zu dieser ver-

Schaubild 22

ZUR ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT IM KONJUNKTURVERLAUF[1]
Früheres Bundesgebiet

Saisonbereinigt[2]



1) Inlandskonzept. Ausgangspunkt (erstes Quartal) der Reihen ist jeweils der Hochpunkt der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des betrachteten Konjunkturzyklus, bestimmt durch den Auslastungsgrad des Produktionspotentials (nähere Erläuterungen siehe JG 93 Ziffer 54), bei gleichzeitiger Umbasierung der Meßziffernreihe auf den Beschäftigungshochpunkt (= 100) im betrachteten Zeitraum. – 2) Nach dem Census – Verfahren II, Version X–11. – 3) Die jeweiligen Zeiträume mit abnehmenden Auslastungsgraden sind durch fette Linien, die Zeiten ansteigender Auslastungsgrade mit dünnen Linien gekennzeichnet. – 4) 4. Vierteljahr 1994: Eigene Schätzung.

SR 94 0631

gleichsweise schnellen Reaktion der Erwerbstätigkeit dürften auch die diesjährigen beschäftigungssichernden Tarifabschlüsse beigetragen haben.

In allen drei Zeiträumen wurde die Erwerbstätigkeit zunächst noch weiter gesteigert, während die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials bereits rückläufig war. Anfang der neunziger Jahre wurde die Erwerbstätigkeit zunächst sogar über ein Jahr lang vergleichsweise stark weiter ausgedehnt. Dies läßt sich durch den Einigungsboom in Westdeutschland erklären, der im Jahre 1991 zur Vollauslastung der Produktionskapazitäten geführt hatte. Ein Rückgang dieser beträchtlichen Beanspruchung des Produktionspotentials hin zur Normalauslastung stellte an sich keinen Grund zur Besorgnis für die Unternehmen dar und wurde von daher auch nicht von einem Personalabbau begleitet. Im Gegenteil, weil das nach dem Fall der Mauer ausgeweitete Arbeitskräfteangebot Lücken am westdeutschen Arbeitsmarkt gut zu füllen schien, konnten nunmehr zuvor wegen größerer Diskrepanzen zwischen Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot nicht genutzte Beschäftigungschancen auch im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe wahrgenommen werden (JG 91 Ziffer 137 und JG 92 Ziffer 131). Erst im Zuge der später eingetretenen Rezession, als sich der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad nicht nur normalisierte, sondern weiter fiel, paßten viele Unternehmen ihren Personalstand an die mittelfristig verschlechterten Geschäftsperspektiven an, wozu auch die im letzten Jahr aufgekommenen Sorgen um den Standort Deutschland beigetragen haben dürften. Der relative Beschäftigungsverlust in den letzten Jahren entspricht in etwa dem zu Anfang der achtziger Jahre, bleibt aber wesentlich schwächer als der Mitte der siebziger Jahre.

Auch im gegenwärtigen Zyklus deutet wenig darauf hin, daß mit Beginn der wirtschaftlichen Erholungsphase die Beschäftigung nennenswert schneller und stärker als in den vergleichbaren Zeiträumen der früheren Konjunkturzyklen wieder ansteigen wird. Die absehbare Entwicklung läßt auch im vierten Quartal 1994 noch kein Ende des Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit erwarten.

114. Die Situation am deutschen Berufsausbildungsstellenmarkt hat sich im abgelaufenen Berufsberatungsjahr (Oktober 1993 bis September 1994) gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Insgesamt wurden der Arbeitsverwaltung in diesem Zeitraum 11½ vH weniger zu besetzende betriebliche Ausbildungsstellen, aber 10 vH mehr Bewerber gemeldet. Dies wurde von der Bundesanstalt für Arbeit mit einer höheren Anzahl von Schulabgängern begründet. Zudem schalteten die Bewerber angesichts der schwierigen Wirtschaftslage bei der Lehrstellensuche häufiger als ihre Vorgänger auch die Arbeitsämter ein. Trotzdem gab es, obwohl die Rezession in Westdeutschland gerade erst überwunden ist und die Strukturprobleme im Osten weiter anhalten, am Ende des Berufsberatungsjahres insgesamt einen Angebotsüberhang von 57 100 Berufsausbildungsstellen.

Dabei hat sich allerdings das Ungleichgewicht auf den einzelnen Märkten vergrößert. Wie im Vorjahr mangelte es in den neuen Bundesländern insgesamt an Lehrstellen. Auch wenn hier das Angebot an gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen gegenüber dem letzten Berufsberatungsjahr ausgeweitet worden ist, die Anzahl der Jugendlichen, die über die ostdeutschen Arbeitsämter Berufsausbildungsstellen suchten, ist noch weit stärker angestiegen. Von den insgesamt 171 100 gemeldeten Bewerbern fanden bis Ende September nur 94 800 eine betriebliche Ausbildungsstelle in den neuen Bundesländern. Weitere 8 700 junge Menschen konnten nach den Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes für benachteiligte Jugendliche (§ 40c AFG) in überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen vermittelt werden oder an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen gemäß § 40 AFG teilnehmen (800 Jugendliche). Viele Jugendliche haben, wohl auch wegen der angespannten Lage am ostdeutschen Berufsausbildungsmarkt, ihre schulische oder berufliche Ausbildung fortgesetzt (24 200 Personen), eine Beschäftigung aufgenommen (4 200 Personen) oder sich anderweitig orientiert — etwa eine Berufsausbildungsstelle oder eine Arbeit in Westdeutschland aufgenommen (19 500 Personen). Dennoch konnten erst eine Gemeinschaftsinititative vom Bund und den jungen Bundesländern aus dem letzten Jahr und ihre diesjährige Neuauflage, die zusammengenommen 17 200 Jugendlichen die Aufnahme einer außerbetrieblichen Berufsausbildung ermöglichten, die Diskrepanzen am östlichen Berufsausbildungsmarkt entscheidend verringern, so daß Ende September nur noch 1 500 Bewerber bei den Arbeitsämtern gemeldet waren. Diesen standen in nahezu gleichem Umfang noch nicht besetzte Berufsausbildungsstellen gegenüber. Dabei war ausschließlich in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg ein Stellendefizit verblieben. In den anderen jungen Bundesländern und in Berlin-Ost, sowie in den meisten dortigen Arbeitsamtsbezirken, übertraf nach Abschluß des Berufsberatungsjahres jeweils die Anzahl der unbesetzten Berufsausbildungsstellen die Anzahl der noch nicht vermittelten Bewerber. Gegliedert nach Ausbildungsberufen stellte sich der östliche Berufsausbildungsmarkt als relativ ausgeglichen in den landwirtschaftlichen Berufen und in weiten Teilen der Fertigungsberufe dar, meist war hier sogar ein Stellenüberhang verzeichnet. Mehr Nachfrage nach Berufsausbildungsstellen als betrieblich oder über- und außerbetrieblich angeboten worden sind, bestand dagegen in den Bauberufen, den technischen Berufen sowie bei den Büro- und Dienstleistungsberufen.

Auch wenn insgesamt in Westdeutschland noch weit mehr Ausbildungsstellen als Bewerber gemeldet waren, so hat sich hier die Marktlage gleichfalls verschlechtert. Ende September 1994 waren bereits in einem Siebtel aller westlichen Arbeitsamtsbezirke — insbesondere im Ruhrgebiet, in Berlin-West und in Niedersachsen-Bremen — mehr noch nicht vermittelte Bewerber registriert als unbesetzt verbliebene Berufsausbildungsstellen verzeichnet worden sind. Demgegenüber hat vor allem in den Arbeitsämtern der beiden süddeutschen Bundesländer ein deutlicher Stellenüberhang bestanden. Am Ende des Berufsberatungsjahres 1993/94 kamen hier auf jeden noch nicht vermittelten Bewerber mehr als fünf unbesetzte Stellen. In beruflicher Gliederung gab es in Westdeutschland nur noch in den Fertigungsberufen einen Stellenüberhang. In einigen Dienstleistungsberufen hingegen blieb das Stellenangebot sogar hinter der Anzahl von Berufsausbildungswünschen zurück.

Unterbeschäftigung rückläufig

115. Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit zusammen sind in diesem Jahr weit stärker zurückgegan-

Tabelle 20 **Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in Deutschland**

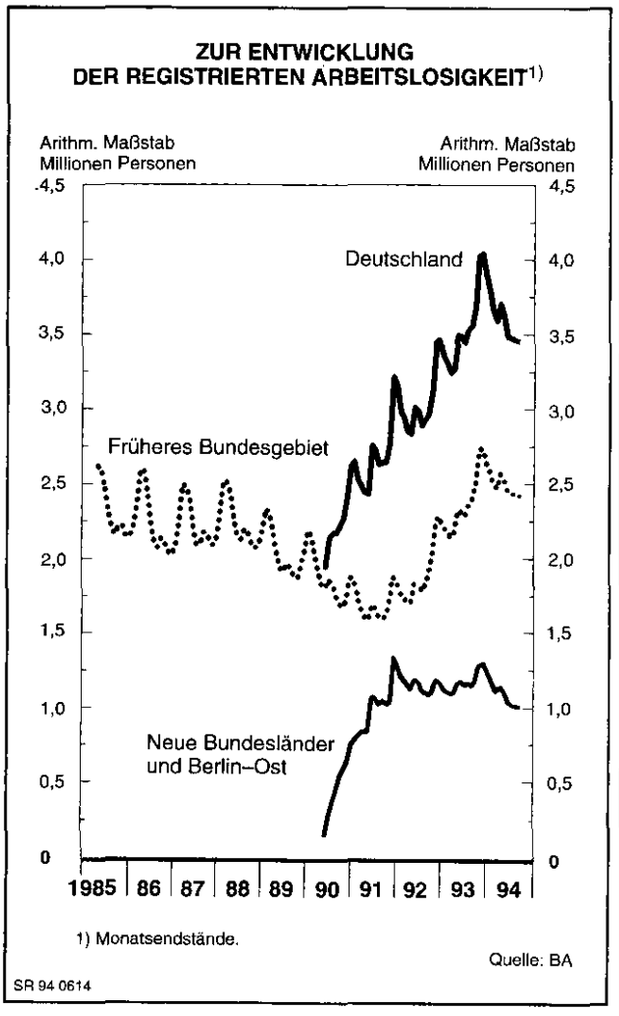
Zeitraum[1]	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit[2]	Registrierte Arbeitslose[3]	Verdeckte Arbeitslosigkeit[4]	Kurzarbeiter			Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen[3][7]	Leistungsempfänger nach § 105 AFG[8]	Teilnehmer an FuU-Maßnahmen[9]		Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen[3]	Empfänger von	
				insgesamt	Arbeitsausfall[5]	Arbeitslosenäquivalent[6]			insgesamt[3]	darunter Vollzeit[10]		Vorruhestandsgeld[11]	Altersübergangsgeld
	Tausend				vH	Tausend							
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
	Deutschland												
1992 1. Vj.	5 513	3 082	2 430	754	49	367	476	125	837	578	57	370	457
2. Vj.	5 350	2 903	2 447	681	47	317	485	126	891	644	50	346	479
3. Vj.	5 315	2 958	2 357	456	44	201	465	134	852	635	47	321	554
4. Vj.	5 404	2 970	2 434	722	36	257	439	150	866	668	50	297	573
1993 1. Vj.	5 948	3 388	2 560	1 219	33	408	386	177	815	608	60	268	653
2. Vj.	5 722	3 292	2 430	1 175	31	370	328	193	794	588	61	241	649
3. Vj.	5 528	3 446	2 082	651	33	212	263	204	685	496	52	214	641
4. Vj.	5 599	3 551	2 048	748	32	243	265	217	629	464	46	189	624
1994 1. Vj.	5 898	3 956	1 942	630	35	219	279	225	588	428	55	164	572
2. Vj.	5 558	3 740	1 818	437	35	151	317	221	560	413	53	137	526
3. Vj.	5 358	3 629	1 729	219	38	83	363	224	533	391	45	111	512
4. Vj.	5 291	3 515	1 776	230	37	85	392	230	587	446	45	80	498
1992	5 396	2 978	2 418	653	44	286	466	134	862	631	51	334	516
1993	5 700	3 419	2 281	948	32	308	311	198	731	539	55	228	642
1994	5 528	3 710	1 818	380	36	135	338	225	568	420	50	123	527
	Früheres Bundesgebiet												
1992 1. Vj.	2 417	1 829	588	243	33	81	80	117	379	207	57	46	.
2. Vj.	2 305	1 731	574	241	31	75	81	118	384	209	50	41	.
3. Vj.	2 325	1 800	525	164	32	52	79	125	353	186	47	36	.
4. Vj.	2 529	1 873	656	485	30	145	73	138	373	219	50	31	.
1993 1. Vj.	3 058	2 223	835	987	30	301	63	162	383	221	60	26	2
2. Vj.	2 973	2 180	793	959	29	274	52	178	367	205	61	21	2
3. Vj.	2 904	2 289	615	504	29	147	43	187	322	169	52	15	2
4. Vj.	3 057	2 389	668	617	30	186	44	194	321	184	46	11	3
1994 1. Vj.	3 340	2 685	655	501	33	163	49	198	319	180	55	7	3
2. Vj.	3 138	2 552	586	320	31	99	52	194	311	182	53	3	3
3. Vj.	3 039	2 522	517	141	33	46	60	196	293	167	45	0	3
4. Vj.	3 038	2 480	558	160	31	50	70	200	315	190	45	0	3
1992	2 394	1 808	586	283	31	88	78	125	372	205	51	39	.
1993	2 998	2 270	728	767	30	227	51	180	348	195	55	18	2
1994	3 140	2 560	580	281	32	90	58	197	310	180	50	2	3
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost												
1992 1. Vj.	3 096	1 254	1 842	511	56	286	396	8	458	371	.	324	457
2. Vj.	3 045	1 172	1 873	440	55	242	404	8	507	435	.	305	479
3. Vj.	2 990	1 158	1 832	292	51	149	386	9	499	449	.	285	554
4. Vj.	2 875	1 097	1 778	237	47	112	366	12	493	449	.	266	573
1993 1. Vj.	2 890	1 165	1 725	232	46	107	323	15	432	387	.	242	651
2. Vj.	2 749	1 112	1 637	216	44	96	276	15	427	383	.	220	647
3. Vj.	2 624	1 157	1 467	147	44	65	220	17	363	327	.	199	639
4. Vj.	2 542	1 162	1 380	131	44	57	221	23	308	280	.	178	621
1994 1. Vj.	2 558	1 271	1 287	129	43	56	230	27	269	248	.	157	569
2. Vj.	2 420	1 188	1 232	117	44	52	265	27	249	231	.	134	523
3. Vj.	2 319	1 107	1 212	78	47	37	303	28	240	224	.	111	509
4. Vj.	2 253	1 035	1 218	70	50	35	322	30	272	256	.	80	495
1992	3 001	1 170	1 831	370	53	197	388	9	489	426	.	295	516
1993	2 702	1 149	1 553	181	45	81	260	18	383	344	.	210	640
1994	2 388	1 150	1 238	99	45	45	280	28	258	240	.	121	524

[1]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Jahreswerte aus gerundeten Quartalswerten berechnet. 4. Vierteljahr 1994 und Jahr 1994 eigene Schätzung. — [2]) Summe der Spalten 2 und 3. — [3]) Vierteljahresdurchschnitte aus Monatsendständen, wobei der Stand am Ende des letzten Monats des Vorquartals und am Ende des dritten Monats des Berichtsquartals jeweils zur Hälfte berücksichtigt werden. — [4]) Summe der Spalten 6 bis 8 und 10 bis 13. — [5]) Eigene Berechnung. — [6]) Anzahl der Kurzarbeiter multipliziert mit ihrem durchschnittlichen Arbeitsausfall. — [7]) Neben den Teilnehmern an allgemeinen Maßnahmen sind auch die an Maßnahmen für Ältere, nach § 249h AFG, nach § 242s AFG und nach dem Sonderprogramm des Bundes für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost (1993) berücksichtigt. — [8]) Personen, die gemäß § 105a AFG (Nahtlosigkeitsleistungen), § 105b AFG (Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall) und § 105c AFG (58-jährige und ältere Personen, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen müssen) Leistungen empfangen, aber nicht als registrierte Arbeitslose gezählt werden. — [9]) Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung nach dem Wohnortprinzip. — [10]) Empfänger von Unterhaltsgeld/Eingliederungsgeld; neue Bundesländer und Berlin-Ost: Eigene Schätzung. — [11]) Vierteljahre für früheres Bundesgebiet eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: BA

gen, als es die insgesamt noch recht schwache Beschäftigungsentwicklung zunächst vermuten ließe. Gegen Jahresende dürften in Deutschland immerhin 308 000 Personen weniger als vor Jahresfrist (–5½ vH) offen und verdeckt arbeitslos gewesen sein (Tabelle 20). Diese Entwicklung ist allein auf den kräftigen Rückgang der verdeckten Arbeitslosigkeit zurückzuführen, der in Ostdeutschland ausgeprägter war als in den alten Bundesländern. Angesichts einer jahresdurchschnittlichen Anzahl von über 5½ Millionen offen und verdeckt Arbeitslosen blieb die wirtschaftliche und soziale Problematik gleichwohl schwerwiegend.

Schaubild 23

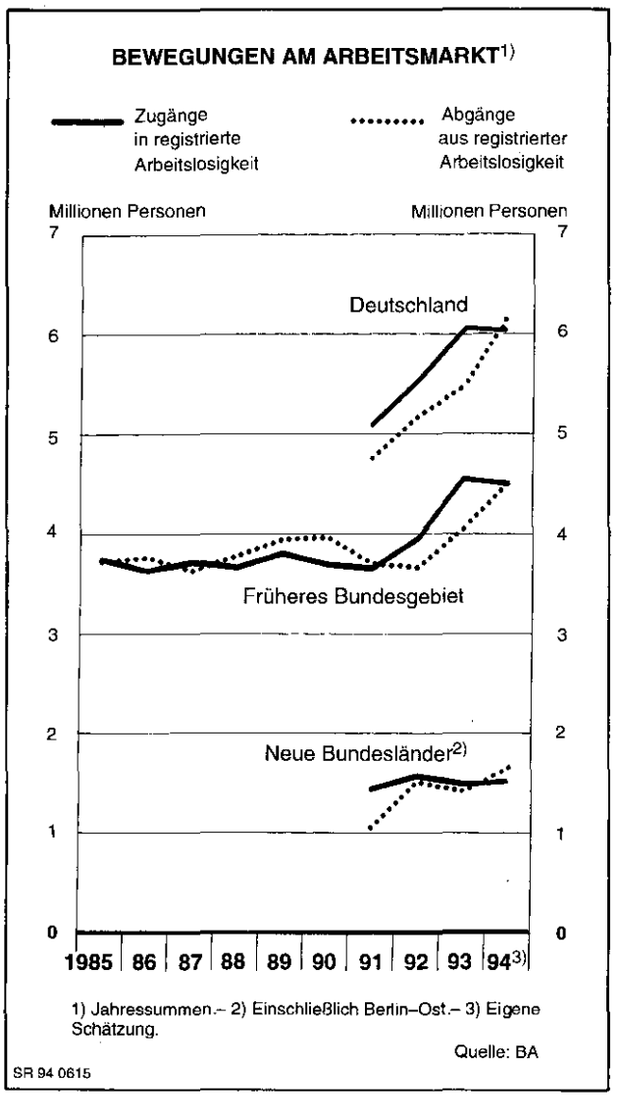


116. Die Anzahl registrierter Arbeitsloser ist erst gegen Jahresende mit schätzungsweise 3½ Millionen Personen wieder leicht unter ihren sehr hohen Vorjahresstand gesunken. Dabei waren über das gesamte Jahr bei den westdeutschen Arbeitsämtern mehr Arbeitslose als zuvor registriert (Schaubild 23). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit flachte sich aber nach einem kräftigen Niveausprung zum Jahreswechsel 1993/94 in der ersten Jahreshälfte ab. Seit Juni hat sich die Anzahl der in Westdeutschland registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt wieder zurückgebildet, nur im August war ein leichter Anstieg zu beobachten. Wegen der unerwartet frühen Konjunkturerholung lag damit die jahresdurchschnittlich registrierte Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern mit immerhin noch über 2½ Millionen Personen deutlich niedriger als noch im Herbst letzten Jahres zu befürchten gewesen war.

In Ostdeutschland führte der Beschäftigungsaufschwung schon früher und deutlicher zu einer Verringerung der offenen Arbeitslosigkeit. Nach dem abermaligen Niveausprung zum neuen Jahr war in den ersten Monaten des Jahres 1994 die Anzahl der registrierten Arbeitslosen zwar noch höher als ein Jahr zuvor. Seit dem Frühlingsanfang verringerte sich der Vorjahresabstand dann aber deutlich, und in der zweiten Jahreshälfte wurde er schließlich durchweg unterschritten. Der Abbau der offenen Arbeitslosigkeit dürfte begonnen haben.

117. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres waren in ganz Deutschland wiederum mehr Bewegungen in und aus registrierter Arbeitslosigkeit zu verzeichnen als im Jahr zuvor (Schaubild 24). Dies war in beiden Teilen Deutschlands auf die gestiegenen

Schaubild 24



Abmeldungen aus registrierter Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Dahinter standen die im Jahresverlauf verbesserte Arbeitsmarktlage sowie der in diesem Jahr wieder intensivierte Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der geringe Rückgang der Erwerbspersonenanzahl gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt — in den jungen Bundesländern war diese sogar leicht höher als im Vorjahr — deutet darauf hin, daß Rückzüge vom Arbeitsmarkt eine geringe Rolle gespielt haben.

Die Merkmale der Abgänger aus registrierter Arbeitslosigkeit und vor allem ihre anschließende Tätigkeit werden auch in der jährlichen Bewegungsanalyse der Bundesanstalt für Arbeit nicht vollständig wiedergegeben. So hat im Juni 1993 in Westdeutschland wieder ein etwas größerer Anteil dieser Personengruppe unmittelbar anschließend eine Erwerbstätigkeit aufgenommen als ein Jahr zuvor (Schaubild 25). Auch im Jahre 1994 dürften abermals in etwas größerem Ausmaß zuvor registrierte Arbeitslose eine Erwerbstätigkeit neu aufgenommen haben. Gründe dafür sind: die etwas aufgehellte Arbeitsmarktlage, die verstärkten Vermittlungsbemühungen der Bundesanstalt für Arbeit und die wieder leicht angestiegene Anzahl neu begonnener Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Demgegenüber haben sich bei den Arbeitsämtern etwas weniger Arbeitskräfte als im Vorjahr arbeitslos gemeldet. Vor allem sind in Ost und West sowohl die absolute Anzahl als auch der Anteil der unmittelbar vor ihrer Arbeitslosmeldung in Deutschland erwerbstätigen Personen zurückgegangen. Dieser Anteil erreichte in den jungen Bundesländern weiterhin den höheren Wert. Obwohl bis einschließlich Oktober immerhin noch 59½ vH aller in Deutschland neu registrierten Arbeitslosen unmittelbar zuvor im Inland erwerbstätig gewesen sind, ist auch diese Entwicklung ein deutliches Indiz für die bereits wieder verbesserte Arbeitsmarktlage. Schlechter hingegen entwickelte sich der Arbeitsmarkt für die Absolventen betrieblicher Ausbildung. Sie haben sich entgegen dem allgemeinen Trend sogar häufiger als im Vorjahr arbeitslos gemeldet.

Eine Analyse der Bewegungsvorgänge am Arbeitsmarkt führt zu einem differenzierteren Bild als dem einer allgemein verhärteten Arbeitslosigkeit. Immerhin lag die Fluktuation, gemessen als Durchschnitt von kumulierten Zugängen in und Abgängen aus registrierter Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum durchschnittlichen Arbeitslosenbestand, in diesem Jahr in den alten Bundesländern bei einem Wert von ungefähr 1,8. Dieser Quotient ist, wie aufgrund der Konjunkturentwicklung nicht anders zu erwarten, seit dem Jahre 1991 rückläufig. Aber auch im längerfristigen Vergleich sind in den letzten Jahren etwas weniger intensive Bewegungen als noch zu Beginn der achtziger Jahre zu beobachten gewesen. In Ostdeutschland ist die Fluktuationsrate zuletzt zwar wieder angestiegen, mit einem Wert von etwa 1,4 lag sie aber auch auf einem vergleichsweise sehr niedrigen Niveau.

Anders gewendet bedeutet eine gesunkene Fluktuationsrate, daß die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit angestiegen ist. Sie war in den ersten zehn Monaten des Jahres in Westdeutschland mit jetzt immerhin 26½ Wochen um 5½ Wochen länger als im selben Vorjahreszeitraum. In den jungen Bundesländern ist sie mit etwa 37 Wochen um immerhin 3½ Wochen gesunken.

118. Sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland ist die verdeckte Arbeitslosigkeit bis zum Jahresende deutlich zurückgegangen. In Westdeutschland ist dies in erster Linie auf die erheblich verringerte Kurzarbeit zurückzuführen, deren Arbeitslosenäquivalent binnen Jahresfrist mit zuletzt nur noch 50 000 Personen auf weniger als ein Drittel gesunken ist. Dabei wurde die Kurzarbeit in nahezu allen Wirtschaftszweigen kräftig abgebaut. Neben der verbesserten Wirtschaftslage dürfte dies auch auf die mit der elften Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes zu Jahresanfang für die Unternehmen verschlechterten Finanzierungsbedingungen für angemeldete Kurzarbeit zurückzuführen sein (JG 93 Tabelle 32). Den im Vorjahresvergleich quantitativ bedeutendsten Rückgang wiesen vor allem Branchen auf, in denen Tarifverträge abgeschlossen worden sind, die beschäftigungsorientierte Elemente enthalten (Ziffer 122).

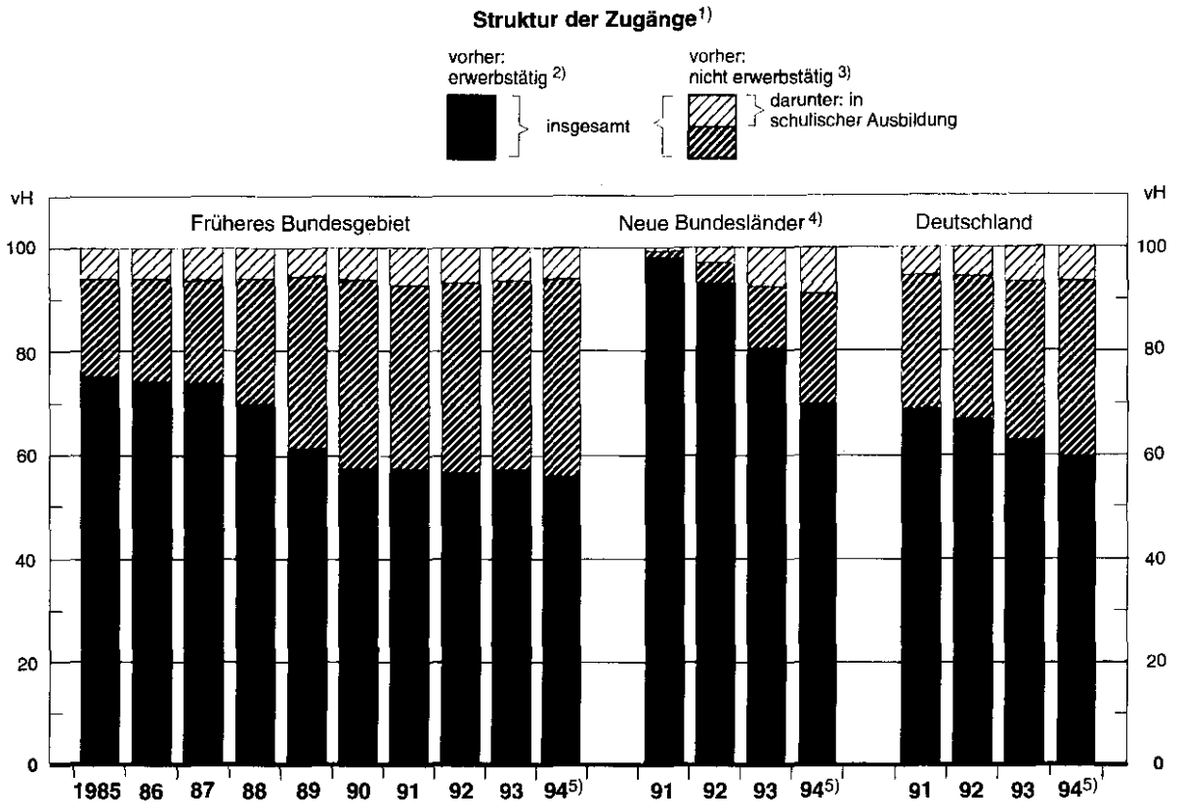
Unter den übrigen Komponenten der verdeckten Arbeitslosigkeit ist die Anzahl von Personen in Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nur wenig angestiegen. Einzig die Regelungen des § 105 AFG wurden deutlich mehr als noch vor einem Jahr in Anspruch genommen. Wenngleich die Anzahl der hierdurch begünstigten Personen entgegen dem Trend der Vorjahre nunmehr unterproportional zum Anstieg der registrierten Arbeitslosen zugenommen hat, war vor allem zu Jahresbeginn nochmals ein Schub von Arbeitskräften zu verzeichnen, die zwar arbeitslos sind, aber wegen ihres Alters (58 Jahre und älter) nicht mehr jedes an sich zumutbare Stellenangebot der Arbeitsverwaltung akzeptieren müssen und deshalb aufgrund statistischer Konventionen trotz des Empfangs von Arbeitslosengeld nicht zu den registrierten Arbeitslosen gezählt werden (§ 105c AFG).

In Ostdeutschland hat sich die Anzahl der vorzeitigen Ruheständler nun doch erheblich, um gut 200 000 Personen, zurückgebildet, da zunehmend mehr Personen die Altersgrenze für den Altersruhestand wegen Arbeitslosigkeit erreichten und nach einer zur Jahresmitte vorgenommenen Gesetzespräzisierung auch überwechseln mußten. Trotzdem dürften gegen Jahresende immer noch etwa 575 000 Personen Altersübergangsgeld oder Vorruhestandsgeld beziehen. Damit blieb auch in diesem Jahr der durch die Bundesanstalt für Arbeit und den Bund finanzierte vorzeitige Ruhestand die mit Abstand größte Komponente der verdeckten Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Ähnlich wie im Westen hat sich auch das Ausmaß der Kurzarbeit in den jungen Bundesländern stark zurückgebildet. Diese war aber bereits im letzten Jahr vergleichsweise niedrig gewesen. Der Rückgang betraf bis auf den Bergbau alle Wirtschaftszweige, und die Konzentration auf einige wenige Branchen war nicht mehr so ausgeprägt. Auch die Teilnahme an Vollzeitbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit mußte im Zuge ihrer im letzten Jahr deutlich gewordenen Budgetprobleme im Jahresdurchschnitt um mehr als 30 vH zurückgeführt

Schaubild 25

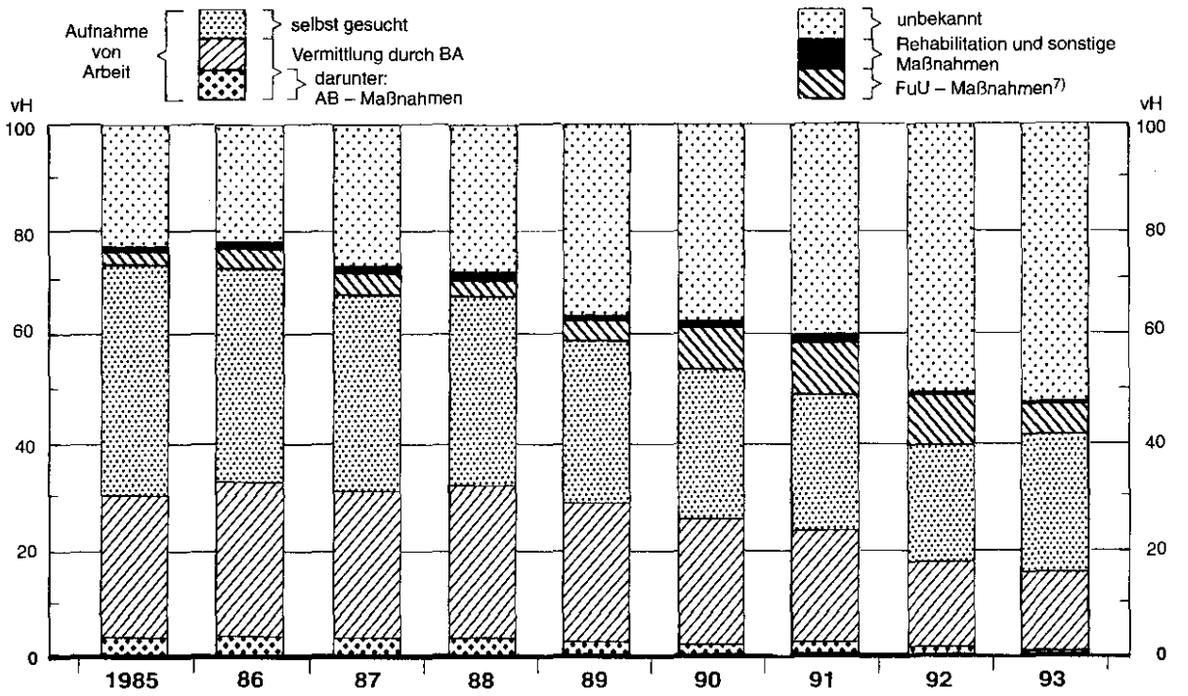
STRUKTUR DER ZUGÄNGE IN REGISTRIERTE ARBEITSLOSIGKEIT UND DER ABGÄNGE AUS REGISTRIERTER ARBEITSLOSIGKEIT

Struktur der Zugänge[1)]



Struktur der Abgänge[6)]

Früheres Bundesgebiet



1) Jahressummen. – 2) Einschließlich vorher in betrieblicher Ausbildung. – 3) Einschließlich auch der Personen die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erwerbstätig waren. – 4) Einschließlich Berlin – Ost. – 5) Eigene Schätzung. – 6) Ergebnisse der Sondererhebung der BA im Juni (bis 1991 Mai / Juni) eines jeden Jahres. – 7) Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung einschließlich Maßnahmen nach §41a AFG.

Quelle: BA

SR 94 0616

werden. Nach dem dramatischen Einbruch zu Beginn des Jahres 1993 konnte lediglich die Anzahl der durchgeführten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung seit letztem Herbst wieder gesteigert werden. Sie hatte zur Jahresmitte in etwa wieder das Vorjahresniveau erreicht und lag in der zweiten Jahreshälfte deutlich darüber. Hierfür war nicht nur die hohe Inanspruchnahme der sogenannten produktiven Arbeitsförderung (§ 249h AFG) maßgeblich, auch die Teilnehmeranzahl an allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung konnte zuletzt wieder ausgeweitet werden.

119. Nachdem das Arbeitsförderungsgesetz zu Jahresbeginn infolge der Konsolidierungsbemühungen der Bundesregierung bereits wesentlich geändert worden war, ebbte die Diskussion um die zukünftige Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungspolitik keineswegs ab. Vielmehr führte die vor allem in den Wintermonaten weiterhin angespannte Lage am deutschen Arbeitsmarkt zu einer Vielzahl von Vorschlägen und Initiativen.

Die Bundesregierung hat Mitte des Jahres eine bereits im „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung" angekündigte Teilzeitoffensive gestartet mit dem Ziel, der Nachfrage von derzeit vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern und von Arbeitslosen nach Teilzeitstellen besser entgegenkommen zu können. Hierdurch sollen zusätzliche Arbeitsplätze in beträchtlicher Anzahl neu ermöglicht werden. Neben der Verbesserung des rechtlichen Rahmens durch die entsprechenden Änderungen im Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 und im Arbeitszeitrechtsgesetz setzt die Bundesregierung dabei ihre Hoffnung auf den Erfolg einer breiten Aufklärungsaktion für Teilzeitarbeit.

Tabelle 21

Wichtige Elemente des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994

Private Arbeitsvermittler, die bereits mit der letzten Änderung des AFG ab dem 1. April 1994 für einzelne Berufe und Personengruppen erlaubt worden waren, sind nun grundsätzlich zugelassen, ihre Betätigungsmöglichkeit wurde auf alle Berufe und Personengruppen ausgedehnt.

Das *Arbeitslosengeld* für neu registrierte Arbeitslose, die unmittelbar zuvor lediglich eine *Teilzeitbeschäftigung* ausgeübt haben, wird dennoch anhand vorheriger Vollzeittätigkeit gewährt, sofern der Teilzeitarbeitsvertrag nach dem 31. Juli 1994 abgeschlossen worden ist und die Betroffenen nicht weiter als drei Jahre zurückliegend für mindestens sechs Monate eine längere Arbeitszeit ausgeübt haben (§ 112 AFG).

Das *Strukturkurzarbeitergeld,* das nun auch über die Stahlindustrie und den Kohlenbergbau hinaus in anderen Branchen mit erheblichen strukturellen Veränderungen und generell auch in den jungen Bundesländern gewährt werden darf, wird über das geplante Ende am 31. Dezember 1995 hinaus bis Ende 1997 verlängert.

Die mögliche Bezugsdauer von *Überbrückungsgeld,* das Beziehern von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bei Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit gewährt werden kann, wird von bislang im Regelfall 10 Wochen auf 26 Wochen ausgedehnt, die Höchstgrenze von bislang 300 DM wöchentlich entfällt.

Die *produktive Arbeitsförderung* in den Bereichen Verbesserung der Umwelt, soziale Dienste und Jugendhilfe wird auch in den westlichen Bundesländern ermöglicht (§ 242s AFG). In den jungen Bundesländern wird die Zuschußmöglichkeit erweitert auf Arbeiten zur Erhöhung des Angebots im Breitensport und in der freien Kulturarbeit sowie zur Vorbereitung denkmalpflegerischer Maßnahmen (§ 249h AFG).

Die *Bemessungsgrundlage* für den Zuschuß der Bundesanstalt für Arbeit an Träger von allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung wird auf höchstens 90 vH der Arbeitsentgelte für gleiche oder vergleichbare ungeförderte Tätigkeiten abgesenkt (§ 94 AFG).

Für Arbeitslose, die an Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung oder an Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Vermittlungsaussichten teilnehmen, wird präziser gefaßt, unter welchen Bedingungen sie der *Arbeitsvermittlung zur Verfügung* stehen und damit Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben (§ 103b AFG). Die Bedingungen sind nur dann erfüllt, wenn das Arbeitsamt zuvor der Teilnahme an diesen Maßnahmen zugestimmt hat. Dabei darf die Einwilligung dann nicht erteilt werden, wenn die Maßnahme dazu dient, bei einem Arbeitgeber eingestellt zu werden, der den Arbeitslosen bereits in den letzten drei Jahren beschäftigt hat, ihm vor Eintritt der Arbeitslosigkeit bereits eine Beschäftigung angeboten hat oder dem Fachkräfte mit beruflichen Kenntnissen und Fertigkeiten, die durch die Teilnahme vermittelt werden sollen, in ausreichender Anzahl zur Verfügung gestellt werden können.

Die Möglichkeiten zur *Befristung von Arbeitsverträgen* werden bis Ende des Jahres 2000 verlängert.

Die Bundesanstalt für Arbeit kann weiterhin, bis Ende des Jahres 2000, *Zuschüsse zu den Lohnkosten für ältere Arbeitnehmer* gewähren, die das 50. Lebensjahr vollendet haben (§ 97 AFG).

Die Möglichkeit für *erleichterte Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld* für Arbeitslose, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, wird bis Anfang des Jahres 2001 verlängert (§ 105c AFG).

Durch das neue Arbeitszeitrechtsgesetz wurden die noch auf das Jahr 1938 zurückgehende Arbeitszeitordnung sowie eine Vielzahl anderer alter Bestimmungen ersetzt. Neben einer Gesetzesvereinfachung haben die bereits seit längerem diskutierten neuen Regelungen für den betrieblichen Ablauf mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet und von daher die Flexibilität erhöht (JG 92 Ziffer 153).

Im Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 wurden darüber hinaus vor allem weitere Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes mit Wirkung zum 1. August 1994 verabschiedet, die unter anderem die Zulassung privater Arbeitsvermittlung und die Ausdehnung der sogenannten produktiven Arbeitsförderung betreffen (Tabelle 21). Des weiteren soll die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und anderen schwervermittelbaren Arbeitsuchenden in den regulären Arbeitsmarkt durch die Tätigkeit gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften erleichtert werden. Verleiher können nunmehr, nach dem Vorbild einer niederländischen Stiftung (START), uneigennützig diesen Arbeitsuchenden die Chance geben, sich zunächst beim Entleiher als Leiharbeitnehmer zu bewähren mit dem Ziel, unmittelbar anschließend dort in ein reguläres Arbeitsverhältnis einzutreten. Ab dem 1. Oktober besteht die Möglichkeit, diese Gesellschaften durch Darlehen oder durch Zuschüsse zu den Sach- und Personalkosten aus Bundesmitteln zu fördern. Je nach Anzahl der tatsächlich in Dauerarbeitsverhältnisse beim Entleiher übergewechselten Arbeitnehmer können die Darlehen in Zuschüsse umgewandelt werden. Als Anschubfinanzierung stehen noch in diesem Jahr 1 Mio DM, im Jahre 1995 bis zu 30 Mio DM und schließlich im Jahre 1996 bis zu 20 Mio DM zur Verfügung. Danach sollen sich die Gesellschaften selbst tragen.

120. Seit Anfang August 1994 ist nun auch in Deutschland eine private Arbeitsvermittlung grundsätzlich zulässig. In den letzten Jahren waren bereits in Dänemark, Norwegen, Schweden, den Niederlanden und in Portugal private Arbeitsvermittler ohne Begrenzung zugelassen worden, zuletzt auch in Österreich zum 1. Juli 1994. In Deutschland ist allerdings die Lizenzierung der privaten Arbeitsvermittler durch die Bundesanstalt für Arbeit erforderlich. Die Zulassungsvoraussetzungen sind dabei gegenüber der bisherigen gesetzlichen Regelung (Nachweis über die persönliche Zuverlässigkeit und über angemessene Geschäftsräume des Antragstellers) um den Nachweis der persönlichen Eignung ergänzt worden. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, so hat die Bundesanstalt für Arbeit eine Erlaubnis auf Arbeitsvermittlung zu erteilen (§ 23 Abs. 3 AFG). Als Kriterien für die persönliche Eignung der Antragsteller wurde durch die „Erste Verordnung zur Änderung der Arbeitsvermittlerverordnung" vom 1. August 1994 festgelegt, daß der künftige Arbeitsvermittler in der Regel vorher mindestens drei Jahre im Personalwesen, in der Arbeitsvermittlung, in der Personalberatung oder in der Arbeitnehmerüberlassung tätig gewesen sein muß oder eine anerkannte Berufsausbildung beziehungsweise ein Hochschulstudium abgeschlossen haben und mindestens drei Jahre beruflich tätig gewesen sein muß. Die Vermittlung einer Arbeitsstelle ist für Arbeitsuchende unentgeltlich, lediglich vom Arbeitgeber darf eine Vergütung für die Vermittlungsdienste verlangt oder entgegengenommen werden. Diese ist grundsätzlich begrenzt auf 12 vH des dem vermittelten Arbeitnehmer zustehenden Arbeitsentgelts, bei Arbeitsverhältnissen mit über einem Jahr Laufzeit auf 12 vH des Jahresarbeitsentgelts.

Private Arbeitsvermittler werden mit ihrer Zulassung verpflichtet, der Arbeitsverwaltung halbjährlich genau über ihre getätigten Arbeitsvermittlungen zu berichten. Erste Ergebnisse sind deshalb erst im Laufe des nächsten Jahres zu erwarten. Bislang liegen nur Daten über die Anzahl der bei der Arbeitsverwaltung eingegangenen Anfragen und der Anträge auf Zulassung zur privaten Arbeitsvermittlung vor. Bis Ende September 1994 waren bei den einzelnen Landesarbeitsämtern insgesamt mehr als 6 400 Anfragen und formlose Anträge auf Erteilung einer Vermittlungserlaubnis nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 eingegangen. Formgerecht waren knapp 1 400 Anträge gestellt worden; in den ersten beiden Monaten wurde knapp 700 Anträgen durch die Arbeitsverwaltung entsprochen. Am Stichtag 30. September 1994 war darüber hinaus weiteren 600 Arbeitsvermittlern die Tätigkeit gemäß den bisherigen Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes erlaubt.

Tarifpolitik mit Augenmaß

121. Für beide Teile Deutschlands sind die Tarifvertragsparteien angesichts der prekären Arbeitsmarktlage auf einen beschäftigungsorientierten Kurs eingeschwenkt. Vor allem die **westdeutsche Tarifrunde** stand im Zeichen einer intensiven Diskussion über den angemessenen tarifpolitischen Beitrag zur Beschäftigungssicherung in der Rezession. Die konventionelle Tarifpolitik — branchenweite Flächentarifverträge mit wenig oder gar nicht differenzierten Abschlüssen, auch wenn sie merklich unterhalb des mittelfristigen Produktivitätsfortschritts und eines Zuschlags für die Preissteigerungsrate liegen sollten — geriet ins Kreuzfeuer der Kritik. Die Arbeitnehmer ließen eine vergleichsweise hohe Konzessionsbereitschaft zu niedrigen Entgeltsteigerungen oder gar zu Entgeltsenkungen erkennen, sofern ihnen dafür konkret eine erhöhte Beschäftigungssicherheit in Aussicht gestellt wurde. Im Winterhalbjahr 1993/94 mehrten sich die Meldungen, daß immer mehr Einzelunternehmen oder Betriebe an den zentralen Tarifvertragsparteien vorbei mit ihren Belegschaften gesonderte Vereinbarungen trafen, um meist für einen temporären Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen als Gegenleistung ihre Arbeitskosten entweder direkt durch niedrigere Bezahlung oder zumindest indirekt durch einen flexibleren und effizienteren Arbeitseinsatz senken zu können.

Vorstand und Gesamtbetriebsrat der Ford-Werke AG, Köln, haben eine Investitionssicherungsvereinbarung getroffen, die den deutschen Werken von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von 7,7 Mrd DM zusichert und für die Belegschaft einen Verzicht auf jährlich etwa 140 Mio DM Entgelt oder anderer Vergünstigungen vorsieht. Unter anderem sollen in

den beiden nächsten Tarifrunden Erhöhungen der Tarifverdienste bis zu insgesamt 3½ vH mit übertariflichen Zahlungen verrechnet werden. Dies kommt nahezu einem Einfrieren der Nominallöhne gleich. Zudem wurde eine stündliche dreiminütige Pause ersatzlos gestrichen und für einen Teil der Belegschaft ein Abschlag beim Weihnachtsgeld vereinbart. Schließlich ist die regelmäßige Arbeitszeit für außertarifliche Angestellte wieder auf 40 Wochenstunden angehoben worden.

Breite Beachtung fand am Jahresanfang eine Betriebsvereinbarung bei der Schlafhorst AG, Mönchengladbach, einem Textilmaschinenunternehmen mit insgesamt etwa 5 000 Beschäftigten. Zunächst auf ein Jahr (1. Februar 1994 bis 31. Januar 1995) befristet wurde die Vierzig-Stunden-Woche wieder eingeführt. Die Vereinbarung sieht vor, daß die Mitarbeiter einzelvertraglich einer Ergänzung ihrer ansonsten weiterhin gültigen Arbeitsverträge zustimmen können, die eine wöchentliche Mehrarbeit von 4 Stunden bei gleichbleibender Monatsvergütung vorsieht. Die neue Wochenarbeitszeit soll innerhalb eines Arbeitszeitkorridors zwischen 32 und 48 Stunden flexibel gestaltbar sein. Ein eventuell Ende Januar 1995 aufgelaufenes Zeitguthaben wird im Februar 1995 vergütet, eine etwaige Zeitschuld soll ohne entsprechenden Entgeltabschlag oder Nacharbeit gestrichen werden. Die später im Jahr vereinbarte Tariferhöhung der Metall- und Elektroindustrie wurde den Beschäftigten voll ausbezahlt und nicht wie im Vorjahr gegen freiwillige Zulagen des Unternehmens verrechnet. Als Gegenleistung für den Abschluß dieser freiwilligen Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag verspricht die Schlafhorst AG einen individuellen Kündigungsschutz für die Laufzeit der Vereinbarung sowie eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 2 400 DM Ende des Jahres 1994 für eine private Altersversorgung einschließlich der darauf fälligen Lohn- und Einkommensteuer. Die Unternehmung will mit dieser Betriebsvereinbarung Einsparungen von gut 20 Mio DM erzielen und dafür von einer geplanten Verlagerung von 300 bis 500 Arbeitsplätzen ins Ausland absehen.

Auf Vorgänge dieser Art mußten schließlich auch die Verbände reagieren, wollten sie einer Erosion des bislang in Deutschland vorherrschenden Systems umfassender Flächentarifverträge vorbeugen. So kam es in diesem Jahr nicht nur insgesamt zu einer außergewöhnlichen Lohnzurückhaltung bei branchenspezifisch differenzierten Lohn- und Gehaltsabschlüssen. Darüber hinaus setzten die Tarifvertragsparteien beschäftigungspolitische Akzente, indem sie eine Vielzahl qualitativer Neuerungen wie verbreiterte Differenzierungsmöglichkeiten nach Arbeitnehmergruppen, erweiterte Flexibilisierungsmöglichkeiten bei der tariflichen Arbeitszeit sowie vermehrt betriebliche Öffnungsklauseln Eingang in neu abgeschlossene westdeutsche Flächentarifverträge finden ließen.

Allerdings gewannen in der Beschäftigungskrise auch alte Vorstellungen über eine Arbeitszeitverkürzung wieder mehr Befürworter, die sich von einer Umverteilung eines vermeintlich gegebenen Arbeitsvolumens für insgesamt mehr Personen Beschäftigungsmöglichkeiten versprechen.

122. Vor allem die Tarifvertragsparteien bei der Volkswagen AG, in der Chemischen Industrie und in der Metall- und Elektroindustrie versuchten auf neuen Wegen der Beschäftigungsprobleme Herr zu werden (Tabelle 22).

Bei der Volkswagen AG, Wolfsburg, wurde bereits Ende letzten Jahres, um Entlassungen oder weitere Kurzarbeit in erheblichem Umfange zu vermeiden, in einem neuen Firmentarifvertrag auf eine massive, für alle Mitarbeiter geltende Verkürzung der Arbeitszeit gesetzt. Damit ging eine weitreichende, auf zwei Jahre befristete Einkommenseinbuße für die Beschäftigten einher.

Anfängliche Umsetzungsschwierigkeiten verzögerten die Einführung der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung bis in das Frühjahr 1994 hinein. Mittlerweile ist die Grundform in zahlreichen Varianten eingeführt. Auch die gleitende Übernahme der Auszubildenden konnte vertraglich geregelt werden. Dennoch mehrten sich ab Sommer 1994 die kritischen Stimmen zu den Firmentarifvereinbarungen der Volkswagen AG. Zum einen konnte der gleitende Altersübergang bislang nicht wie geplant vertraglich fixiert werden. Die Bereitschaft älterer Arbeitnehmer, über die alle Belegschaftsmitglieder betreffende Arbeitszeitverkürzung hinaus weniger zu arbeiten und damit ein niedrigeres Einkommen zu erzielen sowie niedrigere Rentenansprüche zu begründen, ist offenbar doch gering. Zum anderen traten Schwächen der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung offen zutage, weil sich die Nachfrage nach den in den einzelnen Inlandswerken produzierten Fahrzeugkomponenten und Automobilen unterschiedlich entwickelte. Ein geplanter regionaler Personalaustausch zwischen den einzelnen VW-Werken, durch den die mit der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung entstandenen lokalen Arbeitsplatzlücken und Arbeitsplatzüberhänge überwunden werden sollten, kam nicht im eigentlich benötigten Umfang zustande. Im Werk Hannover wurde beispielsweise per Betriebsvereinbarung der fünfte Wochenarbeitstag gleich wieder eingeführt, um die Nachfrage nach Transportern befriedigen zu können. Im Kasseler Werk wurde die Arbeitszeit für das zentrale Ersatzteillager wieder auf 35 Stunden in der Woche aufgestockt, und in der dortigen Getriebeproduktion mußten Sonderschichten gefahren werden, während im Emdener und im Wolfsburger Werk die einheitlich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung bei allen Unterschieden in den einzelnen Abteilungen nicht ausreichte, um den eigentlich notwendigen Personalabbau zu kompensieren. Nun soll durch Produktionsverlagerungen zwischen den Werken in Hannover und in Emden in den letzten Monaten dieses Jahres wenigstens ein Teilausgleich herbeigeführt werden.

Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist in erneuten Tarifverhandlungen bei der Volkswagen AG im Sommer dieses Jahres vereinbart worden, die eigentlich nur bis Juli terminierte Zulage von monatlich 1 vH zum tariflichen Grundentgelt zunächst für ein weiteres Jahr zu zahlen, sowie anstelle von Tarifanhebungen zwei Sockelbeträge auszuzahlen, 500 DM im Juli 1994 und 400 DM im März 1995.

Tabelle 22

Ausgewählte beschäftigungsorientierte Abschlüsse der westdeutschen Tarifrunde 1993/94

Das VW-Modell vom 13. Dezember 1993

Der Firmentarifvertrag zwischen der Volkswagen AG und der Bezirksleitung der IG-Metall in Hannover vom 23. November 1992 wurde revidiert. Die Neuregelung gilt zunächst bis Ende des Jahres 1995. Sollten sich die Vertragsparteien nicht auf eine Nachfolgeregelung einigen können, werden die normalen Tarifbedingungen zum 1. Juli 1996 wieder eingesetzt. Um einen drohenden Beschäftigungsabbau (30 000 Personen) zu verhindern, wurde ein neues Tarifmodell entwickelt, das aus drei Elementen besteht:

— *Arbeitszeitverkürzung* bei *gleichzeitiger Lohnkürzung und Ausschluß von betriebsbedingten Kündigungen* während der Vertragslaufzeit. Im einzelnen wurde die Wochenarbeitszeit von 36 auf 28,8 Stunden reduziert (–20 vH), die Arbeitszeit grundsätzlich auf vier Tage zwischen Montag und Freitag verteilt, der Urlaubsanspruch in entsprechender Höhe angepaßt und die bisherige Erholungsfreizeit gestrichen (etwa +3 vH der Arbeitszeit monatlich). Insgesamt reduzierte sich damit die Jahresarbeitszeit um etwa 17 vH. Lohnsenkung durch Verschiebung der geplanten Tariferhöhung um 3,5 vH vom 1. November 1993 auf den 1. Januar 1994. Daran anschließend wurde ab dem 1. Januar 1994 das Jahresarbeitsentgelt um 20 vH gekürzt. Damit gegenüber der Vorgängerregelung keine Senkung des Monatseinkommens vorgenommen werden mußte, stockte die Volkswagen AG dieses wieder um vier Zulagen auf: a) Vorgezogene Tariferhöhung von Herbst 1994 um 1 vH auf der Basis des Einkommens von Oktober 1993, b) Verrechnung der bisher tariflich gewährten Erholungsfreizeit (etwa 3 vH), c) Ausgleichszulage durch die Volkswagen AG (etwa 2 vH), d) Verteilung der Sonderzahlung und des Tarifurlaubsgeldes auf die Monatsentgelte. Damit reduzierten sich die Jahresentgelte für die einzelnen Beschäftigten und die durch VW zu leistenden Arbeitskosten um etwa 10½ vH, während die Monatseinkommen konstant blieben.

— *Blockmodell* mit einer blockweise jahresbezogenen Freistellung vor allem jüngerer und alleinstehender Arbeitskräfte für eine Dauer von in der Regel zwischen drei und sechs Monaten. Diese Rahmenfrist soll sich grundsätzlich nach den Produktionserfordernissen richten und ist im wesentlichen zur Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte gedacht. Deshalb streben die Vertragsparteien hierfür einen Finanzierungsbeitrag durch die Bundesanstalt für Arbeit an. Dieses Vertragselement konnte bislang noch nicht verwirklicht werden.

— *Stafetten-Modell* mit angestrebtem gleitenden Übergang in den Ruhestand für ältere Arbeitnehmer und bereits vereinbarter gleitender Übernahme der Auszubildenden in Vollzeitarbeitsverhältnisse (Vereinbarung für 3½ Jahre, mit 20 Stunden Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich in den ersten 18 Monaten, danach 24 Wochenstunden).

Tarifvereinbarung für die Volkswagen AG vom 19. Juli 1994

Es wurde eine Steigerung der Monatslöhne und Gehälter sowie der individuellen Zulagen ab dem 1. August 1994 um 1 vH mit einer Laufzeit von zwölf Monaten vereinbart. Diese Tariferhöhung wurde bereits ab Anfang Januar im Vorgriff auf die Tarifrunde des Jahres 1994 als ein Element des VW-Modells gezahlt und sollte eigentlich zum August entfallen. Insofern erhöhen sich die effektiv ausgezahlten Monatseinkommen durch diese neuerliche Vereinbarung nicht. Zusätzlich erhielt jeder VW-Beschäftigte zum 31. Juli 1994 einen Einmalbetrag von 500 DM (Auszubildende 160 DM) und wird nochmals zum 31. März 1995 einen Einmalbetrag von 400 DM bekommen (Auszubildende 125 DM). Schließlich wurde die eigentlich zum 1. Oktober 1995 vereinbarte Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden um ein Jahr auf den 1. Oktober 1994 vorgezogen.

Tarifvereinbarungen in der Chemischen Industrie im Bezirk Nordrhein vom 11. Januar 1994

Für den Zeitraum vom 1. Februar 1994 bis zum 31. Januar 1995 wurde ein neuer Tarifvertrag geschlossen, der neben einer Erhöhung der *monatlichen Entgelte* und *Ausbildungsvergütungen* um 2 vH und dem Einfrieren der Jahressonderzahlung auf ihrem letztjährigen Niveau für die Jahre 1994 und 1995 abgesenkte Einsteigertarife brachte und den nutzbaren Arbeitszeitkorridor erweiterte.

— Für die Dauer des regionalen Entgelttarifvertrags sind für neu vereinbarte unbefristete Beschäftigungsverhältnisse *Einsteigertarife* möglich, die sich im ersten Jahr der Beschäftigung von Arbeitnehmern in den Entgeltgruppen E1 bis E9 auf 95 vH und von extern ausgebildeten Berufsanfängern der Entgeltgruppen E10 bis E13 auf 92,5 vH des sonst geltenden Tariflohns belaufen können. Für Arbeitnehmer, die entweder sechs Monate ohne Beschäftigung gewesen sind oder in den letzten 24 Monaten vor der Einstellung 12 Monate und länger ohne Arbeitsverhältnis waren, ist zunächst die Bezahlung in Höhe von 90 vH des regulären tariflichen Entgelts möglich.

— Im Manteltarifvertrag für die Chemische Industrie wurden die Möglichkeiten zur *Arbeitszeitdifferenzierung* ausgeweitet und erleichtert. Konkret ist der ohne Lohnausgleich mögliche Arbeitszeitkorridor für die wöchentlichen Regelarbeitszeiten um eine halbe Stunde auf zweieinhalb Stunden (jetzt 35- bis 40-Stundenwoche) erweitert worden. Um diese Regelarbeitszeiten zu ändern, bedarf es grundsätzlich des Einvernehmens von Betriebsrat und Arbeitgeber oder in dem Fall, daß größere Betriebsteile und Betriebe betroffen sind, der Tarifvertragsparteien. Die hiervon betroffenen Arbeitnehmer erhalten Urlaubsgeld und vermögenswirksame Leistungen in gleicher Höhe wie Vollzeitbeschäftigte. Über die (individuell) vereinbarte Regelarbeitszeit hinausgehende Arbeitszeiten gelten als Mehrarbeit. Ihr Zeitausgleich kann in beiderseitigem Einvernehmen oder im Einvernehmen mit dem Betriebsrat an einem anderen Tag stattfinden. Die Zuschlagspflicht bleibt hiervon unberührt, sofern nicht der Ausgleich innerhalb von sieben (zuvor fünf) Tagen stattfindet.

Tarifvereinbarungen in der Metall- und Elektroindustrie vom 5. März 1994

Dieser Tarifvertrag sieht neben Lohnerhöhungen eine Erweiterung der Arbeitszeitflexibilität für die Betriebe sowie die Möglichkeit vor, durch freiwillige Betriebsvereinbarungen in Abweichung vom Flächentarifvertrag beschäftigungsorientierte Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen.

Nach fünf Nullmonaten trat zum 1. Juni mit Laufzeit bis zum 31. Dezember 1994 eine *Tariferhöhung* um 2 vH in Kraft (monatliches Volumen 1,17 vH). Die eigentlich für Ende des Jahres 1994 vereinbarte Anhebung des Weihnachtsgeldes von 50 vH auf 60 vH eines tariflichen Monatseinkommens wurde ausgesetzt (monatliches Volumen knapp –0,1 vH). Weihnachts- und Urlaubsgeld werden für die beiden kommenden Jahre auf Basis des am 31. Dezember 1993 gültigen Tarifvertrags berechnet. Für die Höhe des Urlaubsgeldes finden die in den letzten drei Monaten geleisteten Überstunden keine Berücksichtigung mehr.

Der Ausgleichszeitraum bei ungleichmäßiger Verteilung der *Arbeitszeit* wurde von einem halben auf ein ganzes Jahr erweitert. Einzige Beschränkung blieben die Bestimmungen der Arbeitszeitordnung beziehungsweise des Arbeitszeitrechtsgesetzes. Die Handhabung der bereits zuvor gültigen Möglichkeiten, für 13 vH oder 18 vH der Belegschaft die Wochenarbeitszeiten auf 40 Stunden zu erhöhen, wurde „rationalisiert".

noch Tabelle 22

Im Rahmen eines sogenannten *Beschäftigungssicherungsabkommens* wurde zunächst für zwei Jahre die Option eröffnet, die betriebliche Wochenarbeitszeit auf bis zu 30 Stunden zu verkürzen, wobei je nach Umfang der Arbeitszeitverkürzung durch diesen Flächentarifvertrag ein gestaffelter Lohnausgleich vorgegeben ist:

— Bei 30 Stunden Wochenarbeitszeit für alle Beschäftigten eines Betriebs kann im Gegenzug für eine zweijährige Beschäftigungsgarantie auf einen Lohnausgleich verzichtet werden.

— Wird die Arbeitszeitverkürzung nur für Teile der Belegschaft vorgenommen, ist ein gestaffelter Lohnausgleich zu leisten, und zwar bei einer Verkürzung auf

35 Stunden von 1,0 vH
34 Stunden von 2,1 vH
33 Stunden von 3,2 vH
32 Stunden von 4,4 vH
31 Stunden von 5,6 vH
30 Stunden von 7,0 vH.

— Rechtzeitig vor Laufzeitende werden die Tarifvertragsparteien darüber verhandeln, welche Vertragsbestandteile verlängert werden sollen.

Tarifvereinbarungen in der Eisen- und Stahlindustrie vom 23. April 1994

Die akute Gefährdung einzelner Stahlstandorte und eine drohende Entlassungswelle bei den Beschäftigten hatten die IG Metall erstmals veranlaßt, auf Forderungen nach Erhöhung der Löhne und Gehälter zu verzichten und die Tarifverträge nicht zu kündigen. Statt dessen wurden Verhandlungen zur Beschäftigungssicherung und zur Übernahme von Auszubildenden mit folgenden Ergebnissen geführt:

Die bestehenden Einkommenstarifverträge wurden ab dem 1. Mai 1994 ohne Erhöhung um zwölf Monate verlängert. Die ohnehin zum 1. April 1995 vereinbarte Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden wurde mit einem Lohnausgleich in Höhe von 4,29 vH um etwa ein Jahr auf den 1. Mai 1994 vorgezogen. Dafür wurde eine Reduktion der Jahressonderzahlung von bislang 110 vH eines Monatseinkommens auf 76 vH im Jahre 1994 und auf 93 vH im Jahre 1995 vorgenommen.

In einem Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung wurden Möglichkeiten eingeräumt, durch Betriebsvereinbarungen bis längstens zum 31. Mai 1996 die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf bis zu 32 Wochenstunden zu reduzieren. Grundsätzlich sollen alle Auszubildenden nach Abschluß der Lehre für mindestens sechs Monate, in den hüttenspezifischen Berufen für zwölf Monate übernommen werden. Weiterhin soll zur Beschäftigungssicherung das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen ausgedehnt werden.

123. In der Chemischen Industrie Westdeutschlands kam es auf Verbandsebene im Januar dieses Jahres zunächst im Bereich Nordrhein zu einem viel beachteten Pilotabschluß, der dann auch in den übrigen Regionen übernommen worden ist (Tabelle 22). Neben geringen linearen Erhöhungen der Tarifverdienste und Ausbildungsvergütungen wurden in diesen Flächentarifverträgen die bereits bestehenden Flexibilisierungselemente erweitert sowie zusätzliche Bestimmungen neu aufgenommen. Vor allem wurde der Arbeitszeitkorridor verbreitert, und es wurden Möglichkeiten geschaffen, spezielle Einsteigertarife auf der Betriebsebene zu vereinbaren, ohne daß im Gegenzug Beschäftigungsgarantien von den Unternehmen ausgesprochen werden müssen.

Im Gegensatz zu den Regelungen des VW-Modells erhielten damit die einzelnen Chemieunternehmen mehr Spielraum bei der Arbeitszeitgestaltung, die sie zudem innerhalb des erweiterten Arbeitszeitkorridors nicht durch einen partiellen Lohnausgleich oder durch Mehrarbeitszuschläge erkaufen müssen. In der Chemischen Industrie können nun leichter unterschiedliche Arbeitszeiten für einzelne Arbeitnehmergruppen entsprechend der jeweiligen Wirtschaftslage vereinbart werden, wobei auch Abweichungen nach oben ohne überproportionale Kostenbelastungen möglich sind.

Inwieweit dieser flexiblere Flächentarifvertrag den angestrebten Erfolg — hohe Beschäftigungssicherheit oder gar wieder steigende Beschäftigtenzahl für die Arbeitnehmer und Kostenreduktion für die Unternehmen — erbracht hat oder erbringen wird, läßt sich wenige Monate nach seiner Einführung noch nicht beurteilen. Gleichwohl sind die ersten Einschätzungen sowohl des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie als auch der IG Chemie-Papier-Keramik über die Beschäftigungseffekte dieser Differenzierungsansätze verhalten positiv. Insgesamt seien mehr als 30 Betriebsvereinbarungen über einen Arbeitszeitkorridor getroffen worden, die Mehrheit davon über kürzere als die regelmäßigen tariflichen Arbeitszeiten. Bei allen Regelungen wurden für die Laufzeit ein Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und ein Freizeitausgleich für nicht vermeidbare Mehrarbeit vereinbart. Dabei hätten die Tarifvertragsparteien allen von Betrieben gestellten Anträgen auch zugestimmt. Die Mehrheit der Betriebsvereinbarungen ist befristet abgeschlossen, wobei die Laufzeiten zwischen 3 und 24 Monaten, im Durchschnitt bei 8 Monaten lagen. Daß es wegen der minimal abgesenkten Einsteigertarife zu nennenswerten Neueinstellungen von zuvor längere Zeit Arbeitslosen gekommen sei, ließ sich bislang nicht feststellen. Die IG Chemie gab Ende September auf Basis einer Befragung von 497 Betrieben mit insgesamt knapp 420 000 Beschäftigten an, daß es zu 691 Einstellungen mit abgesenktem Einsteigertarif für Langzeitarbeitslose gekommen sei. Solange die Branche noch an den Folgen der letzten Rezession leidet, sind angesichts des vergleichsweise geringen Abschlags zum normalen Tarifentgelt aber auch kaum Effekte zu erwarten. Lediglich bei der Übernahme von Auszubildenden ist von der Neuregelung verbreitet Gebrauch gemacht worden. Immerhin

haben die großen Chemieunternehmen etwa 90 vH der bei ihnen Ausgebildeten als Teilzeitbeschäftigte mit normalem Stundenverdienst oder als Vollzeitbeschäftigte mit niedrigerem Einsteigertarif übernommen.

124. Nachdem im Herbst letzten Jahres in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie erstmals die Arbeitgeberverbände mit eigenen Forderungen die Tarifrunde eröffnet und die Manteltarifverträge gekündigt hatten, kam es Anfang März 1994 trotz scheinbar unversöhnlicher Positionen beider Tarifvertragsparteien doch noch ohne längeren Streik zu einer Einigung, die als neues Element ein Beschäftigungssicherungsabkommen enthält. Den Betrieben wird nun gegen Beschäftigungsgarantien die Möglichkeit eingeräumt, Arbeitszeitverkürzungen gänzlich ohne Lohnausgleich oder zumindest nur mit einem Teillohnausgleich durchzuführen (Tabelle 22). Prominentes Beispiel für ein Unternehmen, das die Möglichkeiten des neuen Tarifvertrages nutzte, ist die Audi AG, Ingolstadt, die ab April 1994 bis Ende des Jahres 1995 für ihre insgesamt 32 500 Beschäftigten in den Inlandswerken eine Verkürzung von Arbeitszeit und Verdienst um 10 vH vereinbarte. Damit wurde die wöchentliche Arbeitszeit für einen Großteil der Beschäftigten auf etwa 32½ Stunden verringert, während das Monatseinkommen wegen veränderter Verrechnungsmodalitäten bei den Zusatzleistungen und anderen Entgeltbestandteilen im Schnitt um etwa 6 vH zurückgegangen ist.

Auch über die Gesamtwirkungen dieses Tarifvertrags liegen lediglich vorläufige Einschätzungen vor. Nach einer Betriebsumfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung hat weniger als ein Zehntel der befragten Betriebe mit insgesamt etwa einem Sechstel der Beschäftigten im ersten Vierteljahr nach Inkrafttreten der Vereinbarungen den von der tariflichen Regelarbeitszeit abweichenden Korridor in Anspruch genommen. Offenkundig scheint der im Falle unterschiedlich langer Arbeitszeiten für die verschiedenen Arbeitnehmergruppen tarifvertraglich zu gewährende partielle Lohnausgleich viele Betriebe abzuschrecken. Denn dies würde die Stundenentlohnung für die weniger dringend benötigten Arbeitskräfte nochmals steigern, was dem Ziel einer Einsparung an Personalkosten zuwiderlaufen kann. Insgesamt haben, entgegen den vorherigen Erwartungen der Tarifvertragsparteien, die meisten Unternehmen jeweils alle Beschäftigte undifferenziert in die Arbeitszeitverkürzung einbezogen.

Auf diese insgesamt geringe und eher inflexible Handhabung der neuen Möglichkeiten des Tarifkorridors reagierten die Tarifvertragsparteien unterschiedlich. Innerhalb der IG Metall war bereits zur Jahresmitte umstritten, ob eine Verlängerung des zunächst bis Ende des Jahres 1995 befristeten Arbeitszeitkorridors überhaupt angestrebt werden oder nicht doch rasch wieder zu einem für alle gleichermaßen verbindlichen Flächentarifvertrag zurückgekehrt werden sollte. Aus Arbeitgebersicht hingegen brachten die Vereinbarungen vom Frühjahr 1994 keine genügende Kostenentlastung. Sie sehen vor allem in niedrigeren Einsteigertarifen eine Möglichkeit, die Beschäftigung in der Metall- und Elektroindustrie mittelfristig wieder auszudehnen und zugleich für die Arbeitslosen dieser Branchen die Arbeitsmarktchancen zu erhöhen. Deshalb soll einem Vorschlag des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall zufolge, ähnlich der Vereinbarung in der westdeutschen Chemieindustrie, ein zehnprozentiger Lohnabschlag für zuvor langzeitarbeitslose Einsteiger tariflich vereinbart werden. Da allein hierdurch die wegen der Langzeitarbeitslosigkeit vergrößerten Produktivitätsdefizite der neu eingestellten Arbeitskräfte nicht zu kompensieren wären, solle zusätzlich der Bundesanstalt für Arbeit eine Gewährung von befristeten Lohnkostenzuschüssen in Höhe von 30 vH ermöglicht werden. Zu denken sei an eine Regelung weitgehend analog zum bereits bestehenden § 49 AFG. Da die ausgeweiteten Einarbeitungszuschüsse an die Bedingung eines Tarifabschlags zu knüpfen seien, würden nach Arbeitgebervorstellungen bei dieser zielgruppenorientierten Wiedereingliederung von Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt Mitnahmeeffekte weitgehend verhindert. Zudem würde ein mittelbarer Anreiz für eine mehr beschäftigungsorientierte Ausgestaltung der Tarifpolitik im Hinblick auf die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen gesetzt.

125. In den anderen Branchen Westdeutschlands variierten die Neuabschlüsse zwischen partiellen Lohn- und Gehaltsverzichten der Beschäftigten — so etwa in der Stahlindustrie — und Abschlußraten bis zu 2,8 vH in kleineren, in der Regel der Bauwirtschaft nahestehenden Wirtschaftsbereichen. Meist wurden die geringen Tarifanhebungen erst mit Verzögerungen um mehrere Monate wirksam (Tabelle 23). Auch für die Mitarbeiter des Deutschen Gewerkschaftsbundes zeichnete sich in diesem Herbst nur eine mäßige Tariferhöhung ab. Nachdem der DGB als Arbeitgeber die Tarifforderung von 0,9 vH angesichts sinkender Einnahmen — eine Folge des Mitgliederschwundes bei den Einzelgewerkschaften — als nicht realisierbar abgelehnt hat, muß eine Einigungsstelle über die Tarifanhebungen beim Gewerkschaftsdachverband entscheiden.

Alles in allem dürfte die diesjährige Tarifrunde in Westdeutschland zu einem Anstieg der Tarifverdienste auf Stundenbasis um 2 vH gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt geführt haben. Damit ist es den Tarifvertragsparteien im Zuge dieser Rezession sehr viel schneller und energischer als in den vergleichbaren Konjunkturphasen Mitte der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre gelungen, den Anstieg der Tarifeinkommen zu bremsen.

Die Entwicklung der westdeutschen Effektivverdienste ging auch in diesem Jahr über das Ausmaß der Tarifanhebungen hinaus (Schaubild 26, Seite 112). Daß mittlerweile bei der Lohndrift nicht mehr das übliche prozyklische Verlaufsmuster zu beobachten ist, demzufolge sie im Abschwung eher negativ und erst in Zeiten eines deutlichen Aufschwungs wieder positiv wird, hängt mit Verzerrungen bei der statistischen Erfassung der Effektiv- und Tarifverdienste zusammen. Große Schwierigkeiten bereitet es, tarifliche Einmalzahlungen und zeitlich verschobene Tarifanhebungen mit vorgeschalteten Nullmonaten zu verbuchen. Das gleiche gilt für die Erfassung von beschäftigungsorientierten Arbeitszeitmodellen, die

Tabelle 23

Wichtige Tarifabschlüsse seit Herbst 1993[1])

Wirtschaftszweig/ Geltungsbereich: begünstigte Arbeitnehmer	Tarifvereinbarung[2])	Erhöhung 1994[3])	Laufzeitbeginn	Kündigungstermin	Bemerkung/Nebenregelung
Bankgewerbe					
West: 389 100	+2,0 vH	+1,5 vH	1. 4. 1994	31. 1. 1995	Einmalzahlung 300 DM für Februar und März 1994.
Ost: 30 000	84,5/86,5 vH		1. 2. 1994		Bezug: Westniveau von 1993
	84,5/86,5 vH		1. 6. 1994		Bezug: Westniveau von 1994
	86,5/88,5 vH	+ 9 vH	1. 9. 1994	31. 1. 1995	Bezug: Westniveau von 1994
Bauhauptgewerbe					
West: 928 500	+2,4 vH	+2,8 vH	1. 4. 1994	31. 3. 1995	Für Spezialbaufacharbeiter (3 Pf je Stunde mehr; für die unteren drei Gehaltsgruppen zusätzlich 0,1 vH).
Ost: 284 800	90 vH	+9 vH	1. 9. 1994	31. 3. 1995	
Bekleidungsindustrie					
West: 113 900	+2,0 vH	+0,9 vH	1. 12. 1994	30. 4. 1995	Zuvor sieben Nullmonate; abweichende Laufzeit in Niedersachsen/ Bremen: 1. 2. 1995 bis 30. 5. 1995.
Brauereien					
West: 30 700	+2,1 vH bis		1. 9. 1994	31. 7. 1995	Regional unterschiedliche Laufzeiten;
— einzelne Regionen	+2,3 vH	...	bis 1. 12. 1994	bis 30. 9. 1995	teilweise ein Nullmonat und/oder Pauschalzahlungen.
Chemische Industrie					
West: 691 600	+2,0 vH	+1,8 vH	1. 2. 1994 bis 1. 4. 1994	31. 1. 1995 bis 31. 3. 1995	Zuvor drei Nullmonate; regional unterschiedliche Laufzeiten, aber immer 12 Monate; siehe auch Tabelle 22, Seiten 107 f.
Ost: 50 000	+4,5 vH		1. 4. 1994		
	+4,0 vH	+4 1/2 vH	1. 12. 1994		Nullmonat im März 1994.
	+3,0 vH		1. 3. 1995	31. 5. 1995	Ab März 1995 werden damit 75 vH des westlichen Tarifniveaus erreicht.
Druckindustrie					
West: 185 000	+2,0 vH	+1,8 vH	1. 7. 1994		Zuvor drei Nullmonate; ab dem
	+2,0 vH		1. 7. 1995	31. 3. 1996	1. 4. 1995 Lohnausgleich (5,7 vH) für die bereits vereinbarte Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden.
Einzelhandel					
Ost: 300 000 (alle)	+4,1 vH		1. 5. 1994		In Mecklenburg-Vorpommern einmalig +5,3 vH mit Kündigungstermin 30. 4. 1995. In allen Regionen Erweiterung der Mittelstandsklausel mit Einkommensabschlägen von maximal 6 vH bis 8 vH (Sachsen 6 vH bis 10 vH) je nach Betriebsgröße.
— Berlin-Ost	+3,9 vH		1. 10. 1994	30. 4. 1995	
— Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt	+2,0 vH		1. 10. 1994		
	+1,9 vH		1. 5. 1995	31. 5. 1995	
— Sachsen	+4,0 vH	+6 1/2 vH	1. 3. 1995	30. 4. 1995	
Eisen- und Stahlindustrie					
West: 124 000	0 vH	+0,5 vH	1. 5. 1994	30. 4. 1995	Einzelheiten siehe Tabelle 22, Seiten 107 f.
Groß- und Außenhandel					
West: 314 000 (Nordrhein-Westfalen)	+2,0 vH	+2,2 vH	1. 3. 1994	28. 2. 1995	Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung befristet möglich.
422 600 (Hessen, Baden-Württemberg, Bayern)	+2,0 vH	+2,3 vH	1. 4. 1994	31. 3. 1995	Ein Nullmonat in Bayern und Baden-Württemberg; Einmalzahlung von 60 DM in Baden-Württemberg für Mai.
217 700 (Hamburg, Niedersachsen, Rheinland/Rheinhessen)	+2,0 vH	+2,4 vH	1. 5. 1994	30. 4. 1995	
Metall-/Elektroindustrie					
West: 3 651 900	+ 2,0 vH	+1,9 vH	1. 6. 1994	31. 12. 1994	Zuvor fünf Nullmonate; Einzelheiten siehe Tabelle 22, Seiten 107 f.

Wichtige Tarifabschlüsse seit Herbst 1993[1]) noch Tabelle 23

Wirtschaftszweig/ Geltungsbereich: begünstigte Arbeitnehmer	Tarifvereinbarung[2])	Erhöhung 1994[3])	Laufzeitbeginn	Kündigungstermin	Bemerkung/Nebenregelung
Öffentlicher Dienst					
West: 2 263 400	+2,0 vH	+0,9 vH	1. 7. 1994/ 1. 9. 1994	31. 3. 1995	Gemeinsame Verhandlungen in Ost und West. Erhöhung ab 1. Juli bis BAT Vc und Kr. Va; ab 1. September darüber, zuvor sechs beziehungsweise acht Nullmonate.
Ost: 1 239 800	82 vH		1. 10. 1994		
	84 vH	+5½ vH	1. 10. 1995	31. 3. 1996	
Papierverarbeitende Industrie					
West: 108 100	+2,0 vH	+1,4 vH	1. 6. 1994	31. 1. 1995	Zuvor vier Nullmonate; Beschäftigungssicherung über Arbeitszeitverkürzung betrieblich ermöglicht.
Textilindustrie					
West: 168 400 (Nordrhein-Westfalen/Osnabrück, Nordbayern, Südbayern, Baden-Württemberg)	+2,0 vH	+1½ vH	1. 10. 1994 bis 1. 3. 1994	30. 4. 1995	Regional unterschiedliche Laufzeiten; zuvor jeweils zwischen sechs und elf Nullmonate.
Ost: 20 500	+3,5 vH		1. 8. 1994		Zuvor vier Nullmonate.
	+2,0 vH	+6 vH	1. 4. 1995	30. 6. 1995	

[1]) Nur Neuabschlüsse.
[2]) In vH gegenüber den abgelaufenen Tarifvereinbarungen oder in Relation zu den vergleichbaren Löhnen und Gehältern in westdeutschen Tarifbezirken.
[3]) Jahresdurchschnitt 1994 gegen Jahresdurchschnitt 1993; eigene Berechnung auf Monatsbasis, ohne Berücksichtigung von Änderungen der Arbeitszeit, einmalig gezahlten Pauschalbeträgen, Jahressonderzahlungen, vermögenswirksamen Leistungen und anderen Nebenleistungen.

Quelle für Grundzahlen: BDA, DGB.

bei Verringerung des geleisteten Arbeitsvolumens zu einem Anstieg der Stundenverdienste führen können. Auch Abfindungszahlungen bei Beschäftigungsabbau und deutliche Änderungen des Ausmaßes angemeldeter Kurzarbeit, bei der von Fall zu Fall unterschiedlich sogar zusätzliche betriebliche Ausgleichszahlungen geleistet werden, sind statistisch nicht leicht in den Griff zu bekommen. Deshalb war bereits im letzten Jahr trotz der in Teilen der Wirtschaft verbreiteten Verrechnung von Tariferhöhungen mit zuvor übertariflich geleisteten Zahlungen eine deutlich positive Lohndrift zu verzeichnen. Da in diesem Jahr nochmals vergleichbare Effekte eingetreten sind — nur die Kurzarbeit war im Vergleich zum Vorjahr erheblich niedriger, und die Anrechnung auf die Effektivverdienste dürfte nochmals weitergegangen sein —, ist die Lohndrift sogar stärker angestiegen.

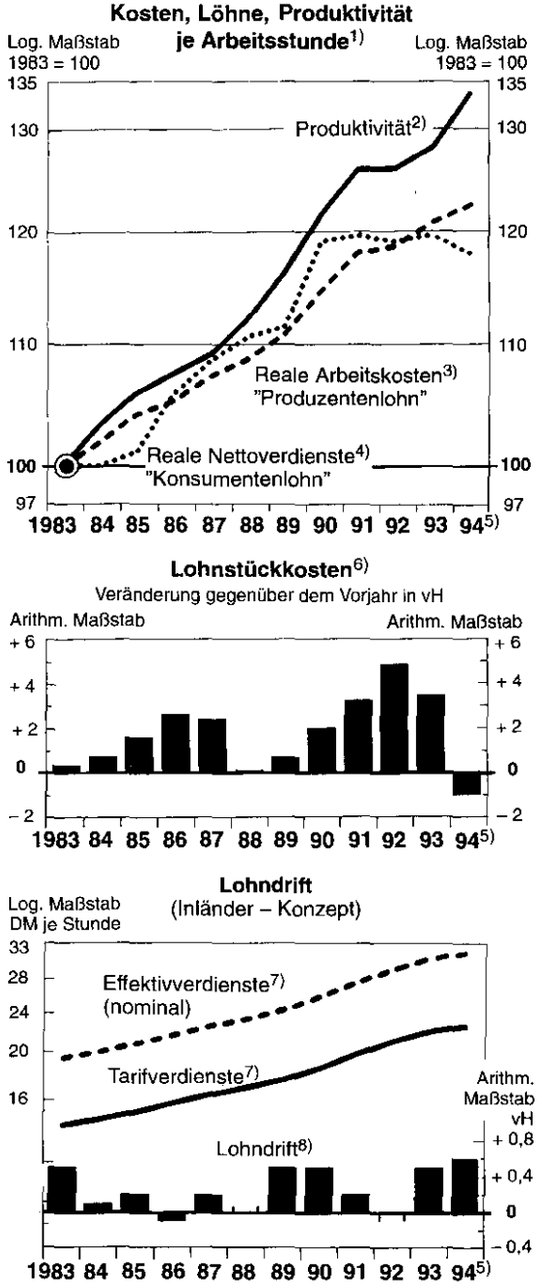
126. Mit diesen vergleichsweise niedrigen Verdienstanhebungen war für die westdeutschen Unternehmen und Verwaltungen eine Voraussetzung dafür geschaffen worden, die bereits im Verlauf des letzten Jahres begonnene Entlastung auf der Lohnkostenseite verstärkt fortzuführen. Hinzu kam, daß mit Verlassen des Rezessionstals die westdeutsche Wirtschaft ihre Produktion je Erwerbstätigenstunde mit jahresdurchschnittlich mehr als 4 vH kräftig steigern konnte. Triebkraft dieses Produktivitätszuwachses war also nicht mehr in erster Linie der Personalabbau, sondern auch die wieder steigende Produktion. Damit dürften die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten im Jahresdurchschnitt sogar um 1 vH abgenommen haben, wobei noch zu bedenken ist, daß dieser Indikator derzeit die mittelfristig angelegte Kostenbelastung der Unternehmen sogar noch etwas überzeichnen dürfte, da beispielsweise bei den Arbeitseinkommen die in Zukunft nicht mehr belastenden Abfindungszahlungen für entlassene Arbeitskräfte mit berücksichtigt werden. Der Rückgang der Lohnstückkosten ist um so bemerkenswerter, als die Tariflohnzurückhaltung durch gestiegene gesetzliche Lohnzusatzkosten konterkariert wurde. Allein die Beitragssatzanhebung der gesetzlichen Rentenversicherung zog um 0,85 Prozentpunkte höhere Arbeitgeberbeiträge nach sich. Hinzu kam noch die kräftige und weit über die diesjährigen Verdienststeigerungen hinausreichende Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen.

In realer Rechnung dürften sich in diesem Jahr die Arbeitskosten je Stunde, eine Näherungsgröße für den von den Produzenten zu tragenden Lohn, mit weniger als 1 vH nur noch vergleichsweise gering erhöht haben. Die Arbeitnehmer dagegen mußten sogar einen Rückgang ihrer realen Nettoverdienste je Arbeitsstunde um schätzungsweise 1½ vH verkraften. Damit hat sich diese Größe seit den extrem starken Steigerungen im Einigungsjahr 1990 nicht mehr wesentlich verändert.

Nie zuvor war es in Westdeutschland gelungen, die Lohnstückkosten über ein Jahr betrachtet zurückzuführen. Auch seit Rezessionsbeginn in der Jahresmitte 1992 sind sie nur noch vergleichsweise gering um weniger als 0,2 vH je Quartal angestiegen. Demgegenüber hatte ihre Steigerungsrate in der Rezession zu Beginn der achtziger Jahre noch nahezu das

Schaubild 26

LÖHNE, PRODUKTIVITÄT UND LOHNSTÜCKKOSTEN IM FRÜHEREN BUNDESGEBIET



1) Arbeitsvolumen (Erwerbstätigenstunden); Quelle: DIW.– 2) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde.– 3) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inlandskonzept) plus kalkulatorischer Unternehmerlohn (für jeden Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen in Höhe des durchschnittlichen Bruttoeinkommens eines beschäftigten Arbeitnehmers) je Erwerbstätigenstunde (Quelle: DIW) deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.– 4) Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) plus kalkulatorischer Unternehmerlohn (für jeden Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen in Höhe des durchschnittlichen Nettoeinkommens eines beschäftigten Arbeitnehmers) je Erwerbstätigenstunde (umgerechnet auf Inländerkonzept) deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.– 5) Eigene Schätzung.– 6) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (jeweils Inlandskonzept).– 7) Quelle: DIW.– 8) Differenz der Veränderung der Effektivverdienste je Stunde zu der der Tarifverdienste im jeweiligen Jahr.

SR 94 0625

Vierfache betragen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in letzter Zeit der starke Druck durch die schwierige Arbeitsmarktlage und die allseits pessimistischen mittelfristigen Einschätzungen, was die künftige Beschäftigungsentwicklung betrifft, die schärfere Zurückführung der Tarifentgeltsteigerungen begünstigt haben. Ebenfalls dürfte dazu beigetragen haben, daß in den letzten Jahren die Inflationsrate unter ihren Werten von Anfang der achtziger Jahre lag.

127. Die **ostdeutsche Tarifrunde** verlief in diesem Jahr in ruhigen Bahnen. Ursächlich hierfür war zum einen, daß der wirtschaftliche Problemdruck für die ostdeutschen Unternehmen etwas nachgelassen hat, was in der mittlerweile leicht aufgehellten Beschäftigungssituation auch zum Ausdruck kommt. Immerhin sind nach den letztjährigen Auseinandersetzungen einige Stufentarifverträge revidiert worden. Zum anderen wurden in einigen Bereichen, wie etwa dem Öffentlichen Dienst oder der Bauwirtschaft, die Tarifverhandlungen gemeinsam mit denjenigen für die alten Bundesländer geführt. Schließlich traten in einer Reihe größerer Bereiche in diesem Jahr Stufenerhöhungen aus laufenden Tarifverträgen in Kraft, ohne daß Neuverhandlungen notwendig waren.

Im Sommer dieses Jahres hat die Deutsche Bundesbank erstmals einen Überblick über die Entwicklung der ostdeutschen Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) vorgestellt. Diese Zusammenstellung beruht auf einer Auswertung von Tarifverträgen für etwa die Hälfte aller in den erfaßten Bereichen der jungen Bundesländer abhängig Beschäftigten. Demzufolge haben die auf Stundenbasis gerechneten Tarifverdienste einschließlich solcher Nebenleistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie vermögenswirksamer Leistungen noch bis Anfang letzten Jahres um mehr als 20 vH über den jeweiligen Vorjahresniveaus gelegen. Aber bereits im weiteren Verlauf des letzten Jahres hat sich der Anstieg beruhigt. Im ersten Quartal des Jahres 1994 schließlich wurde das Vorjahresniveau noch um gut 11 vH übertroffen, und die ersten Ergebnisse aus dem zweiten Quartal 1994 deuten auf eine weitere deutliche Abflachung des Tarifanstiegs hin (Tabelle 23, Seiten 110f.). Da innerhalb der größeren Tarifbereiche in diesem Jahr neu abgeschlossene oder bereits zuvor mittelfristig vereinbarte Tariferhöhungen in Kraft traten, die zwischen nur noch 3,5 vH (beispielsweise in der Textilindustrie) und insgesamt etwa 11 vH (in der Metall- und Elektroindustrie) lagen, dürfte die jahresdurchschnittliche Tarifsteigerungsrate mit etwa 9 vH nur noch ungefähr halb so hoch sein wie im Jahre 1993.

Aus den unterschiedlich hohen Abschlußraten in den einzelnen Bereichen läßt sich allerdings nicht ohne weiteres auf eine weitere Ausdifferenzierung der Tarifverdienste in den jungen Bundesländern schließen, zumindest dürften die Differenzierungstendenzen überzeichnet werden, da es eher in den Branchen zu höheren Steigerungsraten gekommen zu sein scheint, die entweder zuvor geringere Anhebungen vorgenommen hatten oder deren Tarifabschlüsse lediglich später terminiert waren. Gleichwohl ist die Spanne der Ost-West-Relationen bei den tariflichen

Monatseinkommen beachtlich. In den Branchen und Bereichen, für die Daten verfügbar sind, reicht diese Relation von etwa 57 vH bei Angestellten der Bekleidungsindustrie bis hin zu 105 vH bei Angestellten der Staatsgüter in Ostdeutschland.

128. Die Beruhigung des Anstiegs bei den Tarifverdiensten wirkte entsprechend auf die Entwicklung der Effektivverdienste durch, da auch weiterhin davon ausgegangen werden kann, daß die Lohndrift in den jungen Bundesländern keine große Rolle spielt. Nach der Verdienststatistik des Statistischen Bundesamtes lagen die Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) im April um knapp 7 vH über ihrem Vorjahresstand. Sie erreichten 66½ vH der entsprechenden Bruttomonatsverdienste in Westdeutschland. Der Aufholprozeß hat sich damit erheblich verlangsamt, ein Jahr zuvor hatte diese Ost-West-Relation bereits 64½ vH betragen. Obwohl die tariflich vereinbarte Arbeitszeit sich langsam dem niedrigeren Niveau Westdeutschlands annäherte und die Anzahl an Mehrarbeitsstunden der Arbeiter in den jungen Bundesländern zuletzt zurückgegangen ist, haben im April dieses Jahres die ostdeutschen Arbeiter in der Industrie mit 39,7 Stunden noch 1,4 Stunden länger in der Woche gearbeitet als die Arbeiter in den alten Bundesländern.

Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt konnten die Arbeitskräfte in Ostdeutschland eine noch etwas größere Steigerung ihrer Arbeitseinkommen im Verhältnis zu Westdeutschland erzielen, als es in der Bruttoverdienststatistik zum Ausdruck kommt. So lag die Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigtem Arbeitnehmer im ersten Halbjahr 1994, bereinigt um Effekte der Kurzarbeit, 9½ vH höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Ost-West-Relation hat sich um 4½ Prozentpunkte auf 70 vH verbessert. Dies mag vor allem daran liegen, daß die in der Bruttoverdienststatistik nicht erfaßten Beschäftigten großer Teile des Dienstleistungssektors bereits eine überdurchschnittlich starke Annäherung an die westlichen Monatsverdienste erreicht haben. Diese Vermutung läßt sich zumindest für den in Ostdeutschland noch sehr beschäftigungsintensiven öffentlichen Sektor bestätigen, wo im ersten Halbjahr eine Ost-West-Relation von 80 vH erreicht worden ist, beispielsweise im Öffentlichen Dienst und in den Postunternehmen mit zusammen etwa 1,4 Millionen Begünstigten sowie bei der Deutsche Bahn AG mit 165 000 Beschäftigten in Ostdeutschland.

129. Unseren Schätzungen zufolge sind in diesem Jahr die Löhne und Gehälter in Ostdeutschland sogar etwas geringer angestiegen als die Wertschöpfung. Damit ist jedoch noch keineswegs eine Entwarnung bei der Lohnkostenbelastung in Ostdeutschland verbunden, wenn zu ihrer Beurteilung der Indikator Lohnstückkosten herangezogen wird.

Allerdings ist die Verwendung des Indikators Lohnstückkosten, auch für einen Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, in zweierlei Hinsicht problematisch, wenngleich bedingt durch die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands mittlerweile ein Gutteil unserer in früheren Jahresgutachten geäußerten Bedenken entfällt. Erstens waren in der wirtschaftlichen Übergangszeit die zur Berechnung der Lohnstückkosten benötigten Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen teilweise erheblich verzerrt (JG 92 Ziffer 127 und JG 93 Ziffer 125). Inzwischen hat sich aber die empirische Basis zur Berechnung dieser Kenngrößen verbessert. Die benötigten Daten (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, Bruttowertschöpfung, Anzahl der Erwerbstätigen und der Beschäftigten) liegen jetzt sowohl gesamtwirtschaftlich als auch für zusammengefaßte Wirtschaftsbereiche bis einschließlich des ersten Halbjahres 1994 vor. Auch die Erwerbstätigenanteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche waren zuletzt in Ostdeutschland so unterschiedlich zu Westdeutschland nicht (Ziffer 109). Die Bedeutung der Betriebe unter der Obhut der Treuhandanstalt ist auf ein Minimum reduziert worden, und auch die wieder leicht zunehmende Beschäftigung in Ostdeutschland deutet darauf hin, daß Verzerrungen des Indikators durch erhebliche Überbeschäftigung in Ostdeutschland — mit Ausnahme des Staatssektors — nicht mehr zu vermuten ist. Die Anpassung der Unternehmen an das zukünftig zu erwartende Verdienstniveau in den jungen Bundesländern dürfte inzwischen erheblich vorangekommen sein, zumal sich das Aufholtempo an das westdeutsche Niveau merklich verringert hat. Auch der Einsatz moderner Produktionsverfahren hat sich mit dem zügigen Aufbau eines neuen Kapitalstocks mehr und mehr durchgesetzt. Wir sind nunmehr dazu übergegangen, die Arbeitsproduktivität ab dem Jahre 1992 als groben Maßstab für die Entwicklung der Leistungskraft ostdeutscher Unternehmen heranzuziehen (Ziffer 80).

Zweitens könnte für den interregionalen Vergleich Ostdeutschlands mit Westdeutschland Unklarheit darüber bestehen, ob die Lohnstückkosten zu konstanten Preisen einer Basisperiode heranzuziehen sind oder ob die Lohnstückkosten in jeweiligen Preisen der adäquate Indikator wären. Diese unterschiedlichen Berechnungen sind vor dem Hintergrund der Problematik zu sehen, daß die reale Bruttowertschöpfung nicht in natürlichen Mengeneinheiten darzustellen ist, und deshalb üblicherweise bei zeitlichen Vergleichen auf die Fiktion einer statistischen Messung in konstanten Preisen eines Basisjahres zurückgegriffen wird. Damit wird allerdings unterstellt, daß die Preise der Basisperiode die in natürlichen Mengeneinheiten gemessene reale Bruttowertschöpfung zutreffend repräsentieren, zumindest aber, daß Preisänderungen in den Folgejahren nicht auf Veränderungen in der Erfassungsgenauigkeit zurückzuführen sind. Diese Vorgehensweise ist bei der Verlaufsanalyse der Lohnstückkosten eines mehr oder minder einheitlichen Wirtschaftsraums unumstritten, bislang wird sie meist auch für internationale Vergleiche herangezogen. Schwierigkeiten bereitet jedoch der Lohnstückkostenvergleich auf Basis konstanter Preise dann, wenn wie im Falle Ostdeutschlands Preissteigerungen offenkundig nicht nur auf inflationäre Tendenzen, sondern auch auf die Normalisierung der Preisstruktur im Zuge der Wirtschaftstransformation zurückzuführen sind. In diesem Fall gibt es Grund zur Annahme, daß Abweichungen in den Steigerungsraten von nominaler und realer Bruttowertschöpfung zu einem erheblichen Teil Ausdruck einer Annäherung der am Markt erzielbaren Preise an die Knappheitsverhältnisse und damit in vielen Bereichen an das westdeutsche Niveau ist.

Wird der zweiten Argumentation gefolgt, so bietet es sich an, der Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Ostdeutschland ein mit dem entsprechenden westdeutschen Deflator preisbereinigtes ostdeutsches Bruttoinlandsprodukt zugrunde zu legen. In diesem Fall wird jede seit dem Basisjahr 1991 über die westdeutsche Rate hinausgehende Preissteigerung des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts als Resultat einer Angleichung an die westdeutschen Marktverhältnisse interpretiert. Nach dieser Vorgehensweise sind die ostdeutschen Lohnstückkosten bei aller gebotenen Vorsicht in den letzten Jahren jeweils leicht zurückgegangen. Der Niveauvergleich mit Westdeutschland führt für das Jahr 1994 zu in den jungen Bundesländern immer noch um knapp 30 vH höheren Lohnstückkosten. Nach einem Rückgang in den vergangenen Jahren ist diese Relation in letzter Zeit konstant geblieben. Die Ursache hierfür liegt vor

allem in der westdeutschen Entwicklung begründet, wo in diesem Jahr die Anstrengungen der Unternehmen zur Rationalisierung und Umgestaltung des Produktionsprozesses voll zu greifen begonnen haben.

130. In diesem Jahr dürfte die **Arbeitseinkommensquote** in Westdeutschland bereits wieder abgesunken sein, nachdem sie im Zuge der rezessiven Entwicklung in den beiden letzten Jahren jeweils leicht angestiegen war (Tabelle 24). Dies entspricht zwar grundsätzlich der zu erwartenden konjunkturellen Reaktion im beginnenden Aufschwung, bei dem die Gewinneinkommen einen gewissen zeitlichen Vorlauf vor dem (Wieder-)Anstieg der kontraktbestimmten Arbeitseinkommen haben. Gleichwohl erfolgte die Reaktion aber schneller als nach der Rezession Mitte der siebziger Jahre. Die Arbeitseinkommensquote war in den letzten Jahren bei weitem nicht mehr auf das in der Rezession Anfang der achtziger Jahre erreichte Niveau angestiegen. Die Begründung hierfür dürfte in der diesjährigen Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer liegen, deren Früchte in der volkswirtschaftlichen Verteilungsrechnung allerdings erst in den kommenden Jahren sichtbar werden können, wenn sich wieder positive Beschäftigungseffekte ergeben haben. In der Tat wird bei rechnerischer Zerlegung der Entwicklung der westdeutschen Arbeitseinkommen in einzelne Effekte ein gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigerer Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme sowie ein stark positiver Produktivitätseffekt sichtbar (Anhang V, Abschnitt B). Mit der kräftigen diesjährigen Produktivitätsentwicklung haben die Unternehmen zumindest zum Teil die niedrigen Raten der letzten Jahre ausgleichen können. Dies hat für sich genommen im Gegensatz zum letzten Jahr ein Sinken der Arbeitseinkommensquote bewirkt.

Tabelle 24

Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Anteile am Volkseinkommen in vH

Jahr[1]	Arbeitseinkommensquote[2]	Vermögenseinkommen		„Gewinn"-Einkommen[5]
		der privaten Haushalte[3]	des Staates[4]	
	Früheres Bundesgebiet			
1983	84,4	7,2	–1,5	9,9
1984	82,9	7,6	–1,5	11,0
1985	82,4	8,0	–1,5	11,1
1986	81,3	7,8	–1,6	12,4
1987	81,6	7,7	–2,0	12,6
1988	80,3	7,9	–2,4	14,2
1989	78,9	8,7	–1,7	14,1
1990	77,9	8,9	–1,5	14,7
1991	77,8	9,0	–1,9	15,1
1992	79,0	9,2	–1,8	13,6
1993	80,8	9,5	–2,2	11,9
1994	78½	...	–2½	...
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost			
1991	107,2	x	x	x
1992	105,6	x	x	x
1993	101,2	x	x	x
1994	97	x	x	x
	Deutschland			
1991	80,2	x	x	x
1992	81,6	x	x	x
1993	83,0	x	x	x
1994	80½	x	x	x

[1]) 1994 eigene Schätzung.
[2]) Von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und kalkulatorischer Unternehmerlohn (dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige/mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält).
[3]) Empfangene Vermögenseinkommen von den Unternehmen, vom Staat, von der übrigen Welt und Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung, nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[5]) Einkommen aus Unternehmertätigkeit (entnommene und nichtentnommene Gewinne der Unternehmen) abzüglich des kalkulatorischen Unternehmerlohns und der Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung.

In Ostdeutschland konnten mittlerweile einige im Vorjahr noch vorhandene Lücken in der Statistik geschlossen werden, so daß hier die Abschätzungen für den Anteil der Arbeitseinkommen am ostdeutschen Volkseinkommen besser gesichert sein dürften als in der Vergangenheit. Dem neuesten Datenstand zufolge haben die ostdeutschen Arbeitseinkommen im ersten Halbjahr 1994 das Volkseinkommen der jungen Bundesländer immer noch überstiegen. Zwar ist die Relation zwischen den beiden Größen gegenüber dem Jahre 1991 um etwa 6 Prozentpunkte zurückgegangen, aber vor allem durch die Stabilisierung der Beschäftigung ist die Arbeitseinkommensquote im laufenden Jahr gegenüber ihrem Vorjahresstand vermutlich noch weiter gesunken.

VII. Geldmengensteuerung weiterhin in Schwierigkeiten

131. Die Deutsche Bundesbank fuhr auch im Jahre 1994 — wie bereits im vergangenen Jahr — einen expansiven Kurs. Erneut war die monetäre Versorgung der Wirtschaft reichlicher, als es die Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten geboten hätte. Die Geldmarktzinsen sanken kräftig, und die Zinsstruktur, insbesondere im Vergleich zwischen Geldmarkt und Kapitalmarkt, normalisierte sich zunehmend im Verlauf dieses Jahres. Dies wurde begleitet von einer Entwicklung der langfristigen Zinsen, die — anders als im vergangenen Jahr — nicht gleichgerichtet mit der der Zinsen am Geldmarkt verlief, sondern deutlich nach oben wies.

Geldmengenziel erneut überschritten

132. Nachdem es in den vergangenen zwei Jahren zu Zielüberschreitungen gekommen war, hat die Bundesbank für das Jahr 1994 wie in den Vorjahren ein Geldmengenziel angekündigt. Die Zielvorgabe gründete auf der Überlegung, daß das für Gesamtdeutschland angesetzte Produktionspotential im Jahre 1994 unter Berücksichtigung der schwachen westdeutschen Investitionen etwas geringer als im

Vorjahr mit einer Rate von 2½ vH zunehmen würde. Hinzugerechnet wurde eine „Preisnorm" von unverändert 2 vH. Schließlich war noch zu berücksichtigen, daß die von inländischen Nichtbanken gehaltenen Geldbestände im Trend stärker zunehmen als das Produktionspotential. Analog zu dem Vorgehen im vorausgegangenen Jahr fand der daraus resultierende trendmäßige Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes mit einem Zuschlag in Höhe eines Prozentpunktes Eingang in die geldpolitischen Zielvorstellungen. Insgesamt ergab sich für den Jahresdurchschnitt eine anzustrebende Ausweitung der Geldmenge M3, die neben den Bargeldbeständen die Sichteinlagen, Termineinlagen bis unter vier Jahre sowie die Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist von inländischen Nichtbanken bei heimischen Kreditinstituten umfaßt, von 5½ vH. Da die Geldversorgung der deutschen Wirtschaft Ende des Jahres 1993 reichlich war und von daher ein Abschlag von dem Ziel für den Jahresdurchschnitt geboten erschien, bezifferte die Bundesbank ihr Geldmengenziel mit 5 vH, vom vierten Quartal 1993 bis zum vierten Quartal 1994 gerechnet. Die Geldmenge M3 sollte somit unter Berücksichtigung des üblichen Zieltrichters im Verlauf des Jahres 1994 um 4 vH bis 6 vH zunehmen.

Die Bundesbank formulierte ihre monetäre Zielvorstellung für eine leicht geänderte Abgrenzung der Geldmenge M3. Mit dem Eintritt in die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1994 wurde der Kassenkredit der Deutschen Bundesbank an Bund und Länder (§ 20 BBankG) abgeschafft. Zugleich wurden — ohne daß dies der Vertrag von Maastricht erfordert hätte — die Haushalte von Bund und Ländern von der Einlagenpflicht bei der Notenbank entbunden (§ 17 BBankG). Seit Beginn dieses Jahres können ihre liquiden Mittel bei den Kreditinstituten gehalten werden — in der Regel geschieht dies in Form von Einlagen, die eigentlich zu der Geldmenge M3 zählen.

Da die Einlagen öffentlicher Haushalte bei der Bundesbank in der bisher gültigen Abgrenzung der Geldmenge M3 nicht enthalten waren, ergäbe sich ein Bruch in der Entwicklung dieses monetären Aggregates, würden diese nunmehr überwiegend zu den Geschäftsbanken transferierten Mittel der Geldmenge M3 zugerechnet. Aus diesem Grunde weist die Bundesbank seit Beginn dieses Jahres diejenigen Einlagen, die vom Bund gehalten werden, nicht in der Geldmenge M3 aus. Wegen Schwierigkeiten bei der statistischen Erfassung nahm die Bundesbank davon Abstand, die Einlagen der Länder ebenfalls aus der Berechnung der Geldmenge M3 herauszunehmen. Da jedoch in der Vergangenheit der weitaus größte Teil der Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte auf Bundesmittel entfiel, dürfte sich die hierdurch bedingte Verzerrung der Zeitreihe in engen Grenzen halten.

Das Vorgehen der Bundesbank, Einlagen des Bundes im Bankensystem aus der Berechnung der Geldmenge M3 herauszunehmen, erscheint insofern gerechtfertigt, als diese Einlagen vor allem durch die jeweilige Kassenlage bestimmt sind. Anders als die vom inländischen Publikum gehaltene Liquidität wiesen sie in der Vergangenheit keinen starken Bezug zu der Entwicklung des Transaktionsvolumens auf. Insofern würde eine Einbeziehung dieser Einlagen nicht nur zu stärkeren Schwankungen der Geldhaltung führen, sondern darüber hinaus die Aussagefähigkeit des Indikators einschränken.

133. Das Expansionstempo der Geldmenge M3 zog zur Jahreswende zunächst dramatisch an und schwächte sich im weiteren Verlauf des Jahres 1994 anfangs nur langsam, dann jedoch deutlicher ab. So lagen die Veränderungsraten dieses monetären Aggregates, saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet, gegenüber seinem durchschnittlichen Bestand im vierten Quartal des Vorjahres bis in den Juni hinein im zweistelligen Bereich. Danach allerdings kam es zeitweilig sogar zu einer rückläufigen monetären Entwicklung. Im September lag die Geldmenge M3 nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse auf Jahresrate umgerechnet noch um 7,8 vH über ihrem durchschnittlichen Bestand des vierten Quartals des Jahres 1993. Dies entsprach einer Abweichung von dem von der deutschen Notenbank angestrebten Zieltrichter in Höhe von 1,4 vH (Schaubild 27). Das Geldmengenziel dürfte im dritten Jahr in Folge verfehlt werden.

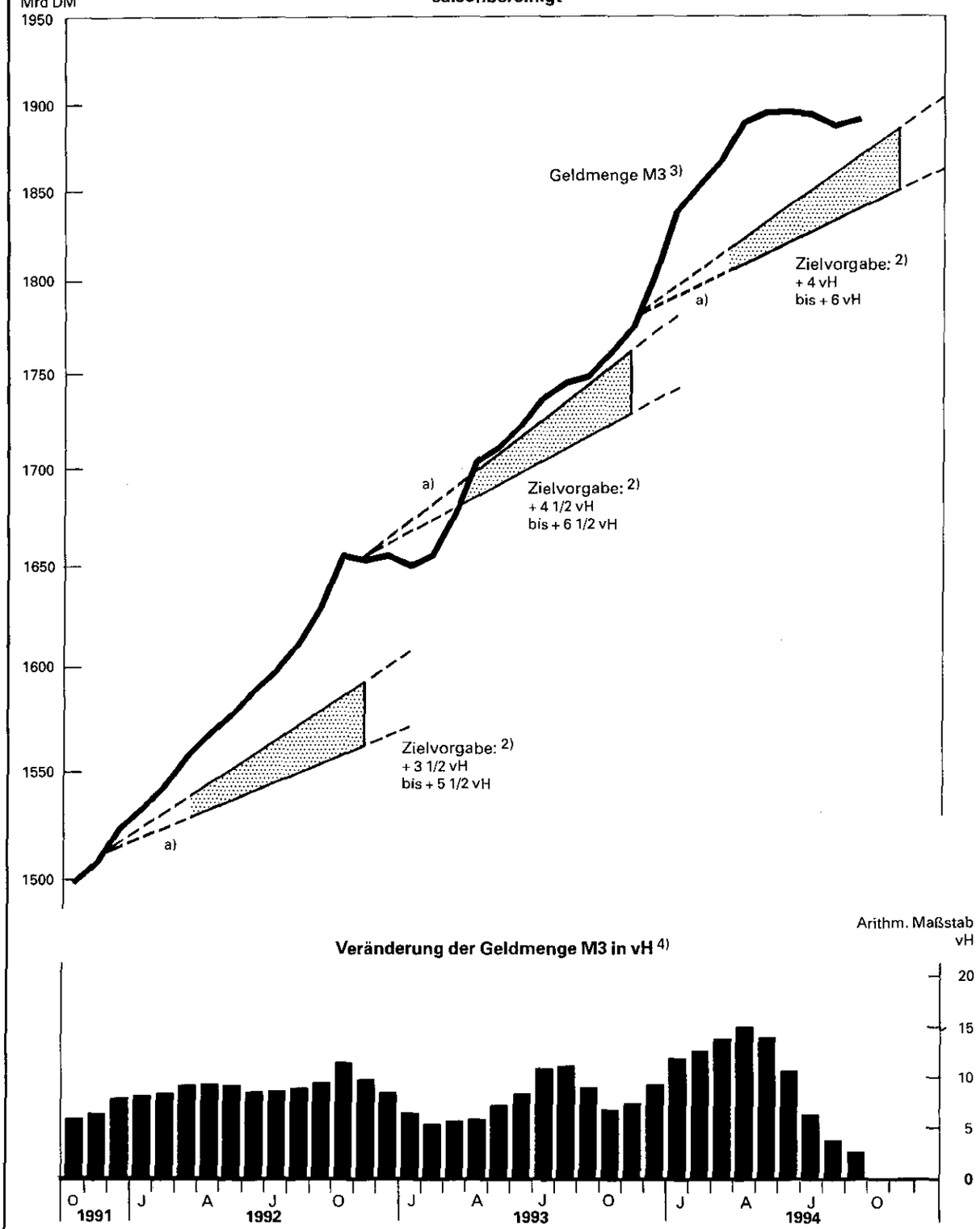
134. Abweichend von dem kräftigen Anstieg der im Inland umlaufenden Geldmenge stockte das inländische Publikum seine im Ausland gehaltene Liquidität im Jahre 1994 kaum auf. So wurden den Auslandstöchtern und Auslandsfilialen heimischer Geschäftsbanken nicht wie in den vergangenen Jahren Mittel bereitgestellt, sondern vielmehr entzogen. Die Verbindlichkeiten dieser Auslandsniederlassungen gegenüber inländischen Nichtbanken nahmen in den ersten acht Monaten des Jahres 1994 um 2,1 Mrd DM ab, während sie im gleichen Vorjahreszeitraum um 31,6 Mrd DM gestiegen waren; der Bestand an Euroeinlagen betrug im August 245 Mrd DM; das sind 13 vH der inländischen Geldbestände. Entsprechend verlief die Entwicklung der erweiterten Geldmenge M3, in der neben den bereits in der Geldmenge M3 enthaltenen Komponenten zusätzlich die DM-Einlagen inländischer Nichtbanken bei den Auslandsniederlassungen heimischer Kreditinstitute sowie vom heimischen Publikum gehaltene kurzlaufende Bankschuldverschreibungen berücksichtigt sind. Die Expansionsrate der erweiterten Geldmenge M3 war im Jahre 1994, anders als in den vergangenen Jahren, nicht höher als diejenige der herkömmlich abgegrenzten Geldmenge M3. Dabei dürfte sich vor allem die Senkung der Mindestreservesätze in diesem und im vergangenen Jahr ausgewirkt haben, die im Ergebnis dazu führte, daß Mittelverlagerungen an die Euromärkte zunehmend weniger attraktiv wurden. Im August 1994 wuchs die erweiterte Geldmenge M3 saisonbereinigt und auf einen Jahreswert umgerechnet mit einer Rate von 3,8 vH.

135. In der kräftigen Geldmengenausweitung dieses Jahres spiegeln sich verschiedene Faktoren wider. Ein Blick auf die Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang läßt die Impulse erkennen, die auf den Geldschöpfungsprozeß einwirkten. Ein wichtiger expansiver Faktor war erneut die Kreditgewährung der Geschäftsbanken. Das Volumen der Bankkredite an inländische Nichtbanken erhöhte sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 207,7 Mrd DM und damit um 15 Mrd DM mehr als in dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Besonders stark expandierten die Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen mit 170,1 Mrd DM, was im September einer saisonbereinigten Jahreszuwachsrate in Höhe von 8,5 vH entsprach. Hier begründete sicherlich die konjunkturelle Belebung einen erhöhten Finanzierungsbedarf der Unternehmen. Hinzu kam die hohe

Schaubild 27

GELDMENGENZIELE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK UND ENTWICKLUNG DER GELDMENGE M3

saisonbereinigt [1]



Veränderung der Geldmenge M3 in vH [4]

1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. — 2) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Geldmenge M3 jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. — 3) Monatsdurchnittsbestand aus fünf Bankwochenstichtagen (Ultimostände jeweils zur Hälfte angerechnet). — 4) Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet. - a) Der Zielkorridor wurde jeweils bis März nicht schraffiert, weil M3 um die Jahreswende in der Regel stärkeren Zufallsschwankungen unterliegt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 94 0605

Nachfrage nach Krediten für den Wohnungsbau, die durch den Zinsanstieg für Hypothekardarlehen kaum geschmälert wurde. Unterdurchschnittlich dagegen entwickelte sich in diesem Jahr mit einer saisonbereinigten Jahreszuwachsrate von 5,8 vH im September die staatliche Kreditaufnahme bei den Geschäftsbanken. Der Zuwachs blieb deutlich hinter demjenigen des Vorjahres zurück; sie stieg bis einschließlich September dieses Jahres um 38,7 Mrd DM.

Dämpfend für den Geldschöpfungsprozeß war die Entwicklung der Nettoauslandsforderungen des Bankensystems. Im Jahre 1994 kam es zu Geldabflüssen in das Ausland, die sich von Januar bis September auf 131,2 Mrd DM beliefen, das sind 80,6 Mrd DM mehr als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Die Geldabflüsse fanden ihren Niederschlag in einer verminderten Nettoforderungsposition der heimischen Kreditinstitute gegenüber dem Ausland und bremsten somit für sich genommen das Geldmengenwachstum. Wird indes der Zeitraum ab dem vierten Quartal des Jahres 1993 betrachtet — der Zeitraum also, für den die geldpolitische Zielvorstellung der Bundesbank formuliert wurde —, so war die dämpfende Wirkung deutlich geringer. Gegen Ende des Jahres 1993 war es im Zahlungsverkehr inländischer Nichtbanken mit dem Ausland noch zu erheblichen Mittelrückflüssen ins Inland gekommen, die sich in der Spitze im Dezember 1993 auf 51 Mrd DM beliefen.

Die Geldkapitalbildung bei den Geschäftsbanken hat sich im Jahresverlauf deutlich belebt. Dies konnte der Expansion der Geldmenge M3 keine ausreichend dämpfenden Impulse entgegensetzen. Die Geldkapitalbildung nahm im September — saisonbereinigt und aufs Jahr umgerechnet — mit einer Rate von 8,0 vH zu; in den ersten neun Monaten dieses Jahres erhöhten sich die Bestände um immerhin 104 Mrd DM und damit um etwa zwei Drittel mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

136. Die geldpolitische Diskussion im Jahre 1994 wurde beherrscht von der Frage, ob die rasche Geldmengenexpansion nicht in erster Linie auf den Einfluß außergewöhnlicher Entwicklungen zurückzuführen sei. Was sich hinter dem Geldschöpfungsprozeß verbarg, wurde von der Bundesbank mit Sonderfaktoren erklärt.

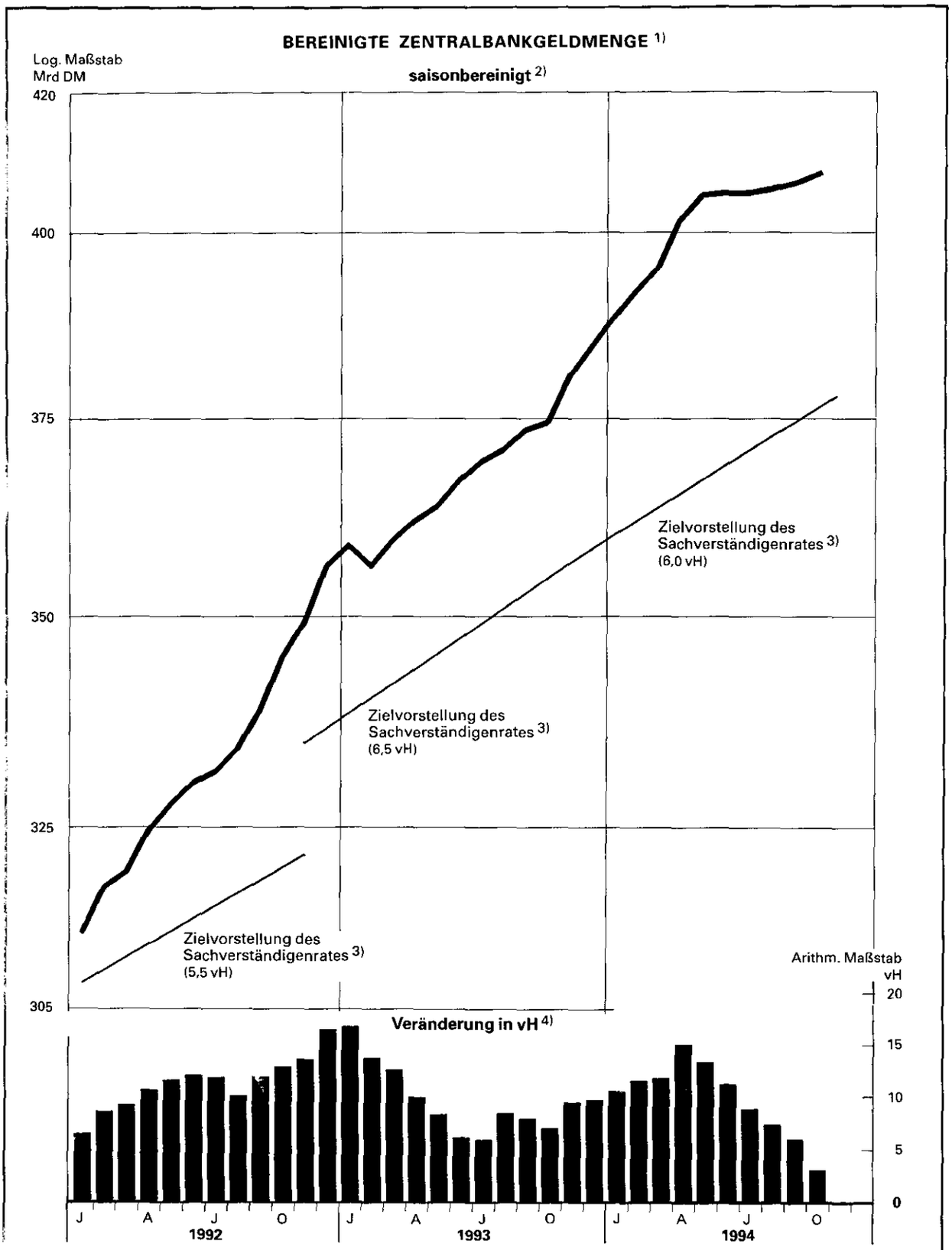
Hervorgehoben wurde als erstes der Zusammenhang mit den zum Jahresende eingetretenen Änderungen der Zinsbesteuerung und der steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus. So könnte die Ausweitung der Zinsabschlagsteuer zum 1. Januar 1994 auf im Inland ausgezahlte Erträge aus thesaurierenden ausländischen Investmentfonds schon im Dezember vergangenen Jahres zu massiven Verkäufen solcher Papiere und somit zu erheblichen, die Geldmenge M3 aufblähenden Rückflüssen von im Ausland angelegten Mitteln geführt haben. Änderungen bei der Wohnungsbauförderung — die Steuervergünstigungen für den Erwerb eigengenutzter Altbauten wurden eingeschränkt — dürften den Anstieg der Kreditgewährung der Geschäftsbanken an Private beeinflußt haben. Entgegen den Erwartungen vieler bildete sich der Einfluß dieser Faktoren im Verlauf des Jahres 1994 zunächst nur zögerlich zurück. In diesem Zusammenhang wurde das Argument eines vorübergehenden Liquiditätsstaus vorgebracht: Mittel, die ins Inland transferiert worden seien und eigentlich der langfristigen Anlage dienten, würden unverändert relativ liquide in Form von Einlagen gehalten, die zur Geldmenge M3 zählten. Der Grund wurde in Unsicherheiten über die weitere Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten und in den heftigen Kursschwankungen an diesen Märkten gesehen. Für die These eines derartigen Liquiditätsstaus spricht, daß die Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist verglichen mit anderen Komponenten der Geldmenge M3 überaus rasch zugenommen haben, saisonbereinigt mit einer Jahresrate von 11,3 vH im August 1994. Da ein Großteil auf höher verzinste Sondersparformen entfiel, die durch die Neuregelung der Sparverkehrsvorschriften zum 1. Juli 1993 ermöglicht worden waren, erscheint es nicht abwegig, den inländischen Nichtbanken hier eher Anlagemotive denn eine gestiegene Liquiditätspräferenz zu unterstellen. In einem Umfeld der Unsicherheit war offenbar für viele eine Anlageform vergleichsweise attraktiv, die sowohl die Möglichkeit einer relativ hohen Liquidität (dreimonatige Kündigungsfrist) als auch einer hohen Verzinsung (im Zeitablauf steigender Zinssatz oder Bonuszahlungen) bot.

Dennoch vermag der Verweis allein auf Sonderfaktoren nicht vollständig zu überzeugen (Ziffern 341 f.). Die Bundesbank vermutet, daß die Expansion der Geldmenge M3 ohne diese Sonderfaktoren wesentlich geringer ausgefallen wäre, räumt aber ein, daß diese Effekte schwierig zu quantifizieren sind. Auch nachdem sich die Unsicherheit bezüglich der weiteren Entwicklung der Kapitalmarktzinsen zurückbildete und damit verbunden relativ liquide Anlagen in längerfristige Anlageformen erwartungsgemäß umgeschichtet wurden, verlief jedenfalls die Expansion der Geldmenge M3 nicht in dem von der Bundesbank angestrebten Rahmen — auch wenn sie sich deutlich den Zielvorstellungen annäherte. Der Verweis auf Sonderfaktoren sollte nicht den Blick dafür verstellen, daß die Bundesbank in der ersten Hälfte dieses Jahres eine Zinspolitik betrieben hat, die die rasche Ausweitung der Geldbestände begünstigte. Sie hat damit einen expansiven Impuls gegeben, der nicht durch den Verweis auf expandierende Wohnungsbaukredite oder eine geringe Geldkapitalbildung relativiert werden kann. Im übrigen bietet die zunehmend schwierigere Grenzziehung zwischen Geldkapital und Liquidität nur eine Teilerklärung für die monetäre Entwicklung des Jahres 1994, jedenfalls war die Expansion der Geldmenge M3 nur wenig schneller als die anderer Geldmengenaggregate, beispielsweise die der Geldmenge M1.

137. Der Beitrag der Geldpolitik zur raschen monetären Expansion wird vor allem in der Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge sichtbar, die neben dem Bargeldumlauf die Reserven der Kreditinstitute bei der Bundesbank umfaßt.

Der Sachverständigenrat gründet sein geldpolitisches Urteil abweichend von der Bundesbank auf die bereinigte Zentralbankgeldmenge und nicht auf die Geldmenge M3. Die Entwicklung der letzteren ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Notenbank, Publikum und Kreditinstituten und ermöglicht somit nicht unmittelbar Rückschlüsse auf den monetären Kurs der Bundesbank. Demgegenüber bildet die Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge den Beitrag der Notenbank zum Geldschöpfungsprozeß ab.

Schaubild 28



1) Bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates; Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven (einschließlich Deutsche Bundespost Postbank), bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. — 2) Nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Angaben mit erhöhter Unsicherheit behaftet. — 3) Jährliche Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld: Berechnung für 1992 bis 1994 vom vierten Quartal 1991 bis zum vierten Quartal 1994 (siehe JG 88 Ziffern 305 ff., JG 89 Ziffer 305, JG 90 Ziffer 401, JG 91 Ziffer 309, JG 92 Ziffer 334, JG 93 Ziffer 328). — 4) Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 94 0603

In seinem letzten Jahresgutachten hatte der Sachverständigenrat angesichts bereits hoher monetärer Zuwachsraten dafür geworben, auch im Jahre 1994 das Ziel einer potentialgerechten Liquiditätsversorgung der Wirtschaft zu verfolgen. Unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Wachstums des Produktionspotentials, des gerade noch hinnehmbaren Preisanstiegs sowie eines Zuschlags für den trendmäßigen Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes wurde der mittelfristig anzustrebende Potentialpfad für die bereinigte Zentralbankgeldmenge mit einer Rate von 6 vH von November 1993 bis November 1994 fortgeschrieben (JG 93 Ziffern 328ff.). Da der Sachverständigenrat als Anknüpfungspunkt seines geldpolitischen Zielpfades nicht den tatsächlichen Bestand an Basisgeld wählt, sondern den Endpunkt des vorjährigen Pfades, übertraf die bereinigte Zentralbankgeldmenge bereits im November des Jahres 1993 den Anfangspunkt des neuen Zielpfades um 6,7 vH. Unter Berücksichtigung der konjunkturellen Situation erschien es aus damaliger Sicht jedoch realistisch, daß sich auch ohne Anhebung der Notenbankzinsen die monetäre Expansion verlangsamen würde. Voraussetzung für weitere Zinssenkungen sollte indes eine Annäherung der Geldmengenausweitung an den mittelfristigen Potentialpfad sein.

Tatsächlich blieb das Expansionstempo der bereinigten Zentralbankgeldmenge zum Jahreswechsel zunächst hinter demjenigen der Geldmenge M3 zurück, ging aber dennoch über die Zielvorstellungen des Rates hinaus. Trotz einer sich seit dem Frühsommer abzeichnenden Verlangsamung des monetären Wachstums übertraf die bereinigte Zentralbankgeldmenge im Oktober dieses Jahres ihren Novemberwert des Jahres 1993 saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet um 7,9 vH. Sie lag im gleichen Monat um 8,5 vH oberhalb des Zielpfades — ein Abstand, der sich seit November vergangenen Jahres um 1,8 Prozentpunkte vergrößert hat (Schaubild 28).

138. Die Tatsache, daß auch im Jahre 1994 die Expansion der Geldbasis kräftiger war als die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Transaktionen, zeigt sich in der Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge: Diese sank abermals deutlich (Schaubild 29). Das Geldnachfrageverhalten, wie es in der Entwicklung dieser Größe zum Ausdruck kommt, dürfte durch die gesunkenen Notenbankzinsen und damit durch die gesunkenen Kosten der Geldhaltung beeinflußt worden sein. Ob darüber hinaus der nunmehr bereits mehrere Jahre anhaltende vergleichsweise kräftige Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes Anhaltspunkt dafür ist, daß Änderungen im Geldnachfrageverhalten eingetreten sind, prüfen wir in diesem Jahresgutachten an anderer Stelle (Ziffern 152ff.).

Geldmarktzinsen gesunken

139. Die Bundesbank setzte im Jahre 1994 zunächst ihre Politik fort, die Refinanzierungsmöglichkeiten der Kreditinstitute schrittweise zu verbilligen. Dabei ging sie zunehmend behutsamer vor, verzichtete ab Mai dieses Jahres gänzlich auf Änderungen der Leitzinssätze und beließ den Satz für Wertpapierpensionsgeschäfte seit dem Sommer unverändert (Schaubild 30, Seite 121).

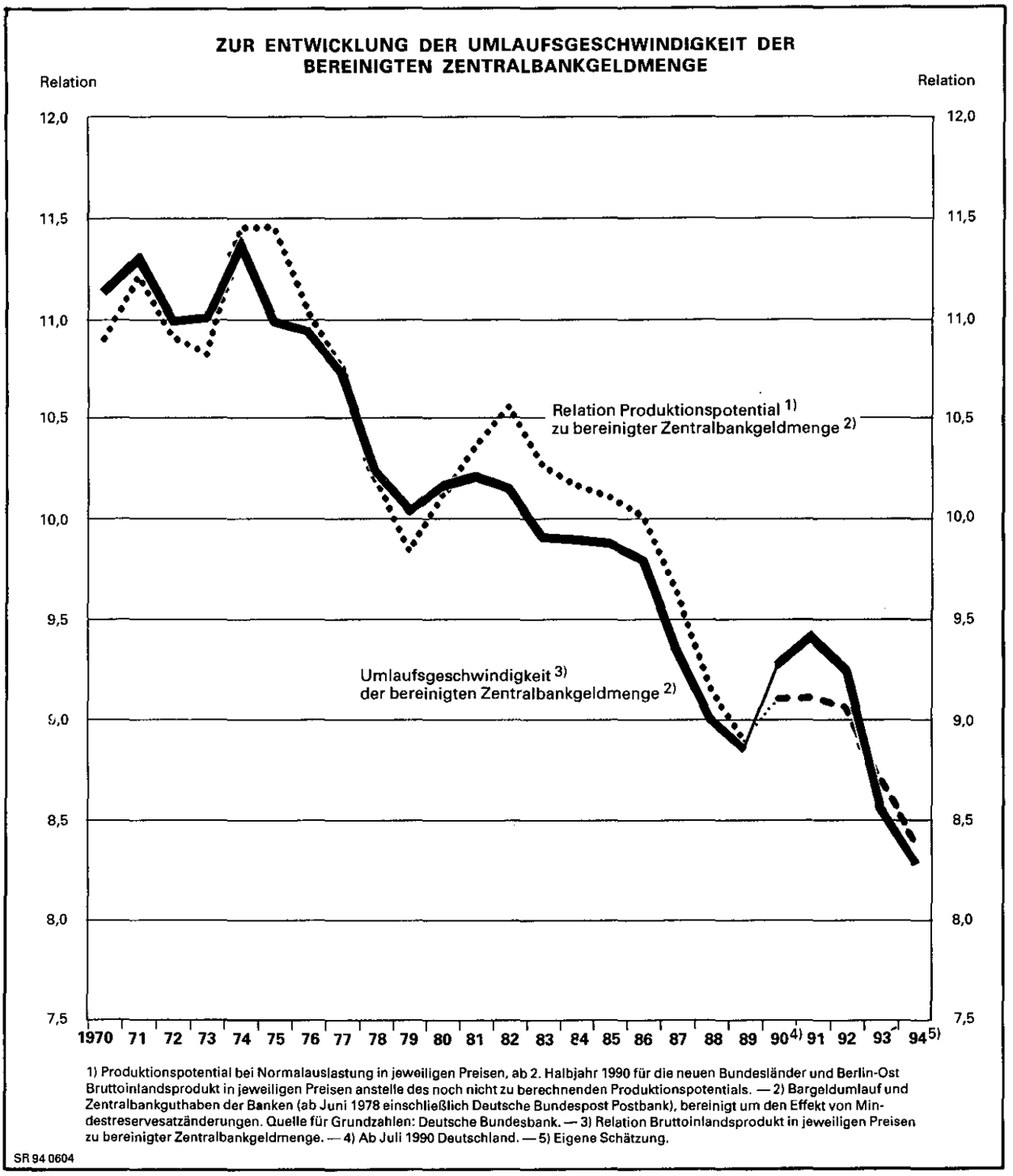
Nachdem der Satz für Tagesgeld im November 1993 durchschnittlich 6,43 % betragen hatte, ging die Bundesbank bis in den März hinein dazu über, den Kreditinstituten Wertpapierpensionsgeschäfte zu einem Festzins von zunächst 6,25 %, später 6 % anzubieten. Mit der Mitte Februar getroffenen Entscheidung, den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 5,25 % herabzusetzen, eröffnete sich die Notenbank weitere Zinssenkungsspielräume; auch wurden Wertpapierpensionsgeschäfte nun als Zinstender ausgeschrieben. Tatsächlich beschleunigte sich im Anschluß an diese Entscheidungen das Tempo der Zinssenkung deutlich, zumal die Bundesbank Mitte April erneut die Leitzinsen um jeweils einen viertel Prozentpunkt ermäßigte. Dem folgte im Mai ein vorerst letzter Zinsschritt. Diskontsatz und Lombardsatz betragen seitdem 4,50 % beziehungsweise 6 %, wobei die Bundesbank im Sommer erneut dazu überging, den Kreditinstituten Wertpapierpensionsgeschäfte als Mengentender zu offerieren — diesmal zu einem Festzins in Höhe von 4,85 %. Der Tagesgeldsatz belief sich im Oktober 1994 auf durchschnittlich 4,93 %.

In ihrer technischen Ausgestaltung mußte die Geldmarktsteuerung in diesem Jahr nicht unerheblichen Änderungen der Rahmenbedingungen angepaßt werden. Zum einen hatte die Bundesbank auf Grund der Änderung des § 17 BBankG keine Möglichkeit mehr, kurzfristige liquiditätspolitische Ausgleichsmaßnahmen am Geldmarkt mittels der Verlagerung von öffentlichen Einlagen durchzuführen. Zum anderen senkte die Bundesbank die Mindestreservesätze für Sichteinlagen mit Wirkung zum 1. März 1994; damit sollten, wie bereits im Vorjahr, als die Sätze für Termin- und Spareinlagen zurückgeführt worden waren, Anreize zur Umgehung der Mindestreserve und somit zur Verlagerung von Mitteln an den Euromarkt gemindert werden. Auch um auf diese Belastungen des Geldmarktes angemessen reagieren zu können, verzichtete die Bundesbank in diesem Jahr auf Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger Laufzeit, bot diese vielmehr in der Regel wöchentlich in der zweiwöchigen Tranche an.

Hohe Volatilität an den Kapitalmärkten

140. Anders als im vergangenen Jahr schlug sich die kontinuierliche Lockerung des geldpolitischen Kurses im Jahre 1994 nicht in einem entsprechenden Rückgang der Renditen am deutschen Rentenmarkt nieder. Zwar sank die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere, die im November 1993 durchschnittlich 5,7 % betragen hatte, bis in den Januar dieses Jahres hinein noch leicht, doch kam es dann — im Sog des Zinsanstieges in den Vereinigten Staaten — zu einer Zinswende. Vor allem in den Monaten März und April war das Marktgeschehen in Anbetracht der Unsicherheit über die künftige Zinsentwicklung von großer Nervosität geprägt. Heftige Schwankungen der Kapitalmarktsätze begleiteten den Zinsauftrieb. Die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere stieg bis zuletzt auf 7,5 % im Oktober. Dabei fächerte sich das

Schaubild 29

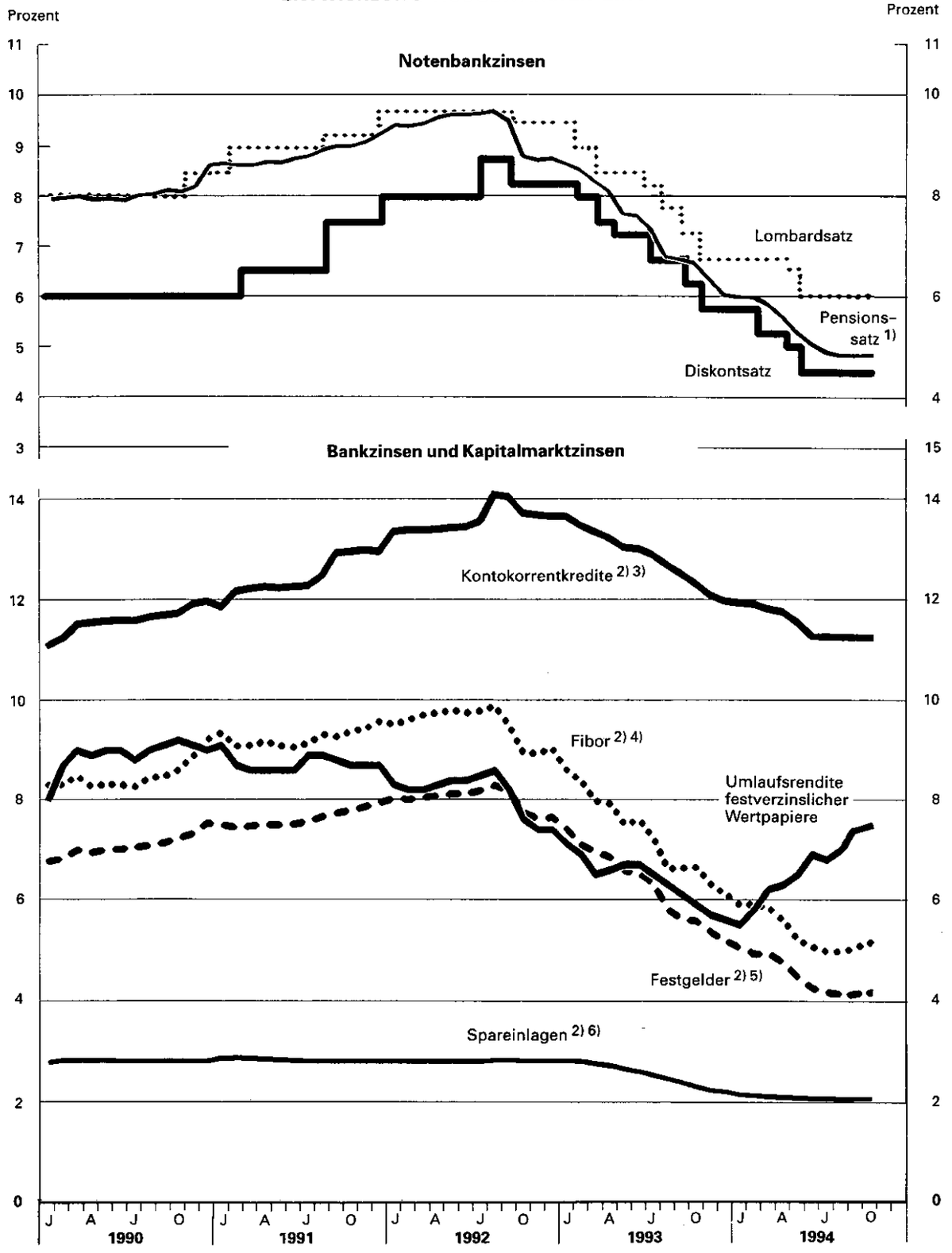


Zinsspektrum auf — der Zinsanstieg am langen Ende des Marktes fiel kräftiger aus als bei kürzerfristigen Anleihen —, so daß es im Ergebnis zu einer steileren Zinsstrukturkurve am Rentenmarkt kam. Im Vergleich zum November des Vorjahres erhöhte sich der Zinsvorsprung von Titeln mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren gegenüber entsprechenden Titeln mit einjähriger Restlaufzeit um 1,3 Prozentpunkte auf 2 Prozentpunkte im September.

141. Die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen in diesem Jahr — kräftiger Renditenanstieg bei gleichzeitig hoher Zinsvolatilität — verdeutlichte einmal mehr die enge Verflechtung des deutschen Kapitalmarktes mit dem internationalen Umfeld. Dieser Zinsverbund wurde in der Vergangenheit durch die zunehmende Bedeutung institutioneller Anleger, die eine globale Strategie verfolgen, tendenziell weiter verstärkt. So konnte sich der deutsche Rentenmarkt

Schaubild 30

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ZINSEN



1) Ungewichteter monatlicher Durchschnitt aus den von der Bundesbank veröffentlichten Zinsen für Wertpapierpensionsgeschäfte (Zinstender: Schwerpunktsatz; Mengentender: Festsatz). — 2) Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. — 3) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. — 4) „Frankfurt Interbank Offered Rate" für Dreimonatsgeld; ab Juli 1990 nach Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz. — 5) Festgelder von 100 000 DM bis unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von einem Monat bis drei Monaten einschließlich. — 6) Mit dreimonatiger Kündigungsfrist.

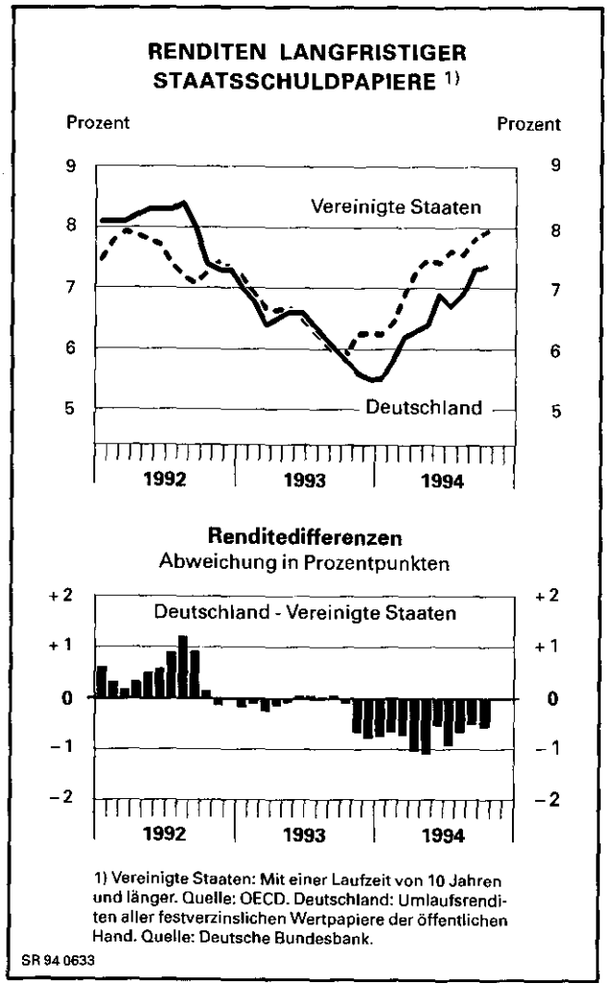
Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 94 0606

auch angesichts des Rückzugs ausländischer Investoren, deren Engagement noch im Vorjahr einen deutlichen Zinsrückgang ermöglicht hatte, im Jahre 1994 nicht von den Zinsauftriebstendenzen insbesondere in den Vereinigten Staaten lösen: Auch die deutschen Kapitalmarktzinsen stiegen an.

Allerdings blieb das Zinsniveau am deutschen Rentenmarkt deutlich hinter dem in den Vereinigten Staaten zurück (Schaubild 31). Lag die deutsche Umlaufsrendite im Oktober 1993 kaum unterhalb der Rendite langfristiger US-Staatsschuldpapiere, so vergrößerte sich der Abstand in diesem Jahr deutlich. Der Renditevorsprung amerikanischer Titel betrug im Oktober 0,58 Prozentpunkte. Insofern scheint eine Erklärung der deutschen Kapitalmarktzinsen allein durch internationale Faktoren ohne Berücksichtigung der heimischen Entwicklung zu kurz zu greifen. Auch in Deutschland dürfte nicht zuletzt der mit der konjunkturellen Erholung ansteigende Kapitalbedarf den Anstieg der langfristigen Zinsen erklären. In dem Maße jedoch, wie dem Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten nicht nur diese auch international zu beobachtende zunehmende Nachfrage nach Kapital sondern darüber hinaus verstärkte Inflationsbefürchtungen zugrunde lagen, war Spielraum für eine von den US-Zinsen losgelöste Entwicklung der deutschen Kapitalmarktsätze durchaus gegeben. Die Erwartung einer sich beschleunigenden Inflation in den Vereinigten Staaten übertrug sich in eine Abwertungserwartung für die amerikanische Währung, welche die geringere Rendite deutscher Kapitalanlagen kompensierte. Aus der Zinsdifferenz zu den Vereinigten Staaten läßt sich indes nicht folgern, daß Inflationsbefürchtungen in Deutschland keine Rolle gespielt haben, sondern lediglich, daß sie hinter den US-amerikanischen zurückblieben. In Anbetracht der kräftigen monetären Expansion insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres 1994 mehrten sich jedenfalls auch in Deutschland die Stimmen, die bei einer sich belebenden konjunkturellen Entwicklung vor Inflationsgefahren warnten. Dies mag erklären, warum weitere Senkungen der Notenbankzinsen nicht auf die langfristigen Zinssätze durchwirken konnten.

Schaubild 31



1) Vereinigte Staaten: Mit einer Laufzeit von 10 Jahren und länger. Quelle: OECD. Deutschland: Umlaufsrenditen aller festverzinslichen Wertpapiere der öffentlichen Hand. Quelle: Deutsche Bundesbank.

SR 94 0633

142. An den deutschen Wertpapiermärkten hat sich bedingt durch den deutlichen Renditenanstieg die Emissionstätigkeit im Jahre 1994 abgeschwächt. Das hohe Niveau des Vorjahres wurde bei weitem verfehlt. So belief sich der Nettoabsatz an Rentenwerten in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 187 Mrd DM, was eine Verringerung um gut ein Drittel im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1993 bedeutet. Vor allem die öffentliche Hand plazierte deutlich weniger Anleihen am Rentenmarkt. Sie nahm die deutschen Kapitalmärkte bis September mit netto 87,3 Mrd DM in Anspruch, das sind 68,6 Mrd DM weniger als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Hier wirkte sich einerseits die eingeleitete Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aus, andererseits jedoch auch die Vorratskreditaufnahme des Bundes: Bereits im vergangenen Jahr waren öffentliche Anleihen im Wert von 16,9 Mrd DM plaziert worden, die zur Finanzierung des diesjährigen Bundeshaushalts eingesetzt wurden. Insofern dürfte die Belastung des Rentenmarktes durch die öffentliche Hand in den verbleibenden Monaten dieses Jahres tendenziell zunehmen. Auch die Geschäftsbanken traten im Jahre 1994 nicht in dem Umfang als Kapitalnachfrager auf wie noch im Vorjahr. Von Januar bis September verringerte sich der Absatz von Bankschuldverschreibungen im Vorjahresvergleich um 33,3 Mrd DM auf 81,9 Mrd DM.

Auf der Käuferseite kam es im Jahre 1994 zu einem Rückzug ausländischer Kapitalanleger. Sie verringerten in den ersten neun Monaten ihre Bestände an deutschen festverzinslichen Wertpapieren um netto 2,3 Mrd DM, nachdem sich diese in dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres noch um 174,8 Mrd DM erhöht hatten. Demgegenüber hat sich das Interesse inländischer Nichtbanken an längerfristigen Engagements wieder belebt. Sie erweiterten ihre Portefeuilles von Januar bis September dieses Jahres um festverzinsliche Wertpapiere im Gesamtwert von netto 88 Mrd DM, das sind 80,7 Mrd DM mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 1993. Auch die Kreditinstitute haben ihre Bestände an Rentenmarktpapieren weiter aufgestockt — in den ersten neun Monaten um insgesamt 102,4 Mrd DM, das waren 0,4 Mrd DM weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

143. Nachdem es noch zum Jahreswechsel zu einem kräftigen Kursanstieg am deutschen Aktienmarkt gekommen war, prägten auch hier im weiteren Verlauf des Jahres 1994 Nervosität und zunehmende Unsicherheit bezüglich der weiteren Kursentwicklung das Bild. Die sich verbessernde Gewinnsituation deutscher Unternehmen vermochte dem Aktienmarkt keine nachhaltigen Impulse zu geben; zu belastend war der Einfluß des internationalen Umfeldes. Die Folge waren äußerst volatile Aktienkurse, die keine ausgeprägte Richtung aufwiesen. Im Anschluß an Phasen empfindlicher Kursverluste kam es mehrmals — zuletzt Mitte Mai dieses Jahres — zu historischen Höchstständen des Aktienindex des Statistischen Bundesamtes. Auch im Sommer konnten sich die Kurse am deutschen Aktienmarkt deutlich erholen. Im Spätsommer schlug das Pendel dann erneut in Richtung einer ausgeprägten Konsolidierungsphase aus; die Notierungen gaben nach. Ende Oktober lag der Aktienindex des Statistischen Bundesamtes mit 339,5 um 8,4 vH unter dem Jahresendwert 1993 und um 9,6 vH unter dem Mitte Mai zu verzeichnenden Jahreshöchststand 1994.

Der angesichts der konjunkturellen Erholung steigende Kapitalbedarf deutscher Unternehmen führte zu einer zunehmenden Mittelaufnahme am Aktienmarkt. Von Januar bis September dieses Jahres belebte sich die Emissionstätigkeit im Vorjahresvergleich um 18,5 Mrd DM auf 44,2 Mrd DM. Hiervon entfielen 20,7 Mrd DM auf ausländische Dividendenwerte; inländische Unternehmen plazierten junge Aktien im Wert von 23,5 Mrd DM.

144. Der Absatz von Investmentfonds entwickelte sich im Jahre 1994 lebhaft. In den ersten neun Monaten konnten Zertifikate im Wert von netto 81,7 Mrd DM verkauft werden. Die Neuregelung der Zinsbesteuerung mit Wirkung zum 1. Januar 1994 führte zu einer verminderten Attraktivität ausländischer Fonds. Von daher entfiel von Januar bis September mit 64,2 Mrd DM ein Großteil des Mittelaufkommens auf inländische Fonds. Als Kapitalanleger dominierten die inländischen Nichtbanken bei weitem. Sie stockten ihre Bestände an Fondsanteilen in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 74,1 Mrd DM auf.

Einführung von Geldmarktfonds

145. Mit dem Zweiten Finanzmarktförderungsgesetz wurde in diesem Jahr die Liberalisierung der deutschen Kapitalmärkte mit dem Ziel vorangetrieben, den heimischen Finanzplatz im internationalen Wettbewerb zu stärken. Geldpolitisch von besonderer Bedeutung dürfte dabei die Deregulierung im Bereich der Anlagemöglichkeiten von Kapitalanlagegesellschaften gewesen sein. Insbesondere sind seit dem 1. August 1994 Geldmarktfonds zulässig. Es ist nicht auszuschließen, daß diese aus Sicht der Anleger nicht nur als Alternative zu längerfristigen Anlagen gesehen werden, sondern auch als enges Substitut zu Termineinlagen oder Spareinlagen bei heimischen Geschäftsbanken und somit zur Geldhaltung. Käme es tatsächlich zu größeren Umschichtungen zwischen Bankeinlagen und Anteilen an diesen Fonds, so wäre die Geldpolitik der Bundesbank hiervon in zweierlei Hinsicht betroffen:

— Anders als die in der Geldmenge M3 enthaltenen Einlagen unterliegen Geldmarktfonds nicht der Mindestreservepflicht. Mit einer Anlage in Fondsanteilen würde diese umgangen, und die Fähigkeit der deutschen Notenbank, die Liquidität des Bankensektors zu steuern, nähme ab, da ein Teil des Marktes ihrer Kontrolle entzogen wäre. Dies gilt allerdings nicht in dem Maße, in dem die Fondsgesellschaften die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel ihrerseits in mindestreservepflichtige Termineinlagen bei den Kreditinstituten investieren; in Anbetracht des geringen Volumens alternativer Anlagemöglichkeiten am heimischen Geldmarkt, das mit der Einstellung der Bundesbank-Liquiditätstitel im September dieses Jahres überdies verringert wurde, erscheint ein solches Verhalten nicht unwahrscheinlich. Auch war die Bundesbank in den vergangenen Jahren bestrebt, die Mindestreservepolitik relativ zu anderen geldpolitischen Instrumenten in geringerem Umfang zu nutzen. Von daher dürfte die fehlende Pflicht zur Mindestreservehaltung für Geldmarktfonds die Durchschlagskraft geldpolitischer Maßnahmen nicht entscheidend schwächen.

— Weitaus gewichtiger erscheint die Tatsache, daß mit der Einführung von Geldmarktfonds die Unterscheidung zwischen Liquidität, die von den inländischen Nichtbanken in erster Linie zu Transaktionszwecken gehalten wird und aus diesem Grunde der Geldmenge zuzurechnen wäre, und längerfristigen Kapitalanlagen zunehmend schwieriger wird. Sollte sich in der Tat ein Verhalten des inländischen Publikums dergestalt herauskristallisieren, daß Anteile an Geldmarktfonds und in der Geldmenge M3 gehaltene Bankeinlagen aus ähnlichen Motiven gehalten werden, so wäre hiervon die Indikatoreigenschaft der herkömmlich abgegrenzten Geldmenge beeinträchtigt. Der Zusammenhang zwischen der Geldmengenentwicklung und der zu erwartenden Inflationsrate wäre gelockert. In diesem Fall erschiene — analog zu der Vorgehensweise anderer Notenbanken — die Einbeziehung von Fondsanteilen in das weite Geldmengenaggregat geboten. Hiervon wäre nur insoweit abzusehen, als von seiten der Geldmarktfonds befristete Einlagen bei heimischen Geschäftsbanken gehalten werden, die ihrerseits bereits in der Geldmenge M3 erfaßt sind.

146. Empirische Ergebnisse über die Entwicklung von Geldmarktfonds in Deutschland liegen nur für September 1994 vor: So betrug der Absatz an Fondsanteilen in diesem Monat nach Angaben der Bundesbank 1,4 Mrd DM, von denen inländische Nichtbanken den größten Teil erworben haben dürften. Auch wenn aus Sicht des inländischen Publikums diese Anteile sicher nicht in vollem Umfang eine Alternative zur Kassenhaltung sind, so dürfte doch die Entwicklung der Geldmenge M3 im September durch die Zulassung der Geldmarktfonds gedämpft worden sein.

Beruhigung an den Devisenmärkten

147. Nach einer Schwächephase zu Beginn des Jahres wurde die deutsche Währung an den internationalen Devisenmärkten im Verlauf des Jahres 1994 höher bewertet (Schaubild 32). Der gewogene Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern übertraf Angaben der Bundesbank zufolge Ende Oktober seinen Jahresendstand 1993 um 2,4 vH. Angesichts in etwa gleichlaufender Preissteigerungen stieg der reale, auf Basis von Verbraucherpreisen ermittelte Außenwert in ähnlichem Maße.

Insbesondere gegenüber dem US-Dollar verzeichnete die deutsche Währung in diesem Jahr erhebliche Kursgewinne. Die Notierung der amerikanischen Währung ermäßigte sich von noch durchschnittlich 1,74 DM/Dollar im Januar auf zuletzt 1,52 DM/Dollar im Oktober. Dies erstaunte um so mehr, als die realen Entwicklungen — anhaltend kräftiger Aufschwung in den Vereinigten Staaten im Vergleich zu einer erst in Gang kommenden Belebung der Konjunktur in Deutschland — eigentlich zugunsten einer starken US-Währung sprachen. Daß es dennoch in diesem Jahr zu einer Abwertung des US-Dollar kam, dürfte zum einen monetäre Gründe gehabt haben: Im Verlauf dieses Jahres kamen zunehmend Sorgen vor einem erneuten Anstieg der Inflationsrate in den Vereinigten Staaten auf und schwächten das Vertrauen in die dortige Währung. Insofern entwickelte sich die Notierung des US-Dollar im Gleichlauf mit der zunehmenden Differenz zwischen amerikanischen und deutschen Kapitalmarktzinsen. Zudem verunsicherte die Wirtschaftspolitik der amerikanischen Regierung, die der hohen Staatsverschuldung nicht Herr wurde, die Märkte. Auch der Handelskonflikt mit Japan steuerte das Seine bei.

148. Ein Jahr nach der Entscheidung, die Bandbreiten im Europäischen Währungssystem (EWS) auf ±15 vH auszudehnen, zeigt sich das Wechselkursgefüge als relativ stabil. Trotz der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar ist es, anders als zu Zeiten enger Bandbreiten, nicht zu Spannungen im EWS gekommen. Spekulative Attacken gegen einzelne Währungen hat es nicht mehr gegeben; sie wären angesichts der weiten Bänder auch ins Leere gelaufen. Befürchtungen, daß es mit der faktischen Entlassung aus der Verantwortung für die Wechselkurse in Europa zu einer divergierenden Geldpolitik der am EWS beteiligten Notenbanken käme (JG 93 Ziffer 342), haben sich nicht bestätigt. Ein Abwertungswettlauf trat nicht ein. Die europäischen Notenbanken trafen ihre zinspolitischen Entscheidungen in weitgehendem Gleichlauf. Das zeugt von einem gewachsenen Stabilitätsbewußtsein in Europa. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, daß sich angesichts der fortschreitenden geldpolitischen Lockerung durch die Bundesbank im Jahre 1994 sowie des beginnenden konjunkturellen Aufschwungs die Notwendigkeit einer von der deutschen Geldpolitik abweichenden monetären Strategie verringert hat.

Werden die bis zum August gültigen Bandbreiten der EWS-Währungen als Maßstab herangezogen, so schwankten die Währungen von Belgien, Frankreich, Luxemburg sowie den Niederlanden im gesamten bisherigen Verlauf des Jahres 1994 innerhalb eines engen Bandes von ±2,25 vH um ihren Leitkurs zur D-Mark (Tabelle 25). Für die irische Währung gilt dasselbe seit Februar dieses Jahres. Somit hat sich ein stabiler Kern des EWS herausgebildet. Die Währungen Spaniens und Portugals, für die vor August 1993 größere Schwankungsmargen in Höhe von ±6 vH galten, blieben in diesem Jahr ebenfalls innerhalb ihrer bis zur Bandbreitenerweiterung gültigen Wechselkursbänder. Alles in allem erwies sich die Entscheidung im letzten Jahr, die Leitkurse im EWS unverändert zu lassen, im nachhinein als richtig.

Währungsunion: Zweite Stufe

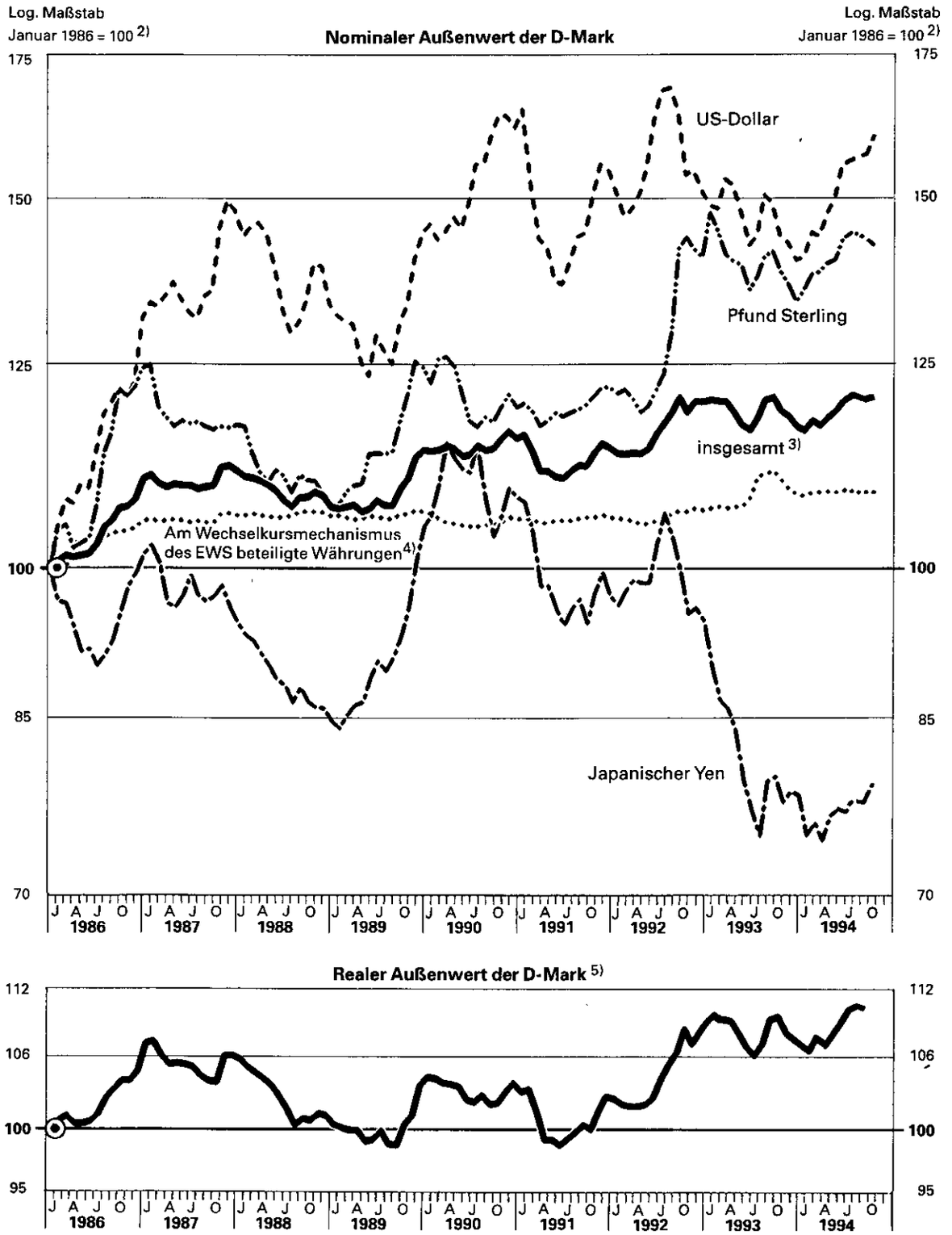
149. Am 1. Januar dieses Jahres begann gemäß dem Maastricht-Vertrag die zweite Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Tabelle 26). Der Maastricht-Vertrag sieht für den Eintritt in die zweite Stufe vor, daß die Mitgliedstaaten den öffentlichen Sektor nicht über Notenbankkredite finanzieren. Ausnahmeregelungen gelten allein für das Vereinigte Königreich und Dänemark. Tatsächlich kam der Prozeß der Konvergenz der nationalen Notenbankverfassungen rascher voran als vertraglich gefordert. So ist mittlerweile nicht nur in allen EWS-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Großbritannien die Kreditvergabe seitens der Zentralbank an die öffentliche Hand unterbunden. Es wurden darüber hinaus in einigen Ländern weitergehende Reformen durchgeführt, die darauf zielen, den Notenbanken die volle Verantwortung für die Festlegung und Durchführung der Geldpolitik zuzuweisen. Hier sind vor allem Frankreich, Spanien und Belgien zu nennen. Gemeinsam mit den Niederlanden und Deutschland, deren Notenbanken traditionell weitgehend autonom in der Durchführung ihrer jeweiligen Geldpolitik sind, zeigte sich somit eine Mehrheit der am EWS-Wechselkursmechanismus beteiligten Länder — Großbritannien, Italien und Griechenland nehmen derzeit nicht daran teil — entschlossen, bereits zu Beginn der zweiten Stufe die Notenbanken in die Unabhängigkeit zu entlassen.

Ebenfalls zu Beginn dieses Jahres hat sich das Europäische Währungsinstitut (EWI) konstituiert. Seine Aufgabe besteht in den nächsten Jahren darin, die Zusammenarbeit der Zentralbanken der am EWS beteiligten Staaten zu fördern und die nationalen Geldpolitiken zu koordinieren. Vor allem jedoch gilt es, die dritte Stufe mit einer einheitlichen Währung konzeptionell und technisch vorzubereiten (JG 92 Ziffer 434).

150. In dem Bemühen um größere nominale Konvergenz haben die Staaten der Europäischen Union in diesem Jahr nur geringe Erfolge vorzuweisen (Tabelle 27, Seiten 128f.). Nur zwei der zwölf Länder, Luxemburg und Deutschland, erfüllten in diesem Jahr alle Konvergenzkriterien für den Eintritt in eine Währungsunion. Dabei ist allerdings im Falle Deutschlands der Haushalt der Treuhandanstalt noch nicht berücksichtigt (Ziffer 358). Die finanzpolitischen Anforderungen erwiesen sich für viele Länder als zunehmend problematisch. Beim Abbau der öffentlichen Verschuldung ist allein Irland im Jahre 1994

Schaubild 32

AUSSENWERT DER D-MARK GEGENÜBER AUSGEWÄHLTEN WÄHRUNGEN [1]



1) Zur Berechnungsmethode siehe Sonderaufsatz der Deutschen Bundesbank: „Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen", in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 41. Jg., Nr. 4, April 1989. - Die Indizes für die Ländergruppen wurden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte berechnet. — 2) Umbasiert von Originalbasis 1972 = 100. - Für Ende 1972 wurden grundsätzlich die damaligen Leitkurse zugrunde gelegt, für das Pfund Sterling, das irische Pfund und den kanadischen Dollar, deren Wechselkurse freigegeben waren, stattdessen die Marktkurse von Ende 1972. — 3) EG-Länder, Finnland, Kanada, Japan, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und die Vereinigten Staaten. — 4) EG-Länder ohne Griechenland, Italien und Großbritannien. — 5) Gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten gemessen an den Verbraucherpreisen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 94 0602

Tabelle 25

Zur Stabilität der Wechselkurse in Europa

Monat	Belgien	Dänemark	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Portugal	Spanien
	100 bfrs [1]	100 dkr	100 FF	100 Dr.	1 £ [1]	1 Ir£ [1]	1000 Lit	100 lfr	100 hfl	100 Esc [1]	100 Ptas [1]
	Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse [2]										
	Kasse-Mittelkurse in DM										
1993 Okt	4,596	24,715	28,491	0,689	2,462	2,349	1,0234	4,596	88,973	0,967	1,240
Nov	4,693	25,120	28,772	0,698	2,517	2,387	1,0200	4,693	89,106	0,977	1,239
Dez	4,789	25,504	29,231	0,697	2,549	2,426	1,0130	4,789	89,270	0,980	1,219
1994 Jan	4,8115	25,745	29,437	0,696	2,6011	2,4942	1,0252	4,8115	89,315	0,9894	1,2181
Feb	4,8515	25,641	29,432	0,693	2,5690	2,4666	1,0300	4,8515	89,179	0,9902	1,2297
Mär	4,8524	25,519	29,339	0,686	2,5229	2,4266	1,0143	4,8524	88,986	0,9717	1,2185
Apr	4,8570	25,505	29,191	0,682	2,5178	2,4407	1,0446	4,8570	89,055	0,9791	1,2297
Mai	4,8585	25,544	29,206	0,675	2,4929	2,4382	1,0397	4,8585	89,109	0,9681	1,2146
Jun	4,8572	25,513	29,272	0,665	2,4843	2,4357	1,0223	4,8572	89,216	0,9648	1,2126
Jul	4,8524	25,455	29,184	0,662	2,4270	2,3979	1,0038	4,8524	89,156	0,9736	1,2123
Aug	4,8533	25,291	29,183	0,660	2,4128	2,3828	0,9881	4,8533	89,059	0,9790	1,2047
Sep	4,8588	25,374	29,237	0,657	2,4249	2,3954	0,9896	4,8588	89,201	0,9811	1,2050
Okt	4,8597	25,550	29,210	0,653	2,4408	2,4128	0,9808	4,8597	89,259	0,9783	1,2031
Nachrichtlich: Teilnahme am Wechselkursmechanismus des EWS	ja	ja	ja	nein	nein	ja	nein	ja	ja	ja	ja
	Europäisches Währungssystem										
	Höchst- und Niedrigstkurse in DM [3]										
Enge Wechselkursbänder [4]	4,959	26,810	30,495	.	.	2,466	.	4,959	90,770	1,073	1,342
	4,740	25,630	29,150	.	.	2,357	.	4,740	86,780	0,952	1,190
Weite Wechselkursbänder [5]	5,630	30,445	34,625	.	.	2,800	.	5,630	(103,058) [a]	1,174	1,468
	4,175	22,575	25,675	.	.	2,076	.	4,175	(76,4326) [a]	0,871	1,088

[1] Ab 1994 Notierung mit vier Stellen hinter dem Komma.
[2] Errechnet aus den täglichen Notierungen; für Griechenland: Devisenkurse in Griechenland umgerechnet von Drachmen.
[3] Die Höchstkurse (Verkauf) sowie die Niedrigstkurse (Ankauf) werden von der Zentralbank festgesetzt. Die Kurse sind Mittelkurse, sie können um die Geld- oder Briefmarge unterschritten oder überschritten werden. Weitere Erläuterungen zum Europäischen Währungssystem siehe Statistisches Beiheft zum Monatsbericht der Deutschen Bundesbank „Devisenkursstatistik" August 1994, Seiten 83ff.
[4] Bis zum 1. August 1993. Bandbreite ±2,25 vH (±6 vH für den portugiesischen Escudo und die spanische Peseta).
[5] Ab dem 2. August 1993. Bandbreite im Wechselkursverbund ±15 vH.
[a] Diese Höchst- und Niedrigstkurse finden keine Anwendung. Entsprechend einer bilateralen Vereinbarung zwischen den deutschen und niederländischen Währungsbehörden gelten weiterhin die Sätze der engen Wechselkursbänder.

Quelle: Deutsche Bundesbank

vorangekommen, liegt aber bei der Schuldenstandsquote immer noch fast 30 Prozentpunkte über dem Referenzwert (60 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Bezüglich der Preisniveauentwicklung konnten — unterstützt durch die konjunkturelle Entwicklung — in mehreren Ländern Fortschritte erzielt werden. Von den Ländern, die im nächsten Jahr der Europäischen Union beitreten wollen, hätte allein Norwegen alle Kriterien erfüllt.

151. Im Verlauf des Jahres 1994 entbrannte eine Diskussion um die Verbindlichkeit der laut Maastricht-Vertrag zu erfüllenden Konvergenzkriterien. Im Mittelpunkt stand der Referenzwert für die Schuldenstandsquote; konkreter Anlaß war die Beurteilung der Haushaltslage in Irland durch die Europäische Kommission: Diesem Land wurde bescheinigt, das Konvergenzkriterium über den Schuldenstand zu erfüllen, und zwar mit der Begründung, daß die Schuldenstandsquote gemäß Artikel 104c Absatz 2b EG-Vertrag „hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert". Der Sachverständigenrat hat bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, daß in einer weichen Handhabung der Teilnahmebedingungen für die Währungsunion Gefahren für das Ziel der Geldwertstabilität lauern (JG 92 Ziffer 426).

Tabelle 26

Geldpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1993	
15. Dezember	Das Europäische Parlament verabschiedet mit großer Mehrheit eine Entschließung, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, ihre nationalen Zentralbanken so schnell wie möglich in die Unabhängigkeit zu entlassen.
16. Dezember	Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschließt ein Geldmengenziel für das Jahr 1994. Ausgehend von einem Potentialwachstum in Deutschland von 2½ vH, einer normativen Preissteigerungsrate von 2 vH sowie einem Zuschlag für den trendmäßigen Rückgang der Geldumlaufsgeschwindigkeit in Höhe von einem Prozentpunkt soll die Geldmenge M3 im Verlauf dieses Jahres um 4 vH bis 6 vH zunehmen. Dem monetären Überhang zum Jahresende 1994 wurde dabei durch einen Abschlag Rechnung getragen.
1994	
1. Januar	Die zweite Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beginnt.
11. Januar	Die konstituierende Sitzung des Rates des Europäischen Währungsinstituts (EWI) findet in Frankfurt am Main, dem Sitz des EWI, statt.
20. Januar	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 1. März 1994 die Mindestreservesätze auf Sichteinlagen von Inländern und Ausländern auf einheitlich 5 % zu senken. Gleichzeitig wird die Anrechenbarkeit der Kassenbestände der Kreditinstitute auf die Mindestreserveerfüllung von maximal 50 vH auf maximal 25 vH reduziert.
17. Februar	Der Zentralbankrat senkt mit Wirkung vom 18. Februar 1994 den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 5,25 %.
14. April	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 15. April 1994 den Diskontsatz auf 5 % und den Lombardsatz von 6,75 % auf 6,5 % herabzusetzen.
28. April	Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Deutsche Bundesbank, mit dem unter anderem das Bundesbankgesetz an die Bestimmungen des Maastricht-Vertrages für den Eintritt in die zweite Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion angepaßt wird. Insbesondere wird die Ermächtigung der Bundesbank zur Gewährung von Kassenkrediten an Bund und Länder aufgehoben. Daneben entfällt die Verpflichtung öffentlicher Haushalte, ihre liquiden Mittel bei der deutschen Notenbank zu halten. Das Gesetz tritt am 16. Juli 1994 in Kraft.
11. Mai	Der Zentralbankrat senkt mit Wirkung vom 13. Mai 1994 die beiden Leitzinssätze um jeweils einen halben Prozentpunkt, den Diskontsatz auf 4,5 % und den Lombardsatz auf 6 %. Weiterhin stellt der Zentralbankrat den Jahresabschluß der Bundesbank für das Geschäftsjahr 1993 fest. Der Reingewinn beläuft sich auf 18,8 Mrd DM; davon werden 18,3 Mrd DM gemäß den gesetzlichen Vorschriften an den Bund abgeführt.
17. Juni	Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen und anderer Vorschriften über Kreditinstitute (Fünfte KWG-Novelle), welches der Umsetzung der Konsolidierungs- und der Großkreditrichtlinie der Europäischen Union in nationales Recht dient, sowie das Gesetz über den Wertpapierhandel und zur Änderung börsenrechtlicher und wertpapierrechtlicher Vorschriften (Zweites Finanzmarktförderungsgesetz). Neben der Liberalisierung der Kapitalmärkte soll das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz vor allem den Anlegerschutz verstärken. So tritt neben die Handelsüberwachungsstellen der Börsen sowie die übergeordneten Börsenaufsichtsbehörden der Bundesländer das neuzugründende Bundesaufsichtsamt für Wertpapierhandel, dessen vorrangige Aufgabe in der Bekämpfung von Insidergeschäften besteht.
8. Juli	Der Bundesrat stimmt der Fünften KWG-Novelle, die am 31. Dezember 1995 in Kraft tritt, sowie dem Zweiten Finanzmarktförderungsgesetz zu. Die aktien-, depot- und investmentrechtlichen Änderungen des Zweiten Finanzmarktförderungsgesetzes sowie der Insidertatbestand treten zum 1. August 1994 in Kraft, die übrigen Vorschriften zum 1. Januar 1995.
21. Juli	Der Zentralbankrat überprüft das Geldmengenziel für das Jahr 1994. Obwohl es ihm zum damaligen Zeitpunkt nicht sehr wahrscheinlich erscheint, daß das Ziel bis zum Jahresende noch erreicht werden kann, hält er weiterhin eine Ausweitung der Geldmenge M3 von 4 vH bis 6 vH im Jahresverlauf für angemessen.
18. August	Der Zentralbankrat beschließt, die regelmäßige Auktion der erstmals zum 1. März 1993 von der Bundesbank am offenen Markt angebotenen Liquiditätstitel nach der turnusmäßigen Emission im September 1994 einzustellen.
10. Oktober	Der Rat der Europäischen Union fordert auf Vorschlag der Kommission zehn Mitgliedsländer auf, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen voranzubringen. Richtschnur für die Versendung der sogenannten "blauen Briefe" sind die Konvergenzkriterien für den öffentlichen Schuldenstand und das öffentliche Defizit, die im Vertrag von Maastricht formuliert wurden. Luxemburg und Deutschland erfüllen diese Kriterien, wobei Deutschland dennoch die Mahnung des Europäischen Rates akzeptierte. Irland erhielt keinen Brief, weil dort in den letzten Jahren große Anstrengungen zur Reduzierung der öffentlichen Verschuldung unternommen wurden.

Tabelle 27

Nominale und reale Konvergenz

	Referenzkriterien	Belgien	Dänemark	Deutschland[1]	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Irland	Italien
									Nominale
				Konvergenzkriterien erfüllt					
Verbraucherpreise[2]									
1992	3,7[a]	2,1	2,1	4,6	2,4	14,6	4,7	2,6	5,3
1993	3,3[b]	2,8	1,5	3,9	2,1	14,0	3,5	1,9	4,8
1994[3]	3,5[c]	2½	2	3	1½	11	2½	2½	4
Haushaltssaldo des öffentlichen Sektors[4]									
1992	−3,0	−7,1	−2,6	−2,9	−3,9	−11,0	−6,2	−2,5	−9,5
1993	−3,0	−6,7	−4,4	−3,3	−5,8	−12,9	−7,7	−2,4	−9,6
1994[3]	−3,0	−5½	−4½	−3	−5½	−14½	−7	−2	−9½
Verschuldung des öffentlichen Sektors[5]									
1992	60,0	133,8	68,8	44,8	39,6	92,3	42,0	93,4	108,4
1993	60,0	138,9	79,5	48,1	45,8	115,2	48,6	96,1	118,6
1994[6]	60,0	139	78	51	50½	121	50½	89	123½
Renditen langfristiger Staatsschuldverschreibungen[7]									
1992	10,8[d]	8,7	8,9	8,0	9,0	27,0	9,1	9,1	11,9
1993	9,2[e]	7,2	7,2	6,3	7,0	23,9	7,9	7,7	9,6
1994[8]	9,3[f]	7,5	7,7	6,4	7,2	22,6	7,9	7,9	8,6
									Reale
Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards je Einwohner (EU 12 = 100)									
1970	X	101,9	113,7	117,8	111,5	46,7	104,7	58,0	95,7
1975	X	106,0	108,7	114,6	113,5	51,7	102,0	60,9	94,9
1980	X	107,0	106,3	118,2	113,2	52,6	97,4	62,2	102,9
1985	X	104,7	114,1	118,7	111,9	51,3	100,7	63,7	103,3
1990	X	104,0	105,3	116,9	110,4	47,0	101,1	71,3	103,6
1994[9]	X	108,5	108,9	115,3	109,0	48,5	99,7	81,9	104,9

[1] 1994 eigene Schätzung. Für reale Konvergenz: Westdeutschland.
[2] Deflator des Privaten Verbrauchs; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[3] Schätzung der OECD; Haushaltssaldo und „Verschuldung" für Luxemburg und Portugal: Schätzung der EU.
[4] Finanzierungsdefizit (−)/-überschuß (+) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in vH.
[5] Schuldenstand in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in vH. Quelle für die nachrichtlich aufgeführten Länder: OECD.
[6] Vorläufig.
[7] In Prozent p.a. mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren; Jahresdurchschnitte aus Monatsdurchschnitten errechnet.
[8] Durchschnitt der Monate Januar bis September; Irland und Norwegen: Januar bis August; Griechenland: Schätzung.
[9] Schätzung der EU.

Überdies wurde das Wechselkurskriterium unterschiedlich interpretiert. Dem Maastricht-Vertrag zufolge muß ein Land, das an der Währungsunion teilnehmen möchte, zunächst zwei Jahre lang seinen Wechselkurs spannungsfrei innerhalb der „normalen" Bandbreiten des EWS-Wechselkursmechanismus gehalten haben. Im Gefolge der im August 1993 beschlossenen Erweiterung der zulässigen Schwankungsbreiten um die EWS-Leitkurse herum blieb unklar, ob künftig diese neue oder die alte, enge Bandbreite von ±2,25 vH als normal zu interpretieren sei, die Währungsunion sogar formal die vorherige Rückkehr zu den engen Bandbreiten notwendig mache. Als der Maastricht-Vertrag geschlossen wurde, konnte mit „normaler" Bandbreite nur die enge gemeint sein. Die Neigung der am Wechselkursmechanismus des EWS teilnehmenden Länder, zu den engen Bandbreiten für die obligatorischen Notenbankinterventionen zurückzukehren, ist allerdings sehr klein. Wie die Devisenmärkte andernfalls reagieren würden, wissen wir nicht. Nach unserer Auffassung ist eine verläßliche, glaubwürdig stabilitäts-

Tabelle 27

in der Europäischen Union

Luxemburg	Niederlande	Portugal	Spanien	Nachrichtlich: Finnland	Nachrichtlich: Norwegen	Nachrichtlich: Österreich	Nachrichtlich: Schweden	Referenzkriterien	
Konvergenz									
Konvergenzkriterien erfüllt									Verbraucherpreise[2]
2,8	3,0	9,8	6,4	4,2	2,6	3,8	2,6	3,7[a]	1992
3,5	2,1	6,7	5,1	3,7	1,9	3,6	6,1	3,3[b]	1993
2½	2	5½	5	1½	1½	3	3	3,5[c]	1994[3]
									Haushaltssaldo des öffentlichen Sektors[4]
–0,3	–3,9	–3,8	–4,5	–5,9	–2,3	–2,0	– 7,4	–3,0	1992
+1,4	–3,3	–7,9	–7,3	–7,2	–2,7	–4,1	–13,3	–3,0	1993
– ½	–4	–7	–6½	–4½	–1½	–4	–11½	–3,0	1994[3]
									Verschuldung des öffentlichen Sektors[5]
6,0	79,9	61,7	48,2	44,0	41,3	56,1	70,1	60,0	1992
7,8	81,4	66,9	59,8	51,7	44,8	57,0	83,0	60,0	1993
9	79	70½	63½	58	48	58½	93	60,0	1994[6]
									Renditen langfristiger Staatsschuldverschreibungen[7]
7,9	8,1	11,7	12,2	13,8	9,6	8,3	10,0	10,8[d]	1992
6,9	6,7	11,1	10,2	10,3	6,9	6,6	8,6	9,2[e]	1993
6,4	7,0	9,9	9,3	8,5	6,9	6,5	9,0	9,3[f]	1994[8]
Konvergenz									
									Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards je Einwohner (EU 12 = 100)
138,3	113,0	47,4	72,6	91,1	86,8	97,6	122,9	X	1970
124,3	112,4	50,5	79,4	96,9	93,9	103,9	122,1	X	1975
116,0	108,0	53,0	71,9	96,8	102,0	107,6	112,4	X	1980
120,2	104,2	51,3	70,3	102,4	111,3	107,8	114,7	X	1985
126,2	101,6	55,7	74,8	103,0	101,9	105,8	108,3	X	1990
133,6	100,2	60,1	75,3	84,3	113,8	105,4	95,9	X	1994[9]

[a] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Belgien, Dänemark, Frankreich) plus 1,5 Prozentpunkte.
[b] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Frankreich/Niederlande, Irland) plus 1,5 Prozentpunkte.
[c] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Frankreich, Dänemark, Niederlande) plus 1,5 Prozentpunkte.
[d] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Belgien, Dänemark, Frankreich) plus 2,0 Prozentpunkte.
[e] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Frankreich/Niederlande, Irland) plus 2,0 Prozentpunkte.
[f] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Frankreich, Dänemark, Niederlande) plus 2,0 Prozentpunkte.

Quellen: EU, OECD

orientierte Geldpolitik in den einzelnen Ländern im Hinblick auf die Funktionstüchtigkeit einer künftigen Währungsunion ohnehin wichtiger als formale Absprachen über die Weite von Bandbreiten. Eine solche Politik trägt zur Wechselkursstabilität entscheidend bei. Unabhängig davon ist freilich eine Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems eine unerläßliche Voraussetzung für einen Eintritt in die Währungsunion.

***Exkurs:* Zur Stabilität der Geldnachfrage**

152. In der letzten Zeit gab es eine Diskussion darüber, ob die makroökonomischen Beziehungen zwischen Geldmenge, Preisen und Einkommen in Deutschland (beispielsweise durch die Währungsunion 1990 oder durch Finanzinnovationen) grundlegend verändert, temporär (von Sonderfaktoren) gestört oder aber weiterhin relativ stabil seien.

Die Debatte konzentrierte sich bislang in erster Linie auf Stabilitätsuntersuchungen der Geldmenge M3. Viele empirische Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß die Hypothese einer langfristig stabilen Beziehung nicht verworfen werden kann. Andere hingegen lehnen die Hypothese einer langfristigen Stabilität der Nachfrage nach M3 ab. Weniger analysiert worden ist die Nachfragefunktion für Zentralbankgeld, dessen Entwicklung nach Auffassung des Sachverständigenrates für die Geldpolitik von großer Bedeutung sein muß. Nicht zuletzt der hohe Anteil des Bargelds an der Geldbasis hat in letzter Zeit verstärkt Zweifel an ihrer Stabilität aufkommen lassen. So könnte es durch die zunehmende Verwendung von D-Mark vor allem im osteuropäischen Ausland, aber auch durch die Neuregelung der Zinsbesteuerung zu einer erhöhten und möglicherweise sogar volatileren Nachfrage nach Zentralbankgeld gekommen sein. Eine solche Entwicklung würde die Eignung der bereinigten Zentralbankgeldmenge als geldpolitische Zwischenzielvariable in Frage stellen.

153. Den Ausgangspunkt unserer Analyse bildet eine Standardformulierung der Geldnachfragefunktion, in der die reale Geldnachfrage in Abhängigkeit vom realen Einkommen (als Approximation des Transaktionsvolumens) sowie vom Zins (als Opportunitätskosten der Kassenhaltung) modelliert wird. Als Einkommensvariable dient das reale Bruttoinlandsprodukt. Bezüglich der Spezifizierung der Opportunitätskosten der Geldhaltung ergibt ein Vergleich unterschiedlicher Schätzansätze, daß die simultane Berücksichtigung sowohl langfristiger als auch kurzfristiger Zinssätze in der Regel kaum einen zusätzlichen Erklärungsbeitrag gegenüber einem einfachen Modell mit nur einem Zinssatz liefert. In unserer Schätzgleichung werden die Opportunitätskosten der Kassenhaltung durch den Zins für Dreimonatsgeld spezifiziert. Die zur Verfügung stehende Datenbasis umfaßt saisonbereinigte Vierteljahresdaten für den Zeitraum vom ersten Quartal 1974 bis zum zweiten Quartal 1994. Bis zum Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion mit der damaligen DDR am 1. Juli 1990 werden westdeutsche Daten, anschließend gesamtdeutsche Daten verwendet.

Um die dynamische Anpassung möglichst wenig zu beschränken, wird nach einem Test auf Kointegration ein allgemeines Fehlerkorrekturmodell mittels der Methode kleinster Quadrate geschätzt. Um mögliche Strukturbrüche seit der Währungsunion aufzudecken, werden die Koeffizienten sämtlicher erklärender Variablen daraufhin getestet, ob sie sich mit der Währungsunion signifikant verändert haben. Ein einfaches Verfahren besteht darin, einen im Zeitraum seit der Währungsunion von der bisherigen Beziehung möglicherweise abweichenden Einfluß jeder erklärenden Variablen mit Hilfe einer Dummy-Variablen (0/1-Variable) zu erfassen. Dazu wird jede erklärende Variable noch einmal in die Regressionsgleichung aufgenommen, nunmehr jedoch mit einer Dummy-Variablen multipliziert, die für die Zeitperiode vom dritten Quartal 1990 bis zum zweiten Quartal 1994 den Wert eins annimmt, ansonsten indes null ist. Diese zusätzlichen erklärenden Variablen werden im folgenden als „Strukturbruchvariablen" bezeichnet. Weiterhin wurde die Beobachtung für das dritte Quartal 1990 aus der Beobachtungsperiode herausgenommen und somit der unmittelbare Effekt der Währungsumstellung eliminiert, da ansonsten die geschätzten Ergebnisse sehr stark von dieser einen Beobachtung (Ausreißer) dominiert werden.

Gegen diese Vorgehensweise wird angeführt, daß der Zeitpunkt des Strukturbruchs häufig unbekannt sei. Im vorliegenden Fall wird aber die Stabilität der Geldnachfragefunktion nach einem bekannten, exogen bestimmten Ereignis — dem der Währungsunion — getestet. Selbstverständlich sind auch andere, aufwendigere Testverfahren denkbar, wie beispielsweise eine Schätzung mit zeitvariablen Regressionskoeffizienten. Allen Verfahren ist indes gemeinsam, daß sie eine Datenanalyse darstellen und keine ökonomischen Erklärungen für mögliche Veränderungen in den Regressionskoeffizienten liefern.

Das geschätzte Modell wird vereinfacht, indem diejenigen Variablen, die keinen wesentlichen Erklärungsbeitrag liefern, aus der Regressionsbeziehung herausgenommen werden. Ausnahmen werden insofern gemacht, als die Strukturbruchvariablen für den langfristigen Zusammenhang prinzipiell in der Gleichung belassen werden, um ihre geschätzten Koeffizienten verschiedenen Testverfahren unterziehen zu können. Das Ergebnis ist in Tabelle 28 wiedergegeben.

154. In der langen Frist ergeben sich insofern plausible Schätzwerte, als die Koeffizienten von Einkommen und Zins die zu erwartenden Vorzeichen aufweisen. Die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Zentralbankgeld ist größer als eins, was mit dem beobachteten sinkenden Trend der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes konsistent ist. Steigende Opportunitätskosten führen zu einer verminderten Geldhaltung. Das kurzfristige Anpassungsverhalten wird sehr viel mehr von Veränderungen des Zinssatzes beeinflußt als von solchen des Einkommens.

Am aktuellen Rand scheinen sich die meisten Koeffizienten des kurzfristigen Teils der Schätzgleichung zu verändern. Darüber hinaus gewinnen Variablen an Einfluß, die vorher keinen wesentlichen kurzfristigen Erklärungsbeitrag lieferten, so zum Beispiel Δi_t. Wesentlich für eine Politik der Geldmengenorientierung ist indes weniger die Frage nach einem veränderten Anpassungsverhalten als vielmehr die nach der Stabilität des langfristigen Zusammenhangs zwischen Geldmenge, Einkommen und Zinsen. Hier deuten unsere Schätzungen darauf hin, daß die Hypothese der Stabilität nicht verworfen werden kann. So liefert jede einzelne der Strukturbruchvariablen der Niveaugleichung für sich genommen keinen statistisch signifikanten Erklärungsbeitrag, allerdings wird in einem formalen Test (Wald Test) die

Tabelle 28

Geschätzte Geldnachfragefunktion (Bereinigte Zentralbankgeldmenge)

Schätzgleichung: $\Delta m_t = a_0 + a_1\Delta y_{t-1} + a_2\Delta i_t + a_3\Delta i_{t-1} + a_4\Delta i_{t-2} + a_5\Delta i_{t-3} + a_6 m_{t-4} + a_7 y_{t-4} + a_8 i_{t-4} + \varepsilon_t$

erklärende Variablen	geschätzte Koeffizienten (t-Werte in Klammern)		geschätzte Koeffizienten der Strukturbruchvariablen (t-Werte in Klammern)	
Konstante	−1,01 *	(2,0)	−0,46	(0,52)
Δy_{t-1}	−0,14	(1,68)	0,47 *	(3,91)
Δi_t	—		−3,2 *	(3,92)
Δi_{t-1}	−0,34 *	(2,64)	3,24 *	(3,56)
Δi_{t-2}	−0,33 *	(2,61)	—	
Δi_{t-3}	−0,28 *	(2,41)	—	
m_{t-4}	−0,11 *	(2,06)	0,04	(0,33)
y_{t-4}	0,18 *	(2,05)	0,07	(0,45)
i_{t-4}	−0,28 *	(6,92)	−0,82	(1,29)

langfristige Beziehung: m_t = Konstante $-\frac{a_7}{a_6} y_t - \frac{a_8}{a_6} i_t$ = Konstante + 1,66 y_t − 2,61 i_t

korr. R^2 = 0,78; Standardfehler der Regression = 0,006784; Durbin-Watson-Statistik = 2,09
Die mit * gekennzeichneten Koeffizienten sind bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH signifikant.

Es bedeuten:

m: Logarithmus der realen bereinigten Zentralbankgeldmenge
y : Logarithmus des realen Bruttoinlandsprodukts
i : Zinssatz für Dreimonatsgeld am Frankfurter Bankplatz
t : Zeitindex
Δ : Differenzoperator mit $\Delta m_t = m_t - m_{t-1}$ als Approximation für die Zuwachsrate

ε : Störgröße

Hypothese verworfen, daß alle gemeinsam nicht signifikant sind. Dieses Ergebnis zeigt sich indes als nicht sehr robust: Bei anderer Spezifizierung der Dynamik kann die getestete Restriktion nicht verworfen werden. Möglicherweise ist dieses Testergebnis weniger auf Strukturbrüche im Zusammenhang mit der Währungsunion zurückzuführen als vielmehr darauf, daß die langfristige Beziehung in unseren Schätzungen in den Jahren 1988/89 zunehmend schwieriger zu identifizieren war; die Einführung der Quellensteuer auf Zinseinkünfte sowie Bargeldabflüsse nach Osteuropa könnten die Erklärung sein. Jedenfalls konnte die Hypothese, daß die Koeffizienten der langfristigen Beziehung, also die Relationen von Einkommenskoeffizient und Geldmengenkoeffizient sowie von Zinskoeffizient und Geldmengenkoeffizient, gemeinsam und einzeln unverändert sind, nicht abgelehnt werden.

Die Ergebnisse sind aus unserer Sicht vorläufig und sollten nicht zu dem endgültigen Schluß verleiten, lediglich die kurzfristige Anpassung der Kassenhaltung habe sich verändert, die langfristige Geldnachfragefunktion sei hingegen stabil geblieben. Aus heutiger Sicht erscheint der Zeitraum nach der Wirtschafts- und Währungsunion als zu kurz, erscheint die verfügbare Anzahl an Beobachtungen als zu gering, um definitive Resultate ableiten zu wollen.

VIII. Öffentliche Finanzen: Konsolidierung kommt voran

155. Die Finanzpolitik hat sich im Jahre 1994 die Aufgabe gestellt, die mit dem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm eingeleitete Konsolidierungspolitik fortzusetzen. Die Annahme, daß dies gelingen würde, begründete das verhalten positive Urteil des Sachverständigenrates über die Finanzpolitik des Jahres 1993 (JG 93 Ziffer 148). Zumindest teilweise entspricht die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in diesem Jahr der Erwartung: Die Gebietskörperschaften haben den Anstieg der Ausgaben erneut deutlich verlangsamt und erreichten mit einer Zuwachsrate von 3 vH die Empfehlung des Finanzplanungsrates (Tabelle 29). Das strukturelle Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt konnte dadurch und durch die auf Steuerrechtsänderungen beruhenden Einnahmenverbesserungen um 10 Mrd DM deutlich verringert werden, ohne daß — wie viele befürchtet hatten — dies die konjunkturelle Erholung verhindert hätte. All dies führt zu einem positiven Urteil über die quantitative Seite der Konsolidierung im Jahre 1994, trotz der Tatsache, daß im öffentlichen Gesamthaushalt — verursacht durch die Entwicklung der Nebenhaushalte, vor allem der Einrichtung des Bundeseisenbahnvermögens — die Ausgaben ebenso stark expandierten wie im Vorjahr, und trotz der Tatsache, daß — unter Einschluß von Treuhandanstalt und Sozialversicherung — das Gesamtdefizit höher ausfiel als im Vorjahr.

Freilich: Entwarnung zu geben, wäre unangebracht. Zwar ist die Konsolidierung in quantitativer Hinsicht vorangekommen, doch gäbe man sich Illusionen hin, zöge man daraus den Schluß, ein Nachlassen in den Konsolidierungsbemühungen sei vertretbar; die Höhe des strukturellen Defizits gestattet dies nicht. Und: Eine Sache ist die quantitative, eine andere die qualitative Konsolidierung, die darauf abzielt, die Struktur der öffentlichen Ausgaben stärker an der Dringlichkeit der öffentlichen Aufgaben zu orientieren, und die Erhöhung von Steuern und Abgaben allenfalls vorübergehend und mit der Aussicht auf baldige Rücknahme zuläßt. Hierbei ist bislang zu wenig geschehen. Die Konsolidierung hat vor allem die Investitionsausgaben betroffen, eine Revision der Ausgabenstruktur ist weitgehend unterblieben. Schließlich: Ein guter Teil der quantitativen Konsolidierungserfolge wurde mit einer Erhöhung der Abgabenbelastung erkauft, und ein weiterer Anstieg ist durch die erneute Einführung eines Solidaritätszuschlags bereits beschlossen.

Haushaltsfehlbeträge immer noch hoch

156. Im Jahre 1994 konnte zwar ein erneuter Anstieg des Finanzierungsdefizits im öffentlichen Gesamthaushalt (Gebietskörperschaften einschließlich Nebenhaushalte und Sonderrechnungen) verhindert werden, doch verharrte das Defizit auf einem im längerfristigen Vergleich hohen Niveau. Die Defizitquote lag sowohl in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit 3,4 vH als auch in Abgrenzung der Finanzstatistik mit 4,1 vH nur geringfügig unter dem Vorjahreswert (Tabelle 30). Ermöglicht wurde die leichte Entspannung im öffentlichen Gesamthaushalt vor allem durch die Entwicklung der Einnahmen; die Steuereinnahmen stiegen doppelt so kräftig wie im Vorjahr, was zu einem guten Teil auf Mehreinnahmen aufgrund von Steuerrechtsänderungen zurückging, und die sonstigen laufenden Einnahmen expandierten dank der höheren Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank wieder. Der Ausgabenanstieg blieb auf dem Niveau des Vorjahres.

Wie die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigen, wurde die Ausgabenexpan-

Tabelle 29 **Finanzpolitische Eckdaten für das Jahr 1994 [1]**
In der Abgrenzung der Finanzstatistik

	Ausgaben [2]		Einnahmen [2]		Finanzierungssaldo	Defizitquote [3]
	Mrd DM	vH [4]	Mrd DM	vH [4]	Mrd DM	vH
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 165	+ 4½	1 028	+ 5	−137	4,1
davon:						
Gebietskörperschaften	1 080	+ 3	959	+ 3½	−121	3,6
Nebenhaushalte [5]	142	+42½	126	+49	− 16	0,5
Sozialversicherung [6]	X	X	X	X	+ 7	X
Treuhandanstalt	X	X	X	X	− 40	X
Insgesamt	X	X	X	X	−170	5,1

[1] Eigene Schätzung.
[2] Bereinigt um die Übertragungen zwischen den verschiedenen Haushalten.
[3] Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt für Deutschland.
[4] Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[5] Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, EU-Anteile.
[6] Gesetzliche Krankenversicherung, Gesetzliche Rentenversicherung, Unfallversicherung, Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst, landwirtschaftliche Alterskassen.

Tabelle 30

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Deutschland

Art der Einnahmen und Ausgaben	1991	1992	1993	1994[1]	1992	1993	1994[1]
	Mrd DM[2]				Veränderung gegen Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen: Gebietskörperschaften[3]							
Einnahmen, insgesamt	803,6	894,1	913,1	961	+11,3	+ 2,1	+ 5
davon:							
Steuern	689,0	754,5	771,4	810½	+ 9,5	+ 2,2	+ 5
Sozialbeiträge	27,3	29,5	30,9	32½	+ 8,4	+ 4,5	+ 5
sonstige laufende Einnahmen	59,5	79,2	77,9	82	+33,3	− 1,7	+ 5½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	27,9	30,8	33,0	36	+10,7	+ 6,9	+ 9
Ausgaben, insgesamt	920,8	983,1	1 028,1	1 075	+ 6,8	+ 4,6	+ 4½
davon:							
Staatsverbrauch	366,3	396,4	404,1	409	+ 8,2	+ 1,9	+ 1
Einkommensübertragungen	340,4	344,2	378,1	406	+ 1,1	+ 9,9	+ 7½
davon:							
private Haushalte	138,5	151,4	162,3	183	+ 9,3	+ 7,2	+12½
Unternehmen und übrige Welt	127,8	112,0	114,7	121	−12,4	+ 2,4	+ 5½
darunter:							
Subventionen	65,6	58,1	58,5	64½	−11,3	+ 0,7	+10
Sozialversicherung	74,1	80,8	101,1	101½	+ 9,0	+25,1	+ ½
Zinsen	77,2	101,2	104,5	122	+31,0	+ 3,3	+16½
Vermögensübertragungen	64,4	57,3	56,9	52	−11,1	− 0,7	− 8½
Investitionen	72,6	84,1	84,4	86	+15,9	+ 0,4	+ 2
Finanzierungssaldo	−117,3	− 89,0	−114,9	−114	x	x	x
Nachrichtlich:							
Ausgabenquote[4]	32,3	32,0	32,5	32,2	x	x	x
Steuerquote[4]	24,1	24,5	24,4	24,3	x	x	x
Defizitquote[4]	4,1	2,9	3,6	3,4	x	x	x
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Gebietskörperschaften[5]							
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel)	810,6	897,4	924,7	959	+10,7	+ 3,0	+ 3½
darunter:							
Steuern	661,9	731,7	749,1	785½	+10,5	+ 2,4	+ 5
Ausgaben (ohne Schuldentilgung)	896,7	985,7	1046,9	1080	+ 9,9	+ 6,2	+ 3
Finanzierungssaldo[6]	− 86,1	− 88,3	−122,2	−121	x	x	x
Nebenhaushalte und Sonderrechnungen[7]							
Einnahmen	47,6	74,4	85,1	126	+56,3	+14,5	+48
Ausgaben	84,2	102,9	100,3	142	+22,2	− 2,6	+41½
Finanzierungssaldo	− 36,6	− 28,6	− 15,2	− 16	x	x	x
Öffentlicher Gesamthaushalt[8]							
Einnahmen	849,6	948,2	977,1	1 028	+11,6	+ 3,0	+ 5
Ausgaben	972,3	1 065,2	1 114,5	1 165	+ 9,6	+ 4,6	+ 4½
Finanzierungssaldo[6]	−122,7	−116,9	−137,3	−137	x	x	x
Nachrichtlich:							
Ausgabenquote[9]	34,1	34,6	35,3	35,0	x	x	x
Steuerquote[9]	23,2	23,8	23,7	23,6	x	x	x
Defizitquote[9]	4,3	3,8	4,3	4,1	x	x	x

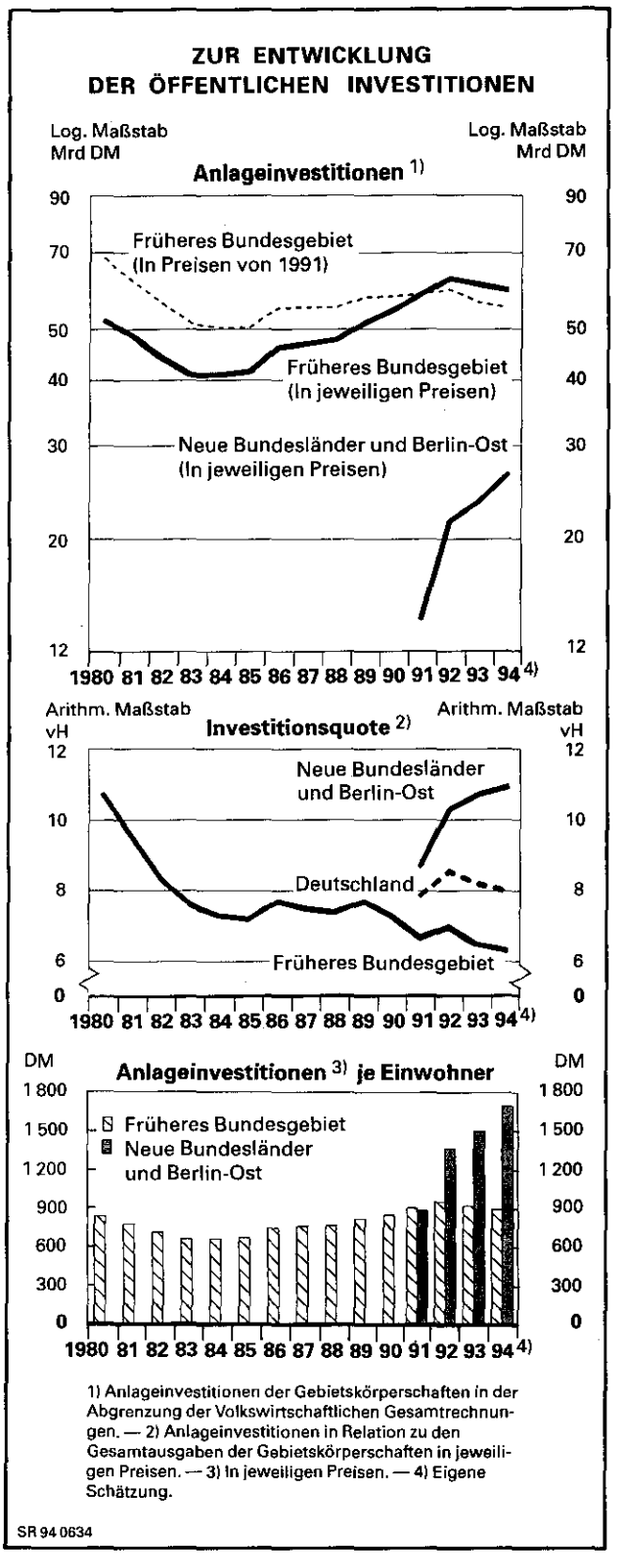
[1] Eigene Schätzung.
[2] Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3] Bund, Länder und Gemeinden, EU-Anteile, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds, Kreditabwicklungsfonds, Fonds „Deutsche Einheit" und ab 1994 Bundeseisenbahnvermögen.
[4] Ausgaben/Steuereinnahmen/Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.
[5] Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände. Bereinigt um Übertragungen zwischen den Haushalten.
[6] Einschließlich des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen.
[7] EU-Anteile, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds, Kreditabwicklungsfonds, Fonds „Deutsche Einheit" und ab 1994 Bundeseisenbahnvermögen.
[9] Ausgaben/Steuereinnahmen/Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

sion durch die Entwicklung beim Staatsverbrauch, bei den Vermögensübertragungen und bei den Investitionen gedämpft. Überdurchschnittlich stiegen hingegen die Einkommensübertragungen. Dies war nicht nur durch die sozialen Leistungen bedingt, die insbesondere aufgrund der Situation am Arbeitsmarkt trotz der im Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm verankerten Leistungskürzungen nur geringfügig schwächer anstiegen als im Vorjahr, sondern ebenso durch die Subventionen. Jeweils hat sich auch die Bahnreform ausgewirkt, so mußten vom Bund und dem neu eingerichteten Bundeseisenbahnvermögen erstmals soziale Leistungen in Höhe von 9 Mrd DM und gegenüber dem Vorjahr um knapp 6½ Mrd DM höhere Subventionen gezahlt werden. Der überaus kräftige Anstieg der Zinsausgaben in den öffentlichen Haushalten war zu einem guten Teil durch die erstmals fälligen Zinsendiensthilfen des Bundes in Höhe von über 5½ Mrd DM für die vom Bundeseisenbahnvermögen übernommenen Altschulden der Deutschen Bahnen verursacht. Stellt man diesen Belastungen Einsparungen gegenüber, dann hat die Bahnreform immer noch zu Mehrausgaben von über 13½ Mrd DM geführt, dies entsprach einem Zuwachs von 1,3 vH. Anders gewendet: Ohne die Bahnreform wäre, rein rechnerisch, der Ausgabenanstieg unter dem Niveau des Vorjahres geblieben. Wegen der ebenfalls durch diese Reform veranlaßten Erhöhung der Mineralölsteuer, die zu einem Mehraufkommen von rund 8 Mrd DM führte, blieb der Einfluß auf das Finanzierungsdefizit mit rund 5 Mrd DM allerdings geringer.

157. Die Qualität der gewählten Konsolidierungsstrategie läßt sich an der Entwicklung jener Ausgabenkategorien erkennen, die von den Gebietskörperschaften weitgehend frei gestaltet werden können. Dazu gehören die Investitionsausgaben und mit Einschränkungen die im Staatsverbrauch zusammengefaßten Sach- und Personalausgaben. Bei beiden Ausgabenarten wurde im Jahre 1994 der im Vorjahr begonnene Sparkurs fortgesetzt. Beim Staatsverbrauch ermöglichten der Abbau des Personalbestandes, der im Durchschnitt gut 1 vH erreichte, sowie der moderate Tarifabschluß erneut eine Abschwächung im Anstieg. Die Investitionsausgaben aller Gebietskörperschaften erhöhten sich deutlich langsamer als die Gesamtausgaben. Dabei waren sie in Westdeutschland erneut rückläufig (–2½ vH), während sie in Ostdeutschland mit 12½ vH wiederum kräftig expandierten. Offenkundig gelingt es den westdeutschen Gebietskörperschaften — wie schon in der ersten Hälfte der achtziger Jahre — auch bei andauerndem Konsolidierungsdruck nicht, an anderer Stelle in den öffentlichen Haushalten nachhaltig Einsparungen vorzunehmen. Bei allen berechtigten Vorbehalten gegen eine Vielzahl staatlicher Investitionsvorhaben sind angesichts dieser Entwicklung der Investitionsausgaben Befürchtungen nicht unbegründet, daß auf mittlere Sicht Mängel in der Infrastruktur auftreten können.

Dies gilt um so mehr, als die Investitionsquote in den Haushalten der westdeutschen Gebietskörperschaften auch nach Abschluß der Konsolidierungsaufgabe Mitte der achtziger Jahre nicht wieder erhöht werden konnte (Schaubild 33); sie verharrte in den Jahren

Schaubild 33



1) Anlageinvestitionen der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — 2) Anlageinvestitionen in Relation zu den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften in jeweiligen Preisen. — 3) In jeweiligen Preisen. — 4) Eigene Schätzung.

1986 bis 1990 trotz mitunter wieder kräftiger Zuwachsraten der staatlichen Investitionsausgaben auf dem — im langfristigen Vergleich — niedrigsten Niveau von 7,5 vH. Ausgelöst durch die deutsche Vereinigung und die damit notwendig gewordenen Transferzahlungen an die neuen Länder und deren Gemeinden ging die Investitionsquote in den west-

deutschen Haushalten noch weiter zurück. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die im Jahre 1993 begonnene Konsolidierungspolitik der Länder und Gemeinden in Westdeutschland, die zu einem erneuten Rückgang der Investitionsausgaben führte. Dem stehen die investiven Ausgaben der Gebietskörperschaften in den neuen Bundesländern gegenüber, die kräftige Zuwachsraten aufweisen und je Einwohner in diesem Jahr fast das Doppelte des westdeutschen Wertes erreicht haben. Die entsprechende Investitionsquote liegt deutlich über der westdeutschen, ihre Entwicklung hat allerdings in diesem Jahr unter dem Druck expandierender Sozialausgaben deutlich an Dynamik verloren. Bezogen auf die gesamtdeutsche Situation hat sich zwar die Investitionsquote im Niveau wieder erhöht, sie hat jedoch mit 8 vH nicht einmal einen Wert wie zu Beginn der achtziger Jahre erreicht, der schon deutlich unter den Ergebnissen früherer Jahre lag; so betrug die Investitionsquote im Jahre 1970 noch 16,5 vH.

158. *Das Defizit im Haushalt der Gebietskörperschaften, wie es im Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesen wird, weicht mitunter erheblich vom Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts ab, das sich in der Abgrenzung der Finanzstatistik errechnet; diese Differenz hat sich infolge der deutschen Vereinigung deutlich erhöht (Tabelle 31). Für das*

Tabelle 31

Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Finanzstatistik

Mrd DM

Jahr	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen[1]			Finanzstatistik[2]			Differenz der Finanzierungssalden[3]	Zerlegung der Differenz			
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungssaldo	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungssaldo		Darlehensgewährung und -rückflüsse[4]	Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen	Bundesbankgewinn	Rest[5]
	Früheres Bundesgebiet										
1974	303,1	286,4	– 16,8	318,3	290,9	– 27,3	10,5	3,2	1,9	.	5,4
1975	343,6	288,4	– 55,2	360,5	296,7	– 63,8	8,6	3,4	2,0	.	3,2
1976	363,4	324,5	– 38,8	376,8	328,7	– 48,0	9,2	4,7	1,9	.	2,6
1977	385,4	360,2	– 25,2	395,2	364,0	– 31,2	6,0	3,7	1,8	.	0,6
1978	414,6	385,1	– 29,4	433,4	393,7	– 39,6	10,2	4,2	2,3	.	3,7
1979	449,1	413,3	– 35,9	469,9	423,5	– 46,6	10,7	5,9	2,7	.	2,2
1980	486,7	440,2	– 46,4	509,2	452,2	– 57,1	10,6	6,8	2,6	.	1,2
1981	513,8	451,3	– 62,6	541,8	466,1	– 75,7	13,1	7,4	2,2	.	3,4
1982	531,0	470,8	– 60,2	561,6	491,6	– 69,6	9,4	5,9	2,4	.	1,2
1983	539,2	496,8	– 42,4	570,1	514,8	– 55,3	12,9	8,0	2,5	.	2,3
1984	557,9	524,3	– 33,6	583,6	537,1	– 46,5	12,9	11,0	1,8	.	0,1
1985	575,3	549,2	– 26,1	604,4	565,1	– 39,3	13,2	8,8	3,2	.	1,3
1986	600,5	566,0	– 34,5	628,6	586,3	– 42,3	7,8	7,6	1,1	.	– 1,0
1987	623,0	578,6	– 44,4	651,3	600,2	– 51,1	6,7	7,2	–0,2	.	– 0,2
1988	643,9	597,3	– 46,6	671,5	619,7	– 51,8	5,2	7,1	0,0	.	– 1,9
1989	670,2	656,2	– 14,0	701,5	674,4	– 27,1	13,1	7,8	1,9	5,0	– 1,7
1990	744,5	674,7	– 69,8	818,5	724,1	– 94,4	24,6	12,6	2,6	3,0	6,5
	Deutschland										
1991	920,8	803,6	–117,2	972,3	849,6	–122,7	5,5	16,1[a]	3,2[a]	1,3	–15,0
1992	983,2	894,1	– 89,1	1 065,2	948,2	–116,9	27,8	17,6[b]	4,8[b]	7,5	– 2,0
1993	1 028,1	913,1	–115,0	1 114,5	977,1	–137,3	22,3	16,4[b]	5,5[b]	6,1	– 5,7
1994[c]	1 075,0	961,0	–114,0	1 165,0	1 028,0	–137,0	23,0	14,5	5,0	11,3	– 7,8

[1] Gebietskörperschaften; ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Bund, EU-Anteile, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit" (ab 1990), Kreditabwicklungsfonds (ab 1990), Bundeseisenbahnvermögen (ab 1994), Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände einschließlich Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.
[3] Finanzierungssaldo nach der Finanzstatistik minus Finanzierungssaldo nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[4] Nichtöffentlicher Bereich.
[5] Aufgrund „saldenwirksamer" Unterschiede zwischen den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Finanzstatistik.
[a] Ohne Länder und Gemeinden in Ostdeutschland.
[b] Kassenergebnisse der Vierteljahresstatistik.
[c] Eigene Schätzung.

Jahr 1994 beträgt die Differenz der Finanzierungssalden 23 Mrd DM in den Jahren 1990 bis 1994 durchschnittlich rund 20,5 Mrd DM, im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1989 jedoch nur 10 Mrd DM. Diese Entwicklung bedarf der Erläuterung.

Grundsätzlich beruhen die Abweichungen zwischen beiden Rechenwerken auf einer Reihe konzeptioneller Unterschiede. Die Finanzstatistik berücksichtigt jeden kassenwirksamen Vorgang, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur geldvermögenswirksame Einnahmen und Ausgaben. Der finanzstatistische Finanzierungssaldo kennzeichnet die zur Deckung der Ausgaben erforderliche zusätzliche Kreditaufnahme, der Finanzierungssaldo der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hingegen die Veränderung der Forderungen und der Verbindlichkeiten des Staates. Bedeutsam für die Abweichung der Salden sind die folgenden Aspekte: In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird anders als in der Finanzstatistik der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes zum Staat gerechnet. Das in diesem Jahr erstmals zu berücksichtigende Bundeseisenbahnvermögen wird in der Finanzstatistik vollständig zum Staatssektor gezählt, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur jener Teil, der für die Altlasten der Bahn (Schulden, Versorgungsleistungen und Unterhalt nicht betriebsnotwendiger Liegenschaften) aufkommt. Ein weiterer konzeptioneller Unterschied resultiert aus der abweichenden zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben; die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach der Entstehung der Steuerschuld, Bauinvestitionen in dem Umfang, wie sie produktionswirksam werden, zeitlich zugeordnet. Der Bundesbankgewinn mindert in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in voller Höhe das jeweilige Finanzierungsdefizit, in der Finanzstatistik nur gemäß dem Ansatz der Finanzplanung. Der quantitativ entscheidende saldenwirksame Unterschied zwischen den beiden Rechenwerken besteht in der Erfassung von Einnahmen und Ausgaben der Finanzierungsrechnung (insbesondere Darlehensgewährung an Dritte und Rückflüsse daraus) sowie der Vermögensrechnung (insbesondere Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen); diese werden jeweils nur in der Finanzstatistik ausgewiesen.

Die deutsche Vereinigung hat über eine verstärkte Darlehensgewährung — vor allem über das ERP-Sondervermögen im Rahmen verschiedener Programme zur Förderung privater Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern — die Differenz zwischen den Finanzierungssalden in den beiden Abgrenzungen seit dem Jahre 1990 ansteigen lassen. Zudem hat die Vereinigung einmalig im Jahre 1990 diese Abweichung beeinflußt, indem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Saldenausgleich für den übergeleiteten Haushalt der DDR (Abschnitt B im 3. Nachtrag zum Bundeshaushalt 1990) als Ausgabe gebucht wurde, in der Finanzstatistik hingegen nicht. Zusätzlich haben in den Jahren 1990 und 1991 einige Sonderfaktoren (Schuldenerlaß für Entwicklungsländer, Übernahme von Altschulden der Deutschen Bundesbahn durch den Bund, Einfluß der Einnahmen aus dem in dieser Zeit erhobenen Solidaritätszuschlag auf die Phasenverschiebung) die Differenz der Finanzierungssalden vergrößert.

Für die finanzpolitische Diagnose sind die Ergebnisse der Rechenwerke je nach Schwerpunkt der Fragestellung unterschiedlich aussagekräftig. Richtet sich diese eher auf die direkte Beeinflussung gesamtwirtschaftlicher Vorgänge wie auf die Entwicklung der gesamtstaatlichen Ausgabenstruktur im volkswirtschaftlichen Kontext, dann ist der Rückgriff auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sinnvoll. Freilich wirkt der Staat auch durch seine Darlehensgewährung auf die Dispositionen der privaten Wirtschaft ein, so daß in diesem Zusammenhang die ergänzende Betrachtung der finanzstatistischen Daten geboten ist. Für die konsolidierungspolitische Bewertung der Finanzpolitik und der konkreten Entwicklung der öffentlichen Haushalte auf den verschiedenen Ebenen sowie die Frage nach der Kapitalmarktbelastung durch das staatliche Finanzgebaren liefern die Daten der Finanzstatistik die relevanten Informationen.

Gebietskörperschaften auf Konsolidierungskurs eingeschwenkt

159. Mit Ausnahme der ostdeutschen Gemeinden gelang es in diesem Jahr allen Gebietskörperschaften, ihre Ausgabenexpansion einzudämmen, aber lediglich dem Bund, der überdurchschnittlich aus der verbesserten Einnahmenentwicklung Nutzen zog, war es möglich, das Finanzierungsdefizit deutlich unter den Vorjahreswert zu führen (Tabelle 32). Dagegen haben die Länder ihre Neuverschuldung erhöht. Bei den Gemeinden konnte dies verhindert werden — in Westdeutschland, weil die Ausgabenentwicklung an die Einnahmenentwicklung angeglichen wurde, und in Ostdeutschland, weil die Einnahmen aufgrund erhöhter Zuweisungen des Bundes und der Länder sowie weiter steigender Gebühreneinnahmen nochmals stark überdurchschnittlich zunahmen und dadurch den Spielraum für die im Vergleich zum Vorjahr höhere Zuwachsrate bei den Ausgaben schufen.

160. Mit 62 Mrd DM verblieb der Fehlbetrag im **Bundeshaushalt** deutlich unter dem Etatansatz. Dafür waren sowohl die infolge der wirtschaftlichen Erholung günstigere Entwicklung der Steuereinnahmen wie auch zusätzliche Entlastungen auf der Ausgabenseite verantwortlich. Da ein Teil der im Haushaltsvollzug erwirtschafteten Einsparungen die Investitionsausgaben (Sachinvestitionen und Finanzierungshilfen für Investitionen Dritter) betraf, blieb die Nettokreditaufnahme wie schon im Vorjahr leicht darüber. Die Bundesregierung hatte im Finanzplan darauf hingewiesen, daß dieses Überschreiten der Neuverschuldungsgrenze zur Abwehr der rezessiven Tendenzen in der Gesamtwirtschaft gerechtfertigt sei. Angesichts der im Jahresverlauf zunehmend kräftigeren konjunkturellen Erholung hätte es allerdings möglich sein müssen, die Neuverschuldung unter das Niveau der Investitionsausgaben zu drücken. Die Tatsache, daß weitere Einsparungen nur bei den Investitionsausgaben erreicht werden konnten, belegt einmal mehr, daß mit einer nachhaltigen Konsolidierung viel zu spät begonnen wurde. Anderenfalls hätten die Handlungsspielräume für notwendige Ausgabenkürzungen an anderer Stelle bestanden — trotz der Verpflichtungen, die der Bund in diesem Jahr durch die Übergangsregelung für die Altschuldenhilfe im ostdeutschen Wohnungsbau (2,35 Mrd DM) und die Aufstockung des Bundeszuschusses zum Fonds „Deutsche Einheit" (5,35 Mrd DM) zusätzlich gegenüber dem vorherigen Finanzplan übernehmen mußte, und trotz der um gut 9 Mrd DM gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Zuschüsse an die Gesetzliche Rentenversicherung.

Während im vergangenen Jahr der Bundeshaushalt massiv durch die Rezession betroffen war, blieb er in diesem Jahr von konjunkturellen Zusatzbelastungen verschont, die die Gesamtausgaben über das Soll geführt hätten. Zwar mußten bei der Arbeitslosenhilfe gegenüber dem Jahr 1993 Mehrausgaben in Höhe von 4,5 Mrd DM verkraftet werden, die aus einer erhöhten Anzahl von Langzeitarbeitslosen resultierten, hingegen blieb der Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit um 4 Mrd DM unter dem Etatansatz und um 10 Mrd DM unter dem Wert des Vorjahres. Da die von der

Tabelle 32

Entwicklung der Haushalte der Gebietskörperschaften

In der Abgrenzung der Finanzstatistik

Gebietskörperschaft	1991	1992	1993	1994 [1]	1992	1993	1994 [1]
	Mrd DM				Veränderung gegen Vorjahr in vH		
Bund [2]							
Einnahmen	348,6	387,8	390,5	412½	+11,3	+0,7	+5½
Ausgaben	401,8	427,2	457,5	474½	+ 6,3	+7,1	+3½
Finanzierungssaldo	−53,2	−39,4	−66,9	−62	x	x	x
Länder-West							
Einnahmen	303,6	320,6	329,7	331	+ 5,6	+2,8	+ ½
Ausgaben	320,1	336,8	351,8	356½	+ 5,2	+4,5	+1½
Finanzierungssaldo	−16,5	−16,1	−22,1	−25½	x	x	x
Gemeinden-West							
Einnahmen	222,9	240,5	251,1	255	+ 7,9	+4,4	+1½
Ausgaben	228,9	250,7	260,1	263½	+ 9,5	+3,8	+1½
Finanzierungssaldo	− 6,0	−10,1	− 9,0	− 8½	x	x	x
Länder-Ost							
Einnahmen	76,1	85,3	89,2	93	+12,1	+4,5	+4½
Ausgaben	88,5	100,3	108,8	114	+13,3	+8,5	+5
Finanzierungssaldo	−12,4	−15,0	−19,6	−21	x	x	x
Gemeinden-Ost							
Einnahmen	50,1	56,5	61,9	65½	+12,8	+9,5	+6
Ausgaben	48,2	64,2	66,3	69½	+33,2	+3,4	+5
Finanzierungssaldo	1,9	− 7,7	− 4,5	− 4	x	x	x
Gebietskörperschaften [3]							
Einnahmen	810,6	897,4	924,7	959	+10,7	+3,0	+3½
Ausgaben	896,7	985,7	1 046,9	1 080	+ 9,9	+6,2	+3
Finanzierungssaldo	−86,1	−88,3	−122,2	−121	x	x	x

[1] Eigene Schätzung.
[2] Ohne Nebenhaushalte und Sonderrechnungen.
[3] Um Übertragungen zwischen den Haushalten bereinigt.

Bundesregierung geplante Befristung der im Anschluß an den Bezug von Arbeitslosengeld zu zahlenden Arbeitslosenhilfe im Vermittlungsverfahren an der Bundesratsmehrheit scheiterte, wurden zusätzliche Einsparungen in Höhe von gut 2½ Mrd DM nicht realisiert. Bezogen auf den zusammengefaßten Haushalt aller Gebietskörperschaften hätte es sich dabei ohnehin nur um eine Ausgabenverlagerung gehandelt, da die Gemeinden infolge der dadurch erhöhten Sozialhilfezahlungen in etwa dem gleichen Umfang zusätzlich belastet worden wären; je nach durchschnittlicher Struktur und Größe der Haushalte, die Arbeitslosenhilfe beziehen, hätte netto sogar eine Mehrbelastung entstehen können.

Angesichts der sichereren Planungsgrundlagen für die Erstellung des Bundeshaushalts — sowohl hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als auch der finanziellen Verpflichtungen im föderalen Verbund — war in diesem Jahr, anders als 1993, weder ein Nachtragshaushalt erforderlich (JG 93 Ziffer 153), noch mußten in größerem Umfang außer- und überplanmäßige Ausgaben getätigt werden. Vielmehr gelang es, die im Haushaltsgesetz vorgesehene globale Minderausgabe in Höhe von 5,26 Mrd DM sowie weitere Minderausgaben zur Finanzierung des Mehrbedarfs bei der Arbeitslosenhilfe zu erwirtschaften (Tabelle 33). Neben dem geringeren

Tabelle 33

Haushaltsergebnisse des Bundes

Mrd DM

Jahr	Differenz zwischen Ausgaben-Soll und Ausgaben-Ist [1]	Minderausgaben zur Finanzierung von Mehrausgaben [2]	Minderausgaben, netto [3]	Globale Minderausgabe gemäß Haushaltsplan [4]
1990	16,0	—	16,0	1,16
1991	8,6	5,6	14,2	9,32
1992	−2,1	8,1	6,0	1,83
1993	−0,7	7,3	6,6	3,37
1994	5,5	6,5	12,0	5,26

[1] Bezogen auf den jeweiligen Haushalt einschließlich aller Nachträge.
[2] Mehrausgaben im Haushaltsvollzug und aufgrund von Nachtragshaushalten.
[3] Differenz zwischen Ausgaben-Soll und Ausgaben-Ist zuzüglich Minderausgaben, die der Finanzierung von Mehrausgaben dienten.
[4] Einschließlich Nachträge.

Quelle für Grundzahlen: BMF

Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit erwies sich erneut, daß die Ansätze im Bundeshaushalt hinreichend Spielraum geben für das Auffangen allgemeiner Haushaltssperren, wie sie in diesem Jahr ressortweise vorgegeben wurden. Zwar ist grundsätzlich anzuerkennen, daß die Haushaltsplanung schwierig und — zumal in konjunkturell unsicheren Zeiten — Unwägbarkeiten ausgesetzt ist. Gleichwohl kann weder die Anwendung des Instruments der globalen Minderausgabe noch die Erwirtschaftung von Einsparungen im Haushaltsvollzug — zumal in den Größenordungen der letzten Jahre — auf Dauer ein Ausweis einer zielorientierten Ausgabenpolitik sein. Beide Tatbestände stellen die Ordnungsfunktion des Budgets, die sich aus der Umsetzung der politisch definierten Aufgaben in Ausgabenkategorien ergibt, und die Rechtsfunktion desselben, die aus der Rechtsverbindlichkeit der mit dem Haushaltsgesetz spezifizierten Handlungsanweisung folgt, in Frage. Als eine Antwort auf kurzfristig eintretende Zusatzbelastungen mag eine solche Haushaltspolitik vertretbar sein, als Teil einer Konsolidierungsstrategie liefe sie darauf hinaus, die Ausgabenreduzierung quantitativ, vor allem aber qualitativ dem Zufall administrativer Bedingungen und Möglichkeiten zu überlassen.

161. Wegen der schwerpunktmäßig auf die Sozialausgaben bezogenen Sparmaßnahmen stieg dieser Ausgabenblock im Bundeshaushalt nur noch mit 2,8 vH an, nach einem Zuwachs von 18,3 vH im Jahre 1993. Gleichwohl entfiel mit 178,5 Mrd DM wiederum mehr als ein Drittel der Bundesausgaben auf diesen Ausgabenposten. Erneut zugenommen hat dabei der Anteil, der auf die Zuschüsse an die Gesetzliche Rentenversicherung entfällt. Nach den Bestimmungen des Rentenreformgesetzes 1992 richtet sich die Anpassung des Bundeszuschusses einerseits nach dem Anstieg der Bruttoverdienste im jeweils vorletzten Jahr, andererseits nach der Beitragssatzveränderung im laufenden Jahr. Hatte der Bund durch die Senkung des Beitragssatzes der Rentenversicherung (zum 1. April 1991 von 18,7 vH auf 17,7 vH und zum 1. Januar 1993 auf 17,5 vH) in den vergangenen Jahren nicht nur Erhöhungen des Beitragssatzes der Arbeitslosenversicherung kompensiert, sondern zugleich seinen Haushalt entlastet, so mußte er infolge der Anhebung des Beitragssatzes auf 19,2 vH in diesem Jahr einen um über 9 Mrd DM höheren Zuschuß leisten.

Im Gegensatz zu den sozialen Leistungen waren die Investitionsausgaben des Bundes (eigene Investitionen und Finanzierungshilfen für Investitionen Dritter) in diesem Jahr leicht rückläufig, ihr Anteil an den Gesamtausgaben ging von 14,2 vH auf 13 vH zurück. Die Investitionsausgaben blieben damit um 3 Mrd DM unter dem Planwert. Ursächlich waren dafür sowohl eine Verringerung der Finanzierungshilfen — vor allem an den öffentlichen Sektor (–8 vH) — als auch die Rückführung der eigenen Sachinvestitionen (–8 vH).

Dramatisch war die Entwicklung der Zinsausgaben des Bundes. Für die Verzinsung eigener Schulden hatte der Bund rund 52 Mrd DM aufzuwenden, fast 6½ Mrd DM mehr als im Vorjahr. Für die Zinsverpflichtungen aus dem Kreditabwicklungsfonds (6 Mrd DM), dem Fonds „Deutsche Einheit" (3,6 Mrd DM) sowie erstmals für die Altschulden der deutschen Bahnen (5,8 Mrd DM) und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft (2,4 Mrd DM) mußte der Bund zusammen fast 18 Mrd DM erstatten. Die Zinslastquote erreichte damit 14,7 vH nach 11,7 vH im Jahre 1993. Die Zins-Steuer-Quote, die für das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Jahre 1992 zur finanziellen Lage der Länder Bremen und Saarland einen Maßstab zur Definition einer Haushaltsnotlage darstellte (JG 93 Ziffer 167), belief sich auf gut 18,5 vH und lag damit nahe bei der vom Gericht für das Saarland als kritisch bezeichneten Quote (19,8 vH im Jahre 1986). Die Einschränkung des finanzpolitischen Handlungsspielraums hat für den Bund ein bedenkliches Ausmaß erreicht, wenngleich ihm — anders als Ländern und Gemeinden — die Möglichkeit offen steht, über Steuererhöhungen die Einnahmen zu verbessern.

162. Die **westdeutschen Länder und Gemeinden** mußten auch in diesem Jahr den Ausgabenanstieg bremsen. Nicht nur die aus der Rezession noch folgenden Belastungen ließen keine andere Wahl, sondern bei einigen Ländern und Gemeinden auch die nunmehr definitiven Verpflichtungen im Rahmen des zum 1. Januar 1995 neu geordneten gesamtdeutschen Finanzausgleichs, wofür finanzielle Freiräume geschaffen werden mußten. So nahmen die Ausgaben der Länder und der Gemeinden jeweils um 1½ vH zu. Wegen der im Vergleich zum Bund schwachen Einnahmenentwicklung stiegen die Finanzierungsdefizite der Länder trotzdem an und die der Gemeinden verblieben auf hohem Niveau, so daß die künftige Handlungsfähigkeit dieser Gebietskörperschaften auch von daher weiterhin eingeschränkt bleiben wird. Die Gemeinden waren in diesem Jahr nicht nur durch das noch rezessionsbedingt schwache Aufkommen der Gewerbesteuer betroffen, sondern zugleich durch die im Zusammenhang mit der Finanzierungsbeteiligung des aufgestockten Fonds „Deutsche Einheit" sowie dem Standortsicherungsgesetz vorgenommene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage um 1,2 Mrd DM oder 42 vH gegenüber dem Wert für 1993. Im Ergebnis waren allein die Steuereinnahmen der westdeutschen Gemeinden rückläufig, und zwar mit gut 1 vH; die Steuereinnahmen der Länder nahmen mit 2½ vH zu.

Entlastet wurden die Haushalte bei den Personalausgaben durch den niedrigen Tarifabschluß und die Fortführung der restriktiven Stellenbewirtschaftung. Bei den Ländern stagnierten zudem die Zahlungen an ihre Gemeinden, die schon im vergangenen Jahr als Ventil für den eigenen Konsolidierungsdruck herhalten mußten. Die Gemeinden waren wegen zunehmender Anspannung in den Verwaltungshaushalten, entsprechender Kreditaufnahme und rückläufiger Eigenmittel gezwungen, ihre Ausgaben für Sachinvestitionen nochmals deutlich zu verringern (–8 vH). Die Zinsausgaben stiegen bei den Ländern — unter Berücksichtigung der anteiligen Zinserstattungen an den Fonds „Deutsche Einheit" — um gut 6 vH und erreichten 9,2 vH der Gesamtausgaben (1993: 8,7 vH). In den Gemeindehaushalten stieg die Zinslastquote von 4,2 vH auf 4,5 vH. Stark, wenn auch gegenüber dem Vorjahr deutlich abgeschwächt, expandierten

— trotz der Deckelung der Regelsatzanhebung bei der Sozialhilfe (Entlastung etwa 1 Mrd DM) — die gemeindlichen Ausgaben für soziale Leistungen mit 7 vH. Mit über 47 Mrd DM haben sich die Sozialausgaben damit seit 1986 nahezu verdoppelt, während die Gesamtausgaben im gleichen Zeitraum nur auf das Anderthalbfache angestiegen sind.

163. Ein Rückblick auf die Entwicklung der Ausgabenstruktur der westdeutschen Gebietskörperschaften in den Jahren seit der deutschen Vereinigung deutet darauf hin, daß der Notwendigkeit für eine umfassende Revision der Ausgabenpolitik durch eine Neusetzung der Prioritäten nicht hinreichend Rechnung getragen wurde (JG 92 Ziffern 344ff., JG 93 Ziffern 301 ff.). Es gibt zwar keine unumstrittene Norm für diese Aufgabe, aber es lag doch nahe, daß die westdeutschen Gebietskörperschaften unter den veränderten Bedingungen den Anteil investiver Ausgaben hätten erhöhen und den Anteil für Transferausgaben an Unternehmen und private Haushalte hätten verringern sollen. Das ist nicht geschehen. Vielmehr ist die Ausgabenstruktur — im zusammengefaßten Haushalt der westdeutschen Gebietskörperschaften auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — weitgehend unverändert (Tabelle 34). Zwar haben der Bund und die westdeutschen Länder und Gemeinden direkt und indirekt Leistungen für Ostdeutschland erbracht, doch wurde zur Finanzierung neben Steuererhöhungen vor allem auf Kreditfinanzierung zurückgegriffen. Soweit Ausgabenkürzungen in Westdeutschland vorgenommen wurden, haben diese nur die Investitionen und — wenn auch in unzureichendem Ausmaß — die Subventionen betroffen. Eine umfassende Neuformulierung der finanzpolitischen Prioritäten kann — zumindest hinsichtlich der ausgewiesenen Ausgabenblöcke — nicht festgestellt werden. Das Beharrungsvermögen überkommener Strukturen erscheint, legt man den längerfristigen Vergleich zugrunde, stärker als vielfach vermutet. So erreichen die Personalausgaben immer noch etwa ein Drittel, die sächlichen Verwaltungsausgaben ein Fünftel der Gesamtausgaben und die sozialen Leistungen fast unverändert einen Anteil von rund 15 vH. Infolge der verstärkten Kreditfinanzierung haben freilich die Zinsausgaben ein deutlich höheres Gewicht erhalten. Dies war ebenso zwangsläufig wie das konjunkturabhängige Schwanken des Anteils der Übertragungen an die Sozialversicherung. Der relative Rückgang der sonstigen laufenden Übertragungen an Unternehmen und der Vermögensübertragungen im Jahre 1994 gegenüber dem Vorjahr resultiert allein aus der Bahnreform.

164. Die **ostdeutschen Länder und Gemeinden** weisen mit durchschnittlich 5 vH vergleichsweise hohe Zuwachsraten bei den Ausgaben auf. Die im vergangenen Jahr erkennbare Verlangsamung der Ausgabenexpansion hat sich nur bei den Ländern fortgesetzt. Die erneute Beschleunigung bei den kommunalen Ausgaben war im wesentlichen durch den mit 30 vH deutlichen Anstieg der Sozialausgaben begründet. Expansiv war bei Ländern und Gemeinden — freilich von niedrigem Niveau ausgehend — die Entwicklung der Zinsausgaben, die in den Länderhaushalten — einschließlich der Zinserstattungen für

Tabelle 34

Ausgabenstruktur im Haushalt der Gebietskörperschaften[1])

Früheres Bundesgebiet
Anteile in vH

Ausgabenart	1962	1975	1989	1993[2])[3])	1994[2])[3])
Staatsverbrauch[4])	*49,8*	*50,1*	*52,0*	*52,5*	*51,6*
— Einkommen aus unselbständiger Arbeit	*25,2*	*32,0*	*31,2*	*32,0*	*31,3*
— Sachaufwand[4])	*24,6*	*18,1*	*20,9*	*20,6*	*20,2*
Soziale Leistungen	*15,7*	*16,5*	*14,7*	*14,9*	*15,5*
Subventionen	*3,0*	*5,9*	*6,8*	*5,4*	*5,7*
Bruttoinvestitionen und Zinsen auf öffentliche Schulden	*17,2*	*15,7*	*16,7*	*18,7*	*19,7*
— Bruttoinvestitionen	*14,7*	*11,5*	*7,7*	*7,5*	*7,1*
— Zinsen auf öffentliche Schulden	*2,5*	*4,1*	*9,0*	*11,2*	*12,6*
Sonstige laufende Übertragungen	*10,7*	*13,0*	*15,0*	*17,4*	*16,7*
— an Unternehmen	*0,6*	*0,7*	*0,6*	*0,7*	*0,1*
— an private Organisationen ohne Erwerbszweck	*1,2*	*1,4*	*1,9*	*2,3*	*2,3*
— Sozialversicherung	*7,6*	*8,1*	*7,7*	*9,3*	*9,3*
— an die übrige Welt	*1,2*	*2,8*	*4,8*	*5,0*	*5,1*
Vermögensübertragungen	*9,4*	*6,6*	*4,6*	*3,6*	*3,3*
Nachrichtlich:					
Gesamtausgaben in Mrd DM	95,41	343,58	670,22	814,42	840,50

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Um die Zahlungen für Ostdeutschland bereinigt.
[4]) Verkäufe von Waren und Dienstleistungen nicht abgesetzt.

die ostdeutsche Wohnungswirtschaft — einen Anteil von über 5 vH und in den Gemeindehaushalten einen Anteil von 2,2 vH ausmachten. Da sowohl die Länder als auch die Gemeinden ihren Personalbestand weiter verringert haben, wirkte sich die Angleichung der Tariflöhne im öffentlichen Dienst von 77,5 vH auf 80,5 vH des westdeutschen Niveaus nur begrenzt aus. Die Personalausgaben nahmen mit 3 vH bei den Ländern und 1,5 vH bei den Gemeinden nur unterdurchschnittlich zu.

Die Ausgaben und Einnahmen der ostdeutschen Gebietskörperschaften haben sich — bezogen auf die Einwohnerzahl — vom westdeutschen Niveau weiter entfernt; so lagen die Pro-Kopf-Ausgaben der Länder bei 135 vH und die der Gemeinden bei 111 vH, die Pro-Kopf-Einnahmen bei 118 vH beziehungsweise 108 vH der entsprechenden Werte für Westdeutschland. Gering ist im Vergleich zum Westen immer noch die Bedeutung der eigenen Steuereinnahmen, je Einwohner erreichten diese gerade 50 vH des westdeutschen Niveaus; im Vorjahr lag dieser Wert bei 44 vH. Die dadurch bedingte Finanzierungslücke wurde zum größten Teil durch Zahlungen des Bundes, des Fonds „Deutsche Einheit" und der Europäischen Union gedeckt, die mit insgesamt 60 Mrd DM fast 40 vH der ordentlichen Einnahmen ausmachten. Die Kreditaufnahme erreichte bei den Ländern 19 vH, bei den Gemeinden 6,5 vH der jeweiligen Gesamtausgaben.

Wieder kräftigere Entwicklung der Steuereinnahmen

165. Im Jahre 1994 erreichte das gesamte Steueraufkommen 785½ Mrd DM und lag damit um 5 vH über dem Vorjahreswert; im Jahre 1993 hatte der Zuwachs nur knapp 2,4 vH betragen (Tabelle 35). Diese kräftige Einnahmenentwicklung beruht zum Teil auf erstmals aufkommenswirksamen Steuerrechtsänderungen. So wurde zum 1. Januar 1994 die Mineralölsteuer für Benzin und Dieselkraftstoff angehoben, zugleich wurden zahlreiche steuerliche Regelungen durch das Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz geändert. Einige Bestandteile des Föderalen Konsolidierungsprogramms — wie die Einbeziehung ausländischer Investmentfonds in den Zinsabschlag — wurden zum 1. Januar 1994 rechtskräftig oder wirkten sich — wie die zum 1. Juli 1993 beschlossene Anhebung der Versicherungsteuer — erst in diesem Jahr voll aus. In der Summe belief sich das Steuermehraufkommen infolge dieser Rechtsänderungen auf über 11 Mrd DM. Dagegen sind die Steuerausfälle anzusetzen, die sich aufgrund des Standortsicherungsgesetzes erstmals in Höhe von gut 4,5 Mrd DM ergaben. Bereinigt man das Steueraufkommen um die Auswirkungen aller Steuerrechtsänderungen, dann erreicht die Zuwachsrate 4 vH gegenüber dem Jahre 1993.

Im Vergleich zu unserer Prognose vom Herbst 1993 für das Jahr 1994, die auf der Annahme beruhte, daß das reale Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland im Jahresdurchschnitt nicht steigen würde, dürfte die wirtschaftliche Erholung für sich genommen zu einem Anstieg der Steuereinnahmen von gut 10 Mrd DM geführt haben; dies entspricht einem Zuwachs von fast 1½ vH gegenüber dem Vorjahr. Spürbar ausgewirkt hat sich die günstigere konjunkturelle Entwicklung bei den Steuern vom Umsatz, während die Veranlagungssteuern davon noch weitgehend unberührt blieben.

166. Die Aufkommensentwicklung der ertragsabhängigen Steuern in Westdeutschland war einerseits durch die konjunkturelle Entwicklung, andererseits durch die mit dem Standortsicherungsgesetz beschlossene steuerliche Entlastung der Unternehmen geprägt. Anders als in der offiziellen Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres erwartet, setzte sich der im Jahresverlauf zunehmend kräftigere Aufschwung noch nicht in entsprechend günstige Kassenergebnisse dieser Steuern um. Am ehesten war bei der veranlagten Einkommensteuer eine Wende zum Besseren zu erkennen; so dürfte das Bruttoaufkommen nach dem kräftigen Rückgang im Vorjahr (–6 vH) nur noch leicht rückläufig gewesen sein (–1½ vH). Wegen erhöhter Erstattungszahlungen im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung und der Einnahmenausfälle infolge des Standortsicherungsgesetzes ging allerdings das Kassenaufkommen mit 22 vH stärker zurück als im Jahre 1993.

Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer verringerte sich in diesem Jahr mit 34½ vH deutlich stärker als im Vorjahr. Dies gilt auch, wenn man die Entwicklung um die aufkommensmindernden Effekte der im Standortsicherungsgesetz beschlossenen Senkung der Steuersätze für einbehaltene und für ausgeschüttete Gewinne bereinigt; dann beläuft sich der Rückgang auf 21½ vH. Dieser Rückgang muß angesichts der Erholung der Konjunktur überraschen. Zur Erklärung ist auf zwei Faktoren zu verweisen: Einerseits blieben die Gewinne in den Industrieunternehmen, die vor allem die Körperschaftsteuer tragen, hinter der allgemeinen Gewinnentwicklung zurück. Andererseits erscheint gerade für die Körperschaftsteuer die Annahme begründet, daß die Vorauszahlungen auf die Steuerschuld von den Unternehmen mit beginnender Rezession sehr schnell und sehr kräftig nach unten angepaßt werden, bei einsetzender wirtschaftlicher Erholung die Anpassung nach oben hingegen eher zögernd und zurückhaltend vorgenommen wird. In der Situation des Jahres 1994, in der der Aufschwung zunächst nur sehr verhalten begann und dann für viele überraschend an Dynamik gewann, mögen die Chancen größer gewesen sein, eine positive Anpassung der Vorauszahlungen weiter als eigentlich begründbar hinauszuschieben.

Bei der Gewerbesteuer war ein weiterer Einbruch in diesem Jahr nicht zu verzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Gewerbesteueraufkommen des Jahres 1993 durch die Rezession noch nicht stark beeinflußt war; der Rückgang im Kassenaufkommen resultierte vor allem aus den zum 1. Januar 1993 rechtswirksamen Bestimmungen des Steueränderungsgesetzes 1992 (Erhöhung des Freibetrages für Einzelunternehmer und Personengesellschaften bei der Gewerbeertragsteuer, Staffelung der Meßzahlen nach dem Gewerbeertrag oberhalb dieses Freibetrags). Das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer erreichte hingegen in etwa das Niveau des Vorjahres.

Tabelle 35

Aufkommen aus wichtigen Steuerarten[1])

Steuerart	1991	1992	1993	1994[2])	1992	1993	1994[2])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber Vorjahr in vH		
Lohnsteuer, insgesamt	214,2	247,3	258,0	267	+15,5	+ 4,3	+ 3½
davon: West[3])	204,6	230,1	236,7	242	+12,5	+ 2,9	+ 2
Ost[4])	9,6	17,2	21,2	25	+79,0	+ 23,7	+17½
Veranlagte Einkommensteuer, insgesamt	41,5	41,5	33,2	26	− 0,0	− 20,0	−22
davon: West[3])	41,2	42,7	34,5	27	+ 3,7	− 19,2	−22
Ost[4])	0,3	−1,2	−1,3	− 1	x	x	x
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, insgesamt	11,4	11,3	12,0	16½	− 0,9	+ 6,3	+37½
davon: West[3])	11,3	11,0	11,6	15½	− 2,7	+ 5,2	+33½
Ost[4])	0,0	0,2	0,4	1	x	x	x
Zinsabschlag, insgesamt	x	x	10,7	15	x	x	+39½
davon: West[3])	x	x	10,6	14½	x	x	+36½
Ost[4])	x	x	0,1	0,2	x	x	x
Körperschaftsteuer, insgesamt	31,7	31,2	27,8	19½	− 1,7	− 10,8	−30
davon: West[3])	31,4	32,2	28,3	18½	+ 2,6	− 12,1	−34½
Ost[4])	0,3	−1,0	−0,5	1	x	x	x
Gewerbesteuer, insgesamt	41,3	44,8	42,3	42½	+ 8,6	− 5,8	+ ½
davon: West[3])	40,7	44,2	40,8	40½	+ 8,4	− 7,6	− 1
Ost[4])	0,5	0,7	1,5	2	+24,2	+112,4	+38
Umsatzsteuer[5])	179,7	197,7	216,3	236	+10,0	+ 9,4	+ 9
Mineralölsteuer	47,3	55,2	56,3	64	+16,7	+ 2,1	+13½
Tabaksteuer	19,6	19,3	19,5	20	− 1,7	+ 1,1	+ 3
Versicherungsteuer	5,9	8,1	9,3	11½	+38,1	+ 14,8	+24
Kraftfahrzeugsteuer	11,0	13,3	14,1	14	+20,9	+ 5,6	− ½
Vermögensteuer	6,7	6,8	6,8	6½	+ 0,3	+ 0,5	− 4
Gesamtsteueraufkommen	661,9	731,7	749,1	785½	+10,5	+ 2,4	+ 5
Nachrichtlich: Steuerquote[6])	23,2	23,8	23,7	23,6	x	x	x

[1]) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Gebietsstand: Früheres Bundesgebiet, die Angaben schließen Berlin-West ein.
[4]) Neue Bundesländer einschließlich Berlin-Ost.
[5]) Inlandsaufkommen, Erwerbssteuer (im innergemeinschaftlichen Handel) und Einfuhrumsatzsteuer (im Handel mit Drittländern).
[6]) Steuereinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in vH.

Quelle: BMF

So wirkte sich der wirtschaftliche Einbruch zur Jahreswende 1992/93 erst in diesem Jahr aus; das erklärt den Rückgang des Bruttoaufkommens in Westdeutschland um etwa 2 vH. Da im Jahre 1994 die hohen Erträge aus dem Jahre 1992 (Hauptveranlagungsjahr) endgültig zu versteuern waren, blieb der Rückgang dennoch vergleichsweise moderat.

167. Im Gebiet der neuen Bundesländer entwickelten sich die ertragsabhängigen Steuern durchweg günstiger als im vergangenen Jahr erwartet. Dies galt schon für das Steueraufkommen des Vorjahres, das noch im November 1993 von der amtlichen Steuerschätzung um 500 Mio DM zu niedrig geschätzt wurde. Wie die Ergebnisse des Jahres 1994 belegen, handelte es sich um eine kräftigere und nachhaltige Dynamik in der Entwicklung des Bruttoaufkommens dieser Steuern. Dazu trägt bei, daß die Finanzverwaltung inzwischen vergleichsweise effizient arbeitet.

Das Kassenaufkommen der Gewerbesteuer erreichte in diesem Jahr etwa 2 Mrd DM und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 38 vH. Bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer führte die Entwicklung des Bruttoaufkommens dazu, daß die Kassenergebnisse im Jahre 1994 trotz der Auszahlung von Investitionszulagen, die zusammen fast 4 Mrd DM erreichten, an der Schwelle zu positiven Werten lagen beziehungsweise diese überschritten.

Wegen der beschlossenen Aufstockung und Verlängerung der Investitionszulage in Ostdeutschland wird sich dieser Trend allerdings im kommenden Jahr nicht fortsetzen.

168. Die Lohnsteuer verzeichnete in Westdeutschland wegen der tariflichen Progressionswirkung trotz der nur leicht gestiegenen Bruttolohn- und -gehaltssumme einen Zuwachs von 2 vH; geschmälert wurde die Zunahme durch die Steuerfreistellung des Existenzminimums, die im Vorjahresvergleich einen zusätzlichen Steuerausfall von 500 Mio DM verursachte. Der mit 17½ vH erneut kräftige Anstieg des Lohnsteueraufkommens in Ostdeutschland reflektiert die mit 8½ vH nach wie vor dynamische Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Zudem führte der Wegfall des Tariffreibetrags zum 31. Dezember 1993 in diesem Jahr direkt und über eine Verschärfung der Progression zu einem Mehraufkommen von fast 1 Mrd DM.

169. Große Schwierigkeiten für die Steuerschätzungen hatte der zum 1. Januar 1993 eingeführte Zinsabschlag bereitet (JG 93 Ziffer 169). Davon waren nicht nur die Aufkommensschätzung für diese neue Erhebungsform der Kapitalertragsteuer betroffen, sondern infolge der damit verbundenen Anrechnungsmöglichkeiten auch das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der bisherigen Kapitalertragsteuer. Das tatsächliche Kassenaufkommen blieb im Jahre 1993 mit 10,7 Mrd DM noch geringfügig unter dem gegenüber früheren Schätzungen deutlich nach unten angepaßten Ansatz vom November 1993. Die ursprüngliche Prognose, die ein Bruttoaufkommen von über 23 Mrd DM vorsah, beruhte auf einer deutlichen Überschätzung der zinsabschlagrelevanten Geldvermögensbestände und der Durchschnittsverzinsung sowie einer ebenso gravierenden Unterschätzung der durch Freistellungen und Gestaltungsmöglichkeiten (beispielsweise Verlagerung von Zinserträgen auf Kinder, Bestandsverlagerungen in das Ausland) vorgenommenen Minderung der Bemessungsgrundlage. Da die durch den Zinsabschlag ausgelösten Anpassungsvorgänge bei den anderen Steuern nicht beobachtet werden können, muß offen bleiben, inwieweit dadurch die kassenmäßige Entwicklung dieser Steuern im Jahre 1994 durch die verschiedenen Steuervermeidungstatbestände, vielleicht auch durch Steuerhinterziehung beeinflußt wurde. Bei der Bewertung des Aufkommens aus dem Zinsabschlag muß aber grundsätzlich diese Wirkung berücksichtigt werden. So darf die Differenz zwischen dem für 1994 erwarteten Aufkommen von 15 Mrd DM und dem ursprünglichen Schätzansatz von etwa 32 Mrd DM nicht als definitiver Steuerausfall interpretiert werden, da in einem entsprechenden Umfang die Anrechnungen geringer ausgefallen sein dürften. Das Mehraufkommen von fast 4½ Mrd DM gegenüber dem Vorjahr beinhaltet die seit dem 1. Januar 1994 gültige Regelung für Stückzinsen und die Einbeziehung von Ausschüttungen ausländischer Investmentfonds (zusammen rund 1,1 Mrd DM) sowie die erstmals volle Aufkommenswirksamkeit des Zinsabschlags; im Jahre 1993 gingen wegen der erhebungsbedingten Verzögerung nur aus elf Monaten Steuereinnahmen an den Fiskus.

Entwicklung der Abgabenbelastung: Rückblick und Ausblick

170. Seit der deutschen Vereinigung sind Steuern und Sozialbeiträge mehrfach angehoben worden. Mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm wurde die unbefristete Wiedereinführung eines Solidaritätszuschlags zum 1. Januar 1995 beschlossen. Zusammen mit der vorübergehenden Erhöhung der Beitragssätze zur Gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 1994 und der am 1. Januar 1995 beginnenden Beitragspflicht für die Pflegeversicherung (1 vH des Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze der Gesetzlichen Krankenversicherung) ist dadurch eine beträchtliche Verschärfung in der Belastung der Einkommen festgelegt. Der Sachverständigenrat nimmt dies zum Anlaß, die durchschnittliche und marginale Belastung der Einkommen mit Lohnsteuer und Sozialabgaben in Westdeutschland im längerfristigen Vergleich zu untersuchen (Schaubild 34, Seiten 144f.). Wir aktualisieren frühere Berechnungen zur Abgabenbelastung für die Jahre 1960 bis 1984 aus dem Jahresgutachten 1983/84 (Ziffern 232ff.). Die Analyse muß sich mangels einer aktuellen und umfassenden Einkommensverteilungsstatistik für die Bundesrepublik Deutschland weiterhin auf die Belastungsentwicklung für vier typische westdeutsche Haushalte beschränken.

— ***Haushaltstyp I*** *ist ein lediger, sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer, dessen Einkommen dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt entspricht. Abweichend von dem Vorgehen im Jahre 1983 wurde für das Einkommen nicht der Modus (häufigster Wert) des Bruttolohns aus der Lohnsteuerstatistik herangezogen, sondern die durchschnittliche Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer, wie sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Inländerkonzept ausgewiesen wird (derzeit 49 300 DM). So können die Probleme vermieden werden, die mit der Fortschreibung des Bruttolohns in den Jahren entstünden, für die keine Lohnsteuerstatistik vorliegt.*

— *Der* ***Haushaltstyp Ia*** *beschreibt die Einkommenssituation eines ledigen Arbeitnehmers im sozialversicherungspflichtigen Angestelltenverhältnis, der ein Bruttoeinkommen erzielt, das doppelt so hoch ist wie das bei Typ I.*

— *Beim* ***Haushaltstyp II*** *handelt es sich um einen verheirateten sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen, schulpflichtigen Kindern, der Ehepartner ist nicht erwerbstätig, es findet eine gemeinsame Veranlagung statt. Das Einkommen entspricht dem des Haushaltstyps I.*

— *Der* ***Haushaltstyp IIa*** *weist die gleichen Merkmale auf wie Typ II, das Einkommen ist aber doppelt so hoch.*

Die Ausweitung der Analyse auf Haushalte mit geringerem Einkommen — etwa der Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittseinkommens — ist aus zwei Gründen schwierig: Zum einen fehlen die datenmäßigen Voraussetzungen, um die besonders in diesem Einkommensbereich bedeutsamen Sozialleistungen abzubilden. Zum anderen läßt sich die Einkommensteuerschuld wegen der für diese Haushalte maßgeblichen Bemessungsgrundlage „Erwerbsbezüge" (JG 93 Tabelle 63) nicht zutreffend ermitteln.

171. *Als Grundlage für die Berechnung der Steuerbelastung wurde die jeweils gültige Lohnsteuertabelle verwendet, demgemäß wurden nur die darin eingearbeiteten Freibeträge berücksichtigt: Kinderfreibetrag, Vorsorgepauschale, Sonderausgaben-Pauschbetrag, von 1978 bis 1980 Tariffreibetrag, bis 1989 Weihnachtsfreibetrag und Arbeitnehmer-Freibetrag sowie Werbungskosten-Pauschbetrag, ab 1990 Arbeitnehmer-Pauschbetrag. Für die Jahre 1991 und 1992 sowie ab 1995 wurde der Solidaritätszuschlag in die Berechnung einbezogen. Außerdem*

war zu berücksichtigen, daß im betrachteten Zeitraum der Familienlastenausgleich unterschiedlich gestaltet war. In den Jahren 1975 bis 1982 wurde kein Kinderfreibetrag gewährt, zugleich das Kindergeld in festen Beträgen unabhängig vom Einkommen gezahlt. Im Jahre 1983 wurde wieder ein Kinderfreibetrag eingeführt und das Kindergeld ab dem zweiten Kind einkommensabhängig gewährt. Um eine im Zeitablauf vergleichbare Reihe zu erhalten, haben wir in allen Jahren das jeweils gezahlte Kindergeld wie eine „negative Steuer" behandelt. Die Übergangsregelung für die Berücksichtigung des Existenzminimums in der Einkommensteuer blieb wegen der Einkommenshöhe der ausgewählten Haushaltstypen ohne Bedeutung; für das Jahr 1996 wurde die Fortdauer der Übergangsregelung unterstellt.

Die Berechnung der Belastung mit Sozialbeiträgen wurde nach den jeweils gültigen Beitragssätzen und Beitragsbemessungsgrenzen vorgenommen. Da bis zum Jahre 1983 bei der Beitragsberechnung der Monatslohn maßgeblich war, wurde für die Zeit bis 1983 unterstellt, daß ein Dreizehntel des jeweiligen Jahreseinkommens in einem Monat als Sonderzahlung gewährt und zusammen mit dem regelmäßigen Einkommen ausgezahlt wurde, außerdem war in diesem Zeitraum pro Jahr ein Betrag von 100 DM sozialversicherungsfrei. Für die Jahre ab 1984 gilt das Jahreseinkommen bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze als Berechnungsgrundlage.

Die Schätzungen für die Jahre 1995 bis 1996 beruhen auf folgenden Annahmen: Die Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer steigt leicht (1995 und 1996 jeweils 3 vH). Zur Ermittlung der Lohnsteuerschuld wird weiterhin der Tarif des Jahres 1990 (Grund- und Splittingtabelle) angewendet. Die Beitragsbemessungsgrenzen werden entsprechend dem Lohnzuwachs zwei Jahre zuvor fortgeschrieben. Der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung bleibt konstant (6,5 vH), der Beitragssatz der Krankenversicherung sinkt leicht (von 13,2 vH 1994 auf 13,0 vH 1996); der Beitragssatz der Rentenversicherung entwickelt sich gemäß Rentenversicherungsbericht (18,6 vH 1995 und 19,1 vH 1996). Der Beitragssatz der Pflegeversicherung beträgt 1 vH ab 1. Januar 1995 und 1,7 vH ab 1. Juli 1996.

172. Die **durchschnittliche Belastung** der Einkommen mit Lohnsteuer und Sozialabgaben hat über den betrachteten Zeitraum für alle ausgewählten Haushaltstypen zugenommen. Rückläufig war diese Belastung in den Jahren, in denen sich Steuerreformen ausgewirkt haben. Dies war 1978 und 1979 sowie besonders ausgeprägt im Jahre 1990 der Fall. Die Steuersenkungen, die 1986 bei der Einkommensteuer vorgenommen worden waren, galten insbesondere der Verbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs (vor allem durch eine Anhebung des Kinderfreibetrags) und wirkten sich deshalb spürbar nur in der Durchschnittsbelastung bei den Familien mit Kindern (Haushaltstyp II und II a) aus. Die Tarifreform des Jahres 1988 ist im Verlauf der Durchschnittsbelastung nur bei den Haushaltstypen I und Ia deutlich sowie beim Typ II a schwach zu erkennen, da diese Reform im unteren Bereich des zu versteuernden Einkommens — in dem Haushaltstyp II durch die Anhebung des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags liegt — zu keinen Entlastungen führte. Die Tarifreform 1990 hat für sich genommen jene Haushalte überproportional entlastet, die ein sehr hohes zu versteuerndes Einkommen aufwiesen. Dies trifft für den Haushaltstyp Ia zu. Der leichte Rückgang beziehungsweise die Konstanz der durchschnittlichen Belastung, die bei allen Haushaltstypen für das Jahr 1993 im Vergleich zum Vorjahr festzustellen ist, war durch den Wegfall des Solidaritätszuschlags begründet.

In der Zunahme der durchschnittlichen Belastung der Einkommen spiegelt sich ganz wesentlich die Entwicklung der Beitragssätze zur Sozialversicherung. Abgesehen von leichten Rückgängen in den Jahren 1979 und 1990, die jeweils nach Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen möglich geworden waren, stiegen die Beitragssätze der Arbeitnehmer in der Summe durchgehend an, und zwar von 15,25 vH auf voraussichtlich fast 20 vH im Jahre 1996. Der Rückgang beim Krankenversicherungsbeitrag im Jahre 1991 wurde durch die Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung überkompensiert. Im Jahre 1995 gleicht der Beitrag für die Pflegeversicherung den leichten Rückgang in den Beitragssätzen zur Rentenversicherung und zur Krankenversicherung aus und führt im Jahre 1996 zum bis dahin absoluten Höchststand in der Beitragsbelastung. In den Jahren nach 1990 nahm auch die durchschnittliche Belastung durch die Lohnsteuer kontinuierlich zu; dies liegt daran, daß nach der Tarifreform 1990 das nominale Wachstum der Bruttoeinkommen wieder zu einem überproportionalen Zuwachs der Steuereinnahmen geführt hat; hier wirkte die aus dem Nominalwertprinzip der Besteuerung resultierende heimliche Progression. Der fühlbare Anstieg der Durchschnittsbelastung in den kommenden Jahren ist sowohl durch die Entwicklung der Beitragssätze als auch durch die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags verursacht.

173. Unter Anreizgesichtspunkten ist nicht die Entwicklung der Durchschnittsbelastung entscheidend, sondern die Belastung der zusätzlich erzielten Einkommen mit Steuern und Abgaben (**marginale Belastung** oder **Grenzbelastung**). Um diese zu ermitteln, haben wir jeweils unterstellt, daß das Einkommen um 100 DM monatlich höher ist.

Während der Einkommensteuertarif kontinuierlich die exakte Berechnung der Steuerschuld ermöglicht, lassen die als Stufentabellen aufgebauten Lohnsteuertabellen dies nur bereichsweise zu, so daß die Steuerbelastung nicht für den exakten Einkommensbetrag ermittelt wird. Die von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Einkommensbeträge der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer wurden deshalb geringfügig so verändert, daß der zu versteuernde Bruttolohn jeweils am Anfang oder am Ende einer Stufe angesiedelt ist.

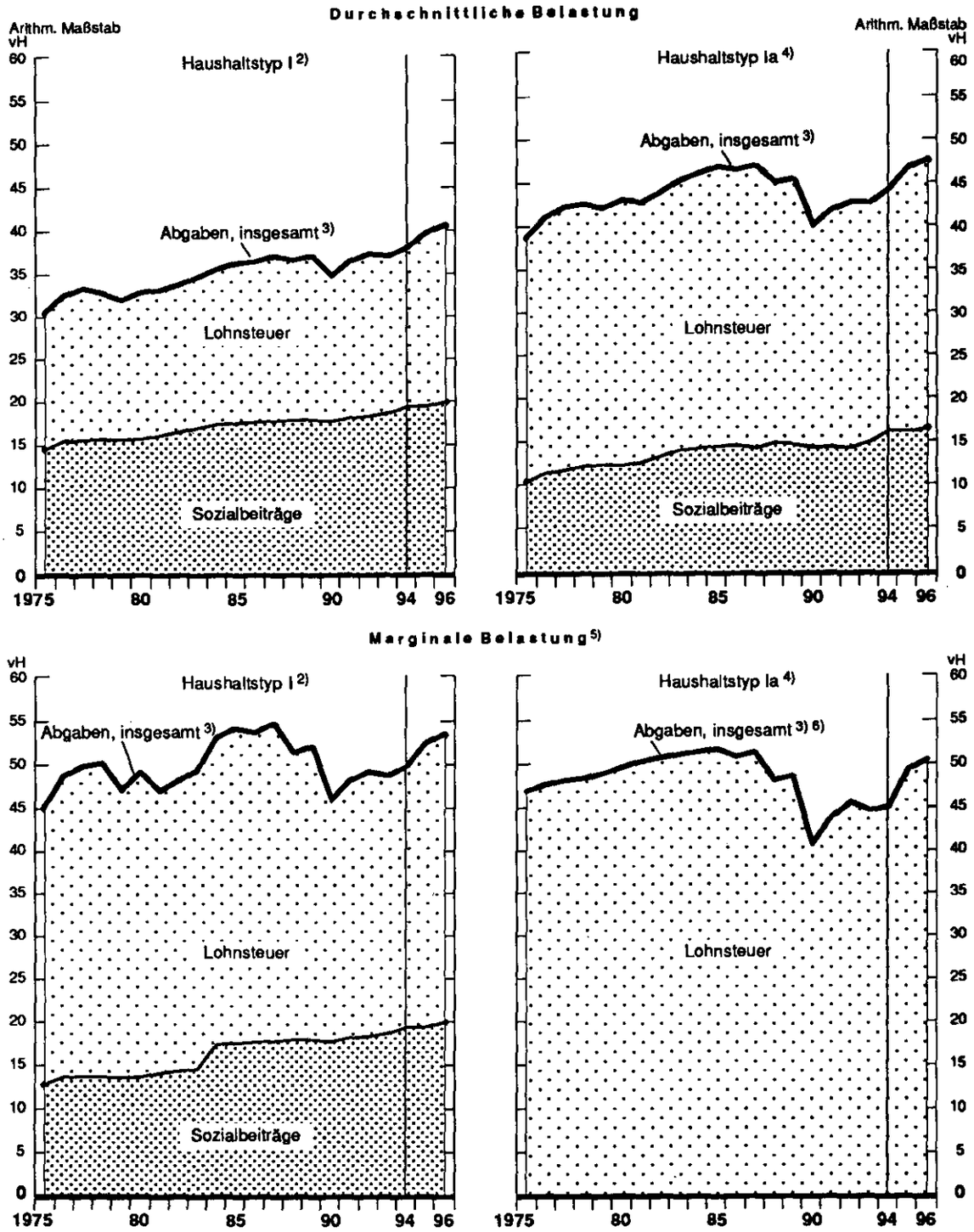
Für die Entwicklung der Grenzbelastung ergibt sich in vielerlei Hinsicht ein differenziertes Bild. Über den gesamten Zeitraum betrachtet ist sie für die Haushaltstypen I, Ia und II unterschiedlich stark angestiegen, gehorchte dabei freilich nicht einem Trend, sondern wies eher einen erratischen Verlauf auf. Haushaltstyp IIa unterliegt im Jahre 1996 mit 32,0 vH hingegen einer etwas niedrigeren Grenzbelastung als im Jahre 1975 mit 33,6 vH. Vielfältig und unterschiedlich sind die Faktoren, die die Verläufe im einzelnen bestimmen. Die erwähnte Umstellung bei der Beitragsberechnung für die Sozialversicherung auf Jahreseinkommensbasis im Jahre 1984 hat bei den Haushaltstypen I und II, die mit ihrem Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen, zu einem Sprung in der zusätzlichen Belastung der Einkommen geführt.

Beim Haushaltstyp I wird die Grenzbelastung des Einkommens sowohl von der Einkommensteuer als

Schaubild 34

ZUR ENTWICKLUNG DER ABGABENBELASTUNG

Lediger Arbeitnehmer



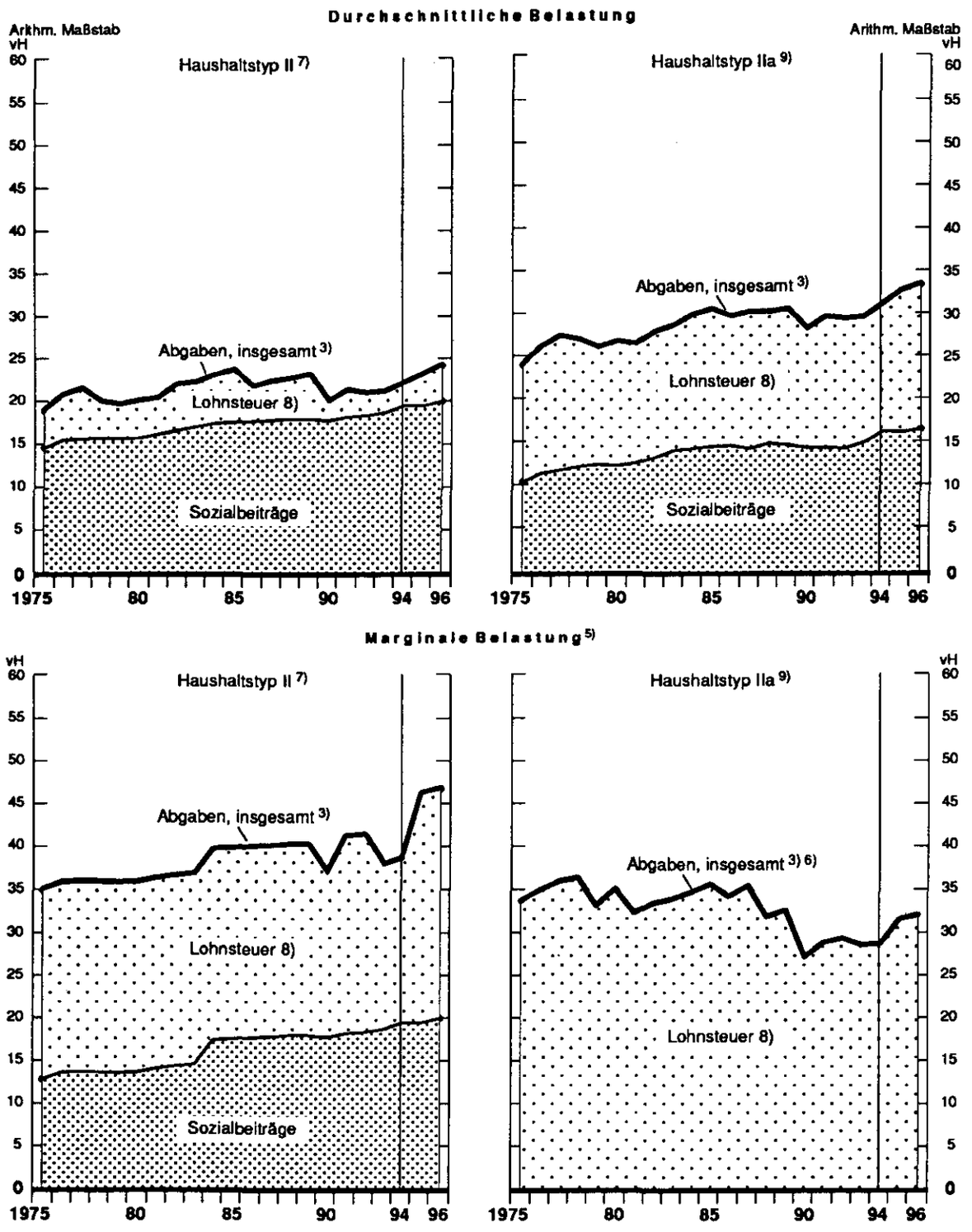
1) Ab 1994 eigene Schätzung.– 2) Lediger sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen in Höhe der durchschnittlichen Bruttolohn– und –gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– 3) Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag (1991/92 und ab 1995) und Sozialbeiträge (Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, ab 1995 Pflegeversicherung, höchstens bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze) in vH des Einkommens.– 4) Lediger Arbeitnehmer mit doppelt so hohem Bruttoeinkommen wie Typ I.–

SR 94 0637

Schaubild 34

FÜR AUSGEWÄHLTE HAUSHALTSTYPEN [1]

Verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern



5) Zusatzabgaben in vH eines zusätzlichen Einkommens.– 6) Keine Belastung des Zusatzeinkommens mit Sozialbeiträgen, da der Betrag in jedem Jahr über der Beitragsbemessungsgrenze liegt.– 7) Verheirateter sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen in Höhe der Bruttolohn– und –gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit zwei Kindern und Alleinverdiener.– 8) Kindergeld als "negative" Lohnsteuer berücksichtigt.– 9) Verheirateter Arbeitnehmer mit gleichem Familienstand aber doppelt so hohem Bruttoeinkommen wie Typ II.

auch von den Sozialabgaben bestimmt. Fast im gesamten Zeitraum liegt die marginale Belastung des Einkommens hier am höchsten. Entsprechend deutlich war im Vergleich mit den anderen Haushaltstypen mit 6 Prozentpunkten der Rückgang der Grenzbelastung im Jahre 1990, entsprechend kräftig auf über 53 vH wird der Anstieg bis 1996 sein.

Der Haushaltstyp II befindet sich aufgrund des im Vergleich zum Typ IIa niedrigeren Einkommens durchweg in der Proportionalzone des Einkommensteuertarifs, ein Splittingvorteil existiert deshalb nicht. Dominiert wird die Grenzbelastung bei diesem Haushaltstyp, dessen Bruttolohn stets unter der Beitragsbemessungsgrenze liegt, durch die Beitragssatzentwicklung in der Sozialversicherung; das zusätzliche Einkommen ist immer voll beitragspflichtig. Lediglich die Absenkung des Eingangssteuersatzes im Zuge der Tarifreform 1990 sowie die Einführung des Solidaritätszuschlags 1991 und 1995 beeinflussen steuerlicherseits die Grenzbelastung des Einkommens. Dabei beruhte der kräftige Rückgang bei der Grenzbelastung dieses Haushaltstyps im Jahre 1990 allerdings auch auf einem — wenngleich moderaten — Rückgang der Sozialabgaben. Ab dem Jahre 1994 ist dieser Haushaltstyp sowohl durch die steigenden Sozialbeiträge (zunächst in der Rentenversicherung und ab 1995 durch die Einführung der Pflegeversicherung) als auch den Solidaritätszuschlag betroffen; die Grenzbelastung wird 1996 mit über 45 vH ihren Höchstwert erreichen.

Bei den Haushaltstypen Ia und IIa wird die Grenzbelastung allein durch die Einkommensteuer erklärt, da das Bruttoeinkommen stets über den Beitragsbemessungsgrenzen für die Sozialversicherungen liegt und deshalb der Zusatzlohn keine zusätzliche Beitragszahlung auslöst. Sehr deutlich wird im Verlauf der Grenzbelastung für den Haushaltstyp IIa das Wechselspiel von Steuerreformen — insbesondere die Tarifreformen 1979, 1981, 1986, 1988 und 1990 — und einer danach jeweils wieder wirkenden Tarifprogression. Allerdings führt die aus dem Ehegattensplitting resultierende Entlastung dazu, daß anders als beim Haushaltstyp II, dessen Einkommen stets um die Hälfte niedriger angesetzt ist, ein stärkerer Wiederanstieg der Grenzbelastung nach der Tarifreform von 1990 verhindert wird. Die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags verursacht ab 1995 einen drastischen Sprung in der zusätzlichen Belastung des Einkommens, danach führt die Progressionswirkung des Tarifs zu einem tendenziellen Anstieg der Grenzbelastung, doch auch im Jahre 1996 wird diese mit 32,0 vH noch unter der des Jahres 1989 (32,6 vH) liegen.

Wegen seines hohen Einkommens wird der Haushaltstyp Ia nur von massiven Tarifkorrekturen entlastet; so haben die Tarifanpassungen der Jahre 1979 und 1981 nur eine minimale Wirkung, die Reform 1990 hingegen einen spürbaren Rückgang der Grenzbelastung zur Folge gehabt. Sehr deutlich wird im Verlauf der zusätzlichen Belastung dieses Haushaltstyps die sich nach 1990 wieder zunehmend verschärfende Progression. Durch den Solidaritätszuschlag erreicht die Marginalbelastung schon 1995 wieder das Niveau des Jahres 1989 und bewegt sich nur noch geringfügig unter den Spitzenwerten, die in den Jahren 1984, 1985 und 1987 mit etwa 51 vH verzeichnet worden waren.

Zur finanziellen Lage der Sozialversicherung

174. Im Haushalt der Sozialversicherung hat sich die Anspannung etwas gelöst, die sich durch Beschäftigungsabbau und Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr gebildet hatte. Der Fehlbetrag konnte mit 10 Mrd DM nahezu halbiert werden (in der Abgrenzung der Finanzstatistik). Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Ausgaben nur noch mit rund 5 vH anstiegen nach 6,8 vH im Jahre 1993. Zum einen waren dafür gesetzliche Maßnahmen verantwortlich; so entlastete das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, und das Gesundheitsstrukturgesetz 1993 wirkte — wenn auch deutlich abgeschwächt im Vergleich zum Vorjahr — immer noch leicht dämpfend auf die Ausgabenexpansion in der Krankenversicherung. Zum anderen entwickelte sich der Arbeitsmarkt weniger ungünstig, als dies vor Jahresfrist erwartet worden war, und ermöglichte dadurch weitere Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Gestützt wurde die Entspannung im Haushalt der Sozialversicherung durch eine mit 5½ vH immer noch beachtliche Dynamik bei den Einnahmen (1993: 8,5 vH). Da sich die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen zu Beginn dieses Jahres am Lohnzuwachs des Jahres 1992 orientierte und der Beitragssatz in der Rentenversicherung angehoben worden war, lag der Anstieg der Beitragseinnahmen mit gut 6 vH deutlich über dem diesjährigen Zuwachs der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Die Zuschüsse der Gebietskörperschaften nahmen nur noch schwach zu; zwar fiel der Bundeszuschuß an die Rentenversicherung um gut 9 Mrd DM höher aus als im Vorjahr, dafür war der Zuschußbedarf der Arbeitslosenversicherung um 10 Mrd DM geringer.

175. Der Haushalt der **Bundesanstalt für Arbeit** entwickelte sich in diesem Jahr günstiger, als es bei der Aufstellung des Etats erwartet worden war. Dazu trug insbesondere die geringere Anzahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern im Jahresdurchschnitt bei. Etwas höher als in den Haushalt eingestellt waren auch die Beitragseinnahmen, so daß im Ergebnis der Fehlbetrag mit 14 Mrd DM um 4 Milliarden unter dem Etatansatz blieb. Gegenüber dem Vorjahr war der Ausgabenzuwachs bei den Lohnersatzleistungen deutlich schwächer. Dies lag an der Arbeitsmarktsituation und an den Beschlüssen zum Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm, wodurch der Haushalt um rund 1,5 Mrd DM entlastet wurde. Zudem erbrachten die Kürzungen beim Unterhalts- und Übergangsgeld weitere Einsparungen von knapp 1 Mrd DM. Zusätzliche Einnahmen ergaben sich daraus, daß der Beitragssatz nicht, wie ursprünglich angekündigt, zum 1. Januar 1994 auf 6,3 vH gesenkt, sondern in alter Höhe von 6,5 vH beibehalten wurde.

Der Anteil der eigentlichen Versicherungsleistungen (Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Konkursausfallgeld) an den Gesamtausgaben der Arbeitslosenversicherung ist gestiegen: von 42,3 vH im vergangenen

Jahr auf über 51 vH in diesem. Hierzu hat zum einen beigetragen, daß die Arbeitslosigkeit zunahm, zum anderen, daß die Ausgaben für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik um 3,5 Mrd DM und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 0,3 Mrd DM zurückgeführt wurden sowie eine Entlastung beim Altersübergangsgeld in Höhe von 4 Mrd DM eintrat, das nun verstärkt vom Bund finanziert wird (JG 92 Ziffer 180). Wie in den vergangenen beiden Jahren konnte das durch die Verpflichtungen für Ostdeutschland verursachte Defizit durch den Überschuß in Westdeutschland, der sich aufgrund des im längerfristigen Vergleich hohen Beitragssatzes ergab, nur teilweise ausgeglichen werden. Dies lag ebenso wie der weitere Rückgang des Anteils der Ausgaben im Gebiet der neuen Länder an den Gesamtausgaben auf knapp 42 vH (1993: 46 vH und 1992: 50 vH) an den rezessionsbedingten Belastungen.

176. In der **Gesetzlichen Krankenversicherung** konnte zwar auch in diesem Jahr ein Überschuß erzielt werden, doch war dieser mit 4 Mrd DM nur knapp halb so groß wie im Vorjahr. Die dämpfenden Effekte des Gesundheitsstrukturgesetzes haben sich in Westdeutschland spürbar abgeschwächt. Alle Ausgabenarten nahmen in diesem Jahr wieder zu. Am schärfsten war die Umkehr bei den Ausgaben für Zahnersatz (+20 vH nach −27,5 vH) und für Arzneimittel (+5 vH nach −19 vH), während bei den Ausgaben für ambulante und stationäre Behandlung die Steigerungsraten eher moderat blieben. Damit hat sich bereits in diesem Jahr herausgestellt, was viele erwartet hatten: daß nämlich, wie schon bei den früheren Versuchen, mit administrativ verfügter Kostendämpfung ein dauerhafter Effekt auf die Ausgabenentwicklung nicht erzielt werden kann (JG 92 Ziffern 202ff.). Zu Recht haben die Krankenkassen mit freiwilligen Beitragssatzsenkungen gezögert und statt dessen zunächst ihre Rücklagen aufgebaut. Erst als im Laufe dieses Jahres vereinzelt Betriebsmittel und Rücklagen das Anderthalbfache der durchschnittlichen Monatsausgaben überschritten, waren Beitragssatzreduzierungen geboten. Der jahresdurchschnittliche allgemeine Beitragssatz verringerte sich damit in Westdeutschland von 13,4 vH auf 13,2 vH. Im Gebiet der neuen Bundesländer war die Kassenentwicklung bereits im vergangenen Jahr durch das Gesundheitsstrukturgesetz kaum gedämpft worden. Bei allen Ausgabenarten setzte sich die dynamische Entwicklung fort, die sich im wesentlichen aus einer fortschreitenden Angleichung von Verhaltensweisen und Verbrauchsgewohnheiten an die westdeutschen Verhältnisse erklärt. Die Leistungsausgaben stiegen mit 12 vH deutlich stärker als im Westen, sie erreichten je Versicherten knapp 83 vH des westdeutschen Niveaus. Der allgemeine Beitragssatz stieg in Ostdeutschland im Jahresdurchschnitt von 12,6 vH auf 13,0 vH an.

177. Die finanzielle Entwicklung der **Gesetzlichen Rentenversicherung** verlief in diesem Jahr günstiger als in den Prognosen vor Jahresfrist unterstellt. Neben der Konjunkturerholung hat dazu beigetragen, daß die Pflegeversicherung erst im Jahre 1995 wirksam wird und die zunächst beabsichtigte Streichung des Schlechtwettergeldes verschoben wurde; durch die Beitragszahlungen an die Pflegeversicherung und die Einnahmenausfälle bei Wegfall des Schlechtwettergeldes wäre die Rentenversicherung sonst in Höhe von etwa 7 Mrd DM belastet worden. Im Ergebnis verblieb zum Jahresende ein Überschuß in Höhe von 1,5 Monatsausgaben; da die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve bei einer Monatsausgabe liegt, kann im kommenden Jahr der Beitragssatz auf 18,6 vH gesenkt werden. Da allerdings die Pflegeversicherung eingeführt wird und das Schlechtwettergeld abgeschafft werden soll, sind die Entlastungen dieses Jahres nur vorübergehender Natur.

Die Renten wurden in Westdeutschland zum 1. Juli 1994 um effektiv 3,39 vH erhöht, in Ostdeutschland zum Jahresbeginn um 3,64 vH und erneut zum 1. Juli um effektiv 3,17 vH. Damit beträgt die Standard-Rente, die nach 45 Versicherungsjahren mit durchschnittlichem Bruttoentgelt erreicht wird, in den neuen Ländern gut 75 vH des westdeutschen Niveaus. Die Rentenausgaben stiegen im Westen um 6,3 vH und im Osten um 17,5 vH. Im Rahmen des Finanzausgleichs mußten in diesem Jahr fast 14 Mrd DM von den westdeutschen an die ostdeutschen Rentenversicherungsträger überwiesen werden, im Vorjahr lag der Betrag bei knapp 6 Mrd DM.

Tabelle 36

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1993	
9. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" überprüft seine Schätzungen vom Mai für die Jahre 1993 und 1994. Dadurch, daß sich die Wirtschaftsentwicklung stärker abgeschwächt hat und der konjunkturelle Aufschwung später als ursprünglich angenommen einsetzt und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Standortsicherungsgesetzes ergeben sich für das Jahr 1993 Steuermindereinnahmen von insgesamt 2,7 Mrd DM, für 1994 Schätzabweichungen von −9,3 Mrd DM davon −3,9 Mrd DM für den Bund, −3,7 Mrd DM für die Länder.
2. Dezember	Der Finanzplanungsrat erörtert auf seiner 78. Sitzung die Haushaltsentwicklung 1993 und die Haushaltsplanungen 1994 der Gebietskörperschaften vor dem Hintergrund der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Das Finanzierungsdefizit des Öffentlichen Gesamthaushalts wird auch 1993

noch Tabelle 36

Datum	
noch 1993	
noch 2. Dezember	durch den deutschen Einigungsprozeß, die Strukturkrise der deutschen Wirtschaft und die Rezession geprägt. Angesichts dieser konjunkturellen Entwicklung ist der Anstieg des Finanzierungsdefizits auf rund 5 vH (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) hinzunehmen, jedoch ist eine Konsolidierung auf allen Ebenen unverzichtbar, um auch die Konvergenzkriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen.
8. Dezember	Das Bundeskabinett verabschiedet den Entwurf eines *Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über die Deutsche Bundesbank.* Damit wird insbesondere das Bundesbankgesetz an die neuen, mit Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1994 in Kraft tretenden Bestimmungen des EU-Vertrages angepaßt. So dürfen ab 1. Januar 1994 die bisher zulässigen „Kassenkredite" — von der Bundesbank an die öffentlichen Haushalte gewährte Überbrückungskredite bei kurzfristig auftretenden Kassenfehlbeständen — nicht mehr gewährt werden. Künftig müssen Bund und Länder solche Mittel im Rahmen ihres Kassenmanagements aufnehmen. In diesem Zusammenhang steht auch die Aufhebung von § 17 BBankG, der die öffentliche Hand zur Einlage ihrer flüssigen Mittel bei der Bundesbank verpflichtete. Die öffentlichen Haushalte können also nunmehr ihre flüssigen Mittel zinsgünstig am Geldmarkt anlegen. Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zur abschließenden Erfüllung der verbliebenen Aufgaben der Treuhandanstalt zustimmend zur Kenntnis genommen; er setzt die im Oktober 1993 beschlossenen Eckwerte zur Neustrukturierung der Treuhandanstalt um und enthält folgende wesentliche Elemente: — die Möglichkeit der Übertragung von Beteiligungen der Treuhandanstalt auf andere Einrichtungen des Bundes, — die Umstellung der Finanzierung der Treuhandanstalt von der Kreditaufnahme auf Defizitausgleich aus dem Bundeshaushalt, — die organisatorische Straffung und Bereinigung, — Beteiligungsführung der Ende 1994 noch nicht privatisierten Unternehmen in den Management-KG'en, — die Aufgaben des Vertragsmanagements der etwa 47 000 Privatisierungsverträge sowie die mögliche Übertragung von Restaufgaben der Privatisierung auf Private durch Geschäftsbesorgungsverträge, — die Verwertung und Verwaltung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG), — die bedarfsgerechte Verwertung und Entwicklung der sonstigen Immobilien im gewerblichen Bereich und im Wohnungsbau durch die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft (TLG) ähnlich der vollständig privatisierten Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG).
17. Dezember	Der Bundesrat stimmt dem Bundeshaushalt und dem damit verbundenen Sparpaket *(Gesetze zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms (SKWPG), Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz)* zu. Durch die in diesen Gesetzen vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen — Einsparungen bei den Sozialleistungen, steuerliche Regelungen zur Mißbrauchsbekämpfung, Mineralölsteuererhöhung und Anhebung der Kfz-Steuer für Diesel-Pkw zur Finanzierung der Bahnreform — werden die Haushalte der Gebietskörperschaften im Jahre 1994 um etwa 14 Mrd DM entlastet, einschließlich weiterer Einsparungen im Haushaltsverfahren sowie erhoffter Mehreinnahmen durch administrative Maßnahmen erreicht das Konsolidierungspaket für 1994 ein Gesamtvolumen von fast 26 Mrd DM; darauf entfallen auf den Bund 21 Mrd DM.
1994	
1. Januar	Das *Standortsicherungsgesetz,* einige Maßnahmen des *„Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG)"* sowie der *Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramme (SKWPG)* und das *Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz* treten in Kraft. — Den Schwerpunkt im Standortsicherungsgesetz bilden die Senkung der Steuersätze bei der Körperschaftsteuer (von 50 vH auf 45 vH für einbehaltene Gewinne, von 36 vH auf 30 vH für ausgeschüttete Gewinne) und der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte (von 53 vH auf 47 vH), zusätzlich werden unter anderem durch eine steuerstundende Ansparabschreibung Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen erleichtert; außerdem werden zugunsten der Investitionen in den neuen Ländern die Sonderabschreibungen bis Ende 1996 verlängert und die Gewerbekapitalsteuer und die Vermögensteuer weiter bis Ende 1995 ausgesetzt. Die Gegenfinanzierung soll unter anderem durch Einschränkungen bei den Abschreibungen betrieblich genutzter Pkws, Abschaffung der degressiven Abschreibung für Betriebsgebäude erfolgen. — Erhöhung der Mineralölsteuer um 16 Pf/l auf 98 Pf/l für bleifreies Benzin und um 7 Pf/l auf 61,15 Pf/l für Diesel sowie der Kraftfahrzeugsteuer für Diesel-Pkw um 7,50 DM je 100 ccm Hubraum treten in Kraft, gleichzeitig wird die Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte für Pkw von 65 Pf auf 70 Pf für den Entfernungskilometer angehoben.

noch Tabelle 36

Datum	
noch 1994	
noch 1. Januar	— Das steuerfreie Existenzminimum für untere Einkommensgruppen, die nach der Zusatztabelle „Z" besteuert werden, steigt für Ledige/Verheiratete von 10 500 DM/21 000 DM auf 11 000 DM/22 000 DM. — Der Zinsabschlag wird nun auch dann erhoben, wenn der Vermögensertrag nicht als Zinszuwachs, sondern als Wertzuwachs deklariert wird.
14. Januar	Der wissenschaftliche Beirat beim BMF übergibt sein Gutachten mit dem Thema *„Perspektiven staatlicher Ausgabenpolitik"*. Dabei haben die Ausgabenkürzungen im Rahmen der Konsoldierungsstrategie Vorrang. Konkrete Vorschläge unterbreitet der Beirat für die Politikbereiche Wohnungsbau, Steinkohlenbergbau und Rentenversicherung.
23. März	Die Kommission *„Umsatzbesteuerung in Europa nach dem Ursprungslandprinzip ab 1997"* legt ihr Gutachten vor. Die derzeitige Übergangsregelung bei der Umsatzbesteuerung innerhalb der EU muß zum 1. Januar 1997 durch eine endgültige Lösung ersetzt werden. Die Kommission empfiehlt, grundsätzlich weiterhin eine Besteuerung am Ort des Umsatzes vorzunehmen, zugleich aber dem Leistungsempfänger in seinem Sitzland den Vorsteuerabzug aus allen Bezügen aus dem Gemeinschaftsgebiet zu ermöglichen, damit beim Vorsteuerabzug eine völlige Gleichstellung zwischen inländischen Bezügen und solchen aus dem übrigen Gemeinschaftsgebiet gegeben sind. Da eine solche Besteuerung nicht zu einer Schmälerung des Umsatzsteueraufkommens der einzelnen Mitgliedstaaten führen soll, bedarf die Ursprungslandbesteuerung der Ergänzung durch ein Clearing-Verfahren zur Abwicklung anfallender Umsatzsteuer-Ausgleichszahlungen.
14. April	Der Zentralbankrat hat den Bundesbankgewinn für das Jahr 1993 festgestellt. Dem Bund wird ein Betrag von 18,26 Mrd DM überwiesen. Im Bundeshaushalt sind davon zur allgemeinen Deckung der Bundesausgaben 7 Mrd DM vorgesehen, der darüberhinausgehende Betrag (11,26 Mrd DM) wird in voller Höhe zur endgültigen Tilgung fällig werdender Schulden des Bundes eingesetzt. Ab 1995 wird der 7 Mrd DM übersteigende Bundesbankgewinn für den Abbau der Schulden des Erblastentilgungsfonds eingesetzt.
29. April	Der Bundesrat stimmt dem *Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz — PflegeVG)* zu. Die Leistungen der Pflegeversicherung werden in zwei Stufen eingeführt, und zwar für häusliche Pflege vom 1. April 1995, für ambulante Pflege vom 1. Juli 1996 an. Zur Finanzierung wird vom 1. Januar 1995 / 1. Juli 1996 an ein Beitrag von 1 vH / 1,7 vH des beitragspflichtigen Einkommens (höchstens bis zur Beitragsbemessungsgrenze bei der gesetzlichen Krankenversicherung) erhoben, der im allgemeinen je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tragen ist. Zum Ausgleich der mit den Arbeitgeberbeiträgen verbundenen Belastungen der Wirtschaft werden die Länder einen landesweiten gesetzlichen Feiertag, der stets auf einen Werktag fällt, aufheben. Für das Inkrafttreten der stationären Pflege (2. Stufe) legt dieses Gesetz unter anderem fest (§ 69 Abs.1), daß die Bundesregierung zuvor beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Gutachten zu der Frage einholt, ob zum Ausgleich der mit der Einführung der stationären Pflege verbundenen Beitragsmehrbelastung der Arbeitgeber die Abschaffung eines weiteren Feiertages erforderlich ist oder nicht. Auf der Grundlage des Gutachtens des Rates stellt die Bundesregierung dann in einer für das Inkrafttreten erforderlichen Rechtsverordnung fest, ob der Ausgleichsbedarf besteht; wenn er nicht besteht, tragen Arbeitnehmer und Arbeitgeber den zusätzlichen Beitrag von 0,7 vH je zur Hälfte. Sollten unterschiedliche Feiertagsregelungen in den einzelnen Ländern beschlossen werden und das Gutachten des Sachverständigenrates ergeben, daß zum weiteren Ausgleich der Beitragsbelastung bei Einführung der Leistungen zur stationären Pflege die Abschaffung eines weiteren Feiertages nicht geeignet ist, wird der Deutsche Bundestag und der Bundesrat im Laufe des Jahres 1995 prüfen, ob und gegebenenfalls, welche gesetzgeberischen Konsequenzen daraus zu ziehen sind (§ 69 Abs.4).
20. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" schätzt auf seiner 100. Sitzung unter Zugrundelegung des derzeitig gültigen Steuersystems und der Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts in Deutschland von 3,9 vH im Jahre 1994 und 4,4 vH im Jahre 1995 sowie je 5,5 vH in den Jahren 1996 bis 1998 die Steuereinnahmen für den mittelfristigen Zeitraum 1994 bis 1998. Danach steigen die Steuereinnahmen von 785 Mrd DM im Jahre 1994 auf 1 015 Mrd DM im Jahre 1998. Gegenüber den Schätzungen vom Mai 1993 (unter nachträglicher Einbeziehung des Standortsicherungsgesetzes) ergeben sich Steuermindereinnahmen in den Jahren 1995 (21,2 Mrd DM), 1996 (25,8 Mrd DM) und 1997 (33,5 Mrd DM).
9. Juni	Der Finanzplanungsrat erörtert die Abschlüsse der öffentlichen Haushalte 1993 sowie die Haushaltsentwicklung 1994. Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts 1993 in Höhe von 4 1/2 vH (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) ist durch die rezessive Entwicklung geprägt. Die Haushaltsabschlüsse des Bundes und der Länder weisen dennoch gegenüber den Plänen um rund 7 Mrd DM geringere Defizite aus. Nach den Vorstellungen des Finanzplanungsrates muß die Finanzpolitik durch eine konsequente Konsolidierung der Staatsausgaben unter Beachtung zukunftsorientierter Schwerpunkte das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts deutlich vermindern, bei einer Begrenzung der Steuer- und Abgabenbelastung.

noch Tabelle 36

Datum	
noch 1994	
10. Juni	Der Bundesrat verabschiedet das *Grenzpendlergesetz*. Im Rahmen dieses Gesetzes sind außerdem eine Fristverlängerung bei der Inanspruchnahme der degressiven AfA für betrieblich genutzte Gebäude des Privatvermögens um ein Jahr sowie ab 1. Juli 1994 in den neuen Bundesländern eine erhöhte Investitionszulage für kleine und mittlere Betriebe des verarbeitenden Gewerbes und des Handwerks mit weniger als 250 Arbeitnehmern vorgesehen.
15. Juli	Das Bundeskabinett beschließt den Entwurf des Bundeshaushalts 1995 und den Finanzplan des Bundes 1994 bis 1998 mit den folgenden Eckwerten: — Die Ausgaben steigen 1995 gegenüber dem Soll 1994 um 1 vH auf 484,7 Mrd DM — bei einem geschätzten Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts für Gesamtdeutschland von 4,5 vH. Die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerung von 1994 bis 1998 soll 0,5 vH betragen, insbesondere der abnehmende Zuschußbedarf für die Bundesanstalt für Arbeit, die Verlagerung der Belastungen aus dem Schienenpersonennahverkehr auf die Länder ab 1996 sowie das Auslaufen des Altersübergangsgeldes sollen dazu beitragen. Außerdem plant die Bundesregierung die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe für unter 55jährige im Anschluß an den Bezug von Arbeitslosengeld auf zwei Jahre zu begrenzen (Entlastung beim Bund 1995 etwa 4,5 Mrd DM, bei gleichzeitiger Belastung anderer Sozialhilfeträger von etwa 3 Mrd DM). Aufgrund der Postreform II werden die Postunternehmen voll steuerpflichtig und müssen ab 1996 unter anderem Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer entrichten (jährlich Mehreinnahmen für Länder und Gemeinden mittelfristig 3 Mrd DM). — Die Nettokreditaufnahme wird 1995 mit 68,8 Mrd DM das Volumen des Jahres 1994 nicht übersteigen und soll schrittweise auf unter 30 Mrd DM im Jahre 1998 zurückgeführt werden.
19. Juli	Die Bundesregierung verabschiedet die Verordnung zur Neuordnung des Pflegegesetzes, das zum 1. Januar 1995 fakultativ und zum 1. Januar 1996 verbindlich für alle Krankenhäuser in Kraft tritt. An Stelle tagesgleicher Pflegesätze werden Fallpauschalen für die gesamte Krankenhausbehandlung des Patienten erstattet, für medizinische Hauptleistungen (Operationen) können Sonderentgelte vereinbart werden.
7. September	Der Bundesminister der Finanzen stellt ein „Diskussionspaket zur Steuervereinfachung" (20-Punkte-Plan) vor. Kernpunkte der Vereinfachungsinitiative sind: — Einführung einer Kurzveranlagung. — Umstellung der steuerlichen Wohneigentumsförderung auf einen der Höhe nach begrenzten Schuldzinsenabzug (beispielsweise jährlich 10 000 DM oder 12 000 DM — Verdoppelung bei Ehegatten), Beibehaltung des Baukindergeldes und der Förderung des Bausparens. — Wahlweise Pauschalierung von Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. — Vereinfachte Gewinnermittlung bei Gewerbetreibenden/Freiberuflern durch Pauschalierung bei den Betriebsausgaben. — Anhebung der umsatzsteuerlichen Freigrenzen für Kleinunternehmer von 25 000 DM auf 32 500 DM. Das Paket soll — aufkommensneutral — zusammen mit der dritten Stufe der Unternehmensteuerreform, der Neuregelung des steuerlichen Existenzminimums sowie der Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs zu einem Familienleistungsausgleich in dem vorgesehenen Jahressteuergesetz 1996 umgesetzt werden.
8. November	Die vom Bundesminister der Finanzen eingesetzte unabhängige „Einkommensteuer-Kommission zur Steuerfreistellung des Existenzminimums ab 1996 und zur Reform der Einkommensteuer" legt ihre Vorstellungen in Grundzügen vor. Nach Ansicht der Kommission kann eine angemessene Lösung nur in einer systematischen Reform bestehen, die die Zusammenhänge zwischen Sozialhilfeanspruch, Anrechnungssatz von Erwerbseinkommen auf die Sozialhilfe, Grundfreibetrag und Einkommensteuertarif berücksichtigt. Im einzelnen wurden die folgenden Vorschläge gemacht: Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer von heute 5 616 DM/11 232 DM auf 13 013 DM/26 027 DM bei gleichzeitiger Anhebung des Eingangssteuersatzes des Einkommensteuertarifs von 19 vH auf 22 vH unter Wegfall einer proportionalen Eingangsstufe jedoch bei Beibehaltung des linear-progressiven Tarifs bis zu einem Höchststeuersatz von 53 vH ab einem zu versteuernden Einkommen von 120 042 DM/240 084 DM; danach würden alle Steuerpflichtigen die gleiche absolute Steuerentlastung von 1 328 DM/2 656 DM aus der Erhöhung des Grundfreibetrags erhalten, die jedoch durch die Erhöhung der Grenzsteuersätze im linear-progressiven Tarifbereich teilweise wieder aufgezehrt wird und in der höchsten Progressionsstufe nur noch 615 DM/1 230 DM beträgt. Neben diesem Hauptvorschlag unterbreitet die Kommission noch zwei weitere Alternativtarife mit Steuerausfällen von 49,1 Mrd DM bzw. 22,9 Mrd DM (Eingangssteuersatz von 25 vH, Knick im linearen Verlauf der Grenzbelastung).

noch Tabelle 36

Datum	
noch 1994 noch 8. November	Zur Finanzierung der aus dem Hauptvorschlag verbleibenden Steuerausfälle von 38,7 Mrd DM präsentiert die Kommission 85 Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 33,9 Mrd DM, wozu auch eine Neuregelung des Kinderlastenausgleichs mit Steuerausfällen von jährlich 660 Mio DM gehört. Wichtige Einzelmaßnahmen sind: — Weitgehende Aufhebung der Steuerbefreiung von Lohnersatzleistungen, Wohngeld, Erziehungsgeld, Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, Abfindungszahlungen nach einer Kündigung, Jubiläumszuwendungen und Streikunterstützungen (§§ 3 bis 3b EStG), — Streichung des Freibetrags für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und weiterer Vergünstigungen für diesen Bereich (§§ 34a und e EStG), — Streichung des Versorgungs-Freibetrags und des Altersentlastungsbetrags sowie Vollbesteuerung der Renten, bei gleichzeitigem Vollabzug der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, allerdings mit Höchstbeträgen für den Abzug der übrigen Vorsorgeaufwendungen, — Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte von 47 vH auf 53 vH, — Anhebung und Vereinheitlichung des Pauschsteuersatzes für geringfügig Beschäftigte von 15 vH auf 25 vH, — Halbierung des Arbeitnehmer-Pauschbetrages auf 1 000 DM, Einführung einer generellen Entfernungspauschale von 0,20 DM pro Entfernungskilometer für Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, — Abschaffung der Steuervergünstigungen für eigengenutztes Wohneigentum nach §§ 10e und h EStG, des Baukindergeldes (§ 34f EStG), — Einführung der vollen Besteuerung von privaten Veräußerungsgewinnen mit Ausnahme des selbstgenutzten Wohneigentums, — Beseitigung der Absetzungsmöglichkeit für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse („Dienstmädchenprivileg"), — Einschränkungen bei der Abzugsfähigkeit von Spenden und der Kirchensteuer, — Abschaffung von Sonderabschreibungen und Ansparabschreibung zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe, Pauschalierung der privaten Nutzung betrieblicher Pkw mit 50 vH anstatt heute mit 30 vH bis 35 vH bei gleichzeitiger Begrenzung der abziehbaren Anschaffungskosten auf 100 000 DM, Verschärfung der Besteuerung betrieblicher Veräußerungserlöse, — Neuregelungen im Kinderlastenausgleich: Erhöhung des Kindergeldes für das 1. und 2. Kind auf 170 DM/ für das 3. Kind auf 215 DM, ab dem 4. Kind auf 305 DM pro Monat bei gleichzeitigem Wahlrecht zugunsten eines Kinderfreibetrages von 6 600 DM (1996). Außerdem schlägt die Kommission vor, im Rahmen einer Einkommensteuerreform folgende Vorhaben mittel- bis langfristig zu verwirklichen: — Deutliche Senkung der Einkommensteuerbelastung, Abschaffung des Solidaritätszuschlags, Senkung des Spitzensteuersatzes, — „Sozialhilfetarif": Bessere Abstimmung von Einkommensteuertarif und Sozialhilfe durch geringere Anrechnung eigenen Erwerbseinkommens, um Anreize für einen Übergang vom Sozialhilfebezug zur Erwerbstätigkeit zu schaffen, — Umwandlung der derzeitigen Zinsabschlagsteuer von 30 vH in eine ebenso hohe Abgeltungsteuer mit Veranlagungsoption; Besteuerung der Zinsen aus Kapitallebensversicherungen, Abschaffung der steuerlichen Geltendmachung von Bausparbeiträgen, — Umgestaltung der Körperschaftsteuerbelastung ausgeschütteter Gewinne von 30 vH zu einer Abgeltungsteuer für Dividenden bei gleichzeitigem Wegfall der bisherigen Kapitalertragsteuer.

IX. Zur Diskussion gestellt: Strukturelles Defizit und konjunktureller Impuls

178. Der Sachverständigenrat hat im vergangenen Jahr erstmals seit der deutschen Vereinigung auf die Konzeption des „Strukturellen Defizits" zurückgegriffen (JG 93 Ziffern 175ff.), die zur Ermittlung des Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte in den Jahresgutachten 1975/76 (Ziffern 424ff.) und 1976/77 (Ziffern 221f.) entwickelt worden war. Auf die Konzeption des „Konjunkturneutralen Haushalts", die in ihrer Grundidee unverändert seit dem Jahresgutachten 1967/68 für die konjunkturpolitische Analyse herangezogen wurde und das methodische Fundament für die Ableitung des strukturellen Defizits bildete, wurde seit der deutschen Vereinigung verzichtet.

179. Die Tatsache, daß der aktive Einsatz der Finanzpolitik zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der Wirtschaftspolitik an Bedeutung verloren hat, die in einigen Punkten berechtigte Kritik, die gegen das Konzept der Konjunkturneutralität vorgebracht wurde, und das aktuelle Interesse am Konsolidierungsbedarf in den öffentlichen Haushal-

ten sprechen dafür, die Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts in ihrer traditionellen Version nicht mehr zu verwenden und der Konzeption des strukturellen Defizits eine größere Bedeutung beizumessen. Ein völlig neues analytisches Instrumentarium zu schaffen, soll dabei nicht das Ziel sein. Vielmehr wird versucht, im Rahmen des bestehenden methodischen Apparates die Konzeption des strukturellen Defizits besser zu untermauern. Auf ein Instrument zur Messung der konjunkturellen Primärwirkungen der Finanzpolitik soll — trotz der Schwerpunktverlagerung in der finanzpolitischen Diagnose — nicht verzichtet werden, allein schon um beurteilen zu können, ob die Finanzpolitik einen mittelfristig verstetigenden Kurs fährt. Ein konjunktureller Impuls wird in einem engen Zusammenhang mit dem strukturellen Defizit abgeleitet.

— Unverändert bleibt die Grundidee des strukturellen Defizits, mit dem — im Sinne eines Zielkonzepts — der Konsolidierungsbedarf bestimmt werden soll: Danach ist nur jener Teil des Fehlbetrags in den öffentlichen Haushalten zu konsolidieren, der dauerhaften Charakter hat, sich mithin nicht im Laufe eines Konjunkturzyklus selbsttätig abbaut oder durch gesetzlich befristete Maßnahmen begründet ist, und der den mittelfristig als unbedenklich, somit als akzeptabel erscheinenden Umfang staatlicher Kreditfinanzierung überschreitet. Anders gewendet: Das strukturelle Defizit entspricht jenem Teil des Gesamtdefizits, der bei einer Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten die dauerhaft akzeptable Neuverschuldung überschreitet. Im einzelnen muß geklärt werden, für welche Haushalte und auf welcher statistischen Grundlage der Konsolidierungsbedarf sinnvollerweise ermittelt werden soll (Ziffer 180), wie und in welchem Umfang die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben von konjunkturellen Einflüssen zu bereinigen sind (Ziffern 181f.) und wie die dauerhaft akzeptable Kreditfinanzierung bestimmt werden kann (Ziffer 183).

— Unverändert bleibt grundsätzlich auch die Funktion des konjunkturellen Impulses, mit dem — im Sinne eines Meßkonzepts — die Anstoßwirkung der Finanzpolitik auf die konjunkturelle Entwicklung ermittelt werden soll, die aus einer gezielten Ausweitung der öffentlichen Defizite resultiert. „Gezielt" heißt: Eine Ausweitung der öffentlichen Defizite, die über die konjunkturbedingten Haushaltsbelastungen und jene Neuverschuldung hinausgeht, die für sich genommen als dauerhaft akzeptabel erscheint und deshalb keinen Impuls auslöst. Sekundärwirkungen, die sich aus den Reaktionen der Wirtschaftssubjekte auf entsprechende Veränderungen der Finanzpolitik ergeben, werden mit dem konjunkturellen Impuls nicht erfaßt. Eine entsprechende Wirkungsanalyse kann nur situationsbezogen vorgenommen werden, wobei die spezifischen Bedingungen zu würdigen sind, die sich vor allem aus dem Zustand der öffentlichen Finanzen, der konjunkturellen Situation, der Entwicklung des Preisniveaus, der gesamtwirtschaftlichen Dynamik und der außenwirtschaftlichen Lage ergeben. Der konjunkturelle Impuls setzt — ähnlich dem strukturellen Defizit — eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Haushalte und die Bestimmung eines Umfangs derjenigen Kreditfinanzierung voraus, die für sich genommen keinen expansiven Impuls darstellt. Dazu muß im einzelnen geklärt werden, inwieweit methodisch auf die Überlegungen zum strukturellen Defizit zurückgegriffen werden kann und wo Unterschiede liegen (Ziffer 184).

180. Die konsolidierungspolitische Verantwortung liegt unstreitig bei den Gebietskörperschaften, sie beschränkt sich freilich nicht auf deren Kernhaushalte, sondern erstreckt sich ebenso auf die jeweiligen Nebenhaushalte und Sonderrechnungen. Entsprechend werden sie in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu den Haushalten der Gebietskörperschaften gezählt und bilden in der Abgrenzung der Finanzstatistik mit diesen den öffentlichen Gesamthaushalt. Die Verantwortung der Gebietskörperschaften für die Nebenhaushalte ergibt sich direkt aus ihrer Zuständigkeit für die Haushaltsführung oder indirekt aufgrund bestehender Aufsichts- und Genehmigungspflichten. Dies gilt eigentlich auch für das ERP-Sondervermögen, für das der Bund zuständig ist. Gleichwohl erscheint uns dessen Einbeziehung in die konsolidierungspolitische Analyse aus zwei Gründen als wenig sinnvoll. Zum einen handelt es sich dabei um einen sich selbst konsolidierenden Haushalt. So wurde, ausgelöst durch die deutsche Vereinigung, das Darlehensvolumen mit dem Ziel der Investitionsförderung in Ostdeutschland vorübergehend kräftig aufgestockt. Nach der gültigen Finanzplanung wird bereits im Jahre 1998 der Darlehensrückfluß fast ausreichen, um das — bis dahin wegen der erwartungsgemäß verbesserten Lage in den neuen Bundesländern rückläufige — Darlehensvolumen zu finanzieren. Zum anderen schwanken die Finanzierungsdefizite dieses Nebenhaushalts seit der deutschen Vereinigung beachtlich; maßgeblich waren dafür vor allem die allgemeine Zinsentwicklung, aber auch der Abbau von Investitionshemmnissen in Ostdeutschland. Im vergangenen Jahr blieb das Defizit insbesondere wegen der günstigen Marktzinsen, die andere Finanzierungsmöglichkeiten und außerplanmäßige Tilgungen attraktiver werden ließen, mit 1,56 Mrd DM um gut 8 Mrd DM unter dem Soll; dies als Konsolidierungserfolg zu verbuchen, wäre unangemessen.

Die Haushalte der Gebietskörperschaften (einschließlich Nebenhaushalte, aber ohne ERP-Sondervermögen) lassen sich sowohl in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als auch auf der Basis der Finanzstatistik darstellen. Bei der Entscheidung über die angemessene Datenbasis müssen die Unterschiede beider Rechenwerke in der Behandlung des Staatshaushalts beachtet werden (Ziffer 158). Für die Bewertung der Konsolidierungspolitik liefern die Daten der Finanzstatistik die relevanten Informationen. Damit wird der bei den Gebietskörperschaften entstehende Saldo aus Darlehensvergaben und Rückflüssen aus früheren Darlehen berücksichtigt. Dagegen ließe sich vorbringen, daß sich im Falle eines vollständigen Rückflusses dieses Defizit im Zeitablauf von selbst wieder abbaut (analog zur Darlehensvergabe des ERP-Sondervermögens). Doch ist bei den

Gebietskörperschaften nicht zu erwarten, daß in absehbarer Zeit vollständig auf das Instrument der Darlehensgewährung verzichtet werden soll; somit wird der Haushalt wie durch definitive Ausgaben belastet und der Kreditbedarf — mit der Folge ansteigender Zinsausgaben — beeinflußt. Diese Fehlbeträge konsolidieren sich erfahrungsgemäß nicht von selbst, so daß uns deren Berücksichtigung bei der Ermittlung des strukturellen Defizits — und damit die Verwendung der finanzstatistischen Ergebnisse — geboten erscheint.

181. Zunächst sind für den öffentlichen Gesamthaushalt die **Einflüsse der konjunkturellen Entwicklung** auf die Einnahmen und Ausgaben zu ermitteln. Maßstab ist wie in der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts die Normalauslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (96½ vH). Dabei wird für eine Übergangszeit davon ausgegangen, daß die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern durch strukturelle Probleme dominiert wird, die sich aus der Transformation in eine Marktwirtschaft ergeben (JG 93 Ziffer 176). Die konjunkturelle Komponente im fiskalischen Ergebnis, die aus einer Unter- oder Überauslastung der Kapazitäten resultiert, ist in der Konzeption des strukturellen Defizits und der Konzeption des konjunkturellen Impulses damit bis auf weiteres ausschließlich westdeutschen Ursprungs.

Wie bisher werden die auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen und Steuermehreinnahmen dadurch berechnet, daß die Steuerquote des laufenden Jahres sowohl auf das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt dieses Jahres wie auf das Bruttoinlandsprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials angelegt und sodann aus den sich ergebenden Steuereinnahmen die Differenz gebildet wird.

Schwieriger gestaltet sich die Konjunkturbereinigung der Ausgabenseite: Zunächst ist die konjunkturelle Komponente eines Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit zu ermitteln. Die unterauslastungsbedingten Ausgaben für Arbeitslosengeld werden auf zwei Wegen berechnet (JG 93 Ziffer 176): Einerseits wird von der Arbeitsmarktlage im Jahre 1989, in dem das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential annähernd normal ausgelastet war, als Vergleichsmaßstab ausgegangen, andererseits wird die auslastungsbedingte Unterbeschäftigung durch die Berechnung des Arbeitsplatzpotentials bei Normalauslastung unter Verwendung der konjunkturunabhängigen Entwicklung des Arbeitskoeffizienten ermittelt. Als konjunkturbedingt werden zudem die Ausgaben für Kurzarbeitergeld in voller Höhe angesetzt. Schließlich sind für die Beitragseinnahmen der Bundesanstalt auslastungsbedingte Effekte herauszurechnen, dabei wird analog verfahren wie bei der Konjunkturbereinigung der Steuereinnahmen. Die so ermittelten Werte für den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sind mit dem Zuschußbedarf zu vergleichen; nur über diese Verbindung kann die Haushaltsentwicklung der Bundesanstalt den Konsolidierungsbedarf der Gebietskörperschaften beeinflussen. Schließlich müssen die auslastungsbedingten Mehrausgaben für Arbeitslosenhilfe, die direkt über den Bundeshaushalt finanziert wird, bestimmt werden; das Verfahren läuft analog der Berechnung für das Arbeitslosengeld.

Es läge nahe, weitere Ausgabenarten von konjunkturellen Einflüssen zu bereinigen. So mag man erwarten, daß für eine Reihe einkommensabhängiger steuerfinanzierter Sozialleistungen — wie die Sozialhilfe und das Wohngeld — in Zeiten der Rezession Mehrausgaben anfallen. Schätzungen haben auch mit unterschiedlichen Annahmen über Wirkungsverzögerungen jedoch nicht zu plausiblen Ergebnissen über die konjunkturbedingten Sozialhilfeausgaben geführt; ein direkter Wirkungszusammenhang zwischen konjunkturellem Einbruch und Mehrausgaben bei der Sozialhilfe konnte empirisch nicht nachgewiesen werden. Wir sehen deshalb von einer weitergehenden Bereinigung der öffentlichen Ausgaben ab.

Dem konjunkturellen Teil des Gesamtdefizits sind auch solche Haushaltsbelastungen zuzurechnen, die aus befristeten Konjunkturprogrammen resultieren. Dazu gehören Mehrausgaben für Beschäftigungsprogramme ebenso wie Steuerausfälle durch konjunkturpolitisch motivierte Maßnahmen.

182. In einem weiteren Schritt ist zu entscheiden, wie die **Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank** an den Bund berücksichtigt werden soll. Derzeit werden jährlich 7 Mrd DM zur Finanzierung des laufenden Haushalts herangezogen, während der darüber hinaus gehende Betrag zur Schuldentilgung verwendet wird. Der dauerhaft zu erwartende Teil des Bundesbankgewinns wird in unserer Rechnung auf der Basis einer durchschnittlichen Rate der Gewinnabführung — der Relation von Gewinnabführung zur Zentralbankgeldmenge — ermittelt. Diese Rate kann als eine nominale Rendite interpretiert werden. Der Bund sollte dauerhaft nur mit dem Teil des Bundesbankgewinns rechnen, der sich unter der Annahme der Preisniveaustabilität und bei einer Geldpolitik ergibt, die die Zielvorgabe für das Geldmengenwachstum einhält. Bei Inflation wird der Bundesbankgewinn aufgebläht. Abweichungen von der Preisniveaustabilität werden dadurch berücksichtigt, daß die nominale Rendite korrigiert wird um die Differenz zwischen der tatsächlichen Veränderungsrate des Deflators des Bruttoinlandsprodukts und der bei der Ableitung des jeweiligen Geldmengenziels zugrunde gelegten gerade noch hinnehmbaren Steigerungsrate dieses Deflators. Aus den so korrigierten Raten wird ein mehrjähriger Durchschnitt berechnet; wir legen dabei die Jahre 1986 bis 1992 zugrunde. Die langfristige durchschnittliche Rate der Gewinnabführung wird auf jenen jahresdurchschnittlichen Bestand der Zentralbankgeldmenge bezogen, der sich bei Realisierung des Zielpfades für die Geldmengenentwicklung ergeben hätte.

183. Schließlich muß die **dauerhaft akzeptable Kreditfinanzierung** der öffentlichen Haushalte bestimmt werden, die in den bisherigen Konzeptionen als Normalverschuldung bezeichnet wurde. Das Konzept der Normalverschuldung im konjunkturneutralen Haushalt beruhte auf der Vorstellung von Gewöhnungsprozessen an diese Art staatlicher Finanzierung seitens der Privaten. Die Gewöhnung wurde als ein Kennzeichen einer im Gleichgewicht befindlichen Volkswirtschaft verstanden, eine daran orientierte Finanzpolitik als konjunkturneutral bewertet (JG 74 Ziffer 410). Für die Ableitung des strukturellen Defi-

zits war eine solche Fundierung der Normalverschuldung nicht gefordert, hierfür war lediglich eine Zielgröße für eine Neuverschuldung vorzugeben, an die die Wirtschaft gewöhnt werden kann und soll (JG 82 Ziffer 183).

Will man versuchen, die Bestimmung der dauerhaft akzeptablen Kreditfinanzierung öffentlicher Aufgaben konkreter zu fassen und damit auf eine stärker objektivierbare Grundlage zu stellen, dann bieten sich dafür zwei Ansatzpunkte: einerseits die Begrenzung der Kreditfinanzierung durch den Umfang der öffentlichen Investitionen, andererseits das Kriterium der Tragbarkeit („Sustainability") zusätzlicher Kreditaufnahme. Während der Gedanke der Tragbarkeit die Zusammenhänge zwischen Schuldenstand, Neuverschuldung und Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts verdeutlicht und darüber eine Obergrenze für die jährliche Kreditfinanzierung ableitet, die die Schuldenstandsquote — bei unveränderter Verzinsung auch den Anteil der staatlichen Zinsausgaben am nominalen Bruttoinlandsprodukt — konstant hält, gibt die an den öffentlichen Investitionsausgaben orientierte Kreditbegrenzung eine wachstumspolitische Begründung. Orientierungspunkt für die Ableitung einer auf Dauer akzeptablen Kreditfinanzierung muß die Überlegung sein, daß Kreditaufnahme eine Verschiebung von Zahllasten in die Zukunft bedeutet, die in jedem Einzelfall der genauen Erwägung und Begründung bedarf. Ein solcher Legitimationszwang ist am ehesten gewährleistet, wenn die Grenze der als zulässig bewerteten jährlichen Neuverschuldung sehr eng gezogen wird. Für die zu diskutierenden Kriterien bedeutet dies, daß sie nur insoweit herangezogen werden sollten, wie der Begründungszusammenhang mit der Kreditfinanzierung sehr eng ist und sehr weitgehend gesichert erscheint. Dafür spricht auch, daß eine Begrenzung der laufenden Kreditaufnahme kein Selbstzweck ist, sondern dem Ziel dient, die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern und die Belastung zukünftiger Generationen in Grenzen zu halten. Dies rechtfertigt eine sehr restriktive Festlegung der Neuverschuldungsgrenze.

— *Um die fiskalische Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern, wird traditionell gefordert, die Kreditfinanzierung nur insoweit zuzulassen, wie dadurch die Staatstätigkeit in einer Weise ausgeweitet wird, die — unter Berücksichtigung möglicher Verdrängung privater Aktivitäten — das gesamtwirtschaftliche Wachstum positiv beeinflußt, und zwar in dem Ausmaß, daß die daraus folgenden künftigen Mehreinnahmen des Staates die Finanzierung der Staatsschuld ermöglichen. Dabei wird unterstellt, daß dies bei den staatlichen Ausgaben für Investitionen zutrifft. Dieser Gedanke liegt Artikel 115 Absatz 1 Satz 2 GG zugrunde, der außer in Situationen einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts die im Haushalt angesetzten Investitionsausgaben als Obergrenze für die Kreditfinanzierung des Bundes benennt; einige Länderverfassungen enthalten vergleichbare Bestimmungen. Ungeklärt blieb bis heute, in welcher Weise der zugrundeliegende Investitionsbegriff zu konkretisieren ist; das im Grundgesetz erwähnte Ausführungsgesetz ist bislang nicht erlassen worden. Für diese Konkretisierung sind vor allem folgende Fragen zu klären: Sollen nur die Ausgaben für Sachinvestitionen berücksichtigt werden oder sind auch die Ausgaben für die Investitionsförderung einzubeziehen? Wie sollen die Ausgaben für Humankapital behandelt werden? Muß auf Bruttogrößen oder Nettogrößen abgestellt werden?*

Grundsätzlich gilt, daß nur solche Investitionsausgaben berücksichtigt werden sollten, deren Kapazitätseffekt einigermaßen sicher und dauerhaft erscheint. Dies kann für eigene Investitionen des Staates begründeter angenommen werden als für Investitionszuschüsse, deren Vergabe sich an unterschiedlichen Kritierien orientiert und deren Nettoeffekte unklar sind. Zwar mag es eine Reihe von Investitionszuschüssen geben, für die ein Kapazitätseffekt nachweisbar ist, doch fällt es schwer, diese exakt abzugrenzen. Im übrigen müßten dann auch Steuervergünstigungen für Investitionen einbezogen werden, deren Wirkungen noch schwieriger zu bestimmen sind. Dasselbe Problem taucht bei den Ausgaben für Humankapital auf, auch hier wird es durchaus Leistungen des Staates geben, die — wenn auch indirekt — gesamtwirtschaftlich positive Wirkungen haben, doch fällt es — besonders angesichts von Mitnahmeeffekten — schwer, diese zu ermitteln. Aus diesen Gründen berücksichtigen wir im weiteren weder die Ausgaben für Investitionsförderung noch die Ausgaben für Humankapital.

Freilich sind auch bei den Sachinvestitionen Unterschiede zu machen. In den Budgets werden die Ausgaben für eigene Sachinvestitionen in der Hauptgruppe 7 (Baumaßnahmen) und den Obergruppen 81 und 82 (Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen — im wesentlichen Grundstücke) geführt. Würde man die Ausgaben für Grundstückskäufe bei der Ermittlung der Neuverschuldungsgrenze ansetzen, bedeutete dies, einen sachlich und zeitlich noch völlig unsicheren Kapazitätseffekt als gegeben zu unterstellen. Ein solches Vorgehen widerspräche den Überlegungen zur Funktion der Kreditbegrenzung. Ähnlich läßt sich auch die Nichtberücksichtigung der Ausgaben für den Erwerb beweglicher Sachen begründen, zumal hierbei noch eine willkürliche Wertgrenze — beim Bund werden Gegenstände ab einem Beschaffungswert von 10 000 DM als Investitionsausgabe, ansonsten als Verwaltungsausgabe gebucht — einen Gestaltungsspielraum bietet, um die Investitionsausgaben gegebenenfalls zu erhöhen.

Wir halten es deshalb für geboten, bei der Ermittlung einer Grenze für die jährliche Kreditaufnahme lediglich von den Ausgaben des Staates für Bauinvestitionen auszugehen, wohlwissend, daß darin — wenn auch in geringem Umfang — Ausgaben enthalten sind, die — wie Baumaßnahmen der Landespflege — nur einen sehr indirekten positiven Effekt auf das gesamtwirtschaftliche Ergebnis haben. Dominiert werden die Bauinvestitionen allerdings von Maßnahmen, die im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur liegen und damit am ehesten einen Kapazitätseffekt haben dürften. Dementsprechend werden berücksichtigt: die Ausgaben für Baumaßnahmen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung (Oberfunktionen 12, 13, 15 und 16/17), Krankenhäuser (Funktion 312), Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen (Oberfunktion 42), kommunale Gemeinschaftsdienste (Funktionen 431 bis 433), Energie- und Wasserwirtschaft (Oberfunktion 62), Straßen (Oberfunktionen 72, 73) sowie Versorgungs- und Verkehrsunternehmen (Oberfunktionen 82 und 83). Da von Ersatzinvestitionen nur vergleichsweise geringe Wachstumseffekte ausgehen dürften, soll lediglich auf Nettoinvestitionen abgestellt werden. Die dafür erforderlichen Abschreibungen können näherungsweise aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hergeleitet werden.

— *OECD und Internationaler Währungsfonds haben das Kriterium der Tragbarkeit formuliert, um die Wirkungen der öffentlichen Verschuldung über die Zinsbelastung auf den Handlungspielraum des Staates zu berücksichtigen. In einem Konzept des Primärbudgets (Haushaltsvolumen ohne Zinsausgaben) wird, ausgehend von einer gegebenen gesamtwirtschaftlichen Schuldenstandsquote, eine Finanzpolitik als tragbar bezeichnet, die diese Quote nicht erhöht. Tragbar ist eine Defizitquote, die kleiner oder gleich dem Produkt aus der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts ($\frac{\Delta Y}{Y}$) und der Schuldenstandsquote ($\frac{B}{Y}$) ist. Dies kann plausibel für eine Konsolidierungspolitik unterstellt werden, weil man annehmen darf, daß sich dadurch zugleich die Wachs-*

tumsbedingungen der Volkswirtschaft verbessern. Ist die Konsolidierung erfolgreich beendet, dann soll sich nach den Vorstellungen des Sachverständigenrates die Kreditfinanzierung des Staates — von konjunkturbedingten Schwankungen abgesehen — auf die dauerhaft abzeptable Kreditfinanzierung beschränken. Eine Obergrenze für die entsprechende Defizitquote (k) wäre durch die zuvor genannte Bedingung definiert:

$$k = \frac{\Delta B}{Y} \leq \frac{\Delta Y}{Y} \cdot \frac{B}{Y}$$

Annahmen über die Schuldenstandsquote — zum Beispiel die entsprechende Quote vor der Vereinigung oder die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Quote — erlauben es, entsprechende Werte für die Defizitquote abzuleiten. So entspräche der Schuldenstandsquote von 60 vH bei einem durchschnittlichen Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 5 vH eine Defizitquote von maximal 3 vH, der Schuldenstandsquote des Jahres 1989 (41,76 vH) unter dieser Wachstumsannahme eine Defizitquote von maximal 2,1 vH. Die Tilgung von Altschulden erfordert unter sonst gleichen Bedingungen eine verringerte Quote der dauerhaft akzeptablen Kreditfinanzierung.

Zusammenfassend gilt: Die jährliche Neuverschuldung der Gebietskörperschaften (einschließlich der Nebenhaushalte ohne ERP-Sondervermögen) sollte die Höhe der tatsächlichen Nettoausgaben für Bauinvestitionen nicht überschreiten (Primärkriterium). Diese Obergrenze ist allerdings nur solange maßgeblich, wie die entsprechende Kreditaufnahme die Schuldenstandsquote nicht erhöht (Sekundärkriterium). In der Konzeption des strukturellen Defizits soll die so begründete dauerhaft akzeptable Kreditfinanzierung die Bezeichnung **„investitionsorientierte Verschuldung"** tragen.

184. Für die konjunkturpolitische Analyse — damit für die Bestimmung des **konjunkturellen Impulses** der Finanzpolitik — kann das so ermittelte strukturelle Defizit unter vier Voraussetzungen als Basis herangezogen werden.

— Erstens muß geklärt werden, ob die getroffene Abgrenzung der einzubeziehenden Haushalte für diesen Zusammenhang angemessen ist. Bedenkt man, daß der Staat auch über die Vergabe von Darlehen Einfluß auf die Entscheidungen der privaten Wirtschaftssubjekte nimmt, folglich bereits dadurch einen konjunkturellen Impuls auslösen kann, erscheint es nicht sinnvoll, das ERP-Sondervermögen in der konjunkturellen Analyse auszuschließen. Wir gehen deshalb bei der Berechnung des konjunkturellen Impulses vom Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts einschließlich ERP-Sondervermögen in Abgrenzung der Finanzstatistik aus.

— Zweitens muß auch für die konjunkturelle Würdigung der Finanzpolitik — anders als in der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts — die Ausgabenseite bereinigt werden. Wir halten dies für sinnvoll, weil die Lohnersatzleistungen den Ausfall der Arbeitseinkommen teilweise kompensieren und deswegen zu keinem Impuls führen.

— Drittens: Anders als beim strukturellen Defizit darf der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts nicht um die Haushaltsbelastungen bereinigt werden, die aus einer aktiven Konjunkturpolitik resultieren; diese Haushaltsbelastungen sind vielmehr zum konjunkturellen Impuls zu rechnen.

— Viertens muß geklärt werden, ob die für das strukturelle Defizit verwendete investitionsorientierte Verschuldung auch bei der Ableitung des konjunkturellen Impulses eine angemessene Größe darstellen kann. Grundsätzlich sind wir nach wie vor der Meinung, daß der konjunkturelle Impuls der öffentlichen Haushalte nicht sinnvoll aufgrund eines Defizits bestimmt werden kann, das lediglich konjunkturbereinigt ist. Denn es ist davon auszugehen, daß die Privaten dem Staat auch in konjunkturellen Normalsituationen in einem gewissen Umfang Kreditaufnahme zubilligen. Konjunkturneutral ist danach jener Teil der Neuverschuldung, der von den Privaten als dauerhaft angesehen wird, an den diese sich folglich gewöhnen konnten. Insoweit kennzeichnet dieser Teil der Neuverschuldung eine gleichgewichtige gesamtwirtschaftliche Situation. Geht man davon aus, daß eine aufgrund der institutionellen Bedingungen zulässige Neuverschuldung keinen Impuls hat, dann kann für die gewöhnungsneutrale Kreditaufnahme der anhand der Investitionsausgaben abgeleitete Betrag angesetzt werden. Dabei ist zu bedenken, daß damit nicht die entsprechenden Investitionsausgaben als konjunkturneutral bewertet werden, da grundsätzlich offen bleibt, wofür die Kredite verwendet werden (Nonaffektation). Die Bestimmung des Artikel 115 Absatz 1 Satz 2 GG und analog die vergleichbaren Regelungen einiger Länderverfassungen sind Orientierungspunkte für die Gewöhnungsprozesse der Privaten. Dafür dürfte allerdings nicht die tatsächliche Höhe der Investitionsausgaben im jeweiligen Jahr bedeutsam sein, sondern der Anteil der Investitionsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in vorangegangenen Jahren. So liegt es nahe, für die Bestimmung der dauerhaft akzeptierten Kreditfinanzierung, die für die Ableitung des konjunkturellen Impulses maßgeblich ist, den gleitenden mehrjährigen Durchschnitt dieses Anteils zu nehmen. Wir bezeichnen diesen Umfang der Kreditaufnahme als **„konjunkturneutrale Verschuldung"**. Bei der Ermittlung werden jeweils der Anteil des laufenden Jahres und der der vier zurückliegenden Jahre zugrunde gelegt. Ist der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt über die Zeit konstant, dann entsprechen sich investitionsorientierte Verschuldung und konjunkturneutrale Verschuldung.

Zusammengenommen ergeben sich daraus zwischen der Ermittlung des strukturellen Defizits und des konjunkturellen Impulses gewichtige methodische Unterschiede (Tabelle 37).

185. Die Aussagefähigkeit eines konjunkturellen Impulses, der auf diese Weise berechnet wird, ist freilich aus verschiedenen Gründen eingeschränkt.

— Der konjunkturelle Impuls gibt lediglich die Anstoßwirkung wider, die der öffentliche Haushalt durch ein bestimmtes Verschuldungsverhalten auf die Gesamtwirtschaft hat. Die tatsächlichen Wirkungen auf die Konjunktur hängen hingegen von

Tabelle 37

Ableitung des strukturellen Defizits und des konjunkturellen Impulses

Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts ohne ERP-Sondervermögen	**Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts mit ERP-Sondervermögen**
Bereinigung um konjunkturelle Einflüsse Bereinigung der Gewinnabführung der Bundesbank	Bereinigung um konjunkturelle Einflüsse Bereinigung der Gewinnabführung der Bundesbank
abzüglich der Haushaltsbelastungen durch aktive Konjunkturpolitik	
abzüglich „investitionsorientierte Verschuldung"	abzüglich „konjunkturneutrale Verschuldung"
→ **strukturelles Defizit**	→ **konjunktureller Impuls**

den Verhaltensreaktionen der Wirtschaftssubjekte ab. Wachstumspolitische Effekte werden gänzlich ausgeklammert.

— Der konjunkturelle Impuls kann nicht ohne Berücksichtigung des Niveaus der Ausgaben- und Einnahmenquoten des Staates interpretiert werden. Dieser Kritikpunkt ist gegen den konjunkturneutralen Haushalt vorgebracht worden und gilt auch für den konjunkturellen Impuls, wie er hier unterstellt wird. Anteilsverschiebungen zwischen der privaten und der staatlichen Beanspruchung des Produktionspotentials werden auch dann eine Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Situation haben, wenn das Defizit und damit der konjunkturelle Impuls unverändert bleiben.

186. Strukturelles Defizit und konjunktureller Impuls bieten in dieser Version die Möglichkeit, in der finanzpolitischen Analyse nicht auf einen schlichten

Tabelle 38

Strukturelles Defizit und

Mrd

Position	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Finanzierungsdefizit[2]											
1a Öffentlicher Gesamthaushalt[3] ohne ERP-Sondervermögen	27,2	63,8	47,5	31,2	39,8	45,8	55,7	74,2	69,2	54,6	45,7
1b Öffentlicher Gesamthaushalt[3] mit ERP-Sondervermögen	27,3	63,8	48,0	31,2	39,6	46,6	57,1	75,7	69,6	55,3	46,5
2 Konjunkturbereinigung der Einnahmenseite	– 1,8	–10,7	– 2,5	– 0,8	1,0	7,0	1,9	– 5,6	–16,0	–14,5	–11,8
3 Konjunkturbereinigung der Ausgabenseite	0,0	7,7	3,1	0,0	0,0	0,0	0,4	4,8	10,0	5,8	4,8
4 Belastungen durch Konjunkturprogramme	2,0	8,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0	3,5
5 Bereinigung der Gewinnabführung der Bundesbank	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	– 2,3	– 6,3	– 6,9	– 7,2
6a „Investitionsorientierte Verschuldung"	25,5	25,4	24,0	22,4	24,5	27,3	30,5	28,7	25,8	22,7	21,5
Verschuldungsquote (in vH)[4]	*2,59*	*2,47*	*2,14*	*1,87*	*1,91*	*1,97*	*2,07*	*1,87*	*1,62*	*1,36*	*1,23*
6b „Konjunkturneutrale Verschuldung"	26,0	26,8	27,8	27,7	28,2	28,8	29,3	29,8	30,0	29,7	28,6
Verschuldungsquote (in vH)[4]	*2,64*	*2,61*	*2,48*	*2,32*	*2,20*	*2,07*	*1,99*	*1,94*	*1,89*	*1,78*	*1,63*
7 **Strukturelles Defizit** (=1a+2–3–4–5–6a)	– 2,1	11,6	17,9	8,0	16,2	25,5	26,7	37,4	23,7	16,6	11,4
Defizitquote (in vH)[2]	*–0,21*	*1,13*	*1,60*	*0,67*	*1,26*	*1,83*	*1,81*	*2,44*	*1,49*	*0,99*	*0,65*
8 **Konjunktureller Impuls** (=1b+2–3–5–6b)	– 0,5	18,7	14,7	2,7	12,4	24,8	29,2	37,8	19,9	12,3	8,6

[1]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) In der Abgrenzung der Finanzstatistik.
[3]) Bund, EU-Anteile, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit" (ab 1990), Kreditabwicklungsfonds (ab 1990), Bundeseisenbahnvermögen (ab 1994), Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände einschließlich Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.
[4]) „Investitionsorientierte Verschuldung" / „Konjunkturneutrale Verschuldung" / Strukturelles Defizit jeweils in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in vH.

Vorjahresvergleich abzustellen, sondern bei einer mittelfristigen Betrachtung zu bleiben. Darin liegt der eigentliche Wert beider Konzeptionen. Würde man darauf verzichten, so wäre die Diagnose auf die reinen Haushaltszahlen verwiesen, die Irrlichtern gleichen, weil sie weder gesicherten Aufschluß über die gesamtwirtschaftlichen Einflüsse geben noch eine konjunkturpolitische Würdigung der Finanzpolitik zulassen. In beiden Konzeptionen ist die Basis durch zwei Größen mittelfristiger Natur definiert: die investitionsorientierte beziehungsweise die konjunkturneutrale Verschuldung und die an der Normalauslastung orientierte Konjunkturbereinigung. Zwar wird dadurch kein direkter Basisjahrvergleich möglich, wohl aber ein Vorjahresvergleich anhand mittelfristig definierter Kriterien.

187. Berechnet man — wie zuvor erläutert — das strukturelle Defizit und den konjunkturellen Impuls der öffentlichen Haushalte für die Jahre 1974 bis 1994 (Tabelle 38), dann bestätigt sich in etwa das Bild, das in früheren Jahresgutachten gezeichnet wurde. In den siebziger und achtziger Jahren erreichte der Konsolidierungsbedarf jeweils im zeitlichen Zusammenhang mit konjunkturellen Einbrüchen einen Höhepunkt, dies war in den Jahren 1975/76 und 1981/82 der Fall. Dabei unterscheidet sich das zeitliche Muster von beginnender Rezession und sich verschärfendem Konsolidierungsdruck. In den siebziger Jahren stieg das strukturelle Defizit noch an, als die Rezession bereits überwunden war — im Jahre 1976 hatte der Auslastungsgrad des Produktionspotentials vor allem infolge eines realen Zuwachses beim Bruttoinlandsprodukt von 5,3 vH wieder mit 3,1 vH zugenommen. Dagegen entwickelte sich das Defizit zu Beginn der achtziger Jahre bereits rückläufig, als der konjunkturelle Einbruch in seiner vollen Schärfe erst noch bevorstand — der Auslastungsgrad ging im Jahre 1982 am stärksten zurück. Diese Verhaltensmuster der Finanzpolitik spiegeln eine unterschiedliche Dringlichkeit der Konsolidierungsaufgabe, eine veränderte Einschätzung der Wirkungsmöglichkeiten expansiver Finanzpolitik und eine dadurch gewandelte Bewertung dauerhaft hoher struktureller Defizite wider.

So konnte man Mitte der siebziger Jahre noch die Vorstellung hegen, einer Rezession — wie in den Jahren 1966/67 — mit expansiver Staatsnachfrage beikommen zu können, ohne dadurch die Handlungs-

Tabelle 38

konjunktureller Impuls

DM[1])

1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	Position
										Finanzierungsdefizit[2])
39,2	42,7	51,5	51,7	25,9	92,2	116,1	110,2	135,8	132	1a Öffentlicher Gesamthaushalt[3]) ohne ERP-Sondervermögen
39,3	42,3	51,1	51,8	27,1	94,4	122,7	116,9	137,3	137	1b Öffentlicher Gesamthaushalt[3]) mit ERP-Sondervermögen
–10,9	–10,9	–15,0	– 8,8	– 2,4	10,9	22,9	15,6	– 9,8	– 9½	2 Konjunkturbereinigung der Einnahmenseite
4,0	1,6	1,3	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	11,1	19	3 Konjunkturbereinigung der Ausgabenseite
2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	4 Belastungen durch Konjunkturprogramme
– 8,6	– 8,1	– 2,6	– 0,2	0,3	– 1,1	– 0,6	0,0	0,7	1½	5 Bereinigung der Gewinnabführung der Bundesbank
22,3	23,9	24,2	25,2	26,3	28,0	40,1	48,5	46,7	44½	6a „Investitionsorientierte Verschuldung"
1,22	*1,24*	*1,21*	*1,20*	*1,18*	*1,15*	*1,40*	*1,58*	*1,48*	*1,33*	Verschuldungsquote (in vH)[4])
26,6	25,7	25,0	25,6	27,0	29,1	35,1	40,1	42,9	46½	6b „Konjunkturneutrale Verschuldung"
1,46	*1,34*	*1,25*	*1,22*	*1,21*	*1,20*	*1,23*	*1,30*	*1,36*	*1,39*	Verschuldungsquote (in vH)[4])
8,7	14,4	13,6	16,9	– 3,2	76,2	99,5	77,4	67,5	57½	7 **Strukturelles Defizit** (=1a+2–3–4–5–6a)
0,47	*0,75*	*0,69*	*0,81*	*–0,14*	*3,14*	*3,49*	*2,52*	*2,14*	*1,72*	Defizitquote (in vH)[2])
6,4	12,2	12,4	16,6	– 2,7	77,3	111,1	92,5	72,8	60½	8 **Konjunktureller Impuls** (=1b+2–3–5–6b)

fähigkeit des Staates mittelfristig zu gefährden; die Schuldenstandsquote lag Ende 1974 bei 19,5 vH, und die Zinslastquote im öffentlichen Gesamthaushalt betrug lediglich 3,9 vH. Zwar wurde die Konsolidierung der Haushalte als vordringlich angesehen, zugleich aber auf die Zeit nach der Rezession terminiert. Tatsächlich konnte im Jahre 1977 das strukturelle Defizit deutlich verringert werden, bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt betrug es nur noch 0,67 vH. Konsolidierung wurde allerdings noch nicht als dauerhaftes Anliegen verstanden, bereits im Jahre 1979 lag das strukturelle Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt höher als im Jahre 1976 und stieg danach weiter an. Der Idee der antizyklischen Finanzpolitik entsprechend hätte in den Jahren zunehmender Auslastung des Produktionspotentials eine gegenläufige Politik betrieben werden müssen, die schließlich am Höhepunkt zu strukturellen Überschüssen in den öffentlichen Haushalten geführt hätte.

Angesichts dieser Vorbelastung schien die Handlungsfähigkeit des Staates gefährdet, als dieser versuchte, auf die Stagnation der Jahre 1980 und 1981 mit expansiven Programmen zu reagieren. Die Schuldenstandsquote hatte Ende 1981 bereits 35,5 vH betragen, die budgetäre Zinslastquote 6,7 vH. Da die kreditfinanzierte Nachfragepolitik des Staates angesichts des Vertrauensverlustes an den internationalen Finanzmärkten, der dadurch mitverursachten D-Mark-Abwertung und des verstärkten Preisauftriebs im Inland bereits im Jahre 1981 kaum noch einen positiven Wirkungsgrad besaß, wurden die Zweifel an einer solchen Strategie immer deutlicher (JG 81 Ziffer 247, SG 82 Ziffern 57 ff.). Man gelangte zu der Überzeugung, daß in der gegebenen Situation gerade eine Politik, die bereits in der Rezession mit der Sanierung der öffentlichen Haushalte beginnt, über eine Stabilisierung der Erwartungen letztlich positiv auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkt. Die Bundesregierung handelte bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 1982 entsprechend und beschloß Ausgabenkürzungen in Höhe von rund 13,5 Mrd DM; die Länder verringerten den Ausgabenanstieg in ihren Haushalten, und die Gemeinden hielten ihr Ausgabenvolumen gegenüber dem Jahr 1981 nahezu konstant. Durch diese Maßnahmen wurde der Konsolidierungsbedarf im Jahre 1982 um etwa 13,5 Mrd DM gegenüber dem Vorjahr reduziert. Anders als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war dies kein einmaliger Versuch, sondern der Beginn einer mehrjährigen Konsolidierungsphase, die trotz Einnahmenausfällen infolge der Steuerreformen bis zum Jahre 1989 einen völligen Abbau des strukturellen Defizits ermöglichte.

Die Lage der öffentlichen Finanzen war demnach günstig, als die deutsche Vereinigung zu einer vollständigen Veränderung der Handlungsbedingungen für die Finanzpolitik führte. Allerdings signalisiert der Abbau des strukturellen Defizits nur einen Erfolg bei der quantitativen Konsolidierung, damit ist noch nichts über die Struktur der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1989 gesagt. Sowohl bei der Umgestaltung der Ausgabenstruktur als auch bei der Reform der Einkommensbesteuerung wurde zuwenig auf die wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfordernisse Rücksicht genommen (JG 89 Ziffern 173 f.). Bei einem überproportionalen Anstieg der Zinsausgaben und einer spürbaren Reduzierung der Investitionsquote in den öffentlichen Haushalten fanden weitergehende Änderungen in der Gewichtung der verschiedenen Ausgabenarten nicht statt. Dies erklärt, warum der Staat im Jahre 1990 und danach, als ihn nicht nur die finanziellen Anforderungen für die deutsche Vereinigung, sondern auch die Einnahmenausfälle aus der Einkommensteuerreform 1990 belasteten, nicht flexibler reagieren konnte. Es blieb zunächst nur der Ausweg zusätzlicher Kreditaufnahme; das strukturelle Defizit erreichte — bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt — einen neuen Spitzenwert, fast 3,5 vH im Jahre 1991. Die Notwendigkeit der Konsolidierung wurde schon in diesen Jahren — vor allem auch mit dem Hinweis auf die finanzpolitischen Unwägbarkeiten der deutschen Vereinigung — allenthalben gefordert, und doch war der Konsolidierungskurs umstritten, als beginnend mit der Jahreswende 1992/93 die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch eine schwere Rezession belastet wurde. Aber wie zu Beginn der achtziger Jahre überwog auch diesmal die Überzeugung, daß eine auf dem erreichten Niveau weiterhin expansive Finanzpolitik vor allem wegen der dadurch genährten Befürchtungen, sie könne handlungsunfähig werden, kontraproduktiv sein würde. So wurde mit der Konsolidierung wiederum in der Rezession begonnen; das strukturelle Defizit bildete sich im Jahre 1994 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück, die entsprechende Defizitquote beläuft sich nur noch auf 1,7 vH. Die Konjunktur erholte sich zeitgleich spürbar und stärker als dies allgemein vor Jahresfrist erwartet worden war. Freilich: Das strukturelle Defizit ist immer noch hoch, die weitere Reduzierung duldet schon angesichts der hohen Zinsbelastung der staatlichen Haushalte — die Zinslastquote betrug in diesem Jahr im öffentlichen Gesamthaushalt 10½ vH — keinen Aufschub.

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1995

I. Ausgangslage

188. Die deutsche Wirtschaft schreitet, bei deutlich verbesserter Konstitution, wieder voran. Sie hat das Rezessionstal, in das sie ab der Jahresmitte 1992 hinabgerutscht war, unerwartet rasch hinter sich gelassen und die Produktionsverluste schon wieder weitgehend wettgemacht. Gewiß, sie hat das nur mit Hilfe von außen geschafft — ohne den Sog der Exportnachfrage hätte sie wohl nicht so früh wieder Tritt gefaßt. Aber nicht minder wichtig war, daß sie in der Krise neue Kräfte gesammelt und vor allem das Verhältnis von Kosten zu Erlösen wieder ins Lot gebracht hat. Schließlich muß der Beitrag ins Bild gerückt werden, den die Wirtschaftspolitik zur konjunkturellen Erholung beigesteuert hat. Die Finanzpolitik hat die Konsolidierungsaufgabe angepackt, die Geldpolitik die Zinsen gesenkt, und die Lohnpolitik hat der Beschäftigungssicherung Vorrang eingeräumt. In der Summe hat das ausgereicht, um binnen kurzer Zeit einen Umschwung in den Erwartungen — vom tiefen Pessimismus zum gedämpften Optimismus — herbeizuführen.

189. Damit ist es im ganzen sehr viel besser gekommen, als wir es vor einem Jahr erhoffen konnten. Zwar hatten wir in der Prognose eine leichte Belebung im Jahresverlauf angenommen (JG 93 Ziffern 208ff.), aber erst für die Zeit nach einem erwarteten erneuten Einbruch zu Beginn des Jahres 1994, der allerdings nicht eintrat. Die Ausgangslage war damals von den statistischen Daten her schwer zu interpretieren. Die Konjunktur hatte sich zwar im Frühjahr 1993 gefangen, aber das reichte nicht aus, um die Wirtschaft im ersten Anlauf aus der Rezession zu führen. Im Herbst kam sie erneut ins Trudeln, weil die Inlandsnachfrage plötzlich wieder stark nachließ, insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern. Damals, und das belegen die Konjunkturumfragen aus dieser Zeit, befanden sich die deutschen Unternehmer in einem ausgeprägten Stimmungstief, und das Vertrauen in die Wirtschafts- und Finanzpolitik schien rapide zu schwinden. Daß die Situation wenige Monate später eine ganz andere sein würde, war kaum vorauszusehen. Wieder einmal hat sich gezeigt, wie schwierig die exakte Bestimmung von konjunkturellen Wendepunkten ist.

Der konjunkturelle Umschwung hat seinen Niederschlag in allen großen Nachfrageaggregaten gefunden. Die Abweichungen in der Entwicklung waren am stärksten beim Export und Import sowie bei den Lagerinvestitionen, am geringsten noch beim Staatsverbrauch und bei den Ausrüstungsinvestitionen.

— Die Abweichungen beim Export sind letztlich darauf zurückzuführen, daß die konjunkturelle Erholung in den westlichen Industrieländern früher einsetzte und stärker ausfiel als erwartet. Diesen Fehler müssen sich fast alle Prognosen anrechnen lassen. Die Expansionsrate für den Welthandel, die wir eingestellt hatten, war viel zu niedrig; diese Rate dient uns immer als Orientierung bei der Exportschätzung.

— Die Unterschätzung des Lageraufbaus war zum Teil ein Folgefehler. Zum Teil war sie aber auch Ausdruck von spekulativen Käufen in Erwartung von Verteuerungen an den Weltrohstoffmärkten. Das hat die Einfuhr stark nach oben gezogen.

— Beim Privaten Verbrauch hatten wir den Rückgang in der Sparneigung zu schwach angesetzt und bei den Bauinvestitionen den Einfluß nachfragedämpfender Faktoren, insbesondere unsicherer Einkommenserwartungen, zu stark gewichtet.

— Der Schätzfehler bei den Ausrüstungsinvestitionen hält sich dagegen in recht engen Grenzen. Freilich hätte man auf Grund der unerwartet kräftigen Nachfragedynamik hier eigentlich mit größeren Abweichungen nach oben rechnen müssen; bis zur Jahresmitte konnte sich die Investitionsneigung noch nicht recht festigen.

Auch dann, wenn Prognosen durch die Entwicklung im nachhinein nicht bestätigt werden, folgt daraus nicht, daß sie von Anfang an wertlos waren. Prognosen sind vor allem dazu da, um mögliche Fehlentwicklungen aufzuzeigen, die in einer Entwicklung, die man für die wahrscheinlichste hält, angelegt sind. Die aus der Prognose seinerzeit abgeleiteten Schlußfolgerungen für die Wirtschaftspolitik werden nicht schon dadurch hinfällig, daß sich später die Prognose nicht bestätigt hat. Das gilt auch für unsere Prognose vom letzten Jahr. Deren Kernaussage lautete, daß die Überwindung der Rezession nur dann zu erwarten sei, wenn die Wirtschaftspolitik Vertrauen zurückgewinne. Bis zu einem gewissen Grad ist ihr das gelungen. Insofern hat die Prognose vielleicht etwas bewirkt und mit dazu beigetragen, daß die Entwicklung besser verlaufen ist.

190. Inzwischen hat die konjunkturelle Erholung in den alten Bundesländern deutliche Konturen angenommen. Die Auftriebskräfte kommen nicht mehr, wie in der ersten Hälfte dieses Jahres, überwiegend vom Export und vom Lageraufbau, sondern nun auch von den Investitionen. Die Basis für einen neuen Aufschwung, so sieht es jedenfalls aus, ist damit gelegt. Das verbessert auch die Bedingungen für den Aufbau in den neuen Bundesländern, der von der Rezession im Westen nicht ganz unberührt geblieben ist.

Die Erfahrung lehrt, daß nach einer Rezession ein Aufschwung rasch an Kraft gewinnt, weil die zyklischen Auftriebskräfte ihn hochschaukeln: Steigende Exporte schaffen Raum für eine steigende Produktion, und das zieht — soweit die Rahmenbedingungen stimmen — die Investitionen und später auch die Beschäftigung mit nach oben. Höhere Beschäftigung wiederum bringt höhere Einkommen in der Summe und damit höheren Privaten Verbrauch. Insofern sollte man eigentlich erwarten können, daß sich die konjunkturelle Dynamik im nächsten Jahr deutlich verstärkt. Doch so selbstverständlich ist das nicht. Denn die Bereitschaft der Unternehmen, in neue Ausrüstungen und Bauten zu investieren, nimmt nur zögerlich zu. Das ist selbst dort zu beobachten, wo das gute Exportgeschäft wieder für eine hohe Auslastung der Kapazitäten sorgt, aber erst recht dort, wo die Kapazitätsauslastung niedrig ist, weil der Private Verbrauch lahmt. Anscheinend sind vielen Investoren die mittelfristigen Perspektiven noch unsicher. Sie nehmen folglich vor allem solche Projekte in Angriff, bei denen sie erwarten, daß sie sich bald amortisieren; andere, wagnisreiche Projekte stellen sie hingegen erst einmal zurück. Das deutet darauf hin, daß die Aufwärtsentwicklung im kommenden Jahr nur verhalten sein wird, jedenfalls verhaltener, als man es früher im Anschluß an eine Rezession gewohnt war.

191. Es sind mehrere Faktoren, die derzeit das Investitionskalkül noch belasten:

— Die konjunkturelle Entwicklung zeigt zwar überall nach oben, aber die Weltwirtschaft befindet sich nicht im Gleichschritt. Die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien haben gegenüber den europäischen Ländern einen Vorlauf von zwei bis drei Jahren, gegenüber Japan ist es sogar noch mehr. Der im Jahre 1994 enger gewordene internationale Konjunkturverbund kann sich wieder lockern, falls sich der Aufschwung in den Vereinigten Staaten deutlich abschwächt oder gar in einen Abschwung übergehen sollte, was nicht zwingend, aber auch nicht auszuschließen ist. Es kann dann rasch eine „Konjunkturschaukel" entstehen, die den Aufschwung in Westeuropa und anderswo abbremst. Das mag da und dort Anlaß sein, die Kapazitäten erst einmal nicht oder nur vorsichtig zu erweitern.

— Zudem gibt es offensichtlich Irritation, weil die langfristigen Zinsen in der Welt seit Anfang dieses Jahres kräftig gestiegen sind. Der Zinsanstieg kann unterschiedlich interpretiert werden. Er kann Reflex der wachsenden Kapitalnachfrage der Unternehmen sein. Dann bräuchte er nicht notwendig als Investitionsbremse zu wirken, wenn auch die Ertragserwartungen sich entsprechend verbesserten. Er kann aber auch aufkommende Inflationsängste widerspiegeln. In diesem Fall müßten die Unternehmen damit rechnen, daß die Geldpolitik über kurz oder lang auf die Bremse tritt. Soweit sie solche Befürchtungen hegen, werden sie entsprechend zurückhaltend investieren.

— Steigende Zinsen verteuern die Finanzierung und beeinträchtigen die Investitionsneigung, wenn die positiven Ertragserwartungen noch nicht gefestigt sind. Das ist in der Frühphase eines Aufschwungs meistens so. Deshalb mag in Deutschland die Verunsicherung der Investoren größer sein als in den Ländern, die im Konjunkturzyklus einen Vorlauf haben. Zudem mögen hierzulande Befürchtungen, daß die Gewinnerwartungen nicht auf Dauer erfüllt werden können, eine Rolle spielen. Sollten sich derartige Besorgnisse ausbreiten — und eine „Lohnnachschlagdiskussion" wäre sicher dazu geeignet —, würde wohl manche risikoreiche Investition unterbleiben.

— Die Finanzpolitik hat bislang nur die quantitative Konsolidierung angepackt. Sie muß nun die qualitative Konsolidierung durch eine Senkung der Ausgabenquote und der Einnahmenquote sowie den Umbau des Steuer- und Abgabensystems auf den Weg bringen. Ob und vor allem wie das geschehen kann, ist noch höchst unklar. Die Bundesregierung hat zwar die Absicht, die Unternehmen zu entlasten. Aber angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse mögen viele Investoren darin nur einen Wechsel sehen, dem die Deckung fehlt. Sie mögen argwöhnen, am Ende zusätzlich belastet zu werden. Die Unsicherheit darüber, was die Regierung sich vornehmen und was sie politisch durchsetzen kann, mag dazu führen, daß sich manche Unternehmen erst einmal aufs Abwarten verlegen.

Das aber heißt: Der Test über die Robustheit des Aufschwungs steht noch aus. Er wird nur dann bestanden werden, wenn es der Wirtschaftspolitik gelingt, Klarheit in bezug auf die mittelfristigen Perspektiven zu schaffen.

192. Zunächst legen wir die Annahmen dar, auf denen die Prognose fußt. Wir beschreiben in groben Zügen, wie die wirtschaftspolitischen Rahmendaten aussehen werden, an denen sich Investoren und Verbraucher bei ihren Entscheidungen im kommenden Jahr voraussichtlich zu orientieren haben. Wegen der wachsenden Abhängigkeit der deutschen Geldpolitik und Finanzpolitik von der internationalen Entwicklung nehmen wir dabei auch andere wichtige Länder wie die Vereinigten Staaten, Japan und die Länder der Europäischen Union ins Blickfeld.

— Die Geldpolitik wird im nächsten Jahr fast überall die Zügel etwas anziehen, weitere Zinssenkungen wird es nicht mehr geben. In den Vereinigten Staaten werden die Leitzinsen weiter heraufgesetzt werden, in Japan, das derzeit die Nachhut im internationalen Konjunkturverbund bildet, wird kein Spielraum für weitere Zinssenkungen bestehen, auch in der Bundesrepublik nicht. Die Bundesbank wird an ihrer potentialorientierten Geldmengenpolitik festhalten. Sie wird erneut eine Zielgröße für die Ausweitung der Geldmenge nennen; wir nehmen an, daß diese Zielgröße einer Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 6 vH für den Verlauf des nächsten Jahres entspricht. Die Zinsen am Kapitalmarkt, die sich in diesem Jahr kräftig erhöht haben, werden nicht oder nur wenig steigen. Die Anleger haben die Veränderung der Marktverhältnisse — die steigende Kapitalnachfrage und die wachsenden Inflationsängste — schon weitgehend eskomptiert; überdies wird von ihnen die Entschlossenheit der

Notenbanken, die Inflation früh zu bekämpfen, honoriert. Bei dieser Konstellation ist der Bedarf an Wechselkursänderungen im ganzen gering. Den Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem US-Dollar setzen wir für den Durchschnitt des nächsten Jahres mit 1,60 DM an.

— Die Finanzpolitik bleibt in den meisten Ländern auf Konsolidierungskurs. Sie verstärkt ihre Anstrengungen, die strukturellen Defizite zurückzuführen, und sie bemüht sich mehr als bisher um eine qualitative Konsolidierung. Die Ausgabenexpansion soll spürbar eingedämmt, in einigen Ländern sollen aber auch die Abgaben weiter erhöht werden. Die EU-Länder werden bestrebt sein, sichtbare Konsolidierungsfortschritte zu machen, um den im Maastricht-Vertrag genannten Bedingungen für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion näherzukommen. In der Bundesrepublik werden die Gebietskörperschaften das strukturelle Defizit um 8 Mrd DM auf 49½ Mrd DM zurückführen. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts (einschließlich der Nebenhaushalte) in der Abgrenzung der Finanzstatistik sinkt um 13 Mrd DM auf 124 Mrd DM.

II. Das weltwirtschaftliche Umfeld

193. Auch wenn in den letzten Monaten die konjunkturellen Auftriebskräfte im Inland stärker geworden sind, so bleibt doch die deutsche Wirtschaft weiterhin auf Impulse aus dem Ausland angewiesen. Der Aufschwung in der Weltwirtschaft ist in diesem Jahr kräftiger gewesen als erwartet wurde; insbesondere in Westeuropa erholte sich die Konjunktur rasch. Die „Konjunkturschaukel", die sich Anfang der neunziger Jahre zwischen angelsächsischen Ländern auf der einen und den westeuropäischen Ländern sowie Japan auf der anderen Seite herausgebildet hatte, wurde von einer wieder gleichläufigeren Entwicklung abgelöst. Der Aufschwung besitzt mittlerweile ein breites Fundament. Die Chancen stehen somit gut, daß er sich im kommenden Jahr weiter entfalten kann. Bisher hat es sich als Vorteil erwiesen, daß sich die führenden Industrieländer in sehr unterschiedlichen konjunkturellen Phasen befinden — die Vereinigten Staaten sind schon im dritten Aufschwungsjahr, während Japan gerade erst die Rezession hinter sich gebracht hat. Damit gibt es gute Chancen für eine Entwicklung, die frei von konjunktureller Überhitzung und inflatorischen Verspannungen ist, jedenfalls im nächsten Jahr.

194. Für das kommende Jahr erwarten wir bei den OECD-Ländern Zuwachsraten bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die im Durchschnitt bei knapp 3 vH und damit etwas höher als in diesem Jahr liegen (Tabelle 39). Die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, die dieses Jahr noch das Bild bestimmten, werden sich weitgehend einebnen. In den Vereinigten Staaten wird das vergleichsweise hohe Expansionstempo etwas nachlassen, auch weil nun Kapazitätsgrenzen spürbar werden. In Kanada, Großbritannien und Irland zeichnet sich dagegen keine Verlangsamung ab. In den meisten kontinentaleuropäischen Ländern wird sich die konjunkturelle Dynamik verstärken; nur in wenigen Ländern, wie in Dänemark und Norwegen, die in diesem Jahr überdurchschnittlich hohes Wachstum erzielten, wird sie wieder etwas nachlassen. Vieles deutet darauf hin, daß auch Japan den konjunkturellen Rückstand zu den anderen Industrieländern merklich verkürzen kann.

Die jungen Industrieländer in Ost- und Südostasien, China sowie einige lateinamerikanische Länder werden auch im nächsten Jahr ein hohes Wachstumstempo vorlegen. Diese Länder spielen in der Weltwirtschaft mittlerweile eine bedeutende Rolle; die Entwicklung des Welthandels bestimmen sie bereits maßgeblich mit. Von alledem sind die mittel- und osteuropäischen Reformländer noch weit entfernt. Gleichwohl hat sich für einige dieser Länder der wirtschaftliche Horizont merklich aufgehellt. In Polen, in der Tschechischen Republik und in Ungarn ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahre 1994 wieder gestiegen, in der Slowakischen Republik ist sie nicht weiter geschrumpft. Für 1995 sind die Perspektiven eher noch besser, zumal diese Länder beachtliche Fortschritte im Umstrukturierungsprozeß gemacht haben und so am Aufschwung in der Weltwirtschaft teilhaben können. In Rußland und in den übrigen Ländern der GUS ist die Entwicklung schwer einzuschätzen. Der schlechte Zustand der Wirtschaft ist mehr oder weniger Spiegelbild der politischen Wirren und umgekehrt. Daß sich im nächsten Jahr die Dinge wesentlich zum Besseren wenden, muß als recht unwahrscheinlich angesehen werden.

195. Der Welthandel hat sich in diesem Jahr überaus kraftvoll ausgeweitet; das hat in Westeuropa entscheidend zur Überwindung der konjunkturellen Schwäche beigetragen. Es sieht so aus, daß er im kommenden Jahr seine Dynamik beibehält. Schätzungen internationaler Organisationen gehen von einer Expansionsrate in der Größenordnung von rund 8 vH aus; beim Welthandel mit Industriegütern liegt diese Rate sogar noch etwas darüber. Das heißt: Der Export wird in den meisten Ländern die Konjunktur weiter antreiben; in Ländern, die ihre Absatzmärkte hauptsächlich in Regionen mit hoher Wachstumsdynamik haben, deutlich stärker, in den anderen Ländern etwas schwächer.

196. Für Stärke und Verlauf des Aufschwungs sind freilich die Investitionen entscheidend. Die hohe Expansionsrate beim Welthandel in diesem Jahr ist vorwiegend Ausdruck einer neuen Investitionsdynamik in der Welt. Von dieser Dynamik geht im nächsten Jahr nichts verloren. Zwar wird sich in den Vereinigten Staaten die Investitionstätigkeit etwas abflachen, doch dafür wird sie sich in den westeuropäischen Ländern und in Japan verstärken.

Der Private Verbrauch wird fast überall etwas stärker zunehmen als in diesem Jahr, aber nicht so stark wie das Bruttoinlandsprodukt; etwas anderes wäre bei der vorgezeichneten Entwicklung der Einkommen und der Beschäftigung nicht recht plausibel. Ein nochmaliges Absinken der Sparquote kann, wenn überhaupt, nur für wenige Länder erwartet werden. In Japan dürfte der Private Verbrauch allerdings kräftig steigen. Dort plant die Regierung, die steuerliche Entla-

Tabelle 39

Die voraussichtliche Entwicklung in den Industrieländern

Land	Bruttoinlandsprodukt (real)[1]		Verbraucherpreise[1][2]		Nachrichtlich: Anteil am	
					Bruttoinlandsprodukt[3] der OECD-Länder insgesamt[4]	Export Deutschlands
	1994	1995	1994	1995	1993	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				vH	
Deutschland	+3	+3	+ 3	+2½	10,18	X
Frankreich	+2	+3	+ 1½	+2	6,67	12,3
Italien	+2	+2½	+ 4	+4	5,28	7,6
Großbritannien	+3½	+3	+ 2½	+3	5,00	8,0
Spanien	+1½	+3	+ 5	+4	2,55	3,3
Niederlande	+2	+3	+ 2	+2	1,65	7,7
Belgien/Luxemburg	+2	+2½	+ 2½	+2½	1,15	6,8
Dänemark	+4½	+3	+ 2	+2½	0,72	1,8
Portugal	+1	+3	+ 5½	+4½	0,40	1,0
Griechenland	+ ½	+1	+11	+9	0,39	1,0
Irland	+5	+4½	+ 2½	+2½	0,24	0,4
Europäische Union[5]	+2½	+3	+ 3	+3	34,24	49,8
Schweiz	+1½	+2½	+ 1	+2½	1,25	5,4
Schweden	+2	+3	+ 3	+3½	0,99	2,0
Österreich	+3	+3	+ 3	+2½	0,97	5,9
Norwegen	+4½	+2½	+ 1	+1½	0,55	0,8
Finnland	+3½	+4½	+ 1½	+2	0,44	0,7
Europa[5][6]	+2½	+3	+ 3	+3	38,44	64,7
Vereinigte Staaten	+4	+3	+ 2½	+3½	33,52	7,4
Japan	+1	+2½	+ 1	+1	22,47	2,5
Kanada	+4	+4	+ 1	+2	2,91	0,6
OECD-Länder[4][5]	+2½	+3	+ 3	+3	100	77,4

[1] Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler und nationaler Institutionen.
[2] Deflator des Privaten Verbrauchs.
[3] In jeweiligen Preisen und Wechselkursen. Vorläufige Ergebnisse.
[4] Ohne Mexiko.
[5] Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1993.
[6] Summe der genannten Länder.

stung der Einkommen um zwei weitere Jahre zu verlängern, um so die Nachfrage anzuregen.

197. Die Preisentwicklung wird im kommenden Jahr noch moderat verlaufen. Die Verbraucherpreise werden in den Industrieländern im Durchschnitt um knapp 3 vH steigen, nicht stärker als in diesem Jahr. Dafür spricht, daß von den Löhnen kaum Kostendruck ausgeht und daß die Geldpolitik dafür sorgen dürfte, die Überwälzungsspielräume zu begrenzen. Auch der asynchrone Konjunkturverlauf sorgt vorerst noch dafür, daß der Wettbewerb auf den internationalen Märkten rege bleibt. Gleichwohl darf man die Besorgnisse der Kapitalanleger, die Inflation könne rasch wieder aufflackern, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Bei genauerem Hinsehen sind Entwicklungen erkennbar, vor allem die seit Jahresbeginn wieder deutlich steigenden Rohstoffpreise, die durchaus als Vorboten eines inflatorischen Prozesses interpretiert werden können.

III. Die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland

198. In Deutschland wird sich die konjunkturelle Erholung, die Anfang dieses Jahres begann, im nächsten Jahr mit verhaltenem Schwung fortsetzen. Wir sehen im Augenblick keine Kräfte am Werk, die die Aufwärtsbewegung jäh abbremsen, aber auch keine, die sie beschleunigen könnten. Auffällig im Vergleich

zu früheren Konjunkturzyklen ist das geringere Anfangstempo; bisher sind die Selbstverstärkungskräfte noch nicht sehr stark. Doch muß das auf längere Sicht kein Nachteil sein. Entscheidend ist, daß die Entwicklung stetig nach oben führt.

Ähnlich wie früher ist das zyklische Ablaufmuster. Der Export wird wie bisher Schrittmacher eines neuen Aufschwungs sein, aber er wird im nächsten Jahr diese Rolle mit den Investitionen teilen. In dem Maße, wie die Investitionen nachziehen, gewinnt die Erholung an Breite und Stabilität. Damit wird auch die Beschäftigung wieder steigen, wenngleich zunächst nur schwach, so daß die Arbeitslosigkeit noch hoch bleibt.

Vom Privaten Verbrauch sind fürs erste nur geringe Impulse zu erwarten. Das überrascht nicht, denn es ist keinesfalls ungewöhnlich, daß dieser nach einer Rezession hinter der Entwicklung nachhinkt. Trotzdem vermochte sich jedesmal ein breiter Aufschwung zu entfalten; die Phase der konjunkturellen Erholung ist die Zeit der Investitionen, nicht die des Privaten Verbrauchs.

199. Mit der konjunkturellen Erholung in den alten Bundesländern verbessern sich auch die Perspektiven für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Die ostdeutschen Unternehmen haben inzwischen große Fortschritte bei der Modernisierung der Produktionsanlagen und der Entwicklung neuer Produkte gemacht. Sie finden jetzt leichter Zugang zu den Märkten, der in der Rezession oftmals versperrt war. Insofern ist zu erwarten, daß die ostdeutsche Wirtschaft im nächsten Jahr abermals einen großen Schritt nach vorn macht. Das wird auch die Lasten verringern, die die westdeutsche Wirtschaft zur Zeit zu tragen hat.

200. Mit jedem Tag wachsen beide Teile Deutschlands enger zusammen, doch die Unterschiede in der Wirtschaftskraft und in den Lebensbedingungen bleiben fürs erste noch groß. Das gebietet es, die Entwicklung in West- und Ostdeutschland getrennt darzustellen. Die Trennung wird allerdings durch den Mangel an einschlägigen statistischen Informationen erschwert. In den ersten Jahren nach der Vereinigung bestand das Problem vor allem darin, daß das Berichtssystem für Ostdeutschland noch große Lükken aufwies und die Qualität der Informationen schwer einzuschätzen war. Diese Mängel sind weitgehend behoben. Inzwischen ist aber ein anderes Problem in den Vordergrund getreten, nämlich die regionale Zuordnung von wirtschaftlichen Transaktionen auf beide Wirtschaftsgebiete. Mit den verfügbaren Statistiken ist eine hinreichend genaue Aufteilung wichtiger Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen, Exporte und Importe nicht mehr möglich. Die Schätzfehler sind mittlerweile bedenklich groß.

201. Das Statistische Bundesamt hat angekündigt, daß es zum Ende dieses Jahres die gesonderten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Bundesländer einstellen wird. Künftig sollen jeweils nur noch wenige Eckgrößen getrennt nachgewiesen werden. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in voller Gliederung wird es also fortan nur noch für Deutschland als Ganzes geben.

Der Sachverständigenrat bedauert das sehr. Wir meinen, daß der Neuaufbau im Osten auch weiterhin in der gebotenen Breite dokumentiert werden muß. Es kann nicht sein, daß das Ziel, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu vollenden, künftig gleichsam im „Blindflug" angesteuert wird. Auch die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wo die ostdeutsche Wirtschaft steht und wohin sie sich bewegt. Als Navigationssystem sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von unschätzbarem Wert.

Wir verkennen nicht die großen Schwierigkeiten, die die amtliche Statistik mit getrennten Rechnungen hat. Aber wir halten sie für überwindbar. Wir appellieren an die zuständigen Gremien, baldigst zu klären, wie die Kontinuität der Berichterstattung gewahrt werden kann.

In unserer Prognose nehmen wir, wie bisher schon, die deutsche Wirtschaft als Ganzes in den Blick. Entsprechend veröffentlichen wir, und das ist neu, ein gesamtdeutsches Zahlentableau. Die Unterschiede in der Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands arbeiten wir aber weiterhin heraus; soweit wir es vertreten können, weisen wir auch wichtige Eckgrößen nach.

202. Seit Jahresbeginn hat die konjunkturelle Erholung in der Weltwirtschaft auch die deutsche Wirtschaft erfaßt. Die Warenausfuhr hat kraftvoll angezogen, am stärksten die Ausfuhr in jene Länder, die im internationalen Konjunkturverbund einen Vorlauf haben und sich schon seit geraumer Zeit im Aufschwung befinden — dazu gehören die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien. Inzwischen steigt aber auch die Ausfuhr in andere Länder beschleunigt an — sei es, weil sich dort die konjunkturelle Dynamik verstärkt, wie bei den kontinentaleuropäischen Ländern, sei es, weil das wirtschaftliche Wachstum weiterhin kräftig ist, wie in zahlreichen Schwellenländern. Nur die Ausfuhr in die Länder der OPEC lahmt noch als Folge niedriger Ölpreise und eines niedrigen Ölverbrauchs.

Was der deutschen Wirtschaft zugute kommt: Die konjunkturelle Erholung vollzieht sich fast überall nach dem gleichen Muster. Sie wird von den Investitionen und vom Lageraufbau getragen. Entsprechend haben sich bei den Herstellern von Grundstoffen und Produktionsgütern sowie von Investitionsgütern die Auftragsbücher wieder gefüllt. Diese Güter spielen eine überragende Rolle für den deutschen Export; reichlich die Hälfte der ausgeführten Industriegüter sind Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge, ein knappes Viertel sind chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl sowie andere Vorprodukte. So gesehen kam der Nachfragesog aus dem Ausland nicht unerwartet, doch daß er so kräftig ausfiel, hat gleichwohl überrascht.

203. Das gute Exportgeschäft ist den deutschen Unternehmen nicht wie selbstverständlich in den Schoß gefallen. Die Grundlage dafür haben sie selbst geschaffen. Sie haben in offensiver Weise auf die Herausforderungen des internationalen Standort-

wettbewerbs reagiert. Sie haben beim weltweiten Innovationswettlauf nicht nur mitgehalten, sondern da und dort auch wieder Boden gutgemacht. Und sie haben ein überhöhtes Kostenniveau deutlich reduziert und damit selbst eine leichte reale Aufwertung der D-Mark überspielt. Die neue Dynamik beim Export kann deshalb auch als ein Zeichen für die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit interpretiert werden. Daß noch viel zu tun bleibt, um die strukturellen Schwächen zu beseitigen, darf trotz allem nicht übersehen werden.

204. Der Export wird auch im kommenden Jahr eine wichtige Stütze für die Konjunktur bleiben. Die Auftragseingänge aus dem Ausland bei der Industrie steigen nach wie vor recht schwungvoll, und wie bisher werden in erster Linie Grundstoffe sowie Investitionsgüter geordert. Zu erwarten ist, daß sich im nächsten Jahr vor allem der Handel mit den Partnerländern in der Europäischen Union kräftig ausweitet. Diese Länder sind mittlerweile allesamt aus dem Rezessionstal heraus und befinden sich auf einem stabilen Expansionspfad; erfahrungsgemäß schaukelt sich in der Erholungsphase der wechselseitige Warenhandel rasch auf. Günstig bleiben auch die Aussichten bei anderen Ländern, die einen konjunkturellen Vorlauf haben. So können deutsche Unternehmen, die auf dem nordamerikanischen Markt stark vertreten sind, Nutzen daraus ziehen, daß dort die heimischen Anbieter oftmals schon an der Kapazitätsgrenze produzieren und mithin nur noch eingeschränkt lieferfähig sind.

205. Wir gehen davon aus, daß die gesamtdeutsche Ausfuhr (Waren und Dienste) im nächsten Jahr um etwa 5½ vH expandiert, etwas weniger als in diesem Jahr (Tabelle 40, Seiten 166f.). Die Rate für die westdeutsche Warenausfuhr veranschlagen wir auf etwa 7 vH. Wie üblich orientieren wir uns an den Schätzungen internationaler Organisationen für den Welthandel mit Industriegütern, die wir an anderer Stelle erläutert haben. Unsere Prognose impliziert also, daß die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr auf den internationalen Märkten geringfügig Marktanteile verliert, weil sie in Regionen mit hoher Nachfragedynamik nicht stark vertreten ist, insbesondere auf den Märkten in Südostasien, auch wenn sie dort inzwischen nicht ohne Erfolg ihre Aktivitäten verstärkt.

206. Bisher ist es so, daß das gute Exportgeschäft überwiegend den Anbietern in den alten Bundesländern die Auftragsbücher füllt. Die Unternehmen in den neuen Bundesländern sind auf den westlichen Auslandsmärkten noch immer schwach vertreten, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Das wird sich erst auf längere Sicht ändern, zumal viele Betriebe, um überleben zu können, die lokalen und regionalen Märkte als Hauptabsatzgebiet erkoren haben. Gleichwohl ist damit zu rechnen, daß sie die Gunst der Stunde nutzen können, um den Absatzradius auszuweiten und auf westlichen Auslandsmärkten Fuß zu fassen. Wir haben dem dadurch Rechnung getragen, daß wir für die Exportlieferungen aus Ostdeutschland eine deutlich höhere Zuwachsrate angesetzt haben als für die Lieferungen aus Westdeutschland.

207. Als im vergangenen Jahr der Export wieder leicht anzog, hat er die Investitionen nicht ins Schlepptau nehmen können. Die Unternehmen zögerten noch, mehr Investitionsgüter zu bestellen; gegen Jahresende schränkten sie die Vergabe von Aufträgen sogar in unerwartetem Maße ein. Seit Anfang des Jahres ist der Attentismus im Schwinden. Die Hersteller von Investitionsgütern können wieder deutlich steigende Aufträge aus dem Inland verbuchen. Bemerkenswert ist die Zunahme der Bestellungen im Maschinenbau — ein wichtiger Indikator, der Veränderungen in der Investitonsneigung vergleichsweise früh anzeigt. Die Nachfrageentwicklung innerhalb des Maschinenbaus — bestellt werden vor allem Werkzeugmaschinen und Präzisionswerkzeuge — deutet darauf hin, daß vor allem die Investitionsgüterhersteller selbst kräftig investieren; nicht nur um die Anlagen zu modernisieren, sondern wohl auch, um sie zu erweitern. Das kann als Indiz gewertet werden, daß sich die Investitionsneigung festigt, was nicht heißt, daß sie schon robust genug wäre, um gegen Rückschläge gefeit zu sein.

Für den weiteren Fortgang der Konjunktur sind die Investitionen aus zwei Gründen wichtig: Sie schaffen selbst Nachfrage und sorgen so für eine höhere Auslastung der Kapazitäten, und sie schaffen zusätzliche Kapazitäten und damit Arbeitsplätze. Ein Aufschwung, der seine Impulse nur von woanders her erhielte, vom Export oder vom Privaten Verbrauch, müßte früher oder später an Kapazitätsgrenzen stoßen. Durch hohe Investitionen wird die Basis für einen langen Aufschwung gelegt.

208. Bei der Prognose geht es nicht nur darum, die Richtung der Entwicklungen zu erkennen, sondern auch das Tempo. In diesem Jahr ist die Aufwärtsentwicklung bei den Investitionen deutlich vorgezeichnet — von den Rahmendaten und von den statistischen Indikatoren her. Aber bei der Abschätzung des Tempos gibt es erhebliche Unsicherheiten. Es scheint so, als sähen die Investoren noch Risiken auf mittlere Sicht. Sie möchten zunächst Klarheit über die künftige Belastung der Erträge durch Löhne, Steuern und Zinsen, und das kann bedeuten, daß sie anstehende Investitionsentscheidungen erst einmal vertagen, bis der Kurs der Lohnpolitik, der Finanzpolitik und der Geldpolitik kalkulierbarer geworden ist. Das dürfte vor allem dort der Fall sein, wo die Kapazitätsauslastung derzeit noch vergleichsweise niedrig ist, wie bei den Herstellern von Konsumgütern und beim Einzelhandel, und wo Erweiterungsinvestitionen noch nicht dringlich sind.

Der Eindruck, daß viele Investoren zur Zeit noch recht vorsichtig planen, wird durch neuere Erhebungen bestätigt. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages für den Sachverständigenrat vom Herbst dieses Jahres beabsichtigt etwa die Hälfte der westdeutschen Unternehmen im nächsten Jahr etwa ebenso viel zu investieren wie in diesem Jahr; ein Viertel will die Investitionen steigern, ein weiteres Viertel will sie einschränken. Im Vergleich zur Situation vor einem Jahr, als der Saldo tief im Negativen war, signalisiert das zwar eine deutliche Verstärkung der Investitionsneigung. Aber daß die Investitionsbudgets allenthalben schon kräftig aufgestockt werden, kann an diesen Zahlen nicht abgelesen werden. Der DIHT folgert aus dem Ergebnis, daß die Investi-

tionen zunächst Nachzügler im Aufschwung bleiben werden. So weit möchten wir mit unseren Schlußfolgerungen nicht gehen. Zum Zeitpunkt der Befragung, im Spätsommer dieses Jahres, sind erfahrungsgemäß die Pläne für das nächste Jahr noch nicht endgültig. Meistens kommt es später noch zu erheblichen Revisionen, die in der Frühphase des Aufschwungs, ebenso wie in der Spätphase des Abschwungs, besonders stark ausfallen. Nach den Umfragen vom letzten Herbst hatte sich für dieses Jahr eine kräftige Kürzung der Investitionen abgezeichnet; tatsächlich sind sie — übers ganze Jahr gesehen — etwa auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Ab dem Frühjahr ist es offensichtlich zu einer deutlichen Revision der Pläne nach oben gekommen.

Die Prognose kann die Ergebnisse von Konjunkturumfragen nicht ignorieren. Aber sie darf sie auch nicht überbewerten. Darin drücken sich oftmals Stimmungen aus, die nicht immer der tatsächlichen Lage entsprechen und die, wie sich in diesem Jahr gezeigt hat, rasch umschlagen können.

209. Dreh- und Angelpunkt bei Investitionsentscheidungen sind Renditeüberlegungen. Investitionen in Sachkapital müssen sich lohnen, auch im Vergleich zu Anlagen an den Finanzmärkten. Viele Unternehmen machen im operativen Geschäft inzwischen wieder gute Gewinne. Das sollte ein hinreichender Anreiz sein, das verdiente Geld, statt es auf die Bank zu legen, in die Betriebe zu stecken, um veraltete Anlagen zu erneuern oder zu modernisieren, oder um die Kapazitäten zu erweitern. Sicherlich werden sie besonders risikobehaftete Investitionen hinauszögern, solange noch keine Klarheit über die mittelfristigen Rahmenbedingungen besteht. Aber dies kann in der Prognose nur ein Abzugsposten sein verglichen mit dem, was sonst zu erwarten gewesen wäre.

210. Die Verbesserung der Ertragslage ist das Ergebnis energischer Anstrengungen zur Kostensenkung. Die Unternehmen haben ihre Betriebe durchrationalisiert. Sie haben den Produktionsapparat modernisiert, die Fertigung „schlanker" gemacht, die Logistik reorganisiert sowie den Vertrieb und die Verwaltung gestrafft. Dabei konnten sie oftmals große Produktivitätssprünge realisieren. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die hohe Modernisierungs- und Rationalisierungswelle plötzlich abebbt. Manches Unternehmen hat erst in der Rezession entdeckt, über welches Neuerungspotential es verfügt. Wie die Umfragen belegen, bleiben Rationalisierung und Modernisierung im nächsten Jahr das mit Abstand wichtigste Investitionsmotiv. Es kann auch keine Rede davon sein, daß die strukturellen Schwächen, die die Rezession aufgedeckt hat, schon vollständig abgebaut sind. Zur Sicherung des Produktionsstandorts sind im Gegenteil weiterhin große Anstrengungen erforderlich. Die konjunkturelle Erholung mag manche dieser Defizite wieder überdecken, aber sie wird sie nicht beseitigen.

211. Allmählich rückt auch die Zeit heran, die Erweiterung der Kapazitäten ins Auge zu fassen. Nach allem, was wir wissen, sind die Produktionsanlagen derzeit im Durchschnitt höher ausgelastet als in vergleichbaren Phasen früherer Konjunkturzyklen. In einigen Branchen, in denen das Exportgeschäft floriert, hat sich mittlerweile wieder ein dickes Auftragspolster angesammelt. Dort werden die Lieferzeiten wieder länger. In anderen Branchen, die die Budgetrestriktionen der privaten Haushalte und staatlichen Stellen spüren, ist das momentan noch kein Thema. Aber auch dort rückt der Zeitpunkt für die Erweiterung der Kapazitäten näher. Wenn die konjunkturelle Erholung fortschreitet, wie wir das in der Prognose annehmen, sind die Produktionsreserven erfahrungsgemäß rasch erschöpft. Alles in allem ist die Kapazitätserweiterung derzeit zwar kein dominantes Investitionsmotiv in den Planungen der Unternehmen, aber das Gewicht nimmt merklich zu.

212. Überdies spiegelt sich inzwischen die Festigung der Investitionsneigung unübersehbar in der Statistik. Die Hersteller von Investitionsgütern verbuchen nicht nur selbst wieder steigende Aufträge aus dem Inland, sondern vergeben selbst verstärkt Folgeaufträge an ihre Zulieferer. Auch die Einfuhr von Investitionsgütern zieht merklich wieder an. Es spricht nichts dafür, daß es sich dabei um ein „Strohfeuer" handeln könnte, denn die Entwicklung weist nun schon seit Anfang des Jahres ziemlich stetig nach oben.

213. Mitunter hört man das Argument, deutsche Unternehmen würden immer mehr im Ausland und immer weniger im Inland investieren. Nach der DIHT-Umfrage plant jedes dritte westdeutsche Unternehmen im nächsten Jahr in anderen Ländern Investitionen zu tätigen, vorwiegend in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Daraus könnte man in der Tat auf eine nachhaltige Verschlechterung der Investitionsbedingungen am Standort Deutschland schließen. Doch darf man nicht brutto für netto nehmen. Solche Investitionen sind Ausdruck der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung. Sie haben, wenn auch nicht im gleichen Umfang, ihr Gegenstück in den Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland. Sie verdrängen nicht nur Investitionen im Inland, sondern schaffen oftmals erst den Raum dafür. Investitionen im Inland und im Ausland sind nicht nur substitutiv, sondern auch komplementär. Das ist vor allem dort der Fall, wo sie der Markterschließung dienen, aber teilweise auch dort, wo sie zum Zwecke der Produktionsverlagerung getätigt werden. Denn nicht selten werden nur einzelne Produktionsstufen ausgelagert — mit dem Ziel, die Standorte im Inland wettbewerbsfähig zu halten.

Ähnliches gilt für das Argument, daß die hohe Investitionsdynamik in den neuen Bundesländern die Investitionsdynamik in den alten Bundesländern dauerhaft schwächt. Sicherlich hat ein Teil der westdeutschen Unternehmen zur Zeit alle Hände voll zu tun, um ihre Betriebe in Ostdeutschland aus den roten Zahlen zu führen. Das erfordert einen hohen Einsatz an finanziellen Mitteln und qualifiziertem Personal. Dem Aufbau neuer Kapazitäten im Osten ist ohne Zweifel manche im Westen geplante Investition zum Opfer gefallen. Aber daraus kann nicht gefolgert werden, daß dies die Investitionsbereitschaft in den alten Bundesländern auf mittlere Sicht tangiert. Nach den vorliegenden Informationen kann im nächsten Jahr in beiden Teilen Deutschlands mit einer merkli-

Tabelle 40

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Schätzung für das 2. Halbjahr 1994

Absolute Werte

	Einheit	1993	1994	1995	1994		1995	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts								
In jeweiligen Preisen								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1832,18	1912½	1989½	923,36	989½	956	1033½
Staatsverbrauch	Mrd DM	623,04	641	660	291,19	349½	300½	359½
Anlageinvestitionen	Mrd DM	701,83	749½	815	354,57	394½	385½	429½
Ausrüstungen	Mrd DM	263,63	268	294	123,33	145	135½	159
Bauten	Mrd DM	438,20	481	520½	231,24	250	250	270½
Vorratsveränderung	Mrd DM	– 7,28	+ 13½	+ 23	+ 20,37	– 7	+ 27	– 4
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 9,33	+ 17½	+ 29	+ 10,61	+ 7	+ 15	+ 13½
Ausfuhr	Mrd DM	682,04	731½	781½	355,93	376	377½	404
Einfuhr	Mrd DM	672,71	714½	752½	345,32	369	362½	390½
Bruttoinlandsprodukt	Mrd DM	3159,10	3333½	3516½	1600,10	1733½	1684	1832½
In Preisen von 1991								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1685,28	1710½	1737	828,12	882½	837½	899½
Staatsverbrauch	Mrd DM	572,31	575½	579½	277,39	298	280	299½
Anlageinvestitionen	Mrd DM	652,24	684	733	324,79	359½	348	385
Ausrüstungen	Mrd DM	257,10	259½	282	119,81	140	130½	152
Bauten	Mrd DM	395,15	424½	450½	204,98	219½	217½	233
Vorratsveränderung	Mrd DM	– 1,83	+ 18	+ 24	+ 23,82	– 5½	+ 28	– 4
Außenbeitrag	Mrd DM	– 24,40	– 23	– 13	– 9,62	– 13½	– 5	– 8
Ausfuhr	Mrd DM	671,87	716	756½	349,23	367	367	389½
Einfuhr	Mrd DM	696,27	739	769½	358,85	380	372	398
Bruttoinlandsprodukt	Mrd DM	2883,60	2965½	3060	1444,50	1521	1488	1572
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2882,50	2960	3064	1439,00	1521	1487½	1576½
Preisentwicklung (Deflator)								
Privater Verbrauch	1991 = 100	108,7	112	114½	111,5	112	114	115
Bruttoinlandsprodukt	1991 = 100	109,6	112½	115	110,8	114	113	116½
Letzte inländische Verwendung	1991 = 100	108,3	111	113½	109,3	112½	112	115
Erwerbstätige und Produktivität								
Erwerbstätige (Inland)	1000	35267	34945	34960	34808	35082	34765	35155
Produktivität [1]	DM	81765	84860	87530	41499	43355	42800	44720
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1777,84	1817	1887	848,91	968	879½	1007½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	608,13	693	782	338,49	354½	388	394
Volkseinkommen	Mrd DM	2385,97	2510	2669	1187,40	1322½	1267½	1401½
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mrd DM	1441,93	1466	1516	683,38	782½	705	811½
Nettolohn- und -gehaltssumme	Mrd DM	968,31	974½	980	453,48	521	454	525½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [2]	Mrd DM	2088,94	2166	2252½	1041,87	1124	1077½	1175

[1] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen.

Tabelle 40

Gesamtrechnungen für Deutschland
und Vorausschau auf das Jahr 1995

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1993	1994	1995	1994		1995	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts							
In jeweiligen Preisen							
Privater Verbrauch	+ 4,4	+ 4½	+ 4	+ 4,7	+ 4	+ 3½	+ 4½
Staatsverbrauch	+ 1,7	+ 3	+ 3	+ 2,1	+ 3½	+ 3	+ 3
Anlageinvestitionen	– 1,6	+ 7	+ 9	+ 5,6	+ 8	+ 8½	+ 9
Ausrüstungen	–13,3	+ 1½	+ 9½	– 2,4	+ 5½	+ 9½	+ 9½
Bauten	+ 7,1	+10	+ 8	+10,5	+ 9	+ 8	+ 8½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	– 5,4	+ 7½	+ 7	+ 6,0	+ 8½	+ 6	+ 7½
Einfuhr	– 7,3	+ 6	+ 5½	+ 5,1	+ 7½	+ 5	+ 6
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,7	+ 5½	+ 5½	+ 5,3	+ 5½	+ 5½	+ 5½
In Preisen von 1991							
Privater Verbrauch	+ 0,5	+ 1½	+ 1½	+ 1,8	+ 1½	+ 1	+ 2
Staatsverbrauch	– 1,2	+ ½	+ ½	+ 0,2	+ 1	+ 1	+ ½
Anlageinvestitionen	– 4,5	+ 5	+ 7	+ 3,9	+ 6	+ 7	+ 7
Ausrüstungen	–13,8	+ 1	+ 8½	– 2,6	+ 4½	+ 9	+ 8½
Bauten	+ 2,8	+ 7½	+ 6	+ 8,1	+ 7	+ 6	+ 6
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	– 6,2	+ 6½	+ 5½	+ 5,3	+ 8	+ 5	+ 6
Einfuhr	– 6,1	+ 6	+ 4	+ 5,6	+ 6½	+ 3½	+ 4½
Bruttoinlandsprodukt	– 1,1	+ 3	+ 3	+ 2,8	+ 3	+ 3	+ 3½
Bruttosozialprodukt	– 1,7	+ 2½	+ 3½	+ 2,0	+ 3½	+ 3½	+ 3½
Preisentwicklung (Deflator)							
Privater Verbrauch	+ 3,9	+ 3	+ 2½	+ 2,9	+ 3	+ 2½	+ 2½
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,9	+ 2½	+ 2	+ 2,5	+ 2½	+ 2	+ 2½
Letzte inländische Verwendung	+ 3,4	+ 2½	+ 2½	+ 2,2	+ 2½	+ 2½	+ 2½
Entstehung des Inlandsprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	– 1,8	– 1	+ 0	– 1,3	– ½	– 0	+ 0
Produktivität[1]	+ 0,7	+ 4	+ 3	+ 4,1	+ 3½	+ 3	+ 3
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 2,3	+ 2	+ 4	+ 2,3	+ 2	+ 3½	+ 4
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	– 3,4	+14	+13	+ 7,7	+20½	+14½	+11
Volkseinkommen	+ 0,8	+ 5	+ 6½	+ 3,8	+ 6½	+ 7	+ 6
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 1,9	+ 1½	+ 3½	+ 1,7	+ 1½	+ 3	+ 3½
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 1,8	+ ½	+ ½	+ 0,4	+ 1	+ 0	+ 1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[2]	+ 3,7	+ 3½	+ 4	+ 3,4	+ 4	+ 3½	+ 4½

[2] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

chen Verstärkung der Investitionstätigkeit gerechnet werden.

214. Wie immer versuchen wir in Erfahrung zu bringen, was sich die Unternehmen selbst für das nächste Jahr vorgenommen haben. Wir stützen uns dabei auf Informationen von Verbänden und Wirtschaftsforschungsinstituten, insbesondere auf die DIHT-Umfrage sowie Schätzungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Das geschieht vor allem, um unsere Prognose einem Konsistenztest zu unterziehen. Tatsächlich fügen sich diese Informationen recht gut in unser Bild über das Muster der Investitionstätigkeit im nächsten Jahr ein:

- In den alten Bundesländern stocken die Unternehmen im Dienstleistungssektor (vor allem bei den produktionsorientierten Diensten) die Investitionsbudgets weitaus am stärksten auf, gefolgt von den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Transportgewerbe. Das Baugewerbe erhöht die Ansätze nur vergleichsweise wenig, der Handel überhaupt nicht. Bemerkenswert ist ein starker „Swing" im Verarbeitenden Gewerbe von geringfügigen Kürzungen in diesem Jahr zu starken Steigerungen im nächsten Jahr. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes liegen erwartungsgemäß die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie die Investitionsgüterindustrien weit vorn, während die Verbrauchsgüterindustrien und die Nahrungs- und Genußmittelindustrien weit zurückliegen; dort zeichnet sich sogar nochmals eine leichte Einschränkung der Investitionstätigkeit ab.
- In den neuen Bundesländern sind die Unterschiede deutlich geringer und auch die Reihenfolge ist eine andere. Den ersten Rang nehmen die Unternehmen in der Energiewirtschaft und im Bergbau ein, die, nachdem die größten Hindernisse aus dem Weg geräumt sind, nun mit Nachdruck daran gehen, aufgestaute Investitionen nachzuholen. Es folgen die Unternehmen im Baugewerbe, im Verarbeitenden Gewerbe, im Dienstleistungssektor und im Handel. Auffällig ist, daß sich im Verarbeitenden Gewerbe die Investitionstätigkeit wieder spürbar verstärkt, nachdem sie sich in diesem Jahr bis zur Stagnation abgeflacht hatte. Das zeigt, daß in den fernabsatzorientierten Bereichen die konjunkturelle Abhängigkeit der Investitionen in Ostdeutschland spürbar zunimmt.

215. Im folgenden erläutern wir kurz, mit welchen Größenordnungen wir in der Prognose gerechnet haben; die Angaben beziehen sich auf die Anlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Unternehmen der Wohnungswirtschaft). Danach werden die Investitionen in den neuen Bundesländern im nächsten Jahr um rund 10 vH aufgestockt, ebenso kräftig wie in diesem Jahr. In den alten Bundesländern ergibt sich ein Anstieg um etwa 6½ vH nach einem leichten Rückgang in diesem Jahr.

216. Es entspricht dem üblichen zyklischen Muster, daß in der Frühphase des Aufschwungs vor allem die Ausrüstungsinvestitionen kräftig expandieren. Das hängt damit zusammen, daß dann die Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft geballt neue Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge sowie Geräte zur Informationsverarbeitung und -übertragung kaufen — fast drei Viertel der Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich sind Ausrüstungsgüter. Wir rechnen damit, daß die Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt des nächsten Jahres in den alten wie in den neuen Bundesländern um 8½ vH bis 9 vH höher sein werden als im Durchschnitt dieses Jahres. Das dürfte insbesondere den Herstellern von Maschinen sowie von Informations- und Kommunikationstechnik beträchtliche Umsatzzuwächse bescheren, vielleicht sogar mit zweistelligen Wachstumsraten. Auch die Elektrotechnik und der Straßenfahrzeugbau, zwei Sparten, die zu einem großen Teil auch Gebrauchsgüter herstellen und die von der Schwäche des Privaten Verbrauchs betroffen sind, können auf bessere Zeiten hoffen, wenn auch vorerst nur beim Geschäft mit Investitionsgütern.

217. Anders als die Ausrüstungsinvestitionen werden die Bauinvestitionen im nächsten Jahr deutlich langsamer expandieren. Zwar verstärkt sich im gewerblichen Bereich die Bautätigkeit: im Westen vornehmlich, weil die Erweiterung der Kapazitäten in Angriff genommen wird, im Osten insbesondere, weil Schlichtbauten und andere Provisorien ersetzt werden. Aber das wird mehr als aufgewogen, weil die Produktion im Wohnungsbau nur noch vergleichsweise wenig zunimmt und im öffentlichen Bau weiter abnimmt, jedenfalls in den westlichen Bundesländern. Die Bauwirtschaft, die in diesem Jahr eine ganz wichtige Stütze für die Konjunktur war, muß sich im nächsten Jahr mit einer bescheideneren Rolle begnügen. Selbst im Wohnungsbau, wo die Unternehmen im Augenblick noch über dicke Auftragspolster verfügen, dürften im späteren Jahresverlauf Anschlußaufträge fehlen.

218. Im Wohnungsbau haben in den letzten beiden Jahren steigende Mieten, günstige Zinsen sowie hohe Subventionen nicht nur für Kapitalanleger den Bau von Mietwohnungen attraktiv gemacht, sondern auch vielen Erwerbern von Wohneigentum über die finanziellen Hürden geholfen. Vor allem wegen der zeitlichen Befristung einer Reihe von Fördermaßnahmen ist es in diesem Jahr zu starken Vorzieheffekten gekommen; die Produktion im Wohnungsbau ist fast um ein Zehntel gestiegen, so kräftig wie lange nicht mehr. Bauherren, die in den Genuß der Fördermittel kommen wollen, müssen sich nun sputen und ihre Objekte bis Ende des Jahres vollenden. Das zieht die Bauproduktion in den kommenden Monaten mächtig nach oben, drückt sie aber nach dem Frühjahr entsprechend nach unten. Denn neue Aufträge kommen inzwischen merklich verhaltener herein. Die gestiegenen Zinsen und der Wegfall der Sonderförderung haben die Rahmendaten für potentielle Bauherren einschneidend verändert.

219. Alles in allem rechnen wir damit, daß die Bauinvestitionen im kommenden Jahr in den alten Bundesländern nur noch um 2 vH steigen werden, nach 3½ vH in diesem Jahr. Das wird der Bauwirtschaft deutliche Rückgänge bei der Geräteauslastung bringen. Die nachlassende Investitionsbereitschaft, wie sie schon in diesem Jahr zu beobachten war und

sich auch für das nächste Jahr abzeichnet, ist ein Indiz, daß man sich darauf eingestellt hat. In den neuen Bundesländern ist die Situation anders. Dort kann weiterhin mit einer kräftigen Ausweitung der Bauproduktion gerechnet werden, nach unserer Rechnung um etwa ein Fünftel. Nach dem öffentlichen Bau und dem gewerblichen Bau wird jetzt auch der Wohnungsbau immer mehr zur Stütze für die Bauwirtschaft.

220. Kräftigere Impulse empfängt derzeit die Konjunktur vom Lageraufbau, nachdem zuvor ein Lagerabbau den Absturz in die Rezession beschleunigt hatte. Insbesondere die Industrie scheint die Läger wieder aufzufüllen, die teilweise bis zum betriebstechnischen Minimum geleert worden waren. Ein Teil des Lageraufbaus vollzieht sich bei den im Fertigungsprozeß gebundenen Zwischenprodukten, deren Menge mit der Ausweitung der Produktion überproportional steigt. Auf diese Weise wirkt der Lageraufbau als Konjunkturverstärker. Im kommenden Jahr werden die lagerzyklischen Einflüsse auf den Produktionsstufen zwar schwächer, aber das dürfte sich dadurch ausgleichen, daß die Fertigwarenläger aufgestockt werden. Die Industrie schafft sich auf diese Weise einen Puffer zwischen Nachfrage und Produktion, denn sie möchte auch bei hoher Kapazitätsauslastung lieferfähig sein. Zudem füllt vermutlich auch der Handel die Läger wieder etwas auf, denn mit fortschreitender Erholung der Konjunktur wächst die Hoffnung auf eine Belebung des Privaten Verbrauchs.

221. Da der Lageraufbau bei Rohstoffen und Vorprodukten wieder in langsamere Bahnen gerät und bei Fertigerzeugnissen erst verhalten beginnt, wird sich die Zuwachsrate bei der Einfuhr etwas abschwächen. Freilich könnte es auch anders kommen, falls erneut Inflationsängste aufkämen und die Preise für Rohstoffe auf den Weltmärkten weiter nach oben kletterten. Dann könnten spekulative Vorratskäufe einsetzen. Doch eine solche Situation gehört nicht zu den Annahmen unserer Prognose.

222. Wenn der Wechsel der Auftriebskräfte vom Außenbeitrag zur inländischen Verwendung im Jahre 1995 nicht stärker ausfallen wird, als es die Prognose zeichnet, dann trägt dafür auch die Finanzpolitik einen guten Teil der Verantwortung. Zwar hat sie durch die Fortsetzung der Konsolidierung im Jahre 1994 zuvor verspieltes Vertrauen zurückgewonnen, doch wird mehr und mehr deutlich, daß es mit einer rein quantitativen Konsolidierung nicht getan ist. Gefordert ist eine qualitative Konsolidierung, die auf der Ausgabenseite — ohne die Investitionsquote in den öffentlichen Haushalten zu senken — Einsparpotentiale mobilisiert, um die Steuer- und Abgabenbelastung zu vermindern.

Wenn wir dahingehend im nächsten Jahr noch keine Fortschritte erwarten, so wird es der Finanzpolitik gleichwohl gelingen, das strukturelle Defizit abermals zu reduzieren, wenn auch mit rund 8 Mrd DM in einem geringeren Umfang als in diesem Jahr (Tabelle 41). Das Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt (ohne ERP-Sondervermögen) geht sogar um 15 Mrd DM zurück, doch beruht dies zu einem beträchtlichen Teil auf dem Rückgang der konjunkturellen Belastungen, die infolge der wieder höheren Ausnutzung des Produktionspotentials um 6½ Mrd DM niedriger sein werden als in diesem Jahr. Mit 1,4 vH erreicht das strukturelle Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt einen im längerfristigen Vergleich immer noch

Tabelle 41

Strukturelles Defizit und konjunktureller Impuls des öffentlichen Gesamthaushalts[1])

Mrd DM[2])

	1994	1995
I. Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts ohne ERP-Sondervermögen ...	132	117
II. Komponenten für die Ermittlung des strukturellen Defizits		
(a) Konjunkturbereinigung der Einnahmenseite ...	9½	4
(b) Konjunkturbereinigung der Ausgabenseite ...	19	18
(c) Bereinigung der Gewinnabführung der Bundesbank ...	1½	2
(d) „Investitionsorientierte Verschuldung" ...	44½	44
I. ⁄ II. Strukturelles Defizit ...	57½	49½
Nachrichtlich:		
Defizitquote (in vH)[3]) ...	*1,72*	*1,40*
III. Komponenten für die Ermittlung des konjunkturellen Impulses		
(a) Finanzierungsdefizit des ERP-Sondervermögens ...	–5	–7
(b) Konjunkturbereinigung der Einnahmenseite ...	9½	4
(c) Konjunkturbereinigung der Ausgabenseite ...	19	18
(d) Bereinigung der Gewinnabführung der Bundesbank ...	1½	2
(e) „Konjunkturneutrale Verschuldung" ...	46½	49½
I. ⁄ III. Konjunktureller Impuls ...	60½	51

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Ziffern 178ff. Seiten 151ff. und Tabelle 38 Seiten 156f.
[2]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3]) Strukturelles Defizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

hohen Wert. Die quantitative Konsolidierungsaufgabe zu bewältigen, wird in den kommenden Jahren weitere Anstrengungen erfordern.

223. *Betrachtet man den gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung für das Jahr 1995, wie er sich in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen darstellt, dann spiegelt sich der Konsolidierungsfortschritt darin nicht wider (Tabelle 42). Die Ausgaben steigen mit 21 vH so kräftig wie noch nie, das Defizit erreicht mit 354 Mrd DM einen absoluten Höchststand. In diesen Zahlen, die in den Ergebnissen der Finanzstatistik keine Entsprechung finden, kommt die Übertragung der Schulden von der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von 260 Mrd DM an den Erblastentilgungsfonds zum Ausdruck. Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ist dafür eine Vermögensübertragung zu buchen. So irreführend dieses Vorgehen zunächst erscheinen mag, weil es die budgetpolitische Entwicklung im nächsten Jahr überdeckt, so berechtigt und konsequent ist es. Der Bund hat die*

Tabelle 42 **Einnahmen und Ausgaben des Staates**

Schätzung für das Jahr 1994 und Prognose für das Jahr 1995

Art der Einnahmen und Ausgaben	1993	1994	1995	1994	1995
	Mrd DM[1]			Veränderung gegen Vorjahr in vH	
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen					
Staat[2]					
Einnahmen, insgesamt	1 488,2	1 571½	1 665½	+ 5½	+ 6
darunter:					
Steuern	771,4	810½	880½	+ 5	+ 8½
Sozialbeiträge	596,3	633½	665½	+ 6½	+ 5
Ausgaben, insgesamt	1 593,4	1 671	2 019½	+ 5	+21
davon:					
Staatsverbrauch	623,0	641	660	+ 3	+ 3
Einkommensübertragungen	722,1	767½	804½	+ 6½	+ 5
Zinsen	104,6	122½	149½	+17	+22½
Vermögensübertragungen	57,0	52½	315	– 8	X
darunter:					
Schuldenübernahme Erblastentilgungsfonds	—	—	260	X	X
Investitionen	86,6	88	90	+ 1½	+ 2
Finanzierungsdefizit	105,1	99½	354	X	X
nachrichtlich:					
ohne Schuldenübernahme Erblastentilgungsfonds	105,1	99½	94	X	X
Nachrichtlich:					
Staatsquote[3]	50,4	50,1	57,4	X	X
Abgabenquote[3]	43,3	43,3	44,0	X	X
Defizitquote[3]	3,3	3,0	10,1	X	X
Gebietskörperschaften[4]					
Einnahmen	913,1	961	1 024	+ 5	+ 6½
Ausgaben	1 028,1	1 075	1 387	+ 4½	+29
Finanzierungsdefizit	114,9	114	362½	X	X
Nachrichtlich:					
Defizitquote[3]	3,6	3,4	10,3	X	X
In der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Öffentlicher Gesamthaushalt[5]					
Einnahmen	977,1	1 028	1 100	+ 5	+ 7
darunter:					
Steuern	749,1	785½	855	+ 5	+ 9
Ausgaben	1 114,5	1 165	1 224	+ 4½	+ 5
Finanzierungsdefizit	137,3	137	124	X	X
Nachrichtlich:					
Ausgabenquote[6]	35,3	34,9	34,8	X	X
Defizitquote[6]	4,3	4,1	3,5	X	X

[1] Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[3] Ausgaben/Steuern und Sozialbeiträge/Finanzierungsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.
[4] Bund, Länder und Gemeinden einschließlich EU-Anteile, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds, bis 1994 Kreditabwicklungsfonds und Fonds „Deutsche Einheit", ab 1994 Bundeseisenbahnvermögen und ab 1995 Erblastentilgungsfonds.
[5] Gebietskörperschaften einschließlich Nebenhaushalte und Sonderrechnungen.
[6] Ausgaben/Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

Treuhandanstalt dem Unternehmenssektor zugeordnet, um den Staatshaushalt von den dort stattfindenden finanziellen Transaktionen zu entlasten. Dies war von Anfang an strittig, denn aus ökonomischer Perspektive waren die Defizite der Treuhandanstalt dem Staat zuzurechnen (Tabelle 29, Seite 132). Auch sah sich der Bund bereits Anfang 1992 genötigt, mit dem Treuhandkreditaufnahmegesetz die volle Haftung für die dort aufgenommenen Kredite zu übernehmen. Damit war aus der Sicht der Kapitalmärkte die Treuhandanstalt mit den staatlichen Haushalten gleichgestellt. Die jetzt zu berücksichtigende Schuldenübernahme in den Erblastentilgungsfonds im Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die Folge der fragwürdigen Ausgrenzung der Treuhandanstalt aus dem Staatssektor. Hätte der Bund hingegen diese Institution von Beginn an seinem Haushalt zugerechnet, dann wäre einerseits zwar das jährliche Defizit in den vergangenen Jahren höher ausgefallen, andererseits hätte sich aber für das Jahr 1995 ein deutlicher Rückgang im Finanzierungsdefizit ergeben. Da dieser Weg nicht beschritten wurde, ist nun einmalig eine hohe Defizitquote von 10 vH auszuweisen.

224. Bereinigt man die Ergebnisse des Staatskontos für das Jahr 1995 um die Schuldenübernahme des Erblastentilgungsfonds, dann wird deutlich, daß der Fortgang der Konsolidierung im kommenden Jahr überwiegend durch die Einnahmenseite erreicht wird; eine Rückführung des Ausgabenzuwachses ist nicht in Sicht. Im Vergleich zum laufenden Jahr werden sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben leicht höhere Zuwachsraten aufweisen. Im Ergebnis wird das Finanzierungsdefizit im Staatshaushalt mit 94 Mrd DM um 5½ Mrd DM niedriger ausfallen als im Jahre 1994. Dabei werden die Gebietskörperschaften ihr Defizit um 11½ Mrd DM reduzieren können, während sich der Überschuß der Sozialversicherung um 6 Mrd DM verringern wird. Dieser verminderte Überschuß erklärt sich zum einem aus der Einführung der Pflegeversicherung, die beim Staatsverbrauch und bei den sozialen Leistungen Mehrausgaben von insgesamt etwa 12 Mrd DM verursachen wird; die gegenzurechnenden Einsparungen kommen hingegen überwiegend den Gebietskörperschaften zugute. Zum anderen entwickeln sich die Beitragseinnahmen schwächer als in diesem Jahr, weil die Beitragssätze zur Sozialversicherung trotz der Einführung der Pflegeversicherung wegen der gleichzeitig verminderten Beiträge zur Rentenversicherung und zur Krankenversicherung in der Summe nahezu unverändert bleiben dürften. Allein die etwas kräftigere Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme läßt die Beitragseinnahmen ansteigen.

225. Bei den Gebietskörperschaften werden sich die Ausgaben mit knapp 5 vH etwa in gleichem Umfang erhöhen wie in diesem Jahr. Allerdings ist vor allem wegen der zum 1. Januar 1995 wirksam werdenden Neuregelung der förderalen Finanzbeziehung für die einzelnen Haushalte eine unterschiedliche Entwicklung zu erwarten. So wird der Bund sowohl substantiell als auch buchhalterisch im kommenden Jahr auf der Ausgabenseite spürbar entlastet: Einerseits entfallen die Zuschüsse an den Fonds „Deutsche Einheit" und an den Berliner Haushalt, andererseits werden die zu leistenden Bundesergänzungszuweisungen direkt von den Steuereinnahmen abgesetzt. Im Ergebnis dürften die Ausgaben des Bundes trotz der Zinserstattungen an den Erblastentilgungsfonds, die zu Mehrausgaben von 20 Mrd DM führen, kaum ansteigen. Den westdeutschen Ländern und Gemeinden wird es nicht gelingen, die Ausgabenzuwächse weiter zu vermindern; sie dürften aber unter der Empfehlung des Finanzplanungsrates von 3 vH bleiben. In Ostdeutschland wird sich die Ausgabenentwicklung bei Ländern und Gemeinden weiter auseinander bewegen; so werden die Ausgaben der Länder nochmals schwächer, die der Gemeinden hingegen erneut stärker expandieren als im Jahre 1994.

Die Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen wird auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte an der Entwicklung des Staatsverbrauchs und der Investitionsausgaben ersichtlich. Wir gehen davon aus, daß es den westdeutschen Ländern und Gemeinden gelingen wird, die Ausgaben für den Personal- und Sachaufwand im Zuwachs weiterhin niedrig zu halten, und daß es den ostdeutschen Gebietskörperschaften möglich sein wird, diese Ausgaben deutlich weniger ansteigen zu lassen als in diesem Jahr. Daß der Staatsverbrauch insgesamt vergleichsweise kräftig zunehmen wird, liegt an der stärkeren Expansion der Sachleistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung und an der Einführung der Pflegeversicherung. Bei den Investitionsausgaben ist — wie in diesem Jahr — ein weiterer Rückgang im Westen und ein weiterer Anstieg im Osten zu erwarten.

226. Die Einführung des Solidaritätszuschlags, die Erhöhung des Steuersatzes bei der privaten Vermögensteuer bei gleichzeitiger Anpassung des allgemeinen persönlichen Freibetrags und die Anhebung der Versicherungsteuer lassen im nächsten Jahr beträchtliche Mehreinnahmen erwarten. Das Steueraufkommen wird dadurch allein um 3½ vH ansteigen, während die günstigere konjunkturelle Entwicklung für sich genommen zu einer Ausweitung der Steuereinnahmen um gut 5 vH führen dürfte. Die massiven Steuererhöhungen zum 1. Januar 1995, die Mehreinnahmen in Höhe von 28½ Mrd DM erbringen dürften, werden dazu führen, daß die privaten Haushalte trotz der stärkeren Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme im kommenden Jahr wenig Spielraum haben werden, ihre Konsumausgaben auszuweiten. Auch mittelfristig eröffnet sich in dieser Hinsicht derzeit keine sichere Perspektive, denn für eine Herabsetzung oder Streichung des Solidaritätszuschlags gibt es bislang keine bindenden Festlegungen.

227. Der Private Verbrauch zählt normalerweise immer zu den Nachzüglern im konjunkturellen Aufschwung. Doch dieses Mal ist seine Verspätung größer als sonst, weil vor allem der Anstieg der Einkommen durch die höhere fiskalische Belastung gebremst wird. Trotzdem verlief die Entwicklung bislang weitaus besser, als es vorauszusehen war. Der Private Verbrauch in den alten Bundesländern ging — im ersten Halbjahr 1994 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1993 — nur leicht zurück; nach den vorliegenden Informationen stieg er im dritten Vierteljahr sogar kräftig an. Das war nur möglich, weil die privaten Haushalte einen Teil ihrer Ausgaben zu Lasten der Spartätigkeit und durch vermehrte Kreditaufnahmen finanzierten. Die Verbrauchsausgaben erhöhten sich in diesem Jahr — in nominaler Rechnung — um knapp 4 vH und die verfügbaren Einkommen um 3 vH, doch die Sparquote bildete sich um einen halben Prozent-

punkt zurück. Darin drückte sich vermutlich nicht nur neues Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung aus, sondern auch der Wunsch, das gewohnte Konsumniveau zu halten und insbesondere aufgestaute Käufe von langlebigen Konsumgütern nachzuholen. Das alles trug wesentlich zur Aufhellung des konjunkturellen Gesamtbildes bei.

228. An der Grundkonstellation wird sich im nächsten Jahr nicht viel ändern können. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in der Summe steigen im früheren Bundesgebiet zwar voraussichtlich etwas stärker als in diesem Jahr, aber durch die Erhebung des Solidaritätszuschlags wird sich das auf den Lohn- und Gehaltskonten der Arbeitnehmer nicht niederschlagen. Die Nettolohn- und -gehaltssumme, die knapp die Hälfte des verfügbaren Einkommens ausmacht, wird sogar leicht schrumpfen. Die Transfereinkommen steigen zwar vergleichsweise kräftig, aber nicht so kräftig wie in diesem Jahr. Wenn nach unserer Rechnung die verfügbaren Einkommen mit 3½ vH etwas rascher expandieren, dann ist das einer starken Zunahme der entnommenen Gewinne der Selbständigen (wegen besserer Erträge) und der Vermögenseinkommen (wegen höherer Zinsen) zuzuschreiben.

Die Entwicklung beim Privaten Verbrauch hängt freilich nicht nur von der Zunahme der Kaufkraft ab, sondern auch von der Kaufbereitschaft, wie sich das in diesem Jahr in bemerkenswerter Weise gezeigt hat. Wenn mit fortschreitender konjunktureller Erholung die Zuversicht steigt, wird erfahrungsgemäß weniger Geld auf die hohe Kante gelegt, und es werden auch wieder mehr Schulden gemacht, insbesondere um größere Anschaffungen zu finanzieren. Doch bleibt diesmal ein sehr großer Unsicherheitsfaktor, nämlich die hohe Arbeitslosigkeit. Unsere Annahme ist daher, daß die Sparquote im nächsten Jahr nicht noch einmal absinkt, aber daß sie auch nicht schon wieder ansteigt. Der Private Verbrauch wird dabei in den alten Bundesländern in nominaler Rechnung um 3½ vH und in realer Rechnung um 1 vH bis 1½ vH expandieren, nicht viel anders als in diesem Jahr. In der zweiten Jahreshälfte dürfte er freilich etwas stärker anziehen, falls dann die Beschäftigung wieder leicht steigt, womit wir rechnen. Deutlich höhere Steigerungsraten, 6½ vH in nominaler und 3½ vH in realer Rechnung, veranschlagen wir für die neuen Bundesländer, da dort die Einkommen rascher zunehmen als im früheren Bundesgebiet.

229. Die Schwäche beim Privaten Verbrauch läßt sich nur durch einen kräftigen Aufschwung überwinden. Nur so eröffnen sich Chancen, daß die Realeinkommen und die Beschäftigung wieder spürbar zunehmen. Es wäre falsch, zur Stützung der Kaufkraft die Löhne kräftig anzuheben, wie es jetzt von verschiedener Seite gefordert wird. Das würde weitere Arbeitsplätze kosten, und es würde den Geldwertschwund wieder verstärken. Damit wäre nichts gewonnen.

Die Lohnpolitik ist in diesem Jahr auf einen Kurs eingeschwenkt, der der Sicherung der Beschäftigung Vorrang einräumt. Es gehört zu den zentralen Annahmen der Prognose, daß sie diesen Kurs weiterhin hält. Denn angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist eine zurückhaltende Lohnpolitik auch in der Phase der konjunkturellen Erholung eine Notwendigkeit.

230. Anfang November, zum Zeitpunkt, an dem wir unsere Prognose erstellen, läßt sich in Umrissen erkennen, wie die Tarifabschlüsse für das nächste Jahr im einzelnen aussehen werden. Die Tarifvertragsparteien haben bei der Ausgestaltung viel Freiraum, etwa bei der Festsetzung der Stunden- und Monatsverdienste, der Überstundenzuschläge und des Urlaubsgeldes oder bei der Regelung der Arbeitszeit. Überdies treffen sie nur Vereinbarungen über Tarifverdienste. Freiwillige betriebliche Leistungen der Arbeitgeber sind nicht Gegenstand von Tarifverhandlungen. Sie können aber zur Disposition gestellt werden, wenn die Ertragslage der Unternehmen es erfordert, und dies ist in letzter Zeit häufig geschehen. Für alles müssen wir eine plausible Setzung vornehmen. Eine solche Setzung ist nicht als Empfehlung an die Tarifvertragsparteien zu verstehen. Zu was wir im einzelnen raten, haben wir an anderen Stellen des Gutachtens dargelegt (Ziffern 359 ff.).

231. Der Kern unserer Lohnsetzung ist, daß die Steigerungsrate bei den Effektivverdiensten, die sich als Ergebnis aus kollektiven sowie einzelbetrieblichen und individuellen Vereinbarungen ergibt, in den alten Ländern im nächsten Jahr in Nähe der Rate des mittelfristigen Produktivitätsanstiegs liegen wird. Für die alten Bundesländer läuft das auf eine Erhöhung der effektiven Stundenverdienste um rund 3 vH hinaus. Für die neuen Bundesländer, wo teilweise Stufentarifverträge Steigerungsraten schon festlegen, haben wir eine Rate von 5 vH in die Rechnung eingestellt.

232. Bei dieser Annahme werden die Lohnstückkosten in den alten Bundesländern zwar nicht nochmals sinken, aber auch nicht nennenswert steigen. In den neuen Bundesländern setzt sich hingegen der leichte Rückgang fort. Denn bei wieder zunehmender Kapazitätsauslastung erhöht sich auch die Produktivität kräftig, weil die Mehrproduktion zumeist ohne zusätzliches Personal erbracht werden kann. Dadurch entsteht Raum für die erforderliche Verbesserung der Erträge. Nach wie vor sind die Gewinnmargen im Durchschnitt recht niedrig. Zwar haben eine Reihe von Branchen und Unternehmen mittlerweile aus dem Ertragstal herausgefunden. Doch gilt dies nicht für alle, insbesondere nicht für jene Branchen und Unternehmen, die noch im Konjunkturschatten stehen.

233. Obgleich im nächsten Jahr die Löhne voraussichtlich nicht kostentreibend wirken, darf man sich keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben: Die Zeit rückläufiger Preissteigerungsraten wird erst einmal zu Ende gehen. Denn bei wieder besserer Nachfrage eröffnen sich den Unternehmen Preiserhöhungsspielräume. Die industriellen Erzeugerpreise, die über längere Zeit stabil geblieben oder sogar leicht gesunken sind, ziehen vor allem bei Grundstoffen bereits wieder merklich an. Das hängt sicherlich mit den Verteuerungen auf den internationalen Rohstoffmärkten zusammen, aber auch diese Verteuerungen sind zum großen Teil Reflex der fortschreitenden konjunkturellen Erholung. Sobald es die Marktlage gestattet, werden solche Preiserhöhungen weitergewälzt, bis sie auf der Konsumentenstufe ankommen.

Das geschieht nicht von heute auf morgen, sondern braucht, solange der Konjunktur noch der rechte Schwung fehlt, sicherlich seine Zeit. Ohnehin werden viele Unternehmen zunächst einmal auf eine gute Mengenkonjunktur setzen, also auf möglichst hohe Umsätze bei geringen Margen. Zudem wird, nicht zuletzt wegen der rasch wachsenden Einfuhr aus Niedriglohnländern, der Wettbewerb von außen rege bleiben. Wegen der langen Wirkungsketten muß die Entwicklung sorgfältig im Auge behalten werden.

234. Die Verbraucherpreise, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, sind im Jahre 1994 in den alten Bundesländern ziemlich konstant mit einer Jahresrate von rund 2½ vH gestiegen. Nur in den neuen Bundesländern ist eine merkliche Verlangsamung zu konstatieren, doch waren dort zuvor die Mieten, die Verkehrstarife und eine Reihe von Gebühren kräftig heraufgesetzt worden, was sich, nachdem die Anpassung weit fortgeschritten ist, in diesem Jahr nicht wiederholt hat.

Dieser Geldwertschwund ist auf den ersten Blick ungewöhnlich nach einer Rezession. Er geht zu einem großen Teil auf die geballte Anhebung der Gebühren für staatliche Dienstleistungen zurück. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung machen die staatlichen Stellen Anstrengungen, für Leistungen, die sie erbringen, eine ausreichende Kostendeckung zu erzielen. Die Anhebung der Gebühren wird optisch sofort im Preisindex voll sichtbar, während sich die Konsolidierung mittels höherer Steuern zunächst nur in der Abgabenquote niederschlägt, auch wenn es teilweise zu Überwälzungen kommt.

Im nächsten Jahr wird es aller Voraussicht nach weniger Gebührenanhebungen geben, aber bei Verbrauchs- und Gebrauchsgütern könnte es zu mehr Preiserhöhungen kommen. Überdies könnten die Preise für Nahrungsmittel leicht anziehen. Denn einerseits versanden die Wirkungen der starken Absenkung der EU-Stützpreise immer mehr, und andererseits schwappen nun die Verteuerungen auf den Weltagrarmärkten auf die heimischen Märkte über. Ein Gegenposten zu alledem sind die Mieten. Sie dürften im kommenden Jahr merklich langsamer steigen als in diesem Jahr, jedenfalls in den alten Bundesländern. Dort hat sich aufgrund der regen Bautätigkeit die Marktlage inzwischen spürbar entspannt. Hinzu kommt, daß die Gebühren für Müllabfuhr, Straßenreinigung, Abwasser und andere Leistungen nicht mehr so stark heraufgesetzt werden, was sich in einem flacheren Anstieg der Wohnnebenkosten niederschlagen wird.

235. Wir schätzen, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im nächsten Jahr in den alten Bundesländern um 2½ vH und in den neuen Bundesländern um 3 vH steigen wird, und zwar im Jahresdurchschnitt. Die etwas höhere Rate für die ostdeutschen Länder resultiert im wesentlichen aus der geplanten Einführung des Vergleichsmietensystems zur Jahresmitte, die weitere Mieterhöhungen nach sich zieht und die Preissteigerungsrate im Vorjahresvergleich vorübergehend auf über 3 vH anheben könnte. Bei den großen Wohnungsbaugesellschaften sind Beträge von einer Mark pro Quadratmeter Wohnfläche im Gespräch. Ansonsten entwickeln sich die Preise in beiden Teilen Deutschlands schon seit geraumer Zeit ziemlich parallel, und das wird auch im kommenden Jahr nicht anders sein.

236. Alles in allem zeichnet unsere Prognose für 1995 ein helles Bild, auch wenn es nicht frei von Grautönen ist. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird weiter expandieren: In den alten Bundesländern zwar verhalten, aber stetig, in den neuen Bundesländern anhaltend kräftig. Die Zuwachsrate beim Bruttoinlandsprodukt wird etwa 3 vH betragen — etwa 2½ vH im Westen und gut 9 vH im Osten (Tabelle 43).

Die gesamtwirtschaftliche Produktion bewegt sich damit auf einem Pfad, der nur wenig steiler als der Wachstumspfad für das Produktionspotential ist; hier veranschlagen wir die Zunahme für die alten Bundesländer auf 2 vH. Das paßt zu unserer Vorstellung von einer moderaten Aufwärtsentwicklung. Die Auslastung des Produktionspotentials wird im Ganzen nur wenig ansteigen. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß der Auslastungsgrad, trotz des starken Produktionseinbruchs in der Rezession, gegenwärtig nicht viel niedriger ist als im mittelfristigen Durchschnitt. Denn als Folge des Vereinigungsbooms war die Beanspruchung der Kapazitäten Anfang der neunziger Jahre auf eine Höhe geschnellt wie lange nicht mehr. Allerdings ist die Situation von Branche zu Branche sehr unterschiedlich. In einigen Branchen ist die Kapazitätsauslastung schon wieder recht hoch, in anderen hingegen noch sehr niedrig. Diese Unterschiede werden sich im nächsten Jahr allmählich einebnen.

237. Bei dieser Konstellation wird die ostdeutsche Wirtschaft gegenüber der westdeutschen Wirtschaft weiter aufholen. Ihr Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird sich von 8,7 vH in diesem Jahr auf 9,2 vH im nächsten Jahr vergrößern. Freilich, die große Lücke zwischen inländischer Produktion und inländischer Absorption schließt sich weiterhin nur sehr langsam. Diese Lücke, die das „Importdefizit" der ostdeutschen Wirtschaft ausmacht, muß durch einen Ressourcentransfer aufgefüllt werden. Er ist in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für 1995 auf 228 Mrd DM zu veranschlagen; 1994 waren es etwa 220 Mrd DM. Wenn der Transferbedarf nach unserer Rechnung absolut weiter steigt — in Relation zum Bruttoinlandsprodukt geht er leicht zurück —, so liegt das einzig und allein an der kräftigen Ausweitung der Investitionen. Die Expansion des Privaten Verbrauchs bleibt schon seit einiger Zeit deutlich hinter der Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zurück.

238. Besorgniserregend bleibt die Lage am Arbeitsmarkt. Auch wenn viele Unternehmen in der Rezession in ungewohntem Maße Personal abgebaut haben, bedeutet das nicht, daß sie bei einer Verbesserung der Auftragslage sofort umfangreiche Einstellungen vornehmen. Denn erst einmal möchten sie die Früchte ihrer Rationalisierungsanstrengungen in Form höherer Produktivitätsgewinne ernten. Falls die Personaldecke wieder zu kurz werden sollte, können sie mit ihren Mitarbeitern Überstunden oder Sonderschichten vereinbaren. In den vielen neuen Arbeits-

Tabelle 43

Eckdaten für Westdeutschland und Ostdeutschland

Schätzung für 1994 und Prognose für 1995

	1992	1993	1994	1995	1993	1994	1995
	Früheres Bundesgebiet						
	Mrd DM In Preisen von 1991				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Bruttoinlandsprodukt	2 694,30	2 648,60	2 707½	2 778½	– 1,7	+ 2	+ 2½
Privater Verbrauch	1 480,42	1 483,01	1 500	1 519½	+ 0,2	+ 1	+ 1½
Staatsverbrauch	485,32	479,72	480½	484	– 1,2	+ 0	+ 1
Anlageinvestitionen	564,96	518,03	528	552½	– 8,3	+ 2	+ 4½
davon:							
Ausrüstungsinvestitionen	252,76	208,29	207	224½	–17,6	– ½	+ 8½
Bauinvestitionen	312,20	309,74	321	328	– 0,8	+ 3½	+ 2
Außenbeitrag	+164,07	+174,82	+190	+207½	X	X	X
davon:							
Ausfuhr	922,46	893,03	956½	1 012½	– 3,2	+ 7	+ 6
Einfuhr	758,39	718,21	766½	805	– 5,3	+ 6½	+ 5
	In jeweiligen Preisen						
Verfügbares Einkommen[1]	1 763,44	1 811,30	1 869½	1 937	+ 2,7	+ 3	+ 3½
Bruttolohn- und -gehaltssumme[2]	1 226,68	1 239,48	1 246½	1 282	+ 1,0	+ ½	+ 3
	1991 = 100						
Deflator des Privaten Verbrauchs	103,8	107,1	110	112½	+ 3,2	+ 2½	+ 2½
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost						
	Mrd DM In Preisen von 1991				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Bruttoinlandsprodukt	222,10	235,00	258	281½	+ 5,8	+ 9½	+ 9
Privater Verbrauch	196,93	202,27	210½	217½	+ 2,7	+ 4	+ 3½
Staatsverbrauch	93,72	92,59	95	95	– 1,2	+ 2½	+ 0
Anlageinvestitionen	117,67	134,21	156	180	+14,1	+16½	+15½
davon:							
Ausrüstungsinvestitionen	45,61	48,80	52½	57½	+ 7,0	+ 8	+ 9
Bauinvestitionen	72,06	85,41	103½	122½	+18,5	+21	+18½
Außenbeitrag	–189,92	–199,22	–213	–220½	X	X	X
davon:							
Ausfuhr	51,69	54,55	63½	74½	+ 5,5	+16½	+18
Einfuhr	241,61	253,77	276½	295½	+ 5,0	+ 9	+ 7
	In jeweiligen Preisen						
Verfügbares Einkommen[1]	250,70	277,64	296½	316	+10,7	+ 7	+ 6½
Bruttolohn- und -gehaltssumme[2]	188,36	202,45	219½	234	+ 7,5	+ 8½	+ 7
	1991 = 100						
Deflator des Privaten Verbrauchs	111,0	120,3	124½	128	+ 8,4	+ 3½	+ 3

[1]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[2]) Inländerkonzept.

zeitmodellen, die ja auch eingeführt wurden, um überzählige Arbeitskräfte nicht entlassen zu müssen, stecken beträchtliche Flexibilisierungsreserven. Überdies setzen die Unternehmen die Reorganisation und Optimierung der Betriebsabläufe zum Zwecke der Kostensenkung fort, was Möglichkeiten eröffnet, Arbeitskräfte, die an einer Stelle nicht voll ausgelastet sind, an eine andere Stelle, an der es Engpässe gibt, umzusetzen. Das alles spricht nicht für eine grundlegende Wende auf dem Arbeitsmarkt. Gewiß, der Beschäftigungsrückgang läuft aus; in den neuen Bundesländern ist er in diesem Jahr schon zum Stillstand gekommen. Aber für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg reicht das Tempo der Produktionssteigerung, das sich aus heutiger Sicht abzeichnet, einfach nicht aus (Tabelle 44).

239. Bei der Prognose haben wir angenommen, daß sich die Anzahl der Erwerbstätigen in den alten Bundesländern bis weit ins nächste Jahr hinein nur wenig verändert, später aber wieder etwas steigt. Ende 1995 werden nach unserer Rechnung knapp 70 000 Menschen mehr einen Arbeitsplatz haben als Ende 1994. Die Entwicklung in den jungen Bundesländern wird in der Grundtendenz ähnlich sein. Auch dort wird Ende 1995 ein leicht höherer Beschäftigungsstand erreicht; wir rechnen mit 50 000 zusätzlichen Erwerbstätigen.

240. Unsere Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1995 schließt mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit als dem Problem, das das verhalten optimistische Bild für 1995 nachhaltig trübt und den größten Anlaß zur Besorgnis gibt. Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Arbeitslosigkeit wird im nächsten Jahr trotz fortschreitender wirtschaftlicher Erholung nur wenig sinken. Für die alten Bundesländer ergibt sich nach unserer Rechnung für den Durchschnitt des Jahres 1995 eine Anzahl von 2,5 Millionen und für die neuen Bundesländer von 1,1 Millionen registrierten Arbeitslosen. Gegenüber 1994 bedeutet das einen Rückgang von 30 000 Personen im Westen und 60 000 Personen im Osten. Auch hier zeichnet die Entwicklung im Verlauf des Jahres — Jahresende 1995 gegen Jahresende 1994 gerechnet — ein etwas positiveres Bild. Trotzdem bleibt das Niveau der Arbeitslosigkeit auf einem erschreckend hohen, nicht hinnehmbaren Niveau. Die verdeckte Arbeitslosigkeit wird sich freilich im Osten deutlich, schätzungsweise um 350 000 Personen verringern, vor allem, weil eine große Anzahl von Personen, die vorzeitig in den Ruhestand geschickt worden waren, das Rentenalter erreicht. Die Schätzungen sind mit einigen Unsicherheiten behaftet, weil sich noch nicht klar erkennen läßt, welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im nächsten Jahr zusätzlich begonnen und welche möglicherweise eingeschränkt werden; bisher hat die Bundesanstalt für Arbeit noch keinen Haushalt für 1995 vorgelegt. Aber an den Größenordnungen wird sich vermutlich wenig ändern.

Noch einmal: Die Perspektive bezüglich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1995 ist kaum aufgehellt. Um so mehr bedarf es der Anstrengung aller, daß die deutsche Wirtschaft möglichst bald auf einen steileren Wachstumspfad einschwenkt.

Tabelle 44

Die voraussichtliche Entwicklung am Arbeitsmarkt[1])

Tausend

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Bundesländer[2])		
	1993	1994	1995	1993	1994	1995	1993	1994	1995
Erwerbspersonen (Inländer)	38 682	38 665	38 590	30 935	30 890	30 840	7 747	7 775	7 750
davon:									
registrierte Arbeitslose[3])	3 419	3 710	3 620	2 270	2 560	2 530	1 149	1 150	1 090
Pendlersaldo[4])	4	−10	−10	329	310	290	−325	−320	−300
Erwerbstätige (im Inland)	35 267	34 945	34 960	28 994	28 640	28 600	6 273	6 305	6 360
Nachrichtlich:									
Verdeckt Arbeitslose[5])	2 281	1 818	1 540	728	580	540	1 553	1 238	1 000

[1]) Jahresdurchschnitte; in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; 1994 eigene Schätzung; 1995 Prognose.
[2]) Einschließlich Berlin-Ost.
[3]) Quelle für 1993: BA.
[4]) Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für das frühere Bundesgebiet: Pendlersaldo mit den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost und dem Ausland. Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost: Pendlersaldo mit dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland.
[5]) Subventioniert Beschäftigte plus verdeckt arbeitslose Nichterwerbspersonen.

DRITTES KAPITEL

Grundlinien der Wirtschaftspolitik

I. Nach der Rezession: Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufschwung schaffen

241. Schneller als erwartet hat die deutsche Wirtschaft die Rezession der Jahre 1992/93 überwunden. In den alten Bundesländern steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion seit Beginn dieses Jahres wieder deutlich an, zunächst getragen von einem in diesem Ausmaß nicht erwarteten Anstieg des Exports, inzwischen aber in zunehmendem Maße auch von einer Belebung der Investitionstätigkeit im Inland. In den jungen Bundesländern hat sich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung gefestigt. Die Produktion steigt in der Breite, jetzt auch in vielen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes; der Restbestand alter Unternehmen mit ungeklärten Sanierungsaussichten ist klein geworden und hat an Bedeutung verloren; mehr und mehr neue und erneuerte Unternehmen weisen erste Erfolge aus. Auch auf dem Arbeitsmarkt hat sich eine Wende zum Besseren angebahnt. In den alten wie in den neuen Bundesländern ist der Abbau von Arbeitsplätzen zum Stillstand gekommen. Die Arbeitslosigkeit ist geringfügig zurückgegangen, jedoch ist das Niveau erschreckend hoch.

242. Die erfreuliche Verbesserung der Konjunkturlage darf nun allerdings nicht dazu verleiten, die strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft, die der Konjunktureinbruch offengelegt hat, als weniger gravierend oder gar schon überwunden zu betrachten. Nach wie vor stehen der Anpassung an die sich ständig wandelnden Anforderungen von Wettbewerbsmärkten zu viele Hemmnisse entgegen. Dies als mit der konjunkturellen Entwicklung erledigt anzusehen, wäre vor allem angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt ein eklatantes Fehlurteil; zwar hat die konjunkturelle Erholung auch hier eine Wende eingeleitet, doch wird die Arbeitslosigkeit durch einen Konjunkturaufschwung schwerlich bis auf das vor dem Einbruch bestehende Niveau gesenkt werden. Die Unternehmen haben die Krise nur mit Hilfe einschneidender Rationalisierungsmaßnahmen bewältigen können; diesen sind zahlreiche Arbeitsplätze zum Opfer gefallen, die mit der konjunkturellen Erholung nicht am selben Ort und in gleicher Art wiederkehren. Ein Ausgleich dafür kann nur durch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit ist die Frage nach den Bedingungen gestellt, unter denen unternehmerische Aktivitäten zur Schaffung von Arbeitsplätzen sich entfalten können.

Es wäre ein fataler Irrtum, zöge man aus den neuerlichen Exporterfolgen deutscher Unternehmen den Schluß, die in den letzten Jahren laut gewordenen Befürchtungen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland seien unbegründet gewesen. Die Markterfolge zahlreicher Unternehmen, die ihre Marktpositionen gefestigt haben und heute, allerdings vielfach mit weniger Beschäftigten, am kräftigen Zuwachs des Welthandels partizipieren, sind nur ein Teilaspekt. Viel wichtiger ist, daß auch neue Beschäftigung in wettbewerbsfähigen Unternehmen ermöglicht und damit ein Ausgleich für in der Vergangenheit entfallene, aber auch für künftig vom Strukturwandel bedrohte Arbeitsplätze geschaffen wird. Deswegen muß der Standort Deutschland attraktiv sein für unternehmerische Investitionen, die eine effizientere Nutzung der hier vorhandenen Ressourcen erlauben und damit für mehr Beschäftigung sorgen. Die Herausforderung durch den Standortwettbewerb ist nicht erst mit dem Konjunktureinbruch entstanden, sie ist durch ihn nur deutlicher hervorgetreten, und sie wird jetzt nicht durch einen Aufschwung hinfällig. Sich im Standortwettbewerb als Hochlohnland zu behaupten — dies war schon lange vor der Rezession für die deutsche Wirtschaft nicht einfach; der Konjunktureinbruch hat die Problematik unübersehbar offengelegt. Für die Wirtschaftspolitik ist die Verbesserung der Standortbedingungen nach wie vor von vorrangiger Bedeutung.

243. Die Wirtschaftspolitik muß heute die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die folgenden Aufgaben bewältigt werden können:

- Die deutsche Wirtschaft muß bei stabilem Geldwert zu einem stetigen und angemessenen, das heißt auch umweltverträglichen Wachstum finden.
- Die Arbeitslosigkeit muß in beiden Teilen Deutschlands deutlich und dauerhaft reduziert werden.
- Der Abstand in der Produktivität zwischen neuen und alten Bundesländern muß stetig abgebaut werden.

Diese Aufgaben stehen in engem Zusammenhang miteinander. Deutschland wächst zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammen — ungeachtet vieler verbleibender und erst auf lange Sicht zu beseitigender Unterschiede zwischen Ost und West. Die Investitionen, die das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials bestimmen, weisen in den neuen Bundesländern hohe Zuwachsraten auf. Bei den staatlichen Investitionen liegt gezielt ein Schwerpunkt auf dem Ausbau der Infrastruktur im Osten des Landes; aber auch viele private Unternehmen erkennen und nutzen die Chancen, die sich in den neuen Bundesländern bieten. Das bedeutet: Im Wachstumsprozeß gibt es regionale Schwerpunktverlagerungen, verbunden mit der Herausbildung neuer Muster der Spezialisierung und Arbeitsteilung. Die Entwicklung

in beiden Teilen des Landes mündet in einen gemeinsamen Wachstumprozeß ein, in dem auf mittlere Sicht die Diskrepanz zwischen alten und neuen Bundesländern schwindet, wobei sich andere Muster regionaler Differenzierung — mit weniger ausgeprägtem Gefälle der Wirtschaftskraft — herausbilden. Die Aufgabe, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, muß in Zusammenhang mit dem Wachstumsprozeß gesehen werden. Zum einen ist Wachstum Voraussetzung dafür, daß mehr Beschäftigung ermöglicht wird; doch wird sich über Wachstum allein ein befriedigender Beschäftigungsstand nicht erreichen lassen, solange es nicht gelingt, mit grundsätzlichen Problemen des Arbeitsmarktes wie den qualifikationsbedingten und regionalen Diskrepanzen zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage sowie mit den Verfestigungstendenzen der Dauerarbeitslosigkeit fertig zu werden, solange aber auch nicht auf längere Sicht eine konsequent beschäftigungsorientierte Lohnpolitik betrieben wird. Zum anderen aber wird durch einen besser funktionierenden Arbeitsmarkt erreicht, daß die Produktivkräfte des Landes effizient eingesetzt werden, daß damit auch ein Potential zur Schaffung von mehr Wohlstand erschlossen wird, das sowohl einer verbesserten individuellen Güterversorgung als auch der Lösung dringender Zukunftsaufgaben, vor allem im Umweltschutz und bei der politisch-wirtschaftlichen Stabilisierung im internationalen Umfeld, nutzbar gemacht werden kann.

244. Die Erfahrung der Rezession hat bei vielen Bürgern das Bewußtsein dafür geschärft, daß es der Bereitschaft bedarf, neue Wege einzuschlagen, soll die deutsche Wirtschaft vor einem dauerhaften Verlust an Dynamik und einem fühlbaren Zurückfallen im internationalen Wettbewerb bewahrt werden. Dieser Problemlage müssen die Träger wirtschaftspolitischer Verantwortung in allen Bereichen, auf allen Ebenen des Staates ebenso wie bei den Tarifvertragsparteien, Rechnung tragen. Eine Politik, die sich auf die nachhaltige Stärkung der Wachstumskräfte und die Ausräumung überkommener Strukturschwächen richtet, hat heute größere Chancen als seit langem. Diese Chancen zu nutzen, dafür wirbt der Sachverständigenrat mit aller Entschiedenheit.

II. Ziele der Wirtschaftspolitik: Wo stehen wir — wie geht es weiter?

245. Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum, dies sind die Ziele, an denen der Sachverständigenrat sein Urteil über die Wirtschaftspolitik der Vergangenheit und der Zukunft zu orientieren hat. An diesen Zielen gemessen haben die letzten Jahre, die im Zeichen einer weltweiten Rezession und unbewältigter Lasten aus der deutschen Vereinigung standen, eine krisenhafte Entwicklung gebracht. Dabei sind Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft bei der Anpassung an die Erfordernisse der Märkte aus der Position eines Hochlohnlandes heraus deutlich geworden; strukturelle Schwächen, die auch vorher schon bestanden, wurden in der Rezession offengelegt.

Stetiges und angemessenes Wachstum in ganz Deutschland ist erreichbar

246. In den beiden Teilen Deutschlands, die erst allmählich zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenwachsen, entwickelt sich das Produktionspotential von völlig unterschiedlichen Ausgangspunkten her und in völlig unterschiedlicher Weise. Im westlichen Teil befand sich die Wirtschaft zu Beginn der neunziger Jahre auf einem steiler gewordenen Wachstumpfad, wobei begründete Hoffnung bestand, auf mittlere Sicht jährliche Zuwachsraten des Produktionspotentials von 3 vH zu erreichen. Der nach der Vereinigung einsetzende Nachfrageboom verstärkte zunächst noch diese Wachstumsdynamik; doch kam es schon 1992 zu einer Dämpfung und Anfang 1993 zu einem dramatischen Einbruch bei den Investitionen. Die in verschiedenen Jahren auf über 3 vH angestiegene Wachstumsrate des Produktionspotentials fiel 1993 auf 1,9 vH und verharrt seither auf diesem Niveau. Ob der Anschluß an die alte Wachstumsdynamik wiedergewonnen werden kann, hängt davon ab, wie kräftig die nach der Rezession erst langsam wieder anlaufende Investitionstätigkeit sich entfaltet.

Der Wachstumsprozeß im Osten des Landes ist geprägt durch die nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaft notwendig gewordene strukturelle Erneuerung. Die Produktion fiel bis in das Jahr 1991 hinein dramatisch zurück mit gravierenden Folgen für die Beschäftigung. Zugleich aber setzte schon früh der Aufbau einer neuen Produktionsbasis ein, zunächst vor allem über öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, dann in ständig steigendem Maße auch durch Investitionen privater Unternehmen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg schon im Jahre 1992 um 7,8 vH, 1993 um 5,8 vH, 1994 um 9½ vH; sie wurde also durch die Rezession im Westen nur im Zuwachstempo beeinträchtigt. Deutlichen Auftrieb hat jetzt auch die durch den Umbruch besonders betroffene industrielle Produktion. Inwieweit der gesamtwirtschaftliche Produktionszuwachs auf einem Wachstum des Produktionspotentials oder auf Änderungen in der Auslastung beruht, kann nicht beurteilt werden, da eine Datengrundlage zur Schätzung des Produktionspotentials derzeit noch fehlt. Doch ist auf Grund der Investitionsdynamik mit einiger Verläßlichkeit anzunehmen, daß der Zuwachs der Produktion mit einem erheblichen Wachstum des Produktionspotentials einherging.

247. Die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland ist gegenüber dem vor fünf Jahren erreichten steileren Wachstumspfad zurückgefallen; aus dieser Sicht ist das Resultat unbefriedigend. Allerdings muß das Geschehen in Westdeutschland vor dem Hintergrund der Vereinigung und der darauf folgenden Aufbauphase in Ostdeutschland gesehen werden. Die Wachstumsdynamik der deutschen Wirtschaft hat sich zum Teil in die neuen Bundesländer verlagert; das ist politisch gewollt und wird durch die Wirtschaftspolitik nachdrücklich gefördert. Ganz offenkundig gilt dies für die staatlichen Investitionen; aber auch Unternehmensinvestitionen werden durch die im Neuaufbau liegenden Chancen angezogen,

wobei die staatliche Investitionsförderung die Anreize maßgeblich verstärkt.

Maßstab für die Beurteilung des Wachstums in den neuen Bundesländern sollte sein, ob es hinreichend dazu beiträgt, den Rückstand in der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands aufzuholen. Im Jahre 1994 lagen die Investitionen je Einwohner in den neuen Bundesländern höher als in den alten, und zwar gilt dies nicht nur wie schon im Jahre 1993 für die staatlichen Investitionen, sondern auch für die Investitionen der Unternehmen. In Verbindung mit den hohen, das westdeutsche Niveau seit der Vereinigung weit überschreitenden Zuwachsraten bei den Investitionen kommt hierin eine beachtliche Dynamik im Wachstum des Produktionspotentials zum Ausdruck. Eine Extrapolation dieser Entwicklung, aus der sich entnehmen ließe, bis wann in Ostdeutschland ein dem westdeutschen vergleichbarer Kapitalstock aufgebaut sein wird, erscheint wenig sinnvoll; es bestehen allzu viele Unsicherheiten hinsichtlich der Produktivität der gegebenen und der neu entstehenden Kapitalausstattung; zudem wird eine exakte Erfassung der Investitionen in der Zuordnung auf alte und neue Bundesländer zunehmend schwieriger. Wichtig ist heute vor allem, daß die Dynamik der Investitionstätigkeit erhalten bleibt. Dies ist Voraussetzung dafür, daß sich die immer noch gewaltige Lücke zwischen gesamtwirtschaftlicher Produktion und Binnennachfrage in den neuen Bundesländern, soweit sie heute durch staatliche Transfers ausgeglichen werden muß, allmählich schließt. Dies ist ein Prozeß, dessen Dauer sich kaum abschätzen läßt; daß er deutlich in die erwünschte Richtung verläuft, ist ein Zeichen angemessenen Wachstums.

248. Angemessenes wirtschaftliches Wachstum bedeutet nicht einfach, daß von allem mehr produziert wird. Für die deutsche Wirtschaft ist Wachstum Voraussetzung dafür, daß bei in Westdeutschland weiterhin hohen, in Ostdeutschland diesem Niveau sich angleichenden Realeinkommen mehr Menschen Beschäftigung finden, daß die Systeme der sozialen Sicherung leistungsfähig gestaltet werden können und Bestand haben, daß im Umweltschutz deutliche Fortschritte erzielt werden, daß das Land sich voll seinen Aufgaben der politischen und wirtschaftlichen Kooperation im internationalen Umfeld widmen und dadurch zum Abbau von Spannungen beitragen kann. Ein solches Wachstum setzt voraus, daß die Ressourcen des Landes effizient genutzt werden und daß die deutsche Wirtschaft in der Lage ist, sich den ständig wechselnden Bedingungen auf den internationalen Märkten anzupassen; es treten neue Wettbewerber auf, die Präferenzen der Nachfrager ändern sich, und neue Produkte kommen auf den Markt. Dies bedeutet, daß immer wieder Marktfelder verlorengehen, auf denen sich andere Wettbewerber als überlegen erweisen, zugleich aber neue erschlossen werden müssen und können, auf denen sich ungeachtet des hohen deutschen Lohnniveaus noch Wettbewerbsvorteile bieten. Wachstum ist daher notwendig mit Strukturwandel verbunden, und Strukturwandel kann nur bewältigt werden, wenn ständig in neue Produkte und Verfahren investiert wird. Möglichst günstige Bedingungen für Investitionen zu schaffen ist eine bleibende und nicht nur bei schwacher Konjunktur hochrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Strukturwandel zwingt dazu, Veränderungen hinzunehmen, und dies ist für die davon betroffenen Menschen oft mit Härten verbunden. In der alten Bundesrepublik hat man in der Vergangenheit nicht selten versucht, sich durch Erhaltungssubventionen der Notwendigkeit struktureller Anpassungen zu entziehen. Die auf diese Weise gestützten Bereiche sind in ihrer Wettbewerbsfähigkeit immer stärker zurückgefallen und stellen heute eine schwere Belastung dar; dabei konnte doch nicht vermieden werden, daß viele Arbeitsplätze verlorengingen. In den neuen Bundesländern mußte nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaft und der Öffnung für den Wettbewerb ein radikaler Strukturwandel stattfinden, der große Teile des vorhandenen Kapitalstocks entwertete und einen grundlegenden Neuaufbau der Produktionskapazitäten erforderlich machte; dabei mußten den betroffenen Menschen schwere Anpassungslasten zugemutet werden. Dies war unumgänglich, um den Einstieg in neues Wachstum zu finden und der Bevölkerung eine reelle Perspektive für den ersehnten Wohlstand zu eröffnen. Ein derart grundlegender Strukturbruch wird sich nicht so bald wiederholen, aber der Wandel im internationalen Umfeld wird die deutsche Wirtschaft immer wieder vor Anpassungsprobleme stellen. Von der Bereitschaft und der Fähigkeit, überkommene, den Marktbedingungen nicht mehr gerecht werdende Bereiche aufzugeben und zugleich die Ressourcen in neue erfolgversprechende Aktivitäten zu lenken, hängt es ab, ob auf die Dauer der erwünschte Pfad angemessenen Wachstums erreicht und eingehalten werden kann.

249. Die im Wachstumsprozeß geforderten ständigen innovativen Leistungen müssen von den Unternehmen ausgehen. Die Wirtschaftspolitik setzt dafür maßgebliche Rahmendaten. Gute und verläßliche Angebotsbedingungen zu schaffen, dieser Gesichtspunkt muß im Vordergrund stehen, für die staatliche Wirtschaftspolitik ebenso wie für die Tarifvertragsparteien und für die Bundesbank. Wichtig ist vor allem, daß die Wirtschaftspolitik klare und glaubwürdige Perspektiven für die Zukunft erkennen läßt, die den Unternehmen verläßliche Orientierungshilfen bei ihren Planungen bieten. Damit trägt sie wesentlich zur Verstetigung des Wachstumsprozesses bei. Zwar führen singuläre Ereignisse wie die deutsche Wiedervereinigung unvermeidlich zu Brüchen in der Entwicklung, und unvermeidlich ist auch, daß zyklische Schwankungen der Unternehmensinvestitionen die Stetigkeit des Wachstums beeinträchtigen. Vermieden werden muß aber, daß ein Verlust an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik Einbrüche bei den Unternehmensinvestitionen herbeiführt. Vieles deutet darauf hin, daß der abrupte Rückgang der Investitionen, durch den die Rezession im Jahre 1993 in unerwartetem Maße verschärft wurde, nicht zuletzt durch die Befürchtung veranlaßt war, es werde der Finanzpolitik nicht gelingen, auf einen Konsolidierungspfad einzuschwenken, so daß auf mittlere Sicht mit einer weiter steigenden Steuerlast zu rechnen sei. Durch die inzwischen erzielten Konsolidierungserfolge scheint diese Vertrauenskrise überwunden zu sein. Doch unterstreicht diese Erfahrung, wie wichtig es für die

Unternehmen ist, zuverlässig einschätzen zu können, daß die Belastungen aus der Finanzpolitik, aber auch aus der Tarifpolitik in tragbaren Grenzen bleiben; ebenso ist es wichtig, daß sie nicht durch Inflationsbefürchtungen verunsichert werden. Die Wirtschaftspolitik muß Stetigkeit in die Erwartungen bringen und kann damit maßgeblich zur Verstetigung des Wachstumsprozesses beitragen. In der gegenwärtigen Situation ist dies besonders wichtig. Das im Zusammenwachsen der beiden Teile des Landes entstehende gemeinsame Produktionspotential muß aus der derzeitigen Ausgangslage, dem stürmischen Aufbau im Osten und der zeitweiligen Investitionsschwäche im Westen des Landes, möglichst spannungsfrei in einen stetigen Wachstumspfad übergehen. Gelingt dies, so kann die jetzt zu beobachtende konjunkturelle Erholung eine ähnlich lange, vielleicht sogar noch stärkere Aufwärtsentwicklung einleiten, als sie die deutsche Wirtschaft nach Überwindung der Krise von 1981/82 erlebt hat.

Hoher Beschäftigungsstand: Deutliche Annäherung an das Ziel dringend geboten

250. Vom Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist die deutsche Wirtschaft im Jahre 1994 mit Arbeitslosenquoten von 9 vH im Westen und 16 vH im Osten des Landes weiter entfernt denn je seit mehr als vierzig Jahren. In Westdeutschland haben der Konjunktureinbruch und die dadurch bedingten Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen die Arbeitslosenzahl wieder in die Höhe schnellen lassen. Zu befürchten ist, daß wie nach früheren Rezessionen die Arbeitslosigkeit durch die konjunkturelle Erholung nicht wieder auf das vorherige Niveau absinkt, sondern auf einem höheren Sockel verharrt; viele Unternehmen haben nur durch Rationalisierung in Verbindung mit Personalabbau ihre Marktpositionen wieder festigen können; zudem besteht die Gefahr zunehmender und sich verhärtender Langzeitarbeitslosigkeit. In Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit Ergebnis des nach dem Ruin der sozialistischen Wirtschaft für einen erfolgversprechenden Neuaufbau unumgänglichen Strukturbruchs. In beiden Teilen des Landes ist der Abbau der Beschäftigung zum Stillstand gekommen; es sind auch schon deutliche Besserungstendenzen zu erkennen. Ein hoher Beschäftigungsstand ist ein ehrgeiziges Ziel. Auch wenn es in absehbarer Zeit nicht erreicht werden kann, müssen doch alle Bemühungen darauf konzentriert werden, daß es zu einer deutlichen Annäherung kommt. Dafür gibt es keine einfachen Rezepte. Vergleiche mit den Arbeitsmarktproblemen vieler anderer Länder zeigen, daß Arbeitslosigkeit in dem heute in Deutschland bestehenden Ausmaß eher die Regel, ein hoher Beschäftigungsstand wie in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren hingegen die seltene Ausnahme ist. Dies darf kein Anlaß zu Resignation sein, unterstreicht aber die Schwierigkeit der zu lösenden Aufgabe.

251. Arbeitslosigkeit verursacht große soziale und ökonomische Schäden. Arbeitslosigkeit bedeutet für die davon Betroffenen, daß ihnen die Möglichkeit genommen wird, durch eigene Leistungen Einkommen zu erwerben. Das System der Sozialleistungen bewahrt sie zwar in aller Regel vor einem Absinken in die Armut; doch müssen sie zumeist erhebliche Wohlstandseinbußen hinnehmen. Hinzu kommt häufig eine soziale Ausgrenzung, zumal mit wachsender Dauer der Arbeitslosigkeit eine zunehmende Dequalifizierung einhergeht, die den Wiedereintritt in das Erwerbsleben immer mehr erschwert.

Nicht weniger schwerwiegend ist der durch Arbeitslosigkeit verursachte ökonomische Schaden. Arbeitslosigkeit bedeutet, daß es nicht gelingt, die Ressourcen einer Volkswirtschaft in effizienter Weise zu nutzen. Ein Land, in dem drängende Aufgaben zu lösen sind wie nachhaltige Verbesserungen des Umweltschutzes, leistungsfähige Gestaltung der Systeme der sozialen Sicherung, in dem das Streben nach Erhöhung des individuellen Wohlstands nach wie vor stark ist, das zudem von einer Welt umgeben ist, in der Kapitalknappheit viele Länder an der Überwindung der Armut hindert — ein solches Land darf die Vergeudung von Ressourcen in Form von Arbeitslosigkeit nicht hinnehmen.

252. Bedenkt man die durch Arbeitslosigkeit verursachten ökonomischen Schäden, so wird auch klar, daß es nicht genügt, den Arbeitslosen in irgendeiner Weise Beschäftigung zu geben. Vielmehr kommt es darauf an, ihre Arbeitskraft in ökonomisch sinnvoller Weise zu nutzen. Konkret heißt das: Benötigt werden Arbeitsplätze, auf denen der zu zahlende Lohn durch Leistungen für den Markt erwirtschaftet wird. Die simple und zunächst eingängige Formel, es sei besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit, ist irreführend, wenn sie zu dem Schluß führt, es sei unabhängig von der Bewertung des Arbeitsergebnisses durch den Markt zweckmäßig, Arbeitsplätze durch Subventionen zu finanzieren. Wer so argumentierte, hätte bereits vor dem Problem resigniert; die mit Arbeitslosigkeit verbundene Ressourcenvergeudung würde hingenommen.

Wenn heute verstärkt die Schaffung subventionierter Arbeitsplätze für Arbeitslose befürwortet wird, dann steht dahinter die Vorstellung, daß es möglich sei, genügend nützliche Betätigungsmöglichkeiten bei der Erfüllung im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben zu finden, so daß mehr erreicht würde als die Umwandlung offener in verdeckte Arbeitslosigkeit. Man darf aber nicht übersehen, daß Ineffizienz droht, wenn bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht die Setzungen von Prioritäten und die Suche nach kostengünstigen Lösungen am Anfang steht, sondern das Bestreben, Beschäftigung für verfügbare Arbeitskräfte mit subventionsbedingt niedrigen Arbeitskosten zu finden. Zudem ist zu befürchten, daß private Anbieter verdrängt werden oder gar nicht erst Zugang zu den von subventionierter Arbeit besetzten Betätigungsfeldern finden. Eine über die Arbeitsmarktpolitik finanzierte uferlose Ausweitung des öffentlichen Dienstes ist kein ökonomisch sinnvoller Ausweg aus der Arbeitslosigkeit.

Aus ökonomischen Erwägungen heraus kann auch der Versuch, Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung zu reduzieren, nicht als generell brauchbarer Lösungsansatz angesehen werden. Hinter allen Varianten dieser Lösung steht der Gedanke, daß es zu wenig Arbeit für alle gebe, Arbeit folglich umverteilt

werden müsse; folgt man dieser Argumentation, so muß man akzeptieren, daß mit der Arbeit auch das Arbeitsentgelt umverteilt werden muß; Arbeitszeitverkürzung zur Umverteilung von Arbeit schließt von der Konzeption her einen Lohnausgleich aus. Sieht man einmal davon ab, daß die Umverteilung durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung schon deswegen kaum funktionieren wird, weil nicht jeder Arbeitnehmer jeden Arbeitsplatz einnehmen kann und deswegen Engpässe entstehen, so liegt die Problematik dieser Vorgehensweise darin, daß dem einzelnen Arbeitnehmer schematisch die Möglichkeit beschnitten wird, durch Arbeitseinsatz Einkommen zu erzielen. Unbedenklich wäre, wenn der Arbeitnehmer aus eigenem Entschluß seine Arbeitszeit reduzierte und auf das entsprechende Arbeitsentgelt verzichtete; insoweit ist gegen ein Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen für an kürzerer Arbeitszeit interessierte Arbeitnehmer nichts einzuwenden. Eine generelle Arbeitszeitverkürzung mit entsprechenden Einkommenseinbußen läßt den davon betroffenen Arbeitnehmern aber keine Wahl; sie müssen ihr Arbeitsangebot reduzieren, ob sie es wollen oder nicht; allenfalls bleibt ihnen der Ausweg in die Schattenwirtschaft. Die Umverteilung von Arbeit läuft auf die Umverteilung von Arbeitslosigkeit hinaus und damit wieder auf Resignation vor dem Problem der Ressourcenvergeudung.

253. Arbeitsplätze kommen zustande, wenn es gelingt, Arbeitskräfte so einzusetzen, daß marktfähige Leistungen entstehen, aus deren Verkaufserlösen die vereinbarten Löhne bestritten werden können. Dazu genügt nicht, daß Arbeitsuchende bereitstehen; vielmehr bedarf es der Fähigkeit, Marktchancen ausfindig zu machen, der Initiative, die notwendigen Aktivitäten einzuleiten, und der Bereitschaft, die damit verbundenen Risiken zu tragen; es bedarf, kurz gesagt, der Aktivität von Unternehmern. Der Arbeitsuchende kann selbst die Unternehmerrolle übernehmen, indem er als Selbständiger Leistungen auf dem Markt anbietet. Der Normalfall ist aber, daß Anbieter von Arbeit nach Unternehmern suchen, die ihnen Beschäftigung bieten. Arbeitslosigkeit kann somit auch damit erklärt werden, daß es in der Wirtschaft nicht genügend unternehmerische Aktivität gibt, durch die verfügbare Arbeitsleistungen zur Nutzung von Marktchancen eingesetzt werden.

Dieses Defizit kann vielfältige Gründe haben; kennt man diese Gründe, so hat man Ansatzpunkte für eine Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es kann sein, daß es an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage mangelt, die Unternehmen somit aufgrund einer Unterauslastung ihrer Kapazitäten und wegen schlechter Absatzerwartungen Arbeitsplätze abbauen und keine Neueinstellungen vornehmen. Es kann sein, daß bürokratische Regulierungen unternehmerische Aktivität hemmen. Es kann sein, daß die Steuer- und Abgabenlast so hoch ist, daß Unternehmertätigkeit, die immer auch durch Aussicht auf Gewinn motiviert ist, nicht genügend attraktiv erscheint. Es kann sein, daß der Lohn zu hoch ist. Es kann sein, daß Marktzugangsbeschränkungen das Auffinden von Marktchancen erschweren. Die Gründe können aber auch bei den Arbeitsuchenden liegen. Es kann sein, daß ihre Qualifikationen den Anforderungen der Unternehmen nicht entsprechen. Es kann sein, daß sie nicht bereit sind, die von Unternehmen gebotenen Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Es kann sein, daß der Lohn, den das Unternehmen ihnen bietet, zu gering ist. All dies steht hinter der heute in Deutschland bestehenden Arbeitslosigkeit, wobei die relative Bedeutung der einzelnen Gründe schwer zu beurteilen ist. Eine auf Reduzierung der Arbeitslosigkeit zielende Wirtschaftspolitik muß also an vielen Punkten ansetzen, will sie insgesamt ansehnliche Erfolge erzielen.

Die Lohnpolitik ist ein wichtiger Ansatzpunkt für eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Die Tariflohnbildung liegt in Deutschland in den Händen autonomer Tarifvertragsparteien, ist somit sowohl dem Wettbewerb auf dem Markt als auch dem Einfluß des Staates entzogen. Die Tarifautonomie begründet eine besondere Verantwortung der Tarifvertragsparteien für die Beschäftigung. Alle Bemühungen in anderen Bereichen sind zum Scheitern verurteilt, wenn die Lohnpolitik einen Kurs verfolgt, der mit dem Ziel, einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen, nicht vereinbar ist.

Arbeitsplätze in Unternehmen werden geschaffen, wenn der zu zahlende Lohn erwirtschaftet werden kann und darüber hinaus Aussicht auf Gewinne besteht, die dem Unternehmer einen Anreiz dafür bieten, seine Arbeitskraft einzusetzen und Risiken zu tragen. Ist der Lohn zu hoch, so schwindet dieser Anreiz; zudem finden sich keine Marktbereiche mehr, in denen der Lohn verdient werden kann. Eine Lohnpolitik, die darauf zielt, die im Unternehmen erwirtschafteten Einkommen zugunsten der Arbeitnehmer umzuverteilen, und dabei die Grenzen des verfügbaren Spielraums überschreitet, führt zum Verlust von Arbeitsplätzen. Produktivitätsorientierte Lohnpolitik, wie sie vom Sachverständigenrat vertreten wird, ist darauf angelegt, eine arbeitsplatzgefährdende Umverteilung zu vermeiden. Dies ist hinreichend für die Erhaltung eines einmal erreichten hohen Beschäftigungsstandes, nicht aber, wenn es gilt, sich aus gravierender Arbeitslosigkeit wieder dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes anzunähern. Die Lohnpolitik muß in der jetzigen Situation beharrlich zur Kostenentlastung beitragen, sie muß auch Raum lassen für Unternehmensgewinne. Solange die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich nicht grundlegend ändert, muß akzeptiert werden, daß die Tariflohnsteigerungen hinter dem Produktivitätszuwachs zurückbleiben. Damit wird nicht ausgeschlossen, daß Unternehmen je nach ihrer Ertragslage auch höhere Löhne zahlen. Es wird aber verhindert, daß in Bereichen mit weniger hohen und unsicheren Ertragsaussichten wegen zu hoher Tariflöhne Arbeitsplätze verschwinden oder neue Arbeitsplätze gar nicht erst entstehen.

254. Die Lohnpolitik hat, nachdem zu Beginn der neunziger Jahre der durch den Produktivitätszuwachs gegebene Verteilungsspielraum mehrfach deutlich überschritten worden war, im Jahre 1994 auf die Arbeitsmarktlage Rücksicht genommen und damit nicht unerheblich zu der raschen Erholung aus dem Konjunkturtief heraus beigetragen. Der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung findet unmittelbar Berücksichtigung in Vereinbarungen, die

ein Junktim herstellen zwischen dem Verzicht auf Lohnerhöhungen und der Erhaltung bestehender Arbeitsplätze. Dieser Ansatz greift jedoch viel zu kurz, zumal er nur auf eher kurzfristige und konjunkturell bedingte Schwankungen der Beschäftigung anwendbar ist. In einer durch Strukturwandel gekennzeichneten Wirtschaft kann die Annäherung an einen hohen Beschäftigungsstand nicht primär durch Erhaltung bestehender Arbeitsplätze erreicht werden. Strukturwandel bedeutet, daß ständig Arbeitsplätze entfallen und daß die Beschäftigung nur stabilisiert oder gar verbessert werden kann, wenn in entsprechendem Umfang neue Arbeitsplätze entstehen. Es ist nur sehr begrenzt möglich, in Tarifverträgen ein unmittelbares Junktim zwischen Lohnzurückhaltung und der Schaffung neuer Arbeitspätze herzustellen. Über Einstellung von Arbeitskräften wird in den Unternehmen im Zusammenhang mit Investitionen, aber auch unter Berücksichtigung der laufenden Absatzentwicklung entschieden. Die Höhe von Lohn und Lohnnebenkosten spielt dabei eine wesentliche Rolle.

Die in den Unternehmen verantwortlich Tätigen müssen sich darüber klar sein, daß Lohnzurückhaltung mit der Erwartung verbunden ist, daß zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. In den Unternehmen steht zwar stets die Frage im Vordergrund, auf welchen Marktfeldern kostendeckende Preise erwirtschaftet und Gewinne erzielt werden können. Wenn aber eine moderate Lohnpolitik den Spielraum dafür erweitert, so muß dies Anlaß zu verstärkten Bemühungen sein, neue Marktbereiche zu erschließen und damit zusätzliche Beschäftigung zu ermöglichen. Geschähe dies nicht, so würde dem Konsens, auf dem Lohnzurückhaltung beruht, die Grundlage genommen; dies läge gewiß nicht im Interesse der Unternehmen.

Es ist nicht einfach, den Arbeitnehmern zu vermitteln, daß ihre Realeinkommen stagnieren oder gar sinken sollen, während die Unternehmensgewinne steigen. Man muß aber vor allem auf diejenigen Rücksicht nehmen, die heute arbeitslos sind. Die Einkommen derer, die in Beschäftigung stehen, sind in aller Regel so hoch, daß sie auch bei Stagnation oder leichtem Rückgang noch einen gesicherten Lebensstandard ermöglichen. Wesentlich schlechter gestellt sind diejenigen, die keinen Arbeitsplatz haben, und eben denen soll durch eine zurückhaltende Lohnpolitik geholfen werden. Steigt die Beschäftigung, so steigen auch bei stagnierenden Löhnen die Arbeitnehmereinkommen, aber zugunsten derer, die zunächst durch Arbeitslosigkeit am stärksten benachteiligt waren. Steigende Unternehmergewinne sollten dabei nicht Anlaß zu verstärkten Umverteilungsbestrebungen sein. Hohe Unternehmergewinne sind die beste Voraussetzung für die Entstehung neuer Arbeitsplätze und auf längere Sicht auch für ein Ansteigen der Arbeitnehmereinkommen in der Breite.

Stabiles Preisniveau: Orientierungsprobleme der Geldpolitik

255. Dem Ziel eines stabilen Preisniveaus ist die deutsche Wirtschaft im Jahre 1994 etwas näher gerückt. Nachdem seit 1987 die Preissteigerungsrate, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, zugenommen hatte (im Jahre 1993 für die alten Bundesländer bis auf 4,2 vH), ist für 1994 erstmals wieder ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Der Preisauftrieb war allerdings mit 3 vH in den alten und 3½ vH in den neuen Bundesländern immer noch erheblich, zumal man von der Rezession stärker preisdämpfende Effekte hätte erwarten können. Einen großen Anteil an den Preissteigerungen hatten wie schon in den vorhergehenden Jahren wieder die staatlich administrierten Verbraucherpreise. Hingegen hat die Lohnpolitik seit dem letzten Jahr mit moderaten Tarifabschlüssen wesentlich zum Nachlassen des Kostendrucks und damit zur Mäßigung des Preisauftriebs beigetragen. Die Preisentwicklung in den neuen Bundesländern gleicht sich allmählich der in den alten an; die Übergangsphase, in der die stufenweise Anpassung wichtiger administrierter Preise, insbesondere der Wohnungsmieten und der Tarife öffentlicher Versorgungsbetriebe, sehr hohe, zum Teil zweistellige Teuerungsraten entstehen ließ, dürfte jetzt abgeschlossen sein.

Angesichts der wieder anziehenden Konjunktur ist es keineswegs sicher, daß sich der Preisauftrieb auf mittlere Sicht weiter abschwächt. Ein neuerlicher Anstieg könnte allerdings zum Störfaktor für einen ungebrochenen Aufschwung und das Erreichen eines stetigen Wachstumspfades werden. Er würde Inflationserwartungen verfestigen, Verbraucher und Investoren verunsichern, moderate Tarifabschlüsse erschweren, die Zinsen nach oben treiben und damit die Konsolidierung des Staatshaushalts gefährden.

256. Zentrale Bedeutung für die Erreichung und Sicherung von Preisniveaustabilität hat die Geldpolitik; ihre Aufgabe ist, die Geldversorgung so zu steuern, daß die realwirtschaftliche Entwicklung nicht durch Liquiditätsengpässe behindert wird, daß aber auch kein Spielraum für inflationären Preisauftrieb entsteht. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe hatte sie in den letzten Jahren offensichtlich Orientierungsprobleme.

Die Geldpolitik der Bundesbank orientiert sich grundsätzlich an der Geldmenge als Zwischenziel. Die Regel, daß sich die Entwicklung der Geldmenge nach dem Wachstum des Produktionspotentials zu richten hat, soll eine Überversorgung mit Liquidität, die sich mit gewisser zeitlicher Verzögerung in den Preisen auswirkt, von vornherein verhindern. Mit der Ankündigung eines Geldmengenziels wird anderen wirtschaftspolitischen Akteuren, dem Staat und den Tarifvertragsparteien, signalisiert, daß Preiserhöhungen, die über eine gewisse Grenze hinausgehen, von der Geldpolitik nicht alimentiert werden, daß somit stabilitätswidriges Verhalten monetäre Restriktionen, im schlimmsten Fall eine Stabilisierungsrezession nach sich ziehen wird.

Die Bundesbank hält nach wie vor grundsätzlich an dieser Konzeption fest, hat allerdings seit einiger Zeit große Schwierigkeiten mit der praktischen Realisierung; 1994 ist bereits das dritte in einer Folge von Jahren, in denen das selbstgesetzte Geldmengenziel erheblich verfehlt wurde. Als Begründung führt die Bundesbank „Sonderfaktoren" an, die für die Zielver-

fehlung verantwortlich seien. Zugleich wurden die Leitzinsen seit September 1992 in kleinen Schritten allmählich abgesenkt. Ob und inwieweit diese Politik der Wirtschaftslage angemessen war, ist eher kritisch zu beurteilen (Ziffer 342). Die Geldpolitik ist in eine schwierige Lage geraten, weil nicht mehr klar erkennbar ist, inwieweit die Geldmengenorientierung für sie verbindlich ist. Lockerung der Restriktionen trotz Überschießens der Geldmenge in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren, Begründung dieser Lockerung mit dem Nachlassen des Preisauftriebs, Berufung auf nachträglich benannte „Sonderfaktoren", all dies paßt überhaupt nicht zur Konzeption einer am Potentialwachstum orientierten Geldmengensteuerung. Dies muß zur Verunsicherung führen. Ein ständiger Widerspruch zwischen nach außen propagierter Konzeption und tatsächlich praktizierter Politik kann die in Jahrzehnten aufgebaute Reputation der Bundesbank als Garantin stabilen Geldes auf die Dauer nicht unberührt lassen. Schon im letzten Jahr war es für die Bundesbank nicht einfach, den Eindruck zu vermeiden, daß sie unter politischem Druck stand, das Ziel einer an der Stabilität des Preisniveaus orientierten Geldpolitik zeitweise hinter konjunkturpolitischen Erwägungen zurücktreten zu lassen.

Wenn die Geldpolitik ihren Beitrag dazu leisten soll, den Preisauftrieb wieder zurückzuführen und das Vertrauen in die Stabilität des Geldwertes zu festigen, muß sie zu einer klaren und verläßlichen Orientierungslinie zurückkehren. Dies ist schwerer geworden angesichts der Instabilitäten im monetären Bereich, von denen man noch nicht weiß, wie sie sich in Zukunft entwickeln. Die Bundesbank tut gut daran, an der Geldmengenorientierung festzuhalten. Dieser Weg ist von der Konzeption her nach wie vor erfolgversprechend; allerdings müssen im Vollzug der Politik die vorgegebenen Geldmengenziele auch eingehalten werden. Die aufgestaute Liquidität aus dem überschießenden Geldmengenwachstum der letzten Jahre macht es ohnehin nicht einfach, im Konjunkturaufschwung Preissteigerungen in Grenzen zu halten. Um so dringlicher ist, daß die Geldpolitik ihre Orientierungsprobleme meistert und zu einer klaren Linie zurückfindet.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: Vertrauensbasis erhalten

257. Nach der Wiedervereinigung hat sich eine außenwirtschaftliche Konstellation herausgebildet, die durch Leistungsbilanzdefizite und Kapitalimporte charakterisiert ist. Diese Situation hat sich bislang als stabil und tragfähig erwiesen. Die internationale Kreditwürdigkeit der deutschen Wirtschaft ist ungeschmälert, die Position der deutschen Währung auf den internationalen Märkten unverändert stark.

Doch darf nicht übersehen werden, daß es Risiken gibt. Deutschland ist derzeit auf Kapitalimporte angewiesen. Dies ergibt sich auch daraus, daß der wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschland große Chancen für Investitionen eröffnet. Zum erheblichen Teil resultiert der Kapitalbedarf, zu dessen Deckung die Kapitalimporte beitragen, aber auch aus einer Staatsverschuldung, die nicht nur der Finanzierung von Investitionen dient. Dies ist für eine begrenzte Zeit tragbar, solange das Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte unerschüttert bleibt. Dieses Vertrauen würde Schaden leiden, wenn Inflationserwartungen aufkämen, wenn der Eindruck entstünde, die Haushaltskonsolidierung mißlinge, wenn die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure nachließe und infolgedessen das Defizit der Leistungsbilanz anstiege.

Diesen Risiken gilt es entgegenzuwirken. Das für die Stabilisierung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts unverzichtbare Vertrauen muß erhalten und gefestigt werden. Dem dienen eine zuverlässig auf Konsolidierung zielende Finanzpolitik, eine strikt an Stabilität orientierte Geldpolitik, eine die Grenzen des Verteilungsspielraums respektierende Lohnpolitik, nicht zuletzt aber auch alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf internationalen Märkten verbessern.

III. Rahmenbedingungen für den Wachstumsprozeß: Die besondere Verantwortung des Staates

258. Wirtschaftspolitik ist — das ergibt sich aus der in Deutschland geltenden Verfassungs- und Rechtsordnung — nicht allein die Sache staatlicher Entscheidungsträger; sie ist vielmehr im Zusammenwirken mit autonomen Institutionen, den Tarifvertragsparteien und der Bundesbank, zu gestalten. Zu den Aufgaben des Staates, die eine besondere wirtschaftspolitische Verantwortung begründen, gehört die Gestaltung der Rahmenbedingungen, durch die wirtschaftliche Aktivitäten gefördert oder gehemmt, auf jeden Fall in bestimmte Bahnen gelenkt werden. Der rechtlich-institutionelle Rahmen der Wirtschaft muß auf Kontinuität angelegt sein. Das schließt grundlegende Veränderungen nicht aus; doch bei allen Entscheidungen sind die langfristigen Folgen zu bedenken. Eine führende Rolle fällt hierbei der Regierung zu, doch bedarf es in aller Regel auch der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften. Die Finanzpolitik hat eine Schlüsselposition: Durch Grundsatzentscheidungen über den Staatsanteil am Sozialprodukt, über die Abgabenbelastung der Bürger und über die Struktur der staatlichen Ausgaben wird zugleich der für die wirtschaftliche Tätigkeit von Privaten verbleibende Spielraum bestimmt. Daneben übt der Staat durch gesetzliche Regelungen und institutionelle Bindungen wesentlichen Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen aus. Wichtige Rahmendaten für grenzüberschreitende Aktivitäten werden durch Entscheidungen im Raum der staatlichen Außenpolitik gesetzt.

Der Sachverständigenrat hat stets die Bedeutung der staatlich gesetzten Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum betont und die besondere Verantwortung der staatlichen Wirtschaftspolitik für diesen Bereich hervorgehoben. Er hat in seinen Jahresgutachten immer wieder auf Schwachpunkte im Rahmenwerk der deutschen Wirtschaft hingewiesen und seine Vorstellungen darüber, wo eine grundle-

gende Therapie anzusetzen hätte, zur Diskussion gestellt. Viele Anregungen haben grundsätzliche Zustimmung bei den politisch Verantwortlichen gefunden, manche sind in der einen oder anderen Form aufgegriffen worden, einiges wurde auch praktisch umgesetzt. Besondere Aktualität hat die Frage nach wachstumsfördernden Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Diskussion um die Standortqualität in Deutschland gewonnen. Die Diskussion war durch die Erfahrungen der Rezession ausgelöst worden, in der sich unübersehbar Wettbewerbsschwächen bemerkbar gemacht hatten. Die konjunkturelle Erholung darf nicht dazu verleiten, diese Warnzeichen zu vergessen. Das Problem der Standortqualität ist nach wie vor aktuell. Deutschland verdankt seinen Wohlstand einer herausragenden Position auf internationalen Märkten, die aber stets bedroht ist; deswegen ist es ständig eine Aufgabe von vorrangiger Bedeutung, für gute Investitionsbedingungen zu sorgen. Das galt schon vor der Rezession und gilt auch heute unverändert.

Der Sachverständigenrat verkennt keineswegs, wie schwierig es ist, einen als zweckmäßig und erfolgversprechend erkannten Kurs im politischen Prozeß durchzusetzen. Allerdings wird in der Regel nicht deutlich, ob die Realisierung der von ihm zur Diskussion gestellten Lösungsansätze im Einzelfall an der Ablehnung durch die Bundesregierung oder daran scheitert, daß diese damit rechnet, sich gegen politische Widerstände nicht durchsetzen zu können. Aus den Jahreswirtschaftsberichten ist dies nicht zu erkennen, weil darin durchweg nur zu ausgewählten Einzelpunkten Stellung genommen wird, meist mit der Feststellung, die Bundesregierung fühle sich durch den Sachverständigenrat in ihrer Politik bestätigt. Im Interesse klarer Positionsbestimmungen in der öffentlichen Diskussion wäre es wünschenswert, wenn deutlicher zum Ausdruck käme, in welcher Hinsicht die Bundesregierung nicht mit dem Sachverständigenrat übereinstimmt. Da aber, wo Übereinstimmung über die Notwendigkeit von Reformen und den zu beschreitenden Weg besteht, da sollten auch keine Mühen gescheut werden, der Erkenntnis Taten folgen zu lassen. Gewiß: im politischen Prozeß sind ständig Kompromisse zu schließen, aber es ist besonderer Anstrengungen wert, grundlegende wirtschaftspolitische Weichenstellungen nicht dem Kompromiß zum Opfer fallen zu lassen.

Die Schlüsselrolle der Finanzpolitik

259. Die Finanzpolitik ist im Jahre 1994 mit der Konsolidierung vorangekommen und hat damit wesentlich zur Stabilisierung der Erwartungen von Investoren und Konsumenten beigetragen. Dies war um so dringender, als noch vor Jahresfrist Befürchtungen über ein Scheitern der Konsolidierung und ein Ausufern der Steuerbelastung verbreitet waren und nicht unerheblich zur Verunsicherung beitrugen. Aber nach wie vor steht die Finanzpolitik vor schwierigen Aufgaben. Die quantitative Konsolidierung ist weiterzuführen, zugleich aber auch in qualitativer Hinsicht in die richtige Richtung zu lenken. Bisher wurde das Defizit vor allem durch erhöhte Einnahmen reduziert; damit blieb die Staatsquote hoch, und die Abgabenbelastung wurde nach oben getrieben. Vordringliche Aufgabe für jetzt und die nächsten Jahre ist es, die Staatsquote zu reduzieren und dadurch Raum für einen Abbau der Abgabenlast zu gewinnen. Im Rahmen einer vorausschauenden Finanzplanung müssen für die Rückführung der Staatsausgaben klare und verbindliche Prioritäten gesetzt werden. Damit kann auch vermieden werden, daß in erster Linie bei den Staatsausgaben gekürzt wird, die am meisten der Zukunftssicherung dienen, bei den Investitionen in die Infrastruktur, bei der Grundlagenforschung und im Bildungswesen.

260. Die Steuerbelastung muß vor allem da reduziert werden, wo sie demotivierend auf den Leistungswillen, auf Innovationen und auf Investitionen wirkt. Dies betrifft in erster Linie die Unternehmensbesteuerung. Der Sachverständigenrat hat bereits mehrfach seine Vorstellungen für eine an klaren Prinzipien ausgerichtete Unternehmenssteuerreform dargelegt (zuletzt ausführlich in JG 89 Ziffern 330ff.). Dies hat grundsätzlich die Zustimmung der Bundesregierung gefunden (zuletzt im Jahreswirtschaftsbericht 1994 Ziffern 30f.). Mit dem Standortsicherungsgesetz ist ein erster Schritt zur Entlastung der Unternehmen getan worden, allerdings mit erheblichen systematischen Mängeln (JG 93 Ziffer 305). Der Solidaritätszuschlag, der ab dem 1. Januar 1995 wieder erhoben wird, dürfte zudem die Entlastung weitgehend zurücknehmen. Anzustreben ist eine Unternehmenssteuerreform, die vor allem ertragsunabhängige Steuern (Vermögensteuer, Gewerbekapitalsteuer) beseitigt und im übrigen die Steuerlast reduziert, ohne nach Rechtsform, Finanzierungsweise und Gewinnverwendung zu diskriminieren. Diese Reform könnte in mehreren Schritten erreicht werden, für die ein Zeitplan festzulegen wäre. Dabei müßte zugleich der Wegfall des Solidaritätszuschlags in Aussicht gestellt werden (Ziffern 304ff.).

261. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. September 1992 begründet die Notwendigkeit, eine Inkonsistenz zwischen dem Transfersystem der Sozialpolitik und dem System der Einkommensbesteuerung zu beseitigen, die darin gesehen wird, daß der Grundfreibetrag der Einkommensteuer unter dem für die Sozialhilfe als maßgeblich definierten Existenzminimum liegt. Die Anpassung des Steuerrechts an die Erfordernisse des Urteils bringt wegen der damit verbundenen Erhöhung des Grundfreibetrags erhebliche Belastungen, für die im Haushalt ein Ausgleich gefunden werden muß. Es besteht die Gefahr, daß der Ausweg in einer Tarifänderung gesucht wird, die die Grenzbelastung der Einkommen erhöht und damit erneut Leistungsanreize reduziert. Das ist mit dem Ziel, die Besteuerung wachstumsfreundlicher zu gestalten, nicht vereinbar. Weniger bedenklich wäre es, den Ausgleich für den Einnahmenausfall durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu erreichen. Das wäre auch konsequent im Sinne des Urteils: Das Existenzminimum würde generell von der Besteuerung freigestellt, dafür würden Einkommensbestandteile, die bisher nicht besteuert werden, in die Bemessungsgrundlage einbezogen (Ziffern 308ff.). Ein mehr ins Grundsätzliche gehender Aspekt des Urteils ist, daß es zum Anlaß

genommen werden sollte, ganz generell sozialpolitische Transfers und Einkommensbesteuerung besser aufeinander abzustimmen, Ungereimtheiten und Fehlanreize zu beseitigen.

262. Ob es gelingt, bei der Reduzierung von Ausgaben die richtigen Prioritäten durchzusetzen, wird sich vor allem daran erweisen, ob die Subventionen deutlich zurückgeführt werden. Subventionen hemmen wirtschaftliches Wachstum, nicht nur, weil sie den Staatshaushalt belasten, sondern vor allem auch, weil sie den von den Märkten her erforderlichen Strukturwandel behindern. Viele Subventionen lassen sich nicht von heute auf morgen abschaffen; es bedarf zu ihrer Reduzierung einer mittelfristig angelegten Strategie mit einem verbindlichen Zeitplan. Der Sachverständigenrat hat sich schon mehrfach damit befaßt, wie eine derartige Strategie aussehen könnte (JG 90 Ziffern 362ff., JG 92 Ziffer 345). Der Hinweis auf die Dringlichkeit des Abbaus von Subventionen hat immer nur Zustimmung gefunden; die bisher erzielten Ergebnisse bleiben aber weit hinter dem zurück, was geboten wäre. Soweit es überhaupt einen Subventionsabbau gegeben hat, betraf er die Steuervergünstigungen; Finanzhilfen blieben hingegen unangetastet. Der Sachverständigenrat erinnert mit Nachdruck an die von ihm in früheren Jahren unterbreiteten und von der Bundesregierung ohne Widerspruch zur Kenntnis genommenen Vorschläge.

263. Die Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland weist grundlegende Mängel auf. Der Sachverständigenrat hat darauf wiederholt hingewiesen (ausführlich in JG 90 Ziffern 445ff.); im Zusammenhang mit der Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich hat er ein Modell zur Neugestaltung des Ausgleichssystems entwickelt und vorgestellt (JG 92 Ziffern 363ff.). Die Bundesregierung hat dazu nicht Stellung genommen, den Vorstellungen des Sachverständigenrates aber auch nicht widersprochen. Die im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms getroffene Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen entspricht nicht den vom Sachverständigenrat formulierten Anforderungen. Das mag damit zu erklären sein, daß der Bund — nach monatelangen Diskussionen um den Abschluß eines Solidarpakts — unter Einigungszwang stand und den Vorstellungen der Länder weitgehend entgegengekommen ist. Dabei mußte er sogar eine für ihn langfristig ungünstige Lösung akzeptieren. Bei dem jetzt gefundenen Kompromiß werden nämlich Verbesserungen in der finanziellen Lage der neuen Bundesländer die Zahlungen im Länderfinanzausgleich mindern und damit zunächst allein zugunsten der alten Bundesländer gehen, während der Bund, der im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms die größten Belastungen übernommen hat, nur darauf hoffen kann, daß die Bundesländer bereit sein werden, ihn über eine Veränderung des Verteilungsverhältnisses beim Umsatzsteueraufkommen an diesen Entlastungen partipizieren zu lassen. Die Chancen dafür stehen schlecht.

Gerade dieses Beispiel zeigt, daß es unerläßlich ist, grundlegende Aufgaben, wie die Neuregelung der Finanzverfassung, nur in einer langfristig angelegten Strategie in Angriff zu nehmen. Kommt dagegen eine Umgestaltung unter dem Druck einer Zwangslage zustande, so kann nicht mehr dabei herauskommen als eine in vieler Hinsicht unzulängliche Kompromißlösung, die erfahrungsgemäß dann auch nur kurzfristig Bestand hat.

Systeme der sozialen Sicherung effizient gestalten

264. Im Bereich der sozialen Sicherung steht die Politik vor der Aufgabe, die aus den beitragsfinanzierten Systemen (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung) resultierende Abgabenbelastung in Grenzen zu halten, zugleich aber zu gewährleisten, daß sie ihre Funktion der Absicherung gegen bestimmte Risiken und in bestimmten Lebenslagen effizient erfüllen. Dies bedeutet nicht, daß das Niveau der bisher erbrachten Leistungen an keiner Stelle reduziert werden darf. Vielmehr ist abzuwägen zwischen dem Nutzen der Leistungen und den Kosten, die sich in den Beiträgen niederschlagen. Dabei ist das Subsidiaritätsprinzip zu beachten: Bei dem heute in Deutschland erreichten Wohlstandsniveau kann vieles der eigenen Vorsorge der Versicherten überlassen werden; die sozialen Sicherungssysteme müssen auf den Bereich beschränkt bleiben, in dem Eigenvorsorge nicht ausreicht. Nüchterne Abwägung wird im politischen Raum äußerst erschwert, weil jede Überlegung, die sich auf die Reduzierung von Sozialversicherungsleistungen bezieht, sofort als „Sozialabbau" abqualifiziert wird. Die öffentliche Diskussion könnte versachlicht werden, wenn bei politischen Auseinandersetzungen und in den Medien immer deutlich gesagt würde, daß zwischen dem Umfang der Leistungen und der Höhe der Beiträge ein direkter Zusammenhang besteht. Vor allem müssen sich auch die Arbeitnehmer darüber klar sein, daß sie selbst durch die Beiträge belastet sind, und zwar auch durch den Arbeitgeberanteil, der entweder den Spielraum für den Lohn einengt oder, falls diese Einengung nicht beachtet wird, über die Lohnnebenkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit letztlich Arbeitsplätze gefährdet. Wird dieser Zusammenhang beachtet, dann läßt sich auch sachlich erörtern, ob es im Interesse der Arbeitnehmer liegt, die Leistungen und zugleich die Beiträge zu reduzieren.

265. Der Sachverständigenrat hat über viele Jahre die Notwendigkeit einer langfristigen Neuorientierung in der Gesetzlichen Rentenversicherung betont (zuletzt JG 88 Ziffern 361ff.). Er hat davor gewarnt, angesichts absehbarer demographischer Entwicklungen mit einem zu kurzen Zeithorizont zu planen, und dafür plädiert, mehr Raum für private Vorsorge zu lassen, durch Abbau versicherungsfremder Leistungen mehr Beitragsäquivalenz herzustellen, auf längere Sicht auch auf eine Ausdehnung der Lebensarbeitszeit zu setzen. Das Rentenreformgesetz 1992 hat dem teilweise Rechnung getragen, an der grundsätzlichen Problematik hat sich jedoch nichts geändert: Man muß davon ausgehen, daß sich in Zukunft infolge der demographischen Entwicklung das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern ständig verschlechtert. Es ist zu riskant, allein darauf zu setzen, daß die Lage durch Zuwanderung und

durch eine höhere Erwerbsbeteiligung erleichtert wird. Wenn mit den Beitragssätzen Grenzen der Belastbarkeit erreicht werden, können die Renten im bisherigen Umfang nicht mehr finanziert werden.

Damit braucht allerdings erst auf sehr lange Sicht gerechnet zu werden. Es bedarf aber auch langer Fristen für eine grundlegende Umstellung des Systems. Heute finanzieren die aktiven Arbeitnehmer mit ihren Beiträgen die Renten der bereits in den Ruhestand getretenen; sie erwarten verständlicherweise, daß sie im Alter Leistungen gleichen Umfangs erhalten werden und würden sich getäuscht fühlen, wenn man sie für ihre eigene Zukunft in verstärktem Maße auf Eigenvorsorge verwiese. Nur in einem langfristigen Anpassungsprozeß kann das System so umgestaltet werden, daß private Vorsorge mehr an Raum gewinnt, daß es aber auch für keinen der Betroffenen eine krasse Diskrepanz zwischen geleisteten Beiträgen und Rentenanspruch gibt. Die heute noch bestehende Chance, sich auf den langfristig zu erwartenden Wandel einzustellen, muß genutzt werden. Die Politik muß handeln, ehe der Problemdruck so stark wird, daß nur noch Notlösungen mit erheblichen Härten in Frage kommen.

266. Auf Fehlentwicklungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung hat der Sachverständigenrat zuletzt 1992 hingewiesen. Er hat auf Steuerungsmängel aufmerksam gemacht, mögliche Ansatzpunkte für eine Reform aufgezeigt und betont, daß eine Politik der administrativen Ausgabenbegrenzung der Problemlage nicht angemessen ist (JG 92 Ziffern 377 ff.). Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme dazu zeitlich befristete Maßnahmen der Ausgabenbegrenzung für notwendig erklärt, zugleich aber dem Sachverständigenrat darin zugestimmt, daß weitere Veränderungen grundlegender Form für die Anreizwirkungen des Systems folgen müssen (Jahreswirtschaftsbericht 1993 Ziffer 49). Inzwischen zeigt sich, daß die im Gesundheitsstrukturgesetz 1993 vorgesehenen Maßnahmen zur Kostendämpfung bereits an die Grenzen ihrer Wirksamkeit stoßen. Die anscheinend auch von der Bundesregierung angestrebte grundlegende Reform ist heute dringlicher denn je.

267. Mit der Einführung der Gesetzlichen Pflegeversicherung ist die Chance vertan worden, in diesem Bereich ganz neue Wege zu gehen und Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Auf Mängel des jetzt eingeführten Systems und auf sinnvolle Alternativen hat der Sachverständigenrat mehrfach hingewiesen (JG 91 Ziffern 357 ff., SG 94, Anhang IV.). Mit welchen Folgen zu rechnen ist, kann man heute aus der Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Gesetzlichen Rentenversicherung ablesen. Wie in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird man bald auf administrative Aktionen zur Dämpfung der Ausgaben angewiesen sein, die großen politischen Einsatz erfordern und trotzdem nur begrenzten Erfolg haben. Wie in der Gesetzlichen Rentenversicherung werden Beitragserhöhungen allein aufgrund demographischer Entwicklungen notwendig werden; im übrigen gilt auch hier, daß grundlegende Änderungen nur sehr schwer zu bewerkstelligen sind, weil die Leistungen für die ältere Generation immer wieder durch Beiträge nachwachsender Generationen finanziert werden müssen.

268. Ähnliche Probleme wie bei der Gestaltung der sozialen Sicherung ergeben sich auch für die staatliche Wohnungspolitik. Auch hier wird eine abwägende Diskussion außerordentlich erschwert, weil mit dem im politischen Raum erhobenen Vorwurf des „Sozialabbaus" Lösungen, die auf Mobilisierung der Marktkräfte setzen, von vornherein diffamiert werden. Der Sachverständigenrat hat sich im Jahresgutachten 1989/90 ausführlich mit der Wohnungspolitik befaßt (Ziffern 372 ff.). Er hat insbesondere betont, daß einer Wohnungsknappheit in erster Linie durch private Investitionen abzuhelfen sei und daß eine kräftige Zunahme dieser Investitionen von einer Verbesserung der Renditeerwartungen für Bauherren und Vermieter abhänge. Er hat zudem nachdrücklich auf die grundlegenden Mängel des sozialen Mietwohnungsbaus herkömmlicher Art hingewiesen, vor allem auch auf die äußerst geringe soziale Treffsicherheit, und die Vorzüge des Wohngeldes als Instrument sozialer Flankierung hervorgehoben. Die Stellungnahme der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1990 (Ziffern 64 ff.) erweckt den Eindruck, sie teile im wesentlichen die Auffassung des Sachverständigenrates; zugleich wird aber hervorgehoben, das Fördervolumen des Bundes für den Sozialen Wohnungsbau sei aufgestockt worden. Zunächst mit dem Wohnungsbauänderungsgesetz 1988 und verstärkt mit dem Wohnungsbauförderungsgesetz 1994 hat der Bund die Möglichkeit eröffnet, im Sozialen Wohnungsbau von der Objektförderung abzugehen; allerdings ist offen, inwieweit die Länder davon Gebrauch machen (Ziffer 65). Die Bundesregierung hat schon im Herbst 1992 eine „Expertenkommission Wohnungspolitik" eingesetzt, vermutlich doch mit dem Ziel, zu einer widerspruchsfreien, sozial tragfähigen und ökonomisch sinnvollen Konzeption für die Wohnungspolitik zu finden. Dazu bedarf es einer kritischen und unvoreingenommenen Auseinandersetzung mit dem jetzt vorliegenden Kommissionsbericht. Erste Reaktionen aus dem politischen Raum lassen allerdings Zweifel daran aufkommen, daß die Bereitschaft dazu überall vorhanden ist. Der Sachverständigenrat sieht sich veranlaßt, die Verantwortung der politischen Führung für eine zukunftsorientierte, den ökonomischen Zusammenhängen Rechnung tragende und soziale Ziele in durchdachter Weise einbeziehende Wohnungspolitik nachdrücklich zu betonen.

Arbeitsmarkt: Gestaltung des institutionellen Rahmens

269. Die Arbeitslosigkeit abzubauen, das wird auf lange Zeit ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik bleiben. Es bedarf hierbei einer Doppelstrategie: Zum einen müssen die Wachstumskräfte gestärkt und Funktionsstörungen des Arbeitsmarktes beseitigt, zum anderen müssen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zugunsten von Problemgruppen ergriffen werden, um Auswege aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu eröffnen (Ziffern 452 ff.). Diese Doppelstrategie erfordert die Mitwirkung der staatlichen Wirtschaftspolitik

ebenso wie die der Tarifvertragsparteien. Die Gestaltung der langfristig wirksamen institutionellen Rahmenbedingungen obliegt in diesem Zusammenhang dem Staat. Dabei geht es generell darum, günstige Bedingungen für den Wachstumsprozeß zu schaffen, speziell auf den Arbeitsmarkt bezogen, um rechtliche Regelungen, von denen die Funktionsweise dieses Marktes, vor allem seine Fähigkeit, Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage in Einklang zu bringen, abhängt.

Das Arbeitsrecht ist in starkem Maße durch den Gedanken geprägt, daß der Arbeitnehmer im bestehenden Arbeitsverhältnis des Schutzes bedarf. Dabei tritt in den Hintergrund, daß dieser Bestandsschutz auf das Einstellungsverhalten von Arbeitgebern zurückwirkt: Der Arbeitsplatzbesitzer wird geschützt, zugleich wird die Lage des Arbeitsuchenden erschwert. Der Kündigungsschutz, an sich ökonomisch sinnvoll begründet, wird bei überzogener Handhabung durch die Rechtsprechung zum schwerwiegenden Einstellungshemmnis. Ein erster Ansatz, das Arbeitsrecht beschäftigungsfreundlicher zu gestalten, liegt in der Zulassung befristeter Arbeitsverträge; durch das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 wurden die Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverträgen bis zum Jahre 2000 verlängert. Weit mehr noch würde die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes verbessert, wenn es gelänge, ein Arbeitsgesetzbuch zu schaffen, das mehr Klarheit bringt und nicht einseitig am Schutz bestehender Arbeitsverhältnisse orientiert ist.

Den Kurs der Privatisierung und Deregulierung mit Nachdruck fortsetzen

270. Auf dem Weg zur Privatisierung und zum Abbau marktwidriger Regulierungen sind Fortschritte erzielt worden. Positive Beispiele sind die Strukturreform im Eisenbahnwesen und die Privatisierung der Lufthansa. Generell ist zu beobachten, daß die Bereitschaft, über die Privatisierung bislang dem öffentlichen Bereich vorbehaltener Aufgaben nachzudenken, deutlich gewachsen ist, vor allem auch im kommunalen Bereich. Die Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren wird heute als dringliche Aufgabe erkannt. Die Bundesregierung hat eine Unabhängige Expertenkommission eingesetzt, die im November einen Bericht mit detaillierten Vorschlägen vorlegen wird. Daraus die Konsequenzen zu ziehen, liegt dann in der Verantwortung der Bundesregierung. Auf das noch immer bestehende beträchtliche Deregulierungspotential hat der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1993/94 hingewiesen (Ziffer 398). Wir werben nochmals nachdrücklich dafür, dieses Potential zu nutzen; auch hierzu hat sich die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1994 (Ziffer 59) grundsätzlich positiv geäußert.

271. Wie schwierig es ist, beim Abbau marktwidriger Regulierungen voranzukommen, welche Widerstände zu überwinden sind und wie Kompromisse oft nur mit erheblichen Mängeln zustande kommen, wird an zwei aktuellen Beispielen deutlich.

Das erste Beispiel ist die Privatisierung des Fernmeldewesens (JG 93 Ziffern 408ff.). Aufgrund der Zweiten Postreform, mit entsprechender Grundgesetzänderung, werden die drei Unternehmen der Post in Aktiengesellschaften umgewandelt. Der konsequenten Privatisierung steht aber entgegen, daß die drei Unternehmen einer bundeseigenen Holding in der Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts unterstellt werden, die nicht nur die Kapitalanteile des Bundes verwalten soll, sondern in unternehmerische Entscheidungen eingreifen kann. Bei der Telekom AG hat der Bund offen gelassen, wie lange er Mehrheitseigner bleiben wird; das schmälert die Attraktivität für private Kapitalanleger. Die Sicherung der Infrastruktur in der Telekommunikation ist im Grundgesetz als Staatsaufgabe festgeschrieben worden. Von einem dem Bundesminister für Post und Telekommunikation zur Seite gestellten Regulierungsrat, in dem neben Mitgliedern des Deutschen Bundestages auch die Länder mitwirken, ist bei allen wichtigen Grundsatzentscheidungen Zustimmung einzuholen. Der Telekom AG werden kraft Gesetz das Telefondienstmonopol und das Netzmonopol übertragen, Monopolrechte, die bisher der Bund innehatte. Somit bleibt es zweifelhaft, ob bald eine umfassende Öffnung des Marktes für Telekommunikationsdienste möglich sein wird, zumal die Bundesregierung bei den Bemühungen in der Europäischen Union, den Binnenmarkt auch in diesem Bereich zu vollenden, keineswegs eine Vorreiterrolle spielt (Ziffer 380). Die Aufhebung der Monopolrechte und die klare Regelung des Marktzugangs für potentielle Wettbewerber bleiben in der neuen Legislaturperiode dringende Aufgaben.

Das zweite Beispiel ist die vom Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1993/94 (Ziffern 399ff.) befürwortete und im Jahreswirtschaftsbericht 1994 (Ziffer 107) auch von der Bundesregierung für notwendig erklärte Marktöffnung im Bereich der Stromwirtschaft. Hier geht es darum, den Wettbewerb zwischen Stromanbietern zu ermöglichen, der bisher durch ein System geschlossener Versorgungs- und Liefergebiete weitgehend ausgeschlossen ist. Dies entspräche den Bemühungen im Rahmen der Europäischen Union, den Binnenmarkt auch für den Bereich der Energiewirtschaft zu vollenden (Ziffer 393). Die Bundesregierung hat bisher trotz ihrer erklärten Absicht gegen die gebündelten Interessen von Unternehmen und Gemeinden noch keine Fortschritte erzielen können.

Eine Politik der Deregulierung und Privatisierung hat immer mit hartnäckigem Widerstand von Interessenten zu rechnen. Eine auf Wettbewerb und Wachstumsdynamik setzende Wirtschaftspolitik darf vor diesem Druck nicht zurückweichen; sonst steht ihre Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

Die wirtschaftliche Integration Europas im Rahmen einer liberalen Welthandelsordnung

272. Die deutsche Politik kann und muß maßgeblich dazu beitragen, daß die wirtschaftliche Integration Europas nicht ins Stocken kommt oder gar Rückschläge erleidet. Sie muß energisch dahin wirken, daß die Europäische Union sich ohne Vorbehalte dem Welthandel öffnet. Zugleich sollte sie allen Bestrebun-

gen, in der Europäischen Union eine in das Marktgeschehen eingreifende und damit unweigerlich auch den freien Welthandel einschränkende Industriepolitik zu etablieren, mit Nachdruck entgegentreten. In diesem Sinne hat sich der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1992/93 (Ziffern 443ff.) geäußert; dies hat die Zustimmung der Bundesregierung gefunden (Jahreswirtschaftsbericht 1993 Ziffern 125f.).

Eine vordringliche Aufgabe ist heute die Reform der europäischen Agrarpolitik. Das System der Einkommenssicherung durch Preisstützung führt nicht nur zu ökonomischer Ineffizienz und schwerwiegender Benachteiligung von Drittländern, darunter vieler Entwicklungsländer. Es ist auch nicht mehr finanzierbar. Die Reformbeschlüsse vom Sommer 1992 haben nur erste und in vieler Hinsicht unbefriedigende Schritte zu einer grundsätzlichen Umgestaltung gebracht. Der Weg zur Marktöffnung und zum Abbau marktwidriger Subventionen muß mit weit größerer Konsequenz als bisher fortgesetzt werden (Ziffern 396ff.).

Vor neue Probleme wird die Europäische Union bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas gestellt. Eine Aufnahme der danach strebenden Staaten in die Europäische Union wird noch beträchtliche Zeit erfordern; jedenfalls wird es so lange dauern, daß es bis zu einer endgültigen Lösung nicht bei dem derzeitigen, in vieler Hinsicht unbefriedigenden Zustand bleiben kann. Deswegen sind heute die Beziehungen zu den aufnahmewilligen ebenso wie zu den übrigen Staaten so zu gestalten, daß ihnen in einem ersten Schritt zumindest der Zugang zu den Gütermärkten der Europäischen Union eröffnet wird (Ziffern 382ff.).

Das im Maastrichter Vertrag festgelegte Ziel der Errichtung einer Europäischen Währungsunion sollte im Einklang mit den beschlossenen Prinzipien weiter verfolgt werden, jedoch ohne Zeitdruck entstehen zu lassen, aus dem Fehlentwicklungen erwachsen könnten. Unerläßlich ist vor allem, daß ohne Abstriche an den Konvergenzkriterien festgehalten wird, die als Voraussetzung für die Verwirklichung der Währungsunion verbindlich festgelegt worden sind (Ziffern 356f.).

273. Mit dem Abschluß der Uruguay-Runde ist die Basis für eine weitere konsequente Liberalisierung der weltwirtschaftlichen Ordnung geschaffen worden. Ob auf dieser Grundlage weitere Fortschritte in Richtung auf eine unbehinderte weltwirtschaftliche Arbeitsteilung erzielt werden können, hängt davon ab, wie der Vertrag interpretiert und praktisch umgesetzt wird. Die deutsche Politik kann, vor allem indem sie ihren Einfluß in der Europäischen Union zur Geltung bringt, maßgeblich dazu beitragen, daß die immer noch bestehende Gefahr der Herausbildung regionaler Blöcke, die sich abschotten und gegenseitig mit Instrumenten einer aggressiven Handelspolitik bekämpfen, gebannt wird. Viel wäre gewonnen, wenn die Europäische Union definitiv darauf verzichtete, von den nach dem GATT-Vertrag immer noch bestehenden Möglichkeiten der Diskriminierung und der gezielten Handelsbeschränkung Gebrauch zu machen, wenn sie darüber hinaus die Liberalisierung auch auf den Gebieten voranbrächte, für die in der Uruguay-Runde noch keine befriedigenden Lösungen erzielt worden sind. Sie könnte durch einseitige Schritte eine Vorreiterrolle einnehmen (Ziffern 404ff.).

Ernste Bedenken bestehen gegenüber Bestrebungen, über die Handelspolitik Druck auf einzelne Länder auszuüben und sie zur Beachtung bestimmter Normen im sozialen Bereich und in der Umweltpolitik zu veranlassen. Abgesehen davon, daß damit ein bequemer Vorwand für möglicherweise ganz anders motivierte Handelsrestriktionen geliefert wird, ist nicht zu rechtfertigen, daß man anderen Ländern unsere sozialen und umweltpolitischen Standards aufzwingt, die sie sich aufgrund ihres Entwicklungsstandes nicht leisten können oder wollen. Auch wo es um die Lösung globaler Umweltprobleme geht, ist handelspolitischer Druck nicht das geeignete Mittel, die in diesem Bereich notwendige Kooperation zustande zu bringen (Ziffern 408ff.). Bei diesen Fragen sollte der deutsche Einfluß in der Europäischen Union ins Gewicht fallen.

274. Grenzüberschreitende und globale Umweltprobleme beanspruchen in zunehmendem Maße öffentliche Aufmerksamkeit; sie stellen eine Herausforderung der internationalen Politik dar. Einen besonderen Schwerpunkt bildet heute die Reduzierung der als Gefährdung des Weltklimas angesehenen CO_2-Emissionen. Als Instrument für eine Reduzierung dieser Emissionen steht in der Europäischen Union eine CO_2-/Energiesteuer zur Diskussion. In Deutschland wird diese Steuer als wichtiges Element einer umfassenden ökologischen Steuerreform vorgeschlagen.

Der Sachverständigenrat steht dem Gedanken, über Steuern oder ähnliche Lösungen, zum Beispiel mit Zertifikaten, ökonomische Anreize zur Schadstoffvermeidung zu schaffen, positiv gegenüber. Die Steuer muß aber dem Ziel des Umweltschutzes adäquat gestaltet werden: Sie muß nach der Schadstoffemission bemessen werden; das Ziel, die Einnahmen zu erhöhen, darf nicht im Vordergrund stehen. Die Folgen für Kosten und Wettbewerbsfähigkeit sind zu bedenken, ebenso mögliche Auswirkungen auf den Strukturwandel.

Mit der CO_2-/Energiesteuer ist ein besonders schwieriger Anwendungsbereich für die Erhebung einer ökologischen Steuer ausgesucht worden. Die Probleme liegen darin, daß es sich um ein globales Umweltproblem handelt, dessen Lösung nur durch internationale Kooperation zu erreichen ist, weiter auch darin, daß die CO_2-/Energiesteuer als Teil einer umfassenden energiepolitischen Konzeption gesehen werden muß. Das Projekt erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht ausgereift, sollte aber weiter verfolgt werden (Ziffern 322ff.). Das Prinzip, verschwenderischem, ökonomisch ineffizientem Umgang mit knappen Umweltgütern dadurch zu begegnen, daß die Nutzung dieser Güter mit Preisen belegt wird, sollte über diesen speziellen und schwierigen Fall hinaus in der Umweltpolitik verstärkt beachtet werden; dafür wirbt der Sachverständigenrat schon seit langem (JG 89 Ziffern 278ff., JG 93 Ziffern 422ff.).

275. Eine Politik, die sich auf Stärkung der Marktkräfte richtet und dadurch auf lange Sicht Bedingungen für stetiges und angemessenes Wachstum schafft, ist in der Öffentlichkeit nicht einfach zu vertreten. Unmittelbar deutlich werden die kurzfristigen Nachteile für einzelne Gruppen; dies kann im Entscheidungsprozeß viel wirksamer zur Geltung gebracht werden als die Aussicht auf einen langfristigen allgemeinen Wohlstandsgewinn. Es genügt nicht, daß die Bundesregierung einen Kurs als richtig erkennt, sie muß ihn auch gegen vielfältige Widerstände durchsetzen können. Die gestaltenden Entscheidungen, um die es hier geht, bedürfen fast ausnahmslos der Mitwirkung der Legislative, zum großen Teil nicht nur des Bundestages, in dem bei schwachen Mehrheitsverhältnissen Partikularinteressen besonderes Gewicht gewinnen, sondern auch des Bundesrates, in dem sich bei der gegenwärtigen Konstellation leicht eine parteipolitische Konfrontation mit der Bundesregierung herausbilden kann. Für die deutsche Wirtschaft wäre es fatal, wenn dies auf einen wirtschaftspolitischen Kurs des Minimalkonsenses hinausliefe. Mit allem Nachdruck muß deshalb betont werden: Versäumnisse bei der zukunftsorientierten Gestaltung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum in Deutschland werden sich schon bald auswirken: in einer Einbuße an Wettbewerbsfähigkeit und an wirtschaftlicher Dynamik, in einem bei hoher Arbeitslosigkeit stagnierenden Arbeitsmarkt. Alle am politischen Entscheidungsprozeß Beteiligten, die Bundesregierung in erster Linie, aber nicht nur sie allein, tragen dafür ein hohes Maß an Verantwortung.

IV. Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer: Den Weg zur Normalität finden

276. Vier Jahre nach der deutschen Vereinigung ist unverkennbar, daß die gemeinsamen Anstrengungen um den Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur in den jungen Bundesländern zu bemerkenswerten ersten Erfolgen führen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt mit beachtlichen Zuwachsraten, auch die industrielle Produktion nimmt nach dem tiefen Einbruch der ersten Jahre in breitem Maße wieder zu, die Dynamik der Investitionen ist nach einer nur geringen Abschwächung infolge der Rezession in Westdeutschland ungebrochen, und selbst am Arbeitsmarkt, der die größten Sorgen bereitet, ist eine Wende zum Besseren wahrnehmbar. Zwar fällt es vielen Unternehmen aus den jungen Bundesländern immer noch schwer, sich im überregionalen Wettbewerb zu behaupten, und auch die Ertragslage ist bei vielen noch unbefriedigend; doch wächst bei der Mehrzahl von ihnen die Zuversicht, die Marktposition bald festigen und die Gewinnschwelle überschreiten zu können. Die verfügbaren Einkommen sind noch weitaus rascher angestiegen als die Produktion, der mit der Anpassung verbundene Preisauftrieb hat sich zurückgebildet und liegt nicht mehr wesentlich über dem in den alten Bundesländern.

Dies alles ist erfreulich, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nach wie vor gravierende Probleme gibt, zu deren Lösung es noch großer Mühe und längerer Zeit bedarf. Es sind insbesondere zwei Problembereiche, die immer noch ernste Sorge bereiten: Zum einen ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor erschreckend hoch, zumal wenn man die durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verdeckte Arbeitslosigkeit einbezieht. Zum anderen ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Jahre 1994 (nominal gerechnet) immer noch um fast zwei Drittel größer als die gesamtwirtschaftliche Produktion; die Lücke wird teils durch private Kapitalzuflüsse, teils durch Transfers an öffentliche und private Haushalte geschlossen.

277. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich zwar in jüngster Zeit leicht gebessert; dies ist aber nicht mehr als ein Silberstreif am Horizont. Die Hoffnung, daß diese Tendenz sich fortsetzt und bald verstärkt, ist zwar begründet. Dennoch ist der Weg bis zum Erreichen eines auch nur einigermaßen akzeptablen Beschäftigungsstandes noch lang. Um Arbeitsplätze zu schaffen, auf denen die im internationalen Vergleich hohen Lohnkosten erwirtschaftet werden können, bedarf es nicht nur hoher Investitionen, sondern auch der Erschließung von Produktfeldern, auf denen das in Ostdeutschland vorhandene Humankapital Wettbewerbsvorteile möglich macht. Eine Schwäche des ostdeutschen Arbeitsmarkts, die Anlaß zu Besorgnis gibt, ist der Mangel an Ausbildungsstellen in den Unternehmen und Verwaltungen. Zwar ist es bisher stets gelungen, die Nachfrage nach Ausbildungsstellen zu decken, dies jedoch nur, weil den ausbildenden Betrieben in erheblichem Umfang finanzielle Hilfen gewährt wurden und staatlich finanzierte überbetriebliche Ausbildungsstätten zur Verfügung standen. Dies darf nicht zum Dauerzustand werden; die Unternehmen und Verwaltungen in den neuen Bundesländern dürfen sich nicht der Einsicht verschließen, daß es ihre eigene Aufgabe ist, im Rahmen des Dualen Systems die künftig von ihnen benötigten qualifizierten Arbeitskräfte auszubilden.

278. In der Differenz zwischen gesamtwirtschaftlicher Produktion (Bruttoinlandsprodukt) und Nachfrage (Letzte inländische Verwendung) kommt zum Ausdruck, wie groß die Lücke ist, die im wesentlichen durch private Kapitalzuflüsse und durch Transfers geschlossen werden muß. Daß in dem rasch fortschreitenden Aufbauprozeß erhebliche Kapitalbeträge zuströmen, ist positiv zu beurteilen. Privates Kapital fließt in Form von Direktinvestitionen und Krediten in die neuen Bundesländer; die Kapitalanleger versprechen sich eine Rendite davon, daß es im Erneuerungsprozeß eingesetzt wird. Auch die öffentlichen Mittel, die aus den Haushalten des Bundes, der westdeutschen Länder und der Europäischen Union in die neuen Bundesländer geleitet werden, haben zum Teil den Charakter von Kapitalzuflüssen, soweit sie nämlich der Finanzierung von Investitionen dienen; das gleiche gilt für Kredite, insbesondere aus dem ERP-Sondervermögen und dem Lastenausgleichsfonds. Transfers dienen nicht nur der Finanzierung von Investitionen, sondern zu einem erheblichen Teil auch der des Verbrauchs (einschließlich des Staatsverbrauchs). Hierzu gehören die Zahlungen über die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Den Charakter von konsumtiv verwendeten

Transfers haben auch Zahlungen an Unternehmen, die zur Abdeckung laufender Defizite dienen; solche Zahlungen sind in erheblichem Umfang von der Treuhandanstalt geleistet worden. Freilich müßte den Transfers gegengerechnet werden, daß den Sozialversicherungsträgern Beiträge und dem Bund Steuern aus den neuen Bundesländern zufließen.

Es erweist sich, daß schon eine Abschätzung der Größenordnung von privaten Kapitalzuflüssen und investiven Transfers einerseits und konsumtiven Transfers andererseits auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Die privaten Kapitalzuflüsse sind kaum zu erfassen; bei der Aufteilung der staatlichen Transfers ergeben sich Zurechnungs- und Abgrenzungsprobleme, die nicht ohne Willkür lösbar sind. Eindeutig konsumtive Transfers beträchtlichen Umfangs, die sich bis jetzt auch noch nicht zurückbilden, laufen über die Sozialversicherungen. Hingegen ist anzunehmen, daß die als konsumtiv zu klassifizierenden Zahlungen an Unternehmen mit dem weitgehenden Abschluß der Privatisierung durch die Treuhandanstalt wesentlich reduziert worden sind. Eine zunehmende Unabhängigkeit der neuen Bundesländer von finanzieller Unterstützung wird bei Fortschreiten des Aufbaus daraus abzulesen sein, daß die Transfers zurückgehen. Die neuen Bundesländer werden in steigendem Maß in der Lage sein, öffentliche Investitionen aus eigenem Steueraufkommen und aus Kreditaufnahme zu Marktkonditionen zu finanzieren. Wenn es weiterhin bei hohen privaten Kapitalzuflüssen bleibt, so ist dies positiv zu werten; darin käme das Vertrauen der Investoren in die Standortqualität zum Ausdruck. Insoweit wäre eine noch verbleibende Lücke zwischen gesamtwirtschaftlicher Produktion und Nachfrage nicht Symptom wirtschaftlicher Schwäche, vielmehr im Gegenteil Ergebnis einer erfreulichen Investitionsdynamik.

279. Häufig wird in der Öffentlichkeit Enttäuschung über die wirtschaftliche Entwicklung nach der Wiedervereinigung zum Ausdruck gebracht. Bei den nach der Wende in der DDR entstandenen euphorischen Erwartungen konnten Enttäuschungen allerdings nicht ausbleiben. Gemessen an dem, was damals bei realistischer Sicht der Dinge erwartet werden konnte, und unter Berücksichtigung zunächst noch nicht erkennbarer zusätzlicher Erschwernisse muß man jedoch mit dem bisher Erreichten durchaus nicht unzufrieden sein. Schon Anfang 1990 waren die grundlegenden Schwächen der Planwirtschaft in der DDR erkennbar. Schon damals mußte mit einer schweren Transformationskrise gerechnet werden.

Dann erwies sich, daß die Schwächen der aus der Planwirtschaft hervorgegangenen Unternehmenseinheiten noch weitaus gravierender waren, als es zunächst den Anschein hatte. Hinzu kam, daß die wichtigsten Abnehmer im Export ausfielen, zum einen aufgrund der (vorhersehbaren) Neuorientierung der alten RGW-Partner an den nun zugänglichen internationalen Märkten, zum anderen aufgrund der (in diesem Ausmaß nicht vorhersehbaren) politischen und wirtschaftlichen Krise in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Erschwerend kam hinzu, daß die Lohnpolitik sich ganz am Ziel der Angleichung des Lohnniveaus an das der alten Bundesländer orientierte und wenig Rücksicht auf die Leistungskraft der Unternehmen und die Anlaufschwierigkeiten beim Neuaufbau nahm. Bedenkt man, wie ungünstig die Ausgangssituation war und welche zusätzlichen Belastungen sich noch ergaben, so ist das bisher Erreichte gleichwohl beachtlich.

Die Wirtschaftspolitik war auf den Transformationsprozeß nicht vorbereitet, konnte es nicht sein. Sie mußte angesichts wechselnder Problemlagen ein geeignetes Instrumentarium erst entwickeln. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß es auch zu Entscheidungen kam, die umstritten waren und es zum Teil heute noch sind. Im ganzen hat die Wirtschaftspolitik sich konsequent an dem Ziel orientiert, den Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen zu fördern, die sich eigenständig im überregionalen Wettbewerb behaupten können. Im Sinne dieses Ziels wurde die Rechtsordnung gestaltet, im wesentlichen durch Anlehnung an die der alten Bundesrepublik; es wurde eine den neuen Anforderungen entsprechende Verwaltung aufgebaut; die Erneuerung der vernachlässigten Infrastruktur wurde von Anfang an mit Nachdruck betrieben. Drei weitere wichtige Instrumente der Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern waren wegen ihres teilweise interventionistischen Charakters von Anfang an umstritten:

— die Privatisierung der ehemals staatseigenen Unternehmen durch die Treuhandanstalt,

— die finanzielle Förderung der Unternehmen, insbesondere in Form der Investitionsförderung,

— der massive Einsatz der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Ob diese Instrumente adäquat waren, läßt sich nicht nach allgemeinen ordnungspolitischen Prinzipien, sondern nur vor dem Hintergrund der mit dem Transformationsprozeß entstandenen Ausnahmesituation beurteilen.

280. Die Treuhandanstalt hat sich konsequent an dem auch vom Sachverständigenrat vertretenen Grundsatz orientiert, daß Privatisierung der beste Weg zur Sanierung ist. Sie hat zugleich die ihr anvertrauten Unternehmen auf längere Zeit mit erheblichem finanziellen Einsatz unterstützt, bis entweder die Privatisierung gelang oder die Hoffnung auf Sanierung aufgegeben werden mußte. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet die Politik der Treuhandanstalt zum einen, weil ihr vorgeworfen wurde, sie tue nicht genug für die Erhaltung und Sanierung der Unternehmen, zum anderen, weil die Form der Privatisierung durch Einzelverhandlungen mit Kaufinteressenten, zudem noch unter Vereinbarung von Investitions- und Beschäftigungszusagen mit zum Teil im Ergebnis negativen Preisen, mit marktwirtschaftlichen Prinzipien schwer vereinbar schien. Die Kontroverse darüber, ob die Treuhandanstalt mehr hätte erreichen können, wenn sie sich stärker unmittelbar der Sanierung als der Privatisierung gewidmet hätte, ist noch nicht abgeschlossen; ebenso ist noch umstritten, ob die Treuhandanstalt nicht durch andere Verkaufsverfahren, etwa durch Auktionen, höhere Verkaufserlöse hätte erzielen können. Man darf der Treuhandanstalt jedenfalls nicht gleichzeitig vorwerfen, sie habe

sowohl zu wenig für Sanierung getan als auch durch das von ihr praktizierte Verkaufsverfahren zu niedrige Erlöse erzielt und deswegen ein zu hohes Defizit angehäuft. Die Schuldenlast von 230 Mrd DM, die der Erblastentilgungsfonds von der Treuhandanstalt übernehmen muß, ist im wesentlichen dadurch entstanden, daß viele Unternehmen für längere Zeit mit finanziellen Zuwendungen erhalten wurden, auch wenn die Hoffnung auf Privatisierung und Sanierung nur noch gering war, außerdem dadurch, daß für Investitions- und Beschäftigungszusagen Preiszugeständnisse gemacht wurden. Diese Vorgehensweise war sicherlich in mancher Hinsicht problematisch; doch fällt es schwer, sich eine in dem gegebenen politischen und sozialen Umfeld gangbare Alternative vorzustellen.

Wie auch immer man die Sanierungs- und Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt im einzelnen beurteilen mag, in einer Hinsicht, und wohl der wichtigsten, war sie außerordentlich erfolgreich: Es ist ihr gelungen, die Privatisierung im Laufe von vier Jahren mit wenigen Ausnahmen zum Abschluß zu bringen. Um diesen Erfolg zu würdigen, muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, welche Befürchtungen anfangs mit der Tätigkeit der Treuhandanstalt verbunden wurden. Das reichte bis zu dem Argwohn, sie werde versuchen, in einem neuen Rahmen die Planwirtschaft der DDR fortzusetzen. Man mußte zumindest mit der Möglichkeit rechnen, daß sie auf lange und unbestimmte Zeit als Holding für notleidende Unternehmen und Verteilungsagentur für Subventionen fortbestehen würde. Auch der Sachverständigenrat hat vor möglichen Fehlentwicklungen dieser Art gewarnt (JG 90 Ziffer 517). Die Befürchtungen haben sich als unbegründet erwiesen; daß die Treuhandanstalt mit Erfolg vier Jahre lang konsequent und zielstrebig darauf hingearbeitet hat, sich selbst überflüssig zu machen, das hatte zu Anfang niemand zu hoffen gewagt. Sicherlich sind unter dem Zeitdruck auch Fehler gemacht worden; mißbräuchliche, zum Teil sogar kriminelle Formen der Bereicherung einzelner Personen konnten nicht ganz verhindert werden. Die Treuhandanstalt war zudem gezwungen, bei der Abwicklung der Hinterlassenschaft des Sozialismus der Bevölkerung in den neuen Bundesländern große Härten zuzumuten. All dies hat ihr Bild in der Öffentlichkeit getrübt. Um so wichtiger ist es, ihre große positive Leistung im Transformationsprozeß hervorzuheben: Ihr ist in erster Linie zu verdanken, daß das Bild der Wirtschaft in den neuen Bundesländern heute nicht von notleidenden und nur durch ständige Finanzspritzen am Leben gehaltenen Staatsbetrieben geprägt wird, sondern durch selbständige Unternehmen, die beharrlich und zunehmend auch mit Erfolg auf die Festigung ihrer Marktpositionen hinarbeiten.

281. Nicht alle ursprünglich der Treuhandanstalt anvertrauten Unternehmen sind bislang privatisiert oder liquidiert worden. Die 144 Unternehmen mit 43 000 Beschäftigten, die sie Ende September 1994 noch als „im Angebot" ausweist, werden wohl zum größten Teil nach Abschluß des operativen Geschäfts der Treuhandanstalt in Bundeseigentum übergehen. Schon früher sind einige Unternehmen von Ländern übernommen worden. Die Anzahl der noch nicht privatisierten Unternehmen und der darin Beschäftigten ist verhältnismäßig gering; doch befinden sich darunter einige von beträchtlicher regionaler Bedeutung. Es muß davor gewarnt werden, daß unter dem Schutz des Staates schwache Unternehmen, die ohne Subventionen keinen Bestand hätten, auf Dauer künstlich erhalten werden. Daß strukturerhaltende Subventionen nicht nur kostspielig, sondern auch schädlich sind, daß sie letztlich auch ein Schrumpfen der Beschäftigung nicht verhindern können, ist eine allgemein bekannte, aber dennoch allzu häufig unbeachtet bleibende Tatsache. Deswegen muß die Privatisierung auch unter der neuen Trägerschaft tatkräftig fortgesetzt werden. Unternehmen, die nicht privatisiert werden können und nicht aus der Verlustzone herauskommen, dürfen nicht zu Dauerbelastungen werden.

282. Zur Förderung der Unternehmen, die vor allem in den ersten Jahren nach der Vereinigung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, ist eine Fülle verschiedener Instrumente eingesetzt worden: vor allem Investitionsförderung durch Investitionszulagen, Investitionszuschüsse und Sonderabschreibungen, außerdem Hilfen in anderen Bereichen wie Finanzierungshilfen, Absatzförderung und Innovationsförderung. Zu kritisieren ist der kaum noch übersehbare Wildwuchs. Der Sachverständigenrat hat schon früh vor einem Ausufern der Förderung gewarnt, die grundsätzliche Angemessenheit der Investitionsförderung aber bejaht (JG 90 Ziffern 551ff., JG 91 Ziffern 538ff.). Heute müssen sich die Überlegungen darauf richten, in welcher Weise die Förderprogramme allmählich wieder zurückgeführt werden können, ehe sie zur Dauereinrichtung werden, an die sich die Unternehmen gewöhnen und von der sie sich nicht mehr ohne erneute große Anpassungsschwierigkeiten lösen können. Der Sachverständigenrat hat sich im Jahresgutachten 1992/93 (Ziffern 305ff.) dafür ausgesprochen, die Investitionszulage in ihrer bisherigen Form bis 1996 auslaufen zu lassen und danach an deren Stelle eine regional differenzierte und auf bestimmte Bereiche gezielte Investitionsförderung treten zu lassen. Ein geeignetes Instrument dafür könnten Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sein, ein anderes eine an speziellen Kriterien anknüpfende Investitionszulage. Doch gilt auf jeden Fall, was bei allen Subventionen geboten ist: Sie müssen zeitlich begrenzt und degressiv gestaltet werden, damit es nicht zu einem Gewöhnungseffekt kommt.

283. Der dramatische Einbruch der Beschäftigung in der ersten Phase des Transformationsprozesses hat es unumgänglich gemacht, die sozialen Folgen des Personalabbaus durch massiven Einsatz von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik abzufangen. Dabei war nicht zu vermeiden, daß vor allem über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen viele Aktivitäten in Gang kamen, die in Konkurrenz zu der Tätigkeit privater Unternehmen standen. Der Sachverständigenrat hat mehrfach auf diese Problematik hingewiesen, zugleich aber betont, daß angesichts der Notlage auf dem Arbeitsmarkt Verdrängungseffekte dieser Art in einem gewissen Umfang hingenommen werden müssen (JG 91 Ziffern 528ff., JG 92 Ziffern 309f.). Aller-

dings darf sich daraus kein auf Dauer angelegter zweiter Arbeitsmarkt entwickeln; dagegen bestehen grundsätzliche Bedenken (JG 93 Ziffer 286). Insbesondere die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müssen deshalb auf mittlere Sicht wieder reduziert und auf Gruppen und Regionen mit besonderen Problemlagen konzentriert werden.

Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, so notwendig sie in absehbarer Zukunft auch noch sein mögen, dürfen nicht als Dauereinrichtungen etabliert werden. Bedenklich sind unter diesem Gesichtspunkt vor allem die eigens für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegründeten ABS-Gesellschaften, die, mit Sachkapital und professionellem Management ausgestattet, auf Dauer angelegt sind und mit ihrer Tätigkeit, etwa bei der Rekultivierung ehemaliger Tagebaugebiete, private Unternehmen verdrängen oder erst gar nicht aufkommen lassen. Hier ist die institutionelle Verhärtung von vornherein angelegt (JG 91 Ziffer 529).

Eine Fehlentwicklung wäre auch, wenn in Anwendung von § 249h AFG über eine vertretbare Förderung von Problemgruppen hinausgehend wichtige öffentliche Aufgaben in Bereichen wie Umweltsanierung, soziale Dienste, Jugendhilfe und Denkmalpflege über die Arbeitsmarktpolitik finanziert würden. Da es sich um dringliche Aufgaben handelt, ist nicht auszuschließen, daß damit Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt verdrängt wird. Zwar wird der Träger, etwa eine Gemeinde, im Einzelfall immer argumentieren, es handele sich um zusätzliche Aktivitäten, da sie zur Finanzierung aus eigenen Mitteln nicht in der Lage sei. Tatsächlich sind aber öffentliche Mittel dafür vorhanden; nur laufen sie nicht über den Haushalt der Gemeinde, sondern über den der Bundesanstalt für Arbeit. Damit wird ein zweiter Arbeitsmarkt zu Lasten des ersten aufgebläht, mit großer Wahrscheinlichkeit auch unter Verstoß gegen das Gebot der Effizienz bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

284. Der Wirtschaftspolitik kann vernünftigerweise kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie sich in der Ausnahmesituation eines unvorbereitet zu bewältigenden Transformationsprozesses zum Teil problematischer Instrumente bedient hat. Wichtig ist aber, daß der Einsatz dieser Instrumente zurückgeführt wird und daß keine Relikte verbleiben, die sich verhärten und zu dauernden Schwachstellen einer auf Erfolg im internationalen Wettbewerb angewiesenen Wirtschaft werden.

Die ostdeutsche Wirtschaft steht heute vor dem Problem, aus einem in erster Linie von außen geförderten Aufbauprozeß den Weg in die Normalität zu finden. Normalität bedeutet, daß die Unternehmen sich ohne Subventionen am Markt behaupten und dabei die Löhne ihrer Arbeitnehmer erwirtschaften können, daß Arbeitswillige in ihrer großen Mehrzahl Beschäftigung finden, daß der Staat sich auf die ihm zukommenden Aufgaben konzentriert, auf das Bildungswesen, auf Ausbau und Pflege der Infrastruktur, daß er seine Tätigkeit durch Abgaben und, in vertretbarem Umfang, durch Kreditaufnahme zu Marktkonditionen finanziert. Von dieser Normalität sind die neuen Bundesländer noch weit entfernt, aber heute schon müssen die Weichen so gestellt werden, daß das Ziel schließlich erreicht werden kann. Selbstverständlich ist dies keineswegs. Es lassen sich Beispiele dafür angeben, daß große Regionen mit schwerwiegenden Strukturmängeln dauerhaft in Rückstand geraten und auf Hilfe von außen angewiesen bleiben. Dazu darf es in den neuen Bundesländern nicht kommen, und es wird auch nicht dazu kommen, wenn die Wirtschaftspolitik keine falschen Signale setzt. Die ostdeutsche Wirtschaft hat den Schock der Transformationskrise überstanden; sie wird auch den immer noch schweren Weg zur Normalität finden. Gut gemeinte Versuche, ihr die noch zu bewältigenden Anpassungsprobleme zu ersparen, hätten aber nur zur Folge, daß dieser Weg noch schwieriger würde.

VIERTES KAPITEL

Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Finanzpolitik: Für mehr Wachstum und Beschäftigung

285. Seit der deutschen Vereinigung stand die Finanzpolitik unter starkem Konsolidierungsdruck. Dies war ein zentrales Thema der vergangenen Jahresgutachten. Heute ist anzuerkennen, daß die quantitative Konsolidierung der öffentlichen Haushalte — wenn auch erst spät — auf den Weg gebracht wurde. Nun gilt es, die Konsolidierungserfolge nicht zu verspielen, sondern bei anhaltendem wirtschaftlichem Aufschwung forciert den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Der Handlungsspielraum, der durch die Konsolidierung bereits geschaffen wurde und noch zu schaffen ist, muß jetzt für eine Politik genutzt werden, die — wenn auch erst auf mittlere Sicht — ihren Beitrag leistet für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Die Eröffnung einer verläßlichen Entlastungsperspektive steht ebenso ganz oben auf der Agenda der Finanzpolitik für die nächsten vier Jahre wie die Verbesserung der staatlich gesetzten Anreizstrukturen privaten Handelns.

— Um das Vertrauen in die Finanzpolitik zu stärken und damit die Erwartung der Investoren und Konsumenten nachhaltig positiv zu beeinflussen, ist eine Rückführung der Staatsverschuldung, der daraus resultierenden Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte und der inzwischen erreichten hohen Abgabenquote geboten. Das setzt voraus, daß die Staatsquote entsprechend verringert wird, wofür im übrigen auch ordnungspolitische Gründe sprechen. Auch wenn dies nicht bereits für das kommende Jahr zugesagt werden kann, so bedarf es doch eines überzeugenden Plans für die Erreichung niedrigerer Quoten in den kommenden vier Jahren.

— Die Reduzierung der Staatsquote und der Abgabenquote ist kein Selbstzweck und kann nicht ohne Berücksichtigung der verschiedenen Arten der Ausgaben und Einnahmen gestaltet werden. Ein entsprechendes Handlungsprogramm muß zunächst die Investitionsanreize verbessern; denn nur über Investitionen kann die Rückkehr zu einem kräftigen Wachstumspfad gesichert und der Weg zu mehr Beschäftigung eröffnet werden. Aber auch für die privaten Haushalte sind die Anreize zu eigenverantwortlichem Handeln dringend zu verbessern, dies gilt für den Bereich der Besteuerung ebenso wie für die soziale Sicherung. Überdies muß das gesamte System der Besteuerung vereinfacht werden.

Die Konsolidierungsaufgabe der nächsten Jahre hat sich zwar nach wie vor an der Rückführung des strukturellen Defizits auszurichten. Eine zukunftsorientierte Finanzpolitik muß aber ehrgeizigere Ziele verfolgen, indem sie die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung schafft.

286. Das strukturelle Defizit in den öffentlichen Haushalten geht im wesentlichen auf die Belastungen zurück, die sich aus der deutschen Vereinigung ergeben haben. Dazu beigetragen haben aber auch hohe Leistungen im internationalen Bereich (Zahlungen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg und dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Ostdeutschland sowie Finanztransfers an die mittel- und osteuropäischen Staaten); zu nennen sind auch die laufenden Zahlungen an den Haushalt der Europäischen Union. Diese Belastungen aufzufangen, wäre freilich leichter gefallen, wenn die Finanzpolitik in den achtziger Jahren die Konsolidierung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ betrieben hätte; eine Überprüfung der Ausgabenstruktur hat jedoch nur unzureichend stattgefunden.

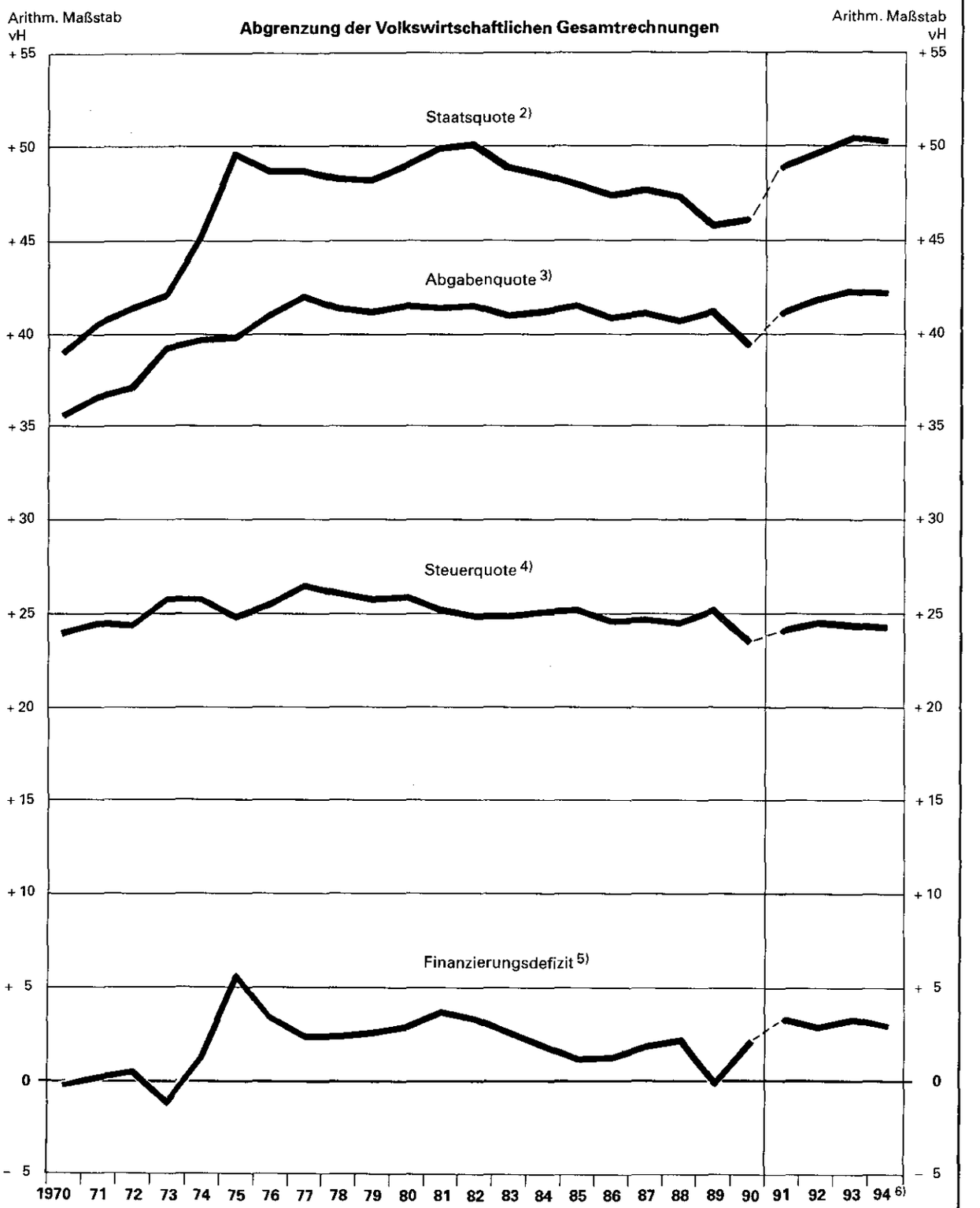
Mit dem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm ist die Konsolidierung zwar auf den Weg gebracht worden. Umfang und vor allem Art der Konsolidierung sind jedoch nach wie vor unbefriedigend: Soweit Defizite zurückgeführt wurden, ist dies in erster Linie über eine Erhöhung der Steuern und Sozialabgaben erreicht worden. Die Folge ist, daß sich in Deutschland die Abgabenquote drastisch erhöht hat (Schaubild 35). Eine so hohe Belastung mit Steuern und Abgaben schwächt im privaten Bereich Leistungsanreize und Investitionsbereitschaft, verschlechtert die Bedingungen des Produktions- und Investitionsstandorts Deutschland und trägt dadurch zu den aktuellen Problemen bei Wachstum und Beschäftigung bei. Raum für eine Senkung der Abgabenquote kann nur geschaffen werden, wenn zuvor die Ausgabenquote des Staates gesenkt wird.

Senkung der Staatsquote, Rückführung der Abgabenbelastung

287. Die Zunahme der Staatsquote in Deutschland ist in den letzten Jahren vor allem dadurch zustandegekommen, daß im Zuge der Vereinigung für die neuen Bundesländer erhebliche zusätzliche Ausgaben getätigt werden mußten. Das gilt einmal für die Ausgaben im Bereich der Infrastruktur; zusätzliche Ausgaben resultierten vor allem aber aus der Übernahme westdeutscher Leistungsgesetze (zum Beispiel BaföG, Wohngeld, Sozialhilfe) und der Regelungen der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern. Da gleichzeitig der Beitrag dieser Länder zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt gering war und ist, mußte sich die Staatsquote erhöhen. Einer solchen Entwicklung hätte nur entgegengewirkt werden kön-

Schaubild 35

FINANZPOLITISCHE QUOTEN DES STAATES [1]



1) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung; bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Angaben für Deutschland. — 2) Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. — 3) Steuereinnahmen und tatsächliche Sozialbeiträge in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. — 4) Steuereinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. — 5) Finanzierungsdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. — 6) Eigene Schätzung.

SR 94 0607

nen, wenn nach der Vereinigung an anderen Stellen Ausgabenkürzungen vorgenommen worden wären, was eine durchgreifende Neuordnung der finanzpolitischen Prioritäten vorausgesetzt hätte. Daran fehlt es bis heute im notwendigen Ausmaß. Statt dessen ist die steigende Staatsquote über Kreditaufnahme und Erhöhungen der Steuern und Sozialabgaben finanziert worden, die wachstums- und beschäftigungspolitisch negative Wirkungen gehabt haben. Eine Finanzpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung muß die Belastung der Leistungseinkommen mit Steuern und Abgaben verringern. Soll eine erneute Kreditfinanzierung vermieden werden, erfordert dies eine Senkung der Staatsquote. Die glaubwürdige Vorgabe einer niedrigen Staatsquote für die kommenden vier Jahre bedeutet eine Richtungsänderung der Finanzpolitik und dürfte von daher für die Privaten eine Signalwirkung haben, daß ihnen wieder ein größerer gesamtwirtschaftlicher Handlungsspielraum zugebilligt werden soll.

Dabei muß man sich jedoch der begrenzten Aussagefähigkeit der Staatsquote bewußt sein. Die Staatsquote ist ein Maß, das die Staatsausgaben (Zähler) und einen Indikator für die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten (Nenner) aufeinander bezieht. Dabei können sowohl im Zähler wie auch im Nenner unterschiedliche Größen verwendet werden. Der Sachverständigenrat hat bisher im Nenner eine Größe verwendet, die weitgehend frei von konjunkturellen Einflüssen ist: das Produktionspotential. Das geschieht hier nicht, weil Daten über das Produktionspotential in den neuen Bundesländern nicht vorliegen. Überdies werden in der öffentlichen Diskussion über die Staatsquote üblicherweise die öffentlichen Ausgaben (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen (Ziffer 158).

Eine Zunahme dieser Größe ist nun — je nachdem wie sie zustandegekommen ist — ganz unterschiedlich zu interpretieren. So wird die Staatsquote im Zuge einer Rezession in der Regel ansteigen, weil das Bruttoinlandsprodukt zurückbleibt, die Ausgaben jedoch weniger zurückgehen, möglicherweise sogar noch zunehmen. Die hohe Staatsquote dürfte gerade in den beiden letzten Jahren zum Teil auf die Rezession zurückzuführen sein. Diese Zunahme der Staatsquote muß aus beschäftigungspolitischen Gründen in Kauf genommen werden; sie wird sich im Zuge eines wirtschaftlichen Aufschwungs entsprechend zurückbilden. Aus solchen zyklischen Änderungen resultiert für sich genommen kein Handlungsbedarf.

Auch strukturelle Änderungen im Budget, die wachstumspolitisch, allokationspolitisch und verteilungspolitisch durchaus geboten sein mögen, können sich in einer wachsenden Staatsquote niederschlagen. So könnte es allokationspolitisch sinnvoll sein, Abschreibungsvergünstigungen durch Investitionsprämien zu ersetzen, was im Ergebnis zu einer steigenden Staatsquote (und zu einer steigenden Steuerquote) führt. Auch eine solche Zunahme der Staatsquote wird man aus beschäftigungspolitischen und wachstumspolitischen Gründen nicht grundsätzlich negativ beurteilen können. Wenn in einem Bereich (überhaupt) staatliche Aktivitäten geboten sind, mögen zusätzliche Ausgaben sogar sinnvoller als Steuervergünstigungen oder gar staatliche Gebote und Verbote sein. Insoweit darf eine erhöhte Staatsquote nicht gleichgesetzt werden mit der Zunahme ordnungspolitisch bedenklicher Staatsaktivitäten. Anders gewendet: Eine Rückführung der Staatsquote muß, wenn dies ein glaubwürdiges Signal für eine Richtungsänderung in der Finanzpolitik sein soll, eine Ausdehnung anderer Formen der Staatstätigkeit ausschließen. Gerade diese Überlegungen zeigen, daß internationale Vergleiche der Staatsquoten wenig aussagekräftig sind.

288. Als Zielwert für die Rückführung der Staatsquote in den folgenden Jahren könnte man den Wert des Jahres 1989 ansetzen, weil in diesem Jahr eine Normalauslastung des Produktionspotentials gegeben und der Konsolidierungsprozeß der achtziger Jahre zum Abschluß gebracht worden war. Das, was 1989 möglich war, müßte in den nächsten Jahren mindestens wieder erreichbar sein, bedenkt man, daß ohne die Vereinigung eine auf Konsolidierung ausgerichtete Finanzpolitik sicherlich fortgesetzt worden wäre. Die Bundesregierung hat in ihrem Bericht zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland eine entsprechende Senkung der Staatsquote bis zum Ende dieses Jahrzehnts in Aussicht gestellt; es sollte jedoch alles daran gesetzt werden, dieses Ziel früher zu erreichen. Das wäre auch möglich, wenn in den nächsten Jahren die Staatsausgaben mit einer geringeren Rate steigen als das nominale Bruttoinlandsprodukt. Würde eine Steigerungsrate von 2 vH eingehalten, dann würde bei den in der Finanzplanung unterstellten jährlichen Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt die Zielgröße für die Staatsquote (knapp 46 vH) im Jahre 1998 erreicht.

Allerdings: Die Rückführung der Staatsquote müßte einhergehen mit strukturellen Änderungen der Staatsausgaben; zudem müßten Bund, Länder und Gemeinden zu der Politik der Ausgabenkürzungen beitragen. Für beides hat der Sachverständigenrat bereits in den letzten Jahresgutachten geworben. Ebenso haben wir Bereiche benannt, in denen staatliche Ausgaben — und mithin die öffentlichen Aufgaben — dringend überprüft werden müssen (JG 92 Ziffern 344ff., JG 93 Ziffern 310ff.).

289. Was die Art der Ausgabenkürzungen angeht, so haben wir unter anderem für die Fortsetzung und Intensivierung der Privatisierung plädiert. Bei allen staatlichen Aktivitäten in einem marktwirtschaftlichen System ist immer wieder zu prüfen, ob das entsprechende Leistungsangebot nicht durch private Produktion effizienter erstellt werden kann oder ob nicht durch stärkeres Heranziehen von privaten Vorleistungen Kosteneinsparungen erzielt werden können. Vieles deutet darauf hin, daß dieser Weg im letzten Jahr vor allem im kommunalen Bereich vorbehaltloser und intensiver beschritten worden ist.

Nach wie vor unbefriedigend sind die Erfolge beim Abbau der Subventionen. Wir haben seit Jahren für deren Abbau geworben, konkrete Felder für den Subventionsabbau aufgezeigt und Techniken für den Abbau diskutiert und vorgeschlagen. Das alles hat im Prinzip auch die Zustimmung der Politiker gefunden — geschehen ist indes im erforderlichen Umfang kaum etwas. Geboten ist nun ein verbindlicher Plan, in welchen Branchen und Regionen in welchem Ausmaß und in welchem Zeitraum die Subventionen zurückgeführt werden sollen.

Die Sparbeschlüsse der letzten Jahren haben zu Kürzungen im Bereich der Transferausgaben geführt. Angesichts der quantitativen Bedeutung und der hier drohenden Expansion stellen diese Maßnahmen keineswegs — wie immer wieder behauptet wird — eine Aushöhlung des Systems der sozialen Sicherung dar. Daß sich Transfers an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung orientieren sollen, ist ein anerkanntes Ziel der Sozialpolitik. Daß langfristig die Finanzierbarkeit des Systems — auch angesichts des Alterungsprozesses in der Bevölkerung — gesichert wer-

den muß, sollte kein Streitpunkt sein. Die starke Expansion der Sozialausgaben in den letzten Jahren ist auch konjunkturell bedingt gewesen (Schaubild 36). In der Rezession sind vor allem die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung überproportional gestiegen. Auch der mit der Vereinigung verbundene Strukturbruch schlägt sich in einem sprunghaften Ansteigen der Transferausgaben nieder. Darüber hinaus sind aber im System der sozialen Sicherung Tendenzen zu Ausgabensteigerungen angelegt, die durch administrative Kostendämpfungsprogramme — wie im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung — nicht nachhaltig in den Griff zu bekommen sind. Dies erfordert jedoch schon heute im Einzelfall einschneidende Korrekturen. Zudem bleibt es eine permanente Aufgabe zu überprüfen, ob bisher angestrebte Ziele noch gerechtfertigt sind und ob die berechtigten Ziele mit geeigneten Maßnahmen verfolgt werden. Wenn unter diesem Aspekt Kürzungen der Transferausgaben geboten sind, ist das nicht gleichzusetzen mit einem Abbau der sozialen Sicherung.

Der Sachverständigenrat hat in den vergangenen Jahresgutachten seine Vorstellungen über eine Reform der sozialen Sicherung dargelegt. Es genügt deshalb an dieser Stelle, auf die dabei betonten Gestaltungsgrundsätze zu verweisen:

— Im Bereich der Sozialversicherung sollte dem Äquivalenzprinzip stärker Geltung verschafft werden. Dies gilt vordringlich für die Gesetzliche Krankenversicherung, bei der Steuerungsfehler beseitigt werden müssen, damit finanzielle Verantwortung und Kostenbewußtsein stärker zusammenfallen (JG 92 Ziffern 377 ff.). Dies gilt ebenso für die Arbeitslosenversicherung, über die im Zusammenhang mit der Vereinigung in Ostdeutschland in großem Umfang Leistungen finanziert worden sind, die eigentlich von der Gesamtheit der Bürger zu tragen gewesen wären (JG 92 Ziffer 358). Eine Pflegeversicherung hätte nach unseren Vorstellungen nur auf privatwirtschaftlicher Basis eingeführt werden dürfen, um einer Dynamik der Ausgaben- und Beitragsentwicklung vorzubeugen (SG 94 Ziffern 4 ff.).

— Im Bereich der steuerfinanzierten Sozialleistungen sollte eine bessere Harmonisierung der einzelnen Transfers angestrebt werden, um das Umverteilungssystem effizient zu machen und Leistungskumulationen zu vermeiden. Leistungshöhe und Einkommensabhängigkeit sollten auf eine Stärkung der Eigenverantwortung hin ausgerichtet sein.

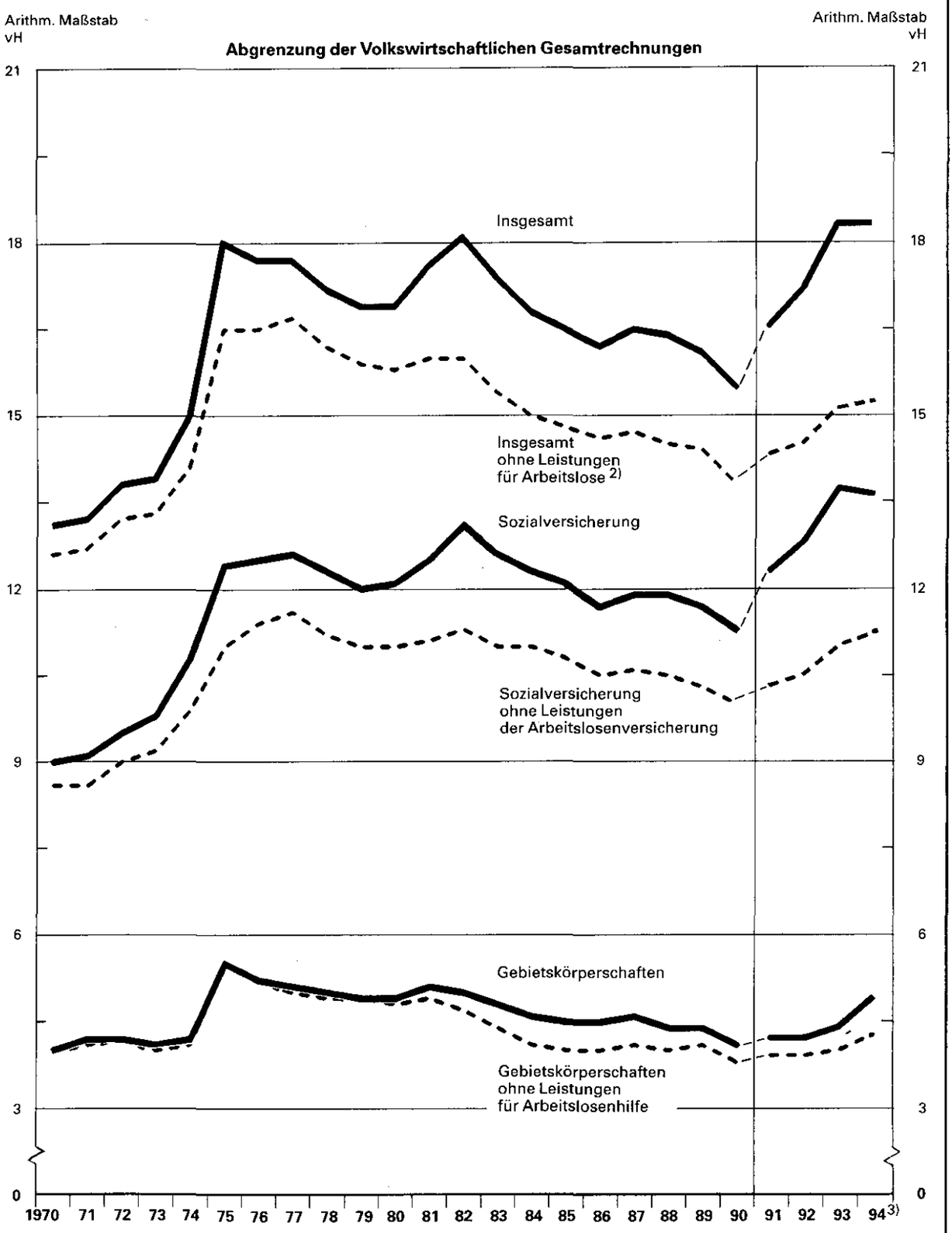
— Die steuerfinanzierten Transfers sollten mit der Einkommensteuer abgestimmt werden. Augenfällig wird dies im Verhältnis von einkommensteuerlichem Grundfreibetrag und sozialhilferechtlichem Mindestsicherungsanspruch; hier ist eine Koordination dringend geboten.

290. Ein Programm zur Rückführung der Staatsquote kann nur dann Erfolg haben, wenn es von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam getragen wird. Gerade die jüngsten Diskussionen zeigen, daß es der Sache nicht dienen kann, wenn der Bund seine Ausgaben kürzt (beispielsweise die Arbeitslosenhilfe) und damit den Kommunen zusätzliche Ausgaben (bei der Sozialhilfe) entstehen. Es entspricht durchaus dem föderativen Prinzip und der in Artikel 109 GG gesicherten Unabhängigkeit der Haushaltsführung der einzelnen Ebenen, in einer gemeinsamen Finanzplanung Steigerungsraten für die öffentlichen Ausgaben festzulegen, es den einzelnen Entscheidungsträgern dann aber zu überlassen, wie sie die Prioritäten ihrer Finanzpolitik setzen. An dieses Verfahren werden sich die Gebietskörperschaften aber nur dann halten, wenn sie im Rahmen vorgegebener Eckwerte eine weitgehende Autonomie bei Ausgaben- und Einnahmenentscheidungen haben. Wir haben wiederholt (JG 90 Ziffern 435 ff., zuletzt JG 93 Ziffer 298) darauf hingewiesen, daß unter diesem Aspekt die deutsche Finanzverfassung erhebliche Mängel aufweist. Diese sind durch die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zum 1. Januar 1995 nicht behoben worden. Auch die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, die laut Einigungsvertrag ausdrücklich den Auftrag hatte, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zu überprüfen, hat sich dieser Aufgabe entzogen und die dringend gebotene Neuordnung der Finanzverfassung mit dem Hinweis auf den damit verbundenen erheblichen Zeitaufwand erneut vertagt. Solange diese Probleme von der Politik dilatorisch behandelt werden, wird eine gesamtstaatliche Finanzpolitik nicht effizient betrieben werden können. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

291. Eine Rückführung der Staatsquote würde die dringend gebotene Senkung der Steuerquote erst ermöglichen. Allerdings muß auch bei der Interpretation der Steuerquote differenziert werden. Würde man die heute gewährten Steuervergünstigungen abbauen, wofür wirtschaftspolitische und verteilungspolitische Gründe sprechen, dann käme es kurzfristig sogar noch zu einer Erhöhung der Steuerquote, die aus wachstums- und beschäftigungspolitischen Gründen nicht unbedingt negativ zu beurteilen wäre. Ganz anders ist es, wenn die erhöhte Steuerquote auf Steuersatzänderungen oder die Einführung neuer Steuern zurückzuführen ist. Das ist in den letzten Jahren der Fall gewesen. Der immer wieder geforderte Abbau von Steuervergünstigungen und damit die Ausweitung der Bemessungsgrundlage bei der Einkommensteuer sind nicht recht vorangekommen; dagegen hat es massive Steuererhöhungen — bei der Mehrwertsteuer, der Tabaksteuer, der Versicherungsteuer und der Mineralölsteuer — sowie im Jahre 1991 vor allem die Einführung des Solidaritätszuschlages gegeben. Durch den Solidaritätszuschlag sind die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer erhöht worden, also solche Steuern, die die privaten Investitionen belasten, was wachstums- und beschäftigungspolitisch besonders negativ zu beurteilen ist. Außerdem lädt eine hohe Steuerbelastung zur Steuerhinterziehung und zum Ausweichen in die Schattenwirtschaft ein, vor allem aber werden Leistungsanreize und Investitionsbereitschaft gemindert. Damit sinken die Steuereinnahmen, und die Finanzpolitik gerät in einen Teufelskreis: Will sie die öffentlichen Ausgaben durch Steuern finanzieren, dann muß sie die Steuersätze sogar noch anheben; erneut wären Steuerausweichung und Leistungsminderun-

Schaubild 36

ZUR ENTWICKLUNG VON SOZIALLEISTUNGSQUOTEN [1]



1) Soziale Leistungen von Gebietskörperschaften und von Trägern der Sozialversicherung an inländische private Haushalte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. Soziale Leistungen: Geldleistungen im Zusammenhang mit tatsächlichen Sozialbeiträgen, mit unterstellten Sozialbeiträgen (Pensionen, Beihilfen im Krankheitsfall) und sonstige soziale Leistungen (im wesentlichen: Versorgung von Kriegsopfern, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Kindergeld, Ausbildungshilfen, Wohngeld); bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. — 2) Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung und für Arbeitslosenhilfe. — 3) Eigene Schätzung.

SR 94 0608

gen die Folge. Dieser Entwicklung kann nur durch eine fühlbare Senkung der Steuersätze bei gleichzeitiger Ausweitung der Steuerbemessungsgrundlagen — vor allem bei der Einkommensteuer — begegnet werden. Angesichts des Niveaus, das die marginale Abgabenbelastung von Leistungseinkommen erreicht hat und das für die nächsten Jahre durch die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlages weiter erhöht wird, ist eine solche Politik nicht erst mittelfristig geboten; eine glaubwürdige Aussicht auf Abgabensenkungen zu eröffnen, verträgt keinen Aufschub.

292. In jedem Fall muß bereits heute eine verläßliche Entlastungsperspektive eröffnet werden: Die Bürger und die Unternehmen müssen damit rechnen können, daß die derzeit hohe Belastung mit Steuern und Abgaben wieder zurückgeführt wird. Schon heute — zumal am Beginn einer neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages — müßten die konkreten Maßnahmen und deren genaue zeitliche Abfolge festgelegt werden. Nur so kann Vertrauen bei den Investoren gewonnen werden.

Steuervereinfachung dringend geboten

293. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verlangt auch eine Vereinfachung des Steuersystems. Der Bundesfinanzminister, insbesondere aber die Länderfinanzminister haben umfangreiche Entwürfe vorgelegt, wie ein solches Programm der Steuervereinfachung aussehen könnte. Nicht zu bestreiten ist, daß unser Steuersystem inzwischen so kompliziert ist, daß es von den einzelnen Bürgern nicht mehr durchschaut wird und deshalb auch nicht mehr ohne fachkundige Hilfe gehandhabt werden kann. Aus Unkenntnis nutzen viele Bürger die legalen Steuererleichterungen nicht mehr; im Gestrüpp verworrener Steuerregelungen mag der eine oder andere auch neue Hinterziehungsmöglichkeiten finden. Zudem entstehen für die Steuerzahler, aber auch für die ohnehin überlastete Steuerverwaltung zusätzliche Kosten; gesamtwirtschaftlich ist das Ressourcenverschwendung. Das alles ist unter den Prinzipien der Besteuerung — sie soll allgemein, gleich, gerecht und effizient sein — nicht mehr zu vertreten.

294. Sicher ist es zu begrüßen, daß in den letzten Jahren einige Bagatellsteuern ganz abgeschafft worden sind, und einige weitere sollten durchaus noch folgen. Nur: Ein durchschlagendes Programm der Steuervereinfachung — so stellt der Bundesfinanzminister es dar — war dies nicht. Bei diesen Bagatellsteuern (zum Beispiel Salzsteuer, Leuchtmittelsteuer, Speiseeissteuer) handelte es sich um technisch einfache Mengensteuern, die bei der Produktion der betreffenden Güter erhoben wurden. Es gibt keine überzeugenden Argumente für die Erhebung dieser speziellen Verbrauchsteuern. Für den einzelnen Bürger war mit diesen Steuern keine spürbare Belastung verbunden. Viele werden wahrscheinlich gar nicht gewußt haben, daß diese Steuern existierten.

295. Am stärksten zu spüren bekommt der Bürger die Tücken des Steuersystems bei der Einkommensteuer. Ein Programm der Steuervereinfachung muß deshalb in erster Linie hier ansetzen, zumal diese Steuer vom Aufkommen her die größte Einzelsteuer (fast 40 vH des Gesamtaufkommens) ist.

Man wird sich allerdings auch von der Vorstellung lösen müssen, die Einkommensteuer könne technisch sehr einfach ausgestaltet werden. Solange man das Ziel verfolgt, eine gerechte Besteuerung zu verwirklichen und dabei der herrschenden Lehre folgt, wonach dies durch eine Besteuerung gemäß der persönlichen Leistungsfähigkeit, gemessen am Einkommen eines Wirtschaftssubjektes, zu erreichen ist, wird man nicht umhinkommen, die persönlichen Verhältnisse des Steuerzahlers im einzelnen zu überprüfen. Insoweit muß die Einkommensteuer mit Einzelregelungen und Einzelprüfungen arbeiten, Pauschalierungen und Typisierungen sind nur in Grenzen möglich. Moderne Einkommensteuern werden deshalb stets technisch anspruchsvolle Steuern sein müssen. Anders gewendet: Gerechte Besteuerung kann nicht einfach sein. Ginge es nur um eine einfache Steuer, müßte man sich wohl für eine Kopfsteuer entscheiden. Freilich: Eine kompliziert gestaltete Einkommensteuer bietet keine Gewähr für eine gerechte Besteuerung.

296. Daß die Einkommensteuer heute eine so komplizierte Steuer geworden ist, hängt indes noch mit einer anderen Entwicklung zusammen: dem Vordringen nichtfiskalischer Zielsetzungen. In der Einkommensteuer werden heute alle möglichen wirtschaftspolitischen Ziele verfolgt: sozialpolitische, wohnungsbaupolitische, wachstumspolitische und beschäftigungspolitische Ziele.

Bei der Verfolgung der vielfältigen wirtschaftspolitischen Ziele geht es aber stets darum, Einzelfälle unterschiedlich zu behandeln: Wer investiert, wird steuerlich anders behandelt, als derjenige, der nicht investiert; wer Investitionen in den neuen Bundesländern tätigt, hat bei sonst gleichen Voraussetzungen eine andere Steuerlast zu tragen als derjenige, der dies in Westdeutschland tut; mittelständische Investoren werden anders besteuert als Großunternehmen. Kapitalanlagen im Wohnungsbau haben steuerlich wiederum andere Folgen als entsprechende Investitionen in Maschinen oder Finanztitel. Wer die Einkommensteuer wirklich vereinfachen will, müßte die Verfolgung nichtfiskalischer Ziele — hier: Investitionsförderung — aus der Einkommensteuer herausnehmen und — wenn überhaupt berechtigt — auf anderem Wege regeln, zum Beispiel über die Gewährung von Prämien und Zulagen. Dafür spricht im übrigen, daß solche Transfers von den Begünstigten auch dann in Anspruch genommen werden könnten, wenn sie kein (zu versteuerndes) Einkommen erzielen, was bei neugegründeten Unternehmen der Regelfall sein dürfte. Eine solche Lösung ist wachstumspolitisch positiv zu bewerten. Auch verteilungspolitische Gründe sprechen dafür, Steuervergünstigungen grundsätzlich nicht als Abzüge von der Bemessungsgrundlage zu gestalten, weil dadurch die Bezieher hoher Einkommen besonders stark begünstigt werden. Schließlich wären die hier vorgeschlagenen Änderungen nicht nur ein Beitrag zur Steuervereinfachung, sondern sie würden die Einkommensteuer auch wieder zu dem machen, was sie der Idee nach ist: eine Steuer auf die Einkommensentstehung,

bei der die Art der Einkommensverwendung für die Höhe der Einkommensteuerbelastung grundsätzlich keine Rolle spielen darf.

297. Soll über diese Reform hinaus bei der Einkommensteuer eine Steuervereinfachung erreicht werden, die gleichzeitig wachstumspolitischen und beschäftigungspolitischen Anforderungen gerecht wird, dann müssen die Aufwendungen, die beim Besteuerungsverfahren für Bürger und Steuerverwaltung entstehen, reduziert werden; Anreize für Leistungen und Investitionen müssen erhalten, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit müssen bekämpft werden. Dafür sind vor allem folgende Maßnahmen geeignet:

— Die Einkommensteuer sollte eine breite Bemessungsgrundlage haben, sämtliche Einkommen müßten also erfaßt werden. Das würde es ermöglichen, einige andere Steuern (etwa die Vermögensteuer) ganz abzuschaffen. Auf diese umfassende Bemessungsgrundlage könnten dann niedrigere Steuersätze angewendet werden, ohne daß das heutige Steueraufkommen zurückginge. Damit erhält man Leistungsanreize und Investitionsbereitschaft, macht gleichzeitig Steuerhinterziehung weniger attraktiv und erreicht eine größere Steuerehrlichkeit.

— Alle Einkommensarten sollten entsprechend dem synthetischen Charakter der Einkommensteuer gleich behandelt werden. Grundsätzlich müßten demnach einkunftsartenbezogene Freibeträge (wie der Sparerfreibetrag, JG 91 Ziffer 353) und Sonderregelungen für einzelne Einkunftsarten (etwa Steuervergünstigung für gewerbliche Einkünfte) gestrichen werden. Das daraus resultierende Steuermehraufkommen könnte für eine Senkung des Tarifs oder eine Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer genutzt werden.

— Die in der Einkommensteuer gewährten (generellen) Freibeträge sollten der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden. Grundfreibetrag und Kinderfreibeträge müßten — den Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes folgend — das Existenzminimum absichern. Geboten ist dabei — anders als bisher — eine identische Ausgestaltung beider Freibeträge (ohne Progressionswirkung).

— Dort, wo typische Fälle (beispielsweise Fahrtkosten zur Arbeitsstätte, Dienstreisen) zu regeln sind, sollte man verstärkt mit Pauschalierungen arbeiten. Das erübrigt das Sammeln und die Kontrolle von Belegen. Auch solche Pauschalbeträge müßten allerdings regelmäßig an die wirtschaftliche Entwicklung angepaßt werden.

298. Wenngleich die Einkommensteuer ins Zentrum eines Programms zur Steuervereinfachung gehört, gibt es noch andere Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht. Der Sachverständigenrat hat bereits in seinem letzten Jahresgutachten dafür plädiert, das Verfahren der Einheitsbewertung abzuschaffen (JG 93 Ziffer 307). Dieses Bewertungssystem ist technisch schwierig, außerordentlich aufwendig und im Ergebnis völlig unbefriedigend. Bei den einheitswertabhängigen Steuern (Vermögensteuer, Gewerbekapitalsteuer, Grundsteuer sowie Erbschaft- und Schenkungsteuer) kommt es zu eklatanten Verstößen gegen die steuerliche Gerechtigkeit, weil die Einheitsbewertung für Grundstücke Werte ermittelt, die weit unter den tatsächlichen Marktwerten liegen. Zudem gibt es erhebliche Bewertungsunterschiede zwischen einzelnen Grundstücksarten. Da bei der Grundsteuer ausschließlich Grundvermögen besteuert wird, werden alle Grundeigentümer — wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß — von der Unterbewertung begünstigt. Besonders groß sind die Verstöße gegen die steuerliche Gerechtigkeit bei der Vermögensteuer sowie der Erbschaftsteuer, da hierbei neben Grundstücken auch andere Vermögensobjekte besteuert werden, für die Verkehrswerte angesetzt werden. Würde man versuchen, diese Mängel durch eine Neubewertung zu beheben, dann wäre mit einem jahrelang dauernden und personalaufwendigen Verfahren zu rechnen, das am Ende dann doch wieder keine realistischen Werte hervorbringen würde. Es spricht von daher alles dafür, das Verfahren der Einheitsbewertung aufzugeben und die einheitswertabhängigen Steuern entweder ersatzlos zu streichen oder für sie neue Bemessungsgrundlagen einzuführen. Welche Alternative man verwirklichen soll, wird davon bestimmt, welche Ziele man in der Steuerpolitik verfolgt. Unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Unternehmenssteuerreform wäre für die Abschaffung der Vermögensteuer und der Gewerbekapitalsteuer zu plädieren. Würde man im Zuge einer Gemeindesteuerreform — wie es unseren Vorstellungen entspricht — eine Wertschöpfungsteuer einführen, könnten die Grundsteuer und die Gewerbekapitalsteuer darin aufgehen. Wird die Grundsteuer jedoch beibehalten, müßte man ihr eine neue Bemessungsgrundlage (beispielsweise Mieteinnahmen, Grundfläche) geben. In jedem Fall wird man aus verteilungspolitischen Gründen wohl eine Erbschaftsteuer erheben; sie müßte dann — sofern Grundstücke vererbt werden — auf deren Marktwerte abstellen. Im Ergebnis würde damit das Aufkommen der Erbschaftsteuer steigen. Das müßte wegen der insgesamt ohnehin hohen Steuerbelastung ausgeglichen werden. Dazu würde sich anbieten, Freibeträge und Steuersätze der Erbschaftsteuer so zu ändern, daß es zu einer aufkommensneutralen Reform käme. Dieser Weg der Kompensation ist dem Verfahren vorzuziehen, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer zu akzeptieren, dafür aber an anderer Stelle des Steuersystems für eine entsprechende Entlastung zu sorgen. Bei der oft propagierten Erhöhung der Erbschaftsteuer wird verkannt, daß diese Steuer auch negative Wirkungen auf die Ersparnis und damit auf die Kapitalbildung haben kann und damit wachstumspolitisch bedenklich ist. Im Bereich der Familienunternehmen kann eine hohe Erbschaftsteuerbelastung zudem existenzgefährdend sein.

299. Zur Streichung steht auch die Kraftfahrzeugsteuer an. Sie ist in ihrer Erhebung außerordentlich kostspielig und unter umweltpolitischen Gesichtspunkten wenig effizient, weil es keinen direkten Zusammenhang zwischen ihrer Bemessungsgrundlage (Personenkraftwagen: Hubraum, Lastkraftwagen: zulässiges Gesamtgewicht) und den Schadstoffen gibt, die durch den Straßenverkehr verursacht

werden. Der Steuerausfall sollte durch eine entsprechende Erhöhung der Mineralölsteuer kompensiert werden. Die dabei zu erwartenden finanzausgleichspolitischen Streitigkeiten — die Kraftfahrzeugsteuer ist Ländersteuer, die Mineralölsteuer aber Bundessteuer — dürfen kein Hindernis für diese Steuervereinfachung sein. Diese Änderungen sind freilich im Zusammenhang mit einer ökologischen Umgestaltung des Steuersystems zu sehen (Ziffern 322ff.).

Sonderfall Umsatzsteuer

300. Schwierigkeiten für eine Steuervereinfachung ergeben sich vor allem dann, wenn die deutsche Gesetzgebungshoheit durch Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union eingeschränkt ist. Dies gilt vor allem deshalb, weil steuerpolitische Beschlüsse auf der EU-Ebene der Einstimmigkeit bedürfen. Zu den Steuern, bei denen eine autonome nationale Gestaltung nicht mehr möglich ist, gehört — als vom Aufkommen her wichtigste Abgabe — die Umsatzsteuer.

Mit der Schaffung des Gemeinsamen Marktes zum 1. Januar 1993 sind die bis dahin üblichen Grenzausgleichsmaßnahmen (Exporterstattungen und Importbelastungen) aufgehoben worden, jedoch wurde an der Besteuerung gemäß dem Bestimmungslandprinzip festgehalten. Für eine Übergangszeit wurde eine Regelung eingeführt, bei der — auch ohne Grenzausgleich — gewährleistet ist, daß alle Waren im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen steuerpflichtigen Unternehmen bei der Lieferung steuerfrei bleiben und erst im Bestimmungsland mit der dort geltenden Umsatzsteuer belastet werden. Technisch wird das dadurch ermöglicht, daß die liefernden Unternehmen mit Hilfe sogenannter Umsatzsteuer-Identifikationsnummern die Empfänger ihrer Lieferungen den zuständigen Finanzbehörden anmelden müssen. Über eine Zusammenarbeit der nationalen Steuerverwaltungen soll gesichert werden, daß der Steueranspruch im jeweiligen EU-Partnerland auch tatsächlich durchgesetzt werden kann.

301. Die Erwartungen der Unternehmen und auch der Finanzverwaltungen, durch den Wegfall der Grenzkontrollen Kostenersparnisse verwirklichen zu können, haben sich keineswegs erfüllt. Im Gegenteil: Die Mehrzahl der deutschen Unternehmen klagt über die Belastungen durch die zusätzlichen Meldepflichten und die ständigen Rückfragen zur Feststellung der Identifikationsnummern. Zudem müssen aufgrund von Steuerrechtsänderungen in den EU-Mitgliedstaaten die EDV-Programme laufend aktualisiert werden. Auch dürfte es — was freilich nur zu vermuten ist — zu Steuerausfällen durch unkorrekte Angaben der Identifikationsnummern kommen. Schätzungen haben ergeben, daß Kostenersparnisse, die durch den Wegfall der Grenzkontrollen entstanden sind, durch die Beschwernisse des Übergangssystems überkompensiert werden. Das dürfte insbesondere kleine und mittlere Unternehmen treffen und dort wie ein Handelshemmnis wirken.

Von daher ist eine grundsätzliche Vereinfachung in der umsatzsteuerlichen Behandlung des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrs zu verlangen. Die bis zum 31. Dezember 1996 laufende Übergangsregelung sollte deshalb — wofür der Sachverständigenrat bereits früher plädiert hat (JG 91 Ziffer 410) — in keinem Fall über diesen Zeitpunkt hinaus verlängert oder gar zu einer Dauerlösung werden. Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung dieses Thema auf die Liste der Agenda für ihre EU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 1994 gesetzt hat. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen stimmt allerdings nicht optimistisch, daß ein Ergebnis schnell erreicht werden kann. Die am 25. Oktober 1994 aufgestellten „Schlußfolgerungen des Rates der Europäischen Union zum endgültigen Mehrwertsteuersystem ab 1. Januar 1997" enthalten lediglich Grundsätze, an denen sich eine Lösung orientieren soll: Wettbewerbsneutralität, Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens, Gleichbehandlung inländischer und gemeinschaftlicher Umsätze, Sicherung des Gesamtaufkommens der Umsatzsteuer und seiner Verteilung zwischen den Mitgliedstaaten.

302. Eine Lösung des Problems kann nur darin liegen, daß bei der Erhebung der Umsatzsteuer im innergemeinschaftlichen Handel zur Besteuerung nach dem Gemeinsamer-Markt-Prinzip übergegangen wird. Die Umsatzsteuer würde am jeweiligen Produktionsort erhoben. Gleichzeitig müßte man jedoch den Vorsteuerabzug zwischen den Mitgliedsländern zulassen, wenn man im System der europaweit praktizierten Mehrwertsteuer vom Konsumtyp Doppelbelastungen vermeiden wollte. Mit dieser Regelung wäre ein technisch einfaches Besteuerungssystem gefunden, das dazu führt, daß Transaktionen im innergemeinschaftlichen Handel — im Ergebnis — stets in Höhe der Steuer des Verbrauchslandes belastet wären. Auf nationalen Märkten miteinander konkurrierende Waren und Dienstleistungen würden — unabhängig von ihrem Produktionsort — die gleiche Steuerbelastung tragen. Wettbewerbsneutralität wäre verwirklicht, ohne daß es einer Harmonisierung der Steuersätze bedürfte.

303. Allerdings führt ein solches Erhebungsverfahren zu einer Veränderung in der Verteilung des Umsatzsteueraufkommens zwischen den Mitgliedsländern. Während sich bei dem bisher praktizierten Bestimmungslandprinzip das Steueraufkommen nach dem Verbrauch verteilt, würde es bei der Neuregelung entsprechend der Wertschöpfung und den nationalen Steuersätzen den einzelnen Ländern zufallen. Das kann zu einer erheblichen Umverteilung führen (JG 89 Ziffern 442ff.). Begünstigt wären Länder mit relativ hohen Steuersätzen (Steuersatzeffekt), wobei allerdings eine Gegenwirkung zu erwarten ist: Die Nachfrage wird sich von diesen Ländern abwenden und in die Länder mit niedrigen Steuersätzen wandern und dort das Umsatzsteueraufkommen erhöhen (Wettbewerbseffekt). Schließlich stehen sich die Länder mit Überschüssen im steuerpflichtigen innergemeinschaftlichen Handel fiskalisch besser (Saldeneffekt).

Gerade an den beschriebenen fiskalischen Effekten ist die Einführung der Besteuerung nach dem Gemeinsamer-Markt-Prinzip, wie sie die Europäische Kommission bereits 1987 vorgeschlagen hatte, bisher

gescheitert. Wenn man jedem Mitgliedstaat die Möglichkeit belassen will, in seinem Gebiet den Verbrauch zu besteuern und das entsprechende Steueraufkommen auch für den eigenen Haushalt zu vereinnahmen (Prinzip der nationalen Steuerhoheit), dann wird man nicht umhinkommen, ein Clearing-Verfahren anzuwenden, das garantiert, daß diejenige Steuerverteilung erreicht wird, die sich beim heute praktizierten Bestimmungslandprinzip ergibt, also die Verteilung gemäß Verbrauch. Im Grundsatz ist das einfach: Die bei grenzüberschreitenden Leistungen im Ursprungsland erhobene Umsatzsteuer müßte an das jeweilige Bestimmungsland abgeführt werden (JG 89 Ziffer 445). In der Praxis bedeutet das aber wiederum Kontrollen, zumindest aber die Erfassung des innergemeinschaftlichen Handels, die zu einem Gemeinsamen Markt nicht passen. Damit wäre man bei den gleichen Problemen, die das heutige Übergangssystem schafft.

Will man nicht das System der Umsatzbesteuerung (zum Beispiel hin zu einer Einzelhandelssteuer) oder gar den Charakter der Umsatzsteuer als Verbrauchsteuer (zum Beispiel hin zu einer Wertschöpfungsteuer) ändern, dann wird man ohne ein Clearing nicht auskommen. Dafür sollte jedoch eine Lösung gefunden werden, die mit möglichst wenig Verwaltungsaufwand auskommt, den Unternehmen keine administrativen Belastungen aufbürdet, die Steuerhinterziehung möglichst unterbindet und Streitigkeiten zwischen nationalen Finanzbehörden vermeidet. Diesen Anforderungen wird weder ein makroökonomisch orientiertes Clearing (Rückgriff auf die Daten der Intrahandelsstatistik) noch ein mikroökonomisch ausgerichtetes Clearing (Meldungen der nach Lieferländern aufgeschlüsselten Vorsteuerbeträge durch die Unternehmen) gerecht werden können. Gegen die erste Variante spricht, daß die Intrahandelsstatistik Unternehmen, deren innergemeinschaftliche Versendungen oder Eingänge im Jahr unter 200 000 DM liegen, nicht erfaßt, ebenso alle Dienstleistungen nicht. Im zweiten Fall wird man den Unternehmen den Verwaltungsaufwand nicht zumuten können.

Für ein Clearing empfiehlt sich eine pragmatische Lösung, die an eine in Deutschland praktizierte, technisch einfache Regelung anknüpfen könnte: Ein im Prinzip ähnliches Problem stellt sich bei der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer auf die einzelnen Bundesländer. Auch in diesem Fall wird eine Verteilung nach dem Verbrauch angestrebt. Da dieser — wegen fehlender Kontrollen an den Grenzen der Bundesländer — exakt nicht zu ermitteln ist, behilft man sich mit einer Verteilung gemäß der Einwohnerzahl. Bei einem Clearing innerhalb der Gemeinschaft bestehen allerdings Unterschiede: In Deutschland gilt eine bundeseinheitlich geregelte Umsatzsteuer, während die EU-Länder hinsichtlich der Steuersätze und der Abgrenzung der Bemessungsgrundlage unterschiedliche Umsatzsteuern erheben. Bei einer Verteilung des Mehrwertsteueraufkommens nach der Einwohnerzahl müßte dies berücksichtigt werden. Außerdem ist die Einwohnerzahl nur dann ein verläßlicher Indikator für den Privaten Verbrauch, wenn der Pro-Kopf-Verbrauch in den einzelnen Ländern in etwa übereinstimmt. Diese Voraussetzung ist zwischen den deutschen Bundesländern eher verwirklicht als beim Vergleich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Um dem Rechnung zu tragen, müßte man in die Verteilung nach der Einwohnerzahl eine Gewichtung mit dem Pro-Kopf-Konsum der Mitgliedsländer einbeziehen. Allerdings würde sich dann anbieten, das Umsatzsteueraufkommen sogleich nach dem Verbrauch — gewichtet mit den unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen der einzelnen Länder — zu verteilen. Die gewogenen durchschnittlichen Mehrwertsteuersätze werden ohnehin bei der Berechnung der an die Europäische Union abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel festgestellt (Ziffer 315) und könnten für das Clearing herangezogen werden. Dieses Clearing würde technisch vereinfacht, wenn die Sätze der Mehrwertsteuer in Europa weiter angeglichen würden. Im übrigen: Verbleibende Ungenauigkeiten bei der Verteilung des Steueraufkommens sind im Grunde der Preis für einen gemeinsamen Binnenmarkt in Europa, der es immer schwieriger macht, die nationale Steuerhoheit eindeutig abzugrenzen.

Noch einmal: Für eine Reform der Unternehmensbesteuerung

304. Der Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern und die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze in Gesamtdeutschland verlangen hohe private Investitionen. Nur wenn Unternehmen investieren, können neue Arbeitsplätze entstehen. Auch für die Sicherung des Standorts Deutschland und der Arbeitsplätze im Inland ist Voraussetzung, daß inländische und ausländische Investoren — im Vergleich zum Ausland — hier ohne steuerliche Nachteile investieren können. Dazu kommt, daß die Probleme, die eine ungünstige demographische Entwicklung aufwirft, sich eher lösen lassen, wenn heute mehr Investitionen getätigt werden. Soll nämlich in Zukunft der abnehmenden Anzahl von Berufstätigen und der zunehmenden Anzahl von nicht mehr Berufstätigen gleichermaßen ein hohes Einkommen gesichert werden, muß die Produktivität steigen. Das aber verlangt ein entsprechend großes Produktionspotential, also Investitionen heute. Daraus folgt, daß in Deutschland eine Senkung der Steuerlast und ein investitionsfreundliches Steuersystem erforderlich sind, um die Investitionstätigkeit und damit Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

305. Die Vorstellungen des Sachverständigenrates zu einer Reform der Unternehmensbesteuerung sind wiederholt dargestellt (vor allem JG 89 Ziffern 330 ff., zuletzt JG 92 Ziffern 360 ff.) und von der Bundesregierung auch weithin akzeptiert worden. Daran gemessen sind die bisherigen Maßnahmen, vor allem die des Standortsicherungsgesetzes, unbefriedigend. Dieses Gesetz war in erster Linie eine Strukturreform der Unternehmensbesteuerung, nicht dagegen eine steuerliche Entlastung der Unternehmen. Nach den Vorstellungen des Gesetzgebers sollten die Investitionstätigkeit angeregt, das Wachstum gestärkt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Standortes Deutschland gesichert werden. Das Gesetz stand zunächst unter der Forderung der Aufkommensneutralität. Erst in einem Vermittlungs-

verfahren ist dann eine Nettoentlastung (etwa 4,5 Mrd DM) zustande gekommen. In einigen Bereichen, die nicht dem gewerblichen Sektor zuzuordnen sind (zum Beispiel Freiberufler), hat das Standortsicherungsgesetz von Anfang an infolge der Veränderung der Abschreibungsbedingungen steuerliche Mehrbelastungen gebracht. Dort, wo in der Anfangsphase steuerliche Entlastungen entstanden sind, dürften diese durch die Erhebung des Solidaritätszuschlags ab dem 1. Januar 1995 wieder zunichte gemacht werden. Die schrittweise Rückführung des Solidaritätszuschlags ist deshalb auch unter dem Gesichtspunkt der steuerlichen Entlastung der Unternehmen geboten.

306. Der Sachverständigenrat hat sich grundsätzlich gegen den steuerpolitischen Ansatz des Standortsicherungsgesetzes gewandt (JG 93 Ziffer 305): In der Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer ausschließlich für Einkünfte aus Gewerbebetrieb ist ein Verstoß gegen die gleichmäßige Besteuerung aller Einkommen zu sehen. Da der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer nicht mehr dem Thesaurierungssatz der Körperschaftsteuer entspricht, ist auch die Neutralität hinsichtlich der Gewinnverwendung und der Wahl der Rechtsform nicht mehr gewährleistet. Wir haben diese Bedenken nur hintangestellt, weil wir im Standortsicherungsgesetz einen Einstieg in eine weitergehende Reform der Unternehmensbesteuerung sahen.

Die Schritte einer solchen Reform sollten nunmehr am Anfang einer neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages verläßlich festgelegt und in einen verbindlichen Zeitplan gebracht werden. Wir können uns dabei folgende Schritte einer Unternehmenssteuerreform vorstellen:

— Die Gewerbekapitalsteuer und die betriebliche Vermögensteuer werden in den neuen Bundesländern bis zum 31. Dezember 1995 nicht erhoben. Diese Ausnahmeregelung könnte noch einmal um ein Jahr verlängert, und zum 1. Januar 1997 könnten dann beide Steuern im gesamten Bundesgebiet abgeschafft werden. Es handelt sich in beiden Fällen um einheitswertabhängige und ertragsunabhängige Steuern, die die Risikoanfälligkeit der Unternehmen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erhöhen und die Eigenkapitalbildung erschweren.

— Der Solidaritätszuschlag könnte in drei Schritten beginnend mit dem 1. Januar 1996 abgebaut werden.

Mittelfristig — wenn die Auswirkungen dieser Maßnahmen fiskalisch verkraftet sind — könnte der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer an den inzwischen gesenkten Thesaurierungssatz der Körperschaftsteuer herangeführt werden. Nur auf diese Weise können Gewinnverwendungsneutralität und Rechtsformneutralität gesichert werden; damit kann ein zentrales Element der Körperschaftsteuerreform von 1977 wieder verwirklicht werden.

307. Die Maßnahmen des Standortsicherungsgesetzes — Senkung des Thesaurierungssatzes der Körperschaftsteuer und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer für Einkünfte aus Gewerbebetrieb — sind mit der Sonderbelastung der deutschen Wirtschaft durch die Gewerbesteuer gerechtfertigt worden. Es wäre deshalb nur konsequent gewesen, mit der Entlastungsstrategie auch bei der Gewerbesteuer anzusetzen und diese zu senken oder — wegen der bekannten Mängel dieser Abgabe — einen Ersatz für die Gewerbesteuer zu suchen. Damit werden freilich die fiskalischen Interessen der Gemeinden tangiert. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Unternehmenssteuerreform nicht von einer Gemeindesteuerreform getrennt werden kann. Wenngleich kein Zweifel besteht, daß die Gewerbesteuer in der heutigen Ausgestaltung auch eine schlechte Kommunalsteuer ist, so kommt die gebotene Reform dennoch nicht voran. Das erklärt sich vor allem daraus, daß die Interessenlagen bei der Wirtschaft und bei den kommunalen Spitzenverbänden, aber auch die zwischen den Spitzenverbänden sowie zwischen den einzelnen Kommunen außerordentlich divergieren. Neuerdings scheitert eine Reform auch an den fiskalischen Interessen der Länder, die offenbar nicht bereit sind, Einnahmenausfälle der Kommunen aus dem Wegfall der Gewerbesteuer zu kompensieren.

Eine Reform des Gemeindesteuersystems, die die Abschaffung der Gewerbesteuer vorsieht, müßte in jedem Fall eine neue kommunale Steuer bringen, die an der Produktion oder der Wertschöpfung in einer Gemeinde anknüpft und der Kommune ein Hebesatzrecht einräumt. Die erste Bedingung ist erforderlich, um den Gemeinden den Anreiz zu erhalten, in ihrem Bereich Produktion anzusiedeln und zu erhalten, um damit Arbeitsplätze zu schaffen. Das Hebesatzrecht ist geboten, um die in Artikel 28 Absatz 2 GG garantierte Autonomie der Gemeinden auch von der Einnahmenseite her zu sichern. Die Gemeinden in Westdeutschland finanzieren sich heute schon zu 30 vH über Zuweisungen der Länder; in Ostdeutschland liegt der Anteil noch deutlich höher. Mit einer weiteren Zunahme der Zuweisungen droht die Gefahr, daß die Einnahmenautonomie der Gemeinden abhanden kommt. Mit solchen Transfers sind direkt oder indirekt meist Einflußmöglichkeiten auf die Ausgabenentscheidungen verbunden — eben nach der Erfahrung, daß derjenige, der zahlt, auch bei der Verwendung der Mittel mitbestimmen will. Eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen würde weitere Zuweisungen an die Kommunen bringen. Zudem ist bei dieser Lösung — ganz abgesehen von europarechtlichen Bedenken — ein Hebesatzrecht praktisch nicht durchzusetzen. Es würde zu einer Differenzierung der Umsatzsteuerbelastung nach Kommunen führen und damit die gleichen Probleme aufwerfen, die innerhalb der Europäischen Union durch ein Clearing-Verfahren gerade gelöst werden sollen. Wir halten nach wie vor die Einführung einer Wertschöpfungsteuer für eine geeignetere Reform. Im Zusammenhang mit den Bestrebungen um eine Steuervereinfachung wird in jüngster Zeit — vor allem von Unternehmerseite — behauptet, die Erhebung einer Wertschöpfungsteuer sei technisch zu schwierig. Dies beruht unseres Erachtens auf einer Fehleinschätzung: Wenn man die kommunale Wertschöpfung nach der additiven Methode (Wertschöpfung gleich Summe

aus Löhnen, Gewinnen, Zinsen, Mieten und Pachten) ermittelt, kann unmittelbar an die Gewinn- und Verlustrechnung eines Unternehmens angeknüpft werden, so daß sich keine nennenswerten Erhebungsprobleme ergeben sollten.

Eine Reform des Gemeindesteuersystems ist nicht nur wegen der Reform der Unternehmensbesteuerung geboten, sondern auch um die finanzielle Ausstattung der Gemeinden — insbesondere in den neuen Bundesländern — zu sichern. Nachdem durch das Föderale Konsolidierungsprogramm die bundesstaatlichen Finanzbeziehungen fürs erste neu geordnet worden sind, wird eine kommunale Finanzreform in Deutschland dringlicher. Man sollte diese Neuordnung zusammen mit einer Reform der Unternehmensbesteuerung angehen.

Anpassung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer

308. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. September 1992 ist der Gesetzgeber gehalten, den Grundfreibetrag in der Einkommensteuer an das sozialrechtlich definierte Existenzminimum anzupassen. Dieses Urteil beruht auf dem Grundsatz, daß der Staat auf das Einkommen seiner Bürger steuerlich nur insoweit zugreifen kann, wie es über das hinausgeht, was der einzelne zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz in dieser Gesellschaft benötigt. Das Urteil ist trotz der Anpassungserfordernisse im Steuer- und Sozialrecht, die den Staat in Zeiten unausweichlicher Konsolidierungszwänge treffen und auch nicht leicht zu verkraften sind, in jedem Fall umzusetzen.

Nach den Regelungen, die im Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms niedergelegt sind, ergibt sich für das Jahr 1993 bei der Sozialhilfe ein Höchstsatz für einen Ledigen von 10 500 DM und für ein Ehepaar von 21 000 DM. Berücksichtigt man, daß die Neuregelung zum 1. Januar 1996 verwirklicht sein soll und bis dahin eine Anpassung der Sozialhilfesätze vorgenommen sein wird, so ist von einem Betrag von 12 000 DM für einen Ledigen beziehungsweise 24 000 DM für ein gemeinsam veranlagtes Ehepaar auszugehen.

309. Würde man diese Anhebung des Grundfreibetrags im derzeit geltenden Einkommensteuertarif berücksichtigen, so wäre mit Steuerausfällen von etwa 40 Mrd DM zu rechnen. Eine solche Belastung ist angesichts des Zustands der öffentlichen Haushalte nicht zu verkraften, so daß eine Gegenfinanzierung erforderlich wäre.

Dazu könnte eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer genutzt werden. Nach unserer Auffassung besteht dafür auch durchaus ein Potential. Ziel müßte sein, von einem umfassenden Einkommensbegriff auszugehen, der näher als bisher an das Volkseinkommen heranzuführen wäre (JG 93 Ziffern 309ff.).

Zwischen der Höhe des zu versteuernden Einkommens, also der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer, und dem Volkseinkommen, also der Summe aller Faktoreinkommen, bestehen erhebliche Unterschiede. Zunächst werden bestimmte Arten der Einkommen ganz oder teilweise vom Gesetzgeber steuerfrei gestellt (zum Beispiel Zinserträge aus bestimmten Kapitallebensversicherungen, realisierte Vermögenszuwächse im Bereich der privaten Haushalte (nach Ablauf der Spekulationsfristen), bestimmte Lohnzuschläge). Ein weiterer Teil der Einkommen wird auf Grund von Steuerhinterziehung nicht deklariert. Aber selbst die der Finanzverwaltung bekannt gemachten Einkommen werden nicht voll besteuert. Die Kosten der Einkommenserzielung werden bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens — steuersystematisch zu Recht — nicht berücksichtigt, was beispielsweise durch den Werbungskostenabzug zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus läßt der Gesetzgeber im großen Ausmaß — meist aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen — Abzüge bei der Bemessungsgrundlage (zum Beispiel Sonderabschreibungen, Sonderausgaben) zu. Empirische Untersuchungen für das Jahr 1983 — neuere Ergebnisse liegen nicht vor — zeigen, daß damals vom Volkseinkommen lediglich 64 vH der Finanzverwaltung bekannt wurden, davon aber noch einmal rund 22 vH durch Abzüge bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage steuerfrei gestellt wurden, so daß im Ergebnis das besteuerte Einkommen nur etwa die Hälfte des Volkseinkommens ausmachte. Selbst wenn man berücksichtigt, daß im Zuge der Steuerreformen 1988 bis 1990 Steuervergünstigungen im Umfang von rund 18 Mrd DM abgebaut worden sind und durch die Änderung bei der Besteuerung der Zinseinkünfte eine quantitativ bedeutsame Quelle für Steuerhinterziehung partiell geschlossen wurde, dürfte auch heute noch ein erhebliches Reservoir für den Abbau von Steuervergünstigungen, also für eine Verbreitung der Bemessungsgrundlage bestehen.

310. Wir gehen davon aus, daß durch eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage zusätzliche Steuereinnahmen in einem solchem Umfang erzielt werden können, daß die Steuerausfälle infolge der Anhebung des Grundfreibetrags dadurch weitgehend kompensiert werden.

Im Ergebnis werden dann alle Steuerpflichtigen durch die Anhebung des Grundfreibetrags steuerlich entlastet, durch die Erweiterung der Bemessungsgrundlage jedoch stärker belastet. Welche Wirtschaftssubjekte per Saldo besser, welche schlechter dastehen, läßt sich nur entscheiden, wenn bekannt ist, welche Steuervergünstigungen gestrichen und welche bisher steuerfreien Einkommen zusätzlich besteuert werden. Eine Vermutung spricht allerdings dafür, daß vor allem Haushalte mit hohem Einkommen stärker belastet werden, weil sie erfahrungsgemäß größere Möglichkeiten haben, Steuervergünstigungen in Anspruch zu nehmen.

Will man die Einnahmenausfälle, die durch die Erhöhung des Grundfreibetrags entstehen, nicht auf diesem Wege kompensieren, dann bleibt nur eine Änderung des Steuertarifs. Dies kann entweder direkt durch Anhebung der Steuersätze oder indirekt durch ein Abschmelzen des Grundfreibetrags mit steigendem Einkommen geschehen. Den zweiten Weg will offenbar das Bundesfinanzministerium gehen, um die

Steuerausfälle auf rund 15 Mrd DM zu begrenzen. Wir halten beide Vorgehensweisen für bedenklich, weil dadurch die Ergebnisse der Einkommensteuerreform 1990 — vor allem: die Verringerung der Progression des Tarifs — wieder rückgängig gemacht würden. Zudem widerspricht ein solches Vorgehen unseren Vorstellungen von einer Reform der Unternehmensbesteuerung.

311. Nachdem das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes den systematischen Zusammenhang zwischen Einkommensteuer und Sozialhilfe aufgezeigt hat, liegt es nahe, beide Bereiche direkt zu integrieren. Das wäre vor allem dann geboten, wenn bei der Sozialhilfe Erwerbseinkommen mit einem deutlich unter 100 vH liegenden Satz angerechnet werden sollen, um den Anreiz für Sozialhilfeempfänger zu stärken, wenn immer möglich eine angebotene Arbeit aufzunehmen. Eine solche Lösung, die eine identische Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer und die Sozialhilfe sowie einen gemeinsamen Steuer-Transfer-Tarif erfordert, entspräche einem Modell der negativen Einkommensteuer (JG 93 Ziffer 318). Damit sind schwer abzuschätzende fiskalische Wirkungen verbunden; diese Reform sollte erst angegangen werden, wenn die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voran gekommen ist.

Finanzpolitisches Handlungsprogramm

312. Die Anpassung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer und die Reform der Unternehmensbesteuerung werden zusätzliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte mit sich bringen, die über Ausgabenkürzungen und durch den Abbau von Steuervergünstigungen finanziert werden sollen. Ein solches Programm muß in die Konsolidierungspolitik der nächsten Jahre eingepaßt werden. Das ist schon deshalb erforderlich, weil die mit der Staatsverschuldung verbundene Zinsbelastung sprunghaft gestiegen ist und damit zu einer weiteren Einschränkung der finanzpolitischen Spielräume geführt hat. Im Jahre 1995 und den kommenden Jahren werden — wie die folgende Konsolidierungsrechnung zeigt — die Zinsausgabenquote und die Zinseinnahmenquote erneut ansteigen. Während sie 1989 noch bei 8,7 vH beziehungsweise 9,1 vH lagen, werden sie bis 1998 auf 12,8 vH beziehungsweise 13,0 vH steigen.

Konsolidierung zielt auf den Abbau des strukturellen Defizits. Dieses ergibt sich, wenn vom Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts (ohne ERP-Sondervermögen) das konjunkturell bedingte Defizit und die investitionsorientierte Verschuldung abgezogen werden. Nach der an anderer Stelle im einzelnen dargestellten Berechnungsmethode (Ziffern 178 ff.) ist für das Jahr 1995 mit einem konjunkturell bedingten Defizit in Höhe von 22 Mrd DM zu rechnen; die „investitionsorientierte Verschuldung" dürfte bei 44 Mrd DM liegen. Vermindert man das nach unserer Einschätzung zu erwartende Gesamtdefizit von 117 Mrd DM um diese beiden Komponenten und berücksichtigt man die Bereinigung der Gewinnabführung der Bundesbank, dann ergibt sich für 1995 ein strukturelles Defizit von 49½ Mrd DM; das sind 1,4 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Tabelle 41, Seite 169).

Die von der Finanzpolitik mittelfristig zu bewältigende Konsolidierungsaufgabe muß sich an diesem Defizit als Ausgangswert orientieren. Um die Möglichkeiten der Realisierung abzuschätzen, skizzieren wir im folgenden die Entwicklung des Gesamthaushalts für die Zeit von 1994 bis 1998.

Dabei ist für Westdeutschland eine nominale jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 4,5 vH und für Ostdeutschland von 10 vH angenommen worden. Die Steigerungsraten für die öffentlichen Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind den bisher vorliegenden Daten der Haushalts- und Finanzplanung der Gebietskörperschaften entnommen. Die Zinsausgaben sind ausgehend von den Finanzierungsdefiziten der jeweiligen Vorjahre mit einem Zinssatz von 7 % fortgeschrieben worden. Die Steuereinnahmen wurden ausgehend von der Steuerquote des Jahres 1994 auf der Basis der Steuerschätzung vom Mai 1994 geschätzt. Unter diesen Bedingungen ergibt sich das in Tabelle 45 dargestellte Konsolidierungsmodell.

313. Unter den Annahmen der Finanzplanung ergibt sich, daß die quantitative Konsolidierung im Jahre 1998 erreicht sein würde. Die Defizitquote des öffentlichen Gesamthaushalts würde dann bei 0,6 vH, das Finanzierungsdefizit unter dem zu erwartenden Wert für die „investitionsorientierte Verschuldung" liegen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß in der Finanzplanung die Folgen der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums und weiterer — im Grundsatz bereits angekündigter — finanzpolitischer Vorhaben, wie etwa die einer Reform der Unternehmensbesteuerung oder des Familienlastenausgleichs, noch nicht berücksichtigt worden sind. Um dies zu tun, muß zunächst eine Prioritätenliste für die von uns diskutierten Reformschritte aufgestellt werden. Wir könnten uns für die nächsten vier Jahre das folgende finanzpolitische Handlungsprogramm vorstellen:

— Wegen des Handlungsbedarfs, der aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums resultiert, müßte der Grundfreibetrag zum 1. Januar 1996 angehoben werden. Dies sollte konsequent, daß heißt ohne Neufestsetzung der Sozialhilfe geschehen. Um die zu erwartenden Steuerausfälle zu berücksichtigen, stellen wir in die Konsolidierungsrechnung ab 1996 einen jährlichen Betrag von 10 Mrd DM ein.

— Zum 1. Januar 1997 könnte mit der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und der betrieblichen Vermögensteuer der Einstieg in die oben beschriebene Reform der Unternehmensbesteuerung vollzogen werden.

— Der zum 1. Januar 1995 eingeführte Solidaritätszuschlag von 7,5 vH auf die Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld könnte ab dem 1. Januar 1996 in drei Schritten zurückgeführt werden. Zu denken wäre daran, den Satz zunächst auf 5 vH, sodann zum 1. Januar 1997 auf 2,5 vH zu ermäßigen und schließlich zum 31. Dezember 1997 den

Tabelle 45

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte[1]) 1994 bis 1998

	Einheit	1994	1995	1996	1997	1998
I. Bei Umsetzung der Finanzplanungen						
Bruttoinlandsprodukt, nominal [2])						
— Westdeutschland	vH [3])	.	*4,5*	*4,5*	*4,5*	*4,5*
— Ostdeutschland	vH [3])	.	*10*	*10*	*10*	*10*
Ausgaben, ohne Zinsausgaben						
— Bund	vH 3)	.	*1,4*	*−1,8*	*−0,7*	*0,5*
— Länder und Gemeinden Westdeutschland	vH [3])	.	*3,8*	*5,0*	*3,1*	*3,2*
— Länder und Gemeinden Ostdeutschland	vH [3])	.	*5,0*	*3,3*	*2,3*	*3,5*
Fonds „Deutsche Einheit" [4])	Mrd DM	42	7½	7½	7	7
ERP und LAF	Mrd DM	17	17½	16½	13	11
KAF und Erblastentilgungsfonds	Mrd DM	12	28	28	25	25
Bundeseisenbahnvermögen	Mrd DM	27	27½	28	27	26½
Ausgaben, insgesamt [5])	Mrd DM	1 165	1 224	1 258	1 277	1 309
Einnahmen, insgesamt [5])	Mrd DM	1 028	1 100	1 158	1 217	1 284
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	137	124	100	60	25
Defizitquote [6])	vH	*4,1*	*3,5*	*2,7*	*1,5*	*0,6*
Steuerquote [6])	vH	*23,6*	*24,4*	*24,6*	*24,8*	*25*
Zinslastquote [7])	vH	*8,1*	*8,6*	*9,1*	*9,5*	*9,6*
Zins-Einnahmen-Quote [8])	vH	*9,2*	*9,5*	*9,8*	*9,9*	*9,7*
Nachrichtlich:						
Zinserstattungen [9])	Mrd DM	21	47½	44	43½	42
Zinsausgaben, insgesamt [10])	Mrd DM	116½	152½	158	164½	167
Zinslastquote, insgesamt [7]) [10])	vH	*9,9*	*12,5*	*12,6*	*12,9*	*12,8*
Zins-Einnahmen-Quote [8]) [10])	vH	*11,2*	*13,9*	*13,6*	*13,5*	*13,0*
II. Bei Umsetzung des finanzpolitischen Handlungsprogramms						
Steuerausfall durch						
Abbau Gewerbekapitalsteuer/ betriebliche Vermögensteuer	Mrd DM	0	0	0	10	10
Abbau Solidaritätszuschlag	Mrd DM	0	0	10	22	36
Erhöhung Grundfreibetrag	Mrd DM	0	0	10	10	10
Ausgabenkürzungen	Mrd DM	0	0	25	30	40
Ausgaben, insgesamt [5])	Mrd DM	1 165	1 224	1 233	1 247	1 270
Einnahmen, insgesamt [5])	Mrd DM	1 028	1 100	1 138	1 175	1 228
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	137	124	95	72	42
„Investitionsorientierte Verschuldung" [11])	Mrd DM	44½	44	45½	47	48½
Defizitquote [6])	vH	*4,1*	*3,5*	*2,6*	*1,9*	*1,0*
Steuerquote [6])	vH	*23,6*	*24,4*	*24,3*	*24,0*	*23,9*

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt in der Abgrenzung der Finanzstatistik.
[2]) Annahmen der Bundesregierung im Finanzplan 1994 bis 1998.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Ab 1995: Zins- und Tilgungsleistungen für die aufgelaufene Verschuldung.
[5]) Um Zahlungen zwischen den Haushalten bereinigt.
[6]) Finanzierungsdefizit/Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.
[7]) Zinsausgaben der Gebietskörperschaften in vH der Gesamtausgaben.
[8]) Zinsausgaben der Gebietskörperschaften in Relation zu den Gesamteinnahmen.
[9]) Zinserstattungen der Gebietskörperschaften an Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, ostdeutsche Wohnungswirtschaft.
[10]) Zinsausgaben und Zinserstattungen der Gebietskörperschaften.
[11]) Zur Erläuterung siehe Ziffer 183 ff., Seiten 153 ff.

Solidaritätszuschlag auslaufen zu lassen. Daran anschließend könnte mit der Absenkung der Sätze der Einkommensteuer auf die Höhe des Thesaurierungssatzes der Körperschaftsteuer begonnen werden.

Um dieses finanzpolitische Programm umzusetzen, gleichzeitig aber den Konsolidierungskurs fortsetzen zu können, wären — im Vergleich zur vorliegenden Finanzplanung — ab dem Jahr 1996 im öffentlichen Gesamthaushalt Ausgabenkürzungen von etwa 25 Mrd DM mit ansteigendem Volumen erforderlich. Verglichen mit den bisherigen Konsolidierungsprogrammen scheint uns ein solches Einsparvolumen erreichbar zu sein. Gelingt dies, dann würde im Jahre 1998 die Defizitquote bei 1 vH liegen; die quantitative Konsolidierung wäre — gemessen am zu erwartenden Wert für die „investitionsorientierte Verschuldung" — erreicht.

Finanzbeziehungen zur Europäischen Union

314. Auf der Suche nach Einsparmöglichkeiten sind auch die (Netto-) Zahlungen der Bundesrepublik an die Europäische Union in das öffentliche Interesse gerückt. Deutschland leistete 1993 — neuere Zahlen liegen nicht vor — mit etwa 23,6 Mrd DM (0,75 vH in Relation zum deutschen Bruttoinlandsprodukt) von allen Mitgliedsländern den mit Abstand höchsten Nettobeitrag zum EU-Haushalt. Nach der Finanziellen Vorausschau würde dieser Betrag bis zum Jahre 1999 auf dann 27 Mrd DM steigen. Noch höhere Zahlungen sind zu erwarten, wenn es 1999 zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion kommt. Wechselkursänderungen sind innerhalb einer Währungsunion nicht mehr möglich, und damit verlieren die Mitgliedsländer ein Instrument, mit dem sie auf unterschiedliche Entwicklungen reagieren können. Es spricht vieles dafür, daß zum Ausgleich dann verstärkt Transfers eingesetzt werden. Die Zahlungen über die Strukturfonds würden im übrigen dramatisch ansteigen, wenn die Europäische Union nach Osten hin durch Aufnahme neuer Mitgliedsländer erweitert würde. Eine auf Konsolidierung der Staatsfinanzen ausgerichtete Finanzpolitik muß in Schwierigkeiten geraten, wenn die Zahlungen an den EU-Haushalt ständig expandieren.

315. Im Jahre 1992 belief sich das Volumen des EG-Gesamthaushalts gemessen an den getätigten Zahlungen auf 58,6 Mrd ECU (Tabelle 46) oder 1,1 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft.

Auf der Ausgabenseite entfiel dabei der größte Anteil auf die Zahlungen an die europäische Landwirtschaft (im Rahmen des EAGFL, Abt. Garantie) mit 31,2 Mrd ECU (53,3 vH), gefolgt von den Strukturmaßnahmen mit 18,5 Mrd ECU (31,5 vH). In regionaler Hinsicht erhielten Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland mit zusammen 54 vH den größten Teil der Ausgaben; bezieht man die Zahlungen der Gemeinschaft an die Mitgliedstaaten allerdings auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt, so zeigt sich, daß die am wenigsten wohlhabenden Mitgliedstaaten Griechenland, Irland und Portugal am stärksten bevorzugt werden.

Auf der Einnahmenseite des EG-Haushalts (tatsächliche Einnahmen) stellten im Jahre 1992 die MwSt-

Tabelle 46

Zum Haushalt der Europäischen Union im Jahre 1992[1])

Land	Getätigte Zahlungen an die Mitgliedsstaaten[2])			Tatsächliche Einnahmen aus Eigenmitteln von den Mitgliedsstaaten[3])		
	Mio ECU	Anteil in vH[4])	je Einwohner in ECU	Mio ECU	Anteil in vH[4])	je Einwohner in ECU
Belgien	2 404,6	*4,0*	239	2 239,1	*3,7*	223
Dänemark	1 311,4	*2,2*	254	1 034,8	*1,7*	200
Deutschland	7 299,9	*12,2*	91	16 997,5	*28,4*	211
Frankreich	9 049,8	*15,1*	158	10 493,4	*17,5*	183
Griechenland	4 332,6	*7,2*	421	728,6	*1,2*	71
Großbritannien	4 314,6	*7,2*	75	6 702,4	*11,2*	116
Irland	2 602,4	*4,3*	734	462,3	*0,8*	130
Italien	7 775,6	*13,0*	137	8 279,9	*13,8*	146
Luxemburg	287,5	*0,5*	733	123,5	*0,2*	315
Niederlande	2 705,0	*4,6*	178	3 534,0	*5,9*	233
Portugal	2 978,0	*5,0*	319	838,1	*1,4*	90
Spanien	7 567,6	*12,6*	194	4 828,0	*8,1*	124
Nicht zurechenbar	5 944,4	*9,9*	x	—	—	—
Insgesamt[5])	58 573,2	*97,8*	169	56 261,7	*94,0*	163

[1]) Zu den Einzelheiten der konsolidierten Haushaltsrechnung siehe Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofes zum Haushaltsjahr 1992.
[2]) Für die Bereiche EAGFL-Garantie, EAGFL-Ausrichtung, Regionalfonds, Sozialfonds, Verwaltung und Sonstige abzüglich Erstattungen.
[3]) Agrarabschöpfungen, Zucker- und Isoglukoseabgaben, Zölle, MwSt-Eigenmittel, BSP-Eigenmittel abzüglich Erhebungskosten.
[4]) An den zur Finanzierung im Haushaltsjahr 1992 verwendeten/verfügbaren Finanzmittel von 59,9 Mrd ECU.
[5]) Bei den getätigten Zahlungen sind die auf das Jahr 1993 übertragenen Mittel (1,3 Mrd ECU), der Saldo des Haushaltsjahres 1992 (1,0 Mrd ECU), Übertragungen aus dem Haushaltsjahr 1991 (–1,1 Mrd ECU) und Sonstige (1,1 Mrd ECU), bei den tatsächlichen Einnahmen der aus dem Vorjahr verfügbare Überschuß (2,8 Mrd ECU) und Verschiedenes (0,8 Mrd ECU) nicht enthalten.

Quelle: EU

Eigenmittel mit 34,7 Mrd ECU (61,6 vH) den weitaus größten Einzelposten dar, gefolgt von den Zolleinnahmen (11,1 Mrd ECU oder 19,7 vH) und den BSP-Eigenmitteln (8,3 Mrd ECU oder 14,8 vH). Dabei steuerte Deutschland — entsprechend seinem hohen Anteil am innergemeinschaftlichen Bruttoinlandsprodukt — den größten Teil der Einnahmen bei, nämlich 30,2 vH, gefolgt von Frankreich und Italien. Bezieht man die Einnahmen aus den Mitgliedsländern auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt, so ergeben sich Zahlungsbelastungen zwischen 0,83 vH für Großbritannien und 1,51 vH für Luxemburg.

Die Finanzierung der Europäischen Union gründet sich auf vier Säulen; auf die von den Mitgliedstaaten als Transfer abzuführenden MwSt-Eigenmittel und die BSP-Eigenmittel auf der einen Seite und die der Gemeinschaft als eigene Einnahmen zukommenden Zolleinkünfte sowie die Agrarabschöpfungen und die Zuckerabgabe auf der anderen Seite. Die Gesamthöhe der jährlichen Einnahmen ist dabei durch eine verbindliche mittelfristige Finanzplanung („Finanzielle Vorausschau") bestimmt, durch die die in einem Jahr maximal zur Verfügung stehenden Mittel als Prozentsatz des Bruttosozialprodukts in der Gemeinschaft festgelegt werden. Nach der derzeit gültigen Finanziellen Vorausschau (1993 bis 1999) soll der Finanzierungsrahmen der Europäischen Union von heute 1,20 vH des realen gemeinschaftlichen Bruttosozialprodukts schrittweise auf 1,27 vH im Jahre 1999 angehoben werden. Da Einnahmen und Ausgaben in der mittelfristigen Planung in konstanten Preisen (von 1992) festgelegt werden, gilt für den Haushalt eine volle Realwertsicherung.

Die Finanzierungsstruktur des Haushalts ist variabel: Da insbesondere die Entwicklung der von Weltmarktpreisen und Wechselkursen abhängigen Agrarabschöpfungen wie auch die Höhe der Zolleinnahmen nur schwer prognostiziert werden können, werden die von den einzelnen Ländern abzuführenden BSP-Eigenmittel in ihrer Höhe jeweils so angepaßt, daß der vorgesehene Ausgabenplafonds gedeckt ist (Restfinanzierung). Detaillierte Regeln gibt es allein für die Bemessung der der Europäischen Union zustehenden MwSt-Eigenmittel. Deren Höhe wird als Anteil (derzeit 1,4 vH) einer einheitlich definierten Bemessungsgrundlage der in allen Mitgliedstaaten erhobenen Mehrwertsteuer bestimmt (MwSt-Eigenmittelhöchstsatz) und von den einzelnen Ländern aus allgemeinen Haushaltsmitteln an die Europäische Union weitergeleitet. Um zu verhindern, daß Länder mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil des Privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt übermäßig belastet werden, wird die MwSt-Bemessungsgrundlage jedoch nur bis zu einer bestimmten Höhe (derzeit 55 vH des Bruttosozialprodukts) bei der Ermittlung der zu zahlenden MwSt-Eigenmittel herangezogen (Kappungsgrenze); in den davon im Jahre 1993 betroffenen Ländern (Griechenland, Portugal, Irland, Großbritannien und Luxemburg) handelt es sich somit also auch bei den MwSt-Eigenmitteln faktisch um einen auf das Bruttosozialprodukt bezogenen Beitrag. Sonderregeln gelten für Großbritannien.

Im Rahmen der geltenden Finanziellen Vorausschau wurde beschlossen, den MwSt-Eigenmittelhöchstsatz bis auf 1,0 vH im Jahre 1999 zurückzuführen und die Kappungsgrenze von 1995 an schrittweise (im Falle der vier weniger wohlhabenden Mitgliedsländer in einem Schritt) auf 50 vH zu senken. Im Ergebnis wird dadurch der Anteil der BSP-Eigenmittel an der Finanzierung des EU-Haushalts weiter zunehmen.

Die Aufnahme von Krediten für den Gesamthaushalt ist nach den derzeit gültigen Regeln nicht erlaubt. Die Europäische Kommission hat jedoch die Schaffung einer Darlehensfazilität in Höhe von 8 Mrd ECU jährlich angeregt, um auf diese Weise die Finanzierung des mit dem Weißbuch über „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" beschlossenen Ausbaus transeuropäischer Netze in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation zu ermöglichen.

316. Das Interesse der Öffentlichkeit gilt in erster Linie dem Nettobeitrag der einzelnen Länder. Im Jahre 1992 waren fünf Länder — gemessen an der Differenz getätigter Zahlungen abzüglich tatsächlicher Einnahmen — Nettozahler, nämlich Deutschland, Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Italien. Größte Nettoempfängerländer waren Griechenland und Spanien. Bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt lagen die Nettozahlungen aus dem EG-Haushalt an Griechenland und an Irland mit 6 vH am höchsten. Alles in allem betrug der Umfang der Umverteilung zwischen „reicheren" und „ärmeren" Mitgliedstaaten, wie er sich anhand dieser Nettobeiträge darstellt, etwa 11 Mrd ECU.

Es bestehen freilich Bedenken gegen die Berechnung von Nettozahler- und -empfängerpositionen. Diese werden durch bloße Gegenüberstellung der Zahlungsströme ermittelt, ohne daß die dahinter stehenden ökonomischen Zusammenhänge berücksichtigt werden:

- So werden Zölle und Abschöpfungen dem Land als Einnahme zugeordnet, über dessen Grenzen die Produkte in die Gemeinschaft eingeführt werden, nicht aber — was ökonomisch geboten wäre — dem Land, in dem die entsprechenden Waren letztlich verbraucht werden. Die Nettobeiträge der Haupteinfuhrländer (Niederlande und Belgien) werden deshalb zu hoch ausgewiesen.
- Auf der Ausgabenseite werden die Verwaltungsausgaben dem Land zugerechnet, in dem die jeweilige EU-Institution ihren Sitz hat (vor allem: Belgien und Luxemburg), obwohl die erbrachten Verwaltungsleistungen allen Ländern zugute kommen.
- Ausfuhrerstattungen für die Landwirtschaft werden dort verbucht, wo die entsprechenden Waren die Gemeinschaft verlassen, nicht aber am Produktionsort.
- Auch die Ausgaben für den Aufkauf von Agrarprodukten werden nicht dem Produktionsort, sondern der Interventionsstelle zugeordnet.
- Zahlungen an Drittländer, die etwa 5 vH der Ausgaben ausmachen, werden nicht länderweise zugerechnet.
- Zurechnungen erfassen im übrigen nur Primärwirkungen; Ausgaben für strukturpolitische Maßnahmen in einem Land können über dadurch steigende Importe auch einem anderen Mitgliedsland Vorteile bringen.

Alles in allem dürften etwa 25 vH der Einnahmen und sogar 40 vH der Ausgaben nur schwer den Mitgliedstaaten zugeordnet werden können. Berechnungen zur Nettoposition der einzelnen Länder verlieren damit erheblich an Aussagekraft.

In der Nettoposition werden lediglich Transaktionen über den EU-Haushalt erfaßt. Damit sind die Nutzen und Kosten einer Mitgliedschaft keineswegs hinreichend beziffert. So lassen sich beispielsweise die Vorteile einer intensivierten Arbeitsteilung im Europäischen Binnenmarkt und einer politischen Vertie-

fung der Europäischen Union kaum quantifizieren, und auch die Auswirkungen der von der Europäischen Union erlassenen gemeinschaftsweiten gesetzlichen Regelungen lassen sich nicht adäquat erfassen. Aus diesen Gründen ist eine Betrachtung der Nettosalden wenig aussagekräftig.

317. Es ist dagegen sinnvoll, Ausgaben und Einnahmen der Europäischen Union getrennt zu betrachten, um zu einer Bewertung der Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten zu gelangen. Dabei sollen lediglich die einem Land direkt zurechenbaren Zahlungen berücksichtigt werden, um die beschriebenen Verzerrungen zu vermeiden. Auf der Einnahmenseite sind dies die BSP- und MwSt-Eigenmittel, auf der Ausgabenseite die strukturpolitisch motivierten Ausgaben, zumal diese als einzige vornehmlich der Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten dienen. Als Beurteilungsmaßstab bietet sich dabei das jeweilige nationale Bruttoinlandsprodukt an, das als Maß für das in den einzelnen Ländern erreichte Wohlstandsniveau gelten kann. Unter dem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit sollten die zurechenbaren Einnahmen je Einwohner in etwa proportional dem jeweils erreichten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (gemessen in Kaufkraftstandards) sein, bei den Ausgaben sollte die umgekehrte Proportionalität bestehen.

Dieses Kriterium scheint wenigstens auf der Einnahmenseite weitgehend erfüllt; die Höhe der BSP- und MwSt-Eigenmittel (je Einwohner) steht im großen und ganzen in Übereinstimmung mit dem in den einzelnen Staaten erreichten Wohlstandsniveau. Dies gilt insbesondere auch für die weniger wohlhabenden Länder. Eine Ausnahme bildet Großbritannien. Das ist auf eine Sonderregelung für die Bemessung der MwSt-Eigenmittel zurückzuführen.

Auch hinsichtlich der Mittel für strukturpolitische Maßnahmen (Strukturfonds-Mittel und sonstige Interventionen mit strukturpolitischer Zielsetzung) besteht im großen und ganzen ein der Wirtschaftskraft der jeweiligen Länder entsprechender Zusammenhang, denn die weniger wohlhabenden Staaten erhalten je Einwohner deutlich höhere Zuweisungen als die wohlhabenden Länder. Bevorzugt wird allerdings Irland, das die höchsten strukturpolitischen Zuweisungen pro Kopf der Bevölkerung erhält. Im großen und ganzen dürfte die oben aufgestellte Anforderung der Proportionalität auch bei den Ausgaben für strukturpolitische Zwecke gelten.

Durch Artikel 130d EG-Vertrag wurde zusätzlich zu den bestehenden Strukturfonds ein Kohäsionsfonds eingerichtet, mit dem den weniger wohlhabenden Ländern die Erfüllung der für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion geforderten Konvergenzkriterien erleichtert werden soll. Mittel werden grundsätzlich nur solchen ***Mitgliedstaaten*** *gewährt, deren durchschnittliches Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung weniger als 90 vH des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt; dies waren 1993 Griechenland (49,1 vH), Portugal (57,3 vH), Irland (64,1 vH) und Spanien (79,9 vH). Mittel werden zudem nur unter der Voraussetzung gewährt, daß ein Konvergenzprogramm vorgelegt wurde; die Zusage wird entzogen, wenn das jeweilige Land die Bestimmungen des Artikel 104c EG-Vertrag (Vermeidung eines übermäßigen Defizits) verletzt. Schließlich können aus dem Kohäsionsfonds lediglich Umweltschutzinvestitionen und Verkehrsinfrastrukturinvestitionen unterstützt werden, letztere allerdings nur, wenn sie dem Ausbau transeuropäischer Netze dienen. Im Zeitraum 1993 bis 1999 stehen etwa 15 Mrd ECU an Mitteln aus dem Kohäsionsfonds zur Verfügung, wobei (vorbehaltlich einer Überprüfung der Förderungswürdigkeit im Jahre 1996) Spanien 52 vH bis 58 vH, Griechenland 16 vH bis 20 vH, Portugal 16 vH bis 20 vH und Irland 7 vH bis 10 vH der Fördermittel erhalten sollen.*

Demgegenüber werden Mittel aus den Strukturfonds als Zuschuß zu Projekten in den als besonders benachteiligt angesehenen ***Regionen*** *geleistet. Die Regionen werden dabei anhand der Kriterien Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Relation zum Gemeinschaftsdurchschnitt (Ziel 1), Höhe und Struktur der Arbeitslosigkeit (Ziel 2 und Ziel 4) sowie Fortschritt im Strukturwandel (Ziel 2, Ziel 4 und Ziel 5) abgegrenzt. Ziel 3 (Bekämpfung der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit), Ziel 4 (Anpassung von Arbeitskräften an Technologie- und Produktionsinnovation) sowie Ziel 5a (Beschleunigung der Anpassung von Agrarrichtlinien) beziehen sich auf das gesamte Gebiet der Gemeinschaft; die Förderung ist hierbei nicht regionengebunden. Bei den Beitrittsverhandlungen mit den skandinavischen Ländern wurde eine zusätzliche Förderkategorie (Ziel 6) definiert, die die polaren Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte umfaßt. Förderfähig sind neben privaten und öffentlichen Investitionen (Regionalfonds) auch bestimmte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Sozialfonds).*

318. Neben den Mitteln, die aus dem Gesamthaushalt an die einzelnen Mitgliedsländer fließen, ist auch die Darlehenstätigkeit der Gemeinschaft zu berücksichtigen. Der Kommission ist es in vier Fällen gestattet, Anleihen zum Zwecke der Refinanzierung von Darlehen an Darlehensnehmer innerhalb der Gemeinschaft aufzulegen. Darunter fallen das Neue Gemeinschaftsinstrument (NGI), Darlehen der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom-Darlehen), Darlehen zur Stützung der Zahlungsbilanzen sowie Darlehen im Rahmen des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Im Falle des NGI und der EGKS-Darlehen werden zusätzlich Zinszuschüsse aus Haushaltsmitteln gewährt. Der Bestand der Darlehen erreichte Ende 1992 eine Höhe von 13,2 Mrd ECU, wobei auf EGKS-Darlehen mehr als 50 vH des gesamten Forderungsbestandes entfielen. Im Jahre 1992 wurden Darlehen im Umfang von 1,5 Mrd ECU (ausschließlich EGKS-Kredite) neu vergeben; allerdings überschritten die Tilgungen die Neuauszahlungen in diesem Zeitraum deutlich.

Von größerer Bedeutung ist die Darlehenstätigkeit der Europäischen Investitionsbank (EIB), die nicht im Gesamthaushalt erfaßt wird. Die EIB vergibt zinsgünstige Kredite an Projekte im Bereich des Infrastrukturausbaus (sofern von gemeinschaftlichem Interesse), des Umweltschutzes und der Regionalentwicklung, insbesondere in den rückständigen Regionen der Mitgliedstaaten. Da die Darlehen der EIB in gewisser Weise die Ausgaben aus den Strukturfonds ergänzen, kommt es gerade in den begünstigten Regionen der drei am wenigsten wohlhabenden Mitgliedsländer zu erheblichen Kumulationseffekten.

Im Jahre 1992 wurden Darlehen für Projekte innerhalb der Gemeinschaft in Höhe von 16,1 Mrd ECU neu vergeben; der gesamte Forderungsbestand der Europäischen Investitionsbank belief sich Ende des Jahres auf 76,9 Mrd ECU. Die Förderung kam dabei insbesondere Italien und Spanien zugute.

319. Im Vergleich zur Situation im Jahre 1992 haben sich die Zahlungen Deutschlands an die Gemeinschaft bis heute kräftig erhöht; den Haushaltsansätzen

zufolge stiegen sie zwischen 1992 und 1994 um 24 vH auf nunmehr 21,1 Mrd ECU (1,3 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Der deutsche Finanzierungsbeitrag hat damit deutlich stärker zugenommen als der Finanzierungsrahmen der Gemeinschaft insgesamt, der sich — nicht zuletzt auch wegen des mit dem Maastrichter Vertrag zugunsten der vier weniger wohlhabenden Mitgliedsländer (Griechenland, Portugal, Irland und Spanien) eingerichteten Kohäsionsfonds — um 18 vH erhöht hat. Grund hierfür ist vor allem die mit der Vereinigung größer gewordene Bemessungsgrundlage für die BSP-Eigenmittel, deren Anteil an den deutschen Zahlungen seit 1992 um fast drei Prozentpunkte angestiegen ist. Alles in allem trägt Deutschland zu den Einnahmen des EU-Gesamthaushalts in diesem Jahr 30,4 vH bei. Dies entspricht — anders als noch 1992 — nahezu dem deutschen Anteil am gemeinschaftlichen Bruttoinlandsprodukt (29,5 vH).

Auf der Ausgabenseite wurden die neuen Bundesländer mit Wirkung vom 1. Januar 1994 als Regionen mit erheblichem Entwicklungsrückstand (Ziel 1-Gebiet) in die Regionalförderung aufgenommen, so daß für den Zeitraum 1994 bis 1999 insgesamt 14 Mrd ECU zur Verfügung stehen, aufs Jahr gerechnet etwa das Zweieinhalbfache des für die Jahre 1991 bis 1993 bereitgestellten Betrages (insgesamt 3 Mrd ECU). Dies hat, für sich genommen, zu einer Zunahme der Zahlungen an Deutschland beigetragen.

Eigene Einnahmen für die Europäische Union?

320. Schon heute ist abzusehen, daß der Finanzierungsrahmen ab 1999 nicht mehr ausreichen wird, zumal wenn die Gemeinschaft weitere Aufgaben an sich zieht, wozu sie — unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips — nach dem Maastricht-Vertrag berechtigt ist. Bleibt es beim bisherigen Finanzierungssystem, dann müßte die Obergrenze für das Haushaltsvolumen von 1,27 vH (im Jahre 1999) angehoben werden. Im Ergebnis würden die von den Mitgliedsländern zu zahlenden BSP-Eigenmittel erhöht. Von Seiten der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments wird statt dessen jedoch eine weitere eigene Einnahme gefordert, für die die Union Gesetzgebungs- und Ertragshoheit erhalten soll. Dabei ist zunächst festzuhalten, daß derzeit lediglich die Zolleinnahmen und Abschöpfungen den Charakter einer eigenen Einnahme haben. Bei den MwSt-Eigenmitteln und den BSP-Eigenmitteln handelt es sich — entgegen der Bezeichnung — um Finanzbeiträge der Mitgliedsländer, die sich auf der Basis der vereinheitlichten Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer und nach dem Bruttosozialprodukt der einzelnen Länder berechnen und aus den allgemeinen Haushaltsmitteln bezahlt werden.

Für eigene Einnahmen wird vorgebracht, daß dadurch den Bürgern die Aktivitäten der Gemeinschaft und die daraus resultierenden Kosten besser veranschaulicht werden können. Darin könnte eine Chance liegen, übermäßige Ausgabenerhöhungen zu vermeiden. Voraussetzung für ein eigenes Besteuerungsrecht der Gemeinschaft wäre aber, daß die Entwicklung zu einem föderativen Staat vorankommt und die Haushaltsbefugnisse eindeutig und ausschließlich beim Europäischen Parlament liegen. Solange die Union keine Gesetzgebungshoheit im Bereich der Besteuerung hat, könnten ihr nur die Erträge einer nationalen Steuer (ganz oder teilweise) übertragen werden. In diesem Fall müßte aber zumindest die Bemessungsgrundlage einer solchen Steuer vollständig harmonisiert sein. Ansonsten würde für die einzelnen Länder geradezu ein Anreiz geschaffen, die Bemessungsgrundlage (zum Beispiel über Steuerbefreiungen und Freibeträge) in den nationalen Steuergesetzen eng zu definieren, um sich dadurch die eigene Belastung zu erleichtern. Wegen des Harmonisierungsbedarfs kämen insoweit als eigene Einnahmen wohl lediglich die technisch einfachen indirekten Steuern in Frage. Auch das erklärt, warum bereits 1970 die Zolleinnahmen und die Abschöpfungen zu eigenen Einnahmen der Gemeinschaft wurden. Bei beiden Abgaben waren Bemessungsgrundlage und Sätze vereinheitlicht.

Argumente für die Übertragung von Steuerkompetenzen auf einen zentralen Haushalt gibt es im übrigen immer dann, wenn Steuern der Internalisierung grenzüberschreitender europaweiter externer Effekte dienen sollen. Als Beispiel dafür können Umweltabgaben genannt werden. Werden diese dem zentralen Haushalt übertragen, kann die fiskalische Äquivalenz zwischen Kostenträgern und Nutznießern hergestellt werden, was allokationspolitisch erwünscht ist. Allerdings kann statt der Zentralisierung der Steuerkompetenz auch die nationale Steuerhoheit beibehalten werden, wenn die nationalen Steuern harmonisiert werden.

Insgesamt halten wir die Beitragsfinanzierung des Haushalts beim derzeitigen Integrationsstand in der Gemeinschaft nach wie vor für angebracht. Es ist ein technisch einfaches Verfahren, das sich im wesentlichen am Bruttosozialprodukt der einzelnen Mitgliedsländer ausrichten kann. Auch bei dieser Finanzierungsform ist es möglich, für die Bürger die Belastung durch die Tätigkeiten der Union spürbar zu machen. Dies könnte zum Beispiel dadurch geschehen, daß ein Anteil an der nationalen Einkommensteuer offen als EU-Beitrag ausgewiesen wird.

321. Diskutiert werden auch Möglichkeiten der Kreditfinanzierung des europäischen Haushalts. Auf seiten der meisten Mitgliedsländer bestehen dagegen jedoch erhebliche Widerstände, weil befürchtet wird, daß die Kreditfinanzierung der Ausgabenexpansion Vorschub leisten könne. Viele sehen auch Kompetenzverlagerungen, wenn die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament über Kreditaufnahmen entscheiden könnten. Auf der anderen Seite hat der EU-Haushalt — wegen der Bindung des Haushaltsvolumens an das gemeinschaftliche Bruttosozialprodukt — eine prozykliche Entwicklung. Dies kann man jedoch akzeptieren, weil das Haushaltsvolumen nur rund 2 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt ausmacht und die Stabilisierungspolitik auch zukünftig in der Zuständigkeit der nationalen Haushalte verbleiben wird. Wir halten die Gefahren der Ausgabenexpansion und der Kompetenzverlagerung

für gewichtiger als die konjunkturpolitischen Bedenken und plädieren deshalb dafür, im Haushalt der Union keine (weitere) Kreditfinanzierung zuzulassen. Allerdings sollten die in Neben- und Schattenhaushalte ausgelagerten Anleihe- und Darlehenstransaktionen in den Gesamthaushalt eingestellt werden. Nur so können in der Europäischen Union Ausgabenkontrolle und Ausgabendisziplin gesichert werden. Im übrigen gilt auch für den EU-Haushalt: Bevor neue Finanzierungsquellen erschlossen werden, sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft sein, die öffentlichen Ausgaben zurückzuführen. Es muß vermieden werden, daß die nationalen Haushalte zwar konsolidiert werden, um die finanzpolitischen Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages zu erfüllen, gleichzeitig aber die Kreditfinanzierung im europäischen Haushalt ausgeweitet wird.

Bedingungen für eine ausgewogene ökologische Steuerreform schaffen

322. Vorschläge, das deutsche Steuersystem „ökologisch zu reformieren", finden in einem breiten Spektrum der politischen Parteien sowie der öffentlichen Medien Anklang. Wie eine solche Reform zu gestalten wäre, ist im einzelnen allerdings umstritten; sehr unterschiedlich sind die umweltpolitischen Zielsetzungen und die Vorstellungen über die Belastbarkeit der Unternehmen und der privaten Haushalte mit Steuern und Abgaben. Die Forderungen reichen von Abgaben oder Steuern auf einzelne Schadstoffe über eine generelle Energiesteuer bis hin zur umfassenden Umstrukturierung des gesamten deutschen Steuer- und Abgabensystems, bei der nicht nur die Energie, sondern auch Verkehrsleistungen, Schadstoffemissionen in Luft und Wasser sowie Abfallverursachung und anderes mehr mit zusätzlichen Abgaben und Steuern belegt werden sollten. Unterschiedlich sind auch die Vorstellungen über die Verwendung des Aufkommens solcher Steuern und Abgaben. Neben einer Zweckbindung der Mittel für umweltpolitische Belange werden eine partielle oder vollständige Kompensation der zusätzlichen Belastung durch Ermäßigung anderer Steuern und Abgaben gefordert. Zielrichtung müsse es dabei sein, auf der einen Seite den Energieverbrauch und die Emission von Schadstoffen zu verteuern, um so die natürliche Umwelt zu schonen, und auf der anderen Seite die Steuern und Abgaben, die auf Arbeitseinkommen und dem Einsatz des Faktors Arbeit lasten, zu vermindern, um so die Bedingungen für eine höhere Beschäftigung zu schaffen. Durch eine Verlagerung der Steuerlasten vom Faktor Arbeit auf die Faktoren Umwelt und Energie sollen, wie es heißt, zugleich Umweltverbesserungen und Beschäftigungsgewinne erzielt werden.

323. Seit der Umweltkonferenz des Jahres 1992 in Rio de Janeiro wird die umweltpolitische Diskussion in vielen Ländern von der Zielsetzung dominiert, den Ausstoß an Kohlendioxyd (CO_2) und anderen sogenannten Treibhausgasen zu mindern und damit einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Der damals verabschiedeten Klimarahmenkonvention, die am 21. März 1994 in Kraft trat, haben sich inzwischen alle großen Industrieländer angeschlossen; die Konvention legt unter anderem das Ziel fest, den Ausstoß von Kohlendioxyd und anderen Treibhausgasen in den Industrieländern bis zum Jahre 2000 auf das Niveau von 1990 zurückzuführen. Die Bundesregierung hat sich dieses Ziel nicht nur zu eigen gemacht, sondern darüber hinausgehende Anstrengungen angekündigt. Sie beabsichtigt, die Emission von CO_2 in Deutschland bis zum Jahre 2005 um 25 vH bis 30 vH des Ausstoßes im Ausgangsjahr 1987 zu senken. Andere Länder haben ebenfalls recht ehrgeizige CO_2-Reduktionsziele formuliert; in Dänemark und in den Niederlanden sind bereits CO_2-/Energiesteuern eingeführt worden.

Es wird allgemein anerkannt und ist durch Berechnungen verschiedener Forschungsinstitute belegt, daß es ohne stärkere umweltpolitische Anstrengungen nicht möglich sein wird, den Kohlendioxydausstoß in den Ländern der Europäischen Union oder in den OECD-Ländern zu stabilisieren, geschweige denn, das ehrgeizige Ziel der Bundesrepublik zu erreichen. Von der Wirtschaftspolitik werden daher auf mehreren Feldern noch intensivere Anstrengungen gefordert; sie solle eine rationale Energieverwendung fördern, Anreize für Energieeinsparung sowie für den Einsatz erneuerbarer Energiequellen geben, aber eben auch steuerliche Maßnahmen zur Verteuerung des Energieeinsatzes und zur Verminderung des Ausstoßes an Treibhausgasen in Betracht ziehen.

324. Die Bundesregierung hat sich in diesem Zusammenhang für das Konzept einer kombinierten CO_2-/Energiesteuer eingesetzt, wie es die Europäische Kommission empfohlen hat. Während der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union soll das Projekt einer gemeinsamen CO_2-/Energiesteuer vorangebracht werden.

Nach der Richtlinie des Europäischen Rates zur Einführung einer Abgabe auf Kohlendioxydemissionen und Energie wird die CO_2-/Energiesteuer als spezifische Steuer auf Energie und Kohlendioxyd ausgestaltet, wobei im Fall von Rohöl die beiden Komponenten je 50 vH der Steuer ausmachen sollen. Die Steuer soll auf bestimmte als Brenn- oder Kraftstoffe zu verwendende Erzeugnisse wie Steinkohle, Braunkohle, Erdgas und Mineralöle erhoben werden, erneuerbare Energien bleiben ausgenommen. Wichtige Aspekte wie die Art der Besteuerung — zum Beispiel Steuererhebung beim Verbraucher von Energie oder Inputsteuer beim Energieerzeuger — und wie die Behandlung der Kernenergie sind noch nicht festgelegt worden. Nach dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission sollte die CO_2-/Energiesteuer stufenweise eingeführt werden, und zwar beginnend bei 3 US-Dollar im Jahre 1993 und ansteigend auf 10 US-Dollar je Barrel Rohöläquivalent im Jahre 2000. Das Aufkommen einer solchen Steuer, das an die Mitgliedsländer zurückfließen soll, wird in der Endstufe auf etwa 1 vH des gemeinschaftlichen Bruttoinlandsprodukts geschätzt.

Obwohl allgemein anerkannt wird, daß Klimaschutz eine Aufgabe von globaler Dimension ist und eine CO_2-/Energiesteuer, wenn sie auf einzelne Länder beschränkt bleibt, von geringer ökologischer Wirksamkeit sein muß, mehren sich die Stimmen, die eine dem Kommissionsvorschlag entsprechende oder ähnliche Abgabe auch im nationalen Alleingang fordern. Man erhofft sich von einer deutschen Vorreiterrolle eine Anstoßwirkung für intensivere Umweltanstrengungen auch in anderen Ländern und eine erhöhte Konsensbereitschaft der Länder bei internationalen Umweltschutzkonventionen. Nicht zuletzt könne eine

frühzeitige Weichenstellung der Umweltpolitik die Anstrengungen der Unternehmen forcieren, Umwelttechniken und Energiespartechniken fortzuentwikkeln und so einen Vorsprung auf zunehmend größer werdenden Märkten für Umwelttechnologie zu gewinnen. Die erhöhte Abgabenlast, die die Wirtschaft im ganzen zu tragen habe, und die für sich genommen einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen mit sich bringen könne, solle durch Steuer- und Abgabensenkungen an anderer Stelle kompensiert werden.

325. Bei einer Würdigung derartiger Vorschläge ist zunächst einmal der wichtigste Grundsatz einer marktwirtschaftlich orientierten Umweltpolitik in Erinnerung zu rufen: Sie soll Umweltgüter als Aufnahmemedium für Schadstoffe mit Knappheitspreisen versehen, um auf diese Weise den Verursachern von Umweltschäden die gesamtwirtschaftlichen Kosten zuzuweisen und ihnen Anreize zu geben, Schadstoffemissionen zu vermeiden oder deren Menge zu verringern. Diese Strategie der Internalisierung von Umweltkosten wird um so wirkungsvoller sein, je besser es gelingt, Schadstoffe als Bemessungsgrundlage für Steuern oder Abgaben zu erfassen. Dann wird eine Vielzahl von Anpassungsprozessen in Gang gesetzt, die alle darauf hinauslaufen, Schadstoffemissionen zu vermeiden: Den Unternehmen wird ein finanzieller Anreiz gegeben, nachgelagerte oder integrierte Technologien zur Vermeidung und Rückhaltung von Schadstoffen zu entwickeln und einzusetzen, sie werden sich dann verstärkt um Recycling oder die Substitution schadstoffintensiver Inputs bemühen, es wird zu Änderungen in ihrer Produktpalette kommen, und es werden Produktinnovationen sowie Verfahrensänderungen zu erwarten sein. Auch Standortverlagerungen sind eine mögliche Anpassungsreaktion der Unternehmen, wenn die nationalen Knappheitspreise für Umweltgüter wesentlich höher als in anderen Ländern gesetzt werden.

Diese Überlegungen sprechen dafür, lediglich am Kohlendioxydgehalt von Energieträgern anzusetzen, wenn die CO_2-Emissionen zum Schutze des Klimas reduziert werden sollen. Eine allgemeine Energiesteuer wäre — bei gleichem Aufkommen — weniger wirkungsvoll im Hinblick auf die Reduzierung des Kohlendioxydausstoßes. Bei ihr würden die genannten Anpassungsprozesse in Richtung auf weniger energieintensive Produktionsverfahren und Produkte, nicht aber ganz gezielt auf CO_2-Verringerungen hinauslaufen. Der Ansatz, allein die Energiesteuer zu erhöhen, ist damit aus umweltpolitischer Sicht zu eng. Umweltsteuern müssen Schadstoffsteuern sein, die Emissionen zurückdrängen. Eine kombinierte CO_2-/Energiesteuer ist aus dieser Sicht als ein Kompromiß anzusehen, der offenbart, daß die energiepolitischen Interessen zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union stark divergieren.

326. Noch einmal: Die Ausweisung von Knappheitspreisen für die Beanspruchung von Umweltgütern ist ein integrales Element einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Umweltpolitik. Umweltsteuern — also Steuern auf Schadstoffausstoß — legitimieren sich grundsätzlich aus umweltpolitischen Gründen. Sie sind im Idealfall so zu setzen, daß sich Nutzen und Kosten der Umweltpolitik die Waage halten, das heißt, die Schadstoffemissionen sind so weit zurückzuführen, bis die Kosten der Emissionsminderung nicht höher werden als die zusätzlich noch erzielbaren Umweltverbesserungen. Umweltsteuern legitimieren sich dagegen nicht aus fiskalischen Einnahmenwünschen des Staates, auch nicht aus dem Motiv, den Faktor Arbeit zu entlasten. Wenn Umweltsteuern in der umweltpolitisch richtigen Weise wirken, nimmt ihre Bemessungsgrundlage langfristig ab; damit sinken die Steuereinnahmen. Gute Umweltsteuern haben über die Zeit gesehen rückläufige Einnahmen. Gute Umweltsteuern sind fiskalisch schlechte Steuern.

327. Während die Internalisierung von Umweltkosten und das Verursacherprinzip als Grundsätze der Umweltpolitik weithin anerkannt sind, gibt es eine Reihe von Problemen im Hinblick auf Umsetzung und Wirkungsweise von Emissionssteuern, die in der umweltpolitischen Debatte bisweilen nicht mit der nötigen Klarheit gesehen werden:

— Eine vollständige Kompensation der Kosteneffekte einer Umweltsteuer ist weder möglich, allein schon weil Unternehmen in jedem Falle die Kosten der Emissionsvermeidung tragen müssen, noch wäre sie sinnvoll, weil die Lenkungseffekte der Steuer dann weitgehend außer Kraft gesetzt würden. Auch die Verteilungseffekte solcher Steuern können nicht vollständig ausgeglichen werden. Eine Zweckbindung der Einnahmen, die in den Kompensationsvorschlägen häufig vorgesehen ist, verminderte überdies den nötigen Handlungsspielraum der Finanzpolitik (Ziffer 328).

— Ebensowenig wie der Umweltschutz wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden darf, ist zu verkennen, daß in der Realität Zielkonflikte zwischen den Größen Umweltqualität, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auftreten. Damit eine erhöhte steuerliche Belastung von Schadstoffausstoß und Energieverbrauch im ganzen nicht zu einem Verlust an Arbeitsplätzen führt, ist es entscheidend, daß der Strukturwandel in der Volkswirtschaft reibungslos funktioniert. Überdies müssen Einkommenseinbußen durch die mit der Steuererhöhung verbundenen Preissteigerungen akzeptiert werden, eine Überwälzung in die Löhne ist nicht ohne Schaden für die Beschäftigung möglich (Ziffer 329).

— Die Entscheidung über die Einführung und die Ausgestaltung einer CO_2-/Energiesteuer kann nicht getroffen werden, bevor die zukünftige Ausrichtung der Energiepolitik — insbesondere im Hinblick auf die Kernenergie und die Bedeutung der Kohle — im Rahmen eines Energiekonsenses beschlossen worden ist. Sie ist überdies mit anderen Maßnahmen der Umweltpolitik abzustimmen (Ziffer 330).

— Schließlich ist zu berücksichtigen, daß eine Umweltsteuer mit der Zweckbindung des Aufkommens eine wichtige fiskalische Bedeutung bekommt. Das bringt die Gefahr mit sich, daß politische Einflüsse auf eine Anhebung der Steuersätze hinwirken werden (Ziffer 331).

328. Vorschläge zum ökologischen Umbau des Steuersystems gehen zumeist von der Vorstellung der Auf-

kommensneutralität aus; das heißt, das Aufkommen der Umweltsteuern soll den Unternehmen und/oder den privaten Haushalten an anderer Stelle durch Steuerermäßigung oder Abgabenminderung wieder erstattet werden. Von der Vielzahl möglicher Kompensationsmechanismen sind in den vergangenen Jahren vor allem die Senkung der Einkommensteuer und die Herabsetzung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung diskutiert worden. Die Wirkungen dieser Kompensationsmechanismen sind sehr unterschiedlich. Eine Senkung der Einkommensteuer würde den Kaufkraftentzug durch die Verteuerung energie- und umweltintensiver Güter teilweise oder ganz kompensieren, eine zusätzliche Kostenbelastung bei den Unternehmen — aus der Abgabenzahlung, aber auch durch die Kosten der Emissionsvermeidung — bliebe indessen bestehen. Von einer Absenkung der Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber verspricht man sich, daß die Kostenerhöhung durch die Umweltabgabe stärker als bei einer Einkommensteuersenkung ausgeglichen werden kann, so daß sich das Faktorpreisverhältnis unmittelbar zugunsten des Faktors Arbeit und zu Lasten des Faktors Energie verändern würde. Im günstigsten Fall wäre, so die Argumentation, durch diese Umstrukturierung der Steuerlasten sogar mit einer Mehrbeschäftigung zu rechnen.

So wichtig die Forderung ist, daß eine Umweltsteuer unter heutigen Bedingungen nicht zu einer erhöhten Gesamtbelastung mit Steuern führen darf, so eindringlich muß auch vor einer Verengung der Diskussion auf eine mögliche Kompensation der Kosteneffekte einer Umweltsteuer gewarnt werden:

— Eine Kostenkompensation ist allenfalls in Höhe der durch die Umweltsteuer bedingten Zahlungen möglich. Nicht auszugleichen sind die Kosten, die den Unternehmen durch die Vermeidung von Schadstoffemissionen, beispielsweise durch Investitionen in energiesparende Produktionsanlagen, entstehen. Auch bei Rückführung des Mittelaufkommens einer Umweltsteuer bleibt eine Mehrkostenbelastung für die Unternehmen demnach bestehen.

— Soweit sie überhaupt möglich ist, kann eine Kostenkompensation nur gesamtwirtschaftlich gemeint sein; Aufkommensneutralität kann nicht Belastungsneutralität bedeuten. Produktionsbereichen, die energie- und umweltintensiv erzeugen, werden nicht die Mittel zurückerstattet werden können, die sie für die Abgaben aufbringen müssen, sonst ginge der erwünschte Lenkungseffekt der Abgabe weitgehend verloren. In solchen Produktionsbereichen — zu denen vor allem die Hersteller von Eisen und Stahl, Nichteisenmetallen, Zement, chemischen Produkten, aber auch der Verkehrsbereich und der Kohlenbergbau gehören — muß man Kostensteigerungen, Produktionseinbußen und Arbeitsplatzverluste hinnehmen. Daß diese naheliegende Konsequenz einer CO_2-/Energiesteuer nicht selbstverständlich akzeptiert wird, zeigen Überlegungen auf europäischer Ebene, besonders energieintensive Bereiche, bei denen eine Standortverlagerung möglich wäre, von der Besteuerung auszunehmen.

— Eine Kompensation ist auch dann problematisch, wenn damit eine Zweckbindung des ökologischen Steueraufkommens für bestimmte Verwendungen durch den Staat einhergeht. Die Forderung nach einer Aufkommensneutralität zusätzlicher Umweltsteuern bedeutet nicht, wie das in vielen Fällen gefordert wird, daß ein für allemal festgelegt wird, in welcher Weise das Umweltsteueraufkommen zu verwenden ist. Diese Entscheidung hängt von den jeweils vordringlichen wirtschaftspolitischen Aufgaben ab, die sich im Zeitablauf ändern können. Eine Entlastung der Arbeitseinkommen muß nicht unbedingt Priorität haben; zu fragen wäre zum Beispiel, ob in der Bundesrepublik derzeit nicht die Reform der Unternehmensbesteuerung von größerer Dringlichkeit ist. Zweckbindungen vermindern die Fähigkeit der Wirtschaftspolitik, auf veränderte Problemlagen reagieren zu können.

Auch die Verteilungseffekte von Umweltsteuern können nicht vollständig kompensiert werden, wenn Lenkungseffekte erhalten bleiben sollen. Trotzdem ziehen Steuererhöhungen, wie etwa bei der Mineralölsteuer, vielfach die Forderung nach kompensierenden Maßnahmen nach sich, um Benachteiligungen für einzelne Bevölkerungsgruppen auszugleichen. Mit solchen Kompensationsmaßnahmen, etwa höheren Freibeträgen oder Pauschalabsetzungen, werden aber die ursprünglich intendierten Lenkungseffekte geschmälert.

329. Auch wenn der Umweltschutz nicht kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden darf, so sind doch mögliche Zielkonflikte zwischen einer hohen Umweltqualität sowie der Beschäftigung und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sehen. Eine steuerliche Verteuerung des Faktors Energie wirkt — für sich genommen — ähnlich, wie die Energieverteuerung durch eine Ölpreiskrise. Gewiß, eine steuerliche Energieverteuerung käme, da in eine wirtschaftspolitische Konzeption eingebettet, nicht unerwartet, wäre graduell, und die Einnahmen verblieben im Inland. Aber auch eine steuerliche Verteuerung CO_2-intensiver Energieträger entwertet den auf eine bestimmte Energieintensität und Energieart ausgerichteten Kapitalstock, reduziert dessen Produktivität und vermindert damit das Potentialwachstum. Ebenso wie beim Ölpreisschock wird ein Bedarf an Strukturwandel hervorgerufen, und ebenso wird der Preisauftrieb tendenziell verstärkt. Wenn die Verteuerung des Produktionsfaktors Energie ohne einen Verlust an Arbeitsplätzen und Wachstum bewältigt werden soll, dann müssen die privaten Haushalte die Einkommenseinbußen, die ihnen durch höhere Preise für umwelt- oder energieintensive Güter abverlangt werden, erkennen und akzeptieren. Werden die Preisniveausteigerungen dagegen bei den Lohnverhandlungen zum Gegenstand von Ausgleichsforderungen gemacht, dann wird dem energiebedingten Kostenschub ein Lohnkostenschub hinzugefügt — mit weiteren Verlusten an Geldwertstabilität und letztlich auch Beschäftigung. Aus dieser Überlegung heraus wird auch deutlich, wie problematisch es wäre, die Wettbewerbsnachteile durch zusätzliche Umweltsteuern mit Hilfe einer Abwertung der Währung ausgleichen zu wollen.

Abgesehen davon, daß eine Abwertung nur gesamtwirtschaftlich wirkt und somit nicht die Last des Strukturwandels schmälert, würde sie weitere Realeinkommensverluste über abwertungsbedingte Preissteigerungen mit sich bringen. Darüber hinaus würde sie wichtige importierte Rohstoffe, wie zum Beispiel Rohöl, verteuern und somit auch von daher die Kostenrechnung der Unternehmen belasten. Somit wäre fraglich, ob selbst die nicht-energieintensiven, außenwirtschaftlich orientierten Produktionsbereiche einen Vorteil hätten.

Eine Verwendung der Mittel des Umweltsteueraufkommens zur Reduktion anderer Steuer- und Abgabenlasten würde die genannten Probleme zwar abschwächen, aber nicht beseitigen. Unbestritten ist doch zunächst, daß es in den umwelt- und energieintensiven Produktionsbereichen, die überwiegend Industriebereiche sind, zu Produktionseinbußen und Arbeitsplatzverlusten käme. In anderen Wirtschaftsbereichen, die durch das Umweltsteueraufkommen in der einen oder anderen Form entlastet werden, mögen sich die Bedingungen für mehr Beschäftigung verbessern. Daß es dort aber tatsächlich zu Mehreinstellungen kommt, die Arbeitsplatzverluste in umwelt- und energieintensiven Bereichen ausgeglichen werden, ist nicht selbstverständlich; dazu muß der Strukturwandel in der Wirtschaft rasch und reibungslos funktionieren. Dem kann verschiedenes entgegenstehen, zum Beispiel eine zu geringe regionale Mobilität von Arbeitnehmern, eine falsche Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte, Regulierungen, die die Entfaltung von wirtschaftlicher Aktivität verhindern, oder falsche Lohnstrukturen und anderes mehr. Die wirtschaftspolitischen Aufgaben, die sich damit verbinden, haben wir an anderer Stelle aufgezeigt (Ziffern 452 ff.).

Da die Beschäftigungswirkungen einer Umweltsteuer von einer Vielzahl von Bedingungen und Anpassungreaktionen abhängig sind, ist es schwierig, sie in modellgestützten Analysen zu quantifizieren. Vorliegende Studien (unter anderem von der EU-Kommission zur CO_2-/Energiesteuer und jüngst vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zu einer Energiesteuer) kommen, je nach Annahmenkonstellation, zu recht unterschiedlichen Ergebnissen. Ohne eine Rückführung des Steueraufkommens werden in jedem Fall negative Auswirkungen auf Beschäftigung, Produktion und Preisentwicklung erwartet; mit Rückführung lassen sich gesamtwirtschaftliche Auswirkungen den Modellergebnissen zufolge in Grenzen halten, bei kompensatorischer Absenkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sind leichte positive Beschäftigungseffekte denkbar. Die Auswirkungen hängen allerdings außer von der konkreten Ausgestaltung der Steuer auch in starkem Maße davon ab, wie die Tarifpartner auf die Preiserhöhungstendenzen und die verschiedenen Formen der Steuerrückführung mit ihren Lohnabschlüssen reagieren, welche Preiseffekte die rückläufige Energienachfrage auf den Weltenergiemärkten haben könnte und wie sich die geld- und währungspolitischen Instanzen verhalten. Während sich die Größenordnung dieser Effekte möglicherweise noch simulieren läßt, erscheint es als nahezu unmöglich, die kurzfristige und langfristige Anpassung der Wirtschaft an das durch eine Umweltsteuer veränderte relative Preisgefüge realistisch zu quantifizieren. Die Anpassungsflexibilität auf der Angebotsseite ist aber entscheidend dafür, ob eine Umweltsteuer eine Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur Folge haben wird. Die Frage ist, wie stark die von einer solchen Steuer betroffenen Bereiche ihre Aktivität einschränken werden und inwieweit sie in anderen Bereichen, die eine relativ höhere Nachfrage verzeichnen können, ausgedehnt wird. Die Antwort darauf hängt nicht allein von der Investitions- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen ab, sondern auch von der Wettbewerbsintensität auf den Gütermärkten, der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes, der ebenfalls von dem Strukturwandel betroffen sein wird, und schließlich auch von den relativen Lohnstrukturen. Mit Hilfe von Input-Output-Modellen ist es zwar möglich, die anfänglichen Preiseffekte einer CO_2-/Energiesteuer auf verschiedene Energieträger und verschiedene Produktgruppen zu bestimmen, die nachfolgenden strukturellen Anpassungsprozesse mit allen Substitutionsvorgängen auf der Nachfrage- und der Angebotsseite einer Volkswirtschaft können jedoch empirisch kaum zufriedenstellend erfaßt werden.

330. Maßnahmen zum Schutze des Klimas müssen mit der allgemeinen Energiepolitik abgestimmt sein. So wäre es widersinnig, auf der einen Seite CO_2-intensive Energieträger mit einer Abgabe zu belasten und auf der anderen Seite die Kohleproduktion zu subventionieren. Ebenso widersinnig wäre es, der Kernenergie auf diesem Wege einen relativen Kostenvorteil zu verschaffen und sie dann auf anderem, ordnungsrechtlichem Wege aus dem Energieträgermix zurückzudrängen. Hier sind deutliche und verläßliche Entscheidungen nötig, wenn nicht massive Fehlinvestitionen hervorgerufen werden sollen. Insbesondere wäre zu klären, welche Bedeutung man dem Kohlendioxydausstoß als Umweltbelastung beimißt und ob die Risiken der CO_2-freien Kernenergie im Vergleich dazu stärker zu gewichten wären.

Zu wenig Beachtung wurde in der umweltpolitischen Diskussion auch der Frage geschenkt, inwieweit eine steuerliche Belastung des CO_2-Ausstoßes oder des Energieverbrauchs andere Maßnahmen der Umweltpolitik ergänzen oder ersetzen könnte. Gelänge es mit Hilfe einer Umweltsteuer, einen weiteren Schritt von der administrativen, auf Gebote und Verbote ausgerichteten Luftreinhaltepolitik zu einer marktgesteuerten Umweltpolitik zu machen, so ließe sich damit die wohlmöglich wirksamste Kostenkompensation für die betroffenen Unternehmen erreichen. Sie würden mehr Möglichkeiten bekommen, die Schadstoffemissionen dort zu reduzieren, wo dies am kostengünstigsten ist, sie hätten überdies einen starken Anreiz, den Stand der Umwelttechnik ständig weiter zu entwikkeln und zu verbessern, um so die Höhe der Abgabenlast zu vermindern.

331. Die häufig vorgeschlagene Zweckbindung des Umweltsteueraufkommens bringt die Gefahr mit sich, daß die Steuersätze aus fiskalischen Gründen im Laufe der Zeit angehoben werden. Das Aufkommen an Steuern und Abgaben, die an Bemessungsgrundlagen wie dem Energieeinsatz oder dem Kohlendioxydausstoß anknüpfen, geht um so stärker zurück, je besser diese Umweltabgaben ihrer Lenkungsfunktion gerecht werden. Werden diese Steuern und Abgaben zweckgebunden zur Finanzierung von anderweitigen Steuerermäßigungen oder Abgabensenkungen eingesetzt, dann wird ein Anreiz entstehen, bei sinkendem Gesamtaufkommen an Steuern die Umweltsteuersätze über das ökologisch gebotene Maß hinaus zu erhöhen. Umweltsteuern würden dann fiskalischen Interessen dienen, negative Folgen für Wachstum und Beschäftigung wären programmiert. Bei der Einführung einer Umweltsteuer sollte man also nicht offen lassen, wie ihre Entwicklung im Zeitablauf sein wird. Gerade um Mißbrauch vorzubeugen, aber auch um Planungssicherheit für die

Unternehmen zu schaffen, sollten die Steuersätze für längere Frist festgelegt werden.

332. Wirksamer Klimaschutz erfordert ein international koordiniertes Vorgehen. Die umweltpolitischen Wirkungen einer CO_2-/Energiesteuer hängen entscheidend davon ab, wie viele Länder eine solche Maßnahme ergreifen; Kohlendioxydemissionen stellen ein globales Problem dar. Deutschlands Anteil an den weltweiten CO_2-Emissionen von fossilen Brennstoffen lag im Jahre 1990 bei rund 5 vH, Westeuropa insgesamt trug mit 17 vH deutlich weniger als Nordamerika (25 vH) bei, mehr als die Hälfte des gesamten CO_2-Ausstoßes ging auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe in den ehemaligen Staatshandelsländern und den Entwicklungsländern zurück. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, auf internationaler Ebene Anstrengungen zum Schutze des Klimas zu unternehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Energieeinsparpotentiale in den einzelnen Ländern und damit verbunden auch die Kosten der CO_2-Vermeidung sehr unterschiedlich sind. Das gilt schon für die Länder der Europäischen Union, vor allem aber im Hinblick auf die Entwicklungsländer und die Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas. Hier bestehen große Potentiale, um den CO_2-Ausstoß über Energieeinsparung zu vermindern; aber es fehlt häufig an den Technologien, an den finanziellen Mitteln und am Know-how. In gewissem Umfang liegt es im Eigeninteresse der Industrieländer, den weniger entwickelten Ländern nicht nur mit technologischer Hilfe, sondern auch durch finanzielle Transfers zu mehr Umweltschutz zu verhelfen. Allerdings müßten solche Zahlungen mit einer Verwendungsauflage ausgestattet werden und eine Eigenbeteiligung vorsehen, sonst droht die Gefahr, daß die Transfers zu einem Gewohnheitsrecht werden und den Empfängerländern jeder Anreiz genommen wird, auch aus eigener Kraft etwas gegen Schadstoffemissionen zu tun. In keinem Fall sollte versucht werden, Umweltschutz in diesen Ländern durch Präferenzen oder Sanktionen im internationalen Handel zu erzwingen (Ziffer 410).

333. Faßt man zusammen: Schadstoffabgaben und Umweltsteuern sind Elemente einer marktsteuernden Umweltpolitik; ihnen in der Umweltpolitik größere Bedeutung zu verschaffen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Mit der CO_2-/Energiesteuer hat sich die Politik allerdings ein Anwendungsgebiet ausgewählt, in dem mehrere — schon für sich genommen schwierige — Probleme zusammenkommen: die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit, komplexe Rückwirkungen mit der nationalen und internationalen Energiepolitik sowie weitreichende gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Trotz dieser Probleme sollte das Ziel einer Umweltsteuer auf CO_2-Emissionen weiter verfolgt werden; aus umweltpolitischer Sicht muß eine solche Steuer allerdings stärker am Kohlendioxydausstoß als Bemessungsgrundlage anknüpfen und darf nicht zu einer reinen Energiesteuer werden. Folgende Vorarbeiten wären noch zu leisten:

— Es wäre zu begrüßen, wenn ein parteiübergreifender Konsens in der Energiepolitik gefunden werden könnte, denn eine Entscheidung über eine CO_2-Steuer kann nicht ohne eine langfristig gültige Festlegung der Energiepolitik getroffen werden. Die energiepolitischen Entscheidungen etwa im Hinblick auf Kohle und Kernkraft müssen mit einer solchen steuerlichen Zusatzbelastung kompatibel sein, die Unternehmen benötigen langfristige Planungssicherheit.

— Deutschland sollte sich weiterhin auf internationaler Ebene dafür einsetzen, daß gemeinsame Anstrengungen zum Schutze des Klimas unternommen werden. Die Bereitschaft der europäischen Partnerstaaten, in absehbarer Zeit eine gemeinsame Umweltsteuer einzuführen, erscheint derzeit allerdings gering, zumal die Europäische Union mit Recht darauf hinweist, daß unter ökologischen Aspekten eine OECD-weite Lösung zu suchen wäre. Eine Kompromißlinie innerhalb der Gemeinschaft könnte darin bestehen, an den gegenwärtigen Verbrauchsteuerstrukturen anzuknüpfen und beispielsweise die Mindestsätze für die Mineralölsteuer zu erhöhen. Ein solcher Kompromiß mag zunächst akzeptabel erscheinen, zumal er einen Beitrag zur Harmonisierung der fiskalischen Belastungen des Verkehrs in den einzelnen Ländern Europas leistete. Vor dem Hintergrund des umweltpolitischen Ziels einer CO_2-Minderung greift der Kompromiß indessen zu kurz. Die Mineralölsteuer knüpft zum einen nicht direkt am Schadstoffausstoß an, und sie belastet vorwiegend den Verkehrssektor und nur in geringerem Maße die Energieproduktion und den Energieverbrauch, die den größeren Ausstoß an CO_2 haben.

— Vor Einführung einer CO_2-Steuer müssen nicht nur deren konkrete Ausgestaltung, sondern auch Folgeprobleme etwa im Hinblick auf veränderte innerstaatliche Finanztransfers geklärt werden. So würde das Aufkommen einer CO_2-Steuer dem Bund zufallen, während eine Kompensation in Form der vorgeschlagenen Senkung der Einkommensteuer alle Gebietskörperschaften belasten würde.

— Die Einführung einer CO_2-Steuer sollte als Gelegenheit genutzt werden, andere Instrumente der Luftreinhaltepolitik in Deutschland oder in den Ländern der Gemeinschaft auf den Prüfstand zu stellen. Insbesondere sollte gefragt werden, ob eine Umweltsteuer teilweise ein Ersatz für andere, administrative und damit kostspieligere Instrumente der Umweltpolitik sein kann. Für die Unternehmen wäre dabei wichtig, daß bereits vorgenommene Investitionen zur Erfüllung von Luftreinhaltevorschriften nicht durch neue umweltpolitische Maßnahmen nachträglich entwertet werden; das wäre bei einer CO_2-Steuer gewährleistet, weil alle früheren Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz die Abgabenlast mindern würden.

— Auf eine Zweckbindung des Mittelaufkommens einer Umweltsteuer sollte verzichtet werden; Umweltsteuern haben sachlogisch nichts mit der Notwendigkeit einer Einkommensteuer- oder Unternehmenssteuerreform oder einer Senkung von Lohnnebenkosten zu tun. Die Diskussion über die Kompensation einer Umweltsteuerbelastung äh-

nelt der Diskussion über die Einführung einer Pflegeversicherung, wie sie in Deutschland geführt wurde; auch hier wurde ein Junktim zwischen zwei Problemen hergestellt, die nicht direkt zusammenhängen: der Belastung der Unternehmen durch die Beitragszahlung und der Entlastung durch Streichung von Feiertagen.

Eine CO_2-Steuer verfolgt ein ehrgeiziges Ziel. Sie ist in ein konsistentes Konzept der Energiepolitik und der Umweltpolitik einzupassen; sie erfordert die Mitwirkung anderer Staaten, und sie ist von ihrer Technik und von ihren finanzpolitischen Auswirkungen her äußerst kompliziert. Schließlich setzt sie die Bereitschaft voraus, in energie- und umweltintensiven Produktionsbereichen Beschäftigungsverluste in Kauf zu nehmen, was nicht selbstverständlich ist. Hinreichende Mehrbeschäftigung in anderen Sektoren ist nur dann zu erwarten, wenn der Strukturwandel reibungslos funktioniert.

II. Geldpolitik: Trotz Schwierigkeiten am Potentialpfad orientieren

334. Die Deutsche Bundesbank kann als Erfolg buchen, daß sich im Jahre 1994 der Anstieg des Preisniveaus erstmals seit 1991 vermindert hat, wenngleich nicht so merklich, wie es angesichts der schwachen Konjunktur hätte möglich sein sollen. Bei ihrer Geldmengenpolitik haben sich Schwierigkeiten aufgetan. Die Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität war 1994 im dritten Jahr hintereinander ungeplant reichlicher als von der realwirtschaftlichen Entwicklung her angemessen gewesen wäre. Hierin liegen Risiken, daß auf mittlere Sicht der Preisauftrieb wieder stärker wird, womit die leichten Stabilisierungsfortschritte, die in diesem Jahr erzielt wurden, dahin wären. Die Bundesbank darf jetzt keine Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie konsequent das Ziel der Geldwertstabilität verfolgen wird. Stabilitätserwartungen erzeugen und festigen erfordert eine klare Grundkonzeption, die den Spielraum der Geldpolitik für diskretionäre Maßnahmen klein hält. Daher sollte die Bundesbank die potentialorientierte Geldmengensteuerung nicht, wie verschiedentlich vorgeschlagen oder gefordert wurde, aufgeben. Eine überzeugende Alternative dazu gibt es derzeit nicht. Dies bedeutet, daß im Jahre 1995 das Geldmengenwachstum deutlich langsamer werden muß und für weitere Zinssenkungen am Geldmarkt kein Spielraum besteht. Die konjunkturelle Erholung wird dadurch nicht ins Stocken geraten.

Eine nicht einfache Ausgangslage

335. Im Jahre 1994 war die monetäre Expansion, wie schon zuvor in den Jahren 1993 und 1992, übermäßig stark. Das Geldmengenziel, das sich die Deutsche Bundesbank vorgegeben hatte, wird wohl verfehlt. Die Geldmenge M3 war im September um knapp 26 Mrd DM (1,4 vH) größer, als es dem oberen Rand des Zieltrichters entspricht. Dabei hatte die Bundesbank ihren Zieltrichter etwas flacher gelegt als ein Jahr zuvor, sie hatte sich also vorgenommen, das Geldmengenwachstum etwas abzubremsen und es so auf den mittelfristigen Potentialpfad einschwenken zu lassen. Die Zielvorstellung des Sachverständigenrates, die auf die bereinigte Zentralbankgeldmenge abhebt und für 1994 eine Zuwachsrate von knapp 6 vH vorsah, hat sich ebenfalls nicht erfüllt. Die monetäre Expansion an der Geldbasis potentialgerecht zu steuern, was eine Notenbank noch am ehesten in der Hand hat, ist gründlich mißlungen. Seit 1991 steigt die bereinigte Zentralbankgeldmenge übermäßig rasch, und für diese aus dem Geldangebotsprozeß hervorgehenden Impulse auf die Geldversorgung der Wirtschaft trägt die Bundesbank die Verantwortung; parallel zur kräftigen monetären Expansion hat sie ihre im Herbst 1992 eingeleitete Zinssenkungspolitik fortgesetzt. Obwohl der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank auf seiner Sitzung Ende Juli das Erreichen des Geldmengenziels 1994 für unwahrscheinlich erklärte, wurde gleichzeitig der Wertpapierpensionssatz nochmals, wenn auch geringfügig, gesenkt. Zwar sind die Geldmarktzinsen immer noch höher als in früheren Phasen eines beginnenden Konjunkturaufschwungs. Aber daß die Geldpolitik im Jahre 1994 expansiv war, ist offenkundig, daß sie faktisch die Potentialorientierung hintangestellt hat, nicht zu übersehen.

336. Der Kurs der deutschen Geldpolitik hat in der Öffentlichkeit teils Zustimmung gefunden, teils Kritik hervorgerufen.

— Zustimmung gründet sich darauf, daß die Bundesbank der konjunkturellen Belebung im Inland durch niedrigere Zinsen den Weg geebnet habe; das Wiederansteigen der langfristigen Zinsen sei nicht untypisch in der Frühphase der Aufwärtsentwicklung, sobald die Investitionsbereitschaft größer werde und die Kapitalnachfrage zunehme. Von im Hinblick auf die Konjunkturlage immer noch zu hohen Zinsen sprechen nur noch wenige. Überdies wird der Bundesbank zugute gehalten, daß sie den Notenbanken in den anderen Ländern der Europäischen Union, die trotz der nunmehr weiten Bandbreite für die Wechselkurse im Europäischen Währungssystem nach wie vor der deutschen Geldpolitik folgten, die wiederholt angemahnten Zinssenkungsspielräume letztlich eröffnet habe, die besser zu den dort gegebenen binnenwirtschaftlichen Verhältnissen paßten. Auch der Sachverständigenrat hatte die Berücksichtigung solcher Gesichtspunkte in der Zinspolitik für legitim gehalten, vorausgesetzt das Geldmengenwachstum nähere sich wieder dem Potentialpfad, die Lohnpolitik sei stabilitätskonform und die vorrangige Aufgabe der Geldpolitik, die Wiedererlangung und Wahrung von Geldwertstabilität, werde nicht unterlaufen (JG 93 Ziffern 323ff.). Tatsächlich ist, nicht zuletzt auch dank eines nachlassenden Lohnkostendrucks, die Inflationsrate zurückgegangen, und darin sehen viele einen Beleg für die Angemessenheit des von der Bundesbank betriebenen geldpolitischen Kurses. Die Bundesbank selbst hat ihre Beschlüsse zur Senkung des Diskontsatzes und des Lombardsatzes mit den sich abzeichnenden stabilitätspolitischen Fortschritten

begründet. Die Entwicklung der Geldmenge über den Zieltrichter hinaus ist freilich die offengebliebene Flanke.

— Die Kritik am geldpolitischen Kurs setzt an diesem Punkt an. Sie ist getragen von der Sorge, daß nach mehreren Jahren ungewöhnlich hoher Geldmengenexpansion neues inflatorisches Potential für die Zukunft aufgebaut worden sein könnte. In der Vergangenheit hat es zweimal während mehrerer aufeinander folgender Jahre Zielabweichungen nach oben gegeben (1975—78 und 1986—88); danach hat sich jeweils der Anstieg des Preisniveaus beschleunigt (Tabelle 47). So könnte es auch dieses Mal kommen, zumal wenn bei wieder anziehender Konjunktur von der Nachfrageseite her für die Unternehmen Preiserhöhungsspielräume entstehen und die Gewerkschaften bei einer verbesserten Gewinn-Erlös-Relation der Unternehmen einen lohnpolitischen Nachholanspruch durchsetzen und daraufhin die Lohnstückkosten wieder spürbar steigen. Insoweit wäre der Anstieg der langfristigen Zinsen nicht nur realwirtschaftlich bedingt, sondern auch Ausdruck dafür, daß die Marktteilnehmer neue Preisauftriebstendenzen befürchten. Dieses Inflationspotential, so es denn aufbricht, zu beseitigen, könnte die Bundesbank zu harten Maßnahmen nötigen, bei denen unerwünschte Nebenwirkungen auf Konjunktur und Beschäftigung nicht ausbleiben würden; die nächste Stabilisierungsrezession stünde ins Haus.

Tabelle 47

Geldmengenziele der Deutschen Bundesbank[1]): Zielvorgaben und tatsächliche Entwicklung

vH

Jahr	Zielrate	Tatsächliches Geldmengenwachstum	Deflator des Bruttoinlandsprodukts[2])	Nachrichtlich: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte[3])
	im Jahresverlauf[4])			
1975	8	10,1	5,7	5,9
1976	8	9,2	3,6	4,3
1977	8	9,0	3,7	3,7
1978	8	11,4	4,3	2,7
1979	6 bis 9	6,3	3,8	4,1
1980	5 bis 8	4,9	5,0	5,5
1981	4 bis 7	3,5	4,2	6,3
1982	4 bis 7	6,0	4,4	5,2
1983	4 bis 7	7,0	3,2	3,3
1984	4 bis 6	4,6	2,1	2,4
1985	3 bis 5	4,5	2,1	2,0
1986	3,5 bis 5,5	7,7	3,2	–0,1
1987	3 bis 6	8,1	1,9	0,2
1988	3 bis 6	6,7	1,5	1,3
1989	etwa 5	4,7	2,4	2,8
1990	4 bis 6	5,6	3,2	2,7
1991	4 bis 6 revidiert auf 3 bis 5[a])	5,2	3,9	3,5
1992	3,5 bis 5,5	9,4	4,4	4,0
1993	4,5 bis 6,5	7,4	3,2	4,2
1994	4 bis 6	...	2½[b])	3[b])

[1]) Bis 1987 Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, ab 1988 Geldmenge M3. Quelle: Deutsche Bundesbank.
[2]) 1991 = 100; früheres Bundesgebiet.
[3]) 1985 = 100; früheres Bundesgebiet.
[4]) 1975: Dezember zu Dezember des Vorjahres, 1976 bis 1978: Jahresdurchschnitt, ab 1979: viertes Quartal des Vorjahres.
[a]) Im Sommer 1991.
[b]) Eigene Schätzung.

337. Obwohl der allgemeine Preisauftrieb im Jahre 1994 nachgelassen hat, darf, so erfreulich dies ist, daraus nicht geschlossen werden, daß der Weg zurück zu dauerhafter Geldwertstabilität nunmehr mit Bestimmtheit vorgezeichnet ist. Angesichts der schwachen Konjunktur hätte der Anstieg der Verbraucherpreise eigentlich deutlich schwächer sein müssen, zumal die Höherbewertung der D-Mark einen Stabilitätsimport bescherte. Andere Industrieländer, in der Europäischen Union besonders Frankreich und die Benelux-Staaten, weisen mehr Preisniveaustabilität auf als Deutschland. Gewiß: Hierzulande stehen hinter dem Preisauftrieb vor allem überdurchschnittliche Verteuerungen im Bereich der Dienstleistungen und der Wohnungsnutzung (Mieten); die kräftige Erhöhung der Mineralölsteuer und die spürbare Steigerung der Versicherungsteuer haben ebenfalls eine Rolle gespielt. Aber: Derartige Impulse konnten sich in Preisniveausteigerungen niederschlagen, weil sie durch die kräftige Geldmengenexpansion monetär alimentiert wurden, was nicht sein darf. Wie auch immer: Ein Anstieg des Verbraucherpreisniveaus von 3 vH, wie er sich (im Durchschnitt) für das Jahr 1994 abzeichnet, ist kein Beleg für Geldwertstabilität, und eine solche Teuerungsrate zu Beginn eines Konjunkturaufschwungs ist alles andere als beruhigend. Nicht von ungefähr haben Gewerkschaftsführer bereits angekündigt, daß sie in der nächsten Tarifrunde auf einen Ausgleich für den Preisauftrieb drängen werden. Selbst wenn man die bekannten methodischen Probleme bei der Berechnung von Verbraucherpreisindizes hoch gewichten wollte: Das Ziel der Geldwertstabilität kann vernünftigerweise nicht so extensiv definiert werden, daß es schon als erreicht gilt, wenn nur die aktuelle Preissteigerungsrate abnimmt. Das Ziel der Geldwertstabilität verlangt nach einem strengen Maßstab, und das kann nur heißen, daß der Preisniveauanstieg möglichst klein gehalten werden muß, die Zielmarke näher bei 1 vH als bei 3 vH liegen sollte.

Daß es bereits im Jahre 1995 zu einer Beschleunigung des Preisauftriebs kommt, ist nicht wahrscheinlich (Ziffer 235). Das besagt aber nicht viel. Der Wirkungszusammenhang zwischen einem übermäßigen Geldmengenwachstum und den Änderungen des Preisniveaus ist mittelfristig angelegt; nach empirischen Schätzungen der Bundesbank erstreckt er sich über einen Zeitraum von etwa zehn Quartalen, andere Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Infolgedessen steht der Geldwertschwund, der gegenwärtig beobachtet wird, mit der Geldpolitik im Zusammenhang, die in der Vergangenheit betrieben wurde; die Geldpolitik heute präformiert das Maß an

Geldentwertung morgen. Die monetäre Expansion, die in den Jahren 1992 und 1993 über den jeweiligen Zielvorgaben lag, dürfte teilweise absorbiert sein: in der Form von Resistenz beim Rückgang der Inflationsrate während der jüngsten Rezession. Die entscheidende Herausforderung ist jetzt, zu verhindern, daß die kräftige Geldmengenausweitung des Jahres 1994 weitere Inflationserwartungen in der Wirtschaft und bei den privaten Haushalten begründet, die dann künftig tatsächlich zu wieder höheren Preissteigerungen führen. Bei zu reichlichem Geldangebot gibt es nun einmal Spielraum für stabilitätswidriges Verhalten, bei den Unternehmen ebenso wie bei den Tarifvertragsparteien. Es ist immer besser, ein solches Verhalten erst gar nicht zu ermöglichen und einen inflatorischen Prozeß nicht wiederaufleben zu lassen, als im nachhinein mit harten geldpolitischen Restriktionen gegenhalten zu müssen. Zu warten, bis die Märkte für jedermann sichtbar dokumentieren, daß sich Inflationserwartungen verstärkt haben (zum Beispiel durch einen Anstieg der Kapitalmarktzinsen, der nicht allein konjunkturell bedingt ist, sondern eine Risikoprämie beinhaltet, eventuell in Verbindung mit einer Abwertung der D-Mark, oder durch höhere Lohnforderungen als Ausgleich für preisbedingte Einbußen beim Reallohn), macht keinen Sinn. Dann wäre es zu spät.

Wer auf Grund der derzeit moderaten Preisniveauentwicklung und der verbreitet unterausgelasteten Sachkapazitäten Warnungen vor einem inflatorischen Gefährdungspotential für übertrieben hält, und wer auch aus diesem Grund von der Bundesbank weitere, ja kräftige Zinssenkungen verlangt, ist allzu sehr von dem gesamtwirtschaftlichen Erscheinungsbild des Augenblicks eingenommen. Unsere Sicht ist dies nicht. Die Erfahrung lehrt, daß die aktuelle Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex ein Spätindikator für den in der Wirtschaft sich neu aufbauenden Inflationsdruck ist, daraus also keine Schlüsse auf die mittelfristige Geldwertentwicklung gezogen werden können. Ökonometrische Untersuchungen, auch die des Sachverständigenrates, zeigen bereits, daß das gegenwärtige Preisniveau unterhalb des Niveaus liegt, das sich bei den aktuellen, überhöhten Geldmengenbeständen ergeben würde, wenn die Kassenhaltung des Publikums dem längerfristigen Durchschnitt entspräche und die Produktionskapazitäten normal ausgelastet wären. Potentiell wird dann die monetäre Gesamtnachfrage die realen Angebotsmöglichkeiten übersteigen. Man spricht von einer positiven „Preislücke", die stabilitätspolitisch nichts Gutes verheißt. Nach dem Konzept der Preislücke, das sich für die Einschätzung der künftigen Preisniveauentwicklung auf der Grundlage quantitätstheoretischer Beziehungen bewährt hat und das auch die Bundesbank in ihren Analysen verwendet, sind bei unveränderten Kassenhaltungsgewohnheiten früher oder später inflatorische Anpassungsprozesse zur Beseitigung des bestehenden Geldüberhanges zu erwarten. Eine solche Fehlentwicklung, wenn schon nicht mehr gänzlich zu vermeiden, so doch tunlichst einzudämmen, ist in jedem Falle angezeigt. Dies zu bewirken, ohne zinspolitisch zu überziehen, sollte möglich sein. Die Geldpolitik ist gerade in solchen Zeiten gefordert.

Die Geldmengenkonzeption auf dem Prüfstand

338. Die potentialorientierte Geldmengenpolitik hat in der Bundesrepublik Deutschland Tradition. Seit 1974 kündigt die Bundesbank formal ein Geldmengenziel für das jeweils folgende Jahr an. Der Sachverständigenrat vertritt diese Konzeption ebenfalls seit jener Zeit (JG 73 Ziffern 170ff., JG 74 Ziffern 374ff.). Unbeschadet einiger Unterschiede im Detail (hinsichtlich der Abgrenzung der zu steuernden Geldmenge und der technischen Ausgestaltung der Zielvorgabe) war die Grundidee stets die gleiche: einerseits die für die Geldpolitik Verantwortlichen die Entschlossenheit bekunden zu lassen, daß sie mit Vorrang die Preisniveaustabilität anstreben und sichern und von einer (ohnehin wenig erfolgversprechenden) konjunkturpolitischen Feinsteuerung absehen werden, andererseits für die Bildung klarer Erwartungen hinsichtlich der monetären Bedingungen zu sorgen, unter denen die Unternehmen, Banken und privaten Haushalte sowie die Tarifvertragsparteien und der Staat ihre wirtschaftlichen Entscheidungen zu treffen und zu koordinieren haben, und zwar so, daß dabei eine hohe Auslastung des wachsenden gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials bei stabilem Preisniveau herauskommt. Die Bildung von festen Stabilitätserwartungen erhält durch eine stetige Ausweitung des Geldangebots eine wirksame Führung, und für die Verstetigung der Geldversorgung wiederum ist es am besten, wenn die Geldpolitik möglichst regelgebunden statt rein diskretionär geführt wird. Die Umsetzung der Regelbindung bedeutet für die Bundesbank (und den Sachverständigenrat), die Geldpolitik mittelfristig an einem Zwischenziel auszurichten, das verläßlich kontrolliert werden und über dessen Verwirklichung das eigentliche Ziel — das der Geldwertstabilität — erreicht werden kann. Konkret: Es ist ein Geldmengenziel anzukündigen, das — Stabilität der Geldnachfrage auf längere Frist als empirisch-gesichert unterstellt (Ziffer 344) — die vorangekündigte monetäre Expansion in Einklang hält mit dem voraussichtlichen Wachstum des Produktionspotentials.

339. Daß diese Konzeption nicht schablonenhaft würde gehandhabt werden können, war immer klar. Von Anfang an wurde die potentialorientierte Geldmengenpolitik von Entwicklungen begleitet, die dazu beitrugen, daß die monetäre Expansion unvorhersehbar vom angestrebten Pfad abwich, und zwar in der Regel nach oben (Tabelle 47, Seite 215). So haben zum Beispiel abrupte und starke Änderungen des realen Wechselkurses der D-Mark (besonders gegenüber dem US-Dollar), umfangreiche Devisenmarkt-Interventionen zur Abwehr einer plötzlich auftretenden Währungsspekulation (im ehemaligen Europäischen Währungssystem mit engen Bandbreiten) oder temporäre Bargeldabflüsse ins Ausland (nach Mittel- und Osteuropa etwa) hin und wieder die potentialorientierte Steuerung der Geldmenge erschwert. Mitunter relativierten konjunkturpolitische Erwägungen (eine Rezession überwinden helfen) das Geldmengenziel, zumal, wenn man gleichzeitig glaubte, die konjunkturellen Interessen der europäischen Partnerländer an niedrigeren Zinsen mit bedienen zu sollen. Von der Konzeption her hätte die Notenbank gleichwohl das

von ihr festgelegte Geldmengenziel einzuhalten versuchen müssen. Doch die Nebenwirkungen waren auch zu bedenken, besonders die Frage, ob sie dann hätte übermäßig restriktiv werden und Produktion und Beschäftigung unter starken Deflationsdruck setzen müssen. Die Bundesbank jedenfalls hat immer wieder betont, die Geldmengenregel nicht starr anwenden zu wollen, und sich vorbehalten, in begründeten Fällen von ihr abzurücken, nicht dauerhaft, aber doch vorübergehend; schon die ständige Praxis, das jährliche Geldmengenziel in Form eines Trichters festzulegen, und nicht in der eines Zielpfades, eröffnet diskretionäre Spielräume für die Geldpolitik. Es entspricht auch den Vorstellungen des Sachverständigenrates, daß in Ausnahmesituationen Zielabweichungen hingenommen werden müssen und dürfen (so erstmals im JG 78 Ziffern 403ff., zuletzt im JG 93 Ziffern 323f.). Aber die Ausnahmesituationen dürfen nicht wahllos vermehrbar sein und im einzelnen nicht Dauerzustände darstellen. Und vor allem: Die Grundkonzeption der Geldpolitik mit einem mittelfristig auf Preisniveaustabilität festgelegten Kurs darf von den Marktteilnehmern nicht in Zweifel gezogen werden können.

340. Genau hierin liegt freilich der Kern des Problems einer geldpolitischen Konzeption, die, um praktikabel zu sein, nicht dogmatisch, sondern flexibel angewendet wird: Was alles ein Ausnahmetatbestand ist, läßt sich nicht im voraus und schon gar nicht ein für allemal definieren; gravierende monetäre oder realwirtschaftliche Schocks können in neuen, heute noch unbekannten Varianten auftreten. Daher birgt eine flexibel angewandte Geldmengenregel die Gefahr in sich, daß sie einen Spielraum schafft für eine weitreichende Beigabe von Vorbehalten hinsichtlich der Einhaltung des Geldmengenziels, obwohl von der Idee der potentialorientierten Geldmengensteuerung her eigentlich allergrößte Zurückhaltung bei der Rechtfertigung von Zielabweichungen an den Tag zu legen wäre. „Wirkliche" Ausnahmesituationen von „nur vermeintlichen" zu unterscheiden, wird stets schwierig sein, auch für die Bundesbank. Das gleiche gilt, wenn es darum geht, im Falle einer „wirklichen" Ausnahmesituation eine vorübergehende Zunahme der Geldnachfrage (die hingenommen werden kann) von einer dauerhaften zu unterscheiden (bei der das Geldmengenziel anzupassen wäre).

Wie auch immer: Ausnahmetatbestände bei der potentialorientierten Geldmengensteuerung akzeptieren heißt, bei wiederholtem Überschreiten des Geldmengenziels die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik hinsichtlich ihres Stabilitätswillens dem harten Test der Märkte auszusetzen. Bislang hat die Bundesbank den Test gut bestanden, ihre Reputation als Anwältin des stabilen Geldwertes ist hoch, in der Europäischen Union ist ihr die Rolle der dominanten Notenbank zugefallen mit der D-Mark als Ankerwährung — trotz der häufigen Überschreitungen des Geldmengenziels in der Vergangenheit. Die Bundesbank hat die Märkte davon zu überzeugen vermocht, daß sie den Stabilitätsauftrag ernst nimmt; die Bundesrepublik zählte lange Zeit zu den Ländern mit sehr niedrigen Inflationsraten. Auch in diesem Jahr scheint es trotz der übermäßigen monetären Expansion ein Glaubwürdigkeitsproblem nicht gegeben zu haben: Der Außenwert der D-Mark ist hoch, und am deutschen Kapitalmarkt sind die Zinsen zwar angestiegen, jedoch von einem relativ niedrigen Niveau um die Jahreswende 1993/94 aus und nicht zuletzt knappheitsbedingt. Und doch muß nunmehr der Reputationstest in einem Umfeld bestanden werden, das nach der Wiedervereinigung stabilitätspolitisch schwieriger geworden ist. Die gebotene Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurde nur zaghaft und in qualitativer Hinsicht nur unvollkommen auf den Weg gebracht, und die Lohnpolitik hatte erst für einen kräftigen Schub bei den Lohnstückkosten gesorgt, bevor es unter dem Druck der hohen Arbeitslosigkeit zu moderaten Tarifabschlüssen kam. Nicht für selbstverständlich darf man daher halten, daß die deutsche Geldpolitik in der Einschätzung der Märkte unbeschädigt bleibt, wenn die Geldmengensteuerung immer wieder aufs neue in Schwierigkeiten gerät.

341. Die Bundesbank hat die rasche monetäre Expansion des Jahres 1994 vor allem mit Sonderfaktoren zu erklären versucht. Daß sie dem Erklärungsbedarf Rechnung getragen hat, zeugt von Entschlossenheit, an der Geldmengenkonzeption festzuhalten, sind ja bei dieser Konzeption Zielabweichungen zu begründen, damit die Erwartungen der Marktteilnehmer nicht desorientiert werden. Ob allerdings die Begründung als solche restlos zu überzeugen vermag, das steht auf einem anderen Blatt. Bislang ist die Argumentation mit wechselnder Akzentuierung geführt worden.

— Zuerst hieß es, daß Steuerrechtsänderungen, die zur Jahreswende in Kraft traten, die Geldmengenexpansion in unvorhersehbarer Weise beschleunigt hätten. So habe die Ausdehnung der Zinsabschlagsteuer auf im Inland ausgeschüttete Erträge aus thesaurierenden Auslandsfonds Inländer zu umfangreichen Verkäufen von Fondsanteilen veranlaßt; der noch steuerfreie Erlös sei kurzfristig und damit geldmengenwirksam angelegt worden. In die gleiche Richtung habe die Verminderung der früher beim Erwerb von Altbauten für eigene Wohnzwecke gewährten steuerlichen Abzugsmöglichkeiten gewirkt: über eine verstärkte Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten. Beide Faktoren lassen sich insofern beobachten, als es im Dezember des vergangenen Jahres sowohl zu massiven Mittelrückflüssen aus dem Ausland gekommen war als auch zu einem kräftigen Anstieg der Kreditzusagen der Banken für die Modernisierung beziehungsweise den Kauf von Altbauwohnungen. Der Einfluß beider Sonderfaktoren auf die Geldmengenentwicklung kann nur temporär gewesen sein. Das Wachstum der Geldmenge hätte sich insoweit schon in den ersten Monaten dieses Jahres wieder deutlich abschwächen müssen. Dies ist nicht geschehen; bis Juni wies die monetäre Expansion, gemessen an der Entwicklung der Geldmenge M3 gegenüber ihrem durchschnittlichen Bestand im letzten Quartal 1993, ein Tempo auf, das zweistelligen Jahresraten entsprach.

— Sodann haben Vertreter der Bundesbank als erschwerende Bedingung einen Attentismus der

Privaten bei der Geldkapitalbildung diagnostiziert und hervorgehoben. Schon im Jahre 1993 hatte dieses Argument eine Rolle bei der Erklärung der starken monetären Expansion gespielt, nämlich im Lichte der damals bestehenden inversen Zinsstruktur und der daraus resultierenden Anreize, finanzielle Anlagen vorübergehend auf rentierlicheren Terminkonten zu „parken". Daß nach der inzwischen eingetretenen Normalisierung der Zinsstruktur eine durchgreifende Wende im Anlageverhalten des Publikums nicht zu beobachten ist, soll in diesem Jahr daran gelegen haben, daß plötzlich aufgetretene Unsicherheiten über die künftige Entwicklung der Kapitalmarktzinsen, ausgelöst vor allem durch die Zinsauftriebstendenzen in den Vereinigten Staaten, die Liquiditätsneigung in der Wirtschaft erhöhen. Der sogenannte „Liquiditätsstau" habe die Geldmengenbestände künstlich aufgebläht. Sobald sich am deutschen Kapitalmarkt die Erwartung nicht mehr steigender Renditen durchsetze, würde es zu Vermögensumschichtungen kommen, die die Geldnachfrage zurückführen. Darauf konnte man vielleicht setzen, und in der Tat hat sich die Geldkapitalbildung bei den Banken verstärkt; aber aus konzeptionellen Gründen will es nicht einleuchten, daß die Bundesbank den Prozeß der Stauauflösung durch die Zinssenkungsbeschlüsse vom Mai 1994 glaubte anregen zu müssen. Man konnte nicht darauf setzen, daß sich das Geldmengenwachstum insgesamt deutlich abschwächen und bestimmt wieder dem Potentialpfad zustreben würde. Denn es war davon auszugehen, daß bei fortschreitender Konjunkturbelebung die private Kreditnachfrage weiter ansteigen würde, was für sich genommen die monetäre Expansion beschleunigt. Somit hing viel an der Hoffnung, daß im Zuge der erwarteten Stauauflösung die Geldkapitalbildung, bilanzstatistisch gesehen, stark genug zunehmen würde, um den Effekt der Kreditexpansion auf die Geldmengenentwicklung zu neutralisieren.

— In diesem Zusammenhang konstatierte die Bundesbank auch, daß die Grenze zwischen der von ihr gesteuerten Geldmenge M3 und dem für die potentialorientierte Geldmengensteuerung eigentlich unerheblichen Geldkapital unschärfer, fließender geworden ist. Angesichts der vielfältigen neuen Finanzprodukte einschließlich derivativer Finanzinstrumente und der fortschreitenden internationalen Integration der Finanzmärkte war damit zwar zu rechnen. Doch, schneller als zunächst gedacht, scheinen die Neigung und die Fähigkeit der Privaten gestiegen zu sein, Renditeunterschiede bei ihren Finanzanlagen auch auf kurze Sicht hin zu prüfen und zu nutzen, was zu raschen Umschichtungen innerhalb des Portefeuilles in jede Richtung führt und so die Geldnachfrage kurzfristig volatiler macht. Als Gegenstück könnte sich die Zinselastizität der Geldnachfrage verändert haben und der Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und Preisniveauentwicklung gestört worden sein. Die Bundesbank hat freilich wiederholt betont, daß grundsätzlich kein Anlaß bestehe, die längerfristige Stabilität der Geldnachfrage zu bezweifeln.

342. Gewiß, es waren bei der starken monetären Expansion in diesem Jahr störende Sonderfaktoren am Werk. Doch problematisch ist dreierlei:

— Zum ersten können diese Sonderfaktoren nicht ohne weiteres quantifiziert werden. Besonders ihr jeweiliger Beitrag zum beobachteten Geldmengenwachstum und die Dauer ihrer Einwirkung bleiben weitgehend im ungewissen. Natürlich kann man, wie es die Bundesbank versucht hat, dazu übergehen, bestimmte Geldanlageformen herauszurechnen, die in der Geldmenge M3 enthalten sind, aber doch mehr den Charakter von Geldkapital haben (verschiedene verzinsliche Sonderspareinlagen beispielsweise). Überzeugend ist dieses gleichsam buchhalterische Verfahren aber nicht. Wegen der Schwierigkeiten bei der Quantifizierung der Sonderfaktoren wurde der Grat, auf dem die auf Stabilität bedachte Bundesbank wandern mußte, sehr schmal, und es konnte eine gewisse Verunsicherung der Marktteilnehmer nicht ausbleiben. Die den Zentralbankratssitzungen immer wieder vorausgegangenen öffentlichen Diskussionen und Spekulationen darüber, ob Zinssenkungen bevorstünden oder nicht und wie sie gegebenenfalls dosiert würden, haben hier eine Erklärung.

— Zum zweiten muß bedacht werden, daß von überhöhten Geldmengenbeständen auch dann inflationäre Tendenzen ausgehen können, wenn dafür Sondereinflüsse verantwortlich sind. Geld ist Geld, und wie die Wirtschaftssubjekte darüber verfügen, ob vorwiegend für Vermögenszwecke auf den Finanzmärkten oder für Mehrnachfrage auf den Gütermärkten läßt sich im voraus nicht exakt sagen. Möglich ist jedenfalls, daß eine ursprünglich von der Notenbank nur als vorübergehend angesehene Zurückhaltung bei der Geldkapitalbildung doch dauerhafter wird. Die Ausgabenpläne der Marktteilnehmer sind im vorhinein nicht bekannt, und es kann sein, daß die Marktteilnehmer eine steiler werdende Zinsstrukturkurve als Signal möglicher inflationärer Tendenzen interpretieren und daraufhin vor verstärkten Engagements am Kapitalmarkt zurückschrecken.

— Zum dritten gerät die Begründung des geldpolitischen Kurses in ein eigenartiges Licht. Zinssenkungen trotz rascher Geldmengenexpansion damit zu rechtfertigen, daß das Geldmengenaggregat durch Sondereinflüsse verzerrt sei, bei anderen Gelegenheiten aber Zinssenkungen nicht vorzunehmen und darauf zu verweisen, daß dieselbe Geldmenge zu sehr vom Zielpfad abweiche, stellt eine Argumentation dar, die in sich nicht widerspruchsfrei ist. So etwas kann die Märkte verunsichern.

343. Die Bundesbank selbst hat es bei der Erklärung der übermäßigen monetären Expansion des Jahres 1994 nicht bei Hinweisen auf Sonderfaktoren bewenden lassen. Sie hat zu Recht die Kreditgewährung an Private und den Staat einschließlich öffentlicher Unternehmen als treibende Kraft der Geldschöpfung ausgemacht. In der staatlichen Kreditaufnahme des Jahres 1994 spiegelt sich, neben direkten Kassenkrediten, vor allem der Erwerb öffentlicher Anleihen

durch die inländischen Banken, Anleihen, die nach Einschätzung der Bundesbank zuvor von ausländischen Anlegern gekauft worden waren und jetzt in großem Umfang von diesen verkauft wurden. Hier zeigen sich die Probleme einer hohen Verschuldung des Staates von einer anderen Seite: in Form von Impulsen für ein kräftiges Geldmengenwachstum. Die potentialorientierte Geldmengensteuerung wird in einem solchen Umfeld natürlich erschwert. Hätte die Bundesbank die Geldmarktzinsen erhöht, so wäre die Nachfrage nach Kassenkrediten, soweit zinsempfindlich, zurückgedrängt worden, die Auswirkungen auf die Verschuldung des Staates wäre aber völlig offengeblieben. Gleichzeitig hätten private Investitionen, soweit kreditfinanziert, die Hauptlast getragen, mit entsprechend nachteiligen Folgen für die Konjunktur. Einen solchen geldpolitischen Kurs konnte die Bundesbank nicht verantworten, einen Weg aus dem Dilemma, in das sie die hohe Staatsverschuldung gebracht hatte, sah sie offenbar nur darin, daß sie in der Zinssenkungspolitik Zurückhaltung walten ließ und im übrigen die Überschreitung des Geldmengenziels in Kauf nahm. Sehr bedenklich ist freilich, daß sie dabei mit zusehen mußte, wie die Verschuldung des Staates in der Wirkung letztlich zu einer indirekten Monetisierung von öffentlichen Haushaltsdefiziten führt. Das Kreditvergabeverbot, das die Notenbank gegenüber dem Staat aus guten, stabilitätspolitischen Gründen zu beachten hat, wird auf diese Weise de facto unterlaufen.

344. Von den angeführten Schwierigkeiten bei der Geldmengensteuerung abgesehen: Die Tauglichkeit der Konzeption einer potentialorientierten Geldmengenpolitik steht und fällt mit der Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Geldnachfrage auf längere Sicht. Bei Gültigkeit der Stabilitätseigenschaften besteht mittelfristig ein enger Zusammenhang zwischen Geldmenge, Einkommen und Preisen; dann ist die Geldmengenentwicklung ein vernünftiges Zwischenziel für die Geldpolitik (und auch als Indikator zur Beurteilung der geldpolitischen Impulse geeignet). Ist die Stabilitätsbedingung nicht erfüllt, dann ist der Geldmengenstrategie die Grundlage entzogen.

Die in der Öffentlichkeit und in Fachkreisen geführte Debatte um die angemessene geldpolitische Konzeption hat daher zu Recht die Frage nach den Stabilitätseigenschaften der Geldnachfrage im Mittelpunkt gehabt. Das bisherige Ergebnis dieser Debatte ist uneinheitlich: Die einen, darunter die Bundesbank, halten die längerfristige Stabilität der Geldnachfrage nach wie vor für gegeben, trotz der Währungsunion in Deutschland und der durch die Wiedervereinigung bewirkten strukturellen Umwälzungen und trotz der Finanzinnovationen und der Globalisierung der Finanzmärkte. Die anderen, darunter auch jene, die Vorbehalte gegen die potentialorientierte Geldmengenpolitik haben, behaupten, die monetären Grundbeziehungen hätten sich in jüngster Zeit, wie schon vorher in anderen Industrieländern, auch hierzulande deutlich gelockert, ja sogar weitgehend aufgelöst; neben einigungsbedingten Strukturbrüchen und dem veränderten finanzmarktmäßigen Umfeld wird zu den Hauptursachen gezählt, daß die Kassenhaltung der Privaten mehr und mehr durch das Ausmaß von Vermögenstransaktionen, sprich von Transaktionen außerhalb des güterwirtschaftlichen Bereiches bestimmt wird, daß die Geldnachfrage volatiler geworden ist, und daß die besagten Sondereinflüsse, statt sich von alleine zurückzubilden, eine Tendenz zur Persistenz aufweisen.

345. Ein endgültiges Urteil über die Frage nach der Stabilität der Geldnachfrage zu fällen, hält der Sachverständigenrat zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Die Frage muß empirisch entschieden werden. Kontrovers bleibende wissenschaftliche Dispute auf der Grundlage konkurrierender geldtheoretischer Modelle helfen in der Praxis nicht weiter; darauf einen geldpolitischen Regimewechsel zu stützen, wäre für die Glaubwürdigkeit der Bundesbank nicht ungefährlich. Ökonometrischen Studien zufolge, die in letzter Zeit durchgeführt wurden (unter anderem von der OECD), kann die Geldnachfragefunktion in Deutschland noch als relativ stabil gelten: Zwar lassen sich kurzfristig strukturelle Instabilitäten identifizieren, doch daß sie sich auf längere Sicht verfestigen werden, zeigt sich nicht; es ist genauso gut möglich, daß sie sich wieder korrigieren. Soweit dauerhafte Veränderungen in der Geldnachfrage konstatiert werden, spiegeln sie sich im Trend der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes wider und können bei der Festlegung des Geldmengenziels angemessen berücksichtigt werden, bei einem fallenden Trend etwa, wie er seit Jahren zu beobachten ist, durch einen Zuschlag auf die Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (wie es geschieht). Allen neueren empirischen Schätzungen haftet aber ein grundlegendes methodisches Problem an: Sie bilden einen Zeitraum ab, der weit in die Vergangenheit (bis in die siebziger Jahre) zurückreichen muß, damit überhaupt die einschlägigen Testverfahren angewendet werden können, und sie beruhen infolgedessen auf einem monetären Umfeld und einer weltwirtschaftlichen Konstellation, die in dieser Form heute und künftig möglicherweise nicht mehr bestehen. Die Datenbasis seit der Währungsunion mit Ostdeutschland ist noch zu schmal, als daß verläßliche Schätzungen nur für den Zeitraum 1990/94 möglich wären. Wird der Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und Preisniveauentwicklung geschätzt, so kann in Anbetracht der Wirkungsverzögerungen im Transmissionsprozeß gar erst ab 1995 oder 1996 erkannt werden, inwieweit die Geldmengenentwicklung dieses Jahres schon heute hätte Anlaß für Zweifel an der Stabilität der monetären Beziehungen sein müssen. Die künftige Preisniveauentwicklung wird Aufschlüsse geben: Kommt es mit den bisher üblichen Verzögerungen zu einer Inflationsbeschleunigung, dann wird man Stabilität der Geldnachfrage diagnostizieren.

Der Sachverständigenrat hat eigene Untersuchungen zur Stabilität der Geldnachfrage mit Bezug auf das Zentralbankgeld angestellt (Ziffern 152ff.). Bis Mitte 1990 erweist sich diese Nachfragefunktion als recht stabil, danach scheinen die monetären Grundbeziehungen in der kurzen Frist weniger eindeutig verzahnt zu sein, ohne daß sich damit aber gleich ein Strukturbruch abzeichnet, der den längerfristigen Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und Preisniveauentwicklung aufhebt. Der empirische Befund ist jedenfalls nicht so eindeutig, daß von der

Strategie der potentialorientierten Geldmengensteuerung zwingend abgekehrt werden müßte. Der Vorbehalt des noch kurzen Erfahrungszeitraums unter den neuen institutionellen Bedingungen gilt auch hier, insofern befinden wir uns in einem Suchprozeß, und es wäre voreilig, jetzt schon die Geldmengenregel aufzugeben. Zu einem anderen Schluß könnte man nur gelangen, wenn alternative Konzeptionen, die von der Notenbank einfacher zu handhaben sind, ihrem Ansehen guttun und für die Geldwertstabilität bessere Ergebnisse versprechen, gegenwärtig bereits vorlägen.

Zu den Alternativen

346. In der Diskussion um die Gestaltung einer stabilitätsbewußten Geldpolitik sind der Bundesbank verschiedene Vorschläge gemacht worden, anstelle eines Geldmengenzieles andere Orientierungsgrößen heranzuziehen. Im Gespräch sind unter anderem:

- die Ausrichtung der Geldpolitik auf die Zinsstruktur, wobei die Notenbank so am Geldmarkt zu intervenieren hätte, daß die Differenz zwischen den kurzfristigen und den langfristigen Marktzinssätzen frei von Inflationserwartungen ist und möglichst den realwirtschaftlichen Bedingungen entspricht, die Renditenstrukturkurve über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg also eher flach wird;
- die Ausrichtung der Geldpolitik auf eine für mehrere Jahre im voraus festgelegte Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts (beispielsweise 5 vH), und zwar so, daß die Summe aus der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Veränderung des Preisniveaus, letztlich also die Veränderung der monetären Gesamtnachfrage, konstant ist, was durch expansive Maßnahmen (bei Zielunterschreitung) beziehungsweise restriktive Maßnahmen (bei Zielüberschreitung) bewerkstelligt werden soll;
- die Ausrichtung der Geldpolitik direkt auf ein vorangekündigtes Preisniveauziel in dem Sinne, daß über einen längeren Zeitraum hinweg die Inflationsrate möglichst niedrig ist.

Diese Diskussion ist nicht neu, sie war auch in der Vergangenheit in Zeiten einer deutlichen Verfehlung des Geldmengenziels besonders lebhaft. Im Zusammenhang mit Bestrebungen auf der internationalen Ebene, die Geldpolitik, die Finanzpolitik und die Währungspolitik der wichtigsten Industrieländer miteinander zu koordinieren, wurden ebenfalls den Notenbanken alternative Grundkonzeptionen dieser Art nahegelegt. Der Sachverständigenrat fand dies nicht überzeugend (JG 87 Ziffern 330 ff.). Auch gegenwärtig überwiegt unsere Skepsis.

347. Ergebnisse theoretischer Analysen und empirischer Untersuchungen sowie praktische Erfahrungen erlauben es jedenfalls nicht, einer der vorgeschlagenen Alternativkonzeptionen bessere Eigenschaften als Orientierungsmarke für die deutsche Geldpolitik zu bescheinigen, als sie Geldmengenaggregate als Zwischenzielgröße aufweisen.

- Der Vorschlag einer zinsorientierten Geldpolitik hat gegen sich, daß die Zinsstruktur, bei der die realen Zinsen im Gleichgewicht sind, wenn überhaupt, so nur schwer zu definieren ist, daß die Zusammenhänge zwischen Zinsstruktur und Preisniveauentwicklung unklar sind, daß eine gegebene Fristenstruktur durch Zinssatzbewegungen am kurzen Ende des Marktes oder durch Bewegungen am langen Ende zustande kommen kann und daß die Notenbank den langfristigen Zinssatz nicht direkt zu steuern und prognostizierbar zu beeinflussen vermag. Wie und in welcher Zeitspanne eine Änderung der Leitzinsen, die sie vornimmt, auf den Kapitalmarkt durchwirkt, ist ungewiß. In den Zinsen kommen nicht nur die Maßnahmen der Geldpolitik, die zurückliegenden und die aktuellen, zum Tragen, sondern auch ganz entscheidend die Zukunftserwartungen, die in der Wirtschaft herrschen, vor allem jene in bezug auf die konjunkturelle Entwicklung im allgemeinen und die Entwicklung der Preise und der Wechselkurse im besonderen. Vor allem sind Höhe und Veränderung der realen Zinsen, die für Investitionsentscheidungen maßgeblich sind, sehr von den Erwartungen der Marktteilnehmer abhängig; die Geldpolitik hat aber keine eindeutig vorhersehbare Möglichkeit, die Realzinsen gemäß deren mittelfristigen Gleichgewichtswerten zu steuern, und läuft, wenn sie es dennoch versucht, Gefahr, die Realzinsen unangemessen niedrig oder hoch zu halten und dadurch unerwünschte inflationäre oder deflationäre Wirkungen hervorzurufen. Überdies — und dies ist zentral — wird unter den gegenwärtigen Bedingungen eines weltweit liberalisierten Kapitalverkehrs der Spielraum für eine Abkoppelung des langfristigen Zinssatzes in Deutschland von der Zinssentwicklung im Ausland, besonders in den Vereinigten Staaten, immer kleiner. Die Folge kann sein, daß die Zinsstruktur, so wie sie sich im Inland darstellt, keine verläßliche Richtschnur für geldpolitische Handlungen abgibt und daß die Marktteilnehmer den Kurs der Geldpolitik falsch einschätzen.
- Der Vorschlag, die Geldpolitik auf eine im voraus festzulegende möglichst stabile Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts festzulegen (eine Norm über den zulässigen Preisniveauanstieg wäre darin enthalten), hat vor allem operationale Probleme gegen sich. Die notwendigen statistischen Informationen über die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts liegen nur mit größerer zeitlicher Verzögerung und erst einmal nur in vorläufiger Berechnung vor. Die Bundesbank wüßte daher nicht, ob sie geldpolitisch das Richtige zum richtigen Zeitpunkt mit der richtigen Dosierung tut. Beobachtete Zielabweichungen könnten sich als Fehlinterpretationen herausstellen. Konjunkturelle Schwankungen könnten ausgelöst, möglicherweise verstärkt werden. Es müßten schon sehr treffsichere Konjunkturprognosen gemacht werden können, um die Geldpolitik vor der Gefahr, destabilisierend zu wirken, zu bewahren; aller Erfahrung nach sind Konjunkturprogno-

sen in der Regel nicht von solcher Qualität. Und besonders gravierend wäre: Die Bundesbank hätte in Zeiten eines kräftigen Anstiegs des realen Bruttoinlandsprodukts (wie im Jahre 1991), der zu einer Zielüberschreitung führt, große Schwierigkeiten, in der Öffentlichkeit überzeugend zu vertreten, daß Zinserhöhungen vorgenommen werden müßten. Die Folge könnte sein, daß die Zuwachsrate für das nominale Bruttoinlandsprodukt angehoben und daraufhin eine expansivere Geldpolitik betrieben würde als unter Stabiltätsgesichtspunkten vertretbar wäre.

— Der Vorschlag, die Geldpolitik direkt am letztlich angestrebten Ziel, dem der Geldwertsicherung, zu orientieren, berücksichtigt zu wenig, daß die Notenbank die Inflationsrate nicht unmittelbar beeinflussen kann. Wegen der Wirkungsverzögerungen bei der Geldpolitik müßte die Notenbank schon heute auf künftig inflationäre Entwicklungen hin, die das Preisniveauziel überschreiten, handeln. Das könnte sie nur, wenn sie den Anstieg des Preisniveaus in der Zukunft und die (exogenen) Faktoren, die unabhängig vom geldpolitischen Kurs darauf einwirken, einschließlich etwaiger außenwirtschaftlicher Inflationsimpulse oder eines stabilitätswidrigen Verhaltens in der Lohnpolitik, einigermaßen kennt. Auch hier stünde sie vor einem schwierigen, nahezu unlösbaren Prognoseproblem. Erweist sich die Preisprognose als falsch, werden auch die zuvor ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen falsch gewesen sein mit der Folge, daß die Wirtschaft destabilisiert wird. Die Bildung verläßlicher Erwartungen über die monetären Bedingungen wäre gestört, die Reputation der Bundesbank gefährdet.

348. Alles in allem ist es keine Lösung der Probleme mit der Geldmengensteuerung, auf eine der besagten Alternativen auszuweichen. Die alternativen Konzeptionen sind allesamt gegenüber Störeinflüssen anfällig, ihre Operationalität stößt schnell an Grenzen, die Geldpolitik hat mitunter keine feste Verankerung, den Märkten geben sie nicht die angestrebte Orientierung. In verschiedenen Ländern sind die Notenbanken zwar dazu übergegangen, ihrer Geldpolitik andere Zielvariablen und Indikatoren zugrunde zu legen. Es werden dort neue Konzeptionen erprobt aus Gründen, die in besonderen Entwicklungen in diesen Ländern wurzeln. So ist in den Vereinigten Staaten, wie mehrere Untersuchungen zeigen, die einst gegebene längerfristige Stabilität der Geldnachfrage geschwunden, besonders als Folge einer weitreichenden Deregulierung der Finanzmärkte und einer raschen Ausweitung von Finanzderivaten; die Geldnachfrage ist daher nicht mehr primär einkommens- und zinsabhängig, sondern wird zunehmend durch finanzielle Aktivitäten, losgelöst vom realwirtschaftlichen Sektor, bestimmt. Es gibt auch Beispiele für die direkte Ausrichtung auf das Preisniveau (Großbritannien, Kanada, Neuseeland). Hierbei geht es vor allem darum, Glaubwürdigkeitsprobleme der jeweiligen Notenbanken zu beheben, die durch hohe Inflationsraten in der Vergangenheit entstanden waren; die Inflationsraten haben sich zwar in diesen Ländern zurückgebildet, doch die verstrichene Zeitspanne ist noch zu kurz, um die Wirksamkeit von Preisniveauzielen einschätzen zu können. Für eine konzeptionelle Neuorientierung der deutschen Geldpolitik sind diese ausländischen Beispiele nicht ausreichend. Die Bundesbank hat das Vertrauen der Märkte in ihren Stabilitätswillen, und zweifelsfreie Hinweise für instabil gewordene Grundbeziehungen zwischen Veränderungen der Geldmenge in Relation zum Wachstum des Produktionspotentials und der Inflationsrate gibt es, wie gesagt, nicht. Würde die Bundesbank ohne ausreichenden Grund von der Konzeption der potentialorientierten Geldmengenpolitik zu einer von anderen Orientierungsmarken getragenen Konzeption wechseln, so wäre völlig ungewiß, wie die Marktteilnehmer dies aufnehmen und darauf reagieren würden. Unerwünschte Reaktionen — wiedererwachende Inflationserwartungen — könnten jedenfalls nicht ausgeschlossen werden. Mit dem Hinweis, daß dies in anderen Ländern so nicht gekommen ist, kann man die Gefahren nicht klein schreiben; denn abgesehen davon, daß der Erfahrungszeitraum noch kurz ist, wurde dort die Geldmengenregel nie so streng aufgefaßt wie bei uns, und die jetzt praktizierten geldpolitischen Konzeptionen brechen daher weit weniger radikal mit den früheren, als es in der Bundesrepublik der Fall wäre, wenn die Bundesbank ihre Strategie jetzt änderte.

349. Die Bundesbank ist in diesem Jahr von verschiedener Seite aufgefordert worden, die Konzeption einer potentialorientierten Geldmengensteuerung offiziell aufzugeben und auf die Ankündigung einer Zielgröße von nun an ganz zu verzichten. Wir raten auch dazu nicht. Wir sehen große Nachteile sowohl bei einem Übergang zu einer Mehrindikatoren-Konzeption (JG 88 Ziffern 292 f.) als auch bei der Hinwendung zu einer rein diskretionären Geldpolitik.

Einer Mehrindikatoren-Konzeption wird das Wort geredet, weil ihre Befürworter annehmen, die Bundesbank wäre besser als bei der potentialorientierten Geldmengenpolitik in der Lage, situationsgerecht zu handeln und besonders bei unvorhergesehenen Störeinflüssen flexibel zu reagieren, wenn sie ihren Entscheidungen ein Bündel von monetären Größen (neben der Geldmenge zum Beispiel die Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken, die Kapitalmarktzinsen, die Renditen von Termineinlagen, den Wechselkurs), gegebenenfalls ergänzt um realwirtschaftliche Variablen (wie den Beschäftigungsstand), zugrunde legen würde. Das Problem ist aber, daß die Signale, die die einzelnen Indikatoren ausstrahlen, nicht zwangsläufig gleichgerichtet sind. Weisen sie aber in verschiedene Richtungen, steht die Notenbank vor der schwierigen Aufgabe, den jeweils dominierenden Indikator zu erkennen und danach zu handeln. Sie muß auch, um adäquat handeln zu können, in der Lage sein, bei Veränderungen der jeweiligen Indikatoren danach zu unterscheiden, was davon exogen bedingt ist, was Folge ihrer eigenen Geldpolitik in der Vergangenheit. Die Marktteilnehmer dürfen keine abweichende Einschätzung haben, auch dann nicht, wenn die Notenbank im Zeitverlauf ihr Urteil ändert. Je mehr Indikatoren im Bündel stecken, um so mehr Informationen müssen laufend verarbeitet werden, um so größer werden die Diagnoseschwierigkeiten, um so schwieriger wird es für die Geldpolitik, die gebotene Orientierungsfunktion über ihren künftigen

Kurs zu erfüllen, um so größer ist der Ermessensspielraum.

Wird die Geldpolitik rein diskretionär betrieben, so ist sie schwerlich prognostizierbar. Insbesondere weiß man nicht, welchen Aufgaben sie sich in konkreten Situationen vorrangig zuwenden wird. Zwar wird das Ziel der Geldwertstabilität als das primäre ausgegeben werden. Doch der Kurs der tatsächlich betriebenen Geldpolitik ist damit nicht verläßlich abgesteckt. In der Öffentlichkeit ist nach wie vor die Vorstellung verbreitet, daß die Geldpolitik nicht vor allem den Geldwert im Inneren zu sichern hat, sondern besonders für andere gesamtwirtschaftliche Ziele Verantwortung trägt. Namentlich in Phasen, in denen die aktuellen Preissteigerungsraten kleiner werden, die Arbeitslosigkeit aber deutlich zunimmt oder als zu hoch angesehen wird, halten viele die Notwendigkeit der Inflationsvermeidung, weil angeblich auf gutem Wege, für weniger dringlich. Diese Vorstellung resultiert einerseits aus einer Überschätzung dessen, was die Geldpolitik realwirtschaftlich zu bewegen vermag, im Wachstumsprozeß ebenso wie im Konjunkturverlauf. Sie wird aber auch von manchen Kritikern der Bundesbank systematisch genährt, die mitunter die im Bundesbankgesetz enthaltene Aufgabenbeschreibung so auslegen, daß das Stabilitätsziel kurzfristigen konjunkturpolitischen Erwägungen untergeordnet werden darf. Wir halten das für falsch. Die Zuständigkeiten der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger für die Verwirklichung der einzelnen gesamtwirtschaftlichen Ziele dürfen nicht verwischt werden; sonst fühlt sich letztlich niemand verantwortlich, und es kommt zu unnötigen Fehlentwicklungen.

Die Diskussion über die Geldpolitik in den Jahren 1992/93 veranschaulicht das Problem: Mit Hinweisen auf die Rezession und die hohe Arbeitslosigkeit, die es zu bekämpfen gelte, wurde die Bundesbank in einem fort aufgefordert, die Geldmarktzinsen schnell und kräftig zu senken. Auch vom Ausland her gab es aus konjunkturellen Gründen starken Druck auf die Bundesbank, dieses zu tun. Die Bundesbank hat sich dem allseits angemeldeten Bedarf an gelockerten Refinanzierungskonditionen nicht verschlossen und hat die Zinsen am Geldmarkt heruntergeschraubt, aber im ganzen doch behutsam, nicht überhastet. Bei allen Bedenken, die die wiederholte Verfehlung des Geldmengenziels hervorruft: daß ohne eine selbstbindende Richtschnur für die Geldpolitik die Bundesbank dem inländischen und internationalen politischen Druck nach kräftigen Expansionsmaßnahmen besser hätte standhalten können, als sie es tatsächlich versucht und erreicht hat, ist alles andere als selbstverständlich. Dann sind aber auch die Gefahren, die sich mit einer diskretionären Geldpolitik verbinden, nicht einfach in den Wind zu schlagen: die Versuchung der Politik, die Bundesbank für ihre Zwecke einzuspannen, die Versuchung der Tarifvertragsparteien, stabilitätswidrige Steigerungen der Nominallöhne zu vereinbaren, die Versuchung des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank selbst, auf aktuelle monetäre und realwirtschaftliche Entwicklungen mit Ad-hoc-Entscheidungen zu reagieren und gegebenenfalls Wünschen nach einer expansiven Geldpolitik nachzugeben, auch wenn dies auf mittlere Sicht dem Ziel der Preisniveaustabilität zuwiderliefe.

350. Eine Geldpolitik, der von ihren konzeptionellen Grundlagen her die nominale Verankerung fehlt und die statt mittelfristig ausgerichtet zu werden, kurzatmig und unstetig, letztlich unberechenbar sein kann, ist eine Politik, die sich schwer tun wird, das Geld so knapp zu halten, daß es gutes Geld ist, sprich nicht mehr davon im Umlauf ist als für die Finanzierung eines angemessenen und stetigen wirtschaftlichen Wachstums bei niedrigen Preisniveausteigerungen gebraucht wird. Das Vertrauen der Marktteilnehmer in die strikte Stabilitätsorientierung kann sich die Bundesbank eher erhalten, wenn sie sich konzeptionell eindeutig dazu bekennt, als wenn sie sich alle Türen offen hält. Das lehrt die Erfahrung. Selbst nach Phasen einer übermäßigen Geldmengenausweitung hat ihre Reputation als Anwältin des stabilen Geldwertes deshalb keinen Schaden genommen, weil sie alles daran gesetzt hat, die monetäre Expansion baldmöglichst wieder zu normalisieren und inflatorischen Preisauftriebstendenzen Einhalt zu gebieten. Auch in diesem Jahr ist ihr der Vertrauensvorschuß zugute gekommen. Jetzt die Regelbindung aufgeben und auf eine diskretionäre Geldpolitik umschalten, liefe auf einen Regimewechsel hinaus, der unter den Marktteilnehmern im Inland und Ausland Konfusion verbreiten und den Verdacht erzeugen könnte, die Bundesbank werde in Zukunft die Stabilitätsverpflichtung großzügiger sehen. Selbst wenn man der Bundesbank damit Unrecht täte, was zählt, sind die Erwartungen, die faktisch bestehen.

Die Befürworter des Regimewechsels argumentieren zwar, daß bereits heute und früher die Bundesbank in beachtlichem Maße ihren diskretionären Spielraum genutzt habe, ohne deshalb Glaubwürdigkeitsverluste zu erleiden, und daß infolgedessen eine offen und amtlich als diskretionär deklarierte Geldpolitik sich das Vertrauen der Märkte bewahren würde. Doch beruhigend ist diese Argumentation nicht. Sie verkennt, daß es im Prozeß der Erwartungsbildung schon einen Unterschied macht, ob der Geldpolitik eine (potentiell) stabilitätsgefährdende Ausweitung der Geldmenge leichtgemacht wird oder nicht. Unter der Geldmengenregel gibt es bei Zielverfehlungen den Begründungszwang und die Notwendigkeit zu erklären, wie und in welchem Zeitraum das Geldmengenziel wieder erreicht werden kann, so daß der Staat, die Tarifvertragsparteien, die Geschäftsbanken und Unternehmen und die Kapitalanleger von der Ernsthaftigkeit der Stabilitätsorientierung überzeugt werden. Wahrscheinlich hat die Bundesbank bei der Erläuterung und Begründung ihrer Politik gegenüber der Öffentlichkeit mehr Möglichkeiten als die bislang wahrgenommenen, um die jeweils getroffenen Entscheidungen besser nachvollziehbar zu machen. So hätte sie beispielsweise bei der Überprüfung des diesjährigen Geldmengenziels im Juli ausführlicher darlegen sollen, ob und gegebenenfalls welche neuen Erkenntnisse ihr über die Bedeutung der jeweiligen Sonderfaktoren vorlagen und, noch wichtiger, wie und in welcher Zeit über das Jahresende hinaus ein Einschwenken des Geldmengenwachstums auf den Potentialpfad angestrebt werden würde. Die bestmögliche Begründung einer Zielabweichung beläßt

der Geldmengenregel ihre Funktion, die Erwartungen zu stabilisieren. Bei einer rein diskretionären Geldpolitik hingegen entsteht Orientierungslosigkeit, ist Stetigkeit in der Entwicklung des Geldangebots äußerst fraglich, sind die Ausnahmesituationen beliebig, wird der Rückgriff auf passende, auch arbiträre Argumente zu einer großen Gefahr. Die Notenbank wird in die Pflicht genommen, konjunkturpolitische Mitverantwortung zu tragen, unbeschadet des Umstandes, daß die Zusammenhänge zwischen Geldpolitik und konjunktureller Entwicklung einschließlich der Beschäftigung alles andere als geklärt sind, jedenfalls sind sie weit weniger verläßlich als die zwischen Geldmenge und Preisniveau. Ohne eine konzeptionell begründete und begründbare Selbstbindung wird es schwer, Forderungen nach einer nachgiebigen Geldpolitik abzuwehren. Daher können sich auch eher Inflationserwartungen herausbilden und verfestigen, der Inflationssockel ist höher, allen Stabilitätsversprechen der Notenbankvertreter zum Trotz. Käme eine Notenbank in bezug auf ihre stabilitätspolitische Glaubwürdigkeit erst einmal ins Gerede, würde sie dieses hohe Gut auf Dauer nicht bewahren können. Dazu darf es die Bundesbank erst gar nicht kommen lassen, und sie will es auch nicht.

Zielbestimmung für 1995

351. Der Sachverständigenrat hält nach Abwägung der Vor- und Nachteile die Konzeption einer potentialorientierten Geldmengenpolitik weiterhin für vertretbar. Es gibt zwar einige Unsicherheiten bei der Geldnachfrage, aber es wäre aus unserer Sicht verfrüht, diese schon für so durchschlagend zu halten, daß für 1995 nicht wieder ein Geldmengenziel vorangekündigt werden könnte. Auch die enge internationale Verflechtung der Finanzmärkte und die damit einhergehenden umfangreichen grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen sind kein ausreichender Anlaß, um auf eine Zielvorgabe für das bereitzustellende Geld zu verzichten. Eine andere Frage ist, für welches Geldmengenaggregat. Wir gehen nach wie vor von der bereinigten Zentralbankgeldmenge als Zwischenzielgröße aus. Da Zentralbankgeld nur unter der Mitwirkung der Notenbank entstehen kann, bildet es eine direkt beeinflußbare Steuergröße. Bei einer so abgegrenzten Geldmenge läßt sich der geldpolitische Kurs gut erkennen und im Hinblick auf die von ihm ausgehenden monetären Impulse angemessen beurteilen. Demgegenüber hat die Zielgröße M3 problematische Eigenschaften allein schon insofern, als die Bundesbank die Verwendung von Zentralbankgeld (im Geldschöpfungsprozeß) durch die Kreditinstitute und das Publikum nur indirekt, mitunter gar nicht oder nicht wirksam genug zu kontrollieren vermag. Würde jetzt auch noch das Geldmengenaggregat M3 extensiver definiert, um die neu entstehenden Geldmarktfonds einzubeziehen — was bei eindeutiger Liquiditätsnähe konsequent wäre —, so müßte die Bundesbank weitere Abstriche an ihren Möglichkeiten, die künftige monetäre Entwicklung direkt und maßgeblich zu steuern, in Kauf nehmen. Bei der Analyse der aktuellen monetären Expansion würde es noch schwieriger sein als gegenwärtig schon, danach zu unterscheiden, was vom Geldangebot her bestimmt wird, was durch die Geldnachfrage; die Einschätzung der Wirkungen der Geldpolitik wäre unbefriedigend.

Angesichts der Zielverfehlung in diesem Jahr ist der Deutschen Bundesbank von Befürwortern der potentialorientierten Geldmengenpolitik nahegelegt worden, von der jahresbezogenen Zielformulierung abzukehren und an ihrer Stelle ein mehrjähriges Geldmengenziel vorzugeben. Zu der Konzeption einer mittelfristig orientierten Geldmengenpolitik würde ein mittelfristiger Zielpfad für die monetäre Expansion durchaus passen; so hat es auch der Sachverständigenrat bei früheren Gelegenheiten gesehen, allerdings bei einer Konstellation, in der ein hohes Maß an Geldwertstabilität erreicht war und dieses bewahrt werden sollte (JG 84 Ziffer 361). Die gegenwärtige Situation ist eine andere: Der Prozeß der Geldwertstabilisierung kommt nur zögerlich voran, und mit der kräftigen Ausweitung der Geldmenge in letzter Zeit dürfte sich, wie erwähnt, Inflationspotential aufgebaut haben. Sollte unter diesen Bedingungen jetzt ein Geldmengenziel für zwei oder mehr Jahre angekündigt werden, so wäre unklar, wie der Bedarf an einem angemessen geschneiderten Geldmantel für die wirtschaftliche Aktivität in Einklang zu bringen ist mit der Notwendigkeit, weitere Stabilisierungsfortschritte zu erzielen. Hiervon einmal abgesehen: Die Probleme, die der Geldmengensteuerung durch Sondereinflüsse entstehen, wären bei einem Mehrjahresziel nicht beseitigt. Es sollte jetzt daher zunächst bei der Zielbestimmung für ein Jahr bleiben.

352. Die Ausgangsgröße für die auf 1995 bezogene Zielbestimmung ist das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials auf mittlere Sicht; wir nehmen an, daß sich das Wachstumstempo infolge einer wieder zunehmenden Investitionsbereitschaft beschleunigt, schätzungsweise auf 3 vH für Deutschland insgesamt. Sodann ist der trendmäßige Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge zu berücksichtigen. Wir setzen den Wert, der der Wachstumsrate des Produktionspotentials hinzuzurechnen ist, wie im Vorjahr mit 1 vH an. Schließlich ist dem Umstand Rechnung zu tragen, daß auch 1995 nicht ein Jahr der Geldwertstabilität sein wird. Der kurzfristig für unvermeidlich zu haltende, weitere Anstieg des Preisniveaus (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts) geht mit einer Rate von rund 2 vH in die Rechnung ein. Alles zusammen genommen ergibt sich für das Jahr 1995 eine potentialgerechte Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge von 6 vH.

353. Unter normalen Bedingungen wäre der Potentialpfad für die Geldbasis aus dem Jahre 1994 mit dieser Steigerungsrate fortzuschreiben. Doch infolge der übermäßigen Expansion der Zentralbankgeldmenge ist die monetäre Ausgangssituation nicht normal. Wollte man dessenungeachtet am Sollwert anknüpfen, würde die Konzeption der Geldmengensteuerung ad absurdum geführt: Kaum jemand würde es für möglich halten, daß die Geldpolitik einen so scharfen Restriktionskurs einschlagen und durchhalten könnte, wie es notwendig wäre, um das kräftige

Geldmengenwachstum und die Preisniveausteigerungen aus der Vergangenheit wieder rückgängig zu machen. Der Glaubwürdigkeit der Geldmengenstrategie bekäme es freilich nicht, wenn so getan würde, als könne an den monetären Fehlentwicklungen nichts mehr geändert werden, so daß als Ausgangspunkt des monetären Zielpfades für das kommende Jahr die tatsächliche Liquiditätsversorgung Ende 1994 gewählt werden müsse. Denn dann würde den Märkten signalisiert, daß vergangene Zielverfehlungen in Kauf genommen werden, was stabilitätswidrigem Verhalten in der Zukunft Vorschub leistet. Bei der Formulierung eines Geldmengenziels für das Jahr 1993 stand der Sachverständigenrat vor der Frage, ob nach einer deutlichen Zielabweichung der mittelfristige monetäre Potentialpfad anzupassen sei, und er hat damals dazu geraten, dies in einem gewissen Umfang zu tun (JG 92 Ziffer 332). Auch heute halten wir eine Anpassung für notwendig. Nach unserer Sicht muß freilich Klarheit darüber bestehen, daß die Niveaukorrektur etwas Außergewöhnliches ist, daß also niemand darauf setzen darf, die Notenbank werde sich künftig in das Schlepptau der Marktteilnehmer nehmen lassen und jedwede Inflationsrate im nachhinein sanktionieren. Anpassung des Zielpfades heute bedeutet keineswegs regelmäßiges Anpassen morgen. Dies klarstellen — das kann eine konsequent potentialorientiert betriebene Geldmengenpolitik allemal.

Die empirische Bestimmung einer angemessenen Ausgangsbasis für das Geldmengenziel ist allerdings sehr schwierig. Einerseits wird der Liquiditätsbedarf der Wirtschaft auch von den in der Vergangenheit eingetretenen Preissteigerungen bestimmt. Diese gingen in den letzten Jahren deutlich über das bei der Zielformulierung berücksichtigte tolerierbare Maß hinaus und haben die Geldnachfrage entsprechend ansteigen lassen, so daß der hierauf entfallende Teil der Zielverfehlung kein Inflationspotential mehr darstellt. Insoweit kann das Ausgangsniveau für den Zielpfad 1995 nach oben verschoben werden; geschähe dies nicht, würde die Geldpolitik deflationären Druck ausüben. Andererseits kann der aktuelle Geldmengenbestand ein Potential für zukünftige Inflation in sich bergen. Um dies zu berücksichtigen, muß das Geldmengenziel an denjenigen Wert anknüpfen, der den langfristigen Kassenhaltungsgewohnheiten des Publikums in Anbetracht der vergangenen Entwicklung der Preise und des Produktionspotentials entspräche. Ein einfaches Verfahren, um diesen Wert zu ermitteln, bietet eine Schätzung des langfristigen Trends der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes — anders gewendet: der langfristigen Geldnachfragefunktion. Für das Jahr 1994 ist festzustellen, daß dieser Wert um knapp 2½ vH unter dem tatsächlichen Bestand an Zentralbankgeldmenge im November liegen dürfte, aber doch deutlich um 5 vH oberhalb unseres bisherigen Zielpfades.

354. Vorausgesetzt, auch die Bundesbank formuliert wieder ein Geldmengenziel, angenommen, sie hält an der Geldmenge M3 als Steuergröße fest, und unterstellt, der Geldangebotsmultiplikator ist stabil: Bei den genannten Kriterien hätte die Geldpolitik dafür zu sorgen, daß die Geldmenge M3 mit einer Rate zunimmt, die in einer ähnlichen Größenordnung liegt wie die für die bereinigte Zentralbankgeldmenge. Der Praxis der Bundesbank folgend ist dabei auf den Zeitraum vom vierten Quartal 1994 bis zum vierten Quartal 1995 abzustellen. Bei der Bestimmung des monetären Zielpfades für die Geldmenge M3 müßte auch hier aus den genannten Gründen ein Abschlag von dem Geldmengenbestand im vierten Quartal dieses Jahres vorgenommen werden.

355. Damit bis Ende 1995 der Zielpfad erreicht wird, muß die Geldpolitik das Tempo der tatsächlichen Geldmengenexpansion, von den aktuellen Geldbeständen ausgehend, im Verlauf des nächsten Jahres abbremsen. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge dürfte nur mit einer Rate ansteigen, die merklich niedriger ist als die abgeleitete Rate von 6 vH: Soll der Zielpfad bis Ende 1995 erreicht werden, dann müßte sich die Rate auf reichlich 3½ vH belaufen; man könnte sich mit der Abschwächung des Wachstums des Geldangebots auch mehr Zeit lassen (die Rate für 1995 wäre dann entsprechend höher), aber je länger man zuwartet, bis die bereinigte Zentralbankgeldmenge auf den Potentialpfad einschwenkt, um so größer ist die Gefahr, daß sich heutiges Inflationspotential in tatsächlichen Preisniveausteigerungen entlädt. Wie auch immer, aus unserer Sicht gibt es für die Geldpolitik keinen Spielraum für weitere Leitzinssenkungen im kommenden Jahr, ja leichte Erhöhungen der Notenbankzinsen können nicht ausgeschlossen werden. Nachteile für die weitere konjunkturelle Entwicklung brauchen daraus nicht zu erwachsen. Die Aufschwungskräfte sind, auch nach unserer Prognose, mittlerweile stark genug, um sich ohne weiteres geldpolitisches Stimulans entfalten zu können. Außerdem ist in den vergangenen Jahren reichlich Liquidität aufgebaut worden, die nunmehr von der Wirtschaft für eine Ausweitung der Produktion genutzt werden kann, ohne daß Anspannungen an den Geldmärkten und entsprechende Auftriebstendenzen bei den Geldmarktzinsen entstehen. Und was auch ins Bild gehört: Trotz der Schwierigkeiten, die eine potentialgerechte Geldmengensteuerung neuerdings bereitet, ist ihre Signalwirkung nach wie vor bedeutsam — für die Finanzpolitik, um auf dem Kurs der Haushaltskonsolidierung zu bleiben und nunmehr auch die Rückführung der Staatsausgabenquote einzuleiten, sowie für die Tarifvertragsparteien, damit sie wiederum stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse vereinbaren und nicht der Illusion erliegen, überhöhte Lohnanhebungen würden schon monetär alimentiert. Eine notwendige Bedingung dafür, daß der Anstieg des Preisniveaus weiter nachläßt, würde so erfüllt. Dies wiederum würde dazu beitragen, daß Kapitalmarktzinsen auf moderatem Niveau bleiben und mehr Investitionen, die die Sachkapazitäten erweitern und für zusätzliche Arbeitsplätze sorgen, durchgeführt werden.

Die europäische Dimension

356. Eine verläßliche stabilitätsorientierte Geldpolitik ist im Hinblick auf die Konvergenzkriterien für die geplante Europäische Währungsunion unabdingbar. Mit einer sehr niedrigen Inflationsrate würde

Deutschland ein wichtiges Signal für die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union setzen, ihrerseits konsequent einem binnenwirtschaftlichen Geldwertschwund entgegenzutreten, so daß der im Vertrag von Maastricht vorgesehene Referenzwert für den Preisniveauanstieg — der Durchschnitt der Raten aus den drei preisstabilsten Ländern — ein echter Prüfstein werden kann für das Versprechen der Politiker, die Währungsunion nur als dauerhafte Stabilitätsgemeinschaft zu wollen. Das Ziel der Geldwertstabilität — im Maastrichter Vertrag als vorrangig postuliert — verträgt keine Dehnung.

357. Der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 1992/93 mit Nachdruck betont, daß als Vorbedingung für den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion die im Maastricht-Vertrag aufgestellten Konvergenzkriterien (sie betreffen neben der Preisniveauentwicklung die Staatsverschuldung, das Niveau der langfristigen Zinsen und die Wechselkursentwicklung im EWS) unverzichtbar sind, daher strikt angewandt werden müssen und im politischen Prozeß nicht aufgeweicht werden dürfen (JG 92 Ziffern 423 ff.). Die Unabdingbarkeit der Konvergenzkriterien wurde vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 12. Oktober 1993 unterstrichen. Bedenklich ist, daß die Europäische Kommission und einige Regierungen dazu neigen, die Bestimmungen zur Staatsverschuldung in den einzelnen Mitgliedstaaten so auszulegen, daß sie leichter erfüllt werden können. Die beschlossenen Vorgaben über das laufende Defizit im öffentlichen Haushalt (höchstens 3 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und für den Stand der staatlichen Verschuldung (die Quote soll 60 vH nicht überschreiten und muß sich, wenn sie aktuell höher ist, auf diesen Wert zurückbilden) haben den Zweck, durch finanzpolitische Solidität die Geldwertstabilität in der Währungsunion sichern zu helfen. Hier darf es in keinerlei Richtung Kompromisse geben, anderenfalls würde die künftige Europäische Zentralbank unter Bedingungen starten, die das Risiko eines stabilitätspolitischen Fehlschlags in sich tragen. Der Versuchung, bei der Anwendung der Konvergenzkriterien Kompromisse einzugehen, wird am besten dadurch ein Riegel vorgeschoben, daß die Verantwortlichen sich nicht unter Zeitdruck setzen (lassen). Dem muß auch die Bundesregierung Rechnung tragen, ohne Wenn und Aber; sie sollte Vorstellungen über ein „pragmatisches" Vorgehen, wo immer sie artikuliert werden, eine unmißverständliche Absage erteilen.

358. Die Konvergenzkriterien insgesamt sind derzeit in den meisten EU-Ländern nicht erfüllt (Ziffer 150). Eine Ausnahme bildet Luxemburg. Auch Deutschland zählt dazu, obwohl hier bereits abzusehen ist, daß im Jahre 1995 die Schuldenstandsquote, die in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist, die 60-Prozent-Marke überschreiten wird, wenn die Schulden der Treuhandanstalt und ein Teil der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in den Erblastentilgungsfonds übernommen und damit dem öffentlichen Sektor zugeordnet werden; gleichzeitig würde dann auch die Defizitquote den Referenzwert deutlich überschreiten (Ziffer 223). Die Konvergenzkriterien allesamt in absehbarer Zeit zu verwirklichen, wird den Ländern, die an der Währungsunion teilhaben wollen, noch große Anstrengungen abverlangen. Außerdem besteht hinsichtlich des Entwicklungsniveaus der Volkswirtschaften nach wie vor ein deutliches Nord-Süd-Gefälle, das zu mindern ebenfalls vielerorts einen Kraftakt erfordert. Gleichwohl gibt es in einigen Punkten, die auf dem Weg zu einer Währungsunion von Bedeutung sind, positive Entwicklungen:

— Nach den Währungsturbulenzen im Sommer 1993 und der Erweiterung der Bandbreiten im Europäischen Währungssystem mit der faktischen Freigabe der Wechselkurse ist es weder zu einem Abwertungswettlauf zwecks Konjunkturstimulierung gekommen, noch sind der innergemeinschaftliche Handel oder der Kapitalverkehr beschränkt worden, wie zu befürchten stand. Die Wechselkurse blieben — im wesentlichen — innerhalb der zuvor gültigen engen Bandbreiten. Die Notenbanken der anderen Länder betrieben eine auf Stabilität ausgerichtete Geldpolitik und sie hielten ihre Zinssenkungsmaßnahmen, nunmehr freiwillig, stets in der Nähe des von der Bundesbank eingeschlagenen Kurses.

— Den Vorschriften des Vertrages von Maastricht gemäß gewähren die Notenbanken dem Staat keine direkten Kredite mehr (eine Ausnahme bildet Großbritannien). Rascher als im Vertrag vorgesehen ist in verschiedenen Ländern, darunter in Frankreich und Spanien, die Unabhängigkeit der Zentralnotenbank, weitgehend gemäß dem Bundesbank-Modell, hergestellt worden. Auch dies ist Zeichen einer sich festigenden Stabilitätskultur in Europa.

— Das neu gegründete Europäische Währungsinstitut, das vertragsgemäß Anfang des Jahres seine Tätigkeit aufgenommen hat, um die konzeptionellen und operativen Grundlagen einer zukünftigen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu entwickeln, hat sich nicht in Zuständigkeiten der Notenbanken der einzelnen Mitgliedsländer eingemischt; während der zweiten Stufe des monetären Integrationsprozesses, die Anfang 1994 begonnen hat, liegt die Geldpolitik unteilbar in nationaler Verantwortung. Das Europäische Währungsinstitut hat aber gleichzeitig Versuche der Europäischen Kommission, auf die vorbereitenden Arbeiten für die dritte Stufe Einfluß zu nehmen, zurückgewiesen; damit wird deutlich gemacht, daß die für die künftige Europäische Zentralbank vorgesehene Unabhängigkeit gegenüber den Organen der Gemeinschaft ernst zu nehmen ist. Die Rollenverteilung kann gar nicht früh genug eingeübt werden, jetzt stellvertretend mit dem Europäischen Währungsinstitut, damit zur gegebenen Zeit die gemeinsame Geldpolitik nicht Gefahr läuft, politisiert zu werden.

Vordringlich ist, daß alle Länder, die in die Europäische Währungsunion eintreten wollen, ihre Stabilitätsanstrengungen energisch und glaubwürdig fortsetzen. Geldwertstabilität ist ohnehin eine unerläßliche Voraussetzung für dauerhafte wirtschaftliche Dynamik, und insoweit ist sie der ökonomischen Konvergenz im ganzen nur förderlich.

III. Lohnpolitik: Vorrang für neue Arbeitsplätze

359. Die Lohnpolitik war im Jahre 1994 durch ein hohes Maß an Vernunft gekennzeichnet. Sowohl die moderaten Lohnerhöhungen als auch die durch die Tarifabschlüsse erreichte Flexibilität haben Arbeitsplätze gesichert. Nun gilt es, die Anfangserfolge auf dem Arbeitsmarkt nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen, und dazu beizutragen, daß neue Arbeitsplätze entstehen. Selbst wenn bei fortschreitender konjunktureller Erholung die Beschäftigung steigt, kann angesichts der drückend hohen Arbeitslosigkeit keine Entwarnung gegeben werden. Der Weg zur Normalität auf dem Arbeitsmarkt ist noch lang und schwierig. Der Sachverständigenrat nimmt in diesem Jahr erneut zum Problem der Arbeitslosigkeit Stellung und schlägt eine Strategie zu ihrer Bekämpfung vor, die auch der Lohnpolitik einen wichtigen Part zuweist (Ziffern 452 ff.).

Ostdeutschland: Pause bei der Lohnangleichung

360. Im Jahre 1994 hat sich der Anstieg der Effektivverdienste je Beschäftigten in Ostdeutschland auf gut 7 vH belaufen. Der Abstand der ostdeutschen Verdienste im Vergleich zur Entlohnung in Westdeutschland hat sich damit weiter verringert. Angesichts der vergleichsweise niedrigen Produktivität in Ostdeutschland sind die Lohnstückkosten nach wie vor sehr hoch und beeinträchtigen insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit und Expansionschancen der Unternehmen, die im überregionalen Wettbewerb stehen.

361. Auf den ersten Blick mag eine zügige Anpassung der Löhne in Ostdeutschland an das westdeutsche Niveau verständlich gewesen sein, bedenkt man die Ausgangslage. Die damit verfolgte Strategie einer Angleichung der Einkommen war indessen kurzsichtig, weil die hohe Arbeitskostenbelastung vielfach zu Arbeitsplatzverlusten geführt und Beschäftigungsgewinne verzögert oder verhindert hat, wenn diese Entwicklung auch regional und branchenmäßig unterschiedlich verlaufen ist. Daher ist für Ostdeutschland erst recht die Forderung nach einer differenzierten Lohnstruktur geboten. Es empfiehlt sich nach wie vor, mehr auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe zu achten. Das betrifft aber nicht nur die Löhne, sondern auch andere Einflußfaktoren der Arbeitskosten wie beispielsweise die Arbeitszeit.

Nach wie vor gilt: In marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystemen kann der Preis für die gleiche Leistung zeitlich und regional beträchtlich differieren. Es ist entscheidend, wieviel der Käufer einer Leistung für deren Erwerb zu zahlen bereit ist und nicht, ob es „fair" ist, eine „gleiche Leistung" unterschiedlich zu entlohnen. Dies ist in der Vergangenheit von der Lohnpolitik weitgehend übersehen worden. Letztlich wurden von den Tarifvertragsparteien Verträge zu Lasten Dritter abgeschlossen, nämlich zu Lasten derjenigen Arbeitslosen, die bei niedrigeren Tarifabschlüssen bereits einen Arbeitsplatz erhalten hätten, und der Beschäftigten in Ost und West, welche die Last der Finanzierung der Lohnersatzleistungen zu tragen haben.

362. Die Entwicklung läßt sich nicht mehr rückgängig machen, und die Lohnpolitik ist nur zum Teil dafür verantwortlich, daß der Aufbauprozeß in Ostdeutschland nicht zügiger vonstatten ging. Gleichwohl kann die Lohnpolitik des Jahres 1995 helfen, die wirtschaftliche Erneuerung in Ostdeutschland voranzubringen. Angesichts der Tatsache, daß der Anstieg der Verbraucherpreise in Ostdeutschland mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 3½ vH im Jahre 1994 merklich nachgelassen hat, ist eine Pause beim Angleichungsprozeß auch zumutbar und nicht nur geboten, um die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen zu stärken. Insgesamt sollten Tariflohnanhebungen in den jungen Bundesländern nicht über das hinausgehen, was in Westdeutschland vereinbart wird. Dies schließt nicht aus, daß Lohnerhöhungen stärker nach Betrieben, Branchen und Regionen differenziert werden. Freilich muß besonders gravierenden Fehlentwicklungen bei einzelnen Unternehmen durch eine konsequente Anwendung von Tariföffnungsklauseln und Härteklauseln Rechnung getragen werden. Dies würde die Neigung von Unternehmen mindern, aus dem Arbeitgeberverband auszuscheiden, und ihre Bereitschaft erhöhen, dem Verband beizutreten. Es würde auch in den Betrieben die Tendenzen zur Abweichung vom Tarifvertrag zurückdrängen.

363. Für die Lohnpolitik in Ostdeutschland im Jahre 1995 stellt sich die Aufgabe, durch eine weitere zeitliche Streckung des Angleichungsprozesses, durch eine betriebsnähere Lohndifferenzierung und durch konsequentes Ausnutzen der in den Tarifverträgen vereinbarten Flexibilitätspotentiale beschäftigungsfeindliche Fehlentwicklungen der vorangegangenen Jahre zu korrigieren und die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung in der absehbaren Zukunft zu schaffen.

Westdeutschland: Den eingeschlagenen Kurs halten

364. In Westdeutschland dürften sich die Tariflöhne auf Stundenbasis im Jahre 1994 um mehr als 2 vH gegenüber ihrem Vorjahresniveau erhöht haben, während sich der Anstieg der Effektivlöhne auf gut 2½ vH belaufen dürfte. Der für die Arbeitnehmer maßgebliche Konsumentenlohn korrigiert den Effektivlohn um die direkten Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge und wird unter Verwendung des Preisindex für die Lebenshaltung berechnet; der Konsumentenlohn hat sich im Jahre 1994 um etwa 1½ vH verringert. Diese Entwicklung verdeutlicht den Netto-Reallohnverlust, den die Beschäftigten zu tragen haben, hinzu kommt noch ein Einkommensrückgang bei reduzierter Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Für die Unternehmen ist der Produzentenlohn die relevante Größe: Zum Effektivlohn werden die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Arbeitnehmer addiert und diese Lohnkosten je Stunde auf der Basis der Produktpreise berechnet; für das Jahr 1994 ergibt

sich keine nennenswerte Veränderung. Da gleichzeitig die Arbeitsproduktivität, ebenfalls auf Stundenbasis gerechnet, 1994 um schätzungsweise 4 vH zugenommen hat, sind die Unternehmen dank der moderaten Lohnabschlüsse bei den realen Lohnstückkosten entlastet worden.

365. Die Lohnpolitik steht im Jahre 1995 wiederum vor einer schweren Aufgabe. Sie muß den Arbeitnehmern verdeutlichen, daß sich einerseits ihre Einbußen beim Konsumentenlohn bereits in einer höheren Sicherheit bei den bestehenden Beschäftigungsverhältnissen niedergeschlagen haben, es andererseits aber noch Handlungsbedarf gibt, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es reicht nicht, daß die Beschäftigten ihre Arbeitsplätze nunmehr weitgehend sicher haben, sondern die Lohnpolitik muß auch den Beschäftigungswünschen der Arbeitslosen als den Außenseitern auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen. Noch deutlicher: Es geht nicht an, daß die Arbeitsplatzbesitzer die konjunkturelle Aufschwungsphase zur Durchsetzung höherer Löhne in einem Ausmaß nutzen, daß sie im Unternehmen und die Arbeitslosen draußen bleiben. Zusätzlich muß die Einsicht vermittelt werden, daß Arbeitsplätze nur durch Investitionen geschaffen werden, wofür entsprechende Gewinnerwartungen die notwendige Voraussetzung sind. Das Jahr 1995 kann nicht das Jahr der Umverteilung sein und schon gar nicht im Sinne einer nachträglichen Korrektur vorjähriger Reallohneinbußen. Für diese mittelfristige Perspektive im Sinne von mehr Beschäftigung angesichts steigender Unternehmergewinne zu werben, stellt eine Herausforderung für beide Tarifvertragsparteien dar. Eine kräftige Investitionsdynamik würde diese Aufgabe wesentlich erleichtern.

366. In einer Vollbeschäftigungssituation kann für die Lohnpolitik als Orientierungslinie gelten, daß sich Lohnsteigerungen am mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt ausrichten und zusätzlich ein partieller Ausgleich für die Preissteigerungsrate vorgenommen wird. Für eine Orientierung an der mittelfristigen, anstatt der aktuellen Produktivitätsentwicklung spricht gerade in der derzeitigen Situation, daß der Personalabbau nicht unwesentlich zu einer Erhöhung der Arbeitsleistung je Stunde beigetragen hat. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist ein Abschlag vom mittelfristigen Produktivitätsfortschritt vorzunehmen, um dem Erfordernis neuer Arbeitsplätze Rechnung zu tragen. Auch der zu erwartende Preisauftrieb für 1995 muß mit Abschlägen versehen werden, weil er zum Teil auf die Erhöhung indirekter Steuern und administrierter Preise zurückzuführen ist, die den Verteilungsspielraum einengen, und weil ein Beitrag zu einer weiteren Abschwächung der Preissteigerungsrate zu leisten ist, die in der Rezession zu hoch geblieben war. Alles zusammengenommen muß das nicht notwendigerweise mit erheblichen Reallohneinbußen einhergehen.

367. Angesichts der branchenmäßig recht unterschiedlichen Entwicklung spricht viel für eine stärkere Differenzierung der Löhne. Dazu sind vorhandene Flexibilisierungspotentiale in Form einer Anrechnung übertariflicher Entgeltbestandteile zunächst auszuschöpfen; sie könnten an Bedeutung gewinnen, wenn bewußt niedrige Tariflohnerhöhungen vereinbart werden und es betrieblichen Abmachungen anheimgestellt wird, in welchem Umfang darüber hinaus Lohnzahlungen geleistet werden. Auch sollten Pilotabschlüsse vermieden werden, die trotz gegenteiliger Beteuerungen Signalcharakter für andere Regionen und Branchen annehmen, welche dann durch die vereinbarten Tarifabschlüsse nicht nur überfordert sein können, sondern realistischerweise auch der Möglichkeit beraubt werden, durch Lohnkostenvorteile im interregionalen Standortwettbewerb den Anschluß an Regionen mit besseren wirtschaftlichen Bedingungen zu gewinnen.

368. Eine höhere Akzeptanz für geringere Tariflohnabschlüsse kann auch dadurch erreicht werden, daß eine Kombination mit ertragsabhängigen Lohn- und Gehaltsbestandteilen stärker als bisher ins Auge gefaßt wird. Der Sachverständigenrat hat mehrfach für eine solche Alternative geworben (zuletzt JG 89 Ziffern 352ff.). Eine ertragsabhängige Lohnkomponente könnte in Tarifverträgen als Option in dem Sinne vorgesehen werden, daß entweder nur eine Lohnsteigerungsrate tariflich vereinbart wird oder neben einer niedrigeren Lohnsteigerungsrate zusätzlich eine ertragsabhängige Lohnkomponente eingeführt wird. Die einzelnen Unternehmen könnten sich dann durch Einvernehmen zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung auf eine der beiden Alternativen verständigen. Im Tarifvertrag müßte geregelt sein, welche Alternative im Falle einer fehlenden Einigung zum Zuge kommen soll. Der Sachverständigenrat hält ertragsabhängige Lohnkomponenten für geeigneter als das Konzept eines Investivlohnes, das auch gegenwärtig wieder als Alternative in die Diskussion gebracht wird, dessen Realisierung jedoch schwierig ist.

369. Vielfach wird die Forderung erhoben, in den Tarifvereinbarungen zusätzliche Arbeitszeitverkürzungen vorzusehen, um damit einen Beitrag zur Erhöhung der Beschäftigung zu leisten. Grundlage solcher Überlegungen ist die Vorstellung, daß ein gegebenes Arbeitsvolumen durch eine Verkürzung der individuellen Arbeitszeit auf mehr Personen umverteilt werden könne. Bereits die Ausgangshypothese führt in die Irre. Weiterhin müßten spezielle Bedingungen vorliegen, daß selbst bei gegebenem Arbeitsvolumen durch Arbeitszeitverkürzung mehr Beschäftigung geschaffen wird (JG 83 Ziffern 432ff., JG 93 Ziffer 270).

Am ehesten könnte in sehr kurzfristiger Betrachtung eine zeitweilige Arbeitszeitverkürzung für solche Betriebe hilfreich sein, deren Absatz durch eine konjunkturelle, temporäre Nachfrageschwäche gestört wird. Voraussetzung ist jedoch erstens, daß diese Arbeitszeitverkürzung kostenneutral durchgeführt wird, das heißt weder darf ein Lohnausgleich vorgenommen werden, noch dürfen Arbeitszeitverkürzungen zu Mehrarbeitszuschlägen führen, wenn die Arbeitszeit wieder normalisiert wird. Zweitens ist zu vermeiden, daß betriebliche Engpaßsituationen entstehen. Arbeitszeitverkürzungen müssen auf innerbetriebliche Erfordernisse Rücksicht nehmen und flexibel gestaltet werden. Schließlich müssen sie auf Frei-

willigkeit beruhen, da sonst die Gefahr wächst, daß zusätzliche Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft aufgenommen und dabei Arbeitsplätze im regulären Sektor verdrängt werden.

370. In mittelfristiger Betrachtungsweise bedeutet es letztlich ein Resignieren vor dem Problem der Arbeitslosigkeit, wenn nur angestrebt wird, ein vorhandenes Arbeitsvolumen umzuverteilen. Gegen diesen Pessimismus wendet sich der Sachverständigenrat mit allem Nachdruck. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist keine unlösbare Aufgabe: Im Zeitraum 1983 bis 1989 sind rund 1,4 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden; bezieht man die Zeitperiode bis 1992 ein, so sind es sogar gut 3 Millionen. Es ist nicht einzusehen, warum in den neunziger Jahren in einem Wachstumsprozeß keine zusätzlichen Arbeitsplätze mehr entstehen sollen. Auf eine allgemeine, tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung zu setzen, halten wir für kontraproduktiv. Dies schließt nicht aus, daß eine freiwillige Reduzierung des Arbeitsangebotes beispielsweise durch mehr Teilzeitarbeit bei gleichem Stundenlohnsatz einen Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit leisten kann, denn niemand sollte gezwungen werden, mehr zu arbeiten, als er beim gegebenen Lohnsatz möchte. Auch lassen sich bei vielen Betriebsabläufen individuelle Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit bei gleichzeitig verlängerten Maschinenlaufzeiten einrichten. Aber eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung stellt keine Lösung dar, und dies gilt erst recht, wenn sie für die Unternehmen mit zusätzlichen Kosten einhergeht.

IV. Außenwirtschaft: Vor großen Herausforderungen

371. Die Weltwirtschaft steht in den nächsten Jahren vor tiefgreifenden Veränderungen, und Deutschland ist davon in besonderer Weise betroffen. Mittel- und Osteuropa, bis zur Wende nicht nennenswert an der internationalen Arbeitsteilung beteiligt, aber reichhaltig mit leistungsfähigen Arbeitskräften ausgestattet, drängt bei fortschreitenden Reformen intensiver in die internationale Arbeitsteilung. Die Schwellenländer, ohnehin kostengünstig in der Produktion, werden wettbewerbsfähiger mit neuen Produkten; dies gilt vor allem für die dynamischen neuen Industrieländer in Ost- und Südostasien. Gleichzeitig mit dem Aufholprozeß bilden sich in diesen Regionen der Welt nachfragekräftige Märkte. Güter, Kapital und Informationen sind international mobiler geworden, und Veränderungen irgendwo anders wirken sich schneller und intensiver bei uns aus. Unser Land, das aus der internationalen Arbeitsteilung und einem freien Kapitalverkehr einen großen Teil seines Wohlstandes begründet, muß sich diesen neuen Bedingungen stellen.

Gefordert sind in erster Linie die Unternehmen; aber auch die Arbeitnehmer müssen sich an die strukturellen Verschiebungen anpassen. In einer Politik der Abschottung Zuflucht zu suchen und Wirtschaftszweige zu stützen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, würde auf lange Frist hohe Realeinkommen und eine gute Beschäftigungslage nicht sichern können. Es gilt, am freien Welthandel festzuhalten. Die Wirtschaftspolitik muß im internationalen Standortwettbewerb dafür sorgen, daß Unternehmen gute Angebotsbedingungen haben und daß Innovationshemmnisse abgebaut werden. In der Europäischen Union sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, daß im Binnenmarkt der Wettbewerb gestärkt wird und die Gemeinschaft nach außen offen ist. Offenheit ist insbesondere geboten gegenüber den jungen Marktwirtschaften Mittel- und Osteuropas. Über Europa hinaus wird die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Abschluß der Uruguay-Runde darum bemüht sein müssen, die freie, multilaterale Welthandelsordnung weiter zu entwickeln; dabei sind Umweltfragen in das internationale Regelwerk einzubeziehen.

Erhöhter Anpassungsbedarf an weltwirtschaftliche Veränderungen

Umbruch im internationalen Umfeld

372. In der internationalen Arbeitsteilung finden vor der Schwelle des nächsten Jahrtausends starke Verschiebungen statt, die die deutsche Volkswirtschaft wie auch die anderen Industrieländer vor neue Herausforderungen stellen.

— Nach der Öffnung Mittel- und Osteuropas dringen die jungen Marktwirtschaften zunehmend mit Erfolg auf die westlichen Märkte vor. Der Export insbesondere der Visegrád-Staaten nach Deutschland ist kräftig gestiegen (Tabelle 6, Seite 43). Diese Länder verfügen über eine reichhaltige Ausstattung mit dem Produktionsfaktor Arbeit, und zwar nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Der technische Ausbildungsstand wird allgemein hoch eingeschätzt. Allerdings fehlt zur Nutzung dieses Potentials heutzutage noch der adäquate Kapitalstock. Die bestehenden beachtlichen Unterschiede in den Lohnstückkosten gegenüber Deutschland führen dazu, daß die Reformländer derzeit vorwiegend arbeitsintensive Güter (zum Beispiel Bekleidung und Schuhe) und Produkte mit standardisierter Technologie (zum Beispiel verschiedene Maschinenbauerzeugnisse) exportieren. In Polen, der Tschechischen Republik und in Ungarn lag der durchschnittliche Monatsverdienst im Verarbeitenden Gewerbe im Jahre 1992, umgerechnet mit Wechselkursen, bei unter einem Zehntel des westdeutschen Niveaus. Diese Unterschiede bei den Löhnen sind wesentlich größer als die bestehenden Unterschiede bei der Arbeitsproduktivität. Ein solches Gefälle in den Lohnstückkosten in direkter räumlicher Nähe muß deutliche Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung bewirken. Auch wenn die Lohndifferenzen gegenüber Deutschland nicht in einem solchen Ausmaß bestehen bleiben werden, ist damit zu rechnen, daß die Reformländer in Zukunft mit ihrer leistungsfähigen Arbeitnehmerschaft in den Bereich höherwertiger Produkte vordringen, zumal wenn es ihnen gelingt, über Direktinvestitionen die entsprechenden Technologien zu erhalten.

— Die Schwellenländer, vor allem am pazifischen Rand Asiens, gewinnen zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit. Dabei geht es nicht so sehr um das seit langem bekannte Phänomen, daß die alten Industrieländer für das eine oder andere bisher von ihnen exportierte Produkt allmählich ihre komparativen Vorteile einbüßen und Entwicklungsländer in einem Wettbewerb von unten bei traditionellen Gütern erfolgreich nachstoßen. Vielmehr ist das neue Phänomen, daß sich die Schwellenländer als neue Industrieländer zunehmend auch bei innovativen Produkten in einen Wettbewerb von oben in die internationale Arbeitsteilung einschalten. So wiesen Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan und Thailand im bilateralen Handel mit Westdeutschland zu Anfang der siebziger Jahre noch eine Spezialisierung auf Verbrauchsgüter (Kunststofferzeugnisse, Schuhe, Textilien und Bekleidung) auf, während Westdeutschland Investitionsgüter lieferte. Inzwischen ist es diesen Anbietern gelungen, sich im bilateralen Handel neben den Verbrauchsgütern auch auf den Export bestimmter Investitionsgüter — elektrotechnische Erzeugnisse, Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte — zu spezialisieren. Bei anderen Produkten des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes wie Maschinenbauerzeugnissen verringerte sich der Vorsprung Westdeutschlands gegenüber den südostasiatischen Schwellenländern.

— China und andere Entwicklungsländer verstärken ihre Industrialisierungsbemühungen und drängen mit arbeitsintensiven Produkten auf die Märkte. Zwar werden die Auswirkungen nur allmählich zu spüren sein, und nur einige Sektoren in den Industrienationen mögen direkt betroffen sein. Nicht zu vernachlässigen sind indirekte Wirkungen. Anbieter, die bisher eher arbeitsintensiv produziert haben, weichen zunehmend in andere, weniger arbeitsintensive Fertigungen aus. Wie in einem System kommunizierender Röhren wirkt sich letztlich das zusätzliche Arbeitsangebot arbeitsreicher Entwicklungsländer über vielfältige Verästelungen auch auf den Gütermärkten und damit auch auf den Arbeitsmärkten der Industrieländer aus.

373. Die Weltwirtschaft ist enger zusammengewachsen, die Interdependenzen sind damit größer geworden. Strukturelle Veränderungen in anderen Ländern wirken sich schneller und auch intensiver auf Deutschland aus. Eine Vielfalt von Faktoren ist hierfür verantwortlich.

— Die Transportkosten für Güter und für Personen sind erheblich gesunken, die Kommunikationssysteme sind leistungsfähiger geworden, Zölle sind abgebaut worden. Als Folge dieser Entwicklungen hat sich die räumliche Segmentierung der Gütermärkte verringert. Die Globalisierung der Märkte schreitet voran, die Möglichkeiten für eine Fragmentierung der Produktion und damit für Standortverlagerungen werden größer, und zwar vor allem in Wirtschaftszweigen, in denen Forschung und Produktion räumlich getrennt werden können, wie in der Chemie einschließlich der pharmazeutischen Industrie und in Bereichen der Serienfertigung bei den Massenprodukten des Maschinenbaus, bei der Elektrotechnik, bei Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten. Dagegen sind in anderen Bereichen, wie etwa im kundenorientierten Maschinenbau, in der Herstellung mikroelektronischer Bauelemente und in der Meß- und Regeltechnik, wo Lerneffekte in der Gütererstellung auf Forschung und Engineering unmittelbar zurückwirken, eine Fragmentierung der Produktion und Verlagerungen schwieriger.

— Niedrigere räumliche Transaktionskosten erlauben in zunehmendem Maße, daß die Prinzipien der internationalen Arbeitsteilung auch in den weltweit tätigen Unternehmen verwirklicht werden und daß unternehmensintern an den kostengünstigsten Standorten produziert wird. Es wird geschätzt, daß der Intraunternehmenshandel ein Drittel des Welthandels ausmacht.

— Eine Reihe von Dienstleistungen, die unmittelbare persönliche Kontakte nicht erfordern und deshalb als ungebundene Dienstleistungen bezeichnet werden, sind durch die moderne Kommunikationstechnologie räumlich beweglicher geworden; sie können heutzutage leicht ausgelagert werden. Ferner sind Dienstleistungen, etwa bei Banken und Versicherungen, als Folge von Deregulierungen verstärkt handelbar.

— Kapital ist mobiler geworden, und mit dem Kapital können Arbeitsplätze verlagert werden. Empirische Studien weisen darauf hin, daß Direktinvestitionen der Unternehmen, die erhebliche Bedeutung für die regionale Umschichtung des weltwirtschaftlichen Kapitalstocks haben, stark zunehmen; in den letzten zehn Jahren stiegen sie fast viermal so schnell an wie der Welthandel. Und der in den siebziger Jahren beobachtete enge Zusammenhang zwischen heimischen Investitionen und heimischen Ersparnissen wird schwächer, was bedeutet, daß Kapitalbewegungen eine größere Rolle spielen.

374. Das Bild größerer weltwirtschaftlicher Verschiebungen in den Angebotsbedingungen, die infolge einer gestiegenen Mobilität von Informationen, Gütern und Kapital stärker und schneller bei uns zu Buche schlagen, wäre unvollständig, wenn nicht auch das Wachstum des Einkommens und damit auch die Zunahme der Nachfrage nach Exportprodukten der Industrieländer in den Blick genommen würden. Neue Anbieter sind für die Weltwirtschaft auch neue Nachfrager. Allerdings: Es wird zu regionalen und sektoralen Verlagerungen kommen. Die expandierende Nachfrage in den erfolgreichen Reformstaaten Mitteleuropas und die dynamisch wachsenden Märkte am pazifischen Rand Asiens verlangen von der deutschen Wirtschaft regional anders ausgerichtete Exportanstrengungen. In sektoraler Betrachtung wird es neben Wirtschaftszweigen, die von der Angebotsseite unter stärkeren Anpassungsdruck geraten, auch Bereiche geben, die mit ihren Produkten auf eine kräftigere Nachfrage stoßen. Da sowohl in dem einen oder anderen Land Asiens als auch in Mittel- und Osteuropa der Kapitalstock aufzubauen ist, kann eine starke Nachfrage insbesondere nach deutschen Inve-

stitionsgütern erwartet werden, die gut 60 vH der Exporte des Verarbeitenden Gewerbes ausmachen; Bedingung ist, daß die deutsche Industrie auf der Basis von Prozeßinnovationen und Produktinnovationen das adäquate Angebot bereithält.

Empirische Untersuchungen zeigen zudem, daß bei disaggregierter Betrachtung die internationale Arbeitsteilung nicht allein als interindustrieller Handel interpretiert werden kann, bei dem sich der Güteraustausch zwischen verschiedenen Sektoren — beispielsweise zwischen Textilerzeugnissen und Investitionsgütern — vollzieht, was zur Folge hat, daß, wenn ein Sektor in einem Land seine Produktion ausdehnt, der gleiche Sektor in einem anderen Land unter zunehmenden Angebotsdruck gerät. Im Gegensatz zu dieser Vorstellung schlägt sich eine intensivere Arbeitsteilung auch innerhalb eines Sektors als intraindustrieller Handel mit ähnlichen Gütern nieder, die mit vergleichbaren Produktionsverfahren erstellt werden und die im Urteil der Nachfrager unterschiedliche Produktausprägungen darstellen wie etwa bei Kraftfahrzeugen und bei Produkten des Maschinenbaus. Mehr als die Hälfte des Warenaustauschs zwischen Industrienationen ist dieser Kategorie zuzuordnen. Wichtig ist, daß bei diesem intraindustriellen Handel die Produktion eines Sektors in verschiedenen Ländern gleichzeitig wachsen kann.

375. All dies weist auf strukturelle Verschiebungen hin, von denen Deutschland wegen seiner vergleichsweise hohen Außenhandelsverflechtung stark betroffen ist. Wir rechnen mit folgenden Entwicklungslinien:

— Die Sektoren, die eine hohe Arbeitsintensität verzeichnen und in der Produktion standardisierte Techniken anwenden, werden weiterhin unter starkem Anpassungsdruck durch das Fortschreiten der internationalen Arbeitsteilung stehen. Beispiele sind unter anderem Textil und Bekleidung, die Holzbearbeitung und die Holzverarbeitung, die Metallverarbeitung, Papier und Pappe sowie Druckerzeugnisse.

— Aber auch in den technologieintensiven Sektoren, in denen ein hochindustrialisiertes Land wie Deutschland einen komparativen Vorteil hat, wird der Wettbewerb schärfer, wie zahlreiche empirische Untersuchungen zeigen. Zu nennen sind hier die Sektoren Elektrotechnik, Fahrzeugbau, Chemische Industrie, Feinmechanik und Optik sowie der Maschinenbau. In diesen Bereichen liegt die traditionelle Stärke der deutschen Exportwirtschaft. Bei disaggregierter Betrachtung ergibt sich ein differenziertes Bild. Dort, wo eine standardisierte Serienfertigung und eine Trennung von Forschung und Fertigung möglich sind, ist eine Abnahme der Wettbewerbsfähigkeit zu verzeichnen (JG 93 Ziffer 200), beispielsweise im Volumengeschäft des Maschinenbaus. Andererseits zeigt sich, daß einzelne Sparten der deutschen Exportwirtschaft, die eine hohe Technologieintensität aufweisen und hochqualifiziertes Humankapital einsetzen, in bestimmten Marktsegmenten immer noch führend sind. Es sind wohl insbesondere diese Marktsegmente mit technologisch hochwertigen Produkten wie beispielsweise im Maschinenbau das Engineeringgeschäft — die kundenorientierte Fertigung von Maschinen — und das Technikgeschäft — die kundenorientierte Herstellung ganzer Produktionsanlagen —, die eine gute Exportposition begründen und die dazu beitragen, daß Deutschland insgesamt im internationalen Vergleich über eine hohe Innovationstätigkeit verfügt, jedenfalls gemessen an dem Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt. Wo es schwierig ist, die Fertigung von der Forschung räumlich zu trennen, ist die Wettbewerbsfähigkeit in der Regel hoch. Das neue Angebot aus Mittel- und Osteuropa und aus einer Reihe von Schwellenländern wird sich in den technologieintensiven Bereichen unterschiedlich auswirken: Besonders in den Sektoren mit standardisierter Serienproduktion wird ein zusätzlicher Angebotsdruck zu verzeichnen sein; für die anderen Sektoren — vor allem für die Hersteller einer ganzen Reihe von Investitionsgütern — wird sich die mit dem Wachstumsprozeß in Mittel- und Osteuropa, in den dynamischen Schwellenländern und in den aufstrebenden Entwicklungsländern einhergehende kräftigere Nachfrage wohl insgesamt positiv auswirken.

— In Sektoren der sogenannten Spitzentechnologie oder Hochtechnologie — allen voran in der Mikroelektronik — hat sich die Wettbewerbsstellung deutscher Unternehmen verschlechtert. Man kann davon sprechen, daß Deutschland hier einen Wettbewerbsnachteil aufweist, der — gemessen an den Güterbewegungen — im Zeitraum von 1970 bis 1990 sogar noch stärker geworden ist. Dagegen haben die Vereinigten Staaten ihre Vorrangrolle gehalten, und Japan hat seine Position auf dem Weltmarkt verbessert.

Ob die zunehmende Nachfrage der Reformländer und der neuen Industrieländer nach Investitionsgütern die Exportchancen der deutschen Wirtschaft nachhaltig verbessern wird und ob damit ein hinreichendes Gegengewicht zu den Verlagerungsprozessen in anderen Bereichen geschaffen werden kann, ist offen. Und ob bei einer Konzentration auf bestimmte Marktsegmente der deutsche Weltmarktanteil wie in den letzten zwanzig Jahren im großen und ganzen gehalten werden kann, muß sich erst erweisen. Es ist jedenfalls keine Selbstverständlichkeit, daß einmal errungene internationale Marktstellungen bestehen bleiben. Wie bei jedem Strukturwandel wird Altes verschwinden. Neues muß an seine Stelle treten. Dies ist ein schwieriger Anpassungsprozeß, und es bedarf vieler Anstrengungen, ihn zu meistern.

Am freien Welthandel festhalten

376. In dieser Situation besteht die Gefahr, daß in den internationalen Handel eingegriffen wird. Nicht eindringlich genug kann deshalb daran erinnert werden, daß die internationale Arbeitsteilung ein höheres Wohlstandsniveau für die Bürger eines Landes bringt. Ohne den internationalen Austausch von Gütern und Kapital hätte Westdeutschland in den letzten fünfzig Jahren — ähnlich wie die anderen Länder Westeuro-

pas — nicht sein Einkommen pro Kopf auf das jetzige Niveau steigern können, wäre der Verdienst der Arbeitnehmer real weit weniger wert, da preiswerte ausländische Güter nicht zur Verfügung stünden, gäbe es auch nicht die Produktvielfalt, die dem Konsumenten heute beachtliche Wahlmöglichkeiten eröffnet, hätte man schließlich auch keine Devisen zur Hand, um den mittlerweile selbstverständlich gewordenen Auslandsaufenthalt im Urlaub zu bestreiten. Möglich werden die Wohlstandsgewinne dadurch, daß durch den Abbau von Marktsegmentierungen, die zwischen Volkswirtschaften vorliegen, Tauschmöglichkeiten besser ausgenutzt werden können und daß im Bereich der Produktion beachtliche Produktivitätszuwächse entstehen, und zwar durch Spezialisierungsvorteile, die mit größeren Märkten ausgeschöpft werden können, und dadurch, daß die Unternehmen eines Landes auf kostengünstige Zwischenprodukte aus dem Ausland zurückgreifen können. In einer dynamischen Sicht erwachsen die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung daraus, daß freier Handel größere Märkte zustande kommen und die Intensität des Wettbewerbs zunehmen läßt. Konkurrenz zwingt Anbieter dazu, die Kosten zu senken und nach neuen technischen und wirtschaftlichen Lösungen zu suchen. In einer offenen Volkswirtschaft können diese beiden Funktionen des Wettbewerbs erst richtig zur Geltung kommen. Nicht zu unterschätzen ist auch, daß internationaler Handel nationale monopolistische Märkte bestreitbar macht und Marktmißbrauch kontrolliert.

377. Nicht nur Westdeutschland und die anderen westeuropäischen Länder haben im letzten halben Jahrhundert durch die Öffnung ihrer Volkswirtschaften im Rahmen der europäischen Integration und darüber hinaus eine kräftige Wohlstandssteigerung erlebt. Auch die neuen Industrieländer des pazifischen Rands in Asien sind mit ihrer Weltmarktorientierung gut gefahren, wie ihre ungewöhnlich hohen realen Wachstumsraten in den letzten Jahrzehnten belegen. Dagegen hat die Politik der überzogenen Importsubstitution in Lateinamerika, die vom Ansatz her protektionistisch ausgerichtet war und über viele Rückwirkungen den Export stark behinderte, über lange Jahre zu geringen Wachstumsraten geführt. Inzwischen zeigt hier die in den letzten Jahren vorgenommene wirtschaftspolitische Kehrtwendung zu einer stärkeren Außenorientierung erste positive Resultate. Schließlich hat sich erwiesen, daß die in den RGW-Ländern politisch geplante Arbeitsteilung von oben, verbunden mit einer weitgehenden Abschottung vom weltweiten Austausch, ein gravierender Fehlschlag war. Die jungen Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa setzen heute darauf, über die Öffnung ihrer Volkswirtschaften ihre ökonomische Lage schnell zu verbessern.

378. Auch wenn die Wohlstandsgewinne unbestritten sind — viele sorgen sich darum, daß im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung Arbeitsplätze verlorengehen. Richtig ist, daß eine offene Volkswirtschaft dem weltweit sich vollziehenden Strukturwandel ausgesetzt ist und daß in den schrumpfenden Branchen Arbeitsplätze abgebaut werden. Richtig ist auch, daß im langfristigen Trend das Verarbeitende Gewerbe, das im wesentlichen die Exportwirtschaft ausmacht, eine rückläufige Beschäftigung aufweist. Zu bedenken ist aber, daß die Exportbereiche zahlreiche Arbeitsplätze mit guten Verdienstmöglichkeiten tragen, daß die Produktion für die Ausfuhr auf viele Zulieferer ausstrahlt und daß die in der Exportwirtschaft entstehenden Einkommen letztendlich auch im Bereich der international nicht handelbaren Güter für Nachfrage nach Arbeitskräften sorgen. Um diese positiven Beschäftigungschancen nutzen zu können, wird man, jedenfalls in der langen Frist, den Abbau von Arbeitsplätzen in schrumpfenden Branchen nicht verhindern können. Verwerfungen am Arbeitsmarkt lassen sich mildern, wenn die Mobilität der Arbeitnehmer, auch in räumlicher Hinsicht, gefördert wird und wenn regionalpolitische Maßnahmen den Strukturwandel begleiten. Aber: Arbeitsplätze sind nur wettbewerbsfähig, wenn sie sich am Markt behaupten. Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeitskräfte über ein hohes Humankapital verfügen und daß ihnen genügend Sachkapital und eine leistungsfähige Technologie zur Seite stehen.

Die Innovationskraft stärken

379. Die veränderten Angebots- und Nachfragebedingungen in der Weltwirtschaft stellen Unternehmen und Arbeitnehmer vor erhebliche Anpassungsaufgaben, aber auch die Wirtschaftspolitik ist gefordert. Manches hindert Unternehmen, Innovationen durchzuführen, selbst wenn die gewünschte Rentabilität gegeben ist. Bei diesen Hemmnissen haben nach Erhebungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim, unternehmensspezifische Faktoren wie interne Innovationsbarrieren, geringe Marktakzeptanz und Mangel an geeigneten Kooperationspartnern eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung. Neben fehlendem Kapital werden staatliche Regelungen, und zwar sowohl zu lange Verwaltungsverfahren als auch im Urteil der Unternehmen als zu restriktiv empfundene rechtliche Normen, als die größten Innovationshemmnisse bezeichnet. Dies gilt vor allem für die Chemische Industrie, und dort stärker bei den kleineren als bei den großen Unternehmen.

Es gibt Indizien dafür, daß Genehmigungsverfahren in Deutschland im Vergleich zum Ausland relativ lange dauern. Viel wäre gewonnen, wenn diese beschleunigt werden könnten. Vorschläge, wie dies zu erreichen ist, werden von einer unabhängigen Expertenkommission erwartet, die die Bundesregierung hierzu eingesetzt hat.

380. Eine Vielzahl anderer Regulierungen wirkt sich auf die Innovationsdynamik aus (JG 93 Ziffer 396). Hier sind insbesondere Regelungen des Gütermarktes zu nennen, die den Marktzugang von Konkurrenten einschränken und die kontrollierende und stimulierende Kraft des Wettbewerbs ausschalten oder doch erheblich schwächen. Ein Beispiel ist die bisherige deutsche Reglementierung im Kommunikationsbereich; ihre Konsequenzen sind auf dem Weltmarkt der Produkte der Kommunikationstechnik deutlich sichtbar, wo Deutschland einen Wettbewerbsnachteil aufweist (JG 93 Ziffer 198) und kaum an der weltweiten

stürmischen Expansion partizipiert hat. Hier hätten Arbeitsplätze entstehen können. Viele befürchten, daß die inzwischen begonnene Liberalisierung zu spät sein könnte. Allemal versetzt die viel zu zaghafte Privatisierung (Postreform II) die Telekom nicht in die Lage, auf den internationalen Märkten in voller Breite wie die leistungsfähigen anderen internationalen Anbieter zu agieren. In Deutschland in Kernbereichen — dem Telefondienst und beim Netz — eine gesetzliche Monopolstellung innehaben und im Ausland als Wettbewerber auftreten wollen, das paßt konzeptionell nicht zusammen. Die Innovationschancen, die der Telekommunikationsmarkt eröffnet, werden zudem auch noch dadurch verspielt, daß der Marktzugang für private Anbieter von Telekommunikationsdiensten erneut unterbleibt; vor allem große deutsche Unternehmen (beispielsweise Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen), die sich als Netzbetreiber in Konkurrenz zur Telekom betätigen wollen, brauchen eine klare und verläßliche Perspektive für einen liberalisierten Telekommunikationsmarkt, um die nötigen Investitionen planen und durchführen zu können. Neben dem eingegrenzten Marktzugang für potentielle Anbieter hemmen in anderen Bereichen auch überzogene Prüfverfahren für die Zulassung neuer Güter und für industrielle Forschung die Innovationsdynamik, so in der Biotechnologie. Schließlich gehört auch zum Bild der Innovationsdynamik, wie schnell es einer Volkswirtschaft gelingt, ihre Infrastruktur — vor allem im Verkehrsbereich — zu modernisieren. Der Wirtschaftspolitik fällt die Aufgabe zu, Innovationshemmnisse, die allzuoft nicht begründet sind, abzubauen und damit bessere Voraussetzungen für Innovationen zu schaffen.

381. In den letzten Jahren wird verstärkt gefordert, der Staat solle eine Industriepolitik für ausgewählte Sektoren betreiben. Gedacht ist dabei daran, daß der Staat eine aktive und gestaltende Rolle bei der Entwicklung neuer Technologien übernehmen soll, vor allem im Hochtechnologiebereich, bei dem — wie bei der Mikroelektronik — eine Schlüsselstellung vermutet wird, sei es, daß von ihnen positive Ausstrahlungen auf andere Bereiche erwartet, sei es, daß hohe Gewinnchancen, kräftiges Wachstum und starke Beschäftigungseffekte erhofft werden. Die Unternehmen — so wird argumentiert — seien aus eigener Kraft nicht in der Lage, diese Schlüsseltechnologien zu entwickeln, vor allem brauchten sie staatliche Hilfe, um auf den Weltmärkten eine zeitliche Vorrangposition zu erreichen und damit potentielle Anbieter von einem Markteintritt abzuschrecken oder um selbst in einen Markt einzudringen, auf dem ein anderer Anbieter sich bereits etabliert hat.

Der Sachverständigenrat teilt diese Auffassung nicht (JG 93 Ziffer 421). In einer Marktwirtschaft ist es zwar durchaus die Aufgabe des Staates, die richtigen Rahmenbedingungen für eine kräftige Innovationsdynamik zu setzen. Dazu zählen die Förderung der Grundlagenforschung, vor allem in den Naturwissenschaften, gute Angebotsbedingungen für die Unternehmen und die Beseitigung von Innovationshemmnissen. Aber all diese staatlichen Aktivitäten diskriminieren nicht zwischen verschiedenen Sektoren, sie gelten mehr oder weniger generell für alle Bereiche.

Eine sektorspezifische Förderung würde dagegen letztlich mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften. Wirtschaftliche Entscheidungen werden in den politischen Prozeß verlagert. Die Folge wird sein, daß einzelwirtschaftliche Verluste der Allgemeinheit zugewiesen werden. Wenn sich im Verlaufe der Zeit erweist, daß eine Fehleinschätzung vorlag, wird dies im politischen Prozeß allzu leicht auf einige Zeit durch die Gewährung weiterer Subventionen verdeckt. Unternehmen werden ihre Aktivitäten im politischen Prozeß darauf ausrichten, durch bessere Regelungen für ihren Sektor ihre Gewinne zu vergrößern. Auch wird sich in der Praxis eine Förderung ausschließlich neuer Wirtschaftszweige nicht durchhalten lassen, Altbranchen werden ähnliche Maßnahmen für sich reklamieren. Über die Finanzierung der Subventionen werden andere Wirtschaftszweige betroffen, häufig mittelständische Unternehmen, die nur schwer in eine sektorspezifische Industriepolitik einbezogen werden können. Weitere, zum Teil komplexe Nebenwirkungen sind zu berücksichtigen. So würde aus einer Stützung ausgewählter Exportbranchen eine tendenzielle Aufwertung der D-Mark folgen, die die nicht geförderten Bereiche beeinträchtigt. Das gravierendste Problem aber ist, daß der Staat keine Information darüber hat, welche Produkte und welche Produktionsverfahren in Zukunft erfolgreich sein werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn in Gesprächskreisen der Regierung mit Wirtschaft und Wissenschaft versucht wird, Technologiefelder für die Zukunft auszuwählen und spezifische Förderungen zu bestimmen.

Für ein offenes Europa

Die Reformländer integrieren

382. Seit dem Umbruch in den ehemaligen Zentralplanwirtschaften integrieren sich die Reformländer verstärkt in die internationale Arbeitsteilung, vor allem mit Westeuropa. Der Export der vier Visegrád-Staaten Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik und Ungarn sowie Bulgariens und Rumäniens in die Europäische Union hat von 1989 bis 1992 um 60 vH zugenommen, fast die Hälfte der Ausfuhr dieser mittel- und osteuropäischen Länder ging 1992 in die Europäische Union, die sich nicht zuletzt wegen der räumlichen Nähe als deren Haupthandelspartner anbietet. Es ist unbestritten, daß sich die Europäische Union diesem internationalen Austausch mit ihren Nachbarn im Osten schon aus den allgemeinen Erwägungen über den Vorteil der internationalen Arbeitsteilung nicht verschließen darf. Es kommt hinzu, daß über diese rein wirtschaftliche Betrachtung hinaus Westeuropa ein ureigenes politisches Interesse hat, den Reformprozeß zu stabilisieren und zu stützen. Der wichtigste Ansatz dazu ist, die Märkte für die Produkte der Reformländer zu öffnen. Dies erhöht die Chancen der jungen Marktwirtschaften, Produktion und Einkommen zu steigern und privates Kapital zu attrahieren; um so weniger haben die Menschen einen Anreiz, ihr Land zu verlassen.

Die Reformländer drängen in die Europäische Union. Ungarn und Polen haben formell die Mitgliedschaft

beantragt, mit entsprechenden Anträgen von der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik ist zu rechnen. Dem Anliegen, sich für die jungen Marktwirtschaften zu öffnen, hätte die Europäische Union am besten dadurch Rechnung tragen können, daß sie sich zu einer uneingeschränkten, den Prinzipien der Meistbegünstigung entsprechenden Handelsliberalisierung gegenüber diesen Ländern entschlossen hätte. Das ist nicht geschehen. Deshalb erstreben die Länder Mittel- und Osteuropas vertragsmäßige Rahmenbedingungen, die einen ungestörten Austausch mit Westeuropa ermöglichen und eine rasche Annäherung gestatten. Offen ist, nach welchem Integrationskonzept vorgegangen werden soll.

383. Eine Vollmitgliedschaft, ohnehin nur für einige der Länder in der Diskussion, ist derzeit nicht realisierbar, und würde angesichts des großen wirtschaftlichen Gefälles auch zu erheblichen Anpassungsschwierigkeiten in diesen Ländern führen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß nach Umbruchsituationen starke Wachstumskräfte freigesetzt werden, muß man sich auf eine lange Frist einstellen, bis die Abstände einigermaßen abgebaut sind. In dieser Situation gilt es, Formen der Heranführung an die Europäische Union zu finden, die sich jetzt verwirklichen lassen. Die bilateralen Assoziierungsabkommen — die Europa-Abkommen — mit den vier Visegrád-Staaten sowie mit Bulgarien und Rumänien sind hier ein erster Schritt. Sie liberalisieren nach einer Übergangszeit den Marktzugang bei den meisten industriellen Gütern, sind aber durch eine eher zögerliche Öffnung in den sogenannten „sensiblen" Bereichen Landwirtschaft, Stahl, Textilien und Bekleidung gekennzeichnet, also in den Sektoren, in denen die mittel- und osteuropäischen Anbieter gegenwärtig besonders große Wettbewerbsvorteile haben. Dabei ist der Marktzugang, der den assoziierten Ländern eingeräumt wird, günstiger gefaßt als in den bilateralen Freihandelsabkommen, die die Europäische Union mit den drei baltischen Staaten und Albanien geschlossen hat. Die Achillesferse der Europa-Abkommen ist neben den sensiblen Bereichen die selektive Schutzklausel, die es der Europäischen Union erlaubt, den Marktzugang wieder einzuschränken, wenn ihre Anbieter unter einen als zu stark empfundenen Importdruck aus den Reformländern geraten. Diese Klausel erzeugt Unsicherheit über die Spielregeln, nach denen die Unternehmen dieser Länder im Außenhandel tätig werden können. Ausländische Investoren, die dort aus Kostengründen einen Produktionsstandort für den Export begründen wollen, werden abgeschreckt. Die Gefahr ist, daß die Visegrád-Staaten ihre komparativen Vorteile im System der internationalen Arbeitsteilung nicht voll ausschöpfen und mit dem wirtschaftlichen Neuaufbau langsamer vorankommen, als es sonst möglich wäre.

384. In der Weiterentwicklung der Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Refomländern müssen zwei Probleme gelöst werden: die Unwiderruflichkeit des gewährten Marktzugangs herstellen und die Marktöffnung multilateralisieren, was eine Neugestaltung der Ursprungsregeln erfordert. Hierzu gibt es Erfahrungen aus der Vergangenheit, als die Europäische Gemeinschaft zunächst mit den einzelnen EFTA-Ländern Freihandelsabkommen schloß und später zusammen mit den meisten dieser Länder den Europäischen Wirtschaftsraum schuf.

— Ein umfassenderer und mit weniger Risiken belasteter Marktzugang könnte erreicht werden, wenn sich die Europäische Union bei den sensiblen Bereichen ganz öffnen und auf die selektive Schutzklausel verzichten würde. Dies wäre etwa der Fall, wenn großzügigere Präferenzregeln auf die vier Visegrád-Staaten, zwischen denen bereits eine Freihandelszone besteht, oder auch auf die sechs assoziierten Reformländer insgesamt angewendet würden. Allerdings würde dies nicht das Risiko ausschließen, daß die Europäische Union doch mit Anti-Dumping-Maßnahmen und mengenmäßigen Beschränkungen auf eine zunehmende Importkonkurrenz aus den assoziierten Reformländern reagieren könnte. Unwiderruflich wäre die Freiheit des Marktzugangs bei einer handelsmäßigen Anbindung, die im wesentlichen Binnenmarktverhältnissen für den gewerblichen Bereich gleichkäme. Die Reformländer erhielten dann einen irreversibel freien Zugang zum gemeinsamen Markt der Gemeinschaft, die Gefahr von Abschottungsmaßnahmen wäre so gut wie ausgeschlossen, und sie würden von daher in besonderer Weise für mobiles Kapital attraktiv. Sie müßten allerdings auch die mit dem Binnenmarkt verbundenen technischen Standards und Normen übernehmen.

— Regeln über den Warenursprung, die nicht unbedeutende Handelshemmnisse für die jungen Marktwirtschaften darstellen, könnten großzügiger definiert werden. Diese Regeln verlangen zur Feststellung des Ursprungs, daß ein bestimmter Mindestanteil der heimischen Wertschöpfung am Gesamtwert des Produkts erreicht wird (oder daß ein Produkt durch die heimische Bearbeitung und Verarbeitung so substantiell verändert wird, daß es danach in eine andere Zolltarifposition eingeordnet wird). Je enger solche Bestimmungen über den Warenursprung gefaßt sind, um so weiter entfernt sind Güter vom Status eines Binnenmarktgutes, das frei gehandelt werden kann. Die Handelsabkommen der Europäischen Union sehen für die Ursprungsregeln von Produkten verschiedene Formen der sogenannten Kumulation vor. Die schwächste Form der Kumulation ist die in den Europa-Abkommen enthaltene bilaterale Form zwischen lediglich zwei Vertragspartnern; dabei werden Vorleistungen und vorherige Verarbeitungen auf dem Territorium der Europäischen Union bei der Bestimmung des Ursprungs mit zur Mindestwertschöpfung in einem assoziierten Land gerechnet. Dies gilt zur Zeit für den Warenaustausch zwischen der Europäischen Union und Bulgarien sowie Rumänien. Weitergehend ist die diagonale Kumulation, bei der der Europäischen Union mehrere Vertragspartner gegenüberstehen, die wiederum untereinander Abkommen geschlossen haben. Diese Regelung können die durch ein Freihandelsabkommen miteinander verbundenen Visegrád-Staaten nutzen. Bei der Bestimmung des Ursprungs in einem Visegrád-Staat

werden auch die Bearbeitungen in einem anderen Visegrád-Land berücksichtigt, was den Austausch von Vorprodukten zwischen diesen Reformstaaten fördert. Die nicht dem Visegrád-Abkommen angehörenden Staaten Bulgarien und Rumänien könnten die diagonale Kumulation bei einer Mitgliedschaft im Freihandelsabkommen der Visegrád-Staaten ebenfalls in Anspruch nehmen. Am günstigsten wäre für die Reformländer die volle Kumulation, bei der Vor- und Zwischenprodukte aus den assoziierten Ländern denen aus der Europäischen Union gleichgestellt und Mindesterfordernisse auf den gesamten Wirtschaftsraum aller Vertragspartner bezogen würden. Dies wäre für den gewerblichen Bereich durch einen Binnenmarkt nach dem Muster des Europäischen Wirtschaftsraums zu erreichen. Voraussetzung für diese intensive Form der Heranführung wäre aber nicht nur, wie bereits gesagt, die Übernahme der Standards, sondern auch der Abbau des (im Vergleich zur Gemeinschaft) erheblich höheren Zollniveaus der einzelnen assoziierten Staaten gegenüber Drittländern.

385. Die Europäische Union wird sich der historischen Aufgabe, die Reformländer in der einen oder anderen Form in die bestehende europäische Integration einzubinden, nicht entziehen können. Es empfiehlt sich ein zeitlich und räumlich abgestuftes Vorgehen. Für einzelne Länder wie die Visegrád-Staaten erscheint in den nächsten Jahren eine intensivere Heranführung mit irreversiblem Marktzugang und großzügiger Interpretation der Ursprungsregeln angebracht. Eine solche binnenmarktähnliche Integration nach dem Muster des Europäischen Wirtschaftsraums ist vor allem wegen der Übernahme der technischen Normen zwar mit nicht unerheblichen Kosten für die Reformländer verbunden. Von den Visegrád-Ländern ist aber zu erwarten, daß sie die Vorteile des Binnenmarktes in ihrer Produktion ausschöpfen können. Schrittweise könnten auch das Wettbewerbsrecht der Europäischen Union und die Regeln der gemeinschaftlichen Aufsicht über nationale Beihilfen, vielleicht im Vorfeld zunächst durch nationale Behörden, übernommen werden. Damit würden einige der Voraussetzungen für eine zukünftige Vollmitgliedschaft geschaffen. Für andere Länder kommt eine Lösung in Betracht, die zunächst nicht die Übernahme der Standards der Europäischen Union verlangt, aber auch einen nicht ganz so großzügigen und verläßlichen Marktzugang eröffnet und eine größere Bedeutung von Ursprungsregeln mit sich bringt. Dies liefe auf bilaterale Freihandelsabkommen hinaus, analog zu den seinerzeit mit den einzelnen EFTA-Ländern geschlossenen Abkommen. Für wieder andere Volkswirtschaften schließlich wie die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sind wohl Präferenzgewährungen und Kooperationsabkommen als die zunächst geeignetste Form der Anbindung anzusehen.

Einheitliches Tempo oder verschiedene Geschwindigkeiten?

386. In letzter Zeit wird intensiv über die Frage diskutiert, welche Rolle verschiedene Geschwindigkeiten bei dem weiteren Integrationsprozeß innerhalb der Europäischen Union spielen sollen, ob die im Vertrag von Maastricht vorgesehene Vertiefung, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, für die Gesamtzahl der Länder der Europäischen Union angestrebt werden soll oder ob zunächst nur ein Kerneuropa — etwa die sechs Gründungsländer oder eine noch kleinere Gruppe, wie die Benelux-Länder, Frankreich und Deutschland — in bestimmten Bereichen voranschreiten sollte.

387. Grundsätzlich ist bei der Vertiefung eine Differenzierung zwischen Ländergruppen innerhalb der Europäischen Union möglich, wenn man einmal von den Bereichen absieht, die unmittelbar für die Herstellung eines einheitlichen Marktes konstitutiv sind wie die Wettbewerbspolitik und die Handelspolitik. Hier sind allenfalls bei neuen Mitgliedern Übergangsregelungen anwendbar. Ansonsten kann es bei diesen konstitutiven Gebieten keine zwei Geschwindigkeiten geben. Dauerhafte Ausnahmeregelungen für einzelne Länder sind bei dem institutionellen Rahmenwerk, soweit es essentiell ist, in höchstem Maße problematisch. In anderen Feldern ist dagegen eine Harmonisierung von vornherein nicht sinnvoll oder nicht praktikabel und deshalb auch nicht anzustreben, so etwa bei den sozialen Sicherungssystemen. Bei wieder anderen Bereichen, die über den derzeitigen Stand der Integration hinausgehen, gibt es grundsätzlich Entscheidungsspielräume, so bei der Abstimmung der Finanzpolitik und bei der Bildung der Währungsunion. Gegen unterschiedliche Geschwindigkeiten wird vorgebracht, daß dies Länder aus einer Kerngemeinschaft ausschließe, damit den Keim der Spaltung in sich trage und schließlich einen Prozeß der Desintegration in Gang setzen könne. Dies würde den weiteren Fortgang der europäischen Vereinigung mit einem erheblichen Risiko belasten. Für ein Europa mit verschiedenen Geschwindigkeiten wird dagegen ins Feld geführt, daß ein intensiver integriertes Kerneuropa als Kristallisationspunkt für den weiteren Integrationsprozeß dienen würde, dem sich im Verlaufe der Zeit durch seine Attraktionskraft — nicht unähnlich der Sogwirkung der ursprünglichen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — weitere Länder letztlich doch anschließen würden. Dies würde den weiteren Fortgang der europäischen Vereinigung fördern. Zwischen beiden Positionen wird die Politik abwägen müssen, aber aus ökonomischen Gesichtspunkten sind verschiedene Geschwindigkeiten in vielen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht vermeidbar. Zu einem guten Teil löst sich das Problem aus der Sache heraus, so bei der geplanten Währungsunion, wo die Konvergenzkriterien zwingend sind; im Vertrag von Maastricht ist dies ausdrücklich vorgesehen.

388. Die Frage, ob eine Gruppe von Ländern mit einer intensiveren institutionellen Integration vorangehen soll oder nicht, entschärft sich in dem Maße, wie es gelingt, Entscheidungskompetenzen und Aufgabenerfüllung zu dezentralisieren, also das Subsidiaritätsprinzip zu konkretisieren. Begründet ist eine Vergemeinschaftung von Aufgaben dort, wo es europaweit um öffentliche Güter geht, wo also positive oder negative externe Effekte vorliegen, die räumlich über einzelne Länder hinausgehen. Aber: Das Grundprin-

zip muß sein, daß Dezentralisierung Vorrang hat und jede Form von Zentralisierung unter Beweiszwang steht. Auf der unteren Ebene können Informationen unmittelbarer berücksichtigt werden, sind Präferenzen erfahrungsgemäß homogener und können sich dort besser artikulieren, können sich Bürger mit Lösungen eher identifizieren; dort kann flexibler reagiert werden. Die Schwierigkeit liegt darin, das Subsidiaritätsprinzip umzusetzen. Dabei kommt es darauf an, die institutionellen Regelungen — die Ordnung — so zu gestalten, daß Entscheidungen nicht zentral, sondern dezentral vorgenommen werden. Wo immer Entscheidungen aus dem politischen Bereich in Märkte verlagert werden können, läßt sich leicht eine Dezentralisierung erreichen. Die Marktwirtschaft selbst ist damit ein institutioneller Rahmen, der dem Subsidiaritätsprinzip Geltung verschafft. Das in Artikel 3a EG-Vertrag festgelegte Prinzip der offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb ist somit zentral für das Subsidiaritätsprinzip. Privatisierung und Deregulierung sind ebenfalls wichtige Ansatzpunkte zu seiner Durchsetzung.

Auch bei der Fortentwicklung der institutionellen Regelungen hat eine Dezentralisierung Vorteile. Der institutionelle Wettbewerb, der gemäß dem Ursprungslandprinzip verschiedene nationale Regelungen nebeneinander stehen läßt, hat dem europäischen Integrationssprozeß in den achtziger Jahren neuen Schub gegeben. Er wird dem Ziel, die Vielfalt in Europa — eine Stärke des Kontinents — zu erhalten, gerecht und ist in vielen Bereichen einer vorab vereinbarten, umfassenden Harmonisierung überlegen. Vorabharmonisierung soll sich auf die Vereinheitlichung von Mindeststandards beschränken. Die Bundesregierung hat der Europäischen Kommission bereits im vergangenen Jahr eine Liste bestehender Rechtsakte und vorliegender Kommissionsvorschläge zugeleitet, die in die Überprüfung des Gemeinschaftsrechts unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität einbezogen werden sollen (Subsidiaritätsliste). Auf europäischer Ebene ist eine Kommission eingesetzt worden, die Vorschläge für gesetzliche und verwaltungsmäßige Vereinfachungen unterbreiten soll. Es ist geboten, die bestehenden rechtlichen Regelungen daraufhin zu überprüfen, welche Aufgaben in Zukunft verstärkt den einzelnen Ländern zugewiesen werden können.

Es wird argumentiert, europaweite öffentliche Güter erforderten im Prinzip eine Zentralisierung. Das kann aber kein Freibrief sein, den Begriff des öffentlichen Gutes extensiv zu interpretieren und entsprechende Aufgaben der obersten Ebene zuzuweisen. Vielmehr kommt es oft darauf an, einen institutionellen Rahmen für dezentrale Lösungen zu schaffen. Eine wichtige Bedingung ist überdies, daß eine Zentralisierung, mit der Marktversagen bei europaweiten externen Effekten korrigiert werden soll, nicht höhere Kosten durch Politikversagen verursacht. Ferner dürfen bei einer Zentralisierung im Vergleich zu einer zunächst nicht so perfekt erscheinenden dezentralen Lösung keine höheren Kosten entstehen. Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß vergemeinschaftete Institutionen ein starkes Eigeninteresse entwickeln, mehr Entscheidungsbefugnisse an sich zu ziehen. Dieser Tendenz sollte bewußt ein institutioneller Riegel vorgeschoben werden, etwa indem der Unionsebene kein eigenes Besteuerungsrecht eingeräumt wird (Ziffer 320). Schließlich kann in einer Reihe von Aufgabenfeldern wie bei der Verbrechensbekämpfung, der Drogenpolitik und der Einwanderungspolitik eine intensivere Kooperation zwischen den Ländern eine institutionelle Zentralisierung ersetzen.

Wettbewerb im Innern stärken — Handelspolitik liberal gestalten

389. Für wirtschaftliche Dynamik in der Europäischen Union sind offene und wettbewerbsorientierte Märkte eine unerläßliche Voraussetzung. Welche Rolle dem Wettbewerb zukommen soll, wird in den Ländern der Europäischen Union nicht einheitlich beurteilt und ist immer wieder Gegenstand der Diskussion, so in der Frage, ob bei der Interpretation von Artikel 130 EG-Vertrag der Industriepolitik oder dem Wettbewerb der Vorrang gebührt. Der Sachverständigenrat hat sich in seinem Jahresgutachten 1992 für eine Streichung dieses Artikels ausgesprochen (JG 92 Ziffer 446). Es besteht in Europa keine einheitliche Auffassung darüber, inwieweit die Offenheit der Resultate des Wettbewerbs ein konstitutives Element einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist oder ob der Staat nicht doch korrigierend in die Marktallokation eingreifen sollte. Vor einem interventionistischen Ansatz ist zu warnen. Es gilt, den Wettbewerb zu stärken. Die wirtschaftspolitische Aufgabe lautet, Wettbewerbsverzerrungen abzubauen, Markteintrittshemmnisse, die nach dem Binnenmarktprogramm noch verblieben sind, aus dem Wege zu räumen und bei den Rahmenbedingungen darauf zu achten, daß nicht neue Hindernisse für den Wettbewerb entstehen.

390. Die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union sollte weiterentwickelt werden. Derzeit obliegt die Fusionskontrolle bei Zusammenschlüssen von Unternehmen, die bestimmte Umsatzschwellen übersteigen, der Kommission. Bei ihren Entscheidungen dürfte es eher schwierig sein, wettbewerbspolitische Aspekte von darüber hinausgehenden, auch politischen Belangen zu trennen. Eine solche Vermischung von Entscheidungsgesichtspunkten könnte durch eine unabhängige Wettbewerbsbehörde weitgehend vermieden werden. Auf der Regierungskonferenz im Jahre 1996 sollte deshalb über ein Europäisches Kartellamt befunden werden, das für die Fusionskontrolle und für den Vollzug der Wettbewerbsregeln zuständig wäre. Diese Wettbewerbsbehörde müßte vor allem dafür sorgen, Wettbewerbsbeschränkungen, die durch Zusammenschlüsse von Unternehmen entstehen können, von vornherein zu vermeiden. Industriepolitische Vorstellungen dürften dabei nicht verfolgt werden. Viel spricht dafür, der europäischen Wettbewerbsbehörde das letzte Wort bei der Fusionskontrolle zu überlassen und der Kommission nicht das Recht zuzugestehen, die Entscheidungen des Kartellamtes außer Kraft zu setzen. Zu groß wäre sonst die Gefahr, daß letztlich politische Aspekte, vor allem nationale Interessen, gegenüber den Spielregeln der Wettbewerbsordnung die Oberhand gewännen.

Fälle von erheblichem Gemeinschaftsinteresse sollten durch das Europäische Kartellamt entschieden werden, die anderen Fälle würden im Sinne der Subsidiarität und der Bürgernähe, nicht zuletzt in Hinblick auf die weniger großen Unternehmen, die sich eigene fremdsprachlich versierte Fachjuristen nicht leisten können, den nationalen Kartellbehörden zugewiesen. Zuständig wäre die Kartellbehörde derjenigen Länder, in denen der Schwerpunkt des Kartellverstoßes liegt. Auch vor der Gründung eines Europäischen Kartellamtes sollte die Kommission die nationalen Kartellbehörden beim Vollzug der Artikel 85 (Kartellverbot) und 86 (Mißbrauchsaufsicht) EG-Vertrag und der Fusionskontrolle einschalten. Dabei sollten die nationalen Kartellbehörden nicht nur die Befugnis erhalten, Verbote zu verhängen, sondern auch Freistellungserklärungen gemäß Artikel 85 Absatz 3 EG-Vertrag für an sich wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen auszusprechen. Dies könnte die Kommission erheblich entlasten und den derzeit bestehenden beachtlichen Bearbeitungsstau zu einem Teil auflösen. Außerdem könnten dann Unternehmen nicht mehr auf einfachem Wege das restriktivere nationale Wettbewerbsrecht unterlaufen, indem sie Anträge auf Freistellung bei der Kommission plazieren. Beispiele für ein solches Verhalten gibt es bereits, auch in Deutschland. Bei der Einbeziehung nationaler Kartellbehörden ist sicherzustellen, daß die Rechtseinheitlichkeit gewahrt wird, etwa indem die Kommission oder die zu gründende europäische Wettbewerbsbehörde, nachdem sie über die Entscheidung des nationalen Kartellamts informiert wurde, eine zeitlich eng befristete Möglichkeit hat, ein eigenes Verfahren zu eröffnen.

391. Die Kontrolle der sektorbezogenen nationalen Beihilfen durch die Europäische Kommission hat zwar im großen und ganzen ein Ausufern eines Subventionswettlaufs zwischen den Mitgliedsländern verhindert. Aber: Ein Abbau des Subventionsniveaus ist nicht gelungen. Und es hat immer wieder Ausnahmen gegeben, etwa in der Stahlindustrie, in der Datenverarbeitung und bei Fluggesellschaften, zuletzt bei der Erlaubnis einer Subvention für Air France — mit der Folge von Wettbewerbsverzerrungen für Unternehmen anderswo, die ohne ähnliche Stützungen zurechtkommen müssen. In Zukunft wird stärker darauf zu achten sein, daß Ausnahmen unterbleiben und daß nicht politische Entscheidungskriterien die Oberhand gewinnen.

Kritisch ist außerdem anzumerken, daß die Beihilfenaufsicht nur darauf hinzuwirken trachtet, daß nationale Subventionen nicht die Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen innerhalb des gleichen Sektors verzerren. Nicht gelingen kann dagegen bei dieser Form der Subventionskontrolle, die unterschiedlichen nationalen Subventionsniveaus zwischen Sektoren und die dadurch bedingten intersektoralen Wettbewerbsverzerrungen zu reduzieren oder gar zu beseitigen. Überproportional subventioniert werden die Landwirtschaft, der Bergbau, die Stahlindustrie und der Schiffbau. Probleme bereitet in dieser Hinsicht auch, daß die Kommission im Rahmen der sektoralen Beihilfenaufsicht gleichzeitig regionalpolitische Zielsetzungen verfolgt. An nationale, sektoral ausgerichtete Subventionen in Regionen der Union mit geringerem Einkommen pro Kopf werden weniger restriktive Maßstäbe angelegt als an Beihilfen in reicheren Regionen. Diese Genehmigungspraxis steht im Widerspruch zu dem grundsätzlichen Ziel, Wettbewerbsverzerrungen im innergemeinschaftlichen Handel auszuschalten. Das Wettbewerbsziel verlangt, daß für alle Beteiligten die gleichen unionsweiten Spielregeln gelten. Bedenklich stimmt auch, daß die relativ vagen qualitativen Bestimmungen der Beihilferegelungen der Kommission die Möglichkeit geben, eigene Vorstellungen einer Sektorpolitik durchzusetzen und so auf indirektem Wege Ansätze einer Strukturpolitik der Europäischen Union einzuführen. Schließlich gelingt eine Kontrolle der Subventionen deshalb nicht, weil die von der Kommission vergebenen Subventionen nicht einer Beihilfenaufsicht unterliegen.

392. Auf einigen Märkten ist der Binnenmarkt noch nicht vollendet. In der Telekommunikation ist durch die Endgeräte-Richtlinie von 1988 der gemeinschaftsweite Endgerätemarkt liberalisiert worden. Bei den Telekommunikationsdienstleistungen wurde 1990, allerdings mit Ausnahme der Sprachdienste, durch die Richtlinien über die Bedingungen des offenen Netzzugangs und über den Wettbewerb auf dem Markt für Kommunikationsdienste eine schrittweise Öffnung der Märkte eingeführt, und zwar durch die Beseitigung ausschließlicher Rechte bisheriger Monopolanbieter bei der Erbringung der Dienste. Das verbliebene Monopol für den Sprachtelefondienst soll eng ausgelegt werden. Nicht zum Monopolbereich für die Sprachübermittlung zählt beispielsweise die Kommunikation zwischen Muttergesellschaften und Tochterfirmen oder Filialen über interne Netzwerke. Die Mitgliedsländer haben sich schließlich 1993 darauf geeinigt, in einem weiteren Deregulierungsschritt bis zum 31. Dezember 1997 auch das Monopol für den Sprachtelefondienst aufzulösen; längere Fristen gelten dabei für Spanien, Portugal, Griechenland, Irland und Luxemburg. Notwendig ist allerdings, daß mit der Aufhebung des Telefondienstmonopols der freie Marktzugang für potentielle Anbieter von Telefondiensten rechtlich klar und verläßlich geregelt wird, am besten auf Ebene der Europäischen Union für alle Mitgliedsländer verbindlich.

Noch kein Termin ist bisher für die Auflösung des Netzmonopols vereinbart worden. Dies ist insofern von Bedeutung, weil auch nach einer Aufhebung des Monopols für den Sprachtelefondienst Anbieter von Diensten immer noch Leitungen der nationalen Netzmonopole mieten müssen. Länder wie Großbritannien und die Niederlande drängen auf eine Auflösung der Netzmonopole. Die Bundesrepublik sollte sich dem anschließen, um die Liberalisierungsprozesse bei den Telekommunikationsdiensten zu beschleunigen und im eigenen Land die Marktöffnung und die vollständige Privatisierung der Telekom voranzutreiben. Schon vorher kann die Bundesregierung es anderen Unternehmen erlauben, die eigenen Netze für die Verwirklichung innovativer Projekte bereitzustellen, zum Beispiel für die Hochgeschwindigkeits-Datenübertragungen im Bereich der Medien und der Wissenschaft. Derzeit werden wichtige Positionen auf dem Weltmarkt für Kommunikationsdienste besetzt; Unternehmen, die sich in ihrer Heimatregion nicht

voll dem Wettbewerb stellen, haben weltweit kaum eine Chance.

393. Im Energiebereich ist noch ein weiter Weg zur Vollendung eines einheitlichen Binnenmarktes zurückzulegen. Die Transitrichtlinie für Elektrizität von 1990 soll die Voraussetzungen für einen grenzüberschreitenden Stromaustausch zwischen den Hochspannungsverbundnetzen der Mitgliedstaaten verbessern. Auf die Intensivierung des Wettbewerbs zielt ein Richtlinienvorschlag der Kommission vom Januar 1992 ab, der nach umfangreichen Anhörungen und Konsultationen in den verschiedenen Gremien der Europäischen Union im Dezember 1993 von der Kommission revidiert worden ist und der in einer neuen Fassung inzwischen dem Europäischen Rat vorliegt. Die Kommission strebt unter anderem an, daß in integrierten Unternehmen der vertikale Verbund von Erzeugung, Transport und Verteilung von Energie zumindest verwaltungsmäßig entflochten wird. Insbesondere soll der Zugang Dritter zum Netz geregelt werden, allerdings nur auf der Basis freiwilliger Verhandlungen zwischen Netzbetreibern und Verteilern. Der Sachverständigenrat plädiert dafür, die Bemühungen um eine wettbewerbsorientierte institutionelle Rahmenordnung des Energiebereichs nachdrücklich zu unterstützen und beherzt für mehr Wettbewerb zu sorgen (JG 93 Ziffern 399ff.).

394. Es wäre eine wenig sinnvolle europäische Politik, die Intensität der Konkurrenz im Innern zu verstärken, wenn gleichzeitig der Wettbewerb von außen in der einen oder anderen Form eingeschränkt würde und damit insgesamt die Anreize zur Effizienzsteigerung verringert würden. Es gilt deshalb, die Europäische Union nach außen offen zu halten. Besorgnisse, daß sich die Handelspolitik der Gemeinschaft in die falsche Richtung entwickeln kann, begründen sich auf folgenden Punkten:

— Zwar sind die Genehmigungen durch die Kommission, den freien Handel innerhalb der Europäischen Union gemäß Artikel 115 EG-Vertrag durch nationale Mengenbegrenzungen einzuschränken, mit der Vollendung des Binnenmarktes ausgesetzt worden — seit 1993 gab es keine Genehmigung mehr. Aber solche Maßnahmen sind nach dem Vertrag über die Europäische Union weiterhin zulässig, können also für die Zukunft nicht völlig ausgeschlossen werden. Wie das GATT hervorhebt, werden bisherige nationale Eingriffe neuerdings durch Zölle und nichttarifäre Mengenbegrenzungen ersetzt, die sich auf die Europäische Union insgesamt beziehen. Aus nationalen Handelsschranken wird eine unionsweite Importbarriere, wobei Länder mit einer liberalen Handelspolitik sich in den gemeinsamen handelseinschränkenden Nenner einordnen müssen. Ein Beleg für diese Entwicklung sind in der jüngsten Vergangenheit die freiwilligen Exportselbstbeschränkungsabkommen vor allem mit Japan und anderen Anbietern aus Fernost für Automobile, elektrische und elektronische Haushaltsgeräte, bestimmte Maschinen, Stahl und Stahlprodukte, Textil und Bekleidung sowie landwirtschaftliche Produkte. Bei Bananen sind an die Stelle eines ungehinderten Imports in einige Länder der Europäischen Union und bisheriger Präferenzregelungen anderer Länder unionsweite Mengenbegrenzungen getreten, die mit Zöllen kombiniert werden. Ferner werden informelle Formen von Handelseinschränkungen wie Exportprognosen, auf die man sich verständigt, Referenzpreise und Absprachen von Wirtschaftszweigen angewandt.

— Von Bedeutung sind die Anti-Dumping-Verfahren der Europäischen Union, die in der Vergangenheit im wesentlichen auf Japan, verschiedene Schwellenländer und die mittel- und osteuropäischen Anbieter gerichtet waren. Dabei werden die Preise für Importgüter im Einvernehmen mit den ausländischen Exporteuren angehoben oder — eine wesentlich gravierendere Maßnahme — Ausgleichs-Zölle einseitig erhoben. Seit Mitte der achtziger Jahre haben Ausgleichs-Zölle ein größeres Gewicht bekommen. In Zukunft kann die Kommission Anti-Dumping-Maßnahmen leichter einsetzen, da die Verfahrensregeln geändert worden sind. Bisher war für diese Maßnahme der Kommission die Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit des Europäischen Rates erforderlich, die gegen die liberal orientierte Handelspolitik einiger weniger Staaten wie Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland schwer zu erreichen war. Nach der neuen Regelung kann die Kommission die Anti-Dumping-Maßnahmen und Ausgleichszölle mit Zustimmung einer einfachen Mehrheit der Mitgliedstaaten ergreifen; dies könnte zu einer stärker protektionistischen Handelspolitik führen.

395. Die Bundesregierung sollte darauf hinwirken, daß die Europäische Union ihre Handelspolitik überdenkt und in eine liberalere Richtung entwickelt:

— Die traditionell starken Unterschiede im Protektionsniveau für verschiedene Sektoren sollten bei gleichzeitiger Senkung des Schutzpegels insgesamt verringert werden. Die Europäische Union diskriminiert in der Abschirmung zwischen Sektoren, wobei die stark geschützten Bereiche Landwirtschaft, Textil und Bekleidung, Kohle und Stahl und in letzter Zeit Automobile eine unterschiedliche Intensität der Protektion erfahren.

— Die Europäische Union sollte in ihrer Handelspolitik auf selektive Schutzklauseln generell verzichten, und zwar sowohl bei der Anwendung konkreter handelspolitischer Maßnahmen als auch bei handelsvertraglichen Rahmenregelungen. Schutzklauseln heben die Regelbindung auf, die das GATT, wenn auch nicht immer vollkommen, bereitstellt, und bedeuten Risiken für die Handelspartner. Diese Unsicherheit steht der internationalen Arbeitsteilung — auch dem Kapitalverkehr — im Wege. An die Stelle einer regelgebundenen tritt eine ergebnisorientierte Handelspolitik. Wenn sich jede größere Region der Weltwirtschaft gegen Imponderabilien des internationalen Handels absichern würde, käme über kurz oder lang die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zum Erliegen. Die Offenheit der Ergebnisse darf nicht durch Vorbehaltsklauseln auf die für Europa vorteilhaften Fälle reduziert werden. Es wird zwischen den Ländern der Union, bei denen unterschiedliche

Grundkonzeptionen über die Rolle des Wettbewerbs bestehen, noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sein, ehe sich eine Handelspolitik ohne Rückgriff auf Vorbehaltsklauseln durchsetzt. Für die Präferenzsysteme der nächsten zehn Jahre verfolgt die Kommission die Idee, die Präferenzzölle anzupassen, bevor eine Schutzklausel zu greifen beginnt. Vor einem solchen variablen Zoll, der mit der internen Marktsituation schwanken würde, kann man im Interesse der internationalen Arbeitsteilung nur warnen.

— Die komplexe Hierarchie von Präferenzregelungen mit verschiedenen Handelspartnern, die die Europäische Union errichtet hat, sollte entscheidend vereinfacht und langfristig stärker in Richtung auf ein weniger diskriminierendes Handelssystem umgebaut werden. Die Importe in die Europäische Union sind durch eine Pyramide von unterschiedlichen Marktzugangsbedingungen nach Ländergruppen geregelt: Privilegien für die EFTA-Länder und mit Einschränkungen auch für die Reformländer, zollfreier Zugang für fast alle Güter aus den AKP-Staaten, Zollpräferenzen im Rahmen eines Allgemeinen Präferenzsystems und spezielle Regelungen für die Mittelmeerländer, darunter das Assoziierungsabkommen mit der Türkei und das Freihandelsabkommen mit Israel. Bevor die Europa-Abkommen abgeschlossen wurden, stammten etwa 60 vH der Unions-Importe aus Ländern, denen im Handel eine Vorzugsstellung eingeräumt wird. Berücksichtigt man ferner die nach Ländern differenzierten freiwilligen Exportselbstbeschränkungen und die von der variablen Abschöpfung im Agrarbereich betroffenen Volkswirtschaften, so wendet die Europäische Union das Prinzip der Meistbegünstigung praktisch nicht an. Das allzu oft an bilateralen Verhandlungen orientierte System der Handelspolitik widerspricht damit dem zentralen Prinzip des GATT. Eine Überprüfung des Präferenzsystems der Europäischen Union steht ohnehin an. Es ist im Verhältnis zu den Entwicklungsländern grundsätzlich als Mittel der Entwicklungshilfe — auch als ihr Ersatz — gedacht, aber es hat, nachdem diese Länder erhebliche Fortschritte gemacht haben, längst eine protektionistische Rolle übernommen, weil es weniger Handel neu schafft als Handel von Nichtbegünstigten zu Begünstigten umlenkt. Die Europäische Union sollte deshalb langfristig diese Pyramide unterschiedlicher Marktzugangsbeschränkungen abbauen, auch gegenüber den Reformländern Mittel- und Osteuropas, für mehr Offenheit sorgen und der Meistbegünstigung einen größeren Stellenwert einräumen. Dabei ist das Protektionsniveau insgesamt zu senken. Sie könnte auf diese Weise als bedeutende Region der Weltwirtschaft eine aktivere Rolle bei der Weiterentwicklung der multilateralen Handelsordnung übernehmen.

Agrarreform: Erste Schritte wenig überzeugend

396. Im Jahre 1992 hat es erstmals seit Bestehen einer gemeinsamen Agrarpolitik in Europa einen Ansatz zu einer gründlicheren Reform gegeben, was der Sachverständigenrat seit vielen Jahren anmahnt. Die Agrarreform zielt auf einen Systemwechsel in den Marktordnungen für Pflanzenproduktion (alle Getreidearten) und tierische Produktion (insbesondere Rindfleisch): Das Ausmaß der Preisstützung wird reduziert; dabei sind Kompensationszahlungen als Einkommensausgleich für die Landwirte vorgesehen, die aber von gleichzeitigen Flächenstillegungen oder, bei der Tierhaltung, von Begrenzungen der Höchstzahl von Tieren abhängig gemacht werden. Bei Getreide wird der Interventionspreis (zu dem der Staat gegebenenfalls unbegrenzte Mengen aus dem Markt nimmt) in drei aufeinander folgenden Jahresschritten um insgesamt etwa 30 vH gesenkt. Zum Ausgleich werden in entsprechenden Jahresschritten ansteigende direkte Zahlungen an die Landwirte eingeführt, die bei durchschnittlichen Erträgen den Einkommenseffekt dieser Preissenkung ungefähr ausgleichen sollen. Diese Zahlungen sind an die Bedingung gebunden, daß die Landwirte (soweit sie nicht sogenannte Kleinerzeuger sind) einen vorgegebenen Prozentsatz (im allgemeinen 15 vH) ihrer in den Jahren 1989 bis 1991 bewirtschafteten Fläche stillegen. Das gleiche System gilt im Grundsatz bei Ölsaaten, Hülsenfrüchten und Silomais. Bei Rindfleisch ist die Regelung ähnlich. Die Interventionspreise werden, beginnend 1993, schrittweise um insgesamt 15 vH gesenkt. Die Ausgleichszahlungen werden hier je gehaltenes Tier gezahlt, und an die Stelle der Stillegungsverpflichtungen tritt eine Begrenzung der Höchstzahl von Tieren je Hektar und je Betrieb. Da Ausgleichszahlungen je Hektar der tatsächlich genutzten Fläche beziehungsweise je gehaltenes Tier geleistet werden, gibt es einen starken Anreiz, die nicht stillzulegende Fläche weiterhin zu bewirtschaften (beziehungsweise bei der Tierhaltung bis zur zulässigen Obergrenze zu gehen).

Die beiden ersten Jahresschritte der Reform sind im großen und ganzen so vorgenommen worden, wie sie beschlossen worden waren; ein letzter Schritt der Preissenkung steht für das Wirtschaftsjahr 1995/96 bevor. Die Reform hat auch bereits gewisse Wirkungen gezeigt. Bei Getreide ist der in der Vergangenheit zu beobachtende Trend eines schier unaufhaltsamen Wachstums der Überschüsse anscheinend gebrochen worden. Dazu hat beigetragen, daß innerhalb der Gemeinschaft der Getreideverbrauch wieder angestiegen ist; da Getreide jetzt billiger geworden ist, hat der Anreiz zum Import von anderen Futtermitteln deutlich abgenommen. Gleichzeitig ist die Produktion von Getreide zumindest nicht weiter gewachsen — ein Ergebnis vor allem der Koppelung der Ausgleichszahlungen an die Flächenstillegung.

397. Durch die Reform hat es immerhin eine Korrektur an einem der problematischsten Elemente der EU-Agrarpolitik gegeben, am hohen Niveau der Preisstützung. Insoweit geht die Reform in die richtige Richtung. Direkte staatliche Zahlungen an die Landwirte sind, sofern sie übersehbar bleiben und nicht ausufern, im Grundsatz besser als eine Einkommenspolitik über Preisstützung. Dieser Fortschritt wird aber gleich wieder relativiert, indem mit den Ausgleichszahlungen administrative Eingriffe in die Flächennutzung und die Tierhaltung verbunden werden. Eine Reform, die angetreten war, den Markt in der Land-

wirtschaft zu stärken und die Intensität des Staatseingriffs zurückzudrängen, hat letztlich zu einer neuen Form des Dirigismus geführt. Zentraler Schwachpunkt ist dabei die mangelnde Bereitschaft der Agrarpolitik, die Landwirte selbst entscheiden zu lassen, wie sie ihre Flächen bewirtschaften und welchen Viehbestand sie halten wollen. An den Regelungen zur Flächennutzung wird dieses Problem deutlich erkennbar: Da die Ausgleichszahlungen je Hektar der aktuell mit Getreide bebauten Fläche gezahlt werden, kann ein Landwirt aus wirtschaftlichen Gründen nicht darauf verzichten, auch weiterhin das Maximum der zulässigen Fläche für Getreideanbau zu nutzen. Immerhin machen die Ausgleichszahlungen vom letzten Jahr der Reform an etwa ein Drittel dessen aus, was früher der Erlös je Hektar war. In vielen Fällen liegt dieser Betrag nahe am Deckungsbeitrag, der vor der Reform erzielt wurde. Gleichzeitig ist der Landwirt gezwungen, den ihm vom Staat vorgeschriebenen Flächenanteil stillzulegen.

Wieviel Getreide produziert wird, hängt in diesem System nicht vom Marktpreis ab, sondern von staatlichen Vorgaben. Warum der Staat dabei gleichzeitig die Stillegung eines Teils der Flächen und die volle Bewirtschaftung der verbleibenden Flächen verlangt, ist kaum zu verstehen. Wo Flächen nur bewirtschaftet (oder Mastrinder nur gehalten) werden, um in den Genuß von Ausgleichszahlungen zu gelangen, obwohl der Markterlös die Kosten nicht deckt, wäre das Einkommen der Landwirte bei gleicher staatlicher Ausgleichszahlung höher, wenn sie darauf verzichten könnten, die Fläche zu nutzen (oder die Rinder zu mästen). Gleichzeitig wird durch die Bindung der Ausgleichszahlungen an die Fläche der Bodenpreis gestützt. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird auf diese Weise nachhaltig gehemmt.

398. Durch eine Reihe von Regelungen zur Flächenstillegung hat der Agrarministerrat im Dezember 1993 einige Korrekturen vorgenommen, die den Entscheidungsspielraum der Landwirte geringfügig erweitern. Unter anderem ist die Möglichkeit geschaffen worden, mehr als den verlangten Mindestanteil der betrieblichen Fläche stillzulegen, ohne daß dabei dem Landwirt Ausgleichszahlungen verloren gehen. Zumindest marginal wird damit die Ausgleichszahlung von der Flächennutzung entkoppelt. Dabei wurde es den Mitgliedsländern überlassen, den Höchstanteil der Flächen zu bestimmen, die ohne Minderung der Ausgleichszahlung stillgelegt werden können; die Europäische Union hat dafür lediglich eine Obergrenze von 50 vH vorgegeben. Als einzige Regierung eines Mitgliedslandes hat die Bundesregierung sich nicht entschließen können, diesen Spielraum voll zu nutzen; in Deutschland dürfen maximal 33 vH der Flächen stillgelegt werden, ohne daß es zu einer Reduzierung der Ausgleichszahlungen kommt. Das halten wir für falsch.

399. Eine auffällige Begleiterscheinung der in der dirigistischen Vorgehensweise begründeten Fehlentwicklung ist eine groteske Aufblähung des administrativen Aufwands, sowohl in der öffentlichen Verwaltung, als auch in den landwirtschaftlichen Betrieben. Jeder einzelne landwirtschaftliche Betrieb, der Ausgleichszahlungen beansprucht, muß die Gesamtheit seiner Flächen und Mastrinder lückenlos melden. Dies ist nötig geworden, weil die Ausgleichszahlungen mit der Verpflichtung zur Flächenstillegung gekoppelt und an die genutzte Fläche (beziehungsweise bei Rindern an die gehaltene Tierzahl) gebunden sind. Da die Einhaltung der Regelungen und die korrekte Berechnung der Ausgleichszahlungen präzise kontrollierbar sein müssen, ist eine grobe Flächenbilanz nicht ausreichend. Vielmehr muß jedes einzelne Feld in seinen Maßen exakt und unter Verwendung der genauen Katasterangaben erfaßt werden. Für die Landwirte bedeutet dies, daß sie mit großem Zeitaufwand jährlich einen umfangreichen Satz an Formularen ausfüllen müssen.

In der öffentlichen Verwaltung mußten gänzlich neue Datenerfassungs- und Kontrollsysteme eingeführt werden. Eine Vielzahl von Anträgen ist jährlich zu bearbeiten, umfangreiche Zahlungsvorgänge müssen abgewickelt und überwacht werden, viele Landwirte brauchen die Hilfe der Verwaltung bei der Antragstellung. Allein in Deutschland werden nach Abschluß der Reform 7 Mrd DM in Teilbeträgen an rund 550 000 Landwirte auszuzahlen sein. Zur — ohnehin nur teilweise möglichen — Vermeidung von Mißbrauch werden physische Kontrollen auf den landwirtschaftlichen Betrieben (einschließlich Nachmessen der angegebenen Flächen) stichprobenartig durchgeführt. Versuchsweise wird mit Verfahren der Fernerkundung (Luftbildauswertung) gearbeitet. In der Verwaltung wird damit gerechnet, daß die administrative Abwicklung des neuen Systems von Ausgleichszahlungen mit Flächenbindung und Verpflichtung zur Flächenstillegung in Deutschland einen Aufwand an Personal von über 1 600 Mitarbeitern und an Verwaltungskosten von 135 Mio DM jährlich verursacht.

400. Eine Reform ohne Ausgleichszahlungen hätte wohl politisch keine Chance gehabt. Verfehlt ist aber, daß die Zahlungen an die aktuell bewirtschaftete Fläche (oder die Zahl der gemästeten Rinder) gebunden ist. Sollen Verzerrungen betrieblicher Entscheidungen verhindert werden, so dürfen Ausgleichszahlungen nur auf der Grundlage einer in der Vergangenheit liegenden Referenzbasis geleistet werden, unabhängig davon, wie der landwirtschaftliche Betrieb jetzt und in Zukunft geführt wird. Diese Zahlungen sind an die Person des Landwirts zu binden, nicht an seine betriebswirtschaftlichen Entscheidungen. Zugleich ist geboten, die Zahlungen zeitlich zu befristen. Bindung an die Person und zeitliche Befristung machen dann noch einen weiteren sinnvollen Schritt möglich: Das Zahlungsversprechen des Staates kann kapitalmarktfähig ausgestaltet werden, so daß die Landwirte die Möglichkeit haben, den ihnen zustehenden Strom jährlicher Ausgleichszahlungen am Kapitalmarkt in eine einmalige Geldsumme einzutauschen. Die Kapitalisierung wäre endgültig, eine politisch erwirkte Fortsetzung von Einkommensübertragungen über die ursprünglich festgesetzte Frist hinaus nicht möglich. Der Kapitalbetrag würde es den Landwirten erleichtern, ihren Betrieb umzustellen oder außerhalb der Landwirtschaft eine neue Existenz aufzubauen. Der weiterhin dringend erforderliche Strukturwandel in der Landwirtschaft würde dann nicht gehemmt, sondern gefördert.

Eine weitere Entwicklung der Reform in diese Richtung ist immer noch möglich. In einem ersten Schritt könnte der zur Zeit noch geltende Höchstsatz für prämienunschädliche Stillegung von 50 vH erhöht werden, bis er 100 vH erreicht, und zwar auch in Deutschland. Produktion wäre dann nicht mehr notwendig, nur um Ausgleichszahlungen zu erhalten. Auf diese Art würden Flächen aus der Produktion ausscheiden, und dadurch würde es wiederum möglich, den bisher noch verbindlichen Mindestsatz an Flächenstillegungen von 15 vH zu senken, ohne daß dadurch der Getreideüberschuß anstiege. Es gibt Schätzungen, nach denen bei Entkoppelung der Ausgleichszahlungen von der bebauten Fläche die Erzeugung von Getreide auch ohne Flächenstillegung nicht über das bisher erreichte Maß ansteigen würde. Am Ende dieses Prozesses könnte also auch die erzwungene Flächenstillegung aufgegeben werden. Die Ausgleichszahlungen würden dann allein aufgrund der historischen Basisfläche geleistet; damit hätten sie ihren verzerrenden Charakter verloren. Sie sollten dann vom Betrieb gelöst und an die Person gebunden, zeitlich befristet und kapitalmarktmäßig ausgestattet werden.

401. Wichtig ist, daß die Agrarreform nicht auf die bisher erfaßten Produkte beschränkt bleibt, sondern auch die übrigen Marktordnungsgüter einbezieht (darunter Wein, Milch, Obst, Gemüse, Zucker). Hierzu sind die Entscheidungsprozesse bereits in Gang gesetzt, doch ist zu befürchten, daß ähnlich wie bei den bereits getroffenen Regelungen dirigistische Lösungen zustande kommen. Hiervor muß nachdrücklich gewarnt werden; ohne einen Abbau der Preisstützung und die Abschaffung rigider Quoten ist eine dauerhafte Bereinigung der bisherigen verzerrenden Marktpolitik nicht zu erreichen.

Ein Musterbeispiel verfehlter Wirtschaftspolitik ist die durch vielfältige interventionistische und hochprotektionistische Elemente geprägte Zuckermarktpolitik der Gemeinschaft. Für Zucker galten seit Anfang der Agrarpolitik der Gemeinschaft Sonderregelungen. Der Preisschutz war noch viel höher als der für Getreide. In der Europäischen Union liegt der Zuckerpreis etwa beim Dreifachen des Weltmarktpreises. Um die Zuckerproduktion nicht unbegrenzt ansteigen zu lassen, ist die gesamte Zuckerwirtschaft der Mitgliedsländer mit einem Netz von Produktionsquoten überzogen worden. Aufgrund der besonderen Konstruktion der Verfügungsrechte über die Kontingente und hinter dem Schild einer ausgeprägt interventionistischen Preisregelung ist der Wettbewerb zwischen den Zuckerherstellern weitgehend erlahmt. Da die Kontingente zu hoch angesetzt wurden, produziert die Europäische Union etwa 30 vH mehr Zucker, als sie verbraucht. Der Überschuß wird mit hohen Subventionen exportiert und stört den Weltmarktabsatz anderer Länder, darunter auch einiger Entwicklungsländer. Einer Reihe von AKP-Entwicklungsländern hat die Europäische Union die Abnahme einer bestimmten Menge Zucker zu ihrem internen Stützpreis garantiert. Diese Lieferungen kommen noch zum eigenen Überschuß hinzu. Entsprechende Mengen werden deshalb zusätzlich mit Subventionen exportiert. Die Exportsubventionen für den Zuckerüberschuß werden allerdings von den Agrarpolitikern immer wieder mit dem Argument als unproblematisch dargestellt, sie würden nicht aus dem öffentlichen Haushalt, sondern durch eine von den Zuckerproduzenten zu zahlende Abgabe finanziert. Das ist unzutreffend; natürlich geht die Abgabe in den EU-Haushalt ein, und die Subventionen werden aus dem Haushalt gezahlt. Vor allem aber muß beachtet werden, daß die Abgabe letztlich von den Zuckerverbrauchern getragen wird.

402. Ein ungelöstes Problem der gemeinsamen Agrarpolitik stellen die sogenannten agrarmonetären Regelungen dar, die der Landwirtschaft seit 1969 im Ergebnis ein eigenes Wechselkursregime verschafft haben, das sie — zumindest kurz- und mittelfristig — gegen die Folgen von Wechselkursänderungen zwischen Währungen der Mitgliedsländer abgeschirmt hat. Mit der Schaffung des Binnenmarktes und dem Wegfall der Grenzkontrollen mußte das bis dahin praktizierte System von Abgaben und Subventionen, die an den Grenzen zwischen den Mitgliedsländern erhoben beziehungsweise gezahlt wurden, aufgegeben werden. Damit sind aber nicht alle agrarmonetären Sonderregelungen entfallen. Nach wie vor gibt es die „grünen Kurse", zu denen die in ECU festgesetzten Marktordnungspreise in die Währungen der Mitgliedsländer umgerechnet werden. Diese „grünen Kurse" werden nicht unmittelbar und voll an die Entwicklungen der Marktkurse angepaßt. Die immer noch geltende sogenannte „switch-over"-Regelung hatte in der Vergangenheit zur Folge, daß bei Aufwertung einer Mitgliedswährung im EWS im Ergebnis die Marktordnungspreise in ECU soweit angehoben wurden, daß im Aufwertungsland Preissenkungen nicht erforderlich waren. Die Folge war, daß in allen anderen Mitgliedsländern die Agrarpreise entsprechend anstiegen. Jede Anpassung von Wechselkursen im EWS hat deshalb das Agrarpreisniveau in der Gemeinschaft weiter nach oben getrieben.

Seit der Ausweitung der Bandbreiten innerhalb des EWS im August 1993 ist es nicht mehr zu Änderungen der Leitkurse gekommen. Insoweit konnte auch die „switch-over"-Regelung seit dieser Zeit keine Wirkung mehr entfalten. Statt dessen kann es nun infolge der Aufwärtsbewegung eines Marktkurses innerhalb des erweiterten Bandes zu Agrarpreissenkungen in der Währung des betreffenden Landes kommen. Die Agrarminister haben verhältnismäßig weite Grenzen für Entwicklungen der Marktkurse gesetzt, bevor der „grüne Kurs" einer Währung und damit das Agrarpreisniveau in nationaler Währung anzupassen sind. Zu einer Aufwertung eines der „grünen Kurse" mit der Folge eines Absinkens der nationalen Agrarpreise ist es deshalb bisher noch in keinem Mitgliedsland gekommen. Immerhin besteht jetzt die Möglichkeit, daß geschehen könnte, was früher in der Agrarpolitik als inakzeptabel angesehen wurde, nämlich das Absinken von Agrarpreisen als Folge von Wechselkursänderungen.

Die Bundesregierung hat in Brüssel gefordert, das agrarmonetäre System so anzupassen, daß weiterhin die alten Garantien gegen währungsbedingte Preissenkungen gelten. Diese Forderung ist bisher von der Kommission und von anderen Mitgliedsländern nicht akzeptiert worden, und dies zu Recht. Es ist kaum zu

begründen, warum Landwirte vor den Folgen von Wechselkursänderungen geschützt werden sollen, während es in keinem anderen Wirtschaftsbereich einen solchen Schutz gibt. Es ist zudem eine unzulässig verkürzte Sicht, nach Aufwertungen nur auf die möglicherweise rückläufigen Erzeugerpreise der Landwirte zu schauen, andere Vorgänge, die mit der Aufwertung zusammenhängen (zum Beispiel eine geringere Inflation) hingegen nicht zu berücksichtigen. Eine weitere Verfestigung des agrarmonetären Systems ist in keiner Weise zu rechtfertigen; vielmehr sollte es so schnell wie möglich abgeschafft werden.

403. In zunehmendem Maße werden durch die Bundesregierung und die Europäische Union die Produktion und Verwendung nachwachsender Rohstoffe gefördert. Herausragende Beispiele für Maßnahmen dieser Art sind die Mineralölsteuerbefreiung von Biokraftstoffen und die Möglichkeit, auf Flächen, die eigentlich im Rahmen der Agrarreform stillzulegen wären, Produkte anzubauen, die zu mehr als 50 vH ihres Wertes nicht Verwendung als Nahrungs- oder Futtermittel finden. Hinter dieser Entwicklung stehen gut gemeinte ökologische Absichten, aber auch landwirtschaftliche und industrielle Interessen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht muß vor einer gravierenden Fehlentwicklung gewarnt werden. Mit der Förderung nachwachsender Rohstoffe werden neue Subventionstatbestände an Stelle oder zusätzlich zu der bisherigen Agrarstützung geschaffen. Es wäre damit zu rechnen, daß diese Subventionen in Zukunft in gleicher Weise unkontrolliert ansteigen, wie dies auch in der Vergangenheit im Agrarbereich beobachtet wurde. Die ökologische Wirksamkeit ist zudem zweifelhaft; eine effiziente Umweltschutzpolitik muß bei der Reduzierung von Schadstoffen ansetzen, nicht bei der Subventionierung von Einsatzstoffen. Unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlich effizienter Schadstoffvermeidung sollten nachwachsende Rohstoffe nur dann eingesetzt werden, wenn sie sich unter Beachtung der für die Schadstoffvermeidung geltenden Regelungen auch ohne Subventionen im Wettbewerb mit anderen Rohstoffen durchsetzen können. Gefördert würde der Anbau nachwachsender Rohstoffe im übrigen, wenn die Preisstützung anderer landwirtschaftlicher Produkte entfiele und damit die Flächen für andere Verwendungen frei würden.

Die weltwirtschaftliche Ordnung voranbringen

Offene Fragen in der Welthandelsordnung

404. Die deutsche Wirtschaftspolitik wird in den nächsten Jahren darum bemüht sein müssen, die multilaterale Ordnung der internationalen Arbeitsteilung weiterzuentwickeln und zu stärken. Zwar ist mit dem Abschluß der Uruguay-Runde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer liberalen Welthandelsordnung getan (Ziffern 33ff.). Aber eine Reihe von Fragen ist offen geblieben, etliches im Vertragstext ist interpretationsfähig, viele Ergebnisse hängen davon ab, wie beabsichtigte Maßnahmen umgesetzt werden. Nach wie vor ist die Gefahr nicht abgewendet, daß in Zukunft in vielfältiger Weise in die internationale Arbeitsteilung eingegriffen wird.

— Nichttarifäre Handelshemmnisse, die in der Vergangenheit die positiven Wirkungen von Zollsenkungen zu einem guten Teil zunichte machten, konnten nur ungenügend zurückgedrängt werden. So sind bei gravierenden handelsbedingten Schwierigkeiten der heimischen Industrie Schutzmaßnahmen weiterhin zulässig; mengenbeschränkende Eingriffe gegenüber einzelnen Ländern sind erlaubt, wenn nachgewiesen wird, daß die Importe aus den betreffenden Ländern in der Vergangenheit überproportional angestiegen sind. Unsicher ist auch, ob freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen und andere eher informelle Formen der Behinderung wie Exportrichtlinien, welche Importländer für ihre Lieferländer aufstellen, in Zukunft an Bedeutung verlieren werden.

— Unzureichend sind die Regelungen im Agrarsektor und im Textilbereich. Die Landwirtschaft kann auch künftig durch Importbeschränkungen in Form von Zöllen und Kontingenten vor ausländischen Wettbewerbern geschützt werden, und bei zunehmendem Konkurrenzdruck aus dem Ausland können sogar zusätzliche Handelsbeschränkungen eingeführt werden. Subventionen sind — wenngleich in verringertem Maße — weiterhin zulässig; im Rahmen der Agrarbeihilfen sind auch in Zukunft produktionsneutrale Unterstützungen etwa in Form von Einkommensbeihilfen erlaubt. Für die Einbeziehung des Textil- und Bekleidungshandels in das GATT sind sehr lange Übergangsfristen vorgesehen; überdies gibt es Möglichkeiten, die besonders gravierenden Liberalisierungsschritte so lange wie möglich hinauszuzögern.

— Verzerrungen bei der Güterstruktur des Handels bleiben dadurch bestehen, daß gerade die besonders hohen Zollsätze der Industrieländer bei Fertigwaren weniger stark zurückgenommen wurden als die Zölle auf Vorleistungen. Damit hat die Streuung der Zölle zugunsten der Exporteure von bestimmten Fertigwaren zugenommen. Allokationsverfälschungen bei der regionalen Struktur des Handels werden dadurch aufrechterhalten, daß in fast allen Teilabkommen spezielle Bestimmungen für Entwicklungsländer vorgesehen sind, die teilweise nach den Entwicklungsniveaus differenziert sind. Anstelle derartiger Sonderbehandlungen wäre es allemal besser, Marktzugangsbeschränkungen auf beiden Seiten abzubauen.

— Unzulänglich sind die Vorschriften zum generellen Subventionsabbau. Ein verbindlicher Subventionskodex, der Subventionen als Ersatz für protektionistische Maßnahmen verringert, konnte nicht vereinbart werden; für die Beihilfengewährung an den Luftfahrzeugbau gilt eine Ausnahmegenehmigung.

— Die Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs ist unvollständig. Zum einen bleibt es für eine Übergangszeit den einzelnen Ländern überlassen, welche Sektoren sie den neuen Regeln für den Handel mit Dienstleistungen unterstellen wollen, zum anderen konnten für wichtige Teilbereiche bislang überhaupt noch keine abschließenden Lösungen gefunden werden.

405. Eine wichtige Frage, die den Kern einer weltwirtschaftlichen Rahmenordnung berührt, ist bei der Uruguay-Runde offen geblieben: Ist das multilaterale Netz mit den akzeptierten Prinzipien der Nichtdiskriminierung sowie der unbedingten Meistbegünstigung und mit der vereinbarten Streitschlichtung hinreichend stark, gegen die Tendenzen der regionalen Blockbildung und einer aggressiven Handelspolitik von Staaten oder Gruppen von Staaten zu bestehen? Dabei gibt es drei voneinander nicht unabhängige Probleme.

— Erstens: Zweifel sind angebracht, ob die vereinbarten Streitschlichtungsregeln Handelskonflikte in Zukunft vermeiden helfen, denn die Welthandelsorganisation hat kaum Möglichkeiten zu einer wirksamen Durchsetzung der von ihr getroffenen Schiedssprüche, wenn Entscheidungen gegen den Widerstand der beklagten Partei getroffen werden. Damit besteht weiterhin die Gefahr, daß die Konflikte wie im amerikanisch-japanischen Dauerstreit bilateral ausgetragen werden — in der Regel zu Lasten Dritter, die dann ihrerseits handelspolitische Maßnahmen ergreifen.

— Zweitens: Nach den Regeln der Welthandelsorganisation ist die Diskriminierung ausgeschlossen. Regionale Integrationen sind davon jedoch ausgenommen, weil sie dazu beitragen, daß nationale Handelsschranken fallen, protektionistisch orientierte Interessengruppen in den einzelnen Ländern an Einfluß verlieren und weil — so die Hoffnung — niedrigere Handelsbarrieren in Teilräumen Anziehungskraft auf andere Länder ausüben, sich anzuschließen. Wegen dieses Vorteils der Handelsschaffung wird der Nachteil einer möglichen Handelsumlenkung zu Lasten von Drittländern in Kauf genommen. Es ist aber nicht sichergestellt, daß — wenn sich mehrere regionale Integrationen in der Weltwirtschaft herausbilden — die multilaterale Ordnung auch tatsächlich gestärkt wird. Vielmehr ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß sich regionale Blöcke — den GATT-Regeln zum Trotz — gegenseitig vor allem durch nichttarifäre Maßnahmen abkapseln. Dies würde die Weltwirtschaft segmentieren und der Eskalation handelspolitischer Konflikte Vorschub leisten.

— Drittens: Große Handelsnationen und Ländergruppen verfügen zunehmend über Instrumente einer aggressiven Handelspolitik, die — nicht gedeckt durch die Regeln der Welthandelsorganisation, sondern im Widerspruch zu ihr — eingesetzt werden können, um den Zugang zum Markt eines Handelspartners, bei dem Handelshemmnisse bestehen oder vermutet werden, zu erzwingen oder auf handelseinschränkende Maßnahmen eines anderen Landes mit Vergeltungsmaßnahmen zu antworten. Die Vereinigten Staaten haben gemäß ihrer Handelsgesetzgebung mit dem Instrument des „Super-301" die Möglichkeit, einseitig handelsbeschränkende Maßnahmen gegen einzelne Länder einzuführen und flexibel und innerhalb kürzester Frist auf handelspolitische Maßnahmen anderer Länder zu reagieren, und zwar ohne die Abstimmungsmechanismen des GATT zu beachten. Die handelspolitischen Entscheidungsträger können — ohne Einschaltung des Kongresses — vereinbarte Handelsvergünstigungen streichen, Importrestriktionen verhängen oder bilaterale Exportselbstbeschränkungsabkommen vereinbaren. Die Europäische Union verfügt inzwischen ebenfalls über ein ähnliches Instrumentarium, das „neue handelspolitische Instrument". Es sieht eine Gegenwehr gegen vermutet ungerechtfertigte handelspolitische Maßnahmen von Dritten zu Lasten der Union vor. Initiativen zur Einleitung von Untersuchungen können von Mitgliedstaaten oder von Industrien kommen. Nach einer Anhörung entscheidet die Kommission über die Eröffnung einer Untersuchung, deren Ergebnis veröffentlicht wird.

Nimmt man alles zusammen, so ist es im Rahmen der Uruguay-Runde nicht gelungen, die Gefahr, daß Länder eine aggressive Handelspolitik ergreifen, entscheidend zurückzudrängen. Eine solche Politik einzelner Länder birgt das Risiko in sich, daß sich die Länder mehr und mehr von einer kooperativen Lösung entfernen und die internationale Arbeitsteilung von eskalierenden Vergeltungsmaßnahmen eingeschnürt wird. Es gilt, aggressive Handelspolitik, die außerhalb der Welthandelsorganisation stattzufinden droht, durch die multilaterale Handelsordnung zu vermeiden.

406. Regionale Wirtschaftsräume müssen nicht unbedingt dazu führen, daß Märkte segmentiert werden. Sie können im Gegenteil die Liberalisierung des Welthandels voranbringen, wenn sie sich verpflichten, die Ergebnisse der GATT-Runden schneller als vorgesehen zu verwirklichen, mehr zu liberalisieren als vereinbart wurde und erlaubte Ausnahmen weniger oft anzuwenden. Darüber hinaus könnten sie Außenstehende einladen, sich in vollem Umfang an den zusätzlichen Liberalisierungsanstrengungen zu beteiligen. Die Idee derartiger Liberalisierungsvorreiter ist nicht neu. Sie endlich umzusetzen wäre eine innovative Antwort auf die Fragen von heute.

Angleichung von Sozialnormen nicht durch handelspolitischen Druck erzwingen

407. Eine Angleichung der Sozialnormen und Arbeitsbedingungen vor allem zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern wird aus zwei unterschiedlichen Motiven gefordert. Im Interesse der Arbeitnehmer in den Industrienationen wird betont, daß überall gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen sollten, da ansonsten die Arbeitnehmer in den Industrienationen sich nicht gegen die Konkurrenz aus anderen Ländern behaupten könnten; im Interesse der Arbeitnehmer in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird vorgeschlagen, dort die Bedingungen durch eine Anhebung der Sozialnormen zu verbessern.

Die Arbeitnehmer in den Industrienationen, deren Arbeitsplätze reichlich mit Sachkapital und Technologie ausgerüstet sind, können nicht verlangen, daß in den Entwicklungsländern die gleichen oder vergleichbare Sozialbedingungen gelten. Länder sind nun einmal unterschiedlich mit den Produktionsfakto-

ren Arbeit, Kapital und Technologie ausgestattet. Damit sind auch die Arbeitsproduktivitäten verschieden. Es ist wohl allgemein akzeptiert, daß dann die Löhne nicht angeglichen werden können. Was für die Löhne gilt, trifft entsprechend für die Sozialnormen zu. Niedrigere Arbeitsproduktivität bedeutet weniger Spielraum auch für Sozialnormen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Entwicklungs- und Schwellenländer wegen eines unterschiedlichen Wohlstandsniveaus Sozialnormen anders bewerten als die Industrienationen, in denen die Sozialstandards als Folge eines länger währenden Prozesses ein hohes Niveau erreicht haben.

Was das Interesse der Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern betrifft — diese Länder befürchten, daß durch die Angleichung von Sozialnormen neue protektionistische Hürden für ihre Exportgüter errichtet werden können. Diese Gefahr ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen. Handelsbeschränkungen gegen Staaten, deren Arbeitsbedingungen oder Sozialnormen unter den Standards der Industrieländer liegen, würden die Chancen der betroffenen Länder im internationalen Wettbewerb verringern und damit die Lage der Arbeitnehmer nicht verbessern. Wenn angestrebt wird, daß auch in den Entwicklungsländern bestimmte, international akzeptierte Mindeststandards eingehalten werden, dann sind zur Erreichung dieses Ziels handelsbeschränkende Maßnahmen ein untaugliches, eher kontraproduktives Mittel. Die meisten Entwicklungsländer sind im übrigen Mitglied der ILO und haben sich freiwillig verpflichtet, bestimmte Mindeststandards einzuhalten.

Diese Vorbehalte betreffen auch Zollpräferenzen in Höhe von bis zu 30 vH, die die Europäische Union den Entwicklungsländern einräumen will, die sich an international akzeptierte Sozialnormen (und an die Umweltnormen internationaler Umweltabkommen) halten. Zusätzliche Bedenken resultieren daraus, daß dadurch eine weitere Marktsegmentierung eingeführt wird, die kostspielige und unproduktive Kontrollen des Warenursprungs bei Umgehungsversuchen nach sich zieht. Jedem Staat steht es im übrigen frei, heimische und ausländische Investoren in gleicher Weise zur Einhaltung bestimmter Standards zu verpflichten. Investoren bleibt dann die freie Standortwahl.

Umweltschutz in die Welthandelsordnung einbeziehen

408. Umweltfragen sind bisher nicht Gegenstand des GATT-Vertrages. Umweltpolitik verfolgt das Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen, auch auf lange Frist, zu sichern und die Kosten der Umweltnutzung in die wirtschaftlichen Entscheidungen zu integrieren. Die multilaterale Handelsordnung soll gewährleisten, daß durch internationale Arbeitsteilung der Wohlstand in den am Austausch beteiligten Ländern steigt. Es gilt, mögliche Konflikte, die zwischen Umweltpolitik und internationalem Handel sowie zwischen den institutionellen Regelungen für diese Bereiche entstehen könnten, zu vermeiden, wenigstens aber zu entschärfen. In diesem Zusammenhang ist eine wichtige Frage, wie umweltpolitische Belange in das Regelwerk der internationalen Arbeitsteilung integriert werden können. Dabei ist zwischen Umweltgütern, die räumlich auf Länder begrenzt sind und die als nationale Umweltgüter bezeichnet werden können, und grenzüberschreitenden sowie globalen Umweltgütern zu differenzieren.

409. Nicht akzeptabel ist die Position, man solle durch handelsbeschränkende Maßnahmen Sand in das Getriebe der internationalen Arbeitsteilung schütten, um auf diese Weise die Umwelt zu schützen. Dabei wird vereinfachend argumentiert, daß ein ungestörter Welthandel für Wachstum sorge — was richtig ist — und daß mit wirtschaftlichem Wachstum zwingend eine Zunahme von Schadstoffen und eine Verschlechterung der Umweltqualität einhergehen müsse — was nicht richtig ist. Denn dieses Argument führt aus zwei Gründen in die Irre.

Zum einen: Wirtschaftliches Wachstum und größerer Wohlstand bringen nach allen Erfahrungen eine größere Nachfrage nach mehr Umweltqualität mit sich — auch eine höhere Nachfrage, die sich außerhalb der Märkte im politischen Prozeß bemerkbar macht. Die letzten drei Jahrzehnte in den Industrieländern belegen, daß aus diesem Wunsch nach mehr Umweltqualität heraus verstärkt Anstrengungen unternommen wurden, Schadstoffe zurückzudrängen und auch anderweitig die Umweltqualität zu verbessern. Außerdem trägt wirtschaftliches Wachstum dazu bei, daß die Kosten leichter getragen werden können und daß ein Strukturwandel hin zu umweltschonenden Produkten und Produktionsverfahren müheloser vonstatten geht. Mit anderen Worten: Die Kosten der Umweltpolitik erhalten mit größerem Wohlstand ein geringeres Gewicht, die Nutzen-Kosten-Abwägung verschiebt sich zugunsten des Umweltschutzes. Umweltschäden und wirtschaftliches Wachstum lassen sich durch umweltpolitische Instrumente entkoppeln. Auf keinen Fall ist niedriges Wachstum eine Garantie dafür, daß Umweltschäden unterbleiben.

Zum anderen: Effiziente Umweltpolitik muß an den Ursachen der Umweltprobleme ansetzen, vor allem an den Emissionen, so schwierig dies in der Praxis auch sein mag. Umweltprobleme sollten grundsätzlich durch spezifische umweltpolitische Instrumente gelöst werden. Die Handelspolitik taugt dazu nicht. Handelspolitische Maßnahmen sind nicht geeignet, die Knappheit der Umwelt zum Ausdruck zu bringen — gerade darauf kommt es aber an, um die Kluft zwischen einzelwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kosten zu verringern und die richtigen Anreize für Unternehmen und Haushalte zu setzen. Vielmehr können handelsbeschränkende Maßnahmen die Beanspruchung der Umwelt sogar erhöhen. Das beste Beispiel ist der Außenschutz für die Landwirtschaft und die dadurch bedingte Produktionsausweitung, die mit einer größeren Inanspruchnahme des knappen Faktors Umwelt einhergeht. Es ist hinlänglich nachgewiesen, daß Importbeschränkungen regelmäßig die verschwenderische Nutzung relativ knapper Faktoren im Importland begünstigen. Ein solcher Faktor ist in den Industrieländern gerade die Umwelt.

Es wird auch geltend gemacht, daß der Welthandel zwangsläufig mit Transportleistungen verbunden ist,

die die Umwelt belasten. Dies ist nicht zu bestreiten. Aber: Zum einen kommt es darauf an, die Umweltkosten des Transports den Verursachern zuzuweisen. Dabei ist aus umweltpolitischer Sicht schon viel gewonnen, wenn dies in den großen Industrieländern geschieht, denn damit steigen die Chancen, daß die Transporttechnologie auch international umweltfreundlicher wird. Zum anderen ist zu berücksichtigen, daß den Umweltkosten des Transports Wohlstandsgewinne aus Handel gegenüberstehen, die bei entsprechenden Anreizen auch in Investitionen für umweltfreundlichere Transporttechnologien fließen können. Es kommt also auf eine Internalisierung der Umweltkosten des Transports an.

410. In der öffentlichen Diskussion wird vorgeschlagen, handelsbeschränkende Maßnahmen dazu einzusetzen, ein anderes Land zu einer umweltfreundlicheren Politik zu bewegen, und zwar nicht nur für globale und grenzüberschreitende Umweltgüter — davon ist später die Rede —, sondern auch für seine eigene Umwelt. Dabei wird vergessen, daß Länder unterschiedlich mit Umweltgütern ausgestattet sind — ähnlich wie mit anderen Produktionsfaktoren — und daß unterschiedliche Präferenzen bestehen können. Länder, in denen etwa wegen klimatischer oder anderer natürlicher Bedingungen oder auch wegen einer größeren Bevölkerungsdichte das Gut Umwelt knapper ist, müssen sparsamer damit umgehen, also einen höheren Preis für Emissionen setzen, Länder mit einer günstigeren Ausstattung mit Umwelt können großzügiger damit verfahren, also niedrigere Preise wählen. Der Marktzugang darf nicht als Druckmittel eingesetzt werden, um anderen Ländern die eigenen Umweltvorstellungen aufzudrängen.

Aus den gleichen Überlegungen heraus ist auch das immer wieder aus Kreisen der Wirtschaft zu hörende Verlangen abwegig, die Umweltpolitik solle in allen Ländern vereinheitlicht werden, damit Unternehmen in ihrer Produktion überall ähnliche Kostenbedingungen haben. Umwelt ist ein knappes Gut, und unterschiedliche Knappheiten des Gutes Umwelt in den einzelnen Ländern erfordern unterschiedliche Knappheitspreise. Dies steht in Übereinstimmung mit dem Verursacherprinzip, das eine grundlegende Orientierung für die Umweltpolitik der einzelnen Länder darstellt. Folglich können handelspolitische Maßnahmen auch nicht mit dem Ziel begründet werden, eine weniger stringente Umweltpolitik anderer Länder mache protektionistische Maßnahmen im eigenen Land notwendig. Umweltschutz taugt nicht zur Begründung der Abschottung.

Manche befürchten, daß eine stringente Umweltpolitik in den Industrienationen dazu führt, daß emissionsintensive Produktionen in die Entwicklungsländer verlagert werden und daß dort deshalb die Umweltqualität abnimmt. Die Industrieländer würden damit, ob nun gewollt oder nicht, ihre Umweltprobleme an die Entwicklungsländer abgeben. Zunächst kann eine solche räumliche Änderung ein Reflex einer größeren Umweltreichlichkeit sein, und dies wäre mit einer stärkeren Spezialisierung auf emissionsintensive Produktion in diesen Ländern verbunden. Ferner haben es die Länder, wenn sich bei ihnen eine Verschlechterung der Umweltqualität einstellt, grundsätzlich in der Hand, ihre Umweltpolitik zu verschärfen. Dies gilt sowohl bei der Verlagerung über Direktinvestitionen als auch für den Fall, daß heimischen Produzenten in den Entwicklungsländern ein Wettbewerbsvorteil für emissionsintensive Produktionen zuwächst.

411. Nach Artikel XX des GATT-Vertrages können Länder Maßnahmen ergreifen, die einerseits dem Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Personen und Tieren oder der Erhaltung des Pflanzenwuchses dienen und andererseits erschöpfbare Ressourcen schonen. Es gilt jedoch die Einschränkung, daß die Maßnahmen keine willkürliche und nicht zu rechtfertigende Diskriminierung zur Folge haben oder daß sie keine versteckten Restriktionen des internationalen Handels darstellen.

In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, den Artikel XX des GATT-Vertrages inhaltlich zu präzisieren, um vor allem die Unsicherheit über umweltpolitische Maßnahmen gerade im Bereich der Produktnormen zu verringern und damit Hemmnisse für die internationale Arbeitsteilung zu reduzieren. Auch um zu vermeiden, daß durch den Einfluß von Interessengruppen mit umweltpolitischen Zielen begründete Produktnormen de facto doch die heimisch produzierten Güter begünstigen, ist eine Einigung über zentrale Aspekte der Regelungen des Artikels XX von erheblicher Bedeutung. Dabei sollte eine klare Trennlinie zwischen Handelspolitik und Umweltpolitik gezogen werden. Die Lösungen, die in bisherigen handelspolitischen Streitfällen im GATT gefunden wurden, deuten die Richtung an, in der die Grenze zwischen den Regeln der Welthandelsordnung und umweltpolitischen Belangen abgesteckt werden kann:

- Bei handelsbeschränkenden Maßnahmen gemäß Artikel XX darf nicht zwischen importierten und im Inland produzierten Gütern diskriminiert werden. So ist es, wie im thailändischen Zigarettenfall von 1990, nicht zulässig, unter Hinweis auf gesundheitliche Folgen den Import von Gütern zu beschränken oder zu besteuern, wenn nicht gleichzeitig analoge Maßnahmen gegen die entsprechenden heimischen Güter ergriffen werden. Im inländischen Markt dürfen ausländische Güter nicht gegenüber ähnlichen inländischen Gütern schlechter gestellt werden.
- Was ähnliche Güter sind, sollte sich aus dem Urteil der Nachfrager ergeben und nicht aus dem Produktionsverfahren. Es sollte also das Ursprungslandprinzip bestätigt werden, das im mexikanisch-amerikanischen Thunfischfall — eine GATT-Entscheidung aus dem Jahre 1991 — verfolgt wurde (Mexiko benutzte Fangmethoden, die Delphine nicht hinreichend schützten). Auf jeden Fall sollte Konsens darüber erzielt werden, wie der im GATT-Vertrag verwendete Begriff der „Gleichartigkeit" inländischer Erzeugnisse von der Nachfrageseite her zu definieren ist. Gemäß dem Ursprungslandprinzip sollte bei nationalen Umweltproblemen ein Land dann nicht umweltpolitische Maßnahmen ergreifen dürfen, wenn die externen Effekte außerhalb seines Hoheitsgebietes auftreten. Verfehlt wäre es deshalb, eine Harmonisierung der Ursprungslandregeln zu betreiben.

— Die Maßnahmen gemäß Artikel XX sollten die Bedingung erfüllen, daß die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt ist. Dies sollte dahingehend interpretiert werden, daß die Maßnahmen in dem Sinne notwendig sind, daß ohne sie die Ziele der Umweltpolitik oder die Schonung natürlicher Ressourcen nicht erreicht werden können. Handelspolitische Instrumente für die in Artikel XX genannten Ausnahmebereiche sind dann nicht einzusetzen, wenn der beabsichtigte Schutz durch spezifische, der Umweltpolitik zuzurechnende Maßnahmen wie etwa durch die Einführung neuer nationaler Nutzungsrechte besser zu erlangen ist.

— Die Schutzklausel für erschöpfbare Ressourcen sollte sich nur auf das eigene Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates beziehen. Sie räumt einem Land kein Recht ein, einseitige Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in einem anderen Land zu ergreifen. Auch hier ist zu beachten, daß ressourcenschonende Maßnahmen nicht zwischen importierten und inländischen Produkten diskriminieren dürfen.

412. Grenzüberschreitende und globale Umweltprobleme sind anders zu behandeln als nationale Umweltfragen. Hier ist eine internationale Einigung über die anzustrebende Umweltqualität, über die dafür notwendigen Maßnahmen, etwa über das Ausmaß der Verringerung von Emissionen, das einzelne Länder zu erzielen haben, und über die Kostenaufteilung erforderlich. Im Gegensatz zu den grenzüberschreitenden Umweltproblemen, in denen sich einige wenige Länder — bei Fließgewässern Unterlieger und Oberlieger — zu einigen haben, sind bei globalen Umweltmedien multilaterale Verträge notwendig, an denen letztlich alle Länder zu beteiligen sind. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Länder in der Regel unterschiedliche Präferenzen für das globale Umweltgut haben. Aber auch wegen verschiedener Einkommenssituationen differiert die Bereitschaft, die weltweiten Umweltgüter zu schützen. Überdies unterscheiden sich die Kostenfunktionen für die Schadstoffbeseitigung, nicht zuletzt wegen eines Gefälles in der angewandten Entsorgungstechnologie, oft erheblich. Schließlich können sich die Länder, selbst wenn die genannten Faktoren überall gleich wären, als Trittbrettfahrer verhalten.

Aus all diesen Gründen kommen kooperative Lösungen zum Schutz globaler Umweltgüter nur sehr schwer zustande. Vorgeschlagen worden ist deshalb, Länder, die weniger an Umweltschutz interessiert sind, durch Transferzahlungen für eine Lösung zu gewinnen. Volkswirtschaften, die auf globale Umweltgüter einen besonderen Wert legen, würden andere Länder durch eine Kompensation zu Umweltanstrengungen bewegen. Richtig ist dabei, daß es sich lohnt, weltweit an der günstigsten Stelle Schadstoffe zu vermeiden. Aber: Die Aussicht auf Transfers könnte ein Anreiz sein, zunächst einmal wenig bei der Schadstoffbeseitigung zu tun, um auf diese Weise die Transfers in die Höhe zu treiben. Eigenbeteiligung und Zweckbindung werden daran wenig ändern können. Neben finanziellen Zuwendungen werden auch andere Formen diskutiert, so reale Transfers in Gestalt ausländischer Direktinvestitionen in umweltschonende Technologien — gegebenenfalls mit staatlicher Unterstützung. Zudem weisen die Vorschläge der Rio-Konferenz über die Anrechenbarkeit von emissionsmindernden Investitionen außerhalb des Heimatlandes erste Wege. Nicht für angebracht halten wir, daß die Welthandelsorganisation Länder, die sich bei globalen Umweltgütern weigern, Schadstoffemissionen zu verringern, durch handelspolitische Maßnahmen zur Kooperation zwingt. Welche Schwierigkeiten sich darüber hinaus bei der technischen Ausgestaltung von Umweltsteuern ergeben, die an Schadstoffen als Bemessungsgrundlage ansetzen, zeigt sich bei der Diskussion um die Einführung einer CO_2-/Energiesteuer in Europa (Ziffern 322ff.).

413. Umweltabkommen und die internationale Handelsordnung haben sich bisher nebeneinander entwickelt. Im Zeitraum von 1933 bis 1990 sind insgesamt 127 multilaterale Umweltabkommen geschlossen worden, davon auch eine Reihe mit direkten handelspolitischen Implikationen, wie dem Importverbot bestimmter Pflanzen und Tiere oder Regeln für den Handel mit gefährlichen Stoffen. In Zukunft ist damit zu rechnen, daß Umweltabkommen eine größere Bedeutung bekommen. Um so mehr wird es darum gehen, stärker auf die Regelkonvergenz zwischen internationalen Umweltabkommen und internationaler Handelsordnung zu achten und eine Vermischung von Zielen und Instrumenten beider Regelwerke zu verhindern.

Für nicht erfolgversprechend halten wir, Umweltaspekte in Form einer Ausnahmeregelung vom institutionellen Arrangement der Welthandelsorganisation auszuklammern. Formal wäre dies möglich, wenn zwei Drittel der GATT-Mitglieder zustimmten. Zu befürchten ist, daß eine solche Ausnahmeregelung letztlich inhaltsleer bliebe und daß durch umweltpolitische Maßnahmen immer wieder Konflikte für die internationale Handelsordnung entstehen würden. Ein so wichtiger Ausnahmebereich könnte sich deshalb zu einem beträchtlichen Störfaktor der Welthandelsordnung entwickeln. In der Vergangenheit haben sich solche Sonderregelungen, wie die Ausnahmen für den Agrarsektor und für Präferenzsysteme zeigen, als Einfallstor für Diskriminierung und weitreichende Handelsverzerrungen sowie für eine dauerhafte Verletzung des Meistbegünstigungsgebots erwiesen. Überdies hat sich gezeigt, daß eine Befristung von Ausnahmen nicht durchgehalten wird. Da es sehr lange dauert, bis sich globale Umweltprobleme wieder entschärfen, sind befristete Maßnahmen ohnehin ungeeignet. Die Strategie muß vielmehr sein, in einer neuen Verhandlungsrunde die GATT-Regeln zu ändern und für die durch Umweltprobleme entstandenen Fragen ein neues Regelwerk zu entwickeln.

414. Aus diesen Überlegungen ergeben sich wichtige Aufgaben für die künftige Welthandelsorganisation. Sie kann eine bedeutende Rolle bei der Begrenzung und Vermeidung von Konflikten zwischen umweltpolitischen Belangen und der Offenheit des Welthandels übernehmen. Sie muß dazu fundamentale ordnungspolitische Grundsätze beachten.

Erstens sollte es das Ziel sein, den Spielregeln des Welthandels wie Nicht-Diskriminierung, Transparenz

und fortschreitender Abbau von staatlichen Interventionen in gleicher Weise in der internationalen Handelspolitik wie im Bereich der Umweltpolitik umfassend Geltung zu verschaffen. Dies kann um so eher gelingen, je mehr in der nationalen Umweltpolitik das Ordnungsrecht durch anreizfördernde preisliche Maßnahmen ersetzt und je mehr die jetzige Handelsordnung von Ausnahmen befreit wird. Dazu gehört auch, keine Ausnahme für Umweltfragen in den Rahmenregelungen der Welthandelsorganisation zu verankern. Statt dessen sollten Maßnahmen, die im Rahmen von internationalen Abkommen zum Schutz von Umweltgütern unbefristet ergriffen werden und daher den freien Handel dauerhaft einschränken, nur bei Konsens aller Mitglieder der Welthandelsorganisation vorgenommen werden.

Zweitens sollte es sich die Welthandelsorganisation zum Ziel setzen, grundsätzlich den Einsatz handelspolitischer Maßnahmen zur Erreichung umweltpolitischer Ziele zu minimieren und es einzelnen Staaten strikt verwehren, ihre umweltpolitischen Vorstellungen anderen Volkswirtschaften durch handelspolitische Maßnahmen aufzuzwingen. Bei nicht-kooperativem Verhalten einzelner Länder im Falle globaler Umweltgüter ist von handelspolitischen Sanktionen abzuraten. Eine Harmonisierung im Sinne des Bestimmmungslandprinzips sollte nicht verfolgt werden. Man sollte auf das Ursprungslandprinzip setzen. Insgesamt sollte die Linie verfolgt werden, Handelspolitik und Umweltpolitik klar zu trennen.

Drittens sollten die Regeln der Streitschlichtung auf umweltpolitische Konflikte ausgedehnt werden. Die Streitschlichtungsregeln des GATT sind bisher vor allem prozedural, aber nicht inhaltlich geprägt. Es müssen für grenzüberschreitende und globale Umweltgüter operationale Kriterien dafür entwickelt werden, ob und wie umweltwidrige Maßnahmen zurückgenommen und (analog Artikel XXVIII GATT) Geschädigte kompensiert werden können. Dazu könnten gegebenenfalls Erfahrungen aus dem Bereich des internationalen Rechts (Verschuldens- und Gefährdungshaftung bei Umweltunfällen mit grenzüberschreitenden Schadensrisiken) herangezogen werden. Den Prinzipien der Rücknahme von umweltschädigenden Maßnahmen und der Kompensation sollte eindeutig Vorrang vor der Vergeltungsmaßnahme eingeräumt werden.

FÜNFTES KAPITEL

Arbeitslosigkeit — Ursachen und Lösungsansätze

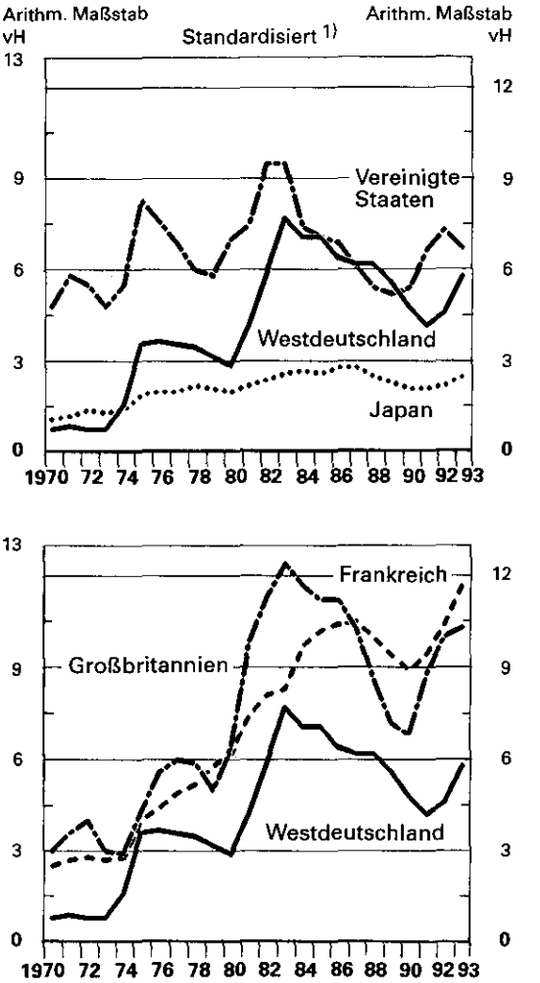
415. Seit vielen Jahren gehört die hohe und dauerhafte Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu den drängendsten wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Problemen. In Westdeutschland beläuft sich für das Jahr 1994 die Anzahl der registrierten Arbeitslosen auf über 2,5 Millionen, in Ostdeutschland auf mehr als 1,1 Millionen; dabei sind verdeckt Arbeitslose noch nicht berücksichtigt, also die Personen, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen wurden; deren Anzahl schätzen wir für 1994 auf etwa 1,8 Millionen. Auch andere Industrieländer sind mit hohen Arbeitslosenzahlen konfrontiert. Im Jahre 1993 waren in der Europäischen Union rund 18 Millionen Personen als arbeitslos registriert, in den OECD-Ländern waren es rund 32 Millionen. Die Folgen der Arbeitslosigkeit sind gravierend. Sie verursacht Belastungen für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen sowie Kosten in Form finanzieller Leistungen des Staates und des Verlustes an sonst möglichem Sozialprodukt.

416. Im Vergleich zu anderen hochentwickelten Volkswirtschaften, besonders den Vereinigten Staaten, lassen sich erhebliche Unterschiede bei der Arbeitsmarktentwicklung feststellen (Schaubild 37). Obwohl solche Gegenüberstellungen angesichts unterschiedlicher Regelungen auf den Arbeitsmärkten keine direkten wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen zulassen, machen sie doch auf zwei wichtige Entwicklungen aufmerksam. Zum einen überstieg die Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten in jedem Jahr, mit Ausnahme der Jahre 1987 bis 1989, die in Westdeutschland. Vom Niveau der Arbeitslosenquoten her betrachtet waren die Vereinigten Staaten in den letzten beiden Dekaden und auch in den neunziger Jahren also mit größeren Problemen konfrontiert als Westdeutschland. Zum anderen unterscheiden sich die ausgewiesenen Arbeitslosenquoten für beide Länder bezüglich ihrer längerfristigen Entwicklung. Im gesamten Betrachtungszeitraum der Jahre 1970 bis 1993 kehrt die Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten nach jeder Rezession wieder zu einem ungefähr gleichbleibenden Wert in der Größenordnung von 6 vH zurück. Anders ausgedrückt, die amerikanische Arbeitslosenquote weist weit weniger, wenn überhaupt, eine aufwärts gerichtete Tendenz auf, sie liegt im Jahre 1994 in etwa auf derselben Höhe wie anfangs der siebziger Jahre.

Für Westdeutschland hingegen zeigt sich ein völlig anderes Bild. Die westdeutsche Arbeitslosenquote ist zwischen 1970 und 1990 in zwei Schüben angestiegen, zuerst in den Jahren 1974 und 1975, sodann in den Jahren 1981 bis 1983. Die Zeitperioden in den Jahren 1976 bis 1980 und nach dem Jahre 1983 waren dann durch ein weitgehendes Beharrungsvermögen der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, das heißt die

Schaubild 37

ARBEITSLOSENQUOTEN IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN



1) Von der OECD aus nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen.

Quelle: OECD

SR 94 0624

Arbeitslosenquoten sanken nur allmählich, und vor allem, sie blieben über ihrem Ausgangswert vor dem Schub. Das legt die Vermutung nahe, daß die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland anderer Natur ist als die in den Vereinigten Staaten: Dort schwankte die Arbeitslosenquote in den letzten 20 Jahren um einen ziemlich gleichbleibenden Wert, in Westdeutschland wurde der Abbau einer durch angebotsseitige beziehungsweise nachfrageseitige Störungen hervorgeru-

fenen Arbeitslosigkeit offenbar durch eine tendenziell ansteigende, zur Verhärtung neigende Arbeitslosigkeit überlagert. Es hat sich eine von Zyklus zu Zyklus ansteigende Sockelarbeitslosigkeit herausgebildet. Ein solcher Anstieg zeigt sich im großen und ganzen auch für Frankreich und Großbritannien.

417. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind vielfältiger Art. Es gibt kein allgemein akzeptiertes, in sich geschlossenes Erklärungsmodell, innerhalb dessen alle Gründe für Arbeitslosigkeit untersucht und die Maßnahmen zu ihrer Beseitigung isoliert erörtert werden können. Unstrittig ist, daß die Entwicklung der Arbeitslosigkeit einerseits durch eine konjunkturelle Komponente bestimmt wird (Ziffern 418ff.), andererseits aber auch auf strukturellen Ursachen in Form von Funktionsstörungen des Arbeitsmarktes beruht (Ziffern 427ff.). Diesen Funktionsstörungen können mannigfaltige Fehlentwicklungen zugrunde liegen:

— Auffallend ist, daß trotz vorhandener freier Arbeitsplätze viele Arbeitsuchende keine Beschäftigung finden. Gründe dafür können darin zu sehen sein, daß Arbeitsuchende aufgrund der langen Dauer ihrer bisherigen Arbeitslosigkeit als schwer vermittelbar gelten. Es können aber auch berufliche, qualifikatorische und regionale Diskrepanzen zwischen den Profilen von Arbeitsuchenden und Arbeitsplatzangeboten bestehen.

— Funktionsstörungen auf dem Arbeitsmarkt können auch darin zum Ausdruck kommen, daß zu wenig neue Arbeitsplätze entstehen. Ursachen dafür können institutionelle Regelungen sein oder auch eine zu geringe Beschäftigungsdynamik bei den Unternehmen, besonders den kleinen und mittleren.

All diese möglichen Funktionsstörungen auf dem Arbeitsmarkt sind nicht unabhängig voneinander. Sie können durch überzogene Verteilungsansprüche begünstigt, in einigen Fällen sogar hervorgerufen sein. Dies betrifft nicht nur die Lohnhöhe, sondern auch die Lohnstrukturen als zentrale Koordinierungsgrößen auf dem Arbeitsmarkt. Sicher, nicht alle Funktionsstörungen können der Lohnentwicklung angelastet werden, dennoch lautet eine wichtige Frage, ob die Löhne in ihrer Höhe und Struktur beschäftigungskonform gesetzt sind, ob sie die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglichen.

I. Arbeitslosigkeit als Folge von Rezession und Wachstumsschwäche

Rezessionsbedingte Arbeitslosigkeit

418. Konjunkturelle Arbeitslosigkeit ist zunächst temporärer Natur und bildet sich bei einem nachhaltigen Konjunkturaufschwung zurück. Zur Abschätzung der Größenordnung einer konjunkturbedingten Arbeitslosigkeit bietet sich ein Vergleich mit einer spannungsfreien gesamtwirtschaftlichen Situation an, wie sie beispielsweise im Jahre 1989 in Westdeutschland bestand. Damals betrug die Arbeitslosenquote in Westdeutschland 7,6 vH, so daß sich für das Jahr 1994 bei einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 9 vH eine Anzahl von etwa 450 000 Arbeitslosen ergibt, die als konjunkturell bedingt zu bezeichnen wäre, also knapp ein Fünftel der Arbeitslosen des Jahres 1994. Dies ist jedoch eher die untere Grenze für den Anteil der rezessionsbedingten Arbeitslosigkeit, weil sich der Abbau der Arbeitslosigkeit im Konjunkturaufschwung nur allmählich vollzieht. Bezieht man das Jahr 1990 mit in die Betrachtung ein, so ergibt sich für die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit eine Zahl zwischen 500 000 und 600 000 Personen. Die Unterscheidung zwischen konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit ist nicht unproblematisch, da aus zunächst konjunkturbedingter Arbeitslosigkeit mit der Dauer Langzeitarbeitslosigkeit und damit strukturelle Arbeitslosigkeit werden kann.

Vor diesem Hintergrund sind die in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen nach konjunkturpolitischen Maßnahmen zur Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu sehen. Im Bereich der Finanzpolitik solle das im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vorgesehene Instrumentarium angewandt werden, im Bereich der Geldpolitik solle durch drastische Zinssenkungen die wirtschaftliche Aktivität stimuliert werden, und im Bereich der Lohnpolitik solle durch eine expansive Lohnpolitik eine Erhöhung der kaufkräftigen Nachfrage erzielt werden. Abgesehen davon, daß gegenüber einigen dieser Maßnahmen gravierende Einwendungen erhoben werden können, haben diese Überlegungen insoweit an Aktualität verloren, als im Zuge des erwarteten Konjunkturaufschwungs ein guter Teil der konjunkturellen Arbeitslosigkeit abgebaut werden dürfte. Gleichwohl gibt es immer noch Forderungen dieser Art.

419. Prinzipiell und in Grenzen kann ein Abbau der rezessionsbedingten Arbeitslosigkeit durch die Finanzpolitik unterstützt werden. Unstrittig ist, daß sich im Abschwung automatisch einstellende Mehrausgaben und Steuermindereinnahmen akzeptiert werden müssen, um eine prozyklische Politik zu verhindern. Umstritten ist dagegen, ob eine diskretionäre antizyklische Finanzpolitik geeignet ist, der Konjunkturbelebung zu dienen. Nach den Erfahrungen mit einer nachfrageorientierten Stabilisierungspolitik in den siebziger Jahren spricht vieles gegen eine Ausweitung der Staatsausgaben, weil die zeitlichen Verzögerungen bis zum Wirksamwerden beträchtlich und schwer vorhersehbar sind. Angemessen wären dann schon diskretionäre Maßnahmen auf der Einnahmenseite des Budgets, beispielsweise durch befristete Abschläge von der Lohn- und Einkommensteuer. Zu berücksichtigen ist aber, daß ein Teil der so geschaffenen Nachfrage ins Ausland abfließen kann. Doch wäre in der Rezession des Jahres 1993 der Spielraum für aktive expansive Maßnahmen des Staates wegen der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte sehr begrenzt gewesen. Es stand zu befürchten, daß expansive Wirkungen von vornherein durch Ausgabenzurückhaltung der privaten Haushalte und Unternehmen zunichte gemacht würden, wenn diese wegen der zunehmenden Staatsverschuldung von späteren Steuererhöhungen ausgegangen wären.

420. Die Wirksamkeit der Geldpolitik ist in einer Rezession ohnehin beschränkt; sie kann zwar flankie-

rend durch Zinssenkungen die monetären Voraussetzungen für einen Konjunkturaufschwung schaffen, diesen aber nicht herbeiführen. Abgesehen davon, daß die Geldpolitik dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet ist, muß sie beachten, daß eine forcierte Senkung der kurzfristigen Zinssätze und die damit einhergehende übermäßige Geldmengenexpansion Inflationserwartungen wecken kann, die daraufhin die für Investitionsentscheidungen wichtigen langfristigen Zinssätze ansteigen lassen.

421. Bedenklich, wenn nicht sogar abwegig, ist die Forderung, mit der Lohnpolitik eine Stärkung der Kaufkraft erreichen zu wollen. Der Sachverständigenrat hat sich mehrfach mit diesem Argument kritisch auseinandergesetzt (zuletzt JG 93 Ziffer 357). Im günstigsten Fall blieben die Realeinkommen der Arbeitnehmer insgesamt gleich, wahrscheinlicher ist aber angesichts des zunehmenden internationalen Wettbewerbs, daß eine solche expansive Lohnpolitik Arbeitsplätze kostet: Selbstverständlich ist unbestritten, daß Unternehmen ihre Produkte absetzen wollen, wozu eine kaufkräftige Nachfrage erforderlich ist. Rezessive Konjunkturentwicklungen sind durch eine gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche gekennzeichnet, und es ist in einer solchen Situation möglich, durch Anregung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beispielsweise im Rahmen einer aktiven Konjunkturpolitik unter bestimmten Voraussetzungen eine Konjunkturbelebung herbeizuführen. Aber Lohnerhöhungen sind kein geeignetes Mittel, um eine solche Konjunktursituation zu überwinden. Lohnanhebungen bewirken nur teilweise einen Nachfrageanstieg, und es steigen die Produktionskosten. Ein Teil der Einkommenszuwächse wird gespart oder zum Kauf importierter Güter verwendet, und es ist nicht sicher, aber auf jeden Fall mit zeitlichen Verzögerungen verbunden, daß dies auf Umwegen über gestiegene Investitionen oder Exporte letztlich doch noch im Inland nachfragewirksam wird. Dagegen trifft der Kostendruck die Unternehmen direkt und unmittelbar. Insoweit Überwälzungsspielräume vorhanden sind, sinken aufgrund des Preisauftriebs die Reallöhne wieder, und die Arbeitnehmer gewinnen nichts, wohingegen die Bezieher anderer Einkommen sogar reale Einbußen erleiden können. Das gleiche gilt, wenn sich die inländische Währung abwertet, weil sich dann das reale Austauschverhältnis in der Regel verschlechtert. Bestehen bei Unternehmen wegen eines verschärften internationalen Wettbewerbs keine Überwälzungsmöglichkeiten, dann kostet diese Strategie Arbeitsplätze, das heißt, es wird das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt war.

Neue Arbeitsplätze im Wachstumsprozeß

422. Selbst wenn im Konjunkturaufschwung die Beschäftigung steigt, so wird dies nicht ausreichen, Vollbeschäftigung auch nur annähernd zu verwirklichen. Neben einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, die es zu verringern gilt, muß auch für die absehbare Zukunft mit einem höheren Arbeitskräfteangebot gerechnet werden, beispielsweise auf Grund einer steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und als Folge von Zuwanderungen. Hinzu kommt, daß im Strukturwandel ständig Arbeitsplätze vernichtet werden. Wenn diese zukünftigen Entwicklungen im einzelnen auch schwer zu quantifizieren sind, so ist doch unstrittig, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht nur aus dem Blickwinkel der kurzfristigen, konjunkturellen Betrachtung, sondern vor allem auch in mittelfristiger Sichtweise eine der größten Herausforderungen darstellt. Dies gilt gleichermaßen für Westdeutschland und Ostdeutschland, wobei die jungen Bundesländer mit noch tiefgreifenderen Problemen der Umstrukturierung konfrontiert sind.

423. Die in der Öffentlichkeit mitunter vorgetragene Skepsis gegenüber dem Wirtschaftswachstum als Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen hat mehrere Ursachen. Vor allem wird angesichts des Produktivitätsfortschritts bezweifelt, daß durch Wachstum überhaupt zusätzliche Arbeitsplätze in ausreichendem Umfang geschaffen werden können. Zudem wird befürchtet, daß ein höheres Wirtschaftswachstum mit einer zunehmenden und untragbaren Umweltbelastung einhergeht.

Richtig ist, daß im Zuge des Wachstumsprozesses das Produktionsergebnis je geleistete Arbeitsstunde — die Arbeitsproduktivität — steigt. Daraus unmittelbar auf Beschäftigungsverluste schließen zu wollen, verkennt die ökonomischen Zusammenhänge und widerspricht der Erfahrung. Der Produktivitätsfortschritt ist nicht etwas Gefährliches, sondern der Ertrag der Anstrengungen aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten und stellt die Voraussetzung für entsprechende Einkommenszuwächse dar (JG 82 Ziffer 211). Man darf nicht von einer gegebenen Produktion, sondern muß von einer steigenden Produktion ausgehen. Mit der Mehrproduktion gibt es auch eine Mehrnachfrage nach Arbeitskräften; daß gleichzeitig auch Arbeit eingespart wird, weil das einzelne Unternehmen bestrebt sein muß, den Produktionsablauf möglichst effizient zu gestalten, ist richtig, aber dies mindert den positiven Beschäftigungseffekt allenfalls, hebt ihn jedoch nicht auf, der Saldo ist positiv.

Indem der Produktivitätsfortschritt das Wachstum stimuliert, kann er zusätzliche Beschäftigung schaffen. Freilich, das Wirtschaftswachstum muß eine bestimmte Schwelle übersteigen, um zusätzliche Beschäftigung entstehen zu lassen. Insoweit ist die Sorge berechtigt, daß ein im Vergleich zum Produktivitätsfortschritt zu geringes Wachstum die Anzahl der Arbeitsplätze in gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise verringert. Empirische Studien zeigen, daß diese Beschäftigungsschwelle in den letzten Jahren zurückgegangen ist und derzeit gesamtwirtschaftlich betrachtet in einer Größenordnung unter 1 vH liegen dürfte. Es bedarf also deutlich höherer Wachstumsraten, um beachtliche Beschäftigungsgewinne zu erzielen. Das Wachstum ist in den achtziger Jahren beschäftigungsintensiver geworden; in Zukunft wird es darauf ankommen, durch geeignete Maßnahmen die Beschäftigungsintensität weiter zu erhöhen.

Der verständlichen Sorge, daß ein höheres Wirtschaftswachstum zu größeren Umweltbelastungen führe, ist entgegenzuhalten, daß Wirtschaftswachstum auch höhere Investitionen in den Umweltschutz ermöglicht, sofern die Bereitschaft besteht, einen Teil

des Sozialproduktzuwachses nicht anderweitig zu verteilen, sondern eben diesem Zweck zu widmen. Es ist auch zu bedenken, daß ein nicht unerheblicher Teil der Arbeitsplätze in Deutschland der Produktion von Gütern und Dienstleistungen dem Bereich des Umweltschutzes zuzurechnen sind; eine international wettbewerbsfähige Umwelttechnologie sichert und schafft Arbeitsplätze.

Voraussetzungen für ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum und damit für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sind Sachinvestitionen, Humankapitalbildung und Innovationen. Diese Wachstumskräfte sind nicht unabhängig voneinander, sie zu stärken und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen, ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsentwicklung

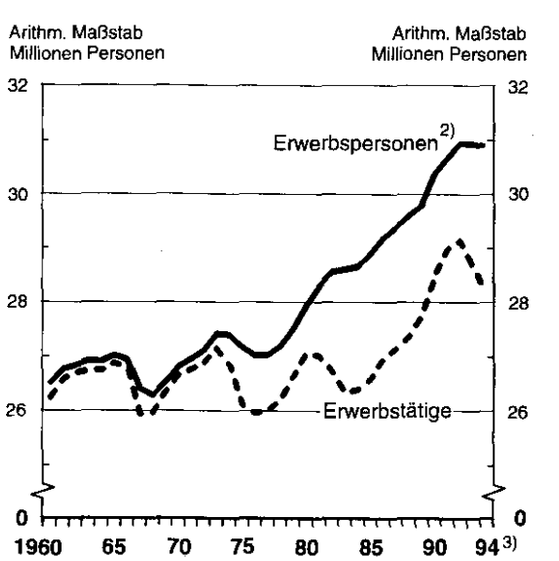
424. Als Erklärung für die in den achtziger Jahren auf hohem Niveau verharrende Arbeitslosigkeit in Westdeutschland wird mitunter die Zunahme des Arbeitskräfteangebots genannt, die höher als der Beschäftigungsanstieg ausgefallen sei, so daß eine bevölkerungsbedingte Arbeitslosigkeit vorläge.

Die empirische Basis, auf der das Argument beruht, verdeutlicht Schaubild 38. Das Arbeitskräfteangebot wird durch die Anzahl der Erwerbspersonen gemessen. Dies ist nicht unproblematisch, weil darin nur die bei den Arbeitsämtern registrierten Erwerbslosen erfaßt werden. Die Anzahl der Erwerbspersonen ist im Zeitraum von 1980 bis 1992 um 3 Millionen gestiegen.

Schaubild 38

ERWERBSPERSONEN UND ERWERBSTÄTIGE[1)]

Früheres Bundesgebiet



1) Inländerkonzept.– 2) Erwerbstätige und registrierte Arbeitslose (Quelle: BA).– 3) Eigene Schätzung.

SR 94 0628

Gleichzeitig ist auch eine erhebliche Zunahme der Anzahl der Erwerbstätigen zu verzeichnen, die sich in diesem Zeitraum auf immerhin 2,1 Millionen Personen belief. Diese beachtliche Schaffung von Arbeitsplätzen blieb indessen unterhalb der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots.

425. Die Zunahme des Arbeitskräfteangebots ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Als demographische Komponente kann dabei die gestiegene Einwohnerzahl in Westdeutschland bezeichnet werden. Trotz gesunkener Geburtenziffern hat sich die Wohnbevölkerung im Zeitraum 1980 bis 1992 auf Grund von Netto-Einwanderungen um 3,3 Millionen Personen erhöht. Ein weiterer Bestimmungsgrund ist die Veränderung des Erwerbsverhaltens, wie sie in der Zunahme der Erwerbsquote zum Ausdruck kommt. Bevölkerungsbedingt ist dabei das Eintreten der geburtenstarken Jahrgänge in den Arbeitsmarkt, wodurch sich die Altersstruktur der Erwerbspersonen verändert. Hinzu kommt aber auch die gestiegene Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen: Sie erhöhte sich von 46,1 vH im Jahre 1980 auf 55,4 vH im Jahre 1992.

426. Das gestiegene Arbeitskräfteangebot in den achtziger Jahren hat den Arbeitsmarkt zweifellos belastet. Die für die Wirtschaftspolitik entscheidende Frage lautet freilich, warum für das erhöhte Arbeitskräfteangebot in den achtziger Jahren nicht ausreichend Arbeitsplätze geschaffen wurden. Hat sich das für die Unternehmen nicht gerechnet, mangelte es an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage oder gab es strukturelle Diskrepanzen zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage? In diesen Bereichen sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu suchen. Es ist für die Wirtschaftspolitik müßig, Überlegungen darüber anzustellen, wie hoch die Arbeitslosigkeit heute wäre, wenn sich das Arbeitskräfteangebot auf dem Niveau des Jahres 1980 befände, denn diese Entwicklung rückgängig zu machen, stellt keine ernstzunehmende Option dar. Noch einmal: Auf funktionstüchtigen Arbeitsmärkten sollte ein steigendes Arbeitskräfteangebot kein unlösbares Problem darstellen. Tatsächlich sind hohe Zuwanderungen — Gastarbeiter in früheren Jahren, Übersiedler in der jüngsten Vergangenheit — vom Arbeitsmarkt relativ schnell absorbiert worden.

II. Funktionsstörungen auf Arbeitsmärkten

Verfestigung trotz hoher Beweglichkeit

427. Ein Spezifikum der strukturellen Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist ihr Beharrungsvermögen. In der Tat könnten die in den achtziger Jahren lange Zeit nahezu konstanten Arbeitslosenquoten den Eindruck eines erstarrten, statischen Arbeitsmarktes erwecken. Indessen ist diese Vorstellung trotz einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit nicht zutreffend. Wie bei der Diagnose der Arbeitsmarktentwicklung dargestellt, übertreffen die kumulierten Zugänge in die Arbeits-

losigkeit beziehungsweise die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit den Bestand an Arbeitslosen beträchtlich (Ziffer 117). Eine Kennziffer, welche diesen Sachverhalt empirisch verdeutlicht, ist das arithmetische Mittel der über ein Jahr kumulierten Zugänge und Abgänge in Relation zum Jahresdurchschnittsbestand an Arbeitslosen (Fluktuationsquotient). Dieser Quotient belief sich im Jahre 1994 schätzungsweise in Westdeutschland auf 1,8 und in Ostdeutschland auf 1,4. Dabei ist zu beachten, daß nicht alle betroffenen Personen einer Fluktuation in die Arbeitslosigkeit beziehungsweise aus ihr heraus unterliegen. Zu berücksichtigen sind die Langzeitarbeitslosen, also die Personen, die über ein Jahr arbeitslos sind. Deren Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im Jahre 1994 in Westdeutschland etwa 30 vH und in Ostdeutschland 32 vH.

Im Jahre 1988 lag der Fluktuationsquotient in Westdeutschland zwar leicht über dem Durchschnitt in der Europäischen Union, jedoch wesentlich unter den Werten für die skandinavischen Länder und vor allem für die Vereinigten Staaten. In den Vereinigten Staaten war dieser Quotient noch im Jahre 1988 etwa siebenmal so hoch wie in Westdeutschland. Häufig wird die Vermutung geäußert, daß diese hohe Dynamik für die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosenquoten in beiden Ländern verantwortlich ist. Denn bei großer Fluktuation in die Arbeitslosigkeit und aus ihr heraus bestehen für die arbeitslos gewordenen Personen größere Chancen, wieder einen Arbeitsplatz zu erhalten. Langzeitarbeitslosigkeit dürfte dann in geringerem Umfang zu befürchten sein. In der Tat ist Langzeitarbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten weit weniger ausgeprägt, der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen betrug im Jahre 1983 wie auch im Jahre 1992 nur rund ein Drittel des betreffenden Wertes für Westdeutschland.

Bei einem Vergleich der Fluktuationsquotienten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist neben den Unterschieden in den institutionellen Regelungen auch die unterschiedliche Art der Anpassung des Arbeitsvolumens an eine veränderte Arbeitskräftenachfrage zu beachten. Wie empirische Studien zur Nachfrage nach Arbeitskräften in Westdeutschland und den Vereinigten Staaten zeigen, vollzieht sich die Anpassung in den Vereinigten Staaten vor allem über Einstellungen und Entlassungen, viel weniger über Überstunden und Kurzarbeit, wie in Westdeutschland. Insgesamt gesehen sind die Anpassungsgeschwindigkeiten des Arbeitsvolumens in beiden Ländern so unterschiedlich nicht, aber die Verfahren der Anpassung differieren. Diese Beobachtung trägt zur Erklärung bei, warum ein Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten schneller zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führt: Dort werden wieder Arbeitskräfte eingestellt, während in Deutschland erst einmal die reguläre Arbeitszeit normalisiert, das heißt Kurzarbeit wieder in Vollzeitarbeit umgewandelt wird.

Beide Methoden der Anpassung besitzen Vor- und Nachteile. Die Vorteile von Variationen der Arbeitszeit mittels Kurzarbeit oder neuerdings auch mit Hilfe einer temporären Arbeitszeitverkürzung — wie etwa im Tarifvertrag für die Volkswagen AG vereinbart (Tabelle 22, Seiten 107f.) — liegen darin, daß im Unternehmen Arbeitskräfte verbleiben, in deren Ausbildung investiert wurde und die sonst vielleicht abwandern würden, und daß die Beschäftigten ihre Arbeitsplätze behalten. Der Nachteil aus dem Blickwinkel der bereits Arbeitslosen mag darin zu sehen sein, daß für sie mit dieser Anpassungsstrategie die Chance verringert wird, in einem Konjunkturaufschwung einen Arbeitsplatz zu erhalten, das heißt die Arbeitsplatzbesitzer sichern sich die Arbeitsplätze, und die Arbeitslosen bleiben Außenseiter.

428. Für Entstehung und Dauerhaftigkeit der Langzeitarbeitslosigkeit spielen zwei Faktoren eine wichtige Rolle, nämlich die Konzentration von nachteiligen Merkmalen bei den betroffenen Personen und die Tendenz zur Selbstverstärkung durch Dequalifikation und Entmutigung. Zu diesen für das Überwechseln in ein Beschäftigungsverhältnis hinderlichen Eigenschaften gehören eine fehlende Schulbildung und/oder Berufsausbildung, eine geringe Berufserfahrung und gesundheitliche Einschränkungen. Diese Merkmale sind bei Langzeitarbeitslosen überrepräsentiert (Tabelle 48). Frauen sowie Arbeitnehmer in höheren Altersgruppen sind unter den Langzeitarbeitslosen ebenfalls überproportional vertreten. Trotzdem ging ein hoher Prozentsatz dieser Personen vor ihrer Arbeitslosigkeit einer Beschäftigung nach und — wie die Abgangsdaten zeigen —, es ist nicht von vornherein aussichtslos, daß auch diese Arbeitslosen wieder einen Arbeitsplatz erhalten.

429. Weiterhin läßt sich aber zeigen, daß die Entwicklung von Langzeitarbeitslosigkeit ein sich selbst verstärkender Prozeß sein kann. Unternehmen müssen bei der Suche nach Arbeitskräften die häufig unbekannte Produktivität der Bewerber mit möglichst geringem Aufwand evaluieren. In vielen Fällen sind Zeugnisse nicht hinreichend aussagefähig, so daß andere, leicht feststellbare Auswahlkriterien zu Rate gezogen werden (müssen), wie beispielsweise eine bisherige Arbeitslosigkeit. Je ausgeprägter solche Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit sind, um so wahrscheinlicher wird es, daß der Bewerber einen Teil seiner Kenntnisse und Fähigkeiten eingebüßt und den Kontakt zur Arbeitswelt verloren hat. Unabhängig davon, ob diese Einschätzung im Einzelfall gerechtfertigt ist, es werden bei gleicher formaler Qualifikation beschäftigte oder kurzfristig arbeitslose Bewerber einem Langzeitarbeitslosen vorgezogen. Diese Zurückhaltung der Unternehmen gegenüber der Einstellung von Langzeitarbeitslosen mag durch allgemeine und spezielle Kündigungsvorschriften verstärkt werden. Zudem sinken die Chancen auf ein Beschäftigungsverhältnis durch Entmutigungseffekte auf Seiten der Langzeitarbeitslosen, die vielfach in ihren Suchanstrengungen mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit nachlassen, weil sie ihre geringeren Einstellungschancen kennen. Selbst wenn also alle Arbeitslosen die gleiche Qualifikation aufwiesen, in einer Zeitperiode jedoch nur ein Teil der Arbeitslosen einen Arbeitsplatz erhält, entwickelt sich Langzeitarbeitslosigkeit, die verstärkt wird, wenn jetzt noch die nachteiligen Strukturmerkmale ungleich verteilt sind.

Tabelle 48

Abgänge aus registrierter Arbeitslosigkeit in Arbeit sowie Bestand an Langzeitarbeitslosen

Früheres Bundesgebiet

Merkmal	1986		1990		1991		1992		1993	
	Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Arbeit	Bestand an Langzeitarbeitslosen	Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Arbeit	Bestand an Langzeitarbeitslosen	Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Arbeit	Bestand an Langzeitarbeitslosen	Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Arbeit	Bestand an Langzeitarbeitslosen	Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Arbeit	Bestand an Langzeitarbeitslosen
	Mai/Juni[1])	Ende Sep.	Mai/Juni[1])	Ende Sep.	Mai/Juni[1])	Ende Sep.	Juni[1])	Ende Sep.	Juni[1])	Ende Sep.
	Personen									
Insgesamt	68 266	654 006	49 405	513 405	49 165	454 894	72 980	474 315	108 071	593 945
	Struktur der Abgänge/des Bestandes (Anteile in vH)									
Aufnahme von Arbeit	*100,0*	*X*	*100,0*	*X*	*100,0*	*X*	*100,0*	*X*	*100,0*	*X*
Vermittlungen der BA	*45,0*	*X*	*47,9*	*X*	*48,0*	*X*	*44,4*	*X*	*37,5*	*X*
Arbeit selbst gesucht	*55,0*	*X*	*52,1*	*X*	*52,0*	*X*	*55,6*	*X*	*62,5*	*X*
Übernahme in AB-Maßnahmen	*5,1*	*X*	*3,8*	*X*	*4,9*	*X*	*3,8*	*X*	*1,5*	*X*
Ausbildung										
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	*37,8*	*56,7*	*35,3*	*53,2*	*35,3*	*53,1*	*40,6*	*52,7*	*38,3*	*51,8*
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	*62,2*	*43,3*	*64,7*	*46,8*	*64,7*	*46,9*	*59,4*	*47,3*	*61,7*	*48,2*
— Betriebliche Ausbildung	*54,6*	*34,9*	*52,4*	*37,4*	*51,3*	*37,4*	*48,8*	*38,1*	*51,3*	*38,8*
— Berufsfach-/Fachschule	*4,2*	*3,7*	*6,4*	*3,9*	*6,4*	*3,9*	*5,0*	*3,6*	*5,2*	*4,0*
— Fachhochschule	*1,3*	*1,3*	*2,0*	*1,5*	*2,3*	*1,5*	*1,8*	*1,5*	*1,7*	*1,6*
— Universität/Hochschule	*2,2*	*3,3*	*4,0*	*3,9*	*4,7*	*4,0*	*3,8*	*3,8*	*3,6*	*3,8*
Alter										
unter 20	*7,8*	*1,8*	*4,9*	*0,3*	*3,7*	*0,2*	*4,7*	*0,3*	*4,5*	*0,4*
20 bis 24	*29,1*	*8,1*	*22,3*	*2,9*	*20,6*	*2,2*	*21,3*	*2,5*	*22,0*	*3,1*
25 bis 34	*28,8*	*23,8*	*36,2*	*16,5*	*37,5*	*14,0*	*36,5*	*14,4*	*37,8*	*16,6*
35 bis 44	*17,8*	*19,1*	*19,8*	*16,8*	*20,9*	*16,0*	*20,7*	*16,1*	*21,0*	*18,1*
45 bis 54	*13,8*	*25,8*	*13,6*	*28,1*	*13,7*	*27,4*	*13,0*	*25,8*	*11,4*	*24,9*
55 und älter	*2,7*	*21,4*	*3,2*	*35,4*	*3,6*	*40,1*	*3,7*	*40,9*	*3,3*	*36,9*
Gesundheitliche Einschränkungen	*9,0*	*28,8*	*11,3*	*38,5*	*13,2*	*42,7*	*14,0*	*43,1*	*12,0*	*40,4*
— Schwerbehinderte und ihnen Gleichgestellte	*0,5*	*11,9*	*0,6*	*11,7*	*0,5*	*12,5*	*0,5*	*12,2*	*0,5*	*10,9*

[1]) Ergebnisse der Erhebung über Bewegungsvorgänge bei Arbeitslosen: 1992 und 1993 Berichtsmonat Juni; frühere Jahre jeweils Ende Mai/Anfang Juni.

Quelle: BA

Abstimmungsprobleme zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage

430. Das Zusammenspiel von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage auf dem Arbeitsmarkt verläuft nicht reibungslos. Arbeitsplätze erfordern oft andere Berufe und Qualifikationen, als sie die Bewerber aufweisen. Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen, sind mitunter woanders angesiedelt als geeignete Bewerber. Möglicherweise trifft auch beides zu. Diese Diskrepanzen in den Profilen von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage werden als Mismatch bezeichnet. Natürlich wäre dies bei hoher beruflicher, qualifikatorischer und regionaler Mobilität weit weniger ein Problem. Daraus folgt, daß solche Strukturdiskrepanzen und Mobilitätsdefizite zusammenhängende Aspekte darstellen.

Mobilitätsdefizite können verschiedene Ursachen haben. Sie umfassen einen angespannten Wohnungsmarkt, hohe Grundstückspreise, institutionelle Hemmnisse beispielsweise in Form eines regional differenzierten Schulsystems, soziale Bindungen, die unzulängliche Bereitschaft und Fähigkeit, neue Qualifikationen zu erwerben, und eine mangelnde Bereitschaft, notfalls Lohneinbußen hinzunehmen.

Bei einem Mismatch auf dem Arbeitsmarkt muß danach unterschieden werden,

— ob und inwieweit die Profile des gesamten Arbeitskräfteangebots und der gesamten Arbeitskräftenachfrage in einer Volkswirtschaft übereinstimmen,

— ob und inwieweit die Charakteristika der Arbeitslosen mit den Anforderungen der zu besetzenden Arbeitsplätze in Einklang stehen.

431. Zur Beantwortung der Frage, inwieweit allgemein Ungleichgewichte bei Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage durch Beschäftigungsmobilität beseitigt wurden, kann die Variabilität von Beschäftigungsänderungen im Zuge eines wirtschaftlichen Strukturwandels Hinweise geben. Auf den Strukturwandel selbst wird später eingegangen. Je höher diese Variabilität ausfällt, um so größer sind die Anforderungen an die regionale und qualifikatorische Mobilität und um so wahrscheinlicher sind auch gestiegene Matching-Probleme. Als Beispiel können sektorale Beschäftigungsänderungen herangezogen werden. Je ausgeprägter sie sind, um so mehr hat sich in den einzelnen Wirtschaftszweigen die Beschäftigungsentwicklung unterschieden, was auf einen beschleunigten sektoralen Strukturwandel schließen ließe. Wie empirische Studien zeigen, wird das Ausmaß von sektoralen Beschäftigungsschwankungen zwar von konjunkturellen Bewegungen beeinflußt, ist aber im Laufe der achtziger Jahre nicht wesentlich intensiver geworden. Zusammengenommen ist nicht davon auszugehen, daß ein beschleunigter Strukturwandel die Mismatch-Probleme hervorgerufen hätte. Seit jeher ist die deutsche Volkswirtschaft durch einen Strukturwandel gekennzeichnet, daran hat sich nichts geändert. Ob die Geschwindigkeit des Strukturwandels angemessen war, ist freilich eine andere Frage.

432. Die Frage nach Strukturdiskrepanzen bei Arbeitslosen und offenen Stellen ist schwieriger zu beurteilen. Besonders bei der Qualität der Daten für die offenen Stellen wiegt der Nachteil schwer, daß nur ein Teil der tatsächlich freien Arbeitsplätze den Arbeitsämtern gemeldet wird. Der Einschaltungsgrad der Arbeitsämter insgesamt liegt in der Regel unter 50 vH und ist starken, zum Teil konjunkturbedingten Schwankungen unterworfen. Nach den Erfahrungen der Bundesanstalt für Arbeit liegt der Einschaltungsgrad bei sofort zu besetzenden offenen Stellen („Vakanzen") höher als bei solchen, für die erst später ein Arbeitnehmer gesucht wird.

Um trotzdem wenigstens ungefähre Anhaltspunkte über einen möglichen Mismatch und dessen zeitliche Veränderung zu erhalten, zeigt Tabelle 49 Indikatoren für regionale Strukturdiskrepanzen. Der Indikator I weist Diskrepanzen der regionalen Anteile von Arbeitslosen und von offenen Stellen aus, während Indikator II die regionalen Niveaus von Arbeitslosen und offenen Stellen miteinander vergleicht. Indikator II stellt dabei streng auf die regionale Gleichverteilung von Arbeitslosen und offenen Stellen ab. Wenn dieser Indikator den Wert Null annimmt, das heißt, wenn in jeder Region eine gleich hohe Anzahl von Arbeitslosen und offenen Stellen vorhanden ist, dann liegt kein regionaler Mismatch vor, weil prinzipiell jede offene Stelle mit einem Arbeitslosen besetzt werden könnte, es sei denn, es gibt andere Abstimmungsprobleme, wie beispielsweise bei den qualifikatorischen Profilen von Arbeitslosen und offenen Stellen. Indikator I hingegen würde selbst bei einer gleich hohen Anzahl von Arbeitslosen und offenen Stellen in einer Region nicht den Wert Null annehmen, es sei denn, die Anteile der Anzahl von Arbeitslosen in einer Region an der Gesamtzahl aller Arbeitslosen entspräche genau dem Anteil der offenen Stellen in einer Region an der Gesamtzahl aller offenen Stellen.

Wie nicht anders zu erwarten, stieg das Niveau der regionalen Abstimmungsprobleme mit der beträchtlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit zwischen 1976 und 1993 stark an. Hingegen ist bei den in Anteilswerten berechneten Mismatch-Indikatoren keine klare Entwicklung festzustellen: Vergleicht man die beiden Rezessionsjahre 1982 und 1993 mit allerdings stark unterschiedlichen Auslastungsgraden des Produktionspotentials in Höhe von 92,8 vH beziehungsweise 95,2 vH, dann hat sich der regionale Mismatch nur unwesentlich geändert. Hingegen läßt der Vergleich der Jahre 1976 und 1989 mit Auslastungsgraden von jeweils rund 96 vH die Vermutung erheblich gestiegener regionaler Abstimmungsprobleme aufkommen. Weiterführende Berechnungen ergeben ein ähnliches Zeitprofil bei einem beruflichen Mismatch, wobei zu berücksichtigen ist, daß selbst eine Übereinstimmung der Profile bei den Berufen nicht unbedingt einen qualifikationsbedingten Mismatch ausschließen würde, weil es nur eine teilweise Übereinstimmung zwischen Beruf und Qualifikation gibt.

Tabelle 49

Mismatch — Indikatoren in regionaler Sicht

Früheres Bundesgebiet

	1976	1982	1989	1993
Indikator I (Relation)[1]	0,36	0,46	0,53	0,45
Indikator II (Tausend)[2]	825	1 728	1 787	2 027
Nachrichtlich:				
— Arbeitslose (Tausend)	1 060	1 833	2 038	2 270
— offene Stellen (Tausend) ..	235	105	251	243

[1] Summe der absoluten Beträge für die 142 Arbeitsamtsbezirke: Anzahl der Arbeitslosen in einem Arbeitsamtsbezirk in Relation zur Summe der Arbeitslosen in allen Arbeitsamtsbezirken abzüglich Anzahl der offenen Stellen in einem Arbeitsamtsbezirk in Relation zur Summe der offenen Stellen in allen Arbeitsamtsbezirken.

[2] Summe der absoluten Beträge für die 142 Arbeitsamtsbezirke: Anzahl der Arbeitslosen abzüglich der offenen Stellen in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken.

Quelle für Grundzahlen: BA

Wie immer die Entwicklung eines Mismatch eingeschätzt werden mag, unstrittig ist, daß auf dem deutschen Arbeitsmarkt erhebliche Abstimmungsprobleme bestehen. Eine mangelhafte Abstimmung stellt ein wichtiges Problem dar, aber keines, welches spezifisch für bestimmte Jahre ist und die zunehmende Dauerhaftigkeit der Arbeitslosigkeit maßgeblich verursacht hat.

433. Die Beantwortung der Frage, welcher Anteil der bestehenden Arbeitslosigkeit auf einen Mismatch gleich welcher Art zurückzuführen ist, fällt nicht leicht. Es ist nicht damit getan, die Anzahl der offenen Stellen für eine konjunkturell günstige Situation zu prognostizieren und die Anzahl der Arbeitslosen, die hypothetisch auf diese unbesetzten Arbeitsplätze vermittelt werden könnten, sodann als mismatchbedingte Arbeitslose zu interpretieren. Eine solche Vorgehensweise würde voraussetzen, daß es keine friktionelle Arbeitslosigkeit gäbe und die Strukturanteile von Arbeitslosen und offenen Stellen im Konjunkturaufschwung unverändert blieben. Dies widerspricht der Erfahrung. Dennoch läßt sich folgende Überschlagsrechnung durchführen: Geht man von einer besonders günstigen Konjunktursituation wie im Jahre 1991 aus, dann standen in Westdeutschland den 1,7 Millionen registrierten Arbeitslosen rund 330 000 registrierte offene Stellen gegenüber. Bei einem angenommenen durchschnittlichen Einschaltungsgrad der Arbeitsämter wie im Jahre 1991 in Höhe von einem Drittel ergeben sich dann 1 Million zu besetzende Arbeitsplätze bei gleichzeitiger, noch

höherer Arbeitslosigkeit. Jedoch beläuft sich die Mismatch-Arbeitslosigkeit nicht auf 1 Million Personen. Nur ein Teil der offenen Stellen sind Vakanzen, das heißt sofort zu besetzen. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belief sich dieser Anteil im 4. Quartal 1991 auf 71 vH. Dies ergibt 710 000 Vakanzen. Abzurechnen ist ferner eine „friktionelle" Arbeitslosigkeit. Sie beruht darauf, daß auch bei günstiger Arbeitsmarktlage für die Such- und Entscheidungsprozesse von Arbeitnehmern und Unternehmen regelmäßig ein unabdingbarer Zeitaufwand besteht. Als ungefähren Anhaltspunkt könnte man eine Arbeitslosenquote in einer Situation mit der höchsten Überschußnachfrage wählen, also beispielsweise 0,7 vH, wie sie 1970 bei 800 000 registrierten offenen Stellen zu verzeichnen war. Dies ergibt dann unter den gegebenen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt für das Jahr 1991 etwa 200 000 Arbeitslose, so daß nach Abbau der konjunkturellen Arbeitslosigkeit eine Mismatch-Arbeitslosigkeit in Höhe von grob gerechnet 500 000 Personen vorhanden sein wird. Nochmals sei betont, daß dies lediglich eine ungefähre Orientierungsgröße für die Anzahl von Arbeitslosen darstellt, die auf Grund eines Mismatch durch eine nachhaltige konjunkturelle Belebung allein nicht vermindert werden kann. Mit anderen Worten: Die Mismatch-Arbeitslosigkeit dürfte sich in Westdeutschland derzeit in der Größenordnung von etwa einem Fünftel aller Arbeitslosen bewegen. Das ist eine beachtliche Anzahl.

434. Matching-Probleme und Mobilitätsdefizite stellen miteinander verbundene Aspekte dar. Informationen über Einstellungshindernisse aus der Sicht der Betriebe liefert eine Befragung im Rahmen des IAB-Betriebspanels aus dem Jahre 1993. Qualifikationsdefizite, mangelnde persönliche Eignung und zu hohe Einkommensvorstellungen wurden als häufigste Gründe für die Ablehnung von Bewerbern genannt. Dabei streuten die einzelnen Gründe sehr stark je nach Qualifikation der Bewerber. Bei Arbeitern beklagten zwei Drittel der Betriebe eine mangelnde persönliche Eignung der Bewerber und die Hälfte zu hohe Einkommensvorstellungen. Bei Facharbeitern hingegen gaben knapp die Hälfte der Betriebe mangelnde Kenntnisse und je ein Drittel „keine geeignete Berufsausbildung" beziehungsweise „zu geringe Berufserfahrung" als Ablehnungsgrund an, erst danach waren für den Betrieb die Einkommenswünsche unangemessen (Mehrfachnennungen von Gründen waren möglich). Andere empirische Studien zeigen eine gesunkene berufliche und regionale Mobilität, gemessen an Berufswechseln und Wohnortveränderungen aus beruflichen Gründen. Das Problem einer regionalen und beruflichen Mobilität ist nicht neu. Schon in einer Befragung im Jahre 1979 bekundeten rund 63 vH aller Arbeitnehmer, niemals einen Berufswechsel vorgenommen zu haben. Dieser Prozentsatz belief sich in den Jahren 1985/86 auf 73 vH. Etwa 10 vH der Befragten gaben im Jahre 1985 an, in den letzten 15 Jahren aus beruflichen Gründen ihren Wohnort gewechselt zu haben, wobei jedoch Arbeitslose durchgängig eine höhere regionale Mobilität aufwiesen, bei arbeitslosen Hilfsarbeitern und angelernten Arbeitern war sie sogar fast dreimal so hoch wie bei Erwerbstätigen.

Arbeitsplatzdynamik im Strukturwandel

435. Im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß fallen regelmäßig Arbeitsplätze weg, und es entstehen neue. Es kann daher nicht einfach darum gehen, bestehende Arbeitsplätze erhalten zu wollen. Dies ist zwar wichtig, aber eine Beschäftigungssicherung hat zur Voraussetzung, daß die jeweiligen Arbeitsplätze rentabel sind. Ob sie das sind, entscheidet sich für einen großen Teil der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb. Unrentable Arbeitsplätze verschwinden im Zuge des Strukturwandels und werden, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind, durch neue Arbeitsplätze ersetzt, mal im gleichen Unternehmen, mal in anderen, darunter auch in neugegründeten; mal sind es die großen Unternehmen, die Beschäftigungsgewinne hervorbringen, mal die kleinen und mittleren.

436. Um sich ein Bild darüber zu machen, wie die Entstehung und Vernichtung von Arbeitsplätzen verläuft, muß eine Meßgröße gewählt werden, die den „Umschlagsprozeß" von Arbeitsplätzen erfaßt (Tabelle 50). Dieser läßt sich in verschiedene Komponenten zerlegen, wobei die Zahlen in Klammern die genannte Entwicklung als Prozentsatz aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Westdeutschland im jährlichen Durchschnitt des Zeitraums 1981 bis 1990 wiedergeben:

— Die Gründungsrate gibt an, um wieviel Prozent die Beschäftigung aufgrund von neuerrichteten Betrieben steigt (2,3 vH),

— die Expansionsrate zeigt den entsprechenden Beschäftigungsgewinn in bestehenden Betrieben an (6,1 vH),

— die Schließungsrate mißt die prozentualen Beschäftigungsverluste aufgrund von Betriebsschließungen (1,9 vH), und

— die Schrumpfungsrate spiegelt diese Abnahme von Beschäftigungsverhältnissen in bestehenden Betrieben wider (5,9 vH).

Insgesamt gesehen ergaben sich in dem betrachteten Zeitraum mithin Brutto-Beschäftigungsgewinne von 8,4 vH beziehungsweise Brutto-Beschäftigungsverluste von 7,8 vH, das heißt, pro Jahr erzielte Westdeutschland einen Netto-Beschäftigungsgewinn in Höhe von 0,6 vH. Anders ausgedrückt: Die Umschlagsrate für Beschäftigungsverhältnisse (Turnover), berechnet als die Hälfte der Summe beider Bruttoveränderungen, beläuft sich auf 8,1 vH.

437. Ein Wert der Umschlagsrate für Beschäftigungsverhältnisse in Höhe von rund 8 vH bringt zum Ausdruck, daß sich im Durchschnitt aller Beschäftigungsverhältnisse diese im Verlauf von 12½ Jahren einmal erneuern. Jedoch verdeckt diese Durchschnittszahl erhebliche Unterschiede, beispielsweise in sektoraler Hinsicht: Die Umschlagsrate im Baugewerbe ist mit rund 11 vH fast doppelt so hoch wie der entsprechende Wert in der Investitionsgüterindustrie.

Tabelle 50

Kennziffern zur Entwicklung der Beschäftigung in ausgewählten Sektoren

Früheres Bundesgebiet

Sektor	Anteil an der Entwicklung der Gesamtbeschäftigung [1] in Prozentpunkten				
	Gründungsrate [2]	Expansionsrate [3]	Schließungsrate [4]	Schrumpfungsrate [5]	insgesamt (Turnover) [6]
	1981 bis 1985 [7]				
Energie, Grundstoffindustrie	0,9	3,4	0,6	5,3	5,1
Investitionsgüterindustrie	1,1	4,8	0,8	6,2	6,4
Konsumgüterindustrie	1,5	4,9	1,7	7,4	7,7
Bau	2,8	6,8	3,0	9,6	11,1
Handel	3,2	6,3	2,7	7,7	10,0
Verkehr	2,7	6,1	2,2	6,6	8,8
Kreditinstitute, Versicherungen, Makler	1,6	4,6	1,3	3,8	5,7
Private Dienstleistungen	3,5	6,7	2,5	5,7	9,2
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	3,8	8,9	2,7	8,0	11,7
Insgesamt	2,2	5,6	1,8	6,6	8,1
	1986 bis 1990 [7]				
Energie, Grundstoffindustrie	1,0	4,4	0,7	4,2	5,1
Investitionsgüterindustrie	1,3	5,8	0,8	4,1	6,6
Konsumgüterindustrie	1,7	5,9	1,8	5,8	7,7
Bau	3,0	7,5	3,0	7,4	11,3
Handel	3,8	7,7	3,0	6,4	10,2
Verkehr	3,1	8,5	2,3	5,2	8,9
Kreditinstitute, Versicherungen, Makler	1,8	5,2	1,4	3,4	5,7
Private Dienstleistungen	3,2	6,9	2,3	4,7	9,1
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	4,6	10,9	2,7	6,7	11,9
Insgesamt	2,4	6,6	1,9	5,1	8,2

[1] Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.
[2] Anstieg der Beschäftigtenzahl durch Neugründung von Unternehmen.
[3] Anstieg der Beschäftigtenzahl in bestehenden Unternehmen.
[4] Rückgang der Beschäftigtenzahl durch Unternehmensschließungen.
[5] Rückgang der Beschäftigtenzahl in bestehenden Unternehmen.
[6] Summe der einzelnen „Raten" dividiert durch zwei.
[7] Arithmetisches Mittel aus Jahresdaten.

Quelle für Grundzahlen: BA

Die Umschlagsrate ist vorsichtig zu interpretieren. Das verfügbare Datenmaterial erlaubt es nur, sie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zu berechnen. Außerdem ist die Umschlagsrate für Beschäftigungsverhältnisse nicht gleich einer entsprechenden Umschlagsrate für Arbeitsplätze. Das ergibt sich schon allein daraus, daß sich im Rahmen von Teilzeitarbeit oder Schichtbetrieb mehrere Beschäftigte einen Arbeitsplatz teilen. Außerdem werden innerbetriebliche Umsetzungen nicht erfaßt.

Was die zeitliche Entwicklung anbelangt, so folgt die Umschlagsrate keinem erkennbaren Trend: Insoweit deutet nichts auf einen beschleunigten Strukturwandel hin, zumindest was diesen Aspekt anbelangt. Darüber hinaus liefern die genannten Bruttoveränderungen jedoch folgende wichtige Erkenntnis. Einerseits weisen von Jahr zu Jahr betrachtet Gründungen und Schließungen von Betrieben im Vergleich zu bestehenden Betrieben vergleichsweise kleine Beschäftigungsänderungen auf, das heißt, die Fluktuation von Beschäftigungsverhältnissen vollzieht sich hauptsächlich in bestehenden Betrieben. Andererseits beruht das Beschäftigungswachstum in einer längerfristigen Sichtweise auf Neugründungen, denn der Saldo aus Beschäftigungsänderungen als Folge von Gründungen und Schließungen ist mit 0,6 vH pro Jahr positiv.

438. Ob eine Umschlagsrate von rund 8 vH hoch oder niedrig ist, ob eine hohe Umschlagsrate und der damit in der Regel einhergehende Strukturwandel größere Beschäftigungsgewinne erbringt, dafür gibt es keine geeignete nationale Referenzgröße. Noch am ehesten lassen sich Aussagen darüber mit Hilfe eines internationalen Vergleichs machen. Solche internationalen Vergleiche stoßen auf gravierende Datenprobleme, insbesondere was die Übereinstimmung der Meßkonzepte anbelangt. Nach Schätzungen der OECD lag die westdeutsche Umschlagsrate beispielsweise deutlich unter dem Wert von rund 14 vH für Frankreich. Dabei ist jedoch zu beachten, daß in Frankreich die Gründungen neuer Betriebe zwar

mehr als doppelt so hohe Beschäftigungsgewinne als in Westdeutschland zur Folge hatten, aber dafür beliefen sich die Beschäftigungsverluste aufgrund von schließenden Betrieben in Frankreich auch auf mehr als das Dreifache. Das mag zwar auf eine hohe Dynamik im Beschäftigungssektor hindeuten, aber der Rückschluß auf beständige Beschäftigungsgewinne ist nicht zwingend.

439. In Westdeutschland hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten ein starker Umbau der sektoralen Beschäftigung ergeben. Im Verarbeitenden Gewerbe sind seit dem Jahre 1970 etwa 1,7 Millionen Arbeitsplätze abgebaut worden, während die Beschäftigung bei den Dienstleistungsunternehmen um 3 Millionen anstieg. Der Strukturwandel stellt nach wie vor hohe Anforderungen an Arbeitnehmer, Unternehmen und die Wirtschaftspolitik. Es kann nicht darum gehen, sich dem Strukturwandel entgegenzustellen. Er ist notwendig und letztlich auch nicht aufzuhalten, weshalb eine an der reinen Erhaltung von Arbeitsplätzen ausgerichtete Politik nicht zur Lösung der tatsächlichen Probleme beiträgt.

Im Strukturwandel gibt es Gewinner und Verlierer. Arbeitslosigkeit, die dabei entsteht, ist mit der Lohnpolitik allein nicht zu beseitigen. Den besten Schutz für Arbeitnehmer vor den nachteiligen Folgen eines Strukturwandels bietet eine Berufsausbildung, die breit genug angelegt ist, um die Anpassung an sich verändernde wirtschaftliche Bedingungen zu erleichtern. Für das Bildungssystem bedeutet dieses Erfordernis, eine möglichst breite schulische und berufliche Ausbildung zu gewährleisten und eine zu enge Spezialisierung zu vermeiden.

Auch bei der Vermittlung der Eingangsqualifikationen für die berufliche Bildung sind verstärkte Anstrengungen notwendig. Vergleicht man die Beschäftigungsänderungen differenziert nach Ausbildungsstand, so hat die Anzahl der Beschäftigten, die mindestens einen Hauptschulabschluß und eine abgeschlossene Ausbildung an einer weiterführenden Schule besitzen, im Zeitraum 1976 bis 1989 um 5 Millionen Personen zugenommen, während sich im gleichen Zeitraum die Gruppe der Erwerbstätigen, die nicht über diese Qualifikation verfügen, um 3 Millionen Personen verringert hat (Tabelle 51). Im Verarbeitenden Gewerbe, wo besonders viele Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb stehen, ist diese gegenläufige Entwicklung besonders ausgeprägt, und angesichts neuer Wettbewerber in den Transformationsländern in Mitteleuropa und Osteuropa ist eine intersektorale Mobilität möglicherweise in der Zukunft noch dringlicher. Spiegelbildlich ist dazu die Ausbildungsstruktur der Arbeitslosen zu sehen, das heißt eine qualifizierte Ausbildung stellt immer noch den besten, allerdings keinen umfassenden Schutz vor Arbeitslosigkeit dar.

440. Kleine und mittlere Unternehmen werden vielfach als besonders wichtige Innovatoren angesehen, denen die Beschäftigungsgewinne hauptsächlich zu verdanken seien.

Die empirische Evaluation der Beschäftigungsänderungen in Abhängigkeit von der Betriebsgröße ist mit so großen methodischen und statistischen Problemen behaftet, daß auch heute keine Rede von gesicherten Erkenntnissen sein kann. Die Problematik beginnt bereits bei dem Kriterium, welches zur Messung der Betriebsgröße herangezogen werden soll (wie Beschäftigung, Umsatz, Wertschöpfung). Wichtiger, aber schwieriger zu erfassen, ist der Saldo aus Gewinnen und Verlusten von Arbeitsplätzen im Zeitablauf. Um diesen zu ermitteln, müßte eine Gruppe von Betrieben über einen längeren Zeitraum beobachtet werden. Ein solches Betriebspanel wird derzeit vom IAB aufgebaut. Erst mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Verlaufsdaten über Betriebe besteht Aussicht, diese Schwierigkeiten teilweise zu überwinden. Eine neuere Studie der OECD bietet für verschiedene Länder Anschauungsmaterial, die Bundesrepublik ist dabei jedoch wegen fehlender Daten nicht berücksichtigt.

Im Hinblick auf die Effizienz verschiedener Existenzförderungsprogramme ist auch die Beantwortung der Frage wichtig, ob die Beschäftigungsgewinne in kleinen und mittleren Unternehmen eher von bestehenden oder von neugegründeten Betrieben ausgehen. Nach der erwähnten Studie der OECD läßt sich trotz der Unterschiede zwischen den Ländern der vorsichtige Schluß ziehen, daß der Beitrag kleiner Unternehmen zu den Beschäftigungsgewinnen allgemein überschätzt wurde, insbesondere wenn Neugründungen betrachtet werden: Neugründungen haben im Zeitraum von Mitte der achtziger bis Anfang der neunziger Jahre mit weniger als einem Drittel zu der gesamten Beschäftigtenveränderung der Kleinunternehmen beigetragen. Nur Schweden bildet eine Ausnahme. Hingegen erreichte der Beitrag kleiner Unternehmen zu den Beschäftigungsgewinnen aller Unternehmen, also auch der bestehenden Betriebe, Größenordnungen zwischen rund 50 vH und 120 vH. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die Beschäftigungsänderungen der kleinen Unternehmen mit der entsprechenden Beschäftigungsveränderung aller Betriebe in einer Volkswirtschaft verglichen werden. Daher ist es möglich, daß bei vergleichsweise geringen gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsgewinnen, beispielsweise aufgrund von Beschäftigungsverlusten in einigen großen Unternehmen, der Beitrag der kleinen Unternehmen über 100 vH liegt. Der hohe Anteil der Beschäftigungsveränderungen in allen kleinen Unternehmen ist nicht überraschend, wenn berücksichtigt wird, daß in den betrachteten Ländern rund 40 vH bis 70 vH aller Arbeitsplätze in diesen Betrieben zu finden sind. Erstaunlich ist dann eher der vergleichsweise geringe Beitrag von neugegründeten kleinen Unternehmen.

441. Angesichts der Unsicherheit über das quantitative Ausmaß von Beschäftigungsgewinnen sollte die Wirtschaftspolitik nicht von der Annahme ausgehen, daß die direkte Förderung von Unternehmensgründungen geboten sei, weil dadurch positive Beschäftigungswirkungen in erheblichem Umfang erzielt werden könnten. Sofern Barrieren für Existenzgründungen bestehen, liegen sie anderswo, so beispielsweise bei überzogenen Marktzugangsregulierungen und steuerlichen Bestimmungen. Dazu gehören die Überprüfung der Berechtigung von anspruchsvollen Befähigungsnachweisen und Genehmigungsverfahren ebenso wie Änderungen im Steuerrecht, da beispielsweise Abschreibungen in der Gründungsphase kaum nützen, wenn erfahrungsgemäß wenig Gewinne anfallen. Eine Benachteiligung von bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen kann ebenfalls durch rechtliche Vorschriften, beispielsweise bei der Rech-

Tabelle 51

Erwerbstätigkeit von unausgebildeten und ausgebildeten Arbeitskräften[1] in ausgewählten Wirtschaftsbereichen[2]

Früheres Bundesgebiet

Wirtschaftszweig	Veränderungen im Zeitraum 1976 bis 1989						Unausgebildete Erwerbstätige		
							Anteil an allen Erwerbstätigen im jeweiligen Wirtschaftszweig		Durchschnitt der jährlichen Veränderung im Zeitraum 1976 bis 1989
	insgesamt		ausgebildet		unausgebildet		1976	1989	
	1000	vH	1000	vH	1000	vH	vH		vH
Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Fischerei	– 574	–35,6	+ 116	+25,6	– 689	–59,4	72,0	45,3	–3,5
Produzierendes Gewerbe (Industrie)	– 246	– 2,1	+1 263	+16,5	–1 509	–38,6	33,8	21,2	–3,5
Bergbau und Energie	– 33	– 6,3	+ 35	+ 9,1	– 67	–47,7	27,0	15,1	–4,4
Verarbeitendes Gewerbe	– 50	– 0,5	+1 194	+19,9	–1 243	–38,3	35,1	21,8	–3,6
Grundstoff- und Produktionsgüter	– 41	– 2,4	+ 191	+17,5	– 232	–36,3	36,9	24,1	–3,2
Investitionsgüter	+ 325	+ 7,0	+ 829	+25,9	– 503	–35,0	31,0	18,8	–3,8
Verbrauchsgüter	– 267	–13,0	+ 129	+11,0	– 396	–44,7	43,1	27,4	–3,4
Nahrungs- und Genußmittel	– 67	– 8,2	+ 45	+ 8,4	– 113	–39,5	34,5	22,7	–3,2
Bauwirtschaft	– 164	– 9,1	+ 35	+ 2,7	– 199	–38,3	28,8	19,6	–2,9
Dienstleistungen	+2 679	+27,2	+3 280	+46,3	– 602	–21,7	28,1	17,3	–3,7
industrienahe Dienstleistungen	+ 362	+ 7,8	+ 835	+25,4	– 474	–35,7	28,7	17,1	–3,9
Transport und Kommunikation, Großhandel und Handelsvermittlung	+ 76	+ 3,1	+ 365	+21,6	– 289	–38,8	30,5	18,1	–3,9
Einzelhandel	+ 286	+13,1	+ 470	+29,4	– 185	–31,6	26,7	16,2	–3,8
gehobene Dienstleistungen	+1 769	+45,7	+1 916	+63,2	– 147	–17,5	21,6	12,3	–4,3
Banken, Versicherungen, weitere Dienste[3]	+1 291	+45,9	+1 362	+60,3	– 70	–12,6	19,8	11,8	–3,9
Gesundheits- und Veterinärwesen	+ 478	+45,3	+ 554	+71,7	– 77	–27,3	26,6	13,3	–5,2
einfache Dienstleistungen[4]	+ 548	+40,0	+ 529	+69,5	+ 19	+ 3,1	44,4	32,7	–2,3
Staat	+ 292	+11,5	+ 516	+28,1	– 224	–31,6	27,9	17,1	–3,7
Insgesamt[5]	+1 981	+ 7,7	+5 068	+29,6	–3 087	–35,8	33,4	19,9	–3,9

[1] Eigene Berechnungen in Anlehnung an den 5. Hauptbericht zur Strukturberichterstattung des Instituts für Weltwirtschaft, 1994, Tabelle 45. Ausgebildete Arbeitskräfte sind definiert als diejenigen Arbeitskräfte, die mindestens einen Hauptschulabschluß und/oder eine abgeschlossene Ausbildung in einer Universität, technischen Universität oder Fachhochschule, in einer technischen Schule oder Berufsschule und/oder eine Lehrlingsausbildung haben, einschließlich der Lehrlinge selbst; unausgebildete Arbeitskräfte sind definiert als diejenigen Arbeitskräfte, die keine abgeschlossene Schulausbildung haben und/oder keine abgeschlossene berufliche Qualifikation, ausgenommen Lehrlinge, aber einschließlich einer (kleinen) Anzahl von Arbeitskräften ohne Angaben zum beruflichen Qualifikationsniveau.

[2] Definiert als Teilaggregate von 62 Sektoren, die im Klassifikationsschema des Mikrozensus enthalten sind.

[3] Unter anderem Wissenschaft; Bildung; Kultur; Rechts-, Wirtschaftsberatung; Wirtschaftswerbung.

[4] Unter anderem Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe; Wäschereien; Friseurgewerbe; private Haushalte.

[5] Im Jahre 1976 einschließlich der 169100 Erwerbstätigen, die weder eine Angabe zum Wirtschaftszweig noch über ihre Berufsausbildung gemacht haben.

nungslegung und Bilanzierung, gegeben sein, aber auch bei der finanziellen Förderung von Forschung und Entwicklung aufgrund der Dominanz der direkten Projektförderung auftreten, da diese Betriebe häufig nicht die Informationen und Ressourcen besitzen, um mit großen Unternehmen in einen Wettbewerb um Fördermittel zu treten. Diese inhärente Benachteiligung und der Mangel an Risikokapital stellen ohnehin die hauptsächlich vertretbaren Gründe für die Berechtigung von Existenzgründungsdarlehen dar (JG 76 Ziffern 321ff., JG 77 Ziffern 448ff.). Anstatt diese finanzielle Förderung zu erweitern, sollte mehr der indirekten Förderung von Forschung und Entwicklung der Vorzug gegeben werden. Soweit eine direkte Forschungsförderung dennoch weiter betrieben wird, sollte — wenn erforderlich — die Transparenz erhöht und Hilfe bei der Antragstellung möglichst auf der regionalen Ebene der Stadt oder des Landkreises gewährt werden. Noch einmal: Nicht neue Programme, sondern der Abbau von Barrieren gegenüber Existenzgründungen ist gefordert.

Institutionelle Hemmnisse: Das Arbeitsrecht

442. Funktionsstörungen auf dem Arbeitsmarkt können auch in der Form vorliegen, daß durch institutionelle Regelungen die Arbeitsplatzbesitzer begünstigt und die Chancen der Arbeitslosen auf ein Beschäftigungsverhältnis verringert werden. Solche Hindernisse können in hohen Entlassungskosten bestehen, welche die Bereitschaft insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen schwächen, Neueinstellungen vorzunehmen. In diesem Zusammenhang werden häufig Klagen über einen zu restriktiven Kündigungsschutz und über zu hohe Sozialplankosten vorgetragen.

Kündigungsschutzregelungen sind heute zu einem überwiegenden Teil Richterrecht und nur in Grenzen Gesetzesrecht. Selbst Einzelfallentscheidungen erhalten für ganze Fallgruppen Normcharakter und können so unternehmerisches Handeln beeinflussen. Angesichts der hohen Anzahl von Zugängen in die Arbeitslosigkeit bei vorangegangener Erwerbstätigkeit, beispielsweise von rund 3,8 Millionen Personen in Deutschland im Jahre 1993, besteht eine hohe Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt trotz der Einschränkungen durch das Kündigungsrecht. Daher ist zu vermuten, daß das eigentliche Problem des Kündigungsschutzes die Kündigungskosten sind, die in Form von Abfindungen und Sozialplänen anfallen.

Allerdings sind die Vorteile und Lasten der Sozialpläne ungleich verteilt (JG 87 Ziffern 392ff.). Eine Ungleichbehandlung ergibt sich daraus, daß Unternehmen mit weniger als 21 Mitarbeitern nicht unter die Sozialplanregelung des Betriebsverfassungsgesetzes fallen. Angesichts ihres Charakters als mögliches Einstellungshindernis verbietet sich eine Ausdehnung der Sozialplanregelung auf kleine Unternehmen. Die Lastverteilung der Sozialplanregelungen fällt daher zugunsten von großen Unternehmen aus, weil diese durch innerbetriebliche Umsetzungen Sozialplanleistungen niedriger halten können als beispielsweise kleinere Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten, die nicht über diese Ausweichmöglichkeiten verfügen und denen gerade im Falle einer wirtschaftlich schwierigen Situation die finanzielle Basis fehlt, den Verpflichtungen aus einem Sozialplan nachzukommen.

443. Unbestritten bleibt das Recht eines jeden Arbeitnehmers, sich gegenüber den finanziellen Risiken einer möglichen Entlassung abzusichern. Es ist aber zu überprüfen, ob die Institutionalisierung dieses Anliegens ökonomisch sinnvoll über die bestehende Sozialplanregelung vorgenommen wird oder ob derselbe Schutz nicht mit weitaus geringeren ökonomischen Nachteilen erreicht werden kann.

Wenn Arbeitnehmer einen solchen Schutz bei Entlassungen wünschen, dann könnte entweder eine Abdingbarkeit des gesetzlichen Anspruchs auf Sozialplanleistungen durch tarifvertragliche oder betriebliche Vereinbarungen für alle Arbeitnehmer oder eine private, gegebenenfalls gesetzlich vorgeschriebene Versicherung ins Auge gefaßt werden, welche dem Arbeitnehmer bei einer unverschuldeten Entlassung die Wiedereingliederungskosten in den Arbeitsprozeß ersetzt. Die Leistungen dieser Versicherung könnten beispielsweise in Anlehnung an die Regelungen über den Abzug von Werbungskosten bei der Einkommensteuer fixiert werden, also in Form von Kosten für Bewerbungen, Umzüge oder Umschulungen einschließlich der entsprechenden Aufwendungen, die Familienmitgliedern entstehen. Damit es nicht zu falschen Anreizen kommt, dürfen Ausgleichszahlungen für Lohnminderungen oder der Wegfall von Sozialleistungen nicht zu den erstattungsfähigen Wiedereingliederungskosten gehören, das heißt Besitzstände sollten nicht bewahrt werden.

Als Gegenargument zu einer solchen Lösung wird häufig auf allokationstheoretische Begründungen für die Vorteilhaftigkeit von Sozialplanleistungen verwiesen. Die Risiken bei einem Verlust des Arbeitsplatzes verblieben ansonsten einseitig beim Arbeitnehmer und es sei aus gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsüberlegungen effizienter, eine Entlassung selbst bei (kostspieligen) innerbetrieblichen Reorganisationsmaßnahmen zu verhindern, wenn diese Kosten nur niedriger seien als die außerhalb des betreffenden Unternehmens anfallenden Wiedereingliederungskosten. Schließlich könne eine Versicherungslösung — im Gegensatz zum Sozialplan — zu Fehlanreizen (Moral Hazard) führen, wenn beispielsweise ein lokaler Arbeitgeber mit einer gewissen Monopolstellung Arbeitnehmer mit einer festen Wiedereinstellungszusage entläßt, was bei einer Sozialplanregelung vermutlich unterbleiben würde.

Es wird nicht bestritten, daß es in Einzelfällen zu solchen unerwünschten Nebeneffekten kommen kann, das Moral Hazard-Problem läßt sich ohnehin nie ganz vermeiden. Zu warnen ist jedoch vor Verallgemeinerungen, und es sollte bedacht werden, daß in vielen Fällen ein mitbestimmender Betriebsrat aufgrund seines Detailwissens einen möglichen Mißbrauch der Versicherungslösung verhindern kann.

III. Höhe und Struktur der Löhne

444. Die Höhe und zeitliche Entwicklung einer nicht-konjunkturellen Arbeitslosigkeit können entscheidend durch die Lohnfindung und die Preisbildung bestimmt werden. Lohnfindung und Preissetzung lassen sich als Versuche interpretieren, einen möglichst großen Anteil am Sozialprodukt zu erzielen. Das Gewinnstreben der Unternehmen und die Lohnforderungen der Arbeitnehmer müssen über den Markt in einer Weise koordiniert werden, daß die Ansprüche nicht über das gesamtwirtschaftlich Verteilbare hinausgehen. Sonst kommt es entweder zu einem Anstieg der Inflationsrate, den wieder rückgängig zu machen die Geldpolitik zu einem restriktiven Kurs zwingt, mit nachteiligen Beschäftigungseffekten (Stabilisierungsrezession). Oder es kommt als Folge überzogener Verteilungsansprüche sofort zu Arbeitslosigkeit, dann nämlich, wenn die Unternehmen bei übermäßigen Lohnkostensteigerungen, zum Beispiel wegen des internationalen Wettbewerbs, keine Überwälzungsspielräume haben, oder wenn sie Investitionen und Produktion ins kostengünstigere Ausland verlagern.

445. Die Entwicklung der Einkommensverteilung läßt sich anhand der vom Sachverständigenrat berechneten Arbeitseinkommensquote darstellen. Diese Größe zeigt, daß die Arbeitnehmer im Zeitraum 1970 bis 1982 von wenigen Jahren abgesehen zunehmende Verteilungsansprüche durchsetzen und somit ihren Anteil am Volkseinkommen nicht unbeträchtlich erhöhen konnten. Ab dem Jahre 1983 sinkt dieser Anteil und liegt im Jahre 1994 unterhalb des Wertes von 1970. Legt man dieses Maß zugrunde, können Verteilungskorrekturen zugunsten der Arbeitnehmer vielleicht für einen Anstieg der nicht-konjunkturellen Arbeitslosigkeit in den siebziger Jahren, nicht aber in der Zeitperiode 1983 bis 1990 einen Erklärungsbeitrag liefern. Allerdings besagt dies nicht, daß die Lohnentwicklung nach dem Jahre 1982 für Anstieg und Umfang der Arbeitslosigkeit irrelevant gewesen ist.

Eine bestimmte Höhe einer Arbeitseinkommensquote läßt nämlich keinen Rückschluß darauf zu, ob die Lohnhöhe mit Vollbeschäftigung vereinbar ist. Zur Beantwortung dieser Frage muß die Lohnhöhe ermittelt werden, bei der Vollbeschäftigung oder ein vorzugebender, erwünschter Beschäftigungsstand herrschen. Jedoch gibt es kein Verfahren, das diesem Anspruch eindeutig genügt, gegen alle Meßverfahren lassen sich teilweise gravierende Vorbehalte machen, abgesehen davon, daß neben institutionellen Regelungen nicht nur die Lohnhöhe, sondern vor allem auch die Lohnstruktur maßgeblichen Einfluß auf die Beschäftigung hat. Dies trifft auch auf die häufig vorgenommene Berechnung von „Lohnlücken" zu. Darunter versteht man die prozentuale Abweichung des tatsächlichen Lohnes vom Vollbeschäftigungslohn (siehe Kasten: „Das Konzept der Reallohnlücke").

Unter den gemachten Vorbehalten lassen die dargestellten Berechnungen jedoch den vorsichtigen Schluß zu, daß die Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre vorherrschende Lohnlücke weitgehend abgebaut wurde, wenn auch in einzelnen Sektoren noch diesbezüglicher Handlungsbedarf zu bestehen scheint. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für das Verarbeitende Gewerbe (JG 93 Ziffer 355). Die Lohnpolitik hat das zu beachten (Ziffer 367).

Das Konzept der Reallohnlücke

Die Reallohnlücke soll ein Indikator dafür sein, ob und wie weit das Reallohnniveau in einer Volkswirtschaft von seiner mit Vollbeschäftigung zu vereinbarenden Höhe abweicht. Abstrahiert man von dem Produktivitätsfortschritt, der bei einer wachsenden Wirtschaft gegeben ist, dann wäre bei einem positiven Wert dieser Lohnlücke eine Senkung des Reallohnniveaus zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung nötig. Während das gegebene gesamtwirtschaftliche Reallohnniveau, etwa durch die preisbereinigten Arbeitseinkommen je geleistete Arbeitsstunde, empirisch noch einigermaßen zuverlässig und zeitnah gemessen werden kann, bereitet es erhebliche Probleme, das theoretisch mit Vollbeschäftigung kompatible gesamtwirtschaftliche Reallohnniveau zu bestimmen. Grundsätzlich böte es sich hierzu an, die vollbeschäftigungskonforme Grenzproduktivität des Faktors Arbeit entweder allgemein unter Verwendung einer geschätzten gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion oder näherungsweise für einen Zeitraum zu ermitteln, in dem tatsächlich Vollbeschäftigung beziehungsweise ein befriedigender Beschäftigungsstand geherrscht haben. Das Wertgrenzprodukt der Arbeit müßte dann gleich dem Nominallohn sein, korrigiert um einen Faktor für unvollständige Konkurrenz auf dem Gütermarkt und dem Arbeitsmarkt.

Neben der mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmenden Annahme eines homogenen Faktors Arbeit, die eine für alle Arbeitskräfte gleiche Entlohnung entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Grenzproduktivität — gegebenenfalls korrigiert um den genannten Faktor — bedeutet, ist es zur Berechnung einer Reallohnlücke weiterhin notwendig, Vorstellungen über eine langfristige gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion zu gewinnen und daraus die Grenzproduktivität der Arbeit unter der Vollbeschäftigungsannahme herzuleiten. Schwierigkeiten bereitet dabei zum einen, die Produktionstechnologie und den technologischen Fortschritt adäquat zu spezifizieren. Zum anderen ist die Arbeitslosenquote festzulegen, die auch in einer Vollbeschäftigungssituation unvermeidlich ist.

Soll trotz dieser Bedenken eine Reallohnlücke berechnet werden, so sollte der Reallohn mit dem trendmäßigen arbeitsparenden technischen Fortschritt verglichen werden und nicht mit dem aktuellen Wert der Grenzproduktivität der Arbeit. In diesem Fall wäre die Reallohnlücke für das in Rede stehende Jahr durch die kumulierte Abweichung des Reallohnniveaus vom mittelfristigen Produktivitätstrend seit einem Basisjahr, in dem keine reallohnbedingte Arbeitslosigkeit vorlag, zu berechnen. Je nach unterstellter Produktionstechnologie können aus solchen Berechnungen unterschiedliche Ergebnisse gewonnen werden. Macht man sich die Resultate ökonometrischer Studien zur Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Reallohnlücke zu eigen, so ist ihnen das Ergebnis gemeinsam, daß sich in Westdeutschland in der ersten Hälfte der siebziger Jahre eine Reallohnlücke aufgebaut hat, die nach Verharren auf hohem Niveau, vor allem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, wieder abgebaut worden ist und auch bis zuletzt weiter leicht rückläufig war. Diesen Berechnungen zufolge wäre die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland (etwa seit dem Jahre 1985)

nicht mehr durch ein überhöhtes Reallohnniveau zu begründen.

Bei genauerer Analyse vermag dieses Ergebnis keineswegs zu überraschen. Denn: Erstens lassen sich bei dieser Vorgehensweise die Wirkungen einer Anpassung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks nicht eindeutig identifizieren. Beispielsweise würden überhöhte Reallohnsteigerungen in den Folgeperioden zu einer empirisch gemessenen Steigerung der Arbeitsproduktivität führen, wenn sie eine verringerte Beschäftigungsausdehnung oder gar einen Beschäftigungsabbau zur Folge hätten. Überdies kommt es zu einer Anpassung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks an das veränderte Faktorpreisverhältnis. Damit würden Nominallohn und Grenzwertprodukt durch genau diejenigen Produktivitätssteigerungen wieder in Einklang gebracht, die erst durch die anfangs verfehlten Reallohnsteigerungen ausgelöst worden waren. Mit anderen Worten, obwohl keine Korrektur im vorhandenen Reallohnniveau vorgenommen wurde, liefert diese Methodik eine verringerte Reallohnlücke, einfach deshalb, weil Beschäftigungsänderungen oder Kapitalstockanpassungen vorgenommen wurden. Die nach wie vor bestehende Arbeitslosigkeit wird nun nicht mehr — wie es richtig gewesen wäre — überhöhten Reallohnsteigerungen, sondern anderen Ursachen wie beispielsweise einer fehlenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zugeschrieben. Schließlich kann auch ein Anziehen der Inflation ein zunächst überhöhtes Reallohnniveau wieder auf ein vollbeschäftigungskonformes Niveau hinunterschleusen, ohne daß Verhaltensänderungen bei den Lohnverhandlungen eingetreten sein müssen, dann allerdings mit den allseits bekannten negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen erhöhter Inflationsraten.

Angesichts der angeführten Unzulänglichkeiten bei der Berechnung von Reallohnlücken sind daher allenfalls in kurzer Frist, bevor sich Änderungen im volkswirtschaftlichen Kapitalstock allzusehr auf die Produktion ausgewirkt haben, Aussagen darüber möglich, ob das Reallohnniveau in Westdeutschland angemessen ist oder nicht. Dabei bestätigt allerdings ein einfacher Plausibilitätstest anhand der vom Sachverständigenrat verfolgten Konzeption der produktivitätsorientierten Lohnpolitik (JG 85 Ziffern 192ff.) in der Tendenz die Ergebnisse der bislang diskutierten Berechnungen. Wenn die der Konzeption der produktivitätsorientierten Lohnpolitik zugrunde liegende Annahme zutrifft, daß die westdeutsche Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre im großen und ganzen nicht durch ein überhöhtes Reallohnniveau bedingt war, müßte es zulässig sein, ausgehend von einem Basisjahr die Reallohnproblematik anhand der Veränderungen von Produktivität und Löhnen analog zur Berechnung von Reallohnlücken zu untersuchen. Als Ausgangspunkt für die Plausibilitätsprüfung wird im folgenden das Jahr 1989 gewählt. Es war das letzte Jahr vor der deutschen Vereinigung und der damit verbundenen konjunkturellen Beschleunigung. Als Reallohnlücke des Jahres 1994 wird dann die kumulierte Abweichung des tatsächlichen Reallohnniveaus dieses Jahres von seinem langfristig produktivitätskonformen Niveau interpretiert.

Ergebnisse dieses Ansatzes für die Gesamtwirtschaft decken sich weitgehend mit den obigen Berechnungen. Je nachdem, ob zur Berechnung der langfristigen Produktivitätsentwicklung der Gesamtzeitraum seit dem Jahre 1968 herangezogen wird (jährliche Zunahme der Produktivität je Beschäftigtenstunde um durchschnittlich 2,9 vH), was allerdings wegen des starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit problematisch ist, oder ob der Produktivitätsfortschritt des letzten abgeschlossenen Zyklus zwischen den Jahren 1980 und 1991 verwendet wird (durchschnittlich 2,5 vH pro Jahr), blieb die Reallohnentwicklung in den letzten sechs Jahren mehr oder weniger deutlich hinter dem Produktivitätszuwachs zurück. Für die Gesamtwirtschaft Westdeutschlands lag in dem Zeitraum 1989 bis 1994 reallohnbedingte Arbeitslosigkeit also nicht vor, der Anstieg der Lohnstückkosten wurde durch Preiserhöhungen mehr als kompensiert (JG 93 Ziffer 355). Allerdings ist ein großer Teil der Inlandsproduktion Westdeutschlands nicht oder nur wenig dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt (Dienstleistungen allgemein, Bau- und Energiewirtschaft und der Staatssektor). In diesen Bereichen ist es für die Unternehmen und Verwaltungen vergleichsweise einfach, Erhöhungen der Lohnkosten in den Preisen weiterzuwälzen. Dem Verarbeitenden Gewerbe aber ist diese Möglichkeit bedingt durch den internationalen Wettbewerb weitgehend verbaut. Eine gesonderte Plausibilitätsrechnung für diesen Bereich ergibt in der Tat Hinweise auf eine reallohnbedingte Arbeitslosigkeit, weil sich das Verarbeitende Gewerbe nicht dem allgemeinen Verdienstanstieg in Westdeutschland entziehen konnte. Die langfristige Produktivitätsrate beträgt hier jahresdurchschnittlich 2,1 vH, im letzten Zyklus durchschnittlich 1,7 vH, wobei aus Datengründen jährliche Pro-Kopf-Größen berechnet werden mußten. Damit hätte sich seit dem Jahre 1989 bis zum letzten Jahr bei Reallohnsteigerungen um insgesamt 10½ vH im Verarbeitenden Gewerbe immerhin eine Reallohnlücke von etwa 2 vH herausgebildet, wenn der langfristige Produktivitätstrend als Referenzmaßstab herangezogen wird, beziehungsweise von etwa 3½ vH, gemessen an der Produktivitätsentwicklung des letzten Zyklus. In beiden Fällen wäre das Reallohnniveau keineswegs stark überhöht gewesen. Dieser Wert einer Reallohnlücke stellt allerdings eine Untergrenze dar, weil der Produktivitätstrend bei Vollbeschäftigung niedriger ausgefallen wäre als bei steigender Arbeitslosigkeit. Die jüngste Wirtschaftsentwicklung dürfte bereits wieder zu einer deutlichen Korrektur geführt haben — weil die Reallöhne nicht nur hinter dem Produktivitätstrend zurückblieben, sondern sogar gesunken sind.

Alles in allem stützen die Berechnungen für das Verarbeitende Gewerbe die Vermutung, daß beim Reallohnniveau auch nach der moderaten Tarifpolitik der Jahre 1993/94 noch Korrekturbedarf besteht, der bei weiterhin moderaten Abschlüssen aber nach ein bis zwei Jahren abgebaut sein könnte.

446. Festzuhalten ist, daß die Rückführung der Lohnlücke in den achtziger Jahren mit erheblichen Beschäftigungsgewinnen einhergegangen ist. Wenn der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung auch nicht auf eine einfache monokausale Relation reduziert werden kann, so gilt doch in mittelfristiger Sicht: Ein Überschreiten von Verteilungsspielräumen führt zu einem Abbau von Arbeitsplätzen, die Kapitalintensität steigt. Gleichzeitig besteht das Problem eines in der Rezession zu hoch gebliebenen Preisauftriebs, das zu lösen jetzt Schwierigkeiten bereitet. Dies sollte bei den kommenden Tarifverhandlungen bedacht werden. Daß die Löhne im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts steigen können, gilt ohnehin nur, wenn im Betrachtungszeitraum Vollbeschäftigung herrscht oder wenn die Abweichungen von der Vollbeschäftigung nicht auf überhöhte Lohnkosten zurückzuführen sind. Im Konjunkturaufschwung weist der statistisch ermittelte Produktivitätsfortschritt in die Irre, weil er auch durch den Abbau von Arbeitsplätzen erkauft wurde. Ganz entscheidend ist aber: Bei hoher Arbeitslosigkeit und zunehmendem internationalen Wettbewerb ist eine Verringerung der Lohnstückkosten ein hilfreiches Mittel auf dem Weg zu mehr Beschäftigung. Schließlich ist bei einer „Reallohnsicherung" zu berücksichtigen, daß die Inflationsrate nicht in voller Höhe in die Berechnung eingehen kann. Preissteigerungen beispielsweise auf Grund einer Erhöhung indirekter Steuern müssen außer Acht bleiben. Diese Steuereinnahmen bedeuten bereits eine Umverteilung zugunsten des Staates.

In den kommenden Tarifverhandlungen kommt es entscheidend darauf an, die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch moderate Lohnabschlüsse zu beschleunigen. Dies wäre auch ein Akt der Solidarität der Arbeitsplatzbesitzer gegenüber den Arbeitslosen als den Außenseitern auf dem Arbeitsmarkt (Ziffer 365).

447. Beschäftigungspolitisch von Bedeutung ist eine angemessene Differenzierung der Löhne nach Qualifikationen, Branchen und Regionen. Der Sachverständigenrat hat zur Rolle der Lohnstruktur im Rahmen veränderter Bedingungen bei der Arbeitskräftenachfrage verschiedentlich Stellung genommen (zuletzt JG 93 Ziffern 370ff.). Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß einer differenzierten Lohnstruktur bei der Bewältigung der Beschäftigungsprobleme große Bedeutung beizumessen ist.

448. Löhne werden nach vielfältigen Kriterien differenziert, vor allem nach Ausbildung und Berufserfahrung der Arbeitnehmer, nach Branchen, innerhalb der Branchen auch nach Unternehmen, und nach Regionen. Die Streuung der Löhne nach einem dieser oder anderer Merkmale wird durch den Variationskoeffizienten gemessen. Von einzelnen Entwicklungen abgesehen vermitteln entsprechende Berechnungen den Eindruck einer langfristigen Konstanz einer nach Branchen differenzierten Lohnstruktur. Dies trifft insbesondere auf Stundenverdienste zu, die weniger von branchenmäßig abweichenden Arbeitszeitregelungen beeinflußt werden. Hingegen scheint eine abnehmende Spreizung dann bei der regionalen Lohnstruktur stattgefunden zu haben, wenn die siebziger mit den achtziger Jahren verglichen werden. Ein Problem liegt darin, daß meist große Gebietseinheiten den Berechnungen zugrunde liegen. Hinzu kommt, daß sektorale Verschiebungen ebenfalls zwischen den Regionen die Lohnstruktur verändern. Anders formuliert, die zeitliche Veränderung der regionalen Lohnstruktur kann auch das Resultat einer veränderten Verteilung der Sektoren auf die einzelnen Regionen sein, eine größere regionale Spreizung der Löhne ergibt sich bei Konstanz aller Lohnsätze auch dann, wenn ein Sektor mit weit überdurchschnittlichen beziehungsweise weit unterdurchschnittlichen Löhnen in einer Region überproportional oder unterproportional wächst. Weiterführende Berechnungen des Sachverständigenrates über die regionale Lohnstruktur einzelner eng definierter Sektoren haben nicht zu substantiell anderen Ergebnissen geführt: Seit Mitte der achtziger Jahre ist die regionale Streuung der Bruttostundenverdienste weitgehend konstant geblieben, nachdem sie im Vergleich zu den siebziger Jahren leicht abgenommen hatte.

449. Die ökonomische Beurteilung der Entwicklung einer beobachteten Lohnstruktur wird vor allem dadurch erschwert, daß sich die Lohnstruktur zugleich als Ursache und Ergebnis von Knappheitsrelationen am Arbeitsmarkt darstellt. Richtig ist zunächst, daß eine qualifikationsbedingte Lohnspreizung notwendig ist, um Anreize für Ausbildungsanstrengungen zu schaffen. Gleichwohl kann es ein aus ökonomischer Sicht sinnvolles Ergebnis des Marktprozesses sein, wenn beispielsweise als Folge eines steigenden Angebots an Akademikern bei gleichzeitig zurückgehender Anzahl von Handwerkern die entsprechenden Lohndifferentiale erst einmal reduziert, eingeebnet oder umgekehrt werden. Oder, um die regionale Lohnstruktur als Beispiel zu wählen: Das Argument hat einiges für sich, daß in den Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit durch Lohnzurückhaltung die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigt werden kann. Wenn Betriebe von Hochlohnregionen zu Niedriglohnregionen wandern, wird die regionale Lohnstruktur tendenziell nivelliert.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß es sehr schwierig ist, aus der Betrachtung einer gegebenen Lohnstruktur Rückschlüsse darauf zu ziehen, ob ihre Streuung den ökonomischen Anforderungen gerecht wird oder nicht. Die Schwierigkeit liegt darin, einen geeigneten Referenzmaßstab zu finden, anhand dessen sich die Angemessenheit der Lohnstruktur beurteilen ließe. Der Sachverständigenrat hat sich mit diesen Fragen in seinem letzten Jahresgutachten befaßt (JG 93 Ziffer 370). Die Tarifvertragsparteien müssen ständig prüfen, ob eine stärkere regionale Streuung der Tarifabschlüsse nicht zur Beschäftigungssicherung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen kann. Pilotabschlüsse, die von anderen Regionen unverändert übernommen werden, sind in diesem Zusammenhang kontraproduktiv.

Überhaupt ist zu erwägen, ob eine größere Flexibilität bei der Lohnbildung nicht auch dadurch erreicht werden kann, daß mehr als bisher betrieblichen Gegebenheiten Rechnung getragen wird. Aufgrund der in einzelnen Betrieben und Branchen beachtlichen Spanne zwischen Effektivlohn und Tariflohn in

der Größenordnung von durchschnittlich 40½ vH ist noch ein Flexibilitätsspielraum vorhanden, welcher stärker als bisher für die Anpassung an die betriebsspezifische Situation genutzt werden könnte. Auch unter Beibehaltung eines flächendeckenden Tarifvertrages sollte dieses Potential erweitert werden, indem niedrigere kollektive Tarifabschlüsse in größerem Umfang durch Betriebsvereinbarungen ergänzt werden, auch wenn dies mit anderen Nachteilen verbunden sein kann. Die mit der Lohnfindung einhergehenden Konflikte verlagern sich teilweise auf die betriebliche Ebene.

450. *Eine Möglichkeit, quantitativ orientierte Informationen über den Zusammenhang zwischen Lohnstruktur und Beschäftigung zu erhalten, ist ein Rückgriff auf die Erfahrungen anderer Länder, indem beispielsweise geprüft wird, ob die stärkere Zunahme der Beschäftigung in den Vereinigten Staaten mit einer höheren Dispersion der Löhne einherging.*

Studien der OECD zeigen, daß die Streuung der Verdienste in den Vereinigten Staaten in den siebziger Jahren eher abgenommen hat, hingegen in den achtziger Jahren erheblich gestiegen ist. Für die Bundesrepublik setzt sich — als einzigem der betrachteten Länder — die Tendenz zu einer geringeren Spreizung auch in den achtziger Jahren fort. Die Streuung der Verdienste bezieht sich in diesen Studien auf verschiedene Altersgruppen und Qualifikationsgruppen von Arbeitnehmern.

Die größere Streuung der Verdienste in den Vereinigten Staaten ist dadurch zustande gekommen, daß die Löhne, insbesondere in realer Betrachtungsweise, in den unteren Einkommensgruppen im Vergleich zum Medianwert gefallen sind, während für die oberen Verdienstgruppen das umgekehrte gilt. Außerdem ist eine relative Abnahme der Anzahl der Bezieher mittlerer Einkommen zu beobachten. Ökonomische Ursachen sind für die erste Beobachtung unter anderem die hohe Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften mit geringer Qualifikation und für die zweite die Überschußnachfrage nach hochqualifizierten Arbeitsleistungen im Gefolge technologischer Veränderungen. In Deutschland liegen die Dinge anders. Neben Unterschieden in den institutionellen Regelungen war in Deutschland die Einwanderung von Anbietern einfacher Arbeit in den achtziger Jahren geringer, die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften konnte aufgrund der stärkeren und gut ausgebildeten Altersjahrgänge leichter befriedigt werden. Die unterschiedliche Entwicklung der Verdienststruktur in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten ist mithin das Resultat von Divergenzen in den Angebotsbedingungen und Nachfragebedingungen, also das Ergebnis des Marktprozesses. Abgesehen davon, wie die Entwicklung der amerikanischen Verdienststruktur im einzelnen beurteilt werden mag, spricht vieles dafür, daß die Angebotsbedingungen und Nachfragebedingungen auf dem Arbeitsmarkt die Streuung der Verdienste in den Vereinigten Staaten beeinflußt haben.

451. Ein besonders wichtiger Aspekt bei der Lohnstruktur betrifft die Entlohnung geringer qualifizierter Arbeitskräfte. Unbestritten ist die Bedeutung eines hohen Qualifikationsniveaus der inländischen Arbeitskräfte im internationalen Standortwettbewerb. Die Ausbildungsstruktur inländischer Arbeitnehmer und die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen lassen indessen den Schluß zu, daß ein beachtlicher Personenkreis nicht über eine Ausbildung verfügt, die eine Tätigkeit an besonders anspruchsvollen Arbeitsplätzen als realisierbar erscheinen läßt (Tabelle 52). Zweifellos müssen daher auch Arbeitsplätze im Bereich geringer qualifizierter Arbeit geschaffen werden. Dem steht das hohe Lohnkostenniveau für geringer qualifzierte Arbeit in vielen Fällen entgegen. So verständlich der Wunsch der Gewerkschaften auch sein mag, die Bezieher unterer Einkommen an der allgemeinen Einkommensentwicklung überproportional zu beteiligen, letztlich kostet dies Arbeitsplätze in diesem Bereich. Aber selbst wenn die Tarifvertragsparteien diese Entwicklung wieder rückgängig machten, ergäbe sich das Problem, daß der Abstand zu Unterstützungszahlungen nicht groß genug ist und nicht enger werden sollte, um beispielsweise Sozialhilfeempfänger zur Akzeptanz dieser Arbeitsplätze zu bewegen (JG 93 Ziffer 378).

Prinzipiell bieten sich zwei Auswege an. Einmal könnte die Sozialhilfe generell gekürzt werden, dafür wird man jedoch — ganz abgesehen von der Frage, ob das mit dem Sozialstaatsprinzip unserer Verfassung vereinbar ist — nicht plädieren können, weil dadurch auch diejenigen getroffen werden, die trotz Bemühens gar keinen Arbeitsplatz finden oder die wegen in ihrer Person liegender Umstände keine Arbeit aufnehmen können. Im übrigen ist zu bedenken, daß ein Kürzungspotential — will man die Sozialhilfe nicht grundsätzlich umgestalten — nur bei den Regelsätzen besteht, die bei Alleinstehenden etwa 60 vH des gesamten Sozialhilfeanspruchs ausmachen. Eine schon eher vertretbare und im Gesetz vorgesehene Maßnahme ist, die Sozialhilfe im Einzelfall immer dann zu kürzen, wenn eine zumutbare Tätigkeit von einem Sozialhilfeempfänger nicht übernommen wird. Das läuft auf eine konsequente Anwendung und auch auf eine Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln hinaus, was mit erheblichen und meist wenig effizienten, aber kostspieligen Überprüfungen, Kontrollen und Begutachtungen und nicht zuletzt mit schwierigen Ermessensentscheidungen der Verwaltung verbunden ist.

Eine zweite Möglichkeit besteht darin, die Lohnkosten, die bei der Beschäftigung einfacher Arbeit entstehen, einerseits soweit zu senken, daß solche Arbeitsplätze rentabel werden, andererseits den in Frage kommenden Personen aber auch ein Nettoeinkommen zu gewährleisten, bei dem sie solche Arbeiten akzeptieren. Einfach ist dieser Weg freilich nicht (JG 93 Ziffern 314ff.). Immer besteht die Gefahr von Mitnahmeeffekten oder die, daß für einige Personen falsche Anreize gesetzt werden. Obwohl versucht werden muß, geeignete Konstruktionen zu finden, welche diese unerwünschten Nebenwirkungen verringern, ganz ausschließen wird man sie nicht können. Es macht aber andererseits auch wenig Sinn, von idealen Leitbildern auszugehen und jede Maßnahme allein daran zu beurteilen. Angesichts des drängenden Problems einer hohen dauerhaften Arbeitslosigkeit wäre bereits einiges mit einer Maßnahme gewonnen, die den gegenwärtigen Zustand wesentlich verbessert, selbst dann, wenn unerwünschte Nebeneffekte akzeptiert werden müssen, vorausgesetzt diese sind quantitativ unbedeutend und beeinträchtigen den Erfolg der Regelung nicht nachhaltig. Freilich, angesichts der Haushaltslage müssen diese auch finanzierbar sein.

Tabelle 52

Ausbildung der Beschäftigten in ausgewählten Berufsbereichen[1])

Früheres Bundesgebiet

Berufsbereich[2])	Insgesamt	Volks-/Hauptschulabschluß, Mittlere Reife[3])			Abitur[4])			Hochschulabschluß		ohne Angabe
		zusammen	ohne abgeschlossene(r) Berufsausbildung[5])	mit abgeschlossene(r) Berufsausbildung[5])	zusammen	ohne abgeschlossene(r) Berufsausbildung[5])	mit abgeschlossene(r) Berufsausbildung[5])	Fachhochschule[6])	Wissenschaftliche Hochschule[7])	
	Anzahl									
Insgesamt										
1980	20953864	18370582	6812463	11558119	382229	170183	212046	377687	447903	1375463
1993	23122456	19073050	5000763	14072287	909752	283794	625958	610902	870981	1657771
darunter: Fertigungsberufe										
1980 ...	8322794	7735508	3562323	4173185	29260	18492	10768	6765	2289	548972
1993 ...	7752500	7138458	2490005	4648453	63212	28291	34921	11373	5718	533739
Technische Berufe										
1980 ...	1309426	930447	97964	832483	39520	9962	29558	215926	97163	26370
1993 ...	1676376	1021270	69982	951288	96520	20075	76445	308191	201424	48971
Dienstleistungsberufe										
1980 ...	10740694	9245918	2912584	6333334	299690	131073	168617	149398	344841	700847
1993 ...	13254987	10540712	2279213	8261499	735426	226089	509337	284094	657127	1037628
	Anteile in vH									
Insgesamt										
1980	*100*	*87,7*	*32,5*	*55,2*	*1,8*	*0,8*	*1,0*	*1,8*	*2,1*	*6,6*
1993	*100*	*82,5*	*21,6*	*60,9*	*3,9*	*1,2*	*2,7*	*2,6*	*3,8*	*7,2*
darunter: Fertigungsberufe										
1980 ...	*100*	*92,9*	*42,8*	*50,1*	*0,4*	*0,2*	*0,1*	*0,1*	*0,0*	*6,6*
1993 ...	*100*	*92,1*	*32,1*	*60,0*	*0,8*	*0,4*	*0,5*	*0,1*	*0,1*	*6,9*
Technische Berufe										
1980 ...	*100*	*71,1*	*7,5*	*63,6*	*3,0*	*0,8*	*2,3*	*16,5*	*7,4*	*2,0*
1993 ...	*100*	*60,9*	*4,2*	*56,7*	*5,8*	*1,2*	*4,6*	*18,4*	*12,0*	*2,9*
Dienstleistungsberufe										
1980 ...	*100*	*86,1*	*27,1*	*59,0*	*2,8*	*1,2*	*1,6*	*1,4*	*3,2*	*6,5*
1993 ...	*100*	*79,5*	*17,2*	*62,3*	*5,5*	*1,7*	*3,8*	*2,1*	*5,0*	*7,8*

[1]) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Stand: 30. Juni).
[2]) Klassifizierung der Berufe, Statistisches Bundesamt, Ausgabe 1975.
[3]) Oder gleichwertige Schulbildung.
[4]) Hochschulreife allgemein oder fachgebunden.
[5]) Abgeschlossene Lehr- oder Anlernausbildung, Abschluß an einer Berufsfach-/Fachschule.
[6]) Einschließlich Ingenieurschulen.
[7]) Einschließlich Lehrerausbildung.

IV. Was gegen Arbeitslosigkeit getan werden kann

Eine Doppelstrategie

452. Eine überzeugende Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß mehreren Anforderungen genügen. Sie muß aufzeigen, welche Maßnahmen die einzelnen Träger der Wirtschaftspolitik ergreifen sollen und welches Verhalten den am Wirtschaftsprozeß beteiligten Gruppen abverlangt wird. Überzeugend wird die Strategie, wenn die Ziele, die mit den einzelnen Aspekten der Strategie verbunden sind, klar herausgearbeitet werden und konsensfähig sind. Dies alles muß vor dem Hintergrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen in Westdeutschland und Ostdeutschland gesehen werden.

453. Vor überzogenen Erwartungen muß indes gewarnt werden. Abgesehen von der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit, die sich zu einem guten Teil bei einem nachhaltigen Konjunkturaufschwung zurückbilden dürfte, besteht wenig Aussicht, die nicht-konjunkturelle, verfestigte Arbeitslosigkeit binnen kurzer Frist zu beseitigen. Es ist außerdem unrealistisch anzunehmen, mit einigen wenigen Maßnahmen oder gar einer einzigen sei das Problem zu lösen. Es gibt zahlreiche Ursachen der Arbeitslosigkeit, das spricht dafür, daß ein ganzes Bündel von Aktivitäten erforderlich ist. In der derzeitigen schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt kann auf keine Maßnahme verzichtet werden, auch wenn ihr Beitrag zur Lösung des Problems bescheiden anmuten mag. Die Forderungen nach neuen Instrumenten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewinnen durch ständiges Wiederholen nicht an Überzeugungskraft. Einiges kann schon erreicht werden, wenn die vorhandenen Erkenntnisse umgesetzt und die Instrumente tatkräftig eingesetzt werden. Dabei ist auch zu bedenken, daß es kaum eine Maßnahme gibt, die ohne Nebenwirkungen eingesetzt werden kann und bei der sich gleichzeitig alle gesellschaftlichen Gruppen besser stellen. Wundermittel sind nicht in Sicht, es bedarf vielmehr eines langen Atems und vieler Schritte. Aber illusionslos sein, heißt nicht tatenlos bleiben.

454. Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit empfiehlt sich eine Doppelstrategie: Die Wachstumskräfte müssen gestärkt werden und zugunsten von Problemgruppen müssen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen werden. Es geht nicht nur darum, bestehende Arbeitsplätze zu sichern, um die Zugänge in die Arbeitslosigkeit zu verringern, sondern vor allem auch darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen, um die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit zu erhöhen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird überdies noch dringlicher, wenn in größerem Umfang vorhandene Arbeitsplätze durch den Strukturwandel und den zunehmenden internationalen Wettbewerb unrentabel und daher vernichtet werden. Darüber hinaus muß versucht werden, den hohen Sockel der bereits eingetretenen Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Auch für Ostdeutschland gilt es, den etwa gleich hohen Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit wie in Westdeutschland zu verringern und einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Wachstumskräfte stärken

455. Neue Arbeitsplätze müssen in erster Linie im privaten Sektor entstehen. Voraussetzung dafür ist eine rege Investitionstätigkeit. Investitionen schaffen um so mehr Arbeitsplätze, je weniger Arbeit durch Sachkapital substituiert wird. Zu Substitutionseffekten in Form von Rationalisierungsinvestitionen kann es kommen, wenn die Lohnkosten im Vergleich zu den Kapitalkosten zu hoch sind.

Investitionen werden nur dann vorgenommen, wenn einerseits Aussicht besteht, daß die damit erstellten neuen Kapazitäten auch ausgelastet und andererseits die damit geschaffenen Arbeitsplätze als rentabel angesehen werden. Insoweit müssen gute Nachfragebedingungen und gute Angebotsbedingungen vorliegen: Stimmen im internationalen Standortwettbewerb und Produktwettbewerb die Angebotsbedingungen, werden innovative Produkte und Produktionsverfahren entwickelt, dann können Unternehmen neue Märkte erschließen und Nachfrage an sich ziehen, es entstehen Arbeitsplätze. Eine ausreichende Nachfrage schafft noch nicht zwangsläufig Arbeitsplätze im Inland. Handelbare Güter können verstärkt im Ausland nachgefragt werden; zudem stellt sich für den Investor die Alternative, im Ausland zu investieren und dort Arbeitsplätze zu schaffen. Angesichts des verstärkten internationalen Standortwettbewerbs sollte dieser Aspekt von der Lohnpolitik bedacht werden. Es geht nicht darum, das hiesige Lohnniveau beispielsweise auf das in den Reformstaaten in Mitteleuropa und Osteuropa herunterzuschleusen, das wäre unrealistisch und auch nicht wünschenswert. Aber es geht sehr wohl darum, die Standortvorteile in Deutschland nicht durch unangemessene Lohnkosten zu verspielen.

456. Diesen Herausforderungen können Unternehmen und Arbeitnehmer nur gemeinsam erfolgreich begegnen. Unternehmen müssen durch Innovationen, effizientes Management sowie Motivierung und Ausbildung der Mitarbeiter ihren Beitrag leisten. Die Tarifvertragsparteien müssen Lohnabschlüsse herbeiführen, die sowohl von der Höhe wie auch von der Struktur her die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen von der Kostenseite nicht gefährden, mehr noch, die dafür sorgen, daß Investitionen in neue Arbeitsplätze getätigt werden. Dazu trägt der Sachverständigenrat auch in diesem Jahr Überlegungen vor, welche als Orientierungen für den Lohnfindungsprozeß dienlich sein können (Ziffer 366).

Noch einmal: In der derzeitigen schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt kann es nicht nur um Beschäftigungssicherung in dem Sinne gehen, daß die Arbeitsplatzbesitzer ihre Arbeitsplätze erhalten und die Arbeitslosen draußen bleiben, sondern auch darum, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Gegenüber den Arbeitslosen als den Außenseitern auf dem Arbeitsmarkt wäre es im bevorstehenden Konjunkturaufschwung unsolidarisch, die Löhne in ihrer Höhe und Struktur so zu setzen, daß das Beschäfti-

gungsvolumen unverändert bleibt. Dies gilt gleichermaßen für Ostdeutschland wie für Westdeutschland. Es wäre für den Aufbauprozeß in Ostdeutschland verhängnisvoll, wenn diese Anfangserfolge durch eine forcierte Lohnangleichung an das westdeutsche Niveau beeinträchtigt würden. Angesichts des nunmehr langsameren Preisauftriebs in Ostdeutschland ist eine Pause bei dem Aufholprozeß ostdeutscher Löhne vertretbar; die Produktivitätsregel kann in Ostdeutschland ohnehin noch nicht und im übrigen in Westdeutschland noch nicht wieder angewandt werden (Ziffern 362 und 366).

457. So wichtig die Lohnpolitik als Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, es gilt auch: Mit Lohnzurückhaltung und stärker differenzierten Löhnen allein kann die bestehende Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Zur Attraktivität des Standorts Deutschland gehört neben der Innovationstätigkeit der Unternehmen auch die Erweiterung und Aktualisierung des Humankapitals. Auch hier müssen die Unternehmen in die Pflicht genommen werden, es liegt in ihrem eigenen ökonomischen Interesse, genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen. Sie haben in der Vergangenheit in häufig vorbildlicher Weise zur Lösung des Problems eines Lehrstellenmangels beigetragen und tun dies vielerorts auch heute. Allein schon aus ökonomischer Sicht grenzt es an Fahrlässigkeit, wenn aus kurzfristigen Kostenüberlegungen Maßnahmen der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung zurückgefahren werden. Der hohe Standard des Humankapitals der Erwerbsbevölkerung stellt einen der wichtigsten Standortvorteile der deutschen Volkswirtschaft dar. Ihn durch nachlassende Anstrengungen im Bereich der beruflichen Bildung zu gefährden, kann selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten keine ernstzunehmende Option sein. Unternehmen werden auch in Zukunft auf gut ausgebildete Facharbeiter angewiesen sein. Ihre Ausbildung jetzt zu vernachlässigen, würde sich bitter rächen. Jugendliche ohne berufliche Ausbildung, deren Eintritt in das Erwerbsleben mit Arbeitslosigkeit beginnt, sind überdies nach aller Erfahrung besonders gefährdet, in die Kriminalität abzugleiten und anfällig gegenüber politischem Radikalismus zu werden. Daher stellt es eine Herausforderung mit hoher Priorität dar, daß es in Ostdeutschland in ausreichendem Maß privat finanzierte Ausbildungsplätze, auch in Form überbetrieblicher Ausbildungsstätten, gibt. Angesichts des Überschußangebots an Ausbildungsplätzen in Westdeutschland bietet es sich für eine Übergangsfrist an, durch staatliche Mobilitätsbeihilfen ostdeutsche Bewerber auf Ausbildungsplätze in Westdeutschland zu vermitteln. Dies ist im Einzelfall nicht frei von Problemen und erfordert zusätzliches Engagement auf beiden Seiten, ist jedoch der Alternative, nichts zu tun, deutlich überlegen.

Für die Qualität des Arbeitskräfteangebots ist nicht allein die berufsnahe Ausbildung von Bedeutung, ebenso wichtig ist die allgemeine Ausbildung im Schulwesen und an den Universitäten, die wesentlich über die Fähigkeit der Abgänger entscheidet, berufsspezifische Kenntnisse zu erlangen. So wie die berufsnahe Ausbildung des „dualen Systems" den ständig wandelnden Anforderungen angepaßt werden muß — etwa durch rasche Einführung neuer Ausbildungsgänge —, so wichtig ist es auch, das sonstige staatliche Bildungswesen auf den Prüfstand zu stellen. Die Diskussion, die über die Qualität des Schulwesens und die Universitätsausbildung geführt wird, ist aus diesem Grunde zu begrüßen. Allerdings werden generelle, teilweise verkürzte Schlußfolgerungen aus dieser Diskussion — wie zum Beispiel die undifferenzierte Forderung nach kürzeren Ausbildungszeiten und nach abgesenkten Standards sowie erweiterten Zugangsmöglichkeiten in den einzelnen Ausbildungsstufen — den verschiedenen Zielsetzungen, die eine Reform anzustreben hätte, nicht gerecht: Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Ausbildung, um Arbeitskräfte im Hinblick auf veränderte Qualifikationsanforderungen flexibler zu machen, stärkere Verzahnung von Wissenschaft und wirtschaftsnaher Forschung, um die wirtschaftliche Umsetzung theoretischer Erkenntnisse zu verstärken und teilweise auch Verbesserungen der materiellen und personellen Infrastruktur, um eine effizientere Umsetzung von Lehrplänen zu ermöglichen.

458. Die Wirtschaftspolitik ist angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation vor besondere Herausforderungen gestellt. Sie muß die geeigneten Rahmenbedingungen für funktionstüchtige Märkte gewährleisten, damit sich der Wachstumsprozeß entfalten kann. Außerdem bedürfen spezielle Gruppen bei den Arbeitslosen gezielter Hilfen; hier muß die aktive Arbeitsmarktpolitik stärker als bisher in die Pflicht genommen werden.

459. Ein beschäftigungsfreundliches Steuersystem genießt bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen hohe Priorität. Dies betrifft vor allem die Abgabenbelastung auf den Produktionsfaktor Arbeit. Es ist schwer nachvollziehbar, daß einerseits der Arbeitseinsatz mit immer höheren Abgaben verteuert wird, zum Beispiel zur Finanzierung der sozialen Sicherung, andererseits aber dann Klage über Beschäftigungsprobleme geführt wird. Wenn eine Absenkung des bestehenden Niveaus der sozialen Sicherung nicht in Frage kommt, dann muß der Faktor Arbeit teilweise entlastet werden. Dies kann beispielsweise durch die Verlagerung einiger Komponenten von Sozialleistungen in den Bereich der privaten Vorsorge, wie etwa die Sozialplanleistungen und die Pflegeversicherung, erreicht werden. Es ist aber auch weiterhin zu prüfen, inwieweit bestimmte Leistungen, die über die Sozialversicherung finanziert werden, als versicherungsfremd einzustufen sind und nicht über Beiträge finanziert werden sollten. Dabei sind die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik nicht generell als versicherungsfremde Leistungen anzusehen, sondern nur in besonderen Fällen. Ein Sonderfall waren die mit der Vereinigung verbundenen Belastungen der Arbeitslosenversicherung (JG 92 Ziffer 358). Eine stärkere Belastung des Faktors Sachkapital verbietet sich für die Finanzierung solcher Leistungen, denn Investitionen sind für die Schaffung neuer Arbeitsplätze unverzichtbar. Auch eine höhere Besteuerung der Unternehmensgewinne sollte angesichts des internationalen Wettbewerbs um mobiles Kapital nicht erwogen werden, im Gegenteil, nach wie vor ist eine Reform der Unternehmensbesteuerung geboten (Ziffern 304ff.). Schließlich wäre es höchst problematisch, die vom Sachverständigenrat disku-

tierten Elemente einer mehr nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichteten Besteuerung als Basis der Finanzierung von Sozialleistungen anzusetzen (Ziffer 328). Soweit Umschichtungen im Steuer- und Abgabensystem geboten sind, sollte eine stärkere Besteuerung des privaten Konsums ins Auge gefaßt werden.

Funktionsstörungen beseitigen

460. Neben der Stärkung der Wachstumskräfte kommt der Wirtschaftspolitik die Aufgabe zu, Funktionsstörungen auf den Arbeitsmärkten zu beseitigen: Der Verfestigung der Arbeitslosigkeit muß entgegengewirkt, die Abstimmungsprobleme zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach Arbeitsplätzen müssen verringert, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Strukturwandel erleichtert und das Arbeitsrecht beschäftigungsfreundlicher gestaltet werden. Einiges ist bereits in Angriff genommen worden, vieles bleibt noch zu tun.

461. Im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994 wurden die Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverträgen bis zum Jahre 2000 verlängert. Nach empirischen Untersuchungen werden diese von den Unternehmen genutzt; es werden auch Beschäftigungsverhältnisse begründet, die sonst nicht zustande gekommen wären. Es steht aber zu vermuten, daß Unternehmen die Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge abzuschließen, hauptsächlich zu einer verbesserten Personalauslese benutzen, es ist jedenfalls nicht bekannt, ob dies insbesondere Arbeitnehmern zugute kommt, für die der besondere Kündigungsschutz gilt. Weiterhin wurden private Arbeitsvermittler nun grundsätzlich für alle Berufe und Personengruppen zugelassen. Als Folge davon war auch die Gründung von privaten Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften möglich, die schwervermittelbare Arbeitslose einstellen und an Unternehmen überlassen, ohne daß diese beim Entleiher ein Beschäftigungsverhältnis eingehen. Schließlich wurde das Gesetz zur Vereinheitlichung und Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts verabschiedet (Ziffer 119).

462. Vieles von dem, was noch zu tun ist, liegt in der Hand der Tarifvertragsparteien. Sie können prüfen, inwieweit eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit beispielsweise durch Reorganisation der Arbeitsschichten zu verlängerten Maschinenlaufzeiten und damit zu einer Kostenentlastung bei den Unternehmen führen kann. Gegenstand weiterer Überlegungen könnte auch eine verstärkte Anwendung von Einsteigertarifen für besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes sein, wie etwa für Langzeitarbeitslose oder Jugendliche beim Übergang von der beruflichen Ausbildung in die Beschäftigung. Als Grundlage solcher Erwägungen könnten die Tarifvereinbarungen in der Chemischen Industrie aus dem Jahre 1994 dienen. Zu bedenken ist ferner, ob in den Tarifverträgen nicht eine Option Berücksichtigung finden könnte, die es Arbeitnehmern nach eigener Wahl erlaubt, den Umfang bestimmter tarifvertraglicher oder gesetzlich vorgeschriebener Leistungen selbstverantwortlich zu bestimmen, beispielsweise durch den Abschluß einer Versicherung.

463. Auch dem Staat kommt bei der Beseitigung von Funktionsstörungen auf den Arbeitsmärkten eine wichtige Rolle zu. Das Arbeitsrecht ist durch Richterrecht wesentlich weiterentwickelt, aber auch unübersichtlich, wenn nicht sogar undurchschaubar geworden, auf jeden Fall aber in vielen Fällen für Unternehmen und Arbeitnehmer nicht mehr berechenbar. Dies betrifft hauptsächlich das Kündigungsschutzrecht: Die meisten Unternehmen sind ohnehin an stabilen Beschäftigungsverhältnissen interessiert, weil sie in das Humankapital ihrer Arbeitnehmer investiert haben; insoweit mag ein weitgehendes Kündigungsrecht zwar nicht beschäftigungsfeindlich sein, ist aber, von Mindestnormen abgesehen, überflüssig. Zu einem Beschäftigungshindernis kann es bei Tätigkeiten werden, bei denen eine größere Fluktuation der Arbeitskräfte eher die Regel als die Ausnahme darstellt, und bei solchen Regelungen, bei denen zu vermuten ist, daß sie hauptsächlich die Arbeitsplatzbesitzer schützen, aber den Arbeitslosen als den Außenseitern geringe Chancen einräumt, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Wie immer das alles auch eingeschätzt werden mag, mehr Klarheit und Verläßlichkeit im Arbeitsrecht würde die Funktionstüchtigkeit von Arbeitsmärkten erhöhen. Eine Möglichkeit, freilich auch eine große Herausforderung, besteht darin, erneut den Versuch zu machen, ein Arbeitsgesetzbuch in Angriff zu nehmen.

Teilzeitarbeit: Ein Beschäftigungspotential?

464. In zunehmendem Maße wird in der Öffentlichkeit die Möglichkeit diskutiert, durch Erhöhung der Teilzeitarbeit zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Als Vorbild werden häufig die Niederlande genannt. In mehr Teilzeitarbeit wird mitunter sogar der Schlüssel zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit gesehen, weil angeblich bei einer Übertragung der Teilzeitquoten der Niederlande auf Westdeutschland bei unverändertem Arbeitsvolumen rein rechnerisch aus 2,5 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen rund 5,2 Millionen Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden könnten, wobei — zufällig oder nicht — die Differenz von knapp 2,7 Millionen Beschäftigten in etwa der jahresdurchschnittlichen Anzahl von Arbeitslosen in Westdeutschland im Jahre 1994 entspricht. Vor solchen übertriebenen Erwartungen kann nur gewarnt werden.

Teilzeitarbeit liegt vor, wenn die tarifliche oder betriebsübliche Wochenarbeitszeit für Vollzeitarbeitskräfte regelmäßig unterschritten wird. Angesichts auch sektoral unterschiedlicher tariflicher Arbeitszeiten läßt sich Teilzeitarbeit kaum noch mit einer für die gesamte Volkswirtschaft einheitlichen Wochenstundenzahl definieren. Analoges gilt für einen internationalen Vergleich. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) ist dazu übergegangen, Teilzeitarbeit durch Selbsteinstufung der befragten Arbeitnehmer zu ermitteln.

465. In der Tat zeichnen sich die Niederlande durch eine im Vergleich zu Westdeutschland wesentlich höhere Zunahme der Erwerbstätigkeit insbesondere auch in den achtziger Jahren aus. Einerseits trägt zur Erklärung dieser Entwicklung der vergleichsweise

langsamere Reallohnanstieg bei: Die Niederlande wiesen im Zeitraum 1980 bis 1990 von allen OECD-Staaten die geringste jahresdurchschnittliche Steigerungsrate der realen Löhne wie auch der Lohnstückkosten auf. Zum anderen hat die Teilzeitarbeit nachhaltig zugenommen. Laut Eurostat gaben in den Niederlanden 1991 rund 16 vH der männlichen Erwerbstätigen und etwa 59 vH der weiblichen Erwerbstätigen an, einer Teilzeitarbeit nachzugehen, wobei diese Quoten im Vergleich zu 1983 sich jeweils um knapp zehn Prozentpunkte erhöht haben. Anders in Westdeutschland: Hier stieg die Teilzeitquote bei den männlichen Erwerbstätigen im Zeitraum 1983 bis 1991 von 1,1 vH auf 2,2 vH, während sich die entsprechenden Zahlen bei den Frauen auf 29,6 vH beziehungsweise 34,0 vH belaufen.

Die Teilzeitarbeit in den Niederlanden konzentriert sich hauptsächlich auf Frauen und auf den Dienstleistungssektor sowie auf die Landwirtschaft, das heißt der Anstieg der Teilzeitquoten in den Niederlanden ging mit einer Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen und einer Ausweitung des Dienstleistungssektors einher. Betrachtet man die Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten in den Niederlanden, so fällt der Anteil der gering Teilzeit-Arbeitenden (unter 10 Wochenstunden) auf, welcher rund 43 vH bei den Männern und 32 vH bei den Frauen beträgt; die entsprechenden Anteile in Westdeutschland sind 29 vH bei den Männern und 17 vH bei den Frauen.

466. Aus den Erfahrungen anderer Länder könnte man schließen, daß der Spielraum für mehr Teilzeitarbeit insbesondere bei den männlichen Erwerbstätigen noch nicht ausgeschöpft ist. Dies setzt allerdings eine entsprechende Bereitschaft bei Arbeitnehmern und Unternehmen voraus.

Befragungen bei Arbeitnehmern, die in jüngerer Zeit durchgeführt worden sind, lassen den Schluß zu, daß in begrenztem Umfang eine solche Bereitschaft auch dann vorhanden ist, wenn sich die Verdienste entsprechend der Arbeitszeit ändern. Jedoch liegen diesbezügliche Potentiale hauptsächlich bei den weiblichen Erwerbstätigen. Eine Befragung im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels aus dem Jahre 1993 ergab für Westdeutschland für vollzeitbeschäftigte Frauen eine Differenz zwischen vereinbarter und gewünschter Arbeitszeit in Höhe von 4,2 Stunden pro Woche, aber nur 0,8 Stunden bei vollzeitbeschäftigten Männern. Hingegen kehren sich diese Differenzen bei den Teilzeitbeschäftigten um: Männer wünschen 4 Stunden und Frauen 0,8 Stunden pro Woche mehr zu arbeiten.

Einmal unterstellt, diese Wünsche nach einer geringeren Arbeitszeit ohne Lohnausgleich könnten realisiert werden, dann entspricht die daraus resultierende Beschäftigtenzunahme nicht einer Abnahme der Arbeitslosenzahlen. Zum einen interessieren sich viele nicht als arbeitslos registrierte Arbeitsuchende bei ihrem Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt hauptsächlich für eine Teilzeitbeschäftigung, zum anderen will, wie oben dargestellt, eine nicht geringe Anzahl von Teilzeitbeschäftigten mehr arbeiten.

467. Auch bei den Unternehmen ist die Bereitschaft, Teilzeitarbeitsplätze anzubieten, gestiegen, sonst hätten sich die Teilzeitquoten im Zeitablauf nicht erhöhen können. Den Kosteneinsparungen bei Teilzeitarbeit stehen indessen eine Reihe zusätzlicher Belastungen gegenüber, und der Saldo hängt entscheidend von der Art der Tätigkeit ab. Positiv schlagen möglicherweise eine höhere Arbeitsproduktivität je geleisteter Stunde und geringere Fehlzeiten zu Buche. Dem sind Kosten gegenzurechnen, die sich beispielsweise aufgrund von vermehrter Einarbeitung, Fortbildung und Personalbetreuung ergeben. Unter Umständen kann auch die Gesamtbelastung der Unternehmen mit Beiträgen zur Sozialversicherung steigen, beispielsweise wenn ein Vollzeitarbeitsplatz mit einem Verdienst oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt wird. Am ehesten dürften sich die Kostenbelastungen bei standardisierten Tätigkeiten in Grenzen halten, insbesondere wenn diese in zeitlich unabhängige Segmente zerlegt werden können. Dies betrifft hauptsächlich den Dienstleistungssektor einschließlich der öffentlichen Verwaltung. Allerdings ergibt sich ein Akzeptanzproblem in der Form, daß der Wunsch nach Teilzeitarbeit vielfach mit geringerer Arbeitsmotivation und Belastbarkeit gleichgesetzt wird, mit der Folge verringerter Aufstiegschancen für Teilzeitbeschäftigte.

468. Einer nachhaltigen Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung können Matching-Probleme und institutionelle Regelungen im Wege stehen. Die Mehrnachfrage nach Arbeit seitens der Unternehmen kann auf Schranken stoßen, wenn Teilzeitarbeitsuchende mit der erforderlichen Qualifikation regional nicht verfügbar sind. Trotz einer erheblichen Arbeitslosigkeit auf Grund von Abstimmungsproblemen sollte dieser Aspekt angesichts der derzeitig hohen Arbeitslosigkeit aber kein unüberwindbares Hindernis darstellen.

Zu prüfen sind weiterhin Aspekte der Teilzeitarbeit im Zusammenhang mit der Sozialversicherung. Grundsätzlich muß vermieden werden, daß aus geringer Beschäftigung überproportionale Ansprüche erwachsen. Im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Gesetzlichen Pflegeversicherung bestehen allerdings oft bereits Absicherungen im Rahmen einer Familienversicherung, so daß häufig gar kein Interesse der Teilzeitbeschäftigten an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen vorhanden ist. Anders liegen die Dinge in der Gesetzlichen Rentenversicherung, in der mit zusätzlichen Beiträgen auch höhere Ansprüche erreicht werden können. Hier wäre wohl zu prüfen, ob eigene (nicht abgeleitete) Rentenansprüche für Ehepartner geschaffen werden sollen.

Außerdem sind Fragen insbesondere des Kündigungsschutzes und der Sozialplanregelungen zu klären, aber auch zu entscheiden, inwieweit Teilzeitbeschäftigte in die Berechnung der Beschäftigtenzahlen eingehen sollen, von denen abhängt, ob und in welcher Form ein Unternehmen der Mitbestimmung unterliegt.

469. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß durch einen höheren Umfang von Teilzeitarbeitsplätzen zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden kann. Es muß sich allerdings um freiwillige Teilzeitbeschäf-

tigung handeln, und sie muß sich für die Unternehmen rechnen. Mehr Teilzeitarbeit als Umverteilung eines angeblich gegebenen Arbeitsvolumens zu betreiben, wäre nicht sinnvoll; dies liefe auf eine Teilzeit-Arbeitslosigkeit hinaus.

Aktive Arbeitsmarktpolitik gezielt intensivieren

470. Die Analyse der Bewegungen und des Zusammenspiels von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hat zwei Problembereiche aufgedeckt: das der Langzeitarbeitslosigkeit und das der Arbeitslosigkeit aufgrund eines Mismatch. Dabei ist hervorzuheben, daß es zwar Überschneidungen zwischen beiden Problembereichen gibt, jedoch Langzeitarbeitslosigkeit auch allein als Folge der bisherigen Arbeitslosigkeit entstehen und sich verhärten kann. Damit stellt sich als erstes die Frage, ob diesen Arbeitslosen mit Maßnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wirkungsvoll geholfen werden kann.

Diese Aufgabenzuweisung an die aktive Arbeitsmarktpolitik mag als zu eng kritisiert werden, weil es nicht nur um eine nachträgliche Reparatur einmal eingetretener Fehlentwicklungen gehe, sondern auch um präventive Maßnahmen. Einerseits dürfe aus kurzfristiger Arbeitslosigkeit erst gar nicht Langzeitarbeitslosigkeit entstehen, und überdies müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Erwerbstätigen bereits frühzeitig eine genügend hohe regionale und qualifikatorische Flexibilität aufweisen, um Matching-Probleme, wenn schon nicht ganz zu verhindern, dann doch erheblich zu verringern. Daher ist zweitens zu fragen, ob eine aktive Arbeitsmarktpolitik auch diesen weiterreichenden Anforderungen genügen kann.

471. Unbestritten ist, daß berufliche und regionale Flexibilität aller Erwerbspersonen eine Voraussetzung zur Bewältigung des Strukturwandels darstellt. Flexibilität ist um so dringlicher, je größer die Herausforderungen auch des internationalen Wettbewerbs werden. Solche Flexibilität zu gewährleisten, ist jedoch nicht die Aufgabe einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie gelegentlich gefordert wird, sondern muß der Initiative und dem Engagement aller Erwerbspersonen und Unternehmen vorbehalten bleiben. Die Bundesanstalt für Arbeit wäre vor allem auch finanziell überfordert, wollte man ihr die Verantwortung und Finanzierung von sicherlich notwendigen Maßnahmen der beruflichen Bildung und Weiterbildung von rund 35 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland übertragen. Das gilt auch für die Förderung der regionalen Mobilität. Die Vermeidung oder zumindest die Verringerung der Gefahr einer zukünftigen nicht-konjunkturellen Arbeitslosigkeit aufgrund von Flexibilitätsdefiziten muß Teil einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sein, bei der alle wirtschaftlichen Gruppen und viele Institutionen in die Pflicht genommen werden müssen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik sollte sich in Westdeutschland daher den Arbeitslosen widmen, diese Aufgabe ist bereits Herausforderung genug. Für Ostdeutschland mögen für die Übergangsphase andere Bedingungen gelten, hier können breiter angelegte Fortbildungen und Umschulungsmaßnahmen hilfreich sein.

Dieser Grundlinie versucht auch die aktive Arbeitsmarktpolitik zu folgen. Langzeitarbeitslose können dabei direkt gefördert werden (Lohnkostenzuschüsse bei unbefristeter Einstellung Langzeitarbeitsloser bis Ende des Jahres 1994 sowie Maßnahmen der Beschäftigung, beruflichen Qualifizierung und sozialen Betreuung für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose, die über zwei Jahre arbeitslos sind, und für weitere schwerstvermittelbare Arbeitslose bis Ende des Jahres 1998). Indirekt kann auch versucht werden, bereits die Entstehung von Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung sowie Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung). All diesen Instrumenten ist die Schwierigkeit zu eigen, eine arbeitsmarktliche Förderwirkung zu erzielen, gleichzeitig aber mögliche Mitnahmeeffekte zu minimieren. Zu diesem Zweck wurden zum einen das Arbeitsförderungsgesetz sowie die Ausführungsanordnungen der Bundesanstalt für Arbeit wiederholt geändert. Neuerdings sollen auch den Begünstigten selbst finanzielle Anreize gegeben werden, neue Arbeitsplätze im regulären Arbeitsmarkt zu suchen.

Da die Bundesanstalt für Arbeit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht selbst durchführt, sondern sich hierzu sogenannter Maßnahmeträger bedient, die mit den geförderten Arbeitskräften arbeitsrechtliche Verträge schließen, greifen die Regulierungen schwerpunktmäßig bei der sachlichen Begrenzung förderfähiger Arbeiten, bei ihrer Förderungsdauer und beim förderfähigen Personenkreis. Als Förderungsvoraussetzung muß immer die Zusätzlichkeit der im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verrichtenden Arbeiten gegeben sein. Das heißt, es können nur Arbeiten gefördert werden, die sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt (in der Regel zwei Jahre) durchgeführt würden und die grundsätzlich nicht zu den Pflichtaufgaben der Maßnahmeträger zählen. Ferner müssen die Arbeiten im öffentlichen Interesse liegen, also einem unbegrenzten Personenkreis unmittelbar oder mittelbar dienen. Hierbei begründet die Beschäftigung von Arbeitslosen allein noch nicht das öffentliche Interesse. Zudem müssen die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zweckmäßig sein, das heißt in Problemschwerpunkten der regionalen und beruflichen Teilarbeitsmärkte eingesetzt werden. Schließlich ist die Förderdauer grundsätzlich auf ein Jahr begrenzt, wobei aus arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Gründen auch zwei Jahre und in Ausnahmefällen bis zu drei Jahre möglich sind.

Damit die wirtschaftliche Effizienz gewährleistet ist, soll der Träger einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, sofern er nicht selbst ein Wirtschaftsunternehmen ist, grundsätzlich mit der Durchführung der Arbeiten ein Wirtschaftsunternehmen beauftragen (Vorrang der Vergabearbeiten). Zudem wird dem Maßnahmeträger in der Regel nur ein Zuschuß zu den ihm entstehenden (Arbeits-)Kosten gewährt, dessen Höhe nach regionaler und persönlicher Arbeitsmarktsituation sowie des Grades an Eigeninteresse des Maßnahmeträgers abgestuft ist. Auch hiervon wird, sofern der Maßnahmeträger eigene Mittel einsetzen muß, eher eine wirtschaftliche Vorgehensweise erhofft.

472. Auch zielgerichtete Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind teuer, langwierig und bezüglich ihres Erfolges schwer einschätzbar. Die im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für 1994 veranschlagten Ausgaben für Fortbildungskurse und Umschulungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüsse nach § 249h AFG belaufen sich auf 27,6 Mrd DM, das heißt auf ein Viertel aller Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit nach den Haushaltsansätzen für 1994. Die Wirkung dieser Maßnahmen ist angesichts des Mangels an gesicherten empirischen Evaluationsstudien schwer zu beurteilen. Als vergleichsweise sichere Erkenntnis kann gelten, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um so teurer wird, je länger man damit wartet.

473. Maßnahmen für Arbeitslose beginnen mit einer intensiven Beratung und Betreuung durch die Arbeitsämter, aber auch durch Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern. Dabei geht es nicht nur um eine Evaluation der beruflichen Fähigkeiten der Arbeitslosen, sondern auch um die aktive Erkundung von bisher nicht gemeldeten Beschäftigungsmöglichkeiten in den Betrieben. In Kooperation mit beiden Kammern können Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung ergänzend hinzutreten. Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang eine intensivere Betreuung der Arbeitslosen beispielsweise durch Eignungstests und die Herstellung von Kontakten zu den Unternehmen. Hingegen können regionale Matching-Probleme durch die aktive Arbeitsmarktpolitik nur sehr begrenzt verringert werden. Soweit sie auf Informationsdefiziten beruhen, ist die Bundesanstalt für Arbeit gefordert. Bei der Bereitstellung von Informationen über Arbeitslose und gemeldete offene Stellen im Bundesgebiet sind in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielt worden, wenn wohl auch alle Möglichkeiten noch nicht voll ausgeschöpft sind. Eine höhere Meldequote seitens der Betriebe über zu besetzende Arbeitsplätze wäre in diesem Zusammenhang hilfreich. Allerdings werden regionale Matching-Probleme wohl eher durch den angespannten Wohnungsmarkt, institutionelle Hemmnisse und soziale Bindungen verursacht. Es ist daher unwahrscheinlich, daß Zuschüsse zu den Umzugskosten hier einen wirksamen Beitrag leisten können. Verteilt auf die zu erwartende Dauer eines Arbeitsverhältnisses stellen sie in der Regel eine vernachlässigbare Größe dar und wären wohl zu einem erheblichen Grad mit Mitnahmeeffekten verbunden.

474. Bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sollte das Kriterium der betrieblichen Nähe der Maßnahmen besonders beachtet werden. Wie Erfahrungen in einigen europäischen Ländern zeigen, sollte dafür Sorge getragen werden, daß diese Personen den Kontakt zur Arbeitswelt nicht verlieren, um somit ihre Vermittlungschancen zu erhöhen. Hilfreicher mögen hier im Vergleich zur Umschulung und Fortbildung in erster Linie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sein. An die damit einhergehende Subventionierung der Lohnkosten müssen allerdings strenge Maßstäbe gelegt werden. In Westdeutschland sollte diese Lohnkostensubventionierung schon wegen der knappen Mittel nur auf eng abgegrenzte Zielgruppen bei den Langzeitarbeitslosen angewandt werden, wobei das Tätigkeitsfeld klar umrissen, die Dauer der Subventionierung zeitlich befristet und das Abstandsgebot zu regulären Beschäftigungsverhältnissen gewahrt sein muß (JG 93 Ziffer 384). Die finanzielle Förderung ist nach dem Grad der Vermittelbarkeit zu differenzieren. Für Ostdeutschland gelten angesichts der besonderen Situation weiter gefaßte Kriterien, was den Umfang einer subventionierten Beschäftigung im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angeht (JG 93 Ziffer 286). Unter den genannten Voraussetzungen stellt die 1993 geschaffene Regelung der „Produktiven Arbeitsförderung Ost" nach § 249h AFG ein brauchbares Instrument dar, welches die finanzielle Unterstützung von Tätigkeiten in den Bereichen Umweltsanierung, soziale Dienste, Jugendschutz und zusätzlich ab 1994 in den Bereichen Verbesserung des Breitensports, freie Kulturarbeit und Vorbereitung der Denkmalpflege vorsieht.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist auch die Arbeitsvermittlung durch Arbeitnehmerüberlassung beispielsweise in Anlehnung an das niederländische START-Modell ein gangbarer Weg. Solche privaten, als gemeinnützig anerkannten Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften stellen schwer vermittelbare Arbeitslose ein — im Gegensatz zu den Niederlanden jedoch in Deutschland mit unbefristeten Arbeitsverträgen — und überlassen sie Betrieben, die somit, ohne ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen, prüfen können, ob der Betreffende den betrieblichen Anforderungen entspricht. Das entleihende Unternehmen entlohnt den Arbeitnehmer entsprechend den betriebsüblichen Entgelten und vergütet der Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaft die mit der Vermittlung und Betreuung des Arbeitslosen einhergehenden Kosten. Die Bundesregierung hat Fördermittel in Höhe von bis zu 51 Mio DM für den Zeitraum bis Ende 1996 zur Anschubfinanzierung für die Tätigkeit solcher Gesellschaften bereitgestellt. Diese Zuwendungen werden als zinslose Darlehen oder Zuschüsse zu den Sachkosten und Personalkosten der Entleihgesellschaft gewährt. Wenn damit auch schwer vermittelbaren Arbeitslosen eine Chance eröffnet wird, sich in einem Betrieb zu bewähren, so ist schwer einzusehen, warum die Tätigkeit der Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaft durch den Tatbestand unbefristeter Arbeitsverträge möglicherweise erschwert wird. Zu prüfen ist auch, ob niedrigere Einsteigertarife — wie beispielsweise in der Chemischen Industrie vereinbart — einen zusätzlichen Anreiz für Unternehmen darstellen, von dem Angebot der Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaft Gebrauch zu machen.

475. Mitunter wird gefordert, die Regelungen des § 249h AFG auch auf Westdeutschland in Form eines zweiten Arbeitsmarktes zu übernehmen. Seit Mitte 1994 ist eine Ausweitung im Rahmen des § 242s AFG in der Tat vorgenommen worden, und zwar für die Bereiche des § 249h AFG in der Fassung vor 1994, also für Maßnahmen im Bereich der Umweltverbesserung, sozialen Dienste und Jugendhilfe.

Der Sachverständigenrat verkennt nicht die positiven Wirkungen, die von solchen Maßnahmen ausgehen. Sie bestehen in erster Linie darin, daß den Arbeitslosen eine Brücke zur Arbeitswelt gebaut und ihre soziale Ausgrenzung mit allen nachteiligen Folgen zumindest verringert, wenn nicht sogar vermieden wird. Es ist auch unbestritten, daß sich die Ausgaben für diese aktive Arbeitsmarktpolitik insoweit selbst finanzieren, als Lohnersatzleistungen eingespart werden. Hinzu kommen Folgewirkungen auf Grund einer höheren Produktion und Nachfrage, die zu höheren Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen führen mögen, obgleich diesbezügliche Schätzungen mit großen Unsicherheiten belastet sind. Man muß jedoch auch die Kehrseite sehen, daß nämlich nach allen bisherigen Erfahrungen mit Subventionierungen ein solcher zweiter Arbeitsmarkt eine Dauereinrichtung zu werden droht und zu Verhaltensänderungen führt, weil nunmehr der Staat als Auffangbecken

für ansonsten nicht zustande gekommene Beschäftigungsverhältnisse in die Rolle eines Beschäftigungsgaranten hineinwächst. Von möglichen Mitnahmeeffekten und Verdrängungswirkungen privater Unternehmen einmal abgesehen, die sich nie ganz vermeiden lassen, gäbe der Staat letzlich eine Beschäftigungsgarantie ab, wenn auch anfangs vielleicht auf einem Niveau, welches am unteren Ende des Spektrums der Entlohnung und der Qualifikationsskala angesiedelt sein mag. Durch genügend starken Druck auf die politisch Verantwortlichen besteht die Gefahr, daß sich der zweite Arbeitsmarkt ausbreitet und die Tarifvertragsparteien aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Die Finanzierung erforderte dann einen erheblichen Anstieg der Abgaben, mit allen nachteiligen Folgen für die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft im Vergleich zu anderen internationalen Wettbewerbern.

476. Um im Bereich weniger produktiver Arbeit für mehr Beschäftigung zu sorgen und so das Problem der Sockelarbeitslosigkeit zu verringern, werden immer wieder Lohnsubventionen gefordert. Sie sollen an Unternehmen gezahlt werden, die weniger produktive Arbeit nachfragen, sie aber zu einem Lohn vergüten, der deutlich über dem Grenzwertprodukt liegt. Die Lohnsubvention soll die nicht durch die Produktivität gedeckten Lohnkosten kompensieren; mit steigender Produktivität soll sie unterproportional zurückgeführt werden.

Gegen dieses Instrument sprechen mehrere Argumente:

— Grundsätzlich lassen sich Lohnsubventionen nur schwer mit dem Prinzip der Tarifautonomie vereinbaren. Der Zusammenhang zwischen Tariflöhnen und Beschäftigungsverantwortung der Tarifvertragsparteien würde vollends aufgehoben. Bei diesen mag die Erwartung als nicht unbegründet erscheinen, daß künftig der Staat die beschäftigungspolitischen Folgen verfehlter Tarifabschlüsse korrigieren wird. Dies gilt um so mehr, wenn das Instrument der Lohnsubvention allgemein gewährt wird und auf Dauer angelegt ist.

— Bedenklich ist die Wirkung dieses Instruments auf die betroffenen Arbeitnehmer. Statt den Anreiz zu verspüren, Qualifikations- und Leistungsdefizite im Rahmen des Möglichen durch eigene Anstrengung oder mit Hilfe von entsprechenden Einrichtungen der Weiterbildung auszugleichen, wird für diese Arbeitnehmer der Eindruck erweckt, hinreichend leistungsfähig zu sein. Es wird die Illusion genährt, daß die tatsächliche Qualifikation zu dem — subventionierten — Lohn paßt. Angesichts des rapiden technischen Fortschritts, der für ein Hochlohnland wie die Bundesrepublik von zentraler Bedeutung ist, und der damit wachsenden Anforderungen selbst auf Arbeitsplätzen mit traditionellem Profil sind die von Lohnsubventionen ausgehenden Anreize vor allem auf längere Sicht mehr als bedenklich. Überdies muß mit einem fortlaufend steigenden Subventionsbedarf gerechnet werden, wenn Weiterbildung unterbleibt, Qualifikationsanforderungen steigen und damit die Lücke zwischen dem gezahlten Lohn und dem Lohn, der durch die Produktivität abgedeckt wird, immer stärker auseinanderklafft.

— Schwierig dürfte auch die technische Umsetzung sein, wenn man Mitnahmeeffekte in Grenzen halten will. Würde man allen Arbeitgebern eine Lohnsubvention auszahlen, dann ist vorstellbar, daß dies viele veranlaßt, unter dem Grenzwertprodukt zu entlohnen. Denkbar ist auch, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einvernehmlich zusammenfinden, weil im Ergebnis für beide die Situation mit Subventionsanspruch günstiger sein kann. Um derartigen Entwicklungen vorzubeugen, die die Finanzierbarkeit dieses Instruments in Frage stellen, müßte die Lohnsubvention auf zusätzliche Arbeitsplätze beschränkt werden. Aber selbst diese Einschränkung läßt den Unternehmen einen großen Gestaltungsspielraum, durch das Umwidmen von Arbeitsplätzen oder die kurzfristige Nichtbesetzung den Subventionsanspruch zu erlangen. Nur umfangreiche und damit kostspielige Kontrollen können derartige strategische Verhaltensweisen eindämmen. Dadurch würde allerdings zugleich der Verwaltungsaufwand der Unternehmen erhöht, was die Anreize mindert, subventionierte Arbeitsplätze zu schaffen.

— Bei Lohnsubventionen ist eine Differenzierung nach der individuellen Leistungsfähigkeit und der individuellen Bedürftigkeit der Arbeitnehmer nicht möglich. Sie stellen als Objektförderung nicht auf den einzelnen Arbeitnehmer ab, sondern auf Arbeitsplätze. Die Lohnsubvention besitzt deshalb nur eine geringe Zielgenauigkeit, in vielen Fällen wird vom Staat mehr gezahlt als tatsächlich geboten ist, in anderen Fällen mag die Subvention nicht ausreichend sein, um zusätzliche Arbeitsplätze aus unternehmerischer Sicht rentabel zu machen.

477. Eine erfolgreiche aktive Arbeitsmarktpolitik ist auf das Engagement der Arbeitslosen und die Mitwirkung der Betriebe angewiesen. Der Erfolg hängt entscheidend von der Flexibilität der Arbeitslosen ab, so schwer das im Einzelfall auch sein mag. Diese umfaßt nicht nur den Willen, sich an veränderte Qualifikationsanforderungen anzupassen und gegebenenfalls auch einen Wohnsitzwechsel in Kauf zu nehmen, sondern auch die Bereitschaft, Arbeitsplätze einzunehmen, die unterhalb der bisherigen beruflichen Position und Entlohnung liegen. Unternehmen sollten stärker als bisher den Langzeitarbeitslosen eine größere Chance zur Entfaltung ihrer Produktivität geben, selbst dann, wenn sich dies aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen nur teilweise rechnet. Letztlich können die Verfestigung der Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden sozialen Spannungen zu einer größeren gesamtwirtschaftlichen Kostenbelastung führen, wenn der soziale Konsens zerbricht. Diese Einsichten den Unternehmen zu vermitteln, sollte auch Aufgabe von Unternehmensverbänden sein, die Arbeitsmarktpolitik allein ist hier machtlos.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 272

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 274

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 275

IV. Sondergutachten vom 18. März 1994: „Zur aktuellen Diskussion um die Pflegeversicherung" 276

V. Methodische Erläuterungen 282

VI. Ausgewählte Indikatoren für Arbeitsamtsbezirke in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost 293

VII. Statistischer Anhang 306

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 309

A. Internationale Tabellen 313

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland 338

Sachregister 437

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich

hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz Ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnung;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiger Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus" (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982"

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran" (am 24. November 1983)

Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung" (am 23. November 1984)

Jahresgutachten 1985/86: „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung" (am 22. November 1985); darin enthalten: Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985"

Jahresgutachten 1986/87: „Weiter auf Wachstumskurs" (am 24. November 1986)

Jahresgutachten 1987/88: „Vorrang für die Wachstumspolitik" (am 23. November 1987)

Jahresgutachten 1988/89: „Arbeitsplätze im Wettbewerb" (am 18. November 1988)

Jahresgutachten 1989/90: „Weichenstellungen für die neunziger Jahre" (am 20. November 1989)

Jahresgutachten 1990/91: „Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands" (vom 13. November 1990); darin enthalten: Sondergutachten vom 20. Januar 1990: „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten"

Jahresgutachten 1991/92: „Die wirtschaftliche Integration in Deutschland. Perspektiven — Wege — Risiken" (am 12. November 1991); darin enthalten: Sondergutachten vom 13. April 1991 „Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer"

Jahresgutachten 1992/93: „Für Wachstumsorientierung — Gegen lähmenden Verteilungsstreit" (am 16. November 1993)

Jahresgutachten 1993/94: „Zeit zum Handeln — Antriebskräfte stärken" (am 12. November 1994)

Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates sind bis zum Jahrgang 1988/89 im W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart-Mainz erschienen. Ab Jahrgang 1989/90 erscheinen sie im Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart. Noch verfügbare Jahresgutachten der Jahrgänge ab 1976/77 können über den Buchhandel oder direkt durch den Verlag Metzler-Poeschel Verlagsauslieferung: Hermann Leins, Holzwiesenstraße 2, Postfach 11 52 in 72125 Kusterdingen (Telefon: 07071/935350, Telefax: 07071/33653) bezogen werden. Die Jahrgänge 1964/65 bis 1975/76, die als Buchausgabe inzwischen vergriffen sind, werden etwa Anfang Dezember 1994 von der Schmidt Periodicals GmbH in 83075 Bad Feilenbach, (Telefon: 080 64-221, Telefax: 08064-557) als Nachdruck vorgelegt werden, außerdem sind sie noch als Bundestags-Drucksache über den Verlag BUNDESANZEIGER, Postfach 1320, 53003 Bonn, erhältlich.

IV.
Zur aktuellen Diskussion um die Pflegeversicherung

Sondergutachten vom 18. März 1994

Inhalt

	Seite
Zum Anlaß des Sondergutachtens	276
Die Alternative: Private Versicherung auf der Basis des Kapitaldeckungsverfahrens	277
Übergangsprobleme: Kein Grund für eine verfehlte Weichenstellung	277
Kostenneutrale Gestaltung für die Unternehmen: Eine Rechenaufgabe?	278
Das Kernproblem: Die Dynamik der Kosten- und Beitragsentwicklung	279
In eigener Sache: Zur Problematik der Einbindung des Sachverständigenrates in den politischen Entscheidungsprozeß	280

Zum Anlaß des Sondergutachtens

1. Nach einem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 11. März 1994 soll noch in dieser Legislaturperiode das Gesetz zur Pflegeversicherung verabschiedet werden. Vorgesehen ist die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung in zwei Stufen, und zwar mit Leistungen für die häusliche Pflege ab 1. April 1995 und mit Leistungen für die stationäre Pflege ab 1. Juli 1996. Beiträge sollen erstmals ab 1. Januar 1995 in Höhe von 1 vH und ab 1. Juli 1996 in Höhe von 1,7 vH des Bruttoarbeitsentgelts erhoben werden. Die Pflegeversicherung soll in die Sozialversicherung eingebunden und nach dem Umlageprinzip je zur Hälfte durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert werden. Kontrovers war bis zuletzt die Frage, in welcher Weise die damit verbundene Belastung der Unternehmen kompensiert werden solle und könne. Der Beschluß des Bundestages sieht eine Kompensation durch Streichung von zunächst einem Feiertag vor. Offen ist noch, ob mit Inkrafttreten der zweiten Stufe ein zweiter Feiertag entfallen soll. Deswegen soll zuvor durch ein Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geklärt werden, ob zur weiteren Kompensation die Abschaffung eines zweiten Feiertages notwendig ist.

2. Der Sachverständigenrat hat sich im Jahresgutachten 1991/92 für die Einführung einer Pflegeversicherung ausgesprochen, jedoch eindringlich auf die Gefahren einer nach dem Umlageprinzip finanzierten und in die Sozialversicherung eingebundenen Lösung hingewiesen und Vorstellungen zu einer alternativen Ausgestaltung entwickelt (JG 91 Ziffern 357 ff.). Er sieht sich angesichts des jetzt vorliegenden Beschlusses veranlaßt, nochmals vor einer gravierenden Fehlentwicklung zu warnen. Die Frage der Kompensation für erhöhte Lohnnebenkosten ist nur ein Teilaspekt, und sie berührt nicht den Kern der Problematik des jetzt vorgesehenen Modells der Pflegeversicherung. Rechenmodelle zur Ermittlung des erforderlichen Umfangs der Kompensation beruhen zwangsläufig auf speziellen Annahmen und können mit der Variation dieser Annahmen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen. Wie sich die Pflegeversicherung letztlich auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt, hängt weniger von einer einmaligen Kompensation im Einfüh-

rungszeitpunkt ab, sondern davon, wie die Tarifvertragsparteien auf die Dynamik der Beitragssatzentwicklung reagieren und wie dies die Höhe der Arbeitskosten beeinflußt.

Die Alternative: Private Versicherung auf der Basis des Kapitaldeckungsverfahrens

3. Der Sachverständigenrat hat eine Pflegeversicherung befürwortet, die allgemeinen ordnungspolitischen Grundsätzen entspricht und gesamtwirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Für die Ausgestaltung einer solchen Versicherung ist er von folgenden Grundsätzen ausgegangen:

   — Die Eigenvorsorge ist zu stärken, die Überforderung des Systems der sozialen Sicherung zu vermeiden.

   — Es sind die Anforderungen zu berücksichtigen, die der demographische Wandel in den kommenden Jahren bringen wird.

   — Private Kapitalbildung ist zu fördern.

   — Lohnnebenkosten und Abgabenbelastung dürfen nicht steigen, damit Investitions- und Leistungsbereitschaft nicht beeinträchtigt, Arbeitsplätze und Beschäftigungschancen nicht gefährdet werden.

4. Auf der Grundlage dieser Prinzipien hat der Sachverständigenrat sich dafür ausgesprochen, die Absicherung für den Pflegefall über private Versicherungsmärkte zu lösen. Freilich ließe sich das Pflegekostenrisiko nicht auf freiwilliger Basis regeln, weil viele Bürger eine solche Versicherung nicht abschließen würden, wenn sie davon ausgehen könnten, daß auch ohne eigene Leistungen für den Pflegefall Vorsorge getroffen wäre, wie dies gegenwärtig vor allem in Form der Sozialhilfe der Fall ist. Dem wäre durch eine allgemeine Versicherungspflicht zu begegnen. Auch müßte ein Kontrahierungszwang für die Versicherungsunternehmen vorgesehen werden, um zu verhindern, daß diese gezielt „gute Risiken" auswählen und damit über niedrige Prämien einen Wettbewerbsvorteil erreichen.

5. Das Risiko, pflegebedürftig zu werden und damit vor hohen finanziellen Belastungen zu stehen, betrifft jeden unabhängig von seiner beruflichen Situation, und es ist primär auch nicht durch die Arbeitswelt verursacht. Eine Beschränkung der Pflegeversicherung auf die bisher sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder auf die gesamte erwerbstätige Bevölkerung ist daher ebensowenig zu begründen wie eine Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung. Da das Risiko prinzipiell jede Altersgruppe berührt, sollte die Absicherung nicht erst mit dem Eintritt ins Berufsleben, sondern bereits mit der Geburt einsetzen; die Beiträge könnten entsprechend niedrig gehalten werden. Soweit die Prämien für Bezieher niedriger Einkommen dennoch nicht tragbar wären oder familienpolitische Zielsetzungen verfolgt werden sollen, könnten Steuervergünstigungen oder Beitragszuschüsse gewährt werden.

6. Eine private Versicherung würde nach dem Kapitaldeckungsverfahren arbeiten. Jeder Versicherte müßte das Kapital für die Absicherung seines Pflegerisikos selbst ansparen. Die Finanzierung wäre damit vom Altersaufbau der Bevölkerung unabhängig. Der einzelne Versicherungsnehmer könnte seine Beiträge auch nicht mindern, indem er seine Leistung reduzierte oder in die Schattenwirtschaft auswiche.

Übergangsprobleme: Kein Grund für eine verfehlte Weichenstellung

7. Gegen das Privatversicherungsmodell, das nach dem Kapitaldeckungsverfahren arbeitet, ist vorgebracht worden, es biete keine Lösungen für die schon existierenden Pflegefälle (Bestandsfälle) und für die in Kürze eintretenden Pflegefälle (risikonahe Fälle). Bestandsfälle wären in der Tat über eine private Versicherung nicht abzusichern, da kein Deckungskapital vorhanden wäre. Hierfür könnten Transferzahlungen (Pflegegeld) geleistet werden. Da die Sozialhilfe gleichzeitig entlastet würde, wäre diese Lösung für den öffentlichen Gesamthaushalt weitgehend neutral und im übrigen zeitlich begrenzt. Bei den risikonahen Fällen könnte zwar grundsätzlich Deckungskapital gebildet werden, allerdings bei relativ hohen Beiträgen, so daß Beitragszuschüsse geboten wären. Auch in diesem Fall wäre ein Auslaufen abzusehen.

   Bei dem jetzt vorgesehenen Umlageverfahren wird das Problem der Bestandsfälle und der risikonahen Fälle nur scheinbar in befriedigender Weise gelöst. Tatsächlich werden die Ausgaben für Bestandsfälle durch die aktiven Beitragszahler bestritten; diese erwerben damit Ansprüche auf zukünftige Pflegeleistungen, die aber nicht durch angesparte Mittel gedeckt sind. Die scheinbar problemlose Lösung für die Bestandsfälle wird nur dadurch erreicht, daß das gesamte System — bilanztechnisch gesehen — auf Überschuldung angelegt ist.

8. Die Übergangsprobleme hätten auf keinen Fall dazu herhalten dürfen, das Konzept einer privatwirtschaftlichen Absicherung des Pflegerisikos zu verwerfen. Die Einführung einer privaten Versicherung mit Kapitaldeckung ist stets mit dem Problem konfrontiert, daß den aktuellen Risikofällen kein Schutz geboten werden kann. Wenn man nicht bereit ist, dafür spezielle Übergangslösungen zu suchen, droht die Gefahr, daß eine langfristig effiziente Lösung durch ein nur kurzfristig scheinbar kostengünstigeres System für immer verhindert wird.

   Die Vorstellungen des Sachverständigenrates waren auch davon geleitet, daß mit einer marktwirtschaftlich orientierten Lösung zugleich eine

Entscheidung über den zukünftigen Kurs der Ausgestaltung der sozialen Sicherung hin zu mehr Eigenverantwortung und zu einer Entlastung staatlicher Vorsorge verbunden gewesen wäre. Dies hat der Rat sowohl für die Gesetzliche Krankenversicherung (JG 92 Ziffern 367 ff.) als auch für die Gesetzliche Rentenversicherung (JG 88 Ziffern 361 ff.) wiederholt aus grundsätzlichen ordnungspolitischen Erwägungen, aber auch unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und aus finanzpolitischer Sicht für sinnvoll gehalten. Durch die jetzt vorgesehene Lösung wird dieser Weg auf lange Zeit verstellt.

9. Durch den Beschluß des Bundestages ist die Grundsatzentscheidung für eine staatliche Pflegeversicherung gefallen. Sie soll sich an die bestehenden Zweige der Sozialversicherung anlehnen und über lohnbezogene Beiträge nach dem Umlageverfahren finanziert werden. Wir halten diesen Weg für falsch. Es wird dabei nicht in adäquater Weise berücksichtigt, daß sich der Altersaufbau der Bevölkerung verändert. Die mit der Pflegeversicherung verbundenen Lasten werden unterschätzt, weil systemimmanente Anreizwirkungen und dadurch verursachte Verhaltensänderungen bei der Inanspruchnahme von Leistungen nicht in Betracht gezogen werden. Von der Dynamik der Kosten- und Beitragsentwicklung gehen Effekte auf die Arbeitskosten und damit auf Wachstum und Beschäftigung aus, die nicht ohne weiteres durch die einmalige Streichung von Feiertagen kompensiert werden können, wie auch immer man rechnen mag.

Kostenneutrale Gestaltung für die Unternehmen: Eine Rechenaufgabe?

10. In der politischen Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der Pflegeversicherung stand in letzter Zeit nur noch zur Diskussion, in welcher Weise und in welchem Umfang die Beitragslast der Arbeitgeber kompensiert werden solle und könne. Die grundlegende Problematik scheint heute auf die einfache Frage reduziert zu sein, ob zur Kompensation die Streichung von einem oder von zwei Feiertagen notwendig sei. Hierin wird anscheinend eine Rechenaufgabe gesehen, die dem Sachverständigenrat zur Lösung übertragen werden soll, damit die Bundesregierung auf dieser Grundlage ihre Entscheidung über die Abschaffung eines zweiten Feiertages treffen kann. Es liegen bereits auf die Abschaffung eines Feiertages bezogene Berechnungen vor, die allerdings zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangen. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung beziffert das Entlastungsvolumen mit 9 Mrd DM. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kommt auf einen Betrag, der zwischen 9,05 Mrd DM und 11,67 Mrd DM liegt. Berechnungen des Bundesministeriums für Wirtschaft ergeben weniger als 6 Mrd DM. Diese Unterschiede sind gravierend, bedenkt man, was das Ziel ist: die Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung für die Unternehmen kostenneutral zu gestalten.

11. Daß die Ergebnisse unterschiedlich sind — wir können nicht ausschließen, bei eigenen Berechnungen wiederum andere Zahlen vorlegen zu müssen —, hängt damit zusammen, daß es sich um Modellrechnungen handelt. Unabhängig von dem gewählten Verfahren sind für maßgebliche Größen (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, Anzahl der effektiven Arbeitstage im Jahr, Anzahl der geleisteten Überstunden und Höhe der Überstundenzuschläge, Umfang der entfallenden Feiertagszuschläge, Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung, Kostenstruktur der Unternehmen, Auslastungsgrad der Sachkapazitäten, Auftragslage der Unternehmen) Annahmen zu machen. Diese Annahmen sind zu einem guten Teil aus Schätzurteilen und Prognosen hergeleitet. Was die einen für plausibel halten, mögen die anderen nicht teilen wollen. Die Interpretation der Ergebnisse bleibt offen; auch künftig wird es kontroverse Diskussionen über den Umfang der notwendigen Kompensation geben.

12. Die Idee der Kompensationsregelung besteht darin, durch die Umwandlung eines Wochenfeiertages, für den der Arbeitgeber den vollen Lohn zahlt, in einen Arbeitstag das Arbeitsvolumen zu vergrößern und damit die Lohnkosten je Stunde im Ausmaß des Arbeitgeberbeitrages zur Pflegeversicherung zu senken. Durch Wegfall des Feiertages entsteht ein zusätzlicher Produktionstag bei gleichgebliebenem Lohnaufwand. Es wird unterstellt, daß tatsächlich mehr produziert wird und der Absatz der Unternehmen entsprechend steigt. An einigen Punkten kann veranschaulicht werden, was zu bedenken ist:

    — Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung geht davon aus, daß im Durchschnitt ein Vollzeitbeschäftigter an 209 Tagen im Jahr arbeitet und die durchschnittliche tarifliche Arbeitszeit pro Tag 7,65 Stunden beträgt. Dieser Produktionstag ist eine fiktive Größe. Tatsächlich wird an einem Produktionstag weniger gearbeitet. Klar ist, daß jede Korrektur nach unten, die aus Gründen einer möglichst realistischen Rechnung angebracht erscheinen mag, den durchschnittlichen Kostenentlastungseffekt verringert.

    — In vielen Betrieben wird auch an Feiertagen gearbeitet, das gilt besonders im Dienstleistungsbereich (Gaststätten- und Hotelgewerbe, Verkehrsgewerbe, Kulturbereich, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen). Insoweit kann dort ein Feiertag nicht in einen Produktionstag umgewandelt werden. Für diese Betriebe wird durch Wegfall des Feiertages, abgesehen von entfallenden Feiertagszuschlägen, keine Kompensation erreicht, es sei denn, für die derzeit an Feiertagen beschäftigten Mitarbeiter würde die Jahresarbeitszeit durch tarifvertragliche Anpassungen um einen Tag verlängert.

— Auch in der Industrie gibt es Betriebe, in denen an Feiertagen gearbeitet wird. Die jüngste Novellierung der Arbeitszeitregelung hat mit guten Gründen den Spielraum hierfür ausgeweitet. Diese Betriebe werden durch die Streichung eines Feiertages nicht so stark entlastet wie Betriebe, die an Feiertagen nicht produzieren.

— Für die Unternehmen sind die Absatzbedingungen unterschiedlich. Auf schwache Nachfrage reagieren sie im allgemeinen mit einer Reduzierung des Arbeitsvolumens: durch Abbau von Überstunden, durch Kurzarbeit oder durch Entlassung von Arbeitnehmern. Der zusätzliche Produktionstag wird dann nicht oder nur zum Teil genutzt. Die Kompensation ist entsprechend geringer.

— Das Bruttoinlandsprodukt steigt zwar, wenn ein Feiertag wegfällt. Nach aller Erfahrung ist aber auch bei normalausgelastetem Produktionspotential nicht davon auszugehen, daß das Bruttoinlandsprodukt proportional mit dem zusätzlichen Produktionstag zunehmen wird.

Das Kernproblem: Die Dynamik der Kosten- und Beitragsentwicklung

13. Die in der politischen Diskussion um die Pflegeversicherung ganz in den Vordergrund gerückte Frage der Kompensation bei den Lohnnebenkosten berührt nur einen Teilaspekt der gesamten Problematik, und zwar noch nicht einmal den wichtigsten. In der Diskussion der letzten Monate sind einige grundlegend wichtige Fragen überhaupt nicht mehr berührt worden:

— Da die Pflegeversicherung über lohnbezogene Beiträge nach dem Umlageverfahren finanziert werden soll, muß die jeweils „aktive" Bevölkerung die „passive" alimentieren. Angesichts der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung müssen in Zukunft die Erwerbstätigen für immer mehr Pflegefälle aufkommen. Deswegen ist mit steigenden Beiträgen und erheblichen Belastungen der kommenden Generationen oder mit Leistungseinschränkungen zu rechnen.

— Da Versicherungsleistungen ohne unmittelbare Rückwirkungen auf die eigene Einkommens- und Vermögensposition in Anspruch genommen werden können, entsteht ein Anreiz, die gebotenen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Soweit die vorgesehenen Pflegebeträge die tatsächlichen Pflegekosten nicht decken, werden die Pflegebedürftigen (und ihre Familien) auf eine Anhebung drängen, wahrscheinlich auch die Gemeinden wegen der ihnen verbleibenden Sozialhilfelasten. Auch von der Angebotsseite der Pflegeleistungen her gibt es eine Tendenz zu Ausgabensteigerungen, da die Anbieter bemüht sein werden, für ihre Leistungen Nachfrager zu finden und Preiserhöhungsspielräume zu nutzen. Die Erfahrungen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung zeigen, daß administrative Bemühungen um Kostendämpfung allenfalls vorübergehend Erfolg haben, auf die Dauer den Ausgabenanstieg allerdings nur begrenzt unter Kontrolle halten können.

— Ungeklärt ist bisher, mit welchen finanzpolitischen Auswirkungen über den Bereich der Pflegeversicherung hinaus gerechnet werden muß. Die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung ist auch damit begründet worden, daß die Gesetzliche Krankenversicherung von Krankenhauskosten und die Gemeinden von Sozialhilfeleistungen entlastet werden. Nicht abzuschätzen ist, ob diese Entlastung weitergegeben wird — durch Senkung von Versicherungsbeiträgen und von kommunalen Abgaben. Offen ist auch, inwieweit in Zukunft zur Vermeidung von Beitragserhöhungen Defizite der Pflegeversicherung durch verdeckte oder offene Transfers aus öffentlichen Haushalten oder aus anderen Bereichen der Sozialversicherung finanziert werden.

Die Befürchtung, daß die umlagefinanzierte Pflegeversicherung zu einem weiteren Anstieg der Abgabenquote führt, ist nach wie vor begründet.

14. Das Grundproblem der Pflegeversicherung ist, wie die Dynamik der Ausgaben- und Beitragsentwicklung eingedämmt werden kann. Eine durch Umlagen finanzierte Pflegeversicherung ist vor allem wegen der Veränderung des Altersaufbaus in besonderem Maße von der Tendenz zur Ausuferung der Ausgaben und Beiträge bedroht. Demgegenüber ist die Frage, wer die Lasten der Finanzierung zu tragen hat, schon zweitrangig.

Man muß dabei bedenken, daß es keineswegs eine Entlastung der Arbeitnehmer bedeutet, wenn die Beiträge zum Teil von den Arbeitgebern aufzubringen sind. Wollen die Tarifvertragsparteien ihrer Aufgabe gerecht werden, müssen sie beachten, daß der Spielraum für Lohnerhöhungen durch zusätzliche Lohnnebenkosten eingeengt wird. Dieser Spielraum endet da, wo Kostenerhöhungen nicht mehr ohne weiteres durch Gewinnminderungen aufgefangen werden, wo vielmehr entweder ein inflationärer Effekt entsteht, der den Einkommenszuwachs der Arbeitnehmer wieder entwertet, oder überhöhte Kosten, die im Wettbewerb nicht überwälzt werden können, zu Beschäftigungseinbrüchen führen. Wenn die Tarifvertragsparteien ihre Aufgaben in adäquater Weise erfüllen und im Rahmen dieses Spielraums bleiben, gehen letztlich auch Arbeitgeberbeiträge zu Lasten der Arbeitnehmereinkommen. Eine Kompensation der Lohnnebenkosten, etwa durch Streichung von Feiertagen, bewirkt zunächst, daß die Arbeitgeber nicht zusätzlich belastet werden, zugleich aber auch, daß der Spielraum für Lohnerhöhungen nicht eingeschränkt wird. Ob und inwieweit letztlich die Lasten auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt werden, hängt davon ab,

welche Tarifvereinbarungen zustande kommen und wie sich Belastungen und Entlastungen der Arbeitgeber darauf auswirken. Auch eine Kompensationslösung durch Wegfall von Feiertagen kann in Tarifverhandlungen dadurch konterkariert werden, daß die Jahresarbeitszeit in anderer Weise verkürzt wird. Wie sich eine Kompensation von Lohnnebenkosten durch Streichung von Feiertagen unter Berücksichtigung aller Überwälzungsprozesse auswirkt, läßt sich nicht eindeutig abschätzen. Die Entwicklung der Löhne und Lohnnebenkosten auf längere Sicht hängt vom Verhalten der Tarifvertragsparteien ab.

15. Je höher die Abgabenlast ist, desto größer wird die Gefahr, daß in Tarifvereinbarungen der vertretbare Spielraum überschritten wird und damit entweder inflationärer Preisauftrieb entsteht oder — bei internationalem Wettbewerb der wahrscheinlichere Fall — Einbußen bei der Beschäftigung eintreten. Soweit die Abgaben von den Arbeitnehmern zu tragen sind, verstärkt sich mit wachsender Belastung der Druck, diese in Tarifverhandlungen auf den Lohn zu überwälzen. Soweit die Abgaben von den Arbeitgebern zu entrichten sind, gehen sie unmittelbar in die Lohnnebenkosten ein. Ein stetiges Ansteigen der Abgabenlast, wie es im System der umlagefinanzierten Pflegeversicherung angelegt ist, bedeutet somit eine ständige Gefährdung für Wachstum und Beschäftigung. In Zukunft wird es auch nicht möglich sein, die zunehmende Belastung immer wieder durch den Wegfall weiterer Wochenfeiertage zu kompensieren.

    Die Gefahr für Wachstum und Beschäftigung ist geringer, wenn die Beiträge zur Pflegeversicherung ausschließlich durch die Versicherten aufgebracht werden. Auch in diesem Fall werden die Gewerkschaften in Tarifverhandlungen bemüht sein, die Belastung auf die Löhne zu überwälzen. Es gibt aber wenigstens keinen automatischen Anstieg der Lohnnebenkosten. Auch wird deutlicher, daß die Grenzen der Überwälzung dort liegen, wo diese zu Inflation oder Beschäftigungseinbußen führt. Die Aufbringung der Beiträge durch die Versicherten hätte zudem den Vorteil, daß der Zusammenhang zwischen Beitragshöhe und Leistungsinanspruchnahme besser erkennbar wäre; die Illusion, durch den eigenen Beitrag müsse nur die Hälfte der Lasten gedeckt werden, die andere Hälfte würde ohne Auswirkungen auf das eigene Einkommen durch den Arbeitgeber aufgebracht, würde gar nicht erst entstehen.

16. Noch einmal: Berechnungen über die Auswirkungen der gesetzlichen Pflegeversicherung dürfen nicht bei der Frage stehenbleiben, wie in einem bestimmten Basisjahr die Unternehmen von der Finanzierungslast freigestellt werden könnten. Die Kompensation des Arbeitgeberbeitrages ist nur ein Teilaspekt. Es sind alle Überwälzungsprozesse, vor allem auch diejenigen, die ihrerseits wieder von der Kompensationsregelung selbst beeinflußt werden, zu berücksichtigen. Überdies muß die sich in der Zukunft als unausweichlich erweisende Anhebung der Beitragssätze bedacht werden. Bei Modellrechnungen, die all dies erfassen und quantifizieren, bleibt die Problematik, die in den zugrunde gelegten Annahmen und in der Interpretation der Ergebnisse liegt.

In eigener Sache: Zur Problematik der Einbindung des Sachverständigenrates in den politischen Entscheidungsprozeß

17. Der Beschluß des Bundestages sieht vor, daß die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Inkrafttreten der zweiten Stufe (stationäre Pflege) zum 1. Juli 1996 bestimmt, zuvor aber ein Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu der Frage einholt, ob zum Ausgleich der mit der Einführung der stationären Pflege verbundenen Beitragsbelastung der Unternehmen die Abschaffung eines weiteren landesweiten, stets auf einen Werktag fallenden Feiertags erforderlich ist oder nicht; auf der Grundlage dieses Gutachtens soll die Bundesregierung in der Rechtsverordnung feststellen, ob Ausgleichsbedarf besteht.

    Diese Verfahrensweise läßt sich schwer in Einklang bringen mit der im Jahre 1963 als gesetzlicher Auftrag des Sachverständigenrates formulierten und seit 30 Jahren für die Arbeit des Rates maßgeblichen Grundkonzeption. Danach hat der Rat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu begutachten und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit beizutragen. Er soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder Beseitigung aufzeigen. Der Bundestagsbeschluß zur Pflegeversicherung sieht im Gegensatz zur bisherigen Konzeption vor, daß der Sachverständigenrat sich zu einer von vornherein stark eingeengten Frage in bezug auf eine spezielle sozialpolitische Maßnahme äußern soll. Dabei wird eine auf der politischen Ebene zu treffende Entscheidung unmittelbar mit dem Ergebnis der Stellungnahme des Rates verknüpft.

18. Mit einem derartigen Auftrag würde der Sachverständigenrat in politische Entscheidungen eingebunden und unmittelbar an tagespolitischen Auseinandersetzungen beteiligt. Damit würde ein höchst bedenklicher Präzedenzfall geschaffen. Es läge nahe, in Zukunft auch in anderen Fällen Schwierigkeiten im Prozeß der politischen Entscheidungsfindung zu umgehen, indem kontroverse Entscheidungen zwar nicht rechtsverbindlich, aber doch faktisch dem Sachverständigenrat zugeschoben würden. Der Rat würde dadurch unmittelbar in Auseinandersetzungen über politische Streitfragen hineingezogen. Seine eigentliche Aufgabe, durch Warnung vor Fehlentwicklungen und durch Aufzeigen von Möglichkeiten

ihrer Vermeidung zur Urteilsbildung bei den wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen und in der Öffentlichkeit beizutragen, träte demgegenüber in den Hintergrund, nicht zuletzt auch, weil seine Glaubwürdigkeit durch die unmittelbare Einbindung in kontroverse politische Entscheidungen beeinträchtigt würde. Der Sachverständigenrat könnte in seinem Charakter grundsätzlich verändert werden. In dem Maße, wie er an politischen Entscheidungen unmittelbar beteiligt wäre, würde seine Autorität als unabhängiges wissenschaftliches Gremium dahinschwinden.

Wiesbaden, 18. März 1994

Juergen B. Donges **Herbert Hax** **Rolf Peffekoven** **Horst Siebert**

V.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen (Durchschnitt aus Jahresanfangs- und Jahresendbestand unter Berücksichtigung von Zu- und Abgängen.)
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung), der realen Bruttowertschöpfung des Staates, der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit der jeweiligen Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten werden in mehreren Schritten berechnet. In einem ersten Schritt werden die trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die einzelnen abgeschlossenen Zyklen von Tiefpunkt zu Tiefpunkt beziehungsweise von Hochpunkt zu Hochpunkt mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion ermittelt:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t \text{ mit } a_o = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

Nach unseren Berechnungen fällt die empirische Kapitalproduktivität, die von den errechneten trendmäßigen Kapitalproduktivitäten am weitesten nach oben abweicht, auf das Jahr 1991, also in den Stützbereich von 1979 bis 1991.

5. Die potentielle Kapitalproduktivität wird für die Jahre 1960 bis 1994 folgendermaßen ermittelt:

   — Für die Jahre nach dem konjunkturellen Tiefpunkt im Jahre 1982 schätzen wir die trendmäßige Veränderung der Kapitalproduktivität auf der Basis des Stützzeitraums von 1979 bis 1991.

   — Für den vorangegangenen Zyklus wird der für das Jahr 1983 ermittelte Wert mit der trendmäßigen Abnahmerate der Kapitalproduktivität des Stützbereichs 1975 bis 1982 bis zum Jahre 1975 in die Vergangenheit zurückberechnet.

   — Für den Zeitraum von 1960 bis 1974 wird der für das Jahr 1975 ermittelte Wert mit der entsprechenden Abnahmerate des Stützbereichs 1963 bis 1975 in die Vergangenheit zurückgeschrieben.

   Diese Vorgehensweise soll der Tatsache Rechnung tragen, daß sich die Abnahmerate des Trends der Kapitalproduktivität verringert hat. Die Stützzeiträume sind so abgegrenzt, daß an ihrem Anfang und ihrem Ende jeweils Jahre stehen, in denen die

Tabelle A1

Produktionspotential und Auslastungsgrad
In Preisen von 1991

Jahr[1]	Produktionspotential		Auslastungsgrad[2]
	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	vH
1970	1 563,9	+4,5	98,7
1971	1 635,2	+4,6	97,3
1972	1 705,7	+4,3	97,2
1973	1 770,4	+3,8	98,1
1974	1 817,3	+2,6	95,8
1975	1 856,8	+2,2	92,6
1976	1 892,0	+1,9	95,7
1977	1 934,0	+2,2	96,3
1978	1 982,5	+2,5	96,7
1979	2 029,9	+2,4	98,4
1980	2 082,2	+2,6	96,9
1981	2 123,1	+2,0	95,1
1982	2 156,5	+1,6	92,8
1983	2 184,8	+1,3	93,2
1984	2 228,6	+2,0	93,9
1985	2 264,8	+1,6	94,3
1986	2 316,7	+2,3	94,4
1987	2 369,7	+2,3	93,6
1988	2 424,7	+2,3	94,9
1989	2 481,4	+2,3	96,1
1990	2 560,9	+3,2	98,4
1991	2 647,6	+3,4	100,0
1992	2 730,3	+3,1	98,7
1993	2 783,2	+1,9	95,2
1994	2 840,5	+2,1	95,3

[1]) Von 1991 bis 1993 vorläufige Ergebnisse; 1994 eigene Schätzung.
[2]) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

konjunkturelle Lage vergleichbar war. Zwar war in Erwägung zu ziehen, angesichts der konjunkturellen Entwicklung im letzten und im laufenden Jahr den dritten Stützzeitraum auf die Jahre 1982 bis 1993 zu legen und so auch für den letzten Stützbereich eine Abgrenzung von Tiefpunkt zu Tiefpunkt zu wählen. Da sich jedoch für das Jahr 1993 noch erhebliche Datenrevisionen ergeben können und für das Jahr 1994 darüber hinaus eine gewisse Prognoseunsicherheit gegeben ist, kann der Tiefpunkt des aktuellen Konjunkturzyklus noch nicht mit großer Sicherheit terminiert werden. Wir behalten in diesem Jahr deswegen die Stützzeiträume der vorjährigen Berechnung nochmals bei. Für die einzelnen Stützzeiträume ergeben sich folgende trendmäßige Abnahmeraten der Kapitalproduktivität:

— Stützbereich I (1963 bis 1975): 1,8 vH

— Stützbereich II (1975 bis 1982): 1,4 vH

— Stützbereich III (1979 bis 1991): 0,5 vH.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:

   — Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Anlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) im Jahre 1994 um 1 vH abnehmen und 1995 um 6½ vH steigen.

   — Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Für die Berechnung eines Produktionspotentials bei Normalauslastung ist ein langfristiger durchschnittlicher Auslastungsgrad zu bestimmen. Je nach Beobachtungszeitraum ergeben sich Werte zwischen 96 vH und 96½ vH. Angesichts der Unsicherheiten über die Entwicklung der trendmäßigen Kapitalproduktivität in den letzten Jahren — von 1988 bis 1991 ist sie über einen ungewöhnlich langen Zeitraum angestiegen — bleiben wir vorerst bei unserer bisherigen Annahme von 96½ vH als Normalauslastungsgrad.

B. Zur Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation und der Arbeitseinkommensquote

Die Gewinn-Erlös-Relation

1. Die Gewinn-Erlös-Relation soll ein Urteil über die Kosten- und Gewinnsituation der Produktionsunternehmen erlauben und dessen Einfluß auf die Investitionstätigkeit abbilden. Sie ist definiert als das Verhältnis von Gewinnen zu Gesamterlösen des Unternehmenssektors. Die Berechnungen betreffen nur den Unternehmenssektor ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

   Die Gewinne werden berechnet, indem von den Gesamterlösen die Gesamtkosten abgezogen werden. Um die Ursachen der Gewinnentwicklung analysieren zu können, werden die Gesamtkosten untergliedert in ausländische Vorleistungen, kalkulatorische Zinskosten, Abschreibungen auf das Anlagevermögen, indirekte Steuern abzüglich Subventionen, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Arbeitgeberbeiträge und kalkulatorische Unternehmerlöhne; alle Größen jeweils in nominaler Rechnung und als Jahreswerte. Der Erlös wird gebildet aus der Summe von Bruttoinlandsprodukt (BIP_U) und importierte Vorleistungen (V).

2. Die Gewinn-Erlös-Relation und die Kapitalrendite werden wie folgt berechnet:

$$(1)\quad GER = 1 - \frac{BLG+AGB+KU+ZK+AK+(T-S)+V}{BIP_U+V}$$

$$(2)\quad KR = \frac{BIP_U - (BLG + AGB + KU + ZK + AK + (T-S))}{K}$$

Die Symbole bedeuten:

GER	Gewinn-Erlös-Relation
BLG	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber
KU	kalkulatorischer Unternehmerlohn
ZK	kalkulatorische Zinskosten
AK	Abschreibungen auf das Anlagevermögen
T–S	indirekte Steuern abzüglich Subventionen
V	importierte Vorleistungen
BIP_U	Bruttoinlandsprodukt (Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors plus Einfuhrabgaben und nichtabziehbare Umsatzsteuer)
BIP_U+V	Erlöse
KR	Kapitalrendite
K	Kapitalbestand (Nettoanlagevermögen zu Anschaffungspreisen, Vorratsvermögen)

Für die sieben Kostenkomponenten von (1) werden jeweils partielle Kosten-Erlös-Relationen in vH berechnet, die sich zur gesamten Kosten-Erlös-Relation aufsummieren. Die Differenz zwischen 100 und der gesamten Kosten-Erlös-Relation ergibt die Gewinn-Erlös-Relation in vH (Tabelle B1, Seite 18*). Die Kapitalrendite (2) wird ermittelt, indem die Gewinne zum Kapitalbestand in Beziehung gesetzt werden.

3. Die importierten Vorleistungen sind definiert als Warenimporte gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich eingeführter Investitionsgüter. Dabei wird unterstellt, daß der weitaus überwiegende Teil der importierten Waren als Vorleistungen vom Unternehmenssektor bezogen wird, sei es vom Produzierenden Gewerbe, das sie weiterverarbeitet, sei es vom Handel, der sie an Endabnehmer verkauft.

   Gewisse Unschärfen bei der Abgrenzung der importierten Vorleistungen sind unvermeidbar. So enthält die von uns verwendete Größe möglicherweise auch Direktimporte der Landwirtschaft, der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen und der Wohnungsvermietung, die ansonsten nicht in die Rechnung eingehen. Auch sind Teile des Dienstleistungsimports als Vorleistungen für die heimische Produktion anzusehen. Schließlich werden seit der deutschen Vereinigung in unbekanntem, vermutlich aber noch geringem Umfang Investitionsgüter aus den neuen Bundesländern importiert, die eigentlich von den gesamten Warenimporten abzuziehen wären. Da für alle diese Größen keine hinreichend sicheren Schätzgrundlagen zur Verfügung stehen, müssen wir darauf verzichten, sie in unserer Rechnung zu berücksichtigen.

4. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Nettoanlagevermögen und das Vorratsvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Nettoanlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu Anschaffungspreisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet.

   Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen keinen Einfluß auf den ermittelten Wert der Kosten-Erlös-Relation haben sollten, setzen wir für jedes Jahr statt des aktuellen Zinssatzes einen geglätteten Wert an. In diesen geglätteten Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Zinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Zinssätze der vorausgegangenen elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein, die sich von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934 verringern.

5. Bei der Berechnung des kalkulatorischen Unternehmerlohns wird angenommen, daß der zu veranschlagende Durchschnittslohn eines Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen in gleicher Höhe anzusetzen ist wie das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer. Die gesamten kalkulatorischen Unternehmerlöhne werden errechnet, indem dieser Durchschnittslohn mit der Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen multipliziert wird.

Die Arbeitseinkommensquote

Formale Definition

6. Unter der Arbeitseinkommensquote wird das Verhältnis aus gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinkommen und Volkseinkommen verstanden. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen bildet die Summe aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) und dem kalkulatorischen Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Letzteres wird wie bei der Gewinn-Erlös-Relation ermittelt.

   Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen ist demnach definiert als

   (3) $AE_t = \frac{L_t}{A_t} E_t$,

   die Arbeitseinkommensquote als

   (4) $AEQ_t = \frac{AE_t}{Y_t} \cdot 100.$

   Die Symbole haben folgende Bedeutung:

AE	gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen
L	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer

E Anzahl der Erwerbstätigen

AEQ Arbeitseinkommensquote

Y Volkseinkommen

t Zeitindex

LQ^{ber} bereinigte Lohnquote

Die Arbeitseinkommensquote (4) läßt sich mit Hilfe von (3) auch wie folgt schreiben:

$$(5)\quad AEQ_t = \frac{\frac{L_t}{A_t}}{\frac{Y_t}{E_t}} \cdot 100$$

Bei dieser Schreibweise wird ersichtlich, daß die Arbeitseinkommensquote als das Verhältnis aus Lohneinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen interpretiert werden kann.

7. Die Arbeitseinkommensquote in Westdeutschland steht in einem festen Verhältnis zur bereinigten Lohnquote. Die bereinigte Lohnquote, wie der Sachverständigenrat sie früher ausgewiesen hat, wurde unter der Vorgabe, daß das Verhältnis der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zur Anzahl der Erwerbstätigen aus dem Jahre 1960 in den folgenden Jahren konstant gehalten wird, aus der tatsächlichen Lohnquote wie folgt berechnet:

$$(6)\quad LQ_t^{ber} = AEQ_t \cdot \frac{A_{1960}}{E_{1960}}$$

Bereinigte Lohnquote und Arbeitseinkommensquote unterscheiden sich um den Faktor 0,7718.

Die Bereinigung unter Zugrundelegung der Erwerbsstruktur des Jahres 1960 bezweckte, Veränderungen der Lohnquote rechnerisch auszuschalten, die lediglich auf eine Veränderung des Anteils der beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückzuführen waren. Nach dieser Bereinigung konnte der Einfluß des Lohnes auf die Lohnquote für sich betrachtet werden.

Definition in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

8. Bei der Berechnung der Arbeitseinkommensquote werden die Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet.

Da Daten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost nicht in der gleichen Untergliederung wie für die alten Bundesländer und Berlin-West vorliegen, berechnen wir die Arbeitseinkommensquote für beide Gebiete getrennt. Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost ist derzeit nur die Berechnung der Arbeitseinkommensquote insgesamt entsprechend Gleichung (5) möglich. Daraus folgt, daß wir auch für ganz Deutschland derzeit nur diese Berechnung durchführen können.

Für die alten Bundesländer und Berlin-West hingegen sind detaillierte Berechnungen durchführbar. Hier werden die Einkommen aus unselbständiger Arbeit unterteilt in die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Produktivität wird als Verhältnis zwischen realem Bruttosozialprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität) in die Rechnung eingestellt. Es wird ferner der Realwert des Sozialprodukts verwendet, um die im Inland verfügbaren Güter, zu konstanten Preisen des Jahres 1991, zu ermitteln. Zur Berechnung des Produkts in jeweiligen Preisen wird der Deflator der letzten inländischen Verwendung herangezogen. Der Übergang von der Bruttorechnung auf die Nettorechnung erfolgt durch Berücksichtigung der Abschreibungen, der Übergang von der Rechnung zu Marktpreisen auf die Rechnung zu Faktorkosten erfolgt durch Berücksichtigung von indirekten Steuern abzüglich Subventionen.

Somit ist die Arbeitseinkommensquote in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie folgt definiert:

$$(7)\quad AEQ_t = \frac{\frac{BLG_t + AGB_t}{A_t}}{\frac{BSP_t^r}{E_t} \cdot \frac{RSP_t}{BSP_t^r} \cdot P_t^{Liv} \cdot \frac{BSP_t^n - AK_t^n - (T_t - S_t)}{BSP_t^n}} \cdot 100$$

Die Symbole bedeuten:

BLG Bruttolohn- und -gehaltssumme

AGB tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber

BSP^r Bruttosozialprodukt in Preisen von 1991

RSP Realwert des Sozialprodukts.
Es gilt: $RSP \cdot P^{Liv} = BSP^n$
(Zur Definition des Realwerts siehe JG 84 Ziffern 246ff.)

P^{Liv} Deflator der letzten inländischen Verwendung

AK^n Abschreibungen in jeweiligen Preisen

BSP^n Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen

T indirekte Steuern

S Subventionen

9. Zur Berechnung der Effekte, die auf die Veränderung der Arbeitseinkommensquote im Zeitablauf einwirken, ist es zweckmäßig, die Arbeitseinkommensquote in die faktorielle Schreibweise zu überführen. Aus (7) ist durch entsprechende Umformungen der folgende Ausdruck abzuleiten:

$$(8)\quad AEQ_t = \underbrace{\frac{BLC_t}{A_t}\cdot\left(1+\frac{AGB_t}{BLC_t}\right)}_{F_1}\cdot\underbrace{\frac{BSP_t^r}{E_t}}_{F_3}\cdot\underbrace{\frac{RSP_t}{BSP_t^r}}_{F_4}\cdot\underbrace{P_t^{Liv}}_{F_5}\cdot\underbrace{\left(1-\frac{AK_t^n}{BSP_t^n}\right)}_{F_6}\cdot\underbrace{\left(1-\frac{T_t-S_t}{BSP_t^n-AK_t^n}\right)}_{F_7}$$

Dabei bedeuten:

- F_1 Lohnfaktor
- F_2 Sozialbeitragsfaktor
- F_3 Produktivitätsfaktor
- F_4 Terms of Trade-Faktor
- F_5 Deflator
- F_6 Abschreibungsfaktor
- F_7 Steuer- und Subventionsfaktor

Zur Berechnung der Veränderungsraten (Effekte)

10. Die Veränderung eines Faktors $F_{i,t}$ gegenüber seinem Vorjahreswert beträgt, als Veränderungsrate ausgedrückt:

$$(9)\quad v_{i,t} = \frac{F_{i,t}}{F_{i,t-1}} - 1.$$

Aus den Veränderungsraten der einzelnen Faktoren ergibt sich in zureichender Annäherung die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote v_t:

$$(10)\quad v_t \approx v_{1,t} + v_{2,t} - v_{3,t} - v_{4,t} - v_{5,t} - v_{6,t} - v_{7,t}.$$

Die mit 100 multiplizierten, also in vH ausgedrückten Veränderungsraten der sieben Faktoren bezeichnen wir als „Effekte". Diese Bezeichnung deutet an, daß die Effekte die Veränderung der Arbeitseinkommensquote ursächlich bewirken oder bewirkt haben, wenn man eine abgelaufene Periode betrachtet (Tabelle B2). Dabei gilt die Zerlegung der Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote in ihre Effekte im strengen Sinne jedoch nur rechnerisch. Bei Anwendung der Rechnung auf eine künftige Periode können spezielle Annahmen zur Entwicklung bestimmter Effekte oder zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote getroffen werden, so daß von diesen Vorgaben her auf restliche Effekte oder auf die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote geschlossen werden kann.

Tabelle B1

Zur Gewinn-Erlös-Relation[1])

Jahr	Brutto-lohn- und -gehalts-summe	Arbeit-geber-beiträge	Kalkula-torischer Unter-nehmer-lohn[2])	Zins-kosten[3])	Abschrei-bungen	Indirekte Steuern abzüglich Subven-tionen[4])	Vorlei-stungen Ausland[5])	Kosten-Erlös-Relation	Gewinn-Erlös-Relation	Kapitalrendite[6])	
										ohne	mit
										Berücksichtigung der Zinskosten	
1960	34,11	5,22	6,98	6,17	5,60	13,35	13,34	84,77	15,23	21,92	15,60
1961	35,55	5,43	7,01	6,25	5,94	13,67	12,54	86,38	13,62	19,78	13,55
1962	36,37	5,50	6,83	6,31	6,29	13,71	12,55	87,58	12,42	18,32	12,15
1963	36,66	5,50	6,76	6,50	6,68	13,63	12,92	88,66	11,34	16,90	10,74
1964	36,74	5,12	6,44	6,42	6,76	13,36	12,93	87,78	12,22	17,89	11,72
1965	36,67	5,26	6,29	6,53	6,82	12,84	13,91	88,32	11,68	17,56	11,26
1966	37,12	5,46	6,36	7,08	7,18	12,90	13,61	89,71	10,29	16,18	9,59
1967	36,65	5,31	6,52	7,65	7,67	13,37	12,98	90,14	9,86	15,31	8,62
1968	36,11	5,42	6,36	7,42	7,48	12,36	14,00	89,14	10,86	16,49	9,80
1969	35,82	5,45	6,00	7,13	7,10	13,30	14,83	89,63	10,37	16,56	9,81
1970	37,35	5,98	6,03	7,18	7,21	12,15	14,38	90,29	9,71	16,56	9,52
1971	37,88	6,20	5,75	7,43	7,55	12,26	14,29	91,36	8,64	15,78	8,49
1972	38,05	6,53	5,69	7,60	7,70	12,28	14,22	92,08	7,92	15,30	7,81
1973	38,40	6,93	5,67	7,81	7,64	11,93	14,70	93,07	6,93	14,96	7,03
1974	37,85	7,11	5,59	8,13	7,85	11,18	17,55	95,26	4,74	13,45	4,95
1975	37,71	7,45	5,67	8,41	8,40	11,29	17,28	96,21	3,79	12,44	3,86
1976	36,27	7,54	5,37	7,84	8,01	11,01	18,71	94,75	5,25	14,20	5,69
1977	36,82	7,54	5,27	7,48	7,97	10,95	18,37	94,39	5,61	14,21	6,09
1978	36,75	7,65	5,18	7,07	8,01	11,08	17,51	93,25	6,75	15,08	7,36
1979	35,88	7,56	4,98	6,85	7,83	11,04	19,00	93,14	6,86	15,43	7,72
1980	36,09	7,66	4,90	7,02	7,98	10,92	20,88	95,46	4,54	13,01	5,11
1981	36,12	7,63	4,91	7,65	8,33	10,81	21,41	96,87	3,13	11,92	3,46
1982	36,17	7,82	5,05	7,92	8,72	10,71	21,12	97,52	2,48	11,28	2,69
1983	34,89	7,72	5,03	7,77	8,80	10,78	20,58	95,58	4,42	13,31	4,83
1984	33,91	7,67	4,99	7,52	8,68	10,60	21,65	95,03	4,97	13,87	5,52
1985	33,54	7,58	4,98	7,24	8,62	10,31	22,14	94,41	5,59	14,25	6,21
1986	34,62	7,81	5,14	7,05	8,77	10,28	19,21	92,88	7,12	15,24	7,66
1987	35,12	7,98	5,20	6,87	8,86	10,33	18,30	92,66	7,34	14,90	7,69
1988	34,63	7,86	5,15	6,61	8,75	10,17	18,55	91,71	8,29	15,68	8,72
1989	33,81	7,59	5,05	6,54	8,64	10,45	19,60	91,68	8,32	15,89	8,90
1990	33,36	7,48	4,92	6,71	8,53	10,46	19,41	90,87	9,13	17,45	10,06
1991[7])	32,93	7,44	4,83	6,76	8,53	10,82	19,72	91,04	8,96	17,78	10,13
1992[7])	33,33	7,59	4,97	6,94	8,78	11,22	19,02	91,84	8,16	16,80	9,08
1993[7])	33,80	7,91	5,29	7,02	9,64	11,84	17,86	93,35	6,65	14,41	7,01
1994[8])	32,28	7,72	5,47	6,70	9,56	12,08	18,28	92,10	7,90	15,68	8,48

[1]) Unternehmen ohne Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung.
[2]) Dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige/mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält.
[3]) Auf Anlage- und Vorratsvermögen der Unternehmen.
[4]) Wegen der fehlenden Aufgliederung sind für die nicht berücksichtigten Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1) von den indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) nur die Produktionssteuern (abzüglich Subventionen), nicht jedoch die nichtabziehbare Umsatzsteuer, die Einfuhrabgaben und die Verwaltungsgebühren abgesetzt.
[5]) Einfuhr von Waren (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) abzüglich Einfuhr von Investitionsgütern (Spezialhandel aus der Außenhandelsstatistik).
[6]) Gewinne in vH des der Berechnung der Zinskosten zugrundeliegenden Vermögensbestandes (Anlage- und Vorratsvermögen jeweils zu Anschaffungspreisen).
[7]) Vorläufige Ergebnisse.
[8]) Eigene Schätzung.

Tabelle B2

Zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote [1]

Jahr [2]	Arbeitseinkommensquote (3)+(4) minus (5) bis (9)		Effekte						
			F_1	F_2	F_3	F_4	F_5	F_6	F_7
			Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer [3]	Effekt der Arbeitgeberbeiträge [4]	Produktivitätseffekt [5]	Terms of Trade Effekt [6]	„Preiseffekt" der letzten inländischen Verwendung [7]	Abschreibungseffekt [8]	Effekt von indirekten Steuern abzüglich Subventionen [9]
	vH [10]	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH							
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1961	80,1	+2,8	+10,2	−0,0	+3,0	+0,1	+4,8	−0,4	−0,3
1962	81,0	+1,2	+ 9,2	−0,1	+4,3	−0,0	+4,0	−0,5	−0,0
1963	81,6	+0,7	+ 6,1	−0,1	+2,6	−0,2	+3,3	−0,5	+0,1
1964	80,4	−1,5	+ 9,0	−0,7	+6,5	+0,1	+2,9	−0,1	+0,2
1965	80,7	+0,5	+ 9,1	+0,3	+4,7	−0,3	+4,1	−0,2	+0,5
1966	81,7	+1,2	+ 7,3	+0,3	+3,1	+0,4	+3,1	−0,4	−0,0
1967	81,5	−0,2	+ 3,3	−0,1	+3,0	+0,6	+1,0	−0,5	−0,6
1968	79,3	−2,8	+ 6,2	+0,5	+5,6	−0,3	+2,5	+0,2	+1,4
1969	79,6	+0,4	+ 9,2	+0,2	+5,8	+0,2	+4,1	+0,4	−1,5
1970	81,5	+2,4	+15,3	+0,6	+4,2	+1,0	+6,1	−0,4	+1,7
1971	82,6	+1,3	+11,3	+0,2	+2,7	+0,5	+7,2	−0,4	−0,1
1972	82,7	+0,2	+ 9,0	+0,5	+3,9	+0,1	+5,3	−0,1	+0,0
1973	83,5	+1,0	+11,0	+0,8	+3,6	−0,1	+6,5	+0,1	+0,4
1974	86,0	+3,0	+10,8	+0,5	+1,2	−0,8	+8,0	−0,6	+0,4
1975	86,2	+0,2	+ 6,2	+0,8	+1,6	+0,1	+5,5	−0,5	+0,1
1976	84,2	−2,3	+ 6,9	+0,8	+6,1	−0,6	+4,3	+0,2	+0,1
1977	84,5	+0,4	+ 6,8	−0,2	+2,4	+0,0	+3,7	−0,0	−0,1
1978	83,3	−1,4	+ 5,3	+0,2	+2,6	+0,7	+3,6	+0,0	+0,0
1979	83,2	−0,1	+ 5,7	+0,1	+2,5	−0,9	+4,7	−0,1	−0,3
1980	85,8	+3,1	+ 6,6	+0,2	−0,6	−1,5	+6,6	−0,6	−0,2
1981	86,8	+1,2	+ 4,8	+0,0	+0,1	−1,2	+5,4	−0,6	−0,0
1982	87,0	+0,1	+ 3,9	+0,3	+0,0	+0,3	+4,1	−0,5	+0,1
1983	84,4	−3,0	+ 3,2	+0,4	+3,5	+0,2	+3,0	−0,0	−0,1
1984	82,9	−1,7	+ 3,0	+0,4	+2,9	−0,4	+2,5	−0,0	+0,2
1985	82,4	−0,7	+ 2,9	+0,0	+1,2	+0,1	+2,0	+0,0	+0,4
1986	81,3	−1,3	+ 3,6	+0,0	+0,9	+2,7	+0,4	+0,3	+0,6
1987	81,6	+0,4	+ 3,1	+0,1	+0,8	+0,8	+1,1	−0,0	+0,1
1988	80,3	−1,6	+ 3,0	+0,0	+2,9	+0,1	+1,5	+0,1	+0,1
1989	78,9	−1,8	+ 3,0	−0,1	+2,7	−0,5	+3,0	+0,1	−0,5
1990	77,9	−1,2	+ 4,7	+0,0	+2,8	+0,0	+3,1	+0,1	−0,1
1991	77,8	−0,1	+ 6,0	+0,0	+3,1	−0,4	+4,3	−0,1	−0,8
1992	79,0	+1,6	+ 5,7	+0,2	+0,7	+0,7	+3,7	−0,3	−0,6
1993	80,8	+2,2	+ 2,9	+0,4	−0,7	+0,3	+2,8	−0,7	−0,7
1994	78,5	−2,8	+ 1,9	+0,6	+3,3	−0,0	+2,3	+0,2	−0,4

[1] Gesamtwirtschaft. Berechnung der Spalte (2) durch multiplikative Verknüpfung.
[2] Von 1991 bis 1993 vorläufige Ergebnisse; 1994 eigene Schätzung.
[3] Lohnfaktor; Inländerkonzept.
[4] Sozialbeitragsfaktor; tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[5] Produktivitätsfaktor; Bruttosozialprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität).
[6] Terms of Trade-Faktor; Realwert des Sozialprodukts im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in Preisen von 1991.
[7] Deflator.
[8] Abschreibungsfaktor. Erhöhung der Abschreibungskosten: (−).
[9] Steuer- und Subventionsfaktor.
[10] Gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen in vH des Volkseinkommens (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten).

C. Zur Konzeption der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

$$Z_t = (BG_t + BR_t) \cdot KF_t$$

mit

$$BR_t = MRS_{I_t} + MRS_{A_t} + \ddot{U}R_t$$

Die Symbole haben die folgende Bedeutung:

Z bereinigte Zentralbankgeldmenge

BG Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)

BR Bankreserven (Zentralbankeinlagen und Kassenbestände der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundespost/Postbank)

KF Korrekturfaktor

MRS_I Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten

MRS_A Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten

ÜR Überschußreserven

t Zeitindex

2. Der Korrekturfaktor dient dazu, den expansiven oder kontraktiven Impuls einer Mindestreservesatzänderung in der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) sichtbar zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Den freigesetzten Betrag bestimmen wir, indem wir die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode multiplizieren.

Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, muß die Bereinigung der Zentralbankgeldmenge nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Wir differenzieren zusätzlich nach den Größenklassen der Einlagen, das heißt nach Progressionsstufen, sofern für diese verschiedene Mindestreservesätze gelten.[1])

Die Freisetzung beziehungsweise Bindung von Zentralbankgeld infolge einer Mindestreservesatzänderung wird berechnet als

$$\Delta KP_t = \sum_{i=1}^{n} \Delta KP_{i,t}$$

mit

$$\Delta KP_{i,t} = (r_{i,t-1} - r_{i,t}) \cdot E_{i,t-1}$$

[1]) Die Disaggregation nach Progressionsstufen kann allerdings erst für die Zeit ab Juni 1978 vorgenommen werden, da vorher das System der Mindestreservesätze — unter anderem aufgrund der Unterscheidung zwischen Bankhaupt- und -nebenplätzen — weit komplexer als heute war.

Dabei bedeuten:

KP Korrekturposten

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

r Reservesatz

E reservepflichtige Einlagen

Der auf die unbereinigte Zentralbankgeldmenge anzuwendende Korrekturfaktor ergibt sich wie folgt:

$$KF_t = \prod_{\tau=t_o}^{t} \frac{BG_\tau + BR_\tau + \Delta KP_\tau}{BG_\tau + BR_\tau}$$

mit

τ Zeitindex für die (multiplikative) Kumulation

t_o Zeitpunkt, zu dem mit der Kumulation begonnen wird (Januar 1980)

Das Bereinigungsverfahren gewährleistet, daß die ausgewiesene Veränderungsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge unabhängig von der Wahl einer Basisperiode und somit unverzerrt ist. Daraus folgt auch, daß die Veränderungsraten (nicht aber die absoluten Veränderungen) von unbereinigter und bereinigter Zentralbankgeldmenge so lange identisch sind, wie die Mindestreservesätze sich nicht ändern.

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet und bis 1987 als Indikator und Zwischenzielgröße verwendet hat, ist wie folgt definiert:

$$Z_t^* = BG_t + \overline{MRS}_{I_t}$$

Dabei ist:

Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

$\overline{MRS_I}$ Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestresevesatzänderungen. Sie multipliziert zu diesem Zweck die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten mit konstanten historischen Mindestreservesätzen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen ergibt sich dann als Summe des so ermittelten Mindestreservesolls und des Bargeldumlaufs.

Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank liegen zum einen in der Abgrenzung und zum anderen im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Eine Gegenüberstellung beider Indikatoren findet sich in JG 88, Anhang IV, Abschnitt C.

D. Zur Konstruktion eines Index „Staatlich administrierter Verbraucherpreise"

1. Der Sachverständigenrat hat bereits in seinen Jahresgutachten 1976/77[a]), 1982/83[b]) und 1991/92[c]) versucht, die Bedeutung der staatlich administrierten Preise im Preisindex für die Lebenshaltung zu quantifizieren. Die Bedenken, die gegen die Konstruktion eines speziellen Index der staatlich administrierten Verbraucherpreise angeführt werden, sind erheblich, viele halten sie sogar für unüberwindbar. Die verständliche Sorge, sich der Aussagekraft eines solchen Index anzuvertrauen, sollte jedoch gegenüber dem Interesse an einer Quantifizierung der Bedeutung staatlich administrierter Verbraucherpreise für die allgemeine Preisentwicklung abgewogen werden. Wenn der Sachverständigenrat in diesem Gutachten erneut versucht, einen derartigen Preisindex zu berechnen, so heißt dies nicht, daß er die damit verbundenen Probleme gering achtet. Die Willkür, die mit jeder Abgrenzung verbunden ist, veranlaßt ihn jedoch, die methodischen Grundlagen der hier gewählten Konstruktion noch einmal darzulegen.

2. Der hier berechnete Index für die staatlich administrierten Verbraucherpreise setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen; diese unterscheiden sich nach dem Ausmaß und der Art der staatlichen Einflußnahme auf die Preisbildung (Tabelle D1). Die erste Teilgruppe enthält diejenigen Verbraucherpreise, die direkt vom Staat festgesetzt werden. Der Wägungsanteil dieser unmittelbar durch die öffentliche Hand bestimmten Preise am Gesamtindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beträgt 4,9 vH. Die in der zweiten Teilgruppe zusammengefaßten Verbraucherpreise, deren Anteil an der gesamten Lebenshaltung 16,6 vH ausmacht, werden nur teilweise oder nur indirekt durch den Staat bestimmt. Die dritte Gruppe von Verbraucherpreisen setzt sich aus Preisen von Waren zusammen, für die der Staat besondere Verbrauchsteuern[d]) erhebt. Daher stellt sich hier häufig das Problem, marktbedingte Preisänderungen von solchen zu unterscheiden, die steuerpolitisch begründet sind. Die laufenden Veränderungen dieser Preise sind hier jedoch in der Regel ausschließlich marktbestimmt. Der Anteil der genannten Güterpreise am gesamten Verbraucherpreisindex beläuft sich auf etwa 11,3 vH. Noch größere Probleme wirft die Konstruktion der vierten Teilgruppe auf. In ihr sind die Preise der Ernährungsgüter zusammengefaßt, deren Entwicklung direkt oder indirekt durch Preisbeschlüsse im Rahmen der europäischen Marktordnungen bestimmt wird. Ihr Anteil am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beträgt 8,9 vH. Auch hier sind administrativ bedingte Preisänderungen kaum zu isolieren.

In Tabelle D2 werden die verschiedenen Teilgruppen-Indizes sowie einige aus diesen Teilgruppen errechnete Zusammenfassungen ausgewiesen.

---

[a]) Ziffern 144 f. und Anhang VII.
[b]) Ziffern 104 ff. und Anhang V, Abschnitt E.
[c]) Ziffern 121 f. und Anhang V, Abschnitt E.

[d]) Zum 1. Januar 1993 sind derartige Verbrauchsteuern auf Tee, Speisesalz, Leuchtmittel sowie Substitutionsalkohol in Duftwässern und Parfüms entfallen, dementsprechend erfassen wir die zugehörigen Preisindizes nicht weiter unter staatlich administrierten Preisen.

Tabelle D1

Zur Konstruktion eines Index „Staatlich administrierter Verbraucherpreise" [1]

Teilgruppe 1		Teilgruppe 2		Teilgruppe 3		Teilgruppe 4	
direkt administrierte		teiladministrierte		quasiadministrierte		indirekt administrierte [2]	
Verbraucherpreise							
Indexgruppe	Gewicht [1]	Indexgruppe	Gewicht [1]	Indexgruppe	Gewicht [1]	Indexgruppe	Gewicht [1]
Verkehrstarife	**8,37**	**Versorgungstarife**	**43,29**	**Alkoholische Getränke**	**23,68**	**Fleisch (frisch, gefroren oder tiefgefroren)**	**20,42**
Örtliche Verkehrsmittel	4,95	Elektrizität	27,12	Bier [5]	16,96	Fleisch [6]	15,03
Bundesbahn	3,42	Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme	13,78	Spirituosen [5]	4,54	Geflügelfleisch [7]	2,29
Nachrichtenübermittlung	**18,27**	Steinkohle, Koks, Braunkohle	2,39	Traubenschaumweine [5]	2,18	Hackfleisch, Innereien und andere Schlachtnebenprodukte [8]	3,10
Fernsprechgebühren	16,06	**Wohnungsmieten (einschließlich Nebenkosten) im öffentlich geförderten Wohnungsbau [3]**	**33,78**	**Tabakwaren**	**20,98**	**Fleischwaren**	**19,99**
Postgebühren	2,21	**Versicherungsbeiträge**	**63,15**	**Kaffee [5]**	**9,08**	Wurstwaren, Schinken, Speck u. ä. geräuchert, getrocknet oder gekocht	18,88
Rundfunk- und Fernsehgebühren	**5,59**	**Kosten der Gesundheitspflege**	**22,47**	**Gas (ohne Gas für Kraftfahrzeuge)**	**11,90**	Fleischkonserven (tiefgefroren), tafelfertiges Hackfleisch	0,50
Gebühren für den Besuch von kulturellen Einrichtungen, Sportanlagen, Bildungseinrichtungen	**9,69**	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege [4]	5,25	**Heizöl leicht**	**16,24**	Andere Fleischerzeugnisse (ohne Fertiggerichte)	0,61
Besuch von Theateraufführungen	2,99	Dienstleistungen von Ärzten und Krankenhäusern	17,22	**Kraftstoffe**	**31,27**	**Milch [9], Käse, Butter**	**19,13**
Eintrittskarte für Hallenbad	0,89	**Beförderung in Luftfahrzeugen**	**1,10**			**Brot und Backwaren**	**16,99**
Lehrgangsgebühr Volkshochschule	2,94	**Rechtsberatung u. ä. (ohne Gerichtskosten)**	**2,34**			Brot und andere Backwaren aus Brotteig	9,12
Dienstleistungen der Kindergärten, -horte u. ä.	2,14					Feine Backwaren (ohne Dauerbackwaren)	5,43
Friedhofsgebühren	0,26					Dauerbackwaren	2,44
Wettgebühren, Jagdscheingebühren, Fischereigebühren	0,47					**Mehl und Nährmittel**	**3,94**
Parkgebühren, Straßenbenutzungsgebühren	**0,60**					**Zucker (Rüben- und Rohrzucker)**	**1,30**
TÜV- und Zulassungsgebühren	**0,17**					**Süßwaren und Honig**	**7,37**
Kfz-Steuer und sonstige Gebühren (Reisepaß, Führerschein)	**6,32**						
Zusammen	**49,01**	**Zusammen**	**166,13**	**Zusammen**	**113,15**	**Zusammen**	**89,14**

[1] Berechnet auf der Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Basis 1985 = 100; Wägungsanteile in Promille.
[2] Durch EG-Agrarpreisbeschlüsse bewirkt.
[3] Nach 1948 erbaut.
[4] Arzneimittel (Medikamente, Rezeptgebühr), Verbandsstoffe und andere Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege.
[5] Einschließlich Verzehr in Kantinen, Gaststätten u. ä.
[6] Ohne Geflügelfleisch und Hackfleisch sowie Innereien.
[7] Ohne Wildgeflügelfleisch, Innereien und andere Schlachtnebenerzeugnisse.
[8] Ohne zubereitetes Hackfleisch.
[9] Trinkmilch, Kondensmilch, Milchpulver, süße Sahne und Joghurt.

Tabelle D2

Zur Entwicklung staatlich administrierter Verbraucherpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte					Staatlich administrierte Verbraucherpreise							
							davon					darunter	
	insgesamt	ohne staatlich administrierte Verbraucherpreise	ohne Gruppe 1 und 2	ohne Gruppe 1, 2 und 3	ohne Gruppe 1, 2 und 4	zusammen	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 1 und 2	Gruppe 1 bis Gruppe 3	Gruppe 1, Gruppe 2 und Gruppe 4
Gewicht	1 000	582,57	784,86	671,71	695,72	417,43	49,01	166,13	113,15	89,14	215,14	328,29	304,28
1980	82,8	83,3	83,5	83,9	83,0	82,1	86,7	78,1	81,4	88,1	80,1	80,5	82,4
1981	88,0	87,8	88,6	88,4	88,2	88,3	89,4	84,7	90,1	92,1	85,8	87,2	87,6
1982	92,6	91,8	93,0	92,5	92,4	93,7	93,3	90,6	95,6	97,3	91,2	92,7	93,0
1983	95,7	95,3	95,9	95,8	95,5	96,3	97,0	94,3	96,5	99,4	94,9	95,5	96,2
1984	98,0	98,1	98,2	98,3	98,0	97,8	99,3	96,6	97,5	99,8	97,2	97,3	98,0
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	101,7	99,4	101,4	99,3	97,4	102,9	101,3	87,4	100,1	101,7	96,7	101,2
1987	100,1	103,0	99,6	102,5	99,6	96,0	103,6	101,6	82,1	99,3	102,0	95,2	101,2
1988	101,4	104,6	100,5	103,9	100,7	96,9	105,8	104,1	80,4	99,4	104,5	96,2	103,0
1989	104,2	106,8	103,3	106,0	103,6	100,6	107,2	107,4	87,2	101,4	107,4	100,4	105,6
1990	107,0	109,6	106,3	108,9	106,5	103,4	108,8	110,0	90,6	104,6	109,7	103,1	108,2
1991	110,7	113,5	110,1	112,6	110,5	106,8	113,1	112,9	95,2	106,8	113,0	106,8	111,1
1992	115,1	117,6	114,0	116,7	114,4	111,6	121,7	118,3	98,1	110,7	119,0	111,8	116,6
1993	119,9	122,2	118,0	120,9	118,7	116,7	127,0	127,0	100,4	112,6	127,0	117,8	122,8
1985 1. Vj.	99,7	99,6	99,7	99,6	99,7	99,9	100,0	99,4	100,7	99,8	99,5	99,9	99,6
2. Vj.	100,2	100,4	100,3	100,3	100,3	100,0	100,1	99,8	100,3	99,8	99,9	100,0	99,9
3. Vj.	99,9	99,9	99,8	99,9	99,8	99,9	99,9	100,3	99,1	100,1	100,2	99,8	100,2
4. Vj.	100,2	100,2	100,1	100,2	100,1	100,3	100,0	100,5	100,0	100,2	100,4	100,3	100,3
1986 1. Vj.	100,4	101,2	100,0	101,1	100,0	99,2	103,1	101,4	93,5	100,2	101,8	98,9	101,4
2. Vj.	100,1	101,7	99,6	101,5	99,6	97,8	103,0	101,4	88,5	100,2	101,7	97,2	101,3
3. Vj.	99,6	101,6	99,0	101,4	98,9	96,8	102,7	101,3	85,2	100,0	101,6	96,0	101,1
4. Vj.	99,3	101,7	98,7	101,5	98,6	95,9	102,6	101,0	82,3	99,9	101,4	94,8	100,9
1987 1. Vj.	99,9	102,6	99,5	102,2	99,4	96,1	102,9	101,1	82,9	99,6	101,5	95,1	101,0
2. Vj.	100,2	103,2	99,8	102,7	99,9	96,0	103,8	101,1	82,4	99,4	101,7	95,0	101,0
3. Vj.	100,2	103,2	99,6	102,6	99,7	96,1	103,8	101,8	81,9	99,2	102,2	95,2	101,3
4. Vj.	100,2	103,2	99,5	102,6	99,6	96,1	103,9	102,3	81,1	99,1	102,7	95,3	101,7
1988 1. Vj.	100,8	104,0	99,9	103,4	100,0	96,3	105,7	103,4	79,5	99,2	103,9	95,5	102,5
2. Vj.	101,4	104,8	100,6	104,0	100,8	96,7	105,9	103,6	80,5	99,3	104,1	96,0	102,7
3. Vj.	101,5	104,7	100,6	104,0	100,8	97,1	105,8	104,4	80,6	99,3	104,7	96,4	103,2
4. Vj.	101,9	105,1	101,0	104,4	101,1	97,4	105,9	105,1	80,8	99,6	105,3	96,9	103,6
1989 1. Vj.	103,3	106,0	102,3	105,2	102,6	99,6	107,2	106,6	85,4	100,1	106,8	99,4	104,8
2. Vj.	104,3	106,9	103,5	106,1	103,9	100,6	107,2	107,3	88,0	100,5	107,3	100,6	105,3
3. Vj.	104,3	106,9	103,4	106,2	103,6	100,7	107,2	107,7	86,8	101,7	107,6	100,4	105,9
4. Vj.	104,9	107,2	104,1	106,7	104,2	101,7	107,3	108,2	88,5	103,2	108,0	101,3	106,6
1990 1. Vj.	106,1	108,6	105,2	108,0	105,3	102,6	109,2	109,6	88,6	103,9	109,5	102,3	107,9
2. Vj.	106,7	109,6	105,8	108,9	106,0	102,7	108,7	110,3	87,7	104,3	110,0	102,3	108,3
3. Vj.	107,1	109,7	106,4	109,0	106,6	103,5	108,4	109,9	91,1	104,8	109,5	103,2	108,1
4. Vj.	108,1	110,4	107,6	109,7	107,9	104,8	109,0	110,1	95,1	105,2	109,8	104,7	108,5
1991 1. Vj.	109,0	111,8	108,4	111,0	108,8	105,0	109,7	111,4	93,3	105,6	111,0	104,9	109,4
2. Vj.	110,0	113,3	109,4	112,4	109,8	105,4	112,8	111,9	91,9	106,2	112,1	105,1	110,4
3. Vj.	111,6	114,1	110,9	113,2	111,4	108,0	114,8	113,8	97,5	107,1	114,0	108,3	112,0
4. Vj.	112,4	115,0	111,8	114,1	112,3	108,8	115,1	114,5	98,2	108,1	114,6	108,9	112,7
1992 1. Vj.	113,7	116,4	112,8	115,5	113,3	109,9	119,8	116,1	96,9	109,3	117,0	110,0	114,7
2. Vj.	114,9	117,7	114,1	116,7	114,6	111,0	120,9	116,9	98,4	110,5	117,8	111,1	115,7
3. Vj.	115,4	118,0	114,3	117,1	114,7	111,8	122,4	118,3	98,0	111,3	119,2	111,9	116,9
4. Vj.	116,5	118,6	115,0	117,7	115,4	113,6	123,5	121,7	98,9	111,9	122,1	114,1	119,1
1993 1. Vj.	118,6	120,8	116,9	119,6	117,4	115,6	125,0	124,9	100,3	112,3	125,0	116,5	121,2
2. Vj.	119,7	122,0	117,9	120,8	118,6	116,5	126,3	126,4	100,8	112,6	126,3	117,5	122,3
3. Vj.	120,2	122,5	118,2	121,2	118,9	117,0	127,8	127,5	100,3	112,8	127,5	118,2	123,2
4. Vj.	120,9	123,1	118,7	121,8	119,4	117,8	129,0	129,0	100,3	112,9	129,0	119,1	124,3
1994 1. Vj.	122,5	124,2	119,9	122,7	120,7	120,2	130,2	132,7	103,0	113,1	132,1	122,1	126,5
2. Vj.	123,4	125,3	120,8	123,7	121,8	120,7	130,6	133,5	103,6	113,1	132,8	122,7	127,1
3. Vj.	123,8	125,6	121,1	124,0	122,1	121,2	131,3	134,3	104,1	113,2	133,6	123,4	127,6

[1]) Berechnet auf Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit der Basis 1985 = 100; der Index setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen:
Gruppe 1 = direkt administrierte Preise (u.a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren),
Gruppe 2 = teiladministrierte Preise (u.a. Versorgungstarife, Mieten),
Gruppe 3 = quasiadministrierte Preise (u.a. alkoholische Getränke, Tabakwaren, Gas, Heizöl, Kraftstoffe),
Gruppe 4 = indirekt administrierte Preise (u.a. Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchprodukte, Backwaren).

VI.

Ausgewählte Indikatoren für Arbeitsamtsbezirke in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

		Seite
Tabelle 1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	294
Tabelle 2	Regionale Arbeitslosenquoten	295
Tabelle 3	Unterbeschäftigung: Arbeitslosenquoten und „Defizit" an normaler Beschäftigung	296
Tabelle 4	Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	298
Tabelle 5	Getätigte Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	300
Tabelle 6	Investitionsförderung	301
Tabelle 7	Bruttoeinkommen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	302
Tabelle 8	Gewerbeanmeldungen	304
Tabelle 9	Saldo der Gewerbeanzeigen	305

Tabelle 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Arbeitsamtsbezirken in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Bundesland/ Arbeitsamts-bezirk	1992				1993							
	31. März	30. Juni	30. Sep.	31. Dez.	31. März		30. Juni		30. Sep.		31. Dez.	
	Anzahl				Anzahl	vH[1]	Anzahl	vH[1]	Anzahl	vH[1]	Anzahl	vH[1]
Mecklenburg-Vorpommern	**690 959**	**685 316**	**673 089**	**655 718**	**643 217**	***-6,9***	**651 236**	***-5,0***	**661 046**	***-1,8***	**653 125**	***-0,4***
Neubrandenburg	169 218	166 346	163 147	159 429	155 254	*-8,3*	157 061	*-5,6*	160 691	*-1,5*	161 021	*1,0*
Rostock	208 745	206 642	201 181	196 904	192 489	*-7,8*	192 935	*-6,6*	195 285	*-2,9*	192 222	*-2,4*
Schwerin	189 081	188 364	186 807	182 117	180 082	*-4,8*	182 263	*-3,2*	185 092	*-0,9*	183 947	*1,0*
Stralsund	123 915	123 964	121 954	117 268	115 392	*-6,9*	118 977	*-4,0*	119 978	*-1,6*	115 935	*-1,1*
Brandenburg	**960 552**	**954 213**	**942 867**	**927 871**	**908 832**	***-5,4***	**906 581**	***-5,0***	**920 469**	***-2,4***	**925 465**	***-0,3***
Cottbus	269 099	267 472	262 074	258 846	250 306	*-7,0*	248 412	*-7,1*	250 681	*-4,3*	248 544	*-4,0*
Eberswalde	119 506	117 569	116 533	113 798	112 027	*-6,3*	111 833	*-4,9*	110 562	*-5,1*	104 918	*-7,8*
Frankfurt/Oder	150 034	149 307	147 341	145 374	142 559	*-5,0*	143 383	*-4,0*	148 534	*0,8*	155 956	*7,3*
Neuruppin	165 341	163 426	160 778	156 393	154 446	*-6,6*	153 620	*-6,0*	156 229	*-2,8*	161 805	*3,5*
Potsdam	256 572	256 439	256 141	253 460	249 494	*-2,8*	249 333	*-2,8*	254 463	*-0,7*	254 242	*0,3*
Sachsen-Anhalt	**1 070 953**	**1 058 448**	**1 047 622**	**1 029 914**	**1 002 333**	***-6,4***	**995 867**	***-5,9***	**997 520**	***-4,8***	**1 000 195**	***-2,9***
Dessau	99 262	97 479	95 759	93 906	90 845	*-8,5*	89 302	*-8,4*	89 521	*-6,5*	89 240	*-5,0*
Halberstadt	104 106	103 770	102 967	100 011	96 769	*-7,0*	96 674	*-6,8*	96 420	*-6,4*	95 893	*-4,1*
Halle	222 974	218 747	215 583	212 357	208 020	*-6,7*	206 711	*-5,5*	204 177	*-5,3*	206 281	*-2,9*
Magdeburg	282 418	279 505	277 971	273 999	267 039	*-5,4*	264 937	*-5,2*	265 457	*-4,5*	266 280	*-2,8*
Merseburg	141 015	139 205	137 154	135 178	131 738	*-6,6*	131 622	*-5,4*	133 050	*-3,0*	133 334	*-1,4*
Sangerhausen	84 264	83 780	83 230	82 027	78 811	*-6,5*	77 735	*-7,2*	78 540	*-5,6*	77 828	*-5,1*
Stendal	86 114	85 553	85 170	83 822	81 180	*-5,7*	80 982	*-5,3*	81 776	*-4,0*	83 071	*-0,9*
Wittenberg	50 800	50 409	49 788	48 614	47 931	*-5,6*	47 904	*-5,0*	48 579	*-2,4*	48 268	*-0,7*
Sachsen	**1 792 258**	**1 782 272**	**1 750 559**	**1 729 781**	**1 679 976**	***-6,3***	**1 687 524**	***-5,3***	**1 699 086**	***-2,9***	**1 683 803**	***-2,7***
Annaberg	111 798	111 944	109 819	106 331	100 521	*-10,1*	104 469	*-6,7*	105 334	*-4,1*	102 081	*-4,0*
Bautzen	230 361	228 738	224 818	221 978	216 223	*-6,1*	216 082	*-5,5*	218 415	*-2,8*	218 169	*-1,7*
Chemnitz	243 579	240 697	232 984	230 776	224 515	*-7,8*	223 280	*-7,2*	221 776	*-4,8*	217 356	*-5,8*
Dresden	291 506	291 516	285 138	283 235	277 348	*-4,9*	278 210	*-4,6*	279 613	*-1,9*	277 124	*-2,2*
Leipzig	403 058	401 078	394 747	392 471	379 584	*-5,8*	378 888	*-5,5*	381 957	*-3,2*	379 827	*-3,2*
Oschatz	60 524	59 198	58 139	57 051	55 144	*-8,9*	55 467	*-6,3*	55 737	*-4,1*	55 656	*-2,4*
Pirna	124 745	123 511	121 471	118 905	115 970	*-7,0*	117 478	*-4,9*	119 814	*-1,4*	118 945	*0,0*
Plauen	97 510	97 095	97 474	95 674	93 067	*-4,6*	96 197	*-0,9*	97 226	*-0,3*	95 876	*0,2*
Riesa	81 537	81 337	80 277	78 583	76 295	*-6,4*	76 010	*-6,5*	76 673	*-4,5*	75 893	*-3,4*
Zwickau	147 640	147 158	145 692	144 777	141 309	*-4,3*	141 443	*-3,9*	142 541	*-2,2*	142 876	*-1,3*
Thüringen	**936 417**	**933 527**	**917 701**	**894 597**	**877 697**	***-6,3***	**882 896**	***-5,4***	**893 012**	***-2,7***	**887 321**	***-0,8***
Altenburg	35 462	35 122	34 271	33 342	33 002	*-6,9*	33 547	*-4,5*	34 202	*-0,2*	34 097	*2,3*
Erfurt	226 100	224 626	223 273	217 846	214 342	*-5,2*	215 366	*-4,1*	219 265	*-1,8*	219 343	*0,7*
Gera	126 249	125 155	123 420	120 703	116 621	*-7,6*	116 481	*-6,9*	116 407	*-5,7*	115 513	*-4,3*
Gotha	126 792	127 602	125 829	123 629	120 829	*-4,7*	121 075	*-5,1*	123 261	*-2,0*	124 314	*0,6*
Jena	139 257	138 896	136 216	133 431	132 769	*-4,7*	133 311	*-4,0*	135 022	*-0,9*	135 056	*1,2*
Nordhausen	103 231	102 293	100 202	97 504	96 195	*-6,8*	96 043	*-6,1*	96 621	*-3,6*	95 684	*-1,9*
Suhl	179 326	179 833	174 490	168 142	163 939	*-8,6*	167 073	*-7,1*	168 234	*-3,6*	163 314	*-2,9*
Berlin-Ost	**501 782**	**495 596**	**487 143**	**476 685**	**466 792**	***-7,0***	**463 684**	***-6,4***	**461 336**	***-5,3***	**458 473**	***-3,8***
Nicht zuordenbar	4 897	4 786	4 839	5 315	4 928	*0,6*	4 592	*-4,1*	0	X	0	X
Variationskoeffizient[2]	0,578	0,577	0,576	0,579	0,579	X	0,575	X	0,571	X	0,571	X

[1] Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand.
[2] Standardabweichung in Relation zum Mittelwert der 35 Arbeitsamtsbezirke.

Quelle für Grundzahlen: BA

Tabelle 2

Regionale Arbeitslosenquoten[1])

Landesarbeitsamtsbezirk	Einheit[2])	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1993[3])	1994[3])
Mecklenburg-Vorpommern	I								12,5	16,8	17,5	16,8	15,3
	II								11,9	14,6	15,1	14,5	13,4
	III								13,2	19,2	20,5	20,2	17,8
Brandenburg	I								10,3	14,8	15,3	15,4	14,0
	II								8,2	13,3	11,9	12,0	11,0
	III								12,3	17,7	18,2	18,1	17,1
Sachsen-Anhalt	I								10,3	15,3	17,2	17,6	16,0
	II								8,4	13,3	13,7	13,7	12,5
	III								12,6	17,9	19,9	21,1	20,1
Sachsen	I								9,1	13,6	14,9	15,4	14,3
	II								7,9	9,4	11,1	11,6	11,5
	III								11,0	18,7	18,7	19,2	17,7
Thüringen	I								10,2	15,4	16,3	16,5	15,1
	II								8,2	13,4	13,6	14,0	12,7
	III								12,5	20,7	21,1	22,0	19,2
Berlin-Ost	I								12,2	14,3	13,7	13,2	12,1
									Nachrichtlich:				
Schleswig-Holstein	I	10,7	11,1	10,9	10,3	10,0	9,6	8,7	7,3	7,2	8,3	8,0	8,4
	II	8,3	9,1	8,4	8,0	8,0	6,4	6,0	5,0	5,0	5,9	5,9	6,2
	III	14,9	16,4	16,5	16,1	15,0	11,5	10,6	9,0	8,8	9,9	9,8	10,2
Hamburg	I	11,2	12,3	13,0	13,6	12,8	11,7	10,5	8,7	7,9	8,6	8,6	9,6
Niedersachsen	I	11,9	12,3	11,5	11,4	11,2	10,0	9,4	8,1	8,1	9,7	9,8	10,2
	II	10,4	11,1	9,6	8,5	9,2	7,6	6,8	5,8	5,9	6,8	7,0	7,3
	III	23,1	23,0	21,6	21,3	19,6	14,0	13,3	11,9	11,7	13,9	13,9	14,1
Bremen	I	13,8	15,2	15,5	15,6	15,3	14,6	13,5	10,7	10,7	12,4	12,6	13,4
Nordrhein-Westfalen	I	10,7	11,0	10,9	11,0	11,0	10,0	9,0	7,9	8,0	9,6	9,8	10,4
	II	7,2	7,7	8,0	8,5	8,8	6,7	6,0	5,0	5,0	6,5	6,5	6,8
	III	16,3	16,7	16,7	17,1	17,4	14,4	13,6	11,7	11,7	13,4	13,8	15,3
Hessen	I	7,4	7,2	6,8	6,7	6,4	6,1	5,7	5,1	5,5	7,0	7,1	8,0
	II	6,2	6,1	6,0	5,9	6,1	4,8	4,2	3,7	4,2	5,4	5,3	6,4
	III	12,3	12,4	11,5	10,9	10,8	9,2	9,5	8,0	8,2	10,0	9,8	10,7
Rheinland-Pfalz	I	8,3	8,6	8,3	8,1	7,6	6,9	6,3	5,4	5,7	7,5	7,5	7,9
	II	8,2	8,2	8,3	7,7	7,5	5,4	5,0	4,3	4,4	5,9	5,9	6,1
	III	12,7	13,8	13,2	12,8	11,5	9,6	8,1	8,0	8,9	12,0	12,4	12,6
Saarland	I	12,7	13,4	13,3	12,7	11,9	11,0	9,7	8,6	9,0	11,2	11,7	11,7
	II	14,1	14,8	14,2	13,9	13,6	9,8	8,5	7,2	7,5	9,5	9,9	9,8
	III	15,9	16,2	16,2	16,1	15,5	12,2	10,6	9,6	10,0	12,3	12,8	13,1
Baden-Württemberg	I	5,6	5,4	5,1	5,1	5,0	4,5	4,1	3,7	4,4	6,3	6,5	7,3
	II	4,0	3,5	3,4	3,6	3,8	3,3	2,9	2,7	3,4	5,0	5,0	5,5
	III	7,7	7,9	8,1	7,9	8,2	7,7	7,3	6,4	6,3	8,3	8,5	9,5
Bayern	I	7,8	7,7	7,0	6,6	6,3	5,7	5,1	4,4	4,9	6,4	6,2	6,5
	II	6,2	6,2	6,0	5,3	5,0	3,4	2,8	2,4	2,8	4,0	3,9	4,2
	III	15,1	15,0	13,6	13,2	12,7	8,7	8,3	7,3	7,9	9,6	9,6	9,8
Berlin-West	I	10,2	10,0	10,5	10,5	10,8	9,8	9,4	9,4	11,1	12,3	12,1	13,1
Deutschland	I	.	.	.	.	.	.	.	7,3	8,5	9,8	9,9	10,0
Mittlere relative Abweichung[4])		.	.	.	.	.	.	.	0,34	0,41	0,34	0,34	0,30
Früheres Bundesgebiet[5])	I	9,1	9,3	9,0	8,9	8,7	7,9	7,2	6,3	6,6	8,2	8,3	8,8
Mittlere relative Abweichung[4])		0,25	0,28	0,29	0,30	0,30	0,30	0,31	0,31	0,27	0,23	0,23	0,23
Neue Bundesländer[6])	I	.	.	.	.	.	.	.	10,3	14,8	15,8	15,9	14,6
Mittlere relative Abweichung[4])		.	.	.	.	.	.	.	0,13	0,12	0,12	0,13	0,12

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH. Bis 1988 berechnet für Arbeitsamtsbezirke aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung; für das frühere Bundesgebiet und die Landesarbeitsamtsbezirke mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensusergebnissen. Ab 1989 berechnet mit den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote im Landesarbeitsamtsbezirk/Bundesland.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes in der jeweiligen Region.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes in der jeweiligen Region.

[3]) Monat September.

[4]) Arithmetisches Mittel der Abweichung der Arbeitslosenquote in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke in Relation zum Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke im jeweiligen Zeitraum.

[5]) Einschließlich Berlin-West.

[6]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle für Grundzahlen: BA

Tabelle 3

Unterbeschäftigung in den
Quoten

Bundesland/ Arbeitsamts-bezirk	1992								19			
	März		Juni		September		Dezember		März		Juni	
	Arbeits-losen-quote	Defizit an „nor-maler" Beschäf-tigung [1]	Arbeits-losen-quote	Defizit an „nor-maler" Beschäf-tigung [1]	Arbeits-losen-quote	Defizit an „nor-maler" Beschäf-tigung [1]	Arbeits-losen-quote	Defizit an „nor-maler" Beschäf-tigung [1]	Arbeits-losen-quote	Defizit an „nor-maler" Beschäf-tigung [1]	Arbeits-losen-quote	Defizit an „nor-maler" Beschäf-tigung [1]
Mecklenburg-Vorpommern ..	17,7	.	16,2	.	15,4	31,3	15,7	31,3	18,0	34,9	16,8	32,6
Neubrandenburg	20,3	.	18,6	.	17,5	35,3	17,7	34,9	20,7	38,9	20,0	36,4
Rostock	17,5	.	15,9	.	14,2	29,4	14,3	29,6	16,8	33,3	16,5	32,0
Schwerin	15,1	.	14,0	.	13,8	28,9	13,8	28,6	15,3	31,3	14,1	29,3
Stralsund	18,4	.	16,5	.	17,0	32,3	17,9	33,1	20,0	37,0	17,0	33,3
Brandenburg	15,4	.	14,4	.	14,1	31,3	14,2	30,7	15,1	31,7	15,0	29,8
Cottbus	12,8	.	11,9	.	12,0	28,0	11,9	27,7	15,0	32,6	15,3	30,5
Eberswalde	18,1	.	17,2	.	16,9	35,4	17,0	33,6	18,3	34,9	18,0	33,3
Frankfurt/Oder .	16,1	.	14,9	.	14,9	32,5	14,2	31,9	14,0	30,6	13,9	29,4
Neuruppin	18,3	.	17,3	.	17,0	34,9	18,1	34,7	17,9	34,1	17,8	32,4
Potsdam	14,2	.	12,9	.	11,9	28,8	12,0	28,4	11,9	27,7	11,6	25,6
Sachsen-Anhalt ..	15,6	.	14,9	.	14,8	33,5	14,5	32,8	16,8	35,3	16,6	33,3
Dessau	14,8	.	14,3	.	15,1	35,4	15,1	35,1	18,6	36,2	19,5	35,5
Halberstadt	18,6	.	17,4	.	17,2	35,9	18,0	35,4	19,2	35,9	18,9	34,1
Halle	13,7	.	12,5	.	12,4	28,8	12,0	27,9	13,5	30,2	13,4	28,7
Magdeburg	15,3	.	14,8	.	14,2	33,9	13,4	33,1	15,5	36,1	15,7	32,9
Merseburg	14,6	.	14,6	.	15,0	33,6	14,7	32,6	18,1	37,7	17,2	36,1
Sangerhausen ..	17,4	.	16,9	.	17,7	37,1	17,0	36,3	19,8	38,8	19,4	36,8
Stendal	18,4	.	16,1	.	15,0	33,1	15,0	32,4	17,1	34,0	16,4	31,9
Wittenberg	14,1	.	14,6	.	15,3	33,8	15,4	34,0	17,0	36,3	16,2	33,1
Sachsen	14,1	.	12,9	.	13,0	31,0	12,7	30,1	14,6	33,1	14,0	31,2
Annaberg	20,3	.	18,0	.	17,1	38,0	17,5	38,4	19,4	38,4	16,8	35,8
Bautzen	15,5	.	14,2	.	14,8	32,7	14,6	32,4	15,9	34,7	15,7	33,0
Chemnitz	12,6	.	11,4	.	12,1	29,5	11,7	28,5	13,4	32,4	13,3	30,7
Dresden	9,6	.	8,7	.	9,1	22,4	8,4	21,5	10,7	26,2	10,7	25,2
Leipzig	11,3	.	10,4	.	10,3	28,7	10,4	27,3	12,1	30,3	12,1	28,1
Oschatz	17,2	.	16,2	.	15,5	33,3	15,9	33,5	17,6	35,6	17,6	34,3
Pirna	15,4	.	14,0	.	14,5	33,1	14,7	32,8	16,9	35,8	15,0	32,6
Plauen	17,3	.	15,1	.	14,1	33,3	13,5	32,4	15,8	34,9	13,8	32,5
Riesa	15,0	.	13,8	.	13,6	35,7	14,1	35,3	16,1	37,5	15,9	35,5
Zwickau	17,1	.	16,5	.	16,8	35,5	14,9	33,6	15,9	35,2	15,6	34,2
Thüringen	16,1	.	14,4	.	14,7	33,0	14,5	32,3	16,1	33,6	15,4	31,5
Altenburg	19,2	.	18,4	.	19,0	37,9	21,0	44,0	20,9	39,6	20,1	36,7
Erfurt	13,9	.	12,7	.	12,9	29,3	12,7	28,6	15,0	31,4	14,8	29,4
Gera	14,8	.	12,9	.	13,1	30,8	12,9	30,4	15,2	33,2	14,7	30,9
Gotha	18,4	.	16,7	.	17,0	35,8	16,9	34,7	18,8	36,0	18,4	33,9
Jena	14,6	.	13,2	.	12,3	30,7	11,7	29,8	12,9	31,8	12,8	30,6
Nordhausen ...	18,6	.	16,6	.	16,5	36,4	16,3	35,4	17,5	35,6	17,4	33,7
Suhl	16,5	.	14,2	.	15,4	33,9	15,5	33,0	16,1	33,2	14,0	30,6
Berlin-Ost	15,3	.	14,0	.	13,0	27,1	13,0	26,8	14,2	28,0	13,0	26,0
Variations-koeffizient [2] ...	0,155	.	0,155	.	0,153	0,107	0,175	0,124	0,156	0,096	0,154	0,097

[1] Personen in Unterbeschäftigung (Arbeitslose, Vollzeit-FuU, Vollzeitäquivalent-Kurzarbeitergeld, Bezieher von Altersübergangsgeld und Vorruhestandsgeld) und Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen zuzüglich Teilnehmer in Vollzeit-FuU, der Bezieher von Altersübergangsgeld und Vorruhestandsgeld; dabei wurde die Anzahl der abhängigen Erwerbspersonen über die Quote der registrierten Arbeitslosen ermittelt.

Tabelle 3

neuen Bundesländern und Berlin-Ost
in vH

93				1994						Veränderung September 1994 gegen September 1992		Bundesland/ Arbeitsamtsbezirk
September		Dezember		März		Juni		September				
Arbeitslosenquote	Defizit an „normaler" Beschäftigung [1]	Arbeitslosenquote	Defizit an „normaler" Beschäftigung [1]	Arbeitslosenquote	Defizit an „normaler" Beschäftigung [1]	Arbeitslosenquote	Defizit an „normaler" Beschäftigung [1]	Arbeitslosenquote	Defizit an „normaler" Beschäftigung [1]	Arbeitslosenquote	„Defizit" [1]	
										Prozentpunkte		
16,8	31,5	17,6	32,3	19,1	33,1	16,2	30,4	15,3	29,6	−0,1	−1,7	**Mecklenburg-Vorpommern**
20,2	35,8	20,3	36,3	22,1	37,4	19,0	34,8	17,8	33,8	0,3	−1,4	Neubrandenburg
16,1	30,3	16,4	30,3	17,9	31,7	15,7	29,5	14,5	28,6	0,3	−0,8	Rostock
14,4	28,0	15,5	29,0	16,2	28,8	14,2	26,3	13,4	25,6	−0,4	−3,3	Schwerin
17,1	32,8	19,1	34,6	21,0	35,5	16,4	31,6	16,0	31,1	−1,0	−1,2	Stralsund
15,4	29,1	15,2	29,3	16,9	29,9	15,1	28,1	14,0	27,2	−0,1	−4,1	**Brandenburg**
16,0	30,6	15,9	30,3	17,2	31,0	15,2	29,1	13,7	28,8	1,7	0,8	Cottbus
18,1	32,0	16,5	30,2	20,1	33,6	18,1	31,5	17,1	30,1	0,2	−5,3	Eberswalde
14,2	28,2	15,8	30,2	16,2	28,8	14,7	27,8	14,0	27,0	−0,9	−5,5	Frankfurt/Oder
18,0	31,5	16,7	31,8	19,4	32,9	17,3	30,8	16,3	29,8	−0,7	−5,1	Neuruppin
12,0	24,6	12,1	25,0	13,3	25,3	11,9	23,6	11,0	22,2	−0,9	−6,6	Potsdam
17,6	32,3	17,5	32,3	19,5	33,3	17,7	31,9	16,0	30,5	1,2	−3,0	**Sachsen-Anhalt**
21,1	35,1	21,0	35,1	22,9	36,0	21,1	34,5	20,1	32,9	5,0	−2,5	Dessau
19,9	32,8	19,6	32,7	21,5	33,5	18,4	30,8	15,9	29,8	−1,3	−6,1	Halberstadt
13,7	27,8	13,5	28,2	14,9	29,5	13,7	29,1	12,5	27,8	0,1	−0,9	Halle
16,9	31,1	16,8	31,2	18,8	32,3	17,4	31,2	15,8	29,5	1,6	−4,4	Magdeburg
18,1	35,3	18,3	34,8	20,3	35,7	18,5	34,1	16,7	32,6	1,7	−1,1	Merseburg
20,4	36,7	20,0	36,2	22,8	38,0	20,4	36,1	17,4	35,2	−0,3	−2,0	Sangerhausen
17,4	31,1	17,0	31,5	20,0	32,5	17,6	30,4	16,2	29,2	1,2	−4,0	Stendal
17,3	33,3	18,5	32,8	19,3	33,3	18,0	31,9	16,6	30,6	1,3	−3,2	Wittenberg
15,4	30,7	15,6	30,3	17,3	31,1	15,5	29,2	14,3	28,0	1,3	−3,0	**Sachsen**
18,6	35,8	20,2	35,5	24,2	37,6	19,3	34,4	17,7	33,1	0,6	−4,8	Annaberg
17,2	33,2	16,8	32,8	19,1	33,9	16,7	32,0	16,2	30,9	1,4	−1,8	Bautzen
14,8	30,1	15,2	29,5	17,4	31,3	16,1	29,7	15,2	28,7	3,1	−0,8	Chemnitz
11,6	24,6	11,6	23,9	12,9	24,5	12,0	23,2	11,5	22,3	2,4	−0,2	Dresden
13,6	27,8	14,0	27,8	14,6	28,3	13,8	26,7	12,3	25,1	2,0	−3,6	Leipzig
19,2	33,7	17,8	32,8	19,1	32,7	17,6	31,3	15,8	29,8	0,3	−3,5	Oschatz
15,8	31,9	16,5	31,4	17,6	31,8	15,6	29,8	15,0	28,6	0,5	−4,5	Pirna
14,9	31,6	16,0	31,5	17,3	31,3	14,3	28,5	12,0	27,4	−2,1	−6,0	Plauen
17,1	34,5	17,5	33,7	18,7	33,4	17,0	31,7	14,6	30,3	1,0	−5,3	Riesa
17,0	33,0	16,8	32,1	19,2	33,9	17,7	32,0	16,0	30,5	−0,8	−5,0	Zwickau
16,5	30,6	17,1	30,6	18,3	31,1	15,5	29,2	15,1	28,2	0,4	−4,8	**Thüringen**
22,0	37,4	21,8	37,0	22,4	37,1	19,0	34,8	19,2	33,8	0,2	−4,1	Altenburg
15,5	28,4	15,8	28,2	17,1	28,6	15,5	27,4	15,4	26,2	2,5	−3,1	Erfurt
15,8	29,8	16,6	29,9	17,6	30,7	14,9	28,4	14,2	27,1	1,1	−3,7	Gera
19,0	32,1	19,0	31,7	19,7	31,9	16,8	29,9	17,0	29,7	0,0	−6,1	Gotha
14,0	29,6	14,5	29,4	16,0	30,1	14,1	28,2	13,8	27,7	1,5	−3,0	Jena
19,6	33,2	20,4	33,6	22,3	34,6	19,0	32,4	17,5	30,7	1,0	−5,7	Nordhausen
15,0	29,6	16,3	30,2	17,3	30,3	13,0	28,2	12,7	27,2	−2,7	−6,8	Suhl
13,2	25,1	13,0	24,0	13,9	23,8	12,8	22,7	12,1	22,2	−0,9	−4,9	**Berlin-Ost**
0,154	0,105	0,147	0,103	0,153	0,109	0,144	0,108	0,144	0,109	X	X	Variationskoeffizient [2]

[2] Standardabweichung in Relation zum ungewichteten Mittelwert der 35 Arbeitsamtsbezirke.

Quelle für Grundzahlen: BA

Tabelle 4

Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen

Bundesland/ Arbeitsamts-bezirk	Beschäftigte je 1 000 Einwohner[2]								Gesamtumsatz				
	1991	1992	1993	1993 1. Hj.[3]	1994 1. Hj.[3]	1992	1993	1994 1. Hj.[3]	1991	1992	1993	1993 1. Hj.[3]	1994 1. Hj.[3]
	Anzahl					vH[4]			DM				
Mecklenburg-Vorpommern													
Neubrandenburg	53	25	22	25	24	*–52,3*	*–13,6*	*– 5,4*	3 470	3 582	3 910	2 057	2 475
Rostock	67	38	33	38	34	*–42,9*	*–13,4*	*–11,0*	4 338	4 826	5 561	2 997	3 225
Schwerin	62	36	31	31	31	*–41,9*	*–13,7*	*0,3*	3 845	4 604	5 105	2 426	3 276
Stralsund	51	33	29	24	22	*–34,6*	*–13,2*	*– 8,3*	3 301	3 144	4 269	1 538	1 685
Brandenburg													
Cottbus	158	108	77	82	51	*–31,7*	*–28,9*	*–37,7*	12 844	9 351	8 955	4 558	3 573
Eberswalde	93	53	41	42	35	*–42,4*	*–23,4*	*–16,6*	9 986	7 115	7 725	3 440	3 852
Frankfurt/ Oder	81	45	35	35	31	*–44,2*	*–23,4*	*–11,8*	5 529	5 812	5 999	2 766	3 331
Neuruppin	95	47	34	33	32	*–50,7*	*–27,3*	*– 2,6*	5 388	4 348	4 668	2 148	2 551
Potsdam	81	46	38	38	25	*–43,4*	*–17,7*	*–34,0*	3 957	4 214	4 705	2 151	1 890
Sachsen-Anhalt													
Dessau	147	86	68	70	61	*–41,6*	*–21,2*	*–12,5*	9 277	11 203	10 057	4 761	5 081
Halberstadt	114	63	49	51	45	*–44,7*	*–21,8*	*–11,2*	6 089	5 482	5 574	2 940	3 440
Halle	129	69	59	62	57	*–46,8*	*–13,5*	*– 9,1*	7 560	7 476	7 513	6 430	6 246
Magdeburg	124	71	56	58	51	*–43,0*	*–20,8*	*–12,6*	7 386	7 094	7 415	9 228	10 059
Merseburg	189	134	94	103	68	*–29,2*	*–29,5*	*–34,0*	15 992	16 787	15 325	10 939	10 608
Sangerhausen	116	56	42	44	52	*–51,9*	*–24,2*	*19,9*	7 692	8 090	8 324	3 538	3 488
Stendal	54	29	25	25	23	*–46,6*	*–12,9*	*– 8,2*	4 055	2 809	3 206	1 414	1 811
Wittenberg	111	66	52	54	45	*–40,3*	*–21,6*	*–16,4*	6 970	7 706	7 752	2 124	2 257
Sachsen													
Annaberg	148	66	45	46	44	*–55,7*	*–31,2*	*– 3,8*	4 291	3 841	3 631	1 699	2 407
Bautzen	123	63	49	51	45	*–49,0*	*–21,8*	*–11,4*	6 488	5 597	6 090	2 842	3 012
Chemnitz	163	85	65	67	59	*–47,8*	*–23,0*	*–11,8*	6 500	6 579	7 598	3 493	4 211
Dresden	120	65	53	52	51	*–46,0*	*–19,1*	*– 3,0*	8 937	9 167	9 079	4 149	4 770
Leipzig	130	66	49	51	42	*–49,2*	*–25,9*	*–18,4*	6 914	5 869	5 585	2 516	2 750
Oschatz	109	54	46	46	43	*–50,6*	*–14,3*	*– 5,8*	5 089	4 995	5 673	2 633	3 191
Pirna	125	67	49	51	42	*–47,0*	*–27,0*	*–17,2*	5 091	4 727	5 197	2 374	2 802
Plauen	130	68	62	62	58	*–47,7*	*– 9,4*	*– 6,0*	5 952	6 377	7 588	3 504	4 388
Riesa	138	76	58	60	52	*–45,0*	*–23,4*	*–14,0*	5 675	4 895	5 634	2 525	3 422
Zwickau	133	68	55	56	49	*–49,3*	*–19,0*	*–12,6*	5 101	6 912	7 831	3 637	4 829
Thüringen													
Altenburg	87	50	36	38	31	*–42,3*	*–29,3*	*–16,5*	3 489	4 314	5 282	2 382	2 658
Erfurt	117	50	38	39	40	*–57,5*	*–23,3*	*2,1*	4 492	4 054	5 168	2 189	3 217
Gera	131	59	43	43	43	*–55,3*	*–26,9*	*– 1,4*	5 594	5 615	5 788	2 779	3 337
Gotha	127	59	51	51	51	*–53,6*	*–13,8*	*– 0,2*	5 166	5 290	7 948	3 305	5 948
Jena	167	83	70	72	65	*–50,4*	*–14,8*	*–10,3*	6 035	5 994	7 251	3 322	4 319
Nordhausen	110	47	35	34	35	*–57,8*	*–25,5*	*3,2*	6 639	5 830	6 612	3 137	3 648
Suhl	141	69	55	56	52	*–51,5*	*–20,1*	*– 7,6*	4 652	4 687	5 092	2 420	3 181
Berlin-Ost	74	40	31	31	28	*–45,8*	*–23,1*	*–8,3*	4 062	3 844	3 801	1 692	1 950
Variationskoeffizient[5]	0,300	0,353	0,325	0,344	0,285	–0,140	–0,278	–1,061	0,427	0,433	0,352	0,595	0,516

[1] Ergebnisse für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.
[2] Bevölkerungsstand für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg: 31. Dezember 1993; für die anderen Bundesländer Stand: 31. Dezember 1992.
[3] Die Ergebnisse des 1. Hj. 1993 und 1. Hj. 1994 für Mecklenburg-Vorpommern basieren auf den Daten nach der alten Kreisstruktur.

Tabelle 4

im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
Bundesländern[1])

je Einwohner[2])			Gesamtumsatz je Beschäftigten								Bundesland/ Arbeitsamtsbezirk
1992	1993	1994 1. Hj.[3])	1991	1992	1993	1993 1. Hj.[3])	1994 1. Hj.[3])	1992	1993	1994 1. Hj.[3])	
vH[4])			DM					vH[4])			
											Mecklenburg-Vorpommern
3,2	9,2	20,3	65 356	141 457	178 706	82 158	104 501	116,4	26,3	27,2	Neubrandenburg
11,2	15,2	7,6	64 579	125 882	167 563	78 226	94 572	94,9	33,1	20,9	Rostock
19,7	10,9	35,0	62 194	128 100	164 634	78 069	105 152	106,0	28,5	34,7	Schwerin
– 4,8	35,8	9,6	65 247	94 969	148 578	64 890	77 546	45,6	56,4	19,5	Stralsund
											Brandenburg
–27,2	– 4,2	–21,6	81 081	86 434	116 414	55 887	70 330	6,6	34,7	25,8	Cottbus
–28,7	8,6	12,0	107 815	133 255	188 812	81 604	109 617	23,6	41,7	34,3	Eberswalde
5,1	3,2	20,4	67 917	127 873	172 272	78 427	107 061	88,3	34,7	36,5	Frankfurt/ Oder
–19,3	7,4	18,8	56 832	93 026	137 386	65 960	80 444	63,7	47,7	22,0	Neuruppin
6,5	11,7	–12,1	48 776	91 812	124 507	56 429	75 150	88,2	35,6	33,2	Potsdam
											Sachsen-Anhalt
20,8	–10,2	6,7	63 050	130 481	148 588	68 078	83 033	106,9	13,9	22,0	Dessau
–10,0	1,7	17,0	53 499	87 107	113 238	51 600	67 989	62,8	30,0	31,8	Halberstadt
– 1,1	0,5	– 2,9	58 528	108 728	126 376	58 519	62 541	85,8	16,2	6,9	Halle
– 4,0	4,5	9,0	59 404	100 048	132 090	63 001	78 530	68,4	32,0	24,6	Magdeburg
5,0	– 8,7	– 3,0	84 488	125 257	162 213	75 706	111 275	48,3	29,5	47,0	Merseburg
5,2	2,9	– 1,4	66 040	144 446	196 179	87 432	71 904	118,7	35,8	–17,8	Sangerhausen
–30,7	14,1	28,1	74 699	96 943	127 065	58 497	81 681	29,8	31,1	39,6	Stendal
10,6	0,6	6,3	62 696	116 034	148 810	69 656	88 566	85,1	28,2	27,1	Wittenberg
											Sachsen
–10,5	– 5,5	41,7	28 956	58 542	80 438	36 943	54 392	102,2	37,4	47,2	Annaberg
–13,7	8,8	6,0	52 572	88 973	123 833	55 942	66 906	69,2	39,2	19,6	Bautzen
1,2	15,5	20,5	39 874	77 378	116 083	51 948	70 991	94,1	50,0	36,7	Chemnitz
2,6	– 1,0	15,0	74 412	141 261	172 881	79 101	93 757	89,8	22,4	18,5	Dresden
–15,1	– 4,8	9,3	53 219	88 875	114 123	49 270	65 997	67,0	28,4	33,9	Leipzig
– 1,8	13,6	21,2	46 889	93 117	123 324	57 069	73 397	98,6	32,4	28,6	Oschatz
– 7,2	10,0	18,0	40 569	71 035	107 017	46 858	66 775	75,1	50,7	42,5	Pirna
7,1	19,0	25,2	45 826	93 886	123 342	56 540	75 294	104,9	31,4	33,2	Plauen
–13,7	15,1	35,5	41 027	64 308	96 598	42 057	66 281	56,7	50,2	57,6	Riesa
35,5	13,3	32,8	38 338	102 377	143 114	65 154	98 965	167,0	39,8	51,9	Zwickau
											Thüringen
23,6	22,4	11,6	39 967	85 626	148 373	63 323	84 598	114,2	73,3	33,6	Altenburg
– 9,8	27,5	47,0	38 420	81 547	135 442	56 313	81 038	112,3	66,1	43,9	Erfurt
0,4	3,1	20,1	42 544	95 584	134 826	64 064	78 032	124,7	41,1	21,8	Gera
2,4	50,2	80,0	40 527	89 393	155 831	64 426	116 193	120,6	74,3	80,4	Gotha
– 0,7	21,0	30,0	36 212	72 464	102 876	46 014	66 715	100,1	42,0	45,0	Jena
–12,2	13,4	16,3	60 229	125 255	190 676	93 500	105 385	108,0	52,2	12,7	Nordhausen
0,8	8,6	31,4	32 909	68 423	92 981	43 004	61 140	107,9	35,9	42,2	Suhl
– 5,4	– 1,1	15,2	54 740	95 553	122 897	54 808	68 899	74,6	28,6	25,7	**Berlin-Ost**
–9,169	1,301	1,011	0,299	0,234	0,209	0,217	0,203	0,372	0,362	0,515	Variationskoeffizient[5])

[4]) Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in vH.
[5]) Standardabweichung in Relation zum Mittelwert der 35 Arbeitsamtsbezirke.

Tabelle 5

**Getätigte Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe[1])
in den neuen Bundesländern nach Arbeitsamtsbezirken**

Bundesland/ Arbeitsamtsbezirk	Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe					
	insgesamt			je Einwohner[2])		
	1991	1992	1992	1991 und 1992	1991	1992
	Mio DM		vH[3])	DM		
Mecklenburg-Vorpommern						
Neubrandenburg	164,4	300,0	*82,4*	968	339	633
Rostock	251,7	393,2	*56,2*	1 246	484	764
Schwerin	194,2	320,5	*65,0*	978	367	613
Stralsund	87,0	81,9	*– 5,8*	476	244	232
Brandenburg						
Cottbus	1 140,6	963,0	*–15,6*	3 573	1 931	1 641
Eberswalde	184,4	253,1	*37,2*	1 269	539	728
Frankfurt/Oder	217,4	289,8	*33,3*	1 223	522	702
Neuruppin	258,0	347,2	*34,6*	1 173	501	672
Potsdam	397,8	643,7	*61,8*	1 534	586	948
Sachsen-Anhalt						
Dessau	205,3	319,6	*55,7*	1 916	746	1 173
Halberstadt	264,8	283,1	*6,9*	1 784	859	926
Halle	445,3	528,2	*18,6*	2 020	920	1 101
Magdeburg	582,1	756,8	*30,0*	1 939	839	1 101
Merseburg	803,2	753,5	*– 6,2*	4 060	2 086	1 973
Sangerhausen	177,4	274,5	*54,7*	1 780	695	1 087
Stendal	93,2	84,9	*– 8,9*	675	351	323
Wittenberg	95,9	160,3	*67,2*	1 646	612	1 036
Sachsen						
Annaberg	147,4	134,4	*– 8,9*	791	411	379
Bautzen	467,4	476,3	*1,9*	1 349	663	686
Chemnitz[4])	365,7	462,1	*26,3*	1 733	741	949
Dresden	471,0	696,2	*47,8*	2 001	805	1 197
Leipzig[5])	755,3	667,8	*–11,6*	1 792	820	732
Oschatz	72,0	95,5	*32,6*	899	385	514
Pirna	260,5	295,9	*13,6*	1 470	685	785
Plauen	181,1	307,0	*69,5*	1 716	647	1 063
Riesa	162,1	166,4	*2,6*	1 381	678	703
Zwickau	696,9	794,0	*13,9*	3 341	1 553	1 789
Thüringen						
Altenburg[6])	81,7	124,5	*52,3*	1 006	396	611
Erfurt	227,2	246,2	*8,4*	904	433	472
Gera	219,8	296,3	*34,8*	1 601	668	939
Gotha	214,5	1 032,0	*381,0*	3 347	574	2 780
Jena	319,9	491,9	*53,8*	2 214	870	1 346
Nordhausen	145,4	286,2	*96,9*	1 331	448	883
Suhl	343,2	489,9	*42,7*	1 586	652	935
Variationskoeffizient[7])	0,763	0,620	1,593	0,496	0,576	0,527

[1]) In Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) Ermittelt mit dem Einwohnerstand am Ende des jeweiligen Jahres; für den Zeitraum 1991 bis 1992 berechnet mit dem arithmetischen Mittel beider Jahresendstände.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[4]) Ohne Rochlitz.
[5]) Ohne Geithain.
[6]) Einschließlich Geithain und Rochlitz.
[7]) Standardabweichung in Relation zum Mittelwert der 34 Arbeitsamtsbezirke.

Tabelle 6

Investitionsförderung in den neuen Bundesländern nach Arbeitsamtsbezirken[1])

Bundesland/ Arbeitsamtsbezirk	Gefördertes Investitionsvolumen in der Gewerblichen Wirtschaft[2])				Gefördertes Investitionsvolumen für die Infrastruktur[2])			
	Insgesamt		je Einwohner[3])		Insgesamt		je Einwohner[3])	
	10/90–12/92	1993	10/90–12/92	1993	10/90–12/92	1993	10/90–12/92	1993
	Mio DM		DM		Mio DM		DM	
Mecklenburg-Vorpommern								
Neubrandenburg	1 654,1	515,3	3 490	1 087	516,1	144,5	1 089	305
Rostock	2 260,8	872,2	4 391	1 694	460,8	217,6	895	423
Schwerin	2 299,0	1 112,3	4 395	2 126	273,0	55,0	522	105
Stralsund	510,1	741,5	1 445	2 101	379,6	171,6	1 076	486
Brandenburg								
Cottbus	1 865,6	1 013,4	2 915	1 583	279,4	190,8	437	298
Eberswalde	2 746,1	555,2	7 895	1 596	97,1	115,3	279	332
Frankfurt/Oder	885,9	842,6	2 147	2 042	154,9	98,2	375	238
Neuruppin	1 898,8	1 070,6	3 675	2 072	311,0	343,8	602	665
Potsdam	4 372,9	1 287,1	6 992	2 058	270,6	163,8	433	262
Sachsen-Anhalt								
Dessau	3 442,8	292,7	12 634	1 074	119,0	20,0	437	73
Halberstadt	936,3	394,6	3 063	1 291	439,1	50,7	1 437	166
Halle	2 734,2	268,7	5 698	560	209,5	11,5	437	24
Magdeburg	4 101,3	1 073,9	5 968	1 563	588,6	45,8	856	67
Merseburg	2 886,4	310,1	7 559	812	298,9	25,3	783	66
Sangerhausen	1 171,8	291,6	4 642	1 155	131,8	21,4	522	85
Stendal	494,3	106,0	1 882	403	163,9	10,3	624	39
Wittenberg	535,4	379,2	3 461	2 451	176,9	21,2	1 144	137
Sachsen								
Annaberg	608,4	565,7	1 718	1 597	137,8	273,3	389	772
Bautzen	1 613,9	913,2	2 325	1 315	206,2	268,7	297	387
Chemnitz[4])	1 718,6	582,0	3 529	1 195	230,5	214,3	473	440
Dresden	2 044,5	489,2	3 515	841	170,6	281,7	293	484
Leipzig[5])	4 398,5	1 418,3	4 823	1 555	697,0	451,5	764	495
Oschatz	659,1	375,6	3 550	2 023	108,2	307,2	583	1 654
Pirna	1 063,0	793,9	2 821	2 107	112,0	367,4	297	975
Plauen	1 046,9	334,0	3 626	1 157	216,4	306,6	749	1 062
Riesa	2 278,9	233,5	9 624	986	122,5	161,4	517	682
Zwickau	1 356,9	454,2	3 057	1 023	320,0	194,4	721	438
Thüringen								
Altenburg[6])	628,1	381,9	3 083	1 875	108,4	106,3	532	522
Erfurt	1 564,0	1 290,6	2 997	2 473	357,1	180,4	684	346
Gera	942,1	521,5	2 986	1 653	223,0	107,5	707	341
Gotha	2 505,3	1 015,6	6 748	2 736	471,0	53,5	1 269	144
Jena	1 557,1	1 388,0	4 259	3 797	209,4	100,0	573	274
Nordhausen	1 090,6	776,8	3 365	2 397	181,8	149,6	561	462
Suhl	2 134,2	1 075,1	4 074	2 053	222,3	69,6	424	133
Berlin-Ost	2 918,5	1 973,9	2 255	1 525	214,3	726,5	166	561
Insgesamt	64 924,4	25 710,0	4 139	1 639	9 178,7	6 026,7	585	384
Variationskoeffizient[7])	0,589	0,580	0,550	0,410	0,561	0,869	0,473	0,844

[1]) Nach dem 23. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für den Zeitraum 1994–1997 (1998).
[2]) Alle mit Haushaltsmitteln der Gemeinschaftsaufgabe geförderte Vorhaben in den Bereichen Gewerbliche Wirtschaft und Infrastruktur.
[3]) Einwohnerstand 31. Dezember 1992.
[4]) Ohne Rochlitz.
[5]) Ohne Geithain.
[6]) Einschließlich Geithain und Rochlitz.
[7]) Standardabweichung in Relation zum Mittelwert der 35 Arbeitsamtsbezirke.

Tabelle 7

Bruttoeinkommen im Bergbau in den neuen

Bundesland/ Arbeitsamtsbezirk	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten							
	1991	1992	1993	1. Hj. 1993[3]	1. Hj. 1994[3]	1992	1993	1. Hj. 1994[3]
	DM					vH[4]		
Mecklenburg-Vorpommern								
Neubrandenburg	14 513	24 088	29 824	13 533	16 149	*66,0*	*23,8*	*19,3*
Rostock	19 536	27 898	33 853	14 827	18 874	*42,8*	*21,3*	*27,3*
Schwerin	17 312	26 222	32 685	14 783	17 716	*51,5*	*24,6*	*19,8*
Stralsund	17 474	24 799	30 920	13 928	19 107	*41,9*	*24,7*	*37,2*
Brandenburg								
Cottbus	20 296	28 893	41 839	20 065	19 818	*42,4*	*44,8*	*– 1,2*
Eberswalde	16 396	26 120	33 192	15 732	18 069	*59,3*	*27,1*	*14,9*
Frankfurt/Oder	16 337	26 119	31 697	14 538	18 407	*59,9*	*21,4*	*26,6*
Neuruppin	15 638	24 699	32 281	15 635	17 831	*57,9*	*30,7*	*14,0*
Potsdam	15 873	26 077	33 388	15 023	18 769	*64,3*	*28,0*	*24,9*
Sachsen-Anhalt								
Dessau	18 591	27 075	33 226	15 678	17 288	*45,6*	*22,7*	*10,3*
Halberstadt	16 085	24 352	30 178	13 705	16 630	*51,4*	*23,9*	*21,3*
Halle	17 865	28 688	34 043	15 465	18 197	*60,6*	*18,7*	*17,7*
Magdeburg	16 119	25 424	31 751	14 195	17 847	*57,7*	*24,9*	*25,7*
Merseburg	19 148	30 418	35 630	16 509	17 355	*58,9*	*17,1*	*5,1*
Sangerhausen	18 178	26 188	31 312	14 346	13 398	*44,1*	*19,6*	*– 6,6*
Stendal	16 383	24 995	29 436	13 426	15 958	*52,6*	*17,8*	*18,9*
Wittenberg	17 475	26 048	31 398	14 762	15 827	*49,1*	*20,5*	*7,2*
Sachsen								
Annaberg	13 544	21 759	26 629	12 346	14 340	*60,7*	*22,4*	*16,1*
Bautzen	16 911	28 643	33 278	14 002	17 132	*69,4*	*16,2*	*22,4*
Chemnitz	15 508	24 604	30 852	13 838	16 835	*58,7*	*25,4*	*21,7*
Dresden	18 647	29 453	35 128	15 782	18 956	*57,9*	*19,3*	*20,1*
Leipzig	19 057	28 638	34 922	15 799	18 713	*50,3*	*21,9*	*18,4*
Oschatz	14 189	23 961	29 631	13 549	16 113	*68,9*	*23,7*	*18,9*
Pirna	15 200	23 169	29 006	13 145	16 064	*52,4*	*25,2*	*22,2*
Plauen	15 970	25 150	30 496	13 982	16 223	*57,5*	*21,3*	*16,0*
Riesa	15 318	21 558	27 794	12 437	16 457	*40,7*	*28,9*	*32,3*
Zwickau	14 510	24 096	28 949	12 972	15 958	*66,1*	*20,1*	*23,0*
Thüringen								
Altenburg	14 717	22 846	29 754	13 434	16 130	*55,2*	*30,2*	*20,1*
Erfurt	14 936	24 987	32 194	14 268	17 513	*67,3*	*28,8*	*22,7*
Gera	14 425	24 813	29 660	13 545	16 135	*72,0*	*19,5*	*19,1*
Gotha	14 656	24 427	29 936	13 705	16 100	*66,7*	*22,6*	*17,5*
Jena[5]	16 247	40 329	30 193	13 991	17 652	X	X	*26,2*
Nordhausen	15 358	25 358	31 463	14 424	16 852	*65,1*	*24,1*	*16,8*
Suhl	15 157	23 235	27 549	12 703	15 225	*53,3*	*18,6*	*19,9*
Berlin-Ost	19 380	31 299	39 085	17 901	20 536	*61,5*	*24,9*	*14,7*
Variationskoeffizient[6]	0,107	0,091	0,097	0,106	0,088	0,153	0,223	0,457

[1] Ergebnisse für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.
[2] Beschäftigtenstunden berechnet als: Geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter multipliziert mit den tätigen Personen.
[3] Die Ergebnisse des 1. Hj. 1993 und 1. Hj. 1994 für Mecklenburg-Vorpommern basieren auf den Daten nach der alten Kreisstruktur.

Tabelle 7

und Verarbeitenden Gewerbe
Bundesländern [1])

Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigtenstunde [2])								Bundesland/ Arbeitsamtsbezirk
1991	1992	1993	1. Hj. 1993 [3])	1. Hj. 1994 [3])	1992	1993	1. Hj. 1994 [3])	
DM					vH [4])			
								Mecklenburg-Vorpommern
12,94	15,04	17,53	16,09	18,01	*16,2*	*16,6*	*11,9*	Neubrandenburg
15,86	19,66	22,57	20,00	22,83	*24,0*	*14,8*	*14,2*	Rostock
13,77	16,54	19,84	18,09	20,56	*20,2*	*19,9*	*13,6*	Schwerin
16,12	19,41	20,75	20,03	25,07	*20,5*	*6,9*	*25,1*	Stralsund
								Brandenburg
14,39	18,28	25,51	24,12	23,18	*27,0*	*39,6*	*– 3,9*	Cottbus
14,29	17,43	20,82	19,84	21,08	*22,0*	*19,4*	*6,2*	Eberswalde
13,76	17,02	20,39	19,12	21,62	*23,7*	*19,8*	*13,1*	Frankfurt/Oder
13,19	16,32	19,76	19,01	21,59	*23,8*	*21,1*	*13,6*	Neuruppin
12,65	16,72	20,59	18,63	22,03	*32,1*	*23,2*	*18,2*	Potsdam
								Sachsen-Anhalt
14,30	17,03	19,90	17,89	21,01	*19,1*	*16,9*	*17,4*	Dessau
12,94	15,71	18,31	16,89	19,81	*21,4*	*16,5*	*17,3*	Halberstadt
13,70	17,75	21,50	19,45	20,30	*29,6*	*21,2*	*4,4*	Halle
13,76	17,46	20,11	18,56	21,19	*26,9*	*15,2*	*14,2*	Magdeburg
14,08	18,61	21,65	20,17	19,69	*32,1*	*16,4*	*– 2,4*	Merseburg
13,74	15,85	18,58	17,22	19,70	*15,3*	*17,3*	*14,4*	Sangerhausen
13,10	15,55	18,40	17,06	18,05	*18,7*	*18,3*	*5,8*	Stendal
14,88	17,14	19,12	17,96	19,08	*15,2*	*11,6*	*6,2*	Wittenberg
								Sachsen
12,75	14,72	16,08	14,83	16,64	*15,5*	*9,2*	*12,2*	Annaberg
14,49	17,99	20,75	23,67	20,31	*24,1*	*15,4*	*–14,2*	Bautzen
14,10	17,06	19,46	17,69	19,76	*21,0*	*14,0*	*11,7*	Chemnitz
14,53	18,80	21,61	19,47	22,41	*29,4*	*14,9*	*15,1*	Dresden
14,99	18,50	22,32	20,35	22,95	*23,4*	*20,6*	*12,8*	Leipzig
13,35	15,56	18,12	16,49	18,39	*16,6*	*16,5*	*11,6*	Oschatz
13,50	16,10	18,37	16,90	18,49	*19,2*	*14,1*	*9,4*	Pirna
12,84	15,67	17,92	16,49	18,32	*22,1*	*14,3*	*11,1*	Plauen
14,41	17,52	20,52	18,82	20,73	*21,6*	*17,1*	*10,2*	Riesa
12,78	15,58	18,74	16,95	18,71	*21,8*	*20,3*	*10,4*	Zwickau
								Thüringen
13,15	16,54	18,29	16,78	18,57	*25,7*	*10,6*	*10,6*	Altenburg
13,49	16,80	19,89	17,93	20,63	*24,6*	*18,4*	*15,0*	Erfurt
12,34	16,03	17,92	16,51	18,40	*29,9*	*11,8*	*11,4*	Gera
14,25	15,71	17,80	16,28	17,47	*10,2*	*13,3*	*7,3*	Gotha
14,18	(27,28)	20,42	18,86	21,35	*X*	*X*	*13,2*	Jena [5])
14,52	17,32	19,31	17,50	19,10	*19,2*	*11,5*	*9,1*	Nordhausen
12,61	14,95	17,25	15,72	17,90	*18,6*	*15,3*	*13,8*	Suhl
15,13	19,54	23,84	21,63	24,49	*29,2*	*22,0*	*13,2*	**Berlin-Ost**
0,066	0,080	0,100	0,114	0,101	0,234	0,326	0,658	Variationskoeffizient [6])

[4]) Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
[5]) Die Ergebnisse für 1992 sind durch die Einbeziehung umfangreicher Abfindungen beeinflußt.
[6]) Standardabweichung in Relation zum Mittelwert der 35 Arbeitsamtsbezirke; für 1992 ohne Arbeitsamtsbezirk Jena.

Tabelle 8

Gewerbeanmeldungen in den neuen Bundesländern nach Arbeitsamtsbezirken[1])

Je 10 000 Einwohner[2])

Bundesland/ Arbeitsamts-bezirk	Insgesamt				Davon															
					Industrie				Handwerk				Handel				sonstige[3])			
	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	1991	1992	1993	1. Hj. 1994
Mecklenburg-Vorpommern																				
Neubrandenburg	175	118	102	42	2	3	3	1	18	14	13	7	85	60	47	19	70	42	39	14
Rostock	170	133	123	59	3	3	3	2	16	16	15	8	75	60	57	24	76	54	48	24
Schwerin	165	122	100	46	3	4	4	2	18	16	16	8	70	51	40	18	74	51	41	19
Stralsund	191	135	109	49	2	2	3	2	18	15	11	7	86	55	56	23	85	63	39	17
Brandenburg																				
Cottbus	214	148	124	61	6	4	3	3	16	15	16	9	99	64	53	23	94	65	53	27
Eberswalde	167	137	118	54	5	4	2	4	12	15	16	8	76	58	46	19	75	60	54	24
Frankfurt/ Oder	236	159	134	63	6	4	2	3	16	18	15	8	108	71	59	22	105	66	58	29
Neuruppin	179	137	122	59	6	4	3	4	16	16	15	8	79	61	51	22	78	55	53	26
Potsdam	172	123	113	64	5	4	2	4	14	14	14	8	66	47	41	22	88	59	56	31
Sachsen-Anhalt																				
Dessau	167	128	100	52	5	6	2	2	20	16	14	6	81	51	40	19	62	55	44	25
Halberstadt	144	125	131	51	3	6	4	2	19	16	14	6	68	47	44	19	54	56	70	24
Halle	159	143	123	56	3	3	4	2	16	18	16	7	71	53	45	20	70	69	58	27
Magdeburg	163	122	112	53	6	5	4	2	18	15	13	6	74	46	45	19	66	57	50	27
Merseburg	135	130	112	50	3	4	3	1	15	17	14	6	68	53	44	17	49	55	51	25
Sangerhausen	183	149	141	61	4	4	4	1	25	17	14	9	87	61	58	24	66	67	65	27
Stendal	162	114	93	48	4	3	2	1	17	15	13	7	79	44	36	19	62	52	42	21
Wittenberg	181	132	118	52	6	6	3	2	22	18	15	7	92	55	53	19	61	53	48	24
Sachsen																				
Annaberg	186	129	110	58	6	12	12	6	19	12	10	5	88	63	53	26	73	42	34	20
Bautzen	200	129	104	51	5	8	8	5	19	12	10	6	97	63	51	23	79	45	35	17
Chemnitz	167	118	98	52	5	9	6	4	14	10	8	5	72	54	44	23	76	46	39	21
Dresden	191	146	135	65	4	8	8	4	18	11	14	6	85	64	54	26	84	62	59	29
Leipzig	217	137	123	65	8	10	9	6	21	13	12	7	103	59	49	25	86	55	53	28
Oschatz	164	116	90	48	5	11	9	6	18	9	8	3	75	58	43	23	66	38	30	16
Pirna	196	143	112	55	7	9	7	5	20	13	11	5	87	73	58	27	82	49	36	19
Plauen	201	153	126	64	6	13	11	8	22	16	13	6	88	68	58	28	85	56	45	23
Riesa	160	123	109	52	4	8	10	5	17	12	7	4	76	61	55	23	63	43	37	20
Zwickau	185	134	113	62	6	11	10	5	16	13	11	6	89	65	52	26	73	46	40	24
Thüringen																				
Altenburg	161	109	94	45	4	4	3	1	16	10	8	4	64	41	38	18	77	53	45	22
Erfurt	202	159	138	60	5	6	4	1	20	11	10	5	79	63	53	22	98	79	70	31
Gera	218	138	113	58	6	5	4	1	20	11	10	5	97	55	44	22	95	67	56	29
Gotha	196	143	121	54	9	6	5	2	19	10	9	5	84	60	49	21	83	66	58	27
Jena	196	148	124	57	6	6	4	1	18	13	10	6	81	57	49	20	91	73	61	30
Nordhausen	171	123	103	46	6	4	3	2	18	11	7	4	67	52	42	18	80	56	50	22
Suhl	228	158	142	59	8	8	5	2	20	14	12	5	96	62	55	22	105	75	71	31
Variationskoeffizient[4])	0,128	0,100	0,120	0,114	0,330	0,477	0,585	0,625	0,144	0,186	0,229	0,240	0,137	0,130	0,132	0,133	0,174	0,176	0,220	0,190

[1]) Beginn oder Übernahme eines Gewerbes, Zuzug eines Gewerbebetriebes aus einem anderen Meldebezirk.
[2]) Bevölkerungsstand für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg: 31. Dezember 1993; für die anderen Bundesländer: 31. Dezember 1992.
[3]) Vor allem: Dienstleistungsbetriebe, Verkehrsbetriebe, Beherbergungsstätten, Gastgewerbe und das Versicherungsgewerbe.
[4]) Standardabweichung in Relation zum Mittelwert der 34 Arbeitsamtsbezirke.

Tabelle 9

Saldo der Gewerbeanzeigen in den neuen Bundesländern nach Arbeitsamtsbezirken[1])
Je 10 000 Einwohner[2])

Bundesland/ Arbeitsamts-bezirk	Insgesamt				Davon															
					Industrie				Handwerk				Handel				sonstige[3])			
	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	1991	1992	1993	1. Hj. 1994
Mecklenburg-Vorpommern																				
Neubrandenburg	115	47	35	10	2	2	2	1	13	7	7	4	58	22	12	2	42	15	14	3
Rostock	113	67	53	24	2	2	3	2	10	10	9	5	53	29	23	8	48	27	18	10
Schwerin	101	56	39	14	3	3	3	1	12	9	9	4	44	20	13	3	43	24	15	6
Stralsund	133	68	40	14	2	2	2	1	13	9	6	3	57	21	20	5	61	36	13	4
Brandenburg																				
Cottbus	139	55	39	18	5	3	2	2	8	7	8	4	61	15	11	3	65	31	19	9
Eberswalde	104	67	44	18	5	3	2	3	5	8	8	3	46	25	10	2	48	31	24	9
Frankfurt/ Oder	162	60	46	19	5	3	2	3	8	10	6	4	76	19	17	2	73	28	21	11
Neuruppin	112	61	44	21	5	4	2	3	7	8	7	3	48	23	13	4	51	25	21	11
Potsdam	105	54	43	23	4	3	2	3	6	7	7	3	40	18	10	5	55	26	24	13
Sachsen-Anhalt																				
Dessau	111	58	27	17	5	5	2	1	12	8	6	2	51	20	6	6	44	26	14	8
Halberstadt	87	56	56	15	3	5	3	1	9	8	5	2	43	16	9	5	33	27	39	8
Halle	111	81	46	21	2	3	3	2	10	12	9	3	47	28	13	7	52	38	22	9
Magdeburg	104	47	37	16	5	3	3	1	10	7	4	2	46	14	13	4	44	23	16	10
Merseburg	94	64	43	18	2	4	2	1	8	10	7	3	48	24	13	4	35	27	21	11
Sangerhausen	119	74	41	17	4	4	3	0	16	10	5	4	55	27	12	5	44	34	21	7
Stendal	97	41	27	15	4	2	1	0	7	7	5	4	48	14	10	5	39	18	11	6
Wittenberg	126	59	40	17	6	5	2	1	14	11	8	3	61	20	15	3	44	23	15	9
Sachsen																				
Annaberg	127	52	46	18	5	6	8	4	7	5	3	1	62	22	19	6	53	19	15	7
Bautzen	134	48	30	34	4	4	4	3	10	6	3	1	63	19	10	3	56	19	13	27
Chemnitz	108	52	39	17	5	5	4	2	6	5	3	2	46	20	15	4	52	21	17	9
Dresden	125	70	52	–4	4	4	5	2	10	6	6	2	54	26	13	6	56	34	27	–14
Leipzig	151	53	44	20	7	5	5	4	12	7	6	2	72	16	11	3	60	25	23	10
Oschatz	102	49	28	16	4	5	6	4	12	5	4	1	41	20	8	6	44	19	11	5
Pirna	132	68	45	17	6	4	5	3	10	7	4	1	56	32	24	7	60	26	13	5
Plauen	134	65	50	21	5	6	7	5	8	8	4	0	61	25	20	6	59	26	19	10
Riesa	107	62	48	18	3	5	7	4	8	6	1	1	51	28	23	5	45	24	17	9
Zwickau	118	54	43	19	6	6	6	3	5	7	4	1	57	21	15	5	50	20	18	9
Thüringen																				
Altenburg	94	38	23	7	4	2	1	0	9	3	1	1	32	13	8	2	50	20	12	5
Erfurt	140	63	38	15	4	5	3	1	12	4	3	2	51	20	11	3	72	34	21	10
Gera	127	41	28	14	5	4	2	1	10	4	3	1	56	11	7	3	56	22	16	9
Gotha	126	64	42	12	8	5	3	1	11	3	3	2	54	27	15	4	53	29	20	5
Jena	121	60	44	18	5	4	3	1	9	5	4	2	45	18	14	4	62	32	24	11
Nordhausen	109	49	34	10	5	3	2	1	7	3	1	2	42	20	14	3	55	23	17	5
Suhl	151	71	49	11	6	6	3	1	9	5	5	2	60	23	13	1	75	36	29	7
Variationskoeffizient[4])	0,150	0,171	0,197	0,363	0,331	0,319	0,538	0,682	0,275	0,334	0,448	0,511	0,175	0,236	0,336	0,394	0,193	0,223	0,307	0,696

[1]) Gewerbeanmeldungen abzüglich Gewerbeabmeldungen.
[2]) Bevölkerungsstand für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg: 31. Dezember 1993; für die anderen Bundesländer: 31. Dezember 1992.
[3]) Vor allem: Dienstleistungsbetriebe, Verkehrsbetriebe, Beherbergungsstätten, Gastgewerbe und das Versicherungsgewerbe.
[4]) Standardabweichung in Relation zum Mittelwert der 34 Arbeitsamtsbezirke.

VII.
Statistischer Anhang

Seite

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 309

Tabellenteil 313

A. Internationale Tabellen 313

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland 338

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

Seite

1* Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern 315

2* Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern 316

3* Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern 317

4* Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern 318

5* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern 319

6* Zinsen in wichtigen Industrieländern ... 320

7* Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern 321

8* Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern 322

9* Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern 323

10* Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern 324

11* Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern 326

12* Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU) 327

13* Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse 328

14* Außenwert der D-Mark 330

15* Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern 331

Seite

16* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern 332

17* Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen 334

18* Weltausfuhr nach Warengruppen und Ländergruppen 335

19* Internationale Energiepreise 336

20* Energieverbrauch im internationalen Vergleich 337

21* Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit 339

22* Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost 340

23* Sozialproduktsberechnung für Deutschland und die neuen Bundesländer 342

24* Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen 345

25* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit 346

26* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 348

27* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt 350

28* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Inlandsprodukts 352

29* Verteilung des Volkseinkommens 353

30* Verwendung des Volkseinkommens 354

31* Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten 355

Seite

32* Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen 356

33* Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen 357

34* Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte 358

35* Verwendung des Inlandsprodukts 360

36* Bruttoinvestitionen 362

37* Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen 364

38* Einnahmen und Ausgaben des Staates .. 366

39* Subventionen des Staates 370

40* Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken 371

41* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Inlandsprodukts 372

42* Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte 374

43* Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern 376

44* Kassenmäßige Steuereinnahmen 378

45* Verschuldung der öffentlichen Haushalte 379

46* Vermögensbildung und ihre Finanzierung 380

47* Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang 382

48* Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge 384

49* Absatz und Erwerb von Wertpapieren .. 385

50* Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen 386

51* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe 387

52* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 390

53* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe 393

54* Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost 394

55* Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost 395

Seite

56* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 396

57* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 398

58* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 399

59* Der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern .. 400

60* Baugenehmigungen 402

61* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe .. 403

62* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe .. 405

63* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe 406

64* Das Baugewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost 407

65* Zahlungsbilanz 408

66* Kapitalverkehr mit dem Ausland 410

67* Außenhandel (Spezialhandel) 412

68* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik 413

69* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik 414

70* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik 415

71* Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Warengruppen 416

72* Warenausfuhr nach Ländergruppen 417

73* Wareneinfuhr nach Ländergruppen 418

74* Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern 419

75* Einzelhandelsumsatz 420

76* Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes 421

77* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 422

78* Index der Ausfuhrpreise 423

79* Index der Einfuhrpreise 424

	Seite
80* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	425
81* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1985 = 100)	426
82* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100)	427
83* Preisindex für die Lebenshaltung (nach Haushaltstypen und nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung)	428
84* Preisindex für die Lebenshaltung für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	429
85* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	430
86* Löhne und Gehälter	431
87* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	432
88* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	433
89* Energieverbrauch nach Bereichen	434
90* Entwicklung im Mineralölbereich	435
91* Ausgewählte Umweltindikatoren für das frühere Bundesgebiet	436

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Eigennutzung durch den Eigentümer.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **Privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabziehbaren Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt**. Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt

geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**; nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabziehbare Umsatzsteuer — Kassenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Inlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus Privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gel-

ten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1991) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (ohne die Erwerbs- und Vermögenseinkommen von/an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die neuen Bundesländer und Berlin-Ost umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung	**II. Verwendungsrechnung**
Produktionswert	Privater Verbrauch
− Vorleistungen	+ Staatsverbrauch
= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	+ Ausrüstungsinvestitionen
− Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen	+ Bauinvestitionen
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)	± Vorratsveränderung
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer	+ Ausfuhr
+ Einfuhrabgaben	− Einfuhr

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
− Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
− Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)	− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
± Sonstige Zu- und Absetzungen	− Unterstellte Sozialbeiträge
= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	= Bruttolohn- und -gehaltssumme
	− Lohnsteuer
	− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer
	= Nettolohn- und -gehaltssumme (Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit)

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1991) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1991. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1991; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

Tausend

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Gesamtbevölkerung						
1960	55 433	9 153	45 684	52 372	50 200	11 486	30 583	7 047	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 807	50 536	11 639	30 904	7 086	5 434	94 100	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 292	50 880	11 806	31 158	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 625	51 252	11 966	31 430	7 176	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	53 991	51 675	12 127	31 741	7 224	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 350	52 112	12 295	32 085	7 271	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 643	52 519	12 456	32 453	7 322	5 918	98 860	196 570
1967	59 286	9 581	49 548	54 959	52 901	12 598	32 850	7 377	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 915	55 214	53 236	12 730	33 240	7 415	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 315	55 461	53 538	12 878	33 566	7 441	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 632	53 822	13 039	33 876	7 467	6 270	103 720	205 052
1971	61 284	9 673	51 251	55 928	54 074	13 194	34 190	7 500	6 343	104 750	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	56 097	54 381	13 329	34 498	7 544	6 401	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 118	56 223	54 751	13 439	34 810	7 586	6 441	108 660	211 909
1974	62 054	9 768	52 460	56 236	55 111	13 545	35 147	7 599	6 460	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 699	56 226	55 441	13 666	35 515	7 579	6 404	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 909	56 216	55 718	13 774	35 937	7 566	6 333	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 145	56 190	55 955	13 856	36 367	7 568	6 316	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 376	56 178	56 155	13 942	36 778	7 562	6 333	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 606	56 240	56 318	14 038	37 108	7 549	6 351	115 880	225 055
1980	61 566	9 847	53 880	56 330	56 434	14 150	37 386	7 549	6 385	116 800	227 757
1981	61 682	9 852	54 182	56 352	56 508	14 247	37 757	7 565	6 429	117 650	229 940
1982	61 638	9 856	54 480	56 306	56 640	14 313	37 980	7 574	6 467	118 450	232 170
1983	61 423	9 856	54 728	56 347	56 836	14 367	38 172	7 552	6 482	119 260	234 300
1984	61 175	9 855	54 947	56 460	57 005	14 424	38 342	7 553	6 505	120 020	236 340
1985	61 024	9 858	55 170	56 618	57 141	14 492	38 574	7 558	6 533	120 750	238 470
1986	61 066	9 862	55 394	56 763	57 246	14 572	38 668	7 566	6 573	121 490	241 625
1987	61 077	9 870	55 630	56 930	57 345	14 665	38 716	7 576	6 619	122 090	243 942
1988	61 449	9 921	55 884	57 065	57 452	14 760	38 809	7 596	6 672	122 610	246 307
1989	62 063	9 938	56 423	57 236	57 541	14 849	38 888	7 624	6 647	123 120	248 781
1990	63 253	9 967	56 735	57 411	57 661	14 951	38 959	7 718	6 712	123 540	249 924
1991	79 984	10 005	57 055	57 649	57 767	15 070	39 025	7 796	6 800	123 920	252 688
1992	80 595	10 045	57 372	57 848	57 782	15 184	39 085	7 884	6 875	124 320	255 610
1993	81 180	10 010	57 379	58 018	57 826	15 270	39 153	7 960	6 862	124 960	257 840
					Erwerbstätige						
1960	25 954	3 470	19 667	23 660	20 269	5 004	11 536	3 264	2 708	44 381	65 778
1961	26 238	3 496	19 669	23 978	20 366	5 066	11 561	3 290	2 835	44 986	65 746
1962	26 291	3 550	19 673	24 185	20 270	5 167	11 634	3 278	2 944	45 561	66 702
1963	26 319	3 575	19 839	24 230	19 982	5 237	11 711	3 260	2 989	45 936	67 762
1964	26 297	3 626	20 064	24 522	19 904	5 345	11 773	3 256	3 036	46 537	69 305
1965	26 418	3 640	20 134	24 782	19 431	5 395	11 862	3 236	3 015	47 302	71 088
1966	26 320	3 653	20 296	24 934	19 096	5 434	11 976	3 204	3 004	48 278	72 895
1967	25 461	3 637	20 361	24 570	19 315	5 417	12 056	3 148	3 020	49 203	74 372
1968	25 491	3 633	20 320	24 436	19 295	5 473	12 142	3 109	3 038	50 017	75 920
1969	25 871	3 695	20 620	24 477	19 112	5 556	12 255	3 106	3 088	50 403	77 902
1970	26 169	3 698	20 910	24 381	19 218	5 618	12 380	3 102	3 132	50 942	78 678
1971	26 272	3 724	21 011	24 165	19 176	5 646	12 471	3 103	3 189	51 216	79 367
1972	26 345	3 716	21 145	24 139	18 850	5 595	12 508	3 124	3 233	51 242	82 153
1973	26 649	3 748	21 437	24 715	19 006	5 599	12 707	3 141	3 266	52 596	85 064
1974	26 302	3 805	21 645	24 800	19 392	5 609	12 861	3 141	3 263	52 369	86 794
1975	25 585	3 750	21 458	24 720	19 491	5 572	12 740	3 071	3 108	52 228	85 846
1976	25 442	3 729	21 614	24 508	19 612	5 570	12 680	3 076	3 019	52 705	88 752
1977	25 475	3 714	21 782	24 538	19 791	5 584	12 595	3 119	3 032	53 410	92 017
1978	25 689	3 718	21 866	24 696	19 863	5 634	12 376	3 147	3 061	54 084	96 048
1979	26 120	3 752	21 883	25 079	20 057	5 715	12 167	3 184	3 095	54 796	98 824
1980	26 528	3 748	21 904	25 004	20 312	5 787	11 797	3 205	3 166	55 358	99 303
1981	26 498	3 678	21 781	24 010	20 361	5 724	11 443	3 225	3 240	55 819	100 397
1982	26 193	3 630	21 818	23 583	20 298	5 606	11 294	3 263	3 257	56 392	99 526
1983	25 809	3 593	21 743	23 302	20 350	5 531	11 170	3 231	3 257	57 323	100 834
1984	25 869	3 586	21 545	23 909	20 418	5 558	10 966	3 235	3 288	57 664	105 005
1985	26 062	3 606	21 663	24 213	20 508	5 632	10 870	3 234	3 352	58 074	107 150
1986	26 431	3 631	21 736	24 246	20 614	5 770	11 111	3 279	3 399	58 534	109 597
1987	26 627	3 649	21 823	24 764	20 584	5 864	11 452	3 298	3 439	59 105	112 440
1988	26 836	3 702	22 036	25 598	20 815	6 036	11 781	3 309	3 479	60 099	114 968
1989	27 238	3 760	22 338	26 376	20 833	6 155	12 258	3 341	3 518	61 277	117 342
1990	27 989	3 814	22 563	26 639	21 220	6 356	12 579	3 412	3 563	62 508	117 914
1991	28 518	3 819	22 594	26 008	21 410	6 521	12 609	3 471	3 559	63 670	116 877
1992	28 698	3 802	22 420	25 438	21 271	6 654	12 366	3 543	3 480	64 357	117 598
1993	28 268	3 752	22 145	25 040	20 245	6 705	11 838	3 518	3 382	64 507	119 306

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2] Wohnbevölkerung: Ab 1991 Deutschland; Erwerbstätige: Früheres Bundesgebiet. — Zivile Erwerbstätige (Inländer).

Quellen: EG, OECD, nationale Veröffentlichungen

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

Tausend

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten[3]
						Beschäftigte Arbeitnehmer					
1960	20 038	2 545	12 886	21 894	11 694	3 296	.	2 287	.	23 700	54 189
1961	20 377	2 594	13 047	22 228	12 032	3 369	.	2 319	.	24 780	53 999
1962	20 631	2 655	13 317	22 447	12 396	3 465	7 136	2 333	.	25 930	55 549
1963	20 836	2 705	13 774	22 505	12 639	3 536	7 167	2 331	.	26 720	56 653
1964	21 028	2 782	14 219	22 812	12 519	3 623	7 219	2 351	.	27 630	58 283
1965	21 289	2 814	14 470	23 080	12 145	3 676	7 327	2 367	.	28 760	60 765
1966	21 284	2 837	14 719	23 253	11 997	3 722	7 468	2 377	.	29 940	63 901
1967	20 565	2 821	14 892	22 808	12 244	3 718	7 516	2 353	.	30 710	65 803
1968	20 706	2 822	15 005	22 650	12 378	3 775	7 638	2 331	.	31 480	67 897
1969	21 267	2 895	15 496	22 624	12 568	3 907	7 799	2 346	.	31 990	70 384
1970	21 747	2 868	15 941	22 479	12 811	3 972	7 960	2 373	.	33 060	70 880
1971	22 105	2 913	16 201	22 139	12 959	4 006	8 062	2 436	.	34 120	71 214
1972	22 311	2 922	16 478	22 137	12 955	3 974	8 351	2 494	.	34 650	73 675
1973	22 711	2 967	16 879	22 679	13 191	3 991	8 638	2 580	.	36 150	76 790
1974	22 509	3 036	17 166	22 804	13 555	4 010	8 864	2 640	.	36 370	78 265
1975	21 942	2 993	17 060	22 723	13 735	3 994	8 767	2 630	.	36 460	76 945
1976	21 980	2 982	17 274	22 557	13 888	4 008	8 545	2 652	.	37 120	79 382
1977	22 153	2 972	17 497	22 631	14 125	4 040	8 565	2 706	.	37 690	82 471
1978	22 431	2 974	17 610	22 789	14 107	4 082	8 418	2 729	.	37 990	86 697
1979	22 940	3 004	17 686	23 173	14 338	4 146	8 255	2 753	.	38 760	89 823
1980	23 366	3 003	17 752	22 991	14 499	4 182	7 986	2 793	.	39 710	90 406
1981	23 372	2 929	17 663	21 891	14 495	4 117	7 730	2 791	.	40 370	91 156
1982	23 107	2 878	17 752	21 414	14 472	4 008	7 676	2 751	.	40 980	89 566
1983	22 755	2 833	17 737	21 067	14 360	3 925	7 598	2 727	.	42 080	90 200
1984	22 827	2 822	17 605	21 238	14 255	3 922	7 275	2 738	.	42 650	94 496
1985	23 028	2 837	17 585	21 423	14 418	3 991	7 265	2 755	.	43 130	97 519
1986	23 381	2 854	17 649	21 387	14 460	4 080	7 608	2 773	.	43 790	99 525
1987	23 611	2 862	17 740	21 584	14 457	4 143	7 946	2 777	.	44 280	102 200
1988	23 835	2 906	17 924	22 258	14 692	4 207	8 320	2 791	.	45 380	105 536
1989	24 227	2 956	18 252	22 661	14 765	4 287	8 843	2 840	.	46 790	108 329
1990	24 963	2 997	18 539	22 918	15 182	4 387	9 234	2 906	.	48 350	109 782
1991	25 464	2 988	18 687	22 262	15 297	4 440	9 333	2 966	.	50 020	108 256
1992	25 631	2 975	18 710	21 906	15 287	4 458	9 030	2 982	.	51 190	108 604
1993	25 204	2 936	18 600	21 551	14 479	4 476	8 634	2 961	.	52 020	110 525
						Arbeitslose					
1960	271	114	276	326	1 215	30	299	79	1,2	723	3 852
1961	181	89	241	287	1 108	22	294	61	0,6	648	4 714
1962	155	71	276	406	969	23	229	62	0,6	589	3 911
1963	186	59	311	496	807	25	226	68	0,8	587	4 070
1964	169	50	251	349	904	22	312	63	0,3	547	3 786
1965	147	55	316	299	1 110	27	341	62	0,3	582	3 366
1966	161	62	326	281	1 193	37	299	56	0,3	639	2 875
1967	459	85	436	503	1 105	78	348	58	0,3	628	2 975
1968	323	103	554	542	1 172	72	390	61	0,3	593	2 817
1969	179	85	484	518	1 160	53	354	55	0,2	576	2 832
1970	149	80	530	555	1 111	46	341	45	0,1	593	4 093
1971	185	80	585	696	1 110	62	414	37	0,1	639	5 016
1972	246	102	611	778	1 296	108	410	33	0,1	733	4 882
1973	273	108	593	557	1 303	110	366	31	0,1	671	4 365
1974	582	120	632	528	1 110	135	399	36	0,2	736	5 156
1975	1 074	201	901	838	1 226	195	541	55	10	998	7 929
1976	1 060	257	997	1 265	1 420	278	611	55	21	1 078	7 406
1977	1 030	297	1 134	1 359	1 537	271	684	51	12	1 099	6 991
1978	993	322	1 201	1 343	1 561	273	926	59	10	1 238	6 202
1979	876	341	1 362	1 235	1 686	281	1 151	57	10	1 167	6 137
1980	889	369	1 466	1 513	1 684	325	1 527	53	6	1 140	7 637
1981	1 272	454	1 749	2 395	1 896	480	1 912	69	6	1 259	8 273
1982	1 833	535	1 923	2 770	2 052	655	2 218	105	13	1 359	10 678
1983	2 258	590	1 974	2 984	2 264	801	2 486	127	28	1 561	10 717
1984	2 266	595	2 324	3 030	2 304	822	2 767	130	35	1 608	8 539
1985	2 304	557	2 475	3 179	2 327	761	2 969	139	30	1 563	8 312
1986	2 228	517	2 524	3 229	2 611	711	2 959	152	26	1 668	8 237
1987	2 229	501	2 564	2 905	2 832	685	2 955	164	25	1 732	7 425
1988	2 242	459	2 452	2 341	2 885	454	2 852	159	22	1 553	6 701
1989	2 038	419	2 316	1 743	2 866	407	2 561	149	18	1 418	6 528
1990	1 883	403	2 203	1 556	2 751	358	2 441	166	18	1 343	6 874
1991	1 689	429	2 361	2 241	2 653	335	2 464	185	39	1 366	8 426
1992	1 808	473	2 600	2 678	2 799	336	2 789	193	92	1 421	9 384
1993	2 270	550	2 925	2 865	2 360	415	3 481	222	163	1 656	8 734

[1]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Früheres Bundesgebiet. — Zivile Arbeitnehmer (Inländer). — [3]) Beschäftigte Arbeitnehmer: Ohne den Sektor Landwirtschaft.

Quelle: OECD

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
					In jeweiligen Preisen						
1960	302,71	557,02	300,66	25,89	24,73	45,18	685	162,89	37,37	16,01	513,4
1961	331,71	592,44	327,99	27,43	27,50	47,70	783	180,73	42,04	19,34	531,8
1962	360,78	633,71	366,23	28,81	30,90	51,35	908	192,13	46,62	21,94	571,6
1963	382,37	681,30	410,55	30,59	35,39	55,71	1 073	207,08	51,27	25,11	603,1
1964	420,18	762,53	455,44	33,44	38,74	65,56	1 209	226,73	56,83	29,54	648,1
1965	459,17	829,96	490,26	36,04	41,68	73,22	1 402	246,49	60,86	32,87	702,7
1966	488,23	892,11	530,75	38,37	45,17	79,73	1 627	268,53	65,36	38,17	769,8
1967	494,35	955,35	573,30	40,40	49,75	87,47	1 842	285,59	70,35	44,73	814,3
1968	533,28	1 022,34	623,12	43,81	53,93	96,99	2 080	306,83	75,12	52,98	889,3
1969	596,95	1 134,17	710,51	47,15	59,53	109,84	2 381	335,00	81,40	62,23	959,5
1970	675,30	1 262,11	793,52	51,77	67,00	123,26	2 630	375,89	90,67	73,35	1 010,7
1971	749,75	1 382,02	884,19	57,75	72,99	138,87	2 968	419,62	103,00	80,70	1 097,2
1972	823,12	1 545,39	987,95	64,66	79,81	156,91	3 483	479,54	116,71	92,39	1 207,0
1973	917,25	1 755,02	1 129,83	74,26	96,74	179,06	4 199	543,46	130,06	112,50	1 349,6
1974	983,93	2 056,81	1 302,98	83,86	122,19	203,21	5 143	618,56	141,10	134,24	1 458,6
1975	1 026,63	2 271,14	1 467,88	105,85	138,63	223,73	6 038	656,12	140,16	148,33	1 585,9
1976	1 120,50	2 578,90	1 700,55	125,25	174,87	256,25	7 266	724,75	141,96	166,57	1 768,4
1977	1 195,29	2 785,26	1 917,80	145,98	214,40	279,64	9 220	796,19	145,79	185,62	1 974,1
1978	1 283,55	2 987,49	2 182,58	168,53	253,54	302,10	11 285	842,33	151,68	204,40	2 232,7
1979	1 388,44	3 188,80	2 481,09	198,22	309,84	321,38	13 201	918,54	158,55	221,55	2 488,7
1980	1 472,04	3 451,15	2 808,29	231,77	387,67	342,51	15 168	994,70	170,33	240,18	2 708,1
1981	1 534,97	3 577,71	3 163,90	254,93	464,03	359,00	17 043	1 055,97	184,76	257,95	3 030,6
1982	1 588,09	3 888,79	3 625,85	279,04	545,12	375,18	19 721	1 133,54	195,98	270,60	3 149,6
1983	1 668,54	4 123,91	4 006,50	304,46	633,44	387,54	22 528	1 201,11	203,87	281,76	3 405,1
1984	1 750,89	4 432,31	4 361,76	325,85	725,76	407,11	25 518	1 276,74	213,23	300,53	3 777,2
1985	1 823,18	4 740,62	4 699,56	357,34	810,58	425,35	28 195	1 348,35	227,95	320,41	4 038,7
1986	1 925,29	4 990,52	5 069,08	384,84	899,90	437,70	32 317	1 422,45	243,35	334,60	4 268,7
1987	1 990,48	5 207,34	5 336,23	423,38	983,80	440,56	36 139	1 481,35	254,69	348,42	4 539,9
1988	2 095,98	5 563,05	5 734,65	471,43	1 091,83	457,39	40 151	1 566,35	268,41	371,42	4 900,4
1989	2 224,44	6 027,71	6 159,70	515,96	1 193,46	484,65	45 037	1 672,90	290,36	396,16	5 250,8
1990	2 426,00	6 413,51	6 509,50	551,12	1 312,07	516,24	50 120	1 801,25	313,99	424,54	5 546,1
1991	2 647,60	6 705,23	6 763,90	575,32	1 429,45	541,86	54 821	1 922,50	331,08	451,30	5 724,8
1992	2 813,00	7 030,22	6 998,90	597,12	1 504,32	563,22	58 852	2 035,60	338,77	463,85	6 020,3
1993	2 853,70	7 135,33	7 093,70	630,02	1 560,11	571,26	60 881	2 109,70	343,05	468,61	6 343,3
					In Preisen von 1991						
1960	1 000,00	2 452,92	2 234,05	281,60	452,51	198,97	13 757	683,30	148,02	70,72	2 317,9
1961	1 046,30	2 575,03	2 357,06	288,84	489,65	199,55	15 505	719,59	160,02	78,96	2 380,1
1962	1 095,10	2 709,24	2 514,33	292,68	520,03	213,21	17 047	736,85	167,69	85,87	2 502,8
1963	1 125,90	2 827,14	2 648,78	304,26	549,20	220,94	18 683	766,90	175,87	93,13	2 605,8
1964	1 200,90	3 023,81	2 821,57	320,80	564,56	239,22	19 616	813,21	185,11	103,72	2 752,7
1965	1 265,20	3 131,48	2 956,25	328,92	583,02	251,77	20 842	837,70	191,00	109,68	2 905,6
1966	1 300,50	3 230,51	3 110,44	335,14	617,91	258,68	22 353	880,74	195,70	121,04	3 076,9
1967	1 296,50	3 355,70	3 256,32	342,82	662,27	272,34	23 323	905,72	201,68	134,33	3 158,0
1968	1 367,20	3 496,71	3 395,00	356,79	705,61	289,81	24 861	942,96	209,14	150,76	3 289,3
1969	1 469,20	3 728,90	3 632,24	364,15	748,64	308,44	27 076	994,49	220,87	169,02	3 378,9
1970	1 543,20	3 966,13	3 840,46	372,46	788,39	326,01	28 225	1 058,45	234,91	186,21	3 379,9
1971	1 590,40	4 111,74	4 024,15	379,86	801,35	339,77	29 538	1 112,56	244,96	194,15	3 476,4
1972	1 658,00	4 328,78	4 202,46	393,16	823,67	351,02	31 945	1 181,65	253,42	210,12	3 654,2
1973	1 737,00	4 584,65	4 431,07	422,09	880,25	367,47	34 433	1 239,39	261,44	226,14	3 844,1
1974	1 740,40	4 772,11	4 568,86	414,92	925,67	382,05	36 367	1 288,27	264,51	224,74	3 820,1
1975	1 718,60	4 701,15	4 556,14	411,93	902,48	381,70	36 565	1 283,60	246,76	231,17	3 789,0
1976	1 810,10	4 963,18	4 749,49	423,37	961,22	401,24	37 773	1 342,34	244,69	240,91	3 976,1
1977	1 861,60	4 986,73	4 902,31	433,37	993,93	410,54	38 845	1 403,29	250,46	252,26	4 155,4
1978	1 917,40	5 123,19	5 066,55	448,36	1 030,03	420,81	39 413	1 404,13	251,95	264,54	4 355,6
1979	1 998,40	5 232,50	5 230,78	460,90	1 089,94	430,91	39 430	1 470,69	258,08	279,19	4 465,3
1980	2 018,00	5 458,18	5 315,74	450,93	1 134,63	434,78	39 943	1 513,60	269,39	289,33	4 441,3
1981	2 020,00	5 404,42	5 378,27	445,11	1 140,89	431,73	39 872	1 509,23	273,27	299,68	4 519,8
1982	2 001,00	5 485,64	5 515,18	452,81	1 143,33	425,47	40 496	1 525,37	270,73	309,16	4 422,4
1983	2 036,20	5 510,13	5 553,50	469,45	1 154,40	431,36	41 395	1 555,77	273,46	317,51	4 594,5
1984	2 093,50	5 629,67	5 626,49	480,36	1 185,41	444,95	42 003	1 576,94	278,29	331,05	4 879,0
1985	2 136,00	5 675,56	5 732,33	498,40	1 216,23	456,46	43 100	1 615,76	288,61	347,55	5 033,4
1986	2 186,10	5 752,84	5 876,66	519,75	1 251,76	469,02	44 479	1 634,88	296,89	356,69	5 180,0
1987	2 218,40	5 867,43	6 008,93	544,77	1 291,02	474,56	46 988	1 661,98	302,91	371,33	5 339,4
1988	2 301,00	6 158,00	6 279,24	572,02	1 343,49	486,96	49 414	1 729,39	311,70	394,38	5 549,4
1989	2 384,40	6 380,72	6 559,53	584,51	1 382,98	509,76	51 755	1 795,64	323,73	412,98	5 689,9
1990	2 520,40	6 587,90	6 720,23	586,83	1 412,50	530,70	53 629	1 871,93	331,17	432,86	5 759,6
1991	2 647,60	6 705,23	6 763,90	575,32	1 429,45	541,86	54 821	1 922,50	331,08	451,30	5 724,8
1992	2 694,30	6 796,48	6 841,68	572,38	1 440,15	549,46	55 259	1 954,22	330,08	456,48	5 856,1
1993	2 648,60	6 710,20	6 776,68	584,10	1 430,59	550,70	54 695	1 949,13	327,25	456,77	6 038,6

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 327. — [2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 4 *

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
						Volkseinkommen					
1960	239,82	447,30	231,16	20,87	19,93	37,50	561	123,12	31,05	12,92	418,91
1961	261,06	471,89	252,77	22,06	22,12	39,25	643	136,17	34,81	15,60	432,87
1962	282,39	505,25	283,23	23,08	24,93	42,16	753	144,16	38,70	17,54	466,61
1963	298,07	543,02	316,11	24,51	28,49	45,63	895	155,01	42,59	20,25	493,53
1964	327,83	608,75	349,59	26,61	31,08	54,09	990	168,90	47,08	23,47	530,23
1965	359,42	667,22	377,40	28,65	33,53	60,33	1 152	182,89	50,49	26,16	577,07
1966	380,61	710,61	408,29	30,20	36,53	65,24	1 340	198,39	54,11	30,49	633,11
1967	381,39	756,19	443,35	31,60	40,11	71,54	1 529	210,95	58,34	36,11	667,62
1968	417,67	812,94	489,71	33,93	43,81	79,03	1 727	224,92	62,20	42,63	727,44
1969	462,09	904,11	556,24	36,36	48,57	90,65	1 969	246,86	67,06	50,10	784,71
1970	530,00	1 006,93	618,13	39,85	54,36	100,81	2 165	276,87	74,28	59,31	816,14
1971	585,59	1 107,29	687,63	44,30	59,35	112,54	2 460	307,66	84,74	64,75	879,56
1972	641,99	1 254,60	764,42	50,23	65,38	127,09	2 902	348,75	95,61	74,60	971,67
1973	718,85	1 441,60	876,09	58,31	79,30	146,44	3 494	393,06	107,27	91,80	1 092,34
1974	769,97	1 682,13	1 004,88	65,34	99,31	167,07	4 314	453,08	117,48	109,31	1 166,04
1975	799,50	1 870,75	1 126,66	82,97	114,12	182,59	5 064	486,15	117,48	121,18	1 250,17
1976	874,94	2 129,95	1 295,14	96,83	143,09	209,87	6 113	543,50	119,44	137,28	1 398,35
1977	933,39	2 289,44	1 471,33	112,45	174,34	227,41	7 766	593,01	121,78	151,49	1 566,22
1978	1 001,30	2 453,88	1 665,92	128,59	207,68	244,78	9 627	631,96	126,66	167,50	1 778,93
1979	1 078,64	2 623,64	1 876,99	149,04	257,17	260,90	11 159	690,00	132,96	180,43	1 974,03
1980	1 134,22	2 849,49	2 105,16	172,48	320,59	276,52	12 758	745,83	142,71	195,16	2 128,61
1981	1 175,18	2 943,36	2 377,42	186,56	381,91	288,68	14 084	785,15	154,70	207,82	2 368,86
1982	1 211,97	3 188,04	2 708,54	204,29	447,23	302,77	16 295	842,07	164,86	217,78	2 461,06
1983	1 270,94	3 373,88	2 991,95	225,43	516,17	312,41	18 390	890,29	171,65	226,59	2 647,38
1984	1 334,72	3 640,61	3 255,36	241,00	592,78	328,14	20 717	938,43	179,68	240,52	2 989,31
1985	1 395,45	3 893,70	3 510,87	266,33	660,58	342,71	22 632	994,17	191,92	255,39	3 201,59
1986	1 486,74	4 115,35	3 809,76	283,54	735,16	350,95	25 648	1 058,31	204,90	266,75	3 362,59
1987	1 537,48	4 243,30	3 995,73	312,64	797,80	352,61	28 836	1 099,75	214,25	275,69	3 614,08
1988	1 623,52	4 518,06	4 262,51	348,83	879,10	364,51	32 275	1 162,52	225,28	293,36	3 917,52
1989	1 713,44	4 879,16	4 586,81	385,16	957,50	386,16	36 249	1 240,97	243,68	311,24	4 155,30
1990	1 869,60	5 199,34	4 823,89	417,79	1 044,27	410,05	40 516	1 342,80	265,29	333,17	4 378,60
1991	2 023,08	5 465,04	5 006,82	431,34	1 131,74	430,46	44 396	1 438,03	281,28	352,37	4 482,50
1992	2 133,91	5 701,44	5 206,34	450,38	1 185,95	441,89	47 321	1 519,28	289,07	354,70	4 710,00
						Einkommen aus unselbständiger Arbeit					
1960	143,16	256,69	133,77	15,21	9,92	21,06	278	73,49	19,35	6,45	296,92
1961	161,64	269,58	149,61	16,44	11,02	23,13	314	81,91	21,93	7,64	305,84
1962	178,84	296,17	169,09	17,35	12,83	25,41	364	89,20	24,60	9,12	327,69
1963	191,86	325,89	192,66	18,24	15,60	28,35	443	96,09	27,46	10,64	345,81
1964	209,93	367,39	215,12	19,78	17,46	33,83	508	105,76	30,52	12,45	371,28
1965	232,96	406,58	231,94	21,36	18,43	38,33	599	116,46	33,13	14,50	400,18
1966	250,83	445,61	250,13	22,90	19,71	43,12	716	128,35	35,30	16,78	443,56
1967	250,35	476,89	269,97	23,85	21,80	47,06	830	138,95	38,34	19,29	476,21
1968	268,84	506,84	301,80	25,52	23,70	51,90	917	147,31	40,93	22,48	525,47
1969	302,62	562,04	345,18	27,30	26,12	60,13	1 049	160,64	44,09	26,45	579,18
1970	359,29	630,65	391,44	30,63	30,54	68,70	1 186	175,82	49,61	31,90	619,07
1971	406,82	718,91	441,49	33,57	35,01	78,84	1 374	203,19	57,68	37,82	660,33
1972	450,56	823,49	493,52	37,95	39,06	88,25	1 669	230,88	65,56	44,03	727,51
1973	512,63	948,73	566,40	43,97	47,05	102,23	2 035	270,38	74,74	55,18	814,66
1974	566,60	1 144,35	678,95	52,50	58,69	118,85	2 525	315,03	83,09	70,01	893,83
1975	591,24	1 313,75	801,76	68,63	70,85	134,16	3 077	353,60	85,15	81,58	952,12
1976	637,94	1 515,95	932,94	78,20	86,92	149,22	3 785	389,47	85,68	92,02	1 062,35
1977	685,41	1 646,92	1 061,18	86,78	106,32	163,18	4 805	431,45	87,69	102,80	1 181,81
1978	731,74	1 767,15	1 203,11	99,05	123,16	176,71	5 892	472,42	92,19	111,08	1 338,41
1979	791,66	1 888,89	1 363,25	116,07	149,61	190,16	6 870	504,52	97,10	120,06	1 502,64
1980	860,88	2 071,03	1 575,78	137,97	184,06	202,35	7 784	545,63	104,65	130,40	1 652,53
1981	902,55	2 149,81	1 792,60	149,92	224,03	206,12	8 715	589,01	114,12	141,49	1 825,40
1982	929,75	2 278,51	2 054,56	159,06	260,86	212,21	9 853	616,85	122,70	149,56	1 927,11
1983	949,03	2 384,57	2 259,28	170,09	300,16	214,42	11 132	642,44	128,16	157,36	2 041,15
1984	983,69	2 531,11	2 425,77	181,69	334,99	214,79	11 876	676,33	133,43	166,12	2 237,67
1985	1 021,42	2 659,98	2 582,45	197,17	374,05	221,71	12 905	717,09	141,53	173,89	2 395,16
1986	1 074,44	2 804,02	2 708,11	212,74	404,07	231,57	14 589	761,25	150,46	181,96	2 536,52
1987	1 119,35	2 855,99	2 821,20	230,23	438,84	239,36	16 307	792,73	158,16	189,07	2 712,49
1988	1 163,78	2 968,60	2 976,43	255,94	482,55	245,74	18 199	821,94	168,02	200,11	2 936,17
1989	1 216,25	3 110,55	3 161,61	283,85	528,34	252,85	20 442	874,48	180,24	214,85	3 115,50
1990	1 315,52	3 390,82	3 374,05	312,78	592,39	267,74	23 208	940,06	196,65	233,37	3 313,50
1991	1 430,30	3 656,65	3 537,55	328,55	646,78	283,94	25 538	1 020,82	211,28	251,69	3 418,50
1992	1 527,13	3 847,90	3 671,38	341,30	680,01	299,62	27 218	1 089,04	218,06	261,84	3 597,20

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12 * auf Seite 327. — [2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet; Inlandskonzept.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern

1991 = 100

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Produktivität)										
1960	41,5	40,3	37,9	53,8	33,4	47,8	27,4	37,8	58,8	22,5	71,9
1961	43,0	42,0	40,0	54,5	36,0	47,4	30,8	39,5	60,7	24,8	73,9
1962	44,9	43,5	42,7	54,7	38,4	49,7	33,7	40,6	61,2	26,6	76,6
1963	46,1	45,0	44,6	56,8	41,2	50,8	36,7	42,5	63,3	28,6	78,5
1964	49,2	47,5	47,0	59,1	42,5	53,9	38,3	45,1	65,6	31,4	81,1
1965	51,6	49,0	49,0	60,0	44,9	56,2	40,4	46,7	68,1	32,7	83,4
1966	53,2	50,4	51,2	60,8	48,5	57,3	42,9	49,6	70,0	35,4	86,2
1967	54,8	52,6	53,4	63,1	51,4	60,5	44,5	52,0	71,8	38,5	86,7
1968	57,8	54,8	55,8	66,0	54,8	63,7	47,1	54,8	74,0	42,5	88,5
1969	61,2	57,5	58,8	67,3	58,7	66,8	50,8	57,8	76,9	47,3	88,6
1970	63,5	61,1	61,4	69,1	61,4	69,8	52,4	61,6	80,6	51,6	87,7
1971	65,2	62,9	64,0	71,1	62,6	72,4	54,5	64,7	82,6	53,5	89,4
1972	67,8	66,3	66,4	73,6	65,4	75,5	58,7	68,3	84,3	57,8	90,8
1973	70,2	69,7	69,0	77,2	69,4	79,0	62,3	71,3	86,0	60,7	92,3
1974	71,3	71,4	70,5	75,6	71,5	82,0	65,0	74,0	87,2	60,5	89,9
1975	72,4	71,4	70,9	75,3	69,4	82,4	66,0	75,5	85,4	62,4	90,1
1976	76,6	75,8	73,4	78,1	73,4	86,7	68,5	78,8	87,1	64,5	91,5
1977	78,7	76,5	75,2	79,8	75,2	88,5	70,9	81,2	88,8	66,6	92,2
1978	80,4	78,5	77,4	82,1	77,7	89,9	73,3	80,6	88,5	69,0	92,6
1979	82,4	79,4	79,8	83,1	81,4	90,7	74,5	83,4	89,7	71,9	92,2
1980	81,9	82,9	81,1	81,5	83,7	90,4	77,9	85,3	91,5	73,7	91,3
1981	82,1	83,7	82,5	83,8	83,9	90,8	80,1	84,5	90,7	75,7	91,9
1982	82,3	86,1	84,4	86,8	84,4	91,3	82,5	84,4	89,4	77,3	90,7
1983	85,0	87,3	85,3	91,1	85,0	93,9	85,2	87,0	90,3	78,1	93,0
1984	87,2	89,4	87,2	90,8	87,0	96,3	88,1	88,0	91,0	81,0	94,9
1985	88,3	89,6	88,4	93,1	88,8	97,5	91,2	90,2	92,6	84,4	95,9
1986	89,1	90,2	90,3	96,9	91,0	97,8	92,1	90,0	93,9	86,0	96,5
1987	89,7	91,6	92,0	99,4	93,9	97,4	94,4	91,0	94,7	88,6	96,9
1988	92,4	94,7	95,2	101,0	96,7	97,1	96,5	94,4	96,3	92,6	98,5
1989	94,3	96,7	98,1	100,2	99,4	99,7	97,1	97,0	98,9	95,1	99,0
1990	97,0	98,4	99,5	99,6	99,7	100,5	98,1	99,1	99,9	97,7	99,7
1991	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	101,1	101,8	101,9	101,7	101,4	99,4	102,8	99,6	102,0	100,1	101,7
1993	100,9	101,9	102,2	105,5	105,8	98,8	106,3	100,1	104,0	99,9	103,3
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer[3]										
1960	12,7	8,2	5,5	4,7	2,0	10,0	.	9,3	12,0	5,4	17,4
1961	14,1	8,5	6,1	5,0	2,2	10,7	.	10,3	13,0	6,1	17,9
1962	15,4	9,1	6,7	5,2	2,4	11,5	1,9	11,1	14,1	7,0	18,7
1963	16,4	9,8	7,4	5,5	2,9	12,5	2,3	12,0	15,5	7,9	19,3
1964	17,8	10,8	8,0	5,9	3,3	14,6	2,6	13,1	16,9	9,0	20,2
1965	19,5	11,8	8,5	6,3	3,6	16,3	3,0	14,3	18,5	10,0	20,9
1966	21,0	12,8	9,0	6,7	3,9	18,1	3,5	15,7	19,8	11,1	22,0
1967	21,7	13,8	9,6	7,1	4,2	19,8	4,0	17,2	21,4	12,5	22,9
1968	23,1	14,7	10,6	7,6	4,5	21,5	4,4	18,4	22,7	14,2	24,5
1969	25,3	15,9	11,8	8,2	4,9	24,1	4,9	19,9	24,1	16,4	26,1
1970	29,4	18,0	13,0	9,2	5,6	27,0	5,4	21,5	26,7	19,2	27,7
1971	32,8	20,2	14,4	10,3	6,4	30,8	6,2	24,2	30,5	22,0	29,4
1972	36,0	23,0	15,8	11,6	7,1	34,7	7,3	26,9	34,2	25,3	31,3
1973	40,2	26,1	17,7	13,1	8,4	40,1	8,6	30,4	38,5	30,3	33,6
1974	44,8	30,8	20,9	15,6	10,2	46,3	10,4	34,7	42,9	38,3	36,2
1975	48,0	35,9	24,8	20,5	12,2	52,5	12,8	39,1	46,2	44,5	39,2
1976	51,7	41,5	28,5	23,5	14,8	58,2	16,2	42,7	47,8	49,3	42,4
1977	55,1	45,3	32,0	26,0	17,8	63,2	20,5	46,3	48,7	54,2	45,4
1978	58,1	48,6	36,1	29,5	20,6	67,7	25,6	50,3	50,7	58,1	48,9
1979	61,4	51,4	40,7	33,9	24,7	71,7	30,4	53,2	52,9	61,6	53,0
1980	65,6	56,4	46,9	40,7	30,0	75,7	35,6	56,8	55,7	65,3	57,9
1981	68,8	60,0	53,6	46,4	36,6	78,3	41,2	61,3	59,3	69,7	63,4
1982	71,6	64,7	61,1	50,3	42,6	82,8	46,9	65,1	63,5	72,5	68,1
1983	74,3	68,8	67,3	54,7	49,4	85,4	53,5	68,4	66,3	74,3	71,7
1984	76,7	73,3	72,8	58,0	55,6	85,6	59,7	71,8	68,4	77,4	75,0
1985	79,0	76,6	77,6	62,4	61,4	86,9	64,9	75,6	71,1	80,1	77,8
1986	84,4	81,5	84,0	72,3	71,8	90,3	75,0	79,8	74,6	82,6	80,7
1987	84,4	81,5	84,0	72,3	71,8	90,3	75,0	82,9	77,5	84,9	84,0
1988	86,9	83,5	87,7	77,9	77,7	91,3	79,9	85,6	81,4	87,6	88,1
1989	89,4	86,0	91,5	84,9	84,6	92,2	84,5	89,5	86,3	91,3	91,1
1990	93,8	92,5	96,1	92,5	92,3	95,4	91,8	94,0	93,0	95,9	95,6
1991	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	106,1	105,7	103,7	105,6	105,2	105,1	110,2	106,1	105,6	101,7	104,9

[1]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Früheres Bundesgebiet. — [3]) Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen.

Quellen für Grundzahlen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 6*

Zinsen in wichtigen Industrieländern

Prozent p. a.

Zeitraum[1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Kurzfristige Zinssätze[2]						
1970	9,41	7,87	8,93	6,97	.	7,96	.	6,49	5,36	5,91	7,57
1971	7,15	5,09	6,29	5,53	5,76	5,26	.	6,63	3,23	5,40	5,01
1972	5,61	3,86	5,51	5,63	5,18	2,96	.	6,66	1,83	4,36	4,65
1973	12,14	6,15	9,13	9,53	6,93	6,89	.	6,75	4,02	5,15	8,37
1974	9,90	10,20	13,02	11,34	14,57	10,35	.	6,95	5,98	6,83	10,25
1975	4,96	7,00	7,92	10,16	10,64	5,27	.	7,57	3,47	6,33	6,45
1976	4,25	9,76	8,69	11,20	15,68	6,88	.	7,94	1,20	5,68	5,27
1977	4,37	7,08	9,22	7,54	14,04	4,57	15,52	7,96	2,11	6,28	5,58
1978	3,70	7,14	8,16	8,58	11,50	6,54	17,59	7,87	0,62	5,12	8,17
1979	6,69	10,75	9,48	13,11	11,86	9,47	15,52	7,50	1,30	5,85	11,21
1980	9,54	14,09	12,21	15,01	17,15	10,70	16,52	8,00	5,03	10,88	13,07
1981	12,11	15,24	15,26	13,04	19,31	11,60	16,18	9,16	8,20	7,58	15,91
1982	8,88	14,10	14,62	11,40	19,89	8,36	16,28	10,10	4,40	7,03	12,27
1983	5,78	10,56	12,47	9,58	18,31	5,62	20,05	8,95	3,31	6,69	9,07
1984	5,99	11,42	11,70	9,30	17,26	6,09	14,90	8,02	3,77	6,46	10,36
1985	5,44	9,59	9,94	11,64	15,26	6,34	12,22	7,87	4,36	6,63	8,05
1986	4,64	8,11	7,70	10,30	13,41	5,61	11,66	7,37	3,63	5,17	6,52
1987	4,03	7,10	8,27	9,22	11,33	5,31	15,82	6,47	3,22	4,23	6,86
1988	4,33	6,72	7,94	9,92	10,82	4,76	11,65	6,03	2,58	4,53	7,73
1989	7,12	8,68	9,40	13,31	12,61	7,34	15,04	6,97	6,44	5,38	9,08
1990	8,49	9,67	10,32	13,98	12,06	8,68	15,15	8,96	8,32	7,72	8,15
1991	9,25	9,38	9,62	10,84	12,02	9,28	13,23	9,46	7,60	7,38	5,83
1992	9,52	9,37	10,35	8,94	14,36	9,35	13,34	9,46	7,20	4,46	3,68
1993	7,30	8,22	8,59	5,26	10,66	6,85	11,69	7,03	4,29	2,98	3,17
1993 1. Vj.	8,32	8,46	11,82	5,66	12,50	7,93	14,29	8,06	4,77	3,42	3,14
2. Vj.	7,68	7,42	8,02	5,27	11,31	7,11	12,64	7,22	4,48	3,23	3,13
3. Vj.	6,83	8,88	7,77	5,12	9,85	6,42	10,60	6,64	4,11	2,98	3,14
4. Vj.	6,35	8,13	6,74	5,00	9,00	5,95	9,22	6,19	3,79	2,29	3,28
1994 1. Vj.	5,88	6,52	6,29	4,82	8,80	5,28	8,51	5,41	3,49	2,17	3,45
2. Vj.	5,29	5,56	5,74	4,86	8,24	5,16	7,76	5,14	3,57	2,18	4,35
3. Vj.	5,01	5,45	5,62	5,27	...	4,99	7,80	4,84	3,63	2,25	4,86
					Langfristige Zinssätze[3]						
1970	8,32	7,80	8,81	9,22	7,72	8,22	.	7,82	5,72	7,05	6,58
1971	7,99	7,32	8,55	8,90	7,04	7,35	.	7,71	5,27	7,05	5,74
1972	7,88	7,04	8,10	8,91	6,58	6,88	.	7,37	4,96	6,88	5,64
1973	9,33	7,49	8,86	10,72	6,85	7,92	.	8,25	5,59	7,14	6,31
1974	10,38	8,77	10,91	14,77	9,11	9,83	.	9,74	7,13	8,19	6,98
1975	8,48	8,52	10,49	14,39	10,06	8,79	.	9,61	6,44	8,46	7,00
1976	7,80	9,09	10,45	14,43	12,62	8,95	.	8,75	4,98	8,59	6,78
1977	6,16	8,76	11,00	12,73	14,71	8,10	.	8,74	4,05	7,47	7,06
1978	5,73	8,45	10,66	12,47	13,18	7,74	12,03	8,21	3,33	6,37	7,89
1979	7,43	9,70	10,63	12,99	13,12	8,78	13,31	7,96	3,45	8,33	8,74
1980	8,50	12,20	13,98	13,79	15,30	10,21	15,96	9,24	4,76	8,87	10,81
1981	10,38	13,78	16,56	14,74	19,35	11,52	15,81	10,61	5,57	8,38	12,87
1982	8,95	13,45	16,62	12,88	20,21	9,93	15,99	9,92	4,85	8,29	12,23
1983	7,89	11,80	14,62	10,81	18,25	8,24	16,91	8,17	4,51	7,81	10,84
1984	7,78	11,96	13,34	10,69	15,57	8,10	16,36	8,02	4,58	7,20	11,99
1985	6,87	10,61	11,87	10,62	13,70	7,33	13,37	7,77	4,70	6,37	10,75
1986	5,92	7,93	9,12	9,85	11,47	6,36	11,36	7,33	4,24	4,97	8,14
1987	5,84	7,83	10,22	9,50	10,58	6,38	12,77	6,94	4,03	4,38	8,63
1988	6,11	7,85	9,22	9,36	10,54	6,29	11,74	6,67	4,02	4,68	8,98
1989	7,03	8,64	9,16	9,58	11,61	7,21	13,70	7,14	5,20	5,27	8,59
1990	8,83	10,06	10,42	11,08	11,87	8,93	14,68	8,74	6,45	7,45	8,73
1991	8,64	9,28	9,48	9,92	11,37	8,74	12,43	8,62	6,24	6,33	8,16
1992	7,98	8,66	8,96	9,13	11,90	8,10	12,17	8,27	6,40	5,09	7,52
1993	6,28	7,22	7,04	7,87	9,60	6,69	10,16	6,64	4,55	3,97	6,46
1993 1. Vj.	6,73	7,52	8,04	8,62	11,38	7,03	11,95	7,07	4,99	4,15	6,90
2. Vj.	6,57	7,33	7,36	8,46	10,77	6,98	11,03	6,88	4,68	4,44	6,62
3. Vj.	6,20	7,09	6,65	7,51	8,58	6,61	9,34	6,53	4,43	3,99	6,15
4. Vj.	5,63	6,93	6,11	6,87	7,68	6,15	8,31	6,09	4,11	3,30	6,14
1994 1. Vj.	5,83	6,76	6,38	6,90	7,54	6,30	8,08	5,91	4,31	3,68	6,53
2. Vj.	6,53	7,53	7,39	8,20	8,23	7,20	9,22	6,63	4,91	4,03	7,41
3. Vj.	6,97	8,19	7,95	8,55	9,92	7,50	10,54	6,91	5,30	4,59	7,66

[1] Jahres- und Vierteljahresdurchschnitte.
[2] Überwiegend für Dreimonats-Schatzwechsel. Für Bundesrepublik Deutschland: Ab 1986 Fibor (Frankfurt interbank offered rate).
[3] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren.

Quelle: OECD

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
					In jeweiligen Preisen						
1960	171,84	382,11	179,61	17,11	14,41	26,51	477	97,12	23,28	9,40	332,4
1961	188,33	398,94	196,66	18,01	15,75	28,56	539	106,15	25,57	11,03	343,5
1962	204,79	419,56	219,72	19,10	17,77	31,11	617	114,50	28,53	12,65	364,4
1963	216,79	454,55	248,19	20,28	20,81	34,55	741	124,02	30,99	14,77	384,2
1964	233,50	486,12	271,14	21,64	22,62	39,07	824	133,05	33,82	17,03	412,5
1965	257,62	529,21	289,24	23,04	24,19	43,66	967	145,84	36,39	19,24	444,6
1966	275,06	567,18	312,82	24,37	26,69	47,49	1 110	155,66	39,23	22,14	481,6
1967	282,63	598,28	338,68	25,62	29,57	51,57	1 244	167,36	42,15	25,41	509,3
1968	300,74	648,41	369,60	27,59	31,55	56,37	1 386	178,37	44,91	28,97	559,1
1969	330,90	702,94	419,61	29,29	34,61	64,51	1 532	189,70	48,67	33,30	603,7
1970	368,85	752,39	459,57	31,91	39,82	72,31	1 701	205,29	53,33	38,33	646,5
1971	408,98	829,39	511,13	35,76	43,45	80,60	1 926	230,00	59,75	43,23	700,3
1972	451,96	927,29	570,30	40,44	47,72	90,30	2 245	259,81	67,78	49,90	767,8
1973	495,59	1 060,47	645,01	46,21	58,24	101,92	2 694	291,78	75,95	60,31	848,1
1974	533,64	1 228,75	749,59	53,26	73,32	115,77	3 333	330,61	83,14	72,91	927,7
1975	583,45	1 390,43	862,26	65,59	85,59	131,65	3 920	368,26	86,04	84,76	1 024,9
1976	631,87	1 571,29	993,54	76,23	105,86	151,09	4 817	410,18	88,90	95,78	1 143,1
1977	682,13	1 724,09	1 117,09	87,17	128,66	167,75	6 050	456,87	92,65	107,08	1 271,5
1978	725,94	1 838,54	1 264,00	100,52	150,21	182,93	7 272	468,85	95,28	117,92	1 421,2
1979	781,31	2 002,07	1 442,02	119,21	184,28	196,46	8 581	511,72	100,72	130,08	1 583,7
1980	837,02	2 171,91	1 653,31	138,56	235,56	210,09	9 991	552,53	108,04	141,32	1 748,1
1981	883,52	2 333,98	1 907,22	154,27	282,83	217,71	11 308	596,49	115,69	150,00	1 926,2
1982	916,10	2 550,00	2 200,82	169,37	334,03	226,48	12 941	640,20	122,06	160,83	2 059,2
1983	959,28	2 688,31	2 435,55	185,61	385,57	234,68	14 607	694,78	127,34	169,69	2 257,5
1984	1 001,20	2 876,25	2 651,31	198,82	441,29	241,71	16 305	733,18	133,61	178,63	2 460,3
1985	1 036,53	3 106,06	2 871,10	217,49	495,81	252,91	18 078	775,51	140,56	188,76	2 667,4
1986	1 066,43	3 202,22	3 062,80	241,55	549,47	260,24	20 434	804,38	144,93	195,97	2 850,6
1987	1 108,02	3 360,91	3 249,60	265,29	604,43	267,93	22 853	837,72	150,21	204,59	3 052,2
1988	1 153,69	3 513,17	3 444,40	299,45	668,22	271,63	25 175	880,50	156,97	215,12	3 296,1
1989	1 220,95	3 761,60	3 671,70	327,36	737,41	284,47	28 362	935,20	166,15	228,48	3 523,1
1990	1 320,71	3 999,20	3 878,60	347,53	803,39	303,08	31 276	999,16	177,65	243,63	3 761,2
1991	1 448,77	4 227,94	4 056,00	365,06	881,11	322,99	34 210	1 064,00	190,49	255,08	3 902,4
1992	1 536,32	4 443,87	4 207,10	382,36	943,21	339,51	37 175	1 124,26	198,07	264,78	4 136,9
1993	1 588,90	4 499,87	4 318,90	405,65	961,59	349,41	38 172	1 174,52	202,33	270,51	4 378,2
					In Preisen von 1991						
1960	487,93	1 671,05	1 308,70	168,33	234,10	105,88	8 858	376,58	83,46	46,08	1 449,6
1961	517,67	1 698,46	1 386,51	172,05	251,60	105,75	9 832	395,88	89,15	50,87	1 482,7
1962	547,02	1 765,16	1 484,43	176,05	269,57	118,23	10 696	409,07	94,85	54,71	1 548,4
1963	562,33	1 843,68	1 586,81	183,51	293,76	126,56	12 037	431,69	99,43	59,52	1 606,6
1964	592,40	1 891,82	1 676,17	189,06	303,84	134,02	12 418	446,49	104,12	65,93	1 696,8
1965	633,03	1 972,55	1 743,36	191,69	315,28	144,04	13 262	467,21	107,71	69,72	1 792,3
1966	652,78	2 024,88	1 827,63	194,98	338,33	148,62	14 219	487,19	110,95	76,72	1 884,3
1967	660,26	2 082,43	1 920,73	199,74	362,06	156,71	15 075	503,86	114,20	84,71	1 942,4
1968	691,28	2 193,50	1 997,12	205,35	380,18	167,03	15 976	523,71	118,78	91,95	2 044,3
1969	746,40	2 310,92	2 117,65	206,59	404,99	180,22	17 120	537,73	125,22	101,47	2 120,6
1970	803,80	2 411,84	2 207,92	212,51	431,65	193,55	17 918	556,99	131,98	109,00	2 171,2
1971	847,97	2 526,15	2 316,93	219,24	446,96	199,94	18 832	594,42	138,26	115,11	2 243,4
1972	887,46	2 676,68	2 431,19	232,78	464,01	206,94	20 395	630,57	145,79	125,55	2 368,7
1973	913,63	2 884,18	2 560,67	245,52	495,80	215,21	21 986	664,43	149,89	136,94	2 474,5
1974	918,13	2 959,22	2 591,63	241,98	514,29	223,18	23 107	684,33	149,27	136,83	2 459,0
1975	947,05	2 978,04	2 665,40	241,19	516,90	230,54	23 523	706,55	145,22	143,02	2 511,3
1976	984,26	3 121,82	2 795,29	242,35	543,86	242,76	24 841	738,65	146,95	147,46	2 642,7
1977	1 028,94	3 196,54	2 871,85	241,52	565,64	253,93	25 213	778,90	151,36	153,52	2 749,6
1978	1 066,88	3 269,95	2 977,87	254,43	583,96	264,87	25 440	767,40	154,61	161,86	2 863,7
1979	1 102,20	3 427,84	3 067,77	265,49	625,69	272,81	25 771	801,21	156,35	172,42	2 931,3
1980	1 115,90	3 495,70	3 104,50	265,46	661,19	272,83	25 925	813,31	160,43	174,26	2 929,8
1981	1 109,18	3 457,32	3 168,18	265,70	671,25	265,98	25 598	815,90	161,21	177,01	2 965,5
1982	1 094,49	3 503,44	3 277,66	268,33	679,29	262,71	25 570	825,76	161,15	184,82	2 997,6
1983	1 110,59	3 447,42	3 307,79	280,52	683,97	264,86	25 643	866,89	163,84	191,20	3 136,2
1984	1 130,55	3 489,09	3 343,23	286,19	697,47	267,16	25 589	866,23	166,40	196,43	3 287,8
1985	1 150,05	3 556,38	3 423,43	297,21	718,17	273,45	26 492	886,88	168,78	203,08	3 431,2
1986	1 189,95	3 639,34	3 556,99	317,48	744,78	280,55	27 372	902,56	173,54	209,94	3 554,9
1987	1 230,61	3 749,26	3 658,69	334,25	775,83	288,23	28 958	930,90	177,13	218,83	3 654,3
1988	1 264,34	3 858,02	3 778,13	359,33	808,19	290,66	30 380	964,46	180,93	230,28	3 786,2
1989	1 300,15	3 995,94	3 902,40	370,95	836,80	300,80	32 097	997,86	184,96	240,18	3 859,2
1990	1 370,01	4 100,08	3 996,06	373,23	857,54	313,49	33 241	1 033,80	187,74	249,62	3 918,2
1991	1 448,77	4 227,94	4 056,00	365,06	881,11	322,99	34 210	1 064,00	190,49	255,08	3 902,4
1992	1 480,42	4 352,25	4 120,90	365,09	893,05	329,73	34 923	1 083,00	190,16	259,35	4 010,3
1993	1 483,01	4 286,96	4 141,50	374,48	873,97	332,48	34 107	1 091,95	188,63	262,24	4 141,0

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 327. — [2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	40,45	69,31	42,77	4,24	3,07	5,54	58	21,12	3,36	1,28	99,80
1961	45,78	70,68	47,16	4,57	3,40	6,09	64	22,78	4,12	1,48	107,00
1962	52,83	77,88	53,20	4,90	3,93	6,82	74	24,68	4,78	1,75	116,80
1963	59,39	88,56	60,33	5,23	4,76	7,82	91	27,49	5,47	2,07	122,30
1964	62,10	95,47	66,16	5,57	5,31	9,30	99	30,18	6,02	2,35	128,30
1965	69,65	106,23	70,42	6,12	6,01	10,35	118	32,93	6,48	2,69	136,30
1966	75,45	117,10	75,42	6,67	6,40	11,55	142	36,68	6,91	3,05	155,90
1967	80,05	128,77	81,28	7,37	6,84	12,98	174	41,57	7,34	3,41	175,60
1968	82,73	139,01	92,16	7,84	7,44	14,06	189	45,25	7,91	3,93	191,50
1969	93,12	154,50	103,75	8,19	8,07	16,03	218	50,49	8,68	4,56	201,80
1970	106,47	169,41	116,64	9,25	8,88	18,44	249	55,22	9,64	5,46	212,70
1971	126,76	194,66	131,93	10,55	10,84	21,60	286	61,98	11,39	6,42	224,30
1972	141,04	224,28	146,80	12,06	12,32	24,15	331	70,10	12,88	7,54	241,50
1973	163,09	255,26	167,69	13,77	14,18	27,10	399	81,91	14,82	9,34	257,70
1974	190,11	302,34	200,23	17,15	17,12	32,07	509	97,44	16,63	12,24	288,30
1975	210,08	373,59	243,44	23,65	19,94	37,81	631	113,05	17,92	14,89	321,40
1976	221,86	423,39	287,76	27,70	23,96	42,97	820	127,79	18,94	16,42	341,30
1977	235,13	467,28	329,53	30,18	30,08	47,30	1 059	138,74	19,15	18,24	368,00
1978	253,09	520,14	383,68	34,13	36,49	52,00	1 344	154,14	19,77	19,75	403,60
1979	273,54	561,06	436,65	39,61	45,73	56,51	1 639	165,96	20,80	21,49	448,50
1980	298,02	613,89	509,27	49,98	58,06	59,56	2 008	178,70	21,98	23,57	507,10
1981	318,39	663,74	595,03	56,51	75,32	62,02	2 370	195,25	23,88	25,58	561,10
1982	326,44	700,57	701,30	61,64	88,79	64,36	2 784	214,30	25,94	26,80	607,60
1983	336,44	721,52	782,13	67,20	105,14	65,81	3 280	226,89	27,77	28,00	652,30
1984	350,44	755,05	854,30	71,20	119,99	65,62	3 647	237,76	28,93	29,45	700,80
1985	365,72	808,93	910,32	75,27	135,49	66,88	4 152	255,00	30,88	30,68	772,30
1986	382,55	839,30	959,51	80,91	148,34	67,73	4 740	270,66	32,33	32,40	833,00
1987	397,28	844,60	1 004,66	87,05	166,31	69,78	5 452	280,44	33,03	32,97	881,50
1988	412,38	844,69	1 058,40	93,64	186,94	70,20	5 924	288,36	35,41	34,18	918,70
1989	418,82	879,98	1 106,10	101,80	201,37	71,76	6 831	302,88	38,49	36,27	975,20
1990	444,07	927,96	1 170,40	112,93	231,55	74,80	7 756	319,89	42,85	38,81	1 047,40
1991	466,52	994,05	1 237,70	124,21	253,22	77,95	8 808	349,63	46,64	41,23	1 097,40
1992	502,86	1 040,30	1 317,60	132,66	267,87	81,50	9 901	374,95	49,32	43,25	1 125,30
1993	508,48	1 099,70	1 370,40	136,90	279,77	83,07	10 467	399,58	49,73	44,97	1 148,40
	In Preisen von 1991										
1960	189,49	371,47	462,48	67,62	96,23	37,50	1 927	153,12	15,53	12,39	554,40
1961	201,14	378,54	484,65	70,01	100,68	38,56	2 034	155,89	18,18	13,06	582,99
1962	220,19	411,10	507,53	72,16	104,60	39,85	2 169	159,59	19,67	14,04	609,38
1963	233,78	458,60	524,68	74,45	108,86	41,73	2 380	165,93	21,38	15,10	623,45
1964	238,03	477,85	546,50	75,76	112,60	42,45	2 411	174,13	21,95	15,55	638,33
1965	249,67	504,35	564,07	77,95	116,70	43,11	2 496	175,40	22,97	16,03	659,02
1966	257,71	528,20	579,36	80,19	121,33	43,85	2 546	183,51	23,40	16,76	723,54
1967	267,09	558,20	604,01	84,70	126,81	44,90	2 607	190,84	23,77	17,33	776,43
1968	268,58	577,62	637,89	85,12	133,29	45,89	2 656	196,86	24,68	18,14	798,41
1969	280,26	613,89	664,19	83,65	137,21	47,95	2 772	201,26	25,86	18,88	792,83
1970	292,31	632,89	691,98	85,13	143,14	50,84	2 932	207,90	27,15	19,78	773,99
1971	307,16	667,90	719,23	87,72	150,64	53,07	3 058	214,73	28,73	20,83	758,42
1972	320,02	707,24	744,58	91,60	158,25	53,49	3 217	223,56	29,60	21,95	759,11
1973	335,96	745,00	769,71	95,67	162,31	53,91	3 423	230,23	30,53	23,12	748,88
1974	349,47	770,40	779,10	97,40	166,43	55,10	3 741	243,36	31,19	23,86	761,90
1975	362,95	805,10	813,24	102,70	170,52	57,36	3 936	253,03	31,42	25,72	771,32
1976	368,36	834,75	847,05	104,04	174,46	59,72	4 207	263,81	32,36	26,87	766,32
1977	373,22	853,73	867,21	102,28	179,29	61,74	4 371	272,40	32,50	27,97	772,02
1978	387,59	905,30	912,00	104,52	185,59	64,16	4 607	281,39	33,16	29,40	787,01
1979	400,64	927,76	939,54	106,49	191,15	65,95	4 801	289,76	33,68	30,67	801,31
1980	411,07	941,81	963,33	108,34	195,19	66,35	5 003	297,48	34,00	31,69	818,63
1981	418,59	944,29	993,54	108,61	199,60	67,66	5 178	304,09	34,87	33,20	829,10
1982	414,82	931,22	1 030,99	109,56	204,81	68,08	5 451	311,08	35,25	33,88	841,19
1983	415,64	932,09	1 052,58	111,87	211,82	68,88	5 663	317,97	36,61	34,89	864,67
1984	426,01	933,96	1 064,98	112,81	216,65	68,38	5 801	318,66	37,06	35,83	891,52
1985	434,80	956,33	1 089,28	112,73	223,96	69,24	6 119	324,85	38,26	36,44	945,58
1986	445,84	972,73	1 108,18	114,58	229,70	71,70	6 449	330,25	39,68	38,06	994,40
1987	452,71	975,93	1 139,21	115,69	237,61	73,56	7 020	331,57	40,40	38,23	1 024,74
1988	462,33	966,12	1 177,95	116,50	244,34	74,60	7 303	332,66	42,13	39,05	1 030,91
1989	454,88	965,91	1 183,84	118,14	246,38	75,73	7 909	335,28	43,88	39,84	1 051,37
1990	465,03	976,02	1 207,51	121,13	249,33	76,96	8 354	339,27	45,94	40,59	1 084,15
1991	466,52	994,05	1 237,70	124,21	253,22	77,95	8 808	349,63	46,64	41,23	1 097,40
1992	485,32	1 007,36	1 273,59	125,07	255,63	78,97	9 139	358,09	46,57	42,14	1 089,15
1993	479,72	1 020,46	1 286,33	124,50	257,59	78,66	9 281	365,41	45,80	43,49	1 080,89

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 327. — [2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 9*

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	73,58	107,74	62,71	4,23	6,45	11,27	144,00	40,66	9,27	4,64	75,50
1961	83,46	122,34	72,25	4,75	7,38	12,24	172,00	47,35	11,51	6,17	75,00
1962	92,88	134,78	81,31	4,90	8,44	13,00	203,00	49,57	13,44	7,07	81,80
1963	97,71	140,77	94,36	5,14	9,81	13,70	243,00	53,91	15,39	7,93	87,70
1964	111,70	170,48	108,43	6,12	9,94	17,29	293,00	59,92	17,45	9,36	96,70
1965	119,90	185,51	118,74	6,63	9,28	19,04	358,00	67,40	17,47	9,78	108,30
1966	124,17	204,33	130,75	7,06	9,80	21,64	418,00	74,76	17,91	11,56	116,70
1967	114,18	218,85	142,00	7,71	11,20	23,84	476,00	76,03	18,33	14,29	117,60
1968	119,39	219,67	151,21	8,51	12,65	26,95	547,00	78,86	19,20	17,57	130,80
1969	138,90	241,30	173,15	8,83	14,46	27,91	633,00	83,95	21,00	21,44	145,50
1970	172,05	286,18	192,94	9,74	16,53	32,97	701,00	97,18	24,96	26,04	148,10
1971	196,11	304,81	218,27	10,89	17,48	36,42	724,00	116,90	30,13	27,64	167,50
1972	209,17	329,75	244,45	11,94	18,47	38,27	889,00	144,91	34,64	31,52	195,70
1973	219,26	375,58	285,19	14,73	24,06	42,75	1 135,00	154,97	38,21	40,94	225,40
1974	212,71	467,37	336,12	17,50	31,66	46,11	1 471,00	175,72	38,89	46,70	231,50
1975	209,41	511,15	354,31	21,04	34,57	48,70	1 631,00	174,92	33,66	48,14	231,70
1976	225,65	568,73	407,24	24,50	41,78	51,49	1 852,00	188,71	29,23	51,95	269,60
1977	242,43	602,96	439,35	27,04	50,32	60,87	2 256,00	212,91	30,24	55,98	333,50
1978	264,90	647,53	488,44	31,06	57,66	66,56	2 615,00	215,57	32,49	62,15	406,10
1979	301,29	661,10	555,07	36,93	70,77	69,91	2 842,50	231,94	34,59	70,17	467,50
1980	332,08	728,29	645,75	41,56	94,06	73,82	3 368,20	255,46	40,50	75,82	477,10
1981	331,29	642,88	700,53	41,30	110,68	70,47	3 728,80	267,94	44,56	78,91	532,50
1982	323,45	672,12	774,28	44,82	121,74	70,03	4 263,90	262,88	45,30	79,74	519,30
1983	340,81	669,01	809,60	48,62	134,84	72,43	4 685,90	269,55	47,50	78,88	552,20
1984	350,67	709,03	840,36	55,18	152,60	77,49	4 778,90	282,92	49,80	83,25	647,80
1985	355,81	741,29	905,29	60,72	167,59	83,69	5 408,70	304,41	54,20	88,04	690,00
1986	373,48	782,92	977,52	65,03	177,65	89,35	6 296,80	324,01	59,00	91,31	709,00
1987	385,78	834,15	1 054,77	75,05	194,10	91,58	7 518,20	342,11	64,37	99,16	723,00
1988	409,90	983,03	1 188,31	91,12	219,25	97,39	9 083,10	371,17	71,48	111,07	777,40
1989	448,52	1 164,51	1 314,60	104,54	241,02	104,08	10 867,60	405,75	79,86	122,77	798,90
1990	507,78	1 298,05	1 391,40	106,78	265,95	107,94	12 316,30	442,39	84,55	136,73	802,00
1991	563,22	1 302,74	1 424,10	96,53	281,89	110,83	13 126,20	483,33	84,81	143,43	746,50
1992	586,87	1 353,62	1 399,10	92,74	286,71	114,98	12 920,10	507,50	80,38	143,00	785,20
1993	551,80	1 305,49	1 348,70	93,15	266,63	112,55	12 205,70	507,27	77,02	141,26	866,60
	In Preisen von 1991										
1960	267,35	479,37	422,61	41,87	122,68	48,12	2 265,60	149,33	30,34	13,48	308,05
1961	284,65	538,63	468,54	45,96	136,86	51,02	2 671,01	168,12	35,11	16,63	307,54
1962	295,49	570,30	508,32	46,27	150,23	52,75	2 974,90	172,73	38,70	19,00	332,98
1963	299,06	571,14	553,02	46,92	162,37	53,35	3 314,18	178,68	41,53	21,27	356,66
1964	332,68	654,90	610,92	54,68	152,92	63,57	3 812,00	195,80	44,92	24,58	388,13
1965	348,25	681,91	653,64	57,51	140,06	66,94	4 438,52	205,55	43,81	25,71	422,70
1966	352,30	728,46	701,06	58,98	146,12	72,32	5 019,07	223,89	43,45	29,29	437,27
1967	327,61	749,63	743,33	64,14	163,26	78,44	5 322,45	224,35	43,51	34,62	426,08
1968	338,37	740,20	784,43	68,16	180,89	87,19	5 825,92	230,48	44,88	41,69	453,89
1969	370,74	779,67	856,31	67,76	194,91	85,24	6 408,24	241,82	47,59	49,62	475,74
1970	403,91	845,39	895,87	69,47	200,83	91,66	6 627,89	265,11	51,65	57,81	461,85
1971	427,71	829,32	960,86	70,75	194,36	93,06	6 429,05	301,67	56,82	60,36	495,74
1972	439,17	857,47	1 018,74	70,60	196,60	90,92	7 341,98	338,27	59,77	66,21	555,33
1973	437,95	917,69	1 105,02	75,20	213,35	94,73	8 296,44	339,45	61,67	73,92	603,68
1974	395,26	981,37	1 119,20	73,38	217,55	90,94	8 810,82	352,92	58,86	67,76	558,05
1975	374,05	963,04	1 047,01	71,92	202,08	86,97	8 414,33	335,45	51,07	67,12	492,04
1976	387,44	1 001,50	1 081,20	73,12	201,32	85,08	8 347,01	348,25	45,83	68,94	539,61
1977	401,21	1 001,92	1 061,55	71,82	204,66	93,37	8 271,89	365,98	46,48	70,84	617,01
1978	417,59	1 029,62	1 083,78	73,98	205,91	95,69	8 048,55	351,09	49,06	76,37	683,67
1979	445,41	1 001,60	1 117,80	76,05	217,09	94,10	7 694,41	363,40	51,54	81,11	715,03
1980	455,19	1 047,65	1 147,10	71,96	235,62	93,24	7 748,27	374,25	56,60	81,12	656,78
1981	432,51	878,94	1 125,44	65,07	228,26	83,52	7 552,74	369,09	58,12	83,06	660,98
1982	409,10	863,89	1 110,01	68,60	217,56	80,09	7 712,57	338,95	56,64	82,94	608,10
1983	421,85	825,88	1 070,43	72,05	216,26	81,71	7 529,72	337,02	58,96	82,14	648,47
1984	422,44	840,28	1 042,61	78,49	224,03	86,01	7 008,24	344,13	61,40	85,97	751,40
1985	420,35	846,30	1 076,38	81,80	225,48	91,81	7 433,87	361,35	64,65	90,53	788,81
1986	434,29	883,70	1 124,75	83,92	230,47	98,13	8 169,78	374,65	69,75	94,84	791,75
1987	442,24	933,26	1 179,10	92,52	242,00	99,01	9 316,98	386,33	74,94	103,91	787,91
1988	461,77	1 076,75	1 292,23	105,02	258,81	103,48	10 611,32	409,68	80,14	116,30	821,04
1989	490,66	1 221,46	1 393,93	110,81	269,97	108,59	12 053,07	434,95	84,76	127,09	821,91
1990	532,35	1 325,13	1 433,60	107,07	280,15	110,34	12 906,77	459,90	86,94	138,33	807,64
1991	563,22	1 302,74	1 424,10	96,53	281,89	110,83	13 126,20	483,33	84,81	143,43	746,50
1992	564,96	1 308,51	1 387,96	95,26	276,22	112,02	12 612,12	496,52	80,55	142,29	787,80
1993	518,03	1 211,57	1 316,83	95,60	245,64	108,81	11 317,52	486,84	78,07	140,40	876,84

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 327. — [2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])[4])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten[3])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	60,68	213,90	43,58	5,16	2,83	20,65	61	39,51	10,96	1,77	25,3
1961	63,20	234,80	45,97	5,39	3,22	20,78	68	43,28	12,07	1,86	26,0
1962	66,26	261,20	47,32	5,53	3,59	22,03	80	47,71	13,22	2,15	27,4
1963	72,03	288,70	52,07	5,88	3,96	23,97	88	51,90	14,41	2,35	29,4
1964	79,86	329,20	57,95	6,20	4,59	27,32	113	56,21	15,94	2,89	33,6
1965	87,19	354,00	65,30	6,61	5,48	30,06	122	61,90	17,49	3,56	35,4
1966	98,42	395,30	71,01	7,17	6,09	31,85	154	67,26	19,21	4,17	38,9
1967	106,41	414,20	75,88	7,39	6,70	33,96	168	71,52	20,50	4,47	41,4
1968	120,21	465,50	82,65	8,98	7,76	38,04	235	78,80	23,17	5,53	45,3
1969	137,34	561,60	100,23	10,09	8,95	44,71	287	95,02	26,63	6,82	49,3
1970	152,93	654,50	125,43	11,51	10,06	52,90	348	116,75	29,71	7,93	57,0
1971	166,96	698,70	145,21	12,92	11,23	60,38	422	128,64	32,06	9,45	59,3
1972	181,86	789,10	165,14	13,62	12,76	67,60	507	146,44	35,77	9,78	66,2
1973	214,05	975,80	198,57	17,07	15,36	81,23	611	165,89	40,23	11,29	91,8
1974	275,91	1 260,20	269,64	22,88	23,03	105,05	740	204,21	45,91	18,26	124,3
1975	269,55	1 220,10	279,80	26,86	26,44	106,87	816	209,02	44,03	18,98	136,3
1976	306,54	1 456,90	332,95	35,09	36,14	125,19	997	236,29	47,70	22,58	148,9
1977	324,53	1 543,70	392,89	43,30	45,88	127,39	1 334	256,94	53,45	24,31	158,8
1978	341,20	1 597,40	445,46	47,48	54,18	129,92	1 710	280,76	53,23	22,73	186,1
1979	374,59	1 863,90	526,94	54,90	68,36	151,08	1 975	327,69	56,02	25,63	228,9
1980	420,66	2 170,20	604,42	62,62	77,26	172,27	2 387	366,24	62,58	32,89	279,2
1981	481,70	2 439,00	714,28	67,43	100,00	199,37	3 042	404,51	69,10	37,98	303,0
1982	517,69	2 794,30	790,35	72,69	114,19	207,14	3 631	431,24	69,55	39,39	282,6
1983	522,24	3 078,90	900,66	79,88	126,87	214,13	4 667	449,69	71,76	39,27	276,7
1984	585,80	3 505,20	1 053,33	91,63	150,69	242,18	5 865	497,65	80,55	45,07	302,4
1985	644,66	3 644,90	1 123,93	102,04	169,00	258,72	6 407	549,13	89,02	46,31	302,0
1986	637,02	3 522,90	1 074,10	97,89	167,19	221,95	6 417	522,97	89,12	38,09	319,2
1987	637,52	3 608,80	1 101,30	106,40	176,39	219,26	6 996	527,05	90,53	36,21	364,0
1988	687,87	4 028,80	1 221,30	107,27	193,82	240,25	7 575	587,54	97,99	37,48	444,2
1989	788,29	4 629,80	1 411,10	121,49	226,60	267,67	8 150	664,27	110,51	42,35	508,0
1990	884,39	4 738,80	1 468,00	133,28	249,20	279,75	8 555	724,31	115,05	45,92	557,1
1991	998,32	4 846,60	1 534,10	134,15	257,04	294,42	9 409	770,41	116,72	46,81	601,1
1992	1 062,42	4 873,00	1 621,10	140,25	274,23	294,43	10 358	805,62	122,17	47,41	638,1
1993	1 043,26	4 889,22	1 603,70	157,96	333,19	289,21	12 044	803,37	125,00	44,24	659,1
	In Preisen von 1991										
1960	149,18	770,48	216,80	38,06	29,91	49,31	844	99,97	28,36	2,42	98,0
1961	155,77	841,10	227,89	39,29	34,71	50,46	911	105,61	30,63	2,54	99,5
1962	159,63	926,23	231,92	39,92	38,61	53,61	1 027	115,99	32,54	2,98	105,3
1963	171,27	1 002,54	248,29	41,85	41,42	56,82	1 067	124,27	34,23	3,19	112,8
1964	184,47	1 097,07	266,31	43,26	46,56	63,24	1 339	131,10	36,42	3,88	127,9
1965	195,53	1 163,70	295,54	45,09	56,03	68,02	1 429	139,66	39,17	4,80	130,8
1966	214,80	1 253,10	314,27	47,46	62,30	71,58	1 651	148,37	41,20	5,62	139,3
1967	231,38	1 306,63	340,26	47,73	67,69	76,32	1 575	154,85	42,61	6,00	144,0
1968	260,73	1 466,08	378,29	53,70	78,27	86,07	1 865	167,36	46,85	7,43	155,3
1969	286,15	1 690,73	439,17	58,98	87,88	98,94	2 159	195,88	53,07	8,97	163,7
1970	311,16	1 863,56	510,80	62,09	93,12	110,67	2 547	229,55	56,70	10,55	178,7
1971	325,11	1 948,16	558,03	66,39	99,78	122,46	2 908	244,26	58,95	12,23	179,4
1972	345,75	2 163,58	625,15	67,13	108,93	134,65	3 298	269,05	62,69	12,74	192,5
1973	380,75	2 469,88	692,39	75,12	113,75	150,94	3 628	283,68	67,48	13,41	233,0
1974	425,16	2 562,64	753,66	80,62	121,61	154,85	3 592	314,06	67,94	16,51	259,6
1975	398,68	2 352,03	740,94	78,33	123,36	149,99	3 577	306,53	63,60	16,35	258,0
1976	437,71	2 654,53	801,52	85,46	136,53	164,81	3 756	340,43	69,49	19,07	269,6
1977	454,26	2 713,60	860,56	91,34	149,85	161,89	4 211	354,84	76,19	21,30	273,5
1978	469,74	2 775,29	911,36	93,05	162,89	167,24	4 661	380,86	78,92	21,24	299,3
1979	491,74	2 970,88	979,35	96,55	176,39	179,61	4 922	425,26	80,84	22,16	325,2
1980	519,78	3 045,27	1 005,81	96,33	160,95	182,31	5 035	447,37	84,93	25,92	355,1
1981	563,43	3 121,81	1 042,79	95,61	173,74	185,12	5 450	469,18	89,01	29,17	361,3
1982	584,80	3 162,32	1 025,19	96,41	169,50	184,98	5 719	481,85	86,47	29,45	328,7
1983	578,19	3 249,61	1 063,01	98,13	173,46	191,38	6 289	497,21	87,39	30,85	316,8
1984	628,14	3 427,42	1 137,37	104,55	188,22	205,28	7 024	527,49	92,94	35,41	338,7
1985	672,72	3 465,84	1 159,05	110,79	194,33	216,14	7 211	563,85	100,66	37,34	342,6
1986	673,70	3 656,30	1 142,25	115,75	199,11	220,09	7 344	548,57	101,03	35,51	365,1
1987	680,20	3 895,16	1 177,13	122,40	208,48	228,02	7 809	561,59	102,73	35,54	403,3
1988	720,51	4 227,39	1 272,28	123,00	219,77	248,49	8 205	612,25	108,69	38,04	467,1
1989	804,20	4 537,66	1 402,14	128,72	239,01	265,02	8 451	675,18	114,12	41,48	522,6
1990	899,25	4 726,22	1 477,24	135,15	255,73	279,16	8 723	729,66	117,57	44,51	565,5
1991	998,32	4 846,60	1 534,10	134,15	257,04	294,42	9 409	770,41	116,72	46,81	601,1
1992	1 047,25	4 922,21	1 645,32	138,34	269,96	301,62	10 041	791,71	120,64	49,23	641,2
1993	1 016,23	4 755,34	1 637,94	142,48	297,08	303,55	10 924	778,32	122,20	49,74	667,5

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 327. — [2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt. — [4]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

noch Tabelle 10*

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])[4])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten[3])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	52,75	218,80	37,36	5,55	3,25	19,77	51	40,76	11,06	1,71	22,8
1961	56,07	240,60	40,01	5,51	3,61	20,64	73	42,82	13,33	2,20	22,7
1962	61,96	262,40	43,87	5,61	4,17	21,81	101	45,09	14,89	2,15	25,0
1963	66,42	296,60	50,60	6,03	5,18	24,24	127	49,83	16,05	2,61	26,1
1964	73,96	333,20	58,75	6,82	5,00	28,51	147	56,19	17,80	3,04	28,1
1965	86,86	355,70	60,94	6,97	5,13	30,40	195	63,32	18,01	3,20	31,5
1966	91,00	403,40	69,51	7,26	5,96	32,77	235	71,09	19,16	3,67	37,1
1967	89,07	411,90	74,27	7,85	6,81	34,61	233	73,77	20,13	4,47	39,9
1968	100,47	462,70	82,92	9,38	7,23	38,01	279	79,58	21,98	5,09	46,6
1969	119,76	551,20	103,96	9,93	8,74	44,75	333	91,01	25,61	5,99	50,5
1970	138,80	623,70	121,24	11,10	10,49	54,80	374	113,07	31,25	6,99	55,8
1971	152,88	668,30	135,61	12,16	11,30	60,58	397	125,66	33,65	7,25	62,3
1972	163,73	735,30	154,88	13,74	13,00	63,21	500	143,71	36,82	7,65	74,2
1973	185,57	937,20	188,73	18,95	18,12	75,51	644	163,89	41,67	11,26	91,2
1974	232,38	1 248,10	282,71	27,15	29,09	99,28	988	206,29	48,65	19,26	127,5
1975	238,43	1 211,00	262,25	28,80	27,89	99,34	1 047	204,81	40,03	18,92	122,7
1976	277,80	1 446,00	345,44	36,64	39,85	116,39	1 320	247,34	43,01	21,25	151,1
1977	295,61	1 561,80	390,53	42,38	46,55	123,66	1 522	278,40	49,69	21,27	182,4
1978	302,96	1 620,90	416,41	45,37	52,48	129,32	1 621	280,43	49,53	19,17	212,3
1979	359,93	1 923,50	512,12	54,35	70,27	152,09	1 936	331,59	56,83	27,63	252,7
1980	422,15	2 257,80	638,79	57,61	93,52	173,38	2 743	385,66	68,59	35,04	293,9
1981	464,75	2 497,00	744,75	60,39	115,29	186,60	3 397	418,47	70,92	35,93	317,7
1982	477,34	2 833,50	859,54	67,76	128,56	191,06	4 010	412,44	68,66	37,34	303,2
1983	481,57	3 004,30	907,39	77,59	132,93	199,19	4 861	433,93	71,85	34,26	328,1
1984	530,13	3 429,00	1 024,97	92,76	163,87	221,07	5 329	495,72	81,16	36,87	405,1
1985	569,47	3 525,90	1 092,62	98,99	184,29	238,30	5 860	546,81	88,07	35,53	417,6
1986	526,30	3 327,20	1 021,79	101,22	163,57	205,44	5 730	509,80	86,38	24,79	451,7
1987	525,04	3 452,30	1 094,35	111,74	179,44	207,56	6 935	519,83	88,42	25,19	507,1
1988	566,14	3 826,00	1 217,60	124,80	199,78	222,38	8 023	578,65	96,79	29,07	552,2
1989	643,49	4 436,40	1 403,10	142,81	233,86	248,76	9 621	649,42	111,08	36,77	587,7
1990	719,84	4 564,90	1 469,80	148,29	254,55	255,83	10 251	701,96	113,42	42,87	628,5
1991	829,26	4 657,40	1 511,40	140,78	262,50	267,79	11 138	752,99	112,13	38,53	620,9
1992	866,08	4 668,20	1 527,70	149,46	278,62	269,28	12 034	779,58	110,19	36,18	668,4
1993	838,12	4 716,41	1 446,70	166,44	289,48	263,02	12 493	779,38	107,83	33,33	724,3
	In Preisen von 1991										
1960	117,19	817,53	204,03	40,50	36,28	47,11	482	102,94	21,65	3,54	106,2
1961	127,85	876,37	218,18	40,22	41,34	50,13	675	105,79	25,96	4,47	105,3
1962	140,46	948,29	232,83	41,06	47,61	53,36	908	110,72	28,67	4,42	116,5
1963	146,69	1 030,31	265,62	42,77	58,05	58,60	1 121	121,30	30,06	5,28	118,9
1964	160,32	1 121,54	307,33	47,25	54,22	67,31	1 268	134,49	32,66	6,00	124,7
1965	182,54	1 195,24	313,39	47,66	55,28	71,42	1 685	148,63	32,68	6,34	137,5
1966	187,58	1 313,82	348,09	48,82	63,17	76,45	2 011	164,23	33,83	7,12	158,7
1967	185,94	1 334,62	378,56	52,19	71,75	81,30	1 946	169,02	35,20	8,73	169,8
1968	206,59	1 490,93	428,73	56,16	75,76	91,89	2 104	181,10	38,13	9,79	196,3
1969	242,30	1 721,84	524,81	58,00	90,42	104,88	2 440	198,30	43,06	11,14	209,0
1970	293,46	1 853,49	563,60	60,82	104,81	120,28	2 622	229,82	49,04	13,65	217,0
1971	318,49	1 920,72	599,25	64,03	107,30	127,64	2 641	244,27	52,08	14,61	229,5
1972	334,39	2 105,14	678,60	70,34	117,78	133,75	3 283	273,94	55,89	16,15	254,3
1973	351,10	2 494,82	775,27	78,39	128,77	148,46	3 831	300,11	59,51	20,08	270,0
1974	357,78	2 605,45	790,17	79,20	131,59	147,21	4 137	320,83	58,93	20,91	263,4
1975	358,17	2 370,35	713,62	73,94	114,98	141,23	4 100	305,92	49,88	18,77	231,7
1976	392,94	2 660,69	838,01	77,51	131,08	155,52	4 502	359,20	56,39	20,02	275,8
1977	411,08	2 788,01	838,96	78,71	133,31	160,01	4 254	381,35	61,61	20,84	303,4
1978	427,05	2 861,66	863,96	82,05	139,70	170,10	4 212	381,72	68,35	22,28	331,5
1979	468,46	3 118,60	951,36	89,95	156,02	180,30	4 692	426,29	73,03	25,15	335,9
1980	489,23	3 105,32	975,03	86,69	160,59	179,58	4 847	452,74	78,28	23,20	320,2
1981	485,76	3 012,95	954,80	84,27	158,73	169,06	4 644	449,30	77,27	23,30	335,9
1982	485,72	3 017,45	979,47	88,38	158,27	170,81	4 865	434,30	75,25	22,72	335,9
1983	483,39	2 979,46	953,29	94,20	156,10	177,41	4 850	458,36	78,58	22,04	377,8
1984	507,07	3 151,24	978,82	103,55	175,29	186,24	4 763	503,75	84,18	24,34	472,4
1985	531,01	3 174,47	1 023,34	106,23	182,18	198,36	5 139	534,88	88,45	24,00	502,2
1986	549,48	3 415,13	1 096,45	113,55	187,46	205,38	5 880	528,63	94,69	24,58	535,4
1987	572,55	3 716,20	1 181,02	122,39	204,59	213,93	7 063	553,31	99,90	26,50	560,1
1988	606,78	4 011,95	1 282,27	137,80	218,43	230,20	8 082	605,15	105,17	31,45	580,7
1989	657,07	4 365,87	1 385,95	148,00	234,95	245,72	9 478	656,78	110,80	36,98	602,5
1990	737,76	4 547,02	1 470,84	148,67	253,85	256,04	10 217	708,16	114,02	40,16	624,2
1991	829,26	4 657,40	1 511,40	140,78	262,50	267,79	11 138	752,99	112,13	38,53	620,9
1992	876,48	4 782,68	1 563,54	149,52	274,62	274,62	11 870	774,10	107,91	38,36	675,1
1993	851,01	4 571,77	1 514,29	153,80	254,66	272,98	11 488	775,44	106,82	39,57	747,0

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 327. — [2]) Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt. — [4]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 11 *

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern

Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Salden der Handelsbilanz [2]						
1965	+ 1,30	+ 0,33	+ 0,68	– 0,73	+ 0,65	– 0,60	– 1,76	– 0,47	– 0,47	+ 1,90	+ 4,95
1966	+ 2,96	+ 0,04	+ 0,06	– 0,30	+ 0,34	– 0,71	– 1,99	– 0,59	– 0,37	+ 2,28	+ 3,82
1967	+ 5,27	+ 0,23	+ 0,33	– 1,64	– 0,02	– 0,59	– 1,78	– 0,46	– 0,32	+ 1,16	+ 3,80
1968	+ 5,69	+ 0,33	+ 0,09	– 1,70	+ 1,05	– 0,35	– 1,58	– 0,45	– 0,16	+ 2,53	+ 0,64
1969	+ 5,18	+ 0,57	– 0,83	– 0,50	+ 0,54	– 0,42	– 1,87	– 0,33	– 0,25	+ 3,70	+ 0,61
1970	+ 5,69	+ 0,55	+ 0,33	– 0,03	– 0,38	– 0,91	– 1,87	– 0,68	– 0,86	+ 3,96	+ 2,60
1971	+ 6,73	+ 0,38	+ 1,10	+ 0,51	+ 0,12	– 0,64	– 1,60	– 0,93	– 1,01	+ 7,79	– 2,26
1972	+ 8,48	+ 0,89	+ 1,27	– 1,85	+ 0,06	+ 0,44	– 2,32	– 1,13	– 1,09	+ 8,97	– 6,42
1973	+15,43	+ 0,98	+ 0,50	– 6,29	– 3,98	+ 0,95	– 3,55	– 1,56	– 1,46	+ 3,69	+ 0,91
1974	+22,54	+ 0,30	– 4,40	–12,24	– 8,49	+ 0,59	– 7,05	– 1,31	– 1,79	+ 1,44	– 5,51
1975	+17,69	– 0,42	+ 1,45	– 7,21	– 1,17	+ 0,90	– 7,39	– 1,95	+ 0,32	+ 5,03	+ 8,91
1976	+16,45	– 0,76	– 4,67	– 7,11	– 4,24	+ 1,34	– 7,33	– 2,56	+ 0,57	+ 9,89	– 9,49
1977	+19,59	– 2,36	– 2,84	– 4,05	– 0,13	– 0,24	– 6,14	– 3,81	+ 0,19	+ 17,31	– 31,10
1978	+24,86	– 2,47	+ 0,75	– 3,05	+ 2,90	– 1,47	– 4,09	– 3,28	+ 0,65	+ 24,60	– 33,93
1979	+17,06	– 4,13	– 2,10	– 7,08	– 0,95	– 1,40	– 5,66	– 4,26	– 1,68	+ 1,84	– 27,57
1980	+10,15	– 5,00	–13,03	+ 3,15	–16,92	– 1,41	–11,69	– 6,28	– 4,96	+ 2,12	– 25,50
1981	+17,44	– 4,06	–10,12	+ 6,53	–11,66	+ 3,80	–10,04	– 4,51	– 2,48	+ 19,97	– 28,02
1982	+26,10	– 2,89	–15,54	+ 3,34	– 8,84	+ 4,81	– 9,26	– 3,10	– 1,31	+ 18,08	– 36,49
1983	+22,34	– 1,22	– 8,21	– 2,33	– 2,44	+ 4,31	– 7,59	– 3,37	– 2,26	+ 31,45	– 67,10
1984	+23,10	– 0,84	– 4,11	– 7,10	– 5,84	+ 5,52	– 4,28	– 3,26	– 2,30	+ 44,26	–112,49
1985	+28,77	– 0,19	– 5,36	– 4,29	– 6,25	+ 5,38	– 4,19	– 2,65	– 1,97	+ 55,99	–122,17
1986	+56,14	+ 1,15	– 2,76	–14,01	+ 4,21	+ 7,20	– 6,45	– 3,46	– 1,99	+ 92,83	–145,08
1987	+70,53	+ 0,79	– 9,24	–18,94	– 0,30	+ 5,15	–12,83	– 4,21	– 3,10	+ 96,39	–159,56
1988	+79,92	+ 1,88	– 8,46	–38,21	– 1,15	+ 8,46	–18,00	– 4,60	– 3,19	+ 95,01	–126,96
1989	+77,87	+ 1,15	–10,07	–40,37	– 2,16	+ 8,11	–24,56	– 4,99	– 4,12	+ 76,92	–115,25
1990	+72,38	+ 0,77	–12,92	–33,41	+ 0,36	+10,21	–29,50	– 5,89	– 3,24	+ 63,53	–109,03
1991	+23,82	+ 0,47	– 8,82	–18,14	– 0,75	+10,65	–30,81	– 7,63	– 2,14	+103,04	– 73,80
1992	+32,01	+ 2,70	+ 2,80	–23,53	+ 3,10	+11,40	–30,85	– 7,73	+ 2,74	+132,35	– 96,14
1993	+43,40	+ 5,30	+ 9,40	–20,54	+32,50	+13,10	–16,06	– 6,70	+ 5,04	+141,43	–132,60
					Salden der Leistungsbilanz						
1965	– 1,56	+ 0,40	+ 0,35	– 0,22	+ 2,21	+ 0,05	– 0,49	– 0,04	– 0,07	+ 0,93	+ 5,43
1966	+ 0,12	+ 0,06	– 0,26	+ 0,36	+ 2,12	– 0,21	– 0,56	– 0,19	+ 0,12	+ 1,25	+ 3,03
1967	+ 2,51	+ 0,30	+ 0,21	– 0,77	+ 1,61	– 0,07	– 0,46	– 0,12	+ 0,24	– 0,19	+ 2,58
1968	+ 2,97	+ 0,40	– 0,86	– 0,63	+ 2,63	+ 0,07	– 0,24	– 0,10	+ 0,54	+ 1,05	+ 0,61
1969	+ 1,91	+ 0,43	– 1,48	+ 1,15	+ 2,34	+ 0,08	– 0,39	+ 0,09	+ 0,53	+ 2,12	+ 0,40
1970	+ 0,87	+ 0,69	+ 0,07	+ 1,96	+ 0,81	– 0,49	+ 0,01	– 0,08	+ 0,07	+ 1,97	+ 2,33
1971	+ 0,96	+ 0,66	+ 0,53	+ 2,72	+ 1,62	– 0,11	+ 0,86	– 0,09	+ 0,08	+ 5,80	– 1,43
1972	+ 1,20	+ 1,31	+ 0,28	+ 0,50	+ 2,03	+ 1,37	+ 0,57	– 0,16	+ 0,22	+ 6,63	– 5,80
1973	+ 5,02	+ 1,33	+ 1,47	– 2,45	– 2,57	+ 2,41	+ 0,56	– 0,29	+ 0,27	– 0,14	+ 7,15
1974	+10,55	+ 0,76	– 3,90	– 7,48	– 8,02	+ 2,29	– 3,24	– 0,21	+ 0,19	– 4,70	+ 1,96
1975	+ 4,33	+ 0,16	+ 2,67	– 3,33	– 0,54	+ 2,13	– 3,49	– 0,23	+ 2,57	– 0,68	+ 18,13
1976	+ 3,70	+ 0,39	– 3,42	– 1,69	– 2,61	+ 2,66	– 4,30	– 1,10	+ 3,37	+ 3,68	+ 4,21
1977	+ 4,01	– 0,55	– 0,43	– 0,26	+ 2,67	+ 0,61	– 1,90	– 2,18	+ 3,48	+ 10,92	– 14,51
1978	+ 8,90	– 0,84	+ 7,00	+ 2,15	+ 6,36	– 1,60	+ 1,57	– 0,69	+ 4,41	+ 16,54	– 15,14
1979	– 5,41	– 3,06	+ 5,19	– 0,96	+ 5,98	– 2,28	+ 1,13	– 1,12	+ 2,42	– 8,75	– 0,29
1980	–13,83	– 4,94	– 4,17	+ 6,61	– 9,71	– 2,90	– 5,12	– 1,65	– 0,55	– 10,75	+ 2,32
1981	– 3,55	– 4,19	– 4,72	+13,56	– 8,93	+ 2,71	– 4,82	– 1,35	+ 2,79	+ 4,77	+ 5,03
1982	+ 5,11	– 2,41	–12,24	+ 8,12	– 5,66	+ 4,23	– 4,24	+ 0,70	+ 4,05	+ 6,85	– 11,44
1983	+ 5,30	– 0,43	– 4,80	+ 5,35	+ 1,73	+ 3,92	– 2,54	+ 0,24	+ 3,85	+ 20,80	– 43,62
1984	+ 9,81	– 0,04	– 1,18	+ 1,97	– 2,30	+ 4,87	+ 2,04	– 0,20	+ 4,37	+ 35,01	– 98,82
1985	+16,42	+ 0,69	– 0,33	+ 2,87	– 3,59	+ 5,06	+ 2,74	– 0,10	+ 5,04	+ 49,17	–121,73
1986	+39,50	+ 3,10	+ 1,84	– 1,28	+ 2,44	+ 4,86	+ 3,93	+ 0,22	+ 6,87	+ 85,84	–150,21
1987	+45,88	+ 2,77	– 4,99	– 8,15	– 1,59	+ 2,87	– 0,07	– 0,20	+ 7,56	+ 87,01	–167,31
1988	+50,64	+ 3,53	– 4,84	–29,56	– 5,86	+ 5,04	– 3,69	– 0,24	+ 9,05	+ 79,63	–127,17
1989	+57,51	+ 3,55	– 5,60	–36,82	–11,04	+ 7,96	–10,94	+ 0,25	+ 7,02	+ 57,16	–101,62
1990	+46,85	+ 3,70	–15,32	–32,45	–14,84	+10,11	–16,87	+ 1,20	+ 8,64	+ 35,76	– 91,85
1991	–19,44	+ 4,80	– 6,68	–13,50	–21,44	+ 7,61	–16,71	+ 0,07	+10,57	+ 72,90	– 8,30
1992	–22,02	+ 6,80	+ 4,60	–18,50	–27,80	+ 6,76	–18,35	– 0,20	+15,05	+117,55	– 67,90
1993	–20,10	+12,00	+10,30	–16,30	+11,40	+10,10	– 5,70	– 0,70	+18,63	+131,35	–103,90

[1] Bis Juni 1990: Früheres Bundesgebiet, danach Deutschland.
[2] Ausfuhr und Einfuhr: fob (free on board).

Quelle: OECD

Tabelle 12*

Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)

Währungseinheiten für 1 ECU[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	63,37	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	64,04	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	65,11	27,865	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	72,02	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	71,55	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	71,36	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	72,57	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	72,00	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	71,81	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	68,82	22,295	3,553	347,48	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,55	3,135	70,27	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,166	5,345	0,6216	930,15	2,955	74,74	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1 006,79	2,800	86,82	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1 080,22	2,754	97,42	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,163	5,829	0,6464	1 138,44	2,749	91,99	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1 189,21	2,760	99,70	17,969	2,328	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1 263,18	2,775	102,68	17,715	2,187	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1 323,78	2,614	107,56	16,699	1,986	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1 349,92	2,537	127,50	15,969	1,868	211,35	0,890
1984	2,238	45,442	6,872	0,5906	1 381,38	2,523	126,57	15,735	1,848	187,09	0,789
1985	2,226	44,914	6,795	0,5890	1 447,99	2,511	129,14	15,643	1,856	180,56	0,763
1986	2,128	43,798	6,800	0,6715	1 461,88	2,401	137,46	14,964	1,761	165,00	0,984
1987	2,072	43,041	6,929	0,7046	1 494,91	2,334	142,17	14,545	1,718	166,60	1,154
1988	2,074	43,429	7,036	0,6644	1 537,33	2,335	137,60	14,586	1,728	151,46	1,182
1989	2,070	43,381	7,024	0,6733	1 510,47	2,335	130,41	14,569	1,800	151,94	1,102
1990	2,052	42,426	6,914	0,7139	1 521,98	2,312	129,41	14,440	1,762	183,68	1,273
1991	2,051	42,223	6,973	0,7010	1 533,24	2,311	128,47	14,431	1,772	166,49	1,239
1992	2,020	41,593	6,848	0,7377	1 595,51	2,275	132,53	14,217	1,818	164,21	1,298
1993	1,936	40,471	6,634	0,7800	1 841,23	2,175	149,12	13,624	1,730	130,15	1,171
1994 Jan	1,942	40,358	6,596	0,7464	1 894,30	2,174	159,46	13,648	1,639	124,10	1,114
Feb	1,941	40,000	6,595	0,7556	1 884,77	2,176	157,85	13,645	1,629	118,80	1,118
Mär	1,931	39,798	6,582	0,7655	1 904,10	2,170	158,48	13,586	1,632	120,00	1,142
Apr	1,935	39,832	6,628	0,7681	1 851,43	2,173	157,33	13,609	1,639	117,76	1,139
Mai	1,931	39,740	6,611	0,7743	1 857,15	2,167	158,99	13,580	1,646	120,75	1,164
Jun	1,928	39,693	6,588	0,7760	1 885,51	2,161	159,02	13,563	1,627	121,44	1,183
Jul	1,918	39,532	6,573	0,7905	1 911,34	2,152	158,23	13,495	1,618	120,45	1,222
Aug	1,914	39,430	6,557	0,7932	1 936,17	2,149	158,83	13,465	1,612	122,17	1,223
Sep	1,916	39,441	6,555	0,7902	1 936,25	2,148	159,05	13,487	1,596	122,09	1,235

[1]) Die vor 1981 ausgewiesenen Werte beziehen sich auf die Europäische Rechnungseinheit (ERE). Zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Devisenkursstatistik".

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 13*

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Niederlande	Belgien[2]	Irland[3]	Dänemark	Portugal[2]	Großbritannien und Nordirland[2]	Spanien[4]	Italien[5]
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir£	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1985	88,664	4,957	3,113	27,766	1,717	3,785	1,728	1,5394
1986	88,639	4,859	2,906	26,815	1,451	3,184	1,549	1,4557
1987	88,744	4,813	2,671	26,275	1,275	2,941	1,457	1,3862
1988	88,850	4,777	2,675	26,089	1,219	3,124	1,508	1,3495
1989	88,648	4,772	2,665	25,717	1,194	3,081	1,588	1,3707
1990	88,755	4,837	2,673	26,120	1,133	2,877	1,586	1,3487
1991	88,742	4,857	2,671	25,932	1,149	2,926	1,597	1,3377
1992	88,814	4,857	2,656	25,869	1,157	2,753	1,529	1,2720
1993	89,017	4,785	2,423	25,508	1,031	2,483	1,303	1,0526
1989 1. Vj.	88,599	4,773	2,671	25,728	1,216	3,233	1,601	1,3637
2. Vj.	88,710	4,777	2,671	25,693	1,207	3,142	1,591	1,3726
3. Vj.	88,689	4,778	2,669	25,735	1,195	3,071	1,596	1,3879
4. Vj.	88,593	4,761	2,649	25,712	1,158	2,873	1,563	1,3570
1990 1. Vj.	88,732	4,792	2,654	25,946	1,134	2,802	1,550	1,3480
2. Vj.	88,870	4,849	2,681	26,246	1,134	2,811	1,599	1,3617
3. Vj.	88,746	4,862	2,683	26,205	1,133	2,966	1,615	1,3539
4. Vj.	88,673	4,846	2,673	26,081	1,133	2,922	1,580	1,3305
1991 1. Vj.	88,718	4,855	2,665	26,003	1,135	2,919	1,598	1,3345
2. Vj.	88,761	4,861	2,675	26,071	1,148	2,960	1,614	1,3473
3. Vj.	88,748	4,857	2,674	25,878	1,164	2,936	1,598	1,3395
4. Vj.	88,743	4,855	2,669	25,779	1,146	2,884	1,579	1,3294
1992 1. Vj.	88,834	4,858	2,666	25,780	1,159	2,866	1,585	1,3296
2. Vj.	88,813	4,860	2,669	25,890	1,192	2,916	1,593	1,3265
3. Vj.	88,722	4,853	2,653	25,906	1,159	2,787	1,538	1,2928
4. Vj.	88,894	4,859	2,635	25,902	1,120	2,444	1,400	1,1389
1993 1. Vj.	88,913	4,854	2,501	25,996	1,097	2,414	1,402	1,0592
2. Vj.	89,095	4,863	2,439	26,058	1,063	2,484	1,337	1,0761
3. Vj.	88,949	4,737	2,370	24,918	0,994	2,523	1,246	1,0581
4. Vj.	89,116	4,693	2,387	25,113	0,975	2,509	1,233	1,0188
1994 1. Vj.	89,160	4,8385	2,4625	25,635	0,9838	2,5643	1,2221	1,0232
2. Vj.	89,127	4,8576	2,4382	25,521	0,9707	2,4983	1,2190	1,0355
3. Vj.	89,139	4,8548	2,3920	25,373	0,9779	2,4216	1,2073	0,9938

[1]) Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Devisenkursstatistik".
[2]) Ab 1994 Notierung mit vier Stellen hinter dem Komma.
[3]) Erstmalige Notierung am 13. März 1979. Ab 1994 Notierung mit vier Stellen hinter dem Komma.

Tabelle 13*

der Frankfurter Börse
kurse in DM[1])
Auszahlung

Kanada	Vereinigte Staaten	Norwegen	Frankreich	Schweden	Japan[6])	Österreich	Schweiz	Zeitraum
1 kan$	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
2,1577	2,9424	34,210	32,764	34,160	1,2338	14,230	120,016	1985
1,5619	2,1708	29,379	31,311	30,449	1,2915	14,223	120,918	1986
1,3565	1,7982	26,687	29,900	28,341	1,2436	14,217	120,588	1987
1,4307	1,7584	26,942	29,482	28,650	1,3707	14,222	120,060	1988
1,5889	1,8813	27,230	29,473	29,169	1,3658	14,209	115,042	1989
1,3845	1,6161	25,817	29,680	27,289	1,1183	14,212	116,501	1990
1,4501	1,6612	25,580	29,409	27,421	1,2346	14,211	115,740	1991
1,2917	1,5595	25,143	29,500	26,912	1,2313	14,211	111,198	1992
1,2823	1,6544	23,303	29,189	21,248	1,4945	14,214	111,949	1993
1,5525	1,8493	27,494	29,403	29,278	1,4411	14,219	117,117	1989 1. Vj.
1,6207	1,9339	27,599	29,539	29,549	1,4013	14,210	114,031	2. Vj.
1,6276	1,9242	27,340	29,566	29,435	1,3521	14,207	115,936	3. Vj.
1,5510	1,8128	26,464	29,380	28,372	1,2669	14,203	112,822	4. Vj.
1,4298	1,6908	25,878	29,482	27,525	1,1438	14,206	112,340	1990 1. Vj.
1,4332	1,6780	25,861	29,734	27,569	1,0808	14,213	116,312	2. Vj.
1,3812	1,5934	25,894	29,823	27,325	1,0987	14,214	119,262	3. Vj.
1,2919	1,5008	25,621	29,669	26,769	1,1488	14,215	118,037	4. Vj.
1,3243	1,5307	25,582	29,400	26,921	1,1447	14,214	117,089	1991 1. Vj.
1,5091	1,7342	25,669	29,519	27,833	1,2540	14,210	117,597	2. Vj.
1,5244	1,7440	25,598	29,424	27,553	1,2784	14,210	114,836	3. Vj.
1,4360	1,6287	25,465	29,287	27,381	1,2576	14,209	113,406	4. Vj.
1,3754	1,6194	25,480	29,386	27,531	1,2598	14,211	111,299	1992 1. Vj.
1,3511	1,6143	25,579	29,676	27,698	1,2385	14,209	109,273	2. Vj.
1,2182	1,4632	25,267	29,497	27,355	1,1715	14,210	112,289	3. Vj.
1,2274	1,5497	24,242	29,453	25,005	1,2596	14,214	111,720	4. Vj.
1,2959	1,6349	23,509	29,479	21,776	1,3529	14,213	108,582	1993 1. Vj.
1,2737	1,6181	23,619	29,648	21,861	1,4719	14,213	110,799	2. Vj.
1,2875	1,6777	23,141	28,838	20,937	1,5886	14,210	113,585	3. Vj.
1,2697	1,6826	22,968	28,831	20,482	1,5549	14,219	114,691	4. Vj.
1,2870	1,7242	23,139	29,403	21,528	1,6028	14,222	118,640	1994 1. Vj.
1,2026	1,6617	23,052	29,223	21,296	1,6102	14,217	117,968	2. Vj.
1,1388	1,5621	22,822	29,201	20,353	1,5761	14,212	119,095	3. Vj.

[4]) Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963. Ab 1994 Notierung mit vier Stellen hinter dem Komma.
[5]) Gemäß Beschluß des Börsenvorstands der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab Mai 1985 der Kurs der italienischen Lira mit vier Stellen hinter dem Komma festgestellt.
[6]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14 *

Außenwert der D-Mark [1])

Ende 1972 = 100 [2])

Zeitraum	Nominaler Außenwert der D-Mark [3]) gegenüber										Realer Außenwert der D-Mark [6])
	US-Dollar	Französischer Franc	Italienische Lira	Pfund Sterling	Holländischer Gulden	Spanische Peseta	Japanischer Yen	Schweizer Franken	am EWS beteiligten Ländern [4])	18 Industrieländern [5])	
1973	121,7	105,3	121,7	116,4	104,0	109,4	106,7	99,7	105,6	110,7	109,4
1974	124,7	117,1	139,4	125,0	103,1	111,4	117,9	96,6	111,4	117,0	108,2
1975	131,3	109,8	147,1	138,8	102,1	116,7	126,3	88,1	108,8	119,2	103,5
1976	128,1	119,7	183,3	167,4	104,3	132,9	123,2	83,3	116,0	126,4	103,7
1977	138,9	133,3	210,7	186,6	105,0	163,9	120,8	86,8	125,1	136,2	105,2
1978	160,7	141,4	234,4	196,4	107,0	190,6	109,4	74,6	132,0	143,3	105,8
1979	175,9	146,2	251,3	194,7	108,7	183,1	125,2	76,2	135,3	150,6	106,1
1980	177,6	146,5	261,0	179,2	108,6	197,2	130,5	77,4	136,9	151,5	100,2
1981	143,1	151,4	278,5	166,2	109,6	204,1	102,1	73,0	140,2	143,1	90,6
1982	132,9	170,4	308,7	178,3	109,3	226,0	107,2	70,1	153,7	150,4	92,0
1983	126,5	187,8	329,4	195,5	111,0	280,4	97,4	69,0	167,0	155,9	92,4
1984	113,6	193,4	342,1	199,6	112,0	282,4	87,4	69,3	170,8	153,8	88,0
1985	110,3	192,3	360,4	200,0	112,0	289,7	84,8	70,0	170,8	154,0	85,5
1986	149,0	201,2	380,7	238,5	112,0	322,8	81,1	69,5	177,4	168,2	90,7
1987	179,5	210,7	399,9	257,2	111,9	343,3	84,2	69,6	183,0	178,9	94,0
1988	183,8	213,7	410,7	242,2	111,8	331,5	76,4	69,9	184,0	177,4	91,4
1989	171,6	213,7	404,5	246,0	112,0	314,8	76,8	73,0	183,6	175,7	89,1
1990	199,9	212,3	411,0	263,1	111,9	315,3	93,7	72,1	182,6	185,5	91,8
1991	194,9	214,2	414,3	258,5	111,9	313,0	85,0	72,5	183,0	183,1	89,6
1992	206,8	213,5	437,6	276,0	111,8	327,8	85,0	75,5	183,4	188,7	92,9
1993	195,0	215,8	526,7	304,7	111,6	384,3	70,5	75,0	188,0	193,4	96,4
1988 1. Vj.	192,3	213,1	408,6	251,2	111,5	337,1	79,9	68,8	183,9	180,2	93,8
2. Vj.	188,8	213,2	411,7	240,5	111,5	330,7	77,1	69,7	183,6	178,1	92,1
3. Vj.	172,7	213,3	411,3	239,0	112,1	330,7	75,0	70,3	183,9	175,1	89,8
4. Vj.	181,6	215,1	411,2	238,0	112,0	327,5	73,8	70,7	184,5	176,4	89,9
1989 1. Vj.	174,3	214,2	406,4	233,8	112,1	312,1	72,6	71,7	183,6	174,1	89,2
2. Vj.	166,7	213,3	403,8	240,6	112,0	314,2	74,7	73,6	183,3	173,8	88,4
3. Vj.	167,5	213,0	399,3	246,2	112,0	313,2	77,4	72,4	183,2	174,6	88,1
4. Vj.	177,9	214,4	408,4	263,3	112,1	319,8	82,7	74,4	184,3	180,2	90,5
1990 1. Vj.	190,6	213,6	411,1	269,9	111,9	322,5	91,5	74,7	183,9	185,0	92,6
2. Vj.	192,1	211,9	407,0	269,1	111,8	312,6	96,8	72,2	182,1	185,0	91,8
3. Vj.	202,3	211,2	409,4	254,9	111,9	309,6	95,3	70,4	181,7	185,0	91,1
4. Vj.	214,7	212,3	416,6	258,7	112,0	316,3	91,1	71,1	182,6	187,1	91,7
1991 1. Vj.	210,8	214,3	415,3	259,0	111,9	312,7	91,5	71,7	183,1	186,9	91,3
2. Vj.	185,9	213,4	411,3	255,4	111,9	309,7	83,5	71,4	182,5	180,6	88,2
3. Vj.	184,9	214,1	413,7	257,5	111,9	312,9	81,8	73,1	183,0	180,9	88,8
4. Vj.	198,0	215,1	416,9	262,1	111,9	316,6	83,2	74,0	183,6	184,2	90,2
1992 1. Vj.	199,1	214,4	416,8	263,8	111,8	315,3	83,1	75,4	183,2	184,7	90,9
2. Vj.	199,7	212,3	417,8	259,3	111,8	313,8	84,5	76,8	182,2	184,8	90,8
3. Vj.	220,3	213,6	429,0	271,5	112,0	325,1	89,3	74,7	183,4	190,5	93,7
4. Vj.	208,2	213,9	486,7	309,4	111,7	357,1	83,1	75,1	184,9	194,6	96,1
1993 1. Vj.	197,1	213,7	523,4	313,3	111,7	356,4	77,4	77,3	185,1	195,2	97,3
2. Vj.	199,2	212,5	515,3	304,3	111,5	374,0	71,2	75,7	185,4	192,7	96,2
3. Vj.	192,2	218,5	524,0	299,7	111,6	401,2	65,9	73,9	190,5	192,1	95,7
4. Vj.	191,6	218,5	544,0	301,4	111,5	405,5	67,3	73,2	190,9	193,6	96,5
1994 1. Vj.	186,9	214,2	541,7	294,9	111,4	409,0	65,3	70,7	187,9	189,9	95,4
2. Vj.	194,0	215,6	535,2	302,6	111,4	410,1	65,0	71,1	188,4	191,6	96,2
3. Vj.	206,3	215,7	557,7	312,2	111,4	414,0	66,4	70,5	188,7	195,7	98,1

[1]) Zur Berechnungsmethode siehe „Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen" im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 41. Jg., Nr. 4, April 1989.

[2]) Für Ende 1972 wurden grundsätzlich die damaligen Leitkurse zugrunde gelegt, für das Pfund Sterling, das irische Pfund und den kanadischen Dollar, deren Wechselkurse freigegeben waren, statt dessen die Marktkurse von Ende 1972.

[3]) Die Indizes für die Ländergruppen wurden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte errechnet.

[4]) Ohne Griechenland, aber einschließlich Italien und Großbritannien (die vorübergehend ab 17. September 1992 nicht am Wechselkursmechanismus teilnehmen). Der gewogene Außenwert wird für den gesamten dargestellten Zeitraum gegenüber den gleichen Währungen ausgewiesen.

[5]) EG-Länder, Finnland, Japan, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten.

[6]) Auf Basis der Verbraucherpreise; gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten (geometrische Mittelung).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 15*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland [1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz [2]	Japan	Vereinigte Staaten
1960	48,1	47,2	44,5	63,7	37,9	35,3	21,2	36,5	52	15,9	40,4
1961	51,1	50,2	46,9	63,7	42,0	36,5	24,3	38,0	55	18,9	40,7
1962	53,2	53,1	49,8	64,3	46,0	38,5	26,9	39,0	58	20,5	44,1
1963	55,0	57,3	52,3	67,1	50,1	40,6	29,2	40,8	61	22,8	46,7
1964	59,3	60,7	55,4	72,4	50,6	44,6	33,0	44,0	63	26,4	49,8
1965	63,0	62,2	56,4	74,8	53,0	47,1	37,1	45,9	66	27,4	54,8
1966	63,2	63,5	59,6	75,8	59,1	49,9	42,5	48,0	68	31,1	59,6
1967	61,6	64,6	61,2	75,9	63,7	51,9	43,8	48,4	70	37,1	60,9
1968	67,4	68,1	63,1	80,3	67,5	58,0	47,4	52,0	74	42,8	64,3
1969	76,3	74,8	70,2	83,0	69,9	64,9	54,9	57,9	80	49,6	67,3
1970	80,8	77,0	74,1	83,5	74,5	71,0	58,9	62,9	87	56,5	65,0
1971	81,5	78,4	78,9	83,0	74,1	75,3	62,8	66,6	89	57,9	65,9
1972	84,5	84,3	83,2	84,5	77,7	78,8	73,0	72,0	91	62,1	72,3
1973	89,8	89,4	88,8	92,1	85,3	84,5	81,0	74,7	96	71,4	78,2
1974	88,3	93,1	91,1	90,3	88,6	88,8	87,1	78,8	97	68,6	77,0
1975	82,8	83,9	84,5	85,4	80,8	84,5	83,7	73,8	85	61,0	70,3
1976	88,5	90,4	91,9	88,2	90,2	91,3	88,0	78,7	85	67,8	76,7
1977	90,8	90,9	93,2	92,7	90,2	91,3	92,7	81,7	90	70,6	82,8
1978	92,5	93,1	95,4	95,4	92,0	92,1	94,8	83,4	90	75,1	87,5
1979	97,2	97,3	99,7	99,0	98,1	95,4	95,5	89,8	92	80,6	90,8
1980	97,2	96,0	101,9	92,6	103,2	94,6	96,7	92,2	97	84,4	89,1
1981	95,4	93,4	100,9	89,7	100,9	92,7	95,7	90,7	96	85,2	90,8
1982	92,3	93,4	100,2	91,4	97,8	89,2	94,7	90,0	93	85,5	86,7
1983	92,9	95,2	99,5	94,7	95,5	90,9	97,2	90,9	92	88,3	89,9
1984	95,7	97,6	99,8	94,7	98,7	95,4	98,0	95,7	95	96,5	98,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,1	100,8	100,9	102,4	104,1	100,2	103,1	101,1	104	99,8	100,9
1987	102,5	103,0	102,8	106,5	106,8	101,3	107,9	102,1	105	103,3	105,9
1988	106,2	109,7	107,7	111,4	114,2	101,3	111,1	106,6	112	114,7	110,6
1989	111,5	113,4	112,1	113,9	118,6	106,5	116,1	112,9	115	120,3	112,3
1990	117,2	117,7	114,2	113,4	117,9	109,0	116,2	121,6	118	125,4	112,3
1991	120,6	115,3	114,2	109,0	116,8	113,2	115,4	123,6	119	127,7	110,2
1992	118,3	115,3	112,9	108,6	115,3	113,4	112,1	122,2	118	120,4	112,8
1993	109,7	109,2	108,7	111,2	112,8	112,2	106,8	119,8	118	115,3	117,5
1991 1. Vj.	120,6	119,3	119,6	114,8	122,0	117,9	116,3	121,0	118	127,1	108,5
2. Vj.	121,1	120,9	117,0	107,1	123,7	113,9	119,9	128,1	120	126,9	109,2
3. Vj.	115,9	103,0	101,9	102,3	100,8	99,7	103,4	115,7	112	127,7	112,4
4. Vj.	124,6	118,2	118,1	111,9	120,8	121,2	121,8	129,6	125	129,2	110,9
1992 1. Vj.	122,3	121,1	120,1	112,7	123,2	119,3	118,7	121,0	118	121,8	110,5
2. Vj.	119,0	122,1	116,2	105,9	124,3	114,7	117,1	128,7	120	119,2	112,1
3. Vj.	114,2	104,0	100,7	102,9	97,1	100,2	101,7	113,5	114	120,4	114,3
4. Vj.	117,9	114,1	114,6	113,1	116,6	119,4	110,7	125,6	121	120,0	114,5
1993 1. Vj.	109,7	113,6	114,9	114,5	119,7	117,8	107,6	117,3	114	116,2	115,3
2. Vj.	108,6	113,7	110,8	108,4	119,4	111,5	109,9	121,6	116	114,7	116,3
3. Vj.	106,4	99,3	97,3	105,2	96,0	99,9	97,6	112,7	116	115,7	119,2
4. Vj.	113,9	110,3	111,7	116,5	116,3	119,7	112,1	127,5	126	114,5	119,2
1994 1. Vj.	109,8	118,9	114,4	119,2	118,9	120,3	112,6	120,3	121	112,6	121,0
2. Vj.	112,3	114,8	...	114,5	125,7	123,0	117,8	125,7	128	113,8	123,0

[1] Früheres Bundesgebiet.
[2] Ohne die Bereiche: Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden.

Quelle: OECD

Tabelle 16* **Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern**
1990 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Verbraucherpreise										
1960	34,7	23,4	14,6	9,9	7,4	25,6	5,6	27,0	31,7	19,7	22,7
1961	37,3	23,6	14,9	10,2	7,6	25,9	5,7	28,0	32,3	20,9	22,9
1962	38,4	24,0	15,7	10,6	8,0	26,5	6,0	29,3	33,7	22,3	23,1
1963	39,6	24,5	16,5	10,9	8,5	27,4	6,6	30,1	34,9	23,9	23,5
1964	40,5	25,5	17,1	11,2	9,0	29,0	6,8	31,2	36,0	24,8	23,7
1965	41,8	26,5	17,5	11,8	9,4	30,7	7,6	32,8	37,2	26,5	24,1
1966	43,3	27,7	18,0	12,2	9,7	32,4	8,2	33,5	39,0	27,8	24,9
1967	44,0	28,5	18,5	12,5	9,8	33,6	8,7	34,8	40,5	28,9	25,5
1968	44,7	29,2	19,3	13,1	9,9	34,8	9,2	35,8	41,5	30,5	26,6
1969	45,6	30,3	20,5	13,8	10,1	37,4	9,4	36,9	42,5	32,1	28,1
1970	47,1	31,5	21,7	14,7	10,7	38,8	9,9	38,5	44,1	34,6	29,7
1971	49,6	32,9	22,9	16,1	11,2	41,7	10,7	40,3	47,0	36,8	31,0
1972	52,3	34,7	24,3	17,2	11,8	44,9	11,6	42,9	50,1	38,5	32,0
1973	56,0	37,1	26,1	18,8	13,1	48,5	12,9	46,1	54,5	43,0	34,0
1974	59,9	41,8	29,7	21,8	15,6	53,2	14,9	50,5	59,8	53,0	37,8
1975	63,5	47,1	33,2	27,1	18,2	58,6	17,5	54,8	63,8	59,2	41,2
1976	66,2	51,4	36,3	31,6	21,3	63,9	20,6	58,8	64,9	64,8	43,6
1977	68,6	55,1	39,7	36,6	25,2	68,0	25,6	62,0	65,7	70,1	46,4
1978	70,5	57,5	43,3	39,6	28,2	70,8	30,7	64,2	66,4	73,0	49,9
1979	73,4	60,1	48,0	44,9	32,4	73,8	35,5	66,6	68,9	75,7	55,6
1980	77,4	64,1	54,4	53,0	39,3	78,6	41,1	70,8	71,6	81,6	63,1
1981	82,2	69,0	61,7	59,3	47,0	83,9	47,0	75,6	76,3	85,6	69,6
1982	86,5	75,0	69,0	64,4	54,7	88,8	53,8	79,7	80,6	88,0	73,9
1983	89,4	80,8	75,6	67,4	62,7	91,3	60,4	82,4	83,0	89,7	76,2
1984	91,6	85,9	81,2	70,7	69,5	94,3	67,2	87,0	85,4	91,7	79,5
1985	93,5	90,1	85,9	75,0	75,9	96,4	73,1	89,8	88,3	93,5	82,4
1986	93,4	91,3	88,1	77,6	80,3	96,5	79,5	91,4	89,0	94,1	83,9
1987	93,6	92,7	91,0	80,8	84,1	95,8	83,7	92,6	90,3	94,2	87,0
1988	94,8	93,8	93,5	84,7	88,4	96,6	87,7	94,4	92,0	94,9	90,5
1989	97,4	96,7	96,7	91,3	93,9	97,6	93,7	96,8	94,9	97,0	94,9
1990	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1991	103,5	103,2	103,2	105,9	106,3	103,9	105,9	103,3	105,8	103,3	104,2
1992	107,6	105,7	105,7	109,8	111,8	107,7	112,2	107,5	110,1	105,1	107,4
1993	112,1	108,6	107,9	111,5	116,8	109,9	117,3	111,4	113,8	106,4	110,6
	Erzeuger-/Großhandelspreise[2]										
1960	43,4	38,1	20,1	11,8	8,8	38,8	10,5	39,6	50,8	48,9	27,2
1961	43,9	38,1	20,6	12,1	8,9	38,8	10,8	40,4	50,8	49,0	27,2
1962	44,3	38,3	20,8	12,5	9,1	38,9	11,3	42,6	52,6	48,1	27,2
1963	44,6	39,2	21,4	12,5	9,5	39,9	12,4	41,9	54,7	48,6	27,2
1964	45,0	40,1	22,1	12,7	9,9	42,3	12,1	44,1	55,4	48,5	27,2
1965	46,1	40,1	22,3	13,2	10,0	43,5	13,3	45,8	55,7	48,5	27,8
1966	46,9	40,5	22,9	13,5	10,2	45,7	13,6	46,1	56,7	49,4	28,7
1967	46,4	40,5	22,7	13,7	10,1	46,1	13,7	47,2	56,9	50,2	28,7
1968	46,1	41,0	22,3	14,2	10,1	47,0	14,0	47,7	56,9	50,4	29,5
1969	47,0	42,4	24,7	14,8	10,5	45,8	14,4	48,8	58,6	51,1	30,6
1970	49,3	45,0	26,6	15,8	11,3	48,0	14,6	51,1	61,0	53,2	31,7
1971	51,4	45,8	27,1	17,2	11,7	50,1	15,4	53,8	62,4	52,8	32,8
1972	52,8	47,7	28,4	18,1	12,2	52,7	16,5	55,9	64,6	53,5	34,2
1973	56,2	51,2	32,6	19,5	14,3	56,2	18,2	56,6	71,5	61,9	38,7
1974	63,8	61,5	42,1	23,8	20,1	61,7	21,5	65,2	83,1	79,0	46,0
1975	66,7	64,1	39,6	29,3	21,8	65,8	23,4	69,3	81,2	80,6	50,3
1976	69,2	67,2	42,5	34,2	26,8	67,7	26,5	73,4	80,7	84,8	52,6
1977	71,2	69,0	45,0	40,6	31,4	70,8	31,9	75,6	80,9	87,3	55,8
1978	72,0	69,4	46,9	44,3	34,1	70,6	37,1	76,3	78,1	86,5	60,2
1979	75,4	72,1	53,2	49,5	39,4	75,6	42,5	79,5	81,1	91,0	67,7
1980	81,1	73,8	60,8	57,4	47,3	84,9	49,9	86,4	85,3	104,5	77,3
1981	87,4	82,9	67,9	63,6	55,5	91,8	57,7	93,3	90,2	105,6	84,3
1982	92,6	92,2	75,2	69,0	63,2	96,1	64,9	96,3	92,5	106,2	86,0
1983	94,0	98,0	81,8	73,5	69,3	97,3	74,0	96,9	92,9	105,3	87,1
1984	96,6	103,9	89,4	77,9	76,5	102,2	83,0	100,5	96,0	105,3	89,2
1985	99,0	106,8	93,3	82,7	82,1	103,0	89,7	103,1	98,2	104,5	88,7
1986	96,5	97,1	90,7	83,8	81,4	97,4	90,5	97,7	94,3	99,6	86,2
1987	94,2	92,9	91,3	86,7	83,6	95,7	91,2	95,7	92,4	96,7	88,4
1988	95,3	94,0	96,0	89,8	87,5	97,2	94,0	95,5	94,5	96,4	92,0
1989	98,3	99,4	101,3	94,1	93,1	100,6	97,9	97,2	98,5	98,4	96,6
1990	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1991	102,4	98,9	98,7	105,4	105,2	101,8	101,5	100,8	100,4	101,0	100,2
1992	103,8	99,1	97,1	108,7	107,4	103,0	102,9	100,6	100,5	100,2	100,8
1993	103,8	98,1	94,4	113,0	113,0	102,6	105,5	100,2	100,7	98,5	102,3

[1]) Früheres Bundesgebiet. — Quelle: Nationale Veröffentlichungen.
[2]) Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich (bis 1979 für Industriegüter, ab 1980 für Industriehalbwaren), Niederlande, Großbritannien, Japan, Vereinigte Staaten. Großhandelspreise: Italien, Österreich, Schweiz.
[3]) Für Österreich und Vereinigte Staaten Index der Ausfuhrpreise und Index der Einfuhrpreise.
[4]) Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern noch Tabelle 16*

1990 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich[3]	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten[3]
	Durchschnittswerte der Ausfuhr										
1970	51,0	40	26,0	18,2	11,3	47	20,0	60,9	58	69,8	29,9
1971	53,1	39	27,5	19,2	11,9	48	19,7	63,0	60	71,2	30,8
1972	54,6	40	27,8	20,3	12,2	49	20,3	64,0	62	70,2	31,8
1973	57,3	43	30,6	22,9	14,5	52	23,1	67,6	64	77,6	37,1
1974	66,8	53	38,6	29,1	20,5	67	28,4	78,8	73	100,1	47,3
1975	72,3	55	40,7	35,7	22,8	70	29,8	81,7	74	102,5	52,9
1976	70,7	59	44,5	42,7	27,8	74	31,5	81,7	74	101,9	54,7
1977	72,4	60	48,8	50,6	33,2	76	37,0	84,2	75	102,1	56,7
1978	73,1	59	51,3	55,5	35,6	75	41,6	84,2	73	96,4	60,6
1979	77,0	65	56,2	61,4	41,7	81	45,5	87,7	75	105,3	68,9
1980	84,3	72	62,4	70,0	50,4	92	54,1	92,1	83	117,3	78,3
1981	89,6	78	70,5	76,2	62,0	107	62,8	97,7	86	120,8	85,4
1982	93,5	89	79,6	81,4	71,5	111	69,2	102,1	88	127,1	86,4
1983	94,7	96	87,3	88,0	76,8	111	80,2	101,8	90	118,5	87,3
1984	95,3	104	95,0	94,9	84,1	119	90,8	105,4	95	118,4	88,5
1985	101,8	106	98,3	100,0	91,0	122	96,4	107,3	93	117,5	87,8
1986	98,5	98	93,3	90,2	86,7	103	92,2	104,8	91	99,4	88,7
1987	96,0	93	92,6	93,8	87,7	94	94,3	102,2	95	93,4	90,2
1988	96,7	96	96,1	92,5	92,1	94	98,7	102,9	93	89,9	96,6
1989	101,1	103	101,8	96,6	97,9	101	103,5	100,3	99	96,1	99,1
1990	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1991	99,4	98	99,6	100,8	102,9	98	99,4	96,7	102,8	99,7	100,9
1992	98,7	97	96,9	102,5	103,7	95	99,9	94,8	103,1	99,7	101,0
1993	94,2	...	93,8	...	...	93	104,5	...	103,0	95,6	101,4
	Durchschnittswerte der Einfuhr										
1970	50,0	38	26,2	18,0	10,1	45	17,4	58,0	61	57,6	22,5
1971	50,7	38	27,2	18,8	10,6	46	18,3	60,6	62	58,6	23,7
1972	51,0	38	27,4	19,6	10,9	46	18,2	60,9	63	53,8	25,4
1973	54,7	40	29,4	24,9	14,2	50	20,9	63,1	68	59,4	30,1
1974	70,3	52	43,2	36,0	24,4	67	29,7	75,2	81	103,9	44,6
1975	72,3	55	42,4	41,0	25,8	70	31,8	78,0	77	112,4	48,6
1976	74,0	58	46,9	50,2	32,5	74	35,2	79,7	73	115,0	50,2
1977	76,5	59	52,4	57,8	37,7	76	41,7	82,7	78	111,5	54,3
1978	74,3	59	52,9	59,4	39,5	75	45,7	82,6	70	91,5	58,6
1979	82,7	64	58,3	63,3	47,2	84	46,9	87,2	73	119,1	69,9
1980	96,8	74	69,0	69,3	60,8	96	63,9	96,4	89	165,5	87,6
1981	110,1	84	81,8	74,8	78,6	111	82,5	106,5	86	166,3	92,4
1982	110,8	97	92,5	80,7	88,5	113	92,9	106,9	85	173,6	90,9
1983	110,4	104	100,1	88,0	92,7	114	112,8	105,6	86	157,5	87,2
1984	116,9	112	109,9	95,5	103,2	120	126,6	109,6	90	153,2	88,8
1985	119,9	114	111,2	100,0	110,9	122	128,3	113,8	93	147,8	86,5
1986	100,7	98	93,6	95,4	91,2	100	106,3	104,5	84	93,5	83,6
1987	94,7	92	92,2	97,7	90,0	94	102,6	99,9	81	86,3	89,7
1988	95,5	95	94,7	94,0	93,6	94	101,1	99,9	93	80,9	94,0
1989	102,6	102	102,0	97,7	100,7	103	103,4	102,6	101	90,5	96,9
1990	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1991	101,7	99	99,0	101,2	99,2	100	97,1	100,2	100,1	90,6	100,0
1992	98,6	95	95,2	102,0	98,7	97	92,7	98,4	102,3	84,2	100,8
1993	93,2	...	90,5	...	...	93	99,4	...	100,1	74,5	100,1
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[4]										
1970	31,3	19,6	11,3	12,1	6,0	30,0	4,6	22,7	35,6	20,7	31,0
1971	34,8	22,0	12,6	13,5	6,6	33,6	5,2	25,8	39,0	23,7	33,0
1972	37,9	25,1	14,1	15,2	7,3	37,8	6,0	28,8	42,5	27,4	35,3
1973	41,8	29,2	16,0	17,3	8,9	42,8	7,2	32,5	46,3	32,6	37,7
1974	46,1	35,3	19,1	20,3	10,7	50,1	9,1	37,6	51,1	40,7	40,9
1975	49,8	42,4	23,0	25,7	13,8	56,9	11,7	42,7	54,8	48,0	44,6
1976	52,9	47,1	26,8	29,7	16,6	62,0	15,2	46,5	55,5	54,0	48,2
1977	56,7	51,4	30,6	32,7	21,2	66,3	19,8	50,5	58,2	59,0	52,4
1978	59,7	55,0	35,0	37,5	24,7	70,2	25,0	53,4	59,7	63,2	57,0
1979	63,2	59,3	40,3	43,3	29,5	73,3	30,9	56,5	61,8	66,9	61,8
1980	67,3	64,8	46,7	51,4	35,9	76,5	36,6	61,0	65,1	76,7	67,2
1981	71,0	71,3	53,5	58,0	44,5	79,1	41,2	64,7	69,2	74,3	73,8
1982	74,4	75,7	64,3	63,4	52,3	84,4	47,7	68,7	74,2	78,1	78,5
1983	76,8	79,0	72,5	68,8	60,1	86,6	54,9	71,8	77,1	80,6	81,5
1984	78,6	82,9	78,6	73,0	66,8	87,6	61,3	75,4	79,1	83,3	84,8
1985	81,6	85,9	83,4	79,0	74,2	91,9	67,5	79,9	82,1	85,9	88,1
1986	84,5	88,3	87,1	85,3	77,8	93,4	74,9	83,5	85,4	88,4	89,9
1987	87,8	90,0	91,2	92,0	82,9	94,7	80,5	86,2	87,5	90,2	91,5
1988	91,4	90,7	94,1	83,5	87,9	95,9	85,7	89,4	90,7	93,4	94,1
1989	95,1	95,8	98,5	91,1	93,2	97,2	92,0	93,3	94,3	96,3	96,8
1990	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1991	106,1	105,1	104,4	108,0	109,8	103,7	108,2	105,2	107,5	103,4	103,3
1992	112,4	110,1	108,4	114,6	115,4	108,2	116,5	110,3	113,4	105,6	105,8
1993	118,2	112,4	111,7	118,5	119,8	111,7	124,4	116,1	116,2	107,8	108,6
	Anteil am Warenhandel[5] der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1988 bis 1993	X	7,1	12,4	7,6	9,0	9,0	3,0	5,2	5,0	4,2	7,1

[5] Einfuhr + Ausfuhr.

Quellen: IWF, OECD

Tabelle 17*

Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen[1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1976 bis 1985[2])	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Gesamtproduktion, real[3])										
Welt	3,4	3,6	4,0	4,7	3,4	2,2	0,9	1,7	2,3	3,1
Industrieländer	2,8	2,9	3,2	4,4	3,3	2,4	0,8	1,5	1,3	2,7
Entwicklungsländer	4,5	4,8	5,7	5,3	4,2	3,8	4,5	5,9	6,1	5,6
Transformationsländer[4])	3,7	3,6	2,8	4,3	2,2	−3,5	−11,8	−15,5	−9,0	−8,3
Reales Wachstum je Einwohner										
Industrieländer	2,2	2,2	2,6	3,8	2,6	1,6	—	0,8	0,6	2,0
Entwicklungsländer	4,5	4,8	5,7	5,3	4,2	3,8	4,5	5,9	6,1	5,6
Verbraucherpreise										
Industrieländer	7,9	2,7	3,1	3,4	4,4	5,0	4,5	3,3	2,9	2,4
Entwicklungsländer	25,8	28,2	35,3	55,0	61,6	65,6	36,0	38,7	46,2	47,5
Transformationsländer[4])	4,6	6,7	7,5	10,1	27,5	32,4	97,6	730,7	687,9	330,8
Welthandel										
Volumen, insgesamt[5])	4,1	4,3	5,9	9,1	6,4	4,6	2,6	4,7	4,0	7,2
Durchschnittswerte[5])										
in US-Dollar	4,0	5,2	10,9	5,1	1,6	8,3	−1,1	1,5	−4,9	2,2
in Sonderziehungsrechten	5,9	−9,0	0,6	1,2	6,5	2,3	−1,9	−1,4	−4,0	−0,1
Ausfuhr, Volumen										
Industrieländer	5,1	2,0	4,5	8,3	6,6	5,7	2,9	4,2	2,4	6,0
nachrichtlich:										
G-7-Länder[6])	5,0	2,9	3,8	9,0	7,2	5,5	2,8	4,1	2,2	6,0
Europäische Gemeinschaft	5,0	2,9	4,8	6,4	7,0	5,4	2,1	3,5	1,2	6,9
Entwicklungsländer	0,7	8,2	10,4	13,3	6,6	6,4	7,4	7,8	8,9	9,1
Einfuhr, Volumen										
Industrieländer	5,2	8,1	6,6	8,5	7,3	4,6	2,2	4,3	1,8	7,2
nachrichtlich:										
G-7-Länder[6])	5,6	8,7	5,9	8,8	6,8	4,8	2,4	5,0	3,3	8,2
Europäische Gemeinschaft	4,4	8,1	9,0	8,7	7,8	6,6	4,7	3,4	−4,0	5,1
Entwicklungsländer	3,6	−2,1	6,7	12,4	6,3	6,9	10,1	11,2	9,3	7,2

[1]) Zu den einbezogenen Ländern, zur Klassifikation der jeweiligen Ländergruppe und zur Berechnung der zusammengefaßten Ergebnisse für die jeweiligen Merkmale siehe Statistischer Anhang zu „World Economic Outlook, October 1994" des Internationalen Währungsfonds (IWF).

[2]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.

[3]) Bruttoinlandsprodukt, für einige Industrieländer/einige mittel- und osteuropäische Länder Bruttosozialprodukt/„Produziertes Volkseinkommen" (nach dem Material Product Systems — MPS).

[4]) Albanien, Bulgarien, ehemaliges Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei (ab 1993 Tschechische Republik und Slowakische Republik), Ungarn und die Länder der ehemaligen Sowjetunion.

[5]) Durchschnitt aus Ausfuhr und Einfuhr, insgesamt. Nicht enthalten ist der Intrahandel zwischen den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

[6]) Bundesrepublik Deutschland (bis Juni 1990 nur Westdeutschland), Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Vereinigte Staaten.

Quelle: IWF

Tabelle 18*

Weltausfuhr nach Warengruppen und Ländergruppen[1])

Jahr	Insgesamt	Nahrungsmittel[2]), Getränke und Tabak	Rohstoffe[3])	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel[4])	Chemische Erzeugnisse	Maschinenbau und elektrotechnische Erzeugnisse	Bearbeitete Waren	Sonstige[5])
SITC	0 bis 9	0 und 1	2 und 4	3	5	7	6 und 8	9
				Mrd US-Dollar				
				Welt, insgesamt				
1970	312,01	41,28	33,05	28,89	22,09	89,77	90,43	6,51
1980	2 000,95	200,34	138,32	480,79	140,75	513,09	481,15	46,51
1985	1 933,48	177,87	117,51	361,63	152,39	601,07	470,87	52,14
1988	2 819,12	253,68	167,44	262,98	253,74	990,06	790,33	100,89
1989	3 024,78	266,32	177,06	292,14	263,79	1 057,54	861,57	106,36
1990	3 396,51	294,42	175,34	348,17	298,47	1 211,95	970,85	97,31
1991	3 438,56	304,55	163,02	325,04	300,59	1 255,95	994,61	94,79
1992	3 685,96	332,54	170,46	321,65	334,13	1 361,00	1 080,89	85,29
				Industrieländer				
1970	224,24	24,31	19,47	7,60	19,43	78,62	71,07	3,74
1980	1 258,93	128,73	85,02	88,07	122,56	436,32	370,70	27,53
1985	1 266,89	109,62	72,13	100,73	126,79	494,88	334,00	28,75
1988	1 984,40	168,21	106,99	70,86	213,22	817,14	548,40	59,59
1989	2 129,31	178,75	112,54	80,15	222,04	875,89	590,66	69,29
1990	2 445,20	204,19	114,21	104,54	253,72	1 021,29	683,80	63,45
1991	2 507,06	212,11	106,44	107,43	256,05	1 063,22	690,94	70,88
1992	2 668,72	233,19	109,21	105,23	281,48	1 142,49	726,82	70,31
				Entwicklungsländer				
1970	54,94	13,21	10,06	18,33	1,03	1,43	10,69	0,20
1980	586,90	62,20	42,79	350,40	10,47	30,65	85,08	5,31
1985	494,39	59,59	36,17	207,57	14,81	56,24	111,64	8,37
1988	628,66	76,06	48,57	140,51	27,65	113,47	206,35	16,06
1989	701,11	77,59	52,34	162,29	30,10	131,80	238,70	8,29
1990	779,36	80,98	50,17	195,14	34,19	151,80	259,11	7,97
1991	840,46	85,90	50,33	194,51	38,75	174,52	286,10	10,36
1992	927,43	91,56	53,94	193,25	44,39	203,46	330,37	10,47
				Osteuropa und ehemalige Sowjetunion				
1970	32,83	3,76	3,52	2,95	1,64	9,72	8,67	2,58
1980	155,12	9,40	10,51	42,32	7,72	46,12	25,38	13,67
1985	172,20	8,66	9,21	53,33	10,79	49,96	25,23	15,03
1988	206,06	9,42	11,88	51,61	12,87	59,45	35,59	25,24
1989	194,36	9,97	12,19	49,70	11,64	49,86	32,21	28,78
1990	171,94	9,25	10,96	48,49	10,56	38,87	27,93	25,89
1991	91,04	6,54	6,25	23,11	5,79	18,22	17,58	13,55
1992	89,81	7,79	7,31	23,17	8,26	15,05	23,70	4,52
				Anteil an der Weltausfuhr insgesamt in vH				
				Industrieländer				
1970	*71,9*	*58,9*	*58,9*	*26,3*	*87,9*	*87,6*	*78,6*	*57,4*
1980	*62,9*	*64,3*	*61,5*	*18,3*	*87,1*	*85,0*	*77,0*	*59,2*
1985	*65,5*	*61,6*	*61,4*	*27,9*	*83,2*	*82,3*	*70,9*	*55,1*
1988	*70,4*	*66,3*	*63,9*	*26,9*	*84,0*	*82,5*	*69,4*	*59,1*
1989	*70,4*	*67,1*	*63,6*	*27,4*	*84,2*	*82,8*	*68,6*	*65,1*
1990	*72,0*	*69,4*	*65,1*	*30,0*	*85,0*	*84,3*	*70,4*	*65,2*
1991	*72,9*	*69,6*	*65,3*	*33,1*	*85,2*	*84,7*	*69,5*	*74,8*
1992	*72,4*	*70,1*	*64,1*	*32,7*	*84,2*	*83,9*	*67,2*	*82,4*
				Entwicklungsländer				
1970	*17,6*	*32,0*	*30,4*	*63,5*	*4,6*	*1,6*	*11,8*	*3,0*
1980	*29,3*	*31,0*	*30,9*	*72,9*	*7,4*	*6,0*	*17,7*	*11,4*
1985	*25,6*	*33,5*	*30,8*	*57,4*	*9,7*	*9,4*	*23,7*	*16,0*
1988	*22,3*	*30,0*	*29,0*	*53,4*	*10,9*	*11,5*	*26,1*	*15,9*
1989	*23,2*	*29,1*	*29,6*	*55,6*	*11,4*	*12,5*	*27,7*	*7,8*
1990	*22,9*	*27,5*	*28,6*	*56,0*	*11,5*	*12,5*	*26,7*	*8,2*
1991	*24,4*	*28,2*	*30,9*	*59,8*	*12,9*	*13,9*	*28,8*	*10,9*
1992	*25,2*	*27,5*	*31,6*	*60,1*	*13,3*	*14,9*	*30,6*	*12,3*
				Osteuropa und ehemalige Sowjetunion				
1970	*10,5*	*9,1*	*10,6*	*10,2*	*7,4*	*10,8*	*9,6*	*39,6*
1980	*7,8*	*4,7*	*7,6*	*8,8*	*5,5*	*9,0*	*5,3*	*29,4*
1985	*8,9*	*4,9*	*7,8*	*14,7*	*7,1*	*8,3*	*5,4*	*28,8*
1988	*7,3*	*3,7*	*7,1*	*19,6*	*5,1*	*6,0*	*4,5*	*25,0*
1989	*6,4*	*3,7*	*6,9*	*17,0*	*4,4*	*4,7*	*3,7*	*27,1*
1990	*5,1*	*3,1*	*6,3*	*13,9*	*3,5*	*3,2*	*2,9*	*26,6*
1991	*2,6*	*2,1*	*3,8*	*7,1*	*1,9*	*1,5*	*1,8*	*14,3*
1992	*2,4*	*2,3*	*4,3*	*7,2*	*2,5*	*1,1*	*2,2*	*5,3*

[1]) Systematik des Internationalen Warenverzeichnisses SITC Rev. 3 (bis 1987: SITC Rev. 2); ohne innerdeutscher Handel.
[2]) Einschließlich lebende Tiere vorwiegend zur Ernährung.
[3]) Einschließlich tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse.
[4]) Einschließlich verwandte Erzeugnisse.
[5]) Waren, Warenverkehrsvorgänge, anderweitig nicht erfaßt.

Quelle: UN

Tabelle 19*

Internationale Energiepreise

Zeitraum	Importpreise der IEA-Länder[1][2]		Spotpreise (Rotterdam)[1]				Einfuhrpreise der Bundesrepublik Deutschland auf DM-Basis[3]			
	Erdöl, roh	Kraftwerkskohle	Erdöl, roh[4]	Superkraftstoff	leichtes Heizöl	schweres Heizöl[5]	Erdöl, roh	leichtes Heizöl	Kohle[6]	Erdgas
	US-Dollar je						1985 = 100			
	Barrel	Tonne	Barrel	Tonne						
1973	.	.	2,81	.	.	.	13,8	26,7	35,5	9,9
1974	.	.	10,98	140,17	95,92	69,42	37,4	36,7	55,7	11,9
1975	12,08	.	10,43	128,75	100,00	61,92	35,9	36,1	70,6	21,4
1976	12,93	.	11,63	136,08	106,05	67,08	39,1	39,3	67,5	24,9
1977	13,98	.	12,60	141,83	118,67	76,08	39,3	39,9	66,5	27,5
1978	14,22	.	12,91	170,31	128,63	75,70	34,3	37,1	64,9	34,0
1979	19,96	.	29,19	359,98	310,09	133,63	44,1	71,9	67,8	37,0
1980	32,74	52,20	36,01	369,75	306,00	169,75	72,6	77,1	82,4	48,0
1981	36,37	64,01	34,17	371,08	298,50	183,50	99,0	94,0	105,6	70,9
1982	33,84	64,09	32,86	340,71	289,54	164,55	98,6	99,3	101,9	85,3
1983	29,90	53,96	29,73	298,13	247,88	163,56	92,4	90,9	89,5	78,3
1984	29,00	47,67	28,74	268,22	238,04	178,42	99,9	96,6	94,8	92,1
1985	27,56	48,63	27,62	273,28	240,66	151,73	100	100	100	100
1986	14,93	45,70	14,44	170,73	142,17	73,47	43,4	44,6	83,8	71,2
1987	17,95	41,09	18,49	186,28	156,44	98,45	41,0	40,1	69,3	40,0
1988	14,86	44,09	14,94	176,01	134,89	68,35	34,1	33,6	64,9	34,6
1989	17,47	48,45	18,23	207,86	162,23	87,05	42,0	42,8	69,3	35,5
1990	22,16	50,77	23,72	274,14	213,38	99,28	45,9	48,2	70,4	42,1
1991	19,30	49,45	19,99	236,82	201,15	77,27	45,7	47,9	67,0	50,0
1992	18,49	47,42	19,31	211,48	177,08	81,49	40,4	39,5	62,7	39,9
1993	16,37	...	17,00	187,54	166,21	64,49	38,3	39,5	57,0	38,6
1989 1. Vj.	16,20	45,64	17,52	190,98	147,60	75,34	38,4	38,7	68,4	31,9
2. Vj.	18,32	49,37	18,88	246,38	148,79	89,57	44,6	40,7	69,4	33,8
3. Vj.	17,10	49,12	17,41	200,86	158,01	85,18	42,3	42,3	69,6	36,9
4. Vj.	18,26	49,54	19,21	193,64	194,53	99,88	42,9	49,4	69,9	39,5
1990 1. Vj.	19,43	49,34	19,80	216,40	174,06	87,20	42,1	42,5	70,8	43,4
2. Vj.	15,84	50,65	15,94	218,93	153,81	68,26	35,5	36,9	71,1	44,2
3. Vj.	21,84	51,16	26,73	339,36	231,01	103,61	43,0	49,6	70,3	40,3
4. Vj.	31,78	51,73	32,40	321,89	294,63	138,06	62,8	63,9	69,3	40,5
1991 1. Vj.	21,05	50,17	20,67	243,84	238,79	91,05	46,5	53,9	66,7	49,4
2. Vj.	17,84	49,04	18,80	239,22	180,05	68,91	44,8	44,7	67,1	55,8
3. Vj.	18,45	48,41	19,95	240,04	187,35	68,72	46,0	46,3	67,4	50,0
4. Vj.	19,77	49,92	20,53	224,17	198,41	80,39	45,5	46,9	66,9	44,8
1992 1. Vj.	16,92	49,10	17,96	198,89	165,61	67,16	39,5	38,7	66,9	42,2
2. Vj.	18,60	46,18	20,02	225,22	179,38	80,43	42,1	40,9	63,6	41,4
3. Vj.	19,50	48,00	20,08	218,20	182,71	88,31	39,8	38,2	60,3	38,8
4. Vj.	18,76	46,41	19,18	203,62	180,62	89,90	40,3	40,1	59,8	37,3
1993 1. Vj.	17,41	45,21	18,20	193,24	170,90	71,16	40,1	40,1	58,8	38,4
2. Vj.	17,53	43,91	18,23	203,88	173,54	69,08	39,7	40,3	56,4	38,7
3. Vj.	15,86	42,03	16,49	188,63	160,69	59,00	38,1	38,8	56,0	39,1
4. Vj.	14,80	...	15,08	164,24	159,57	58,68	35,2	38,8	56,7	38,1
1994 1. Vj.	13,68	...	13,97	146,29	141,67	71,18	33,4	35,4	58,4	36,8
2. Vj.	15,46	...	16,04	173,76	150,62	79,51	35,5	35,6	58,6	35,8
3. Vj.	...	...	...	...	...	...	36,1	33,9	57,4	36,0

[1] Quelle: Internationale Energieagentur (IEA).
[2] Durchschnittspreise, cif (cost, insurance, freight).
[3] Index der Einfuhrpreise (1985 = 100). In Anlehnung an das systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.
[4] Bis 1981: Arabian light (34°), ab 1982: Brent (38°).
[5] Mit einem Schwefelgehalt von 3 vH.
[6] Steinkohle und Steinkohlenkoks.

Tabelle 20*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1993

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote (1990)	
	insgesamt	je Einheit BIP[1]	je Einwohner	nach Energieträgern					insgesamt	von Mineralöl
				Kohle	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige		
	in Mio t ÖE[2]	t ÖE[2]		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3]	in vH[4]
Australien	93,6	0,48	5,27	40,2	37,2	16,0	0,0	6,6	– 89,5	9,6
Belgien	50,2	0,53	4,99	16,7	41,7	18,7	21,8	0,7	77,5	100,0
Dänemark	19,9	0,31	3,85	37,0	43,7	12,1	0,0	6,6	36,1	7,5
Deutschland	336,5	0,41	4,19	29,0	40,3	17,4	11,9	1,3	54,9	99,3
Finnland	28,5	0,52	5,64	15,9	31,7	9,0	18,2	23,0	54,6	93,6
Frankreich	231,7	0,38	4,02	6,3	37,9	12,5	41,4	4,2	53,0	94,9
Griechenland	22,4	0,59	2,18	36,0	60,0	0,4	0,0	3,3	67,1	100,9
Großbritannien	215,4	0,41	3,71	23,5	37,8	26,8	10,7	0,6	2,0	– 17,1
Irland	10,7	0,41	2,99	20,3	47,2	20,2	0,0	12,3	69,0	99,4
Italien	154,0	0,31	2,66	6,6	58,8	27,1	0,0	5,3	84,0	94,9
Japan	453,5	0,26	3,63	16,8	56,5	10,5	14,2	2,1	83,5	99,4
Kanada	225,2	0,55	8,11	11,4	33,9	28,7	10,9	16,3	– 38,9	– 34,4
Luxemburg	3,9	0,85	9,99	26,7	51,3	12,3	0,0	0,9	99,7	101,0
Neuseeland	15,0	0,62	4,35	11,3	31,0	29,3	0,0	28,6	12,2	54,6
Niederlande	69,3	0,45	4,54	11,1	36,5	49,2	1,5	0,4	3,8	89,2
Norwegen	23,4	0,35	5,43	3,3	35,6	15,7	0,0	48,2	–544,5	–1 201,2
Österreich	25,8	0,33	3,26	11,6	44,1	21,3	0,0	23,2	69,1	91,2
Portugal	17,5	0,66	1,77	17,9	71,6	0,0	0,0	10,3	90,7	99,3
Schweden	46,8	0,44	5,38	5,4	33,0	1,5	34,4	25,8	36,2	96,6
Schweiz	24,6	0,23	3,56	0,7	52,5	8,2	24,7	16,4	59,9	98,1
Spanien	93,7	0,45	2,39	20,8	54,4	6,1	15,6	3,0	67,7	97,4
Türkei	58,6	0,72	0,97	26,8	47,3	7,2	0,0	18,7	50,1	82,8
Vereinigte Staaten	2 041,6	0,43	7,95	23,3	37,7	23,9	8,3	6,7	16,1	44,5
Insgesamt	4 261,6	0,40	4,89	20,5	41,3	20,6	11,0	6,5	26,2	59,3

[1]) 1 000 US-Dollar Bruttoinlandsprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1985.
[2]) Öleinheiten (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[3]) Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.
[4]) Netto-Importe von Mineralöl in Relation zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports von Mineralöl am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Importquoten >100 vH ergeben sich durch Ausbau der Öl-Vorratshaltung.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 21*

Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

Zeitraum[1]	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote[2]	Erwerbstätige (Inländer)[3] insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer zusammen	darunter Ausländer[4]	Nachrichtlich Pendlersaldo[5]	Arbeitslose[6]	Arbeitslosenquote[7]	Offene Stellen[6]
	Tausend		vH	Tausend					vH	Tausend
	Früheres Bundesgebiet									
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	–427	1 580	*10,4*	116
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	–429	1 432	*9,1*	116
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	–388	1 379	*8,5*	115
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	–351	1 259	*7,6*	123
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	–324	1 221	*7,1*	137
1955	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	–330	928	*5,2*	200
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	–281	761	*4,2*	219
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	–257	662	*3,5*	217
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	–229	683	*3,6*	216
1959	51 634	24 861	*48,1*	24 385	18 511	167	–214	476	*2,5*	280
1960 A	52 183	25 034	*48,0*	24 799	19 010	.	–200	235	*1,2*	449
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	–184	271	*1,3*	465
1961	56 185	26 772	*47,6*	26 591	20 730	507	–165	181	*0,9*	552
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	–172	155	*0,7*	574
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	–163	186	*0,9*	555
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	–149	169	*0,8*	609
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	–132	147	*0,7*	649
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	–128	161	*0,7*	540
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	–146	459	*2,1*	302
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	–142	323	*1,5*	488
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	–128	179	*0,8*	747
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	–108	149	*0,7*	795
1971	61 284	26 957	*44,0*	26 772	22 605	2 128	–104	185	*0,8*	648
1972	61 672	27 121	*44,0*	26 875	22 841	2 285	–101	246	*1,1*	546
1973	61 976	27 433	*44,3*	27 160	23 222	2 498	– 94	273	*1,2*	572
1974	62 054	27 411	*44,2*	26 829	23 036	2 381	– 91	582	*2,5*	315
1975	61 829	27 184	*44,0*	26 110	22 467	2 061	– 90	1 074	*4,6*	236
1976	61 531	27 034	*43,9*	25 974	22 512	1 925	– 92	1 060	*4,5*	235
1977	61 400	27 038	*44,0*	26 008	22 686	1 872	– 89	1 030	*4,3*	231
1978	61 326	27 212	*44,4*	26 219	22 961	1 857	– 89	993	*4,1*	246
1979	61 359	27 528	*44,9*	26 652	23 472	1 924	– 84	876	*3,6*	304
1980	61 566	27 948	*45,4*	27 059	23 897	2 018	– 79	889	*3,6*	308
1981	61 682	28 305	*45,9*	27 033	23 907	1 912	– 82	1 272	*5,1*	208
1982	61 638	28 558	*46,3*	26 725	23 639	1 787	– 95	1 833	*7,2*	105
1983	61 423	28 605	*46,6*	26 347	23 293	1 694	– 96	2 258	*8,8*	76
1984	61 175	28 659	*46,8*	26 393	23 351	1 609	–100	2 266	*8,8*	88
1985	61 024	28 897	*47,4*	26 593	23 559	1 568	–104	2 304	*8,9*	110
1986	61 066	29 188	*47,8*	26 960	23 910	1 570	–104	2 228	*8,5*	154
1987	61 077	29 386	*48,1*	27 157	24 141	1 577	–107	2 229	*8,5*	171
1988	61 449	29 608	*48,2*	27 366	24 365	1 610	–105	2 242	*8,4*	189
1989	62 063	29 799	*48,0*	27 761	24 750	1 678	–103	2 038	*7,6*	251
1990	63 253	30 369	*48,0*	28 486	25 460	1 775	– 7	1 883	*6,9*	314
1991	64 074	30 663	*47,9*	28 974	25 920	1 891	216	1 689	*6,1*	331
1992	64 865	30 938	*47,7*	29 130	26 063	2 030	322	1 808	*6,5*	324
1993	65 532	30 935	*47,2*	28 665	25 601	2 169	329	2 270	*8,1*	243
1994 1. Hj.	...	30 872	...	28 254	25 195	...	307	2 618	*9,4*	232
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost									
1991	15 910	8 503	*53,4*	7 590	7 219	...	–269	913	*11,2*	31
1992	15 730	7 971	*50,7*	6 801	6 384	...	–338	1 170	*15,5*	33
1993	15 648	7 747	*49,5*	6 598	6 146	...	–325	1 149	*15,8*	36
1991 1. Hj.	15 972	8 643	*54,1*	7 847	7 492	...	–227	796	*9,6*	23
2. Hj.	15 848	8 363	*52,8*	7 333	6 946	...	–311	1 030	*12,9*	40
1992 1. Hj.	15 755	8 072	*51,2*	6 859	6 454	...	–337	1 213	*15,8*	34
2. Hj.	15 704	7 870	*50,1*	6 743	6 314	...	–339	1 127	*15,1*	32
1993 1. Hj.	15 670	7 710	*49,2*	6 572	6 129	...	–326	1 138	*15,7*	34
2. Hj.	15 625	7 783	*49,8*	6 624	6 163	...	–324	1 159	*15,8*	38
1994 1. Hj.	...	7 801	...	6 572	6 098	...	–325	1 229	*16,8*	43

[1]) Von 1950 bis 1960 A ohne Saarland und Berlin (West). Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland. Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung. — [3]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [4]) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni, danach Jahresdurchschnitte (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit). — [5]) Im Inland erwerbstätige Einpendler abzüglich der in der übrigen Welt erwerbstätigen Auspendler. (Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept abzüglich Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept.) — [6]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — [7]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose).

Tabelle 22*

Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin-Ost	Insgesamt
Fläche							
1000 km²	23,4	29,5	20,4	16,2	18,4	0,4	108,3
Anteil in vH[1])	*6,6*	*8,3*	*5,7*	*4,5*	*5,2*	*0,1*	*30,3*
			Bevölkerung (Tausend)[2])				
1990	1 924	2 578	2 874	2 611	4 764	1 276	16 028
1991	1 892	2 543	2 823	2 572	4 679	1 281	15 790
1992	1 865	2 543	2 797	2 546	4 641	1 294	15 685
1993	1 843	2 538	2 778	2 533	4 608	1 299	15 598
			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (1 000)[3])[4])				
1993 Jun	651,2	906,6	995,9	882,9	1 687,5	463,7	5 592,4
Sep	661,0	920,5	997,5	893,0	1 699,1	461,3	5 632,5
Dez	(653,1)	(925,5)	(1 000,2)	(887,3)	(1 683,8)	(458,5)	(5 608,4)
			Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Tausend)[5])				
1991 1. Hj.	121,5	294,7	408,8	386,5	689,7	111,5	2 012,6
1992 1. Hj.	66,2	171,5	223,7	166,8	331,9	56,2	1 016,3
1993 1. Hj.	54,6	123,1	170,1	124,4	245,9	40,0	758,1
1994 1. Hj.	51,3	107,2	142,0	119,3	218,0	36,6	674,6
			Beschäftigte im Baugewerbe (Tausend)				
1991 1. Hj.	44,9	60,8	69,7	51,4	91,1	26,8	344,7
1992 1. Hj.	40,2	56,7	71,1	53,3	92,2	25,6	339,2
1993 1. Hj.	42,1	56,1	87,5	63,7	98,2	23,7	371,3
1994 1. Hj.	47,4	61,8	91,6	74,1	126,6	22,6	424,1
			Arbeitslose (Tausend)				
1990 Dez	89,6	101,1	113,4	106,9	164,4	66,8	642,2
1991 Sep	137,5	159,8	193,2	164,3	274,3	99,7	1 028,8
1992 Sep	150,4	173,3	211,4	184,0	302,6	89,1	1 110,8
1993 Sep	145,9	181,8	229,9	195,7	326,2	79,8	1 159,2
1994 Sep	129,4	163,5	204,5	174,7	293,8	75,0	1 040,9
			Arbeitslosenquote in vH[6])				
1990 Dez	*8,7*	*7,4*	*7,0*	*7,3*	*6,2*	*9,3*	*7,3*
1991 Sep	*13,4*	*11,7*	*12,0*	*11,3*	*10,4*	*14,0*	*11,7*
1992 Sep	*17,3*	*14,7*	*16,2*	*15,5*	*14,2*	*14,7*	*15,3*
1993 Sep	*16,8*	*15,4*	*17,6*	*16,5*	*15,4*	*13,2*	*15,9*
1994 Sep	*15,3*	*14,0*	*16,0*	*15,1*	*14,3*	*12,1*	*14,6*
			Kurzarbeiter (Tausend)				
1990 Dez	177,6	288,3	369,3	316,1	565,4	77,3	1 794,0
1991 Sep	142,7	208,0	274,2	249,1	403,4	56,0	1 333,4
1992 Sep	14,8	37,8	49,1	48,0	94,3	7,6	251,5
1993 Sep	6,0	18,6	31,3	34,3	49,5	3,8	143,4
1994 Sep	4,0	15,4	16,4	13,7	21,0	2,1	72,6
			Personen in ABM (Tausend)				
1991 Sep	43,6	47,5	59,5	56,4	93,6	12,4	313,0
1992 Sep	42,1	55,7	88,1	63,2	97,2	28,6	374,9
1993 Sep	27,8	20,8	29,0	21,2	47,4	15,7	161,9
1994 Sep	36,0	31,2	45,2	35,6	55,1	12,2	215,4

[1]) An Deutschland.
[2]) Jeweils Stand am Jahresende.
[3]) Ende des Berichtszeitraums. — Quelle: BA.
[4]) Ergebnisse der vierteljährlichen Beschäftigtenstatistik auf Totalbasis (Wartezeit für die Auswertung 6 Monate).
[5]) In Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[6]) Arbeitslose in vH der zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

noch Tabelle 22 *

Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin-Ost	Insgesamt
	Personen in beruflicher Weiterbildung (Tausend)[1]						
1991 Sep	46,9	51,3	57,7	63,0	96,0	36,8	350,5
1992 Sep	61,0	70,2	85,5	88,5	148,3	37,6	490,6
1993 Sep	48,2	42,9	52,9	56,2	106,8	17,6	324,7
1994 Sep	41,0	34,9	45,4	38,9	79,2	15,9	255,2
	Gewerbeanmeldungen (Januar 1991 bis September 1994)						
Insgesamt	88 729	137 961	135 110	141 103	248 962	75 119	827 047
Anteil in vH	*10,7*	*16,7*	*16,3*	*17,1*	*30,1*	*9,1*	*100*
	Gewerbeabmeldungen (Januar 1991 bis September 1994)						
Insgesamt	44 199	73 426	71 358	77 975	127 858	34 694	429 510
Anteil in vH	*10,3*	*17,1*	*16,6*	*18,2*	*29,8*	*8,1*	*100*
	Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten (DM)						
	Industrie, insgesamt[2]						
1991 Jan	1 837	1 879	1 870	1 814	1 778	1 924	1 836
Okt	2 403	2 348	2 362	2 162	2 312	2 484	2 323
1992 Jan	2 547	2 589	2 570	2 435	2 438	2 671	2 519
Okt	3 136	3 175	3 039	2 966	3 030	3 329	3 081
1993 Jan	3 192	3 217	3 091	3 019	3 069	3 429	3 133
Okt	3 707	3 717	3 599	3 491	3 542	4 003	3 627
1994 Jan	3 781	3 798	3 536	3 534	3 588	4 105	3 657
	Hoch- und Tiefbau[3]						
1991 Jan	2 195	2 197	2 311	2 242	2 373	2 654	2 313
Okt	3 076	3 037	3 079	3 017	3 177	3 326	3 111
1992 Jan	3 144	3 056	3 162	3 082	3 155	3 645	3 169
Okt	3 623	3 566	3 655	3 766	3 725	4 131	3 701
1993 Jan	3 692	3 592	3 722	3 828	3 719	4 200	3 744
Okt	4 109	4 008	4 213	4 143	4 245	4 715	4 194
1994 Jan	4 127	4 147	4 229	4 146	4 242	4 788	4 227
	Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
1991 Jan	1 517	1 506	1 505	1 544	1 538	.	1 565
Okt	1 983	1 875	1 966	2 078	1 985	.	1 994
1992 Jan	2 248	2 128	2 074	2 231	2 115	2 304	2 159
Okt	2 679	2 637	2 618	2 696	2 624	2 801	2 658
1993 Jan	2 783	2 736	2 742	2 767	2 753	2 893	2 768
Okt	3 114	3 079	3 073	3 096	3 103	3 312	3 115
1994 Jan	3 221	3 160	3 152	3 207	3 188	3 383	3 203
	Bruttoinlandsprodukt (Mrd DM)[4]						
	in jeweiligen Preisen						
1990 2. Hj.	11,2	16,7	18,0	13,8	27,8	10,2	(95,2)
1991	20,5	31,8	32,7	25,3	53,2	17,4	(180,9)
1992	26,9	39,0	42,6	33,8	68,4	22,6	(233,4)
1993	31,5	45,1	49,9	41,7	81,5	25,8	(275,5)
	in Preisen von 1991						
1990 2. Hj.	12,8	19,4	20,4	15,6	31,4	11,9	(105,2)
1991	20,5	31,8	32,7	25,3	53,2	17,4	(180,9)
1992	22,6	33,2	36,3	28,5	58,5	19,3	(198,4)
1993	24,1	35,1	38,6	31,9	63,1	19,7	(212,5)

[1]) Wohnortprinzip. — 1991 und 1992 Schätzung der BA.
[2]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
[3]) Einschließlich Handwerk.
[4]) Bei den Daten für 1991 und 1992 handelt es sich um vorläufige Berechnungen nach dem Stand September 1993 und für 1993 nach dem Stand März 1994.

Tabelle 23*

Sozialproduktsberechnung für Deutschland und die neuen Bundesländer[1])

Mrd DM

a) Verwendung

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr[2])	Einfuhr[2])	Außenbeitrag[3])	Bruttoinlandsprodukt
			zusammen	Ausrüstungen	Bauten					
	In jeweiligen Preisen									
	Deutschland									
1991	1 628,38	554,21	655,30	305,73	349,57	19,38	714,16	717,83	– 3,67	2 853,60
1992	1 754,82	612,77	713,27	304,17	409,10	– 0,05	720,85	726,06	– 5,21	3 075,60
1993	1 832,18	623,04	701,83	263,63	438,20	– 7,28	682,04	672,71	9,33	3 159,10
1990 2. Hj.	767,63	274,05	304,55	140,40	164,15	–14,85	363,72	333,70	30,02	1 361,40
1991 1. Hj.	782,12	247,52	307,03	143,48	163,55	32,83	350,58	352,48	– 1,90	1 367,60
2. Hj.	846,26	306,69	348,27	162,25	186,02	–13,45	363,58	365,35	– 1,77	1 486,00
1992 1. Hj.	844,06	276,62	342,39	147,45	194,94	22,40	359,72	362,09	– 2,37	1 483,10
2. Hj.	910,76	336,15	370,88	156,72	214,16	–22,45	361,13	363,97	– 2,84	1 592,50
1993 1. Hj.	881,52	285,24	335,66	126,34	209,32	9,99	335,75	328,66	7,09	1 519,50
2. Hj.	950,66	337,80	366,17	137,29	228,88	–17,27	346,29	344,05	2,24	1 639,60
1994 1. Hj.	923,36	291,19	354,57	123,33	231,24	20,37	355,93	345,32	10,61	1 600,10
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost									
1991	179,61	87,69	92,08	41,83	50,25	– 1,05	46,86	199,19	–152,33	206,00
1992	218,50	109,91	126,40	46,62	79,78	2,54	52,08	246,83	–194,75	262,60
1993	243,28	114,56	150,03	50,30	99,73	4,24	54,90	261,61	–206,71	305,40
1990 2. Hj.	81,92	37,33	34,37	13,22	21,15	– 9,69	30,02	78,65	– 48,63	95,30
1991 1. Hj.	81,21	32,96	41,39	18,70	22,69	– 0,39	20,85	88,82	– 67,97	87,20
2. Hj.	98,40	54,73	50,69	23,13	27,56	– 0,66	26,01	110,37	– 84,36	118,80
1992 1. Hj.	102,67	45,98	59,59	21,98	37,61	3,43	25,53	120,10	– 94,57	117,10
2. Hj.	115,83	63,93	66,81	24,64	42,17	– 0,89	26,55	126,73	–100,18	145,50
1993 1. Hj.	115,22	49,80	69,85	23,10	46,75	2,81	25,67	123,65	– 97,98	139,70
2. Hj.	128,06	64,76	80,18	27,20	52,98	1,43	29,23	137,96	–108,73	165,70
1994 1. Hj.	124,06	53,07	84,19	25,22	58,97	3,75	30,36	136,93	–106,57	158,50
	In Preisen von 1991									
	Deutschland									
1991	1 628,38	554,21	655,30	305,73	349,57	19,38	714,16	717,83	– 3,67	2 853,60
1992	1 677,35	579,04	682,63	298,37	384,26	3,23	715,90	741,75	– 25,85	2 916,40
1993	1 685,28	572,31	652,24	257,09	395,15	– 1,83	671,87	696,27	– 24,40	2 883,60
1990 2. Hj.	798,51	280,33	317,32	143,69	173,63	–16,71	366,45	340,70	25,75	1 405,20
1991 1. Hj.	793,24	264,78	310,51	144,37	166,14	32,13	352,45	353,91	– 1,46	1 399,20
2. Hj.	835,14	289,43	344,79	161,36	183,43	–12,75	361,71	363,92	– 2,21	1 454,40
1992 1. Hj.	810,40	279,82	329,84	144,69	185,15	22,88	357,92	367,16	– 9,24	1 433,70
2. Hj.	866,95	299,22	352,79	153,68	199,11	–19,65	357,98	374,59	– 16,61	1 482,70
1993 1. Hj.	813,58	276,70	312,70	123,01	189,69	10,87	331,71	339,76	– 8,05	1 405,80
2. Hj.	871,70	295,61	339,54	134,08	205,46	–12,70	340,16	356,51	– 16,35	1 477,80
1994 1. Hj.	828,12	277,39	324,79	119,81	204,98	23,82	349,23	358,85	– 9,62	1 444,50
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost									
1991	179,61	87,69	92,08	41,83	50,25	– 1,05	46,86	199,19	–152,33	206,00
1992	196,93	93,72	117,67	45,61	72,06	3,70	51,69	241,61	–189,92	222,10
1993	202,27	92,59	134,21	48,80	85,41	5,15	54,55	253,77	–199,22	235,00
1990 2. Hj.	91,62	43,37	36,61	13,52	23,09	–13,14	30,22	81,28	– 51,06	107,40
1991 1. Hj.	84,65	39,09	42,12	18,82	23,30	– 0,74	21,05	89,67	– 68,62	96,50
2. Hj.	94,96	48,60	49,96	23,01	26,95	– 0,31	25,81	109,52	– 83,71	109,50
1992 1. Hj.	92,93	43,71	55,95	21,54	34,41	3,76	25,35	118,00	– 92,65	103,70
2. Hj.	104,00	50,01	61,72	24,07	37,65	– 0,06	26,34	123,61	– 97,27	118,40
1993 1. Hj.	95,99	43,54	62,65	22,35	40,30	2,77	25,46	120,11	– 94,65	110,30
2. Hj.	106,28	49,05	71,56	26,45	45,11	2,38	29,09	133,66	–104,57	124,70
1994 1. Hj.	99,96	44,32	73,64	24,32	49,32	6,17	29,92	133,91	–103,99	120,10

[1]) Angaben für das frühere Bundesgebiet siehe Tabellen 35*, 27*, 41*. — [2]) Neue Bundesländer und Berlin-Ost einschließlich innerdeutscher Transaktionen. — [3]) Ausfuhr minus Einfuhr. — [4]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [5]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

noch Tabelle 23*

Sozialproduktsberechnung für Deutschland und die neuen Bundesländer[1])

Mrd DM

b) Entstehung

Bruttowertschöpfung							Bruttoinlandsprodukt[8])	Einkommen aus der übrigen Welt[9])	Bruttosozialprodukt	Zeitraum	
unbereinigt						bereinigt[7])					
zusammen	davon										
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr[4])	Dienstleistungsunternehmen[5])	Staat, private Haushalte[6])						
In jeweiligen Preisen											
Deutschland											
2 763,75	40,91	1 078,48	416,50	842,86	385,00	2 639,74	2 853,60	28,40	2 882,00	1991	
2 982,08	39,92	1 119,64	439,64	958,90	423,98	2 845,24	3 075,60	17,60	3 093,20	1992	
3 058,36	35,93	1 086,25	444,39	1 048,94	442,85	2 912,25	3 159,10	−1,50	3 157,60	1993	
1 313,31	34,44	519,22	198,30	374,26	187,09	1 258,03	1 361,40	14,40	1 375,80	1990	2. Hj.
1 323,15	6,70	534,46	204,84	403,91	173,24	1 263,10	1 367,60	15,00	1 382,60	1991	1. Hj.
1 440,60	34,21	544,02	211,66	438,95	211,76	1 376,64	1 486,00	13,40	1 499,40		2. Hj.
1 434,71	8,36	556,90	216,35	464,76	188,34	1 367,82	1 483,10	9,60	1 492,70	1992	1. Hj.
1 547,37	31,56	562,74	223,29	494,14	235,64	1 477,42	1 592,50	8,00	1 600,50		2. Hj.
1 469,72	8,71	533,04	217,04	509,35	201,58	1 397,92	1 519,50	4,80	1 524,30	1993	1. Hj.
1 588,64	27,22	553,21	227,35	539,59	241,27	1 514,33	1 639,60	−6,30	1 633,30		2. Hj.
1 543,56	8,43	555,85	222,83	550,75	205,70	1 466,78	1 600,10	−6,00	1 594,10	1994	1. Hj.
Neue Bundesländer und Berlin-Ost											
208,27	7,03	76,27	29,85	45,89	49,23	195,50	206,00	8,00	214,00	1991	
262,64	7,10	91,06	33,75	66,99	63,74	249,87	262,60	10,80	273,40	1992	
303,00	6,64	105,12	38,79	84,18	68,27	290,00	305,40	9,40	314,80	1993	
94,82	6,89	40,47	17,34	10,60	19,52	89,11	95,30	1,60	96,90	1990	2. Hj.
88,52	−0,07	36,61	14,04	19,18	18,76	82,35	87,20	2,70	89,90	1991	1. Hj.
119,75	7,10	39,66	15,81	26,71	30,47	113,15	118,80	5,30	124,10		2. Hj.
117,72	0,80	42,59	15,87	32,57	25,89	111,49	117,10	5,00	122,10	1992	1. Hj.
144,92	6,30	48,47	17,88	34,42	37,85	138,38	145,50	5,80	151,30		2. Hj.
138,95	1,26	48,88	18,33	41,19	29,29	132,56	139,70	4,60	144,30	1993	1. Hj.
164,05	5,38	56,24	20,46	42,99	38,98	157,44	165,70	4,80	170,50		2. Hj.
155,95	0,80	58,37	19,65	46,29	30,84	149,23	158,50	3,70	162,20	1994	1. Hj.
In Preisen von 1991											
Deutschland											
2 763,75	40,91	1 078,48	416,50	842,86	385,00	2 639,74	2 853,60	28,40	2 882,00	1991	
2 828,92	45,06	1 071,35	426,07	894,55	391,89	2 695,25	2 916,40	16,80	2 933,20	1992	
2 804,65	43,78	1 015,73	425,70	924,49	394,95	2 664,80	2 883,60	−1,10	2 882,50	1993	
1 357,19	36,88	534,27	203,83	393,07	189,14	1 306,67	1 405,20	14,95	1 420,15	1990	2. Hj.
1 354,88	6,75	535,46	205,55	415,00	192,12	1 292,57	1 399,20	15,20	1 414,40	1991	1. Hj.
1 408,87	34,16	543,02	210,95	427,86	192,88	1 347,17	1 454,40	13,20	1 467,60		2. Hj.
1 389,28	6,56	536,11	208,94	442,47	195,20	1 322,16	1 433,70	9,30	1 443,00	1992	1. Hj.
1 439,64	38,50	535,24	217,13	452,08	196,69	1 373,09	1 482,70	7,50	1 490,20		2. Hj.
1 366,91	8,01	498,39	207,45	456,21	196,85	1 297,34	1 405,80	4,60	1 410,40	1993	1. Hj.
1 437,74	35,77	517,34	218,25	468,28	198,10	1 367,46	1 477,80	−5,70	1 472,10		2. Hj.
1 402,71	7,90	512,34	209,30	475,34	197,83	1 328,02	1 444,50	−5,50	1 439,00	1994	1. Hj.
Neue Bundesländer und Berlin-Ost											
208,27	7,03	76,27	29,85	45,89	49,23	195,50	206,00	8,00	214,00	1991	
224,57	7,49	84,08	30,74	53,62	48,64	210,80	222,10	10,10	232,20	1992	
237,61	7,77	91,85	34,23	56,06	47,70	223,21	235,00	8,50	243,50	1993	
106,36	7,37	42,86	17,87	14,03	24,23	108,97	107,40	1,75	109,15	1990	2. Hj.
97,88	0,06	37,31	14,24	21,29	24,98	91,47	96,50	2,70	99,20	1991	1. Hj.
110,39	6,97	38,96	15,61	24,60	24,25	104,03	109,50	5,30	114,80		2. Hj.
105,67	0,41	40,02	14,60	26,35	24,29	98,76	103,70	4,70	108,40	1992	1. Hj.
118,90	7,08	44,06	16,14	27,27	24,35	112,04	118,40	5,40	123,80		2. Hj.
111,98	0,95	43,20	16,39	27,51	23,93	104,82	110,30	4,20	114,50	1993	1. Hj.
125,63	6,82	48,65	17,84	28,55	23,77	118,39	124,70	4,30	129,00		2. Hj.
121,08	0,70	49,76	17,44	29,53	23,65	113,39	120,10	3,40	123,50	1994	1. Hj.

[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [7]) Summe der Bruttowertschöpfung nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. — [8]) Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich nichtabziehbare Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. — [9]) Aus der übrigen Welt empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

noch Tabelle 23 *

Sozialproduktsberechnung für Deutschland und die neuen Bundesländer [1])

c) Einkommen und Erwerbstätigkeit

	1991	1992	1993	1990	1991		1992		1993		1994
				2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
	Mrd DM										
	Deutschland										
Einkommen											
Nettolohn- und -gehaltssumme	898,37	950,91	968,31	.	419,78	478,59	437,64	513,27	451,59	516,72	453,48
+ Abzüge	413,99	464,13	473,62	.	184,65	229,34	214,30	249,83	220,34	253,28	229,90
= Bruttolohn- und -gehaltssumme	1 312,36	1 415,04	1 441,93	638,42	604,43	707,93	651,94	763,10	671,93	770,00	683,38
+ Arbeitgeberbeiträge	297,61	323,30	335,91	.	138,62	158,99	150,30	173,00	158,07	177,84	165,53
= Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 609,97	1 738,34	1 777,84	.	743,05	866,92	802,24	936,10	830,00	947,84	848,91
+ Einkommen aus Unternehmen und Vermögen	617,66	629,23	608,13	.	325,44	292,22	334,01	295,22	314,18	293,95	338,51
= Volkseinkommen	2 227,63	2 367,57	2 385,97	.	1 068,49	1 159,14	1 136,25	1 231,32	1 144,18	1 241,79	1 187,42
+ indirekte Steuern abzüglich Subventionen	289,82	325,84	344,79	.	136,32	153,50	160,10	165,74	169,08	175,71	186,14
+ lfd. Übertragungen aus der übrigen Welt (Saldo)	– 56,25	– 48,45	– 51,46	.	– 31,13	– 25,12	– 24,28	– 24,17	– 23,61	– 27,85	– 28,72
= Verfügbares Einkommen der inländischen Sektoren	2 461,20	2 644,96	2 679,30	.	1 173,68	1 287,52	1 272,07	1 372,89	1 289,65	1 389,65	1 344,84
Nachrichtlich:											
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 865,15	2 014,14	2 088,94	876,76	895,08	970,07	966,56	1 047,58	1 007,91	1 081,03	1 041,87
dar.: empfangene laufende Übertragungen	471,33	526,48	566,05	.	226,45	244,88	253,74	272,74	274,93	291,12	287,13
Ersparnis der privaten Haushalte	236,77	259,32	256,76	109,13	112,96	123,81	122,50	136,82	126,39	130,37	118,51
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost										
Nettolohn- und -gehaltssumme	**119,44**	**134,42**	**142,84**	**.**	**53,06**	**66,38**	**60,20**	**74,22**	**65,02**	**77,82**	**69,52**
+ Abzüge	**38,24**	**53,94**	**59,61**	**.**	**15,76**	**22,48**	**23,26**	**30,68**	**26,76**	**32,85**	**30,25**
= Bruttolohn- und -gehaltssumme	157,68	188,36	202,45	66,20	68,82	88,86	83,46	104,90	91,78	110,67	99,77
+ Arbeitgeberbeiträge	30,05	36,43	39,47	.	13,32	16,73	16,38	20,05	18,14	21,33	20,17
= Einkommen aus unselbständiger Arbeit	187,73	224,79	241,92	.	82,14	105,59	99,84	124,95	109,92	132,00	119,94
+ Einkommen aus Unternehmen und Vermögen	– 3,58	2,07	14,82	.	– 7,04	3,46	0,69	1,38	6,72	8,10	7,76
= Volkseinkommen	184,15	226,86	256,74	.	75,10	109,05	100,53	126,33	116,64	140,10	127,70
+ indirekte Steuern abzüglich Subventionen	– 1,86	6,44	10,38	.	– 0,03	– 1,83	2,46	3,98	4,67	5,71	7,89
+ lfd. Übertragungen aus der übrigen Welt (Saldo)	93,85	109,23	113,06	.	50,34	43,51	51,01	58,22	56,30	56,76	54,54
= Verfügbares Einkommen der inländischen Sektoren	276,14	342,53	380,18	.	125,41	150,73	154,00	188,53	177,61	202,57	190,13
Nachrichtlich:											
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	194,07	250,70	277,64	83,09	82,43	111,64	115,75	134,95	130,52	147,12	138,36
dar.: empfangene laufende Übertragungen	70,10	95,11	107,09	.	32,31	37,79	44,08	51,03	51,05	56,04	55,97
Ersparnis der privaten Haushalte	14,46	32,20	34,36	1,17	1,22	13,24	13,08	19,12	15,30	19,06	14,30
	Durchschnitt in 1 000										
	Deutschland										
Erwerbstätigkeit											
Erwerbspersonen	39 166	38 909	38 682	39 380	39 187	39 145	38 944	38 874	38 605	38 759	38 673
– Arbeitslose	2 602	2 978	3 419	2 195	2 532	2 672	2 993	2 963	3 340	3 498	3 847
= Erwerbstätige Inländer	36 564	35 931	35 263	37 185	36 655	36 473	35 951	35 911	35 265	35 261	34 826
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	3 425	3 484	3 516	3 323	3 403	3 447	3 474	3 494	3 510	3 522	3 533
beschäftigte Arbeitnehmer	33 139	32 447	31 747	33 862	33 252	33 026	32 477	32 417	31 755	31 739	31 293
+ Einpendler abzüglich Auspendler	– 53	– 16	4	– 77	– 67	– 39	– 32	0	– 2	10	– 18
= Erwerbstätige im Inland	36 511	35 915	35 267	37 108	36 588	36 434	35 919	35 911	35 263	35 271	34 808
dar.: beschäftigte Arbeitnehmer im Inland	33 086	32 431	31 751	33 785	33 185	32 987	32 445	32 417	31 753	31 749	31 275
Nachrichtlich:											
Bevölkerung (Einwohner)	79 984	80 595	81 180	79 615	79 835	80 134	80 392	80 797	81 079	81 280	...
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost										
Erwerbspersonen	8 503	7 971	7 747	8 892	8 643	8 363	8 072	7 870	7 710	7 783	7 801
– Arbeitslose	913	1 170	1 149	433	796	1 030	1 213	1 127	1 138	1 159	1 229
= Erwerbstätige Inländer	7 590	6 801	6 598	8 459	7 847	7 333	6 859	6 743	6 572	6 624	6 572
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	371	417	452	288	355	387	405	429	443	461	474
beschäftigte Arbeitnehmer	7 219	6 384	6 146	8 171	7 492	6 946	6 454	6 314	6 129	6 163	6 098
+ Einpendler abzüglich Auspendler	– 269	– 338	– 325	– 136	– 227	– 311	– 337	– 339	– 326	– 324	– 325
= Erwerbstätige im Inland	7 321	6 463	6 273	8 323	7 620	7 022	6 522	6 404	6 246	6 300	6 247
dar.: beschäftigte Arbeitnehmer im Inland	6 950	6 046	5 821	8 035	7 265	6 635	6 117	5 975	5 803	5 839	5 773
Nachrichtlich:											
Bevölkerung (Einwohner)	15 910	15 730	15 648	16 089	15 972	15 848	15 755	15 704	15 670	15 625	...

[1]) Angaben für das frühere Bundesgebiet siehe Tabellen 21 *, 24 *, 27 *, 29 *, 34 *.

Tabelle 24*

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen

Früheres Bundesgebiet
Tausend

Jahr[1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Erwerbstätige[5]									
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 668	2 128	12 951	550	10 051	2 350	4 769	3 039	3 113	668
1972	26 774	2 034	12 753	531	9 862	2 360	4 872	3 132	3 264	719
1973	27 066	1 946	12 808	514	9 926	2 368	4 950	3 233	3 373	756
1974	26 738	1 845	12 399	508	9 690	2 201	4 918	3 341	3 483	752
1975	26 020	1 749	11 624	503	9 097	2 024	4 872	3 424	3 583	768
1976	25 882	1 617	11 405	497	8 892	2 016	4 887	3 528	3 644	801
1977	25 919	1 534	11 421	497	8 927	1 997	4 878	3 579	3 678	829
1978	26 130	1 493	11 409	490	8 906	2 013	4 912	3 692	3 764	860
1979	26 568	1 410	11 580	486	9 011	2 083	4 981	3 840	3 863	894
1980	26 980	1 403	11 721	493	9 094	2 134	5 032	3 970	3 929	925
1981	26 951	1 368	11 528	500	8 930	2 098	5 033	4 080	3 991	951
1982	26 630	1 322	11 177	502	8 669	2 006	4 978	4 151	4 025	977
1983	26 251	1 280	10 842	502	8 379	1 961	4 899	4 180	4 054	996
1984	26 293	1 239	10 791	496	8 341	1 954	4 907	4 264	4 066	1 026
1985	26 489	1 196	10 800	492	8 445	1 863	4 919	4 391	4 118	1 065
1986	26 856	1 177	10 912	492	8 580	1 840	4 956	4 518	4 182	1 111
1987	27 050	1 125	10 889	490	8 585	1 814	5 012	4 654	4 226	1 144
1988	27 261	1 078	10 862	483	8 569	1 810	5 079	4 818	4 247	1 177
1989	27 658	1 028	10 997	472	8 692	1 833	5 158	4 992	4 273	1 210
1990	28 479	995	11 309	466	8 932	1 911	5 314	5 294	4 305	1 262
1991	29 190	970	11 451	460	9 061	1 930	5 547	5 592	4 307	1 323
1992	29 452	930	11 303	451	8 899	1 953	5 655	5 841	4 342	1 381
1993	28 994	879	10 777	441	8 373	1 963	5 605	5 986	4 329	1 418
	Beschäftigte Arbeitnehmer[5]									
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 501	284	12 224	549	9 540	2 135	3 935	2 277	3 113	668
1972	22 740	275	12 040	530	9 364	2 146	4 066	2 376	3 264	719
1973	23 128	267	12 114	513	9 444	2 157	4 147	2 471	3 373	756
1974	22 945	259	11 727	507	9 226	1 994	4 140	2 584	3 483	752
1975	22 377	252	10 983	502	8 657	1 824	4 115	2 676	3 583	768
1976	22 420	243	10 783	496	8 475	1 812	4 150	2 799	3 644	801
1977	22 597	248	10 817	496	8 526	1 795	4 169	2 856	3 678	829
1978	22 872	252	10 824	489	8 520	1 815	4 212	2 960	3 764	860
1979	23 388	254	11 000	485	8 627	1 888	4 281	3 096	3 863	894
1980	23 818	254	11 150	492	8 717	1 941	4 336	3 224	3 929	925
1981	23 825	250	10 967	499	8 562	1 906	4 347	3 319	3 991	951
1982	23 544	250	10 624	501	8 310	1 813	4 294	3 374	4 025	977
1983	23 197	249	10 301	501	8 024	1 776	4 207	3 390	4 054	996
1984	23 251	251	10 254	495	7 988	1 771	4 205	3 449	4 066	1 026
1985	23 455	248	10 270	491	8 097	1 682	4 209	3 545	4 118	1 065
1986	23 806	243	10 387	491	8 235	1 661	4 245	3 638	4 182	1 111
1987	24 034	233	10 378	489	8 254	1 635	4 295	3 758	4 226	1 144
1988	24 260	230	10 349	482	8 239	1 628	4 362	3 895	4 247	1 177
1989	24 647	226	10 470	471	8 351	1 648	4 436	4 032	4 273	1 210
1990	25 453	231	10 774	465	8 582	1 727	4 583	4 298	4 305	1 262
1991	26 136	235	10 905	459	8 700	1 746	4 806	4 560	4 307	1 323
1992	26 385	232	10 747	450	8 529	1 768	4 906	4 777	4 342	1 381
1993	25 930	226	10 211	440	7 997	1 774	4 851	4 895	4 329	1 418

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5] Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Tabelle 25 *

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
	Wohnbevölkerung [1] [2]						
Europa	3 644 090	3 846 512	4 103 108	4 389 498	4 856 428	5 367 074	5 678 425
Belgien	17 353	17 854	18 697	20 640	21 618	21 986	22 438
Dänemark	12 072	12 519	13 429	15 208	16 833	18 252	19 602
Frankreich	68 883	71 773	77 602	83 248	88 880	90 877	94 160
Griechenland	256 396	274 793	293 649	314 451	336 893	345 902	351 976
Großbritannien	80 669	83 010	85 748	94 776	103 185	103 499	111 748
Irland	7 210	8 360	8 872	10 287	12 854	13 761	14 688
Italien	499 562	508 656	519 548	548 331	560 090	557 709	563 009
Luxemburg	4 446	4 542	4 764	5 175	5 361	5 405	5 465
Niederlande	95 690	96 881	101 238	110 970	113 332	113 552	113 758
Portugal	69 327	71 068	74 890	84 611	92 991	98 918	105 572
Spanien	128 777	126 402	126 963	134 731	135 234	133 847	133 160
EG-Länder	1 240 385	1 275 858	1 325 400	1 422 428	1 487 271	1 503 708	1 535 576
Ehemaliges Jugoslawien	551 614	579 073	610 499	652 492	775 082	915 636	1 236 330
Österreich	150 037	155 132	171 093	181 290	186 885	185 278	186 302
Polen	120 550	171 514	220 443	241 339	271 198	285 553	260 514
Schweiz	25 905	26 703	29 573	30 610	32 970	33 788	35 023
Ehemalige Tschechoslowakei	25 731	27 869	31 695	33 555	46 702	63 274	51 954
Türkei	1 453 708	1 523 678	1 612 623	1 675 911	1 779 586	1 854 945	1 918 395
Ungarn	21 837	26 568	31 627	35 065	56 401	61 436	62 195
Übriges Europa	54 323	60 117	70 155	116 808	220 333	463 456	392 136
Afrika	126 435	136 749	163 579	188 276	236 423	283 949	302 068
Ägypten	7 491	8 091	8 640	9 387	11 185	12 605	13 659
Marokko	47 310	52 069	61 848	67 458	75 145	80 278	82 803
Übriges Afrika	71 634	76 589	93 091	111 431	150 093	191 066	205 606
Amerika	113 593	120 680	132 233	141 313	160 564	168 811	176 481
Kanada	7 182	7 413	8 021	8 348	9 168	9 584	10 073
Vereinigte Staaten	75 625	79 604	85 707	90 657	99 712	104 368	107 834
Übriges Amerika	30 786	33 663	38 505	42 308	51 684	54 859	58 574
Asien	302 966	330 184	386 444	453 133	553 383	599 519	644 649
Indien	21 420	21 352	23 896	27 519	32 759	35 517	36 023
Iran	65 647	73 032	81 331	89 679	97 924	99 069	101 517
Israel	7 043	7 384	7 793	8 469	9 739	9 807	9 915
Japan	16 636	18 090	20 094	21 683	25 195	26 492	27 076
Jordanien	9 425	9 749	10 384	11 152	12 533	12 597	12 653
Pakistan	15 518	17 137	19 690	23 233	28 157	32 197	34 357
Übriges Asien	167 277	183 440	223 256	271 398	347 076	383 840	423 108
Australien und Ozeanien	5 360	5 653	6 164	6 917	7 981	9 124	8 754
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	48 088	49 327	54 354	62 664	67 488	65 057	67 740
Insgesamt	4 240 532	4 489 105	4 845 882	5 241 801	5 882 267	6 495 792	6 878 117

[1]) Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.
[2]) Bis 1989 und 1991 bis 1993: Stand 31. Dezember; für 1990: Stand 30. September.

Tabelle 25*

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	Staatsangehörigkeit
			Beschäftigte[3][4]				
1 443 022	1 467 034	1 520 488	1 592 792	1 678 493	1 780 410	1 916 989	Europa
6 879	6 778	6 813	6 785	6 934	6 760	9 269	Belgien
2 407	2 421	2 639	2 786	2 906	3 247	5 083	Dänemark
38 639	38 581	41 331	42 826	44 541	44 683	60 752	Frankreich
100 913	98 759	101 652	105 448	105 233	102 831	120 347	Griechenland
32 899	35 047	36 528	38 515	40 396	42 363	42 851	Großbritannien
1 493	1 707	1 956	2 097	2 318	2 725	3 938	Irland
181 696	178 035	178 933	175 148	171 809	165 050	194 416	Italien
969	995	983	947	886	879	1 223	Luxemburg
26 349	25 843	26 019	25 709	25 758	25 893	36 285	Niederlande
35 802	37 196	38 894	41 897	46 294	44 521	49 780	Portugal
64 046	63 088	61 555	61 300	60 690	54 922	55 340	Spanien
492 092	488 450	497 303	503 458	507 765	493 874	579 284	EG-Länder
292 054	295 549	300 934	312 974	325 258	375 082	417 548	Ehemaliges Jugoslawien
83 306	86 021	88 701	91 380	93 352	94 333	93 155	Österreich
16 786	20 286	25 383	35 106	45 615	56 477	72 326	Polen
7 793	7 999	8 245	8 518	8 784	9 253	9 649	Schweiz
10 315	10 971	11 586	13 394	20 927	32 258	34 064	Ehemalige Tschechoslowakei
518 423	533 766	561 806	594 586	632 324	652 097	631 837	Türkei
7 168	7 806	8 781	10 912	13 433	15 154	15 549	Ungarn
15 085	16 186	17 749	22 464	31 035	51 882	63 577	Übriges Europa
35 279	37 521	40 438	44 683	52 320	63 183	65 292	Afrika
1 901	2 035	2 142	2 277	2 608	2 928	2 981	Ägypten
15 199	15 896	16 681	17 957	19 520	21 444	22 056	Marokko
18 179	19 590	21 615	24 449	30 192	38 811	40 255	Übriges Afrika
30 018	32 691	34 798	38 448	42 197	45 172	46 428	Amerika
2 014	2 110	2 187	2 286	2 435	2 591	2 646	Kanada
20 911	22 880	24 092	26 580	28 980	30 711	31 111	Vereinigte Staaten
7 093	7 701	8 519	9 582	10 782	11 870	12 671	Übriges Amerika
59 914	67 025	73 921	85 836	103 839	123 574	127 991	Asien
6 854	7 249	7 480	7 981	8 788	10 368	10 274	Indien
5 507	6 686	8 192	10 209	12 910	15 383	16 094	Iran
1 723	1 769	1 858	1 954	2 064	2 126	2 173	Israel
3 589	3 476	3 479	4 491	5 188	5 636	5 829	Japan
2 238	2 340	2 381	2 536	2 696	2 915	2 876	Jordanien
3 876	4 412	4 731	5 195	5 856	7 277	7 362	Pakistan
36 127	41 093	45 800	53 470	66 337	79 869	83 383	Übriges Asien
1 933	2 084	2 244	2 464	2 807	2 909	2 908	Australien und Ozeanien
18 693	17 767	17 410	18 030	18 884	20 906	23 971	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 588 859	1 624 122	1 689 299	1 782 253	1 898 540	2 036 154	2 183 579	Insgesamt

[3]) Früheres Bundesgebiet.
[4]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 26*

Bruttowertschöpfung nach
Früheres

Zeitraum[1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen[5]									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	717,53	22,81	360,18	23,93	277,21	59,04	115,52	132,71	74,56	11,75
1972	788,90	24,84	386,61	26,01	295,65	64,95	128,41	151,64	83,73	13,67
1973	882,85	26,77	429,96	29,09	332,58	68,29	140,04	172,61	97,33	16,14
1974	954,43	26,18	454,12	33,08	354,32	66,72	147,30	195,78	112,94	18,11
1975	995,92	28,66	453,08	37,31	352,54	63,23	154,95	216,65	122,86	19,72
1976	1 085,88	31,28	497,48	41,70	387,27	68,51	170,28	235,30	129,81	21,73
1977	1 158,86	32,01	526,03	41,62	411,48	72,93	182,08	255,96	138,75	24,03
1978	1 239,68	32,38	558,39	43,87	435,35	79,17	194,86	279,69	148,22	26,14
1979	1 337,92	31,12	602,79	46,48	467,08	89,23	211,58	304,87	159,07	28,49
1980	1 415,93	30,52	624,78	48,64	476,25	99,89	218,68	338,25	172,39	31,31
1981	1 483,44	32,11	637,83	52,30	485,71	99,82	224,84	371,06	183,69	33,91
1982	1 545,73	36,62	650,40	57,97	496,01	96,42	230,99	402,04	189,59	36,09
1983	1 624,81	33,23	679,72	61,25	519,42	99,05	241,64	436,38	195,74	38,10
1984	1 702,58	34,46	706,30	63,98	542,60	99,72	256,04	465,84	199,95	39,99
1985	1 774,34	31,92	740,19	66,53	578,85	94,81	261,46	490,83	207,26	42,68
1986	1 874,08	34,00	786,48	65,91	620,44	100,13	269,58	520,48	217,12	46,42
1987	1 928,49	30,24	795,04	68,67	624,69	101,68	279,54	548,57	225,82	49,28
1988	2 031,50	33,72	826,76	67,84	652,67	106,25	294,66	592,83	231,86	51,67
1989	2 151,94	37,21	869,97	69,30	686,01	114,66	311,25	640,95	238,64	53,92
1990	2 342,33	36,74	939,40	70,23	741,55	127,62	346,75	707,94	253,20	58,30
1991	2 555,48	33,88	1 002,21	74,12	790,81	137,28	386,65	796,97	271,22	64,55
1992	2 719,44	32,82	1 028,58	76,03	799,89	152,66	405,89	891,91	289,36	70,88
1993	2 755,36	29,29	981,13	73,50	749,04	158,59	405,60	964,76	299,71	74,87
1994 1. Hj.	1 387,61	7,63	497,48	36,90	379,02	81,56	203,18	504,46	139,41	35,45
	Anteil in vH									
1960	*100*	*5,8*	*53,2*	*5,2*	*40,3*	*7,7*	*18,5*	*13,6*	*7,2*	*1,7*
1961	*100*	*5,2*	*53,6*	*4,7*	*40,8*	*8,1*	*18,2*	*13,9*	*7,5*	*1,6*
1962	*100*	*5,2*	*53,3*	*4,5*	*40,3*	*8,5*	*18,5*	*14,0*	*7,5*	*1,5*
1963	*100*	*5,1*	*52,5*	*4,4*	*39,5*	*8,6*	*18,5*	*14,5*	*7,9*	*1,5*
1964	*100*	*4,6*	*53,2*	*4,2*	*39,9*	*9,1*	*18,2*	*14,7*	*7,8*	*1,5*
1965	*100*	*4,4*	*53,0*	*4,0*	*40,2*	*8,8*	*17,9*	*15,2*	*8,1*	*1,5*
1966	*100*	*4,3*	*51,9*	*3,9*	*39,3*	*8,7*	*17,9*	*16,0*	*8,5*	*1,5*
1967	*100*	*4,1*	*50,7*	*3,8*	*38,9*	*8,0*	*17,8*	*17,0*	*8,9*	*1,5*
1968	*100*	*4,4*	*50,7*	*3,8*	*39,4*	*7,5*	*16,5*	*17,6*	*9,2*	*1,6*
1969	*100*	*4,1*	*51,1*	*3,5*	*40,4*	*7,2*	*15,9*	*17,9*	*9,4*	*1,6*
1970	*100*	*3,4*	*51,7*	*3,5*	*40,2*	*8,0*	*16,0*	*17,7*	*9,7*	*1,5*
1971	*100*	*3,2*	*50,2*	*3,3*	*38,6*	*8,2*	*16,1*	*18,5*	*10,4*	*1,6*
1972	*100*	*3,1*	*49,0*	*3,3*	*37,5*	*8,2*	*16,3*	*19,2*	*10,6*	*1,7*
1973	*100*	*3,0*	*48,7*	*3,3*	*37,7*	*7,7*	*15,9*	*19,6*	*11,0*	*1,8*
1974	*100*	*2,7*	*47,6*	*3,5*	*37,1*	*7,0*	*15,4*	*20,5*	*11,8*	*1,9*
1975	*100*	*2,9*	*45,5*	*3,7*	*35,4*	*6,3*	*15,6*	*21,8*	*12,3*	*2,0*
1976	*100*	*2,9*	*45,8*	*3,8*	*35,7*	*6,3*	*15,7*	*21,7*	*12,0*	*2,0*
1977	*100*	*2,8*	*45,4*	*3,6*	*35,5*	*6,3*	*15,7*	*22,1*	*12,0*	*2,1*
1978	*100*	*2,6*	*45,0*	*3,5*	*35,1*	*6,4*	*15,7*	*22,6*	*12,0*	*2,1*
1979	*100*	*2,3*	*45,1*	*3,5*	*34,9*	*6,7*	*15,8*	*22,8*	*11,9*	*2,1*
1980	*100*	*2,2*	*44,1*	*3,4*	*33,6*	*7,1*	*15,4*	*23,9*	*12,2*	*2,2*
1981	*100*	*2,2*	*43,0*	*3,5*	*32,7*	*6,7*	*15,2*	*25,0*	*12,4*	*2,3*
1982	*100*	*2,4*	*42,1*	*3,8*	*32,1*	*6,2*	*14,9*	*26,0*	*12,3*	*2,3*
1983	*100*	*2,0*	*41,8*	*3,8*	*32,0*	*6,1*	*14,9*	*26,9*	*12,0*	*2,3*
1984	*100*	*2,0*	*41,5*	*3,8*	*31,9*	*5,9*	*15,0*	*27,4*	*11,7*	*2,3*
1985	*100*	*1,8*	*41,7*	*3,7*	*32,6*	*5,3*	*14,7*	*27,7*	*11,7*	*2,4*
1986	*100*	*1,8*	*42,0*	*3,5*	*33,1*	*5,3*	*14,4*	*27,8*	*11,6*	*2,5*
1987	*100*	*1,6*	*41,2*	*3,6*	*32,4*	*5,3*	*14,5*	*28,4*	*11,7*	*2,6*
1988	*100*	*1,7*	*40,7*	*3,3*	*32,1*	*5,2*	*14,5*	*29,2*	*11,4*	*2,5*
1989	*100*	*1,7*	*40,4*	*3,2*	*31,9*	*5,3*	*14,5*	*29,8*	*11,1*	*2,5*
1990	*100*	*1,6*	*40,1*	*3,0*	*31,7*	*5,4*	*14,8*	*30,2*	*10,8*	*2,5*
1991	*100*	*1,3*	*39,2*	*2,9*	*30,9*	*5,4*	*15,1*	*31,2*	*10,6*	*2,5*
1992	*100*	*1,2*	*37,8*	*2,8*	*29,4*	*5,6*	*14,9*	*32,8*	*10,6*	*2,6*
1993	*100*	*1,1*	*35,6*	*2,7*	*27,2*	*5,8*	*14,7*	*35,0*	*10,9*	*2,7*
1994 1. Hj.	*100*	*0,5*	*35,9*	*2,7*	*27,3*	*5,9*	*14,6*	*36,4*	*10,0*	*2,6*

[1]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Wirtschaftsbereichen Tabelle 26*

Bundesgebiet

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]	Zeitraum [1]
Mrd DM in Preisen von 1991										
946,60	21,79	453,50	42,71	319,28	91,51	128,11	203,93	110,21	29,06	1960
990,61	19,86	476,66	42,44	338,48	95,74	134,44	213,97	117,36	28,32	1961
1 035,33	21,32	498,56	43,66	355,02	99,88	141,41	222,51	124,46	27,07	1962
1 065,32	22,14	508,93	44,61	362,11	102,21	145,49	230,90	130,28	27,58	1963
1 135,42	21,64	553,86	45,12	393,65	115,09	154,74	243,19	134,36	27,63	1964
1 195,74	20,58	586,71	44,27	423,04	119,40	163,38	256,66	140,83	27,58	1965
1 231,05	21,65	599,24	45,34	430,12	123,78	167,03	267,29	148,11	27,73	1966
1 230,33	23,58	581,41	42,62	420,30	118,49	166,37	277,93	152,39	28,65	1967
1 302,01	25,16	625,86	44,13	463,97	117,76	176,24	288,74	157,11	28,90	1968
1 399,26	24,49	685,95	47,09	518,49	120,37	193,09	304,46	161,90	29,37	1969
1 466,61	25,23	722,27	51,81	544,97	125,49	202,96	314,97	171,44	29,74	1970
1 508,99	26,53	734,56	50,90	550,41	133,25	208,70	329,28	178,98	30,94	1971
1 575,03	26,03	760,72	51,34	567,59	141,79	215,75	351,32	187,78	33,43	1972
1 654,28	28,45	801,45	55,14	603,57	142,74	225,58	366,73	196,78	35,29	1973
1 663,13	29,92	786,65	57,50	597,66	131,49	226,32	378,51	206,06	35,67	1974
1 638,66	28,70	747,28	53,53	570,00	123,75	222,62	390,96	212,34	36,76	1975
1 727,02	27,51	800,94	58,01	613,73	129,20	236,87	408,28	214,87	38,55	1976
1 779,32	29,07	815,62	58,50	625,12	132,00	248,27	428,74	217,52	40,10	1977
1 834,84	29,99	830,80	59,90	636,92	133,98	258,14	449,72	224,39	41,80	1978
1 916,80	28,67	871,32	63,63	669,77	137,92	270,52	471,32	231,51	43,46	1979
1 934,29	29,25	860,04	64,37	656,03	139,64	273,03	489,51	237,36	45,10	1980
1 940,53	29,41	845,24	62,95	648,78	133,51	272,28	504,30	242,78	46,52	1981
1 927,33	34,73	816,53	61,55	626,43	128,55	267,97	516,02	244,27	47,81	1982
1 960,71	32,05	828,93	61,74	636,07	131,12	272,86	532,36	245,76	48,75	1983
2 018,12	34,11	849,70	62,98	655,05	131,67	284,27	551,51	248,42	50,11	1984
2 067,13	31,85	868,14	64,41	679,17	124,56	289,50	573,68	252,02	51,94	1985
2 119,85	35,15	880,18	63,99	689,57	126,62	293,61	601,15	255,61	54,15	1986
2 146,54	32,09	868,55	66,99	677,00	124,56	301,19	629,96	258,96	55,79	1987
2 228,83	34,48	892,43	66,68	698,64	127,11	315,82	666,93	261,70	57,47	1988
2 310,37	34,97	924,57	69,51	722,60	132,46	330,00	699,09	262,62	59,12	1989
2 438,28	36,43	968,44	69,38	762,27	136,79	355,75	749,18	266,91	61,57	1990
2 555,48	33,88	1 002,21	74,12	790,81	137,28	386,65	796,97	271,22	64,55	1991
2 604,35	37,57	987,27	73,91	772,27	141,09	395,33	840,93	275,91	67,34	1992
2 567,04	36,01	923,88	71,20	713,09	139,59	391,47	868,43	278,08	69,17	1993
1 281,63	7,20	462,58	35,35	357,43	69,80	191,86	445,81	138,67	35,51	1994 1. Hj.
Anteil in vH										
100	*2,3*	*47,9*	*4,5*	*33,7*	*9,7*	*13,5*	*21,5*	*11,6*	*3,1*	1960
100	*2,0*	*48,1*	*4,3*	*34,2*	*9,7*	*13,6*	*21,6*	*11,8*	*2,9*	1961
100	*2,1*	*48,2*	*4,2*	*34,3*	*9,6*	*13,7*	*21,5*	*12,0*	*2,6*	1962
100	*2,1*	*47,8*	*4,2*	*34,0*	*9,6*	*13,7*	*21,7*	*12,2*	*2,6*	1963
100	*1,9*	*48,8*	*4,0*	*34,7*	*10,1*	*13,6*	*21,4*	*11,8*	*2,4*	1964
100	*1,7*	*49,1*	*3,7*	*35,4*	*10,0*	*13,7*	*21,5*	*11,8*	*2,3*	1965
100	*1,8*	*48,7*	*3,7*	*34,9*	*10,1*	*13,6*	*21,7*	*12,0*	*2,3*	1966
100	*1,9*	*47,3*	*3,5*	*34,2*	*9,6*	*13,5*	*22,6*	*12,4*	*2,3*	1967
100	*1,9*	*48,1*	*3,4*	*35,6*	*9,0*	*13,5*	*22,2*	*12,1*	*2,2*	1968
100	*1,8*	*49,0*	*3,4*	*37,1*	*8,6*	*13,8*	*21,8*	*11,6*	*2,1*	1969
100	*1,7*	*49,2*	*3,5*	*37,2*	*8,6*	*13,8*	*21,5*	*11,7*	*2,0*	1970
100	*1,8*	*48,7*	*3,4*	*36,5*	*8,8*	*13,8*	*21,8*	*11,9*	*2,1*	1971
100	*1,7*	*48,3*	*3,3*	*36,0*	*9,0*	*13,7*	*22,3*	*11,9*	*2,1*	1972
100	*1,7*	*48,4*	*3,3*	*36,5*	*8,6*	*13,6*	*22,2*	*11,9*	*2,1*	1973
100	*1,8*	*47,3*	*3,5*	*35,9*	*7,9*	*13,6*	*22,8*	*12,4*	*2,1*	1974
100	*1,8*	*45,6*	*3,3*	*34,8*	*7,6*	*13,6*	*23,9*	*13,0*	*2,2*	1975
100	*1,6*	*46,4*	*3,4*	*35,5*	*7,5*	*13,7*	*23,6*	*12,4*	*2,2*	1976
100	*1,6*	*45,8*	*3,3*	*35,1*	*7,4*	*14,0*	*24,1*	*12,2*	*2,3*	1977
100	*1,6*	*45,3*	*3,3*	*34,7*	*7,3*	*14,1*	*24,5*	*12,2*	*2,3*	1978
100	*1,5*	*45,5*	*3,3*	*34,9*	*7,2*	*14,1*	*24,6*	*12,1*	*2,3*	1979
100	*1,5*	*44,5*	*3,3*	*33,9*	*7,2*	*14,1*	*25,3*	*12,3*	*2,3*	1980
100	*1,5*	*43,6*	*3,2*	*33,4*	*6,9*	*14,0*	*26,0*	*12,5*	*2,4*	1981
100	*1,8*	*42,4*	*3,2*	*32,5*	*6,7*	*13,9*	*26,8*	*12,7*	*2,5*	1982
100	*1,6*	*42,3*	*3,1*	*32,4*	*6,7*	*13,9*	*27,2*	*12,5*	*2,5*	1983
100	*1,7*	*42,1*	*3,1*	*32,5*	*6,5*	*14,1*	*27,3*	*12,3*	*2,5*	1984
100	*1,5*	*42,0*	*3,1*	*32,9*	*6,0*	*14,0*	*27,8*	*12,2*	*2,5*	1985
100	*1,7*	*41,5*	*3,0*	*32,5*	*6,0*	*13,9*	*28,4*	*12,1*	*2,6*	1986
100	*1,5*	*40,5*	*3,1*	*31,5*	*5,8*	*14,0*	*29,3*	*12,1*	*2,6*	1987
100	*1,5*	*40,0*	*3,0*	*31,3*	*5,7*	*14,2*	*29,9*	*11,7*	*2,6*	1988
100	*1,5*	*40,0*	*3,0*	*31,3*	*5,7*	*14,3*	*30,3*	*11,4*	*2,6*	1989
100	*1,5*	*39,7*	*2,8*	*31,3*	*5,6*	*14,6*	*30,7*	*10,9*	*2,5*	1990
100	*1,3*	*39,2*	*2,9*	*30,9*	*5,4*	*15,1*	*31,2*	*10,6*	*2,5*	1991
100	*1,4*	*37,9*	*2,8*	*29,7*	*5,4*	*15,2*	*32,3*	*10,6*	*2,6*	1992
100	*1,4*	*36,0*	*2,8*	*27,8*	*5,4*	*15,2*	*33,8*	*10,8*	*2,7*	1993
100	*0,6*	*36,1*	*2,8*	*27,9*	*5,4*	*15,0*	*34,8*	*10,8*	*2,8*	1994 1. Hj.

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung frei von Umsatzsteuer.

Tabelle 27*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Früheres

Mrd

Zeitraum[1]	Bruttowertschöpfung, bereinigt[2]	Nichtabziehbare Umsatzsteuer[3]	Einfuhrabgaben[4]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[5]	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	In jeweiligen Preisen[7]										
1960	297,00	—	5,71	302,71	+ 0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	− 0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	− 0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	− 0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	—	8,17	420,18	− 0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	− 0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	− 0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	− 0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968	496,22	30,99	6,07	533,28	+ 0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+ 0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+ 0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	696,73	45,04	7,98	749,75	+ 0,65	750,40	78,08	672,32	98,69	12,61	586,24
1972	764,87	49,38	8,87	823,12	+ 1,48	824,60	86,73	737,87	110,18	15,78	643,47
1973	855,61	52,26	9,38	917,25	+ 1,55	918,80	95,98	822,82	121,07	18,65	720,40
1974	920,61	54,43	8,89	983,93	− 0,23	983,70	107,78	875,92	125,04	18,86	769,74
1975	959,05	57,31	10,27	1 026,63	+ 1,07	1 027,70	117,24	910,46	130,28	20,39	800,57
1976	1 047,06	61,81	11,63	1 120,50	+ 3,30	1 123,80	125,77	998,03	141,92	22,13	878,24
1977	1 117,16	65,70	12,43	1 195,29	+ 0,31	1 195,60	134,01	1 061,59	152,52	24,63	933,70
1978	1 194,29	76,24	13,02	1 283,55	+ 5,85	1 289,40	144,39	1 145,01	167,56	29,70	1 007,15
1979	1 288,72	87,02	12,70	1 388,44	+ 5,36	1 393,80	157,80	1 236,00	183,16	31,16	1 084,00
1980	1 361,99	96,57	13,48	1 472,04	+ 5,36	1 477,40	175,00	1 302,40	193,47	30,65	1 139,58
1981	1 420,16	100,73	14,08	1 534,97	+ 4,63	1 539,60	190,62	1 348,98	198,29	29,12	1 179,81
1982	1 472,11	101,17	14,81	1 588,09	+ 2,21	1 590,30	203,69	1 386,61	201,68	29,25	1 214,18
1983	1 543,10	109,23	16,21	1 668,54	+ 7,16	1 675,70	214,93	1 460,77	214,39	31,72	1 278,10
1984	1 618,51	115,90	16,48	1 750,89	+12,41	1 763,30	226,37	1 536,93	226,13	36,33	1 347,13
1985	1 690,08	116,66	16,44	1 823,18	+11,32	1 834,50	235,36	1 599,14	230,31	37,94	1 406,77
1986	1 790,39	117,88	17,02	1 925,29	+10,81	1 936,10	243,69	1 692,41	236,17	41,31	1 497,55
1987	1 846,22	125,11	19,15	1 990,48	+12,52	2 003,00	252,30	1 750,70	245,50	44,80	1 550,00
1988	1 946,35	130,10	19,53	2 095,98	+12,02	2 108,00	263,09	1 844,91	257,11	47,74	1 635,54
1989	2 063,53	137,53	23,38	2 224,44	+24,66	2 249,10	279,45	1 969,65	278,33	46,78	1 738,10
1990	2 246,05	154,97	24,98	2 426,00	+22,60	2 448,60	303,01	2 145,59	302,22	48,83	1 892,20
1991	2 444,24	174,08	29,28	2 647,60	+20,40	2 668,00	332,84	2 335,16	337,33	45,65	2 043,48
1992	2 595,37	187,06	30,57	2 813,00	+ 6,80	2 819,80	359,69	2 460,11	364,40	45,00	2 140,71
1993	2 622,25	202,63	28,82	2 853,70	−10,90	2 842,80	379,16	2 463,64	379,30	44,89	2 129,23
1989 1. Hj.	992,45	67,87	11,21	1 071,53	+12,07	1 083,60	137,63	945,97	132,52	20,60	834,05
2. Hj.	1 071,08	69,66	12,17	1 152,91	+12,59	1 165,50	141,82	1 023,68	145,81	26,18	904,05
1990 1. Hj.	1 077,13	71,31	11,46	1 159,90	+ 9,80	1 169,70	148,47	1 021,23	138,88	21,71	904,06
2. Hj.	1 168,92	83,66	13,52	1 266,10	+12,80	1 278,90	154,54	1 124,36	163,34	27,12	988,14
1991 1. Hj.	1 180,75	85,70	13,95	1 280,40	+12,30	1 292,70	162,96	1 129,74	157,56	21,21	993,39
2. Hj.	1 263,49	88,38	15,33	1 367,20	+ 8,10	1 375,30	169,88	1 205,42	179,77	24,44	1 050,09
1992 1. Hj.	1 256,33	94,72	14,95	1 366,00	+ 4,60	1 370,60	177,24	1 193,36	178,14	20,50	1 035,72
2. Hj.	1 339,04	92,34	15,62	1 447,00	+ 2,20	1 449,20	182,45	1 266,75	186,26	24,50	1 104,99
1993 1. Hj.	1 265,36	101,09	13,35	1 379,80	+ 0,20	1 380,00	188,05	1 191,95	183,46	19,05	1 027,54
2. Hj.	1 356,89	101,54	15,47	1 473,90	−11,10	1 462,80	191,11	1 271,69	195,84	25,84	1 101,69
1994 1. Hj.	1 317,55	109,75	14,30	1 441,60	− 9,70	1 431,90	193,93	1 237,97	198,13	19,88	1 059,72

[1]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.

[2]) Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

[3]) Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der ehemaligen DDR [§ 26 Abs. 4 UStG, bis 30. Juni 1990], für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

[4]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

Tabelle 27*

inlandsprodukt, Sozialprodukt
Bundesgebiet
DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt[2])	Nichtabziehbare Umsatzsteuer[3])	Einfuhrabgaben[4])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Nachrichtlich: Produktionspotential[6])	Zeitraum[1])
				In Preisen von 1991					
930,25	64,86	4,89	1 000,00	+ 0,00	1 000,00	78,11	921,89	1 010,96	1960
972,40	68,72	5,18	1 046,30	– 2,90	1 043,40	85,49	957,91	1 066,07	1961
1 015,84	73,04	6,22	1 095,10	– 3,00	1 092,10	93,50	998,60	1 127,75	1962
1 044,18	75,92	5,80	1 125,90	– 3,10	1 122,80	101,43	1 021,37	1 183,61	1963
1 112,33	81,40	7,17	1 200,90	– 4,50	1 196,40	109,58	1 086,82	1 240,71	1964
1 170,72	86,28	8,20	1 265,20	– 6,20	1 259,00	118,19	1 140,81	1 300,05	1965
1 204,08	88,72	7,70	1 300,50	– 6,00	1 294,50	126,68	1 167,82	1 357,87	1966
1 200,82	88,43	7,25	1 296,50	– 5,60	1 290,90	134,16	1 156,74	1 403,39	1967
1 268,14	91,72	7,34	1 367,20	– 2,60	1 364,60	140,94	1 223,66	1 446,69	1968
1 361,97	98,98	8,25	1 469,20	– 3,60	1 465,60	148,60	1 317,00	1 496,54	1969
1 427,49	106,16	9,55	1 543,20	+ 1,90	1 545,10	157,94	1 387,16	1 563,88	1970
1 467,95	111,83	10,62	1 590,40	+ 2,60	1 593,00	168,32	1 424,68	1 635,16	1971
1 529,14	116,95	11,91	1 658,00	+ 4,00	1 662,00	178,80	1 483,20	1 705,73	1972
1 606,34	118,42	12,24	1 737,00	+ 3,70	1 740,70	188,62	1 552,08	1 770,45	1973
1 614,00	116,34	10,06	1 740,40	+ 0,10	1 740,50	196,98	1 543,52	1 817,27	1974
1 588,01	118,48	12,11	1 718,60	+ 2,50	1 721,10	203,65	1 517,45	1 856,85	1975
1 672,87	123,10	14,13	1 810,10	+ 6,00	1 816,10	210,09	1 606,01	1 892,05	1976
1 719,94	127,01	14,65	1 861,60	+ 0,90	1 862,50	216,96	1 645,54	1 934,00	1977
1 770,47	131,70	15,23	1 917,40	+ 9,20	1 926,60	224,43	1 702,17	1 982,50	1978
1 847,92	136,25	14,23	1 998,40	+ 8,10	2 006,50	232,89	1 773,61	2 029,89	1979
1 864,01	138,33	15,66	2 018,00	+ 7,50	2 025,50	241,98	1 783,52	2 082,24	1980
1 868,34	136,03	15,63	2 020,00	+ 6,30	2 026,30	250,50	1 775,80	2 123,11	1981
1 852,99	132,40	15,61	2 001,00	+ 3,10	2 004,10	257,54	1 746,56	2 156,50	1982
1 883,98	135,11	17,11	2 036,20	+ 9,00	2 045,20	265,18	1 780,02	2 184,81	1983
1 939,71	136,32	17,47	2 093,50	+14,90	2 108,40	271,88	1 836,52	2 228,58	1984
1 985,09	132,72	18,19	2 136,00	+13,30	2 149,30	277,54	1 871,76	2 264,77	1985
2 032,93	134,16	19,01	2 186,10	+12,50	2 198,60	283,45	1 915,15	2 316,73	1986
2 054,97	141,53	21,90	2 218,40	+14,20	2 232,60	289,92	1 942,68	2 369,68	1987
2 133,35	145,57	22,08	2 301,00	+13,30	2 314,30	297,26	2 017,04	2 424,74	1988
2 211,50	148,93	23,97	2 384,40	+26,50	2 410,90	306,58	2 104,32	2 481,44	1989
2 332,88	161,62	25,90	2 520,40	+23,50	2 543,90	318,18	2 225,72	2 560,91	1990
2 444,24	174,08	29,28	2 647,60	+20,40	2 668,00	332,84	2 335,16	2 647,60	1991
2 484,45	180,63	29,22	2 694,30	+ 6,70	2 701,00	347,73	2 353,27	2 730,29	1992
2 441,59	179,81	27,20	2 648,60	– 9,60	2 639,00	359,89	2 279,11	2 783,23	1993
1 080,16	73,96	11,68	1 165,80	+13,10	1 178,90	151,98	1 026,92	.	1989 1. Hj.
1 131,34	74,97	12,29	1 218,60	+13,40	1 232,00	154,60	1 077,40	.	2. Hj.
1 135,18	75,45	11,97	1 222,60	+10,30	1 232,90	157,45	1 075,45	.	1990 1. Hj.
1 197,70	86,17	13,93	1 297,80	+13,20	1 311,00	160,73	1 150,27	.	2. Hj.
1 201,10	86,88	14,72	1 302,70	+12,50	1 315,20	164,57	1 150,63	.	1991 1. Hj.
1 243,14	87,20	14,56	1 344,90	+ 7,90	1 352,80	168,27	1 184,53	.	2. Hj.
1 223,40	92,20	14,40	1 330,00	+ 4,60	1 334,60	172,17	1 162,43	.	1992 1. Hj.
1 261,05	88,43	14,82	1 364,30	+ 2,10	1 366,40	175,56	1 190,84	.	2. Hj.
1 192,52	90,23	12,75	1 295,50	+ 0,40	1 295,90	178,75	1 117,15	.	1993 1. Hj.
1 249,07	89,58	14,45	1 353,10	–10,00	1 343,10	181,14	1 161,96	.	2. Hj.
1 214,63	96,05	13,72	1 324,40	– 8,90	1 315,50	182,60	1 132,90	.	1994 1. Hj.

[5]) Produktionssteuern, nichtabziehbare Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.
[6]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates. Nähere Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt A. „Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)", Seiten 282f.
[7]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben frei von Umsatzsteuer.

Tabelle 28*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung
Entstehung des Inlandsprodukts
Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Vierteljahr[1]	Bruttoinlandsprodukt[2]	Bruttowertschöpfung		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Staat, private Haushalte[6]	Nachrichtlich
		bereinigt[3]	unbereinigt						unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
	In jeweiligen Preisen								
1989 1. Vj.	527,23	486,71	508,42	3,61	207,55	73,91	156,11	67,24	21,71
2. Vj.	544,30	505,74	527,48	4,71	219,23	78,19	157,41	67,94	21,74
3. Vj.	553,28	514,78	536,90	17,02	211,51	76,24	162,04	70,09	22,12
4. Vj.	599,63	556,30	579,14	11,87	231,68	82,91	165,39	87,29	22,84
1990 1. Vj.	572,40	530,62	553,84	3,44	227,45	81,76	170,12	71,07	23,22
2. Vj.	587,50	546,51	570,00	5,75	233,20	84,03	174,16	72,86	23,49
3. Vj.	611,20	565,96	590,17	16,92	232,08	87,09	179,51	74,57	24,21
4. Vj.	654,90	602,96	628,32	10,63	246,67	93,87	184,15	93,00	25,36
1991 1. Vj.	624,00	573,44	599,88	2,81	241,16	93,15	189,28	73,48	26,44
2. Vj.	656,40	607,31	634,75	3,96	256,69	97,65	195,45	81,00	27,44
3. Vj.	664,20	614,60	642,91	15,77	247,54	95,25	203,55	80,80	28,31
4. Vj.	703,00	648,89	677,94	11,34	256,82	100,60	208,69	100,49	29,05
1992 1. Vj.	676,70	619,97	649,84	3,38	255,03	99,31	212,44	79,68	29,87
2. Vj.	689,30	636,36	667,15	4,18	259,28	101,17	219,75	82,77	30,79
3. Vj.	707,40	656,20	687,68	14,43	255,48	100,61	226,98	90,18	31,48
4. Vj.	739,60	682,84	714,77	10,83	258,79	104,80	232,74	107,61	31,93
1993 1. Vj.	678,70	620,32	652,75	3,48	236,69	97,20	230,84	84,54	32,43
2. Vj.	701,10	645,04	678,02	3,97	247,47	101,51	237,32	87,75	32,98
3. Vj.	719,20	663,50	697,06	11,63	245,99	101,95	246,46	91,03	33,56
4. Vj.	754,70	693,39	727,53	10,21	250,98	104,94	250,14	111,26	34,14
1994 1. Vj.	711,60	646,86	681,62	3,63	241,12	100,14	249,22	87,51	34,76
2. Vj.	730,00	670,69	705,99	4,00	256,36	103,04	255,24	87,35	35,30
	In Preisen von 1991								
1989 1. Vj.	573,40	529,28	553,88	2,73	220,59	78,03	172,03	80,50	24,60
2. Vj.	592,40	550,88	575,62	3,60	234,17	82,78	174,52	80,55	24,74
3. Vj.	596,20	554,80	579,68	16,44	225,27	81,33	176,42	80,22	24,88
4. Vj.	622,40	576,54	601,19	12,20	244,54	87,86	176,12	80,47	24,65
1990 1. Vj.	603,90	559,73	585,95	2,53	236,24	83,25	182,36	81,57	26,22
2. Vj.	618,70	575,45	601,50	4,39	240,79	86,54	187,78	82,00	26,05
3. Vj.	635,80	588,76	615,30	17,40	237,36	89,46	188,89	82,19	26,54
4. Vj.	662,00	608,94	635,53	12,11	254,05	96,50	190,15	82,72	26,59
1991 1. Vj.	639,20	587,33	615,42	2,89	241,11	93,62	194,38	83,42	28,09
2. Vj.	663,50	613,77	641,58	3,80	257,04	97,69	199,33	83,72	27,81
3. Vj.	664,70	615,67	643,46	16,07	247,34	94,64	201,27	84,14	27,79
4. Vj.	680,20	627,47	655,02	11,12	256,72	100,70	201,99	84,49	27,55
1992 1. Vj.	661,50	605,95	636,08	2,61	246,53	96,16	205,45	85,33	30,13
2. Vj.	668,50	617,45	647,53	3,54	249,56	98,18	210,67	85,58	30,08
3. Vj.	676,60	627,39	657,32	17,64	243,16	98,39	212,06	86,07	29,93
4. Vj.	687,70	633,66	663,42	13,78	248,02	102,60	212,75	86,27	29,76
1993 1. Vj.	639,60	586,77	617,96	2,99	222,82	93,60	212,15	86,40	31,19
2. Vj.	655,90	605,75	636,97	4,07	232,37	97,46	216,55	86,52	31,22
3. Vj.	669,50	619,70	651,29	16,08	229,77	98,35	219,92	87,17	31,59
4. Vj.	683,60	629,37	660,82	12,87	238,92	102,06	219,81	87,16	31,45
1994 1. Vj.	653,40	595,85	629,29	3,12	223,90	94,82	220,40	87,05	33,44
2. Vj.	671,00	618,78	652,34	4,08	238,68	97,04	225,41	87,13	33,56

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.
[3] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[5] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 29*

Verteilung des Volkseinkommens

Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Zeitraum [1]	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen					Nachrichtlich
				insgesamt		der privaten Haushalte [5]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne [6]	des Staates [7]	Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen [8]
		brutto [2]	netto [3]	brutto	netto [4]				
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07	86,64
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50	88,43
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42	92,10
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61	93,62
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64	103,62
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59	109,91
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30	110,40
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59	110,67
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07	126,02
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10	132,75
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21	140,82
1971	586,24	408,74	265,20	177,50	143,09	159,15	16,42	1,93	145,54
1972	643,47	452,48	293,27	190,99	153,78	166,52	24,22	0,25	153,00
1973	720,40	514,50	320,67	205,90	158,92	178,31	26,96	0,63	159,44
1974	769,74	568,62	348,32	201,12	154,33	174,24	28,27	– 1,39	151,52
1975	800,57	593,59	362,10	206,98	161,98	180,70	30,61	– 4,33	148,38
1976	878,24	640,55	379,08	237,69	184,69	206,26	38,25	– 6,82	179,82
1977	933,70	688,05	404,24	245,65	181,05	215,44	39,65	– 9,44	188,83
1978	1 007,15	734,55	435,04	272,60	207,92	231,92	49,49	– 8,81	210,57
1979	1 084,00	794,58	472,44	289,42	224,60	246,10	52,30	– 8,98	225,79
1980	1 139,58	863,88	506,23	275,70	214,73	237,61	49,89	–11,80	205,19
1981	1 179,81	905,98	529,84	273,83	214,45	233,64	54,90	–14,71	191,20
1982	1 214,18	933,93	539,98	280,25	221,67	242,34	51,74	–13,83	186,30
1983	1 278,10	953,44	544,58	324,66	265,60	271,88	72,14	–19,36	232,89
1984	1 347,13	988,33	556,40	358,80	296,18	299,71	79,80	–20,71	258,94
1985	1 406,77	1 026,41	570,97	380,36	309,12	321,26	79,63	–20,53	275,54
1986	1 497,55	1 079,49	602,40	418,06	344,50	359,55	81,81	–23,30	318,10
1987	1 550,00	1 124,70	621,12	425,30	356,00	366,61	89,43	–30,74	326,26
1988	1 635,54	1 169,38	647,79	466,16	390,30	406,53	99,55	–39,92	364,54
1989	1 738,10	1 221,89	671,57	516,21	426,30	443,03	102,19	–29,01	388,61
1990	1 892,20	1 317,10	743,55	575,10	494,18	499,27	104,91	–29,08	438,74
1991	2 043,48	1 422,24	778,93	621,24	529,99	531,77	128,13	–38,66	466,10
1992	2 140,71	1 513,55	816,49	627,16	536,44	539,76	125,13	–37,73	465,78
1993	2 129,23	1 535,92	825,47	593,31	507,25	504,78	134,67	–46,14	420,40
1989 1. Hj.	834,05	570,54	314,07	263,51	220,66	275,65		–12,14	.
2. Hj.	904,05	651,35	357,50	252,70	205,64	269,57		–16,87	.
1990 1. Hj.	904,06	613,94	347,80	290,12	251,12	302,04		–11,92	.
2. Hj.	988,14	703,16	395,75	284,98	243,06	302,14		–17,16	.
1991 1. Hj.	993,39	660,91	366,72	332,48	291,74	349,97		–17,49	.
2. Hj.	1 050,09	761,33	412,21	288,76	238,25	309,93		–21,17	.
1992 1. Hj.	1 035,72	702,40	377,44	333,32	287,08	348,02		–14,70	.
2. Hj.	1 104,99	811,15	439,05	293,84	249,36	316,87		–23,03	.
1993 1. Hj.	1 027,54	720,08	386,57	307,46	262,62	325,70		–18,24	.
2. Hj.	1 101,69	815,84	438,90	285,85	244,63	313,75		–27,90	.
1994 1. Hj.	1 059,72	728,97	383,96	330,75	288,33	349,14		–18,39	.

[1]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber. — [3]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. — [4]) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen, rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970/71] zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge, der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie der übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit). — [5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — [6]) Vor der Umverteilung. — [7]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. — [8]) Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie ohne die Einkommen aus Wohnungsvermietung) zuzüglich der Ausschüttungen an die Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit von der übrigen Welt abzüglich der per saldo geleisteten Zinsen und Nettopachten.

Tabelle 30*

Verwendung des Volkseinkommens
Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Jahr[1]	Volkseinkommen[2]	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen[3]	Davon								
				Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Nettoinvestitionen[4]			Außenbeitrag[5]			
						zusammen	davon		zusammen	davon Saldo der		
							Unternehmen[6]	Staat		Warenumsätze	Dienstleistungsumsätze	Erwerbs- und Vermögenseinkommen
1960	240,11	39,26	279,37	171,84	40,45	59,15	50,55	8,60	7,93	8,70	– 1,06	0,29
1961	260,75	43,53	304,28	188,33	45,78	63,04	52,84	10,20	7,13	9,72	– 2,28	– 0,31
1962	282,11	47,16	329,27	204,79	52,83	67,35	54,47	12,88	4,30	7,63	– 3,05	– 0,28
1963	297,80	49,31	347,11	216,79	59,39	65,32	49,78	15,54	5,61	9,15	– 3,27	– 0,27
1964	327,25	53,39	380,64	233,50	62,10	79,14	60,00	19,14	5,90	10,20	– 3,72	– 0,58
1965	358,45	56,44	414,89	257,62	69,65	87,29	68,37	18,92	0,33	5,47	– 4,17	– 0,97
1966	379,78	59,85	439,63	275,06	75,45	81,70	62,65	19,05	7,42	12,26	– 4,01	– 0,83
1967	380,74	62,44	443,18	282,63	80,05	63,16	46,56	16,60	17,34	21,49	– 3,50	– 0,65
1968	418,09	61,96	480,05	300,74	82,73	76,84	58,64	18,20	19,74	22,58	– 3,26	0,42
1969	462,94	76,66	539,60	330,90	93,12	98,00	77,01	20,99	17,58	20,99	– 4,26	0,85
1970	530,40	77,27	607,67	368,85	106,47	118,22	90,20	28,02	14,13	21,68	– 7,95	0,40
1971	586,24	86,08	672,32	408,98	126,76	122,50	92,38	30,12	14,08	22,41	– 8,98	0,65
1972	643,47	94,40	737,87	451,96	141,04	126,74	97,08	29,66	18,13	26,50	– 9,85	1,48
1973	720,40	102,42	822,82	495,59	163,09	135,66	105,23	30,43	28,48	39,67	–12,74	1,55
1974	769,74	106,18	875,92	533,64	190,11	108,64	73,81	34,83	43,53	55,80	–12,04	– 0,23
1975	800,57	109,89	910,46	583,45	210,08	85,81	51,30	34,51	31,12	42,85	–12,80	1,07
1976	878,24	119,79	998,03	631,87	221,86	115,56	82,42	33,14	28,74	39,55	–14,11	3,30
1977	933,70	127,89	1 061,59	682,13	235,13	115,41	83,02	32,39	28,92	44,00	–15,39	0,31
1978	1 007,15	137,86	1 145,01	725,94	253,09	127,74	92,85	34,89	38,24	47,92	–15,53	5,85
1979	1 084,00	152,00	1 236,00	781,31	273,54	166,49	127,10	39,39	14,66	30,35	–21,05	5,36
1980	1 139,58	162,82	1 302,40	837,02	298,02	168,85	125,31	43,54	– 1,49	15,04	–21,89	5,36
1981	1 179,81	169,17	1 348,98	883,52	318,39	130,12	90,89	39,23	16,95	35,49	–23,17	4,63
1982	1 214,18	172,43	1 386,61	916,10	326,44	103,72	69,79	33,93	40,35	59,54	–21,40	2,21
1983	1 278,10	182,67	1 460,77	959,28	336,44	124,38	94,32	30,06	40,67	54,17	–20,66	7,16
1984	1 347,13	189,80	1 536,93	1 001,20	350,44	129,62	100,14	29,48	55,67	62,00	–18,74	12,41
1985	1 406,77	192,37	1 599,14	1 036,53	365,72	121,70	91,91	29,79	75,19	80,89	–17,02	11,32
1986	1 497,55	194,86	1 692,41	1 066,43	382,55	132,71	98,99	33,72	110,72	118,27	–18,36	10,81
1987	1 550,00	200,70	1 750,70	1 108,02	397,28	132,92	99,00	33,92	112,48	122,96	–23,00	12,52
1988	1 635,54	209,37	1 844,91	1 153,69	412,38	157,11	122,89	34,22	121,73	136,25	–26,54	12,02
1989	1 738,10	231,55	1 969,65	1 220,95	418,82	185,08	148,26	36,82	144,80	141,04	–20,90	24,66
1990	1 892,20	253,39	2 145,59	1 320,71	444,07	216,26	177,39	38,87	164,55	142,46	– 0,51	22,60
1991	2 043,48	291,68	2 335,16	1 448,77	466,52	250,81	208,92	41,89	169,06	142,32	6,34	20,40
1992	2 140,71	319,40	2 460,11	1 536,32	502,86	224,59	179,78	44,81	196,34	201,22	–11,68	6,80
1993	2 129,23	334,41	2 463,64	1 588,90	508,48	161,12	118,96	42,16	205,14	241,57	–25,53	–10,90

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.
[3] Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen abzüglich Abschreibungen.
[4] Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) abzüglich Abschreibungen.
[5] Ausfuhr minus Einfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 31*

Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten

Früheres Bundesgebiet

Zeitraum[1]	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]		Produktivität[3]		Lohnstückkosten[4]
	DM	1991 = 100	DM	1991 = 100	DM	1991 = 100	DM	1991 = 100	
1960	4 332	13,6	6 148	13,8	5 178	17,2	38 369	42,3	30,8
1961	4 641	14,6	6 775	15,2	5 661	18,8	39 594	43,7	32,9
1962	4 963	15,6	7 395	16,6	6 146	20,5	41 296	45,5	34,4
1963	5 189	16,3	7 850	17,6	6 494	21,6	42 357	46,7	35,6
1964	5 645	17,7	8 556	19,2	7 036	23,4	45 140	49,8	36,1
1965	6 115	19,2	9 336	21,0	7 736	25,7	47 288	52,1	37,8
1966	6 421	20,1	10 014	22,5	8 191	27,3	48 757	53,8	39,4
1967	6 422	20,1	10 349	23,2	8 428	28,0	50 244	55,4	39,5
1968	7 027	22,0	10 988	24,7	8 830	29,4	52 939	58,4	40,0
1969	7 707	24,2	12 003	26,9	9 495	31,6	56 016	61,8	41,4
1970	8 745	27,4	13 841	31,1	10 726	35,7	58 102	64,1	46,3
1971	9 566	30,0	15 403	34,6	11 732	39,0	59 637	65,8	50,2
1972	10 434	32,7	16 783	37,7	12 840	42,7	61 926	68,3	53,0
1973	11 624	36,4	18 631	41,8	13 809	46,0	64 176	70,8	57,2
1974	12 404	38,9	20 649	46,4	15 121	50,3	65 091	71,8	62,9
1975	12 948	40,6	21 931	49,2	16 117	53,6	66 049	72,8	66,3
1976	14 273	44,8	23 440	52,6	16 839	56,0	69 937	77,1	67,4
1977	15 207	47,7	25 035	56,2	17 819	59,3	71 824	79,2	70,0
1978	16 423	51,5	26 355	59,2	18 947	63,0	73 379	80,9	72,3
1979	17 667	55,4	27 849	62,5	20 128	67,0	75 218	82,9	74,6
1980	18 510	58,0	29 691	66,6	21 184	70,5	74 796	82,5	80,1
1981	19 127	60,0	31 116	69,8	22 163	73,7	74 951	82,6	83,8
1982	19 699	61,8	32 338	72,6	22 843	76,0	75 141	82,8	87,1
1983	20 808	65,2	33 376	74,9	23 380	77,8	77 567	85,5	87,4
1984	22 021	69,0	34 385	77,2	23 828	79,3	79 622	87,8	88,1
1985	23 053	72,3	35 391	79,4	24 236	80,6	80 637	88,9	89,5
1986	24 523	76,9	36 664	82,3	25 194	83,8	81 401	89,7	91,9
1987	25 378	79,6	37 812	84,9	25 729	85,6	82 011	90,4	94,1
1988	26 616	83,5	38 944	87,4	26 587	88,5	84 406	93,1	94,2
1989	28 005	87,8	40 114	90,0	27 134	90,3	86 210	95,0	94,9
1990	29 915	93,8	42 013	94,3	29 205	97,2	88 500	97,6	96,8
1991	31 892	100	44 548	100	30 051	100	90 702	100	100
1992	33 003	103,5	47 066	105,7	31 328	104,2	91 481	100,9	104,9
1993	32 491	101,9	48 415	108,7	32 244	107,3	91 350	100,7	108,5
1988 1. Hj.	12 671	79,5	18 276	82,0	12 550	83,5	41 230	90,9	90,6
2. Hj.	13 943	87,4	20 649	92,7	14 025	93,3	43 162	95,2	97,6
1989 1. Hj.	13 489	84,6	18 856	84,7	12 795	85,2	42 476	93,7	90,6
2. Hj.	14 513	91,0	21 238	95,3	14 327	95,3	43 724	96,4	98,9
1990 1. Hj.	14 355	90,0	19 717	88,5	13 786	91,7	43 396	95,7	92,9
2. Hj.	15 555	97,5	22 273	100,0	15 404	102,5	45 086	99,4	100,5
1991 1. Hj.	15 555	97,5	20 792	93,3	14 236	94,7	44 970	99,2	94,3
2. Hj.	16 335	102,4	23 737	106,6	15 806	105,2	45 726	100,8	105,5
1992 1. Hj.	16 023	100,5	21 845	98,1	14 504	96,5	45 243	99,8	98,5
2. Hj.	16 975	106,5	25 215	113,2	16 820	111,9	46 236	102,0	111,0
1993 1. Hj.	15 709	98,5	22 639	101,6	15 085	100,4	44 646	98,4	104,0
2. Hj.	16 780	105,2	25 779	115,7	17 161	114,2	46 705	103,0	112,8
1994 1. Hj.	...	...	23 164	104,0	15 240	101,4	46 371	102,2	103,1

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im früheren Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[3] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).
[4] Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.

Tabelle 32*

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen[1])

Früheres Bundesgebiet

Jahr[2])	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Staat	Private Haushalte[5])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	406,82	3,71	219,96	12,69	169,66	37,61	66,04	35,74	70,70	10,67
1972	450,56	3,82	239,48	13,40	182,45	43,63	74,74	40,64	79,41	12,47
1973	512,63	4,04	268,91	14,75	206,57	47,59	85,27	47,12	92,48	14,81
1974	566,60	4,41	289,27	16,79	225,00	47,48	93,69	55,13	107,48	16,62
1975	591,24	4,54	291,41	18,44	226,69	46,28	99,06	61,27	116,86	18,10
1976	637,94	4,82	314,36	19,54	245,77	49,05	106,79	68,73	123,26	19,98
1977	685,41	5,22	337,59	20,96	266,02	50,61	113,87	75,01	131,59	22,13
1978	731,74	5,53	357,79	21,99	281,95	53,85	121,99	82,02	140,34	24,07
1979	791,66	5,87	388,68	23,88	305,43	59,37	130,48	90,12	150,32	26,19
1980	860,88	6,22	422,33	26,15	330,49	65,69	142,03	99,13	162,45	28,72
1981	902,55	6,32	435,42	27,89	340,75	66,78	149,12	107,82	172,78	31,09
1982	929,75	6,61	444,53	28,92	348,31	67,30	153,36	114,35	177,84	33,06
1983	949,03	6,76	449,76	29,66	352,03	68,07	155,58	118,64	183,37	34,92
1984	983,69	7,01	467,37	30,30	367,20	69,87	160,82	124,83	187,01	36,65
1985	1 021,42	7,10	483,40	31,29	387,31	64,80	165,85	131,95	193,88	39,24
1986	1 074,44	7,12	507,18	32,21	407,39	67,58	173,26	140,71	203,30	42,87
1987	1 119,35	6,95	526,48	33,36	425,35	67,77	180,65	148,18	211,50	45,59
1988	1 163,78	7,07	545,29	33,96	440,00	71,33	188,61	158,05	216,92	47,84
1989	1 216,25	7,09	571,02	33,85	461,68	75,49	197,27	168,14	222,84	49,89
1990	1 315,52	7,43	619,14	35,36	499,73	84,05	213,23	185,45	236,29	53,98
1991	1 430,30	7,96	662,78	37,85	534,97	89,96	237,24	209,46	252,96	59,90
1992	1 527,13	8,31	693,63	40,06	556,33	97,24	256,94	232,57	269,77	65,91
1993	1 550,39	8,41	682,21	40,67	541,21	100,33	263,70	247,49	278,94	69,64
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*57,0*	*4,9*	*43,3*	*8,8*	*16,4*	*7,1*	*14,3*	*3,3*
1965	*100*	*1,4*	*56,7*	*3,8*	*42,8*	*10,1*	*16,3*	*7,9*	*15,1*	*2,6*
1966	*100*	*1,3*	*55,8*	*3,6*	*42,2*	*10,0*	*16,6*	*8,0*	*15,7*	*2,6*
1967	*100*	*1,2*	*53,6*	*3,5*	*40,9*	*9,2*	*17,0*	*8,7*	*16,7*	*2,8*
1968	*100*	*1,1*	*54,2*	*3,2*	*41,9*	*9,1*	*16,7*	*8,7*	*16,6*	*2,7*
1969	*100*	*1,0*	*54,6*	*3,1*	*42,8*	*8,7*	*16,4*	*8,6*	*16,7*	*2,7*
1970	*100*	*1,0*	*55,5*	*3,1*	*43,3*	*9,1*	*16,0*	*8,5*	*16,5*	*2,5*
1971	*100*	*0,9*	*54,1*	*3,1*	*41,7*	*9,2*	*16,2*	*8,8*	*17,4*	*2,6*
1972	*100*	*0,8*	*53,2*	*3,0*	*40,5*	*9,7*	*16,6*	*9,0*	*17,6*	*2,8*
1973	*100*	*0,8*	*52,5*	*2,9*	*40,3*	*9,3*	*16,6*	*9,2*	*18,0*	*2,9*
1974	*100*	*0,8*	*51,1*	*3,0*	*39,7*	*8,4*	*16,5*	*9,7*	*19,0*	*2,9*
1975	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,3*	*7,8*	*16,8*	*10,4*	*19,8*	*3,1*
1976	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,5*	*7,7*	*16,7*	*10,8*	*19,3*	*3,1*
1977	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,8*	*7,4*	*16,6*	*10,9*	*19,2*	*3,2*
1978	*100*	*0,8*	*48,9*	*3,0*	*38,5*	*7,4*	*16,7*	*11,2*	*19,2*	*3,3*
1979	*100*	*0,7*	*49,1*	*3,0*	*38,6*	*7,5*	*16,5*	*11,4*	*19,0*	*3,3*
1980	*100*	*0,7*	*49,1*	*3,0*	*38,4*	*7,6*	*16,5*	*11,5*	*18,9*	*3,3*
1981	*100*	*0,7*	*48,2*	*3,1*	*37,8*	*7,4*	*16,5*	*11,9*	*19,1*	*3,4*
1982	*100*	*0,7*	*47,8*	*3,1*	*37,5*	*7,2*	*16,5*	*12,3*	*19,1*	*3,6*
1983	*100*	*0,7*	*47,4*	*3,1*	*37,1*	*7,2*	*16,4*	*12,5*	*19,3*	*3,7*
1984	*100*	*0,7*	*47,5*	*3,1*	*37,3*	*7,1*	*16,3*	*12,7*	*19,0*	*3,7*
1985	*100*	*0,7*	*47,3*	*3,1*	*37,9*	*6,3*	*16,2*	*12,9*	*19,0*	*3,8*
1986	*100*	*0,7*	*47,2*	*3,0*	*37,9*	*6,3*	*16,1*	*13,1*	*18,9*	*4,0*
1987	*100*	*0,6*	*47,0*	*3,0*	*38,0*	*6,1*	*16,1*	*13,2*	*18,9*	*4,1*
1988	*100*	*0,6*	*46,9*	*2,9*	*37,8*	*6,1*	*16,2*	*13,6*	*18,6*	*4,1*
1989	*100*	*0,6*	*46,9*	*2,8*	*38,0*	*6,2*	*16,2*	*13,8*	*18,3*	*4,1*
1990	*100*	*0,6*	*47,1*	*2,7*	*38,0*	*6,4*	*16,2*	*14,1*	*18,0*	*4,1*
1991	*100*	*0,6*	*46,3*	*2,6*	*37,4*	*6,3*	*16,6*	*14,6*	*17,7*	*4,2*
1992	*100*	*0,5*	*45,4*	*2,6*	*36,4*	*6,4*	*16,8*	*15,2*	*17,7*	*4,3*
1993	*100*	*0,5*	*44,0*	*2,6*	*34,9*	*6,5*	*17,0*	*16,0*	*18,0*	*4,5*

[1]) Inlandskonzept. — [2]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 33*

Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen

Früheres Bundesgebiet

Jahr[1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Produktivität[5] (DM)									
1960	36 320	6 085	36 289	57 175	33 175	43 043	26 920	86 265	52 531	38 037
1961	37 486	5 758	37 225	58 781	34 173	43 958	27 962	88 932	52 675	38 795
1962	39 043	6 447	38 594	62 550	35 688	43 961	29 387	90 488	53 007	40 163
1963	40 078	7 042	39 370	67 083	36 640	42 963	30 029	90 870	53 306	40 559
1964	42 679	7 209	42 651	68 991	39 823	47 033	32 124	93 896	52 898	41 300
1965	44 692	7 156	44 590	68 636	42 056	48 655	34 101	96 780	53 588	42 431
1966	46 153	7 760	46 035	72 197	43 215	50 813	34 798	98 305	54 734	43 261
1967	47 680	8 939	47 466	73 230	44 627	52 686	35 330	100 191	54 876	43 607
1968	50 415	9 972	50 800	80 676	48 901	51 536	37 562	101 777	56 051	44 393
1969	53 350	10 225	53 897	87 365	52 463	52 221	40 961	105 605	56 628	45 185
1970	55 219	11 154	55 615	94 029	53 867	54 114	42 683	107 388	57 569	46 109
1971	56 584	12 467	56 718	92 545	54 762	56 702	43 762	108 351	57 494	46 317
1972	58 827	12 797	59 650	96 685	57 553	60 081	44 284	112 171	57 531	46 495
1973	61 120	14 620	62 574	107 276	60 807	60 279	45 572	113 433	58 340	46 680
1974	62 201	16 217	63 445	113 189	61 678	59 741	46 019	113 292	59 162	47 434
1975	62 977	16 409	64 288	106 421	62 658	61 141	45 694	114 182	59 263	47 865
1976	66 727	17 013	70 227	116 720	69 020	64 087	48 469	115 726	58 965	48 127
1977	68 649	18 950	71 414	117 706	70 026	66 099	50 896	119 793	59 141	48 372
1978	70 220	20 087	72 820	122 245	71 516	66 557	52 553	121 809	59 615	48 605
1979	72 147	20 333	75 244	130 926	74 328	66 212	54 310	122 740	59 930	48 613
1980	71 693	20 848	73 376	130 568	72 139	65 436	54 259	123 302	60 412	48 757
1981	72 002	21 499	73 321	125 900	72 652	63 637	54 099	123 603	60 832	48 917
1982	72 374	26 271	73 054	122 610	72 261	64 083	53 831	124 312	60 688	48 936
1983	74 691	25 039	76 455	122 988	75 912	66 864	55 697	127 359	60 622	48 946
1984	76 755	27 530	78 742	126 976	78 534	67 385	57 932	129 341	61 097	48 840
1985	78 037	26 630	80 383	130 915	80 423	66 860	58 853	130 649	61 200	48 770
1986	78 934	29 864	80 662	130 061	80 369	68 815	59 243	133 057	61 121	48 740
1987	79 355	28 524	79 764	136 714	78 858	68 666	60 094	135 359	61 278	48 767
1988	81 759	31 985	82 161	138 054	81 531	70 227	62 182	138 425	61 620	48 828
1989	83 534	34 018	84 075	147 267	83 134	72 264	63 978	140 042	61 460	48 860
1990	85 617	36 613	85 634	148 884	85 341	71 580	66 946	141 515	62 000	48 788
1991	87 546	34 928	87 522	161 130	87 276	71 130	69 704	142 520	62 972	48 791
1992	88 427	40 398	87 346	163 880	86 782	72 243	69 908	143 970	63 544	48 762
1993	88 537	40 967	85 727	161 451	85 165	71 111	69 843	145 077	64 237	48 780
	Lohnstückkosten[6] (1991 = 100)									
1960	31,4	92,8	28,2	32,0	30,0	21,2	34,0	23,0	19,9	17,6
1961	33,5	107,0	30,4	34,3	32,0	23,9	35,4	25,1	21,4	18,9
1962	35,1	108,3	32,2	35,2	33,8	26,0	36,7	27,3	22,0	19,9
1963	36,3	106,0	33,1	35,1	34,6	27,5	39,2	29,0	23,4	21,0
1964	36,9	111,9	33,2	34,8	34,5	28,7	40,0	29,8	24,7	22,1
1965	38,6	123,0	34,6	39,0	35,7	29,6	41,7	31,0	26,9	24,0
1966	40,2	122,5	35,9	38,8	37,2	30,7	44,3	32,5	28,5	25,6
1967	40,2	109,0	35,6	40,0	37,0	29,7	45,6	33,8	29,4	26,3
1968	40,5	101,0	35,9	38,4	36,8	31,6	45,3	34,7	30,4	27,4
1969	42,0	106,3	37,0	39,1	37,6	33,4	45,3	36,2	33,4	30,1
1970	47,0	110,6	42,2	42,6	42,8	39,5	49,7	40,8	37,0	32,8
1971	51,1	108,0	45,7	48,8	46,1	42,9	54,2	44,9	42,4	37,2
1972	53,9	111,9	48,0	51,1	48,1	46,7	58,6	47,3	45,3	40,2
1973	58,0	106,7	51,1	52,4	51,1	50,5	63,7	52,2	50,4	45,2
1974	63,5	108,3	56,0	57,2	56,1	55,0	69,4	58,4	55,9	50,2
1975	67,1	113,2	59,4	67,4	59,3	57,3	74,4	62,2	59,0	53,1
1976	68,2	120,2	59,8	66,0	59,6	58,3	75,0	65,8	61,5	55,9
1977	70,7	114,5	62,9	70,2	63,2	58,9	75,8	68,0	64,9	59,5
1978	72,9	112,7	65,4	71,9	65,7	61,5	77,8	70,6	67,1	62,1
1979	75,1	117,2	67,6	73,5	67,6	65,6	79,2	73,6	69,6	64,9
1980	80,7	121,1	74,3	79,5	74,6	71,4	85,2	77,4	73,4	68,6
1981	84,2	121,3	78,0	86,7	77,8	76,0	89,5	81,5	76,3	72,0
1982	87,3	103,8	82,5	92,0	82,3	80,0	93,7	84,6	78,1	74,5
1983	87,6	111,8	82,2	94,1	82,0	79,1	93,8	85,3	80,0	77,2
1984	88,2	104,6	83,4	94,2	83,1	80,8	93,2	86,8	80,7	78,8
1985	89,3	110,9	84,3	95,1	84,4	79,5	94,5	88,4	82,5	81,4
1986	91,5	101,2	87,2	98,6	87,4	81,6	97,3	90,2	85,3	85,3
1987	93,9	107,8	91,6	97,5	92,8	83,3	98,8	90,4	87,6	88,1
1988	93,9	99,1	92,3	99,7	93,0	86,1	98,2	91,0	88,9	89,7
1989	94,5	95,1	93,4	95,4	94,4	87,5	98,2	92,4	91,0	90,9
1990	96,6	90,6	96,6	99,8	96,8	93,9	98,1	94,6	94,9	94,5
1991	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	104,7	91,4	106,4	106,1	106,7	105,1	105,8	104,9	104,8	105,5
1993	108,0	93,7	112,2	111,9	112,8	109,8	109,9	108,1	107,6	108,5

[1]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5]) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept). — [6]) Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Inland).

Tabelle 34*

Einkommen und Einkommens

Früheres

Mrd

Zeitraum [2]	Erwerbs- und Vermögenseinkommen					Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene [4]	Geleistete [5]	Verfügbares Einkommen insgesamt [3]
	insgesamt [3]	Bruttoeinkommen aus			Vermögenseinkommen		laufende Übertragungen		
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit [3]					
		zusammen	darunter Bruttolohn- und -gehaltssumme						
1960	226,35	144,39	124,54	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	140,44	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	155,54	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	166,90	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	183,81	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	203,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	217,96	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	217,89	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	232,75	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	261,10	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	307,90	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	571,82	408,74	348,19	137,56	25,52	3,93	122,36	204,16	486,09
1972	623,57	452,48	383,35	142,65	28,44	4,57	139,81	228,62	530,19
1973	698,75	514,50	432,64	148,25	36,00	5,94	156,46	274,66	574,61
1974	749,73	568,62	475,66	141,52	39,59	6,87	179,15	308,76	613,25
1975	780,70	593,59	492,72	146,02	41,09	6,41	219,28	325,62	667,95
1976	853,12	640,55	527,69	169,87	42,70	6,31	237,05	367,41	716,45
1977	910,21	688,05	567,94	175,86	46,30	6,72	252,29	395,06	760,72
1978	973,75	734,55	605,13	191,18	48,02	7,28	266,07	415,78	816,76
1979	1 049,85	794,58	653,68	198,61	56,66	9,17	284,59	444,24	881,03
1980	1 114,68	863,88	709,52	177,84	72,96	13,19	304,15	483,70	921,94
1981	1 156,25	905,98	743,89	162,05	88,22	16,63	330,05	507,78	961,89
1982	1 194,74	933,93	764,44	162,20	98,61	18,47	349,20	530,38	995,09
1983	1 243,18	953,44	777,42	196,46	93,28	17,86	355,99	545,21	1 036,10
1984	1 305,80	988,33	802,93	214,64	102,83	17,76	364,03	573,91	1 078,16
1985	1 365,34	1 026,41	833,78	229,52	109,41	17,67	375,56	603,30	1 119,93
1986	1 456,97	1 079,49	876,63	266,63	110,85	17,93	392,36	631,99	1 199,41
1987	1 508,79	1 124,70	912,81	274,12	109,97	17,48	412,89	663,64	1 240,56
1988	1 594,08	1 169,38	948,87	307,80	116,90	18,17	433,31	690,00	1 319,22
1989	1 684,38	1 221,89	992,81	328,87	133,62	19,46	453,31	733,74	1 384,49
1990	1 838,47	1 317,10	1 069,65	369,01	152,36	22,10	480,37	764,55	1 532,19
1991	1 979,89	1 422,24	1 154,68	388,18	169,47	25,88	504,87	846,03	1 612,85
1992	2 084,85	1 513,55	1 226,68	384,48	186,82	31,54	544,25	914,28	1 683,28
1993	2 077,62	1 535,92	1 239,48	351,45	190,25	36,92	586,00	942,18	1 684,52
1990 1. Hj.	873,83	613,94	497,43	259,89		10,57	235,17	359,36	739,07
2. Hj.	965,19	703,16	572,22	262,03		11,53	245,20	405,19	793,67
1991 1. Hj.	970,04	660,91	535,61	309,13		12,40	244,42	389,41	812,65
2. Hj.	1 068,08	761,33	619,07	306,75		13,48	260,45	456,62	858,43
1992 1. Hj.	1 032,83	702,40	568,48	330,43		15,18	264,34	431,18	850,81
2. Hj.	1 132,18	811,15	658,20	321,03		16,36	279,91	483,10	912,63
1993 1. Hj.	1 056,96	720,08	580,15	336,88		18,32	285,41	446,66	877,39
2. Hj.	1 147,44	815,84	659,33	331,60		18,60	300,59	495,52	933,91
1994 1. Hj.	1 088,72	728,97	583,61	359,75		20,11	300,61	465,71	903,51

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[3] Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[4] Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 34 *

verwendung der privaten Haushalte [1])

Bundesgebiet

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote [6]) (vH)	Vermögensübertragungen: Empfangene	Vermögensübertragungen: Geleistete	Finanzierungssaldo	Zeitraum [2])
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
408,98	77,11	13,19	63,92	*13,5*	11,00	15,05	59,87	1971
451,96	78,23	2,13	76,10	*14,4*	12,39	19,07	69,42	1972
495,59	79,02	– 0,82	79,84	*13,9*	12,43	20,22	72,05	1973
533,64	79,61	– 11,39	91,00	*14,6*	15,56	23,67	82,89	1974
583,45	84,50	– 19,54	104,04	*15,1*	17,27	25,36	95,95	1975
631,87	84,58	– 12,35	96,93	*13,3*	18,72	28,93	86,72	1976
682,13	78,59	– 16,10	94,69	*12,2*	19,11	30,56	83,24	1977
725,94	90,82	– 8,98	99,80	*12,1*	19,25	33,20	85,85	1978
781,31	99,72	– 13,84	113,56	*12,7*	19,60	35,09	98,07	1979
837,02	84,92	– 38,47	123,39	*12,8*	21,36	36,99	107,76	1980
883,52	78,37	– 60,53	138,90	*13,6*	19,86	38,08	120,68	1981
916,10	78,99	– 54,64	133,63	*12,7*	20,69	37,52	116,80	1982
959,28	76,82	– 40,57	117,39	*10,9*	22,36	39,12	100,63	1983
1 001,20	76,96	– 51,68	128,64	*11,4*	23,23	41,55	110,32	1984
1 036,53	83,40	– 50,18	133,58	*11,4*	21,48	42,04	113,02	1985
1 066,43	132,98	– 16,29	149,27	*12,3*	20,98	43,78	126,47	1986
1 108,02	132,54	– 27,02	159,56	*12,6*	18,85	47,07	131,34	1987
1 153,69	165,53	– 3,93	169,46	*12,8*	19,93	47,44	141,95	1988
1 220,95	163,54	– 9,78	173,32	*12,4*	18,41	45,01	146,72	1989
1 320,71	211,48	– 0,55	212,03	*13,8*	16,58	46,86	181,75	1990
1 448,77	164,08	– 58,23	222,31	*13,3*	22,41	49,02	195,70	1991
1 536,32	146,96	– 80,16	227,12	*12,9*	22,36	49,67	199,81	1992
1 588,90	95,62	–126,78	222,40	*12,3*	25,84	52,37	195,87	1993
635,00	.	.	104,07	*14,1*	7,89	23,02	88,94	1990 1. Hj.
685,71	.	.	107,96	*13,6*	8,69	23,84	92,81	2. Hj.
700,91	.	.	111,74	*13,8*	10,50	24,10	98,14	1991 1. Hj.
747,86	.	.	110,57	*12,9*	11,91	24,92	97,56	2. Hj.
741,39	.	.	109,42	*12,9*	10,48	24,77	95,13	1992 1. Hj.
794,93	.	.	117,70	*12,9*	11,88	24,90	104,68	2. Hj.
766,30	.	.	111,09	*12,7*	12,13	25,82	97,40	1993 1. Hj.
822,60	.	.	111,31	*11,9*	13,71	26,55	98,47	2. Hj.
799,30	.	.	104,21	*11,5*	11,75	22,79	93,17	1994 1. Hj.

[5]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[6]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).

Tabelle 35*

Verwendung des
Früheres

Zeitraum[1]	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außenbeitrag[3]
	Mrd DM in jeweiligen Preisen									
1960	302,71	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	57,49	49,85	+ 7,64
1961	331,71	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	59,84	52,40	+ 7,44
1962	360,78	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	62,66	58,08	+ 4,58
1963	382,37	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	68,25	62,37	+ 5,88
1964	420,18	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	75,86	69,38	+ 6,48
1965	459,17	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	82,88	81,58	+ 1,30
1966	488,23	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	93,54	85,29	+ 8,25
1967	494,35	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	– 0,50	101,01	83,02	+ 17,99
1968	533,28	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	113,89	94,57	+ 19,32
1969	596,95	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	129,46	112,73	+ 16,73
1970	675,30	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	143,00	129,27	+ 13,73
1971	749,75	408,98	126,76	196,11	72,66	123,45	+ 4,47	155,69	142,26	+ 13,43
1972	823,12	451,96	141,04	209,17	72,74	136,43	+ 4,30	169,78	153,13	+ 16,65
1973	917,25	495,59	163,09	219,26	75,27	143,99	+12,38	200,40	173,47	+ 26,93
1974	983,93	533,64	190,11	212,71	72,36	140,35	+ 3,71	259,96	216,20	+ 43,76
1975	1 026,63	583,45	210,08	209,41	78,05	131,36	– 6,36	253,50	223,45	+ 30,05
1976	1 120,50	631,87	221,86	225,65	86,08	139,57	+15,68	287,82	262,38	+ 25,44
1977	1 195,29	682,13	235,13	242,43	95,32	147,11	+ 6,99	304,55	275,94	+ 28,61
1978	1 283,55	725,94	253,09	264,90	105,75	159,15	+ 7,23	318,29	285,90	+ 32,39
1979	1 388,44	781,31	273,54	301,29	118,58	182,71	+23,00	348,19	338,89	+ 9,30
1980	1 472,04	837,02	298,02	332,08	126,84	205,24	+11,77	389,14	395,99	– 6,85
1981	1 534,97	883,52	318,39	331,29	126,96	204,33	–10,55	441,12	428,80	+ 12,32
1982	1 588,09	916,10	326,44	323,45	123,61	199,84	–16,04	474,39	436,25	+ 38,14
1983	1 668,54	959,28	336,44	340,81	134,95	205,86	– 1,50	479,63	446,12	+ 33,51
1984	1 750,89	1 001,20	350,44	350,67	137,13	213,54	+ 5,32	536,32	493,06	+ 43,26
1985	1 823,18	1 036,53	365,72	355,81	153,03	202,78	+ 1,25	592,74	528,87	+ 63,87
1986	1 925,29	1 066,43	382,55	373,48	160,87	212,61	+ 2,92	580,54	480,63	+ 99,91
1987	1 990,48	1 108,02	397,28	385,78	169,43	216,35	– 0,56	576,61	476,65	+ 99,96
1988	2 095,98	1 153,69	412,38	409,90	182,46	227,44	+10,30	619,83	510,12	+109,71
1989	2 224,44	1 220,95	418,82	448,52	203,47	245,05	+16,01	701,43	581,29	+120,14
1990	2 426,00	1 320,71	444,07	507,78	234,57	273,21	+11,49	778,90	636,95	+141,95
1991	2 647,60	1 448,77	466,52	563,22	263,90	299,32	+20,43	875,22	726,56	+148,66
1992	2 813,00	1 536,32	502,86	586,87	257,55	329,32	– 2,59	932,65	743,11	+189,54
1993	2 853,70	1 588,90	508,48	551,80	213,33	338,47	–11,52	911,26	695,22	+216,04
1994 1. Hj.	1 441,60	799,30	238,12	270,38	98,11	172,27	+16,62	476,68	359,50	+117,18
	Anteil in vH									
1960	*100*	*56,8*	*13,4*	*24,3*	*9,0*	*15,3*	*+ 3,0*	*19,0*	*16,5*	*+ 2,5*
1965	*100*	*56,1*	*15,2*	*26,1*	*9,4*	*16,7*	*+ 2,3*	*18,0*	*17,8*	*+ 0,3*
1966	*100*	*56,3*	*15,5*	*25,4*	*9,0*	*16,4*	*+ 1,1*	*19,2*	*17,5*	*+ 1,7*
1967	*100*	*57,2*	*16,2*	*23,1*	*8,3*	*14,8*	*– 0,1*	*20,4*	*16,8*	*+ 3,6*
1968	*100*	*56,4*	*15,5*	*22,4*	*8,1*	*14,3*	*+ 2,1*	*21,4*	*17,7*	*+ 3,6*
1969	*100*	*55,4*	*15,6*	*23,3*	*9,0*	*14,3*	*+ 2,9*	*21,7*	*18,9*	*+ 2,8*
1970	*100*	*54,6*	*15,8*	*25,5*	*9,8*	*15,7*	*+ 2,1*	*21,2*	*19,1*	*+ 2,0*
1971	*100*	*54,5*	*16,9*	*26,2*	*9,7*	*16,5*	*+ 0,6*	*20,8*	*19,0*	*+ 1,8*
1972	*100*	*54,9*	*17,1*	*25,4*	*8,8*	*16,6*	*+ 0,5*	*20,6*	*18,6*	*+ 2,0*
1973	*100*	*54,0*	*17,8*	*23,9*	*8,2*	*15,7*	*+ 1,3*	*21,8*	*18,9*	*+ 2,9*
1974	*100*	*54,2*	*19,3*	*21,6*	*7,4*	*14,3*	*+ 0,4*	*26,4*	*22,0*	*+ 4,4*
1975	*100*	*56,8*	*20,5*	*20,4*	*7,6*	*12,8*	*– 0,6*	*24,7*	*21,8*	*+ 2,9*
1976	*100*	*56,4*	*19,8*	*20,1*	*7,7*	*12,5*	*+ 1,4*	*25,7*	*23,4*	*+ 2,3*
1977	*100*	*57,1*	*19,7*	*20,3*	*8,0*	*12,3*	*+ 0,6*	*25,5*	*23,1*	*+ 2,4*
1978	*100*	*56,6*	*19,7*	*20,6*	*8,2*	*12,4*	*+ 0,6*	*24,8*	*22,3*	*+ 2,5*
1979	*100*	*56,3*	*19,7*	*21,7*	*8,5*	*13,2*	*+ 1,7*	*25,1*	*24,4*	*+ 0,7*
1980	*100*	*56,9*	*20,2*	*22,6*	*8,6*	*13,9*	*+ 0,8*	*26,4*	*26,9*	*– 0,5*
1981	*100*	*57,6*	*20,7*	*21,6*	*8,3*	*13,3*	*– 0,7*	*28,7*	*27,9*	*+ 0,8*
1982	*100*	*57,7*	*20,6*	*20,4*	*7,8*	*12,6*	*– 1,0*	*29,9*	*27,5*	*+ 2,4*
1983	*100*	*57,5*	*20,2*	*20,4*	*8,1*	*12,3*	*– 0,1*	*28,7*	*26,7*	*+ 2,0*
1984	*100*	*57,2*	*20,0*	*20,0*	*7,8*	*12,2*	*+ 0,3*	*30,6*	*28,2*	*+ 2,5*
1985	*100*	*56,9*	*20,1*	*19,5*	*8,4*	*11,1*	*+ 0,1*	*32,5*	*29,0*	*+ 3,5*
1986	*100*	*55,4*	*19,9*	*19,4*	*8,4*	*11,0*	*+ 0,2*	*30,2*	*25,0*	*+ 5,2*
1987	*100*	*55,7*	*20,0*	*19,4*	*8,5*	*10,9*	*– 0,0*	*29,0*	*23,9*	*+ 5,0*
1988	*100*	*55,0*	*19,7*	*19,6*	*8,7*	*10,9*	*+ 0,5*	*29,6*	*24,3*	*+ 5,2*
1989	*100*	*54,9*	*18,8*	*20,2*	*9,1*	*11,0*	*+ 0,7*	*31,5*	*26,1*	*+ 5,4*
1990	*100*	*54,4*	*18,3*	*20,9*	*9,7*	*11,3*	*+ 0,5*	*32,1*	*26,3*	*+ 5,9*
1991	*100*	*54,7*	*17,6*	*21,3*	*10,0*	*11,3*	*+ 0,8*	*33,1*	*27,4*	*+ 5,6*
1992	*100*	*54,6*	*17,9*	*20,9*	*9,2*	*11,7*	*– 0,1*	*33,2*	*26,4*	*+ 6,7*
1993	*100*	*55,7*	*17,8*	*19,3*	*7,5*	*11,9*	*– 0,4*	*31,9*	*24,4*	*+ 7,6*
1994 1. Hj.	*100*	*55,4*	*16,5*	*18,8*	*6,8*	*11,9*	*+ 1,2*	*33,1*	*24,9*	*+ 8,1*

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Waren und Dienstleistungen. Einschließlich innerdeutscher Transaktionen.

Tabelle 35*

Inlandsprodukts

Bundesgebiet

Brutto-inlands-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]	Zeitraum[1]
			zusammen	Ausrüstungen	Bauten					
					Mrd DM in Preisen von 1991					
1 000,00	487,93	189,49	267,35	75,97	191,38	+23,24	136,98	104,99	+ 31,99	1960
1 046,30	517,67	201,14	284,65	84,68	199,97	+12,02	143,87	113,05	+ 30,82	1961
1 095,10	547,02	220,19	295,49	91,03	204,46	+10,23	147,77	125,60	+ 22,17	1962
1 125,90	562,33	233,78	299,06	91,25	207,81	+ 3,05	159,43	131,75	+ 27,68	1963
1 200,90	592,40	238,03	332,68	98,21	234,47	+ 9,14	172,63	143,98	+ 28,65	1964
1 265,20	633,03	249,67	348,25	105,55	242,70	+15,06	183,65	164,46	+ 19,19	1965
1 300,50	652,78	257,71	352,30	103,49	248,81	+ 4,49	202,13	168,91	+ 33,22	1966
1 296,50	660,26	267,09	327,61	94,25	233,36	– 9,50	217,79	166,75	+ 51,04	1967
1 367,20	691,28	268,58	338,37	100,92	237,45	+12,23	245,44	188,70	+ 56,74	1968
1 469,20	746,40	280,26	370,74	121,77	248,97	+24,35	268,23	220,78	+ 47,45	1969
1 543,20	803,80	292,31	403,91	140,21	263,70	+27,38	286,71	270,91	+ 15,80	1970
1 590,40	847,97	307,16	427,71	145,84	281,87	+ 3,54	299,23	295,21	+ 4,02	1971
1 658,00	887,46	320,02	439,17	141,85	297,32	+ 3,99	319,68	312,32	+ 7,36	1972
1 737,00	913,63	335,96	437,95	141,19	296,76	+23,51	353,50	327,55	+ 25,95	1973
1 740,40	918,13	349,47	395,26	125,93	269,33	+10,26	395,98	328,70	+ 67,28	1974
1 718,60	947,05	362,95	374,05	125,49	248,56	– 3,46	370,90	332,89	+ 38,01	1975
1 810,10	984,26	368,36	387,44	133,38	254,06	+31,27	406,70	367,93	+ 38,77	1976
1 861,60	1 028,94	373,22	401,21	143,52	257,69	+15,95	422,69	380,41	+ 42,28	1977
1 917,40	1 066,88	387,59	417,59	154,08	263,51	+11,85	434,80	401,31	+ 33,49	1978
1 998,40	1 102,20	400,64	445,41	167,32	278,09	+34,97	453,38	438,20	+ 15,18	1979
2 018,00	1 115,90	411,07	455,19	171,11	284,08	+12,79	476,84	453,79	+ 23,05	1980
2 020,00	1 109,18	418,59	432,51	162,66	269,85	–11,65	511,16	439,79	+ 71,37	1981
2 001,00	1 094,49	414,82	409,10	150,18	258,92	–13,39	531,13	435,15	+ 95,98	1982
2 036,20	1 110,59	415,64	421,85	158,60	263,25	+ 2,32	526,85	441,05	+ 85,80	1983
2 093,50	1 130,55	426,01	422,44	156,32	266,12	+ 8,33	570,01	463,84	+106,17	1984
2 136,00	1 150,05	434,80	420,35	169,82	250,53	+ 2,39	613,09	484,68	+128,41	1985
2 186,10	1 189,95	445,84	434,29	176,11	258,18	+ 4,30	609,30	497,58	+111,72	1986
2 218,40	1 230,61	452,71	442,24	184,03	258,21	– 0,61	611,70	518,25	+ 93,45	1987
2 301,00	1 264,34	462,33	461,77	195,65	266,12	+12,13	645,25	544,82	+100,43	1988
2 384,40	1 300,15	454,88	490,66	212,81	277,85	+18,08	710,92	590,29	+120,63	1989
2 520,40	1 370,01	465,03	532,35	240,92	291,43	+15,02	789,05	651,06	+137,99	1990
2 647,60	1 448,77	466,52	563,22	263,90	299,32	+20,43	875,22	726,56	+148,66	1991
2 694,30	1 480,42	485,32	564,96	252,76	312,20	– 0,47	922,46	758,39	+164,07	1992
2 648,60	1 483,01	479,72	518,03	208,29	309,74	– 6,98	893,03	718,21	+174,82	1993
1 324,40	728,16	233,07	251,15	95,49	155,66	+17,65	466,83	372,46	+ 94,37	1994 1. Hj.
					Anteil in vH					
100	*48,8*	*18,9*	*26,7*	*7,6*	*19,1*	*+ 2,3*	*13,7*	*10,5*	*+ 3,2*	1960
100	*50,0*	*19,7*	*27,5*	*8,3*	*19,2*	*+ 1,2*	*14,5*	*13,0*	*+ 1,5*	1965
100	*50,2*	*19,8*	*27,1*	*8,0*	*19,1*	*+ 0,3*	*15,5*	*13,0*	*+ 2,6*	1966
100	*50,9*	*20,6*	*25,3*	*7,3*	*18,0*	*– 0,7*	*16,8*	*12,9*	*+ 3,9*	1967
100	*50,6*	*19,6*	*24,7*	*7,4*	*17,4*	*+ 0,9*	*18,0*	*13,8*	*+ 4,2*	1968
100	*50,8*	*19,1*	*25,2*	*8,3*	*16,9*	*+ 1,7*	*18,3*	*15,0*	*+ 3,2*	1969
100	*52,1*	*18,9*	*26,2*	*9,1*	*17,1*	*+ 1,8*	*18,6*	*17,6*	*+ 1,0*	1970
100	*53,3*	*19,3*	*26,9*	*9,2*	*17,7*	*+ 0,2*	*18,8*	*18,6*	*+ 0,3*	1971
100	*53,5*	*19,3*	*26,5*	*8,6*	*17,9*	*+ 0,2*	*19,3*	*18,8*	*+ 0,4*	1972
100	*52,6*	*19,3*	*25,2*	*8,1*	*17,1*	*+ 1,4*	*20,4*	*18,9*	*+ 1,5*	1973
100	*52,8*	*20,1*	*22,7*	*7,2*	*15,5*	*+ 0,6*	*22,8*	*18,9*	*+ 3,9*	1974
100	*55,1*	*21,1*	*21,8*	*7,3*	*14,5*	*– 0,2*	*21,6*	*19,4*	*+ 2,2*	1975
100	*54,4*	*20,4*	*21,4*	*7,4*	*14,0*	*+ 1,7*	*22,5*	*20,3*	*+ 2,1*	1976
100	*55,3*	*20,0*	*21,6*	*7,7*	*13,8*	*+ 0,9*	*22,7*	*20,4*	*+ 2,3*	1977
100	*55,6*	*20,2*	*21,8*	*8,0*	*13,7*	*+ 0,6*	*22,7*	*20,9*	*+ 1,7*	1978
100	*55,2*	*20,0*	*22,3*	*8,4*	*13,9*	*+ 1,7*	*22,7*	*21,9*	*+ 0,8*	1979
100	*55,3*	*20,4*	*22,6*	*8,5*	*14,1*	*+ 0,6*	*23,6*	*22,5*	*+ 1,1*	1980
100	*54,9*	*20,7*	*21,4*	*8,1*	*13,4*	*– 0,6*	*25,3*	*21,8*	*+ 3,5*	1981
100	*54,7*	*20,7*	*20,4*	*7,5*	*12,9*	*– 0,7*	*26,5*	*21,7*	*+ 4,8*	1982
100	*54,5*	*20,4*	*20,7*	*7,8*	*12,9*	*+ 0,1*	*25,9*	*21,7*	*+ 4,2*	1983
100	*54,0*	*20,3*	*20,2*	*7,5*	*12,7*	*+ 0,4*	*27,2*	*22,2*	*+ 5,1*	1984
100	*53,8*	*20,4*	*19,7*	*8,0*	*11,7*	*+ 0,1*	*28,7*	*22,7*	*+ 6,0*	1985
100	*54,4*	*20,4*	*19,9*	*8,1*	*11,8*	*+ 0,2*	*27,9*	*22,8*	*+ 5,1*	1986
100	*55,5*	*20,4*	*19,9*	*8,3*	*11,6*	*– 0,0*	*27,6*	*23,4*	*+ 4,2*	1987
100	*54,9*	*20,1*	*20,1*	*8,5*	*11,6*	*+ 0,5*	*28,0*	*23,7*	*+ 4,4*	1988
100	*54,5*	*19,1*	*20,6*	*8,9*	*11,7*	*+ 0,8*	*29,8*	*24,8*	*+ 5,1*	1989
100	*54,4*	*18,5*	*21,1*	*9,6*	*11,6*	*+ 0,6*	*31,3*	*25,8*	*+ 5,5*	1990
100	*54,7*	*17,6*	*21,3*	*10,0*	*11,3*	*+ 0,8*	*33,1*	*27,4*	*+ 5,6*	1991
100	*54,9*	*18,0*	*21,0*	*9,4*	*11,6*	*– 0,0*	*34,2*	*28,1*	*+ 6,1*	1992
100	*56,0*	*18,1*	*19,6*	*7,9*	*11,7*	*– 0,3*	*33,7*	*27,1*	*+ 6,6*	1993
100	*55,0*	*17,6*	*19,0*	*7,2*	*11,8*	*+ 1,3*	*35,2*	*28,1*	*+ 7,1*	1994 1. Hj.

[3]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 36*

Bruttoinvestitionen
Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Zeitraum[1]	Insgesamt	Ausrüstungen[2]			Bauten[3]				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen[4]	Staat	zusammen	Unternehmen[4] zusammen	Unternehmen[4] darunter Wohnbauten	Staat	
	In jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	- 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+14,20
1971	200,58	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,47
1972	213,47	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,30
1973	231,64	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+12,38
1974	216,42	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 3,71
1975	203,05	78,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	- 6,36
1976	241,33	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+15,68
1977	249,42	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 6,99
1978	272,13	105,75	101,33	4,42	159,15	121,22	76,36	37,93	+ 7,23
1979	324,29	118,58	113,62	4,96	182,71	139,76	88,55	42,95	+23,00
1980	343,85	126,84	121,38	5,46	205,24	157,96	99,53	47,28	+11,77
1981	320,74	126,96	121,86	5,10	204,33	159,73	99,81	44,60	-10,55
1982	307,41	123,61	118,94	4,67	199,84	159,07	97,82	40,77	-16,04
1983	339,31	134,95	130,29	4,66	205,86	168,34	105,77	37,52	- 1,50
1984	355,99	137,13	132,02	5,11	213,54	176,49	111,04	37,05	+ 5,32
1985	357,06	153,03	147,08	5,95	202,78	165,82	100,85	36,96	+ 1,25
1986	376,40	160,87	154,33	6,54	212,61	171,86	101,83	40,75	+ 2,92
1987	385,22	169,43	162,34	7,09	216,35	175,45	102,58	40,90	- 0,56
1988	420,20	182,46	175,28	7,18	227,44	185,71	108,61	41,73	+10,30
1989	464,53	203,47	195,39	8,08	245,05	200,76	117,93	44,29	+16,01
1990	519,27	234,57	225,80	8,77	273,21	226,45	135,86	46,76	+11,49
1991	583,65	263,90	254,07	9,83	299,32	249,25	151,43	50,07	+20,43
1992	584,28	257,55	247,36	10,19	329,32	275,36	170,96	53,96	- 2,59
1993	540,28	213,33	203,93	9,40	338,47	285,19	184,07	53,28	-11,52
1988 1.Hj.	203,02	82,66	80,05	2,61	106,19	87,41	51,30	18,78	+14,17
2.Hj.	217,18	99,80	95,23	4,57	121,25	98,30	57,31	22,95	- 3,87
1989 1.Hj.	224,03	92,10	89,37	2,73	116,87	96,24	56,78	20,63	+15,06
2.Hj.	240,50	111,37	106,02	5,35	128,18	104,52	61,15	23,66	+ 0,95
1990 1.Hj.	254,25	107,39	104,31	3,08	130,21	108,45	65,10	21,76	+16,65
2.Hj.	265,02	127,18	121,49	5,69	143,00	118,00	70,76	25,00	- 5,16
1991 1.Hj.	298,86	124,78	121,40	3,38	140,86	118,11	71,91	22,75	+33,22
2.Hj.	284,79	139,12	132,67	6,45	158,46	131,14	79,52	27,32	-12,79
1992 1.Hj.	301,77	125,47	121,83	3,64	157,33	132,32	81,69	25,01	+18,97
2.Hj.	282,51	132,08	125,53	6,55	171,99	143,04	89,27	28,95	-21,56
1993 1.Hj.	272,99	103,24	99,84	3,40	162,57	137,34	87,94	25,23	+ 7,18
2.Hj.	267,29	110,09	104,09	6,00	175,90	147,85	96,13	28,05	-18,70
1994 1.Hj.	287,00	98,11	95,04	3,07	172,27	147,51	98,59	24,76	+16,62

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

Tabelle 36*

Bruttoinvestitionen
Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen[2] zusammen	Ausrüstungen[2] Unternehmen[4]	Ausrüstungen[2] Staat	Bauten[3] zusammen	Bauten[3] Unternehmen[4] zusammen	Bauten[3] Unternehmen[4] darunter Wohnbauten	Bauten[3] Staat	Vorratsveränderung	Zeitraum[1]
In Preisen von 1991									
290,59	75,97	73,71	2,26	191,38	160,83	102,63	30,55	+23,24	1960
296,67	84,68	82,13	2,55	199,97	166,19	105,55	33,78	+12,02	1961
305,72	91,03	88,02	3,01	204,46	165,53	106,22	38,93	+10,23	1962
302,11	91,25	87,83	3,42	207,81	162,90	105,78	44,91	+ 3,05	1963
341,82	98,21	94,65	3,56	234,47	179,38	117,70	55,09	+ 9,14	1964
363,31	105,55	101,61	3,94	242,70	187,21	122,49	55,49	+15,06	1965
356,79	103,49	99,68	3,81	248,81	192,82	127,01	55,99	+ 4,49	1966
318,11	94,25	90,66	3,59	233,36	182,24	127,04	51,12	- 9,50	1967
350,60	100,92	97,46	3,46	237,45	182,99	125,76	54,46	+12,23	1968
395,09	121,77	118,00	3,77	248,97	189,92	124,58	59,05	+24,35	1969
431,29	140,21	135,72	4,49	263,70	197,34	123,32	66,36	+27,38	1970
431,25	145,84	140,65	5,19	281,87	216,02	136,25	65,85	+ 3,54	1971
443,16	141,85	136,35	5,50	297,32	233,85	153,16	63,47	+ 3,99	1972
461,46	141,19	135,18	6,01	296,76	234,41	155,01	62,35	+23,51	1973
405,52	125,93	119,52	6,41	269,33	202,67	132,04	66,66	+10,26	1974
370,59	125,49	119,46	6,03	248,56	183,41	118,14	65,15	- 3,46	1975
418,71	133,38	127,73	5,65	254,06	191,00	122,84	63,06	+31,27	1976
417,16	143,52	137,45	6,07	257,69	198,01	127,27	59,68	+15,95	1977
429,44	154,08	147,56	6,52	263,51	202,77	130,74	60,74	+11,85	1978
480,38	167,32	160,29	7,03	278,09	215,51	139,74	62,58	+34,97	1979
467,98	171,11	163,82	7,29	284,08	221,84	142,90	62,24	+12,79	1980
420,86	162,66	156,15	6,51	269,85	213,07	135,81	56,78	-11,65	1981
395,71	150,18	144,61	5,57	258,92	206,90	129,10	52,02	-13,39	1982
424,17	158,60	153,25	5,35	263,25	215,62	136,41	47,63	+ 2,32	1983
430,77	156,32	150,62	5,70	266,12	220,00	139,14	46,12	+ 8,33	1984
422,74	169,82	163,38	6,44	250,53	204,95	125,31	45,58	+ 2,39	1985
438,59	176,11	169,06	7,05	258,18	208,96	124,58	49,22	+ 4,30	1986
441,63	184,03	176,44	7,59	258,21	209,57	123,05	48,64	- 0,61	1987
473,90	195,65	188,10	7,55	266,12	217,29	127,62	48,83	+12,13	1988
508,74	212,81	204,58	8,23	277,85	227,50	133,87	50,35	+18,08	1989
547,37	240,92	232,03	8,89	291,43	241,49	145,24	49,94	+15,02	1990
583,65	263,90	254,07	9,83	299,32	249,25	151,43	50,07	+20,43	1991
564,49	252,76	242,77	9,99	312,20	261,10	161,63	51,10	- 0,47	1992
511,05	208,29	199,20	9,09	309,74	260,86	166,85	48,88	- 6,98	1993
231,22	89,09	86,32	2,77	125,14	103,03	60,68	22,11	+16,99	1988 1.Hj.
242,68	106,56	101,78	4,78	140,98	114,26	66,94	26,72	- 4,86	2.Hj.
247,20	96,62	93,82	2,80	133,73	110,08	65,04	23,65	+16,85	1989 1.Hj.
261,54	116,19	110,76	5,43	144,12	117,42	68,83	26,70	+ 1,23	2.Hj.
270,23	110,75	107,61	3,14	140,89	117,32	70,57	23,57	+18,59	1990 1.Hj.
277,14	130,17	124,42	5,75	150,54	124,17	74,67	26,37	- 3,57	2.Hj.
301,26	125,55	122,14	3,41	142,84	119,77	72,96	23,07	+32,87	1991 1.Hj.
282,39	138,35	131,93	6,42	156,48	129,48	78,47	27,00	-12,44	2.Hj.
293,01	123,15	119,57	3,58	150,74	126,81	78,13	23,93	+19,12	1992 1.Hj.
271,48	129,61	123,20	6,41	161,46	134,29	83,50	27,17	-19,59	2.Hj.
258,15	100,66	97,37	3,29	149,39	126,20	80,15	23,19	+ 8,10	1993 1.Hj.
252,90	107,63	101,83	5,80	160,35	134,66	86,70	25,69	-15,08	2.Hj.
268,80	95,49	92,59	2,90	155,66	133,09	88,01	22,57	+17,65	1994 1.Hj.

[3]) Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 37*

Anlageinvestitionen
Früheres
Mrd

In jeweiligen Preisen

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Wohnungsvermietung[6]	Staat[7]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[3]	Baugewerbe				
	Neue Ausrüstungen									
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59	—	1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79	—	1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81	—	1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02	—	1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35	—	1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99	—	2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67	—	2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08	—	2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53	—	2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01	—	2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39	—	2,96
1971	74,99	4,12	43,38	6,10	33,05	4,23	16,03	7,92	—	3,54
1972	75,39	4,37	42,42	7,12	30,96	4,34	16,47	8,32	—	3,81
1973	77,85	5,32	40,84	7,43	29,69	3,72	17,00	10,48	—	4,21
1974	75,53	4,88	40,46	8,64	29,38	2,44	16,36	9,17	—	4,66
1975	81,39	5,46	42,93	9,52	30,58	2,83	15,97	12,49	—	4,54
1976	89,22	6,21	45,81	8,57	34,04	3,20	17,33	15,41	—	4,46
1977	98,47	7,17	46,92	7,36	35,98	3,58	19,55	19,89	—	4,94
1978	109,07	7,70	49,88	7,74	37,70	4,44	21,50	24,53	—	5,46
1979	121,90	8,02	55,96	7,57	42,83	5,56	21,84	29,98	—	6,10
1980	130,51	7,42	61,78	8,44	47,97	5,37	22,89	31,75	—	6,67
1981	132,05	6,95	61,43	9,73	47,59	4,11	24,30	33,05	—	6,32
1982	128,42	7,15	62,11	13,17	45,45	3,49	23,45	29,85	—	5,86
1983	140,05	8,39	65,76	13,26	48,55	3,95	26,40	33,54	—	5,96
1984	142,79	7,82	65,87	13,82	48,36	3,69	25,93	36,74	—	6,43
1985	159,22	7,92	74,85	13,75	57,41	3,69	29,77	39,27	—	7,41
1986	167,91	7,88	79,83	13,83	61,81	4,19	30,86	41,29	—	8,05
1987	177,37	7,95	83,94	14,06	65,49	4,39	31,80	44,99	—	8,69
1988	191,48	8,44	86,44	13,39	68,39	4,66	34,87	52,85	—	8,88
1989	213,95	9,37	94,65	12,31	76,67	5,67	38,94	61,10	—	9,89
1990	245,48	10,09	107,14	11,20	89,05	6,89	43,97	73,54	—	10,74
1991	275,11	10,98	115,08	10,94	96,26	7,88	50,89	86,32	—	11,84
1992	269,20	10,24	111,17	13,01	89,33	8,83	51,29	84,28	—	12,22
1993	224,45	8,61	95,43	13,84	74,14	7,45	...	...	—	11,36
	Neue Bauten									
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,63	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,18	5,02	10,42	0,74	12,83	8,59	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,66	5,64	9,07	0,95	14,08	10,88	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,17	5,54	8,60	1,03	14,45	12,84	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,63	5,96	8,07	0,60	13,48	12,88	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,23	7,27	6,46	0,50	12,24	11,13	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,68	7,51	6,68	0,49	13,98	11,75	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	16,04	7,36	8,01	0,67	14,16	13,03	66,23	35,92
1978	159,15	1,83	16,29	7,70	7,93	0,66	14,50	16,14	71,56	38,83
1979	182,71	1,84	19,01	8,72	9,51	0,78	16,34	19,07	82,56	43,89
1980	205,24	1,94	22,79	10,53	11,42	0,84	17,62	21,70	92,64	48,55
1981	204,33	1,85	21,74	10,27	10,63	0,84	16,75	23,95	93,51	46,53
1982	199,84	1,96	20,24	9,77	9,73	0,74	16,89	25,51	92,20	43,04
1983	205,86	2,10	19,21	9,45	8,92	0,84	17,50	28,27	98,85	39,93
1984	213,54	2,02	20,04	9,81	9,44	0,79	19,30	29,68	102,91	39,59
1985	202,78	1,98	19,95	9,52	9,82	0,61	20,06	28,48	93,21	39,10
1986	212,61	1,85	23,11	10,22	12,35	0,54	22,33	28,80	93,56	42,96
1987	216,35	1,80	23,50	9,35	13,56	0,59	23,83	29,73	94,26	43,23
1988	227,44	1,85	24,00	9,97	13,41	0,62	25,54	32,02	99,20	44,83
1989	245,05	1,95	26,37	10,45	15,17	0,75	26,53	34,75	107,81	47,64
1990	273,21	2,34	28,86	11,16	16,80	0,90	27,59	39,87	124,20	50,35
1991	299,32	2,20	30,52	11,67	17,84	1,01	31,55	43,16	137,88	54,01
1992	329,32	2,44	32,68	13,64	17,73	1,31	34,60	45,47	155,68	58,45
1993	338,47	2,46	31,62	14,69	15,25	1,68	...	...	167,73	58,08

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich selbsterstellter Anlagen. — [3] Einschließlich produzierendes Handwerk. — [4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

nach Wirtschaftsbereichen Tabelle 37*
Bundesgebiet
DM

In Preisen von 1991

Insgesamt[2]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Wohnungsvermietung[6]	Staat[7]	Zeitraum[1]
		zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[3]	Baugewerbe					
				Neue Ausrüstungen						
78,54	8,85	46,89	7,15	34,26	5,48	16,20	3,50	—	3,10	1960
87,50	10,22	52,10	7,40	38,22	6,48	17,81	3,88	—	3,49	1961
93,85	9,92	55,96	8,52	40,78	6,66	20,02	3,84	—	4,11	1962
94,12	9,12	54,52	8,16	39,57	6,79	21,63	4,20	—	4,65	1963
101,52	10,69	60,00	8,99	43,96	7,05	21,16	4,82	—	4,85	1964
108,89	12,19	64,06	8,59	48,86	6,61	21,32	5,98	—	5,34	1965
106,80	11,19	61,73	7,68	48,88	5,17	21,63	7,10	—	5,15	1966
97,70	8,30	56,49	8,16	43,01	5,32	20,36	7,67	—	4,88	1967
104,55	8,05	60,47	7,33	47,05	6,09	22,63	8,57	—	4,83	1968
126,41	10,44	74,85	7,18	59,56	8,11	24,75	11,05	—	5,32	1969
145,21	10,50	86,79	8,87	68,95	8,97	28,60	12,99	—	6,33	1970
151,08	9,14	89,64	11,66	68,56	9,42	31,68	13,48	—	7,14	1971
147,52	9,33	85,09	13,15	62,53	9,41	31,69	13,89	—	7,52	1972
146,33	10,85	78,70	13,27	57,74	7,69	31,61	17,17	—	8,00	1973
131,58	9,18	72,10	14,28	53,09	4,73	28,04	14,03	—	8,23	1974
131,20	9,36	70,67	14,70	51,00	4,97	25,59	18,02	—	7,56	1975
138,51	10,14	72,66	12,79	54,50	5,37	26,80	21,69	—	7,22	1976
148,51	11,20	72,65	10,72	56,10	5,83	29,50	27,46	—	7,70	1977
159,27	11,65	74,90	10,94	56,96	7,00	31,37	33,18	—	8,17	1978
172,25	11,78	81,47	10,40	62,61	8,46	30,59	39,65	—	8,76	1979
176,36	10,47	85,83	11,12	66,93	7,78	30,50	40,55	—	9,01	1980
169,58	9,23	80,96	12,27	63,02	5,67	30,95	40,30	—	8,14	1981
156,51	8,96	77,47	15,72	57,20	4,55	28,29	34,73	—	7,06	1982
165,09	10,13	79,34	15,30	59,07	4,97	30,86	37,85	—	6,91	1983
163,27	9,13	77,21	15,57	57,15	4,49	29,44	40,26	—	7,23	1984
177,21	9,00	85,18	15,19	65,66	4,33	32,96	41,98	—	8,09	1985
184,29	8,81	89,09	15,05	69,29	4,75	33,70	43,96	—	8,73	1986
192,99	8,84	92,41	15,16	72,39	4,86	34,36	48,02	—	9,36	1987
205,56	9,23	93,38	14,17	74,16	5,05	37,10	56,48	—	9,37	1988
224,06	10,03	99,45	12,68	80,78	5,99	40,61	63,84	—	10,13	1989
252,39	10,46	110,38	11,39	91,87	7,12	45,15	75,50	—	10,90	1990
275,11	10,98	115,08	10,94	96,26	7,88	50,89	86,32	—	11,84	1991
263,98	9,87	108,35	12,70	87,11	8,54	51,13	82,65	—	11,98	1992
218,72	8,14	92,54	13,45	71,91	7,18	...	...	—	10,96	1993
				Neue Bauten						
191,38	4,84	29,81	6,66	21,92	1,23	15,36	11,77	96,29	33,31	1960
199,97	4,73	31,36	6,71	23,27	1,38	15,29	12,93	99,22	36,44	1961
204,46	4,54	28,74	7,50	19,83	1,41	15,87	13,87	100,02	41,42	1962
207,81	4,37	27,15	7,33	18,25	1,57	15,34	13,81	99,35	47,79	1963
234,47	4,63	27,95	7,78	18,31	1,86	15,48	17,90	109,87	58,64	1964
242,70	4,62	28,74	8,24	18,84	1,66	16,36	19,09	115,15	58,74	1965
248,81	4,75	28,38	7,90	18,92	1,56	16,28	20,24	119,61	59,55	1966
233,36	4,54	24,68	8,75	14,33	1,60	16,98	14,10	119,96	53,10	1967
237,45	4,76	21,28	7,65	12,43	1,20	18,76	16,72	119,21	56,72	1968
248,97	4,21	26,25	7,62	17,38	1,25	22,26	16,50	118,45	61,30	1969
263,70	3,28	32,34	8,14	23,01	1,19	23,77	17,48	117,26	69,57	1970
281,87	2,70	34,41	9,71	23,06	1,64	26,23	20,26	129,66	68,61	1971
297,32	2,26	31,58	10,43	19,12	2,03	27,83	24,28	145,46	65,91	1972
296,76	2,30	29,32	9,86	17,35	2,11	27,06	27,00	146,94	64,14	1973
269,33	2,59	25,83	9,74	14,94	1,15	22,85	25,37	124,76	67,93	1974
248,56	2,72	24,95	11,81	12,18	0,96	21,00	21,84	111,51	66,54	1975
254,06	2,87	24,89	11,88	12,11	0,90	23,35	22,19	116,21	64,55	1976
257,69	3,04	26,57	11,39	13,99	1,19	23,01	23,63	120,05	61,39	1977
263,51	3,05	25,57	11,31	13,15	1,11	22,36	27,50	122,62	62,41	1978
278,09	2,80	27,56	11,78	14,57	1,21	23,26	29,79	130,43	64,25	1979
284,08	2,69	30,21	13,11	15,92	1,18	22,91	30,96	133,12	64,19	1980
269,85	2,44	27,53	12,43	13,98	1,12	20,87	32,21	127,37	59,43	1981
258,92	2,51	25,32	11,93	12,43	0,96	20,97	33,36	121,76	55,00	1982
263,25	2,68	24,09	11,75	11,27	1,07	21,89	36,30	127,56	50,73	1983
266,12	2,51	24,62	11,98	11,66	0,98	23,62	37,10	128,98	49,29	1984
250,53	2,46	24,31	11,45	12,10	0,76	24,29	35,41	115,81	48,25	1985
258,18	2,28	27,68	12,05	14,98	0,65	26,51	35,27	114,47	51,97	1986
258,21	2,19	27,75	10,90	16,14	0,71	27,96	35,81	113,05	51,45	1987
266,12	2,19	27,79	11,37	15,70	0,72	29,41	37,70	116,55	52,48	1988
277,85	2,23	29,64	11,64	17,15	0,85	29,75	39,68	122,38	54,17	1989
291,43	2,48	30,59	11,76	17,87	0,96	29,25	42,55	132,77	53,79	1990
299,32	2,20	30,52	11,67	17,84	1,01	31,55	43,16	137,88	54,01	1991
312,20	2,32	31,08	12,97	16,86	1,25	32,94	43,28	147,18	55,40	1992
309,74	2,27	29,48	13,75	14,17	1,56	...	...	151,93	53,29	1993

[5]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung). — [6]) Einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer. — [7]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 38*

Einnahmen und Aus
Ins

Zeitraum[2]	Einnahmen				Aus				
	ins-gesamt	Steuern	Sozial-beiträge	sonstige Ein-nahmen[3]	ins-gesamt	Staats-ver-brauch[4]	Einkommensübertragungen		
							zu-sammen	davon	
								private Haus-halte[5]	Unter-nehmen und übrige Welt
	Mrd								
	Früheres Bundesgebiet								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,02	183,65	98,44	20,93	304,24	126,76	120,66	99,48	21,18
1972	336,52	201,25	112,48	22,79	340,90	141,04	140,09	113,83	26,26
1973	397,40	236,88	133,48	27,04	386,36	163,09	159,23	127,65	31,58
1974	432,04	253,42	149,56	29,06	444,76	190,11	180,75	148,21	32,54
1975	451,42	254,10	167,26	30,06	509,10	210,08	221,94	185,51	36,43
1976	507,94	285,75	187,97	34,22	546,20	221,86	239,66	199,83	39,83
1977	553,68	317,17	200,23	36,28	582,68	235,13	258,17	212,71	45,46
1978	589,17	335,05	212,66	41,46	620,47	253,09	275,96	223,53	52,43
1979	633,88	358,67	230,04	45,17	669,64	273,54	294,15	238,11	56,04
1980	679,20	381,22	248,49	49,49	721,88	298,02	309,65	253,32	56,33
1981	709,15	386,40	268,64	54,11	765,70	318,39	331,57	274,86	56,71
1982	743,01	394,86	284,25	63,90	795,71	326,44	349,28	291,34	57,94
1983	773,80	414,75	290,34	68,71	816,40	336,44	357,63	295,54	62,09
1984	814,84	439,15	304,58	71,11	848,82	350,44	371,00	299,75	71,25
1985	854,18	459,95	320,11	74,12	875,27	365,72	379,98	306,99	72,99
1986	886,78	473,21	337,40	76,17	912,18	382,55	395,16	318,96	76,20
1987	911,72	491,44	350,55	69,73	949,56	397,28	416,19	335,21	80,98
1988	945,82	512,52	366,52	66,78	991,06	412,38	440,27	350,61	89,66
1989	1 021,61	560,09	383,15	78,37	1 018,86	418,82	456,40	364,22	92,18
1990	1 068,38	573,22	410,46	84,70	1 118,12	444,07	521,73	384,15	137,58
1991	1 197,72	653,33	450,30	94,09	1 287,37	466,52	620,26	406,75	213,51
1992	1 297,82	707,06	481,50	109,26	1 363,09	502,86	659,82	435,83	223,99
1993	1 330,50	715,34	506,74	108,42	1 412,33	508,48	699,58	470,71	228,87
1991 1. Hj.	555,64	296,29	211,61	47,74	622,73	214,56	308,16	197,44	110,72
2. Hj.	642,08	357,04	238,69	46,35	664,64	251,96	312,10	209,31	102,79
1992 1. Hj.	625,17	341,80	226,01	57,36	640,62	230,64	317,45	212,90	104,55
2. Hj.	672,65	365,26	255,49	51,90	722,47	272,22	342,37	222,93	119,44
1993 1. Hj.	642,57	342,17	241,37	59,03	667,29	235,44	338,74	230,00	108,74
2. Hj.	687,93	373,17	265,37	49,39	745,04	273,04	360,84	240,71	120,13
1994 1. Hj.	676,00	355,99	256,32	63,69	682,58	238,12	351,36	242,21	109,15
	Deutschland								
1991	1 300,63	688,98	513,32	98,33	1 394,45	554,21	624,08	488,01	136,07
1992	1 436,37	754,49	561,61	120,27	1 526,72	612,77	669,09	546,36	122,73
1993	1 488,21	771,41	596,34	120,46	1 593,35	623,04	722,12	596,64	125,48
1991 1. Hj.	600,64	310,77	239,59	50,28	649,14	247,52	302,13	234,55	67,58
2. Hj.	699,99	378,21	273,73	48,05	745,31	306,69	321,95	253,46	68,49
1992 1. Hj.	686,33	362,83	262,32	61,18	705,50	276,62	322,83	264,38	58,45
2. Hj.	750,04	391,66	299,29	59,09	821,22	336,15	346,26	281,98	64,28
1993 1. Hj.	714,41	366,49	283,12	64,80	743,42	285,24	346,98	290,36	56,62
2. Hj.	773,80	404,92	313,22	55,66	849,93	337,80	375,14	306,28	68,86
1994 1. Hj.	759,49	387,24	303,34	68,91	771,83	291,19	367,43	308,93	58,50

[1] Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [2] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [3] Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen. — [4] Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der Gesetzlichen Krankenkassen) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 38*

gaben des Staates[1])
gesamt

gaben				Nachrichtlich				
Zinsen[6])	Brutto-investitionen	Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo[7])	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Produktionspotential in jeweiligen Preisen[8])	Staatsquote[9])	Abgabenquote[10])	Zeitraum[2])
DM						vH		
			Früheres Bundesgebiet					
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	302,71	306,0	*32,6*	*33,4*	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,71	338,0	*33,5*	*34,5*	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,78	371,5	*34,9*	*34,9*	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,37	402,0	*34,9*	*35,2*	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	420,18	434,1	*35,3*	*34,7*	1964
3,23	20,86	7,92	- 2,76	459,17	471,8	*36,1*	*34,1*	1965
4,12	21,20	7,41	- 0,87	488,23	509,8	*35,6*	*34,6*	1966
5,19	18,87	7,92	- 7,00	494,35	535,1	*36,2*	*35,2*	1967
5,38	20,68	8,04	- 4,31	533,28	564,3	*37,4*	*36,0*	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	596,95	608,1	*38,4*	*37,5*	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,30	684,3	*38,6*	*36,6*	1970
7,34	33,87	15,61	- 1,22	749,75	770,9	*39,5*	*37,6*	1971
8,43	33,85	17,49	- 4,38	823,12	846,8	*40,3*	*38,1*	1972
10,17	35,13	18,74	+ 11,04	917,25	934,9	*41,3*	*40,4*	1973
12,15	40,13	21,62	- 12,72	983,93	1 027,4	*43,3*	*41,0*	1974
14,18	40,33	22,57	- 57,68	1 026,63	1 109,2	*45,9*	*41,0*	1975
17,45	39,49	27,74	- 38,26	1 120,50	1 171,2	*46,6*	*42,3*	1976
20,41	39,34	29,63	- 29,00	1 195,29	1 241,8	*46,9*	*43,3*	1977
21,53	42,55	27,34	- 31,30	1 283,55	1 327,1	*46,8*	*42,7*	1978
24,10	47,91	29,94	- 35,76	1 388,44	1 410,3	*47,5*	*42,4*	1979
28,55	53,24	32,42	- 42,68	1 472,04	1 518,9	*47,5*	*42,8*	1980
35,47	49,90	30,37	- 56,55	1 534,97	1 613,3	*47,5*	*42,7*	1981
44,03	45,44	30,52	- 52,70	1 588,09	1 711,5	*46,5*	*42,8*	1982
50,09	42,18	30,06	- 42,60	1 668,54	1 790,3	*45,6*	*42,3*	1983
52,72	42,16	32,50	- 33,98	1 750,89	1 863,9	*45,5*	*42,5*	1984
55,27	42,91	31,39	- 21,09	1 823,18	1 933,1	*45,3*	*42,8*	1985
57,18	47,29	30,00	- 25,40	1 925,29	2 040,3	*44,7*	*42,1*	1986
57,78	47,99	30,32	- 37,84	1 990,48	2 126,2	*44,7*	*42,3*	1987
59,81	48,91	29,69	- 45,24	2 095,98	2 208,7	*44,9*	*41,9*	1988
60,46	52,37	30,81	+ 2,75	2 224,44	2 315,0	*44,0*	*42,4*	1989
63,35	55,53	33,44	- 49,74	2 426,00	2 465,0	*45,4*	*40,5*	1990
74,45	59,90	66,24	- 89,65	2 647,60	2 647,6	*48,6*	*41,7*	1991
84,42	64,15	51,84	- 65,27	2 813,00	2 850,6	*47,8*	*42,3*	1992
91,31	62,68	50,28	- 81,83	2 853,70	2 998,8	*47,1*	*42,8*	1993
37,62	26,13	36,26	- 67,09	1 280,40	—	—	X	1991 1. Hj.
36,83	33,77	29,98	- 22,56	1 367,20	—	—	X	2. Hj.
42,93	28,65	20,95	- 15,45	1 366,00	—	—	X	1992 1. Hj.
41,49	35,50	30,89	- 49,82	1 447,00	—	—	X	2. Hj.
44,70	28,63	19,78	- 24,72	1 379,80	—	—	X	1993 1. Hj.
46,61	34,05	30,50	- 57,11	1 473,90	—	—	X	2. Hj.
51,27	27,83	14,00	- 6,58	1 441,60	—	—	X	1994 1. Hj.
			Deutschland					
77,22	74,35	64,59	- 93,82	2 853,60	—	*48,9*	*42,1*	1991
101,20	86,23	57,43	- 90,35	3 075,60	—	*49,6*	*42,8*	1992
104,58	86,64	56,97	-105,14	3 159,10	—	*50,4*	*43,3*	1993
38,23	30,92	30,34	- 48,50	1 367,60	—	—	X	1991 1. Hj.
38,99	43,43	34,25	- 45,32	1 486,00	—	—	X	2. Hj.
46,42	38,31	21,32	- 19,17	1 483,10	—	—	X	1992 1. Hj.
54,78	47,92	36,11	- 71,18	1 592,50	—	—	X	2. Hj.
50,37	38,93	21,90	- 29,01	1 519,50	—	—	X	1993 1. Hj.
54,21	47,71	35,07	- 76,13	1 639,60	—	—	X	2. Hj.
56,01	40,55	16,65	- 12,34	1 600,10	—	—	X	1994 1. Hj.

[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [6]) Zinsen auf öffentliche Schulden. — [7]) Überschuß: (+); Defizit: (-). — [8]) Produktionspotential in Preisen von 1991, inflationiert mit der Preisentwicklung des Bruttoinlandsprodukts. — [9]) Ausgaben des Staates in Relation zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen; für Deutschland: Ausgaben des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. — [10]) Steuern und Sozialbeiträge in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

noch Tabelle 38*

Einnahmen und Aus

Gebietskörperschaften

Mrd

Zeitraum[2]	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
	insgesamt	davon		insgesamt	da				
		Steuern	sonstige Einnahmen[3]		Staatsverbrauch	Einkommensübertragungen			Zinsen[6]
						zusammen[4]	darunter		
							private Haushalte[5]	Unternehmen und übrige Welt	
	Früheres Bundesgebiet								
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,95	183,65	24,30	216,29	94,25	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,42	102,97	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,22	236,88	29,34	268,48	117,55	87,54	38,80	30,54	10,17
1974	286,39	253,42	32,97	303,14	134,65	95,56	43,62	31,11	12,15
1975	288,42	254,10	34,32	343,58	145,56	121,64	59,24	34,60	14,17
1976	324,54	285,75	38,79	363,38	152,51	127,32	61,20	37,37	17,44
1977	360,19	317,17	43,02	385,36	162,33	134,81	63,97	42,52	20,41
1978	385,13	335,05	50,08	414,57	175,28	148,90	67,91	48,95	21,52
1979	413,27	358,67	54,60	449,14	189,86	158,06	72,94	52,27	24,09
1980	440,22	381,22	59,00	486,65	206,09	167,33	77,74	52,34	28,53
1981	451,28	386,40	64,88	513,84	219,21	180,18	85,30	52,68	35,39
1982	470,76	394,86	75,90	530,98	225,66	186,76	86,66	54,18	44,01
1983	496,79	414,75	82,04	539,20	232,37	186,02	87,22	58,19	50,08
1984	524,34	439,15	85,19	557,93	238,83	193,13	87,79	65,03	52,70
1985	549,17	459,95	89,22	575,25	248,02	199,17	89,76	67,42	55,25
1986	566,01	473,21	92,80	600,54	258,52	208,80	95,60	71,17	57,16
1987	578,61	491,44	87,17	623,01	267,77	220,11	100,42	75,56	57,75
1988	597,32	512,52	84,80	643,94	272,49	234,13	102,56	83,95	59,78
1989	656,21	560,09	96,12	670,22	282,27	245,26	107,12	86,46	60,43
1990	674,70	573,22	101,48	744,48	295,99	297,31	112,68	131,44	63,32
1991	762,49	653,33	109,16	870,32	301,34	370,18	119,90	186,37	74,42
1992	832,31	707,06	125,25	895,47	320,07	377,10	130,18	182,26	84,37
1993	840,73	715,34	125,39	930,44	325,75	402,52	138,35	188,16	91,26
	Deutschland								
1991	803,55	688,98	114,57	920,81	366,29	340,37	138,47	127,79	77,19
1992	894,11	754,49	139,62	983,11	396,44	344,18	151,39	112,00	101,15
1993	913,14	771,41	141,73	1 028,07	404,12	378,13	162,33	114,74	104,52

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[3]) Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[4]) Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.
[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7]) Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

noch Tabelle 38*

gaben des Staates[1])

und Sozialversicherung

DM

schaften			Sozialversicherung						
ben			Einnahmen		Ausgaben				
von				darunter		darunter			
Brutto-investitionen	Vermögensübertragungen[7])	Finanzierungssaldo[8])	insgesamt[9])	Sozialbeiträge[10])	insgesamt[11])	soziale Leistungen	Staatsverbrauch	Finanzierungssaldo[8])	Zeitraum[2])
					Früheres Bundesgebiet				
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963
20,65	7,38	- 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964
20,63	7,87	- 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965
20,92	7,35	- 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966
18,56	7,85	- 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	- 1,24	1967
20,42	7,98	- 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	- 0,50	1968
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969
31,02	12,47	- 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970
33,51	15,56	- 8,34	108,26	90,90	101,14	67,99	32,51	+ 7,12	1971
33,45	17,42	- 12,78	125,62	104,12	117,22	78,49	38,07	+ 8,40	1972
34,61	18,61	- 2,26	149,38	123,57	136,08	89,69	45,54	+13,30	1973
39,36	21,42	- 16,75	166,52	138,08	162,49	105,78	55,46	+ 4,03	1974
39,67	22,54	- 55,16	190,94	154,74	193,46	127,72	64,52	- 2,52	1975
38,81	27,30	- 38,84	212,39	174,72	211,81	140,48	69,35	+ 0,58	1976
38,63	29,18	- 25,17	222,09	186,03	225,92	150,51	72,80	- 3,83	1977
41,98	26,89	- 29,44	236,49	197,42	238,35	157,51	77,81	- 1,86	1978
47,25	29,88	- 35,87	253,99	213,74	253,88	167,08	83,68	+ 0,11	1979
52,42	32,28	- 46,43	276,78	230,88	273,03	177,76	91,93	+ 3,75	1980
48,77	30,29	- 62,56	300,73	249,50	294,72	192,07	99,18	+ 6,01	1981
44,23	30,32	- 60,22	318,80	264,70	311,28	207,46	100,78	+ 7,52	1982
40,89	29,84	- 42,41	318,35	270,15	318,54	210,96	104,07	- 0,19	1983
40,99	32,28	- 33,59	331,77	283,74	332,16	214,86	111,61	- 0,39	1984
41,56	31,25	- 26,08	348,14	298,23	343,15	219,71	117,70	+ 4,99	1985
46,19	29,87	- 34,53	364,18	314,45	355,05	225,78	124,03	+ 9,13	1986
47,03	30,35	- 44,40	378,79	327,05	372,23	237,19	129,51	+ 6,56	1987
47,82	29,72	- 46,62	397,64	342,27	396,26	250,40	139,89	+ 1,38	1988
51,42	30,84	- 14,01	418,62	358,23	401,86	260,10	136,55	+16,76	1989
54,43	33,43	- 69,78	448,12	384,11	428,08	275,22	148,08	+20,04	1990
58,38	66,00	-107,83	500,53	423,36	482,35	290,88	165,18	+18,18	1991
62,46	51,47	- 63,16	531,47	452,88	533,58	309,86	182,79	- 2,11	1992
60,86	50,05	- 89,71	567,09	477,22	559,21	336,58	182,73	+ 7,88	1993
					Deutschland				
72,55	64,41	-117,26	573,85	486,06	550,41	353,17	187,92	+23,44	1991
84,05	57,29	- 89,00	627,66	532,07	629,01	398,13	216,33	- 1,35	1992
84,42	56,88	-114,93	681,27	565,46	671,48	437,30	218,92	+ 9,79	1993

[8]) Überschuß: +; Defizit: -.

[9]) Empfangene Vermögensübertragungen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).

[10]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.

[11]) Subventionen, soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.

Tabelle 39*

Subventionen des Staates[1])

Früheres Bundesgebiet

Mrd DM

Nach Aufgabenbereichen

Jahr[2])	Insgesamt	Darunter									
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Energiegewinnung und -versorgung			Produzierendes Gewerbe[3])	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung		Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung, Gemeinschaftsdienste	sonstige Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht[4])
		zusammen	darunter: Zahlungen im Rahmen der Europäischen Agrarmarktordnung	zusammen	darunter: „Kohlepfennig"	darunter: Zuschuß zur Erleichterung der Produktion von Kokskohle und Hochofenkoks		zusammen	darunter: Zahlungen an die Bundesbahn		
1970	11,78	5,80	2,51	0,48	.	0,00	0,02	2,38	1,63	0,90	1,57
1971	12,61	5,16	1,63	0,40	.	0,00	0,03	3,53	2,61	0,84	1,77
1972	15,78	5,04	1,48	0,64	.	0,17	0,06	6,10	4,94	1,09	1,93
1973	18,65	5,99	2,63	0,98	.	0,20	0,08	7,54	6,11	0,93	2,05
1974	18,86	5,32	2,78	0,97	.	0,09	0,10	7,65	5,88	1,16	2,37
1975	20,39	6,21	2,81	1,00	0,33	0,12	0,19	7,38	5,56	1,16	3,05
1976	22,13	6,80	3,46	1,75	1,13	0,06	0,21	7,09	5,36	1,43	3,33
1977	24,63	7,75	4,98	2,41	1,39	0,27	0,14	7,43	6,93	1,69	3,51
1978	29,70	9,32	6,83	3,30	1,60	0,80	0,24	9,07	6,93	1,91	4,05
1979	31,16	9,08	6,78	4,71	2,68	1,27	0,27	8,48	6,29	2,01	4,52
1980	30,65	9,21	6,83	4,29	2,03	1,32	0,34	7,34	5,16	2,09	5,41
1981	29,12	7,32	5,94	3,39	1,40	1,35	0,37	7,87	5,68	2,25	5,67
1982	29,25	7,52	5,77	2,99	1,78	0,73	0,54	7,94	5,83	2,34	5,23
1983	31,72	9,40	8,04	2,79	1,45	0,98	0,66	7,81	5,84	2,52	5,74
1984	36,33	11,89	8,44	3,92	1,77	1,80	1,42	7,69	5,70	2,74	5,84
1985	37,94	13,01	8,36	3,40	1,59	1,53	1,17	7,53	5,65	3,01	6,77
1986	41,31	14,83	9,80	5,10	2,75	2,11	0,17	7,18	5,15	3,58	6,78
1987	44,80	15,36	10,34	8,29	4,68	3,38	0,16	7,11	5,02	3,21	6,93
1988	47,74	17,48	11,51	8,04	4,31	3,47	0,48	7,46	5,27	2,65	7,72
1989	46,78	14,32	8,29	9,68	5,08	4,24	1,02	7,58	5,22	2,77	7,67
1990	48,83	14,32	9,48	10,04	5,34	3,76	1,05	7,93	5,38	2,91	8,07
1991	45,65	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	45,00	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	44,89	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Nach Wirtschaftsbereichen[5])

Jahr[2])	Insgesamt	Davon							Einbehaltene Umsatzsteuer[6]) (in den Wirtschaftsbereichen enthalten)
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe: zusammen	davon: Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	davon: Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Dienstleistungsunternehmen	
1970	11,78	2,71	2,64	0,64	2,00	2,68	2,56	1,19	1,79
1971	12,61	2,83	3,05	0,58	2,47	1,72	3,71	1,30	2,14
1972	15,78	2,89	3,18	0,85	2,33	1,91	6,20	1,60	2,40
1973	18,65	2,79	3,99	1,23	2,76	2,68	7,63	1,56	2,43
1974	18,86	2,26	4,35	1,27	3,08	2,55	7,73	1,97	2,52
1975	20,39	3,02	4,90	1,40	3,50	2,77	7,51	2,19	3,23
1976	22,13	3,18	5,97	1,98	3,99	3,28	7,24	2,46	3,35
1977	24,63	2,55	6,95	2,63	4,32	4,72	7,56	2,85	3,01
1978	29,70	2,52	8,61	3,48	5,13	6,31	9,20	3,06	2,97
1979	31,16	2,26	10,56	5,09	5,47	6,11	8,84	3,39	2,82
1980	30,65	1,91	10,74	4,75	5,99	6,43	7,73	3,84	3,12
1981	29,12	1,43	10,13	3,93	6,20	5,10	8,30	4,16	2,94
1982	29,25	1,56	10,03	3,49	6,54	4,85	8,61	4,20	3,45
1983	31,72	1,22	10,67	3,27	7,40	6,61	8,62	4,60	3,36
1984	36,33	3,10	12,70	4,18	8,52	7,20	8,46	4,87	5,42
1985	37,94	4,49	12,48	4,01	8,47	7,19	8,24	5,54	6,83
1986	41,31	5,16	13,80	5,67	8,13	8,37	8,15	5,83	6,74
1987	44,80	4,85	17,71	8,96	8,75	8,15	7,95	6,14	6,32
1988	47,74	5,90	17,98	9,17	8,81	9,94	8,39	5,53	6,81
1989	46,78	5,73	19,41	10,79	8,62	7,47	8,35	5,82	6,05
1990	48,83	5,87	19,66	10,74	8,92	7,87	8,90	6,53	6,05
1991	45,65	5,37	18,59	...	...	...	...	6,78	4,08
1992	45,00	4,86	17,51	...	...	...	...	7,72	1,23
1993	44,89	...	...	...	...	...	...	...	0,80

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; das heißt, Zuschüsse, die der Staat im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt. Ausführliche Erläuterungen in: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen". — [2]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Ohne Wasser- und Energiegewinnung und -versorgung. — [4]) Im wesentlichen Direktzahlungen der EG und Montanunion, Zinsverbilligungszuschüsse, Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung und Monopolverwaltung Branntwein in Berlin, Zuschüsse für die berufliche Eingliederung Jugendlicher, Frachthilfen sowie Betriebszuschüsse an Wirtschaftsunternehmen. — [5]) Die Zuordnung der Subventionen auf Wirtschaftsbereiche richtet sich nach dem Tätigkeitsbereich des Empfängers, der oft nicht mit dem letztlich Begünstigten identisch ist; zum Beispiel werden Erstattungen bei der Ausfuhr pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, Zuschüsse zu den Kosten der Vorratshaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder zu den Kosten für Abbaumaßnahmen bei Marktordnungswaren dem Bereich Handel zugerechnet. — [6]) Umsatzsteuervergünstigungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (§ 24 und 24a Umsatzsteuergesetz), zur Förderung der Berliner Wirtschaft (§§ 1 bis 13 Berlinförderungsgesetz; Wegfall der Vergünstigung für westdeutsche Unternehmen [§ 2 Berlinförderungsgesetz] ab 1. Juli 1991); bis 30. Juni 1990 für Bezüge aus dem Währungsgebiet der Mark der ehemaligen DDR (allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 26 Absatz 4 Umsatzsteuergesetz vom 16. Mai 1973).

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken[1]) Tabelle 40*

Früheres Bundesgebiet

Mrd DM

Jahr[2])	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke[3]) und Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten[4])	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für				
						die Haushaltsführung	Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr[5]) und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung und Freizeit[6])	die persönliche Ausstattung, Güter sonstiger Art[7])
					In jeweiligen Preisen					
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	398,79	114,50	39,83	49,86	14,64	41,74	17,71	56,83	44,94	18,74
1972	439,71	124,83	44,50	55,27	16,01	46,44	19,21	62,37	49,76	21,32
1973	479,74	135,09	47,23	61,93	20,50	50,16	20,61	65,86	54,36	24,00
1974	516,64	142,09	50,86	68,75	23,43	54,11	22,64	68,03	59,53	27,20
1975	564,49	150,91	55,00	76,80	25,51	57,69	24,92	79,61	63,88	30,17
1976	611,95	161,45	58,06	83,78	29,37	61,52	27,24	89,54	68,25	32,74
1977	658,43	171,28	62,93	89,57	29,73	67,09	29,28	99,69	73,12	35,74
1978	699,92	177,89	66,03	95,25	32,41	71,29	31,45	108,24	75,67	41,69
1979	751,59	186,27	69,70	102,09	42,26	75,49	34,08	115,41	80,73	45,56
1980	803,93	200,10	75,85	111,88	45,15	80,84	37,59	119,29	84,56	48,67
1981	849,65	211,44	77,92	121,22	50,25	82,65	40,49	126,48	88,34	50,86
1982	882,34	220,37	77,51	132,18	53,64	81,75	42,74	130,58	90,34	53,23
1983	925,25	225,27	80,02	143,32	53,85	84,84	46,52	141,33	93,50	56,60
1984	968,29	230,47	82,55	152,96	58,97	87,40	49,48	148,41	96,85	61,20
1985	1 002,71	233,19	85,32	161,80	63,96	87,45	51,60	154,35	99,99	65,05
1986	1 027,37	236,67	88,63	170,27	55,18	90,57	53,37	160,46	104,00	68,22
1987	1 064,14	241,06	91,72	178,28	50,44	96,12	56,19	170,61	108,20	71,52
1988	1 107,62	247,36	92,83	187,55	46,60	102,04	59,90	179,59	114,77	76,98
1989	1 177,54	262,31	95,58	198,77	47,79	109,30	62,88	197,37	119,78	83,76
1990	1 293,54	285,50	107,04	213,04	51,22	120,95	68,23	222,16	134,26	91,14
1991	1 419,92	300,58	117,84	229,81	58,85	134,24	75,02	255,64	146,22	101,72
1992	1 489,70	307,31	120,26	251,38	58,36	142,58	80,51	265,04	156,18	108,08
1993	1 528,00	307,68	122,48	276,60	60,47	145,17	83,84	257,38	157,92	116,46
					In Preisen von 1991					
1960	479,90	150,15	53,24	71,48	18,81	45,21	31,06	46,62	37,90	25,43
1961	506,92	157,05	55,15	74,43	20,00	47,90	33,02	52,39	39,81	27,17
1962	533,28	161,23	57,28	77,27	24,15	50,29	35,54	58,21	40,93	28,38
1963	549,67	164,59	58,01	80,99	29,36	49,66	34,24	61,87	41,66	29,29
1964	579,82	172,06	61,42	84,57	26,98	54,73	36,64	68,78	43,93	30,71
1965	618,20	179,01	66,56	88,11	28,13	58,35	37,96	78,53	47,78	33,77
1966	637,78	181,20	68,57	92,06	30,73	59,81	38,44	81,26	50,02	35,69
1967	646,63	182,81	69,24	95,57	31,00	61,03	37,68	80,81	51,60	36,89
1968	677,50	187,71	69,09	99,36	34,35	62,92	36,19	94,44	56,34	37,10
1969	728,57	194,62	75,23	101,80	37,41	67,32	38,43	111,16	62,92	39,68
1970	778,75	204,87	79,92	105,99	40,20	71,49	39,09	125,94	68,47	42,78
1971	816,07	210,28	81,35	110,59	40,29	78,61	39,23	132,24	77,05	46,43
1972	852,07	217,55	85,72	115,59	42,44	84,33	40,09	134,88	82,40	49,07
1973	868,73	219,93	84,76	122,07	45,08	88,00	40,41	131,19	86,18	51,11
1974	876,52	222,69	85,87	128,97	44,50	88,36	41,72	122,30	88,98	53,13
1975	905,85	224,92	88,69	135,47	44,12	88,93	42,90	135,45	90,46	54,91
1976	942,07	231,03	90,46	140,72	47,25	92,48	44,94	145,65	92,76	56,78
1977	980,56	232,54	93,62	145,39	47,41	98,22	46,74	159,01	97,53	60,10
1978	1 016,71	239,13	93,49	149,98	50,54	102,04	48,05	165,05	101,12	67,31
1979	1 048,34	246,60	94,87	155,52	52,63	105,09	50,16	168,00	104,90	70,57
1980	1 062,40	254,04	97,87	162,37	51,91	106,37	52,41	162,42	106,09	68,92
1981	1 059,93	256,42	95,76	168,51	51,05	102,57	53,51	157,75	106,79	67,57
1982	1 047,38	250,57	91,17	175,03	50,40	96,77	53,22	157,01	104,76	68,45
1983	1 064,57	248,78	91,39	180,61	50,97	97,54	55,46	164,52	104,80	70,50
1984	1 088,40	250,85	92,16	185,93	53,88	98,32	57,92	168,55	105,89	74,90
1985	1 107,73	252,13	93,23	191,11	56,41	96,87	59,45	171,89	107,71	78,93
1986	1 142,15	254,35	95,31	197,39	57,15	99,16	60,44	186,90	110,82	80,63
1987	1 177,95	260,74	97,53	203,23	56,66	104,10	62,47	196,85	114,65	81,72
1988	1 211,57	266,44	97,33	208,77	53,53	109,05	65,35	204,18	120,35	86,57
1989	1 252,70	276,68	98,94	214,63	51,06	114,85	66,35	213,94	124,57	91,68
1990	1 341,20	293,02	109,39	222,43	53,20	124,40	70,72	234,54	136,44	97,06
1991	1 419,92	300,58	117,84	229,81	58,85	134,24	75,02	255,64	146,22	101,72
1992	1 432,86	297,96	116,89	238,20	58,21	138,11	77,78	254,48	150,35	100,88
1993	1 417,94	292,29	115,83	247,46	59,48	136,62	77,99	238,47	147,78	102,02

[1]) Inlandskonzept, nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — [2]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — [4]) Einschließlich Mietwert der Eigennutzung durch den Eigentümer. — [5]) Einschließlich Kraftstoffe. — [6]) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — [7]) Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

Tabelle 41*

Vierteljahresergebnisse der Verwendung des

Früheres

Mrd

Vierteljahr[1]	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außenbeitrag[3]
				zusammen	Ausrüstungen	Bauten				
	In jeweiligen Preisen									
1983 1. Vj.	394,14	228,25	77,46	67,75	27,66	40,09	+ 8,08	116,57	103,97	+12,60
2. Vj.	405,06	235,15	77,84	88,57	33,35	55,22	– 4,48	117,36	109,38	+ 7,98
3. Vj.	416,33	235,51	80,97	89,24	32,19	57,05	+ 9,61	116,07	115,07	+ 1,00
4. Vj.	453,01	260,37	100,17	95,25	41,75	53,50	–14,71	129,63	117,70	+11,93
1984 1. Vj.	420,42	239,87	79,79	72,55	28,84	43,71	+18,18	129,93	119,90	+10,03
2. Vj.	419,26	246,35	81,94	88,26	30,95	57,31	– 3,62	127,47	121,14	+ 6,33
3. Vj.	436,96	245,78	83,19	92,00	34,24	57,76	+11,31	131,00	126,32	+ 4,68
4. Vj.	474,25	269,20	105,52	97,86	43,10	54,76	–20,55	147,92	125,70	+22,22
1985 1. Vj.	427,78	245,30	83,17	69,19	32,06	37,13	+16,88	145,97	132,73	+13,24
2. Vj.	440,06	254,30	85,20	91,96	37,13	54,83	– 5,59	146,14	131,95	+14,19
3. Vj.	460,60	256,93	87,77	94,40	36,52	57,88	+ 8,89	148,51	135,90	+12,61
4. Vj.	494,74	280,00	109,58	100,26	47,32	52,94	–18,93	152,12	128,29	+23,83
1986 1. Vj.	446,08	252,37	86,36	71,92	34,22	37,70	+13,03	143,62	121,22	+22,40
2. Vj.	471,63	264,48	90,34	98,11	40,46	57,65	– 3,98	146,50	123,82	+22,68
3. Vj.	485,15	263,79	92,74	98,09	37,86	60,23	+ 8,22	141,48	119,17	+22,31
4. Vj.	522,43	285,79	113,11	105,36	48,33	57,03	–14,35	148,94	116,42	+32,52
1987 1. Vj.	465,33	258,20	89,38	73,44	35,99	37,45	+17,81	138,72	112,22	+26,50
2. Vj.	486,03	274,31	94,21	100,60	41,88	58,72	– 7,26	141,24	117,07	+24,17
3. Vj.	498,55	274,58	95,91	102,59	40,48	62,11	+ 7,42	141,44	123,39	+18,05
4. Vj.	540,57	300,93	117,78	109,15	51,08	58,07	–18,53	155,21	123,97	+31,24
1988 1. Vj.	494,78	273,24	93,18	83,55	38,24	45,31	+16,00	148,35	119,54	+28,81
2. Vj.	508,48	283,16	96,70	105,30	44,42	60,88	– 1,83	150,76	125,61	+25,15
3. Vj.	525,12	286,23	99,41	106,45	43,80	62,65	+12,21	153,23	132,41	+20,82
4. Vj.	567,60	311,06	123,09	114,60	56,00	58,60	–16,08	167,49	132,56	+34,93
1989 1. Vj.	527,23	289,44	96,15	93,48	41,74	51,74	+15,47	168,10	135,41	+32,69
2. Vj.	544,30	300,92	98,41	115,49	50,36	65,13	– 0,41	178,61	148,72	+29,89
3. Vj.	553,28	300,35	101,22	113,94	48,48	65,46	+11,62	171,30	145,15	+26,15
4. Vj.	599,63	330,24	123,04	125,61	62,89	62,72	–10,67	183,42	152,01	+31,41
1990 1. Vj.	572,40	311,77	101,46	108,02	49,65	58,37	+15,71	185,48	150,04	+35,44
2. Vj.	587,50	323,23	105,89	129,58	57,74	71,84	+ 0,94	181,11	153,25	+27,86
3. Vj.	611,20	326,44	107,77	128,76	55,36	73,40	+12,85	195,36	159,98	+35,38
4. Vj.	654,90	359,27	128,95	141,42	71,82	69,60	–18,01	216,95	173,68	+43,27
1991 1. Vj.	624,00	343,50	102,72	117,50	57,21	60,29	+27,64	205,51	172,87	+32,64
2. Vj.	656,40	357,41	111,84	148,14	67,57	80,57	+ 5,58	215,93	182,50	+33,43
3. Vj.	664,20	357,63	113,39	145,14	62,67	82,47	+15,54	218,25	185,75	+32,50
4. Vj.	703,00	390,23	138,57	152,44	76,45	75,99	–28,33	235,53	185,44	+50,09
1992 1. Vj.	676,70	365,61	113,28	129,15	58,64	70,51	+21,33	233,26	185,93	+47,33
2. Vj.	689,30	375,78	117,36	153,65	66,83	86,82	– 2,36	229,94	185,07	+44,87
3. Vj.	707,40	378,89	123,11	148,69	60,63	88,06	+ 9,75	231,09	184,13	+46,96
4. Vj.	739,60	416,04	149,11	155,38	71,45	83,93	–31,31	238,36	187,98	+50,38
1993 1. Vj.	678,70	377,18	115,94	121,35	49,43	71,92	+ 9,80	221,89	167,46	+54,43
2. Vj.	701,10	389,12	119,50	144,46	53,81	90,65	– 2,62	222,50	171,86	+50,64
3. Vj.	719,20	395,22	123,46	142,13	49,78	92,35	+11,54	223,40	176,55	+46,85
4. Vj.	754,70	427,38	149,58	143,86	60,31	83,55	–30,24	243,47	179,35	+64,12
1994 1. Vj.	711,60	397,32	118,74	122,40	45,66	76,74	+14,59	232,98	174,43	+58,55
2. Vj.	730,00	401,98	119,38	147,98	52,45	95,53	+ 2,03	243,70	185,07	+58,63

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Waren und Dienstleistungen. Einschließlich innerdeutscher Transaktionen.

Tabelle 41*

Sozialproduktsberechnung

Inlandsprodukts

Bundesgebiet

DM

Brutto-inlands-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]	Vierteljahr[1]
			zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten					
In Preisen von 1991										
489,00	266,70	101,51	85,20	32,98	52,22	+ 8,86	129,61	102,88	+26,73	1983 1. Vj.
504,40	274,20	102,04	110,21	39,46	70,75	– 1,95	129,75	109,85	+19,90	2. Vj.
508,40	273,61	101,61	110,19	37,69	72,50	+11,10	127,29	115,40	+11,89	3. Vj.
534,40	296,08	110,48	116,25	48,47	67,78	–15,69	140,20	112,92	+27,28	4. Vj.
509,10	271,60	102,57	88,36	33,24	55,12	+19,67	139,71	112,81	+26,90	1984 1. Vj.
510,50	279,07	104,82	106,74	35,35	71,39	– 1,50	136,00	114,63	+21,37	2. Vj.
525,00	279,96	104,23	110,72	39,01	71,71	+11,84	139,27	121,02	+18,25	3. Vj.
548,90	299,92	114,39	116,62	48,72	67,90	–21,68	155,03	115,38	+39,65	4. Vj.
509,70	271,41	104,08	82,05	35,86	46,19	+19,56	151,75	119,15	+32,60	1985 1. Vj.
525,90	282,86	106,23	109,01	41,08	67,93	– 4,59	150,65	118,26	+32,39	2. Vj.
540,90	287,75	107,27	111,85	40,44	71,41	+ 8,09	153,35	127,41	+25,94	3. Vj.
559,50	308,03	117,22	117,44	52,44	65,00	–20,67	157,34	119,86	+37,48	4. Vj.
514,90	277,98	106,36	83,93	37,62	46,31	+14,36	149,47	117,20	+32,27	1986 1. Vj.
543,90	296,11	109,69	114,26	44,17	70,09	– 2,34	153,22	127,04	+26,18	2. Vj.
552,50	297,87	110,90	114,36	41,37	72,99	+ 8,62	149,26	128,51	+20,75	3. Vj.
574,80	317,99	118,89	121,74	52,95	68,79	–16,34	157,35	124,83	+32,52	4. Vj.
523,40	285,82	109,03	84,48	39,24	45,24	+19,87	147,63	123,43	+24,20	1987 1. Vj.
547,80	305,08	110,73	115,65	45,50	70,15	– 6,46	150,33	127,53	+22,80	2. Vj.
560,90	307,82	111,97	117,80	43,85	73,95	+ 7,22	150,05	133,96	+16,09	3. Vj.
586,30	331,89	120,98	124,31	55,44	68,87	–21,24	163,69	133,33	+30,36	4. Vj.
550,40	299,58	110,98	94,93	41,23	53,70	+18,00	156,60	129,69	+26,91	1988 1. Vj.
565,20	311,13	113,11	119,30	47,86	71,44	– 1,01	157,79	135,12	+22,67	2. Vj.
581,00	316,44	114,00	119,80	46,71	73,09	+12,70	158,89	140,83	+18,06	3. Vj.
604,40	337,19	124,24	127,74	59,85	67,89	–17,56	171,97	139,18	+32,79	4. Vj.
573,40	309,21	110,69	103,62	43,97	59,65	+16,99	172,08	139,19	+32,89	1989 1. Vj.
592,40	320,88	112,18	126,73	52,65	74,08	– 0,14	180,83	148,08	+32,75	2. Vj.
596,20	322,41	112,39	124,36	50,43	73,93	+12,01	172,88	147,85	+25,03	3. Vj.
622,40	347,65	119,62	135,95	65,76	70,19	–10,78	185,13	155,17	+29,96	4. Vj.
603,90	325,12	112,55	115,42	51,37	64,05	+16,54	188,58	154,31	+34,27	1990 1. Vj.
618,70	338,00	115,52	136,22	59,38	76,84	+ 2,05	183,18	156,27	+26,91	2. Vj.
635,80	340,35	115,66	134,32	56,67	77,65	+13,22	198,19	165,94	+32,25	3. Vj.
662,00	366,54	121,30	146,39	73,50	72,89	–16,79	219,10	174,54	+44,56	4. Vj.
639,20	347,89	111,13	120,26	58,09	62,17	+26,83	207,93	174,84	+33,09	1991 1. Vj.
663,50	360,70	114,56	148,13	67,46	80,67	+ 6,04	216,08	182,01	+34,07	2. Vj.
664,70	357,29	116,20	143,90	62,21	81,69	+14,36	216,90	183,95	+32,95	3. Vj.
680,20	382,89	124,63	150,93	76,14	74,79	–26,80	234,31	185,76	+48,55	4. Vj.
661,50	354,79	117,38	126,14	57,90	68,24	+20,18	231,91	188,90	+43,01	1992 1. Vj.
668,50	362,68	118,73	147,75	65,25	82,50	– 1,06	227,46	187,06	+40,40	2. Vj.
676,60	366,47	119,16	142,32	59,58	82,74	+ 9,08	227,71	188,14	+39,57	3. Vj.
687,70	396,48	130,05	148,75	70,03	78,72	–28,67	235,38	194,29	+41,09	4. Vj.
639,60	353,41	116,10	114,94	48,43	66,51	+ 8,75	218,49	172,09	+46,40	1993 1. Vj.
655,90	364,18	117,06	135,11	52,23	82,88	– 0,65	218,18	177,98	+40,20	2. Vj.
669,50	371,20	118,94	132,85	48,68	84,17	+11,13	217,86	182,48	+35,38	3. Vj.
683,60	394,22	127,62	135,13	58,95	76,18	–26,21	238,50	185,66	+52,84	4. Vj.
653,40	361,67	115,87	114,23	44,61	69,62	+13,51	228,54	180,42	+48,12	1994 1. Vj.
671,00	366,49	117,20	136,92	50,88	86,04	+ 4,14	238,29	192,04	+46,25	2. Vj.

[3] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 42*

Ausgaben und Einnahmen

Mrd

Jahr	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt									
1962	106,48	27,38	23,25	2,96	16,55	104,83	86,66	.	– 1,79	2,16
1963	116,34	30,36	24,38	2,75	19,09	110,88	91,63	.	– 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,90	3,05	22,44	121,45	100,05	.	– 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,34	3,49	23,47	129,87	106,16	.	– 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,36	4,37	23,36	137,44	112,71	.	– 7,66	5,82
1967	153,78	44,12	36,88	5,38	22,78	141,68	114,98	.	– 12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,97	5,65	23,04	151,29	122,01	.	– 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,16	6,24	26,40	176,93	145,59	.	+ 2,46	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	– 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,03	7,66	37,56	211,18	172,26	.	– 15,61	13,93
1972	252,12	81,87	60,87	8,77	39,09	239,22	196,98	.	– 13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,15	10,51	41,33	271,48	224,83	.	– 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,02	12,44	46,12	290,88	239,59	.	– 27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,05	14,51	46,01	296,65	242,08	.	– 63,84	53,63
1976	376,76	124,24	105,02	17,81	43,63	328,70	267,52	.	– 48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,67	20,65	43,21	364,00	299,05	.	– 31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,17	21,84	47,56	393,74	318,96	.	– 39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,39	24,88	53,32	423,50	342,71	.	– 46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,15	364,90	.	– 57,07	53,76
1981	541,77	172,51	151,47	36,41	56,99	466,09	370,20	.	– 75,65	69,56
1982	561,61	177,24	156,38	44,88	52,01	491,64	378,54	.	– 69,64	68,20
1983	570,08	182,14	153,53	51,14	48,50	514,77	396,22	.	– 55,29	56,16
1984	583,58	184,94	157,48	53,31	47,62	537,06	414,56	.	– 46,50	49,78
1985	604,40	191,81	163,15	55,76	50,18	565,07	436,91	.	– 39,30	40,49
1986	628,60	200,51	170,84	57,65	53,76	586,27	452,42	.	– 42,30	41,60
1987	651,33	209,03	180,31	58,43	55,20	600,24	468,14	.	– 51,07	48,69
1988	671,47	214,30	190,98	60,29	56,15	619,66	487,94	.	– 51,78	55,61
1989	701,48	220,47	203,19	61,04	60,02	674,38	534,93	.	– 27,07	33,61
1990	818,53	233,58	210,99	64,63	64,37	724,12	566,27	.	– 94,38	90,10
1991	972,30	291,88	293,14	77,12	88,01	849,56	661,66	.	–122,74	131,28
1992	1 065,16	319,33	303,07	100,59	101,80	948,23	732,37	.	–116,91	115,12
1993	1 114,51	333,33	337,86	101,97	98,00	977,15	749,20	.	–137,33	134,30
	Bund[2]									
1962	49,87	6,55	14,45	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	– 0,60	0,30
1963	54,76	7,43	14,90	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	– 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	18,02	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	– 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,48	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	– 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,95	1,52	3,88	65,76	62,25	0,16	– 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,27	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	– 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,12	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	– 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,41	2,19	5,02	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,45	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,20	2,58	6,40	97,40	92,23	0,11	– 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,69	2,80	6,60	106,34	101,71	0,13	– 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,18	3,33	6,46	119,79	114,96	0,15	– 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,32	4,23	7,09	123,57	118,66	0,16	– 10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,16	5,21	7,79	123,79	119,21	0,19	– 34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,78	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	– 28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,60	8,54	7,21	149,76	144,01	0,24	– 22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,27	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	– 26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,58	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	– 26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	– 27,61	27,12
1981	233,00	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	– 37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,47	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	– 37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,51	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	– 31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,74	27,76	7,12	223,14	197,21	0,40	– 28,63	28,31
1985	257,11	36,67	94,77	29,16	7,39	234,35	206,30	0,38	– 22,74	22,39
1986	261,53	37,94	96,32	30,27	7,52	238,25	208,91	0,44	– 23,26	22,93
1987	269,05	39,28	100,13	31,04	7,68	241,13	217,02	0,41	– 27,88	27,46
1988	275,37	40,12	104,57	32,28	7,68	239,39	220,27	0,44	– 35,96	35,39
1989	289,78	41,34	112,14	32,10	8,03	269,71	247,13	0,49	– 20,04	19,23
1990	380,18	43,20	118,72	34,24	8,54	332,10	276,20	22,46	– 48,05	46,73
1991	401,77	48,73	166,74	39,62	10,98	348,57	317,87	0,53	– 53,20	52,03
1992	427,17	51,49	164,24	43,83	13,78	387,80	352,86	1,30	– 39,35	38,62
1993	457,46	52,71	189,28	45,80	12,47	390,48	356,04	1,58	– 66,95	66,16

[1]) Ab 1991 Angaben für Deutschland: Bund, Lastenausgleichfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder (West und Ost), Gemeinden (West und Ost), Fonds „Deutsche Einheit" (1993: 41 Mrd DM im öffentlichen Gesamthaushalt) sowie Kreditabwicklungsfonds. In der Abgrenzung der Finanzstatistik.

Tabelle 42*

der öffentlichen Haushalte[1])

DM

Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)	Jahr
insgesamt	darunter				insgesamt	darunter				
	Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen			
				Länder[3])						
43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	−0,44	1962
45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	− 0,83	−0,05	1963
50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	− 1,70	1,27	1964
54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	− 4,07	2,67	1965
57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	− 3,75	2,62	1966
60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	− 3,44	3,89	1967
63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	− 1,14	2,27	1968
67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	−0,34	1969
77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	− 3,06	2,16	1970
89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	− 5,54	4,88	1971
100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	− 1,44	3,55	1972
115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	− 1,98	2,58	1973
134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	− 9,10	7,74	1974
146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	−19,88	17,00	1975
154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	−15,51	15,87	1976
161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	− 8,10	8,44	1977
176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	−12,40	12,52	1978
191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	−14,60	13,34	1979
208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	−22,44	21,15	1980
216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	−26,05	24,57	1981
224,21	95,83	23,42	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	−24,57	24,03	1982
228,29	98,78	23,77	16,09	9,87	206,90	142,85	23,87	−21,39	21,64	1983
234,29	100,22	23,33	17,51	9,96	216,06	150,18	23,47	−18,23	19,38	1984
243,33	103,77	24,70	18,57	10,58	226,19	159,12	23,87	−17,14	17,18	1985
254,13	108,12	25,87	19,61	11,24	236,43	166,84	25,05	−17,70	16,75	1986
263,90	112,34	27,73	19,82	11,77	244,41	173,16	26,26	−19,49	18,75	1987
270,06	115,39	28,22	20,48	11,92	253,74	180,53	26,99	−16,33	17,70	1988
282,66	118,44	31,27	21,27	12,75	275,08	197,07	29,55	− 7,58	11,27	1989
299,62	125,16	31,32	22,14	13,40	280,24	199,80	29,54	−19,38	18,22	1990
408,59	153,45	47,35	24,17	18,68	379,70	234,59	71,73	−28,89	30,15	1991
437,03	167,12	49,45	25,82	19,26	405,90	259,71	72,89	−31,13	31,69	1992
460,58	178,39	48,60	28,40	19,02	418,87	269,15	70,43	−41,72	35,42	1993
				Gemeinden und Gemeindeverbände[4])						
28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	− 1,11	2,20	1962
31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	− 2,16	2,75	1963
35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	− 3,53	3,50	1964
39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	− 4,33	4,34	1965
41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	− 3,36	3,32	1966
41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	− 1,53	2,50	1967
43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	− 1,71	2,40	1968
48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	− 0,25	2,71	1969
56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	− 5,66	3,45	1970
67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	− 8,95	7,73	1971
74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	− 6,90	7,99	1972
84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	− 4,94	6,96	1973
95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	− 8,29	5,67	1974
101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	− 9,20	6,76	1975
104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	− 3,93	5,03	1976
107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	− 1,35	2,57	1977
118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	− 1,61	2,98	1978
130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	− 5,29	3,93	1979
145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	− 5,65	4,34	1980
152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	−10,11	6,14	1981
153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,88	− 7,26	6,44	1982
151,66	48,23	23,22	8,34	31,51	150,33	49,33	28,92	− 1,33	2,68	1983
154,70	49,27	24,36	8,06	30,54	155,82	52,52	30,74	+ 1,13	1,23	1984
162,93	51,37	26,34	7,98	32,22	163,62	56,26	32,41	+ 0,69	1,10	1985
172,48	54,45	28,71	7,72	35,00	170,76	58,70	34,02	− 1,72	1,79	1986
179,24	57,41	30,50	7,48	35,75	176,66	59,73	35,78	− 2,58	3,19	1987
184,40	58,80	32,57	7,39	36,54	185,05	63,59	36,72	+ 0,64	2,27	1988
194,32	60,70	35,11	7,56	39,25	195,98	68,02	38,83	+ 1,66	2,02	1989
209,92	65,22	38,11	8,09	42,43	205,76	69,03	41,11	− 4,16	2,90	1990
277,10	89,70	45,82	9,10	58,35	272,98	77,80	68,33	− 4,12	11,73	1991
314,82	100,72	53,40	10,27	68,76	297,03	85,44	70,04	−17,79	13,70	1992
326,40	102,23	61,57	11,30	66,51	312,92	87,24	75,90	−13,48	15,32	1993

[2]) Ohne Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds.
[3]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[4]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 43*

Ausgaben und Einnahmen der staatlichen

Mio

Bundesland	1970	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
	Gesamtausgaben [3]											
Schleswig-Holstein	4 599	8 808	12 243	14 324	15 138	15 822	16 305	17 026	18 140	19 580	21 396	21 789
Hamburg	5 038	8 514	10 925	13 415	13 891	14 328	14 170	14 791	16 051	17 601	18 393	19 355
Mecklenburg-Vorpommern	.	.	.	.	.	.	.	.	.	17 097	16 328	17 476
Niedersachsen	12 498	24 377	34 862	39 768	42 750	43 024	43 853	46 074	49 048	53 684	59 004	61 110
Bremen	1 719	3 519	4 969	5 521	5 609	5 964	6 223	6 647	6 992	7 697	8 491	8 562
Brandenburg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	23 170	22 674	24 127
Sachsen-Anhalt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	24 642	24 063	25 410
Nordrhein-Westfalen	30330	57 466	82 440	92 812	97 176	99 658	102 071	107 072	115 367	122 446	134 318	139 586
Hessen	11 302	20 612	28 179	33 040	35 380	37 275	38 614	40 680	43 624	45 871	50 899	53 508
Thüringen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	22 348	21 391	23 799
Sachsen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	39 989	38 656	40 432
Rheinland-Pfalz	7 004	12 469	17 088	19 643	20 569	21 276	21 389	22 372	23 876	25 721	27 735	28 899
Saarland	1 860	3 632	5 037	6 678	6 423	6 724	6 895	7 241	7 595	8 063	8 680	9 006
Baden-Württemberg	17 857	33 082	49 879	55 166	58 070	61 090	63 247	65 211	70 489	77 248	82 861	84 524
Bayern	19 316	35 778	50 723	60 190	63 586	66 807	68 574	72 585	76 792	83 576	93 380	95 397
Berlin [2]	6 800	13 093	18 070	22 161	22 772	23 800	24 714	26 274	27 357	39 191	43 011	44 226
Insgesamt	116 794	219 224	311 730	359 658	378 218	392 166	402 386	422 115	451 042	623 554	666 899	693 426
	darunter: Investitionsausgaben											
Schleswig-Holstein	1 264	1 922	2 623	2 323	2 447	2 575	2 575	2 593	2 729	2 926	3 071	3 045
Hamburg	1 114	1 282	1 433	1 642	1 644	1 577	1 307	1 426	1 777	2 044	2 020	2 145
Mecklenburg-Vorpommern	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2 858	4 425	4 927
Niedersachsen	3 761	5 688	7 618	6 217	7 322	6 319	6 229	6 731	7 783	8 506	9 219	9 089
Bremen	442	872	935	658	547	702	902	971	941	1 028	1 147	1 032
Brandenburg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4 535	6 449	6 876
Sachsen-Anhalt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4 613	7 289	7 531
Nordrhein-Westfalen	9 202	14 144	18 555	14 322	14 746	13 882	13 924	15 716	17 832	18 321	20 311	20 059
Hessen	3 491	4 671	5 930	5 254	6 025	6 267	6 590	6 673	7 098	7 641	7 968	7 897
Thüringen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4 707	6 783	7 498
Sachsen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9 123	12 313	11 694
Rheinland-Pfalz	2 227	2 828	3 688	3 341	3 532	3 596	3 556	3 739	4 023	4 469	4 731	4 703
Saarland	439	709	893	861	870	920	960	1 104	1 048	993	1 033	1 048
Baden-Württemberg	5 963	8 334	12 790	10 279	10 768	12 169	12 300	12 477	13 189	14 423	15 439	14 503
Bayern	6 276	9 302	13 339	13 482	14 649	15 578	15 858	16 808	17 677	17 325	21 855	20 586
Berlin [2]	1 305	2 044	3 190	3 906	3 676	3 795	4 001	4 154	4 433	6 980	7 184	6 371
Insgesamt	35 487	51 798	70 994	62 289	66 226	67 380	68 202	72 395	78 532	110 493	130 733	129 002
	darunter: Personalausgaben											
Schleswig-Holstein	1 963	3 852	5 184	6 198	6 511	6 849	7 039	7 234	7 663	8 277	8 819	9 193
Hamburg	2 179	4 021	5 260	6 228	6 451	6 565	6 749	6 871	7 297	7 841	7 548	7 976
Mecklenburg-Vorpommern	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4 808	6 155	6 168
Niedersachsen	5 039	10 495	14 775	17 805	18 756	19 634	20 086	20 548	21 839	23 633	25 272	26 304
Bremen	738	1 515	2 145	2 437	2 514	2 591	2 641	2 774	2 948	3 217	3 303	3 426
Brandenburg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5 691	7 911	8 643
Sachsen-Anhalt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6 696	8 750	9 542
Nordrhein-Westfalen	11 760	22 949	33 347	39 150	40 988	42 699	43 593	44 737	47 495	51 156	54 531	56 793
Hessen	4 394	8 732	12 001	14 307	15 047	15 771	16 218	16 668	17 661	19 085	20 344	21 281
Thüringen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6 169	7 851	8 437
Sachsen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10 502	13 748	14 531
Rheinland-Pfalz	2 592	5 101	7 017	8 323	8 693	9 045	9 202	9 434	9 977	10 770	11 558	12 055
Saarland	887	1 683	2 289	2 695	2 816	2 940	3 005	3 066	3 214	3 453	3 609	3 712
Baden-Württemberg	6 750	13 727	19 617	23 526	24 619	25 742	26 679	27 508	29 246	31 671	34 012	35 778
Bayern	7 599	14 868	20 881	25 461	26 778	28 188	28 995	29 998	32 180	34 999	37 476	38 866
Berlin [2]	2 969	5 826	7 808	9 010	9 402	9 729	9 980	10 301	10 867	15 129	15 640	16 151
Insgesamt	46 870	92 768	130 327	155 142	162 575	169 753	174 188	179 139	190 387	243 096	266 528	278 857

[1] Einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. Bis 1991 Rechnungsergebnisse; (neue Bundesländer Kassenergebnisse), ab 1992 Kassenergebnisse, teilweise geschätzt.

Tabelle 43*

und kommunalen Haushalte nach Ländern[1])

DM

1970	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	Bundesland
					noch Ausgaben: darunter: Zinsausgaben							
169	423	699	1 221	1 244	1 268	1 317	1 362	1 455	1 594	1 735	1 885	Schleswig-Holstein
160	414	600	1 115	1 146	1 196	1 217	1 252	1 295	1 352	1 447	1 574	Hamburg
.	.	.	.	.	.	.	.	.	28	124	261	Mecklenburg-Vorpommern
526	1 238	2 089	3 289	3 341	3 346	3 529	3 699	3 789	4 069	4 328	4 613	Niedersachsen
54	177	399	779	801	793	843	884	923	1 010	1 123	1 212	Bremen
.	.	.	.	.	.	.	.	.	44	196	568	Brandenburg
.	.	.	.	.	.	.	.	.	54	175	588	Sachsen-Anhalt
917	2 032	4 296	8 286	8 802	8 835	9 059	9 299	9 770	10 496	10 973	11 221	Nordrhein-Westfalen
457	1 070	1 587	2 448	2 504	2 466	2 498	2 538	2 686	2 955	3 220	3 464	Hessen
.	.	.	.	.	.	.	.	.	56	203	443	Thüringen
.	.	.	.	.	.	.	.	.	82	195	687	Sachsen
322	749	1 044	1 786	1 807	1 828	1 820	1 858	1 939	2 074	2 220	2 300	Rheinland-Pfalz
105	215	378	738	773	794	829	906	994	1 120	1 151	1 212	Saarland
565	1 187	1 993	3 235	3 237	3 088	3 095	3 260	3 431	3 869	4 002	4 259	Baden-Württemberg
605	1 251	1 910	2 927	2 957	2 985	2 969	3 047	3 165	3 451	3 644	3 718	Bayern
199	392	532	753	719	721	705	747	822	1 064	1 323	1 687	Berlin[2])
4 079	9 148	15 526	26 577	27 332	27 320	27 884	28 854	30 270	33 319	36 059	39 687	Insgesamt
					Gesamteinnahmen[3])							
4 166	7 555	11 430	13 383	14 056	14 493	15 263	16 160	16 984	18 454	20 074	20 667	Schleswig-Holstein
4 485	7 534	10 225	12 722	12 863	12 988	13 555	14 930	14 948	16 371	16 757	16 991	Hamburg
.	.	.	.	.	.	.	.	.	16 298	14 373	14 945	Mecklenburg-Vorpommern
11 630	20 844	31 773	38 279	39 361	39 509	42 194	45 015	46 470	51 551	55 328	56 501	Niedersachsen
1 636	2 688	3 961	4 716	4 784	5 325	5 447	6 048	6 227	6 683	7 852	7 228	Bremen
.	.	.	.	.	.	.	.	.	20 957	18 036	19 427	Brandenburg
.	.	.	.	.	.	.	.	.	22 954	19 551	20 724	Sachsen-Anhalt
28 463	48 787	71 521	84 439	89 567	92 914	97 160	105 562	109 002	116 581	128 803	130 999	Nordrhein-Westfalen
10 208	17 573	26 079	32 282	34 022	35 422	37 230	40 132	40 763	43 290	48 366	50 783	Hessen
.	.	.	.	.	.	.	.	.	21 273	18 431	19 766	Thüringen
.	.	.	.	.	.	.	.	.	37 142	33 391	35 821	Sachsen
6 261	10 842	15 681	18 624	19 009	19 600	20 569	22 230	22 470	24 190	26 214	27 048	Rheinland-Pfalz
1 738	2 994	4 364	5 425	5 676	5 967	6 208	6 536	6 867	7 245	7 777	7 999	Saarland
16 406	29 158	45 553	54 492	57 634	58 736	60 978	65 097	68 349	73 900	78 760	81 287	Baden-Württemberg
18 110	32 211	48 527	59 997	62 425	65 376	67 702	73 093	74 194	81 546	90 240	93 440	Bayern
6 506	12 087	17 220	21 917	22 536	23 348	24 055	25 247	25 860	36 471	39 333	37 997	Berlin[2])
108 080	190 147	283 643	343 214	358 786	370 077	386 691	416 190	427 493	590 536	618 906	637 856	Insgesamt
					darunter: Steuereinnahmen							
2 258	4 274	6 605	7 732	8 147	8 304	8 825	9 397	9 634	10 465	11 410	12 013	Schleswig-Holstein
3 129	5 261	7 004	8 692	8 649	8 631	8 874	9 664	9 726	10 925	11 335	11 430	Hamburg
.	.	.	.	.	.	.	.	.	2 240	3 567	3 843	Mecklenburg-Vorpommern
6 885	12 013	18 945	22 191	22 635	23 541	24 718	26 567	26 565	29 964	32 193	33 110	Niedersachsen
1 026	1 677	2 382	2 656	2 608	2 692	2 774	2 963	3 035	3 376	3 772	3 609	Bremen
.	.	.	.	.	.	.	.	.	3 285	4 687	5 331	Brandenburg
.	.	.	.	.	.	.	.	.	3 634	4 964	5 780	Sachsen-Anhalt
20 339	33 077	49 596	58 470	62 123	63 953	67 423	73 965	75 024	80 093	87 314	86 225	Nordrhein-Westfalen
6 707	11 040	16 935	21 392	22 673	23 517	24 464	26 807	26 896	28 182	31 401	33 018	Hessen
.	.	.	.	.	.	.	.	.	3 135	4 851	5 018	Thüringen
.	.	.	.	.	.	.	.	.	6 125	8 732	9 904	Sachsen
3 655	6 140	9 640	11 596	11 681	12 383	13 323	14 408	14 156	15 359	16 409	16 841	Rheinland-Pfalz
1 052	1 707	2 590	3 064	3 226	3 368	3 504	3 778	3 822	4 068	4 431	4 512	Saarland
10 662	18 153	29 204	35 321	37 705	38 532	40 032	43 177	44 747	48 450	50 581	51 633	Baden-Württemberg
11 310	18 865	30 374	38 513	40 119	41 856	43 574	47 041	47 401	51 850	55 314	57 655	Bayern
1 952	3 067	3 976	5 374	5 642	5 770	5 726	6 130	6 339	9 542	12 463	14 601	Berlin[2])
68 975	115 274	177 251	215 001	225 208	232 549	243 237	263 898	267 345	310 692	343 424	354 522	Insgesamt

[2]) Bis 1990 Berlin (West).

[3]) Um Zahlungen von gleicher Ebene bereinigt.

Tabelle 44*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz[3]	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer[4]
	Früheres Bundesgebiet									
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 082	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 459	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 069
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 697	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1985	437 201	147 630	28 568	31 836	109 825	24 521	14 452	4 287	7 350	30 759
1986	452 437	152 233	29 881	32 301	111 139	25 644	14 480	4 396	9 356	31 987
1987	468 660	164 176	30 695	27 302	118 795	26 136	14 507	5 422	8 365	31 438
1988	488 097	167 504	33 189	30 003	123 286	27 032	14 555	5 554	8 169	34 465
1989	535 525	181 832	36 799	34 181	131 479	32 965	15 509	5 775	9 167	36 706
1990	549 667	177 590	36 519	30 090	147 585	34 621	17 402	6 333	8 314	38 796
	Deutschland									
1991	661 919	214 175	41 533	31 716	179 672	47 266	19 591	6 729	11 011	41 297
1992	731 730	247 322	41 531	31 184	197 711	55 166	19 253	6 750	13 317	44 848
1993	749 119	257 987	33 234	27 830	216 305	56 300	19 459	6 784	14 058	42 266
1992 1.Vj.	175 368	54 310	11 286	8 377	51 275	9 119	2 835	1 621	3 696	10 932
2.Vj.	174 940	54 488	8 691	7 836	47 937	13 696	4 756	1 672	3 819	11 290
3.Vj.	181 114	63 883	9 224	8 147	46 537	13 811	5 015	1 663	3 026	11 507
4.Vj.	200 308	74 641	12 330	6 824	51 962	18 540	6 646	1 793	2 775	11 118
1993 1.Vj.	175 885	58 750	9 242	7 592	53 910	9 028	2 819	1 751	3 708	10 943
2.Vj.	178 344	59 098	6 516	6 909	52 327	14 021	4 754	1 704	3 801	10 194
3.Vj.	184 226	63 223	7 634	6 017	53 059	13 889	5 133	1 658	3 409	10 362
4.Vj.	210 664	76 916	9 841	7 312	57 009	19 362	6 753	1 671	3 139	10 767
1994 1.Vj.	191 559	60 706	7 916	7 125	61 924	9 857	2 959	1 563	3 682	9 949
2.Vj.	...	60 889	4 495	5 039	56 719	15 882	4 897	1 608	3 842	...
3.Vj.[5]	...	64 651	5 469	2 318	56 768	15 985	5 309	1 604	3 460	...

[1] Von 1950 bis 1959 ohne Saarland. — [2] Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer. — [3] Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer einschließlich Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer. — [4] Bis 1981 einschließlich Lohnsummensteuer. — [5] Vorläufige Ergebnisse. Quelle: BMF

Tabelle 45*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach den Kreditnehmern			Ausgewählte Schuldarten			
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])[8])	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen[7])[9])	sonstige[7])[10])
1950	20 634	7 290	12 844	500	.	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	17 018	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	20 081	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 983	20 791	15 523	4 670	2 022	3 700	2 019	1 371
1956	41 984	20 633	15 741	5 610	1 726	4 432	2 239	1 623
1957	43 876	22 903	13 963	7 010	1 780	5 672	2 433	1 835
1958	46 509	23 431	14 708	8 370	2 303	7 962	2 483	1 883
1959	49 627	25 077	14 920	9 630	3 058	10 013	2 472	1 998
1960	52 759	26 895	14 695	11 169	3 528	11 205	2 667	2 604
1961	57 093	30 385	13 903	12 805	4 810	12 248	4 687	2 811
1962	60 365	31 895	13 402	15 068	5 700	13 634	4 880	3 235
1963	67 084	36 069	13 329	17 686	7 712	16 005	5 066	4 399
1964	73 796	38 241	14 291	21 264	8 974	20 371	5 659	5 121
1965	83 667	40 422	17 401	25 844	11 195	25 435	6 591	6 339
1966	93 048	43 255	20 328	29 465	12 092	30 275	7 245	7 868
1967	108 174	52 001	24 188	31 986	14 230	35 113	8 387	8 690
1968	117 117	56 592	26 339	34 186	16 074	43 782	6 957	9 221
1969	117 904	55 471	25 771	36 663	16 266	51 813	6 101	9 884
1970	125 890	57 808	27 786	40 295	17 491	59 556	5 725	11 104
1971	140 399	59 435	33 037	47 927	20 249	70 696	6 511	12 592
1972	156 063	63 115	36 963	55 984	24 972	81 903	7 374	14 667
1973[11])	167 754	68 393	39 462	59 900	27 378	92 104	14 392[a])	6 222
1974	192 383	78 685	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	114 977	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	135 015	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	155 555	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	181 972	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	207 629	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	235 600	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	277 828	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	314 340	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	347 231	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	373 855	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985	760 192	399 043	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 273
1986	800 967	421 805	264 351	114 811	251 595	456 259	8 223	25 434
1987	848 816	446 389	284 609	117 818	287 418	461 882	7 502	24 122
1988	903 015	481 139	302 560	119 316	325 356	477 457	7 171	21 125
1989	928 837	497 604	309 860	121 374	352 299	472 947	6 743	19 288
1990	1 053 490	599 101	328 787	125 602	430 157	494 059	6 364	20 260
1991	1 173 864	680 815	352 346	140 702	501 561	527 630	6 998	21 841
1992	1 345 224	801 500	389 130	154 594	551 470	539 235	7 021	18 132
1993	1 508 594	902 452	433 344	172 800	636 933	577 459	6 073	19 278
1993 Mär	1 376 231	827 597	391 284	157 350	580 366	540 169	6 474	18 059
Jun	1 410 695	853 027	396 517	161 150	602 685	550 952	6 586	17 855
Sep	1 444 333	873 347	405 636	165 350	617 169	558 385	6 570	17 409
Dez	1 508 594	902 452	433 344	172 800	636 933	577 459	6 073	19 278
1994 Mär	1 587 298	913 271	432 018	176 350	680 335	603 117	5 883	26 067

[1]) Ab 1990 Angaben für Deutschland. Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, west- und ostdeutsche Länder und Gemeinden (einschließlich Zweckverbände), Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Fonds „Deutsche Einheit" und Kreditabwicklungsfonds.
[3]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds, Auftragsfinanzierung Öffa, ERP-Sondervermögen. — Ab 1990 einschließlich Fonds „Deutsche Einheit" und Kreditabwicklungsfonds.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Einschließlich Zweckverbände. — Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab 1981 ohne Kassenobligationen der Länder mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.
[7]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen.
[8]) Ab 1974 einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[9]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.
[10]) Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[11]) Nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe, einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.
[a]) Ab 1973 werden die vorher bei den sonstigen Nichtbanken ausgewiesenen Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen bei den Sozialversicherungen verbucht.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 46*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Jahr[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt[6]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][7]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen[2]	Unternehmen Produktionsunternehmen[3]	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[4]	Sozialversicherung[5]	zusammen[2]			
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1960	16,11	29,22	21,52	7,70	14,55	2,79	62,67	– 4,79	1,27	59,15
1965	34,44	29,25	19,72	9,53	12,46	3,71	79,86	5,39	2,04	87,29
1970	54,67	34,54	23,12	11,42	22,89	6,49	118,59	– 4,74	4,37	118,22
1975	96,14	12,57	– 0,43	13,00	–21,12	– 2,06	85,53	– 11,60	11,88	85,81
1976	86,97	31,03	18,23	12,80	– 6,20	1,05	112,85	– 7,91	10,62	115,56
1977	83,53	25,44	16,39	9,05	6,68	– 3,36	112,29	– 8,42	11,56	115,41
1978	86,09	40,49	39,49	1,00	5,13	– 1,55	130,16	– 17,03	14,61	127,74
1979	98,29	36,66	38,64	– 1,98	3,13	0,48	138,56	9,39	18,54	166,49
1980	108,07	10,33	7,74	2,59	– 3,38	4,24	119,26	28,45	21,14	168,85
1981	120,97	– 9,29	–12,79	3,50	–24,09	6,77	94,36	11,73	24,03	130,12
1982	117,36	– 5,58	–15,55	9,97	–27,09	8,33	93,02	– 10,48	21,18	103,72
1983	101,81	24,14	21,87	2,27	–13,21	0,67	113,41	– 11,77	22,74	124,38
1984	111,08	21,82	14,70	7,12	– 4,81	0,31	128,40	– 21,57	22,79	129,62
1985	113,91	21,02	12,13	8,89	2,88	5,83	143,64	– 41,13	19,19	121,70
1986	127,84	59,05	39,10	19,95	– 1,36	9,68	195,21	– 79,60	17,10	132,71
1987	132,22	61,87	39,07	22,80	–10,86	6,95	190,18	– 79,78	22,54	132,92
1988	142,90	80,78	51,89	28,89	–12,90	1,88	212,66	– 86,34	30,79	157,11
1989	146,97	76,26	52,80	23,46	22,51	17,10	262,84	–104,04	26,28	185,08
1990	181,75	85,40	58,13	27,27	–30,85	20,82	257,12	– 77,82	30,27	209,57
1991	194,91	52,40	31,16	21,24	–68,56	17,85	196,60	– 6,52	39,42	229,50
1992	231,67	31,92	11,30	20,62	27,37		236,22	39,11	38,10	313,43
1993	226,48	– 3,47	– 7,93	4,46	–41,68		181,33	46,88	39,50	267,71
	II. Nettoinvestitionen[8] (Sachvermögensbildung)									
1960	—	50,13	32,82	17,31	8,10	0,19	58,42	—	0,74	59,15
1965	—	68,02	41,35	26,67	17,71	0,20	85,93	—	1,36	87,29
1970	—	87,95	55,91	32,04	27,85	0,17	115,97	—	2,25	118,22
1975	—	47,63	11,54	36,09	34,05	0,46	82,14	—	3,67	85,81
1976	—	78,63	38,94	39,69	32,67	0,47	111,77	—	3,79	115,56
1977	—	79,77	36,74	43,03	31,92	0,47	112,16	—	3,25	115,41
1978	—	90,29	43,80	46,49	34,58	0,31	125,18	—	2,56	127,74
1979	—	125,04	70,02	55,02	39,02	0,37	164,43	—	2,06	166,49
1980	—	121,97	60,77	61,20	43,05	0,49	165,51	—	3,34	168,85
1981	—	87,47	29,54	57,93	38,47	0,76	126,70	—	3,44	130,12
1982	—	65,52	12,29	53,23	33,12	0,81	99,45	—	4,27	103,72
1983	—	88,79	30,08	58,71	29,20	0,86	118,85	—	5,53	124,38
1984	—	95,10	34,07	61,03	28,78	0,70	124,58	—	5,04	129,62
1985	—	87,44	38,53	48,91	28,95	0,84	117,23	—	4,49	121,70
1986	—	94,91	47,21	47,70	33,17	0,55	128,63	—	4,08	132,71
1987	—	96,24	50,26	45,98	33,53	0,39	130,16	—	2,76	132,92
1988	—	119,14	69,79	49,35	33,72	0,50	153,36	—	3,75	157,11
1989	—	144,38	89,35	55,03	36,48	0,34	181,20	—	3,88	185,08
1990	—	164,48	97,99	66,49	38,95	0,45	203,88	—	5,69	209,57
1991	—	179,88	104,56	75,32	42,58	0,28	222,74	—	6,76	229,50
1992	—	234,25	128,98	105,27	65,02		299,27	—	14,16	313,43
1993	—	185,90	67,25	118,65	63,80		249,70	—	18,01	267,71
	III. Geldvermögensbildung									
1960	17,60	6,75	6,26	0,81	9,42	2,67	35,88	7,51	34,81	78,20
1965	36,28	11,56	12,06	– 0,04	4,38	3,53	54,26	9,09	47,88	111,23
1970	59,12	22,59	23,37	– 0,56	4,19	6,30	91,81	32,02	102,15	225,99
1975	103,92	30,22	30,55	– 0,14	14,40	0,00	141,34	25,72	168,75	335,80
1976	101,74	44,71	44,23	0,55	2,91	0,54	154,93	37,47	158,33	350,73
1977	98,84	39,12	37,96	1,00	9,74	– 3,80	145,94	29,70	167,64	343,27
1978	104,71	49,59	47,82	1,50	13,34	– 1,80	167,48	40,76	226,34	434,58
1979	118,99	43,67	41,51	1,80	6,06	0,06	169,41	37,98	188,11	395,50
1980	120,73	44,38	42,09	2,00	8,26	3,84	177,77	64,01	190,92	432,70
1981	128,56	56,53	54,30	2,00	13,76	6,08	205,08	57,63	211,44	474,14

[1]) Bis 1991 früheres Bundesgebiet; ab 1992 Deutschland. Ab 1992 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — [3]) Ab 1992 einschließlich Treuhandanstalt. — [4]) Einschließlich Sonderfonds. — [5]) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — [6]) Bis 1991 einschließlich ehemalige DDR/neue Bundesländer und Berlin-Ost.

noch Tabelle 46*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Jahr[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt[6]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][7]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen[2]	Unternehmen Produktionsunternehmen[3]	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[4]	Sozialversicherung[5]	zusammen[2]			
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1982	126,83	49,19	46,69	2,20	8,73	7,37	192,38	29,23	201,56	423,17
1983	114,32	67,10	64,04	2,80	15,36	– 0,14	196,41	25,88	204,03	426,31
1984	121,56	61,43	61,05	1,20	13,93	– 0,54	196,80	57,19	204,23	458,22
1985	126,69	56,11	60,15	–1,40	16,63	5,07	205,23	73,36	221,88	500,47
1986	137,82	58,58	53,90	0,84	7,26	9,17	213,70	89,21	239,55	542,46
1987	143,80	51,01	55,88	–2,55	8,29	6,50	210,29	44,15	237,03	491,48
1988	155,86	76,48	78,43	–0,50	10,72	1,34	244,73	38,93	210,06	493,73
1989	168,03	115,85	110,90	1,30	14,71	16,81	315,83	141,60	320,76	778,19
1990	205,47	185,15	181,45	2,00	24,31	20,32	435,63	195,45	462,37	1 093,46
1991	223,26	153,44	153,10	–0,05	–1,63	17,69	392,76	125,22	349,68	867,66
1992	255,83	116,06	113,06	2,30	14,28		386,16	198,07	491,79	1 076,01
1993	241,46	145,28	138,51	6,50	51,76		438,51	310,38	696,93	1 445,81
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1960	1,49	27,66	17,55	10,42	2,97	0,07	31,63	12,31	34,27	78,20
1965	1,84	50,33	33,69	17,10	9,63	0,02	60,32	3,72	47,19	111,23
1970	4,45	75,99	56,16	20,06	9,15	–0,02	89,19	36,76	100,04	225,99
1975	7,78	65,28	42,51	22,95	69,57	2,52	137,96	37,32	160,53	335,80
1976	14,77	92,31	64,94	27,44	41,78	–0,04	153,86	45,38	151,49	350,73
1977	15,31	93,46	58,32	34,98	34,98	0,03	145,81	38,12	159,33	343,27
1978	18,62	99,39	52,13	46,99	42,79	0,06	162,50	57,79	214,29	434,58
1979	20,70	132,06	72,89	58,80	41,95	–0,05	195,27	28,59	171,64	395,50
1980	12,66	156,02	95,13	60,61	54,69	0,09	224,02	35,56	173,12	432,70
1981	7,59	153,27	96,61	56,43	76,32	0,07	237,41	45,90	190,84	474,14
1982	9,47	120,29	74,53	45,46	68,94	–0,16	198,82	39,71	184,66	423,17
1983	12,51	131,75	72,25	59,24	57,77	0,05	201,84	37,65	186,81	426,31
1984	10,48	134,72	80,42	55,11	47,52	–0,15	192,98	78,76	186,49	458,22
1985	12,78	122,52	86,54	38,62	42,70	0,08	178,80	114,49	207,17	500,47
1986	9,98	94,43	62,00	28,59	41,79	0,04	147,12	168,81	226,53	542,46
1987	11,58	85,38	67,08	20,63	52,68	–0,07	150,29	123,93	217,26	491,48
1988	12,96	114,84	96,33	19,96	57,34	–0,04	185,43	125,27	183,02	493,73
1989	21,06	183,97	147,45	32,87	28,68	0,05	234,19	245,64	298,36	778,19
1990	23,72	222,20	179,30	41,22	94,11	–0,05	340,38	315,29	437,79	1 093,46
1991	28,35	243,53	189,11	54,03	109,50	0,12	381,50	169,13	317,02	867,66
1992	24,16	318,17	230,52	86,95	106,67		448,99	159,17	467,85	1 076,01
1993	14,98	346,88	225,92	120,69	157,24		519,10	251,28	675,43	1 445,81
	V. Finanzierungssaldo[9] (= I. abzüglich II. oder III. abzüglich IV.)									
1960	16,11	– 20,91	– 11,30	– 9,61	6,45	2,60	4,25	– 4,79	0,54	—
1965	34,44	– 38,77	– 21,63	– 17,14	– 5,25	3,51	– 6,07	5,39	0,68	—
1970	54,67	– 53,41	– 32,79	– 20,62	– 4,96	6,32	2,63	– 4,74	2,12	—
1975	96,14	– 35,06	– 11,97	– 23,09	– 55,17	–2,52	3,39	– 11,60	8,21	—
1976	86,97	– 47,60	– 20,71	– 26,89	– 38,87	0,58	1,08	– 7,91	6,83	—
1977	83,53	– 54,34	– 20,36	– 33,98	– 25,24	–3,83	0,12	– 8,42	8,30	—
1978	86,09	– 49,80	– 4,31	– 45,49	– 29,45	–1,86	4,98	– 17,03	12,05	—
1979	98,29	– 88,38	– 31,38	– 57,00	– 35,89	0,11	–25,87	9,39	16,48	—
1980	108,07	–111,64	– 53,03	– 58,61	– 46,43	3,75	–46,25	28,45	17,80	—
1981	120,97	– 96,75	– 42,32	– 54,43	– 62,56	6,01	–32,33	11,73	20,60	—
1982	117,36	– 71,10	– 27,84	– 43,26	– 60,21	7,52	– 6,43	– 10,48	16,91	—
1983	101,81	– 64,65	– 8,21	– 56,44	– 42,41	–0,19	– 5,44	– 11,77	17,21	—
1984	111,08	– 73,28	– 19,37	– 53,91	– 33,59	–0,39	3,82	– 21,57	17,75	—
1985	113,91	– 66,41	– 26,39	– 40,02	– 26,07	4,99	26,42	– 41,13	14,71	—
1986	127,84	– 35,86	– 8,11	– 27,75	– 34,53	9,13	66,58	– 79,60	13,02	—
1987	132,22	– 34,38	– 11,20	– 23,18	– 44,39	6,56	60,01	– 79,78	19,77	—
1988	142,90	– 38,36	– 17,90	– 20,46	– 46,62	1,38	59,30	– 86,34	27,04	—
1989	146,97	– 68,12	– 36,55	– 31,57	– 13,97	16,76	81,64	–104,04	22,40	—
1990	181,75	– 79,08[a]	– 39,86[a]	– 39,22	– 69,80	20,37	53,24[a]	– 77,82[a]	24,58	—
1991	194,91	–127,48[a]	– 73,40[a]	– 54,08	–111,14	17,57	–26,14[a]	– 6,52[a]	32,66	—
1992	231,67	–202,33[a]	–117,68[a]	– 84,65	– 92,39		–63,05[a]	39,11[a]	23,94	—
1993	226,48	–189,37[a]	– 75,18[a]	–114,19	–105,48		–68,37[a]	46,88[a]	21,49	—

[7]) Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen), Investmentfonds. — [8]) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — [9]) Finanzierungsüberschuß/-defizit (–) oder Nettoveränderungen der Forderungen/Verpflichtungen. —
[a]) Bei den „Produktionsunternehmen": Einschließlich statistischer Differenz; beim „Ausland": Ohne statistische Differenz. Zur Methodik siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 44. Jg., Nr. 5, Mai 1992, S. 15 ff.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 47*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen an das Ausland[3]			III. Geld- bei den aus inlän-
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute zusammen[2]	Kreditinstitute Unternehmen und Privatpersonen	Kreditinstitute öffentliche Haushalte	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	insgesamt[5]
	Früheres Bundesgebiet								
1960	+ 16,82	− 0,12	+ 16,94	+ 15,79	+ 1,15	+ 6,01	+ 7,95	− 1,93	+ 9,27
1961	+ 26,29	+ 2,48	+ 23,82	+ 22,34	+ 1,48	+ 1,49	− 0,03	+ 1,52	+ 11,11
1962	+ 24,34	+ 0,40	+ 23,94	+ 21,76	+ 2,18	+ 0,74	− 0,90	+ 1,65	+ 13,95
1963	+ 26,81	+ 0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 15,43
1964	+ 30,19	− 1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 17,92
1965	+ 34,17	− 0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 16,69
1966	+ 28,20	+ 0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 15,90
1967	+ 32,89	+ 0,67	+ 32,22	+ 18,33	+ 13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 14,63
1968	+ 40,02	− 2,05	+ 42,06	+ 30,90	+ 11,17	+ 10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 20,77
1969	+ 53,48	+ 0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	− 10,28	+ 7,83	+ 26,29
1970	+ 50,53	− 0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+ 14,23	+ 21,60	− 7,36	+ 27,79
1971	+ 69,05	− 0,63	+ 69,68	+ 59,52	+ 10,16	+ 11,52	+ 15,91	− 4,40	+ 32,65
1972	+ 86,41	− 2,07	+ 88,48	+ 78,22	+ 10,26	+ 8,66	+ 15,49	− 6,83	+ 47,00
1973	+ 67,55	+ 2,37	+ 65,18	+ 54,59	+ 10,59	+ 23,48	+ 26,49	− 3,01	+ 45,64
1974	+ 59,77	− 1,48	+ 61,25	+ 41,18	+ 20,07	+ 13,19	− 1,90	+ 15,09	+ 34,46
1975	+ 85,51	+ 6,62	+ 78,89	+ 30,87	+ 48,02	+ 16,84	− 2,22	+ 19,06	+ 61,34
1976	+ 91,21	− 5,10	+ 96,31	+ 65,76	+ 30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 59,12
1977	+ 94,18	− 1,62	+ 95,80	+ 69,11	+ 26,69	+ 10,15	+ 10,49	− 0,34	+ 42,92
1978	+125,37	+ 2,78	+122,59	+ 87,86	+ 34,73	+ 7,09	+ 19,77	− 12,68	+ 54,80
1979	+138,95	− 1,95	+140,91	+112,38	+ 28,53	− 21,84	− 4,85	− 16,98	+ 75,77
1980	+126,32	+ 3,89	+122,43	+100,78	+ 21,65	− 10,58	− 27,93	+ 17,35	+ 61,68
1981	+132,04	+ 2,12	+129,92	+ 82,41	+ 47,51	+ 11,87	− 3,22	+ 15,09	+ 86,01
1982	+104,44	− 1,68	+106,12	+ 66,16	+ 39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+ 46,49
1983	+113,19	+ 1,89	+111,29	+ 92,02	+ 19,28	+ 1,21	− 4,07	+ 5,28	+ 67,14
1984	+108,06	− 1,93	+109,99	+ 90,93	+ 19,06	+ 0,82	− 3,16	+ 3,97	+ 69,73
1985	+ 98,14	− 2,47	+100,61	+ 81,69	+ 18,92	+ 29,97	+ 1,26	+ 28,71	+ 74,99
1986	+ 81,66	+ 3,84	+ 77,82	+ 73,63	+ 4,19	+ 55,94	+ 5,97	+ 49,97	+ 69,83
1987	+ 86,95	− 2,85	+ 89,80	+ 61,16	+ 28,65	+ 53,21	+ 41,21	+ 12,00	+ 70,72
1988	+138,21	+ 0,60	+137,61	+ 96,13	+ 41,48	− 5,17	− 34,63	+ 29,46	+ 42,84
1989	+135,78	− 0,49	+136,27	+129,28	+ 6,99	+ 36,29	− 18,95	+ 55,24	+110,33
1990 1. Vj.	+ 38,56	+ 1,39	+ 37,18	+ 34,96	+ 2,22	− 2,50	+ 1,51	− 4,01	+ 51,12
2. Vj.	+ 31,00	− 0,82	+ 31,82	+ 33,67	− 1,85	+ 18,24	+ 3,56	+ 14,68	+ 32,56
	Deutschland								
1990[a]	+223,07	− 0,19	+223,27	+181,68	+ 41,59	+ 48,45	+ 11,02	+ 37,43	+161,29
1991	+286,13	+ 0,14	+285,99	+259,32	+ 26,67	− 7,40	+ 0,17	− 7,57	+154,42
1992	+299,91	+ 5,62	+294,28	+247,92	+ 46,37	− 40,74	+ 68,72	−109,46	+101,50
1993	+334,11	− 5,88	+339,99	+243,72	+ 96,27	− 5,51	− 35,83	+ 30,33	+ 98,17
1990 3. Vj.[a]	+ 64,84	− 0,36	+ 65,20	+ 45,40	+ 19,80	+ 8,09	+ 2,08	+ 6,01	+ 31,20
4. Vj.	+ 88,67	− 0,40	+ 89,07	+ 67,64	+ 21,43	+ 24,63	+ 3,87	+ 20,76	+ 46,41
1991 1. Vj.	+ 45,01	− 0,65	+ 45,65	+ 40,65	+ 5,00	− 29,16	− 7,22	− 21,94	+ 43,52
2. Vj.	+ 71,13	− 0,25	+ 71,38	+ 64,32	+ 7,06	− 11,15	+ 0,62	− 11,77	+ 41,39
3. Vj.	+ 57,55	+ 1,15	+ 56,40	+ 56,58	− 0,18	+ 2,36	+ 3,53	− 1,17	+ 27,82
4. Vj.	+112,45	− 0,11	+112,55	+ 97,77	+ 14,79	+ 30,56	+ 3,25	+ 27,30	+ 41,68
1992 1. Vj.	+ 50,62	+ 0,65	+ 49,97	+ 45,60	+ 4,37	− 29,31	+ 5,30	− 34,60	+ 45,11
2. Vj.	+ 84,74	+ 1,78	+ 82,96	+ 77,63	+ 5,33	− 17,05	+ 4,99	− 22,04	+ 28,32
3. Vj.	+ 45,98	− 0,11	+ 46,09	+ 42,58	+ 3,52	+ 47,68	+ 87,37	− 39,70	+ 20,94
4. Vj.	+118,57	+ 3,31	+115,26	+ 82,11	+ 33,15	− 42,06	− 28,94	− 13,11	+ 7,12
1993 1. Vj.	+ 51,56	− 4,60	+ 56,16	+ 36,79	+ 19,37	− 50,56	− 47,01	− 3,55	+ 22,75
2. Vj.	+ 63,78	− 0,27	+ 64,05	+ 47,79	+ 16,26	+ 6,17	− 4,02	+ 10,19	+ 17,66
3. Vj.	+ 77,33	− 0,39	+ 77,72	+ 60,67	+ 17,05	− 6,23	+ 24,56	− 30,78	+ 22,34
4. Vj.	+141,44	− 0,61	+142,05	+ 98,47	+ 43,58	+ 45,11	− 9,36	+ 54,48	+ 35,42
1994 1. Vj.	+ 71,36	− 0,43	+ 71,79	+ 49,81	+ 21,99	− 74,78	+ 1,15	− 75,93	+ 30,53
2. Vj.	+ 66,96	− 0,26	+ 67,22	+ 57,98	+ 9,24	− 31,17	+ 4,63	− 35,80	+ 35,35
3. Vj.	+ 69,35	− 0,50	+ 69,86	+ 62,35	+ 7,50	− 25,25	+ 8,22	− 33,47	+ 38,14

[1] Kreditinstitute einschließlich Bundesbank. — Vergleiche Hinweis vor dem Inhaltsverzeichnis des Statistischen Teils des Monatsberichts der Deutschen Bundesbank 43. Jahrgang Nr. 3, März 1991. — [2] Von November 1989 bis Mai 1990 ohne Forderungen und Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR (mit Ausnahme der Spareinlagen). — [3] Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau. — [4] Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Tabelle 47*

stände im Bilanzzusammenhang [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

kapitalbildung Kreditinstituten dischen Quellen [2] [4]) darunter: Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	kapitalbildung Kreditinstituten dischen Quellen [2] [4]) darunter: Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist [6])	IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse [7])	VI. Geldmenge M 3 (Saldo I+II–III–IV–V): insgesamt	Geldmenge M 2: zusammen	Geldmenge M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) [2] [8])	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld) [2]: zusammen	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld) [2]: darunter unter 3 Monaten [9])	Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	Zeitraum
				Früheres Bundesgebiet						
+ 2,31	+ 2,49	+ 1,46	+ 1,61	+ 10,50	+ 5,06	+ 3,42	+ 1,65	.	+ 5,44	1960
+ 5,36	+ 0,85	+ 1,31	– 0,62	+ 15,99	+ 9,63	+ 7,50	+ 2,14	.	+ 6,36	1961
+ 5,30	+ 2,97	– 0,35	– 1,08	+ 12,56	+ 6,34	+ 4,61	+ 1,73	.	+ 6,21	1962
+ 4,77	+ 4,13	– 0,61	+ 1,90	+ 13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,56	+ 0,47	+ 7,42	1963
+ 4,63	+ 4,82	– 0,85	+ 0,66	+ 14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+ 3,74	+ 5,13	– 1,11	+ 1,83	+ 17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	– 0,07	+ 11,13	1965
+ 3,22	+ 7,81	– 0,53	+ 1,49	+ 14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	– 0,58	+ 8,46	1966
+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+ 23,35	+ 14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+ 1,49	+ 12,07	+ 1,19	+ 0,88	+ 28,11	+ 18,15	+ 5,53	+ 12,62	+ 1,69	+ 9,96	1968
+ 5,52	+ 13,26	+ 0,44	+ 1,42	+ 22,88	+ 14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+ 4,26	+ 12,94	+ 4,09	+ 8,91	+ 23,98	+ 16,41	+ 8,69	+ 7,72	+ 13,61	+ 7,57	1970
+ 7,07	+ 14,73	+ 4,20	+ 5,00	+ 38,71	+ 24,97	+ 13,24	+ 11,72	+ 8,91	+ 13,75	1971
+ 8,68	+ 20,62	– 3,85	+ 4,78	+ 47,14	+ 33,51	+ 17,55	+ 15,96	+ 6,58	+ 13,64	1972
+ 10,22	+ 17,52	+ 4,22	+ 7,17	+ 34,00	+ 31,94	+ 2,57	+ 29,37	+ 22,78	+ 2,05	1973
+ 7,95	+ 13,35	+ 0,44	+ 2,88	+ 35,18	+ 13,68	+ 15,50	– 1,82	+ 7,30	+ 21,49	1974
+ 9,41	+ 34,81	+ 1,41	+ 1,17	+ 38,43	– 0,40	+ 21,40	– 21,79	– 17,24	+ 38,82	1975
+ 11,45	+ 22,65	– 10,22	+ 9,57	+ 41,01	+ 18,92	+ 6,88	+ 12,04	+ 2,71	+ 22,09	1976
+ 13,65	+ 14,24	– 0,82	+ 3,28	+ 58,95	+ 33,47	+ 21,09	+ 12,38	+ 9,69	+ 25,47	1977
+ 17,01	+ 17,98	+ 2,51	+ 10,36	+ 64,78	+ 43,50	+ 29,74	+ 13,75	+ 2,27	+ 21,29	1978
+ 18,68	+ 18,11	– 1,69	+ 3,80	+ 39,25	+ 30,95	+ 9,86	+ 21,09	+ 18,24	+ 8,29	1979
+ 14,57	+ 15,89	– 1,92	+ 13,20	+ 42,78	+ 33,96	+ 9,35	+ 24,62	+ 33,16	+ 8,81	1980
+ 13,77	+ 11,94	– 0,25	+ 22,03	+ 36,13	+ 37,39	– 2,16	+ 39,54	+ 23,51	– 1,25	1981
+ 7,22	+ 16,21	+ 0,49	+ 7,17	+ 54,77	+ 24,02	+ 17,74	+ 6,28	+ 12,08	+ 30,76	1982
+ 27,24	+ 11,03	+ 0,90	+ 1,00	+ 45,35	+ 13,14	+ 22,73	– 9,58	– 9,38	+ 32,20	1983
+ 26,27	+ 22,33	– 1,18	– 0,96	+ 41,27	+ 26,94	+ 18,42	+ 8,52	+ 2,14	+ 14,34	1984
+ 34,46	+ 21,59	+ 1,27	+ 6,46	+ 45,39	+ 23,82	+ 15,50	+ 8,32	+ 7,20	+ 21,57	1985
+ 37,63	+ 25,26	– 1,11	+ 3,15	+ 65,72	+ 34,31	+ 24,65	+ 9,66	+ 9,03	+ 31,41	1986
+ 43,13	+ 19,58	+ 3,52	+ 3,35	+ 62,57	+ 35,53	+ 27,02	+ 8,51	+ 8,27	+ 27,04	1987
+ 46,37	– 5,83	– 1,13	+ 15,25	+ 76,08	+ 49,54	+ 40,81	+ 8,73	+ 9,85	+ 26,54	1988
+ 38,67	+ 6,41	+ 3,34	– 7,89	+ 66,28	+ 80,76	+ 24,02	+ 56,74	+ 39,70	– 14,47	1989
+ 10,51	+ 3,55	– 6,05	+ 33,89	– 42,91	– 23,12	– 37,54	+ 14,42	+ 0,50	– 19,79	1990 1. Vj.
+ 7,21	+ 5,49	+ 10,84	– 5,54	+ 11,38	+ 25,59	+ 13,23	+ 12,36	+ 4,64	– 14,21	2. Vj.
				Deutschland						
+ 33,06	+ 37,36	+ 12,27	+ 31,10	+ 66,87	+117,60	+ 44,45	+ 73,15	+ 37,55	– 50,73	1990 [a])
+ 32,13	+ 10,26	– 6,42	+ 35,08	+ 95,66	+ 94,82	+ 17,66	+ 77,15	+ 55,01	+ 0,84	1991
+ 26,29	+ 12,28	– 12,29	+ 52,86	+117,10	+109,73	+ 63,25	+ 46,48	+ 39,18	+ 7,37	1992
+ 32,45	+ 10,24	+ 13,07	+ 31,18	+186,19	+121,19	+ 55,23	+ 65,96	+ 92,60	+ 65,00	1993
+ 6,14	+ 7,41	+ 5,17	+ 19,32	+ 17,23	+ 41,48	+ 20,10	+ 21,37	+ 17,63	– 24,25	1990 3. Vj. [a])
+ 9,21	+ 20,91	+ 2,31	– 16,59	+ 81,17	+ 73,65	+ 48,66	+ 24,99	+ 14,78	+ 7,52	4. Vj.
+ 4,60	– 1,22	– 5,03	+ 18,44	– 41,09	– 32,68	– 55,21	+ 22,54	+ 5,12	– 8,42	1991 1. Vj.
+ 9,64	+ 1,28	+ 1,44	+ 6,51	+ 10,64	+ 20,10	+ 10,27	+ 9,83	+ 9,68	– 9,46	2. Vj.
+ 7,03	– 5,53	– 8,48	+ 26,55	+ 14,01	+ 18,74	+ 1,83	+ 16,92	+ 17,34	– 4,73	3. Vj.
+ 10,87	+ 15,73	+ 5,65	– 16,43	+112,10	+ 88,65	+ 60,78	+ 27,87	+ 22,87	+ 23,45	4. Vj.
+ 9,86	– 0,16	– 7,68	+ 15,68	– 31,81	– 26,82	– 49,82	+ 23,00	+ 10,69	– 4,99	1992 1. Vj.
+ 7,43	– 0,21	+ 5,03	+ 5,33	+ 29,01	+ 31,79	+ 20,33	+ 11,46	+ 11,74	– 2,78	2. Vj.
+ 6,36	– 0,31	+ 5,27	+ 22,72	+ 44,73	+ 48,81	+ 12,67	+ 36,14	+ 32,07	– 4,08	3. Vj.
+ 2,64	+ 12,95	– 14,91	+ 9,14	+ 75,17	+ 55,95	+ 80,08	– 24,13	– 15,33	+ 19,22	4. Vj.
+ 7,82	– 9,57	+ 0,28	– 1,82	– 20,21	– 34,36	– 59,51	+ 25,15	+ 20,21	+ 14,16	1993 1. Vj.
+ 7,76	– 0,30	+ 17,14	+ 2,47	+ 32,68	+ 30,42	+ 20,85	+ 9,57	+ 21,24	– 2,26	2. Vj.
+ 8,70	+ 3,02	– 0,09	+ 30,13	+ 18,73	+ 13,79	+ 12,70	+ 1,10	+ 17,62	+ 4,93	3. Vj.
+ 8,17	+ 17,10	– 4,26	+ 0,40	+154,99	+111,34	+ 81,20	+ 30,15	+ 33,54	+ 43,65	4. Vj.
+ 17,57	– 16,50	– 7,48	– 7,84	– 18,63	– 35,63	– 51,99	+ 16,36	+ 17,62	+ 17,00	1994 1. Vj.
+ 13,18	– 1,39	– 2,49	– 11,59	+ 14,53	+ 6,54	+ 29,02	– 22,48	– 16,31	+ 7,99	2. Vj.
+ 16,94	+ 0,17	+ 5,23	+ 20,32	– 19,58	– 30,65	– 0,88	– 29,77	– 27,84	+ 11,07	3. Vj.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen. — [6]) Einschließlich Sparbriefe. — [7]) Saldo der übrigen Positionen der „Konsolidierten Bilanz des Bankensystems" (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot). — [8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — [9]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (§ 17 BBankG). — [a]) Bis Juni 1990: Früheres Bundesgebiet; ab Juli 1990: Deutschland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 48* **Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge**
Mrd DM

Ende des Zeitraums	Geldbestände								Verbindlichkeiten der Auslandsniederlassungen[5]) deutscher Kreditinstitute gegenüber inländischen Nichtbanken	Bereinigte Zentralbankgeldmenge[6])	
	Geldmenge M 1			Geldmenge M 2[2])[3])			Geldmenge M 3[4])				
		davon			darunter			darunter			darunter
					Termineinlagen						
	insgesamt	Bargeldumlauf[1])	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken[2])[7])	insgesamt	zusammen	darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten	insgesamt	Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist		insgesamt	Bankreserven[8])
	Früheres Bundesgebiet										
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	.	27,97	10,25
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	.	30,93	10,20
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	.	33,94	9,81
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	.	36,64	10,80
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	.	39,78	12,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	.	43,81	14,48
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	.	47,00	16,01
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	.	49,50	15,15
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	.	52,52	15,39
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	.	56,69	19,23
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	.	60,57	22,16
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	.	66,33	29,04
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	.	74,87	34,16
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	0,17	83,34	44,11
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	0,75	86,55	41,96
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	0,63	93,42	39,55
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	2,09	102,36	43,36
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	1,65	111,34	45,59
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	2,35	125,52	52,66
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	2,97	138,32	62,32
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	6,94	144,85	61,72
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	8,12	150,34	59,53
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	8,11	156,42	61,67
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	8,40	168,38	62,61
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	12,08	176,94	65,54
1985	334,10	103,87	230,23	577,10	243,01	161,72	985,46	408,35	16,21	184,57	69,16
1986	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	45,07	196,59	69,55
1987	385,17	124,09	261,08	645,65	260,48	178,85	1 112,44	466,80	52,90	213,01	76,60
1988	427,00	142,60	284,40	696,08	269,08	188,70	1 189,61	493,54	63,20	232,84	81,23
1989	450,75	146,92	303,83	776,56	325,82	228,39	1 255,63	479,07	97,57	251,07	84,90
	Deutschland										
1990	584,34	158,57	425,77	987,62	403,28	266,74	1 502,98	515,37	131,60	271,68	97,00
1991	604,04	171,77	432,27	1 084,53	480,48	321,79	1 597,66	513,13	150,70	302,95	111,69
1992	669,58	200,51	469,07	1 196,54	526,96	360,97	1 718,70	522,16	192,54	332,45	125,07
1993	726,32	211,98	514,34	1 319,23	592,91	452,90	1 906,64	587,41	247,06	368,36	111,69
1990 3. Vj.	502,80	152,30	350,51	881,03	378,23	251,96	1 422,24	541,21	124,73	283,17	102,30
4. Vj.	584,18	158,57	425,62	987,30	403,11	266,68	1 502,95	515,65	131,60	289,39	106,22
1991 1. Vj.	530,40	160,07	370,33	956,20	425,80	271,75	1 462,09	505,89	151,81	298,20	112,15
2. Vj.	541,03	161,40	379,63	976,73	435,70	281,43	1 473,07	496,35	152,97	297,34	110,12
3. Vj.	546,72	161,90	381,83	999,29	452,57	308,80	1 486,46	487,17	150,13	303,63	110,96
4. Vj.	604,02	171,77	432,25	1 084,43	480,41	331,47	1 597,62	513,19	150,70	312,65	113,53
1992 1. Vj.	556,61	167,41	389,20	1 060,06	503,45	332,48	1 568,71	508,65	169,81	319,44	121,86
2. Vj.	576,38	172,56	403,82	1 091,32	514,94	344,22	1 597,20	505,88	176,50	324,43	122,92
3. Vj.	588,25	179,26	408,99	1 139,33	551,09	376,29	1 642,28	502,94	161,54	332,93	124,50
4. Vj.	669,58	200,51	469,07	1 196,54	526,96	360,97	1 718,70	522,16	192,54	353,01	130,99
1993 1. Vj.	610,10	191,81	418,29	1 162,20	552,11	381,18	1 698,77	536,57	218,84	360,62	124,05
2. Vj.	631,46	195,07	436,39	1 193,14	561,68	402,41	1 731,97	538,83	220,01	360,80	104,38
3. Vj.	643,71	199,38	444,33	1 206,47	562,76	420,21	1 750,23	543,76	231,80	368,95	106,86
4. Vj.	726,32	211,98	514,34	1 319,23	592,91	452,90	1 906,64	587,41	247,06	383,06	111,45
1994 1. Vj.	673,79	214,71	459,07	1 283,05	609,27	471,24	1 887,14	604,09	247,99	394,57	107,88
2. Vj.	702,41	214,76	487,66	1 289,20	586,79	454,20	1 901,41	612,21	236,77	400,46	86,23
3. Vj.	701,28	218,34	482,94	1 258,30	557,02	430,99	1 881,58	623,28	...	403,35	86,42

[1]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2]) Von November 1989 bis Mai 1990 ohne Forderungen und Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR (mit Ausnahme der Spareinlagen).
[3]) Geldmenge M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4]) Geldmenge M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5]) Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute und ausländische Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz inländischer Kreditinstitute.
[6]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, (ab Juni 1978 einschließlich Deutsche Bundespost Postbank) bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; zur Methode siehe Anhang V, Abschnitt C. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. Jahres-/Vierteljahresdurchschnitt aus Monatsdurchschnitten.
[7]) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[8]) Ist-Reserve und anrechenbare Kassenbestände der Kreditinstitute.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 49*

Absatz und Erwerb von Wertpapieren

Mio DM

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Absatz				Erwerb durch			Absatz	
	inländische Rentenwerte[1]			ausländische Rentenwerte[4]	Inländer		Ausländer[7]	inländische Aktien[8]	ausländische Dividendenwerte[9]
	zusammen	darunter			zusammen[5]	darunter			
		Banken[2]	öffentliche Hand[3]			Nichtbanken[6]			
	Früheres Bundesgebiet								
1960	4 105	3 336	1 156	– 24	2 708	.	1 373	2 793	.
1961	7 815	5 862	1 856	– 1	7 511	.	303	3 296	.
1962	9 392	6 473	2 333	94	8 764	.	722	2 196	.
1963	11 964	8 327	3 297	221	10 194	.	1 991	1 318	.
1964	12 880	9 663	2 893	489	13 364	.	5	2 243	.
1965	11 326	8 136	2 835	381	11 604	.	103	3 959	.
1966	5 007	4 381	622	550	5 685	.	– 128	2 713	.
1967	14 970	9 211	4 875	471	16 276	.	– 835	1 905	.
1968	17 668	13 922	3 818	4 103	21 922	.	– 151	3 144	.
1969	12 383	12 258	289	5 365	18 701	.	– 953	2 797	.
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	.	817	3 592	.
1971	20 578	14 856	4 279	– 1 184	17 778	.	1 616	4 734	.
1972	34 067	26 074	7 206	– 4 314	22 024	.	7 729	4 129	.
1973	25 010	21 432	4 120	– 231	18 283	.	6 496	3 581	.
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	.	– 1 949	3 525	.
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	.	– 3 443	6 010	.
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	.	3 129	6 081	.
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	.	687	4 368	.
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	.	124	5 550	.
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	.	4 036	5 513	.
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	34 018	294	6 948	3 640
1981	66 872	70 451	– 2 608	6 204	74 528	57 695	– 1 453	5 516	4 639
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 755	2 272	5 921	3 349
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 469	42 183	10 801	7 271	8 280
1984	71 101	34 639	36 664	15 712	72 995	50 107	13 818	6 278	5 742
1985	76 050	33 013	42 738	27 461	72 051	39 281	31 460	11 009	7 550
1986	87 485	29 509	57 774	16 392	44 798	12 538	59 079	16 394	15 977
1987	88 190	28 448	59 768	24 761	77 958	33 364	34 993	11 889	3 956
1988	35 100	–11 029	46 228	54 681	87 826	50 586	1 954	7 528	13 862
1989	78 409	52 418	25 649	40 801	96 401	76 776	22 809	19 365	16 146
1990 1. Vj.	45 087	38 022	7 086	9 229	65 581	45 416	–11 265	8 410	6 533
2. Vj.	27 487	10 523	16 980	6 902	31 525	33 877	2 864	8 813	4 918
	Deutschland								
1990[a]	220 340	136 799	83 609	24 488	225 069	133 269	19 759	28 021	22 049
1991	219 346	131 670	87 011	12 633	172 287	126 498	59 691	13 317	20 217
1992	284 054	106 857	177 376	7 738	161 191	27 686	130 601	17 226	15 744
1993	382 571	151 812	230 560	13 685	170 296	9 754	225 960	19 512	17 139
1990 3. Vj.[a]	53 522	31 818	21 724	5 983	58 741	31 820	763	6 264	2 486
4. Vj.	94 244	56 436	37 819	2 374	69 221	22 155	27 397	4 534	8 112
1991 1. Vj.	66 942	43 441	23 113	3 716	65 100	53 763	5 559	2 689	3 396
2. Vj.	42 058	30 028	11 734	7 350	41 282	34 278	8 127	3 375	6 069
3. Vj.	53 013	28 735	24 243	– 526	34 889	23 965	17 598	4 536	6 278
4. Vj.	57 333	29 466	27 921	2 092	31 016	14 492	28 408	2 717	4 474
1992 1. Vj.	65 157	34 591	30 584	8 727	64 730	40 371	9 155	3 988	3 649
2. Vj.	41 938	16 463	25 624	7 888	46 126	18 656	3 700	5 970	4 238
3. Vj.	79 242	32 425	46 817	– 9 874	12 092	– 4 585	52 277	3 528	3 261
4. Vj.	97 717	23 378	74 351	997	38 244	–26 755	60 468	3 740	4 596
1993 1. Vj.	117 950	49 112	68 701	9 289	52 734	788	74 504	6 490	5 823
2. Vj.	79 453	27 327	51 974	6 104	24 053	– 631	61 504	5 955	1 756
3. Vj.	74 130	38 770	35 208	– 2 946	32 405	7 121	38 779	2 852	2 770
4. Vj.	111 038	36 603	74 677	1 238	61 104	2 476	51 172	4 215	6 790
1994 1. Vj.	61 045	27 266	34 100	6 680	69 200	16 029	– 1 475	7 533	11 858
2. Vj.	33 771	20 335	13 288	4 262	57 203	29 029	–19 170	8 364	7 353
3. Vj.	74 243	34 308	39 905	6 930	62 787	42 948	18 386	7 463	1 490

[1] Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten. — [2] Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. — [3] Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen. — [4] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer. — [5] In- und ausländische Rentenwerte. — [6] Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — [7] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer. — [8] Zu Emissionskursen. — [9] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer.

[a] Ab Juli 1990 einschließlich Schuldverschreibungen ostdeutscher Emittenten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 50*

Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen

Durchschnitt des Zeitraums [1])

30. Dezember 1980 = 100

Zeitraum [2])	Insgesamt	Davon									
		Industrie							Sonstige Wirtschaftsbereiche [3])		
		zusammen	davon						zusammen	darunter	
			Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitende Industrie				Bauindustrie		Kreditbanken	Versicherungsgewerbe
				zusammen	darunter						
					Grundstoffindustrie	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-				
1950	9,8	10,5	8,4	9,5	10,3	6,6	19,3	5,1	6,3	2,5	—
1951	14,3	15,5	12,7	15,2	17,9	8,9	26,6	4,6	8,0	4,3	—
1952	18,1	19,8	17,3	21,3	27,7	10,1	26,3	4,7	9,4	6,0	—
1953	16,3	17,7	15,9	19,2	25,0	9,1	22,9	4,1	9,0	6,2	—
1954	23,3	25,2	21,1	30,2	41,2	11,9	31,0	5,7	13,1	10,2	—
1955	36,3	39,4	32,5	47,7	64,7	19,9	46,3	9,2	19,8	16,8	—
1956	34,4	37,1	29,9	44,6	60,0	19,0	45,4	8,8	20,6	18,1	—
1957	34,1	36,6	29,6	44,1	59,5	18,4	43,3	9,3	21,2	18,7	—
1958	42,7	45,5	35,4	53,5	70,4	24,8	55,7	13,8	28,5	26,7	—
1959	71,6	75,9	55,2	90,0	116,4	45,3	95,3	23,4	50,3	48,2	—
1960	110,7	117,2	74,5	136,7	169,2	81,6	155,1	39,5	78,4	73,2	—
1961	113,5	119,0	77,5	132,2	158,8	88,5	153,5	46,8	87,4	83,3	—
1962	88,1	91,9	64,5	97,3	115,8	69,1	100,2	46,5	70,9	63,7	—
1963	85,0	88,7	61,9	90,9	107,0	67,1	90,6	55,4	68,8	61,0	—
1964	97,7	102,4	75,5	105,4	126,9	73,6	101,1	68,4	75,2	68,3	—
1965	87,0	90,8	61,6	98,0	120,6	64,4	89,5	53,4	69,4	58,9	—
1966	73,7	76,4	54,1	81,5	98,1	55,2	82,5	40,6	62,6	56,5	—
1967	75,2	77,8	58,9	81,8	97,6	58,2	75,0	47,0	64,9	63,1	—
1968	98,8	102,4	78,2	107,7	128,5	78,1	93,4	57,4	83,5	90,3	—
1969	107,5	111,2	88,5	115,9	134,3	88,6	109,2	55,9	93,2	107,1	—
1970	96,2	99,6	79,3	103,9	114,1	86,8	108,3	48,8	82,1	93,6	—
1971	93,4	95,3	84,2	97,0	102,2	88,9	92,3	53,7	88,0	101,7	—
1972	102,2	103,4	82,5	107,4	107,9	107,2	102,5	80,2	101,1	116,0	—
1973	96,2	98,3	76,4	102,4	99,6	105,3	107,4	90,6	89,6	99,5	—
1974	82,0	84,1	65,1	87,8	89,5	85,4	84,9	71,9	74,8	84,6	—
1975	94,4	95,0	69,4	100,4	101,7	101,0	93,7	79,9	95,7	110,8	—
1976	102,2	104,0	71,6	111,3	118,0	106,4	92,3	68,8	97,7	109,1	—
1977	102,1	104,2	79,5	109,6	115,6	105,3	91,5	77,5	96,8	108,7	61,7
1978	111,4	112,4	95,0	115,8	115,5	116,7	109,9	110,5	109,1	121,6	75,8
1979	106,8	107,5	95,7	110,1	112,8	108,6	104,3	94,4	104,9	110,1	87,7
1980	101,9	102,4	99,4	103,1	103,8	103,3	100,0	96,6	100,8	103,9	93,3
1981	101,8	103,5	100,4	103,6	106,8	101,4	98,9	119,9	98,1	96,7	99,7
1982	102,7	102,6	100,9	102,1	103,7	100,0	93,6	136,9	102,7	97,1	113,4
1983	135,2	134,9	116,2	137,7	127,3	147,2	123,8	163,8	135,9	117,0	170,1
1984	153,6	148,5	111,9	155,1	143,6	167,7	124,7	161,9	165,0	127,0	248,1
1985	209,2	193,1	121,9	206,2	186,1	234,7	133,6	198,7	245,4	178,7	421,3
1986	295,7	258,6	146,2	278,8	234,4	336,4	186,8	281,9	378,4	271,5	669,7
1987	257,5	239,6	149,9	256,8	226,0	295,7	193,3	212,9	297,5	217,9	488,1
1988	217,9	203,8	151,0	214,5	209,9	218,5	175,9	171,9	249,2	174,0	411,2
1989	278,5	263,5	194,5	274,3	265,0	279,6	238,3	357,3	312,0	216,6	530,0
1990	326,3	310,4	252,0	314,2	285,9	335,5	280,7	644,3	362,1	247,1	631,0
1991	295,6	278,7	231,2	280,0	259,2	292,0	253,4	626,3	333,5	225,6	580,1
1992	287,6	269,3	225,6	271,0	258,8	278,0	224,0	571,7	328,0	236,8	544,8
1993	308,4	277,0	250,4	275,8	273,2	274,7	216,9	578,4	375,1	271,4	645,1
1993 1.Vj.	281,8	255,6	224,5	255,2	252,0	253,6	204,3	551,9	337,6	247,9	572,2
2.Vj.	287,2	259,1	234,0	257,1	254,4	254,3	210,4	580,7	346,8	255,2	585,0
3.Vj.	315,5	284,0	258,0	282,6	278,6	283,8	217,8	592,8	382,5	276,5	656,6
4.Vj.	349,2	309,0	285,2	308,2	307,8	307,1	235,1	588,2	433,6	306,1	766,5
1994 1.Vj.	359,5	331,4	299,2	331,9	333,9	329,1	255,4	620,8	419,9	300,1	719,9
2.Vj.	360,9	340,6	298,0	344,5	351,3	338,0	258,6	575,1	405,5	281,3	699,5
3.Vj.	350,8	333,8	298,0	336,1	346,3	326,3	246,8	581,1	388,7	268,9	665,1

[1]) 1950 bis 1953 aus Monatsdurchschnitten, 1954 bis 1981 aus Bankenstichtagen (in der Regel der 7., 15., 23. und letzter Börsentag des Monats), ab 1982 aus börsentäglichen Indizes berechnet.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und bis 1964 ohne Berlin (West).

[3]) Einschließlich Hypothekenbanken, Warenhausunternehmen, Handel (ohne Warenhausunternehmen) und Verkehr.

Tabelle 51*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

a) Insgesamt (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	21,8	24,1	18,0	30,6	44,2	45,3	38,8	60,7
1963	23,0	24,9	19,3	31,7	46,4	47,2	41,5	61,8
1964	26,2	28,8	22,3	35,6	52,7	53,7	47,5	68,2
1965	28,0	29,5	24,1	38,5	54,7	53,7	49,8	72,4
1966	27,9	30,5	23,5	38,1	53,5	55,2	47,6	70,3
1967	27,8	30,7	23,5	37,7	54,0	57,0	47,8	69,9
1968	32,1	34,5	27,9	42,3	65,6	67,9	59,4	82,6
1969	39,6	40,5	36,8	47,2	78,5	77,1	75,5	90,2
1970	41,5	42,6	38,6	49,1	77,0	77,0	72,6	90,3
1971	42,2	42,7	38,3	54,4	74,6	76,0	67,4	96,4
1972	45,4	46,5	40,9	59,1	78,2	82,0	69,8	100,2
1973	53,1	54,9	49,6	61,8	87,7	92,1	81,9	99,6
1974	57,5	65,8	51,6	63,2	83,3	88,8	78,2	90,8
1975	56,5	57,9	53,6	62,9	79,2	80,1	75,5	88,5
1976	64,1	65,8	60,9	71,5	86,8	88,4	82,6	97,6
1977	64,8	63,8	62,6	73,7	86,0	86,8	81,6	98,4
1978	68,0	66,5	65,9	77,4	89,0	90,8	84,0	101,7
1979	75,4	75,8	72,7	83,5	94,7	97,2	90,1	104,7
1980	78,3	79,4	74,9	87,0	92,8	94,6	88,8	102,3
1981	81,8	83,1	79,4	87,3	92,4	93,2	90,2	97,8
1982	81,0	81,1	79,0	87,1	87,1	86,7	85,2	93,9
1983	84,5	86,7	81,1	91,3	89,5	92,8	85,3	96,9
1984	92,6	96,0	89,3	96,9	95,1	98,8	91,7	99,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	100,2	94,6	102,2	103,1	100,2	98,9	100,2	102,1
1987	100,4	93,8	102,4	105,4	100,5	101,1	99,1	103,6
1988	110,2	103,4	113,0	112,8	108,1	108,5	107,6	108,9
1989	122,4	110,3	128,7	122,5	116,4	111,0	119,6	115,3
1990	129,4	111,0	137,9	133,8	121,5	113,3	125,3	123,1
1991	132,4	110,6	141,3	140,9	122,1	114,0	125,1	126,1
1992	129,3	108,9	136,7	140,1	117,8	113,8	118,1	123,4
1993	119,5	101,3	125,1	132,3	108,9	109,2	106,7	115,9
1990 1. Vj.	130,7	114,2	137,3	137,6	123,7	116,7	126,1	127,8
2. Vj.	124,9	110,4	132,8	124,0	117,4	112,7	120,8	114,7
3. Vj.	128,8	108,6	137,8	133,8	120,4	111,0	124,7	122,2
4. Vj.	133,4	110,6	143,5	139,8	124,4	112,8	129,5	127,5
1991 1. Vj.	137,3	114,7	144,8	151,5	127,3	117,6	129,6	136,5
2. Vj.	131,1	112,9	139,2	135,9	120,8	115,8	123,0	122,0
3. Vj.	130,3	108,2	138,7	140,6	119,7	111,6	122,4	125,1
4. Vj.	131,1	106,6	142,5	135,7	120,4	110,9	125,3	120,8
1992 1. Vj.	142,5	117,0	151,6	156,2	130,3	122,4	131,9	138,2
2. Vj.	128,4	112,4	135,5	132,5	116,9	116,9	116,9	117,1
3. Vj.	125,5	105,7	131,6	139,5	114,0	110,1	113,5	122,4
4. Vj.	120,9	100,5	128,1	132,2	109,9	105,9	110,2	115,8
1993 1. Vj.	122,4	102,7	126,3	143,1	111,7	110,6	108,1	124,9
2. Vj.	116,9	103,2	121,5	125,0	106,5	110,9	103,2	109,7
3. Vj.	118,0	99,8	122,4	134,5	107,4	107,2	104,3	117,5
4. Vj.	120,9	99,6	130,3	126,6	110,2	108,2	111,0	111,3
1994 1. Vj.	128,3	110,2	133,8	141,6	117,4	120,1	113,8	124,4
2. Vj.	125,5	113,1	132,0	125,4	114,5	121,7	111,8	110,7
3. Vj.	127,2	111,4	133,5	133,6	115,5	118,5	113,5	117,1

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

noch Tabelle 51*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

b) Inland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe			
	Wertindex				Volumenindex			
1962	28,7	32,5	23,6	36,2	57,3	60,9	49,5	72,0
1963	29,5	32,8	24,6	37,1	58,6	61,5	51,4	72,5
1964	33,9	38,6	28,3	41,6	66,9	71,8	58,9	80,1
1965	36,1	38,8	31,0	45,1	69,3	70,3	62,4	85,0
1966	34,9	39,2	28,8	44,2	65,6	70,4	56,7	81,6
1967	33,7	38,0	27,6	43,2	64,3	70,3	54,6	80,5
1968	38,8	43,0	32,7	48,2	78,9	85,1	69,0	94,8
1969	48,0	51,1	44,1	53,2	95,3	98,7	90,1	102,6
1970	50,8	53,3	47,3	55,6	93,9	97,4	88,1	102,5
1971	51,4	52,9	46,4	61,5	90,4	94,2	80,6	109,2
1972	54,7	56,6	48,9	66,6	93,5	99,2	82,5	113,3
1973	60,8	65,4	55,2	68,5	100,0	110,1	90,2	110,4
1974	62,9	74,3	54,0	69,5	91,2	103,6	80,8	99,9
1975	65,0	67,9	61,1	69,6	91,0	95,0	85,4	98,2
1976	70,5	76,2	64,2	77,5	95,5	103,1	86,8	106,1
1977	72,6	72,4	69,4	80,1	96,0	97,5	90,3	107,3
1978	76,3	74,6	74,2	83,5	99,7	101,1	94,4	110,1
1979	83,5	84,3	80,3	89,7	104,6	107,9	99,3	112,6
1980	85,9	87,6	81,8	93,1	101,6	104,2	96,6	109,4
1981	84,9	87,7	80,4	91,4	95,7	98,5	91,2	102,2
1982	84,5	85,2	81,6	90,1	90,6	90,9	87,7	97,0
1983	88,5	90,6	84,7	94,4	93,5	96,6	88,8	100,1
1984	94,0	96,6	90,7	98,3	96,5	99,4	92,9	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	96,4	105,4	103,3	102,1	99,9	103,2	102,2
1987	102,1	94,3	105,1	105,6	101,5	100,2	101,4	103,5
1988	110,5	102,9	113,9	112,5	107,8	107,0	108,2	108,0
1989	122,4	110,0	130,1	120,8	115,9	110,0	120,5	113,0
1990	134,6	114,2	146,4	134,0	125,0	114,8	131,9	122,4
1991	142,8	116,9	157,1	143,9	130,0	118,3	137,5	127,8
1992	140,1	115,5	152,6	143,4	125,8	118,2	130,3	125,3
1993	126,2	105,1	133,9	136,1	113,5	110,8	112,9	118,3
1990 1. Vj.	130,6	114,5	138,1	134,6	122,6	115,6	125,9	124,2
2. Vj.	127,9	113,2	138,1	123,5	119,1	113,7	124,6	113,4
3. Vj.	137,0	113,0	151,2	135,5	126,8	113,8	135,7	123,3
4. Vj.	142,8	116,0	158,2	142,3	131,5	116,1	141,4	128,7
1991 1. Vj.	148,9	120,0	163,2	153,7	136,4	120,9	144,7	137,6
2. Vj.	141,6	119,4	155,3	139,0	128,9	120,5	135,8	123,7
3. Vj.	140,4	115,5	153,2	143,6	127,5	117,0	133,6	127,0
4. Vj.	140,4	112,5	156,6	139,3	127,1	114,8	135,9	123,0
1992 1. Vj.	153,8	121,6	170,2	158,1	138,7	125,0	146,4	138,9
2. Vj.	137,9	118,1	150,1	135,6	124,0	120,4	128,2	118,7
3. Vj.	137,3	114,7	147,8	142,4	123,1	116,7	126,2	124,2
4. Vj.	131,3	107,6	142,1	137,7	117,6	110,7	120,6	119,5
1993 1. Vj.	129,9	105,2	137,0	145,8	116,8	111,1	115,9	126,5
2. Vj.	122,9	106,6	129,6	128,9	110,3	111,9	108,7	112,1
3. Vj.	127,0	105,9	133,9	138,6	114,3	111,2	113,4	120,4
4. Vj.	125,1	102,9	135,0	131,2	112,6	109,2	113,8	114,3
1994 1. Vj.	130,5	108,6	137,8	142,1	117,8	116,2	116,1	123,9
2. Vj.	127,9	115,4	135,5	126,9	115,3	121,3	113,8	111,0
3. Vj.	132,3	116,3	139,8	136,0	119,0	121,1	118,1	118,2

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

noch Tabelle 51*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

c) Ausland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	10,3	10,6	10,4	9,3	22,4	20,0	24,3	17,5
1963	12,1	12,3	12,2	11,0	26,2	23,9	28,2	20,7
1964	13,6	13,2	14,1	12,3	29,0	24,5	32,0	22,8
1965	14,6	14,5	14,9	13,3	30,3	26,9	32,9	24,3
1966	16,3	16,8	16,4	14,8	33,4	30,9	35,5	26,8
1967	18,0	19,0	17,9	16,3	36,9	35,8	38,6	29,6
1968	21,1	21,0	21,4	19,4	43,7	40,2	46,5	36,1
1969	25,8	23,6	27,1	23,9	50,7	42,3	55,8	43,1
1970	26,2	25,5	26,8	24,5	48,8	44,2	51,9	43,5
1971	27,1	26,4	27,3	27,5	48,7	46,8	49,7	47,6
1972	30,1	30,3	30,0	30,3	53,0	54,4	52,7	50,7
1973	40,3	38,1	41,9	36,6	67,4	63,3	70,7	58,3
1974	48,5	52,1	48,3	39,0	70,3	65,2	74,8	55,8
1975	42,5	42,1	43,5	37,2	59,5	56,4	62,2	51,8
1976	53,6	49,3	56,4	48,5	72,4	65,1	76,9	65,9
1977	52,0	50,1	53,3	49,5	69,4	69,8	69,9	65,0
1978	54,3	53,6	54,7	53,8	71,3	74,5	70,0	69,8
1979	62,1	62,4	62,5	59,6	78,2	80,1	77,8	74,5
1980	65,7	66,5	65,7	63,5	78,3	79,4	78,3	75,3
1981	76,7	75,6	78,0	71,7	86,9	84,9	88,8	80,9
1982	75,2	74,5	75,4	75,9	81,4	80,2	81,9	82,4
1983	77,8	80,6	76,1	79,6	82,8	87,0	80,5	84,9
1984	90,2	95,1	87,5	91,7	92,9	98,0	90,1	94,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,5	91,7	98,0	102,6	97,1	97,3	96,3	101,8
1987	97,6	93,0	98,9	104,7	98,8	102,5	96,1	104,1
1988	109,8	104,2	111,8	114,2	108,5	110,8	106,9	112,3
1989	122,4	110,7	126,9	129,1	117,3	112,7	118,5	124,2
1990	121,1	105,8	126,5	133,1	115,7	110,9	116,4	125,8
1991	115,5	100,7	120,3	129,6	109,1	107,1	108,5	119,7
1992	111,7	98,4	115,6	127,4	104,7	106,9	101,9	115,9
1993	108,6	95,3	113,5	117,7	101,5	106,6	98,3	106,7
1990 1. Vj.	130,8	113,6	136,2	149,2	125,4	118,3	126,3	141,7
2. Vj.	120,0	106,0	125,7	125,7	114,7	110,9	115,7	119,6
3. Vj.	115,2	101,6	119,9	127,3	109,9	106,6	110,0	119,3
4. Vj.	118,2	102,1	124,0	130,2	112,8	107,7	113,7	122,5
1991 1. Vj.	118,4	106,3	120,4	143,0	112,5	112,4	109,5	132,6
2. Vj.	114,0	102,6	117,8	124,3	107,5	108,3	105,9	115,3
3. Vj.	113,6	96,6	119,4	129,1	107,0	103,0	107,3	118,0
4. Vj.	115,8	97,2	123,7	121,9	109,5	104,8	111,3	112,8
1992 1. Vj.	124,0	109,7	126,9	149,1	116,6	118,5	112,8	135,6
2. Vj.	112,8	103,3	116,0	120,9	105,4	111,3	101,9	110,8
3. Vj.	106,3	91,5	110,0	128,4	99,2	99,5	96,5	115,5
4. Vj.	103,8	89,3	109,5	111,3	97,5	98,2	96,5	101,8
1993 1. Vj.	110,0	98,7	112,0	132,6	103,3	109,9	97,8	119,2
2. Vj.	106,9	97,9	110,7	110,2	100,2	109,5	95,8	100,7
3. Vj.	103,2	90,1	107,1	118,8	96,1	100,7	92,3	106,7
4. Vj.	114,0	94,5	124,0	109,3	106,4	106,4	107,3	100,1
1994 1. Vj.	124,9	112,7	128,4	139,8	116,8	126,5	110,8	126,1
2. Vj.	121,5	109,5	127,4	119,7	113,1	122,4	109,2	109,8
3. Vj.	118,8	103,6	125,0	124,7	109,9	114,6	107,3	112,9

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

Tabelle 52*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 207	22 058	941 148	281 250	389 358	144 992	125 549
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 460	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 390	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 580	441 888	562 481	187 606	171 605
1985	1 494 753	35 749	1 459 004	461 216	627 430	194 733	175 624
1986	1 468 396	33 199	1 435 197	407 117	651 534	200 499	176 047
1987	1 476 865	31 740	1 445 126	394 482	673 636	205 017	171 991
1988	1 561 666	31 922	1 529 744	421 825	713 479	217 204	177 235
1989	1 704 251	28 508	1 675 743	466 065	784 297	236 101	189 280
1990	1 823 282	27 674	1 795 608	479 725	851 167	258 274	206 441
1991	1 949 555	28 745	1 920 810	498 467	919 445	277 905	224 994
1992	1 955 623	28 170	1 927 453	495 153	926 685	277 746	227 869
1993	1 821 981	27 881	1 794 101	468 529	836 698	263 879	224 995
1993 1. Vj.	443 760	7 327	436 433	114 150	200 513	67 975	53 795
2. Vj.	453 195	6 673	446 522	119 401	207 354	63 004	56 762
3. Vj.	450 393	6 087	444 306	118 572	202 955	66 834	55 945
4. Vj.	474 634	7 794	466 840	116 406	225 876	66 065	58 493
1994 1. Vj.	444 868	7 375	437 493	117 118	199 114	66 728	54 533
2. Vj.	464 155	6 457	457 698	125 318	214 290	62 512	55 578
3. Vj.	464 786	6 144	458 643	126 205	210 011	66 073	56 354

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

noch Tabelle 52*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

b) Inland

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 609	18 217	717 392	217 829	256 399	125 174	117 990
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1985	1 051 848	31 216	1 020 632	333 034	372 895	155 646	159 057
1986	1 031 992	29 413	1 002 579	291 161	390 984	160 227	160 206
1987	1 038 339	28 435	1 009 904	280 240	408 236	164 567	156 861
1988	1 086 916	28 653	1 058 263	293 115	430 693	173 205	161 251
1989	1 179 063	26 076	1 152 987	326 003	469 625	186 059	171 299
1990	1 291 460	25 657	1 265 803	345 761	525 717	205 791	188 534
1991	1 426 866	26 937	1 399 929	369 306	598 433	225 749	206 441
1992	1 432 232	26 747	1 405 485	369 426	601 588	226 302	208 169
1993	1 332 589	26 746	1 305 842	347 613	536 584	216 593	205 053
1993 1. Vj.	324 185	7 029	317 157	83 611	129 118	55 351	49 076
2. Vj.	331 241	6 365	324 876	88 551	132 673	51 804	51 848
3. Vj.	331 655	5 842	325 813	89 026	131 134	54 690	50 963
4. Vj.	345 507	7 510	337 997	86 425	143 658	54 747	53 166
1994 1. Vj.	317 971	7 066	310 905	83 941	123 648	53 904	49 412
2. Vj.	331 425	6 128	325 296	91 899	132 450	50 575	50 373
3. Vj.	336 321	5 874	330 447	93 489	132 483	53 399	51 077

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1953 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

noch Tabelle 52*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 024	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1985	442 905	4 533	438 371	128 181	254 535	39 087	16 567
1986	436 404	3 786	432 618	115 955	260 550	40 272	15 841
1987	438 526	3 305	435 221	114 242	265 400	40 450	15 130
1988	474 750	3 270	471 480	128 710	282 787	43 999	15 985
1989	525 188	2 432	522 756	140 062	314 671	50 042	17 980
1990	531 822	2 018	529 804	133 964	325 450	52 483	17 908
1991	522 690	1 809	520 881	129 161	321 011	52 156	18 553
1992	523 391	1 422	521 969	125 727	325 097	51 444	19 700
1993	489 393	1 134	488 258	120 916	300 115	47 286	19 942
1993 1. Vj.	119 575	298	119 276	30 539	71 395	12 624	4 719
2. Vj.	121 953	308	121 646	30 850	74 681	11 200	4 915
3. Vj.	118 739	245	118 494	29 546	71 821	12 145	4 982
4. Vj.	129 126	284	128 843	29 981	82 218	11 317	5 327
1994 1. Vj.	126 896	309	126 588	33 177	75 466	12 824	5 121
2. Vj.	132 730	329	132 402	33 418	81 840	11 937	5 205
3. Vj.	128 465	270	128 196	32 716	77 528	12 674	5 277

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1953 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Tabelle 53*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe[1]

Früheres Bundesgebiet

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2]								Index der Bruttoproduktion[4]	
	insgesamt[3]	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5]	Verbrauchsgüter[5]
	1970 = 100									
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
	1976 = 100									
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
	1980 = 100									
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1985	103,0	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	111,4	98,9
1986	105,3	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	113,7	103,9
	1985 = 100									
1978	94,0	93,0	105,1	92,6	99,2	85,6	104,8	91,8	83,9	106,5
1979	98,7	97,6	109,0	97,2	106,2	89,5	108,2	95,0	87,6	109,0
1980	98,7	97,6	110,2	97,2	102,0	91,8	106,7	97,0	91,6	103,7
1981	96,3	95,7	110,5	95,2	97,9	91,5	100,3	98,5	93,5	98,0
1982	93,2	92,5	105,6	92,1	93,0	90,0	95,4	95,2	91,5	95,8
1983	93,8	93,0	99,5	92,7	95,7	89,3	97,0	96,0	90,2	96,9
1984	96,5	95,7	98,4	95,6	99,5	91,9	99,4	97,7	89,8	97,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	102,3	95,9	102,6	99,6	104,5	102,2	101,9	102,1	105,1
1987	102,7	102,5	91,6	102,9	100,0	104,7	103,4	101,0	100,5	106,8
1988	106,5	106,3	87,4	106,9	106,3	108,1	106,5	103,3	104,6	107,8
1989	111,8	111,7	85,9	112,5	108,6	116,4	111,1	106,2	111,9	111,8
1990	117,7	117,6	85,1	118,7	110,9	123,0	118,1	119,7	119,5	117,5
1991	121,0	121,0	82,6	122,3	112,2	126,1	123,4	129,5	124,3	121,0
1992	119,4	118,5	79,3	119,8	113,3	121,9	119,8	127,4	119,3	117,6
1993	111,0	109,3	70,9	110,6	109,6	107,7	112,8	125,1	102,7	108,3
1994 1. Vj.	109,9	108,6	72,8	109,8	111,9	105,6	112,5	120,9	95,4	108,1
2. Vj.	114,3	112,7	64,9	114,3	117,8	112,0	109,9	123,1	104,8	109,2
3. Vj.	112,9	111,4	62,6	113,0	117,6	108,3	109,3	129,6	104,0	101,2

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt. — [2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.; 5/1981, S. 315ff.; 12/1983, S. 931ff.; 3/1988, S. 182ff.; 4/1991, S. 224. — [3]) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe). — [4]) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge. — [5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 54*

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

2. Halbjahr 1990 = 100

Wirtschaftszweig	1991	1992	1993	1992				1993				1994	
				1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	Auftragseingang												
Verarbeitendes Gewerbe, insgesamt	78,9	73,0	82,6	77,1	70,7	65,7	78,4	76,1	80,5	82,2	91,5	90,9	92,4
Inland	73,1	77,4	90,5	79,0	75,2	72,6	82,6	82,9	86,3	91,3	101,4	105,0	107,8
Ausland	95,7	60,2	59,5	71,5	57,7	45,6	66,1	56,5	63,3	55,6	62,4	49,8	47,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	66,6	56,1	62,8	63,5	52,4	55,2	53,2	58,2	60,8	64,7	67,6	65,9	74,1
darunter:													
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	60,9	97,6	141,2	78,0	93,5	109,2	109,6	93,6	139,9	180,2	151,1	142,7	214,2
Eisenschaffende Industrie	57,2	41,3	46,3	48,0	39,2	39,2	39,0	50,5	39,7	45,1	49,8	42,7	40,0
Chemische Industrie	72,5	51,2	54,4	62,8	45,0	48,3	48,8	54,3	55,8	51,6	56,1	56,6	56,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	93,6	88,6	99,4	89,2	87,8	75,1	102,2	90,7	98,4	96,0	112,7	108,9	104,8
darunter:													
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	159,8	187,4	187,6	144,7	204,8	169,9	230,2	121,2	230,0	161,1	238,0	241,9	197,0
Maschinenbau	119,9	92,6	81,0	102,7	90,7	76,9	100,2	83,8	78,4	79,9	81,9	75,4	78,7
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	39,7	83,9	158,1	64,9	72,1	65,2	133,3	136,0	147,8	151,4	197,1	231,3	248,8
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	59,7	48,8	64,1	52,4	42,4	46,6	53,7	66,4	58,6	63,8	67,4	75,0	68,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	70,4	105,5	129,8	76,3	78,0	73,8	107,4	75,6	87,5	69,1	104,6	111,2	109,3
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	30,5	28,6	30,3	30,3	23,6	26,6	34,0	36,0	26,5	26,5	32,2	36,2	34,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	66,1	68,0	80,5	74,2	65,0	63,5	69,2	76,7	75,3	83,6	86,5	97,8	99,3
darunter:													
Druckerei, Vervielfältigung	113,7	139,3	141,8	127,5	141,4	137,8	150,7	131,0	143,6	142,5	150,2	154,1	159,7
Textilgewerbe	58,4	43,2	43,9	54,3	44,0	34,5	39,8	44,1	38,8	44,8	48,0	61,3	54,5
	Umsatz												
Verarbeitendes Gewerbe, insgesamt	54,9	51,7	55,9	49,1	49,4	50,6	57,5	48,2	53,9	57,1	64,4	58,8	66,2
Inland	66,2	63,4	71,5	58,7	60,3	61,4	73,1	62,0	68,6	74,2	81,1	75,7	86,3
Ausland	34,2	30,1	27,4	31,5	29,4	30,9	28,8	23,0	26,9	25,8	33,9	27,9	29,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	66,8	57,3	59,9	61,5	57,4	54,4	56,0	53,5	58,4	62,7	65,0	61,4	72,7
darunter:													
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	67,5	97,1	139,5	66,9	94,7	110,9	116,0	80,2	141,9	171,4	164,7	133,5	207,0
Eisenschaffende Industrie	59,9	44,7	44,3	48,5	43,2	42,3	44,7	44,7	38,6	47,5	46,5	43,4	48,3
Chemische Industrie	73,6	54,1	52,0	66,5	53,9	45,6	50,4	52,8	51,3	49,9	53,9	53,3	56,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	49,3	47,7	51,7	41,2	43,9	48,1	57,5	43,0	49,7	52,2	61,9	53,1	59,7
darunter:													
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	99,3	114,0	108,3	99,7	112,2	106,5	137,4	89,2	104,8	111,2	128,1	86,5	104,6
Maschinenbau	47,3	37,7	35,5	32,2	32,4	41,2	45,0	28,8	32,8	37,2	43,2	30,4	36,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	19,8	42,2	74,4	31,6	35,8	35,0	66,4	63,6	68,6	71,8	93,5	108,3	124,4
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	42,9	35,6	43,4	33,4	33,4	35,4	40,4	38,1	40,9	44,6	49,8	48,0	52,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	24,5	33,3	33,8	23,5	28,1	35,8	45,8	26,8	29,6	33,8	44,9	46,4	47,6
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	28,5	23,7	22,4	22,7	20,3	21,1	30,6	26,4	20,8	17,6	24,7	24,3	27,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	55,3	57,3	65,6	57,9	56,7	54,0	60,4	59,2	62,8	66,7	73,8	77,2	80,7
darunter:													
Druckerei, Vervielfältigung	119,2	133,9	132,0	123,5	133,8	136,9	141,3	120,1	131,6	136,0	140,5	147,5	153,7
Textilgewerbe	35,0	28,8	28,2	32,5	30,6	24,5	27,5	27,1	27,0	27,5	31,1	35,7	35,1

[1]) Wertindizes; ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Tabelle 55*

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

2. Halbjahr 1990 = 100

Wirtschaftszweig	Gewichtung[2])	1991	1992	1993	1992				1993				1994	
					1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Produzierendes Gewerbe, insgesamt	100	77,2	78,7	86,9	74,6	76,2	80,3	83,9	76,4	86,3	91,1	93,8	89,2	100,3
Elektrizitäts- und Gasversorgung	12,42	103,2	96,7	103,2	101,6	87,7	93,0	104,7	106,8	98,0	93,4	114,5	112,2	104,4
Bergbau	9,56	70,3	50,4	39,1	58,9	44,9	49,5	48,3	43,8	39,1	32,5	41,2	36,7	33,6
Verarbeitendes Gewerbe	59,95	66,1	64,3	70,1	62,9	61,5	63,0	69,7	62,2	67,2	73,0	77,8	75,7	84,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11,51	75,9	78,5	85,5	78,9	79,1	77,2	78,7	73,4	85,8	93,1	89,8	92,7	111,0
darunter:														
Mineralölverarbeitung	1,27	124,3	131,9	133,3	126,0	132,7	132,5	136,5	125,3	133,3	141,2	133,5	135,2	146,8
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2,51	62,1	96,6	136,4	67,4	95,1	112,3	111,5	85,4	143,2	166,2	150,8	141,0	218,8
Eisenschaffende Industrie	0,79	66,2	60,2	59,7	53,4	66,7	60,6	60,0	58,9	50,5	67,3	62,2	71,0	74,7
Gießerei	1,07	55,5	42,6	36,4	51,5	46,4	37,2	35,5	38,0	36,0	35,9	35,8	41,5	43,7
Chemische Industrie	4,04	78,1	65,8	57,6	86,7	65,5	53,1	58,0	57,2	56,3	56,9	60,1	67,4	62,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	32,90	56,2	50,7	55,5	48,6	46,4	49,6	58,3	49,1	51,3	57,5	64,2	58,7	65,4
darunter:														
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	2,93	109,4	140,3	163,1	119,1	129,9	154,3	157,7	133,6	139,7	192,6	186,4	172,3	180,8
Maschinenbau	15,24	51,6	32,6	31,8	37,1	29,9	29,0	34,3	28,0	29,7	32,5	37,0	27,2	36,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	2,71	49,1	54,9	83,6	43,5	49,5	50,2	76,5	73,5	81,7	82,0	97,2	106,3	117,3
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	8,51	47,7	47,8	50,0	44,2	42,5	47,0	57,4	46,5	46,5	46,9	60,1	56,3	59,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	1,09	23,6	29,1	20,9	13,9	19,3	30,4	52,9	19,3	16,9	21,0	26,3	24,2	23,4
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	0,88	33,9	20,2	20,7	25,0	23,4	13,5	19,1	20,0	19,0	14,7	29,2	38,8	58,2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	7,22	69,1	71,4	80,2	72,1	69,9	68,0	75,8	73,0	77,1	80,5	90,0	91,8	96,1
darunter:														
Holzverarbeitung	1,53	75,6	79,0	96,1	88,1	71,5	67,4	89,1	93,1	89,1	89,3	113,1	109,4	98,9
Druckerei, Vervielfältigung	1,33	113,6	128,9	126,3	119,8	129,5	131,3	134,9	115,9	125,6	129,9	133,7	141,8	147,0
Textilgewerbe	1,69	43,0	32,1	31,0	36,7	33,5	28,0	30,4	30,1	29,6	30,4	34,0	37,0	37,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,32	90,7	94,3	99,6	91,6	91,9	94,7	99,2	91,1	98,4	102,4	106,6	107,4	113,0
davon:														
Ernährungsgewerbe	6,90	85,2	95,2	103,1	92,8	95,0	93,5	99,4	93,0	103,8	104,4	111,3	110,2	116,1
Tabakverarbeitung	1,42	115,4	90,8	83,9	86,3	78,2	100,2	98,4	82,5	74,1	93,5	85,7	95,5	99,3
Bauhauptgewerbe	18,07	99,7	128,7	156,4	102,6	132,7	144,4	135,0	119,4	165,8	180,1	160,2	146,1	185,9
Hochbauleistungen	8,79	104,2	123,3	148,1	104,0	128,1	137,4	123,8	119,6	151,4	167,6	153,8	153,2	182,5
Tiefbauleistungen	9,28	95,4	133,8	164,2	101,3	137,1	151,1	145,6	119,2	179,3	191,9	166,2	139,3	189,1

[1]) Fachliche Unternehmensteile; arbeitstäglich bereinigt.

[2]) Die Gewichtung der Wirtschaftszweige zu Wirtschaftsgruppen und Hauptgruppen nach der Systematik im Produzierenden Gewerbe erfolgt mit den Anteilen der Bruttowertschöpfung (ohne Umsatzsteuer) aus der Kostenstrukturerhebung, die für das 2. Halbjahr 1990 als eigenständige Statistik für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost durchgeführt worden ist.

Tabelle 56*

Beschäftigte im Bergbau und
Früheres
in

Zeitraum[2])	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1985	6 943	4 769	213	170	6 730	4 599
1986	7 063	4 844	210	167	6 853	4 677
1987	7 055	4 802	203	162	6 851	4 640
1988	7 038	4 767	194	153	6 844	4 614
1989	7 213	4 885	183	144	7 030	4 740
1990	7 411	5 024	173	135	7 238	4 889
1991	7 515	5 071	165	128	7 350	4 943
1992	7 333	4 883	155	120	7 177	4 763
1993	6 805	4 446	145	111	6 661	4 335
1992 1. Vj.	7 422	4 966	160	123	7 263	4 843
2. Vj.	7 364	4 913	157	121	7 208	4 793
3. Vj.	7 347	4 895	154	119	7 193	4 777
4. Vj.	7 197	4 757	151	116	7 045	4 641
1993 1. Vj.	6 980	4 584	148	113	6 832	4 470
2. Vj.	6 850	4 480	146	112	6 704	4 368
3. Vj.	6 763	4 416	144	110	6 619	4 305
4. Vj.	6 628	4 304	141	108	6 487	4 196
1994 1. Vj.	6 439	4 164	140	107	6 299	4 058
2. Vj.	6 371	4 120	137	105	6 234	4 015
3. Vj.	6 367	4 130	136	104	6 231	4 026

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (mit Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

Tabelle 56*

im Verarbeitenden Gewerbe[1])
Bundesgebiet
1 000

arbeitendes Gewerbe								
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		Zeitraum[2])
		produzierendes Gewerbe						
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 368	895	3 600	2 416	1 317	996	446	291	1985
1 365	888	3 732	2 505	1 314	994	442	290	1986
1 344	866	3 758	2 501	1 306	985	442	289	1987
1 337	855	3 758	2 487	1 308	983	441	289	1988
1 350	862	3 878	2 570	1 348	1 011	455	298	1989
1 365	870	4 007	2 661	1 388	1 041	478	317	1990
1 371	868	4 050	2 673	1 419	1 061	509	341	1991
1 343	839	3 947	2 568	1 381	1 020	506	336	1992
1 257	771	3 632	2 315	1 282	930	490	320	1993
1 350	846	4 002	2 618	1 405	1 044	505	336	1992 1. Vj.
1 348	844	3 967	2 586	1 390	1 029	502	333	2. Vj.
1 348	845	3 952	2 571	1 380	1 018	513	343	3. Vj.
1 325	823	3 866	2 496	1 350	988	504	334	4. Vj.
1 283	790	3 745	2 403	1 315	958	489	319	1993 1. Vj.
1 268	779	3 662	2 336	1 287	936	487	317	2. Vj.
1 253	768	3 599	2 290	1 273	923	495	325	3. Vj.
1 226	746	3 522	2 230	1 252	903	487	317	4. Vj.
1 189	718	3 413	2 154	1 224	880	473	306	1994 1. Vj.
1 183	717	3 371	2 126	1 209	869	471	304	2. Vj.
1 182	719	3 362	2 127	1 205	866	481	314	3. Vj.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Tabelle 57*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])
Früheres Bundesgebiet
Mio

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 194	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1985	7 910	251	7 659	1 505	3 980	1 642	532
1986	7 962	243	7 719	1 477	4 089	1 627	526
1987	7 779	229	7 550	1 431	3 995	1 600	525
1988	7 730	214	7 516	1 427	3 968	1 598	523
1989	7 860	199	7 661	1 423	4 085	1 622	531
1990	7 993	188	7 806	1 418	4 178	1 648	562
1991	7 952	176	7 776	1 395	4 130	1 655	596
1992	7 643	169	7 474	1 354	3 958	1 579	584
1993	6 770	150	6 619	1 212	3 425	1 432	551
1992 1. Vj.	2 005	47	1 959	348	1 045	419	147
2. Vj.	1 922	41	1 881	342	1 001	394	143
3. Vj.	1 862	42	1 820	335	956	381	149
4. Vj.	1 854	39	1 814	328	956	385	146
1993 1. Vj.	1 766	41	1 725	312	901	375	137
2. Vj.	1 704	37	1 668	308	865	359	136
3. Vj.	1 641	37	1 604	297	822	345	140
4. Vj.	1 659	36	1 623	295	837	352	139
1994 1. Vj.	1 635	37	1 599	290	827	350	132
2. Vj.	1 614	34	1 580	292	820	337	130
3. Vj.	1 567	34	1 533	285	787	325	136

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (mit Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Tabelle 58*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
				1970 = 100			
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
				1976 = 100			
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
				1980 = 100			
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1985	115,6	97,4	116,3	113,4	118,5	112,9	119,4
1986	117,9	96,1	118,7	114,8	120,5	116,0	125,3
				1985 = 100			
1978	83,2	97,7	82,7	86,4	80,9	84,8	78,4
1979	86,9	101,2	86,5	91,9	83,8	88,3	82,1
1980	87,4	101,2	86,9	89,1	86,2	88,8	81,9
1981	88,4	100,5	88,0	88,1	88,7	88,6	83,7
1982	89,0	96,0	88,7	87,4	90,0	90,1	84,2
1983	92,4	94,8	92,3	93,0	92,0	95,2	87,9
1984	96,0	98,2	95,9	98,3	94,7	98,1	92,6
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,4	98,8	101,5	101,2	101,1	102,4	103,2
1987	103,4	99,2	103,6	104,1	102,7	104,9	104,6
1988	107,8	101,3	108,0	111,4	106,3	107,5	108,0
1989	111,8	106,7	112,0	114,3	111,5	109,9	111,0
1990	115,9	111,7	116,1	116,6	115,2	114,2	121,5
1991	119,7	113,5	119,9	119,1	119,1	117,9	128,9
1992	120,7	112,9	121,0	122,3	119,4	118,3	129,5
1993	123,4	108,9	123,9	128,3	120,3	120,9	134,4
1994 1. Vj.	125,6	111,1	126,1	134,5	121,1	123,6	131,6
2. Vj.	132,2	105,2	133,1	142,5	130,5	122,2	136,9

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.; 5/1981, S. 315ff.; 12/1983, S. 931ff.; 3/1988, S. 182ff.; 4/1991, S. 224.

Tabelle 59*

Der Bergbau und das Verarbeitende

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
			Betriebe (Anzahl)				
1991	7 112	43	7 069	1 140	2 738	2 072	1 120
1992	6 375	40	6 335	1 051	2 671	1 673	940
1993	6 353	29	6 324	1 077	2 828	1 567	852
1992 1. Vj.	6 435	40	6 395	1 033	2 630	1 725	1 007
2. Vj.	6 333	40	6 293	1 041	2 617	1 678	956
3. Vj.	6 347	40	6 307	1 058	2 683	1 658	909
4. Vj.	6 385	40	6 345	1 073	2 753	1 631	887
1993 1. Vj.	6 123	28	6 095	1 016	2 713	1 516	850
2. Vj.	6 296	31	6 265	1 063	2 792	1 556	854
3. Vj.	6 454	29	6 425	1 098	2 878	1 597	852
4. Vj.	6 540	29	6 511	1 131	2 928	1 600	851
1994 1. Vj.	6 696	32	6 664	1 185	3 007	1 611	861
2. Vj.	6 938	32	6 906	1 230	3 132	1 666	878
			Beschäftigte[2]) (Tausend)				
1991	1 759	121	1 638	341	848	316	133
1992	943	80	863	183	446	148	85
1993	736	51	685	140	360	114	72
1992 1. Vj.	1 060	91	969	208	493	172	95
2. Vj.	973	84	889	190	459	155	86
3. Vj.	890	74	816	172	425	138	81
4. Vj.	847	69	778	164	407	129	78
1993 1. Vj.	768	60	708	146	373	117	72
2. Vj.	748	54	694	143	365	115	72
3. Vj.	725	47	679	139	356	112	72
4. Vj.	703	44	658	131	345	111	72
1994 1. Vj.	675	39	637	122	333	111	71
2. Vj.	674	37	636	121	332	112	72
			darunter: Arbeiter (Tausend)				
1991	1 175	90	1 085	229	526	236	95
1992	634	58	575	120	286	109	60
1993	501	37	464	92	237	85	50
1992 1. Vj.	709	67	642	136	311	127	67
2. Vj.	653	61	591	125	292	114	61
3. Vj.	601	54	546	113	275	102	57
4. Vj.	572	50	522	108	265	95	54
1993 1. Vj.	523	44	479	96	246	87	50
2. Vj.	509	39	470	94	240	86	50
3. Vj.	494	33	460	92	235	84	49
4. Vj.	479	31	447	87	228	83	49
1994 1. Vj.	460	27	433	81	221	83	48
2. Vj.	460	26	434	81	221	84	48
			Geleistete Arbeiterstunden (Mio)				
1991	1 417	128	1 288	289	590	267	142
1992	972	95	877	188	420	165	104
1993	804	58	746	153	364	139	90
1992 1. Vj.	276	28	248	54	116	49	29
2. Vj.	247	25	222	49	105	42	26
3. Vj.	227	22	205	43	100	37	25
4. Vj.	223	20	203	42	99	37	25
1993 1. Vj.	211	18	192	40	94	36	22
2. Vj.	202	15	186	39	91	35	22
3. Vj.	196	12	184	38	90	33	22
4. Vj.	196	12	184	37	90	34	23
1994 1. Vj.	199	11	188	36	94	36	22
2. Vj.	193	10	183	35	90	35	22

[1]) Einschließlich Berlin-Ost. — Ergebnisse für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.
[2]) Arbeiter und Angestellte.

Tabelle 59*

Gewerbe in den neuen Bundesländern[1])

Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe					Zeitraum
		zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	
				produzierendes Gewerbe			
			Bruttolohn- und -gehaltssumme (Mio DM)				
29 596	2 923	26 673	5 957	13 835	4 525	2 357	1991
25 610	2 984	22 626	4 920	12 074	3 518	2 114	1992
24 176	2 448	21 728	4 652	11 676	3 279	2 121	1993
6 062	650	5 412	1 214	2 800	882	516	1992 1. Vj.
6 333	708	5 624	1 250	2 970	888	516	2. Vj.
6 343	738	5 605	1 170	3 087	835	512	3. Vj.
6 872	887	5 985	1 286	3 216	912	570	4. Vj.
5 458	616	4 842	1 054	2 563	744	481	1993 1. Vj.
5 942	667	5 275	1 156	2 797	803	519	2. Vj.
6 040	524	5 516	1 182	2 994	817	522	3. Vj.
6 736	641	6 095	1 260	3 322	914	598	4. Vj.
5 763	402	5 360	1 061	2 939	831	530	1994 1. Vj.
6 126	455	5 671	1 143	3 056	903	569	2. Vj.
			Umsatz, insgesamt (Mio DM)				
96 616	9 953	86 663	23 377	34 967	9 642	18 677	1991
92 969	6 987	85 981	21 298	35 957	9 994	18 732	1992
98 113	5 880	92 234	22 559	38 481	11 067	20 126	1993
22 027	2 068	19 958	5 315	7 774	2 502	4 368	1992 1. Vj.
22 685	1 491	21 194	5 467	8 453	2 456	4 818	2. Vj.
22 956	1 627	21 329	5 206	9 121	2 370	4 633	3. Vj.
25 302	1 802	23 500	5 311	10 610	2 666	4 913	4. Vj.
21 661	1 688	19 974	4 908	8 032	2 440	4 593	1993 1. Vj.
24 143	1 441	22 702	5 600	9 269	2 633	5 200	2. Vj.
24 755	1 257	23 498	6 036	9 693	2 823	4 946	3. Vj.
27 554	1 494	26 061	6 015	11 488	3 171	5 387	4. Vj.
25 230	1 252	23 978	5 696	9 958	3 228	5 097	1994 1. Vj.
28 304	1 219	27 084	6 893	11 195	3 414	5 582	2. Vj.
			davon: Inlandsumsatz (Mio DM)				
82 538	9 533	73 005	19 325	27 220	8 507	17 952	1991
80 090	6 640	73 451	18 024	28 796	8 962	17 668	1992
86 137	5 614	80 523	19 741	31 807	10 122	18 853	1993
18 755	1 981	16 775	4 236	6 177	2 208	4 153	1992 1. Vj.
19 475	1 387	18 088	4 603	6 852	2 162	4 471	2. Vj.
19 747	1 541	18 206	4 565	7 076	2 142	4 423	3. Vj.
22 113	1 731	20 382	4 620	8 691	2 449	4 622	4. Vj.
19 121	1 630	17 491	4 180	6 768	2 205	4 339	1993 1. Vj.
21 199	1 372	19 827	4 951	7 593	2 396	4 887	2. Vj.
21 946	1 199	20 748	5 348	8 139	2 596	4 666	3. Vj.
23 871	1 414	22 457	5 263	9 306	2 926	4 962	4. Vj.
22 188	1 137	21 051	4 881	8 375	2 950	4 846	1994 1. Vj.
25 123	1 115	24 008	6 143	9 419	3 118	5 328	2. Vj.
			Auslandsumsatz (Mio DM)				
14 079	420	13 658	4 052	7 746	1 134	725	1991
12 878	348	12 531	3 274	7 161	1 032	1 064	1992
11 976	266	11 711	2 818	6 675	945	1 273	1993
3 271	88	3 184	1 078	1 597	294	215	1992 1. Vj.
3 210	103	3 106	864	1 601	294	347	2. Vj.
3 209	86	3 123	641	2 044	227	210	3. Vj.
3 189	71	3 118	691	1 919	217	291	4. Vj.
2 540	58	2 482	729	1 263	236	255	1993 1. Vj.
2 944	69	2 875	649	1 676	238	313	2. Vj.
2 808	59	2 750	688	1 554	227	280	3. Vj.
3 684	80	3 604	752	2 181	245	425	4. Vj.
3 042	115	2 927	816	1 583	278	251	1994 1. Vj.
3 181	104	3 076	750	1 776	296	255	2. Vj.

Tabelle 60*

Baugenehmigungen
Früheres Bundesgebiet

Zeitraum[1]	Genehmigungen für Hochbauten							
	Rauminhalt[2]				veranschlagte Kosten des Bauwerkes[3]			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	
			nichtöffentliche Bauherren[4]	öffentliche Bauherren[5]			nichtöffentliche Bauherren[4]	öffentliche Bauherren[5]
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 694	6 216	3 478	
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510	
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313	
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956	304 197	180 297	123 900		16 130	10 061	6 069	
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459	5 945	
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386	6 821	
1959	343 689	210 904	132 785		22 136	14 321	7 815	
1960	392 427	234 427	158 000		27 491	17 253	10 238	
1961	422 657	248 582	174 075		31 685	19 851	11 834	
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982	305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983	364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984	279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1985	252 933	125 018	109 684	18 231	76 452	45 597	21 468	9 387
1986	257 005	116 709	120 717	19 578	78 618	42 961	25 022	10 635
1987	252 092	107 700	123 619	20 772	77 050	40 247	25 636	11 167
1988	275 771	120 721	133 898	21 154	88 251	45 995	29 405	12 851
1989	320 196	145 684	156 196	18 316	100 315	55 919	34 064	10 332
1990	370 394	181 361	169 424	19 609	123 731	72 552	38 850	12 329
1991	372 057	179 517	173 169	19 371	131 033	76 073	41 954	13 006
1992	387 406	204 799	163 578	19 029	149 255	90 647	45 342	13 266
1993	398 034	232 347	146 151	19 536	164 325	107 821	43 389	13 115
1993 1. Vj.	84 359	48 135	31 434	4 790	34 339	21 964	9 378	2 997
2. Vj.	102 640	61 576	36 424	4 640	42 054	28 450	10 401	3 202
3. Vj.	106 147	63 972	37 416	4 759	44 390	29 914	11 223	3 253
4. Vj.	104 888	58 664	40 877	5 347	43 543	27 493	12 387	3 663
1994 1. Vj.	91 646	58 042	29 366	4 238	39 112	27 156	8 620	3 337
2. Vj.	111 568	71 188	36 355	4 025	47 584	33 836	10 728	3 019

[1]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).
[2]) Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3]) Alle Baumaßnahmen.
[4]) Unternehmen und private Haushalte.
[5]) Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 61 *

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Früheres Bundesgebiet

a) Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private [1]	öffentliche [2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2]
				Auftraggeber					
1971	76,8	84,2	103,8	68,4	82,2	66,7	70,9	64,5	71,6
1972	80,6	92,3	125,9	68,9	82,2	64,8	69,6	62,2	72,2
1973	77,4	85,6	102,6	68,5	90,5	66,1	72,7	62,7	71,9
1974	69,3	72,3	77,8	54,5	99,9	64,7	74,1	59,5	71,4
1975	74,0	76,6	81,5	63,8	94,0	70,2	76,4	66,7	80,1
1976	69,4	73,7	86,3	60,1	78,5	63,5	75,3	57,1	68,3
1977	80,3	82,0	103,8	64,4	79,6	77,9	93,9	69,2	80,8
1978	99,0	102,1	136,6	74,4	98,0	94,6	109,2	86,7	104,7
1979	111,4	115,9	148,5	89,8	112,4	105,1	118,3	98,0	114,3
1980	114,5	120,6	146,6	100,1	117,0	105,9	107,7	105,0	118,6
1981	97,7	109,2	131,3	92,0	105,2	81,7	84,6	80,1	84,3
1982	98,3	108,9	132,6	92,4	100,6	83,5	87,6	81,4	83,9
1983	108,1	122,7	160,3	102,6	95,9	87,8	89,7	86,8	84,6
1984	101,8	106,2	128,9	91,3	96,1	95,7	95,8	95,6	93,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	109,1	107,5	95,0	117,5	109,1	111,2	104,2	115,1	110,5
1987	106,2	105,7	89,4	117,0	111,7	106,7	101,9	109,3	106,2
1988	116,0	118,2	100,0	138,5	107,3	113,1	107,4	116,1	112,9
1989	132,2	135,9	116,0	162,7	113,9	127,1	119,8	130,9	125,8
1990	152,1	160,6	145,6	192,0	119,3	140,2	133,4	143,9	137,6
1991	168,1	177,9	166,5	213,2	121,2	154,5	141,0	161,7	152,0
1992	179,1	190,7	189,3	220,1	128,0	162,9	145,0	172,5	154,5
1993	182,3	199,6	227,5	208,8	126,3	158,2	130,1	173,4	166,9
1987 1. Vj.	83,5	86,8	74,1	98,6	84,7	78,9	62,2	87,9	80,8
2. Vj.	117,9	115,2	99,2	127,0	119,5	121,7	123,5	120,7	115,9
3. Vj.	121,2	117,7	98,7	127,8	131,4	126,2	135,3	121,2	121,5
4. Vj.	102,0	103,3	85,7	114,8	111,3	100,1	86,8	107,2	106,7
1988 1. Vj.	98,8	106,2	89,9	130,3	83,3	88,6	72,4	97,2	87,5
2. Vj.	127,0	128,6	113,1	143,7	124,3	124,8	133,5	120,2	118,5
3. Vj.	131,4	128,5	108,4	149,6	119,7	135,5	134,0	136,3	139,0
4. Vj.	106,8	109,3	88,8	130,4	101,6	103,3	89,5	110,8	106,6
1989 1. Vj.	110,9	117,6	103,2	142,1	90,5	101,6	80,2	113,1	98,9
2. Vj.	144,9	144,7	120,8	175,7	120,9	145,2	151,6	141,7	137,2
3. Vj.	144,5	144,3	117,2	170,2	137,9	144,8	143,6	145,4	146,0
4. Vj.	128,4	136,9	122,7	162,9	106,3	116,6	103,7	123,5	121,0
1990 1. Vj.	139,2	152,3	136,6	186,1	106,9	121,0	104,3	130,0	124,7
2. Vj.	161,8	163,4	149,2	193,9	122,9	159,5	167,9	155,0	160,4
3. Vj.	158,5	164,9	147,4	194,9	131,1	149,5	151,9	148,3	140,1
4. Vj.	148,8	161,7	149,0	193,0	116,2	130,9	109,7	142,3	125,0
1991 1. Vj.	144,6	155,8	143,0	191,7	100,6	129,1	88,8	150,8	147,5
2. Vj.	179,3	188,2	172,5	225,8	134,2	166,8	159,8	170,7	159,2
3. Vj.	186,9	192,5	177,0	234,8	127,9	179,2	178,4	179,5	162,2
4. Vj.	161,5	175,0	173,2	200,3	122,1	142,8	137,0	145,9	139,3
1992 1. Vj.	166,0	179,9	175,1	212,5	116,4	146,7	109,3	166,8	137,0
2. Vj.	190,9	199,4	197,0	230,7	134,4	179,0	172,8	182,3	171,0
3. Vj.	186,0	192,0	188,0	221,2	134,5	177,6	171,0	181,1	162,6
4. Vj.	173,4	191,6	197,0	216,1	126,8	148,1	126,8	159,6	147,5
1993 1. Vj.	165,4	177,3	195,5	192,6	108,6	149,0	97,3	176,8	172,2
2. Vj.	190,9	207,4	232,4	219,4	133,2	168,0	149,1	178,2	171,0
3. Vj.	193,8	209,6	241,5	214,3	136,7	172,3	156,4	180,9	173,0
4. Vj.	179,0	204,5	240,4	208,9	126,7	143,5	117,6	157,6	151,2
1994 1. Vj.	179,4	210,3	260,0	212,6	111,0	136,4	101,7	155,2	157,6
2. Vj.	203,7	228,6	282,0	221,0	144,1	169,1	143,7	182,8	170,4

[1] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2] Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 61 *

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Früheres Bundesgebiet

b) Volumenindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	133,1	151,3	191,7	127,1	108,5	114,7	105,3
1972	133,7	156,9	218,6	121,7	103,1	111,0	98,8
1973	122,2	137,8	168,4	119,1	101,1	112,2	95,4
1974	103,3	111,5	121,7	104,0	91,4	104,4	84,4
1975	108,8	116,7	125,6	109,9	97,1	105,3	93,0
1976	99,4	108,6	129,2	95,5	86,5	102,2	78,2
1977	110,2	115,0	147,6	95,5	103,1	124,6	91,7
1978	128,5	135,7	183,3	107,6	118,6	136,5	109,0
1979	132,5	141,6	183,2	117,1	119,8	134,2	112,1
1980	122,7	133,0	162,5	115,6	108,3	109,2	107,8
1981	100,4	114,3	137,8	100,4	81,1	83,6	79,8
1982	100,3	111,7	136,2	97,2	84,6	88,7	82,5
1983	110,0	124,4	162,8	101,7	90,1	92,3	88,9
1984	102,3	106,0	128,7	92,7	97,2	97,6	97,0
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	107,2	105,8	93,8	112,9	109,1	102,1	112,8
1987	102,8	102,3	86,9	111,4	103,4	98,8	105,9
1988	110,7	112,4	95,6	122,3	108,3	103,1	111,1
1989	122,5	125,0	107,0	135,5	119,0	112,6	122,4
1990	132,3	138,5	125,9	146,0	123,7	118,0	126,8
1991	137,2	144,0	134,7	149,5	127,6	116,4	133,7
1992	138,9	147,0	145,0	148,2	127,6	113,4	135,3
1993	138,0	149,7	168,7	138,5	121,9	100,1	133,6
1987 1. Vj.	81,5	84,7	72,6	91,9	77,0	60,7	85,8
2. Vj.	114,3	111,5	96,4	120,5	118,1	119,9	117,1
3. Vj.	117,0	113,5	95,6	124,0	121,9	130,9	117,1
4. Vj.	98,3	99,6	83,0	109,3	96,6	83,9	103,5
1988 1. Vj.	95,1	102,1	86,8	111,1	85,3	69,9	93,6
2. Vj.	121,5	122,8	108,4	131,3	119,7	128,2	115,1
3. Vj.	125,0	121,7	103,2	132,7	129,5	128,5	130,1
4. Vj.	101,2	103,1	84,0	114,3	98,6	85,7	105,6
1989 1. Vj.	104,3	110,0	96,9	117,8	96,4	76,4	107,3
2. Vj.	134,8	133,6	112,0	146,3	136,6	143,1	133,0
3. Vj.	133,4	132,1	107,7	146,4	135,1	134,5	135,4
4. Vj.	117,4	124,2	111,6	131,5	107,9	96,3	114,1
1990 1. Vj.	124,5	135,2	121,7	143,1	109,6	94,8	117,5
2. Vj.	141,3	141,4	129,3	148,6	141,2	148,9	137,0
3. Vj.	136,6	140,7	126,2	149,3	130,8	133,2	129,5
4. Vj.	127,0	136,8	126,5	142,9	113,3	95,2	123,1
1991 1. Vj.	121,4	129,8	119,3	136,1	109,7	75,6	128,1
2. Vj.	146,5	152,5	139,7	160,1	138,2	132,5	141,3
3. Vj.	151,0	154,2	141,8	161,5	146,5	146,1	146,8
4. Vj.	129,6	139,5	137,9	140,4	116,0	111,4	118,5
1992 1. Vj.	131,1	141,3	137,0	143,8	117,0	87,1	133,1
2. Vj.	148,4	154,1	151,3	155,7	140,5	135,4	143,1
3. Vj.	143,1	146,8	142,9	149,1	138,1	132,8	140,9
4. Vj.	133,0	145,9	148,9	144,1	114,9	98,3	123,9
1993 1. Vj.	126,3	134,3	146,7	127,0	115,1	75,0	136,7
2. Vj.	144,4	155,4	172,2	145,5	129,1	114,4	136,9
3. Vj.	146,4	156,3	178,4	143,2	132,6	120,3	139,2
4. Vj.	135,1	152,7	177,4	138,2	110,8	90,7	121,6
1994 1. Vj.	135,1	156,6	191,2	136,3	105,3	78,5	119,7
2. Vj.	152,6	168,9	205,6	147,2	130,0	110,5	140,5

Tabelle 62*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe
Früheres Bundesgebiet
Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	92,5	112,2	138,6	86,9	111,9	68,0	83,9	61,6	77,2
1972	97,0	124,3	175,0	87,8	105,0	63,9	82,8	56,0	68,1
1973	96,9	120,7	159,6	89,8	110,2	67,6	90,6	58,1	71,6
1974	83,2	94,1	97,3	74,5	119,9	69,3	99,9	56,7	74,7
1975	82,2	93,5	89,9	80,0	119,5	67,7	92,2	57,7	77,8
1976	82,7	94,5	105,1	80,0	100,1	67,8	84,7	60,8	81,7
1977	78,3	86,0	94,7	75,4	89,9	68,7	95,9	57,6	77,7
1978	99,5	106,6	129,0	84,0	108,2	90,6	120,3	78,4	107,1
1979	124,7	136,4	167,5	107,0	135,0	110,2	146,3	95,3	128,6
1980	129,4	143,2	167,7	117,4	146,4	112,3	132,4	104,1	135,1
1981	121,0	139,8	157,5	117,0	149,5	97,6	107,7	93,4	114,6
1982	107,2	126,2	142,0	112,2	123,7	83,6	93,2	79,6	94,5
1983	115,5	139,8	172,5	126,5	108,0	85,3	88,7	83,9	91,0
1984	107,0	116,9	138,5	105,7	100,0	94,6	96,6	93,7	95,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	105,7	105,4	90,0	117,1	111,0	105,9	101,9	107,7	109,8
1987	106,5	110,6	84,0	132,6	117,2	101,3	101,9	101,1	107,7
1988	109,3	119,3	87,9	149,9	119,0	96,8	101,3	94,9	109,4
1989	119,3	131,9	99,7	172,4	116,0	103,7	105,8	102,8	120,4
1990	141,5	160,1	132,2	207,2	125,4	118,4	125,9	115,2	135,1
1991	165,2	189,1	161,0	251,4	128,6	135,5	132,6	136,7	155,8
1992	180,2	210,8	192,8	272,0	135,6	142,0	132,0	146,2	160,7
1993	183,8	221,1	230,4	260,3	138,1	137,3	120,3	144,4	162,8
1987 Mär	110,0	112,7	86,8	133,7	119,6	106,8	103,4	108,1	113,6
Jun	112,8	115,6	86,9	139,4	122,8	109,3	113,5	107,5	112,3
Sep	107,4	111,4	84,0	135,1	116,5	102,3	105,7	100,9	108,2
Dez	95,6	102,6	78,2	122,0	109,9	86,8	84,8	87,7	96,5
1988 Mär	108,4	115,6	85,2	146,1	113,9	99,4	101,5	98,5	109,7
Jun	114,1	124,0	93,3	154,4	123,1	101,7	112,5	97,2	110,3
Sep	111,7	121,9	90,8	151,4	123,1	99,1	105,5	96,5	112,5
Dez	102,8	115,6	82,4	147,7	115,8	86,9	85,7	87,4	105,2
1989 Mär	112,9	125,0	94,7	162,8	110,5	97,7	98,1	97,6	114,3
Jun	123,6	135,8	98,9	183,4	115,7	108,5	114,9	105,8	122,9
Sep	123,1	135,0	100,8	175,1	123,1	108,4	113,0	106,5	123,8
Dez	117,6	131,8	104,4	168,3	114,7	100,0	97,0	101,2	120,5
1990 Mär	133,5	149,0	121,8	193,5	117,8	114,3	116,7	113,3	134,5
Jun	144,5	161,3	130,8	210,5	127,7	123,6	138,5	117,4	140,3
Sep	145,2	165,1	136,4	212,1	132,2	120,4	132,0	115,6	136,4
Dez	142,6	164,8	139,8	212,8	123,8	115,1	116,4	114,5	129,0
1991 Mär	159,1	180,8	153,7	236,4	130,4	132,0	128,7	133,4	150,8
Jun	167,3	189,6	157,9	253,7	132,4	139,5	140,4	139,1	159,5
Sep	171,0	194,8	164,9	263,0	127,5	141,3	141,3	141,3	160,8
Dez	163,5	191,0	167,5	252,5	124,2	129,3	120,1	133,1	151,9
1992 Mär	182,1	210,4	186,2	276,1	137,5	146,9	131,3	153,3	164,0
Jun	188,2	216,7	197,2	280,5	139,5	152,7	147,5	154,9	168,8
Sep	179,4	208,9	193,8	266,9	134,2	142,6	135,6	145,5	162,2
Dez	170,9	207,2	193,9	264,3	131,0	125,8	113,4	131,0	147,9
1993 Mär	186,4	218,8	216,6	267,2	139,3	146,1	128,2	153,5	170,0
Jun	186,0	222,3	227,0	267,5	136,8	140,8	125,0	147,3	165,6
Sep	183,0	220,5	233,0	253,5	143,0	136,2	122,3	142,0	162,0
Dez	179,7	222,7	244,9	253,0	133,3	126,2	105,5	134,8	153,4
1994 Mär	197,4	242,1	277,2	270,1	135,2	141,7	123,0	149,4	171,9
Jun	199,2	246,2	282,4	272,5	140,4	140,8	126,7	146,6	171,9

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 63*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

Zeitraum[2])	Umsatz[3])				Beschäftigte[4])	Geleistete Arbeitsstunden[5])	Nettoproduktionsindex[6])
	insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Verkehrsbau und öffentlicher Bau			
	Mio DM				1 000	Mio	Index[7])
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 687	116,5
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	122,2
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	121,9
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	111,2
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	106,8
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	107,4
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	108,9
1985	99 976	34 081	29 443	36 452	1 026	1 269	100
1986	104 526	33 140	31 686	39 701	1 003	1 279	106,3
1987	106 094	32 354	33 750	39 990	985	1 237	105,8
1988	115 723	36 023	37 890	41 810	996	1 290	110,3
1989	124 531	38 827	42 453	43 252	999	1 313	117,6
1990	139 665	45 910	47 725	46 030	1 034	1 347	124,1
1991	154 931	50 217	55 232	49 482	1 061	1 331	127,8
1992	175 802	58 312	62 036	55 453	1 076	1 376	135,7
1993	172 679	61 521	59 781	51 377	1 080	1 329	132,4
1993 1. Vj.	30 685	10 716	11 452	8 517	1 043	273	107,6
2. Vj.	43 181	15 186	14 785	13 210	1 087	366	146,0
3. Vj.	47 305	16 958	16 021	14 327	1 102	368	147,5
4. Vj.	51 508	18 661	17 523	15 324	1 088	321	128,4
1994 1. Vj.	32 536	12 963	11 142	8 432	1 033	286	111,9
2. Vj.	44 991	18 082	14 579	12 331	1 062	363	145,4
3. Vj.	...	...	...	...	...	...	147,2

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

[3]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.

[4]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen.

[5]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden.

[6]) Für Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile. Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt.

[7]) Von 1962 bis 1969: Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975: Basis 1976 = 100. Von 1976 bis 1977: Basis 1980 = 100. Ab 1978: Basis 1985 = 100.

Tabelle 64*

Das Baugewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

Merkmal	Einheit	1992				1993				1994	
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
		Bauhauptgewerbe									
Betriebe	Anzahl	2 474	2 582	2 650	3 404	3 553	3 616	3 678	4 555	4 744	4 895
Beschäftigte	Tausend	270	271	267	291	289	289	295	326	317	329
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio DM	1 952	2 295	2 390	2 710	2 304	2 736	2 882	3 219	2 866	3 270
Geleistete Arbeitsstunden Insgesamt	Mio Std	79,8	88,1	91,9	95,0	80,0	100,0	106,0	104,4	95,9	116,3
davon (Anteile): Hochbau	vH	*65,4*	*62,1*	*61,5*	*60,5*	*64,4*	*59,4*	*59,7*	*61,0*	*64,9*	*61,7*
dar: Wohnungsbau	vH	*15,2*	*15,9*	*15,8*	*14,8*	*17,0*	*18,4*	*20,0*	*22,1*	*24,1*	*25,7*
Tiefbau	vH	*34,6*	*37,9*	*38,5*	*35,1*	*35,6*	*40,6*	*40,3*	*39,0*	*35,1*	*38,3*
dar: Straßenbau	vH	*8,6*	*10,0*	*10,2*	*9,2*	*7,1*	*9,8*	*9,6*	*9,1*	*7,7*	*9,7*
Gesamtumsatz[2]) Insgesamt	Mio DM	4 639	6 816	7 958	11 754	5 831	9 364	10 858	13 810	8 492	12 348
dar: baugewerblicher Umsatz	Mio DM	4 397	6 484	7 660	11 426	5 626	9 086	10 571	13 496	8 320	12 094
davon (Anteile): Hochbau	vH	*63,0*	*58,1*	*56,8*	*55,4*	*60,9*	*57,6*	*57,8*	*57,5*	*63,6*	*61,2*
dar.: Wohnungsbau	vH	*15,2*	*14,4*	*13,5*	*8,2*	*14,4*	*15,2*	*16,9*	*17,6*	*20,8*	*22,2*
Tiefbau	vH	*37,0*	*41,9*	*43,2*	*23,8*	*39,1*	*42,4*	*42,2*	*42,5*	*36,4*	*38,8*
dar.: Straßenbau	vH	*10,0*	*13,0*	*13,9*	*7,4*	*10,9*	*11,6*	*12,0*	*12,8*	*8,7*	*10,7*
Auftragseingang Insgesamt	Mio DM	5 370	6 807	7 454	2 656	6 765	8 775	9 889	10 354	9 166	11 561
davon (Anteile): Hochbau	vH	*63,1*	*59,6*	*56,9*	*57,9*	*62,5*	*58,4*	*59,0*	*62,0*	*65,8*	*62,8*
dar.: Wohnungsbau	vH	*15,7*	*14,7*	*13,7*	*16,1*	*18,8*	*19,9*	*19,7*	*23,8*	*27,8*	*25,7*
Tiefbau	vH	*36,9*	*40,4*	*43,1*	*42,1*	*37,5*	*41,6*	*41,0*	*38,0*	*34,2*	*37,2*
dar.: Straßenbau	vH	*10,2*	*11,7*	*14,0*	*12,0*	*7,9*	*11,0*	*13,0*	*11,6*	*7,9*	*10,8*
		Ausbaugewerbe									
Betriebe	Anzahl	1 178	1 209	1 220	1 512	1 641	1 705	1 732	2 025	2 107	2 220
Beschäftigte	Tausend	68	69	69	79	81	84	87	98	99	103
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio DM	471	509	542	669	624	690	749	904	818	894
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std	23,7	23,1	23,6	27,0	27,1	29,0	30,3	33,8	33,5	35,7
Gesamtumsatz[2])	Mio DM	1 272	1 534	1 755	2 765	1 571	2 188	2 560	3 732	2 271	2 927
dar.: baugewerblicher Umsatz	Mio DM	1 164	1 425	1 632	2 590	1 452	2 052	2 412	3 551	2 141	2 786

[1]) Unternehmen des Bauhauptgewerbes und Ausbaugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) Umsatz aus Bauleistungen (baugewerblicher Umsatz), Umsätze aus sonstigen eigenen Erzeugnissen sowie aus Nebengeschäften. — Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Tabelle 65*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz [1]	Ergänzungen zum Warenverkehr [2] und Transithandel	Dienstleistungsbilanz [3]		Übertragungsbilanz [5]	
				zusammen	darunter Reiseverkehr [4]	zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt [7]
	Früheres Bundesgebiet						
1950	– 323	– 3 012	– 50	+ 674	+ 50	+ 2 065	—
1951	+ 2 485	– 149	– 66	+ 1 171	+ 57	+ 1 529	—
1952	+ 2 726	+ 706	– 77	+ 1 937	+ 30	+ 160	—
1953	+ 4 148	+ 2 516	– 121	+ 2 204	+ 13	– 451	—
1954	+ 4 015	+ 2 698	– 169	+ 1 960	+ 180	– 474	—
1955	+ 2 676	+ 1 245	– 249	+ 2 514	+ 282	– 834	—
1956	+ 4 986	+ 2 897	– 306	+ 3 616	+ 486	– 1 221	—
1957	+ 6 538	+ 4 083	– 281	+ 4 618	+ 498	– 1 882	—
1958	+ 6 628	+ 4 954	– 417	+ 4 091	– 129	– 2 000	– 18
1959	+ 4 824	+ 5 361	– 580	+ 3 322	– 616	– 3 279	– 56
1960	+ 5 612	+ 5 223	– 187	+ 4 064	– 979	– 3 488	– 55
1961	+ 4 033	+ 6 615	– 451	+ 2 299	– 1 439	– 4 430	– 65
1962	– 686	+ 3 477	– 576	+ 1 623	– 2 316	– 5 210	– 103
1963	+ 1 956	+ 6 032	– 565	+ 1 584	– 2 138	– 5 095	– 127
1964	+ 1 586	+ 6 081	– 900	+ 1 716	– 2 154	– 5 311	– 144
1965	– 5 036	+ 1 203	– 442	+ 580	– 2 766	– 6 377	– 162
1966	+ 1 712	+ 7 958	– 701	+ 750	– 3 403	– 6 295	– 233
1967	+ 11 428	+ 16 862	– 452	+ 1 440	– 3 034	– 6 422	– 430
1968	+ 13 187	+ 18 372	– 702	+ 2 829	– 3 106	– 7 312	– 1 026
1969	+ 8 835	+ 15 584	– 422	+ 2 423	– 3 888	– 8 750	– 1 312
1970	+ 4 784	+ 15 670	–1 601	+ 474	– 5 377	– 9 759	– 450
1971	+ 3 346	+ 15 892	+ 145	– 2 380	– 7 278	–10 311	– 454
1972	+ 3 837	+ 20 278	– 240	– 4 146	– 8 693	–12 057	– 1 173
1973	+ 13 403	+ 32 979	+ 559	– 6 416	–11 308	–13 720	– 1 929
1974	+ 27 286	+ 50 846	– 406	– 7 999	–12 393	–15 155	– 1 741
1975	+ 10 647	+ 37 276	–1 004	– 8 325	–14 248	–17 300	– 3 491
1976	+ 9 324	+ 34 469	– 638	– 6 349	–14 035	–18 157	– 3 332
1977	+ 9 314	+ 38 436	– 435	–11 045	–15 923	–17 642	– 3 695
1978	+ 17 883	+ 41 200	+ 774	– 5 898	–17 761	–18 193	– 2 283
1979	– 9 925	+ 22 429	– 544	–11 305	–20 138	–20 506	– 4 103
1980	– 25 125	+ 8 947	– 489	–10 118	–22 539	–23 466	– 4 099
1981	– 8 026	+ 27 720	– 183	–10 745	–23 417	–24 817	– 6 412
1982	+ 12 408	+ 51 277	+ 780	–13 720	–24 427	–25 928	– 7 510
1983	+ 13 541	+ 42 089	+3 270	– 6 613	–23 168	–25 205	– 6 017
1984	+ 27 940	+ 53 966	–1 052	+ 4 748	–23 118	–29 723	– 7 272
1985	+ 48 327	+ 73 353	–1 337	+ 5 402	–23 732	–29 091	– 8 343
1986	+ 85 793	+112 619	–1 468	+ 1 698	–25 365	–27 056	– 8 236
1987	+ 82 462	+117 735	–1 122	– 5 045	–27 857	–29 107	–10 391
1988	+ 88 936	+128 045	+1 116	– 8 437	–28 949	–31 788	–13 014
1989	+108 116	+134 576	–1 253	+ 8 503	–28 369	–33 710	–13 367
	Deutschland						
1990	+ 75 703	+105 382	–1 609	+ 8 415	–30 663	–36 485	–11 635
1991	– 32 243	+ 21 899	+1 387	+ 2 952	–34 190	–58 481	–19 055
1992	– 34 382	+ 33 656	+ 711	–18 759	–39 935	–49 992	–22 047
1993	– 33 170	+ 60 966	–3 849	–38 605	–44 648	–51 682	–23 620
1993 1. Vj.	– 2 041	+ 14 148	+ 535	– 4 854	– 8 539	–11 870	– 4 666
2. Vj.	– 3 669	+ 15 269	–2 513	– 4 642	–10 331	–11 783	– 5 197
3. Vj.	– 17 328	+ 11 703	– 647	–15 983	–16 234	–12 401	– 5 572
4. Vj.	– 10 132	+ 19 846	–1 225	–13 126	– 9 544	–15 628	– 8 185
1994 1. Vj.	– 11 393	+ 14 782	–1 365	–13 901	–10 047	–10 908	– 3 960
2. Vj.	– 5 245	+ 21 198	–1 885	–10 819	–12 205	–13 740	– 7 470
3. Vj.	...	...	...	–26 850	–17 919	–14 050	...

[1] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet.
[2] Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.
[4] Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reisezielländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.
[5] Eigene Leistungen: —.
[6] Kapitalexport: —.
[7] Ohne den besonderen Währungsausgleich bei der Ausfuhr nach Großbritannien, Italien, Griechenland und der Republik Irland. Die Währungsausgleichsbeträge für Einfuhren dieser Staaten aus anderen EG-Ländern werden über den ausführenden und nicht wie sonst üblich über den einführenden Mitgliedsstaat ausbezahlt.

Tabelle 65*

bilanz

DM

Kapitalbilanz[6]) insgesamt	Kapitalbilanz[6]) langfristiger Kapitalverkehr	Kapitalbilanz[6]) kurzfristiger Kapitalverkehr	Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen[8])	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank[9])	Devisenbilanz[10])	Zeitraum
			Früheres Bundesgebiet			
+ 637	+ 488	+ 149	− 878	—	− 564	1950
− 543	− 79	− 464	+ 96	—	+ 2 038	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 168	—	+ 2 900	1952
− 698	− 378	− 320	+ 196	—	+ 3 646	1953
− 706	− 438	− 268	− 338	—	+ 2 971	1954
− 640	− 271	− 369	− 185	—	+ 1 851	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 186	—	+ 5 010	1956
− 1 655	− 390	− 1 265	+ 239	—	+ 5 122	1957
− 2 729	− 1 437	− 1 292	− 455	—	+ 3 444	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 118	—	− 1 692	1959
+ 2 272	− 81	+ 2 353	+ 135	—	+ 8 019	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 154	− 1 475	− 2 297	1961
− 597	− 183	− 414	+ 406	—	− 877	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 164	—	+ 2 740	1963
− 1 325	− 894	− 431	+ 174	—	+ 435	1964
+ 3 542	+ 1 137	+ 2 405	+ 211	—	− 1 283	1965
+ 1	− 342	+ 343	+ 239	—	+ 1 952	1966
− 11 848	− 2 930	− 8 918	+ 280	—	− 140	1967
− 6 125	− 11 201	+ 5 076	− 53	—	+ 7 009	1968
− 18 679	− 23 040	+ 4 361	− 418	− 4 099	−14 361	1969
+ 16 713	− 934	+ 17 647	+ 415	+ 738	+22 650	1970
+ 8 730	+ 6 293	+ 2 438	+ 4 280	− 5 370	+10 986	1971
+ 10 321	+ 15 551	− 5 231	+ 1 533	− 495	+15 195	1972
+ 10 725	+ 12 950	− 2 224	+ 2 300	−10 279	+16 149	1973
− 28 772	− 6 282	− 22 490	− 419	− 7 231	− 9 136	1974
− 12 560	− 18 231	+ 5 671	− 307	+ 5 480	+ 3 260	1975
− 1 074	− 780	− 294	+ 539	− 7 489	+ 1 301	1976
+ 1 579	− 12 611	+ 14 190	− 442	− 7 880	+ 2 570	1977
+ 6 228	− 2 805	+ 9 033	− 4 339	− 7 586	+12 185	1978
+ 9 438	+ 12 200	− 2 762	− 4 466	− 2 334	− 7 288	1979
− 404	+ 5 807	− 6 211	− 2 365	+ 2 164	−25 730	1980
+ 5 756	+ 8 386	− 2 630	− 14	+ 3 561	+ 1 278	1981
− 3 150	− 14 156	+ 11 005	− 6 180	− 411	+ 2 667	1982
− 18 435	− 6 979	− 11 456	+ 820	+ 2 430	− 1 644	1983
− 37 491	− 19 827	− 17 663	+ 6 451	+ 2 118	− 981	1984
− 54 564	− 12 865	− 41 699	+ 8 080	− 3 104	− 1 261	1985
− 82 551	+ 33 416	−115 967	+ 2 722	− 3 150	+ 2 814	1986
− 38 997	− 21 973	− 17 024	− 2 245	− 9 303	+31 916	1987
−127 523	− 86 751	− 40 772	+ 3 911	+ 2 158	−32 519	1988
−135 097	− 22 232	−112 865	+ 7 985	− 2 564	−21 560	1989
			Deutschland			
− 89 348	− 65 443	− 23 905	+24 621	− 5 105	+ 5 871	1990
+ 19 659	− 27 265	+ 46 924	+12 902	+ 504	+ 823	1991
+ 99 868	+ 39 702	+ 60 166	+ 3 259	− 6 302	+62 442	1992
+ 20 823	+186 486	−165 663	−23 419	+ 1 530	−34 237	1993
− 13 379	+ 26 552	− 39 931	−31 561	+ 2 550	−44 431	1993 1. Vj.
+ 10 370	+ 43 608	− 33 238	−10 738	+ 191	− 3 846	2. Vj.
+ 40 101	+ 40 153	− 51	+ 1 774	+ 943	+25 490	3. Vj.
− 16 269	+ 76 174	− 92 443	+17 106	− 2 154	−11 449	4. Vj.
+ 34 088	− 24 483	+ 58 571	−21 648	− 763	+ 284	1994 1. Vj.
+ 17 175	− 34 864	+ 52 039	− 7 374	− 640	+ 3 916	2. Vj.
+ 17 069	+ 3 186	+ 13 883	...	− 356	+ 7 864	3. Vj.

[8]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[9]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.
[10]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 66*

Kapitalverkehr
(Kapital
Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr[2]							
	insgesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: –)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen	Direktinvestitionen[3] und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4] und Wertpapieranlagen[5]	sonstige Anlagen[6]	zusammen[7]	Direktinvestitionen[3] und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4] und Wertpapieranlagen[5]
	Früheres Bundesgebiet							
1960	– 81	– 2 491	– 733	– 1 578	– 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	– 4 053	– 3 139	– 1 002	– 1 247	– 890	– 914	+ 1 178	+ 1 253
1962	– 183	– 2 841	– 1 335	– 1 506	– 0	+ 2 658	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	– 2 849	– 1 033	– 1 788	– 28	+ 4 655	+ 1 931	+ 3 009
1964	– 894	– 3 613	– 1 372	– 2 197	– 44	+ 2 719	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	– 3 418	– 1 448	– 1 864	– 106	+ 4 555	+ 3 557	+ 1 087
1966	– 342	– 4 273	– 1 616	– 2 463	– 194	+ 3 931	+ 3 953	+ 1 064
1967	– 2 930	– 5 105	– 1 502	– 3 499	– 104	+ 2 175	+ 3 285	– 1 010
1968	– 11 201	– 13 503	– 2 185	–11 305	– 13	+ 2 302	+ 2 087	+ 323
1969	– 23 040	– 24 444	– 3 142	–21 292	– 10	+ 1 404	+ 1 989	– 465
1970	– 934	– 10 931	– 3 580	– 6 930	– 421	+ 9 997	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	– 6 136	– 4 230	– 1 555	– 350	+ 12 428	+ 3 827	+ 8 667
1972	+ 15 551	– 959	– 5 760	+ 4 948	– 147	+ 16 510	+ 6 054	+ 10 706
1973	+ 12 950	– 2 902	– 5 186	+ 2 678	– 394	+ 15 852	+ 5 465	+ 10 414
1974	– 6 282	– 11 564	– 5 482	– 5 555	– 527	+ 5 282	+ 5 609	– 289
1975	– 18 231	– 24 116	– 5 353	–18 155	– 608	+ 5 886	+ 1 651	+ 4 290
1976	– 780	– 19 397	– 6 576	–12 576	– 244	+ 18 618	+ 3 324	+ 15 377
1977	– 12 611	– 22 338	– 5 551	–16 525	– 262	+ 9 727	+ 2 188	+ 7 583
1978	– 2 805	– 23 521	– 7 835	–15 321	– 365	+ 20 716	+ 3 202	+ 17 546
1979	+ 12 200	– 20 316	– 9 108	–10 788	– 419	+ 32 516	+ 3 180	+ 29 344
1980	+ 5 807	– 28 101	– 8 542	–18 772	– 787	+ 33 908	+ 622	+ 33 366
1981	+ 8 386	– 26 874	–10 129	–15 672	–1 073	+ 35 260	+ 743	+ 34 497
1982	– 14 156	– 28 328	– 7 329	–20 048	– 951	+ 14 172	+ 1 831	+ 12 291
1983	– 6 979	– 36 492	– 9 397	–25 074	–2 022	+ 29 513	+ 4 369	+ 25 148
1984	– 19 827	– 45 044	–13 482	–29 988	–1 573	+ 25 216	+ 1 521	+ 23 664
1985	– 12 865	– 61 704	–15 131	–44 601	–1 972	+ 48 839	+ 1 626	+ 47 223
1986	+ 33 416	– 55 438	–21 885	–31 600	–1 953	+ 88 854	+ 2 473	+ 86 386
1987	– 21 973	– 62 173	–17 399	–43 068	–1 706	+ 40 200	+ 3 270	+ 36 841
1988	– 86 751	– 98 000	–21 227	–75 101	–1 672	+ 11 249	+ 1 958	+ 9 308
1989	– 22 232	– 95 006	–28 539	–64 348	–2 118	+ 72 774	+13 288	+ 59 505
	Deutschland							
1990	– 65 443	–106 640	–38 691	–65 906	–2 043	+ 41 198	+ 4 024	+ 37 461
1991	– 27 265	– 95 856	–39 388	–53 468	–3 001	+ 68 592	+ 6 884	+ 61 710
1992	+ 39 702	–116 800	–29 707	–84 570	–2 523	+156 502	+ 3 547	+153 063
1993	+186 486	– 96 958	–21 707	–72 748	–2 503	+283 444	– 888	+284 317
1993 1. Vj.	+ 26 552	– 48 739	– 6 390	–41 791	– 558	+ 75 291	+ 1 116	+ 74 175
2. Vj.	+ 43 608	– 33 398	– 3 508	–29 260	– 630	+ 77 006	+ 913	+ 76 041
3. Vj.	+ 40 153	– 16 655	– 4 908	–11 176	– 572	+ 56 808	– 734	+ 57 581
4. Vj.	+ 76 174	+ 1 835	– 6 902	+ 9 480	– 742	+ 74 340	– 2 183	+ 76 519
1994 1. Vj.	– 24 483	– 32 615	– 6 393	–25 293	– 930	+ 8 132	+ 306	+ 7 812
2. Vj.	– 34 864	– 26 371	– 8 128	–17 552	– 691	– 8 492	+ 493	– 8 937
3. Vj.	+ 3 186	– 20 010	– 4 066	–14 693	–1 251	+ 23 196	...	+ 22 690

[1] Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.
[2] Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
[3] Soweit erkennbar. Im wesentlichen Aktien und sonstige Kapitalanteile. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.
[4] Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten, ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.
[5] Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfaßt sind.
[6] Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — Ohne privaten Grunderwerb.
[7] Einschließlich „Sonstige Anlagen".

Tabelle 66*

mit dem Ausland [1])
export: –)
DM

Kurzfristiger Kapitalverkehr [8])					Zeitraum
insgesamt	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	
	zusammen	Kreditinstitute [9])	Unternehmen und Privatpersonen [10])		
			Früheres Bundesgebiet		
+ 2 353	+ 3 359	+ 2 369	+ 990	−1 006	1960
− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
− 1 186	− 1 177	+ 684	− 1 861	− 9	1963
− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
+ 2 405	+ 1 353	− 478	+ 1 831	+1 052	1965
+ 343	+ 6	− 574	+ 580	+ 337	1966
− 8 918	− 8 557	− 4 823	− 3 734	− 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	− 29	1969
+ 17 647	+ 17 944	+ 7 927	+10 017	− 297	1970
+ 2 438	+ 979	+ 1 172	− 193	+1 458	1971
− 5 231	− 5 924	− 420	− 5 504	+ 694	1972
− 2 224	− 1 851	− 5 149	+ 3 298	− 373	1973
− 22 490	− 22 158	− 9 733	−12 425	− 332	1974
+ 5 671	+ 4 435	− 2 261	+ 6 696	+1 235	1975
− 294	− 741	+ 6 731	− 7 472	+ 447	1976
+ 14 190	+ 12 730	+ 8 120	+ 4 610	+1 461	1977
+ 9 033	+ 5 681	+ 10 089	− 4 408	+3 352	1978
− 2 762	− 3 653	+ 4 093	− 7 746	+ 890	1979
− 6 211	− 6 653	− 8 863	+ 2 210	+ 442	1980
− 2 630	− 4 474	− 10 269	+ 5 795	+1 844	1981
+ 11 005	+ 11 318	+ 8 089	+ 3 229	− 313	1982
− 11 456	− 7 143	+ 1 777	− 8 920	−4 313	1983
− 17 663	− 16 034	+ 53	−16 087	−1 630	1984
− 41 699	− 41 831	− 27 697	−14 134	+ 131	1985
−115 967	−115 703	− 59 026	−56 677	− 264	1986
− 17 024	− 18 054	− 6 554	−11 500	+1 030	1987
− 40 772	− 41 616	− 20 202	−21 414	+ 843	1988
−112 865	−108 290	− 56 674	−51 616	−4 576	1989
			Deutschland		
− 23 905	− 18 932	+ 376	−19 308	−4 973	1990
+ 46 924	+ 50 763	+ 39 655	+11 108	−3 839	1991
+ 60 166	+ 67 417	+ 63 788	+ 3 629	−7 251	1992
−165 663	−163 044	−102 563	−60 481	−2 619	1993
− 39 931	− 38 145	− 10 658	−27 487	−1 785	1993 1. Vj.
− 33 238	− 29 787	− 29 348	− 439	−3 451	2. Vj.
− 51	− 235	+ 12 085	−12 320	+ 184	3. Vj.
− 92 443	− 94 877	− 74 642	−20 235	+2 434	4. Vj.
+ 58 571	+ 59 824	+ 71 127	−11 303	−1 254	1994 1. Vj.
+ 52 039	+ 46 516	+ 35 619	+10 897	+5 523	2. Vj.
+ 13 883	...	+ 17 921	...	+5 914	3. Vj.

[8]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.
[9]) Einschließlich Geldmarktanlagen, Wechseldiskontkredite und Ankauf von Auslandswechseln „à forfait"; Veränderungen des Bestandes an Gold, ausländischen Noten und Münzen sowie einschließlich Indossamentsverbindlichkeiten.
[10]) Einschließlich der Transaktionen inländischer Bausparkassen. Mutter-, Tochter- und Schwesterunternehmen im Ausland. Forderungen und Verbindlichkeiten aus Zahlungszielen und Auszahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 67*

Außenhandel (Spezialhandel)[1]

Früheres Bundesgebiet

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum[2]	Tatsächliche Werte		Volumen[3]		Durchschnittswerte		Terms of Trade[4]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1985	537 164	463 811	444 575	374 428	120,8	123,9	97,5
1986	526 363	413 744	450 479	397 506	116,8	104,1	112,2
1987	527 377	409 641	463 435	418 801	113,8	97,8	116,4
1988	567 654	439 609	494 265	445 382	114,8	98,7	116,0
1989	641 041	506 465	534 413	477 813	120,0	106,0	113,0
1990	642 785	550 628	542 022	532 864	118,6	103,3	114,8
1991	648 363	633 054	550 061	602 551	117,9	105,1	112,2
1992	657 410	627 950	561 237	616 418	117,1	101,9	114,9
1993[5]	616 441	557 781	530 132	557 018	111,7	96,3	116,0
1992 1. Vj.	168 861	162 999	144 574	158 268	116,8	103,0	113,4
2. Vj.	160 901	156 126	137 142	151 109	117,3	103,4	113,5
3. Vj.	161 094	149 178	136 778	147 421	117,8	101,0	116,6
4. Vj.	166 554	159 648	142 743	159 619	116,7	100,0	116,7
1993 1. Vj.[5]	151 855	137 518	130 969	142 418	112,2	97,0	115,7
2. Vj.[5]	152 958	138 539	129 350	136 727	111,1	96,2	115,5
3. Vj.[5]	147 447	136 250	124 622	132 105	111,8	96,5	115,9
4. Vj.[5]	164 180	145 474	145 192	145 769	111,7	95,5	117,0
1994 1. Vj.[6]	154 624	137 666	140 570	141 799	109,9	97,0	113,3
2. Vj.[6]	169 574	146 328	152 997	148 383	110,9	98,6	112,4

[1] Ausfuhr fob, Einfuhr cif. Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet.
[2] Von 1950 bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[3] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.
[4] Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[5] Die Angaben und Berechnungen für Volumen, Durchschnittswerte und Terms of Trade basieren auf vorläufigen Daten.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 68*

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik[1])

Früheres Bundesgebiet

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2])	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Investitionsgüter	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Verbrauchsgüter	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 608	153 307	32 243	64 083	38 863
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889
1985	537 164	6 360	23 626	958	8 379	141 633	284 554	61 861	121 418	71 713
1986	526 363	6 540	22 560	900	4 646	128 507	289 915	63 379	124 259	72 111
1987	527 377	6 098	21 976	891	3 652	125 874	293 904	63 950	125 960	72 259
1988	567 654	5 578	25 214	912	3 677	140 192	315 143	69 200	117 626	94 108
1989	641 041	7 056	27 106	869	3 934	157 210	358 011	78 139	133 949	108 495
1990	642 785	6 624	26 567	1 063	3 384	149 897	364 954	80 943	136 402	110 300
1991	648 363	7 403	28 983	964	3 161	148 318	365 903	82 644	137 832	105 331
1992	657 410	8 010	29 833	963	2 779	145 919	376 483	83 714	136 871	112 548
1993	616 441	6 520	29 205	858	2 049	138 421	342 335	75 146	121 916	97 709
1994 1. Vj.[5])	154 624	1 832	7 150	259	666	36 471	87 232	19 000	31 740	25 351
2. Vj.[5])	169 574	1 756	7 597	193	697	39 931	97 519	19 675	34 471	27 792
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 668	48 658	33 597	14 349	39 918
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817
1985	463 811	35 221	28 543	1 367	65 232	133 464	125 681	63 828	40 672	75 489
1986	413 744	32 114	26 952	1 323	34 181	112 332	129 805	66 179	40 750	76 660
1987	409 641	30 142	25 823	1 230	27 283	106 352	136 042	71 614	42 484	82 436
1988	439 609	30 136	27 608	1 144	24 399	118 804	151 583	74 847	45 847	86 742
1989	506 465	30 734	30 227	1 084	27 921	138 804	181 892	83 114	58 436	96 254
1990	550 628	30 542	32 813	1 363	32 035	139 727	208 736	94 212	67 228	115 195
1991	633 054	33 829	37 587	1 620	33 611	144 849	261 096	111 229	87 498	146 773
1992	627 950	32 651	40 220	1 267	32 794	140 425	258 193	110 454	84 323	140 552
1993	557 781	27 227	34 595	1 262	31 579	117 542	218 820	99 645	68 433	123 632
1994 1. Vj.[5])	137 666	7 038	8 166	307	8 084	29 352	55 862	26 778	16 916	33 114
2. Vj.[5])	146 328	8 019	8 916	287	7 770	33 535	61 539	23 657	18 392	29 969

[1]) Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken 1982 (GP 82). Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet.

[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

[3]) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.

[4]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. Für 1993 vorläufige Ergebnisse.

[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 69*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Früheres Bundesgebiet

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1985	537 164	28 025	505 812	8 565	41 038	456 209	92 667	363 542
1986	526 363	27 320	495 532	7 279	30 635	457 617	87 544	370 072
1987	527 377	26 397	497 381	6 625	28 610	462 145	86 966	375 180
1988	567 654	28 955	536 751	6 734	32 215	497 802	96 837	400 965
1989	641 041	32 040	606 990	7 476	36 284	563 230	108 314	454 916
1990	642 785	31 143	609 461	7 204	33 834	568 424	104 455	463 969
1991	648 363	34 126	611 893	7 258	33 274	571 361	101 057	470 304
1992	657 410	35 772	619 034	6 938	32 490	579 606	97 942	481 663
1993	616 441	33 892	566 103	5 730	30 575	529 798	90 167	439 630
1992 1. Vj.	168 861	9 025	159 231	1 749	8 613	148 869	25 563	123 306
2. Vj.	160 901	8 646	151 613	1 747	8 220	141 647	24 632	117 014
3. Vj.	161 094	9 061	151 397	1 664	7 894	141 839	23 962	117 877
4. Vj.	166 554	9 039	156 793	1 778	7 764	147 251	23 785	123 466
1993 1. Vj.	151 855	8 045	136 882	1 367	7 190	128 325	21 420	106 906
2. Vj.	152 958	8 121	139 967	1 510	7 648	130 809	23 147	107 662
3. Vj.	147 447	8 369	135 070	1 329	7 414	126 327	21 921	104 406
4. Vj.	164 180	9 357	154 184	1 524	8 323	144 337	23 680	120 656
1994 1. Vj.[3]	154 624	8 501	145 575	1 465	7 927	136 183	23 214	112 969
2. Vj.[3]	169 574	8 813	160 087	1 714	8 430	149 943	26 467	123 476

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet.
[2] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 70*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Früheres Bundesgebiet

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1985	463 811	57 953	398 283	57 456	86 794	254 034	61 568	192 465
1986	413 744	54 750	350 857	30 873	60 180	259 805	60 979	198 826
1987	409 641	51 827	349 459	27 956	50 994	270 509	59 508	211 000
1988	439 609	53 256	378 721	27 818	52 826	298 077	66 534	231 542
1989	506 465	56 140	442 009	32 110	63 125	346 774	75 963	270 811
1990	550 628	59 255	483 665	33 544	62 107	388 014	80 288	307 726
1991	633 054	67 418	558 871	32 892	63 645	462 334	83 026	379 308
1992	627 950	68 866	550 402	33 422	57 262	459 718	81 967	377 751
1993	557 781	58 678	473 886	29 936	50 076	393 873	67 148	326 725
1992 1. Vj.	162 999	17 269	143 697	8 511	15 052	120 135	21 057	99 077
2. Vj.	156 126	17 769	136 702	8 857	14 421	113 424	20 967	92 457
3. Vj.	149 178	15 668	130 684	7 919	13 753	109 012	19 577	89 435
4. Vj.	159 648	18 160	139 318	8 134	14 036	117 148	20 366	96 782
1993 1. Vj.	137 518	13 750	116 228	7 366	12 211	96 652	16 221	80 431
2. Vj.	138 539	14 344	117 058	7 632	12 165	97 261	16 906	80 356
3. Vj.	136 250	14 440	115 238	7 295	12 147	95 796	16 252	79 544
4. Vj.	145 474	16 144	125 360	7 643	13 553	104 164	17 769	86 395
1994 1. Vj.[3]	137 666	14 261	121 582	7 430	12 521	101 631	16 923	84 708
2. Vj.[3]	146 328	15 931	128 256	7 959	13 047	107 250	19 388	87 862

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet.
[2] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 71*

Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Warengruppen [1])

Mio DM

Zeitraum [2])	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	Rohstoffe	Mineralische Brennstoffe, etc.	Chemische Erzeugnisse [3])	Bearbeitete Waren [4])	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Verschiedene Fertigwaren	Andere Waren und Verkehrsvorgänge [5])
SITC	0 bis 9	0 und 1	2	3	4 und 5	6	7	8	9
					Ausfuhr				
1990	38 072	1 341	599	831	3 983	5 010	20 241	5 558	511
1991	17 450	1 652	421	281	2 535	2 389	8 466	1 549	158
1992	13 793	1 157	400	129	2 346	2 312	6 450	938	62
1993	11 946	779	244	64	1 478	1 636	6 722	960	62
1992 1. Vj.	3 760	282	136	34	770	559	1 736	232	10
2. Vj.	3 306	318	97	28	686	585	1 344	231	19
3. Vj.	3 200	274	86	33	479	560	1 518	236	16
4. Vj.	3 527	283	82	34	411	609	1 852	239	18
1993 1. Vj.	2 792	180	75	23	410	419	1 491	184	11
2. Vj.	2 865	144	48	19	335	370	1 733	202	16
3. Vj.	2 689	139	52	11	320	405	1 477	268	17
4. Vj.	3 599	317	70	12	412	442	2 021	307	17
1994 1. Vj.	2 655	180	68	22	364	366	1 400	241	13
2. Vj.	3 035	228	117	12	376	471	1 519	288	25
1993 Jan	737	35	19	5	93	132	401	48	3
Feb	889	73	26	7	159	148	409	64	3
Mär	1 167	71	30	10	159	139	681	71	5
Apr	816	57	11	7	93	106	482	54	6
Mai	908	39	15	5	105	110	568	60	6
Jun	1 141	47	22	6	137	154	682	88	4
Jul	957	54	17	5	105	139	567	68	3
Aug	824	36	17	2	111	113	452	87	5
Sep	909	48	18	4	105	153	459	114	9
Okt	1 046	99	18	4	125	162	531	102	5
Nov	1 132	81	18	4	118	155	667	85	4
Dez	1 420	137	34	3	169	125	823	120	8
1994 Jan	842	56	27	7	127	121	415	85	4
Feb	811	64	20	8	109	123	412	72	3
Mär	1 002	60	22	7	128	123	573	85	6
Apr	1 045	75	33	4	131	147	566	82	8
Mai	999	76	46	4	130	175	455	101	11
Jun	991	76	38	4	115	150	497	105	6
					Einfuhr				
1990	22 852	1 631	1 426	5 552	1 379	3 906	6 647	1 492	818
1991	10 860	494	519	4 204	614	1 561	2 656	700	113
1992	9 596	676	556	2 674	584	1 827	2 540	738	2
1993	8 714	508	421	2 310	423	1 497	2 815	735	5
1992 1. Vj.	2 050	156	123	536	144	392	533	165	0
2. Vj.	2 323	190	157	660	146	413	582	175	0
3. Vj.	2 471	166	124	695	124	461	730	171	0
4. Vj.	2 751	164	152	782	170	560	695	227	1
1993 1. Vj.	1 960	101	88	582	135	316	581	158	1
2. Vj.	2 115	119	98	611	78	325	714	169	1
3. Vj.	2 172	147	102	633	80	391	639	179	1
4. Vj.	2 467	142	133	484	130	465	881	229	2
1994 1. Vj.	2 335	128	114	531	97	386	879	200	1
2. Vj.	2 565	151	136	517	115	477	958	209	1
1993 Jan	585	27	21	209	36	101	146	44	0
Feb	699	33	25	207	51	91	239	52	0
Mär	677	41	41	166	48	124	195	62	0
Apr	746	48	35	229	23	103	251	56	0
Mai	603	29	25	156	21	104	218	49	0
Jun	766	41	38	226	34	119	245	63	1
Jul	767	49	36	196	27	128	271	59	0
Aug	657	55	34	250	27	112	119	60	0
Sep	747	44	31	187	25	150	249	59	0
Okt	689	42	32	122	30	148	237	78	0
Nov	842	48	49	165	68	164	271	77	0
Dez	935	52	52	198	32	153	372	74	1
1994 Jan	736	37	36	172	36	101	290	64	0
Feb	722	42	34	197	25	116	247	60	0
Mär	877	48	44	162	36	169	342	76	0
Apr	768	52	43	146	31	129	307	59	1
Mai	905	52	45	184	49	176	328	70	1
Jun	893	47	48	188	34	172	322	81	0

[1]) Spezialhandel nach dem internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. 3). Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — [2]) 1994 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich pflanzlicher Öle, Fette und Wachse. — [4]) Vorwiegend nach Beschaffenheit. — [5]) Unter anderem Gold, Gold- und Silbermünzen, vollständige Fabrikationsanlagen.

Tabelle 72*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Früheres Bundesgebiet
Bestimmungsländer
Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt	EU-Länder[2]	Übrige westeuropäische Länder[3]	Mittel- und osteuropäische Länder[4]	Außereuropäische Länder				
					zusammen[5]	darunter			
						Industrieländer		Entwicklungsländer	
						zusammen[6]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[7]
1950	8 362	4 092	1 929	313	2 028	714	433	1 242	198
1951	14 577	6 092	3 538	267	4 680	1 611	992	3 023	474
1952	16 909	6 970	4 665	211	5 063	1 609	1 048	3 416	527
1953	18 526	7 772	4 402	225	6 127	2 028	1 249	3 919	639
1954	22 035	9 044	5 223	339	7 429	2 167	1 237	5 034	901
1955	25 717	10 292	6 384	513	8 528	2 723	1 625	5 494	1 037
1956	30 861	12 547	7 277	925	10 112	3 446	2 089	6 370	1 291
1957	35 968	14 205	8 067	992	12 704	4 332	2 521	7 859	1 694
1958	36 998	14 009	8 419	1 165	13 405	4 603	2 699	7 878	1 782
1959	41 184	15 795	9 298	1 320	14 771	5 914	3 835	8 027	1 822
1960	47 946	19 322	11 176	1 851	15 597	6 111	3 767	8 891	1 827
1961	50 978	21 666	12 159	1 922	15 231	5 875	3 497	9 050	1 818
1962	52 975	23 749	12 404	2 015	14 807	6 334	3 858	8 145	1 558
1963	58 310	27 970	13 168	1 750	15 422	6 862	4 195	8 286	1 621
1964	64 920	31 076	14 317	2 206	17 321	7 873	4 785	9 082	1 835
1965	71 651	33 538	15 897	2 353	19 863	9 070	5 741	10 173	2 302
1966	80 628	38 382	16 824	2 786	22 636	10 744	7 178	11 045	2 696
1967	87 045	41 411	17 272	3 535	24 827	12 191	7 859	11 496	2 802
1968	99 551	47 605	18 616	3 783	29 547	15 759	10 835	12 743	3 234
1969	113 557	56 891	21 232	4 354	31 080	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	62 381	24 703	4 760	33 432	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	67 984	26 132	5 330	36 565	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	75 362	28 616	7 102	37 943	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	90 555	33 138	9 893	44 810	23 174	15 089	20 336	6 007
1974	230 578	111 742	41 791	14 573	62 472	28 454	17 343	31 963	10 456
1975	221 589	104 002	40 654	15 916	61 017	22 515	13 146	36 301	16 703
1976	256 642	125 678	46 651	15 717	68 596	24 435	14 413	41 670	20 731
1977	273 614	131 364	49 716	15 421	77 113	28 385	18 199	46 619	24 926
1978	284 907	138 729	49 024	15 478	81 676	31 452	20 180	47 307	24 525
1979	314 469	161 607	55 506	15 942	81 414	32 655	20 759	44 895	19 180
1980	350 328	179 152	64 180	17 223	89 773	34 591	21 478	51 523	22 814
1981	396 898	194 911	67 521	17 144	117 322	42 698	25 976	70 345	34 883
1982	427 741	216 018	71 495	18 352	121 876	45 608	28 120	72 452	38 043
1983	432 281	217 677	73 823	19 780	121 001	49 807	32 847	66 976	31 577
1984	488 223	243 639	83 214	20 259	141 111	69 046	46 834	67 484	27 947
1985	537 164	267 265	94 804	21 352	153 743	79 210	55 533	66 366	25 199
1986	526 363	267 454	98 029	19 564	141 316	78 012	55 206	55 913	17 913
1987	527 377	277 916	99 771	17 738	131 952	73 761	49 879	52 094	14 295
1988	567 654	308 195	106 306	19 685	133 468	73 661	45 678	53 945	15 463
1989	641 041	352 668	117 872	24 515	145 986	78 421	46 624	61 761	16 402
1990	642 785	350 442	120 568	23 458	148 317	78 217	46 870	65 040	18 200
1991	648 363	357 024	117 382	26 013	147 945	71 457	41 592	71 330	21 249
1992	657 410	361 526	113 307	30 127	152 450	70 025	42 527	75 707	22 818
1993	616 441	311 326	106 353	36 406	162 355	75 045	46 515	76 119	17 799
1992 1. Vj.	168 861	95 648	28 730	6 797	37 686	17 721	10 479	18 504	5 493
2. Vj.	160 901	90 264	27 508	6 665	36 463	16 546	9 870	18 346	5 692
3. Vj.	161 094	87 174	28 301	7 521	38 097	17 382	10 749	19 097	5 630
4. Vj.	166 554	88 439	28 768	9 143	40 204	18 376	11 429	19 760	6 004
1993 1. Vj.	151 855	79 267	26 663	7 601	38 324	17 214	10 699	18 529	4 599
2. Vj.	152 958	79 879	25 702	9 136	38 241	17 583	11 326	17 818	4 160
3. Vj.	147 447	73 674	25 330	8 808	39 635	18 225	11 226	18 662	4 021
4. Vj.	164 180	78 506	28 658	10 861	46 156	22 024	13 263	21 110	5 019
1994 1. Vj.[8]	154 624	77 311	26 216	9 450	41 647	19 581	12 728	19 209	4 357
2. Vj.[8]	169 574	82 386	29 662	11 201	46 325	22 050	13 651	21 257	4 348

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — [2] Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3] Einschließlich ehemaliges Jugoslawien. — [4] Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, ehemalige Tschechoslowakei, Ungarn. — [5] Einschließlich asiatische Staatshandelsländer (China, Mongolei, Nordkorea, Vietnam); Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und die „Nicht ermittelten Länder". — [6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [7] Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [8] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 73*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Ursprungsländer
Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt	EU-Länder[2]	Übrige westeuropäische Länder[3]	Mittel- und osteuropäische Länder[4]	Außereuropäische Länder				
					zusammen[5]	darunter			
						Industrieländer		Entwicklungsländer	
						zusammen[6]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[7]
1950	11 374	4 160	1 806	291	5 117	2 372	1 811	2 669	482
1951	14 726	4 201	2 461	224	7 840	3 636	2 722	4 006	660
1952	16 203	5 131	3 033	239	7 800	3 667	2 507	4 060	870
1953	16 010	5 648	2 746	279	7 337	2 931	1 658	4 247	1 003
1954	19 337	6 618	3 235	359	9 125	3 444	2 237	5 513	1 253
1955	24 472	8 612	3 824	536	11 500	4 683	3 209	6 606	1 488
1956	27 964	9 360	4 313	894	13 397	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	10 303	4 724	1 054	15 616	7 789	5 671	7 614	1 896
1958	31 133	11 233	4 836	1 200	13 864	6 191	4 219	7 393	2 138
1959	35 823	14 016	5 526	1 367	14 914	6 421	4 595	8 147	2 463
1960	42 723	16 879	6 227	1 697	17 920	8 034	5 977	9 452	2 810
1961	44 363	18 058	6 582	1 879	17 844	8 241	6 100	9 313	2 856
1962	49 498	20 634	7 034	2 000	19 830	9 379	7 033	10 174	3 368
1963	52 277	22 110	7 191	1 989	20 987	10 206	7 941	10 506	3 683
1964	58 839	25 819	7 896	2 202	22 922	10 609	8 066	11 988	4 369
1965	70 448	32 863	8 849	2 615	26 121	12 296	9 196	13 399	4 709
1966	72 670	33 827	8 929	2 773	27 141	12 576	9 177	14 077	5 023
1967	70 183	33 148	8 209	2 705	26 121	12 055	8 556	13 660	5 157
1968	81 179	39 732	9 611	3 057	28 779	12 790	8 850	15 541	6 638
1969	97 972	49 856	11 971	3 603	32 542	15 115	10 253	16 957	6 725
1970	109 606	56 497	13 031	4 036	36 042	17 934	12 066	17 646	6 897
1971	120 119	64 404	13 353	4 400	37 962	18 363	12 420	19 103	8 676
1972	128 744	71 971	14 186	4 949	37 638	17 569	10 765	19 581	8 378
1973	145 417	79 165	15 827	6 178	44 247	19 801	12 223	23 888	10 425
1974	179 733	90 140	18 307	7 845	63 441	22 590	13 972	40 175	23 784
1975	184 313	95 654	19 137	7 975	61 547	23 864	14 226	36 761	20 223
1976	222 173	112 338	23 931	10 173	75 731	29 289	17 556	45 378	24 408
1977	235 178	118 864	26 722	10 642	78 950	30 010	17 020	47 973	23 477
1978	243 707	126 058	30 829	11 715	75 105	30 448	17 434	43 604	19 390
1979	292 040	148 415	36 620	14 901	92 104	36 483	20 274	54 247	26 966
1980	341 380	165 763	43 852	15 672	116 093	44 566	25 690	69 476	37 417
1981	369 179	180 685	47 924	17 415	123 155	49 480	28 388	71 522	37 449
1982	376 464	187 635	49 684	19 274	119 871	49 081	28 213	68 399	32 824
1983	390 192	198 943	55 489	19 809	115 951	50 279	27 712	63 069	27 283
1984	434 257	217 269	61 621	23 597	131 770	58 886	31 097	69 816	27 290
1985	463 811	235 664	67 187	23 552	137 408	62 670	32 341	71 698	27 100
1986	413 744	216 020	64 221	18 277	115 226	59 297	26 864	52 796	13 229
1987	409 641	215 612	65 414	15 811	112 804	58 706	25 613	50 177	11 100
1988	439 609	227 362	70 049	16 014	126 184	66 706	29 095	54 751	10 826
1989	506 465	258 660	79 357	19 243	149 205	80 694	38 265	62 285	12 360
1990	550 628	286 608	87 864	21 788	154 368	80 071	36 994	66 193	14 105
1991	633 054	332 597	95 594	26 442	178 421	92 325	42 111	74 117	15 026
1992	627 950	329 189	95 307	30 391	173 063	90 005	41 988	70 689	15 208
1993	557 781	270 320	88 827	32 147	166 487	83 062	40 179	68 829	13 568
1992 1. Vj.	162 999	85 113	24 743	7 189	45 954	24 140	11 807	18 406	3 919
2. Vj.	156 126	82 913	23 177	7 354	42 682	22 832	10 431	17 199	3 709
3. Vj.	149 178	76 737	23 134	7 732	41 575	20 889	9 498	17 478	3 792
4. Vj.	159 648	84 426	24 254	8 117	42 852	22 144	10 252	17 606	3 788
1993 1. Vj.	137 518	67 964	21 593	6 962	40 999	20 759	10 249	16 730	3 506
2. Vj.	138 539	68 502	21 704	8 006	40 327	20 798	10 129	16 399	3 261
3. Vj.	136 250	64 540	21 511	8 162	42 037	20 004	9 368	18 025	3 520
4. Vj.	145 474	69 313	24 018	9 018	43 125	21 501	10 433	17 675	3 280
1994 1. Vj.[8]	137 666	61 496	22 989	8 900	44 280	21 584	11 069	18 109	3 063
2. Vj.[8]	146 328	69 972	24 390	9 395	42 570	22 053	11 255	17 181	3 042

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — [2] Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3] Einschließlich ehemaliges Jugoslawien. — [4] Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, ehemalige Tschechoslowakei, Ungarn. — [5] Einschließlich asiatische Staatshandelsländer (China, Mongolei, Nordkorea, Vietnam); Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und die „Nicht ermittelten Länder". — [6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [7] Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [8] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 74*

Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Industrialisierte westliche Länder[2])				Mittel- und osteuropäische Länder[3])		Entwicklungsländer		Staatshandelsländer[5])
		zusammen	darunter			zusammen	dar.: ehem. Sowjetunion	zusammen	darunter OPEC Länder[4])	
			EU-Länder	andere europ. Länder	USA und Kanada					
	Ausfuhr									
1990	38 072	5 105	2 931	1 904	166	29 811	17 761	2 115	369	675
1991	17 450	4 454	2 978	1 269	153	11 423	9 049	1 396	281	176
1992	13 793	4 650	3 167	1 220	196	7 185	5 542	1 789	305	168
1993	11 946	3 791	1 905	1 522	267	6 254	4 927	1 625	409	275
1991 1. Vj.	4 937	1 159	755	352	38	3 281	2 275	402	85	95
2. Vj.	3 235	1 000	668	297	26	1 938	1 447	269	47	28
3. Vj.	4 072	1 045	690	295	46	2 627	2 191	373	57	27
4. Vj.	5 206	1 249	866	325	42	3 578	3 136	352	92	26
1992 1. Vj.	3 760	1 113	752	306	40	2 207	1 850	408	87	32
2. Vj.	3 306	1 124	773	288	48	1 788	1 389	377	63	18
3. Vj.	3 200	1 098	726	311	46	1 570	1 174	493	65	38
4. Vj.	3 527	1 315	917	315	61	1 620	1 129	511	90	81
1993 1. Vj.	2 792	847	478	291	58	1 452	1 075	412	135	82
2. Vj.	2 865	737	249	414	54	1 664	1 326	409	50	55
3. Vj.	2 689	904	468	336	71	1 395	1 111	351	65	40
4. Vj.	3 599	1 303	710	481	85	1 743	1 415	453	159	99
1994 1. Vj.	2 655	1 087	557	429	73	1 168	876	354	44	46
2. Vj.	3 035	1 266	718	422	94	1 194	825	541	150	35
1994 Jan	842	333	188	114	19	378	281	114	14	16
Feb 6)	811	313	179	101	26	372	277	117	11	9
Mär	1 002	440	190	214	27	418	319	124	18	21
Apr	1 045	403	234	121	36	355	256	270	101	17
Mai	999	436	247	153	26	440	298	116	28	7
Jun	991	427	237	147	32	398	271	155	21	10
	Einfuhr									
1990	22 852	5 660	2 678	2 527	281	14 854	9 107	1 273	85	550
1991	10 860	3 935	2 339	1 297	126	6 122	4 254	691	233	112
1992	9 596	4 501	2 476	1 480	392	4 616	2 881	427	103	52
1993	8 714	4 401	2 593	1 547	184	3 948	2 378	328	104	36
1991 1. Vj.	3 110	827	509	265	17	1 976	1 422	258	74	50
2. Vj.	2 476	902	549	287	28	1 446	1 059	97	21	31
3. Vj.	2 913	1 163	702	380	37	1 566	1 137	165	62	19
4. Vj.	2 361	1 043	580	365	44	1 134	637	171	75	12
1992 1. Vj.	2 050	969	557	315	46	956	581	113	41	13
2. Vj.	2 323	1 090	664	344	42	1 118	697	102	7	13
3. Vj.	2 471	1 199	584	423	161	1 167	742	94	18	12
4. Vj.	2 751	1 244	672	397	143	1 375	861	118	36	15
1993 1. Vj.	1 960	939	518	338	58	923	612	86	26	11
2. Vj.	2 115	1 009	570	382	39	1 013	620	86	18	7
3. Vj.	2 172	1 034	615	379	30	1 051	672	82	33	6
4. Vj.	2 467	1 419	891	448	57	962	474	74	28	12
1994 1. Vj.	2 335	1 276	766	429	57	952	553	94	18	15
2. Vj.	2 565	1 465	898	479	65	968	506	121	45	10
1994 Jan	736	406	238	141	21	301	185	24	1	4
Feb 6)	722	376	231	121	14	315	201	27	3	4
Mär	877	493	297	167	23	335	167	42	15	7
Apr	768	464	292	150	15	261	128	40	12	3
Mai	905	494	314	156	15	367	194	40	15	4
Jun	893	507	292	172	35	341	184	41	18	3

[1]) Spezialhandel nach Bestimmungsländern. Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet.
[2]) Westeuropäische Länder, Australien, Japan, ehemaliges Jugoslawien, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten.
[3]) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Tschechoslowakei, ehemalige Sowjetunion, Ungarn.
[4]) Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
[5]) China, Mongolei, Nordkorea, Vietnam.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 75*

Einzelhandelsumsatz

Früheres Bundesgebiet

1986 = 100

Zeitraum[1]	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen[2]	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen[3]	Fahrzeugen[4]
	In jeweiligen Preisen								
1970	42,2	40,7	47,2	44,4	46,2	41,5	39,9	38,7	39,2
1971	46,5	44,7	52,4	50,9	51,3	45,8	43,9	44,3	41,6
1972	51,0	48,9	57,8	57,6	58,2	49,1	47,6	47,2	43,4
1973	54,7	53,0	59,7	61,8	62,1	52,4	51,8	54,7	42,6
1974	57,7	55,8	63,0	64,2	67,8	55,4	56,6	56,1	39,6
1975	62,9	59,9	67,9	66,9	69,2	59,2	61,3	58,8	50,5
1976	67,3	64,8	69,9	70,6	71,5	62,3	64,8	66,9	58,6
1977	72,2	69,3	74,5	78,8	77,6	67,4	67,2	67,9	66,9
1978	76,0	72,5	79,2	82,2	79,4	71,7	70,4	75,0	72,6
1979	80,7	76,3	81,8	85,9	79,9	77,6	73,2	91,6	75,4
1980	85,3	82,6	88,7	92,9	86,4	84,0	77,4	96,0	72,2
1981	88,5	88,5	90,1	94,4	90,4	87,0	81,6	115,5	72,7
1982	89,4	92,8	88,3	91,5	91,5	88,6	82,9	115,2	73,7
1983	92,5	94,7	90,3	95,7	92,9	91,2	87,6	112,2	82,7
1984	94,9	96,8	92,8	98,3	94,8	93,6	92,2	119,3	84,9
1985	97,2	98,3	96,3	96,2	96,6	96,9	96,4	117,7	87,7
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	104,2	102,0	102,9	108,7	104,8	104,8	105,5	98,1	109,0
1988	108,3	106,1	103,1	118,3	109,3	112,5	112,2	109,6	114,8
1989	113,5	111,5	104,7	127,0	113,1	118,7	114,0	125,5	125,1
1990	125,5	120,6	114,8	138,3	129,2	130,0	122,6	135,9	146,8
1991	136,5	125,1	123,7	152,7	131,7	146,2	134,6	149,5	172,2
1992	137,9	123,8	124,4	162,2	128,0	150,0	144,3	148,3	172,2
1993	134,6	123,1	125,9	169,3	123,5	154,3	135,4	146,2	152,2
1993 1. Vj.	125,5	115,7	111,9	156,9	112,6	142,3	127,0	134,5	147,9
2. Vj.	132,9	124,5	117,9	162,9	105,7	132,2	132,9	150,0	170,7
3. Vj.	130,2	120,2	123,3	158,6	113,9	150,2	132,8	144,3	145,2
4. Vj.	150,0	131,9	150,6	198,8	161,9	192,3	149,0	156,2	144,9
1994 1. Vj.	128,7	117,9	113,4	163,7	113,3	149,3	135,6	148,5	153,6
2. Vj.	130,5	119,9	114,0	163,8	103,4	136,5	138,0	161,4	168,0
	In Preisen von 1985								
1970	78,0	70,7	95,9	86,8	67,9	77,8	68,4	.	80,2
1971	82,4	75,2	100,3	95,0	73,4	80,5	72,2	.	79,6
1972	86,0	78,2	104,5	103,7	80,7	83,7	75,2	.	79,8
1973	86,7	79,5	100,7	105,3	81,3	85,0	78,4	.	75,5
1974	85,2	79,9	98,7	101,9	81,3	83,4	81,1	.	65,7
1975	88,1	81,1	101,3	101,1	79,9	83,0	83,6	.	78,2
1976	91,2	84,1	101,2	103,2	81,8	84,3	86,1	.	88,0
1977	94,1	85,8	102,9	110,8	88,1	88,6	86,7	.	97,5
1978	97,0	88,9	106,3	111,7	89,1	92,3	89,9	.	103,0
1979	99,5	92,6	102,7	112,8	87,7	98,2	90,7	.	103,4
1980	99,7	96,2	106,3	113,5	86,5	102,4	91,7	98,6	94,6
1981	98,0	98,1	102,7	107,4	88,4	101,0	93,6	104,4	90,4
1982	94,5	97,3	96,4	99,6	88,0	97,6	91,5	103,2	86,9
1983	95,4	96,9	96,0	101,2	90,1	97,1	93,3	99,4	91,8
1984	95,8	97,6	96,4	101,6	92,5	98,4	96,0	103,9	90,0
1985	96,8	98,7	97,9	97,3	95,3	100,0	97,8	101,6	90,0
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	104,1	102,8	101,7	107,2	106,3	102,5	104,7	100,3	106,2
1988	107,6	106,9	100,7	115,4	112,5	107,1	109,9	112,8	109,0
1989	110,5	110,2	101,0	121,8	117,0	109,5	110,3	118,2	116,1
1990	119,7	116,1	109,2	129,5	133,5	116,9	118,1	123,4	132,9
1991	126,5	118,3	115,3	138,6	136,7	131,5	132,1	125,9	150,3
1992	124,1	113,7	112,5	142,6	132,0	132,6	137,8	119,5	143,7
1993	119,0	111,6	110,9	144,5	126,6	134,6	130,2	116,7	121,4
1993 1. Vj.	111,3	105,2	99,4	135,0	115,6	124,5	122,1	107,0	118,8
2. Vj.	116,9	112,2	103,9	139,4	108,0	115,6	127,6	118,6	136,2
3. Vj.	115,2	109,0	108,4	135,2	116,6	130,8	127,8	115,5	115,3
4. Vj.	132,6	119,9	131,8	168,4	166,4	167,5	143,2	125,7	115,0
1994 1. Vj.	112,7	106,1	99,0	137,8	116,2	130,7	130,6	110,7	121,7
2. Vj.	113,7	106,7	99,1	137,6	106,1	119,1	133,0	119,3	133,2

[1]) Ab 1992 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte. — [3]) In Unternehmen mit dem Absatzschwerpunkt Kraft- und Schmierstoffe. — [4]) Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen.

Tabelle 76*

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes[1])

Früheres Bundesgebiet

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Herkunft: Inländischer	Herkunft: Ausländischer	Nach inländischer und ausländischer Herkunft: aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	aus dem Produzierenden Gewerbe: zusammen	darunter: Erdöl, roh (importiert) und Mineralölerzeugnisse[2])	darunter: Eisen und Stahl	darunter: Maschinenbauerzeugnisse	darunter: Chemische Erzeugnisse[3])	Nach dem vorwiegenden Verwendungszweck: für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe[4])	für das Baugewerbe[4])	Energie, Brenn- und Treibstoffe, Betriebsstoffe
Gewicht[5])	*100*	*66,0*	*34,0*	*9,3*	*90,7*	*11,3*	*6,3*	*4,8*	*10,9*	*73,8*	*10,0*	*16,2*
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	89,3	95,4	77,6	92,8	89,0	48,4	91,6	102,5	89,4	88,5	99,6	87,0
1987	86,4	93,6	72,3	86,1	86,4	45,7	83,2	104,1	85,9	85,6	99,1	81,9
1988	88,6	96,0	74,3	88,1	88,7	39,2	92,2	105,9	88,7	88,8	100,5	80,4
1989	92,8	99,9	79,0	92,1	92,9	47,5	99,4	109,4	91,8	93,4	103,6	83,7
1990	91,4	99,4	75,7	86,9	91,8	51,3	92,0	113,6	88,9	90,5	107,0	85,5
1991	91,0	99,4	74,7	84,1	91,7	51,9	84,4	118,4	87,3	89,1	109,7	88,0
1992	89,9	99,6	71,0	83,8	90,5	47,4	80,1	122,7	83,2	87,5	112,4	86,9
1993	88,1	98,3	68,2	77,5	89,2	45,3	79,1	124,9	80,2	85,0	113,9	85,9
1987 1.Vj.	85,6	93,1	71,3	86,3	85,6	45,0	83,1	103,3	84,6	84,7	98,8	81,9
2.Vj.	86,0	93,1	72,0	85,3	86,0	45,9	81,8	104,0	85,8	85,1	99,2	81,5
3.Vj.	86,9	93,8	73,4	85,7	87,0	47,6	83,0	104,5	86,7	86,2	99,4	82,5
4.Vj.	87,0	94,4	72,5	87,1	86,9	44,2	84,9	104,5	86,4	86,5	99,1	81,8
1988 1.Vj.	86,7	94,2	72,0	86,7	86,7	39,4	85,2	105,0	86,6	86,3	99,4	80,5
2.Vj.	87,9	95,2	73,7	86,5	88,1	40,1	90,0	105,7	87,5	87,9	100,1	80,6
3.Vj.	89,5	96,6	75,8	88,7	89,6	39,9	95,9	106,3	89,4	90,0	101,0	80,2
4.Vj.	90,4	97,9	75,8	90,4	90,4	37,6	97,7	106,7	91,3	91,1	101,5	80,2
1989 1.Vj.	92,4	99,2	79,0	91,3	92,5	44,2	99,1	107,9	93,2	93,2	102,2	82,2
2.Vj.	93,4	99,9	80,7	91,6	93,6	49,6	100,4	109,4	93,5	94,2	103,4	83,4
3.Vj.	93,1	100,3	78,9	92,9	93,1	47,4	100,6	110,0	91,0	93,6	104,1	83,8
4.Vj.	92,5	100,3	77,4	92,6	92,5	48,8	97,5	110,3	89,6	92,4	104,7	85,3
1990 1.Vj.	91,1	99,1	75,5	88,5	91,4	47,8	93,5	111,8	88,3	90,4	105,7	85,1
2.Vj.	90,7	99,4	73,8	88,1	91,0	41,9	94,1	113,6	87,7	90,0	106,9	84,4
3.Vj.	91,3	99,6	75,2	86,4	91,8	50,6	92,1	114,4	87,7	90,4	107,7	85,2
4.Vj.	92,4	99,6	78,2	84,5	93,1	65,1	88,1	114,7	92,0	91,4	107,6	87,4
1991 1.Vj.	91,0	99,4	74,7	83,9	91,8	53,3	85,5	116,4	91,0	89,3	108,5	87,8
2.Vj.	91,1	99,3	75,3	84,2	91,9	49,6	86,1	118,4	87,3	89,5	109,5	87,3
3.Vj.	91,1	99,4	75,0	83,4	91,9	52,3	83,8	119,1	86,1	89,1	110,1	88,6
4.Vj.	90,7	99,5	73,5	85,0	91,2	52,5	82,3	119,6	84,9	88,5	110,4	88,3
1992 1.Vj.	90,1	99,5	71,8	85,3	90,6	46,9	81,8	121,4	84,1	87,9	111,6	87,1
2.Vj.	90,5	100,0	72,2	84,9	91,2	48,7	81,7	122,7	83,6	88,3	112,5	87,3
3.Vj.	89,7	99,8	70,2	82,5	90,5	46,6	80,4	123,2	83,2	87,3	112,9	86,6
4.Vj.	89,0	99,0	69,7	82,4	89,7	47,3	76,5	123,3	81,7	86,4	112,7	86,6
1993 1.Vj.	88,6	98,6	69,2	79,6	89,5	46,9	76,2	123,9	80,6	85,7	113,5	86,3
2.Vj.	88,2	98,5	68,3	77,8	89,3	46,5	78,6	125,0	80,5	85,2	114,2	86,0
3.Vj.	88,0	98,2	68,2	76,4	89,2	44,9	80,5	125,4	80,1	84,9	114,1	85,8
4.Vj.	87,4	97,9	67,2	76,2	88,6	42,8	81,3	125,2	79,7	84,3	113,9	85,4
1994 1.Vj.	88,2	98,4	68,2	78,1	89,2	42,7	82,8	125,2	80,2	85,0	114,6	86,2
2.Vj.	88,8	98,9	69,2	79,8	89,8	44,3	82,1	125,5	80,6	85,8	115,4	86,1
3.Vj.	89,5	99,5	70,0	80,6	90,4	44,7	83,7	125,4	81,6	86,6	116,1	86,3

[1]) Nachfolger des „Index der Grundstoffpreise". Nähere Erläuterungen zur „Neuberechnung des Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes" siehe WiSta 12/90, S. 866ff. — Ohne Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

[2]) Im wesentlichen Rohbenzin, Kraftstoffe und Heizöle.

[3]) Anorganische und organische Grundstoffe und Chemikalien; Kunststoffe und synthetischer Kautschuk; Chemiefasern; Farbstoffe, Farben und verwandte Erzeugnisse; pharmazeutische Grundstoffe sowie sonstige chemische Erzeugnisse.

[4]) Ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

[5]) Anteil am „Wareneingang insgesamt" im Jahre 1985 in vH.

Tabelle 77*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Früheres Bundesgebiet

Inlandsabsatz[1])

1991 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse[2])	Elektrizität[3]), Erdgas, Fernwärme, Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])[5])
1962	43,2	22,0	38,0	44,7	48,7	40,0	41,6	54,6	34,5	40,3
1963	43,5	22,4	37,9	44,8	48,3	40,2	42,3	55,3	34,9	40,7
1964	44,0	22,3	38,3	45,4	48,7	40,7	43,2	55,7	35,5	41,1
1965	45,1	23,3	39,3	46,4	49,7	42,0	44,1	56,4	36,6	42,1
1966	45,8	23,2	39,7	47,3	50,2	42,8	45,3	57,7	37,5	43,1
1967	45,3	23,2	40,1	46,8	49,0	42,3	44,9	58,2	37,4	43,3
1968	45,1	23,2	40,2	46,4	48,4	42,2	44,8	57,4	37,5	42,9
1969	45,9	23,9	39,7	47,3	49,1	43,6	45,7	58,0	38,9	42,8
1970	48,1	27,1	39,9	49,7	51,3	47,1	47,4	59,3	42,5	44,7
1971	50,2	30,0	41,1	51,8	52,5	50,0	49,2	61,4	45,9	46,8
1972	51,5	31,7	44,0	53,1	52,5	51,4	50,9	63,9	47,5	48,5
1973	54,9	33,4	46,0	56,6	57,1	53,6	54,8	69,3	49,7	52,1
1974	62,3	42,8	49,5	64,2	70,5	58,6	61,2	73,2	54,2	58,2
1975	65,2	53,5	59,2	66,3	69,8	62,8	62,8	75,9	58,8	61,5
1976	67,6	57,0	63,1	68,4	71,9	64,9	64,7	78,8	61,3	63,7
1977	69,5	57,2	64,6	70,4	71,8	67,3	66,5	84,3	63,9	65,0
1978	70,3	61,0	66,9	70,9	71,3	68,9	67,6	83,6	66,0	66,3
1979	73,6	63,0	68,2	74,6	78,8	70,9	71,0	83,9	68,2	71,7
1980	79,2	73,9	75,3	79,7	88,0	74,2	76,0	85,9	71,4	78,2
1981	85,4	85,5	90,0	84,5	96,5	77,2	79,7	89,8	74,6	84,7
1982	90,4	92,2	101,4	88,6	100,2	81,6	82,8	95,1	79,0	87,5
1983	91,7	94,0	102,7	89,9	99,8	83,8	84,3	97,2	81,3	88,2
1984	94,4	97,3	106,1	92,5	103,8	85,7	86,9	98,6	83,4	90,3
1985	96,7	99,2	110,0	94,4	106,8	87,8	89,2	97,8	85,7	93,0
1986	94,2	96,6	106,0	92,2	95,2	89,6	90,1	96,9	87,9	88,2
1987	91,9	96,1	91,6	91,8	92,2	91,1	90,9	94,7	89,9	88,5
1988	93,1	96,2	91,1	93,3	93,8	92,6	92,6	95,8	91,7	88,8
1989	96,0	97,8	92,8	96,5	99,7	94,7	95,0	98,2	94,0	93,1
1990	97,6	99,5	96,0	97,9	99,4	97,1	97,3	98,5	96,8	95,8
1991	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	101,4	104,2	99,3	101,6	98,8	102,7	101,6	103,1	102,8	102,8
1993	101,4	104,8	98,9	101,7	96,2	104,0	102,0	103,2	104,4	104,4
1991 1. Vj.	98,9	99,5	96,2	99,3	100,7	98,8	99,2	99,0	98,6	98,1
2. Vj.	99,7	99,2	100,8	99,6	98,6	99,9	99,8	99,7	99,9	98,3
3. Vj.	100,6	100,0	101,9	100,5	100,6	100,5	100,4	100,1	100,6	101,6
4. Vj.	100,7	101,3	101,1	100,7	100,1	100,8	100,6	101,2	100,8	101,9
1992 1. Vj.	100,9	103,4	99,6	101,0	98,9	101,6	101,1	102,5	101,5	101,8
2. Vj.	101,7	104,4	99,9	101,9	99,3	102,8	101,5	103,5	103,0	103,1
3. Vj.	101,6	104,5	99,5	101,9	98,9	103,1	101,9	103,5	103,2	103,1
4. Vj.	101,3	104,7	98,2	101,8	98,0	103,2	102,0	103,1	103,3	103,4
1993 1. Vj.	101,4	104,7	98,5	101,8	96,9	103,9	102,0	103,4	104,0	104,1
2. Vj.	101,5	104,5	98,7	101,9	96,5	104,1	102,2	103,4	104,5	104,6
3. Vj.	101,4	104,9	99,1	101,7	95,9	104,1	102,1	103,2	104,6	104,5
4. Vj.	101,2	105,0	99,1	101,4	95,5	104,0	101,9	103,0	104,5	104,3
1994 1. Vj.	101,6	105,1	99,5	101,9	97,1	104,1	101,8	103,1	104,7	105,7
2. Vj.	101,8	105,0	99,2	102,2	97,9	104,2	102,0	103,3	104,8	106,0
3. Vj.	102,0	104,9	98,9	102,4	98,5	104,2	102,4	103,5	104,9	106,0

[1]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Ohne Erdgas.
[3]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt.
[4]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[5]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 78*

Index der Ausfuhrpreise[1])
Früheres Bundesgebiet
1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	45,4	50,4	45,0	42,7	34,8	46,3	40,5	46,4
1963	45,4	55,2	45,0	43,1	34,4	46,3	41,0	46,7
1964	46,5	55,6	46,1	44,8	35,7	47,2	41,8	47,5
1965	47,5	56,0	47,1	44,7	36,7	48,4	43,2	48,7
1966	48,5	57,4	48,1	44,8	37,7	49,4	44,4	50,3
1967	48,5	56,4	48,1	43,2	37,7	49,5	44,9	51,1
1968	48,0	55,3	47,6	42,5	37,4	48,9	44,7	50,9
1969	49,9	56,4	49,6	42,9	38,4	51,1	47,0	51,8
1970	51,4	57,1	51,1	43,5	39,5	52,7	49,5	52,7
1971	53,2	58,5	52,9	46,6	39,4	54,6	52,8	55,2
1972	54,3	61,3	53,9	49,0	38,1	55,9	55,1	56,9
1973	57,8	68,2	57,3	51,4	44,7	58,9	57,8	60,0
1974	67,6	75,4	67,1	60,2	66,2	67,3	62,9	67,6
1975	70,2	75,4	69,8	68,7	62,0	70,7	68,3	71,6
1976	72,9	77,9	72,6	73,3	64,1	73,5	72,2	74,8
1977	74,2	81,5	73,8	72,6	62,5	75,0	75,3	76,9
1978	75,3	81,1	75,0	71,9	61,4	76,5	77,4	78,8
1979	78,9	83,6	78,6	75,6	70,9	79,5	79,7	81,1
1980	83,8	88,7	83,6	79,4	80,7	84,0	83,4	86,5
1981	88,7	94,4	88,4	87,1	90,9	88,2	87,1	91,1
1982	92,5	95,6	92,4	91,4	93,0	92,4	91,7	94,5
1983	94,1	97,6	94,0	90,3	92,9	94,2	94,4	96,0
1984	97,4	101,3	97,2	97,2	97,7	97,2	97,0	98,0
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	98,2	93,1	98,5	90,4	82,6	100,0	102,4	100,0
1987	97,3	88,7	97,7	83,6	75,9	99,9	104,0	101,0
1988	99,3	91,5	99,8	83,3	79,3	101,9	106,0	101,9
1989	102,1	94,3	102,6	86,9	83,4	104,6	108,7	103,1
1990	102,2	90,3	102,8	84,0	80,0	105,2	110,8	103,1
1991	103,5	90,9	104,3	80,7	76,9	107,1	111,7	105,5
1992	104,5	91,1	105,2	79,8	74,1	108,4	116,3	106,9
1993	104,8	88,4	105,7	78,5	71,4	109,2	118,0	109,0
1990 1. Vj.	101,8	91,2	102,4	87,1	80,4	104,6	109,6	102,3
2. Vj.	102,1	90,4	102,8	85,3	80,0	105,1	110,7	102,8
3. Vj.	102,4	89,8	103,1	82,8	79,8	105,5	111,3	103,6
4. Vj.	102,4	89,9	103,1	80,9	79,6	105,6	111,6	103,6
1991 1. Vj.	102,9	89,9	103,6	80,3	77,9	106,3	112,5	104,3
2. Vj.	103,8	91,5	104,5	80,8	77,4	107,3	113,5	105,7
3. Vj.	103,8	91,1	104,6	80,9	76,7	107,5	114,0	106,1
4. Vj.	103,6	91,2	104,4	80,7	75,8	107,3	114,2	105,9
1992 1. Vj.	104,2	92,0	104,9	80,7	74,9	108,0	115,3	106,2
2. Vj.	104,8	92,1	105,6	80,2	75,2	108,7	116,5	107,2
3. Vj.	104,6	90,8	105,4	79,1	73,8	108,6	116,9	107,0
4. Vj.	104,2	89,4	105,1	79,1	72,3	108,4	116,7	107,2
1993 1. Vj.	104,5	88,5	105,5	78,7	71,7	108,9	117,3	108,2
2. Vj.	104,8	88,3	105,8	78,0	71,4	109,3	118,0	109,1
3. Vj.	104,9	88,5	105,8	78,1	71,7	109,4	118,2	109,2
4. Vj.	104,8	88,3	105,8	79,0	70,9	109,3	118,3	109,2
1994 1. Vj.	105,4	89,6	106,3	80,5	71,9	109,8	118,7	109,7
2. Vj.	105,7	90,0	106,6	80,8	72,5	110,0	118,9	109,9
3. Vj.	105,7	89,7	106,6	81,6	73,0	110,0	118,9	109,9

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 79*

Index der Einfuhrpreise[1])

Früheres Bundesgebiet

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	40,1	57,4	37,4	20,0	26,1	56,2	57,0	42,9
1963	40,9	60,0	37,7	20,1	26,3	56,8	58,4	43,8
1964	41,6	60,8	38,4	20,3	27,2	57,7	59,3	42,3
1965	42,6	63,6	39,0	20,1	28,4	58,3	60,4	41,6
1966	43,4	63,6	40,0	20,5	29,7	59,5	62,1	42,5
1967	42,4	61,5	39,4	20,0	29,2	59,0	61,4	43,7
1968	42,1	59,2	39,5	20,0	29,8	58,4	61,8	44,5
1969	42,8	61,2	40,0	19,6	30,9	59,2	62,0	44,0
1970	42,4	60,8	39,5	19,1	30,9	58,6	60,6	43,9
1971	42,6	59,8	39,9	20,9	29,0	59,1	61,9	45,5
1972	42,3	61,5	39,3	20,3	27,6	59,1	61,8	45,8
1973	47,7	74,0	43,6	23,8	35,3	61,4	62,0	52,5
1974	61,3	80,6	58,4	44,8	49,7	69,1	65,4	60,2
1975	60,3	75,9	57,9	43,4	45,5	72,1	71,8	62,5
1976	64,0	82,1	61,3	47,2	48,5	74,7	75,9	65,7
1977	65,0	89,4	61,3	46,8	47,5	75,4	75,9	66,9
1978	62,6	80,9	59,8	41,5	45,9	76,0	77,3	67,2
1979	69,8	81,9	68,0	50,5	63,3	79,3	78,2	79,4
1980	80,3	84,6	79,7	74,5	75,7	84,2	81,7	85,6
1981	91,3	91,0	91,3	97,4	89,9	90,3	89,3	93,0
1982	93,4	92,2	93,5	97,0	93,2	93,2	91,7	96,0
1983	93,1	95,8	92,7	92,3	91,0	94,4	93,4	95,4
1984	98,6	102,5	98,1	99,8	99,6	97,7	97,2	97,9
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,3	90,7	83,4	54,0	66,1	96,6	97,1	89,0
1987	79,8	82,6	79,4	50,4	57,4	94,2	95,3	87,7
1988	80,8	84,6	80,2	47,2	58,9	95,7	96,0	87,2
1989	84,4	85,2	84,2	54,9	65,4	98,0	98,1	90,1
1990	82,5	82,0	82,5	54,7	62,8	96,3	96,8	90,8
1991	82,8	84,3	82,5	53,5	61,0	97,2	99,4	92,4
1992	80,1	81,9	79,9	48,5	54,6	96,5	99,5	91,7
1993	78,5	79,0	78,4	46,0	52,1	95,6	99,7	92,1
1990 1. Vj.	82,4	84,6	82,0	52,8	61,8	96,3	96,8	89,7
2. Vj.	81,2	82,4	81,0	48,3	59,9	96,4	97,0	88,9
3. Vj.	82,1	80,0	82,4	52,6	63,7	96,3	96,8	91,4
4. Vj.	84,2	81,2	84,6	64,9	65,6	96,2	96,7	93,4
1991 1. Vj.	82,6	84,2	82,3	53,3	62,2	96,6	97,6	91,9
2. Vj.	83,3	84,6	83,2	53,5	62,3	97,7	100,0	92,1
3. Vj.	83,0	83,0	82,9	54,2	61,0	97,7	100,4	93,0
4. Vj.	82,1	85,4	81,6	52,9	58,5	96,8	99,5	92,7
1992 1. Vj.	81,1	86,5	80,3	48,5	55,4	96,8	99,8	91,4
2. Vj.	81,1	82,9	80,8	50,3	56,3	97,0	100,1	92,4
3. Vj.	79,2	78,4	79,4	47,5	53,9	96,2	99,0	91,4
4. Vj.	79,0	79,7	79,0	47,6	52,9	95,8	99,1	91,7
1993 1. Vj.	79,0	80,5	78,8	47,4	52,7	95,7	99,3	92,0
2. Vj.	78,4	77,6	78,6	46,7	52,5	95,6	99,4	92,4
3. Vj.	78,4	78,2	78,4	45,8	52,2	95,6	100,1	92,1
4. Vj.	77,9	79,6	77,7	43,9	50,9	95,4	99,9	91,8
1994 1. Vj.	78,7	82,0	78,1	43,7	51,7	95,9	100,5	91,5
2. Vj.	79,0	81,8	78,5	45,2	52,7	95,8	100,0	91,6
3. Vj.	79,0	81,6	78,6	45,6	53,0	95,8	98,8	91,4

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 80*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise[1])
Früheres Bundesgebiet
1991 = 100

Zeitraum[2])	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden[3])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude		Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
	insgesamt	gemischtgenutzte Gebäude		Betriebsgebäude				
1960	21,1	21,7	21,6	22,2	21,4	35,8	20,8	.
1961	22,6	23,2	23,1	23,5	22,8	37,6	22,5	.
1962	24,6	25,1	24,9	25,3	24,5	40,1	24,2	11,8
1963	25,8	26,4	26,2	26,4	25,9	41,6	25,2	13,5
1964	27,0	27,6	27,2	27,5	27,0	41,3	26,3	14,7
1965	28,2	28,7	28,3	28,5	28,0	39,2	27,7	17,5
1966	29,1	29,7	29,2	29,3	28,8	38,7	28,7	18,8
1967	28,4	28,9	28,5	27,9	28,2	36,8	28,4	20,5
1968	29,7	30,1	29,6	29,4	29,3	38,5	29,6	22,6
1969	31,4	31,9	31,4	31,9	31,0	40,2	31,0	23,8
1970	36,5	37,2	36,8	37,8	36,4	46,1	34,7	24,5
1971	40,3	40,9	40,6	41,9	40,2	49,7	38,4	26,8
1972	43,1	43,5	43,2	44,0	42,9	50,4	40,8	32,1
1973	46,1	46,6	46,3	46,6	45,9	51,9	43,8	32,5
1974	49,6	49,8	49,4	49,3	49,1	56,9	48,0	32,2
1975	50,8	50,9	50,4	50,7	50,2	58,3	50,3	35,1
1976	52,5	52,7	52,1	52,7	52,0	59,2	52,1	38,9
1977	55,0	55,2	54,6	54,9	54,6	60,8	54,6	43,0
1978	58,4	58,6	57,7	57,9	58,1	64,8	57,4	47,8
1979	63,6	63,5	62,3	62,5	63,3	71,5	61,0	55,2
1980	70,3	70,2	68,8	69,0	70,1	80,6	66,4	65,4
1981	74,4	74,3	72,9	73,2	74,3	82,8	70,8	76,6
1982	76,6	76,6	75,6	76,1	76,3	80,8	74,1	88,9
1983	78,2	78,3	77,4	77,9	77,9	80,2	76,4	95,6
1984	80,1	80,3	79,6	79,8	79,8	81,3	78,8	97,2
1985	80,5	80,6	80,3	80,3	80,2	82,8	80,2	92,6
1986	81,6	81,8	81,8	82,0	81,4	84,5	81,9	96,5
1987	83,1	83,3	83,6	83,8	82,9	85,4	84,0	100,5
1988	84,9	85,1	85,7	85,6	84,6	86,3	86,3	101,9
1989	88,0	88,2	88,8	88,6	87,7	88,2	89,3	100,8
1990	93,7	93,8	94,0	94,1	93,7	93,7	94,0	99,0
1991	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	105,7	105,5	105,5	105,2	105,8	105,1	106,7	100,9
1993	110,5	110,1	110,1	109,5	110,5	107,7	112,7	...
1990 Feb	91,1	91,3	91,7	91,6	91,0	91,1	92,0	92,3
Mai	93,5	93,6	93,7	93,7	93,5	93,6	93,6	101,3
Aug	94,7	94,7	94,9	95,1	94,7	94,5	94,9	101,3
Nov	95,5	95,5	95,7	96,0	95,5	95,6	95,5	108,8
1991 Feb	97,0	97,0	97,3	97,3	96,9	97,1	97,1	100,4
Mai	100,0	100,0	99,9	99,8	100,0	100,0	99,6	112,2
Aug	101,2	101,2	101,1	101,1	101,3	101,1	101,4	104,1
Nov	101,8	101,8	101,7	101,8	101,9	101,8	101,9	105,9
1992 Feb	103,4	103,3	103,3	103,1	103,6	103,2	103,7	93,7
Mai	105,4	105,3	105,3	104,9	105,5	105,0	106,0	101,7
Aug	106,8	106,5	106,5	106,2	106,9	106,0	108,3	102,5
Nov	107,1	106,9	106,8	106,5	107,3	106,0	108,7	99,5
1993 Feb	108,9	108,6	108,7	108,3	109,0	107,3	110,9	100,2
Mai	110,6	110,2	110,2	109,5	110,6	108,2	112,3	95,3
Aug	111,1	110,7	110,7	110,1	111,1	107,8	113,6	98,2
Nov	111,2	110,8	110,9	110,2	111,1	107,4	113,8	106,7
1994 Feb	111,6	111,1	111,3	110,5	111,5	107,3	114,5	106,3
Mai	112,7	112,2	112,2	111,4	112,6	107,8	115,5	...
Aug	113,3	112,7	112,8	111,9	113,2	108,1	116,5	...

[1]) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Bis 1965 ohne Berlin (West).
[3]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.

Tabelle 81*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])
Früheres Bundesgebiet
4-Personen-Haushalte[2])
1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Bekleidung, Schuhe[4])	Wohnungsmieten	Energie[5]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[6])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,8	38,6	48,4	41,6	29,7	28,2	49,8	38,2	39,0	47,2	38,8
1963	43,1	39,8	49,8	42,6	31,3	29,0	50,7	39,3	40,8	47,8	40,1
1964	44,1	40,8	50,9	43,4	33,2	29,4	51,5	40,3	41,2	48,8	41,4
1965	45,6	42,0	52,7	44,6	35,1	29,9	52,8	41,7	41,6	50,1	42,6
1966	47,2	43,8	54,2	46,0	38,5	30,4	53,9	44,0	43,3	51,5	44,0
1967	47,9	44,9	54,2	46,7	41,0	30,7	53,9	44,9	44,6	52,6	45,8
1968	48,5	46,3	53,6	46,6	43,8	32,8	53,7	47,8	45,4	54,3	47,7
1969	49,5	47,2	54,7	47,0	47,0	32,9	53,8	48,5	45,1	54,8	48,5
1970	51,1	48,9	56,0	49,0	48,9	33,9	55,6	50,4	46,4	57,5	49,6
1971	53,7	51,8	58,1	52,0	51,8	35,0	58,3	53,3	49,3	60,3	54,7
1972	56,6	54,5	61,4	55,1	54,7	36,4	60,5	56,0	52,3	62,5	57,4
1973	60,4	58,0	65,9	59,2	58,4	40,8	62,7	59,2	55,9	65,8	60,6
1974	64,5	62,5	69,1	63,6	61,7	46,7	67,2	63,6	61,5	71,6	63,9
1975	68,4	66,7	72,8	66,8	66,3	52,4	71,2	67,6	65,4	76,1	66,1
1976	71,5	69,4	76,4	69,1	69,8	55,8	73,0	70,1	68,7	78,3	68,0
1977	73,9	71,4	79,9	72,5	72,1	56,3	75,2	72,4	70,0	79,6	71,6
1978	75,8	73,6	81,0	75,8	74,2	57,7	77,8	74,9	72,1	81,0	74,0
1979	78,7	77,1	82,5	79,3	76,6	67,3	80,2	77,6	75,6	83,1	77,4
1980	82,8	81,6	85,8	84,0	80,6	73,9	85,1	81,2	81,8	85,1	80,7
1981	88,1	87,4	89,9	88,3	84,2	86,8	90,0	84,9	89,4	88,8	86,1
1982	92,7	91,6	95,4	92,4	88,5	93,9	94,1	91,4	92,2	92,9	90,8
1983	95,8	95,0	97,8	95,2	93,4	93,2	96,7	96,9	95,5	96,1	94,7
1984	98,0	97,5	99,2	97,7	96,9	96,3	98,6	98,8	97,7	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,8	99,6	100,5	102,1	101,8	90,6	101,1	101,2	94,9	100,9	104,4
1987	99,9	99,9	99,9	103,4	103,4	81,2	102,2	102,4	95,5	101,6	107,0
1988	101,0	101,3	100,0	104,7	105,9	79,0	103,2	103,2	96,7	102,8	110,6
1989	103,9	104,5	102,3	106,1	109,3	82,2	104,7	108,9	101,9	104,0	114,1
1990	106,7	107,2	105,4	107,7	112,9	85,7	106,9	110,7	104,7	106,1	116,3
1991	110,5	111,3	108,2	110,5	117,7	90,0	110,0	113,6	111,0	108,3	119,8
1992	114,9	116,0	111,8	113,6	124,2	90,8	113,6	117,5	116,2	112,7	125,8
1993	119,3	121,1	114,0	116,8	131,9	92,0	117,0	124,7	120,6	116,4	133,8
1991 1. Vj.	108,7	109,3	106,8	109,3	115,5	89,8	108,4	112,2	106,2	107,7	118,4
2. Vj.	109,8	110,3	108,2	110,1	117,1	88,7	109,6	113,0	108,3	108,1	118,6
3. Vj.	111,4	112,4	108,6	110,7	118,4	90,0	110,4	114,1	114,7	108,2	120,9
4. Vj.	112,2	113,2	109,2	111,8	119,6	91,3	111,4	115,0	114,6	109,1	121,4
1992 1. Vj.	113,5	114,3	111,1	112,6	121,4	90,6	112,3	116,2	114,5	111,9	123,8
2. Vj.	114,8	115,6	112,5	113,3	123,2	90,9	113,3	117,1	116,4	112,3	125,1
3. Vj.	115,2	116,4	111,9	113,9	125,0	90,8	114,0	117,9	116,8	112,6	126,0
4. Vj.	116,1	117,6	111,7	114,8	127,3	90,9	114,7	118,6	117,0	114,0	128,2
1993 1. Vj.	118,0	119,6	113,5	115,7	129,5	91,9	115,9	122,6	119,4	115,3	131,7
2. Vj.	119,2	120,8	114,5	116,6	131,2	91,9	116,9	124,9	120,6	115,9	132,8
3. Vj.	119,6	121,6	114,0	117,0	132,7	91,9	117,4	125,4	121,1	116,6	134,5
4. Vj.	120,2	122,4	114,0	117,7	134,2	92,2	117,9	125,9	121,1	117,6	136,1
1994 1. Vj.	121,9	124,4	114,9	118,0	135,9	92,5	118,5	131,3	124,5	118,6	139,5
2. Vj.	122,8	125,1	116,2	118,4	137,5	92,6	118,9	131,7	125,1	119,0	140,1
3. Vj.	123,1	125,6	116,2	118,5	138,7	92,3	119,2	132,1	125,7	119,2	140,6

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983).
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[4]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[5]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[6]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 82*

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte[1])
Früheres Bundesgebiet
1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	Bekleidung, Schuhe[3])	Wohnungsmieten	Energie[4]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[5])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,1	38,3	48,0	43,0	31,0	25,2	48,0	33,8	38,6	46,1	41,6
1963	42,4	39,5	49,4	43,8	32,7	26,0	48,9	34,9	39,9	47,4	42,4
1964	43,3	40,4	50,5	44,4	34,6	26,5	49,4	36,2	40,3	49,2	43,0
1965	44,7	41,7	52,3	45,4	36,5	27,0	50,3	37,9	40,7	50,8	44,1
1966	46,3	43,3	53,9	46,7	39,4	27,4	51,3	40,5	42,3	52,6	45,2
1967	47,1	44,5	53,8	47,2	42,1	27,8	51,4	41,8	43,7	54,3	46,2
1968	47,8	45,8	53,4	47,2	45,2	29,3	51,5	44,1	44,9	55,8	47,6
1969	48,8	46,6	54,6	47,7	48,0	29,3	51,8	45,2	44,6	56,3	48,4
1970	50,4	48,5	55,9	49,7	50,1	30,6	53,9	47,7	45,9	59,1	49,3
1971	53,1	51,4	58,0	52,5	53,2	32,3	56,8	50,9	49,0	61,8	52,9
1972	56,0	54,1	61,3	55,8	56,4	33,8	59,2	54,2	52,4	63,9	55,2
1973	59,9	57,8	65,9	59,9	59,7	39,3	61,7	58,0	56,3	67,2	58,1
1974	64,1	62,5	69,0	64,5	62,7	45,9	66,4	62,8	62,0	72,9	61,4
1975	67,9	66,4	72,6	67,7	66,8	50,7	70,6	67,3	65,9	77,3	63,8
1976	70,8	69,2	76,0	69,9	70,1	54,2	72,8	70,4	68,7	79,7	65,9
1977	73,4	71,4	79,7	73,3	72,4	54,6	75,0	73,2	70,2	81,0	69,4
1978	75,4	73,7	80,8	76,6	74,6	56,0	77,7	76,1	72,2	82,4	72,1
1979	78,5	77,3	82,2	79,9	77,0	67,7	80,2	79,4	75,5	84,5	75,4
1980	82,8	81,9	85,5	84,5	80,8	74,9	85,1	83,8	81,2	86,2	80,1
1981	88,0	87,4	89,7	88,8	84,4	87,0	90,0	88,1	88,2	89,4	85,8
1982	92,6	91,8	95,2	92,7	88,7	94,0	94,1	93,0	91,4	93,1	91,0
1983	95,7	95,0	97,7	95,5	93,4	93,2	96,8	96,9	95,1	96,1	94,9
1984	98,0	97,6	99,2	97,7	97,0	96,4	98,6	98,8	97,5	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,7	100,6	101,9	101,8	88,5	101,1	101,4	96,4	100,9	103,6
1987	100,1	100,1	100,1	103,2	103,4	80,3	102,2	103,2	97,4	101,6	106,0
1988	101,4	101,7	100,3	104,5	105,6	78,1	103,3	104,7	98,9	102,7	110,0
1989	104,2	104,7	102,6	106,0	108,8	82,0	104,9	108,6	103,3	103,8	113,1
1990	107,0	107,4	105,6	107,5	112,5	85,5	107,3	110,3	106,1	106,1	115,3
1991	110,7	111,3	108,6	110,1	117,3	89,4	110,5	113,8	112,1	108,1	118,0
1992	115,1	116,0	112,1	113,3	123,8	89,8	114,4	117,9	117,1	112,7	124,2
1993	119,9	121,5	114,4	116,4	131,1	91,1	118,0	122,4	121,7	115,9	135,2
1991 1. Vj.	109,0	109,5	107,2	109,0	115,1	89,9	108,9	112,1	107,9	107,7	116,4
2. Vj.	110,0	110,4	108,7	109,7	116,8	87,8	110,1	113,0	110,0	107,9	116,8
3. Vj.	111,6	112,3	109,1	110,3	118,1	89,2	111,0	114,5	115,1	108,0	119,3
4. Vj.	112,4	113,2	109,5	111,4	119,3	90,6	112,0	115,6	115,4	108,9	119,6
1992 1. Vj.	113,7	114,4	111,5	112,2	121,1	89,6	113,0	116,7	115,4	112,2	121,6
2. Vj.	114,9	115,5	112,9	112,9	122,9	90,0	114,1	117,6	117,2	112,4	122,5
3. Vj.	115,4	116,4	112,2	113,5	124,5	89,7	114,8	118,3	117,7	112,4	124,2
4. Vj.	116,5	117,9	111,9	114,4	126,6	90,0	115,6	119,0	117,9	113,8	128,7
1993 1. Vj.	118,6	120,0	113,9	115,5	128,8	91,1	116,8	120,9	120,5	115,0	132,6
2. Vj.	119,7	121,1	115,0	116,3	130,4	91,0	117,9	122,2	121,7	115,5	134,4
3. Vj.	120,2	122,0	114,4	116,7	131,9	90,8	118,4	122,8	122,2	116,0	136,1
4. Vj.	120,9	122,8	114,3	117,3	133,3	91,3	119,0	123,6	122,4	116,9	137,8
1994 1. Vj.	122,5	124,1	115,3	117,6	135,0	91,3	119,7	126,0	125,0	117,7	142,0
2. Vj.	123,4	125,1	116,7	117,9	136,6	91,4	120,2	126,5	125,5	117,9	142,8
3. Vj.	123,8	125,7	116,7	118,0	137,8	91,1	120,5	127,0	126,0	118,0	143,7

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983).
[2]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[4]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[5]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 83*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

Früheres Bundesgebiet

1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])
	Aller privaten Haushalte					4-Personen-Haushalte[6])				
Gewicht	1 000	133,73	183,92	249,71	432,64	1 000	172,60	192,60	198,27	436,53
1962	41,1	49,5	31,2	33,1	45,4	41,8	49,6	30,0	34,4	45,1
1963	42,4	51,1	32,9	34,7	46,0	43,1	51,2	31,6	36,1	45,7
1964	43,3	52,3	34,7	36,1	46,4	44,1	52,4	33,5	37,4	46,3
1965	44,7	54,5	36,7	37,6	47,0	45,6	54,7	35,4	38,7	47,1
1966	46,3	55,9	39,6	39,9	47,8	47,2	56,0	38,8	40,7	48,2
1967	47,1	55,4	42,2	41,4	48,4	47,9	55,5	41,2	41,9	48,8
1968	47,8	54,2	45,2	43,6	48,8	48,5	54,2	44,1	44,1	49,3
1969	48,8	55,9	48,0	44,5	48,8	49,5	55,8	47,2	45,0	49,3
1970	50,4	57,0	50,1	46,5	50,4	51,1	56,9	49,1	47,0	50,9
1971	53,1	59,3	53,1	50,1	52,7	53,7	59,4	51,8	50,8	53,1
1972	56,0	62,8	56,3	53,5	55,1	56,6	62,8	54,9	54,2	55,6
1973	59,9	67,9	59,6	57,3	58,9	60,4	67,4	58,4	58,0	59,1
1974	64,1	71,5	62,6	61,6	63,6	64,5	71,3	61,6	62,4	63,5
1975	67,9	75,9	66,5	65,6	67,1	68,4	75,6	66,2	66,1	67,1
1976	70,8	79,6	69,8	68,7	69,6	71,5	79,7	69,8	69,0	69,5
1977	73,4	81,4	72,1	72,1	72,1	73,9	81,5	72,0	72,2	72,2
1978	75,4	82,4	74,2	74,8	74,1	75,8	82,4	74,1	74,8	74,1
1979	78,5	83,8	76,5	78,3	77,8	78,7	83,8	76,4	78,3	77,5
1980	82,8	87,4	80,3	82,0	82,6	82,8	87,3	80,4	81,9	82,2
1981	88,0	92,0	83,9	87,1	88,6	88,1	91,8	83,9	86,9	88,4
1982	92,6	96,5	88,5	91,9	93,3	92,7	96,4	88,5	91,6	93,2
1983	95,7	98,0	93,5	95,6	95,7	95,8	97,9	93,5	95,5	95,7
1984	98,0	99,8	97,0	97,9	97,8	98,0	99,7	96,9	97,8	97,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,6	101,8	102,3	97,7	99,8	99,7	101,8	102,5	97,8
1987	100,1	99,1	103,4	104,3	96,6	99,9	99,2	103,5	104,4	96,6
1988	101,4	99,1	105,6	107,2	96,9	101,0	99,2	105,8	107,1	96,8
1989	104,2	101,3	108,7	109,9	99,9	103,9	101,2	109,2	109,8	100,0
1990	107,0	104,9	112,5	112,6	102,1	106,7	104,7	112,9	112,5	102,2
1991	110,7	108,2	117,3	116,5	105,4	110,5	107,7	117,7	116,6	105,7
1992	115,1	110,8	123,7	122,9	108,4	114,9	110,7	124,1	123,1	108,8
1993	119,9	111,5	130,9	130,8	111,5	119,3	111,6	131,7	130,0	111,9
1991 1. Vj.	109,0	106,6	115,1	114,2	104,0	108,7	106,2	115,5	114,5	104,0
2. Vj.	110,0	108,8	116,7	115,6	104,3	109,8	108,0	117,1	115,7	104,5
3. Vj.	111,6	108,7	118,1	117,7	106,2	111,4	108,2	118,5	117,8	106,7
4. Vj.	112,4	108,7	119,3	118,3	107,0	112,2	108,5	119,6	118,4	107,4
1992 1. Vj.	113,7	110,9	121,0	120,7	107,4	113,5	110,5	121,3	121,1	107,8
2. Vj.	114,9	112,4	122,8	121,8	108,4	114,8	111,8	123,2	122,5	108,8
3. Vj.	115,4	110,6	124,4	123,2	108,6	115,2	110,5	124,9	123,6	109,1
4. Vj.	116,5	109,5	126,4	125,8	109,1	116,1	109,9	127,1	125,3	109,5
1993 1. Vj.	118,6	111,2	128,6	128,6	110,8	118,0	111,2	129,4	127,9	111,3
2. Vj.	119,7	112,6	130,2	130,1	111,5	119,2	112,4	131,0	129,3	112,0
3. Vj.	120,2	111,2	131,7	131,6	111,6	119,6	111,4	132,5	130,9	112,1
4. Vj.	120,9	110,9	133,1	132,8	111,9	120,2	111,3	134,0	132,1	112,4
1994 1. Vj.	122,5	112,2	134,8	135,2	113,1	121,9	112,3	135,7	134,2	114,0
2. Vj.	123,4	114,2	136,4	136,0	113,4	122,8	114,0	137,3	134,9	114,3
3. Vj.	123,8	113,6	137,5	136,8	113,5	123,1	113,6	138,5	135,6	114,5

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[3]) Wohnungsmieten (auch Mietwerte der Eigentümerwohnungen) einschließlich Nebenkosten (ohne Energie) und Garagenmieten.
[4]) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[5]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege.
[6]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 84*

Preisindex für die Lebenshaltung für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost[1])

2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])	Insgesamt	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])
	Alle Arbeitnehmerhaushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[6])				
Gewicht	1 000	206,14	30,50	179,57	583,79	1 000	208,63	27,43	173,53	590,41
1991	108,3	102,2	169,0	113,1	105,9	108,2	102,1	168,3	114,8	105,7
1992	120,4	103,7	370,9	124,8	111,9	119,6	103,5	368,1	127,3	111,4
1993	131,0	103,3	583,9	139,6	114,5	129,7	103,2	579,0	143,5	114,1
1990 3. Vj.	94,3	99,1	97,4	86,9	94,8	94,3	99,2	97,4	85,8	94,9
4. Vj.	96,9	97,4	97,4	91,8	98,3	97,0	97,6	97,4	91,2	98,5
1991 1. Vj.	103,2	100,8	101,9	108,0	102,6	103,1	100,8	101,9	108,3	102,5
2. Vj.	105,5	102,6	103,3	113,2	104,3	105,6	102,5	103,3	114,7	104,1
3. Vj.	106,9	102,8	103,5	114,8	106,1	107,2	102,5	103,5	117,1	106,1
4. Vj.	117,8	102,7	367,4	116,4	110,5	117,0	102,5	364,5	119,1	110,0
1992 1. Vj.	119,3	104,0	369,2	120,6	111,2	118,4	103,8	366,4	123,1	110,7
2. Vj.	120,5	104,8	371,0	124,2	111,8	119,7	104,5	368,3	126,7	111,4
3. Vj.	120,7	103,4	371,1	126,2	112,0	119,9	103,3	368,4	128,7	111,6
4. Vj.	121,1	102,4	372,2	128,0	112,4	120,3	102,4	369,4	130,7	112,0
1993 1. Vj.	129,9	103,2	583,1	135,2	114,1	128,5	103,1	578,2	138,4	113,7
2. Vj.	131,0	104,1	584,5	138,5	114,5	129,7	103,9	579,6	142,3	114,2
3. Vj.	131,4	103,4	584,0	141,2	114,6	130,0	103,2	579,2	145,1	114,2
4. Vj.	131,8	102,7	583,9	143,6	114,8	130,6	102,7	579,1	148,0	114,4
1994 1. Vj.	134,6	103,0	639,1	148,2	115,3	133,4	102,9	633,8	153,2	115,0
2. Vj.	135,4	105,5	641,6	149,2	115,2	134,1	105,2	636,2	154,2	115,0
3. Vj.	135,7	105,4	644,7	150,4	115,3	134,3	105,1	639,3	155,4	115,1
1993 Jan	129,4	102,8	579,5	134,4	113,8	128,0	102,7	574,5	137,6	113,4
Feb	130,1	103,5	584,5	135,3	114,1	128,6	103,4	579,8	138,5	113,7
Mär	130,3	103,2	585,3	135,8	114,3	128,8	103,1	580,4	139,1	113,9
Apr	130,8	103,8	583,5	137,6	114,5	129,4	103,7	578,7	141,4	114,2
Mai	130,9	103,9	584,8	138,2	114,4	129,6	103,7	580,0	142,1	114,1
Jun	131,4	104,6	585,1	139,7	114,6	130,0	104,3	580,2	143,4	114,2
Jul	131,4	103,8	584,3	140,7	114,5	130,0	103,6	579,6	144,6	114,2
Aug	131,3	103,3	583,9	140,9	114,5	129,9	103,2	579,1	144,8	114,2
Sep	131,4	103,0	583,7	141,9	114,7	130,1	102,9	578,9	146,0	114,3
Okt	131,6	102,8	583,8	142,5	114,7	130,3	102,8	579,0	146,7	114,3
Nov	131,9	102,8	583,9	144,0	114,8	130,7	102,7	579,1	148,4	114,5
Dez	131,9	102,6	583,9	144,4	114,8	130,7	102,6	579,1	149,0	114,4
1994 Jan	134,3	102,4	638,9	147,4	115,3	133,1	102,3	633,6	152,4	115,0
Feb	134,7	103,3	639,2	148,4	115,3	133,5	103,2	633,8	153,5	115,0
Mär	134,8	103,4	639,3	148,7	115,3	133,6	103,3	633,9	153,8	115,1
Apr	135,1	104,6	641,5	148,9	115,2	133,8	104,4	636,1	153,9	115,0
Mai	135,4	105,6	641,6	149,0	115,3	134,1	105,3	636,2	154,2	115,0
Jun	135,6	106,4	641,6	149,6	115,2	134,3	105,9	636,2	154,6	115,0
Jul	135,6	106,2	644,6	149,9	115,0	134,2	105,7	639,2	154,9	114,8
Aug	135,7	105,1	644,7	150,0	115,4	134,3	104,8	639,3	155,1	115,2
Sep	135,9	105,0	644,8	151,2	115,5	134,5	104,7	639,4	156,3	115,2

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[3]) Wohnungsmiete einschließlich Nebenkosten (ohne Energie) sowie Garagennutzung.
[4]) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[5]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege.
[6]) Mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 85*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen [1])

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Zeitraum [2])	Bruttoinlandsprodukt	Einfuhr [3])	Letzte Verwendung von Gütern [4])	Ausfuhr [3])	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insgesamt [5])	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	30,3	47,5	31,9	42,0	30,5	35,2	21,3	27,5	35,7	24,3
1961	31,7	46,4	33,1	41,6	31,9	36,4	22,8	29,3	37,0	26,1
1962	32,9	46,2	34,3	42,4	33,2	37,4	24,0	31,4	38,4	28,3
1963	34,0	47,3	35,4	42,8	34,3	38,6	25,4	32,7	39,1	29,9
1964	35,0	48,2	36,4	43,9	35,3	39,4	26,1	33,6	39,9	30,9
1965	36,3	49,6	37,8	45,1	36,7	40,7	27,9	34,4	41,1	31,5
1966	37,5	50,5	39,0	46,3	37,9	42,1	29,3	35,2	42,5	32,2
1967	38,1	49,8	39,5	46,4	38,2	42,8	30,0	34,9	43,6	31,3
1968	39,0	50,1	40,4	46,4	39,2	43,5	30,8	35,3	42,7	32,1
1969	40,6	51,1	42,0	48,3	40,8	44,3	33,2	37,5	44,0	34,3
1970	43,8	47,7	44,4	49,9	43,3	45,9	36,4	42,6	47,0	40,3
1971	47,1	48,2	47,3	52,0	46,4	48,2	41,3	45,9	49,8	43,8
1972	49,6	49,0	49,5	53,1	48,9	50,9	44,1	47,6	51,3	45,9
1973	52,8	53,0	52,8	56,7	52,0	54,2	48,5	50,1	53,3	48,5
1974	56,5	65,8	58,0	65,6	56,2	58,1	54,4	53,8	57,5	52,1
1975	59,7	67,1	60,9	68,3	59,3	61,6	57,9	56,0	62,2	52,8
1976	61,9	71,3	63,5	70,8	61,8	64,2	60,2	58,2	64,5	54,9
1977	64,2	72,5	65,6	72,1	64,1	66,3	63,0	60,4	66,4	57,1
1978	66,9	71,2	67,7	73,2	66,4	68,0	65,3	63,4	68,6	60,4
1979	69,5	77,3	70,9	76,8	69,5	70,9	68,3	67,6	70,9	65,7
1980	72,9	87,3	75,6	81,6	74,1	75,0	72,5	73,0	74,1	72,2
1981	76,0	97,5	79,8	86,3	78,1	79,7	76,1	76,6	78,1	75,7
1982	79,4	100,3	83,1	89,3	81,4	83,7	78,7	79,1	82,3	77,2
1983	81,9	101,1	85,4	91,0	83,8	86,4	80,9	80,8	85,1	78,2
1984	83,6	106,3	87,7	94,1	85,9	88,6	82,3	83,0	87,7	80,2
1985	85,4	109,1	89,7	96,7	87,6	90,1	84,1	84,6	90,1	80,9
1986	88,1	96,6	89,7	95,3	88,0	89,6	85,8	86,0	91,3	82,3
1987	89,7	92,0	90,2	94,3	89,0	90,0	87,8	87,2	92,1	83,8
1988	91,1	93,6	91,6	96,1	90,3	91,2	89,2	88,8	93,3	85,5
1989	93,3	98,5	94,3	98,7	93,0	93,9	92,1	91,4	95,6	88,2
1990	96,3	97,8	96,6	98,7	95,9	96,4	95,5	95,4	97,4	93,7
1991	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	104,4	98,0	103,0	101,1	103,7	103,8	103,6	103,9	101,9	105,5
1993	107,7	96,8	105,4	102,0	106,6	107,1	106,0	106,5	102,4	109,3
1990 1. Vj.	94,8	97,2	95,3	98,4	94,3	95,9	90,1	93,6	96,7	91,1
2. Vj.	95,0	98,1	95,6	98,9	94,6	95,6	91,7	95,1	97,2	93,5
3. Vj.	96,1	96,4	96,2	98,6	95,4	95,9	93,2	95,9	97,7	94,5
4. Vj.	98,9	99,5	99,0	99,0	99,1	98,0	106,3	96,6	97,7	95,5
1991 1. Vj.	97,6	98,9	97,9	98,8	97,6	98,7	92,4	97,7	98,5	97,0
2. Vj.	98,9	100,3	99,2	99,9	99,0	99,1	97,6	100,0	100,2	99,9
3. Vj.	99,9	101,0	100,2	100,6	100,0	100,1	97,6	100,9	100,7	101,0
4. Vj.	103,4	99,8	102,6	100,5	103,4	101,9	111,2	101,0	100,4	101,6
1992 1. Vj.	102,3	98,4	101,4	100,6	101,8	103,0	96,5	102,4	101,3	103,3
2. Vj.	103,1	98,9	102,2	101,1	102,6	103,6	98,8	104,0	102,4	105,2
3. Vj.	104,6	97,9	103,1	101,5	103,7	103,4	103,3	104,5	101,8	106,4
4. Vj.	107,5	96,8	105,2	101,3	106,6	104,9	114,7	104,5	102,0	106,6
1993 1. Vj.	106,1	97,3	104,2	101,6	105,2	106,7	99,9	105,6	102,1	108,1
2. Vj.	106,9	96,6	104,7	102,0	105,6	106,8	102,1	106,9	103,0	109,4
3. Vj.	107,4	96,8	105,1	102,5	106,0	106,5	103,8	107,0	102,3	109,7
4. Vj.	110,4	96,6	107,5	102,1	109,5	108,4	117,2	106,5	102,3	109,7
1994 1. Vj.	108,9	96,7	106,3	101,9	107,9	109,9	102,5	107,2	102,4	110,2
2. Vj.	108,8	96,4	106,0	102,3	107,5	109,7	101,9	108,1	103,1	111,0

[1]) Paasche-Preisindex mit wechselnder Gewichtung (Warenkorb des jeweiligen Berichtszeitraums).
[2]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[3]) Waren und Dienstleistungen ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Einfuhr und Ausfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.
[4]) Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten und Vorratsveränderung) und Ausfuhr.
[5]) Einschließlich Vorratsveränderung.

Tabelle 86*

Löhne und Gehälter

1985 = 100

Zeitraum[1]	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]	Brutto- stunden- verdienste[3] Industrie[5]	Brutto- wochen- verdienste[3] Industrie[5]	Brutto- monats- verdienste[3] Industrie[5] und Handel[6]	Tarifliche Stundenlöhne[4] Produzierendes Gewerbe[7]	Tarifliche Stundenlöhne[4] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne[4] Produzierendes Gewerbe[7]	Tarifliche Wochenlöhne[4] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter[4] Produzierendes Gewerbe[7]	Tarifliche Monatsgehälter[4] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	17,4	17,0	19,0	18,6	18,1	17,9	20,2	20,0	21,0	22,1
1961	19,1	18,8	20,9	20,2	19,5	19,3	21,6	21,6	22,7	23,8
1962	20,9	20,9	23,1	21,9	21,5	21,2	23,5	23,3	24,5	25,6
1963	22,2	22,5	24,6	23,4	22,9	22,7	24,8	24,7	25,8	27,1
1964	24,2	24,4	26,6	24,9	24,5	24,2	26,1	25,9	27,1	28,4
1965	26,4	26,7	29,3	26,9	26,4	26,1	27,9	27,7	28,9	30,2
1966	28,3	28,5	30,9	28,9	28,3	27,9	29,7	29,6	30,6	32,0
1967	29,2	29,4	30,7	30,0	29,6	29,2	30,6	30,5	31,6	33,0
1968	31,0	30,7	32,8	31,4	30,8	30,4	31,8	31,7	32,7	34,1
1969	33,9	33,5	36,4	33,9	32,8	32,5	33,8	33,7	34,7	36,2
1970	39,1	38,4	41,9	38,1	37,1	36,7	37,9	37,8	38,6	39,9
1971	43,5	42,6	45,6	42,0	42,0	41,8	42,8	42,9	42,8	44,4
1972	47,4	46,4	49,2	45,7	45,6	45,7	46,5	46,8	46,7	48,2
1973	52,6	51,2	54,3	50,3	49,9	50,3	50,8	51,3	51,3	52,9
1974	58,3	56,5	58,7	55,5	55,8	56,3	56,8	57,3	57,2	59,0
1975	62,0	61,0	61,3	60,0	60,9	61,5	61,9	62,4	62,4	63,9
1976	66,2	64,8	66,5	63,9	64,3	64,8	65,3	65,7	66,0	67,3
1977	70,7	69,4	71,3	68,3	68,9	69,4	70,0	70,3	70,6	71,7
1978	74,5	73,1	75,1	72,2	72,5	73,1	73,7	74,1	74,2	75,2
1979	78,7	77,4	80,2	76,6	76,7	77,2	77,8	78,2	78,0	79,0
1980	83,9	82,5	84,4	82,0	81,6	82,2	82,9	83,3	82,8	83,7
1981	87,9	87,0	88,1	86,1	86,2	86,7	87,6	87,8	87,3	87,8
1982	91,4	91,1	91,2	90,3	90,0	90,5	91,5	91,6	91,1	91,6
1983	94,3	94,1	93,7	93,3	93,1	93,7	94,6	94,7	94,3	94,7
1984	97,2	96,3	96,8	96,3	95,7	96,1	97,2	97,2	97,0	96,9
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,6	103,5	103,1	103,4	103,7	103,8	103,1	103,2	103,1	103,2
1987	106,8	107,6	106,4	107,1	108,0	108,0	107,3	107,1	107,2	107,1
1988	110,0	112,0	110,7	110,9	111,9	111,6	110,2	110,0	110,4	109,9
1989	113,3	116,5	114,8	114,7	116,1	115,8	112,9	112,7	113,2	112,6
1990	118,7	122,5	119,6	119,5	121,6	121,4	117,0	117,0	117,3	116,7
1991	125,9	130,0	125,7	126,3	129,5	129,3	124,2	124,2	124,5	123,8
1992	133,0	137,7	132,0	133,3	138,4	137,5	132,6	131,7	132,0	130,1
1993	136,8	144,8	134,8	138,5	145,4	144,4	137,5	137,0	137,3	135,8
1991 Jan	112,6	125,9	120,7	123,1	125,3	125,5	120,3	120,5	121,0	121,2
Apr	122,4	128,0	124,6	124,6	127,5	127,9	122,3	122,8	122,7	122,5
Jul	124,9	132,4	128,2	128,2	132,2	131,7	126,8	126,4	126,8	125,4
Okt	143,4	133,5	129,2	129,3	132,8	132,2	127,4	126,9	127,5	126,0
1992 Jan	119,9	134,0	127,7	130,0	133,9	133,1	128,4	127,6	127,8	126,2
Apr	127,0	135,7	130,5	131,7	138,8	137,3	133,1	131,5	132,1	129,3
Jul	133,6	140,0	134,8	135,4	140,1	139,5	134,2	133,6	133,9	132,3
Okt	151,4	140,9	135,0	136,0	140,6	140,0	134,7	134,1	134,3	132,6
1993 Jan	124,6	141,4	131,4	136,4	141,2	141,0	135,1	134,9	134,9	134,1
Apr	131,3	144,9	133,8	138,4	146,4	145,0	137,9	137,3	137,6	136,0
Jul	135,7	146,0	136,7	139,3	147,0	145,7	138,5	137,8	138,2	136,4
Okt	155,7	146,8	137,4	139,8	147,1	145,9	138,5	138,0	138,3	136,5
1994 Jan	128,8	147,7	135,5	140,0	147,7	146,4	138,4	138,1	138,2	136,5
Apr	133,0	148,7	139,4	141,2	148,6	147,5	139,1	138,9	139,3	137,3
Jul	...	...	...	...	150,4	149,3	140,6	140,5	140,7	138,8

[1] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.
[2] Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Inländerkonzept.
[3] Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.
[4] Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[5] Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk.
[6] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[7] Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei, Zimmerei, Dachdeckerei, Ausbaugewerbe. Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Tabelle 87*

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule [1])

Jahr	Insgesamt	Mineralöle	Steinkohlen	Braunkohlen	Naturgase [2])	Kernenergie	Wasserkraft	Strom [3])	Sonstige Energieträger [4])
				Früheres Bundesgebiet [5])					
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	166	15	103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	158	18	97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	163	18	85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	138	22	82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	153	23	82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	161	18	70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	169	14	64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	156	8	64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	158	28	56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	127	33	64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	145	50	56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	140	51	47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	132	35	47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	127	28	50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	122	10	53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	58	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	29	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102
1985	11 284	4 671	2 327	1 057	1 747	1 206	149	24	103
1986	11 338	4 911	2 278	970	1 736	1 134	158	50	101
1987	11 373	4 785	2 215	914	1 913	1 233	174	36	103
1988	11 425	4 793	2 189	925	1 855	1 375	172	4	112
1989	11 219	4 489	2 150	952	1 945	1 412	156	2	113
1990	11 495	4 708	2 169	940	2 034	1 383	149	– 9	121
1991	11 990	4 939	2 238	963	2 187	1 387	137	15	124
1992 [6])	11 959	4 959	2 125	976	2 128	1 498	161	–35	147
1993 [6])	11 918	5 033	2 005	917	2 198	1 439	173	6	147
				Neue Bundesländer [7])					
1990	3 300	530	137	2 261	282	63	2	20	5
1991	2 477	608	92	1 544	246	—	1	–24	10
1992 [6])	2 218	697	82	1 187	255	—	3	–18	12
1993 [6])	2 164	725	70	1 058	308	—	3	–12	12

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Außenhandelssaldo Strom.
[4]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.
[5]) Einschließlich Berlin-West.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
[7]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 88*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[2])	Gase[3])	Strom	Fernwärme
		zusammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
	Früheres Bundesgebiet[4])								
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177
1985	7 389	3 613	1 536	261	1 806	822	1 533	1 230	191
1986	7 535	3 875	1 678	281	1 904	721	1 509	1 242	188
1987	7 524	3 746	1 544	227	1 966	672	1 634	1 271	201
1988	7 438	3 712	1 442	216	2 047	664	1 588	1 290	184
1989	7 223	3 431	1 145	184	2 094	660	1 630	1 320	182
1990	7 429	3 624	1 253	169	2 194	623	1 656	1 340	186
1991	7 828	3 823	1 432	163	2 219	616	1 802	1 378	209
1992[5])	7 752	3 819	1 377	164	2 268	572	1 776	1 383	202
1993[5])	7 849	3 910	1 404	158	2 336	501	1 852	1 372	214
	Neue Bundesländer[6])								
1990	2 012	356	4	21	329	977	215	267	197
1991	1 448	415	68	28	319	512	170	187	164
1992[5])	1 342	475	111	21	343	331	199	179	158
1993[5])	1 354	516	135	18	363	254	244	179	161

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh. — [2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf). — [3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase. — [4]) Einschließlich Berlin-West. — [5]) Vorläufige Ergebnisse. — [6]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 89*

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule[1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor[2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
	Früheres Bundesgebiet[3])									
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207
1985	11 284	3 170	725	7 389	2 287	1 607	308	372	1 712	3 390
1986	11 338	3 116	687	7 535	2 201	1 520	309	372	1 805	3 529
1987	11 373	3 159	690	7 524	2 199	1 507	310	382	1 869	3 456
1988	11 425	3 237	750	7 438	2 244	1 573	298	373	1 949	3 245
1989	11 219	3 218	778	7 223	2 284	1 593	304	387	1 989	2 950
1990	11 495	3 276	790	7 429	2 252	1 541	310	401	2 091	3 086
1991	11 990	3 399	763	7 828	2 264	1 521	329	414	2 135	3 429
1992[4])	11 959	3 416	791	7 752	2 210	...	...	...	2 192	3 350
1993[4])	11 918	3 286	783	7 849	2 110	...	...	...	2 263	3 476
	Neue Bundesländer[5])									
1990	3 300	1 121	167	2 012	725	434	135	156	288	999
1991	2 477	861	128	1 488	430	225	106	99	293	765
1992[4])	2 218	753	123	1 342	375	...	...	...	311	656
1993[4])	2 164	699	111	1 354	311	...	...	...	331	712

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Einschließlich statistischer Differenzen.
[3]) Einschließlich Berlin-West.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.
[5]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 90*

Entwicklung im Mineralölbereich

Früheres Bundesgebiet

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr[1]		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe[3]
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	je Einwohner[2]	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt[2] in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis[3]	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule[4] pro 1 Mrd DM	Gigajoule[5]	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1991 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100
1950	0,44	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,45	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,44	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,49	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,59	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,67	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	0,80	11 708	1 449	0,73	59	.	102	.	252	.
1957	0,82	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	1,03	16 139	1 909	0,82	138	18,2	167	.	311	.
1959	1,20	20 103	2 230	0,87	185	16,4	214	.	352	.
1960	1,30	23 470	2 794	0,92	281	15,9	267	.	402	.
1961	1,50	28 015	3 035	0,92	381	15,9	337	.	460	.
1962	1,79	34 397	3 768	1,05	572	16,3	401	38,0	516	41,0
1963	2,10	41 210	4 357	1,14	744	17,1	455	38,7	563	49,7
1964	2,28	47 213	4 914	1,17	838	16,3	522	34,7	636	40,9
1965	2,50	53 993	4 994	1,09	1 011	15,5	577	33,3	692	40,8
1966	2,75	60 408	5 584	1,15	1 134	14,9	610	35,4	762	39,2
1967	2,88	62 882	6 566	1,33	1 196	16,1	604	36,3	783	42,0
1968	3,05	70 134	7 855	1,47	1 366	17,2	633	34,4	838	44,9
1969	3,20	78 263	7 914	1,32	1 641	16,1	677	34,6	903	41,5
1970	3,40	86 429	8 583	1,27	1 853	17,1	733	38,1	993	40,7
1971	3,42	88 816	11 168	1,49	1 962	18,8	742	50,0	1 080	42,9
1972	3,47	93 332	10 621	1,29	2 064	17,4	792	41,1	1 136	45,0
1973	3,52	98 780	15 009	1,63	2 217	28,8	799	43,9	1 181	50,6
1974	3,17	88 939	32 226	3,28	1 926	37,5	687	87,6	1 129	60,8
1975	3,09	85 785	28 988	2,82	1 907	36,1	622	87,1	1 216	60,4
1976	3,17	93 303	35 264	3,14	2 087	39,7	630	94,6	1 281	64,6
1977	3,05	92 541	34 442	2,88	2 007	39,7	592	97,4	1 361	62,8
1978	3,11	97 169	31 800	2,47	2 131	38,8	595	89,7	1 436	64,2
1979	3,03	98 796	47 791	3,43	2 121	69,2	586	115,1	1 485	70,9
1980	2,70	88 409	62 879	4,26	1 748	79,3	535	154,8	1 506	83,7
1981	2,43	79 586	70 808	4,60	1 546	92,9	440	214,6	1 448	100,0
1982	2,34	75 960	68 094	4,28	1 403	98,2	378	202,9	1 475	98,0
1983	2,28	75 623	63 373	3,78	1 398	90,2	334	205,0	1 506	97,2
1984	2,21	75 701	68 543	3,89	1 425	95,5	311	244,5	1 550	97,5
1985	2,19	76 544	70 084	3,82	1 536	100	261	233,5	1 546	100
1986	2,25	80 421	33 623	1,74	1 678	54,6	281	106,7	1 630	75,9
1987	2,16	78 344	29 910	1,49	1 544	46,8	227	101,8	1 689	72,0
1988	2,08	78 000	25 382	1,20	1 442	40,3	216	79,4	1 752	70,1
1989	1,88	72 330	29 927	1,33	1 145	54,1	184	102,8	1 777	82,3
1990	1,87	74 431	34 923	1,43	1 253	60,5	169	103,0	1 863	86,4
1991	1,87	77 083	36 384	1,37	1 432	64,1	163	100	1 903	95,8
1992[6]	1,84	76 451	33 857	1,21	1 377	57,0	164	89,8	1 943	100,4
1993[6]	1,90	76 802	...	...	1 404	58,1	158	86,2	2 004	101,1

[1] Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).
[2] Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4] Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5] Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 91*

Ausgewählte Umweltindikatoren für das frühere Bundesgebiet

	Einheit	1980	1982	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Für Umweltschutzaktivitäten [1]										
Investitionen [2], insgesamt										
In jeweiligen Preisen	Mio DM	10 720	10 060	14 840	15 640	16 230	16 710	17 610	18 360	18 890
davon:										
nach Umweltbereichen (Anteil)										
— Abfallbeseitigung	vH	*6,4*	*9,5*	*7,4*	*9,5*	*9,5*	*11,7*	*13,1*	*14,6*	...
— Gewässerschutz	vH	*77,7*	*68,3*	*52,3*	*51,5*	*52,1*	*56,6*	*59,4*	*63,0*	...
— Lärmbekämpfung	vH	*3,6*	*4,1*	*3,2*	*3,5*	*3,3*	*3,4*	*3,9*	*3,8*	...
— Luftreinhaltung	vH	*12,1*	*18,1*	*37,1*	*35,5*	*35,0*	*28,4*	*23,6*	*18,8*	...
Nachrichtlich:										
Anteil an den Investitionen der Gesamtwirtschaft	vH	*3,1*	*3,3*	*3,9*	*4,1*	*3,9*	*3,6*	*3,5*	*3,3*	*3,2*
Gesamtaufwendungen [3], insgesamt										
In jeweiligen Preisen	Mio DM	15 410	18 300	22 980	24 660	26 370	28 720	31 460	35 020	37 480
davon:										
nach Umweltbereichen (Anteil)										
— Abfallbeseitigung	vH	*25,8*	*25,1*	*24,6*	*24,5*	*24,3*	*24,5*	*25,3*	*27,1*	...
— Gewässerschutz	vH	*53,2*	*53,2*	*51,7*	*50,5*	*49,3*	*48,0*	*47,4*	*46,5*	...
— Lärmbekämpfung	vH	*1,7*	*1,6*	*1,6*	*1,5*	*1,5*	*1,5*	*1,4*	*1,3*	...
— Luftreinhaltung	vH	*19,3*	*20,1*	*22,1*	*23,4*	*25,0*	*26,0*	*25,9*	*25,1*	...
Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen [4]										
Insgesamt	Mio DM	158 770	188 890	229 330	245 100	260 760	278 450	302 640	332 980	363 990
davon:										
nach Umweltbereichen (Anteil)										
— Abfallbeseitigung	vH	*5,0*	*5,1*	*5,5*	*5,6*	*5,7*	*5,9*	*6,1*	*6,4*	6,7
— Gewässerschutz	vH	*82,9*	*82,5*	*79,9*	*78,6*	*77,4*	*76,3*	*75,8*	*75,7*	75,8
— Lärmbekämpfung	vH	*2,0*	*2,1*	*2,4*	*2,4*	*2,5*	*2,5*	*2,5*	*2,5*	2,5
— Luftreinhaltung	vH	*10,1*	*10,3*	*12,2*	*13,4*	*14,4*	*15,3*	*15,6*	*15,4*	15,0
Bodennutzung										
Gesamtfläche	1000 ha	24 869 [a]	.	24 869 [b]	.	.	24 862	.	.	24 864 [c]
darunter (Anteil):										
Siedlungs- und Verkehrsfläche	vH	*11,0 [a]*	.	*11,6 [b]*	.	.	*12,2*	.	.	12,7 [c]
Energieintensität [5]	80=100	100,0	93,4	91,5	90,5	87,6	83,0	80,5	79,9	78,3
Emission ausgewählter Schadstoffe nach Verursachergruppen [6]										
Schwefeldioxid (SO_2) [7]	Mio t	3,3	3,0	2,5	2,1	1,4	1,1	1,0	1,0	...
darunter (Anteile):										
— Kraft- und Fernheizwerke [8]	vH	*57,6*	*58,3*	*57,1*	*56,1*	*39,3*	*31,4*	*30,0*	*32,0*	...
— Bergbau und Industrie [9]	vH	*22,7*	*21,0*	*17,6*	*19,5*	*27,4*	*30,5*	*31,0*	*30,0*	...
— Haushalte	vH	*6,1*	*5,0*	*5,7*	*5,9*	*7,4*	*7,6*	*8,5*	*9,5*	...
— Verkehr	vH	*7,1*	*7,5*	*11,2*	*11,0*	*13,0*	*15,2*	*17,0*	*16,5*	...
Stickoxid (NO_x berechnet als NO_2) [7]	Mio t	3,1	3,0	3,2	3,1	2,9	2,8	2,6	2,7	...
darunter (Anteile):										
— Kraft- und Fernheizwerke [8]	vH	*25,8*	*26,3*	*22,8*	*21,6*	*20,3*	*17,5*	*13,1*	*13,2*	...
— Bergbau und Industrie [9]	vH	*11,3*	*10,0*	*8,1*	*8,2*	*8,6*	*8,7*	*8,8*	*8,7*	...
— Haushalte	vH	*2,7*	*2,5*	*2,8*	*3,0*	*2,8*	*2,5*	*2,9*	*3,2*	...
— Verkehr	vH	*56,5*	*59,3*	*63,4*	*64,3*	*66,2*	*69,5*	*72,3*	*72,5*	...
Kohlenmonoxid (CO) [7]	Mio t	12,1	10,0	8,8	8,5	8,2	7,7	7,3	7,3	...
darunter (Anteile):										
— Kraft- und Fernheizwerke [8]	vH	*0,4*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*0,7*	...
— Bergbau und Industrie [9]	vH	*10,3*	*9,4*	*9,2*	*8,3*	*9,0*	*10,0*	*9,7*	*9,5*	...
— Haushalte	vH	*7,9*	*8,5*	*9,2*	*9,1*	*8,0*	*7,7*	*8,0*	*8,8*	...
— Verkehr	vH	*73,2*	*73,9*	*72,5*	*73,3*	*72,8*	*71,8*	*72,0*	*71,2*	...
Kohlendioxid (CO_2) [7]	Mio t	807	736	749	734	724	707	727	761	...
darunter (Anteile):										
— Kraft- und Fernheizwerke [8]	vH	*34,0*	*35,7*	*33,2*	*33,5*	*33,6*	*34,9*	*35,1*	*35,1*	...
— Bergbau und Industrie [9]	vH	*23,9*	*22,4*	*20,0*	*20,2*	*20,6*	*20,9*	*19,7*	*18,8*	...
— Haushalte	vH	*14,5*	*13,9*	*16,0*	*15,7*	*14,5*	*12,4*	*12,9*	*14,3*	...
— Verkehr	vH	*16,7*	*18,2*	*20,2*	*20,7*	*21,4*	*22,3*	*22,8*	*21,9*	...

[1] In den Bereichen Produzierendes Gewerbe und Staat nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [2] Bruttoanlageinvestitionen. — [3] Ausgaben und Abschreibungen. — Quelle: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. — [4] Bestand am Jahresanfang. — [5] Primärenergieverbrauch je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (Quelle für Energieverbrauch: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen). — [6] Quelle: Umweltbundesamt. — [7] Ohne natürliche Quellen. — [8] Einschließlich Stromproduktion der Industriekraftwerke. — [9] Einschließlich der Umwandlungsbereiche (im wesentlichen Raffinerien, Kokereien, Brikettfabriken).
[a] 1981. — [b] 1985 — [c] 1993.

Sachregister

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abgabenbelastung 170ff., 459
— durchschnittliche 172
— marginale 173

Absatzförderung 282

Agrarreform, europäische 396ff.

Agrarsektor 88

Aktienmarkt 143

Altschulden
— der ostdeutschen Landwirtschaft 88
— der ostdeutschen Wohnungswirtschaft 85

Arbeitseinkommensquote 130, 445, Anhang V.B.

Arbeitslosenversicherung 175

Arbeitslosigkeit 115ff., 251f., 277, 415ff.
— Abgänge 117
— Arbeitslosenquoten 416
— Dauer der Arbeitslosigkeit 116
— demographische Arbeitslosigkeit 424ff.
— Fluktuation 116, 427
— Industrieländer 15
— konjunkturelle Arbeitslosigkeit 418ff.
— Langzeitarbeitslosigkeit 117, 243, 428f., 470, 474
— Problemgruppen 269
— regionale Entwicklung 104
— Struktur der Arbeitslosigkeit 117
— Ursachen 417
— verdeckte Arbeitslosigkeit 117f.
— Verfestigung 243
— Vergleich zu den Vereinigten Staaten 416, 427
— voraussichtliche Entwicklung 239f.
— Zugänge 117

Arbeitsmarkt 107ff.
— Arbeitnehmerüberlassungen 474
— Arbeitskräfteangebot 425f., 457f.
— Arbeitskräftenachfrage 110ff.
— Arbeitsvermittlung, private 120
— Bewegungen am Arbeitsmarkt 117, 430ff.
— Funktionsstörungen 119f, 269ff., 427ff., 442ff.
— institutionelle Bedingungen 460ff.
— Mismatch 430ff., 473
— Strukturwandel 435f.

Arbeitsmarktpolitik 470ff.
— aktive Arbeitsmarktpolitik 283, 470ff., 477
— Altersübergang 118
— Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 118
— Beschäftigungsförderungsgesetz (1994) 119, 461
— Doppelstrategie 454ff.
— „Produktive Arbeitsförderung Ost" 474
— „Produktive Arbeitsförderung West" 475
— vorzeitiger Ruhestand 118

Arbeitsplätze 252f., 455ff.

Arbeitsrecht 269, 442ff.
— Arbeitsgesetzbuch 269, 463
— Sozialplan 443

Arbeitsvolumen 370

Arbeitszeit
— Arbeitszeitflexibilität 462
— Arbeitszeitverkürzung 369f.
— Teilzeitarbeit 464ff.

Ausfuhr 10, 58ff., 89ff., 202f.
— Ausfuhrpreise 61
— Dienstleistungen 91
— in wichtige Partnerländer 59f.
— Regionalstruktur 90
— voraussichtliche Entwicklung 204ff.

Ausgabenstruktur öffentlicher Haushalte 163

Auslandsaufträge 58, 90
— Auslandsumsätze 90

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 54f., Anhang V. A.

Außenwert der D-Mark 147

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 257

Bauland 97

Bauwirtschaft 64f., 83ff., 219

Berufsausbildung
— Berufsausbildungsstelle 114, 277, 457
— Bildungspolitik 457

Beschäftigung s. Erwerbstätigkeit

Binnenmarkt, europäischer 389ff.

Bruttoinlandsprodukt 1, 42
— Ostdeutschlands 9, 77, 246
— voraussichtliche Entwicklung 236
— Westdeutschlands 55, 57

Bruttolohn- und -gehaltssumme
— Ostdeutschlands 100, 103
— Westdeutschlands 67

Bundesanstalt für Arbeit
— Haushalt 175

CO_2-/Energiesteuer 322ff., 412

Defizit
— der Gebietskörperschaften 159
— des öffentlichen Gesamthaushalts 155f., 158, 223f., 312f.
— konjunkturelles 186, 222, 312
— strukturelles 178, 222, 312f.

Deregulierung 379f., 392f.

Devisenmarkt s. Wechselkurse

Dienstleistungsbilanz 63

Dienstleistungssektor 87, 91

Direktinvestitionen
— in Mittel- und Osteuropa 30

Effektivverdienste 125

Einfuhr
— Einfuhrpreise 72
— Ostdeutschlands 10, 77
— voraussichtliche Entwicklung 221
— Westdeutschlands 62

Einkommen, verfügbares
— Ostdeutschlands 100
— voraussichtliche Entwicklung 228
— Westdeutschlands 67

Einkommensteuer 166, 296ff., 308ff.
— Anpassung Grundfreibetrag 308ff.
— s. a. öffentliche Finanzen
— und CO_2-/Energiesteuer 322ff.

Erwerbstätigkeit 108ff., 283
— Beschäftigungsschwelle 423
— neue Beschäftigungsverhältnisse 436ff.
— Qualifikation 439
— sektorale Struktur (in Ostdeutschland) 109
— voraussichtliche Entwicklung 237f.
— zyklisches Muster (in Westdeutschland) 111f.

Euroeinlagen 134

Euromärkte 134

Europa-Abkommen 32, 382ff.

Europäische Union 382ff.
— Agrarpolitik 396ff.
— Deregulierung 392f.
— Finanzen, eigene Einnahmen 320f.
— Haushalt 314ff.
— Integrationsprozeß 386ff.
— Intrahandel 300ff.
— Wettbewerbspolitik 389ff.

Europäischer Binnenmarkt s. Binnenmarkt, europäischer

Europäisches Währungsinstitut 149, 358

Europäisches Währungssystem 20, 148ff., 356ff.

Existenzförderung 440f.

Existenzminimum 308ff.

Export und Exportstruktur s. Ausfuhr

Finanzpolitik 259ff., 285ff., 312f.
— international 14, 21, 142

GATT 33ff., 404ff.

Geldmarktfonds 145f., 351

Geldmarktsteuerung 139

Geldmenge 131ff., 334ff.

Geldmengenkonzeption 338ff.

Geldmengenziel 132, 137, 351ff.

Geldnachfrage 152ff.

Geldpolitik 12, 131ff., 256, 334ff.
— Beurteilung 12, 136, 256, 335ff., 341ff.
— in Westeuropa 19

Geldumlaufsgeschwindigkeit 138

Geldwertstabilität 337

Gewerbeflächen 97

Gewerbesteuer 306f.

Gewinne 46f., 53, 82

Gewinn-Erlös-Relation 46, Anhang V.B.

Gewinnmarge im Verarbeitenden Gewerbe 47

Handelsbeschränkungen, Handelspolitik 394f.

Humankapital 457

Industrie 103

Industriepolitik
— europäische 381

Inflation
— Inflationserwartungen 337
— Inflationspotential 337, 352
— s. a. Preisentwicklung

Investitionen 9, 43ff., 105, 214, 246
— Bauinvestitionen 64f.
— des Unternehmenssektors 48, 214
— Infrastruktur 52, 98, 243
— Investitionsförderung 51, 105f., 282
— Investitionshemmnisse 52, 86f., 97ff.
— öffentliche 157
— Ost/West-Vergleich 50, 157
— voraussichtliche Entwicklung 208ff., 215ff., 230f.
— westdeutsche Unternehmen in Ostdeutschland 49

Japan 27f.

Kalkulatorischer Unternehmerlohn Anhang V.B.

Kanada 25

Kapazitätsauslastung s. Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Kapitalbewegungen 77, 278

Kapitalmarkt 140ff.

Kapitalproduktivität Anhang V.A.

Kapitalrendite Anhang V.B.

Kaufkrafttheorie 421

Konjunkturpolitik 418ff.

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Welt 14ff.
— in Westdeutschland 57ff.
— in Westeuropa 16ff.
— voraussichtliche 188ff.

Konjunktureller Impuls 184ff., 222

Konjunkturzusammenhang, internationaler 14ff.

Konsolidierung s. öffentliche Finanzen

Konvergenz 150f., 356ff.

Kraftfahrzeugsteuer 299

Krankenversicherung 176, 266

Kreditgewährung 135, 343

Kündigungsschutz 463

Länderfinanzausgleich 263

Lateinamerika 26

Leistungsbilanz 63, 257

Löhne und Gehälter
— Effektivverdienste 125, 128
— Konsumentenlohn 126, 364
— Lohndrift 125
— Lohnstückkosten 126, 129, 232
— Produzentenlohn 126, 364
— s. a. Tarifpolitik
— Tarifverdienste 125, 127
— voraussichtliche Entwicklung 230f.

Lohnpolitik s. Tarifpolitik

Maastricht-Vertrag 149, 356ff.

Mieten 85, 101, 234f.

Mittel- und Osteuropa 30ff., 382ff.

Neue Bundesländer s. Ostdeutschland

Öffentliche Finanzen
— Ausgaben 157, 160ff.
— Ausgabeneinsparungen 157, 160
— Haushaltsdefizit s. Defizit
— in Westeuropa 21
— konjunktureller Impuls 186, 222
— Konsolidierung 157
— Leistungen für die neuen Bundesländer 164, 278
— Staatsverbrauch 69
— Steuereinnahmen 165ff.

— Steuerrechtsänderungen 165
— Steuervereinfachung 293ff.
— voraussichtliche Entwicklung 223ff.

Ökologische Steuerreform 322ff.

Ostasien 29

Ostdeutschland 77ff., 276ff.
— Regionalanalyse 102ff., Anhang VI.

Poststrukturreform 271

Preisentwicklung 101, 234, 255
— administrierte Preise 75, Anhang V. D.
— Erzeugerpreise 73
— in Westdeutschland 70ff.
— voraussichtliche Entwicklung 233ff.

Privatisierung 9, 52, 92ff., 280f.

Produktion s. Bruttoinlandsprodukt

Produktionspotential 42, 54ff., 246, Anhang V. A.

Produktivität 9, 231, 445 (Kasten)

Prognose 188ff.
— Annahmen 192
— Ausland 193ff.
— Deutschland 198ff.

Protektionismus s. Handelsbeschränkungen

Realeinkommen 254

Reallohnlücke 445 (Kasten)

Realwert des Sozialprodukts Anhang V. B.

Regionalpolitik 106, 282

Rentenversicherung 177

Rohstoffpreise 71, 233

Rußland 31

Schwellenländer 298f.

Sozialhilfe 308ff., 451

Sozialleistungsquote 289

Sozialnormen 407

Sozialplan 442f.

Sozialversicherung 174ff., 264ff.

Staatsquote 287ff.

Stabilität der Geldnachfrage 152ff., 344f.

Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 418

Standort 242ff.

Steueraufkommen 165ff.

Steuerquote 165

Steuerreform, ökologische 322ff.

Strukturelles Defizit s. Defizit

Strukturprobleme der Wirtschaft 242

Tarifpolitik 121ff., 253f., 359ff.
— Arbeitszeitmodelle 122ff.
— Beschäftigungsorientierung 122ff.
— Beschäftigungssicherung 456
— Betriebsvereinbarungen 121
— ertragsabhängige Komponenten 368
— Investivlohn 368
— Lohnangleichung 361f.
— Lohndifferenzierung 363, 367, 447ff.
— Lohnstruktur 447ff.
— Lohnzurückhaltung 122ff., 457
— Produktivitätsorientierung 366

Teilzeitarbeit s. Arbeitszeit

Treuhandanstalt 92ff.

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes
s. Geldumlaufsgeschwindigkeit

Umsatzsteuer, Harmonisierung in der EU 300ff.

Umweltpolitik 322ff., 408ff.

Unterbeschäftigung s. Arbeitslosigkeit

Unternehmensgründungen 96

Unternehmenssteuerreform 304ff.

Uruguay-Runde s. GATT

Verarbeitendes Gewerbe 78ff., 89, 103, 105

Verbrauch, Privater
— Ostdeutschland 100
— voraussichtliche Entwicklung 226ff.
— Westdeutschlands 66ff.

Vereinigte Staaten 23f.

Verteilung 444ff.
— s. a. Arbeitseinkommensquote
— Verteilungskonflikte 444
— Verteilungsspielraum 446

Wachstum
— angemessenes 246ff.
— beschäftigungsintensives Wachstum 423
— des Produktionspotentials 42, 54ff., 246
— Wachstumsbedingungen 191, 285f.

Wachstumspolitik 258ff., 285ff., 422f.

Währungspolitik 356ff.

Währungsunion, europäische 149ff., 356ff.

Wechselkurse
— Entwicklung 147f.
— US-Dollar 147, 192

Welthandel 14, 376ff.

Welthandelsordnung 404ff.

Wettbewerbsfähigkeit
— der deutschen Exportwirtschaft 58, 242

Wettbewerbspolitik, europäische 389ff.

Wohnungsbau
— Ostdeutschlands 83ff.
— voraussichtliche Entwicklung 217ff.
— Westdeutschlands 65

Wohnungsbaupolitik 65

Zentralbankgeldmenge, bereinigte 137f., 152ff., 335, 351ff., Anhang V. C.

Zinsbesteuerung 169

Zinsentwicklung 19, 140f.

Zinspolitik 139, 335, 342

Zinsstruktur 140